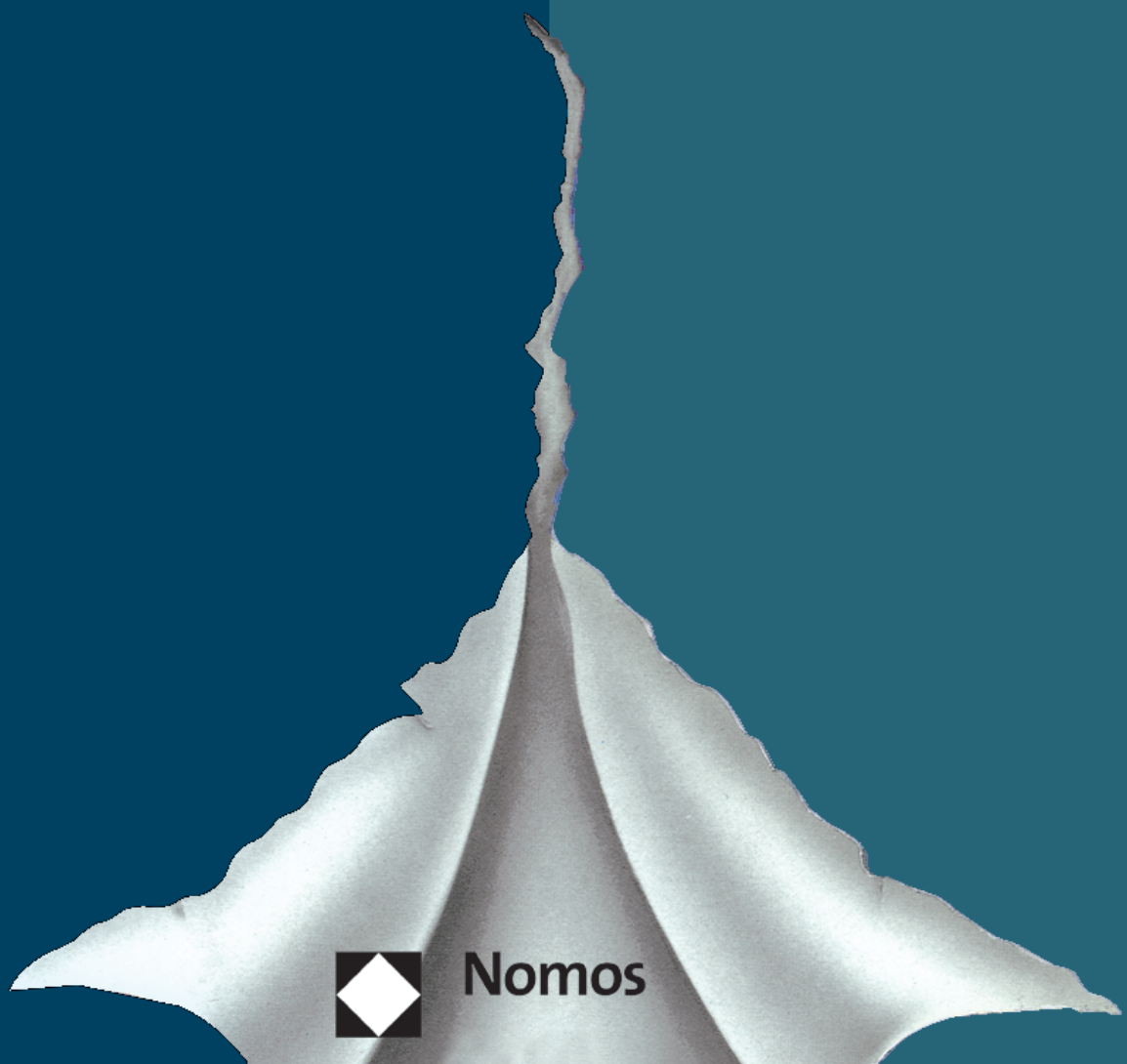
Uwe Backes/Alexander Gallus/
Eckhard Jesse (Hrsg.)

Extremismus & Demokratie



Nomos

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen

Uwe Backes/Alexander Gallus/
Eckhard Jesse (Hrsg.)

Jahrbuch Extremismus & Demokratie (E & D)

29. Jahrgang 2017

Nomos

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Herausgeberschaft und Redaktion: Prof. Dr. Uwe Backes, Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung, D-01062 Dresden, Tel. (03 51) 46332802; Prof. Dr. Alexander Gallus, TU Chemnitz, Politikwissenschaft, Philosophische Fakultät, D-09107 Chemnitz, Tel. (0371) 53127710; Prof. em. Dr. Eckhard Jesse, TU Chemnitz, Politikwissenschaft, Philosophische Fakultät, D-09107 Chemnitz, Tel. (03 71) 53 127720.

Redaktionsassistenz: Patrick Keller, Michelle Tredup; jahrbuch-ed@phil.tu-chemnitz.de

Wissenschaftlicher Beirat: Prof. em. Dr. Klaus von Beyme, Universität Heidelberg; Prof. em. Dr. Drs. h. c. Karl Dietrich Bracher †, Universität Bonn; Prof. Dr. Frank Decker, Universität Bonn; Prof. Dr. Jürgen W. Falter, Universität Mainz; Prof. em. Dr. Peter Graf Kielmansegg, Universität Mannheim; Prof. Dr. Herfried Münkler, Humboldt-Universität zu Berlin; Prof. Dr. Manfred G. Schmidt, Universität Heidelberg; Prof. Dr. Roland Sturm, Universität Erlangen-Nürnberg.

Internet:
https://www.tu-chemnitz.de/phil/politik/pti/jahrbuch/jahrbuch.php

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

ISBN 978-3-8487-4634-7 (Print)

ISBN 978-3-8452-8864-2 (ePDF)

Das Jahrbuch erscheint einmal jährlich. Die in ihm enthaltenen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernehmen Verlag und Redaktion keinerlei Haftung.

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2017. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Jahrbuch
EXTREMISMUS & DEMOKRATIE (E&D)

Inhalt Band 29 (2017)

Editorial 7

Analysen

Uwe Backes, Parteiverbote im demokratischen Verfassungsstaat 13
Klaus von Beyme, Parteien und Populismus 27
Christine Schirrmacher, Attraktivität des Dschihadismus für Jugendliche 43
Peter Brandt, „Trotzkismus“ in Deutschland in seinem internationalen Kontext 69

Daten, Dokumente, Dossiers

Eckhard Jesse, Wahlen 2016 99
Uwe Backes, Organisationen 2016 119
Alexander Gallus, Dokumentation 2016 136
Jürgen P. Lang, Die Partei der Europäischen Linken 143
Jan Freitag/Michael Hüllen/Yasemin Krüger, Ideologie der „Reichsbürger“ 159
Matthias Garbert, Salafismus als politische Herausforderung 175
Eckhard Jesse, Biographisches Porträt: Gudrun Ensslin 188
Lisa Marie Kupsch/Nikolaus Werz, Länderporträt: Uruguay 201
Armin Pfahl-Traughber, Zeitschriftenporträt: Sezession 216

Literatur

Literaturbericht:
Peter Ulrich, Quo vadis Europa? 233
Sammelrezension:
Hans-Gerd Jaschke, Die Neue Rechte – nationalistische Eigenbrötler und extreme Stichwortgeber des Rechtspopulismus 252
»Kontrovers besprochen«:
Pierre Rosanvallon, Die gute Regierung (Peter Graf Kielmansegg/Jens Reich/Ellen Thümmler) 260
Rezensionsessay:
Judith Butler, Anmerkungen zu einer performativen Theorie der Versammlung (Astrid Séville) 268
»Wieder gelesen«:
Rudolf Olden, Hitler. Der Eroberer (Sebastian Schäfer) 273
Literatur aus der „Szene“:
Eduard Huber, Von Morgenthau zu Merkel (Jürgen P. Lang) 279

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Hauptbesprechungen:
Christian Adam, Der Traum vom Jahre Null (Helmuth Kiesel) 284
Jakob Augstein/Nikolaus Blome, Links oder rechts? (Wilfried von Bredow) 289
Klaus von Beyme, Bruchstücke der Erinnerung eines Sozialwissenschaftlers (Carina Schatten) 292
Wolf Biermann, Warte nicht auf bessre Zeiten! (Martin Sabrow) 294
Carola Dietze, Die Erfindung des Terrorismus in Europa (Gisela Diewald-Kerkmann) 298
Hajo Funke, Von Wutbürgern und Brandstiftern (Helge F. Jani) 302
Fawaz A. Gerges, ISIS – A History (Christoph Günther) 306
Manfred Görtemaker/Christoph Safferling, Die Akte Rosenburg (Mathias Schmoeckel) 310
Raul Hilberg, Anatomie des Holocaust (Bernd Jürgen Wendt) 314
Michael Hochgeschwender, Die Amerikanische Revolution (Georg Schild) 319
Ernst-Dieter Lantermann, Die radikalisierte Gesellschaft (Frank Asbrock) 323
Stine Marg u. a., NoPegida (Isabelle-Christine Panreck) 327
Jan-Werner Müller, Was ist Populismus? (Marcel Lewandowsky) 330
Franz Neumann/Herbert Marcuse/Otto Kirchheimer, Im Kampf gegen Nazi-Deutschland (Hubertus Buchstein) 334
Peter R. Neumann, Der Terror ist unter uns (Riem Spielhaus) 338
Gert Pickel/Oliver Decker (Hrsg.), Extremismus in Sachsen (Tom Thieme) 341
Martin Sabrow, Erich Honecker (Werner Müller) 344
Verfassungsschutzbericht 2015 (Berend Koll) 348
Fabian Virchow/Martin Langebach/Alexander Häusler (Hrsg.), Handbuch Rechtsextremismus (Kai Arzheimer) 352
Andreas Zick/Beate Küpper/Daniela Krause, Gespaltene Mitte – feindselige Zustände (Steven Schäller) 355

Kurzbesprechungen 358
Kommentierte Bibliographie 426
Zeitschriftenauslese 460
Verzeichnis der besprochenen Bücher 463
Mitteilungen und Hinweise 472
Personenverzeichnis 475
Autorenverzeichnis 494

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Editorial

Wie das Jahr 2015 blieb auch 2016 in der öffentlichen Wahrnehmung von der „Flüchtlingskrise“ geprägt, obwohl die Zahl der Asylsuchenden deutlich zurückging. Dafür sorgte u. a. die – fragwürdige – Verquickung der Integrationsproblematik mit islamistisch motivierter Gewalt, die anders als in den Jahren zuvor nicht nur durch Schreckensbilder aus europäischen Nachbarländern, sondern auch durch eine Serie „dschihadistischer“ Anschläge in Deutschland (gipfelnd im Attentat auf den Berliner Weihnachtsmarkt an der Gedächtniskirche am 19. Dezember 2016 mit zwölf Todesopfern und zahlreichen Schwerverletzten) ins Zentrum der Aufmerksamkeit rückte. Davon profitierte vor allem die Protestpartei „Alternative für Deutschland“ (AfD), die nicht ohne Erfolg mit klassischen rechtspopulistischen Angst-Themen um Wählerstimmen warb. Zwei Bestandteile der „rechten Trinität“ kamen hier zusammen, die der Heidelberger Politikwissenschaftler Klaus von Beyme in seiner international vergleichenden *Analyse* als begünstigende „issues“ populistischer Parteien ausmacht: Sicherheit und Immigration. Ob sich die Partei mittelfristig zu etablieren vermag, ist damit keineswegs ausgemacht, denn ihre Schlüsselthemen können rasch an Relevanz verlieren. Wie von Beymes Überblick zeigt, sind die auf Dauer erfolgreichen Populismen eher die Ausnahme als die Regel.

Der Erfolg der AfD hat neben weiteren Faktoren zum Niedergang der NPD beigetragen – nicht das Verbotsverfahren, in dem der junge NPD-Vorsitzende Frank Franz ein eher klägliches Bild darbot. Uwe Backes ordnet den Vorgang in seiner *Analyse* in die inzwischen international breit geführte Diskussion über Parteiverbote ein und beleuchtet vor diesem Hintergrund die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom Januar 2017. Die Leitsätze des Nicht-Verbots-Urteils präsentiert und kommentiert Alexander Gallus in der diesjährigen „Dokumentation“.

Das Thema rechtsextremistisch motivierter Gewalt, das bei der Anbahnung des NPD-Verbotsverfahrens eine gewisse Rolle gespielt hatte, trat im Berichtsjahr – neben dem NSU-Prozess in München – vor allem im Zusammenhang mit der Szene der „Reichsbürger“ in den Vordergrund, die in den Jahren zuvor eher unter der Kategorie „Spinner und Sektierer“ abgehandelt worden war. Die Sicherheitsexperten Jan Freitag, Michael Hüllen und Yasemin Krüger vom brandenburgischen Innenministerium ordnen das heterogene Phänomen in ihrem *Dossier* ideologisch ein und versuchen das Gefahrenpotenzial zu bestimmen. Nicht ohne Einfluss auf die politische Vorstellungswelt der „Reichsbürger“ dürften die Konzepte intellektueller Rechtsextremisten wie der „Identitären“ sein, mit deren neuesten Produkten sich der Berliner Politikwissenschaftler Hans-Gerd Jaschke neben anderen Publikationen einer „Neuen Rechten“ in der *Sammelrezension* auseinandersetzt. Dem Publikationsforum „Sezession“ des „Instituts für Staatspolitik“ kommt in diesem Zusammenhang besondere Bedeutung zu. Es ist mit dem rechten Flügel der AfD eng verbunden. Der Brühler

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Extremismusforscher Armin Pfahl-Traughber hat dem Periodikum ein „Zeitschriftenporträt“ gewidmet. Der Münchner Politikwissenschaftler Jürgen P. Lang blickt in der Rubrik *Literatur aus der „Szene“* ebenfalls weit nach rechts, indem er Ideologeme und Stereotype eines Buchs aus dem vergleichsweise „alt-rechten“ Hohenrain-Verlag unter die Lupe nimmt.

Die dschihadistisch motivierte Anschlagsserie des Jahres 2016 hat dem Thema islamistischer Extremismus noch höhere Aktualität verliehen. Die Bonner Islamwissenschaftlerin Christine Schirrmacher geht in ihrer *Analyse* den Faktoren nach, die Radikalisierungsprozesse begünstigen. Ein wichtiger Bereich ist die Angebotsstruktur, die dschihadistische Gruppierungen mit anderen Extremismen teilen: Sie bieten eindeutige Regeln und scharf konturierte Feindbilder, vermitteln ihren Mitgliedern das Bewusstsein, einer Elite anzugehören, die für eine gerechte Sache kämpft. Und sie nehmen den Entwurzelten in eine verschworene Gemeinschaft auf, die das Leben mit neuem Sinn erfüllt. An diesem Punkt setzt Matthias Garbert (Hochschule der Polizei, Münster) in seinem *Dossier* zum Salafismus an. Er stellt Ansätze der Primär-, Sekundär- wie Tertiärprävention vor und wirft ein kritisches Schlaglicht auf den aktuellen Stand. Mit Blick auf die sicherheitspolitischen Herausforderungen knüpft Garbert an Überlegungen zur doppelten Kommunikationsfunktion terroristischer Gewalttaten an. Vor allem geht es ihm darum, terroristische Handlungskalküle gegenüber dem salafistischen Milieu durch eine differenzierte Kriminalstrategie zu unterlaufen.

Im Vergleich zu Islamismus/Salafismus und Rechtsextremismus hat der Linksextremismus wie in den Vorjahren weniger öffentliche Aufmerksamkeit gefunden. Dies liegt nur zum Teil an seiner geringeren politischen Bedeutung, sondern auch an einer Wahrnehmung, die nicht auf Äquidistanz basiert. Zu diesem Urteil muss gelangen, wer die Wahlergebnisse der Flügelparteien und die Kräfteverhältnisse des organisierten Extremismus gewichtet. Eine Grundlage dafür legen die *Dossiers* der Herausgeber Eckhard Jesse („Wahlen 2016“) und Uwe Backes („Organisationen 2016“). Wie der Hagener Historiker Peter Brandt in seiner *Analyse* zeigt, haben trotzkistische Zirkel in Deutschland zwar weniger Anklang gefunden als etwa im Nachbarland Frankreich, aber die heutige Szene sei immer noch erheblich stärker als zu Beginn ihrer Entwicklung Ende der 1960er Jahre. Er zeichnet die Etappen nicht nur dieser Periode, sondern auch der Gesamtentwicklung des internationalen Trotzkismus nach und schließt mit einem Ausblick auf dessen Zukunftspotenzial. Es werde u. a. dadurch bestimmt, dass „der traditionelle Antitrotzkismus“ nach dem Ende des Realsozialismus verschwunden sei. So eröffneten sich neue Bündnismöglichkeiten, etwa im Rahmen der „Europäischen Antikapitalischen Linken“ (EAL). Dieses Bündnis ist nicht zu verwechseln mit der „Europäischen Linken“ (EL), der Jürgen Lang ein *Dossier* gewidmet hat. Sein Ergebnis: Die Partei der EL sei dem eigenen Anspruch nicht gerecht geworden, die extreme europäische Linke zu einer schlagkräftigen Phalanx zusammenzuführen, um die EU im Sinne des Sozialismus umzugestalten. Dabei lehnen die in der EL zusammengeschlossenen Parteien gewaltsame Wege ab, wie sie linksterroristische Gruppierungen beschreiten.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Im Jahre 2017 jährte sich zum 40. Mal der mythenumwobene „Deutsche Herbst". Die Entführung Hanns Martin Schleyers und die Ermordung seiner Bewacher diente dem Zweck, die Mitglieder der Baader-Meinhof-Gruppe wie Gudrun Ensslin aus der Justizvollzugsanstalt Stammheim freizupressen. Ensslin gehörte zu den Gründern der „Roten Armee Fraktion" (RAF). Das „Biographische Porträt" von Eckhard Jesse unterstreicht den moralischen Rigorismus dieser oft unterschätzten Protagonistin, die im Untergrund und in der Haft über mehr Durchsetzungskraft verfügt hatte als etwa Ulrike Meinhof. Das RAF-Konzept der Stadtguerilla ging wesentlich auf die Untergrundbewegung der Tupamaros in Uruguay zurück. Deren Relevanz zeigen die Rostocker Politikwissenschaftler Lisa Marie Kupsch und Nikolaus Werz in einem „Länderporträt" über Uruguay auf. Die Tupamaros trugen eine Zeitlang erheblich zur politischen Polarisierung in einem Land bei, das gemeinhin als die „Schweiz Südamerikas" gilt.

Gegenwart und Zukunft der Europäischen Union stehen im Zentrum des *Literaturberichts.* Peter Ulrich, Experte für europäische und internationale Politik an der Universität Frankfurt/Oder, sichtet 17 Publikationen aus dem Jahr 2016 zu dieser breit gefächerten Thematik. Wissenschaftler kommen ebenso wie politische Akteure zu Wort. Fragen nach der kulturellen Identität, der weiteren Ausgestaltung des krisengeschüttelten Projekts Europa, der demokratietheoretischen Legitimationsbasis und wirtschaftlichen Herausforderungen stehen zur Diskussion, bevor der Autor „realistischen" stärker „idealistische" Reformvorschläge gegenüberstellt. Mit einem über Europa hinausreichenden, gleichsam universalen Anspruch erörtert der schon seit Jahren publizistisch höchst produktive Demokratietheoretiker und -historiker Pierre Rosanvallon, wie gutes Regieren weiterhin möglich ist, ohne die demokratischen Grundlagen zu untergraben. Schließlich beobachtet Rosanvallon ein wachsendes, besorgniserregendes Ungleichgewicht zwischen Regierenden und Regierten. Peter Graf Kielmansegg (Mannheim), Jens Reich (Berlin) und Ellen Thümmler (Chemnitz) setzen sich in der Kategorie „*Kontrovers besprochen"* mit den Diagnosen und Reformvorschlägen des französischen Intellektuellen und Historikers kritisch auseinander. Während Rosanvallon für eine „Betätigungsdemokratie" eintritt, die letztlich vom Diskurs lebt, sensibilisiert die amerikanische Philosophin Judith Butler für eine „performative Theorie der Versammlung". Ihrer Theorie ist der *Rezensionsessay* aus der Feder der Münchner Politikwissenschaftlerin Astrid Séville gewidmet. Der Chemnitzer Politikwissenschaftler Sebastian Schäfer schließlich unterzieht in der Rubrik „*Wieder gelesen"* die frühe, in vielerlei Hinsicht hellsichtige Hitler-Biographie des Exilanten Rudolf Olden einer intensiven Relektüre. Es handele sich vor allem um eine politisch-historische Darstellung und den Versuch eines psychologischen Porträts, nicht hingegen um eine umfassende Analyse der NS-Bewegung und ihrer Ideologie, der Olden ohnehin Eigenständigkeit abgesprochen habe. Sie verstand sich auch als Beitrag zur Ergründung des eigenen Versagens – und der Niederlage der ersten deutschen Demokratie.

Die Rubriken *Hauptbesprechungen, Kurzbesprechungen* und *Kommentierte Bibliographie* präsentieren mit Rezensionen und Annotationen eine thematisch breit

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

gefächerte Übersicht zu mehr als 300 deutschen wie auch internationalen Publikationen aus dem Berichtsjahr. Neben einer kleinen *Zeitschriftenauslese* beschließen das Jahrbuch unter der Rubrik „Mitteilungen und Hinweise“ diesmal Selbstdarstellungen des Berliner „Violence Prevention Network“ und der „Gedenkstätte Berliner Mauer“.

U.B./A.G./E.J.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Analysen

https://doi.org/10.5771/9783645288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

https://doi.org/10.5771/9783645288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Parteiverbote im demokratischen Verfassungsstaat – Das Urteil im zweiten NPD-Verbotsverfahren in vergleichender Perspektive

Von Uwe Backes

1. Einleitung

Das Urteil des Zweiten Senats des Bundesverfassungsgerichts vom 17. Januar 2017 enttäuscht Gegner wie Anhänger des Konzepts der streitbaren Demokratie – Gegner, weil diese sich eine deutliche Erhöhung der Eingriffsschwelle erhofften[1], Anhänger, weil die Entscheidung, die NPD nicht zu verbieten, das Demokratieschutzinstrument in vielen Fällen scheinbar unanwendbar gemacht hat.[2] Beide Seiten übersehen dabei allerdings: Das Gericht hat die Eingriffsschwelle maßvoll angehoben, ist also einen Schritt auf die Gegner zugegangen, während die Anhänger grundsätzlich zufrieden sein können, wurde das Konzept der streitbaren Demokratie doch präzisiert, in den zeitgenössischen demokratietheoretischen Diskussionsstand eingebettet und so für die Zukunft abgesichert. Es steht in weiten Teilen in der Kontinuität früherer Urteile, setzt aber bedeutsame neue Akzente, die Beachtung verdienen. Sie sollen im folgenden Beitrag erörtert werden.

Der Beitrag folgt der Logik einer Verhältnismäßigkeitsprüfung, wie sie sich im deutschen Verfassungsrecht etabliert hat.[3] Das Urteil ist an ihr ebenfalls in weiten Teilen ausgerichtet, auch wenn das Gericht einer „gesonderten Anwendung“[4] des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit eine Absage erteilen zu müssen glaubt. Die Betrachtungen zur Legitimität, Geeignetheit, Notwendigkeit und Angemessenheit des Parteiverbots werden jeweils in die inzwischen lebhaft geführte internationale Demokratieschutzdiskussion eingebettet. Gleiches gilt für die abschließende Prüfung

1 So vor allem Claus Leggewie/Johannes Lichdi/Horst Meier, „Hohe Hürden“ sehen anders aus. Das abermalige Verbotsverfahren gegen die NPD. Kritik des Urteils (Teil 3), in: Recht und Politik 53 (2017), S. 145-173. Siehe auch dies., Das zweite Verbotsverfahren gegen die NPD. Analyse, Prozessreportage, Urteilskritik, Berlin 2017.

2 „Für die jüdische Gemeinschaft und andere Minderheiten sowie all jene, die nicht in das Weltbild dieser Partei passen, wäre ein Verbot sehr wichtig und ermutigend gewesen. [...] Angesichts der Erfolge rechtspopulistischer Parteien stellt sich die Frage, wie weit es kommen muss, bis eine Partei verboten wird.“ Josef Schuster für den Zentralrat der Juden in Deutschland, unter: https://web.de/magazine/politik/npd-verbot-gescheitert-politiker-durchhaltevermoegen-kampf-32120754 (5. Februar 2017). Siehe zu den Reaktionen auf die NPD-Entscheidung auch die „Dokumentation“ von Alexander Gallus in diesem Band.

3 Vgl. Gertrude Lübbe-Wolf, The Principle of Proportionality in the Case Law of the German Constitutional Federal Court, in: Human Rights Law Journal 34 (2014), H. 1-6, S. 12-17. Siehe auch: Bernhard Schlink, Proportionality, in: Michel Rosenfeld/András Sajó (Hrsg.), Handbook of Comparative Constitutional Law, Oxford 2012, S. 718-731; Mike Wienbracke, Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz, in: Zeitschrift für das Juristische Studium 6 (2013), S. 148-155.

4 BVerfG, Urteil vom 17. Januar 2017, 2 BVB 1/13, Rn. 599.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

der Frage, warum der NPD-Verbotsantrag überhaupt gestellt worden ist, wenn doch die meisten Akteure wussten, dass von der Partei keine existentielle Gefahr für die Verfassungsordnung ausging.

2. Legitimität

Die grundsätzliche Legitimität des Ansatzes der streitbaren Demokratie steht für das Bundesverfassungsgericht außer Frage. Das gilt nicht nur für den Gedanken des Demokratieschutzes im Allgemeinen, sondern insbesondere auch für die Frage der Zulässigkeit von Eingriffen in die Freiheitsrechte von Bürgern, die „verfassungsfeindliche" Ziele verfolgen, ohne dabei Gewalt anzuwenden oder diese auch nur zu propagieren. Das Konzept der streitbaren Demokratie ist historisch betrachtet eine Reaktion auf die Legalitätstaktik der Nationalsozialisten. Vereinfacht ausgedrückt antwortet es auf folgende Grundproblematik: Gewalttäter stellen immer ein Sicherheitsproblem, aber nicht unbedingt ein systemisches Stabilitäts- oder Konsolidierungsproblem dar. Bei allen rechtsterroristischen Gruppierungen der letzten vier Jahrzehnte in Deutschland und Europa war dies offensichtlich. Umgekehrt können gewaltfrei im Rahmen der verfassungsstaatlichen Spielregeln agierende Gruppen die Institutionen des demokratischen Staates und „das demokratische Gefüge" der „gesellschaftlichen und politischen Organisationen" zu unterwandern und „von innen zu sprengen"[5] versuchen und sich auf diese Weise zu einer bestandsgefährdenden Bedrohung auswachsen, wenn ihnen nicht rechtzeitig und entschieden entgegengetreten wird. Das war die bittere Lektion, die den Weimarer Demokraten von Hitler, Goebbels & Co. eingebläut worden war: „Wir gehen in den Reichstag hinein, um uns im Waffenarsenal der Demokratie mit deren eigenen Waffen zu versorgen. Wir werden Reichstagsabgeordnete, um die Weimarer Gesinnung mit ihrer eigenen Unterstützung lahm zu legen. Wenn die Demokratie so dumm ist, uns für diesen Bärendienst Freifahrtkarten und Diäten zu geben, so ist das ihre Sache […] Uns ist jedes gesetzliche Mittel recht, den Zustand von heute zu revolutionieren".[6]

Das Konzept der streitbaren Demokratie macht das staatliche Eingreifen daher nicht von Gewalthandlungen, strafrechtlich relevanten Staatsschutzdelikten oder gar der Ausübung von Terror abhängig: „Eine Partei kann auch dann verfassungswidrig sein, wenn sie ihre verfassungsfeindlichen Ziele ausschließlich mit legalen Mitteln und unter Ausschluss jeglicher Gewaltanwendung verfolgt."[7] Streitbare Demokratie in diesem Sinne bleibt also – anders als in der komparativen Literatur gelegentlich

5 Ernst Fraenkel, Akademische Erziehung und politische Berufe, in: Ders., Reformismus und Pluralismus. Materialien zu einer ungeschriebenen politischen Autobiographie. Zusammengestellt und hrsg. von Falk Esche und Frank Grube, Hamburg 1973, S. 315-333, hier: S. 325.
6 Joseph Goebbels, Was wollen wir im Reichstag?, in: Der Angriff vom 30. April 1928.
7 BVerfG (FN 4), Rn. 578.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

verstanden[8], in komparativen Neukonzeptualisierungen in einer Art „concept stretching“ überdeckt[9] und/oder von Anhängern des Weimarer Republikschutzes gefordert[10] – mit dem Prinzip der „Vorverlagerung“ des staatlichen Eingriffs in legales politisches Handeln zur Erreichung verfassungsfeindlicher Ziele verbunden.

Ausgangspunkt der Konzeptbildung war eine konkrete historische Erfahrung: die Machtübernahme einer extremistischen Bewegung infolge (nicht zuletzt) der Erringung von Mehrheiten bei Wahlen.[11] Der antifaschistische „negative Republikanismus“[12] verband sich jedoch von Anfang an mit einem Antikommunismus, der sich ebenfalls aus Weimarer Erfahrungen (Wahlerfolge der „bolschewisierten“ KPD) und der konkreten Anschauung kommunistischer Demokratieetablierung im östlichen Deutschland (während der Beratungen im Parlamentarischen Rat) speiste. So wurde er frühzeitig zu einem Antiextremismus systematisiert, indem sich das staatliche Abwehrhandeln nicht nur gegen einen NS-affinen Aggressor, sondern gegen jegliche Bestrebungen richtete, die verfassungsfeindliche Ziele verfolgen. Dies unterschied Deutschland etwa von Österreich, wo das „Wiederbetätigungsgesetz“ nur Neo-NS-Aktivitäten sanktionierte.[13] Ähnliches gilt für Italien mit der Verbot faschistischer Parteien in der Übergangsbestimmung Nr. 12 der Verfassung[14] – eine Rechtsnorm, die zudem keinen prägenden Einfluss auf die Verfassungspraxis auszuüben ver-

8 Vgl. etwa Martin Klamt, Militant Democracy and the Democratic Dilemma. Different Ways of Protecting Democratic Constitutions, in: Fred Bruinsma/David Nelken (Hrsg.), Explorations in Legal Cultures, Den Haag 2007, S. 133-158; ders./Russell A. Miller, Comparative Law and Germany’s Militant Democracy, in: Russell A. Miller (Hrsg.), US National Security, Intelligence and Democracy. From the Church Committee to the War on Terror, New York 2008, S. 229-251. Unabhängig von dieser bedeutsamen terminologischen Frage ergibt es Sinn, die Demokratieschutzpraxis daraufhin zu befragen, in welchem Maße sie durch repressive Eingriffe in Freiheitsrechte von Extremisten gekennzeichnet ist. Siehe dazu Gereon Flümann, Streitbare Demokratie in Deutschland und den Vereinigten Staaten. Der staatliche Umgang mit nichtgewalttätigem politischem Extremismus im Vergleich, Wiesbaden 2015, S. 100-104; Martin Klamt, Die Europäische Union als Streitbare Demokratie. Rechtsvergleichende und europarechtliche Dimensionen einer Idee, München 2011, S. 34-46.

9 Vgl. etwa Markus Thiel, The Militant Democracy Principle in Modern Democracies, Farnham 2009.

10 Vgl. vor allem Claus Leggewie/Horst Meier, Nach dem Verfassungsschutz. Plädoyer für eine neue Sicherheitsarchitektur der Berliner Republik, Berlin 2012. Siehe auch bereits: Dies., Republikschutz. Maßstäbe für die Verteidigung der Demokratie, Reinbek bei Hamburg 1995.

11 Es ginge allerdings zu weit, von einer „lückenlosen, legalen Kontinuität im Übergang von der parlamentarischen Republik zum totalitären Einparteienstaat“ auszugehen, auch wenn der Nationalsozialismus nicht zuletzt über Wahlerfolge zu einer „beherrschenden Massenbewegung“ geworden war: Karl Dietrich Bracher, Stufen der Machtergreifung, in: Ders./Gerhard Schulz/Wolfgang Sauer, Die nationalsozialistische Machtergreifung, Bd. 1, Berlin 1974, S. 47.

12 Vgl. Peter Niesen, Anti-Extremism, Negative Republicanism, Civic Society: Three Paradigms for Banning Political Parties, in: Shlomo Avineri/Zeev Sternhell (Hrsg.), Europe’s Century of Discontent, Jerusalem 2003, S. 249-286.

13 Vgl. Ludwig Adamovich, Bericht zur Lage in Österreich vor der EU-Delegation des französischen Senats, in: Europäische Grundrechte Zeitschrift 27 (2000), S. 399-404, hier: S. 402.

14 Vgl. Martin Morlok, Parteiverbot als Verfassungsschutz – ein unauflösbarer Widerspruch, in: Neue Juristische Wochenschrift 64 (2001), S. 2931-2942, hier: S. 2936; Klamt (FN 8), S. 97 f.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

mochte.[15] Der deutsche Antiextremismus bedeutete eine „Absage an totalitäre Bestrebungen jeglicher Art“[16] und prägte die Verfassungswirklichkeit.

Der demokratische Verfassungsstaat bedient sich gleichsam eines autokratischen Instruments, wenn er seine politischen Feinde nicht (allein) mit den Mitteln des demokratischen Wettbewerbs (Wahlen, Wettstreit der Ideen und Meinungen), sondern mit Eingriffen in Freiheitsrechte bekämpft. Denn Autokratien und Parteiverbote gehen spätestens mit der Entfaltung des modernen Parteiwesens seit dem 19. Jahrhundert meist Hand in Hand. Das „demokratische Dilemma“, sich aus der Instrumentenkiste der Autokratie zu bedienen, um die Demokratie zu schützen, bedarf einer demokratietheoretischen Legitimierung. Sie findet sich im Konzept der normativen Toleranz[17], der zufolge uneingeschränkte Toleranz nur für jene politischen Kräfte gilt, die diese selbst gegenüber ihren politischen Gegnern zu praktizieren bereit sind: „Das Grundgesetz nimmt vor diesem Hintergrund aus dem Pluralismus von Zielen und Wertungen, die in den politischen Parteien Gestalt gewonnen haben, gewisse Grundprinzipien der Staatsgestaltung heraus, die, wenn sie einmal auf demokratischen Weise gebilligt sind, als absolute Werte anerkannt und deshalb entschlossen gegen Angriffe verteidigt werden sollen.“ Das Konzept der streitbaren Demokratie bildet eine „Synthese zwischen dem Prinzip der Toleranz gegenüber allen politischen Auffassungen und dem Bekenntnis zu gewissen unantastbaren Grundwerten der Staatsordnung.“ Es handelt sich um den Versuch der „Lösung eines Grenzproblems der freiheitlichen demokratischen Staatsordnung“, die aus der Erfahrung des Demokratiezusammenbruchs heraus „das Prinzip der Neutralität des Staates gegenüber den politischen Parteien nicht mehr rein verwirklichen zu dürfen glaubte“.

Das Bundesverfassungsgericht knüpft in diesen Punkten nahtlos an die früheren Entscheidungen zur streitbaren Demokratie an. Das Parteiverbot gilt in diesem Zusammenhang als prinzipiell legitimes Mittel des Demokratieschutzes, mag die Mehrzahl der professionellen Analytiker auf internationaler Ebene seine demokratieschützerische Wirksamkeit auch skeptisch bis ablehnend beurteilen.[18] Allerdings folgt das Gericht in der Deutung der Verfassungsnorm dem Grundsatz „restriktiver Ausle-

15 Vgl. Stefan Brieger, Erbe der Diktatur? Gründe für die unterschiedliche Ausprägung des Demokratieschutzes und des Mittels des Parteiverbots in Deutschland und Italien, in: Martin H.W. Möllers/Robert Chr. van Ooyen (Hrsg.), Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2016/2017, Frankfurt a.M. 2017, S. 105-126.

16 BVerfG (FN 4), Rn. 597.

17 Vgl. Gerhard Besier/Klaus Schreiner, Art. Toleranz, in: Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck (Hrsg.), Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 6, Stuttgart 1990, S. 596-605; Hella Mandt, Grenzen politischer Toleranz in der offenen Gesellschaft. Zum Verfassungsgrundsatz der streitbaren Demokratie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 3/1979, S. 3-16, hier: S. 10-16.

18 Vgl. etwa Giovanni Capoccia, Defending Democracy. Strategies of Reaction to Political Extremism in Inter-War Europe, in: European Journal of Political Research 39 (2001), S. 431-460, hier: S. 59; William M. Downs, How Effective is the Cordon Sanitaire? Lessons from Efforts to Contain the Far Right in Belgium, France, Denmark and Norway, in: Journal of Conflict and Political Violence 4 (2002), H. 1, S. 32-51, hier: S. 48; ders., Polical Extremism in Democracies. Combating Intolerance, London 2012, S. 43; Christopher Husbands, Combatting the Extreme Right with the Instrument of the Constitutional State: Lessons from Experiences in Wes-

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

gung“ und nimmt überdies einige Klarstellungen vor, die den Inhalt der Minimalbedingungen demokratischer Verfassungsstaaten betreffen.

Ohne eigens darauf Bezug zu nehmen, greift es Anregungen der politikwissenschaftlichen Komparatistik auf, die in ihren Definitionen um eine klare Abgrenzung zwischen Demokratie und Diktatur, Konstitutionalismus und Autokratie bemüht ist.[19] Es versucht zugleich, die Kritik an der relativen Unbestimmtheit des Inhalts des Verfassungskerns zu entkräften.[20] Dabei geht es um eine noch stärkere „Konzentration auf wenige, zentrale Grundprinzipien, die für den freiheitlichen Verfassungsstaat schlechthin unentbehrlich sind“. Es stellt klar, dass die Prinzipien der „Republik und des Bundesstaats“ nicht zum „unverzichtbaren Mindestgehalt“ des demokratischen Verfassungsstaates gehören. Was den Föderalismus angeht, so wird dem kaum zu widersprechen sein, schließlich gibt es voll entwickelte zentralisierte Verfassungsstaaten ohne bundesstaatliche Gliederung. Was das Prinzip der Republik betrifft, dürfte die Aussage in den USA oder Frankreich missverständlich sein, wird nicht zugleich betont, dass Republik hier nur die Absage an eine echte, also unbeschränkte Monarchie impliziert, nicht jedoch die Prinzipien des Republikanismus, wie er historisch die Entwicklung der westlichen Verfassungsstaaten begleitete. Wenn das französische Verfassungsrecht von den „valeurs de la république“ spricht, ist mehr gemeint als die Absage an den monarchischen Absolutismus. Der französische Republikbegriff umfasst den Gedanken des Grundrechtsschutzes, weist mithin Schnittmengen mit dem in der deutschen konstitutionellen Tradition seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert verankerten Begriff des Rechtsstaates auf.[21]

Parteiverbote gewinnen Legitimität schließlich durch ihr rechtsstaatliches Zustandekommen. Dies unterscheidet sie grundsätzlich von Parteiverboten in Autokratien. Das deutsche Verfassungsrecht stattet die Parteien (wie viele andere europäische Staaten) mit einem Privileg aus, indem deren Auflösung nur durch das höchste Gericht erfolgen kann. Parteiverbote durch Akte der Exekutive (wie in Frankreich auf der Grundlage des Gesetzes über Kampfgruppen und private Milizen) sind ausgeschlossen. Eine Verbotsentscheidung durch das Bundesverfassungsgericht bedarf zu-

---

tern Europe, in: Journal für Konflikt- und Gewaltforschung 4 (2002), H. 1, S. 52-73, hier: S. 64; Michael Minkenberg, Repression and Reaction: Militant democracy and the radical right in Germany and France, in: Patterns of Prejudice 40 (2006), S. 25-44, hier: S. 37.

19 Ein Klassiker stammt nicht zufällig von einem der wissenschaftlichen Väter des Konzepts der „militant democracy“: Karl Loewenstein, Verfassungslehre, 4. Aufl., Tübingen 2000. Zur streitbaren Demokratie: Karl Loewenstein, Militant Democracy and Fundamental Rights, in: American Political Science Review, 31 (1937), S. 417-432, 638-658. Siehe dazu auch Robert Chr. van Ooyen, Ein moderner Klassiker der Verfassungstheorie: Karl Loewenstein, in: Zeitschrift für Politik 51 (2004), S. 68-86.

20 Vgl. Gunter Warg, Nur der Kern des demokratischen Rechtsstaats – die Neujustierung der fdGO im NPD-Urteil vom 17. Januar 2017, in: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht. Beilage 36 (2017), S. 42-50. Siehe zu dieser Kritik auch: Claus Leggewie/Horst Meier, Verfassungsschutz. Über das Ende eines deutschen Sonderwegs, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 57 (2012), H. 10, S. 63-75.

21 Vgl. Isabelle Canu, Der Schutz der Demokratie in Deutschland und Frankreich. Ein Vergleich des Umgangs mit politischem Extremismus vor dem Hintergrund der europäischen Integration, Opladen 1997, S. 202-204.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

dem einer Zweidrittelmehrheit der Mitglieder des zuständigen Senats. So sind die Bedingungen für ein Verbotsverfahren in Deutschland strenger als die Empfehlungen der Venedig-Kommission.[22] Im Jahr 2003 scheiterte das erste NPD-Verbotsverfahren an einem Minderheitenvotum. Drei Richter sahen unüberwindbare Verfahrenshindernisse wegen der Präsenz zahlreicher anonymer V-Leute der Verfassungsschutzämter in Parteivorständen und der Gefahr, dass Aussagen zu Lasten der Partei von V-Leuten stammen könnten. Daher bestehe „in Folge mangelnder Staatsfreiheit der Antragsgegnerin auf der Führungsebene sowie mangelnder Staatsfreiheit des zur Antragsbegründung ausgebreiteten Bildes der Partei […] ein nicht behebbares Hindernis für die Fortführung“[23] des Verfahrens. Die Entscheidung im zweiten NPD-Verbotsverfahren basierte auf der Feststellung, dass keinerlei Verfahrenshindernisse vorlägen.[24] Sie ist einstimmig gefällt worden. Dies erhöht ihre prozedurale Legitimität.

3. Geeignetheit, Erforderlichkeit, Angemessenheit

Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner NPD-Entscheidung vom Januar 2017 keinen Zweifel daran gelassen, dass es das Parteiverbot im Rahmen der geltenden Verfassungsordnung für ein grundsätzlich geeignetes Mittel des Demokratieschutzes hält. Ebenso wenig lässt es einen Zweifel daran, dass die NPD verfassungsfeindliche Ziele verfolgt. Auf der Grundlage der Parteiprogrammatik ebenso wie zahlreicher Äußerungen führender Funktionsträger der Partei zeigt das Gericht die „Wesensverwandtschaft der Antragsgegnerin mit dem Nationalsozialismus“[25] auf, deren Nachweis indes weder als notwendige noch als hinreichende Bedingung für ein Verbot erscheint. Die NPD ziele „auf eine Ersetzung der bestehenden Verfassungsordnung durch einen an der ethnischen ‚Volksgemeinschaft‘ ausgerichteten autoritären ‚Nationalstaat‘. Dieses Konzept missachtet die Menschenwürde aller, die der ethnischen ‚Volksgemeinschaft‘ nicht angehören und ist mit dem grundgesetzlichen Demokratieprinzip unvereinbar. Damit strebt die Antragsgegnerin nach ihren Zielen und dem Verhalten ihrer Anhänger nicht nur eine Beeinträchtigung, sondern eine Beseitigung der bestehenden freiheitlichen demokratischen Grundordnung an.“[26] Das Gericht hält sogar die in der mündlichen Verhandlung vorgetragene Schlussfolgerung des

22 Vgl. European Commission for Democracy through Law (Venice Commission), Guidelines on Prohibition and Dissolution of Political Parties and Analogous Measures, Venedig 1999.
23 Vgl. BVerfGE 107, Rn. 62. Siehe zum Verfahren ausführlich: Lars Flemming, Das NPD-Verbotsverfahren. Vom „Aufstand der Anständigen“ zum „Aufstand der Unfähigen“, Baden-Baden 2005; Eckhard Jesse, Die Diskussion um ein neuerliches NPD-Verbotsverfahren – Verbot: kein Gebot, Gebot: kein Verbot, in: Zeitschrift für Politik 59 (2012), S. 296-313; Martin H. W. Möllers/Robert Chr. van Ooyen (Hrsg.), Parteiverbotsverfahren, 3., überarb. und erw. Aufl., Frankfurt a. M. 2011.
24 BVerfG (FN 4), Rn. 398, 400.
25 Ebd., Rn. 841.
26 Ebd., Rn. 844.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Sachverständigen Steffen Kailitz, das „Ausländerrückführungsprogramm“ der NPD laufe auf „eine millionenfache Vertreibung von Menschen aus Deutschland“ hinaus, für „nachvollziehbar“[27] – eine wohl bewusst etwas vage Formulierung.

Wenn das Gericht dennoch zu dem Ergebnis gelangt, die NPD sei nicht zu verbieten, dann ist dies das Ergebnis einer Verhältnismäßigkeitsprüfung nach den Kriterien „Erforderlichkeit“ und „Angemessenheit“.[28] Erforderlichkeit bedeutet: Es gibt keine mildere Maßnahme zur Erreichung des demokratieschützenden Ziels. Und Angemessenheit heißt: Durch ein Verbot sind keine Gewinne im Blick auf das angestrebte Ziel zu erwarten, welche die Verluste der Betroffenen wie der Gesellschaft als Ganzes wettmachen.

Das Gericht verbindet seine Verhältnismäßigkeitserwägungen mit einer umfangreichen Betrachtung zur „Potentialität“. Art. 21 des GG fordert ein „Darauf Ausgehen“, eine – wie es im KPD-Urteil hieß – „aggressiv-kämpferische Haltung“[29] gegenüber der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Daran knüpft das Gericht an: „Entsprechend dem Ausnahmecharakter des Parteiverbots als präventives Organisations- und nicht als bloßes Weltanschauungs- oder Gesinnungsverbot kann ein ‚Darauf Ausgehen‘ allerdings nur angenommen werden, wenn konkrete Anhaltspunkte von Gewicht vorliegen, die es zumindest möglich erscheinen lassen, dass das gegen die Schutzgüter des Art. 21 Abs. 2 GG gerichtete Handeln einer Partei erfolgreich sein kann (Potentialität).“[30]

Eine aggressiv-kämpferische Haltung erfordert keine Prüfung der Erfolgschancen, die „Potentialität“ kommt ohne sie nicht aus. Insofern hat das Gericht die Eingriffsschwelle erhöht und künftigen Verfahren eine Feststellung des vom verfassungsfeindlichen Aggressor ausgehenden Gefährdungsgrades auferlegt. Wie eine solche Prüfung erfolgen kann, zeigt das Gericht, indem es die Begründetheit der Verbotsanträge unter Hinzuziehung der Aussagen der befragten Sachverständigen und der Stellungnahmen der NPD kritisch prüft und alle Indizien zusammenträgt, die darauf hindeuten, von der Partei werde auf absehbare Zeit eine Gefahr für die Verfassungsordnung ausgehen.

So stellt das Gericht zunächst zwar die Verfassungsfeindlichkeit der Partei und ihre aggressiv-kämpferische Haltung gegenüber der Verfassungsordnung fest, verneint aber die Frage nach ihrer Gefahren-„Potentialität“. Das zeige sich in einer schwachen parlamentarischen Repräsentanz auf nationaler, regionaler (keine Abgeordneten), kommunaler (350 Mandatsträger von mehr als 200.000 Kommunalmandaten) und europäischer Ebene (ein Abgeordneter im Europaparlament)[31], in einer zurückgehenden Mitgliederzahl und Mobilisierungsfähigkeit und einer geringen „Wirkkraft in die Gesellschaft“[32], die auch durch lokale Schwerpunkte nicht kom-

27 Ebd., Rn. 697.
28 Vgl. Lübbe-Wolf (FN 3), S. 15.
29 BVerfGE 5, Rn. 141.
30 BVerfG (FN 4), Rn. 585.
31 BVerfG (FN 4), Rn. 897-910.
32 Ebd., Rn. 916.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

pensiert werden könne. Es sei der NPD nicht gelungen, „den von ihr proklamierten ‚Kampf um den organisierten Willen' erfolgreich zu gestalten. Ihr kommt keine Führungsrolle gegenüber dem bewegungsförmigen Rechtsextremismus zu."[33] „National befreite Zonen" existierten nicht. Der von dem Sachverständigen Dirk Borstel angeführte „Kleinstort Jamel" in Mecklenburg-Vorpommern, „bei Wismar am Ende einer Sackgasse gelegen"[34], stelle „einen nicht übertragbaren Sonderfall dar".[35] „Weitere Beispiele erfolgreicher Umsetzung räumlicher Dominanzansprüche der Antragsgegnerin sind nicht bekannt."[36] Dass sich die NPD „in einem Gesamtmilieu bewege, das überdurchschnittliche Kriminalitätswerte aufweise", könne ihr „nicht zugerechnet"[37] werden. Zwar gebe es zahlreiche Beispiele für die Verstrickung von NPD-Mitgliedern in strafbare Handlungen und politisch motivierte Gewalttaten, doch reichten die Beweise nicht aus, „um die Behauptung einer grundsätzlichen, das Handeln der Antragsgegnerin insgesamt prägenden Missachtung strafrechtlicher Verbote und des staatlichen Gewaltmonopols zu belegen".[38] „Die Feststellung einer durch die Antragsgegnerin herbeigeführten Atmosphäre der Angst und Bedrohung" sei nur dann im Blick auf die Frage nach der „Potentialität" relevant, „wenn das ihr zurechenbare Handeln objektiv geeignet ist, die freie und gleichberechtigte Teilhabe am Prozess der politischen Willensbildung zu beeinträchtigen".[39] Davon aber könne keine Rede sein. Alle Gesichtspunkte zusammengenommen erfüllten nicht das Tatbestandsmerkmal des „Darauf Ausgehens" im Sinne konkreter Anhaltspunkte „von Gewicht, die es zumindest möglich erscheinen lassen, dass dieses Handeln der Antragsgegnerin zum Erfolg führt".[40]

Angesichts der umfangreichen Prüfung der Erforderlichkeit und Angemessenheit eines Verbots erscheint es verwunderlich, dass das Gericht eigens betont, einer „gesonderten Anwendung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit im Parteiverbotsverfahren"[41] bedürfe es nicht. Denn Art. 21 Abs. 2 Satz 1 GG lasse für „eine gesonderte Verhältnismäßigkeitsprüfung keinen Raum". Mit dem Begriff der „Potentialität" hat das Gericht jedoch eine Kategorie eingeführt, die eine Gefahrenanalyse unerlässlich macht. Diese Analyse ist unabhängig von dem im Polizeirecht verankerten Kategorien einer „konkreten oder nachhaltigen" Gefahr.[42] Es bedarf auch keines Nachweises einer „immanenten Bedrohung", etwa für gesellschaftliche Minderheiten[43], oder eines „clear and present danger test", wie ihn der Supreme Court der USA für Einschränkungen der Meinungs-, Presse- oder Versammlungsfreiheit for-

33 Ebd., Rn. 932.
34 Ebd., Rn. 937.
35 Ebd., Rn. 934.
36 Ebd., Rn. 941.
37 Ebd., Rn. 952.
38 Ebd., Rn. 953.
39 Ebd., Rn. 983.
40 Ebd., Rn. 845.
41 Ebd., Rn. 599.
42 Vgl. ebd., Rn. 605.
43 Wie im Fall des Verbots der tschechischen Arbeiterpartei durch das Oberste Verwaltungsgericht der Tschechischen Republik im Jahr 2010. Vgl. ausführlich Miroslav Mareš, Czech Mili-

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

dert.[44] Unerlässlich ist aber eine umfassende Betrachtung der jeweiligen Vereinigung unter Gesichtspunkten, die zumindest teilweise auch einer polizeilichen Beurteilung der Gefährdungslage zugrunde liegen. In beiden Fällen werden die Ziele: Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie Schutz der Demokratie, mit dem zur Verfügung stehenden Mittel in Relation gesetzt, um dessen Erforderlichkeit und Angemessenheit zu prüfen. Wenn das Gericht darauf beharrt, eine Anwendung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes sei nicht erforderlich, scheint es einem engen Begriff der Verhältnismäßigkeit zu folgen. Es spricht viel dafür, dass die Entscheidung auch gegenüber möglichen Einwänden des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte (EGMR) abgesichert werden sollte, in dessen Entscheidungen in Parteiverbotsangelegenheiten Verhältnismäßigkeitserwägungen eine besondere Bedeutung haben.[45] Denn: „Der Einfluss der Rechtsprechung des EGMR auf das NPD-Verbotsurteil ist offenbar. Er scheint auch größer zu sein als es die Entscheidungsbegründung und die Urteilsverkündung, in der der EGMR mit nur einem Satz erwähnt wurde, suggerieren.“[46]

Das Gericht hat mit der neuen Kategorie der „Potentialität“ die Eingriffsschwelle erhöht und die Anwendung des Parteiverbots von einer Gefahrenanalyse und Verhältnismäßigkeitsprüfung abhängig gemacht.[47] Insofern geht die Entscheidung über die bisher geltende verfassungsrechtliche Lage hinaus. Auf Parteien mit marginaler politischer Bedeutung lässt sich das Parteiverbot daher nicht mehr anwenden. Dies könnte die Tendenz der NS-affinen Szene zu parteiförmiger Organisation verstärken. Allerdings setzt das Parteiverbot, wie ausgeführt, keine konkrete oder nachhaltige Gefahr im Sinne des Polizeirechts voraus. Das Gericht hat die Schwelle also nur moderat erhöht, auch wenn das Instrument in vielen Fällen nicht mehr anwendbar erscheint. Insbesondere hat es der Möglichkeit, das Parteiverbot als Mittel symbolischer Politik gegen weitgehend einflusslose Extremisten[48] zur Anwendung zu bringen, einen Riegel vorgeschoben.

---

tant Democracy in Action. Dissolution of the Workers‘ Party and the Wider Context of this Act, in: East European Politics and Society 26 (2012), H. 1, S. 33-55.

44 Vgl. Fred D. Ragan, Justice Oliver Wendell Holmes Jr., Zechariah Chafee Jr., and the Clear and Present Danger Test for Free Speech, in: The Journal of American History 58 (1971), H. 1, S. 24-45.

45 Vgl. BverfG (FN4), Rn. 607-626. Zu den Entscheidungen des EGMR siehe Sarah Theuerkauf, Parteiverbote und die Europäische Menschenrechtskonvention, Zürich/Basel/Genf 2006; Klamt (FN 8), S. 212-407.

46 Paul Höhner/Sven Jürgensen, Europäisierung des Parteiverbots? Das Merkmal der „Potentialität“ im Lichte der Rechtsprechung des EGMR, in: Mitteilungen des Instituts für deutsches und internationales Parteienrecht und Parteienforschung 23 (2017), S. 103-111, hier: S. 111. Siehe auch Seyda Emek, Die Europäisierung des Parteiverbots – dargelegt am NPD-Urteil des Bundesverfassungsgerichts, in: Recht und Politik 53 (2017), S. 174-185; Christoph Gusy, Verfassungswidrig, aber nicht verboten!, in: Neue Juristische Wochenschrift 80 (2017), S. 601-604.

47 Vgl. auch Jörn Ipsen, Verfassungswidrig, aber nicht verboten. Das NPD-Urteil des Bundesverfassungsgerichts, in: Recht und Politik 53 (2017), S. 3-8, hier: S. 5.

48 Vgl. Christoph Butterwegge, Warum das Urteil des Bundesverfassungsgerichts ein falsches Signal ist, in: Focus Online vom 28. Januar 2017.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

4. Willensbildung und Politikgestaltung

Warum ist der Verbotsantrag überhaupt gestellt worden, wenn ersichtlich war, dass von der NPD auf absehbare Zeit keine Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung ausgehen werde? Viele der theoretischen Annahmen, die meist auf der Grundlage von Rational-Choice-Ansätzen in der komparatistischen Literatur über die Gründe für die Anwendung (oder Nicht-Anwendung) von Parteiverboten vorgebracht worden sind[49], scheiden im Falle des zweiten NPD-Verbotsverfahrens (ebenso wie im ersten) aus. Die NPD verfügte in keinem Bundesland über Koalitionspotential, ja nicht einmal über ein signifikantes Stimmengewicht, das eine Partei dazu hätte veranlassen können, die NPD als Konkurrenten auf dem Wählermarkt auszuschalten.

Dies war den Parteistrategen in den Landesregierungen, die den Antrag im Bundesrat trugen, klar, auch wenn die NPD auf dem Höhepunkt ihrer Erfolge (jeweils zweimaliger Einzug in die Landtage Sachsens und Mecklenburg-Vorpommerns in den Jahren 2004, 2006, 2009 und 2011) von vielen professionellen Beobachtern überschätzt wurde. Früh zeigte sich: Die Partei war nicht in der Lage, im westlichen Deutschland zu reüssieren, ihre Operationsbasis zu verbreitern und ihre Mandatsgewinne in eine nachhaltige Mitgliedermobilisierung zu überführen. Mit ihrer unübersehbaren NS-Affinität erfüllte sie ein zentrales Erfolgskriterium der auf längere Sicht einflussreichen rechtspopulistischen Formationen der europäischen Nachbarländer nicht.[50] Schon zum Zeitpunkt der Antragstellung (Dezember 2013) war jedenfalls aufmerksamen Lesern der Verfassungsschutzberichte oder des Jahrbuches Extremismus & Demokratie klar, dass die NPD in der Krise war. Ihre sehr bescheidenen Wähleranteile gingen weiter zurück (bei der Bundestagswahl 2013 sank der Zweitstimmenanteil von 1,5 auf 1,3 Prozent), die Zahl ihrer Mitglieder schrumpfte, und die Finanzlage erschien desolat.[51]

Zwei Bedingungen für Parteiverbote, die in der internationalen Komparatistik genannt werden, erscheinen in hohem Maße relevant: Zum einen war die NS-Affinität der NPD offensichtlich, so dass es keiner großen Überzeugungskraft gegenüber den Wählern bedurfte, um die Partei als harte Antisystempartei inakzeptabel erscheinen zu lassen. Zum anderen – und das dürfte entscheidend sein – ließ sich die Partei (wie

49 Vgl. vor allem William Downs, Political Extremism (FN18), S. 63-68.

50 Vgl. Uwe Backes, Die Entzauberung der Extremisten? Erfolgsbedingungen der NPD im internationalen Vergleich, Reihe „Zukunftsforum Politik“, Bd. 90, hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin/Berlin 2008. Siehe auch folgende vergleichende Studien: Piero Ignazi, Extreme Right Parties in Western Europe, Oxford 2003; Jens Rydgren, The Populist Challenge. Political Protest and Ethno-Nationalist Mobilization in France, New York 2004.

51 Vgl. nur die Lageberichte von Uwe Backes, Organisationen 2013, und Eckhard Jesse, Wahlen 2013, jeweils in: Uwe Backes/Alexander Gallus/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 26, Baden-Baden 2014, S. 110-126, 93-109.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

schon im ersten Verbotsverfahren) mit Gewalttaten in Verbindung bringen.[52] Denn der eigentliche Anlass für die Einleitung eines neuen Verfahrens war die Wahrnehmung einer Verstrickung von NPD-Funktionären in die rechtsextreme Gewaltszene, auch wenn professionelle Beobachter keinen Grund zu der Annahme hatten, die NPD habe diese systematisch angeleitet (ohnehin eine wenig realistische Vorstellung).[53]

Nach der Aufdeckung einer „Terrorzelle" mit dem selbstgewählten Namen *Nationalsozialistischer Untergrund* (NSU) stand das Thema Rechtsterrorismus im Mittelpunkt der Öffentlichkeit. Eine (dünne) Verbindung zur NPD wurde frühzeitig sichtbar. Ende November 2011 verhaftete die Polizei den ehemaligen NPD-Funktionär Ralf Wohlleben, der in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre führend in der Thüringer Neo-NS-Szene und „von 2002 bis 2008 stellvertretender Vorsitzender der NPD-Thüringen sowie NPD-Kreis-Chef von Jena" war. Er galt „als Verbindungsmann zwischen neonazistischer Szene und rechtsextremer Partei. Gemeinsam mit André Kapke, Holger Gerlach, Carsten Schultze, Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe bildete er die ‚Kameradschaft Jena' und war im THS aktiv, bevor er eine Funktionärslaufbahn in der NPD begann."[54]

Diese zumindest punktuelle Verbindung der Partei zum NSU war symptomatisch für die symbiotischen Beziehungen, die sie zu militanten rechtsextremistischen Szenen unterhielt. So konnte laut einer vom Bundeskriminalamt in Auftrag gegebenen Studie in Sachsen „bei fast einem Viertel der Fälle schwerer Gewalt mehr oder weniger starke Bezüge zur NPD hergestellt werden."[55] Die Verstrickung zahlreicher NPD-Mitglieder in Gewalttaten war neben der NS-Affinität der Partei „das" zentrale Element der Verbotsbefürworter, das durch die Aufdeckung der NSU-Mordserie zusätzliches Gewicht zu erhalten schien.

Zudem setzte der NSU-Skandal die Sicherheitsbehörden wie kaum jemals zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik unter Druck.[56] Wie war es möglich, dass eine „Terrorzelle" über Jahre hinweg unbehelligt ihrem blutigen Handwerk nachgehen konnte? Der alte Verdacht, Polizei, Staatsanwaltschaft und Nachrichtendienste seien „auf dem rechten Auge blind", erhielt neue Nahrung. Mehr noch: Angesichts der dubiosen Rolle von V-Leuten des Verfassungsschutzes im NSU-Umfeld wurde mitun-

52 Vgl. die stimulierende Systematisierung potentieller Gründe für die Einleitung von Parteiverbotsverfahren bei: Angela Bourne, Democratic Dilemmas: Why Democracies Ban Political Parties?, ECPR General Conference, Montreal 2015, S. 15.

53 Vgl. zur Rolle des Gewaltarguments im ersten NPD-Verbotsverfahren und den anschließenden Verbotsdiskussionen: Christoph Weckenbrock, Die streitbare Demokratie auf dem Prüfstand. Die neue NPD als Herausforderung, Bonn 2009, S. 149-169.

54 Rainer Erb, Die Unterstützter, unter: http://www.politische-bildung-brandenburg.de/themen/rechtsextremismus/ideologie/das-zwickauer-terror-trio/die-unterst%C3%BCtzer (Februar 2012).

55 Uwe Backes/Matthias Mletzko/Jan Stoye, NPD-Wahlmobilisierung und politisch motivierte Gewalt. Sachsen und Nordrhein-Westfalen im kontrastiven Vergleich, Köln 2010, S. 139.

56 Vgl. Hans-Jürgen Lange/Jens Lanfer (Hrsg.), Verfassungsschutz. Reformperspektiven zwischen administrativer Effizienz und demokratischen Transparenz, Wiesbaden 2016; Thomas Grumke/Rudolf van Hüllen, Der Verfassungsschutz. Grundlagen, Gegenwart, Perspektiven, Opladen 2016.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

ter gar eine zumindest punktuelle Komplizenschaft mit dem Rechtsterrorismus unterstellt. Zwar ließen sich viele Vorwürfe später in parlamentarischen Untersuchungskommissionen entkräften[57], aber in den Jahren 2012/13 trug das durch den NSU-Skandal entstandene politische Klima wesentlich dazu bei, dass sich die Verbotsskeptiker (wie Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger und Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble[58]) nicht gegen die Verbotsbefürworter (vor allem in den Parteien CDU, SPD und Die Linke) durchzusetzen vermochten. Bezeichnenderweise war der Bundesrat bei der Antragstellung federführend, während sich die Bundesregierung zurückhielt und – im Unterschied zum ersten gescheiterten NPD-Verbotsverfahren der Jahre 2001 bis 2003 – keinen eigenen Antrag einbrachte.

Es waren die Ministerpräsidenten der CDU- wie der SPD-geführten Länder, die bald nach dem Bekanntwerden der NSU-Mordserie für die Einleitung eines neuen NPD-Verbotsverfahrens eintraten. Dieser Vorgang entspricht einer der möglichen Bedingungen für Parteiverbotsverfahren genau: Es stellt sich ein zumindest temporärer Konsens zwischen den Großparteien ein.[59] SPD wie CDU/CSU neigten zu etatistischen Lösungen im Umgang mit politischem (Rechts-)Extremismus, während die kleineren Parteien entweder aus klassisch-liberalen Erwägungen (FDP) oder aus Praktikabilitätsgründen (Grüne) eher Einwände formulierten.[60] Mitte Dezember 2011 beschlossen die 16 Ministerpräsidenten auf ihrer Konferenz in Berlin einstimmig, die Innenminister sollten bis Ende März 2012 „Fakten und Beweise für einen neuen Verbotsantrag beim Bundesverfassungsgericht zusammentragen. ‚Wir halten diese Partei für verfassungswidrig', sagte der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Peter Harry Carstensen." Carstensen (CDU) plädierte ebenso wie Kurt Beck (SPD) für „ein rasches Verbotsverfahren. Der Regierungschef von Rheinland-Pfalz, Kurt Beck, äußerte sich überzeugt, dass die Bedingungen des Bundesverfassungsgerichts erfüllt werden könnten. Mit Blick auf den umstrittenen Einsatz von V-Leuten in der NPD sagte er, die Länder seien sich einig geworden, dieses Verfahrenshindernis zu beseitigen. Sein Land habe etwa bereits alle „Spitzel" in der NPD-Spitze abgeschaltet. Die SPD-geführten Länder hatten sich auch in der Vergangenheit für die schnelle Einleitung eines Verfahrens stark gemacht. Auch Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich setzte sich für ein rasches Verbotsverfahren ein. Dies sei die

57 Die Abschlussberichte der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse in Berlin, Erfurt, Dresden, Wiesbaden, München und Stuttgart enthalten umfangreiches Quellenmaterial und wertvolle Einschätzungen zum Thema. Allein der Bericht des 2. Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages umfasst 1314 Seiten: Deutscher Bundestag, Drucksache 17/14600 vom 22. August 2013.

58 Vgl. „Leutheusser-Schnarrenberger warnt vor NPD-Verbotsverfahren", in: Focus vom 15. November 2011; „Schäuble will kein neues NPD-Verbotsverfahren", in: Spiegel Online vom 20. Januar 2013.

59 Vgl. Bourne (FN 52), S. 15.

60 Vgl. Claus Leggewie, Danke FDP, in: The European vom 25. März 2013; „GRÜNE unterzeichnen Appell für Verzicht auf NPD-Verbot", unter: http://www.gruene-fraktion-sachsen.de/themen/innenpolitik/gruene-unterzeichnen-appell-fuer-verzicht-auf-npd-verbot/ (12. August 2014).

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Politik insbesondere den Opfern der Mordserie der Zwickauer Terrorgruppe schuldig, sagte der CDU-Politiker nach dem Treffen. Es sei offensichtlich geworden, dass es Verbindungen zwischen der NPD und dem Rechtsterrorismus gebe. Bereits vor dem Treffen in Berlin hatte der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer in der ‚Passauer Neuen Presse' Eile angemahnt."[61]

Es bedürfte einer breiter abgestützten Untersuchung, um zu zeigen, dass die demokratischen Parteien im Umgang mit der NPD zu einem „Versicherheitlichungsdiskurs" neigten[62], also die NPD als Sicherheitsrisiko definierten, dem nur mit repressiven staatlichen Maßnahmen beizukommen sei. Dieser Diskurs wird nur verständlich, wenn man die besondere politische Kultur Deutschlands im Umgang mit Extremismen in Rechnung stellt. Im Unterschied zur Situation der 1950er/1960er Jahre hat sich aufgrund der megakriminellen Dimension der NS-Herrschaft von den 1970er Jahren an eine – im Vergleich zu Österreich ins Auge springende – „Reuekultur"[63] entwickelt, die die Wahrnehmung rechtsextremer Bestrebungen prägt. Die deutsche Vereinigung hat daran wenig geändert – u.a. deshalb, weil die SED-Verbrechen im Vergleich zu denen der NSDAP geradezu als eine historische Quantité négligeable erscheinen, wobei die Mitschuld der „bolschewisierten" KPD am Untergang der Weimarer Republik und am Aufstieg der NS-Bewegung sowie deren Verstrickung in Stalins Massenmorde oft unbeachtet bleibt.[64] Die Bürde der NS-Vergangenheit macht fremdenfeindliche Gewalttaten – und erst recht eine über Jahre unentdeckte Mordserie – zum nationalen Skandal, während die (quantitativ kaum weniger bedeutsamen) Gewalttaten von Linksextremisten vielfach als Marginalie im Normalhaushalt offener Gesellschaften hinnehmbar erscheinen. Die „Mentalität" der Demokratieschutzpraxis hat sich auf diese Weise tendenziell vom Antiextremismus des Grundgesetzes entfernt und einem „negativen Republikanismus" angenähert, also einer „Illegalisierung von politischen Assoziationen mit der konkreten Gestalt eines historisch überwundenen Unrechtsregimes"[65], wobei auch bei dieser Zuordnung das Unrecht und die fehlende Rechtsstaatlichkeit im SED-Regime ausgeklammert bleibt.

Gegen diesen „negativen Republikanismus" gibt es keinen mächtigen Vetospieler im politisch-kulturellen Kräftegefüge der Bundesrepublik Deutschland. Alternative Maßnahmen (eher präventiver Natur) erscheinen daher oft als weniger effektiv. Immerhin hat das Bundesverfassungsgericht mit dem Hinweis auf die Möglichkeit ei-

61 „Regierungschefs dringen auf NPD-Verbotsverfahren", in: tagesschau.de vom 15. Dezember 2011.

62 Vgl. zum Ansatz Bourne (FN 52), S. 18; Barry Buzan/Ole Waever/Jaap de Wilde, Security. A New Framework for Analysis, London 1998, S. 21-28.

63 David Art, The Politics of the Nazi Past in Germany and Austria, Cambridge u.a. 2006.

64 Vgl. Werner Müller, Gab es in Deutschland einen demokratischen Kommunismus?, in: Uwe Backes/Stéphane Courtois (Hrsg.), „Ein Gespenst geht um in Europa". Das Erbe kommunistischer Ideologien, Köln/Weimar/Wien 2002, S. 323-382.

65 Peter Niesen, Zwischen Pfadabhängigkeit und Kommensuration: Verbote politischer Parteien in Europa, in: Christian Joerges/Matthias Mahlmann/Ulrich K. Preuß (Hrsg.), „Schmerzliche Erfahrungen der Vergangenheit" und der Prozess der Konstitutionalisierung Europas, Wiesbaden 2008, S. 259-273, hier S. 259.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

nes Entzugs der Mittel aus der öffentlichen Parteienfinanzierung[66] einen Weg der „soft militant democracy“[67] gewiesen. Allerdings dürfte er angesichts des Parteienprivilegs schwieriger zu beschreiten sein, als manche Befürworter anzunehmen scheinen.[68]

5. Fazit

Das zweite NPD-Verbotsverfahren war weniger die Konsequenz des Antiextremismus der „streitbaren Demokratie“ als die Folge eines „negativen Republikanismus“, der sich aufgrund der spezifischen Form deutscher „Vergangenheitsbewältigung“ im Umgang mit der Megakriminalität des NS-Regimes und seiner tristen Hinterlassenschaft entwickelt hat. Die spezifische deutsche Kultur des Umgangs mit der NS-Vergangenheit hat den Druck erzeugt, um ein Verbotsverfahren gegen eine aggressiv verfassungsfeindliche, NS-affine und auf der Mitgliederebene in Gewalttaten verstrickte Partei einzuleiten, obwohl diese politisch weitgehend einflusslos war. Das Parteiverbot wurde vielfach als Mittel symbolischer Politik verstanden – unabhängig von der Frage nach politischen Gefährdung durch die NPD. Dem hat das Bundesverfassungsgericht mit seiner Entscheidung einen Riegel vorgeschoben. Das neue Kriterium der „Potentialität“ erfordert eine Verhältnismäßigkeitsprüfung, auch wenn das Gericht selbst dies verneint. Über die Frage der „aggressiv-kämpferischen Haltung“ hinaus muss nun nachgewiesen werden, dass eine Partei zumindest auf mittlere Sicht zu einer Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung werden könnte. Dieser Nachweis erfordert eine umfassende Gefährdungsanalyse. Die Eingriffsschwelle ist auf diese Weise erhöht worden – auf moderate Weise, denn eine konkrete oder gar unmittelbare Gefährdung, wie sie das Polizeirecht kennt, ist dabei nicht gefordert. Das Gericht verbindet die Definition der freiheitlichen demokratischen Grundordnung stärker mit gängigen Minimaldefinitionen der vergleichenden Demokratieforschung und nimmt Klarstellungen vor, die den (überzogenen) Vorwurf der „Unbestimmtheit“ weiter entkräften. Auf diese Weise hat es die Konturen des in der internationalen Komparatistik vielbeachteten Konzepts der streitbaren Demokratie geschärft.

66 Vgl. BVerfG (FN 4), Rn. 527. Vorschläge für den Einsatz milderer Mittel sind schon früher in elaborierter Form unterbreitet worden. Siehe nur: Armin Scherb, Parteiverbot und Demokratie – Die NPD-Verbotsdiskussion als Hinweis auf ein strukturelles Defizit demokratischer Streitbarkeit, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 13, Baden-Baden 2001, S. 73-91.

67 Jan Werner Müller, Protecting Popular Self-Government from the People? New Normative Perspectives on „Militant Democracy“, in: Annual Review of Political Science 19 (2016), S. 249-265, hier: S. 259; Svetlana Tyulkina, Militant Democracy. Undemocratic political parties and beyond, London/New York 2015, S. 110-122.

68 Vgl. Martin Morlok, Kein Geld für verfassungsfeindliche Parteien?, in: Zeitschrift für Rechtspolitik 50 (2017), H. 3, S. 66-69.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Parteien und Populismus

Von Klaus von Beyme

1. Populismus-Analyse und Gruppenbezeichnungen

Der Populismus ist zum Modethema Nummer 1 und zum Kampfbegriff in der politischen Arena avanciert. Der Rechtsextremismus wurde vor allem seit dem Aufstieg der *Alternative für Deutschland* (AfD) wieder häufiger in Deutschland behandelt, dem Land, das nach dem Urteil Cas Muddes die meisten Arbeiten zum Rechtsextremismus hervorgebracht hat. Die beiden Begriffe Populismus und Rechtsextremismus sind dabei vielfach entweder identifiziert oder völlig getrennt behandelt worden. Die Fülle der angewandten Begriffe, von „extreme Rechte" bis „reaktionärer Tribalismus", wie sie Mudde auflistete[1], haben meist nur einzelne Aspekte des Rechtspopulismus einbezogen. Das terminologische Chaos sei weniger auf Meinungsverschiedenheiten der Autoren als auf Mangel an klaren Definitionen zurückzuführen.

Ein Teil der Differenzen ist auch mit dem historischen Wandel zu erklären. Die Begriffe wechselten mit den Veränderungen der politischen Landschaft. Populistische Parteien gab es schon lange, aber erst in letzter Zeit hat der Systemwandel in der demokratischen Welt nach dem Ende des bipolaren Systems der Zeit des Kalten Krieges zahlreiche neue Gruppierungen hochgespült, die nicht im Stadium gesellschaftlicher Sekten verharrten. Die Begriffe mussten in die Koordinatensysteme der Parteiensysteme eingeordnet werden. Die Mehrheit der Populismus-Forscher akzeptiert den Rechtspopulismus als Phänomen, das sich sowohl vom Konservatismus als auch vom Rechtsextremismus unterscheide.[2] Allerdings enthält die Gegenüberstellung einer homogen gedachten und als korrupt geltenden politischen Klasse einerseits und eines ebenso homogen gedachten Volkes, dessen „wahre Interessen" populistische Parteien zu vertreten beanspruchen (so eine inzwischen verbreitete Konsensdefinition), Ansätze, die zumindest in einem Spannungsverhältnis zu den Werten und Spielregeln pluralistischer Demokratien stehen.

Cas Mudde schlägt vor, fünf Definitionsansätze für politische Parteien zu unterscheiden: 1) Familienähnlichkeit, 2) Max Webers Idealtyp-Modell, 3) Familien auf der Basis einer existierenden Partei als Prototyp, 4) der kleinste und 5) der größte gemeinsame Nenner.[3] Der fünfte Ansatz hat beim Vergleich von drei Ländern wie Deutschland, Belgien und den Niederlanden trotz aller Differenzen erstaunliche

1 Vgl. Cas Mudde, Populist Radical Right Parties in Europe, Cambridge 2007, S. 11 f.
2 Vgl. Richard Stöss, Der rechte Rand des Parteiensystems, in: Oskar Niedermayer (Hrsg.), Handbuch Parteienforschung, Wiesbaden 2013, S. 574-577.
3 Vgl. Mudde (FN 1), S. 13 f., 20.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Übereinstimmungen ans Licht gebracht, unter anderem aufgrund einer gemeinsamen „germanic culture". Als drei ideologische Merkmale wurden Nativismus, Autoritarismus und Populismus identifiziert. Der Populismus gilt dabei als „dünne Ideologie" (Michael Freeden) und nicht nur als politischer Stil. Die bloße Einordnung in die (extreme) Rechte ist historisch gesehen problematisch, weil die Rechte früher als Gegnerin der Moderne angesehen wurde, was heute nicht immer zutrifft.

„Extremismus" hat zunehmend den Begriff „politischer Radikalismus" ersetzt. Vor allem der behördliche Verfassungsschutz hat seit dem Verbot der *Kommunistischen Partei Deutschlands* (KPD) den Extremismusbegriff zunehmend bevorzugt und damit die Gegner der freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes gebrandmarkt. Das Bundesverfassungsgericht erklärte zur Verteidigung der demokratischen Grundordnung „Einschränkungen der politischen Betätigungsfreiheit"[4] von Verfassungsfeinden für legitim. Diese Ansicht wurde in der politikwissenschaftlichen Forschung nicht überall akzeptiert, weil der Staat damit die Definitionsmacht über die politischen Bewegungen beanspruchte. Seit der Ausbreitung des Populismus, der die simple Unterstellung einer klaren Rechts-Links-Achse in Frage stellt, erscheint manchen dieser „Etatismus" noch gefährlicher als in der Ära Adenauer, weil er die Entstehung neuer Demokratiekonzeptionen behindere. Aber selbst der Verfassungsschutz hat das Wort „Radikalismus" dekontaminiert und Formen zulässiger Radikalkritik für legitim erklärt. Eine einheitliche extremistische Ideologie ist nicht nachweisbar.[5] In verschiedenen Ländern werden im Licht der eigenen Geschichte unterschiedliche Gruppen als extremistisch eingestuft: In Frankreich etwa die „konterrevolutionären Nationalisten", die „revolutionären Nationalisten", die vielfach profaschistisch und anti-religiös auftraten, und autoritäre Gruppen, die man gelegentlich als „bonapartistisch" bezeichnet hat.

Leichter schien die Abgrenzung beim Terminus „Rechtsextremismus". Als gemeinsames Kriterium ließe sich feststellen: die Neigung, den Staat durch eine vage bestimmte „Volksgemeinschaft" zu definieren. Das Volk wird vereinfachend als homogen angesehen. Diese Deutung ist mit einem gewissen Antipluralismus verknüpft, einer autoritären Konzeption der Gesellschaft und einer Neigung zum Denken in Schwarz-Weiß-Bildern.[6] Neuerdings wird eine solche „Gemeinschaft" nicht immer rassistisch, sondern – im Anschluss an die französische „Nouvelle droite" – häufig „ethnopluralistisch" gedeutet. In Ländern mit mehreren Ethnien wie Belgien hat der *Vlaams Belang* (VB) die politische Unabhängigkeit der Flamen befürwortet. Selbst da, wo es sich nicht um sprachliche Differenzen handelt, wie im Falle der Konfrontation zwischen Süd- und Norditalien, hat die *Lega Nord* (LN) eine Zeitlang ein weitgehend von den süditalienischen „Schmarotzern" unabhängiges Staatsgebilde propagiert. Als Gegenmodell zu ethnisch gemischten Ländern kann Kanada gel-

4 BVerfGE 5, Rn. 141.
5 Vgl. Steffen Kailitz, Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 2004, S. 16.
6 Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, 4. Aufl., München 2006, S. 14 f.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

ten, dessen Ministerpräsident, Justin Trudeau, 2015 behauptete: „Wir haben in Kanada keinen Identitätskern, keinen Mainstream […], nur gemeinsame Werte“.[7]

„Das Volk“ erscheint in der rechtspopulistischen Definition als überwiegend tugendhaft und als Träger eines gesunden Menschenverstandes – im Gegensatz zu den Eliten. Mit dieser Einschätzung kommen Rechtspopulisten jedoch in Schwierigkeiten, wenn sie in Koalitionsregierungen eintreten.[8] Auch sonst sind Rechtspopulisten nicht immer konsequent: die Staatskritik (im Gegensatz zur Gemeinschaftsverherrlichung) verhindert nicht, dass in einigen Bereichen wie bei der Bekämpfung der Kriminalität und bei der Verhinderung von illegaler Einwanderung „der Staat“ zu starken Eingriffen in die Gesellschaft animiert wird. Antiinstitutionell optieren viele Rechtspopulisten vor allem gegen die Europäische Union. Das hindert sie nicht, gelegentlich die „Festung Europa“ zu beschwören, um den Kontinent gegen fremde Einwandererströme zu schützen. Liberale Abneigungen gegen zu viel Staatsinterventionismus schließen die Forderung nach Wirtschaftsförderung für das eigene Land keineswegs aus.

Nicht immer folgerichtig ist auch die Kritik am etablierten Parteiensystem: Rechtspopulisten starten vielfach als Bürgerinitiativen und bevorzugen klingende Namen wie „Liga“ (Italien), „Front“ (Frankreich) „Bewegung“ (Polen, Ungarn) „Vereinigung“ (Ukraine) oder „Bund“, konstituieren sich aber mit wachsendem Erfolg als „Partei“ und genießen ihre staatlichen Privilegien, auch wenn sie bei den alten Namen bleiben.

In den 1990er Jahren schien es im internationalen Vergleich verwunderlich, dass die anscheinend so soliden skandinavischen Demokratien von populistischen Bewegungen erschüttert wurden. Aber im zweiten Jahrzehnt des 3. Jahrtausends zeigten sich Erscheinungen des Niedergangs. Die *Dänische Volkspartei* (DVP) war ein Jahrzehnt lang Zünglein an der Waage in einer rechtsliberalen Minderheitsregierung und wurde 2011 in die Opposition verbannt. In allen vier skandinavischen Ländern stagnieren die Zustimmungsraten, und die populistischen Parteien sind von Führungskämpfen zerrissen. Die *Schwedendemokraten* (SD; seit 1988) oder die „Wahren Finnen“ (PS; seit 1995) gerieten wegen personeller Überschneidungen mit Rechtsextremisten in die Kritik.[9] Bei den deutschen *Republikanern* (REP) zeigte sich, dass die vage Identitätsbildung populistischer Parteien für Zerfallserscheinungen noch weit anfälliger ist als die der traditionellen Großparteien. Parteien vermeiden die Kooperation mit hoch spezialisierten populistischen Gruppierungen. Daher wurde die Veränderungskraft neuer sozialer Bewegungen in den 80er Jahren so stark überschätzt. Neue soziale Bewegungen waren am erfolgreichsten, wenn sie die populistische

7 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30. Juni 2017, S. 3.
8 Vgl. Florian Hartleb, Rechts- und Linkspopulismus. Eine Fallstudie anhand von Schill-Partei und PDS, Wiesbaden 2004, S. 74 ff., 122, 131.
9 Vgl. Sebastian Balzter, Im Norden auf dem Rückzug. Die Populisten Skandinaviens verschleißen sich in parteiinternen Kämpfen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21. April 2012, S. 10.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Agitation begrenzten und wie Ökologen und Feministinnen Formen kompromissorientierter Kooperation entwickelten.

Etablierte Parteien benutzen den Terminus „Populismus“ überwiegend als Schimpfwort. Dabei war man nicht immer konsequent: Gandhi und de Gaulle waren „gute Populisten“ – *Sinn Fein* und die Basken-Führer galten als verwerflich. Selbst der deutsche Nationalsozialismus wurde als antidemokratische „populistische Ordnung“[10] bezeichnet. Kriterium für solche Klassifikationen war mit Recht die Nähe einer Bewegung zu terroristischer Gewalt. In Deutschland – dem Land, das die Möglichkeit eines demokratischen Parteienverbots erfand, das bis nach Russland gelegentlich nachgeahmt wurde – hat man anfangs sogar ein Verbot populistischer Bewegungen erwogen. Allerdings ist man selbst im Falle klar rechtsextremistischer Parteien wie der *Nationaldemokratischen Partei Deutschlands* (NPD) in diesem Punkt aufgrund von Fehlschlägen vorsichtig geworden.[11]

Der Aufstieg des Populismus ist auch unter der Hypothese untersucht worden, die großen Parteien der Mitte würden sich immer ähnlicher. Keine Einigkeit herrscht freilich unter den Analytikern, wo die Balance zwischen extremer Lagerbildung wie in der Weimarer Republik und postdemokratischer Uniformität liegt.[12] Im Gegensatz zum Populismus in den Nachkriegsjahren mündete jedoch die Entfremdung der Bürger nicht nur in „Passivismus“ mit immer geringerer Wahlbeteiligung. Es entwickelte sich auch eine „partizipatorische Protestdemokratie“[13], genährt von Vorurteilen gegen die Parteien. Der „Wutbürger“ lässt keinen politischen Quietismus zu.

Als die Parteien sich von klassengebundenen Massenparteien zunehmend in lose Bewegungen und professionalisierte Wählerparteien verwandelten[14], erhielten populistische Elemente die Chance, vom Rand ins Zentrum des Parteiensystems zu gelangen – wie Berlusconi in Italien und viele Parteien in postkommunistischen Ländern. In diesem Prozess verlor der Populismus einiges von seinem früheren Image des status-versessenen Kleinbürgertums und fand zunehmend Anhänger auch in der Arbeiterklasse.

In vier Dimensionen hat sich die Forschung dem Populismus zugewandt:

1. Die ideologische und programmatische Dimension,
2. die personelle Dimension der Führerschaft,
3. die technische Dimension eines simplifizierenden metaphorischen Stils der politischen Propaganda,

10 Christoph Möllers, Demokratie – Zumutungen und Versprechen, 2. Aufl., Berlin 2009, S. 35.
11 Vgl. die Analyse von Uwe Backes in diesem Band.
12 Vgl. Maximilian Probst, Der falsche Frieden. Weil sich die großen Parteien in der Mitte immer ähnlicher werden, wächst der Extremismus – auch am rechten Rand, in: Die Zeit vom 24. November 2011, S. 61.
13 Edith Niehuis, Die Zerstörung der Parteiendemokratie von oben nach unten, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 44-45/2011, S. 7-11.
14 Vgl. Klaus von Beyme, Parteien im Wandel. Von den Volksparteien zu den professionalisierten Wählerparteien, 2. Aufl., Opladen 2002.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

4. die Dimension der Bedeutung von positiven oder negativen Kampagnen in den Massenmedien, die sich zunehmend auf „events“ und Skandale konzentrieren.

Der Populismus erwies sich nicht als Einbahnstraße. Er wurde anfangs erleichtert durch den Wandel der Ideologien und der Organisationsmuster der Parteien im Niedergang der traditionellen Parteiensysteme. Sie waren gekennzeichnet durch eine Abnahme der Parteimitgliedschaften, der Parteienidentifikation und der Wahlbeteiligung. Parteieliten professionalisierten sich. Anti-Establishment-Gefühle und Anti-Parteien-Stimmungen breiteten sich aus. Es gibt keinen Grund, diese Entwicklungen nur negativ zu bewerten. Der moderne Wähler erwies sich als besser informiert als der alte in Zeiten der Klassenparteien, er war weniger kollektivistisch gesonnen und unabhängiger in seinem Urteil von den großen Medien. Unerwünschte Nebenfolge: erhöhte Wählerstimmen-Fluktuation (Volatilität) bei Wahlen.

Für unser Thema am interessantesten ist die erste Bedrohung: populistische Bewegungen, die verhärtete Traditionsbestände einer von kapitalistischer Modernisierung gefährdeten Lebenswelt blind verteidigen. Die Zivilgesellschaft scheint gleichsam autopoitisch geworden zu sein: Sie kann sich nur noch selbst transformieren, aber die Gesellschaft als Ganzes erweist sich nicht als beliebig änderbar. Das war eine erneute Absage an machthungrige Systemveränderer wie an populistische Demagogen, die eine Systemveränderung noch verbal beschwören.

2. Der Rechtspopulismus

Der Rechtspopulismus erscheint vielfach der Mitte im Spektrum politischer Bewegungen näher als der Rechtsradikalismus. Die Grenzen zum Konservatismus sind nicht so eindeutig wie beim Rechtsextremismus. Der Rechtspopulismus vermeidet in der Regel antidemokratische Bekenntnisse und spezialisiert sich auf einige Problemkreise wie Einwanderung und Opposition gegen die „politische Klasse“ und die Europäische Union. Populistische Ängste werden aus der Globalisierungsbewegung abgeleitet. Politikverdrossenheit ist bei allen Wählern weit verbreitet. Assimilation von Einwanderern aus nichteuropäischen Kulturen wird bei Populisten und vielen organisatorisch nicht gebundenen Bürgern als unwahrscheinlich angesehen. Dennoch erscheint die faktische Bedeutung von Immigration (vgl. Tabelle 1) und die parteiliche Reaktion darauf in Europa höchst unterschiedlich.

Der Bevölkerungsanteil der im Ausland Geborenen ist bedeutsamer als die abstrakte Zahl der Einwanderer, die im Ausland zur Welt gekommen sind. Deutschland liegt mit 11,5 Millionen im Ausland Geborenen an der Spitze der größeren europäischen Länder – und noch vor den USA. Aber kleinere Länder wie Belgien, Schweden und die Schweiz haben höhere Anteile von im Ausland Geborenen in ihrer Bevölkerung. Im Hinblick auf Integration und Förderung gelten Schweden und Deutschland als vorbildlich, auch wenn die Frage des Familiennachzugs noch nicht geklärt scheint. Deutschland hatte 2015/16 mit 1,1 Millionen neuen Asylbewerbern,

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Tabelle 1: Anteil der im Ausland Geborenen in Millionen und in Prozent der Bevölkerung

USA	44,3	13,5
Deutschland	11,5	14,2
Großbritannien	9,0	13,9
Frankreich	8,0	12,3
Kanada	7,3	20,3
Australien	6,7	28,0
Spanien	6,1	13,2
Italien	5,9	9,9
Schweiz	2,4	29,1
Niederlande	2,1	12,2
Belgien	1,9	16,6
Israel	1,8	22,5
Schweden	1,7	17.1

Quelle: OECD, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30. Juni 2017, S. 19.

die 1,44 Prozent der Bevölkerung ausmachten, den höchsten Anteil an neuen Asylbewerbern, höher als die USA (434.700), die Türkei (211.400), oder Italien (205.400). Aber in Prozent der Bevölkerung lagen die Zahlen der neuen Asylbewerber in Schweden (1,83 Prozent) und in Österreich (1,47 Prozent) über dem deutschen Niveau. Diese Zahlen schienen die Interpretation zu erlauben, dass die Einwanderung abnimmt. Aber aufgrund von Verlagerungen der Routen ist dieses Urteil vielleicht verfrüht, insbesondere weil die Notlage in Afrika die Herkunftsländer der Migranten verändert hat.

Die „rechte Trinität" der Themen „Korruption, Immigration und Sicherheit" in der Programmatik der Rechtspopulisten wird angesichts der Migrationsentwicklung vielfach im Volk geteilt.[15] Gemeinsamkeiten unter rechtspopulistischen Gruppen sind schwer zu verallgemeinern, weil sie alle über keine feste Ideologie verfügen, sondern sich des Nationalismus, Neoliberalismus und selbst der Sozialdemokratie bedienen. Die mangelnde Ausführlichkeit der Programme ist sogar auf das Bewusstsein der Populisten zurückgeführt worden, dass die aus anderen Ideologien adaptierten Elemente sich häufig widersprechen. Mir scheint fraglich, ob die propagandistischen Populisten in ihrem wenig rationalen Denkansatz bei der Identitätsbildung dies überhaupt erkennen. Durch die neuere Entwicklung sind die politischen Theorien, welche den Parteiprogrammen zugrunde liegen, stark verändert worden. Postmaterialistische Thesen wurden aufgegriffen, und mit dem Niedergang der Sozialdemokratie als stärkster Kraft des Parteiensystems wurde der Neo-Keynesianismus vorrü-

15 Vgl. Cas Mudde, On Extremism and Democracy in Europe, London 2016, S. 10.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

bergehend vom Neoliberalismus mit Hang zur Nichtintervention des Staates und zur Eingrenzung der Sozialstaatlichkeit abgelöst. Es ist daher kein Zufall, dass skandinavische Länder wie Dänemark und Norwegen bei der Entwicklung neuer Rechtsparteien vorangingen. Liberale Parteien wie die *Freiheitliche Partei Österreichs* (FPÖ) oder die *Schweizerische Volkspartei* (SVP) liefen zum Rechtspopulismus über. Um 2017 schien diese Entwicklung wieder rückläufig, obwohl es nicht zu einer Wirtschaftskrise gekommen war wie in den Jahren 2008/09.

Nach 1945 wurden vor allem in protestantischen Ländern liberale Elemente in die Programme der Rechtspopulisten eingebaut, wie Christan Joppke hervorhebt[16], ein deutscher Soziologe, der in Bern lehrt und sich selbst als einen „reaktionären Liberalen“ bezeichnet, eine Neigung, die seine Betonung liberaler Züge im Populismus vielleicht erklärt. Vor allem in der Schweiz wurden von der SVP Föderalismus und Freiheitlichkeit als liberale Elemente gefördert. Im Kampf gegen den Islamismus vertraten Rechtspopulisten in einigen Ländern die Tendenz zur Förderung der Gleichheit der Geschlechter in der Gegnerschaft gegen die Burka.

Meist gelten Rechtspopulisten als antiliberal. Aber näher als dem traditionellen Konservatismus scheinen einige Rechtspopulisten durch ihre Staatskritik dem Neoliberalismus zu stehen, wenn sie vor allem für die Mittelklassen Steuererleichterungen fordern und für die Privatisierung von Staatsbetrieben eintreten. Insofern ist Cas Muddes Einordnung des Populismus als „antiliberal“[17] ein bisschen einseitig. Wenig neoliberal wirken jedoch Plädoyers für protektionistische Maßnahmen gegen Waren aus Billiglohnländern. Der neoliberale Aspekt von Populisten wurde als Abrücken vom faschistoiden Antikapitalismus der NPD und der *British National Party* (BNP) gewürdigt.[18] Je näher Rechtspopulisten dem Rechtsradikalismus rückten, umso mehr wurden sie – wie der *Front National* (FN) in Frankreich – für wirtschaftlichen Protektionismus anfällig.[19] Die wichtigste Trennungslinie zwischen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus bleibt das Verhältnis zur Gewalt. Wo immer Gewalt verherrlicht wird, haben auch tolerante Populismus-Theoretiker wie Cas Mudde, welche die ständige Suche nach Verbotsgründen gegen rechte Parteien in Deutschland skeptisch betrachten, ein Parteienverbot akzeptiert.[20]

Die Rechtspopulisten sind trotz einiger gewagter Prognosen nicht zu einer vorübergehenden Erscheinung geworden. Dies hat das Urteil der Sozialwissenschaften über den Rechtspopulismus verschärft. Dessen Entwicklung verlief jedoch in den europäischen Ländern sehr verschieden. Deutschland zeigte starke Resistenz gegen die Etablierung einer Partei im nationalen Parlament, nicht weil es so fortschrittlich

16 Vgl. Christian Joppke, Erst die Moral, dann das Fressen. Was verbindet die europäischen Rechtspopulisten von Viktor Orbán über Geert Wilders bis zu Marine Le Pen?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6. Juni 2017, S. 6.

17 Mudde (FN 15), S. 4.

18 Vgl. Jean-Yves Camus, Die europäische extreme Rechte – ein populistisches und ultraliberales Projekt, in: Peter Bathke/Susanne Spindler (Hrsg.), Neoliberalismus und Rechtsextremismus in Europa, Berlin 2006, S. 34-47.

19 Vgl. Hartleb (FN 8), S. 38, 40 f.

20 Vgl. Mudde (FN 15), S. 134.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

war, sondern weil Institutionen wie die Fünfprozentklausel und der Föderalismus die Entstehung neuer Parteien generell behindern, nicht nur auf der rechten Seite des Parteienspektrums. In den von Gerhard Lehmbruch einst als Konkordanzdemokratien gewürdigten Systemen, wie der Schweiz, Österreich oder den Niederlanden, schien sich ein früher immobiles Parteiensystem erstaunlich rasch zu wandeln. Angesichts der Verschiedenheit der Anreize und Hindernisse für rechtspopulistische Parteien war es nicht verwunderlich, dass im Europaparlament die Fraktion „Identität, Tradition, Souveränität" nur für kurze Zeit bestand. Inzwischen verteilen sich die Populisten auf mehrere – einander bekämpfende – Fraktionen.

In der Frühzeit der Entstehung des Nachkriegspopulismus wurde dieser günstigstenfalls als „normale Pathologie" angesehen.[21] Seit der Populismus sich so stark ausbreitete, hat ein gewiefter Autor wie Cas Mudde die These von der „normalen Pathologie" weitergeführt; er spricht von „pathologischer Normalität".[22] Dieser Populismus wird als demokratisch, aber antiliberal eingestuft. Letzteres ist nur teilweise richtig.

3. Parteienentwicklung und Populismus

Der Populismus ist die Folge eines grundsätzlichen Wandels der Parteiensysteme, vor allem seit die Linke in den südeuropäischen Ländern verdrängt wurde und die Sozialdemokratie einen Niedergang erlebte. So konnte der Terminus „Wutbürger" von der Gesellschaft für deutsche Sprache zum „Wort des Jahres" 2010 gekürt werden. Trotz des Aufstiegs der Grünen fühlten sich Teile der Bürgerschaft entfremdet. Vor allem „submissiveness" in den Attitüden hat einen neuen politischen Autoritarismus gefördert.[23] Als postmoderne Demokratien begannen, die Sozialausgaben zu kürzen, wurden auch linke Gruppen zu Verteidigern des Status quo und als Populisten bezeichnet – ein Terminus, der bis dahin überwiegend in die Nähe des Rechtsextremismus gerückt worden war. Vor allem in Osteuropas neuen Demokratien gab es starke Identitätsprobleme durch nationale Irredentas und Minoritätenprobleme.[24] So war es zu erklären, dass Ungarn – ein Land, das unter dem Kommunismus zur Vorhut demokratischer Aufmüpfigkeit gehörte – nach dem ersten demokratischen „honey moon" unter Orbán populistisch wurde. Eine Erklärung dafür: Viele Ungarn fühlen sich nach den zwei Weltkriegen durch Verlust weiter Landesteile, die von Ungarn besiedelt waren, als „Opfer der Geschichte des 20. Jahrhunderts".[25] Auch in

21 Vgl. vor allem Erwin K. Scheuch, unter Mitarbeit von Hans Dieter Klingemann, Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Sozialpolitik, 12 (1967), S. 11-19.
22 Mudde (FN 1), S. 296; ders. (FN 15), S. 3.
23 Vgl. Oliver Rathkolb/Günter Ogris (Hrsg.), Authoritarianism, History and Democratic Dispositions in Austria, Poland, Hungary and the Czech Republic, Innsbruck 2010, S. 37.
24 Vgl. Wolfgang Merkel, Systemtransformation, 2. Aufl., Wiesbaden 2010, S. 327.
25 Árpád von Klimó, Hungary, in: Rathkolb/Ogris (FN 23), S. 79-90, hier: S. 89.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Österreich ist der Aufstieg des Populismus durch historische Entfremdung erklärt worden. Sie führte dazu, dass Österreicher in Umfragen mehrheitlich für die Aufnahme von Ungarn in die EU waren, nicht aber für die Aufnahme von Tschechien und Polen (nur 37 Prozent Befürworter).[26]

Etablierte Parteien werden großen Industrieunternehmen immer ähnlicher. Sie vermeiden hohe Risiken, bilden Korporationen bei der Investition und investieren in die Identität neuer Gruppen.[27] Populistische Bewegungen polemisieren anfangs in der Regel gegen die etablierten Parteien und versuchen in ihrer Selbstbezeichnung den Namen „Partei" zu vermeiden. In den USA nannten sich solche Gruppen etwa „Liga" wie die „Social Credit League". Gelegentlich sind sie völlig fehlbenannt wie die *Liberal-Demokratische Partei Russlands* (LDPR) unter Vladimir Zhirinovskij, der von Kritikern häufig als „politischer Clown" angesehen und unter Putin in eine höchst unklare Position gedrängt wurde.

Liberale und soziale Varianten des Populismus lassen sich unterscheiden. Als Prototyp einer sozialen populistischen Partei ist die *Panhellenische Sozialistische Bewegung* (PASOK) gewürdigt worden. Anfangs bilden die populistischen Gruppen häufig keine Partei im klassischen Sinne. Die vergleichsweise am stärksten als Modell wirkende rechtspopulistische Partei in Europa, der FN unter Jean-Marie Le Pen, war nach der Gründung 1972 zunächst eher eine Konföderation radikaler Grüppchen. Die österreichische FPÖ wirkte seit der Etablierung 1956 gespalten zwischen einer nationalen und einer liberalen Faktion. Einigend wirkt eine charismatische Führerschaft, wie sie schon Max Weber dem traditionalen und rationalen Organisationstyp gegenüberstellte. Ein moralischer Fundamentalismus rückt einige populistische Bewegungen in die Nähe von religiösen Sekten – vor allem in den USA. Charismatische Führer haben von Perón bis Berlusconi oder Le Pen versucht, Parteien um sich herum zu bauen, obwohl sie eine gewisse Antipathie gegen politische Institutionen hegten. Diese Charismatiker vertraten nicht selten Verschwörungstheorien, in denen Politiker, Intellektuelle oder Kapitalisten als heimliche Akteure auftauchten.[28]

Es entwickelte sich ein gewisses Desinteresse an der pluralistischen Demokratie. Die Vagheit der Perzeption des politischen Systems findet ihren Niederschlag in der Generalität der Betrachtung der eigenen Gruppe, eine Tendenz, die Friedrich Dürrenmatt in dem Roman „Der Richter und sein Henker" schon 1950 denunzierte, als ein Schweizer Nationalrat als Mitglied der „Konservativ-liberalsozialistischen Sammlung der Unabhängigen" karikiert wurde. Neu erscheint, dass Populisten wie Donald Trump viele Stimmen aus der Arbeiterklasse sammeln konnten. Die Programme der rechtspopulistischen Parteien sind meist vage und nur bei einzelnen Themen, die sie übertreibend herausstellen, etwas präziser. Wähler aus allen Gesellschaftsschichten werden vor allem angesprochen, wo man an ihre Ängste vor Mo-

26 Vgl. Oliver Rathkolb, Historical perceptions concerning the changes of 1989 and authoritarian disposition, in: Rathkolb/Ogris (FN 23), S. 127-134, hier: S. 132.
27 Vgl. Colin Crouch, Post-Democracy, Cambridge 2005, S. 120.
28 Vgl. Paul Taggart, Populism, Philadelphia/Buckingham 2000, S. 105.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

dernisierungsprozessen appellieren kann. Die Appelle sind überwiegend nicht an besondere Schichten gebunden. Selten hat eine neue Parteigruppe so viele sozialdemokratische Stimmen einfangen können, von denen man eine soziale Parteigebundenheit annahm. Soziale Abstiegsängste dürften dabei eine Rolle spielen. Sobald Populisten Regierungsverantwortung übernehmen, laufen sie Gefahr, ihre Wähler rasch wieder zu verlieren, wenn sie von ihrer Rhetorik abrücken und pragmatische Politik betreiben.[29]

Die Verbreitung des Rechtspopulismus in Europa ist beträchtlich. Es ist bereits von einer „rechten Internationale“[30] die Rede. Sie umfasst:

- Norbert Hofer und die FPÖ in Österreich,
- Geert Wilders‘ Partei in den Niederlanden,
- Marine Le Pen und den FN in Frankreich,
- Jaroslaw Kaczynskis „konservative Regierung“ in Polen,
- Christoph Blocher und die SVP,
- die DVP,
- die LN in Italien,
- die AfD in Deutschland,
- viele Brexit-Anhänger in Großbritannien.

Im EU-Parlament gab es bereits drei rechte Fraktionen. Im Sommer 2015 haben sich immerhin 36 Europa-kritische Abgeordnete aus acht Ländern zur Fraktion „Europa der Nationen und der Freiheit“ zusammengeschlossen, darunter Frauke Petrys Lebensgefährte Marcus Pretzell. Nicht alle rechtspopulistischen Parteien unterhalten rege Kontakte. Die AfD wollte anfangs mit dem FN nicht viel zu tun haben. Populistische Parteien erringen bei Wahlen zunehmend Erfolge – anders als in den Jahren vor 1990. Bei den letzten Europawahlen erreichten populistische Parteien 12,5 Prozent der Stimmen. Nur Luxemburg, Portugal und Slowenien fehlten in der Liste. In ca. 20 europäischen Ländern kamen die Populisten auf ca. 10 Prozent der nationalen Stimmen. In fünf Ländern ist die populistische Partei die stärkste Partei geworden (Griechenland, Ungarn, Italien, Slowakei und Schweiz), in drei Ländern haben Populisten sogar eine Stimmenmehrheit erlangt (Ungarn, Italien, Slowakei). In drei Ländern (Finnland, Norwegen und Schweiz) ist eine populistische Partei Teil der Regierung.

Es wird bedauert, dass die Ursachen für solche Erfolge bisher kaum umfassend erforscht sind. Polen und Ungarn haben geringe Immigration, aber große populistische Vertretungen im Parlament, daher wollten einige Forscher die Einwanderung nicht als Grund gelten lassen. Aber vielleicht ist die Einwanderung so gering, gerade

29 Vgl. Oliver Geden, Diskursstrategien im Rechtspopulismus. Freiheitliche Partei Österreichs und Schweizerische Volkspartei zwischen Opposition und Regierungsbeteiligung, Wiesbaden 2006, S. 21 ff.

30 Nadine Ahr u. a., Die rechte Internationale, in: Die Zeit vom 9. Juni 2016.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

weil die Populisten stark sind. Als Gründe dafür nannte der niederländische Populismus-Forscher Cas Mudde:[31]

1. Wichtige Probleme sind von den Eliten nicht energisch angegangen worden,
2. politische Eliten sind uniform und in den meisten Ländern machtlos.
3. Die kognitive Mobilisierung hat mehr Bildung erzeugt und die Gebildeten wurden kritischer gegenüber Regierungen.
4. Die Medienstruktur hat sich den unterprivilegierten Gruppen, die sich in populistischen Parteien sammeln, stärker geöffnet. Wo die traditionellen Medien sperrig blieben, haben Populisten, wie Wilders in den Niederlanden, über Twitter Aufmerksamkeit auf sich gezogen.

Als wichtigste Frage für die Demokratie gilt, ob die Systeme gegen extremistische Herausforderungen gewappnet sind. Dies wird oft verneint. Deutschland gilt jedoch als löbliche Ausnahme, weil es aufgrund der Weimarer Erfahrungen eine „wehrhafte Demokratie" entwickelt habe. Die USA firmieren als Gegenbeispiel mit sehr breiter Toleranz für abweichendes politisches Verhalten. Cas Mudde plädiert für eine tolerante Haltung in diesem Sinne, weil er an den therapeutischen Effekt der freien Meinungsäußerung glaubt.[32] Die großzügige Äußerungsmöglichkeit stärke das demokratische Gefühl der Populisten und vor allem die demokratischen Teile der Bewegung.

Populistische Verhaltensweisen sind auch etablierten Parteien nicht fremd, wie an Blair oder Schröder demonstriert wurde. Charismatische Mediendemokratie fördert den populistischen Stil auch in der konventionellen Politik. Anlässlich des Parteitages der SPD im Juni 2017 hat Olaf Scholz sich zu einem gewissen Populismus in der Rentenpolitik bekannt.[33] Populisten bedienen sich zunehmend der Medienangebote zum „infotainment" – einer Mischung aus Information und Unterhaltung. Nach einer neueren Aufstellung der durchschnittlichen Zahl der täglichen Mails in einem Monat stand die populistische AfD an erster Stelle, vor FDP und CSU.[34] Der Effekt dieser Medieneinsätze sollte freilich nicht überschätzt werden. Die manipulierte öffentliche Meinung erweist sich als besonders instabil. An einem Tag rufen die Massen „Hosianna" – an einem anderen zwar nicht „kreuziget ihn", aber „weg mit ihm". Auffallend sind die Ermüdungserscheinungen in der öffentlichen Aufmerksamkeit. Selbst Politiker, die sich wenig zu Schulden kommen ließen, wie Stoiber in Bayern oder Teufel in Baden-Württemberg, konnten von mediokreren Parteigenossen gestürzt werden – nicht zu reden von den Fällen, in denen eine kleine Verfehlung hinzutrat, wie im Fall Lothar Späths. Die Wankelmütigkeit der öffentlichen Meinung haben mehr Populisten erfahren als normale Akteure, wie sich selbst an einstigen Führungsfiguren wie Jörg Haider (FPÖ) oder Franz Schönhuber (REP) zeigen ließe.

Wutbürger können auch vergleichsweise gelassen auftreten, wie die *Piratenpartei* in Deutschland, die sich als „update" der liberalen FDP empfand und in vielem kei-

31 Vgl. Mudde (FN 15), S. 71 ff.
32 Vgl. Mudde (FN 15), S. 129 f.
33 Vgl. Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 25. Juni 2017, S. 30.
34 Vgl. Focus vom 23. Juni 2017, S. 28.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

neswegs links auftrat. Führung ist in solchen Parteien verpönt. Leitende Figuren bleiben „Stichwortgeber“ für die „Generation Social Media“. Die Stichworte sind relativ einseitig pointiert. Transparenz gehört dazu; die Forderung richtet sich gegen den angeblichen Überwachungswahn des Staates, der unaufhörlich dem Verdacht nachgehe – gegen Geldwäsche, Steuerhinterziehung, Vorteilsnahme im Amt.[35] Die Gegenbewegung verabsolutiert in einem „halben Liberalismus“ die Transparenz und reduziert den Staat auf Dienstleistungsfunktionen. Selbst die *Grünen* gelten schon als zu etabliert. Die Piraten wirkten auf die Jugend attraktiv, weil sie kein Programm formulierten, und radikale Gleichheit anstrebten.[36] Sie haben sich als Netzwerk organisiert und passen zu dem, was die Jugend im Internet täglich erlebt und praktiziert. Selbst der herkömmliche Populismus erscheint mit dieser radikalen partizipatorischen Demokratievorstellung schon obsolet.

Mit den *Piraten* zogen digitale Verhaltensmuster in die Parlamente ein. Gesetzgebung wird gleichsam als Computerspiel vorexerziert, wie beim Antrag des Kommunikationsberaters Jan Hemme, der vom Laptop ins Abgeordnetenhaus katapultiert und auf Anhieb mit großer Mehrheit angenommen wurde. Neologismen wie „Gamification“ kursieren.[37] Repräsentative und direkte Demokratie scheinen sich zunehmend in lockerer Weise im „liquid feedback“ zu ergänzen. Die Gefahr, dass eine aktive Minderheit sich im Internet durchsetzt, da nur eine kleine Gruppe an den inszenierten Abstimmungen teilnimmt, bleibt jedoch ein Manko dieser „flüssigen Demokratie-Konzeption“. Noch fasziniert freilich die Möglichkeit, dass die Basisdemokratie im Digitalzeitalter optimiert werden könne: Vorschläge, Änderungsanträge, Abstimmungen – alles lässt sich in der „Liquid Democracy“ in wenigen Stunden bürgernah inszenieren.[38] Dass ein Ergebnis der Inszenierung hochwertige Diskurse und kein Chaos sein werden, ist freilich noch nicht bewiesen. Private abstruse Behauptungen drohen neben gut recherchierten Enthüllungen zu stehen. Unbekannte können zum Objekt kollektiver Empörung und der Skandal ubiquitär werden.[39] „Fünfminuten-Piraten“, die gerade erst zur Partei gestoßen sind, können die Diskussion usurpieren und die bisherigen Kandidaten für Parlamente mit ihren Versuchen, sie „zu grillen“, von ihrer Arbeit abschrecken. Es werden dabei weniger programmatische Inhalte als die bloße Methode des Mitredens und des am „Computer Mitmachens“ gefördert. Mit herkömmlichen Rechtspopulisten haben die *Piraten* gemein, dass es sich meist um Männer handelt – im Gegensatz zu den meisten Rechtspopulisten jedoch um Männer mit einem höheren Bildungsniveau. Ähnlich wie bei den

35 Vgl. Rainer Hank, Nichts geht über Transparenz. Piraten sind die Helden der Informationsfreiheit, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 1. April 2012, S. 38 f.
36 Vgl. Khue Pham, Alles Piraten. Ist die neue Partei so erfolgreich, obwohl sie alles falsch macht oder weil sie alles falsch macht, in: Die Zeit vom 27. März 2012, S. 1.
37 Vgl. Sven Becker/Marcel Rosenbach, Das Computerspiel Politik, in: Der Spiegel, Nr. 14/2012, S. 26-28, hier: S. 26.
38 Vgl. Constanze Kurz, Keine Angst! Warum die anderen Parteien von den Piraten lernen müssen, in: Der Spiegel, Nr. 15/2012, S. 212 f.
39 Vgl. Bernhard Pörksen/Hanne Detel, Kollaps der Kontexte. In der Digital-Ära wird der Kontrollverlust zur Alltagserfahrung, in: Der Spiegel, Nr. 14/2012, S. 140 f.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

traditionellen Populisten stößt nur eine Minderheit wegen des Programms zur Partei; meist treibt die Unzufriedenheit mit den traditionellen Parteien sie an.[40]

Diese Entwicklung zur radikalen Internet-Demokratie wurde verstärkt durch den Aufstieg der Experten. Außerparlamentarische Expertengremien haben die Demokratien stark verändert. Noch kam es nur unter Mario Monti zu einer „Politik ohne Politiker". Das italienische Kabinett nach Berlusconis Abgang war ausschließlich mit Fachleuten besetzt. Mehr als die Hälfte des Kabinetts bestand nach Presseberichten aus Universitätsprofessoren. Weniger radikale Experimente hat es in Vielparteiensystemen öfters gegeben. In der Weimarer Republik waren jedoch die „Sachwalterkabinette" meist nicht sehr erfolgreich. Immer wieder ist gegen die „Verbonzung" (Helmut Kohl) der Parteiendemokratie gewettert worden. Empirische Studien zeigten aber, dass die deutschen Parlamentarier eher ein eingeschränktes und nüchternes Amtsverständnis haben. In der deutschen Parlamentarierstudie „DEUPAS" zeigten die Mandatsträger der vier wichtigsten demokratischen Parteien, dass sie die Zuständigkeit für gesellschaftliche Innovation bei den Bürgern verorten und nicht bei der Wirtschaft oder der Politik.[41] Grund dafür ist die Segmentierung der Politik, die Abgeordnete auch zu beschränkten Experten werden lässt. Man wundert sich dann allerdings, dass die Bewegung für den Ausbau der Referendumsdemokratie nicht stärker ist. „Stuttgart 21" hat die Stimmen in Politik und Wissenschaft eher wieder skeptischer werden lassen.[42]

Das Modell der Sachschlichtung erwies sich in Umfragen als sehr beliebt bei den Bürgern. Runde Tische gab es schon länger. Hier aber wurde eine neue Form von Bürgerbeteiligung ausprobiert. Erfolgreich kann dieses Modell indes nur werden, wenn Kritiker und Befürworter von Projekten paritätisch angehört werden und ein neutraler Moderator die Verhandlungen leitet.[43] Weniger optimistisch sind viele Analytiker hinsichtlich der Referendumsdemokratie. Sie hat zur Intensivierung der Diskurse bei Sachfragen wie dem EU-Beitritt beigetragen, zumal mit ihren Fragen keine der üblichen Personaldebatten verbunden waren. Aber in der Policy-orientierten Alltagsdemokratie haben diese Erfolge sich auch in der Schweiz kaum gezeigt. Volksabstimmungen haben nicht das Volk als Ganzes, sondern dank ihrer Lobby-Organisationen meist gut repräsentierte Mittelschichten gestärkt.[44] Die weniger gut situierten unteren Mittelschichten antworten auf diese Erfahrungen einer selektiven Repräsentation „des Volkes" nicht selten mit populistischen Tendenzen. Die Schweiz zeigte, dass Referenden kein Mittel gegen Populismus sind. Selbst hier hat der Populismus um Blocher das Parteiensystem durcheinandergewirbelt. Das hinderte Peter

40 Vgl. Sven Becker u. a., Partei der Sehnsucht, in: Der Spiegel, Nr. 17/2012, S. 26-38.
41 Vgl. Ulrich von Alemann u. a., Die Bürger sollen es richten, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 44-45/2011, S. 25-32, hier: S. 32.
42 Vgl. Wolfgang Merkel, Volksabstimmungen: Illusion und Realität, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 44-45/2011, S. 47-55, hier: S. 49 f.
43 Vgl. Frank Brettschneider, Kommunikation und Meinungsbildung bei Großprojekten, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 44-45/2011, S. 40-47, hier: S. 42, 46.
44 Vgl. Merkel (FN 42), S. 52, 55.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Köppel, den Chefredakteur der *Weltwoche* in Zürich, allerdings nicht daran, den Deutschen immer wieder das Schweizer Vorbild zu empfehlen.[45]

4. Stagnation oder gar Niedergang des Populismus?

Die Habermas'schen Krisenklassifikationen haben die Populismus-Debatte trotz seiner Warnungen mit Variationen erfasst. Populisten brandmarkten:

- eine *Verteilungskrise*, die an steigenden Arbeitslosenzahlen festgemacht wurde;
- eine *Krise der Identitätsgefühle* in der Gesellschaft durch wachsende Einwanderung;
- eine *Krise der Repräsentation*, die wachsende Entfremdung von Parteien mit sich bringe und nach direkter Demokratie verlange.

Die neue Form der Krise seit den Banken-Crashs 2008/09 hat die populistischen Agitatoren vorübergehend sprachlos gemacht. Die Arbeitslosigkeit stieg in Deutschland trotz der Krise nur langsam, der Staat hat international erstaunlich schnell und effektiv mit Krisenhilfen reagiert. Populistisches „Crisis mongering" erschien ein bisschen hilflos, weil man plötzlich die verachteten politischen Eliten und den angeblich unfähigen Staat brauchte. Es gab weitere wichtige Anpassungen: Seitdem der Islamismus als Kontrahent angesehen wird, haben rechtspopulistische Parteien ihre a- oder gar antichristliche Haltung revidiert. Am wenigsten traf dies auf den FN in Frankreich zu, wo das keltische Kreuz zum Symbol geworden war und lange Zeit neuheidnische Motive aus der Schule Alain de Benoists kursierten, wie sie schon im faschistoiden Vichy-System gepflegt wurden.

Wo Populisten auf kommunaler Ebene Bedeutung erlangten, haben Sie nach einigen Jahren Stimmen verloren – wie 2017 in Italien. Die Bewegung *Fünf Sterne* landete auf den hinteren Plätzen. Entgegen den Beschönigungen Beppe Grillos, des Chefs der Gruppe, kamen andere zu dem Ergebnis, dass seine Populisten die Erwartungen der Wähler nicht erfüllt hatten.[46] Nicht nur etablierte Parteien, die wie die SPD in ein Tief gerieten und durch Martin Schulz nur für kurze Zeit ein Hoch in den Umfragen schafften, haben unter übertriebenen Erwartungen gelitten. Je neuer und unstrukturierter eine Gruppe ist, umso mehr muss sie den Erfolg verstetigen. 2017 sollte das Jahr der europäischen Rechtspopulisten werden. Aber Wilders gewann in den Niederlanden nicht, Le Pen wurde nicht französische Präsidentin und Frauke Petry erlitt nicht nur im eigenen Landesverband schwere Niederlagen. Nur die LN in Italien hat sich mit 15 Prozent in den Umfragen gut gehalten. Einer der Gründe: Der Parteiführer Salvini begrub den Separatismus, mit dem die Lega einst den Norden

45 Siehe etwa Peter Köppel, Nehmt die Schweiz als Vorbild!, in: Focus vom 28. November 2011, S. 48-50.

46 Vgl. Jörg Bremer, Die Sterne sinken. Warum die Populisten in den Kommunen verloren, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13. Juni 2017, S. 3.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

vom Rest Italiens abtrennen wollte. Nun will sie Italien stärker vor Globalisierung und der EU schützen. Für Salvini sind Nord und Süd in Italien ebenso wie Rechts und Links zweitrangig geworden. Er will Italien von der EU abkoppeln und als „heiliges Territorium" verteidigen.[47] Welches Ausmaß das „Abkoppeln" haben soll und ob es Austritt aus der EU bedeutet, bleibt populistisch verschwommen.

Eine weitere Quelle des Niedergangs sind zunehmende interne Konflikte in populistischen Parteien. Frauke Petry erfuhr das, als sie für einen realpolitischen Kurs in der AfD warb. Der Versuch, den Dresdener Richter Jens Maier aus der Partei auszuschließen, sollte sich rächen, weil dieser eine Kampagne gegen Petry startete und kritisierte, dass diese Kontakte zu „Pegida" und anderen rechten Gruppen verworfen habe.[48] Erfolg oder Misserfolg werden nicht zuletzt durch die Harmonisierung der vier Kämpfe geschaffen, welche die NPD als „Kampf um die Köpfe, um die Straße, um die Parlamente und um den organisierten Willen" proklamierte.[49] Aber auch die Außenperspektive muss gesehen werden, weil sie die Werbemöglichkeiten von Rechtsextremisten und Populisten beschränkt. Die Gefahr des Parteienverbots führt vielfach zu verbalen Mäßigungen bei den Parteiführungen, die nicht notwendigerweise Gefallen bei den Ansprechpartnern unter den Wählern finden.

47 Vgl. Ulrich Ladurner, Einer ist noch da. In Frankreich und den Niederlangen haben Rechtspopulisten Wahlen verloren, in Deutschland zerlegen sie sich, in: Die Zeit vom 1. Juni 2017, S. 9.

48 Vgl. Stefan Locke, Revolte der Maier-Jünger. In Sachsen wächst der Widerstand gegen die AfD-Vorsitzende Frau Petry, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9. Juni 2017, S. 4.

49 Vgl. Christoph Schulze, Das Säulenkonzept der NPD, in: Stephan Braun/Alexander Geisler/Martin Gerster (Hrsg.), Strategien der extremen Rechten, 2. Aufl., Wiesbaden 2015, S. 77-100.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

https://doi.org/10.5771/9783645288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Die Attraktivität des Dschihadismus für Jugendliche in Europa: Ursachen – Erklärungsmodelle – Gegenmaßnahmen

Von Christine Schirrmacher

1. Einleitung

Wenn das Bundesministerium des Innern gegenwärtig davon ausgeht, dass der islamistische Terrorismus die „unverändert größte Bedrohung für unsere freien Gesellschaften" darstellt[1], so ist eine möglichst umfassende Kenntnis der Ursachen für Extremismus und Radikalisierung in Europa von größter Bedeutung. Leider besteht Grund zu der Annahme, dass die eine entscheidende Ursache, die im Leben eines Menschen eine Kehrtwende hin zur Radikalisierung bedingt, auf absehbare Zeit nicht benannt werden kann. Wissenschaftler, Strafverfolgungsbehörden und Migrationsbeauftragte, die sich mit dem Phänomen der Radikalisierung in Europa beschäftigen, können zwar verschiedene begünstigende Faktoren für den Weg in die Radikalität benennen, aber keine einzelne Ursache als den einen entscheidenden Auslöser für den Weg in den Dschihadismus ausmachen – weil es ihn nach derzeitiger Erkenntnis schlicht nicht gibt.

Verlockend scheinen in diesem Zusammenhang monokausale Erklärungen wie etwa die, dass gewaltbereite Extremisten geisteskrank, traumatisiert, diskriminiert, verarmt, chancenlos und ohne Bildung aufgewachsen sein müssten. Solche Erklärungen greifen viel zu kurz, und auf eine Biographie eines Dschihadisten, die einen oder mehrere dieser Bausteine aufweist, kommen Millionen ähnlicher Lebensläufe, die keine Wendung zur Radikalität hin nehmen. Zurecht hat daher der multifaktorielle Ansatz viel Anerkennung gefunden[2], der zur Erklärung von Radikalisierung im Leben europäischer Jugendlicher verschiedene begünstigende Faktoren zu einem Gesamtbild von Gefährdungsmomenten zusammenfügt, in dem jedoch kein einzelner Faktor die alles entscheidende Rolle spielt. Das bedeutet, dass bei jedem einzelnen Dschihadisten alle verfügbaren Daten zu Herkunft, Persönlichkeit, Biographie und dem sozialen Umfeld erhoben werden müssen, um Rückschlüsse auf Gefährdungsmomente und, daraus abgeleitet, mögliche präventive Strategien für ähnlich gelagerte Fälle ziehen zu können. Es bedeutet aber auch, dass sich daraus keine zuverlässigen und allgemeingültigen Schlussfolgerungen ableiten lassen, die alle oder die überwiegende Zahl der Fälle entschlüsseln. Und es bedeutet auch, dass sich noch

1 Zitiert nach Stefan Goertz, Die Gefährdungslage durch islamistischen Terrorismus. Analyse der deutschen und europäischen Sicherheitsbehörden, in: Kriminalistik 71 (2017), S. 10-15, hier: S. 10.

2 Siehe dazu besonders Peter R. Neumann, Der Terror ist unter uns. Dschihadismus und Radikalisierung in Europa, Berlin 2016.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

weniger ein „Rezept“ daraus ableiten lässt, mit dem zukünftige Anschläge in Europa verhindert werden können.

Dennoch ist die Betrachtung begünstigender Faktoren für Radikalisierungsprozesse und islamistischen Terrorismus keineswegs sinnlos. Mit Hilfe des multifaktoriellen Ansatzes können diverse Auslöser und, daraus folgend, verschiedene Maßnahmen ins Auge gefasst werden, die Radikalisierungsgefahren bei jungen Menschen in westlichen Gesellschaften wenn nicht abwenden, so doch wenigstens verringern können.

2. Europa im Zeitalter von Globalisierung und Migration

In Europa ist die Diskussion über Vor- und Nachteile einer rasch voranschreitenden Globalisierung als grenzüberschreitende Wanderung und Verflechtung von Wissen, Kapital und Waren, politischen Ideen und Kultur sowie deren vielfältige Auswirkungen in vollem Gange. Aber nicht nur Europa ist Teil dieser Entwicklung; auch in der MENA-Region[3] beschleunigen und intensivieren technischer Fortschritt, eine verstärkte Mobilität sowie die digitale Revolution die Folgen der politischen Entwicklungen der vergangenen 100 Jahre, vor allem der Kolonialisierung, der Nationalstaatenbildung und der Etablierung autokratischer Systeme. Ein rasches Bevölkerungswachstum bei gleichzeitig unzureichenden wirtschaftlichen Entwicklungen, tribal geprägte Gesellschaftsstrukturen und ein damit einhergehender Nepotismus sowie eine überbordende Korruption, ein neu aufgebrochener schiitisch-sunnitischer Machtkonflikt um die Vorherrschaft im Nahen Osten, die Ablösung der bipolaren Weltordnung mit dem Ende des Kalten Krieges und die Suche nach einer tragfähigen politischen Ordnung im 21. Jahrhundert zwischen Islamismus und Säkularismus vertiefen die gesellschaftlichen Gräben zusätzlich.

Aber nicht nur politisches Handeln und wirtschaftliche Prozesse sind Teil dieser Globalisierungsentwicklung, auch Informationen und Ideologien sowie Sprachen und Kulturen überschreiten Grenzen in nie gekanntem Maß. Wenn vereinfachte Reisemöglichkeiten und verbesserte Verkehrswege für mehr Menschen umfassendere Mobilität bedeuten, dann überschreiten auch Wertvorstellungen und Weltanschauungen in Wort, Bild oder Kunst durch Wanderbewegungen, aber auch durch global verfügbare Massenmedien wie Internet und soziale Netzwerke nationale Grenzen, wodurch die weltweite Ungleichverteilung von Ressourcen, Freiheiten und Aufstiegschancen insbesondere für junge Menschen im Nahen Osten ungleich wahrnehmbarer wird: Nicht zuletzt war die Hoffnungs- und Perspektivlosigkeit eine der wesentlichen Ursachen für die Volksaufstände von Millionen von Menschen im Nahen Osten im Zuge des sogenannten Arabischen Frühlings ab 2011, sowie nachfolgend Anlass

3 MENA: Middle East and North Africa.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

für die Migration von derzeit über 1 Mio. Menschen nach Europa ab 2015[4], nachdem der Sturz der Regierungen in Tunesien, Ägypten und Jemen, der syrische Bürgerkrieg und die zerfallenden Staaten Libyen oder Jemen kaum Anlass zu Hoffnung auf verbesserte Zukunftschancen boten.

Im Jahr 2010 lebten weltweit rund 214 Mio. Menschen in Staaten, in denen sie nicht zur Welt gekommen waren; im Jahr 1990 waren es erst rund 155 Mio. Menschen.[5] Die UNO-Flüchtlingshilfe schätzt für 2015, dass mit über 63 Mio. Menschen ein erneuter Rekord bei der Zahl der Flüchtlinge weltweit erreicht worden ist, „die höchste Zahl, die jemals von UNHCR verzeichnet wurde". Demgegenüber waren vor zehn Jahren „nur" 37,5 Mio. Menschen auf der Flucht[6], weshalb die heutigen Migrations- und Wanderbewegungen auch treffend als „globale Migration" bezeichnet werden.[7] Außer politischer und religiöser Verfolgung als Ursachen für Migration kommen auch wirtschaftliche Gründe in Betracht (wie bei der Arbeitsmigration), soziale (wie etwa die Hoffnung auf verbesserte Bildungschancen) oder persönliche Beweggründe (wie etwa die Heiratsmigration).

Im Zuge der Gastarbeitermigration kamen vom Ende der 1950er Jahre bis 1973 insgesamt 14 Mio. Menschen nach Deutschland, von denen rund 11 Mio. Deutschland wieder verließen.[8] Muslime kamen erstmals 1961 nach Abschluss der ersten Anwerbeverträge mit Arbeitnehmern aus der Türkei in die Bundesrepublik, vor allem aus Anatolien. Wichtiger als eine qualifizierte Schul- und Berufsausbildung war vor der Einreise der Gesundheitstest – einschließlich einer Überprüfung der Zähne. Angeworben wurden vor allem ungelernte Arbeitskräfte, teilweise sogar Analphabeten, um im Bergbau, in der Stahl- und Baubranche oder den Fertigungshallen der Automobilindustrie das ungeheure Wirtschaftswachstum in Nachkriegsdeutschland voranzutreiben, für das bei Vollbeschäftigung keine ausreichenden Kräfte innerhalb der europäischen Grenzen mobilisiert werden konnten. Viele Männer kamen zunächst ohne Familie, mit dem erklärten Ziel, nach einigen Jahren in die Heimat zurückzukehren – so sah es auch die deutsche Politik vor, die zunächst eine zweijährige Rotation der Arbeitskräfte angestrebt hatte, was sich jedoch letztlich als unpraktikabel erwies.

Jahre nach dem Beginn der Anwerbung aus der Türkei erschien die wirtschaftliche und teilweise auch die politische Lage dort wenig vielversprechend, und als die Bundesrepublik 1973 einen Anwerbestopp erließ (damals lebten 910.500 Türken in

4 Vgl. etwa die Analyse von Julia Gerlach, Der verpasste Frühling. Woran die Arabellion gescheitert ist, Bonn 2016.

5 United Nations – Department of Economic and Social Affairs (UN/DESA), International Migrant Stock: The 2008 Revision (Stand: Mai 2010), Trends in International Migrant Stock: The 2008 Revision; © The World Bank: Migration and Development Brief, unter: http://www.un.org/esa/population/migration/UN_MigStock_2008.pdf (1. April 2017).

6 UNO-Flüchtlingshilfe, Global Trends – Jahresbericht 2015, unter: https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/fluechtlinge/zahlen-fakten.html (1. April 2017).

7 So etwa Jochen Oltmer, Globale Migration. Geschichte und Gegenwart, 2. Aufl., München 2016.

8 Ebd., S. 10.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

der Bundesrepublik[9]), den Familiennachzug aber aus humanitären Gründen ermöglichte, kam es nicht zur erwarteten Rückkehrbewegung. Im Gegenteil: Ehefrauen und Kinder kamen als „zweite Generation" muslimischer Migranten nach Deutschland. Insgesamt waren ab 1961 etwa vier Mio. türkische Muslime nach Deutschland zugewandert.[10] Durch eine im Vergleich zur deutschen Bevölkerung höhere Geburtenrate, weitere Flüchtlinge und Zuwanderer aus verschiedenen islamisch geprägten Ländern (vor allem Bosnien-Herzegowina, dem Iran, Afghanistan, Pakistan und einigen arabischen Ländern wie dem Irak, Libanon, Syrien, Tunesien oder Marokko) sowie Asylsuchende und Wirtschaftsflüchtlinge wuchs die Zahl der Muslime in Deutschland bis zum Ausbruch des Arabischen Frühlings 2011 auf etwa 3,7 bis 4,4 Mio. Menschen an, wozu noch einmal – nur teilweise muslimische – 500.000 bis zwei Mio. sich illegal in Deutschland aufhaltende Menschen kamen.[11]

3. Die verpasste Chance der Integration

Zwar beginnt die Geschichte des Islam in Deutschland bereits 1961, wurde aber zunächst nur unter dem Stichwort eines vorübergehenden Aufenthalts betrachtet: Im Großen und Ganzen nahmen nicht nur die Politik, sondern auch die Bevölkerung bis mindestens 1980 an, dass die muslimischen „Gastarbeiter", wie bereits erwähnt, baldigst in die Türkei zurückkehren würden. Auch wenn das über die Jahrzehnte für viele einzelne Familien zutraf, kam es doch nie zu den erwarteten großen Rückkehrbewegungen. Leider ergaben sich daraus insgesamt zu wenige Konsequenzen für konkretes politisches Handeln zur Bewältigung der Integration derjenigen, die dauerhaft in Deutschland leben würden. So ist für die ersten Jahrzehnte der Migration Günther Lachmann zuzustimmen, der konstatiert: „Die meisten Deutschen lehnten es in den späten siebziger und frühen achtziger Jahren ab, die Immigranten als dauerhaft festen Bestandteil der Gesellschaft zu begreifen."[12]

Viel zu lange gingen Gesellschaft und Politik mehr oder weniger unausgesprochen davon aus, dass die Integration derer, die bleiben würden, sich quasi von selbst vollzöge und keiner besonderen Anstrengungen bedurfte. Zuwanderer muslimisch geprägter Kulturen, so die Annahme, würden in der zweiten, spätestens dritten Generation ihre religiös-kulturellen Werte so der säkular geprägten, pluralistisch-postmodernen Gesellschaft untergeordnet haben, dass ihre spezifische Herkunft nicht mehr ins Gewicht fiele, ja, schon bald nicht mehr erkennbar sei. Eine Beschäftigung mit der sich abzeichnenden Rückzugsmentalität jener, die an der Aufgabe der Inte-

9 Diese Zahl nennt Günther Lachmann, Tödliche Toleranz. Die Muslime und unsere offene Gesellschaft, 2. Aufl., München 2005, S. 23.
10 Matthias Rohe, Der Islam in Deutschland. Eine Bestandsaufnahme, München 2016.
11 Schon in den 1990er Jahren reichten die Schätzungen bis zu einer Mio. Menschen: Michael Bommes/Werner Schiffauer (Hrsg.), Migrationsreport 2006. Fakten, Analysen, Perspektiven, Frankfurt a.M. 2006, S. 44.
12 Lachmann (FN 9), S. 49.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

gration scheiterten oder sie verweigerten, sowie eine Auseinandersetzung mit den politisch-islamischen Organisationen und Dachverbänden und ihren Macht- und politisch definierten Repräsentationsansprüchen, als Vertreter einer Minderheit für die gesamte islamische Gemeinschaft in Deutschland sprechen zu wollen, blieb lange aus.

In diesen ersten 20, 30 Jahren wurde auf der einen Seite nicht erkannt, dass die zweite und dritte Generation der Migranten besondere Sprach- und Integrationsförderkonzepte gebraucht hätte, dass auf der anderen Seite aber auch im Schatten der Moscheen politische Netzwerke entstanden, die die Werte und Grundlagen von Staat und Gesellschaft auf der Basis eines politischen Schariaverständnisses in Frage stellten oder sogar offen ablehnten. Fatal wirkten sich auch der zum Ende des 20. Jahrhunderts rasch sinkende Bedarf an un- oder wenig qualifizierten Arbeitskräften in der Automobilindustrie, die Stilllegung von Zechen und Hochöfen und die Verlagerung zahlreicher Produktionsstätten nach Osteuropa und Fernost aus, während gleichzeitig ein Teil der gering qualifiziert Angeworbenen der zweiten und dritten Generation den Bildungsaufstieg nur unzureichend bewältigte.

Aber auch auf der persönlichen Ebene blieben insbesondere muslimische Zuwanderer selbst in dritter Generation im Empfinden vieler Menschen „Fremde", „Ausländer" oder „Türken" – das änderte sich auch kaum im Hinblick auf diejenigen, die deutsche Staatsbürger geworden waren.[13] Waren Migranten zunächst „Ausländer" oder „Fremde" gewesen, wurden sie jetzt häufig religiös konnotiert – als „Muslime" oder „muslimische Migranten" und schließlich als Deutsche mit „Migrationshintergrund". Diese Gruppe weist heute in Deutschland neben knapp 9 Mio. Ausländern über 17 Mio. Menschen auf, also 20 Prozent der Bevölkerung, deren größten Anteil die Türkeistämmigen stellen.[14]

Aber es blieb nicht nur die Fremdheit: Nicht zuletzt aufgrund eines international vernetzten politisch-extremistischen Islam, verantwortlich für zahlreiche Terrordrohungen und -anschläge, aufgrund der Opfer- und politischen Forderungsmentalität mancher Islam-Verbände, besonders in Ballungszentren deutlich hervortretende Sprach- und Integrationsdefizite, durch die Praxis tribal-archaischer Bräuche wie Zwangsheiraten und Ehrenmorde oder umstrittene Bauanträge für Großmoscheen und Koranverteilaktionen salafistischer Gruppen geriet der Islam nun vermehrt ins öffentliche Bewusstsein – zumeist allerdings unter negativen Vorzeichen. Insbesondere nach den Terroranschlägen auf das World Trade Center 2001 wuchsen vielerorts Angst und Misstrauen.

13 Diese „Ihr-wir-Debatte" macht etwa Ahmad Mansour mitverantwortlich für die Entfremdung von Zuwanderern von der deutschen Gesellschaft, die eine Entwicklung hin zur Radikalisierung begünstigen kann: Ahmad Mansour, Generation Allah. Warum wir im Kampf gegen religiösen Extremismus umdenken müssen, Frankfurt a.M. 2015.

14 Als Menschen mit Migrationshintergrund gelten nach 1949 Zugewanderte, in Deutschland geborene Ausländer und in Deutschland Geborene mit einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil. Zu den Zahlenangaben siehe: http://www.bpb.de/wissen/NY3SWU,0,0,Bev%F6lkerung_mit_Migrationshintergrund_I.html (1. April 2017).

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

4. Ausländer oder „Deutsche mit Migrationshintergrund?“ – Die Frage der Zugehörigkeit

Nach dem Beginn der Gastarbeitermigration hatte es also insgesamt fast 50 Jahre gedauert, bis Muslime und der Islam in Deutschland von einer Mehrheit der Bevölkerung überhaupt wahrgenommen wurden; durch das gesellschaftlich-politische Wirken islamistischer Kräfte allerdings vor allem als Problemszenario. Muslime, die weder einen schariageprägten Islam fordern noch für Zwangsehen und die Pflicht zum Kopftuch eintreten, die gebildet, integriert und finanziell unabhängig zum Mittelstand dieser Gesellschaft gehören und keine politischen Ziele verfolgen, kamen in manchen Debatten kaum noch vor. Nach einer Umfrage des Instituts für Markt- und Politikforschung Dimap für das „ARD-Morgenmagazin“ hatten im Jahr 2009 nur 22 Prozent der Bundesbürger „kein Problem mit dem muslimischen Glauben“ erkannt, 39 Prozent äußerten „ein wenig Sorge“, 36 Prozent „große Sorgen um eine Expansion des Islam.“[15] Mit anderen Worten: 75 Prozent der Bundesbürger waren von Angst und Sorge in Bezug auf den Islam geprägt; 38 Prozent vertraten sogar die Meinung, dass diejenige, die ein Kopftuch trage, nicht deutsch sein könne.[16]

Aber nicht nur die angestammte deutsche Bevölkerung nahm eine solchermaßen distanzierte Haltung ein. Auch unter Migranten aus islamischen Herkunftsländern war und ist der Anteil derjenigen hoch, die Deutschland nicht oder nicht an erster Stelle als ihr Heimatland betrachten. 36 Prozent der Muslime in Deutschland fühlten sich 2009 mit Deutschland stärker verbunden als mit ihrem Herkunftsland, dem sich 27 Prozent stärker verbunden wussten. Für deutsche Staatsangehörige gilt: Nur 51 Prozent der Muslime mit deutschem Pass (gegenüber rund 33 Prozent der Ausländer insgesamt) wussten sich stärker mit Deutschland verbunden als mit ihrem Herkunftsland, in dem sie nicht aufgewachsen sind.[17]

2011 erhob die Open Society Foundation in 11 Städten der Europäischen Union bei einer Umfrage zur kulturellen Identifikation, dass sich nur 49 Prozent der Muslime in Europa als Deutsche, Franzosen oder Briten betrachteten (gegenüber über 77 Prozent der eingewanderten Nicht-Muslime). 51 Prozent der Muslime lehnten eine europäische Identität für sich selbst ab, aber nur knapp 23 Prozent der nicht-muslimischen Einwanderer in Europa. Umgekehrt waren nur 24,5 Prozent der Muslime der Meinung, dass sie von Briten, Franzosen oder Deutschen als Bürger ihres Landes betrachtet würden, wohingegen knapp 75 Prozent der Nicht-Muslime dies bejahten. 75,5 Prozent der Muslime äußerten, sie würden von den Europäern nicht als Bürger Europas angesehen. Diese Zahlen variieren geringfügig von Land zu Land

15 Große Mehrheit der Deutschen besorgt über den Islam, in: Die Welt vom 12. Dezember 2009, S. 4.

16 So die Studie des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BMI) der Humboldt-Universität zu Berlin aus dem Jahr 2014, unter: https://www.projekte.huberlin.de/de/junited/deutschland-postmigrantisch-1/ (3. April 2017), S. 6.

17 Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.), Muslimisches Leben in Deutschland, Nürnberg 2009, S. 338.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

bzw. von Stadt zu Stadt, der Trend zeigt jedoch stets in dieselbe Richtung: In Deutschland betrachteten sich demnach nur 22 Prozent der in Hamburg und nur 25 Prozent der in Berlin lebenden Muslime selbst als „Deutsche", aber – weitaus bedeutsamer – nur 11 Prozent gaben in beiden Städten an, von anderen als Deutsche betrachtet zu werden.[18] Deutschlandweit im Jahr 2007 befragt, fühlte sich knapp die Hälfte der muslimischen Bevölkerung in Deutschland von Deutschen abgelehnt.[19]

Zu ganz ähnlichen Ergebnissen kommt eine repräsentative Querschnittstudie der Universität Bielefeld zur sozialen Identitätsentwicklung Jugendlicher, für die im Jahr 2004 2.187 deutsche und türkische Jugendliche zwischen 14 und 19 Jahren im Rahmen des Forschungsprojekts „Gesellschaftliche Desintegrationsprozesse und ethnisch-kulturelle Konfliktkonstellationen in großstädtischen Untersuchungsräumen in NRW" hinsichtlich ihres Zugehörigkeitsempfindens zu Deutschland befragt wurden: Erhoben werden sollte, ob Jugendliche ihre Identität vorrangig als Europäer, als Deutsche oder als in ihrer Region Verwurzelte verorteten. Bei den in Deutschland geborenen Jugendlichen mit türkischen Wurzeln wurde erfragt, ob sie sich vorrangig als Türken, als Deutsche oder als Zugehörige zu ihrer Region begriffen, um festzustellen, ob sich hinsichtlich der Zuschreibung der eigenen Identität Unterschiede zu deutschen Jugendlichen ergaben:[20] Während von den deutschen Jugendlichen ihre deutsche Identität an erster Stelle genannt wurde, gefolgt an zweiter Stelle von ihrer Zughörigkeit zu ihrer Region und an dritter Stelle zu Europa, spielte die religiöse Zugehörigkeit für sie im Vergleich dazu nur eine geringe Rolle. Nur etwas weniger als ein Drittel bezeichnete sich als Christen.[21]

Bei türkischen Jugendlichen fühlten sich dagegen fast 95 Prozent ausschließlich oder eher als Türken und zwar ungeachtet der Tatsache, dass ein großer Teil dieser Jugendlichen in Deutschland geboren und aufgewachsen ist. An zweiter Stelle stand mit 86 Prozent die Identität als Muslime und an dritter Stelle mit 72 Prozent die Zustimmung dazu, sich als Ausländer zu fühlen. Als Deutsche fühlten sich dagegen nur knapp 20 Prozent.[22] Jürgen Raithel und Joachim Mrazek schlussfolgern für ihre Studie, dass unter türkischen Jugendlichen die „eigene kulturelle Identität als wertvoll erachtet [wird], woraus sich Separation als Folge des Wunsches, alle Merkmale der ererbten Kultur zu erhalten und möglichst wenig Kontakte mit Mitgliedern der aufnehmenden Gesellschaft einzugehen, ergibt. Somit ließe sich mit der ‚Separations-

18 So die Ergebnisse dieser Befragung, die zuletzt 2011 durchgeführt wurde: Open Society Foundation (OSI) (Hrsg.), Muslime in Europa: Ein Bericht aus elf Städten in der Europäischen Union, unter: https://www.opensocietyfoundations.org/sites/default/files/g-muslims-in-europe-german-20110519_0.pdf (2. April 2017), S. 81 f.

19 Katrin Brettfeld/Peter Wetzels, Muslime in Deutschland. Eine Studie des Bundesinnenministeriums zu Integration, Integrationsbarrieren, Religion und Einstellungen zu Demokratie, Rechtsstaat und politisch-religiös motivierter Gewalt, Hamburg 2007, S. 109.

20 Vgl. die Zusammenfassung der Ergebnisse bei Jürgen Raithel/Joachim Mrazek, Jugendliche Identität zwischen Nation, Region und Religion, in: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft 7 (2004), S. 431-445.

21 Ebd., S. 436.

22 Ebd.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Strategie' die Situation der türkischen Jugendlichen in Deutschland am besten beschreiben."[23]

In eine ähnliche Richtung weisen die Ergebnisse einer Mehrthemenbefragung des „Zentrums für Türkeistudien und Integrationsforschung" (ZfT) unter 1.000 türkischstämmigen Personen über 18 Jahren aus dem Jahr 2015. Sie förderte zu Tage, dass zwar 18 Prozent der Befragten mit türkischen Wurzeln ausschließlich Deutschland als Heimat betrachteten sowie 30 Prozent sowohl die Türkei als auch Deutschland, 47 Prozent jedoch ausschließlich die Türkei. Bemerkenswerterweise hat diese Verbundenheit mit der Türkei in den letzten Jahren, seit dem Jahr 2012, nochmals signifikant zu- und das Gefühl der Zugehörigkeit zu Deutschland abgenommen; zugleich ist die Verbundenheit allein mit der Türkei bei der dritten Generation der Zuwanderer höher als bei der ersten „Gastarbeitergeneration". Dieses Ergebnis der geringen emotionalen Verwurzelung in Deutschland als Heimatland korreliert mit dem jeweils angegebenen Grad an Religiosität: Die Verbundenheit allein mit Deutschland fällt umso geringer aus, je höher die eigene Religiosität ist. Und sie korreliert mit der wirtschaftlichen Situation der Befragten: Je ungünstiger die eigene wirtschaftliche Situation, desto häufiger wird eine ausschließliche Bindung an die Türkei angegeben.[24]

Auch wenn die jüngsten politischen Entwicklungen in der Türkei bei der Interpretation dieser Datenlage mitberücksichtigt werden sollten, wird hier doch deutlich, dass auch die dritte Generation von Migranten nur teilweise ein Gefühl der Zugehörigkeit zur deutschen Gesellschaft entwickelt hat. Um noch einmal die Studie des „Zentrums für Türkeistudien und Integrationsforschung" aus dem Jahr 2015 zu zitieren: Zwar bejahten knapp 63 Prozent die Aussage, sich in Deutschland zu Hause zu fühlen, aber 40 Prozent stimmten andererseits voll oder teilweise der Aussage zu, sich weder in Deutschland noch in der Türkei zu Hause zu fühlen. Nur 32,6 Prozent stimmten der Aussage ganz zu: „Ich fühle mich den Deutschen ziemlich nahe" (über 67 Prozent stimmten dem gar nicht oder nur teilweise zu). So kann vermutet werden, dass man bei der Aussage, sich in Deutschland zu Hause zu fühlen, vor allem das eigene türkische Umfeld meint, aber nicht notwendigerweise die deutsche Gesellschaft. Knapp über 40 Prozent fanden es einfach, „die deutsche und die türkische Lebensweise zusammenzubringen", die übrigen 60 Prozent lehnten diese Aussage jedoch ganz oder teilweise ab.

Auch wenn der Anteil derjenigen, die sich in Deutschland zu Hause fühlen, seit 2001 von rund 57 auf 63 Prozent gestiegen ist, hat gleichzeitig der Wunsch nach Abschottung unter der türkischstämmigen Bevölkerung deutlich zugenommen: Im Jahr 2015 erfuhr die Aussage „Wir Türken müssen aufpassen, dass wir nicht allmählich zu Deutschen werden" eine Zustimmung von 59 Prozent (kommt also einer Zwei-

23 Ebd., S. 442.

24 Martina Sauer, Teilhabe und Befindlichkeit: Der Zusammenhang von Integration, Zugehörigkeit, Deprivation und Segregation türkeistämmiger Zuwanderer in Nordrhein-Westfalen, Essen 2016, unter: http://zfti.de/wp-content/uploads/2016/11/NRW-Mehrthemenbefragung-2015_Bericht_end.pdf (2. April 2017), S. 69 f., 71.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Drittelmehrheit recht nahe), während dieser Aussage im Jahr 2001 „nur“ 47 Prozent zugestimmt hatten.[25] Und auch bei der Aussage „Wir Türken müssen unter uns bleiben, um unsere türkische Lebensweise nicht zu verlieren“, ist im Vergleich zu 2001 ein deutlicher Anstieg festzustellen: von damals 24 Prozent auf knapp 44 Prozent im Jahr 2015.[26]

Mit der fehlenden emotionalen Verbundenheit mit Deutschland geht das Empfinden von Diskriminierung und Benachteiligung Hand in Hand: 2015 wurden von 53 Prozent der Befragten Diskriminierungen beklagt, wobei die dritte Generation sie häufiger angab als die erste Generation der Zuwanderer. Allerdings wird die empfundene Diskriminierung von wirtschaftlich Benachteiligten am häufigsten genannt, so dass der Schluss naheliegt, dass eine ungünstige berufliche Position oder sogar wirtschaftliche Erfolglosigkeit häufiger einer gezielten Ausgrenzung und Zurücksetzung von Migranten durch die Mehrheitsgesellschaft zugeschrieben wird.[27] So trägt offenbar wirtschaftliche Erfolglosigkeit zum Empfinden der Ablehnung und Chancenungleichheit bei und verstärkt wiederum den Rückzug aus der Gesellschaft.

Zugleich geht die Integrationsforschung davon aus, dass die türkisch-muslimische Identität in Deutschland eine neue und meist ungleich größere Bedeutung als im Herkunftsland erhält: Hier wird, wie etwa der Integrationsforscher Haci-Halil Uslucan formuliert, mit der Betonung der türkischen und muslimischen Wurzeln als wichtigsten Identitätsmarkern ein „ethnischer Rückzug“ praktiziert[28], der offensichtlich unter bestimmten Umständen eine Hinwendung zur Religion oder eine Aufwertung der religiösen Identität bedeuten kann.

5. Die Rolle der Religion in der Migration

Auf die Bedeutung der Religionszugehörigkeit für die Definition der eigenen Identität in der Migration wurde schon hingewiesen. Beachtenswert ist hier nicht nur der ohnehin hohe Grad an Religiosität unter Muslimen mit Migrationshintergrund[29] – in Deutschland bezeichneten sich im Jahr 2015 80 Prozent der Türkeistämmigen als religiös und 14 Prozent als sehr religiös[30] – sondern auch, dass dieser Wert weiter zunimmt (im Jahr 2000 waren es nur 57 Prozent Religiöse und 7 Prozent sehr Religiö-

25 Vgl. die Auswertung der Studie von 2001 bei: Faruk Şen/Dirk Halm, Der Islam in der Migration. Herausforderungen für die Integrationspolitik, in: Hans Zehetmair (Hrsg.), Der Islam im Spannungsfeld von Konflikt und Dialog, Wiesbaden 2005, S. 303-320, hier: S. 316-318.
26 Vgl. Sauer (FN 24), S. 114.
27 Ebd., S. 62.
28 Haci-Halil Uslucan, Türkeistämmige in Deutschland – Heimatlos oder überall Zuhause?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 11-12/2017, S. 31-37, hier: S. 37.
29 Siehe dazu Christoph Bochinger, Religiöse Identität bei Migrantengruppen – Eine vergleichende Perspektive, in: Harry Harun Behr u. a. (Hrsg.), Was soll ich hier? Lebensweltorientierung muslimischer Schülerinnen und Schüler als Herausforderung für den islamischen Religionsunterricht, Berlin 2010, S. 103-116, hier: S. 108 ff.
30 Sauer (FN 24), S. 22.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

se gewesen).[31] Bedeutsam ist auch, dass der Anteil der Religiösen bei den unter 30-Jährigen am höchsten (85,5 Prozent) und bei den über 65-Jährigen am niedrigsten (75,7 Prozent) ist. Zudem ist er bei der dritten Generation der Migranten deutlich höher als bei der ersten Gastarbeitergeneration.[32]

Was das „Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung" für türkeistämmige Migranten erhoben hat, korreliert mit bundesweit erhobenen Daten zur Religiosität von Muslimen: 2007 erhob das Bundesinnenministerium im Rahmen der Studie „Muslime in Deutschland" knapp über 85 Prozent „Gläubige" oder „sehr Gläubige".[33] Einen noch höheren Anteil von „Religiösen" (49 Prozent) und „Hochreligiösen" (41 Prozent) – also insgesamt 90 Prozent – ermittelt der von der Bertelsmann Stiftung herausgegebene „Religionsmonitor 2008".[34] Alle genannten Studien stimmen darin überein, dass die Prozentzahlen für junge Muslime noch höher liegen als für ältere. So ist für rund 90 Prozent der in Deutschland lebenden Muslime (und in besonderer Weise: der jungen Muslime) der Islam wichtiger Bezugspunkt und Merkmal der eigenen Identität. Trotz dieser Bezugnahme auf die Religion wird eingeräumt, dass der Islam nicht in allen Einzelvorschriften praktiziert wird: So geben zwar bei den 18-29-Jährigen 52 Prozent an, dass das Pflichtgebet „sehr wichtig" sei, aber nur 23 Prozent setzen dies nach eigenem Bekunden auch im Alltag um,[35] denn: „Als ‚stolzer Muslim' ist man wer, auch ohne dass das Muslim-Sein mit konkreten Verhaltensweisen oder bestimmten Werten verbunden wird."[36]

Fühlen sich Migranten in der deutschen Gesellschaft wegen ihrer Religionszugehörigkeit oder als vermeintliche „Ausländer" durch Diskriminierung und Verweigerung von Teilhabe zurückgewiesen, so kann Religion offensichtlich stärker die Funktion einer emotionalen Heimat und Schutz bietenden Gemeinschaft übernehmen als dies im heimatlichen Umfeld der Fall gewesen wäre. Integrationsforscher weisen in den vergangenen Jahren vermehrt auf Erhebungen zu sozial-struktureller, institutioneller und personeller Benachteiligung von Muslimen im schulischen Bereich, bei der Arbeitsplatzsuche oder dem Zugang zu Wohnraum hin;[37] gleichzeitig zeigen die Erhebungen auch, dass Muslime bestimmte Ereignisse häufiger als Migranten mit nicht-muslimischem Hintergrund als Diskriminierung einordnen.

So gaben bei einer umfangreichen Befragung des Innenministeriums 2007 mehr als 60 Prozent der muslimischen Studierenden an, als Ausländer bereits „komisch

31 Siehe die Auswertung der telefonischen Befragung von 2.000 Türkeistämmigen: Şen/Halm (FN 25), S. 306.
32 Sauer (FN 24), S. 22.
33 Brettfeld/Wetzels (FN 19), S. 138.
34 Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), Religionsmonitor: Muslimische Religiosität in Deutschland. Überblick zu religiösen Einstellungen und Praktiken, Gütersloh 2008.
35 Ebd., S. 46.
36 Identität und Zugehörigkeit – Jenseits von Einseitigkeiten, unter: http://www.ufuq.de/identitaet-und-zugehoerigkeit-jenseits-von-eindeutigkeiten-2/ (4. April 2017).
37 So etwa Naika Foroutan, Hybride Identitäten – muslimische Migrantinnen und Migranten in Deutschland und Europa, unter: http://www.bpb.de/apuz/32223/hybride-identitaeten-muslimische-migrantinnen-und-migranten-in-deutschland-und-europa?p=all (4. April 2017); Open Society Foundation (FN 18), S. 113 f., 134 f., 160.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

angeschaut“ worden zu sein. Nur knapp über 40 Prozent der Nichtmuslime gaben das an. Auch führten muslimische Studierende zu über 50 Prozent eine Benachteiligung bei Polizei oder Behörden an, die sie darauf zurückführten, dass sie Ausländer seien, während dies nur rund ein Drittel der zugewanderten Nichtmuslime so empfand. 33,7 Prozent der muslimischen Studierenden berichteten von schweren oder sehr schweren Diskriminierungen, eine Rate, die bei nichtmuslimischen Studierenden deutlich niedriger lag.[38] Werden bestimmte Ereignisse möglicherweise von verschiedenen Gruppen anders interpretiert?

Zugleich ist ein deutlicher Zusammenhang zwischen der sprachlich-praktischen Integration und dem Ausmaß der persönlich empfundenen Zurücksetzung – der sogenannten Viktimisierungserfahrung – zu erkennen. Auffallend waren für die Initiatoren der Studie des Bundesinnenministeriums von 2007 die vielfachen Berichte von Muslimen über ein Klima von Vorurteilen, Feindseligkeiten, Zurückweisung und Diskriminierungen: „Die Beschreibungen sind in hohem Maße durchsetzt von einem solchen Topos der Muslime als ‚Opfer‘ in unterschiedlichsten Schattierungen [...]. Dies wird zwar in gewissem Umfang mit Hinweisen auf Details untermauert, die aber in den wenigsten Fällen auf eigene direkte Erfahrungen rekurrieren. Dominant ist die Schilderung der Situation anderer, die man kennt und von denen man weiß“ oder Schilderungen, die eine starke Wirklichkeitsverzerrung erkennen lassen: „nur weil ich zum Gebet komme werd ich hier wie ein Terrorist behandelt und angeschaut.“[39]

Einige derjenigen, die sich solchermaßen benachteiligt und diskriminiert fühlen, reagieren ihrerseits mit einer grundsätzlichen Ablehnung der Gesellschaft: Wo zur schulischen und beruflichen Erfolglosigkeit ein in Familie oder Moschee gepredigter Nationalismus, eine Darstellung des Islam als die allen anderen überlegene Religion und eine Abwertung der westlichen Gesellschaft als gottlos und verdorben tritt[40], kann die radikale Abkehr von der westlichen Gesellschaft, Selbstsegregation oder die Zuflucht bei einer extremistischen Gruppe eine „Gegenidentität“ schaffen. Diese geht einher mit einer kollektiven Schuldzuschreibung an die westliche Gesellschaft, die eine positive Integrationsleistung unmöglich gemacht habe, und zwar unabhängig davon, ob sich dies wirklich so verhält oder nur gefühlt der Fall ist.[41]

38 Brettfeld/Wetzels (FN 19), S. 365, 372.
39 Ebd., S. 441, 484.
40 Vgl. konkrete Beispiele für die Verurteilung des Westens, des Christen- und Judentums aus islamistischer Perspektive bei: Herbert Landolin Müller, „Das Christentum“ aus der Perspektive der internationalen islamistischen Perspektive, in: Ursula Spuler-Stegemann (Hrsg.), Feindbild Christentum im Islam. Eine Bestandsaufnahme, 3. Aufl., Freiburg 2004, S. 102-122.
41 Foroutan (FN 37).

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

6. Das Angebot des Salafismus als Antwort auf Sinnsuche und Protestideologie

Dass bei Migranten aus islamisch geprägten Herkunftsländern die Bindung an den Islam auch in der dritten Generation erhalten bleibt, ja, sich im Vergleich zur Religiosität der ersten Generation noch intensiviert hat, wurde bereits festgestellt. Ein vergleichsweise neues Phänomen ist die Konversion von Herkunftsdeutschen zum Islam; die Zahl dieser Übertritte ist statistisch allerdings nicht erfassbar.[42] Konnte noch für die 1990er Jahre angenommen werden, dass die Mehrzahl der Übertritte Heiratskonversionen seien[43], gilt das heute nicht mehr. Auch Menschen mit evangelischem oder katholischen Familienhintergrund, vor ihrem Übertritt teilweise aktive Kirchenmitglieder[44], werden Muslime.

Dass sich überhaupt Übertritte zum Islam ereignen, scheint im sich immer stärker säkularisierenden Europa nachhaltig zu irritieren: Warum wenden sich in einer freiheitlich-pluralistischen Gesellschaft aufgewachsene Jugendliche dem Islam zu, der mit seinem umfangreichen Regelwerk für den Alltag, seinen eindeutig definierten Geschlechterrollen, seinem Alkoholverbot und seiner strikten Sexualmoral geradezu als Gegenentwurf zum westlichen Lebensmodell erscheinen könnte, zumal ein Übertritt nicht selten ablehnende Reaktionen von Eltern und Freunden nach sich zu ziehen scheint?[45]

Liegt ein Grund in dem Wunsch nach eindeutigen Richtlinien in einer Zeit großer Beliebigkeit? In der Suche nach Orientierung inmitten eines enormen Pluralismus also, in dem alle Lebensformen und Welterklärungsmodelle gleichermaßen richtig zu sein scheinen, so dass Kategorien wie „wahr“ und „falsch“ oder „gut“ und „böse“ und auch eindeutige Verhaltens- und Rollenmuster, auch im Zusammenleben der Geschlechter, kaum noch zu existieren scheinen? Entsteht hier „der Wunsch nach der Herstellung einer Ordnung für das persönliche Leben, in der sich oft in mehr oder weniger expliziter Form ein Protest gegen die Unordnung der Welt ausdrückt“?[46]

Andere Vermutungen zielen mehr in eine theologische Richtung: Die bessere Akzeptanz eines leichter nachvollziehbaren Monotheismus im Islam anstelle einer

42 Die Studie „Muslimisches Leben in Deutschland“ (FN 17), S. 58, nennt eine – allerdings sehr vage – Gesamtzahl von 13.000 bis 100.000 Konvertiten für Deutschland.

43 So schätzt Monika Wohlrab-Sahr aufgrund von Feldstudien in Deutschland und den USA die Zahl der Konvertiten bis 1996 aufgrund von Eheschließung bei Frauen auf 2/3 der Gesamtzahl: Dies., Konversion zum Islam in Deutschland und den USA – eine funktionale Perspektive, in: Hubert Knoblauch/Volkhard Krech/dies. (Hrsg.), Religiöse Konversion. Systematische und fallorientierte Studien in soziologischer Perspektive, Konstanz 1998, S. 125-146, hier: S. 129.

44 Vgl. die biographische Erzählung einer Konvertitin aus evangelischem Elternhaus: Johanna al-Sain/Ernst Schrupp, Ich kämpfte für Allah. Eine Frau auf der Suche nach Wahrheit, Wuppertal 2000.

45 In einer britischen Feldstudie wurde lediglich eine Zahl von 10 Prozent Konvertiten ausgemacht, die eine positive bzw. unterstützende Reaktion ihrer Umwelt erlebt hatten. Die ablehnenden Reaktionen gliederten sich auf in dauerhaft und vorübergehend ablehnende Reaktionen: Kate Zebiri, British Muslim Converts. Choosing Alternative Lives, Oxford 2008, S. 71 ff.

46 Danièle Hervieu-Léger, Pilger und Konvertiten. Religion in Bewegung, Würzburg 2004, S. 96.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

schwer eingängigen trinitarischen Gottesvorstellung im Christentum wird von Konvertiten ebenso angeführt[47] wie die eindeutigen Handlungsanweisungen des Erlaubten und Verbotenen in einer Religion, die nicht vorrangig eine intensive Gewissensprüfung und innerliche Übereinstimmung mit den vorgegebenen Normen erfordert, sondern Religionsausübung zunächst einmal an das Befolgen sichtbar vollzogener Riten bindet.

Dass ein Bekenntnis gerade zur besonders strengen salafistischen Ausrichtung des Islam auch Ausdruck von jugendlichem Protest sein kann, ist von Jugendlichen selbst als Erklärungsmodell herangezogen worden. Konversion wird hier als ein Moment der Abgrenzung definiert[48] – und das um so mehr, wenn ein neuer Name, neue Speisevorschriften und eine neue Kleiderordnung gewählt werden: „Mit schwarzer Lederjacke und Irokesenschnitt kann man heute keinen Lehrer mehr schocken, wenn man allerdings sagt, man sei radikaler Muslim und wolle gerne eine Frau mit Gesichtsschleier heiraten, kann man sich der Reaktionen sicher sein. So mancher, der vor zwanzig Jahren im schwarzen Block marschiert wäre, betet jetzt in der Islam AG".[49] Auch wird bei Kindern muslimischer Eltern die Entscheidung für eine strengere Form des Islam als die von der Elterngeneration praktizierte Volksfrömmigkeit und ein bewusstes Absetzen von einem traditionellen Islam als eine „Form des Empowerments" gegenüber einer patriarchalischen Werteordnung interpretiert.[50]

Darüber hinaus wurden im Rahmen einer britischen Feldstudie die Suche nach dem Sinn des Daseins, soziale und politische Fragen, Unterschiede wie Gemeinsamkeiten zwischen Islam und Christentum, die Neugier auf Erfahrungen mit anderen Religionen, die allumfassende Regelung aller Lebensbereiche durch den Islam sowie die Erfahrung einer engen Gemeinschaft[51] genannt.[52]

Weniger hält die häufig geäußerte Vermutung einer persönlichen Krise empirischen Studien stand. Eher scheint sich die Krise als Folge der Konversion und des Unverständnisses der Umwelt zu ergeben als Voraussetzung für die Bekehrung zum Islam zu sein.[53]

---

47 Vgl. den Bericht von Kristina Maroldt, Jetzt fängt ein neues Leben an. Was bewegt Deutsche, die zum Islam übertreten? Viele sehnen sich nach einem klaren Gottesbild und eindeutigen Regeln, in: Spiegel Online vom 7. Mai 2013.

48 Vgl. die Übersicht über vier Kategorien von Konvertiten zu einem extremistischen Islam bei Olivier Roy, Globalized Islam. The Search for a New Ummah, New York 2004, S. 317.

49 Islamische Jugendtrends in Deutschland: Zwischen Integration und Provokation, in: Bundeskoordination Schule ohne Rassismus — Schule mit Courage (Hrsg.), Themenheft: Jugendkulturen zwischen Islam und Islamismus, Berlin 2008, S. 8.

50 Vgl. FN 36.

51 Manche Konvertiten berichteten allerdings, dass sie in der neuen muslimischen Gemeinschaft immer am Rand gestanden hätten, nie jedoch Verantwortung übernehmen und Einfluss ausüben konnten. Einigen Konvertiten begegneten weniger praktizierende Muslime mit Ablehnung. Zebiri (FN 45), S. 62-67.

52 Ebd., S. 55, 57.

53 Ablehnend etwa die Stellungnahme der – zum Islam konvertierten – Religionswissenschaftlerin Anne Sofie Roald, New Muslims in the European Context. The Experience of Scandinavian Converts, Leiden 2004, S. 94. Von Krisenerfahrungen als möglichem Beweggrund für eine

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

7. Erklärungsansätze für den Weg in die Radikalität

7.1. Die Religion

Obwohl die Annahme naheliegt, dass eine intensive Hinwendung zur Religion notwendige Vorstufe für ein Abrutschen in die Radikalität sein müsse, ist eine Konversion oder Intensivierung der religiösen Praxis kein hinreichender Schritt auf dem Weg zu einer Radikalisierung. Im Gegenteil: Der größte Teil derjenigen, die im Dschihadismus Heimat findet, ist weder sehr religiös aufgewachsen, noch war er vor seiner Hinwendung zum Extremismus sehr religiös.[54]

Für die Entschlüsselung der Motive gewaltbereiter Extremisten sind unterschiedliche Erklärungsmodelle und begünstigende Elemente herangezogen worden;[55] der eine Faktor, der in allen Fällen als die eine auslösende Ursache erscheint, kann aus den bisherigen biographischen Detailstudien nicht herausgelesen werden. Offensichtlich kann nur der multifaktorielle Ansatz Aufschluss über verschiedene Komponenten geben, die in Kombination unter bestimmten Umständen und bei entsprechend veranlagter Persönlichkeit und Biographie eine gewisse Vulnerabilität gegenüber dschihadistischer Werbung ergeben, die zur Aneignung extremistischer Weltbilder führt.

Nicht selten wurde bei der Analyse extremistisch motivierter Anschläge die Vermutung geäußert, dass derjenige, der sich einer extremistischen Gruppierung anschließt, dies tue, weil er den Koran „wörtlich" auslege oder besonders „strenggläubig" sei. Alle für Europa vorliegenden Studien über Radikalisierungsprozesse in muslimischen Milieus widersprechen jedoch dieser Annahme. Der typische Adept einer dschihadistischen Gruppierung hat häufig gerade keine besonders religiöse Vergangenheit und kein vertieftes Interesse an Theologie. Im weltweiten Rahmen betrachtet, haben so gut wie alle führenden Dschihadisten eine unzureichende oder gar keine theologische Ausbildung genossen:[56] „Since they are engineers and not Islamic scholars, they do not know much about 1,400 years of Quranic commentaries".[57]

Konversion geht dagegen aus: Monika Wohlrab-Sahr, Konversion zum Islam in Deutschland und den USA, Frankfurt a.M. 1999, S. 357, 360.

54 Marc Sageman, Leaderless Jihad. Terror Networks in the Twenty-First Century, Philadelphia 2008, S. 59 f.

55 Vgl. die Sammlung an Erklärungsansätzen bei Petter Nesser, Joining Jihadi Terrorist Cells in Europe. Exploring Motivational Aspects of Recruitment and Radicalization, in: Magnus Ranstorp (Hrsg.), Understanding Violent Radicalisation. Terrorist and Jihadist Movements in Europe, New York 2010, S. 87-114.

56 So u. a. eine Studie der britischen Regierung: The Stationary Office, Pursue, Prevent, Protect, Prepare. Countering the terrorist threat: The UK Government's strategy, unter: http://tna.europarchive.org/20100419081706/http:/security.homeoffice.gov.uk/news-publications/publication-search/contest/contest-strategy/contest-strategy-2009?view=Binary (4. April 2017), S. 42.

57 Sageman (FN 54), S. 59.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Das oberflächliche, manchmal autodidaktisch erworbene theologische Wissen scheint für Radikalisierungen eher anfällig zu machen als eine zu intensive Beschäftigung mit der islamischen Theologie und den verschiedenen Auslegungsmöglichkeiten des Korans. Ohne eine entsprechende Unterweisung, dass der Dschihad Muhammads gegen seine Feinde im 7. Jahrhundert n. Chr. heute notwendigerweise in den Terrorkampf gegen den Westen münden müsse, bleiben die Kampfaufrufe Muhammads und selbst der „Schwertvers" des Korans in Sure 5,9 mit seiner Aufforderung, die „Götzendiener" zu töten, wo immer sie zu finden seien, zunächst ein Bericht historischer Vorkommnisse. Nicht umsonst setzen staatliche Umerziehungsprogramme für ehemalige Dschihadisten in Saudi-Arabien, Irak oder dem Jemen unter anderem auf eine gründliche theologische Unterweisung, bei der die Kämpfer eine unpolitische Deutung der Dschihadverse des Korans kennenlernen[58], setzen aber nicht auf den Versuch der Abwendung der ehemaligen Dschihadisten von der Religion.

7.2. Mentale Verwirrung?

Obwohl es naheliegt: Dschihadisten sind keine Psychopathen, die eine Gehirnwäsche durchlaufen haben und nun als fremdgesteuerte Roboter willenlos Befehlen gehorchen würden.[59] Sie leiden in aller Regel nicht an schweren mentalen Irritationen.[60] Zumindest die Mentoren und geistigen Väter der Bewegungen sind in den allermeisten Fällen weder verarmt noch ungebildet, sondern entstammen der aufstrebenden Mittelschicht mit guten Aussichten auf dauerhaften beruflichen und gesellschaftlichen Erfolg.[61]

Zwar hat es im Nahen Osten und auch in Afrika in der Vergangenheit seitens dschihadistischer Gruppierungen mehrfach Versuche gegeben, geistig Behinderte zur Durchführung von Attentaten einzusetzen, wie etwa im Irak durch al-Qaida oder in Nigeria seitens Boko Haram[62]; die Regel ist dies jedoch nicht.[63] Die Regel ist

58 Siehe z.B. den Bericht von Alexander Ritzmann, Wie man Terroristen mit Terroristen bekämpft, in: Die Welt vom 23. April 2008, unter: http://www.welt.de/politik/article1929216/Wie_man_Terrorismus_mit_Terroristen_bekaempft.html. (4. April 2017).

59 Laurent Murawiec, The Mind of Jihad, Cambridge 2008, S. 15 f.

60 Eine ausführlichere Begründung siehe z.B. bei: Profiling Islamic Suicide Terrorists. A Research for the Danish Ministry of Justice, submitted 27. November 2003, unter: http://www.cpt-mi.org/pdf/profiling_arab_terr.pdf (4. April 2017), S. 18 f.

61 So auch Sageman (FN 54), S. 48.

62 Irakische Terroristen setzen Behinderte als Selbstmordattentäter ein, in: Die Zeit vom 18. Juli 2010, unter: http://www.zeit.de/politik/ausland/2010-07/Selbstmordanschlag-Irak-Tote (25. Mai 2017); Terrormiliz Boko Haram missbraucht Kinder und Behinderte für Selbstmordattentate, in: Epoch Times vom 29. Juli 2015, unter: http://www.epochtimes.de/politik/welt/terrormiliz-boko-haram-missbraucht-kinder-und-behinderte-fuer-selbstmordattentate-a1257990.html (25. Mai 2017).

63 Siehe die Schilderung einiger Einzelfälle bei Britt Ziolkowski, Palästinensische Märtyrerinnen. Selbstdarstellung und innerislamische Wahrnehmung weiblicher Selbstmordattentäter, Berlin 2012.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

vielmehr, dass die Attentäter weder geistig behindert oder psychisch schwer erkrankt sind, sondern ihre Taten von langer Hand planen und vorbereiten und sie im klaren Bewusstsein ihres Handelns begehen. Ein Anzeichen dafür sind auch Bekenner- und Abschiedsbriefe, in denen Attentäter reklamieren, mit ihrem Handeln den Islam verteidigen oder das an Frauen und Kindern verübte Unrecht im Nahen Osten rächen zu wollen, das dort durch westliche Nationen und ihre politischen wie militärischen Vertreter verursacht worden sei.

7.3. Moscheen und Netzwerke

Zwar ist auch in Deutschland eine Reihe von Moscheen einschlägig bekannt, die als Brutstätten radikaler Lehren gelten und bei der Radikalisierung verschiedener Personen nachweislich eine Rolle gespielt haben. Moscheen sind heute vor allem aufgrund der vermehrten Aufmerksamkeit der Sicherheitsbehörden für Lehrinhalte und -personen nicht mehr die bevorzugten und häufigsten Orte für die Anwerbung und Indoktrinierung. Ihre Bedeutung ist im Zusammenhang mit Radikalisierungsprozessen eindeutig zurückgegangen.[64]

An ihre Stelle treten vermehrt informelle Orte der Zusammenkunft abseits der Moscheen wie Buchläden, Telefonshops, Schulen, Universitäten, das eigene Wohnzimmer und auch Strafanstalten.[65] Auch sogenannte Islamseminare spielen eine Rolle, die jedoch nur noch teilweise in Moscheen, häufiger aber abseits davon stattfinden und an Wochenenden oder an christlichen Feiertagen in Tagesseminaren radikales Gedankengut ihrer oft sehr jungen Zuhörerschaft vermitteln.

Einzelne Prediger genießen hohes Ansehen und werden von ihrer Anhängerschaft wie Popstars verehrt, sei es, weil sie durch einen Aufenthalt an einer theologischen Schule im Nahen Osten erweiterte Koran- und Arabischkenntnisse und damit bei ihren Anhängern Ansehen und Autorität erwerben konnten, sei es, weil sie als vermeintliche Helden vom syrischen Schlachtfeld zurückgekehrte Dschihadkämpfer oder Dichter und Sänger sogenannter Nashids sind (nach dem Vorbild klassisch-arabischer Lieder gestaltete Hymnen mit militant-kämpferischen Texten).[66] Die Behauptung, in solch einer Gruppe den „richtigen" Islam kennenlernen zu können, ist

64 Vgl. Bundeskriminalamt, Bundesamt für Verfassungsschutz und Hessisches Informations- und Kompetenzzentrum (Hrsg.), Analyse der Radikalisierungshintergründe und -verläufe der Personen, die aus islamistischer Motivation aus Deutschland in Richtung Syrien oder Irak ausgereist sind, Stand: 4. Oktober 2016, S. 21.

65 Frankreichs Innenministerium beschäftigte sich bereits 2008 auf einer europäischen Expertenkonferenz mit der Problematik, dass Gefängnisse – und das gilt nicht nur für Frankreich – heute bevorzugte Orte der Radikalisierung von Muslimen geworden sind. Zu diesem Ergebnis kam auch eine Studie der Quilliam-Foundation für britische Gefängnisse: „Universitäten des Terrors": Studie über Muslime in britischen Gefängnissen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17. November 2009, S. 6.

66 Zur Bedeutung von Dschihad-Hymnen für die Mobilisierung und Radikalisierung Jugendlicher vgl. die Studie von Behnam T. Said, Hymnen des Jihads. Naschids im Kontext jihadistischer Mobilisierung, Würzburg 2016.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

für manche Jugendliche mit Migrationshintergrund, die von ihren Eltern oft wenig fundiertes Wissen über ihre Religion erfuhren, offensichtlich sehr attraktiv.[67]

Ort und Zeit dieser Zusammenkünfte werden nur an Gleichgesinnte weitergegeben; diese Gruppen bilden eine verschworene Gemeinschaft gegen die Gesellschaft „da draußen" und stärken zugleich die eigene Identität:[68] „Ein Teil dieser jungen, desorientierten Menschen sucht in den kraftstrotzenden radikalen Parolen der Islamisten eine Möglichkeit, die eigene Identität neu zu definieren. Sie spüren, dass sie durch Anlehnung an radikal-politische Gruppierungen Kraft und Selbstsicherheit gewinnen, eine Aura der Angst produzieren und stärkere Beachtung finden."[69]

7.4. Das Internet

Lange Zeit galt das Internet mit seinen weltweit zugänglichen Aufrufen zur Teilnahme am Dschihad, seinen überall verfügbaren einfachen Rezepturen und Anleitungen zum Bombenbau und glorifizierenden Märtyrerbekenntnissen als eines der gefährlichsten Instrumente der Radikalisierung junger Menschen. Heute wird das Internet von den meisten Analysten nicht mehr als eigentlicher Auslöser für eine Radikalisierung betrachtet, wohl aber als ein bedeutsamer Faktor unter anderen, da es etwa als Kontaktbörse und Informationsvermittler eine Radikalisierung zusätzlich unterfüttern kann.[70] So spielt das Internet als Mobilisierungs- und Resonanzraum oder als Beschleuniger bei Radikalisierungsprozessen zwar eine wichtige Rolle, indem es dem zum Dschihad Entschlossenen notwendige Informationen (besonders technischer Art) zugänglich macht, gilt jedoch heute weniger als auslösendes Moment.

Wenn eine Person allein vor dem Computer eine Bombenbauanleitung betrachtet, wird das allein nicht ihre Weltanschauung bestimmen, so dass sie dadurch zum Attentäter würde. Einige Forscher halten nach wie vor die These von dem „einsamen Wolf" für plausibel, der eine Tat in alleiniger Verantwortung ohne Netzwerk im Hintergrund begeht, andere jedoch bestreiten diese Möglichkeit grundsätzlich. Nur weil ein Netzwerk nach einem Anschlag nicht aufgefunden werden könne, beweise das noch nicht seine Nicht-Existenz. Aus ihrer Überzeugung sind über die Nutzung des Internets hinaus Kontakte zu einer Gruppe und/oder einer spirituellen Führer- bzw.

67 So Claudia Dantschke, „Da habe ich etwas gesehen, was mir einen Sinn gibt" – Was macht Salafismus attraktiv und wie kann man diesem entgegenwirken?, in: Behnam T. Said/Hazim Fouad (Hrsg.), Salafismus. Auf der Suche nach dem wahren Islam, Bonn 2014, S. 474-502, hier: S. 481 f.

68 Vgl. dazu die Ausführungen von Marwan Abou Taam, Radikalisierungsmechanismen am Beispiel des Salafismus in Deutschland, in: Rauf Ceylan/Benjamin Jokisch (Hrsg.), Salafismus in Deutschland. Entstehung, Radikalisierung und Prävention, Frankfurt a.M. 2014, S. 238-254, hier: S. 242 ff.; Roy (FN 48), S. 35 ff.

69 Vgl. Foroutan (FN 37).

70 So auch die Untersuchung von Roman Knipping-Sorokin/Teresa Stumpf/Gertraud Koch, Radikalisierung Jugendlicher über das Internet?, Hamburg 2016.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

operativen Leiterfigur in jedem Fall notwendig.[71] Die Entschlossenheit, letztendlich zur Tat zu schreiten, entsteht nach vielfacher Meinung erst durch die notwendige Gruppendynamik in einem Forum oder die Verbindung weniger Menschen in einer kleinen Gruppe, aber nicht unabhängig davon.[72] Das Internet schafft allerdings über Chaträume und Diskussionsforen diese notwendige Kommunikationsplattform, die Dschihadisten weltweit miteinander verbindet: „It is the forums not the images of the passive websites, which are crucial in the process of radicalization. People change their minds through discussions with friends, not by simply reading impersonal stories.“[73]

7.5. Freunde und Kleingruppen

Insbesondere Forschungsansätze, die sich vergleichend mit Radikalisierungsprozessen innerhalb des Rechts- und Linksextremismus sowie des Islamismus beschäftigen, haben immer wieder zu Tage gefördert, dass es bei entsprechender Disposition eigentlich Zufall ist und vor allem von persönlichen Freundschaften und Kontakten abhängt, welcher extremistischen Gruppe der Aspirant sich anschließt. Sehr häufig gerät er in eine Gruppe, zu dessen Mitgliedern er schon zuvor verwandtschaftliche oder freundschaftliche Beziehungen besaß.

Zum Teil sind es langjährige Verbindungen, zum Teil neue Freundschaften, die sich als so stark erweisen, dass sie dem Sinn und Orientierung Suchenden festen Halt, emotionale Wärme und aufgrund dieser Wärme und Akzeptanz große Überzeugungskraft bieten. Dies gilt insbesondere in Zeiten einer wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, politischen oder persönlichen Krise, die sich durch einen Arbeitsplatzverlust, den Tod eines Angehörigen oder eine Diskriminierungserfahrung entwickeln kann. Verbindungen zu einem Freundesnetzwerk spielen eine herausragende Rolle bei der Annäherung und dem Vertrautmachen einzelner Personen mit extremistischem Gedankengut.

7.6. Kriminalität

Ein weiterer, häufiger Faktor bei der Entschlüsselung von Biographien der Mitglieder dschihadistischer Netzwerke sind vorausgegangene Straftaten. Ein erheblicher Teil derjenigen, die sich einem extremistischen Netzwerk anschließen, trat bereits vor der Planung oder Durchführung eines Attentats polizeilich in Erscheinung und

71 Zu diesem Ergebnis kommt auch die europaweit angelegte Studie des in London ansässigen „Change Institute“ der Europäischen Kommission aus dem Jahr 2008: „Studies into violent radicalisation; Lot 2. The beliefs, ideologies and narratives“, unter: https://www.counterextremism.org/resources/details/id/13/studies-into-violent-radicalisation-the-beliefs-ideologies-and-narratives (30. April 2017), S. 4.

72 So auch Oliver Roy, Al-Qaeda: A True Global Movement, in: Rik Coolsaet (Hrsg.), Jihadi Terrorism and the Radicalisation Challenge in Europe, Aldershot 2008, S. 109-114, hier: S. 112.

73 Sageman (FN 54), S. 116.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

wurde mit verschiedenen Straftaten wie Eigentums-, Gewalt-, Betäubungsmittel-Delikten oder politisch motivierter Kriminalität aktenkundig.

Viele Dschihadisten sind polizeilichen Ermittlern daher bereits als Kleinkriminelle oder Gangmitglieder gut bekannt. Werden sie Mitglieder einer dschihadistischen Gruppierung, wird gesellschaftlich missbilligtes Störverhalten nun in religiös gerechtfertigte Devianz und Gewalt umgedeutet: „Nicht nur befriedigt die Gruppe dieselben Bedürfnisse nach roher Gewalt, Action und Abenteuer, sondern sie lenkt sie auch in ein ‚moralisches Projekt'"[74], erlaubt also die Fortsetzung der Identität als Außenseiter und Regelbrecher, nun aber unter dem Vorzeichen einer höheren Sendung und damit der religiösen Rechtfertigung. Hinzu kommt, dass der Gebrauch von Waffen dieser Klientel bereits häufig vertraut ist und Hemmungen beim Einsatz von Gewalt abgebaut wurden.

7.7. Neuankömmlinge und die dritte Generation

Zwei Personenkreise scheinen in Europa hinsichtlich einer möglichen Radikalisierung in einer extremistischen Gruppierung besonders gefährdet zu sein:

a) Der erste Personenkreis lässt sich idealtypisch wie folgt darstellen: Der Student unter 35 Jahre, der für sein Studium erst im Erwachsenenalter nach Europa zugewandert ist. Er hat nach relativ kurzem Aufenthalt radikales Gedankengut aufgenommen oder ist bereits damit nach Europa gekommen. Er ist in der westlichen Gesellschaft seinem gewohnten, auf kollektive Gemeinschaft ausgelegten Umfeld entzogen und häufig stark vereinsamt. Er erlebt die Freiheiten als Anomie und wird dadurch verunsichert; er ist Außenseiter, empfindet sein Dasein als sinnlos und kommt mit den Möglichkeiten, aber auch mit der Anonymität und fehlenden Solidarität in seinem neuen Umfeld nicht zurecht.[75]

Der ägyptische Kulturwissenschaftler Hamed Abdel-Samad schildert eindrücklich seine eigene Orientierungslosigkeit als Student in Deutschland in seiner autobiographischen Erzählung *Mein Abschied vom Himmel.*[76] Für ihn wäre seine Heimatlosigkeit und sein Empfinden, in der deutschen Gesellschaft ein unerwünschter Fremdkörper zu sein, beinahe Baustein seiner eigenen Radikalisierung geworden: „Junge Muslime fühlen sich zu militanten Gruppen hingezogen, weil sie ihnen Anerkennung und Nestwärme bieten und das Gefühl geben, Teils eines Projektes zu sein. Dagegen wird ihnen sowohl von der deutschen Gesellschaft als auch von den traditionellen islamischen Organisationen das Gefühl vermittelt, ein Problem zu sein."[77]

---

74 Neumann (FN 2), S. 220.

75 Siehe dazu die Erläuterungen bei Olivier Roy, Der islamische Weg nach Westen. Globalisierung, Entwurzelung, Radikalisierung, München 2006, S. 295 f.

76 Hamed Abdel-Samad, Mein Abschied vom Himmel. Aus dem Leben eines Muslims in Deutschland, Köln 2009.

77 „Verfluchte Freiheit", Ein Gespräch mit dem Kulturwissenschaftler Hamed Abdel-Samad, unter: http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/jugendkultur-islam-und-demokratie/65141/interview-mit-hamed-abdel-samad (4. April 2017).

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Abdel-Samad plädiert daher für eine Kultur des Vertrauens und des Brückenbauens zu den Neuankömmlingen: „Es reicht nicht, Extremisten zu verstoßen, denn dann würden sie untertauchen und sich erst recht radikalisieren."[78]

b) Die zweite gefährdete Gruppe für den Schritt in die Radikalität sind Söhne – heute auch bereits häufiger Töchter – einer Mittelschichtfamilie der zweiten oder dritten Migrantengeneration, die in Deutschland aufgewachsen sind[79], aber doch das deutliche Empfinden haben, dass sie niemals als Einheimische akzeptiert werden. Sie sind sozioökonomisch benachteiligt und leiden an relativer Deprivation, also dem Gefühl, im Vergleich mit anderen Personen in ähnlicher Position zurückgesetzt zu werden, machen ihre Zugehörigkeit zur islamischen Glaubensgemeinschaft dafür verantwortlich und sehen sich ohne das von ihnen erwartete gesellschaftliche Fortkommen als Verlierer der Moderne.

Ein starkes Gefühl von Isolation und verweigerter Akzeptanz sowie das Empfinden, niemals dazu zu gehören und auf immer „der andere" oder „der Ausländer" zu sein, scheint für diese Klientel ein wesentlicher Faktor auf dem Weg in die Radikalität zu sein, so wie ein Jugendlicher aus Hamburg es ausdrückte: „Ich bin hier geboren, habe die deutsche Staatsbürgerschaft, habe hier Abitur gemacht und studiere jetzt. Ich bin Mitglied einer Partei und spende regelmäßig Blut – was soll ich denn noch tun, damit ich als Deutscher akzeptiert werde?"[80]; oder ein anderer: „Ich bin hier nach Deutschland, und hab deutsche Sprache gelernt [sic!], sprech sie auch besser als meine eigene [...] und fühl mich eigentlich als Deutscher. Nur, wie gesagt, man gibt den andern das Gefühl, dass du keiner bist. Also ich dachte immer ich wär Deutscher, aber man hat mir [...] klargemacht, du bist kein Deutscher, du bist ein Ausländer. Ob das bei Behörden oder Schulen oder wie auch immer. Und da wirklich merkt man dann, ich gehör nicht dazu. Oder ich soll nicht dazugehören."[81]

Radikalisierung ereignet sich in diesen beiden Aussagen als Antwort auf die „sozioökonomische Benachteiligung und kulturelle Kränkung", die zur Verbitterung, zur Abkehr und zum Hass auf die westliche Gesellschaft führt.[82] Auf der Suche nach dieser verweigerten Zugehörigkeit ist der „inländische Außenseiter" ganz besonders offen für Angebote der Freundschaft und der Akzeptanz. Diese werde in einer dschihadistischen Gruppierung umso intensiver erlebbar, als sich die übrigen Mitglieder in einer ähnlichen Lage befinden. „Youngsters with a strong need for belonging and acceptance are exposed to ‚love bombing' [...] love, acceptance and personal confir-

78 Ebd.
79 Die Einteilung in diese beiden Gruppierungen begründet ausführlich der Direktor des Immigration and National Security Programms am Nixon Center: Robert S. Leiken, Europe's Angry Muslims, in: Foreign Affairs 84 (2005), S. 120-135, hier: S. 126 f.
80 Julia Gerlach, Zwischen Pop und Dschihad. Muslimische Jugendliche in Deutschland, Bonn 2006, S. 218.
81 So ein Interviewpartner der Studie von Brettfeld/Wetzels (FN 19), S. 450.
82 Sara Pavan, Radikalisierung von europäischen Muslimen – Identität und Radikalisierung, unter: http://www.bpb.de/apuz/32427/radikalisierung-von-europaeischen-muslimen-identitaet-und-radikalisierung?p=all (4. April 2017).

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

mation and inclusion into a brother/sisterhood of friends".[83] Anzukommen, angenommen zu werden, Gleichgesinnte zu finden und damit vielleicht auch ein Stück der nahöstlichen Familienkultur wiederherzustellen, macht den Aspiranten offen dafür, auch die Weltsicht dieser Gruppe zu übernehmen.

7.8. Vorstadtghettos und Benachteiligung

In Frankreich konzentriert sich diese Problematik vor allem in den bekannten Vorstadtghettos der Banlieues, in der eine beträchtliche Zahl der Bewohner eine kriminelle Vergangenheit aufzuweisen hat. Der Bewohner der Vorstädte hat seinerseits das Gefühl sozialer Ungerechtigkeit, der Stigmatisierung und des Ausgeschlossenseins aus der Gesellschaft tief verinnerlicht. Er sieht für sein weiteres Fortkommen in diesem sozialen Umfeld keine Chance, ist meist wenig oder gar nicht religiös, kann aber durch Freunde, das Internet oder einen charismatischen Anführer einer Gruppe in seinem Umfeld eine Hinwendung zur Religion vollziehen. Durch seinen Anschluss an eine solche extremistische Gruppierung kann sich seine Wut auf soziale Missstände in seinem Wohnviertel, auf Benachteiligung und Deprivation in eine durch den Rückgriff auf die Religion zu rechtfertigende heilige Verachtung der Gesellschaft wandeln. Dadurch, dass er „die anderen" zu Unmenschen erklärt, die den Tod verdient haben, wird ihre Erniedrigung und die eigene Aufwertung zum Helden möglich: „Charakteristisch für die Radikalisierung ist häufig eine Gefühlslage, in der auf der einen Seite die erlittene Demütigung und Verzweiflung, auf der anderen Seite der Wille, dem Feind eine noch tiefere Demütigung zuzufügen und die Überzeugung, die Utopie [...] verwirklich zu können"[84], steht.

Die Religion wirkt auf den Bewohner der Ghettos, der sich nirgends zugehörig fühlt, identitätsstiftend und kompensiert den „Mangel" der schulischen oder wirtschaftlichen Erfolglosigkeit sowie den Nachteil einer Existenz als Bewohner der Vorstadtghettos, der niemals ein von allen geachteter Franzose werden wird. Rache und Vergeltung als Ausweg aus der Viktimisierung erscheinen aufgrund der vorenthaltenen Teilhabe nun legitim.[85]

Bezeichnend für diese Vikitimisierung ist die Tatsache, dass das kollektive Selbstwertgefühl jener, die sich ausgeschlossen fühlen, zwar auch durch persönliche Erfahrungen in Mitleidenschaft gerät. Es wird jedoch ebenso stellvertretend für die muslimische Gemeinschaft in den palästinensischen Autonomiegebieten, in Tschetschenien oder Bosnien verletzt, auch wenn kein eigener Bezug zu diesen Regionen und Konflikten besteht. Gewalt und Unrecht in diesen Regionen werden als Aggressivität gegen die eigene Person und den eigenen Glauben gedeutet. Wenn das geschieht, können sich Adepten extremistischer Ideologien dazu entschließen, sich un-

83 Karsten Hundeide, Becoming a committed Insider, in: Culture & Psychology 9 (2003), S. 107-129, hier: S. 113.
84 So Farhad Khosrokhavar, Radikalisierung, Bonn 2016, S. 55.
85 Ebd., S. 144.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

ter Einsatz von Gewalt gegen die Gesellschaft zu wenden, die der islamischen Gemeinschaft solches Unrecht zufügt, um einen Kontrapunkt zu setzen.[86]

Er betrachtet sich in einer Gesellschaft, die ihm schon räumlich keinen Platz in ihrer Mitte einräumt, subjektiv als Verachteter und grenzt sich nun seinerseits durch Rückzug und Zugehörigkeit zu einer dschihadistischen Gruppe von der Gesellschaft aus. So beschreibt ein junger Mann aus dem indisch-pakistanischen Raum seine Erfahrung der Ausgrenzung aus der britischen Gesellschaft mit den Worten: „I was sixteen years old and I had no white friends. My world was entirely Asian, fully Muslim. This was my Britain".[87]

Durchlaufen diese jungen Leute einen Prozess der Radikalisierung, werden sie als „home-grown terrorists" bezeichnet. Sie sind auf der Suche nach einer Identität, nach einem Platz in der Gesellschaft und einem Sinn in ihrem Leben, und das umso mehr, als dass auch ihre traditionelle muslimische Gemeinschaft durch die häufige Verteilung der Familie über mehrere Kontinente durch die Migration zerrissen ist.[88] In manchen dschihadistischen Gruppierungen sind 80 bis 85 Prozent der Mitglieder entweder selbst Migranten oder aber Nachkommen von Migranten bzw. leben in der Diaspora, jedenfalls nicht in ihrem Herkunftsland – eine erschreckend hohe Zahl.[89]

Wer das Leben in der Diaspora so stark als Niederlage interpretiert, als Demütigung, Diskriminierung und fortwährende Frustration, mag seinen Sinn schließlich darin finden, gegen diese Gesellschaft zu kämpfen. Chancenlosigkeit produziert weiteren Rückzug und Rückzug weitere Chancenlosigkeit – ein Teufelskreis. Wenn ein persönliches Vorbild oder Freunde den einsamen Entwurzelten davon überzeugen, dass es in dieser ungerechten, gottlosen Gesellschaft jedermanns persönliche Pflicht sei, den Dschihad für die Umformung in eine gerechte Gesellschaft zu kämpfen, dann wird die erlebte Diskriminierung einerseits wie im Brennglas vergrößert, aber gleichzeitig auch eine Möglichkeit zur Veränderung der deprimierenden Umstände in Aussicht gestellt.

7.9. Islamismus als Dschihad-Ideologie

In der gegenwärtig bei jedem neuen Anschlag wieder auflebenden Debatte über die vielfältigen Ursachen des Dschihadismus, der den Nahen Osten und große Teile Afrikas wie eine Krake umklammert und der seit anderthalb Jahrzehnten auch für zahlreiche Anschläge in den Metropolen Europas verantwortlich ist, wird immer wieder einmal die These aufgeworfen, dass allein soziale Missstände und politische

86 Vgl. Pavan (FN 82).
87 Ed Husain, The Islamist. Why I joined radical Islam in Britain, what I saw inside and why I left, London 2007, S. 35.
88 Auf diesen Aspekt der familiären Entwurzelung weist besonders die Studie des dänischen Justizministeriums hin, die Profile von 247 an 193 Angriffen (1982-2003) beteiligten Tätern, allerdings nicht ausschließlich für Europa, erstellte: Vgl. Profiling Islamic Suicide Terrorists (FN 60), S. 18 f.
89 Sageman (FN 54), S. 65.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Fehlentwicklungen für die Anschläge verantwortlich seien, der Islam als Religion mit dem Phänomen des Terrorismus jedoch nicht in Verbindung gebracht werden sollte. Vielmehr sei zu hinterfragen, ob es sich überhaupt um ein religiöses Phänomen handele und Attentate daher mit dem Islam eigentlich nichts zu tun hätten.

Wer so argumentiert, lässt außer Acht, dass gewaltbereite Islamisten ihr Tun durchaus religiös legitimieren und sich ausdrücklich auf den Koran, die Überlieferung und das Vorbild Muhammads berufen – auch wenn die Mehrzahl der Muslime diese Inanspruchnahme des Islam als ungerechtfertigt betrachtet. So unterschiedlich die Biographien und so divers die vielfältigen Ursachen für Radikalisierungen auch sein mögen, ist doch bei muslimischen Extremisten die Berufung auf ihre Religion eine Konstante. Sie nehmen für die Rechtfertigung ihres Handelns weder Sonderquellen noch häretische Außenseiter in Anspruch, sondern kanonische Texte und anerkannte Ausleger in Geschichte und Gegenwart. Die etablierte Theologie hat sich bis heute nicht von einer grundsätzlichen Bejahung des Dschihad und dem unbedingt nachzuahmenden Vorbild Muhammads in allen seinen Handlungen distanziert; dieses vorbildhafte Handeln Muhammads schließt auch seine Abwehr- und Angriffskriege gegen seine Feinde in Medina ab 622 n. Chr. prinzipiell mit ein.

Auch wenn die Durchführung von Selbstmordattentaten im sunnitischen Islam erst zum Ende des 20. Jahrhunderts populär wurde[90], ist seit der Frühzeit des Islam das Märtyrertum in der Theologie verwurzelt, für dessen Begründung auf entsprechende Koranverse und die als authentisch betrachteten Überlieferungen Bezug genommen wird. Aber auch in den Schriften zahlreicher namhafter Theologen in Vergangenheit und Gegenwart finden sich Dschihad-Aufrufe und/oder eine grundsätzliche Bejahung einer Pflicht zum Dschihad, auch wenn dieser Dschihad durch mancherlei Bedingungen eingeschränkt wird.[91] Die Pflicht zum Dschihad ist im Laufe der islamischen Geschichte von der mainstream-Theologie jedoch niemals für grundsätzlich obsolet, überholt oder im Sinne humaner Mitmenschlichkeit für umdeutbar erklärt worden. So lange das nicht geschieht, bieten Aufrufe des Korans und Berichte aus der islamischen Überlieferung über die Notwendigkeit gegen die Feinde des Islams zu kämpfen, einen Steinbruch für diejenigen, die sich mit Versatzstücken dieser Dschihad-Theologie ausstatten und sie in den Dienst der Rechtfertigung ihres Handelns stellen.

Dabei ist weniger die Frage, ob im Koran und der islamischen Überlieferung nicht auch Aufrufe zu Frieden, Nachsicht und Versöhnung zu finden seien – was etwa in Sure 64,14 in Bezug auf familiären Streit oder in Sure 43,89 in Bezug auf die Nichtgläubigen durchaus der Fall ist – sondern vielmehr, mit Hilfe welcher hermeneutischen Werkzeuge und Mittel es möglich sein könnte, die historischen Berichte und Aufrufe aus der Frühzeit des Islam, im Namen des Islam Gewalt gegen Feinde, Spötter, Apostaten oder Gottlose und Götzendiener zu üben, in der Gegenwart entschärft werden könnten. So lange diese Berichte aus der Frühzeit des Islam und dem

90 David Cook, Understanding Jihad, Berkeley 2005, S. 142.
91 Siehe zahlreiche Beispiele der Gegenwart bei Murawiec (FN 59), S. 56 ff.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Leben Muhammads von der etablierten Theologie der großen Moscheen und Universitäten nicht durch eine historisierende Hermeneutik für die Gegenwart als grundsätzlich nicht mehr normgebend erklärt werden, besteht zwischen Islam und Islamismus eine Verbindung, die es Extremisten erlaubt, sich für ihre Anwendung von Gewalt auf eine (für die meisten Muslime: fehlgeleitete) Interpretation des Islam zu berufen.

8. Zusammenfassung und Ausblick

Der Dschihadismus und seine Bekämpfung sind im europäischen wie im globalen Kontext von großer Bedeutung. Für Sicherheitsbehörden entstanden durch global verlaufende Kapitalströme, transnational mobile Terroristen, die grenzüberschreitende Verbreitung von Ideologien und den weltweiten Austausch von Information neue Herausforderungen. Aber nicht nur im weltweiten Maßstab, auch auf der persönlichen Ebene einer einzelnen Biographie hat Globalisierung Auswirkungen: Durch die Migration nach Europa sind Generationen von Zuwanderern entwurzelt worden, und mit den Folgen dieses Prozesses muss sich noch die dritte Generation auseinandersetzen.

Für eine fundierte Analyse der heutigen Situation müssen sämtliche sozialen, politischen und weltanschaulichen Faktoren in den Blick genommen werden, die Extremismus begünstigen können. Dazu gehören eine Reflexion der Fehler und Versäumnisse bei der Integration der Gastarbeitergeneration der 1960er Jahre ebenso wie die Überwindung sozialer Gräben in den deutschen und europäischen Gesellschaften, die sich im Falle ausbleibender Bildungs- und Berufsaufstiegschancen für Migranten vertiefen und zu ihrer Abwendung von der Mehrheitsgesellschaft führen können. Ursachenforschung, Präventionsarbeit und eine Beschäftigung mit der Ideologie des islamistischen Extremismus sind erforderlich, wollen Lösungsansätze gefunden werden, die weitere Anschläge in Europa verhindern oder zumindest zahlenmäßig reduzieren können.

Extremistische Gruppen bieten klare Regeln und einfache Feindbilder, eine Elite-Identität, den Einsatz für eine vermeintlich gerechte Sache, einen Platz innerhalb der Gesellschaft, Bewunderung durch die muslimische Gemeinschaft und das Angebot der Wiederherstellung der verloren geglaubten Ehre. Sie schenken durch die Verbindung mit einer Gemeinschaft Gleichgesinnter Geborgenheit und stellen die vermeintlich „natürliche“ Ordnung wieder her, in der der „wahre“ Islam und das Gesetz der Scharia die Oberhand erlangen und schließlich siegen werden. Die radikalisierte Gruppierung wird zum vorweggenommenen, schon heute sichtbaren Jenseits, zur besseren Welt der Gläubigen, die die „reine“ islamische Gesellschaft nach dem Vorbild Muhammads erstehen lässt. Der Dschihadismus gerät so zu einer Handhabe, eine als verdorben wahrgenommene Kultur durch eine andere, bessere Gegenkultur zu ersetzen.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Extremistische Gruppen bieten dem Entwurzelten ein Zuhause, wahre Freundschaften und eine neue Familie – kurz: eine neue Identität, mit der die „negative" Identität des Verachteten, Vereinsamten, Heimatlosen überwunden wird. Ein Anschlag verschafft dem Täter persönliche Bedeutung, ja eine Art Heldenstatus, der im bürgerlichen Leben für ihn unerreichbar geblieben wäre. Die Suche nach einem Abenteuer oder die Möglichkeit, als Fortsetzung einer früheren kriminellen Karriere Gewalt anzuwenden, sind weitere Komponenten, die zum Eintritt in eine dschihadistische Gruppe ermutigen können.

Auch wenn aktuell der Strom der Ausreisenden aus Europa nach Syrien und Irak praktisch zum Erliegen gekommen ist, gehen Sicherheitsexperten davon aus, dass das Problem des Dschihadismus Europa noch über längere Zeit hinweg beschäftigen wird. Manche Analysten sind der Meinung, dass die bisherigen Anschläge in Europa und Ausreisen in das „Kalifat" erst den Anfang einer länger anhaltenden und möglicherweise dramatischeren Entwicklung markieren[92], bei der Dschihadismus und Radikalisierung für manche Jugendliche in Europa unverändert attraktiv bleiben werden. Derzeit ist nicht zu erkennen, dass die von Extremisten gepredigte Ideologie des Dschihads und Märtyrertums an Attraktivität verliert, zumal der fruchtbare Nährboden der nicht in der deutschen Gesellschaft Angekommenen noch längst nicht ausgetrocknet ist. Allein aus diesem Grund ist eine intensive Beschäftigung mit dem theologisch-ideologischen wie soziologischen Phänomen des islamistischen Extremismus und ein intensiver fächerübergreifender Erfahrungs- und Wissensaustausch etwa zwischen Soziologie, Psychologie, Islamwissenschaft und Politologie dringend geboten.

Aber auch eine innerislamische Debatte mit dem Ziel einer konstruktiv-kritischen Auseinandersetzung mit der etablierten Deutung der historischen Quellen wäre dringend erforderlich. Dass natürlich nicht alle Muslime Terroristen sind, sondern nur eine kleine Minderheit, ist ebenso wahr wie die Beobachtung, dass heute im weltweiten Maßstab die absolute Überzahl der Terroristen Muslime sind, die sich auf ihre Religion als Motor ihres Handelns berufen. Dieser Umstand sollte Ansporn und Auftrag zu einer offenen und kritischen innerislamischen Aufarbeitung des Gewaltproblems im extremistischen Randbereich der islamischen Gemeinschaft sein.

92 Terrorismusexperte rechnet mit mehr Anschlägen in Europa, in: Die Welt vom 10. April 2017.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

https://doi.org/10.5771/9783645288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

„Trotzkismus“ in Deutschland in seinem internationalen Kontext – historischer Abriss bis in die Gegenwart

Von Peter Brandt

1. Einleitung

Dieser Aufsatz dient nicht einer systematischen kritischen Auseinandersetzung mit den theoretischen Grundlagen oder den Praktiken des Trotzkismus im Laufe der Jahrzehnte, sondern vielmehr ausschließlich der Information und dem Verständnis eines für Außenstehende aus verschiedenen Gründen schwer zu fassenden politischen Phänomens. Die gewissermaßen historistische Immanenz der Darstellung erklärt sich daraus. Dabei ist es unvermeidlich, bei Trotzki selbst anzusetzen und den internationalen Charakter des Gegenstands zumindest am Rande mit einzubeziehen. Der Beitrag stützt sich – neben den nicht sehr zahlreichen, teils wissenschaftlichen[1], teils eher essayistischen, oft von Trotzkisten verfassten[2] Arbeiten – vor allem auf die reichhaltige Publizistik des betreffenden Spektrums sowie die fortlaufenden Berichte der Verfassungsschutzämter des Bundes und der Länder bis 2015, für die Jahre um 1970 auch auf eigene Erfahrungen.[3] Der Aufbau des Artikels folgt der Chronologie – Vor- und Rückblicke sind unvermeidlich –, ausgehend von den Lehren Leo Trotz-

1 Zur internationalen trotzkistischen Bewegung vgl. die profunde Untersuchung von Robert J. Alexander, International Trotzkyism, 1929-1985. A Documented Analysis of the Movement, Durham 1991; Wolfgang Alles (Hrsg.), Die Kommunistische Alternative. Texte der Linken Opposition und der IV. Internationale 1932-1985, Frankfurt a. M. 1989; Günter Bartsch, Trotzkismus als eigentlicher Sowjetkommunismus? Die IV. Internationale und ihre Konkurrenzverbände, Berlin/Bonn 1977; Frank Nitzsche, „Aus dem Schatten in die Reichweite der Kameras“. Die Entwicklung trotzkistischer Organisationen in Deutschland, Österreich und der Schweiz unter besonderer Berücksichtigung des Einflusses der Neuen Sozialen Bewegungen von 1968 bis heute, Diss. Universität Siegen 2009, unter: http://dokumentix.ub.uni-siegen.de/opus/volltexte/2009/390/pdf/Historie_Trotzkismus.pdf; Günther Gellrich, Zur Politik und Geschichte der Gruppe Internationale Marxisten 1969-1986, Köln 1999; Peter Brandt/Rudolf Steinke, Die Gruppe Internationale Marxisten, in: Richard Stöss (Hrsg.), Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Sonderausgabe Bd. 3, Opladen 1986, S. 1599-1647. Vgl. ferner die in FN 16 genannten Titel. – Unter der Obhut von Hermann Weber ist seit den 1980er Jahren an der Universität Mannheim ein Trotzkismus-Archiv entstanden: http://library.fes.de/pdf-files/bibliothek/05422.pdf.

2 Vgl. Manuel Kellner, Trotzkismus. Einführung in seine Grundlagen – Fragen nach seiner Zukunft, Stuttgart 2004; Daniel Bensaïd, Was ist Trotzkismus?, Köln 2004; ferner die in FN 17 genannten Titel.

3 Persönliche Erfahrungen fließen insofern hier ein, als ich über Kontakte innerhalb der Berliner „Falken“ Ende 1966 im Alter von 18 Jahren von der deutschen Sektion der Vierten Internationale „rekrutiert“ wurde, 1968 die Jugendorganisation „Spartacus“ und 1969 die „Internationalen Kommunisten Deutschlands“, eines der beiden Spaltprodukte der deutschen Sektion, dessen Nationaler Leitung ich dann bis 1971 angehörte, mitbegründete. 1973 verließ ich mit der „Kom-

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

kis über die Neuorientierung der Vierten Internationale nach 1945, den Aufschwung der unterschiedlichen trotzkistischen Richtungen seit der weltweiten Jugendrevolte der späten 1960er Jahre und die Herausforderung durch den Systemzusammenbruch des Ostblocks 1989/90 bis zur Situation des deutschen Trotzkismus in der andauernden Epoche; am Ende stehen ein Fazit und eine abschließende Reflexion.

2. Grundpositionen Trotzkis und des Trotzkismus

Wer das Wesen des trotzkistischen Segments innerhalb der radikalen Linken verstehen will, muss dessen Selbstverständnis als authentische Fortsetzung des Bolschewismus der russischen Revolutionsperiode und der Kommunistischen Internationale in den ersten Jahren ihrer Existenz ernst nehmen.[4] Dieser Anspruch schien – trotz der Schwäche der damaligen „Internationalen Linken Opposition (Bolschewiki-Leninisten)“ – um 1930 nicht ganz abwegig. Der schon aus der Sowjetunion verbannte Leo Trotzki (1879-1940) war 1917 neben Lenin der wichtigste und populärste bolschewistische Politiker gewesen; er galt als Organisator des Sieges im Oktoberumsturz und im folgenden Bürgerkrieg, dabei als origineller theoretischer Kopf sowie glänzender Redner, Pamphletist und Polemiker. Beim Machtkampf mit dem Generalsekretär der KPdSU von 1922 an, Josef Stalin, dem Mann des Apparats, geriet Trotzki schnell ins Hintertreffen. Er wurde als Führer einer innerparteilichen Opposition gegen das bürokratische Regime sukzessive aus dem Machtzentrum verdrängt.

Zu den von Trotzki und seinen Anhängern zurückgewiesenen Positionen Stalins gehörte die Lehre vom „Aufbau des Sozialismus in einem Land“. Es ging um die Funktion des Sowjetstaates im weltrevolutionären Prozess – die UdSSR als Bastion der internationalen kommunistischen Bewegung und dieser prinzipiell untergeordnet. Der Coup des Oktoberumsturzes 1917 und das nun errichtete Regime leiteten, das war auch die Position Lenins und anderer, ihre Legitimität in erster Linie aus ihrer Rolle als eines potentiellen Detonators der mittel- und westeuropäischen, namentlich der deutschen sozialistischen Revolution ab, die am Ende des über vierjährigen „Völkermordens“ im Ersten Weltkrieg zum Greifen nahe schien. Ohne diese Entlastung (und damit die Verschiebung des Schwerpunkts der internationalen revo-

paß“-Gruppe die ineinander verzahnten Organisationen IKD/Spartacus und trat mit jener Gruppe 1975 dem „Sozialistischen Büro“ bei. Meine heutige Position ergibt sich u. a. aus dem Artikel: Gesellschaftliche Entwicklung, Arbeiterbewegung und Sozialismus zu Beginn des 21. Jahrhunderts, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung 11 (2012), H. 1, S. 5-46.

4 Hier sei nur verwiesen auf Trotzkis Geschichte der Russischen Revolution, 2 Bde., Berlin 1931; sowie auf die Trotzki-Biografie des lebenslangen Sympathisanten Isaac Deutscher, Trotzki, 3 Bde., 2. Aufl., Stuttgart u. a. 1972; ferner auf die des französischen trotzkistischen Historikers Pierre Broué, Trotzki, eine politische Biographie, 2 Bde., Köln 2003; Pierre Frank, Geschichte der Kommunistischen Internationale, 2 Bde., Frankfurt a. M. 1981. Sehr kritisch zu Trotzki und viel gelobt, aber mit zahlreichen sachlichen Fehlern, zuletzt Robert Service, Trotzki. Eine Biographie, Berlin 2012.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

lutionären Arbeiterbewegung nach Westen) hätte das bolschewistische Regime keine Perspektive.[5]

Dass in Russland überhaupt die Errichtung einer nachkapitalistischen Gesellschaft in Angriff genommen wurde, hat viel mit Trotzkis später so genannter Theorie der „permanenten Revolution“ zu tun, die er, noch kein Mitglied der bolschewistischen Richtung, im Anschluss an die Revolution von 1905/06 gegen sämtliche damals in der russischen marxistischen Sozialdemokratie gängigen Vorstellungen entwickelte, wo man für das zaristische Russland eine bürgerliche Revolution erwartete, bei Lenin und den Bolschewiki in der Form einer „revolutionär-demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft“ anstelle der aufgrund spezifischer Faktoren, nicht zuletzt der Existenz eines kleinen, aber teilweise stark konzentrierten und rebellischen Industrieproletariats, zur Lösung der Aufgaben der bürgerlichen Revolution unfähigen Bourgeoisie.

Trotzki ging einen Schritt weiter: Eine von der sozialistischen Arbeiterschaft, gestützt auf das Bündnis mit den armen Bauern, getragene revolutionäre Regierung würde aufgrund der inneren Dynamik des Prozesses nicht umhinkommen, auch zu antikapitalistischen Maßnahmen überzugehen. In den schwächsten Gliedern des kapitalistischen Weltsystems könne die „Diktatur des Proletariats“ zuerst siegen, ohne damit den Sozialismus oder gar den voll ausgebildeten Kommunismus bereits verwirklicht zu haben. Dies sei nur global möglich; die betreffende Revolution in einem bestimmten Land könnte selbst im günstigsten Fall zunächst nur Übergangsgesellschaften hervorbringen.[6]

Der strikte Internationalismus Trotzkis und dann trotzkistischer Gruppierungen beruht, neben der vermeintlichen Vereinheitlichung der Interessen der Arbeiter als einer durch die Stellung im Produktionsprozess und die Weltmarkt-Beziehungen wesentlich internationalen Klasse, hauptsächlich auf den geschilderten Gedanken. Deshalb nannte sich die trotzkistische Vierte Internationale „Weltpartei der sozialistischen Revolution“. Mit Institutionen wie einem „Internationalen Exekutivkomitee“ und einem „Internationalen“, dann „Vereinigten Sekretariat“, nationalen „Sektionen“ usw., denen teilweise „Zentralkomitees“ und „Politbüros“ vorstanden, gerierte man sich als gereinigte, wenn auch verkleinerte Ausgabe der Kommunistischen (Dritten) Internationale von 1919-1943. Da nach trotzkistischem Verständnis die Politik aller nationalen Sektionen – trotz einer Autonomie in taktischen Fragen – Gegenstand po-

5 Vgl. Deutscher (FN 4), Bd. 1, insbes. S. 420 ff.; Jakov Drabkin, Die Idee der Weltrevolution und ihre Transformation in der Kominterngeschichte, in: Hermann Weber u. a., Deutschland, Russland, Komintern. I: Überblicke, Analysen, Diskussionen. Neue Perspektiven auf die Geschichte der KPD und die Deutsch-Russischen Beziehungen (1918-1943), Berlin/Boston 2014, S. 140-224, hier S. 146 ff.

6 Vgl. Leo Trotzki, Ergebnisse und Perspektiven. Die treibenden Kräfte der Revolution [1906], Frankfurt a. M. 1967; ders., Die permanente Revolution [1929], Frankfurt a. M. 1968; ders., Drei Konzeptionen der Russischen Revolution, Anhang zu: ders., Stalin. Eine Biographie, Köln 1952. Aus der Sicht der Vierten Internationale vor dem Zusammenbruch des Ostblocks vgl. Michael Löwy, Revolution ohne Grenzen. Die Theorie der permanenten Revolution, Frankfurt a. M. 1987.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

litischer Beurteilungen auch außerhalb der unmittelbar zuständigen Organisationen zu sein habe, gehörten diesbezügliche Debatten zum festen Bestand mit international differenzierenden und sogar spaltenden Wirkungen.

Repression und Terror während des russischen Bürgerkriegs und danach, von Trotzki maßgeblich mitverantwortet, galten (und gelten) als unvermeidliche Notwehrmaßnahmen der bedrohten Sowjetmacht.[7] Später wurden die Wiederherstellung bzw. Herstellung der „Sowjetdemokratie" einschließlich rechtsstaatlicher Sicherungen, unabhängiger Gewerkschaften, des Streikrechts und eines Mehrparteiensystems (die Arbeiter und Bauern selbst würden in freien Wahlen entscheiden, welche Parteien und Vereinigungen legitim seien) zu einem Kernelement trotzkistischer Programmatik, durchzusetzen in einer „politischen Revolution" gegen die stalinistische, zunehmend auch privilegierte „bürokratische Kaste" in der Sowjetunion und dann auch in den anderen „deformierten Arbeiterstaaten". Die „politische Revolution" sollte eine entfaltete sozialistische Demokratie begründen, von deren emanzipatorischen und auf soziale Gleichheit gerichteten Impulsen der Trotzkismus die Beseitigung der Hemmnisse in der Wirtschaftsentwicklung dieser Staaten mit entsprechendem Anstieg des allgemeinen Lebensstandards erwartete.[8]

Da Trotzki und die Mehrheit der Trotzkisten bei aller ideologischen Verstiegenheit in der Regel stets bestrebt gewesen sind, an reale Zeitströmungen, an Massenbewegungen anzuknüpfen, statt diesen die „richtigen" Prinzipien von außen predigen zu wollen, sind sie stets empfänglich gewesen für eine Über- oder auch Fehlinterpretation solcher „realer Bewegungen". Ereignisse wie der ungarische Volksaufstand von 1956, in dem es in der Tat eine starke rätesozialistische Strömung in der Arbeiterschaft gab, und die französische Mai-Revolte 1968, begleitet von dem größten Generalstreik in der Geschichte Frankreichs, hatten in trotzkistischer Sicht die immanente Tendenz, sich zu einer „politischen" bzw. einer den Kapitalismus transzendierenden „sozialen Revolution" auszuweiten. Da die revolutionär-marxistische Führung in Gestalt einer leninistisch-trotzkistischen Avantgarde-Partei gefehlt habe oder zu schwach gewesen sei, um während der Ereignisse selbst an die Spitze der Bewegung zu gelangen, hätte dieser Weg stets in einer Sackgasse geendet. Die in der Regel dominierenden und den Revolutionsprozess hemmenden Parteiführungen der Sozialdemokratie und des (post-)stalinistischen Kommunismus galten, so die Formulierung von 1963, als „Agenten der Bourgeoisie oder der Kremlbürokratie in den Reihen der Arbeiterklasse".[9]

---

7 Vgl. hier insbes. Leo Trotzki, Terrorismus und Kommunismus, Petrograd 1920; vgl. auch ders., Their Morals and Ours. The Moralists and Sycophants against Marxism, London 1968; sowie den Band I: Kronstadt, Texte von Lenin, Trotzki u. a., Frankfurt a. M. 1978.

8 Vgl. Leo Trotzki, Verratene Revolution. Was ist die Sowjetunion und wohin treibt sie? [1936], Essen 2009; ders., Schriften, Bd. 1: Sowjetgesellschaft und stalinistische Diktatur, Köln 1988; Der Todeskampf des Kapitalismus und die Aufgaben der IV. Internationale (Übergangsprogramm), Berlin 1972, insbes. S. 38 ff.

9 Die theoretischen und politischen Grundlagen der Wiedervereinigung der trotzkistischen Weltbewegung (Dokument des VII. Weltkongresses), in: Die Internationale 9 (1964), Nr. 1, S. 50.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Das „Übergangsprogramm“ der Vierten Internationale[10] ist gewissermaßen das programmatische Vermächtnis Trotzkis. Es geht von einem seit 1914 unveränderten „Grundcharakter der Epoche“ aus, in der sich der Kapitalismus im Niedergang befinde. Das 1921/22 von den Weltkongressen der Komintern thematisierte Problem der Klasseneinheit und der Heranführung der nichtkommunistischen Arbeiter an die Machtfrage wurde von den Trotzkisten später wie folgt beantwortet: In einer konflikthaften Kooperation mit den Gewerkschaften, mit anderen Arbeiterparteien und -organisationen (einschließlich deren Führungen) sollten Teil- und „Übergangsforderungen“ das Proletariat vereinheitlichen, im Kampf erziehen und so die Sprengung des „bürgerlichen“ Staatsapparats vorbereiten. Im Ringen um die Übergangsforderungen (wie Arbeiterkontrolle über die Produktion, entschädigungslose Enteignung von Banken und Schlüsselindustrien, gleitende Skalen von Lohn und Arbeitszeit, „Arbeiterregierung“ als Regierung der faktisch existierenden, tradierten Arbeiterpartei[en] ohne bürgerliche Koalitionspartner) würden sich auf betrieblicher und überbetrieblicher Ebene Arbeiterräte und Räte anderer Sozialgruppen bilden, die über das Zwischenstadium einer „Doppelherrschaft“ den Sturz der alten Staats- und Gesellschaftsordnung durchführen würden, die „richtige“ Führung vorausgesetzt. Dieses Schema war von den Erfahrungen der russischen Revolutionen von 1905 und 1917 bestimmt, wobei seitens der Trotzkisten stets die Selbsttätigkeit der Volksmassen und die aktive Einbeziehung der Mehrheit der Arbeiter und der Bevölkerung überhaupt postuliert wurde.[11]

Deutlicher als viele andere Sozialisten und Kommunisten erkannte Trotzki von 1930 an aus der Ferne die der Arbeiterbewegung durch den deutschen Nationalsozialismus drohende Gefahr und kritisierte die aus seiner Sicht selbstmörderische, „ultralinke“ Politik der KPD anstelle einer defensiven Einheitsfront-Politik.[12] Die Machtübernahme der NSDAP und der kampflose Zusammenbruch der KPD (wie der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften) war für ihn der letzte Beweis der Reformunfähigkeit der stalinistischen Komintern samt ihren Sektionen und der Notwendigkeit einer organisatorischen Alternative. Ebenso wie die ultraradikale Linie der Komintern seit 1928/29 lehnte Trotzki die Volksfrontpolitik von 1934/35 ab: als Koalition der Arbeiterparteien mit Teilen der Bourgeoisie bzw. der bürgerlichen Parteien.[13]

10 Der Todeskampf des Kapitalismus (FN 8); vgl. aus späterer Zeit Ernest Mandel, Revolutionäre Strategien im 20. Jahrhundert, Wien u. a. 1978.

11 Vgl. für die spätere Zeit auch: Sozialistische Demokratie und Diktatur des Proletariats. Resolution des Vereinigten Sekretariats der IV. Internationale, Frankfurt a. M. 1978; Für Rätedemokratie und Selbstverwaltung. Thesen des XII. Weltkongresses der IV. Internationale, Frankfurt a. M. 1985.

12 Vgl. Leo Trotzki, Schriften über Deutschland, hrsg. von Helmut Dahmer, 2 Bde., Frankfurt a. M. 1971; Siegfried Bahne, Der Trotzkismus in Deutschland 1931-1933. Ein Beitrag zur Geschichte der KPD und der Komintern, Diss. phil., Heidelberg 1958; Annegret Schüle, Trotzkismus in Deutschland bis 1933, Köln 1989.

13 Vgl. exemplarisch Leo Trotzki, Revolution und Bürgerkrieg in Spanien, 2 Bde., Frankfurt a. M. 1975/76.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Schon bevor die kleine Vierte Internationale im Zweiten Weltkrieg durch die Verfolgung seitens der nationalsozialistischen bzw. faschistischen und Kollaborationsregimes dezimiert wurde, hatte der Massenterror in der Sowjetunion über eine Million Parteimitglieder das Leben gekostet, darunter etliche Tausend „echte" Trotzkisten. Das Etikett „Trotzkismus" diente jetzt in der Komintern und deren Parteien als reine Denunziationsvokabel, auch gegen Moskau-kritische Linkssozialisten wie die deutsche SAP und die spanische POUM. Charakteristisch für die Einstellung des Sowjetkommunismus zum „Trotzkismus" war, dass dieser nicht als politisch falsch ausgerichtete Strömung innerhalb der kommunistischen bzw. Arbeiterbewegung angesehen wurde, sondern als eine „konterrevolutionäre" und „terroristische" Agentur der Weltbourgeoisie, die im Auftrag von und in Zusammenarbeit selbst mit faschistischen Regimen die Auslieferung der UdSSR betreibe, jedes denkbaren Verbrechens und jeder menschlichen Gemeinheit fähig. Diese Art der Indoktrination hatte zur Folge, dass in der ersten Hälfte und in der Mitte der 1940er Jahre im Schatten kommunistisch geführter nationaler Befreiungskriege tatsächliche trotzkistische Gruppierungen, die in Konkurrenz zu den jeweiligen kommunistischen Parteien standen, systematisch bekämpft und teilweise ausgerottet wurden, so in China, Vietnam, Jugoslawien und Griechenland.[14]

3. Vom Zweiten Weltkrieg zum „Neokapitalismus" im Ost-West-Konflikt

Trotzki, zur Zeit des Hitler-Stalin-Pakts ermordet, hatte zu Beginn des Zweiten Weltkriegs vorausgesagt, dass dieser – entsprechend den Jahren ab 1917 – zu einer neuen revolutionären Welle in Europa führen und zudem das Ende der stalinistischen Bürokratie in der Sowjetunion einläuten würde.[15] Nun nahmen zwar die Widerstandsbewegungen auf dem europäischen Kontinent seit der Kriegswende einen Aufschwung, und sie wurden im Zuge der Befreiung vorübergehend zu wichtigen Machtfaktoren; die sozial herrschenden Klassen waren diskreditiert, und in den ersten Nachkriegsjahren prägte eine scheinbare Hegemonie der (sei es kommunistischen, sei es sozialdemokratisch-sozialistischen) Linken die politische Szenerie im

14 Vgl. Bensaïd (FN 2), S. 56 ff.; Kellner (FN 2), S. 8. Zum spanischen Fall vgl. Reiner Tosstorff, Die POUM im spanischen Bürgerkrieg, Frankfurt a. M. 1987; zu den innersowjetischen bzw. Komintern-internen Verfolgungen vgl. u. a. Hermann Weber/Ulrich Mählert (Hrsg.), Terror. Stalinistische Parteisäuberungen 1936-1953, 2. Aufl., Paderborn 2001; Wladislaw Hedeler (Hrsg.), Stalinistischer Terror 1934-1941, Berlin 2002. – „Trotzkismus" galt seitens der etablierten kommunistischen Parteien und der von solchen regierten Staaten auch nach Stalins Tod als schwere und tendenziell verbrecherische Verfehlung. Im ideologischen Disput zwischen der KPdSU und der KP Chinas in der ersten Hälfte der 1960er Jahre warfen sich beide Seiten trotzkistische Abweichungen vor.

15 In dem Manifest der IV. Internationale: Imperialistischer Krieg und proletarische Revolution (Mai 1940), hieß es dementsprechend: „Die kapitalistische Welt hat keinen Ausweg, wenn nicht die verlängerte Agonie als solcher gelten soll [...] Die Frage der Tempi und Zwischenpausen ist von ungeheurer Bedeutung; aber sie ändert weder die allgemeine historische Perspektive noch die Richtung unserer Politik". Hier zit. nach Kellner (FN 2), S. 80.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

größten Teil Europas, doch der stalinistische Kommunismus hatte aufgrund der herausragenden Rolle der Sowjetarmee im Krieg zugleich eine neue, verstärkte Legitimität und Autorität gewonnen. Statt autochthone revolutionäre Bewegungen zu fördern, setzte Stalin auf die Sicherung seiner neuen Einflusssphäre in Südosteuropa und im östlichen Mitteleuropa, während die USA als Hauptsiegermacht im westlichen Europa die Rekonsolidierung des nun in parlamentarisch-demokratischen Nationalstaaten verfassten Kapitalismus und global die Rekonstruktion eines liberalisierten Weltmarkts betrieben. Überall profitierten die kommunistischen Parteien zumindest vorübergehend vom Nimbus der Sowjetunion; in Frankreich und Italien wurden sie zu den führenden Massenparteien der Arbeiterbewegung.

Schon während des Weltkriegs hatten neben den erwähnten Dezimierungen – illegale trotzkistische Gruppen in zwölf deutschen Städten waren bereits 1935/36 komplett zerschlagen worden[16] – interne Kontroversen zu einer weiteren Schwächung der Vierten Internationale geführt, die erst 1948 ihren II. Weltkongress abhalten konnte. Das galt verstärkt für die deutsche Sektion, die *Internationalen Kommunisten Deutschlands* (IKD). Nachdem die Auslandsorganisation der IKD von wesentlichen programmatischen Positionen des Trotzkismus abgerückt war, was ihren Ausschluss aus der Vierten Internationale zur Folge hatte, standen somit nur wenige Personen nach Kriegsende für den Wiederaufbau der deutschen Sektion bereit, darunter der langjährige hauptamtliche Sekretär und Mentor des deutschen Trotzkismus Georg Jungclas (1902-1975).[17] Neben Jungclas spielten von 1950 an der frühere Mannheimer KPD-Funktionär Willy Boepple (1911-1992) sowie die beiden Jüdischstämmigen Jakob Moneta (1914-2012) und Rudolf Segall (1911-2006) eine bedeutende Rolle: Moneta und Segall hatten etliche Jahre im palästinensischen Exil gelebt; sie erlangten in den 1950er/1960er Jahren prominente Stellungen in den Gewerkschaften, Segall als Sekretär der IG Chemie in Frankfurt am Main, Moneta als Chefredakteur der Zeitung der IG Metall.

In den späten 1940er Jahren waren die deutschen Trotzkisten politisch fast vollständig isoliert, als sie, jedes Kollektivschuld-Denken zurückweisend, den Abzug der Besatzungstruppen und die Wiedervereinigung Deutschlands als Voraussetzung der Erneuerung selbstständiger Politik der deutschen Arbeiterbewegung forderten und an der Aktualität der sozialistischen Revolution auch für Deutschland festhielten.[18] Die führenden Köpfe einer Berliner Gruppe mit Verbindungen in mehrere

16 Vgl. Wolfgang Alles, Zur Politik und Geschichte der deutschen Trotzkisten ab 1930, Frankfurt a. M. 1987, insbes. S. 238-243; Peter Berens, Trotzkisten gegen Hitler, Köln 2007;

17 Vgl. zur Person und zum politischen Wirken: Georg Jungclas (1902-1975). Von der proletarischen Freidenkerjugend im Ersten Weltkrieg zur Linken der siebziger Jahre. Eine politische Dokumentation, Hamburg 1980; Georg Jungclas, Aus der Geschichte der deutschen Sektion der Vierten Internationale, Hamburg 1972. Vgl. zum Folgenden ferner Wolfgang Alles (Hrsg.), Gegen den Strom. Texte von Willy Boepple, Köln 1997; Gregor Kritidis, Linkssozialistische Opposition in der Ära Adenauer. Ein Beitrag zur Frühgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Hannover 2008, insbes. S. 153-172.

18 Vgl. die Resolution der Reichsleitung der IKD von 1948 in Jungclas, Freidenkerjugend (FN 17), S. 158.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Städte der SBZ, Oskar Hippe und Walter Haas, wurden 1948 bei Kontaktreisen verhaftet und saßen, zunächst zu 25 Jahren verurteilt, bis 1956 im Gefängnis.[19]

In Erkenntnis ihrer fast aussichtslosen Außenseiterposition und angesichts einer von den früheren Erwartungen gravierend abweichenden allgemeinen Lage leitete die Vierte Internationale Anfang der 1950er Jahre eine Wende ihrer Arbeit hin zur Integration in die jeweiligen Mehrheitsparteien der Arbeiterbewegung ein. Bei dem in den 1950er und 1960er Jahren praktizierten längerfristigen „Entrismus" traten die Trotzkisten nicht als solche in Erscheinung – sie intervenierten nur in Teilbereichen programmatisch. Dieser zum Schutz vor Ausschluss verdeckten Arbeit, die konspirative Züge annahm, lag die Annahme zugrunde, die zukünftige Politisierung und Radikalisierung der Arbeiterschaft in der erwarteten Wirtschaftskrise würde sich in den und über die tradierten Parteien vollziehen, in Deutschland also über die SPD. Es gelte, sich mit den Massen in der Aktion, nicht über das Programm zu verschmelzen: „Wir nehmen die Klasse, wie sie ist. Die Form bedeutet wenig."[20] Während die Vierte Internationale den Entrismus zwischen 1966 und 1969 aufgab, setzten andere trotzkistische Organisationen die Integration in die großen Arbeiterparteien fort oder begannen sie neu.

Anfangs wurde dieser „Entrismus sui generis" auch mit der Perspektive eines Dritten Weltkriegs und eines möglicherweise Jahrhunderte dauernden Übergangsprozesses zum Sozialismus (einschließlich der Verfestigung des Systems der „bürokratisch deformierten Arbeiterstaaten") begründet. Nach 1945 hatte die Vierte Internationale mehrere Jahre gebraucht, um überhaupt wahrzunehmen, dass in den Ländern des sowjetischen Einflussbereichs durch „strukturelle Assimilation" von Anfang an „deformierte Arbeiterstaaten" geschaffen wurden.[21] Eine revolutionäre Rolle des Stalinismus, sei es in der Form einer Revolution von oben bzw. außen, sei es in bürokratischer Deformation, war nicht erwartet und eigentlich für unmöglich erachtet worden.

Die deutschen Trotzkisten hatten ihren Eintritt in die SPD nach dem Zwischenspiel der Mitwirkung in der vom Jugoslawien Titos finanzierten, doch erfolglosen Unabhängigen Arbeiterpartei (1950/51) vollzogen.[22] Die Schwerpunkte der trotzkistisch-entristischen Arbeit, die sich neben der eigentlichen SPD-Parteiorganisation auf die Jungsozialisten und die *Falken*, sowie manche Gewerkschaftsverbände und Betriebsräte von Großbetrieben konzentrierte, getragen von nie mehr als einigen Dutzend Personen, lagen in Köln, Mannheim, Stuttgart, Hamburg und Berlin, später

19 Vgl. Oskar Hippe, „... und unsere Fahn' ist rot". Erinnerungen an sechzig Jahre in der Arbeiterbewegung, Hamburg 1979, S. 208 f.

20 Zit. nach Bensaïd (FN 2), S. 72.

21 Vgl. Kellner (FN 2), S. 81 f.

22 Vgl. zu der schon im Ansatz gescheiterten UAP und dem Einwirken der wegen politischer Differenzen, hauptsächlich im Hinblick auf die westdeutsche Wiederbewaffnung, im August 1951 ausgeschlossenen trotzkistischen Fraktion neben Kritidis (FN 17), S. 160-168, Peter Kulemann, Die Linke in Westdeutschland nach 1945. Die erste Nachkriegszeit. Zwischen sozialdemokratischer Integration und dem Stalinismus der KPD – das Scheitern der „titoistischen" Unabhängigen Arbeiterpartei UAP 1950, Hannover 1978.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

auch Frankfurt am Main.[23] In dem 1954 gestarteten Zeitungsprojekt „Sozialistische Politik“, als Zielgruppe galt die untere und mittlere Funktionärsschicht der sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung, kooperierten Trotzkisten mit Moskau-kritischen marxistischen Linkssozialisten wie Wolfgang Abendroth, Theo Pirker, Erich Gerlach und Peter von Oertzen. Deutlich schwächer ausgeprägt war der trotzkistische Einfluss beim (breiter angelegten) Nachfolge-Zeitungsprojekt „Express international“ (von 1966 an). Dieses wurde im Zusammenhang mit Bemühungen initiiert, einen linksgerichteten „Arbeitnehmerflügel“ in der SPD ins Leben zu rufen.

Ihren typischen Internationalismus demonstrierten die deutschen Mitglieder der Vierten Internationale in der Propaganda (Herausgabe der Zeitung „Freies Algerien“ 1958-1962) und praktischen Hilfe für die FLN im algerischen Unabhängigkeitskrieg.[24] Es ging dabei um Geldbeschaffung für Waffenkäufe und illegale Geldtransporte, nicht zuletzt um die Betreuung von Flüchtlingen und Deserteuren der Fremdenlegion, von denen mehrere Tausend nach Deutschland zurückgeführt wurden, eine wegen der Gegenmaßnahmen des französischen Geheimdienstes und der Aktivitäten französischer Rechtsextremisten auch in der Bundesrepublik nicht ungefährliche Tätigkeit. Einer der engsten Partner der deutschen Trotzkisten bei der Algerien-Solidaritätsarbeit war der später führende Sozialdemokrat Hans-Jürgen Wischnewski, dessen in den 1970er Jahren von der Bundesregierung genutztes Ansehen in der arabischen Welt auf die Jahre des Algerienkriegs zurückging.

Ebenso wenig wie mit der Stärkung des Parteikommunismus hatten die Gründer der Vierten Internationale mit einer Erholung und einer lang anhaltenden Prosperität der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nach dem Zweiten Weltkrieg gerechnet. Erst im Verlauf der 1950er und 1960er Jahre begann die Mehrheit der Trotzkisten partiell zu begreifen, dass es sich beim „Neo-“ oder „Spätkapitalismus“ nicht um ein rein konjunkturelles Phänomen handelte, sondern um eine neue Periode in der Formationsgeschichte des Kapitalismus mit früher ungeahnter Verbesserung der Lebensverhältnisse auch der Arbeiterbevölkerung, mit sozialen Sicherungssystemen neuer Qualität und mit einer Art von historischem Kompromiss zwischen Staat, Kapital und reformerischer Arbeiterbewegung.

Der belgische marxistische Wirtschaftstheoretiker Ernest Mandel (1923-1995), einer der wichtigsten Repräsentanten der Vierten Internationale in der Nachkriegszeit, der in Deutschland von den 1950er Jahren an eine rege publizistische Tätigkeit entfaltete, stellte sich den neuen Realitäten mit seinen Erklärungsversuchen. Bis zu einem gewissen Grad mochte die Erklärung des lang andauernden, kaum unterbrochenen Nachkriegsbooms, namentlich in Westdeutschland, aus dem Zerstörungswerk des Krieges selbst und der dadurch ermöglichten beträchtlichen Steigerung der Mehrwertrate plausibel erscheinen, zumal sich die Vorhersage des Umkippens der

23 Vgl. Kritidis (FN 17), S. 235-284.
24 Vgl. dazu Claus Leggewie, Kofferträger. Das Algerien-Projekt der Linken im Adenauer-Deutschland, Berlin 1984.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Prosperitätsphase in eine längere Phase mit eher stagnierender Grundtendenz um die Mitte der 70er Jahre zu bewahrheiten schien. Letztlich ging es Mandel und seiner Richtung darum, die zeitliche wie materielle Begrenztheit der nach 1945 in den Ländern Westeuropas und Nordamerikas eingetretenen wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen nachzuweisen und das Andauern klassengesellschaftlicher Strukturen und Konfliktlagen zu betonen.[25] Wo sie präsent waren, engagierten sich die deutschen Trotzkisten in den relativ wenigen Arbeitskämpfen, so 1963 beim baden-württembergischen Metallarbeiterstreik in Mannheimer Großbetrieben. In der im engeren Sinn politischen Arena unterstützten sie mit jeweils eigener Akzentuierung die Kampagnen gegen die Wiederbewaffnung und die atomare Rüstung sowie gegen die Notstandsgesetzgebung.

4. Neubeginn in der Periode der Wiederbelebung einer radikalen Linken

Die in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre international aufkommende Protestbewegung („Jugendradikalisierung" in der Terminologie der Vierten Internationale) veranlasste die trotzkistische Hauptströmung, den Entrismus zuerst zu relativieren und dann aufzugeben. Anders als in Frankreich und in Großbritannien führte die Abwesenheit einer erkennbaren trotzkistischen Formation in der Bundesrepublik während der Inkubations- und Durchbruchsphase der „Jugendradikalisierung" dazu, dass neu gegründete maoistische und sowjetkommunistische (Legalisierung der DKP im September 1968) Organisationen einen weitaus größeren Teil des betreffenden Potentials an sich binden konnten.

Schon im Frühjahr 1968 hatten jüngere Mitglieder der deutschen Sektion der Vierten Internationale eine Monatszeitung namens *Was tun* ins Leben gerufen, als deren Redakteure auch prominente Vertreter des antiautoritären Flügels im SDS aus Berlin (darunter Rudi Dutschke), Köln, Frankfurt und München firmierten.[26] Eine konstruktive Redaktionsarbeit kam indessen kaum zustande, und die SDSler zogen sich bald ganz zurück. *Was tun* wurde dann – neben der theoretischen Zeitschrift *Die Internationale* in der Nachfolge der gleichnamigen Zeitschrift der alten deutschen Sektion (von 1956 an) – das Organ der *Gruppe Internationale Marxisten* (GIM) mit einer Auflage von bis zu 9.000 (im Jahr 1972). *Was tun* erschien in der Folgezeit in einem engeren Rhythmus, zeitweise sogar wöchentlich.

25 Vgl. Ernest Mandel, Marxistische Wirtschaftstheorie, 2 Bde., Frankfurt a. M. 1968; ders., Der Spätkapitalismus, Frankfurt a. M. 1972; ders., Die langen Wellen im Kapitalismus, eine marxistische Erklärung, Frankfurt a. M. 1987. – Zur Person vgl. Gilbert Achcar (Hrsg.), Gerechtigkeit und Solidarität, Ernest Mandels Beitrag zu Marxismus, Köln 2003; Jan Willem Stutje, Rebell zwischen Traum und Tat. Ernest Mandel (1923-1995), Hamburg 2009.

26 Zur 15-köpfigen, rein männlichen Redaktion gehörten – laut Was tun Nr. 1/1968, S. 2 – u. a. Rudi Dutschke und Gaston Salvatore, ebenso spätere maoistische Parteigründer wie Christian Semler (KPD-AO) und Thomas Schmitz-Bender (Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD).

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Das gescheiterte Experiment einer Organisierung der „strategisch-theoretischen Diskussion“ in der linken Außerparlamentarischen Opposition im Zusammenwirken mit maßgeblichen Repräsentanten des SDS, gewissermaßen dem Kern der Protestbewegung, hatte ein Versäumnis früherer Jahre heilen sollen: Die alte deutsche Sektion hatte den im November 1961 aus der Sozialdemokratie verbannten Studentenbund gewissermaßen links liegen lassen, um ihre Verankerung in der SPD nicht zu gefährden. Zwar gehörten einzelne Trotzkisten dem SDS an, doch blieben das individuelle Vorgänge ohne größere Bedeutung für den politischen Diskurs der sozialistischen Studenten. Der Internationale Vietnam-Kongress mit mehr als 5.000 Teilnehmern im Februar 1968 in West-Berlin stand hingegen organisatorisch wie inhaltlich zu einem erheblichen Teil unter dem Einfluss der Vierten Internationale, die mit drei Rednern präsent war (Ernest Mandel, Tariq Ali und Robin Blackburn), wenn auch keiner von ihnen explizit trotzkistische Positionen vertrat.[27]

Die GIM entstand Pfingsten 1969 aus der Spaltung der deutschen Sektion der Vierten Internationale in zwei ungefähr gleich große Fragmente mit jeweils allenfalls 40 Mitgliedern, als der Versuch einer *Bolschewistischen Fraktion* scheiterte, die ganze Sektion auf den Aufbau einer revolutionär-sozialistischen Jugendorganisation auszurichten, womit in Berlin unter dem Namen *Spartacus* bereits begonnen worden war; dabei gaben die französische *Jeunesse Communiste Révolutionaire* (JCR) und ihre prominente Rolle im Mai 1968 das Vorbild ab. Allerdings zeigte sich schon kurz nach der Spaltung, dass die GIM manche der Forderungen der früheren *Bolschewistischen Fraktion* verwirklichte, indem sie mit dem Entrismus brach, eine offene revolutionäre Propaganda zu verfolgen begann und eine sympathisierende Jugendorganisation, die *Revolutionär-Kommunistische Jugend* (RKJ), initiierte, die als „strategisches Element“ im Prozess des Aufbaus der revolutionär-marxistischen Partei gesehen wurde.[28]

Die Orientierung auf die „Radikalisierung der Jugend“ basierte bei der GIM, anders als beim *Spartacus*, auf einer im Wesentlichen positiven Einschätzung der Studentenbewegung. Die Tatsache, dass die Studenten erstmals in der Geschichte des entwickelten Kapitalismus nicht in reaktionäre Richtung mobilisierbar seien, sondern sich – wenn auch naiv – auf die Seite der Arbeiterklasse stellen wollten, spiegele die objektive Veränderung der Rolle der Intelligenz im kapitalistischen Produkti-

27 Vgl. Der Kampf des vietnamesischen Volkes und die Globalstrategie des Imperialismus. Internationaler Vietnam-Kongreß 17./18. Februar 1968 Westberlin, Berlin 1968, insbes. S. 31-43, 76-80, 124-134. Vgl. zur Bedeutung des Kongresses für die Neue Linke und zum zwiespältigen Verhältnis des staatlich etablierten Kommunismus: Peter Brandt, „1968“ – eine radikale Demokratisierungsbewegung, in: ders., Soziale Bewegung und politische Emanzipation. Studien zur Geschichte der Arbeiterbewegung und des Sozialismus, Bonn 2008, S. 509-538, hier insbes. S. 511-513. Zur generellen Einordnung des Trotzkismus in die Neue Linke der 1960er und 1970er Jahre vgl. Perry Anderson, Über den westlichen Marxismus, Frankfurt a. M. 1978; Bensaïd (FN 2).

28 Zur Gründung und weiteren Entwicklung der IKD und der KJO Spartacus, von Spartacus BL sowie des „Spartacusbundes“ vgl. auf der Grundlage der Primärquellen Brandt/Steinke (FN 1), S. 1605 f., 1628-1634. Zur GIM außerdem ausführlich Gellrich (FN 1); Nitzsche (FN 1).

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

ons- und Reproduktionsprozess und damit die umfassende Krise der bürgerlichen Ideologie wider.

Die Zugehörigkeit zur *Vierten Internationale* begründete für die GIM einen organisatorischen und psychologischen Zusammenhang, der relativ stabilisierend wirkte, auch wenn es an internen Krisen nicht mangelte. Dissentierende Personen oder Gruppen verließen immer wieder die GIM (wie auch den *Spartacus*), verstärkt seit 1975/76, so dass sich die Geschichte dieser Organisationen als eine ständiger innerer Krisen und Abspaltungen schreiben ließe. Eine erste Spaltung erlebte *Spartacus* schon einige Monate nach der Ausdehnung auf Bundesebene (März 1971), indem sich der vor allem in Nordrhein-Westfalen konzentrierte *Spartacus BL* (= *Bolschewiki-Leninisten*) selbstständig machte. 1974, als *Spartacus* seinen spezifischen Jugend-Avantgardismus nach heftigen internen Diskussionen aufgab, wodurch die gesonderte Existenz der *Internationalen Kommunisten Deutschland* (IKD), der Fortsetzung der *Bolschewistischen Fraktion* der alten Sektion, 1970 aus der Vierten Internationale ausgeschieden, hinfällig wurde, und sich in *Spartacusbund* umbenannte, stieß *Spartacus BL* wieder dazu. Nach einer mehrjährigen Periode ständiger Schrumpfung löste sich der *Spartacusbund* 1981 selbst auf.[29]

Die GIM hatte ihre im September 1970 gegründete Jugendorganisation RKJ schon zum Jahresende 1972 nach französischem Vorbild mit der Mutterorganisation vereinigt.[30] Das änderte nichts daran, dass in ihr – wie in allen anderen trotzkistischen Gruppierungen – die Masse der Mitglieder aus Heranwachsenden und jungen Erwachsenen bestand; die in den ersten beiden Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts Geborenen (wie Jungclas, Moneta und Segall) waren bei der Spaltung von 1969 in der Regel bei der GIM geblieben. Auf dem Höhepunkt ihres quantitativen Wachstums in der ersten Hälfte der 1970er Jahre zählten GIM/RKJ und IKD/*Spartacus* bzw. *Spartacusbund* jeweils bis zu etwa 400 Mitglieder; für 1976 wird für die GIM die Zahl 600 angegeben. Dabei ist zusätzlich eine ähnliche Größenordnung von engeren Sympathisanten zu veranschlagen. Die RKJ nannte Ende 1972 bis zu 30 Ortsgruppen ihr Eigen, die GIM 1977 45 Orts- und Betriebsgruppen, der *Spartacusbund* 1974 30 Orts- und Betriebsgruppen.[31] Das bedeutete, entsprechend der Entwicklung der Vierten Internationale insgesamt, eine rasante quantitative Expansion seit 1968/69, die aber weit hinter den Mitgliederzahlen der größten maoistischen („marxistisch-leninistischen") Kleinparteien bzw. Vereinigungen und allemal der DKP zurückblieb.

Kaum zahlenmäßig einzuschätzen sind die neu entstehenden trotzkistischen Gruppen, in der Regel Ableger von mit der Vierten Internationale rivalisierenden internationalen Zusammenschlüssen oder Koalitionen, die in ihren Mutterländern durchaus von Bedeutung sein konnten, so von 1965/66 an die *Internationale Arbeiter-Korrespondenz* (IAK), samt der sympathisierenden *Jungen Garde*, die zum *Internationalen Komitee für den Wiederaufbau der Vierten Internationale* gehörte, ge-

29 Vgl. Nitzsche (FN 1), S. 59.
30 Vgl. Was tun 6 (1973), o. D. (vermutlich Januar).
31 Brandt/Steinke (FN 1), S. 1632, 1642.

https://doi.org/10.5771/9783645288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

gründet 1953 unter dem Einfluss der Anhänger Pierre Lamberts mit der *Organisation Communiste Internationaliste* in Frankreich und Gerry Healys mit der *Socialist Labour League* (später *Workers Revolutionary Party*) in Großbritannien. Als sich Lambert und Healy ihrerseits 1971 zerstritten, jeweils begleitet von deutschen Gefolgsleuten, entstand außerdem der *Bund Sozialistischer Arbeiter* (BSA). Vergleichsweise undogmatisch war die *Sozialistische Arbeitergruppe* (SAG), eine kleine Schwester des britischen *International Socialism* um Tony Cliff mit einer eigenen Theorie des „Rüstungskapitalismus“ und einer ganz speziellen Charakterisierung des Ostblock-Systems als „Staatskapitalismus“[32]. Die SAG gab von 1971 bis 1994 die Zeitung *Klassenkampf – weder Washington noch Moskau, für internationalen Sozialismus* heraus.

Von 1973 an trat innerhalb der SPD die nach ihrer Zeitung benannte *Voran*-Gruppe in Erscheinung, die mit der *Militant*-Tendenz in der britischen Labour Party liiert war. Der Sozialdemokratie wandten sich 1972 auch die IAK-Leute zu. Deren Markenzeichen war ein scharfer Antistalinismus, der selbst das innerparteiliche Bündnis mit „rechten“ Sozialdemokraten nicht scheute. Die IAK, seit 1979 *Internationale Sozialistische Arbeiterorganisation* (ISA), sah in der SED und der DDR künstliche Gebilde und stellte die Forderung nach der „Wiedervereinigung Deutschlands auf sozialistischer Grundlage“ auf. Für Westdeutschland propagierte sie den Bruch der sozial-liberalen Koalition und eine SPD-Alleinregierung.[33] Daneben existierten in der Bundesrepublik weitere kleinere trotzkistische Zirkel, von denen nur die mit besonders bizarren Parolen auftretenden Posadisten[34] erwähnt seien, weil auch sie unter dem Rubrum Vierte Internationale firmierten, wodurch leicht Verwechslungen vorkommen konnten.

Obwohl die Trotzkisten ein weniger schematisches, stärker prozesshaftes Verständnis des angestrebten Parteienaufbaus entwickelt hatten als maoistische Kleinparteien wie die KPD/ML und die KPD (AO), litt (und leidet) die Stetigkeit trotzkistischer Arbeit an dem gewaltigen Anspruch, nicht nur eine Vertriebsstelle für die Schriften Trotzkis und eine Vermittlungsagentur für trotzkistisches Gedankengut sein zu wollen, sondern in sämtliche sozialen und politischen Konflikte mit irgendeinem Bezug zu den eigenen Anliegen propagandistisch, möglichst auch konkret handelnd eingreifen zu müssen. Es bestand (und besteht) ferner ein Druck, zur Situation in jedem Land der Erde eine Position entwickeln (oder übernehmen) zu sollen, insbesondere dort, wo Trotzkisten agierten und häufig über ihre Strategie und Taktik

32 Vgl. Tony Cliff, State Capitalism in Russia, London 1988; ders., Trotzkyism after Trotzky, London 1999.

33 Vgl. Brandt/Steinke (FN 1), S. 1635 f. Von den Mehrheitsflügeln der Jungsozialisten vorgelegte Dokumentationen über die Infiltration der SPD-Arbeitsgemeinschaft durch die IAK, namentlich in Nordrhein-Westfalen, engten deren Handlungsspielraum Mitte der 1970er Jahre ein. Vgl. Nitzsche (FN 2), S. 73.

34 Der Argentinier Juan Posadas behauptete beispielsweise die Unvermeidlichkeit des Dritten Weltkriegs und forderte angesichts dessen einen präventiven Atomschlag der UdSSR gegen die USA. Eine im Raum Frankfurt beheimatete posadistische Gruppe gab zeitweise die „Arbeiterstimme“ heraus.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

uneinig waren. Fraktionierungen entstanden nicht selten über Fragen außerhalb des eigenen Aktionsfeldes.

Bundesweite Aufmerksamkeit erhielt die GIM, als Ernest Mandel 1972 an der Freien Universität Berlin für den Ruf auf eine wirtschaftswissenschaftliche Professur vorgesehen war, die sich der Berliner Senat jedoch zu erteilen weigerte. Kurz danach verhängte Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher ein Einreiseverbot in die Bundesrepublik, das den Anlass für einen „Kongress gegen Repression" in Berlin im Mai 1972 mit 3.000 bis 4.000 Teilnehmern bot. Gegen polizeiliche und gesetzliche Einschränkungen politischer Betätigung und – vermeintliche – staatliche Repression propagierte die GIM erfolglos eine einheitliche linke Front. Erwähnenswert ist die maßgeblich von GIM-Mitgliedern betriebene Einladung Wolf Biermanns zu einem Konzert in Köln am 13. November 1976 durch die IG-Metall, das zu dessen Ausbürgerung aus der DDR führte, und die Unterstützung Biermanns in der Zeit danach.

Die GIM propagierte zu den Bundestagswahlen 1969 und 1972 den Wahlboykott und unterstützte danach auf Landesebene verschiedentlich maoistische Listen, angereichert mit Kritik an den Unterstützten. Ähnlich zwiespältig befürwortete IKD/*Spartacus* zu Beginn der 1970er Jahre mehrfach Wahlkandidaturen der DKP bzw. der SEW. 1975/76 traten erstmals Trotzkisten selbst zu Wahlen an: Die GIM kandidierte bei der Bundestagswahl 1976 in zwölf Wahlkreisen (insgesamt 2035 Erststimmen) und stellte drei Landeslisten auf (insgesamt 0,0 Prozent). Sie wollte den Wahlkampf nutzen, um „Klassenforderungen" in den Vordergrund zu rücken. Der *Spartacusbund* trat 1975 in Bremen und 1976 in Baden-Württemberg zu Landtagswahlen an und sammelte ganze 117 bzw. 94 Stimmen. Zur Bundestagswahl 1980 kam nach langwierigen, kontroversen Diskussionen erst aufgrund der Intervention des Vereinigten Sekretariats der *Vierten Internationale* ein „kritischer" Wahlaufruf der GIM zugunsten der SPD zustande.[35] Dabei spielten die Erringung einer absoluten sozialdemokratischen Mandatsmehrheit in Nordrhein-Westfalen im Mai 1980 und die Person des Spitzenkandidaten der CDU/CSU, Franz Josef Strauß, ebenso eine Rolle wie die Erwartung härterer Verteilungskämpfe und einer dadurch verursachten Linkswendung von Teilen der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie, der einzigen „Arbeitermassenpartei" in der Bundesrepublik.

35 Im Verlauf der internen Diskussionen darüber hatten sich zeitweilig sechs verschiedene Tendenzen kristallisiert, darunter eine vor allem von den der GIM angehörenden Industriearbeitern unterstützte „SPD-Nee"-Position. Nachdem Jakob Moneta und Ernest Mandel sich gemeinsam bereits mehrfach öffentlich für die Wahl der SPD ausgesprochen hatten, änderte erst die Stellungnahme des Vereinigten Sekretariats unter dem Motto „Gegen Strauß mobilisieren – SPD wählen – eine sozialistische Alternative zu Schmidt organisieren" die zunächst ablehnende Haltung der GIM-Mehrheit. Vgl. Was tun 13 (1980), Nr. 285, 299; Brandt/Steinke (FN 1), S. 1611 f.

https://doi.org/10.5771/9783645288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Noch 1985 identifizierte der Verfassungsschutz die GIM mit lediglich 250 Mitgliedern als aktivste und größte trotzkistische Gruppierung.[36] Sie hatte indessen schon von den späten 1970er Jahren an innere Zerfallserscheinungen gezeigt: Anhänger von Minderheitstendenzen der *Vierten Internationale* waren ausgeschieden, die nach der Ernüchterung über die begrenzten Fortschritte bei der Gewinnung der „neuen Avantgarden mit Massencharakter“ international beschlossene „Wendung zur Industrie“ war nur halbherzig umgesetzt worden.

Dem Gründungs- und Etablierungsprozess der Partei *Die Grünen* stand die GIM distanziert und kritisch gegenüber, hauptsächlich wegen der Abwendung von der Klassenfrage als dem zentralen Gegenstand sozialistischer Politik. Einige Dutzend GIM-Mitglieder, darunter später prominente Politikerinnen wie Kerstin Müller, 1994-2002 Sprecherin bzw. Vorsitzende der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen und 2002-2005 Staatsministerin im Auswärtigen Amt, sowie Andrea Fischer, 1999-2001 Bundesministerin für Gesundheit, brachen 1986 allerdings mit dieser Auffassung und schlossen sich der Partei *Die Grünen* an, zunächst noch als eigener Zirkel.[37]

Die Mehrheit der GIM fusionierte im Oktober 1986 mit der einst streng stalinistischen und proalbanischen (zunächst prochinesischen) KPD, ursprünglich KPD-ML, zur *Vereinigten Sozialistischen Partei* (VSP), die bei ihrer Gründung insgesamt 600 Mitglieder in 30 Ortsgruppen zählte. Die Vereinigung ausgerechnet mit der KPD war möglich geworden, weil diese einige Jahre zuvor begonnen hatte, ihre ideologische Herkunft infrage zu stellen. Trotzdem erfolgte die neue Parteigründung nicht im Zeichen eines Aufschwungs, sondern aus einem beiderseitigen Empfinden der Erschöpfung und schlechter gewordenen Aussichten. Die Auflage von *Was tun* war von 9000 Exemplaren 1972/73 über 5000 1979 fast kontinuierlich auf ca. 2300 gesunken. Die nun herausgegebene *Sozialistische Zeitung* (Auflage zunächst 2500) ersetzte *Was tun*.

Die anfängliche Hoffnung, die VSP-Gründung könnte eine größere Umgruppierung und Neuformierung der radikalen Linken einleiten, erfüllte sich nicht. Das in Gestalt der KPD mit ihrer abweichenden Organisationskultur und teilweise abweichenden theoretischen Positionen integrierte Element wurde von der VSP größtenteils wieder ausgeschieden. Die Tendenz zur Infragestellung des Überkommenen ging bei den früheren KPDlern bald weiter als bei den Trotzkisten. Am Ende stand eine erneut an ständiger Auszehrung leidende Kleinst-Partei, die zu keiner konzentrierten politischen Arbeit mehr fähig war, sondern sich in einer Vielzahl örtlicher Bewegungsaktivitäten verzettelte. 1995 erfolgte die Umbenennung der gerade noch

36 Verfassungsschutzbericht 1985, Bonn 1986, S. 101. Im Folgenden alle Angaben über die Stärke, sofern nicht anders angegeben, nach den betreffenden Jahresberichten der Verfassungsschutzämter.

37 Vgl. Nitzsche (FN 2), S. 54.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

150 Mitglieder umfassenden *Vereinigten Sozialistischen Partei* in die gleich abgekürzte *Vereinigung für sozialistische Politik* und 2000 die formelle Auflösung.[38]

5. Der Trotzkismus und der historische Umbruch 1989/90

Speziell diese der *Vierten Internationale* angeschlossene Richtung des Trotzkismus, dominierend bis in die 1980er Jahre, wurde getroffen durch den mit Solidarność und dann mit der Reformpolitik Gorbatschows eingeleiteten Formationswandel im östlichen Europa und in der Sowjetunion. Dabei gehörte die GIM zu denjenigen trotzkistischen Organisationen, die am nachdrücklichsten die unabhängige polnische Gewerkschaft propagandistisch und in praktischer Solidarität unterstützten, vor wie nach der Verhängung des Kriegsrechts Ende 1981.[39] Die Erhebung der Arbeiterschaft gegen die Diktatur der Partei- und Staatsbürokratie in einem Staat des Ostblocks passte in die ideologische Optik des Trotzkismus. Die Entfaltung der Solidarność-Bewegung mit ihrer antibürokratischen Tendenz würde, so nahm die GIM an, neue progressive Perspektiven eröffnen statt die Anlehnung an den katholischen Klerus und die innere Hinwendung zu einer marktwirtschaftlichen Programmatik zu verfestigen. Skeptischer als der vorwiegend proletarischen Massenbewegung Solidarność standen GIM/VSP wie andere trotzkistische Gruppierungen einige Jahre später dem Versuch Michail Gorbatschows gegenüber, das Sowjetsystem zu erneuern. Trotzkistische Gruppen hielten dessen Reform von oben kaum für machbar, bewerteten aber die Öffnung, Liberalisierung und größere Transparenz der inneren Ordnung der UdSSR und ihrer führenden Partei positiv, weil sie den Spielraum für Bestrebungen zugunsten einer „politischen Revolution" im trotzkistischen Sinn – vermeintlich – erweiterten. Ermutigend wirkten die beginnenden Rehabilitierungen in der Zeit des Stalin-Terrors Verurteilter.[40]

Der Umbruch in der DDR sollte die Probe aufs Exempel werden. Die Zeitung *Voran* schrieb im Oktober 1989 – die demokratische Umwälzung Ostdeutschlands war schon im Gange, die Mauer noch nicht geöffnet: „Eine von den Arbeitern der DDR erkämpfte Arbeiterdemokratie wäre ein Vorbild für andere Arbeiter, vor allem aber für die westdeutsche Arbeiterklasse; die Mauer würde fallen, die Idee der Arbeiterdemokratie die BRD und die ganze westliche Welt erfassen. Die Tage der deutschen Teilung und der Grenzen innerhalb Europas wären gezählt. Die politische Revolution führt unmittelbar zur sozialistischen Revolution in Deutschland."[41] Und der

38 Vgl. zur VSP neben der Darstellung von Nitzsche (FN 2), S. 51-53, 60 f.: Christoph Jünke, „Vereinigen statt spalten", Eine kleine Geschichte der VSP 1986-2000, in: Sozialistische Zeitung vom 25. April 2001, Beilage; sowie ab 1986 die fortlaufende Berichterstattung in der Sozialistischen Zeitung.

39 Vgl. Winfried Wolf/Steffi Engert (Hrsg.), Polen, der lange Sommer der Solidarität / Der Winter gehörte den Krähen, 3 Bde., Frankfurt a. M. 1981/82.

40 Vgl. Kellner (FN 2), S. 113 f.

41 Voran-Redaktion, Perspektiven für die DDR, in: Voran vom 21. Oktober 1989, S. 2.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

deutsche Ableger einer weiteren, nicht mehr der *Vierten Internationale* angehörenden Strömung um den Argentinier Nahuel Moreno namens *Sozialistische Liga* stellte kurz vor der DDR-Volkskammerwahl vom 18. März 1990 fest, es hätten „die Massen den Stalinismus gestürzt“. Dabei handele es sich um eine „historische Niederlage der gesamten konterrevolutionären Front, bestehend aus dem Imperialismus, den Kapitalisten und den Bürokraten.“[42] Erst nach und nach setzte die Desillusionierung ein, und zumindest die der *Vierten Internationale* verbundenen Trotzkisten schätzten die Vorgänge von 1989 bis 1991 nun als eine begonnene politische Revolution ein, die in die Konterrevolution umgeschlagen sei. Am unproblematischsten war der Umbruch in Ostdeutschland für diejenige Gruppierung, SAG, später *Linksruck*, die, weil sie die Ostblockländer als „staatskapitalistisch“ einschätzte, dort kaum etwas für verteidigungswürdig hielt. Es ließ sich sogar der Tatsache Positives abgewinnen, dass das belastende Bleigewicht von den Schultern des revolutionären Sozialismus genommen wurde.

Trotzkis Richtlinien zum Verhalten gegenüber der Sowjetunion in seinen späteren Jahren enthielten stets zwei Aspekte: neben der Aufforderung zum Sturz der Bürokratie durch die politische Revolution der Arbeiterklasse – und damit dialektisch verbunden – stand die Maxime der Verteidigung der UdSSR nach außen, in der Konfrontation mit den kapitalistisch-imperialistischen Mächten, wie ihrer „sozialen Grundlagen“, also des Staatseigentums an den Produktionsmitteln, der Planwirtschaft und des Außenhandelsmonopols, im Inneren, bis die politische Revolution diese Grundlagen sichern und demokratisch-sozialistisch erneuern würde. Sofern die Trotzkisten Trotzkis Analyse des Sowjetsystems als verbindlich beibehielten, hatten sie mit dem gewissen konzeptionellen Spannungsverhältnis von „politischer Revolution“ und „Verteidigung der sozialen Grundlagen“ zu tun. Sie legten das Schwergewicht mit unterschiedlichem Nachdruck auf unbedingte Gegnerschaft (so die *Lambertisten*, in Deutschland IAK/ISA) oder auf Verteidigung (so die *Spartacist League* in den USA und deren Dépendance, die *Trotzkistische Liga Deutschlands*, TLD).

In Deutschland befanden sich die trotzkistischen Organisationen und Zirkel 1989/90 in der Situation, dass neben der demokratischen Revolution in der DDR und durch sie sehr schnell die staatliche Vereinigung auf die Tagesordnung trat – unter Bedingungen, die sie nicht vorhergesehen hatten und die nicht ihren Intentionen entsprachen. Das grundsätzliche Recht des deutschen Volkes auf Wiederherstellung der staatlichen Einheit, auch als Wiedervereinigung der deutschen Arbeiterklasse begriffen, war in ihren Reihen unbestritten, vor 1989 von manchen Gruppen vehement, von anderen kaum noch thematisiert worden. In der Regel lag der Primat auf der inneren Entwicklung der DDR; es ging in dieser Sicht gewissermaßen um die erstmalige substantielle Realisierung des Volkseigentums durch „Arbeiterdemokratie“. Dass die ostdeutschen Arbeiter nicht im Sinne rätesozialistischer Ziele agierten,

42 Sozialistische Liga, Eine historische Niederlage der weltweiten konterrevolutionären Front, in: Internationaler Kurier vom März 1990, S. 3. In rückblickender Analyse nüchterner und differenzierter, aber mit anhaltend ähnlicher Tendenz vgl. Martha Lucia Quiroga Rivière, Massenmobilisierung im Prozess der Wiedervereinigung. Sommer 1989 bis März 1990, Berlin 2002.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

beim Sturz der SED-Führung gar nicht als eigenständige Kraft mit eigenen gesellschaftspolitischen Zielen in Erscheinung traten, war dann kaum zu übersehen. Selbst der Widerstand gegen Privatisierungen und Massenentlassungen hielt sich in Grenzen. Mit diesem Befund scheinen indessen einige trotzkistische Organisationen besser zurande gekommen zu sein als andere, wie die VSP. Diese suchte zunächst die Zusammenarbeit mit der ostdeutschen semitrotzkistischen *Vereinigten Linken*, welche den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik ablehnte; die *Vereinigte Linke* erzielte bei der Volkskammerwahl vom 18. März 1990 0,2 Prozent der Stimmen. Der daneben mit eigener Liste kandidierende *Spartakist/Arbeiterpartei Deutschland* kam auf ganze 2417 Stimmen, der *Bund Sozialistischer Arbeiter* auf 386.

6. Im wiedervereinigten Deutschland unter den Bedingungen der marktkapitalistischen Globalisierung

In jedem Fall bedeutete der Epochenbruch von 1989/90 einen tiefen Einschnitt für die Weltdeutung und die Handlungsbedingungen der trotzkistischen Gruppierungen in Deutschland. Die lambertistische ISA, 1993 ca. 250 Mitglieder, gründete eine *Vereinigung der Arbeitskreise für Arbeitnehmerpolitik* in der SPD und anstelle der *Sozialistischen Arbeiterzeitung* (seit 1982) die Zeitschrift *Soziale Politik und Demokratie. Für eine wirkliche sozialdemokratische Politik*, die später massiv gegen den wirtschafts- und sozialpolitischen Kurs der Regierung Gerhard Schröder opponierte und gegen diese für die „Rettung" der SPD eintrat: „Schröder davonjagen, um die Partei zu retten."[43] Die verhüllte entristische Integration der in den 1990er Jahren schrumpfenden ISA in die SPD kommt ohne jeden Hinweis auf den trotzkistischen Hintergrund der Arbeitskreise und der Zeitschrift aus. Nur wer die Eigenheiten und die Wortwahl dieser Variante des Trotzkismus kennt, kann sie identifizieren.

Die innerhalb des Trotzkismus bis in die 1980er Jahre in Deutschland wie auf internationaler Ebene eindeutig dominierende *Vierte Internationale* mit der GIM bzw. der der *Vierten Internationale* nicht im Ganzen angehörenden VSP verlor an Bedeutung und ist inzwischen mit unter 10.000 Mitgliedern (gegenüber 35.000-45.000 Mitte der 1970er Jahre)[44] in Sektionen bzw. korrespondierenden Gruppen nur noch ein übernationaler trotzkistischer Zusammenschluss unter anderen. Die *Internationale Sozialistische Linke* (ISL) kann am ehesten als Fortsetzung der GIM und der VSP angesehen werden. Zusammen mit dem *Revolutionär-Sozialistischen Bund* (RSB), der ebenfalls der *Vierten Internationale* angeschlossen blieb, gab die ISL weiter die *Sozialistische Zeitung* und die *Internationale Pressekorrespondenz* (Inprekorr) heraus. Der ISP-Verlag ist ebenfalls aufrechterhalten worden. Der RSB entstand 1994 aus der Fusion einer aus der VSP ausgeschiedenen mit einer neuen ostdeutschen Gruppe, damals insgesamt ca. 100 Mitglieder in 20 bis 30 Orten. Deutlicher ist das

43 Soziale Politik & Demokratie Nr. 117 vom 15. August 2004.
44 Vgl. Nitzsche (FN 2), S. 35.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Undogmatische bei der ISL (2006 ca. 60 Mitglieder in 15 Orten) gewesen, die in einer knappen Selbstdarstellung von 2004 im Unterschied zum RSB keine starke Betonung auf die Arbeiterklasse als historisches Subjekt und den Aufbau einer klassenbewussten „ArbeiterInnenpartei“ mehr gelegt und dezidierter die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit „anderen“, auch nichttrotzkistischen „Teilen der antikapitalistischen Linken“ wie die Notwendigkeit eines „umfassenden Neuformierungsprozesses der Linken“ auf internationaler Ebene unterstrichen hat. „Die Chance für gemeinsames Handeln liegt in der Radikalität konkreter politischer Zielsetzungen, weil solidarische Lösungen eine systemsprengende Dynamik entfalten, wenn sie von Massenbewegungen getragen werden.“[45] Beide Gruppen haben den nichtautoritären, basisdemokratischen Charakter der angestrebten selbstverwaltenden sozialistischen Ordnung hervorgehoben, aber auch die Unvermeidlichkeit eines revolutionären Bruchs, um den bürgerlichen Staat und die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu überwinden. Anfang Dezember 2016 haben sich die ISL und der RSB zur *Internationalen Sozialistischen Organisation* (ISO) (wieder-)vereinigt. Beide waren ab 2013 an dem nach französischem Vorbild unternommenen Versuch beteiligt gewesen, in der Gestalt der *Neuen antikapitalistischen Organisation* (NaO) eine über das im engeren Sinn trotzkistische Spektrum hinausgehende, z. B. auch „autonome“ Zirkel, so die 2007 gegründete, aktionsorientierte *Antifaschistische Revolutionäre Aktion Berlin* (ARAB), einbeziehende, auf eine „Erneuerung des Marxismus und der Arbeiterbewegung“ zielendes organisatorisches Netzwerk zu errichten. Die NaO mit lediglich 150 Mitgliedern hat sich Mitte 2016 aufgelöst.[46]

Innerhalb des in den vergangenen Jahren reduzierten gesamttrotzkistischen Personenbestands (Verfassungsschutzberichte 2001: 2.350, 2015: 1.400) konnten zwei Organisationen seit den 1990er Jahren die meisten Mitglieder gewinnen und die öffentlichkeitswirksamsten Aktivitäten entfalten: die 1996 formell aufgelöste *Sozialistische Arbeitergruppe*, ab 1994 zum *Linksruck* mutiert – so hieß seit 1997 auch die zweiwöchentlich erscheinende Zeitung, zuvor *Sozialismus von unten* –, seit 2007 *marx21*, und die *Sozialistische Alternative Voran* (SAV)[47], deren letzter Namensbestandteil bei gleichbleibender Abkürzung inzwischen gestrichen wurde. Die jeweiligen internationalen Strömungen, die *International Socialist Tendency* und das *Committee for a Workers International*, haben ihre Mutterparteien mit Tausenden von Mitgliedern in Großbritannien.

Hinter dem Netzwerk *marx21* wie hinter der SAV liegt eine Periode des Entrismus in der SPD, namentlich bei den Jungsozialisten, in der sie ihre Anhängerschaft deutlich erweitern konnten. Sie dauerte bei der SAV von 1973 bis 1995 und beim *Linksruck* von 1994 bis 1999. Der *Linksruck* konnte bis zum Jahr 2000 auf ca. 1.200

45 Internationale Sozialistische Linke (ISL), Woher wir kommen, wohin wir wollen, abgedruckt im Anhang von Kellner (FN 2), S. 159-161, hier S. 160.

46 Vgl. Verfassungsschutzbericht 2015, Berlin 2016, S. 112 f., 128 f., sowie http://www.islinke.de/nao_bilanz.htm; http://www.inprekorr.de/540-iso.htm.

47 Vgl. zu diesen beiden Organisationen, neben deren Periodika und Internet-Seiten, die Darstellung bei Nitzsche (FN 2), S. 61-66; ferner fortlaufend die Verfassungsschutzberichte.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

vorwiegend sehr junge Mitglieder anwachsen, deren optische Dominanz bei Großdemonstrationen – so mit einer Vielzahl von Plakaten und lauten Sprechchören – Aufmerksamkeit erregte. Aufgrund innerer Kontroversen, wohl auch über den als undemokratisch empfundenen Führungsstil sowie im Zusammenhang mit einer internen „Sexismusdebatte", verlor der *Linksruck* 2001/02 allerdings wieder über die Hälfte seiner Mitgliedschaft, darunter ganze Ortsgruppen, so die Kölner. Die hohe Fluktuation war generell ein Problem. 2001 orientierte die um einen Kern professioneller Aktivisten gruppierte *Linksruck*-Organisation ihre Mitglieder auf den Eintritt und die aktive Mitarbeit in die globalisierungskritische, viel breiter angelegte, auch Nichtsozialisten einschließende *attac*. Außerdem schlossen sich die Mitglieder des *Linksruck* über das Zwischenstadium der 2004 aus Protest gegen die Politik der rot-grünen Bundesregierung gebildeten *Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit* (WASG) der Partei *Die Linke* an, wo sie seit der Bundestagswahl 2009 mit Christine Buchholz und Nicole Gohlke zwei Parlamentsabgeordnete stellt, seit 2013 ergänzt um Hubertus Zdebel, sowie mit Christine Buchholz, die auch schon dem erweiterten Vorstand der WASG angehört hatte, im geschäftsführenden Bundesvorstand der Partei vertreten ist. Janine Wissler, eine der stellvertretenden Vorsitzenden, sitzt für *Die Linke* im Hessischen Landtag. *marx21* ist kein vom Vorstand der Partei *Die Linke* innerparteilich anerkannter Zusammenschluss, doch die *Sozialistische Linke* (SL), in der die Mitglieder von *marx21* zunächst mitarbeiteten. Neben den politischen Aktivitäten in diesem Rahmen, hauptsächlich auf den Feldern „Antimilitarismus", „Antiimperialismus" und „Antiglobalisierung" und verbunden mit der Beteiligung an Kampagnen und Demonstrationen, hält *marx21* weiterhin ein eigenes Organisationsleben aufrecht. Der Kongress „Marx Is Muss" umfasste 2015 – angeblich – 800 Teilnehmer. Über das Netzwerk hinaus besteht eine dichtere und verbindlichere organisatorische Struktur weiter, als es der Name „Koordinierungskreis" für den siebzehnköpfigen Vorstand suggeriert.

Ebenso wie *marx21* (2014: 400, 2015: 300) hat es die *Sozialistische Alternative* (2014: 350, 2015: 300) mit sinkenden Mitgliederzahlen zu tun. Die 1994 gegründete, aus der *Voran*-Gruppe hervorgegangene SAV mit der Monatszeitung *Solidarität – Sozialistische Zeitung* seit 2002, davor *Voran*, profitierte in erheblichem Maß von ihrer entristischen Arbeit bei den Jungsozialisten; die Vorläufer-Gruppe *Voran* hatte schon in der ersten Hälfte der 1980er Jahre ihre Mitgliederzahlen auf ca. 250 verfünffachen können. Anfang der 1990er Jahre stellte sie mehrere Unterbezirksvorsitzende und 1995 kurz den Bremer Landesvorsitzenden der Jungsozialisten. Im Zuge ihrer Wende zu offener Arbeit, dann zum Rückzug aus der SPD, schied etwa ein Drittel der Mitgliedschaft aus; dieser mit der um die *International Marxist Tendency*, einer Abspaltung des *Committee for a Workers International*, verbundenen Flügel um die Zeitschrift *Der Funke* blieb zunächst noch in der Sozialdemokratie präsent. Ähnlich wie der *Linksruck* profilierte sich die *Voran*-Gruppe, dann SAV, durch plakatives, schrilles Auftreten bei Demonstrationen. Sie spielte schon eine Rolle bei den bundesweiten Schülerprotesten 1986/87 und baute in den 1990er Jahren als deutsche Sektion der *Jugend gegen Rassismus in Europa*, später *Widerstand interna-*

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

tional, eine sympathisierende Jugendorganisation mit – angeblich – bis zu 1.100 Mitgliedern auf. Die seit den 1980er Jahren verstärkte Revitalisierung des Rechtsextremismus und Rechtspopulismus auch in Deutschland wie die Mentalität des jugendlichen linken Milieus veranlassten SAV (und ebenso *Linksruck*) zu wiederholtem Engagement in „Anti-Nazi“- und „Anti-Rassismus“-Bündnissen.

Nach anderen SAVlern wurde 2010 auch den beiden Bundessprechern der inzwischen in zwei Dutzend Orten präsenten Organisation, Lucy Redler und Sascha Stanicic, der Eintritt in *Die Linke* gewährt, der 2009 noch verweigert worden war. Lucy Redler war (wie einige andere SAVler auf örtlicher Ebene) nach der Gründung der WASG in der Erwartung in deren Zentralvorstand gelangt, in der *Wahlalternative* die Keimzelle einer sozialistischen Arbeiterpartei zu finden und zu deren Werden beitragen zu können. 2006 sogar Spitzenkandidatin der WASG bei der Berliner Abgeordnetenhauswahl geworden, hatte sie sich dann mit demjenigen Teil der Berliner WASG separiert, der einen radikaleren Kurs befürwortete, die Fusion mit der PDS ablehnte, doch schnell scheiterte. Seit 2016 ist Lucy Redler Mitglied des Parteivorstandes der Partei *Die Linke*.

Ähnlich wie *marx21* mit der *Sozialistischen Linken* hat sich die SAV innerhalb der Partei *Die Linke* der auf dem linken Flügel der Partei angesiedelten, 2012 als innerparteiliche Bundesarbeitsgemeinschaft anerkannten *Antikapitalistischen Linken* (AKL) zugesellt. Beide trotzkistischen Gruppierungen agieren also gewissermaßen in konzentrischen Kreisen der Parteipolitik. Dabei betätigt sich die SAV bzw. die AKL (2015 ca. 600 Mitglieder) wie *marx21* auf den Aktionsfeldern „Antimilitarismus“, „Antikapitalismus“, „Antiimperialismus“ und „Antiglobalisierung“. Sie nahm u. a. an den Protesten anlässlich der Eröffnung des EZB-Neubaus am 18. März 2015 in Frankfurt am Main teil. Deutlicher als bei *Linksruck/marx21* war und ist bei der SAV die traditionelle Konzentration auf die Arbeitnehmerschaft und speziell auf die Gewerkschaften. Letztgenannte seien inzwischen in Deutschland dermaßen bürokratisiert und gezähmt, dass sie – im gegebenen institutionellen Rahmen – „von unten bis oben wieder neu als Kampforganisationen der arbeitenden Menschen aufgebaut werden“[48] müssten. *Linksruck* und SAV ließen ihre aktive Mitarbeit in *attac* einige Jahre nach dem kollektiven Beitritt wegen des vorrangigen Engagements in der WASG, dann in der Partei *Die Linke* einschlafen.

Auch ISL-Mitglieder (früher GIM und VSP, jetzt ISO) arbeiten in der Partei *Die Linke* mit und positionieren sich dort auf dem linken Flügel. Jakob Moneta gehörte als Experte für Gewerkschaftspolitik von 1990 bis 1995 dem Parteivorstand der PDS an. Wolfgang Zimmermann war nach der Landtagswahl von 2010 in Nordrhein-Westfalen Fraktionsvorsitzender der Partei *Die Linke* im Landtag. Das langjährige Führungsmitglied der GIM und der VSP Winfried Wolf gelangte 1994 über die PDS-Liste in den Bundestag (MdB bis 2002). Die einst der GIM angehörenden Brüder Harald und Udo Wolf (stellvertretender Bürgermeister und Wirtschaftssenator in Berlin 2002 bis 2011 bzw. Fraktionssprecher der Partei *Die Linke* seit 2009 im Berli-

48 Solidarität – Sozialistische Zeitung Nr. 27/2004, S. 4.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

ner Abgeordnetenhaus) waren über die Berliner Alternative Liste für Demokratie und Umweltschutz 1990 zur PDS gestoßen, traten und treten dort als Protagonisten eines gemäßigten, realpolitischen Kurses hervor, der auch um Regierungsfähigkeit bemüht gewesen ist.

Von den Letztgenannten abgesehen, die sich vermutlich nicht mehr als Trotzkisten verstehen, haben sich die angeführten Organisationen bzw. Personen nicht deshalb auf die PDS bzw. die WASG und dann *Die Linke* orientiert und sich ihr dann auch angeschlossen, weil sie die dort vorherrschende Politik für erfolgversprechend oder unterstützenswert gehalten haben. In der *Sozialistischen Zeitung* wurde die Partei *Die Linke* 2010 als „fast undenkbare ‚Einheitsfront' von Reformisten und Revolutionären, von gefrusteten Sozialdemokraten, nach Anerkennung gierenden Ostlinken, Alt-68ern und Betroffenen der Agenda 2010"[49] bezeichnet. Demgegenüber wird die SPD von den diversen trotzkistischen Organisationen (mit Ausnahmen) heute nicht mehr in der klassischen Definition als „bürgerliche Arbeiterpartei", d.h. als eine mit der Arbeiterklasse und ihren gewerkschaftlichen Organisationen organisch verbundene, sich auf diese stützende Formation mit einer bürgerlichen, den Kapitalismus de facto nicht infrage stellenden Politik der Führung, sondern als eine bürgerliche Partei mit gewissen Besonderheiten betrachtet. Seit der rot-grünen Regierungszeit wird verschiedentlich sogar der Übergang der SPD vom Sozialliberalismus zum Neoliberalismus konstatiert.[50]

Innerhalb der Partei *Die Linke* wird von trotzkistischer Seite das Schwergewicht der Diskussion nicht auf die geistige Auseinandersetzung mit der SED-Vergangenheit gelegt (obwohl sie diesbezüglich keine Unklarheit über die grundsätzlich kritische Haltung aufkommen lässt); im Vordergrund stehen eindeutig die aktuelle Politik und die prinzipiell antikapitalistische und revolutionär-marxistische Programmatik. Gegenüber der parlamentarischen Arbeit der Partei *Die Linke* sollen die außerparlamentarischen Aktivitäten der realen Arbeiterbewegung, namentlich der Gewerkschaftslinken, und der Neuen Sozialen Bewegungen aufgewertet und zu den Hauptinterventionsfeldern der Partei gemacht werden. Parlamentarische Präsenz und Mitarbeit werde nicht abgelehnt, sei aber von untergeordneter Relevanz und vor allem in propagandistischer Funktion zu betreiben.[51] Ungeachtet ihrer typischen taktischen Flexibilität vertreten die Trotzkisten in der Partei *Die Linke* bei fast allen programmatischen und praktisch-politischen Konfrontationen radikal-linke Positionen. Die Beteiligung an „Regierungen mit Sozialräubern"[52] wird abgelehnt: Die ganze trotzkistische Lehre hebt darauf ab, keine Verantwortung für restriktive Maßnahmen zu übernehmen, die sich aus systemimmanenter Logik ergeben; so propagierte sie

49 Thies Gleiss, Programmdebatte bei der LINKEN, in: Sozialistische Zeitung vom 22. Mai 2010, S. 2.

50 Vgl. RSB/IV. Internationale, Wer wir sind und was wir wollen, abgedruckt im Anhang von Kellner (FN 2), S. 157 f., hier S. 158.

51 Vgl. für vieles das folgende Zitat aus Linksruck Nr. 208 vom 20. September 2005 (Revolution! Beitrag in der Marx-Kolumne „Das Gesicht der Zukunft"): „[...] parlamentarische Arbeit […] kann [...] nützlich sein, um die Notwendigkeit einer Revolution öffentlich zu erklären."

52 Solidarität, Nr. 101/2011, S. 7.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

statt einer industriellen Mitbestimmung nach dem Modell der bundesdeutschen Montanbetriebe stets eine im strikten Wortsinn unverantwortliche „Arbeiterkontrolle“. Diese war schon ein Kernstück des Übergangsprogramms von 1938.

Manches in diesem Programm scheint den heutigen Trotzkisten unzeitgemäß, weil den Lohnabhängigen derzeit unverständlich wie Trotzkis Parole der Aufstellung von „Arbeitermilizen“ noch vor dem revolutionären Umsturz. Übergangsforderungen seien, so der RSB, keine Wunschlisten, „sondern knüpfen an die grundlegenden Bedürfnisse an und stellen Ziele auf, die mit dem Sachzwang und der Logik des Systems brechen und eine Strategie zu ihrer Verwirklichung aufzeigen.“[53] Während *marx21* in der gegenwärtigen Periode zugunsten radikaler Tagesforderungen auf die Propagierung eines Übergangsprogramms verzichtet, erweist sich die SAV auch hier als die orthodoxere trotzkistische Organisation: „Überführung der Banken, Konzerne und Versicherungen in Gemeineigentum; Demokratische Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung […]; durchschnittlicher Facharbeiterlohn und jederzeitige Wähl- und Abwählbarkeit aller Personen in Leitungsfunktionen; statt Produktion für den Profit Planung der Produktion nach den Bedürfnissen von Mensch und Natur.“[54]

In ihren Kampagnen und bei der Beteiligung an breiteren Bewegungen kommt seitens der Trotzkisten auch dem Anti-Kriegs-Protest eine große Bedeutung zu. Dieser Protest ist nicht pazifistisch; linke antiimperialistische Befreiungsbewegungen bzw. kommunistisch geführte Staaten in der südlichen Hemisphäre haben seit dem Korea-, dem Algerien- und dem Vietnamkrieg alle mögliche Unterstützung erhalten, wobei die Strömung *International Socialism*, in Deutschland SAG, später *Linksruck* und *marx21*, sogar für islamistische Gruppierungen eingetreten ist. Nach der welthistorischen Wende 1989-91 konzentrierte sich der Anti-Kriegs-Protest der Trotzkisten auf den ersten (1991) und vor allem den zweiten (2003) Golfkrieg der USA und ihrer Verbündeten gegen den Irak Saddam Husseins, 1999 auch auf die NATO-Intervention gegen Rest-Jugoslawien. Die dem *Internationalen Komitee der Vierten Internationale* und der *World Socialist Web Site* angeschlossene *Partei für Soziale Gleichheit* (PSG), die sich im Februar 2017 in *Sozialistische Gleichheitspartei* umbenannte, hat angesichts der Ereignisse in der Ukraine im Jahr 2014 von einer „Rückkehr des deutschen Imperialismus“ und Militarismus gesprochen und sich als einzige konsequente Gegnerin des so charakterisierten Kurses bezeichnet.[55] Allerdings sympathisieren Trotzkisten keineswegs mit dem inneren Regime Russlands unter der Präsidentschaft Wladimir Putins (und ebenso wenig mit dem chinesischen Modell).

53 RSB (Hrsg.), Programm des Revolutionär-Sozialistischen Bundes/IV. Internationale (RSB). Beschlossen auf der dritten Delegiertenkonferenz (November 1996), Mannheim, o. J. [1997], S. 25.

54 „Wofür wir kämpfen“, in: Solidarität, Nr. 42/2006, S. 12.

55 Vgl. PSG, Resolution vom 13./14. Oktober 2014, unter: http://www.gleichheit.de/resolutionen/sonderkonferenz2014/.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Die Trotzkisten der meisten verschiedenen Gruppierungen beteiligen sich seit der Jahrtausendwende vor dem Hintergrund der das große Kapital und besonders das internationale Finanzkapital – vermeintlich – begünstigenden rot-grünen Regierungspolitik und dann der Agenda 2010 mit dem ihnen organisatorisch möglichen Einsatz an sozialen Protestbewegungen. An dem Zustandekommen der großen DGB-Kundgebung am 1. November 2003 in Berlin mit rund 100.000 Teilnehmern, nicht zuletzt durch den Druck der gewerkschaftlichen Basis bzw. der unteren Gliederungen mehrerer Einzelgewerkschaften, reklamieren auch kleine revolutionäre Organisationen, so trotzkistische, einen nicht unerheblichen Anteil.[56] Wie üblich knüpfen sich an solche Erfolgserlebnisse überoptimistische Erwartungen im Hinblick auf die Nachhaltigkeit und die Entwicklungsperspektive der betreffenden Bewegungen wie der eigenen politischen Möglichkeiten.

Ein Trotzkismus-affines Aktionsfeld eröffnete sich 1999 mit den Demonstrationen gegen die Millenniumsrunde der Welthandelsorganisation in Seattle, wo Aktivisten des US-amerikanischen Gewerkschaftsdachverbandes AFL/CIO und radikalisierte Jugendliche Hand in Hand demonstrierten und das Scheitern der Verhandlungsrunde mitbewirkten. Neben einer Vielzahl von gewerkschaftlichen, kirchlichen, ökologischen und anderen Gruppen, so *attac*, waren Trotzkisten maßgeblich bei den folgenden jährlichen Protesten gegen die Weltwirtschaftsforen in Davos und bei den dagegen gesetzten Weltsozialforen mit bis zu 100.000 Teilnehmern aus einem breiten Nord-Süd- bzw. (sozial gesehen) Mitte-unten-Spektrum beteiligt: gegen weltweit operierende Banken und Konzerne, die auf Spekulation angelegten Finanzeinrichtungen, die globale Geld- und Machtelite und die Interessenpolitik der mächtigsten Industriestaaten sowie die diesen – vermeintlich – dienenden übernationalen Institutionen. In der gegenwärtigen EU sehen die Trotzkisten ein unkorrigierbar großkapitalistisches, neoliberales und imperiales Gebilde. Deshalb lehnten sie im Jahr 2005 den Verfassungsvertrag und in der Folge den Lissaboner Vertrag ab.[57]

Bei gesamtdeutschen Bundestagswahlen und Europawahlen kandidierte wiederholt der BSA, ab 1997 *Partei für soziale Gleichheit*. Diese erzielte 2005 in vier Bundesländern 15.365 Stimmen (0,03 Prozent) und 2013 in einem Bundesland 4.564 Stimmen (0,01 Prozent), bei Europawahlen 2004 25.824 Stimmen (0,1 Prozent) und 2014 8.924 Stimmen (0,03 Prozent). Die Teilnahme an Landtagswahlen in Hessen 2003, 2008 und 2013 ist ebenso zu vermelden wie an den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus 2006, 2011 und 2016 (0,12 Prozent). In Baden-Württemberg beteiligte sich der RSB in einem bzw. zwei Mannheimer Wahlkreisen 2001, 2006 und 2011 an der Landtagswahl (zuletzt 104 Stimmen). Die SAV errang verschiedentlich Stadtratsmandate bei Kommunalwahlen, so 2004 in Aachen, Köln und Rostock.[58]

56 So z. B. der RSB in seiner kurzen Präsentation, abgedruckt bei Kellner (FN 2), S. 157.
57 Vgl. die Entschließungen der Konferenzen der Europäischen Antikapitalistischen Linken: www.islinke.de/ealfeal.htm; ferner: Für eine neue antikapitalistische Linke in Europa. Texte zur Europäischen Antikapitalistischen Linken (EAL), Frankfurt a. M. 2004.
58 Zahlen nach den Verfassungsschutzberichten sowie nach Nitzsche (FN 2), S. 52, 66, 69 f.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

7. Fazit und Ausblick

In seinem streckenweise selbstkritischen und selbstironischen Buch hat der über Jahrzehnte führende, inzwischen verstorbene französische Trotzkist (Vierte Internationale) Daniel Bensaïd bekannt: „Die trotzkistischen Organisationen, die die Geschichte so lange gegen den Strich bürsten mussten, haben häufig dunkle Persönlichkeiten angezogen, Rebellen und Außenseiter mit Stiernacken, die eher für Aufmüpfigkeit und Dissidenz als für den Aufbau und das Zusammenführen von Menschen geeignet waren.“[59] Und Genosse Manuel Kellner hat kurz danach in seinem Trotzkismus-Buch die Suche nach der Psychologie der trotzkistischen Kader weitergetrieben: Wenn es darum gehe, den Sprung von einer kleinen Gruppierung zu einer gesamtpolitisch relevanten, wenigstens einige Tausend umfassenden Organisation zu schaffen, worüber leicht verschiedene Meinungen entstünden, insbesondere in Phasen relativen „Klassenfriedens“, würde die Unversehrtheit der eigenen Gruppierung u. U. nicht als überragender Wert gesehen. Überzeugt von der Aussicht auf große Fortschritte, wenn nur den eigenen organisatorischen bzw. strategisch-taktischen Vorschlägen gefolgt würde, falle es leicht, eine Spaltung zu riskieren. Das sei „der gegenteilige Effekt der starken Bindung“ von Arbeitnehmern an ihre traditionellen Massenorganisationen – nicht nur über bestimmte Ideen, sondern auch aufgrund vieler in der Vergangenheit durchgesetzter „handfester Errungenschaften“.[60] Damit ist eine der wichtigsten Ursachen der für Außenstehende atemberaubenden, vielfach kurios anmutenden Kette von Spaltungen (und gelegentlichen Vereinigungen oder Wiedervereinigungen) trotzkistischer Organisationen benannt.

Deutschland war stets ein recht unfruchtbarer Boden für die Saat des Trotzkismus, auch im Vergleich mit anderen Richtungen der radikalen Linken. Die internationalistische Orientierung und die internationalen trotzkistischen Zusammenschlüsse ließen und lassen die Mitglieder der deutschen Gruppen aber an den relativen Erfolgen stärkerer und einflussreicherer Sektionen bzw. verbündeter Organisationen teilhaben, so für jeweils längere Zeit etwa in Bolivien, Argentinien und Brasilien, nicht zuletzt auch in Großbritannien und in Frankreich. Dort erlangten die Kandidaten unterschiedlicher trotzkistischer Verbände während der letzten Jahrzehnte im ersten Wahlgang von Präsidentschaftswahlen in Addition verschiedentlich einen beträchtlichen Stimmenanteil, insbesondere bei der Präsidentschaftswahl 2002 in Frankreich mit insgesamt zehn Prozent für die Kandidaten der *Ligue Communiste Revolutionaire* (LCR), Olivier Besancenot, und der *Lutte Ouvrière* (LO), Arlette Laguiller.

In Deutschland ist die Gesamtheit der trotzkistischen Gruppierungen heute immer noch unvergleichlich stärker als zu Beginn des Aufstiegs 1968/69, wobei einige Zirkel und Organisationen ganz verschwunden, andere reduziert sind, so die Sektionen der *Vierten Internationale*, während *Linksruck/marx21* und SAV seit langem die

59 Bensaïd (FN 2), S. 10.
60 Kellner (FN 2), S. 130.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

meisten organisierten Trotzkisten stellen. Das Gewicht der beiden relativ großen, wenngleich über Jahre geschrumpften, sowie kleinerer trotzkistischer Organisationen innerhalb der Partei *Die Linke* übertrifft bei weitem den jemals in der SPD erlangten Einfluss, umso mehr, als es ihnen hier möglich ist, offen aufzutreten. Insofern handelt es sich bei dieser Art Entrismus um etwas anderes als bei dem verdeckt operierenden Integrationsentrismus der 1950er und 1960er Jahre in der SPD.

Viele kurzfristige Erfolge von Trotzkisten beruhen auf einem Überraschungseffekt: Hoch motivierte Aktivisten erringen unter Konzentration der Kräfte und mit vollem Einsatz, wie er sehr jungen Menschen über einen gewissen Zeitraum möglich ist, „normale" Partei- oder Gewerkschaftsmitglieder aber weder leisten können noch wollen, Aufsehen erregende Positionen personeller oder programmatischer Art. In dem Maße, wie sich Gegenkräfte formieren bzw. schweigende Mehrheiten ihre Zahl in die Waagschale werfen, geht erobertes Terrain wieder verloren. Ein typisches Beispiel ist der Versuch der SAV mit der WASG-Spitzenkandidatin Lucy Redler, 2005/06 die Berliner Regierungsbeteiligung der *Linkspartei* zu torpedieren. Mit ihrer Kampagne gerieten die SAV-Trotzkisten in Berlin zeitweilig selbst ins Abseits. Der Verfassungsschutz hatte schon kurz vor der Vereinigung von PDS und WASG vorhergesagt, der trotzkistische Einfluss in der WASG werde sich nicht in die neue vereinigte Partei verlängern lassen.[61]

Was ist der Grund dafür, dass ungeachtet aller Niederlagen und Rückschläge, ungeachtet des Verschleißes vieler Kader, teilweise beträchtlicher Fluktuation, sowie der vielen Spaltungen, immer wieder neue Jungrevolutionäre „rekrutiert" werden konnten und können – sei es für diese, sei es für jene Gruppe? Im Unterschied zu den etablierten kommunistischen Parteien, insbesondere denen an der Macht, verglichen auch mit den sozialdemokratischen-sozialistischen Parteien, konnten die Trotzkisten ihr Banner unbefleckt halten – jedenfalls nach den Wahrnehmungen der Anhänger: Die völlige Unabhängigkeit von allen Staaten des „real existierenden", aus trotzkistischer Sicht „nominellen Sozialismus", ein nicht zuletzt materieller Nachteil in den Zeiten des Ost-West- wie des sowjetisch-chinesischen Konflikts, wurde zum Vorteil, als der Ostblock samt der Sowjetunion in den Zustand der Auflösung geriet. Allerdings gelang es nur einigen deutschen trotzkistischen Organisationen, von der Delegitimierung und Dekomposition des sowjetkommunistischen Staats- und Gesellschaftsmodells ein wenig zu profitieren.

Der Zusammenbruch des Sowjetsystems hat nicht nur den Untergang großer kommunistischer Parteien auch der westlichen Welt nach sich gezogen oder ihren Sozialdemokratisierungsprozess beschleunigt; die damit verbundenen Erschütterungen haben auch diejenigen nicht unberührt gelassen, die weiter zur alten Fahne stehen. Solche kommunistischen Parteien, die wegen ihres unverändert entschiedenen Antikapitalismus vielfach als rückwärtsgewandt gelten, haben sich teilweise den Neuen Sozialen Bewegungen und basisdemokratischen Ansätzen geöffnet. Der traditionelle Antitrotzkismus ist verschwunden oder nicht mehr wesentlich, so dass

61 Verfassungsschutzbericht Berlin 2006, Berlin 2007, S. 82.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

neue übernationale Bündnisse zustande gekommen sind. Die *Europäische Antikapitalistische Linke* (EAL) vereinigt linkssozialistische, trotzkistische und kommunistische Parteien bzw. Gruppen. Unter den letzteren ist die italienische *Rifondazione Comunista*, hervorgegangen aus dem linken Flügel der PCI, die sich in ihrer Mehrheit zur „Demokratischen Partei“ gemausert hat, mit Abstand die stärkste; auch die DKP und die KPÖ gehören dazu. Es sind neue Konstellationen und Formationen entstanden, die die separate organisatorische Existenz der an dem Konzentrationsprozess eines Teils der radikalen Linken Europas beteiligten Trotzkisten, hauptsächlich aus dem Bereich der *Vierten Internationale*, mittelfristig indirekt infrage stellen. Allerdings sind die dem Trotzkismus ferner stehenden Mitgliedsparteien der EAL nur mit Beobachtungsstatus vertreten.

Jedenfalls dürfte die (stets spezifisch interpretierte) leninistisch-bolschewistische Erbschaft des Trotzkismus tendenziell weiter an Bedeutung verlieren zugunsten seiner radikalpartizipatorischen, zugleich wie bislang prinzipiell antikapitalistischen und die repräsentative Demokratie infrage stellenden Ausrichtung. Der Rätesozialismus ist als Ziel wie als Revolutionsmodell anhaltend relevant, doch dürfte sich sein Verständnis vom ouvrieristischen, an den traditionellen industriellen Großbetrieben orientierten Ursprung weiter fortbewegen, um den Anschluss an die gesellschaftlichen Realitäten des 21. Jahrhunderts nicht zu verlieren. Unverrückbar ist die Ausrichtung auf die sehr breit gefasste Arbeiterklasse, die in den hochentwickelten Ländern dem sozialen Begriff des „schaffenden Volkes“ der früheren Sozialdemokratie faktisch recht nahe kommt. Geleitet von dem basalen trotzkistischen Leitsatz, dass die Massen selbst Erfahrungen sammeln müssen und jede Stellvertreterpolitik deshalb ausscheidet, werden trotzkistische Gruppen weiterhin in soziale Basisbewegungen und das, was sie dafür halten, intervenieren und sie anzuleiten versuchen. „Unablässig suchen sie die glatte Marmorwand des Spätkapitalismus nach Spalten ab, um in diese ihre Finger zu stecken und sie zu erweitern.“[62] Neben denjenigen, die etwas bewegen wollen, wird es solche trotzkistischen Zirkel geben, die ihre Aufgabe und Existenzberechtigung fast ausschließlich darin sehen, andere linke und namentlich andere trotzkistische Ansätze zu kritisieren und zu belehren.

62 Hans Scheifele, No-Future-Bewegung. 1970-1981. Autonome linke Politik im Österreich der 1970er Jahre. Eine annotierte Bibliographie anhand von Beständen aus dem Archiv der Gewerkschaftlichen Einheit, Wien 1988, S. 13, zit. nach Wilhelm Svoboda, Sandkastenspiele. Eine Geschichte linker Radikalität in den 1970er Jahren, Wien 1998, S. 172.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

https://doi.org/10.5771/9783645288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Daten, Dokumente, Dossiers

https://doi.org/10.5771/9783645288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

https://doi.org/10.5771/9783645288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Wahlen 2016

Von Eckhard Jesse

1. Ausgangsposition

2015, in einem an Wahlen armen Jahr, blieb Olaf Scholz in Hamburg der "Regierende", doch die Regierungskonstellation (Rot-Grün trat an die alleinige Stelle der SPD) wechselte, in Bremen blieb Rot-Grün, an der Spitze stand aber nicht mehr Jens Böhrnsen.[1] Die Wahlen in diesen beiden Stadtstaaten bestätigten die SPD trotz der Stimmenverluste als eindeutigen Wahlsieger. Die CDU lag als zweite Kraft klar dahinter, erst recht *Bündnis 90/Die Grünen* als dritte Kraft. Steigerte sich die Partei *Die Linke* in beiden Stadtstaaten (vierter Platz), so gelang dies auch der FDP. Sie schnitt damit besser ab als die *Alternative für Deutschland* (AfD), die jeweils knapp die Fünfprozenthürde zu überwinden vermochte. Zu dieser Zeit stand neben Konrad Adam und Frauke Petry noch der euro(pa)kritische Bernd Lucke an der Spitze der Partei. Er musste nach einem Machtkampf bald dem Gespann um Frauke Petry und Jörg Meuthen Platz machen, verließ mit seiner Richtung die AfD, die nun angesichts eines drastischen Zustroms an Migranten einen Antiflüchtlings-Kurs einzuschlagen begann, und gründete die (wenig erfolgreiche) *Allianz für Fortschritt und Aufbruch* (ALFA).

2015 hatte sich die Partei *Die Linke* stabilisiert, während die AfD durch das Verlassen der Lucke-Klientel in eine Krise zu geraten schien.[2] Doch angesichts der Volatilität der Wählerschaft nicht nur in den neuen Bundesländern konnte sich das schnell wieder ändern, zumal im Herbst 2015 hunderttausende von Flüchtlingen nach Deutschland strömten. Im Jahre 2016 fanden fünf Landtagswahlen statt, drei im März, zwei im September. Das öffentliche Interesse war nicht zuletzt wegen der Flüchtlingswelle riesengroß. Folgende Fragen stellten sich: Würden die im Bund regierenden Parteien massiv an Zuspruch verlieren? Könnte die AfD davon nennenswert profitieren? Und müsste *Die Linke* angesichts dieser Entwicklung Tribut zollen? Wie schwach würde die *Nationaldemokratische Partei Deutschlands* (NPD), über die in den ersten drei Märztagen des Jahres 2016 das Bundesverfassungsgericht eine mündliche Verhandlung im Verbotsprozess anberaumt hatte, bei den Wahlen abschneiden?

1 Vgl. Eckhard Jesse, Wahlen 2015, in: Uwe Backes/Alexander Gallus/ders. (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 28, Baden-Baden 2016, S. 139-151.
2 Vgl. Uwe Backes, Organisationen 2016, in: Ebd., S. 152-170.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

2. Landtagswahl in Baden-Württemberg

Die Landtagswahlen in Baden-Württemberg am 13. März 2016 stießen nicht zuletzt wegen der (kaum abgeebbten) Flüchtlingswelle auf große Aufmerksamkeit.[3] „Mit der Auseinandersetzung über die Flüchtlingspolitik gelangte ein Thema auf die landespolitische Agenda, das alle traditionellen Streitfragen, von der Wirtschaftspolitik, über die Bildungs- und Infrastrukturpolitik bis hin zur Inneren Sicherheit, in den Hintergrund schob beziehungsweise neu akzentuierte."[4] Hatten sich die Spitzenkandidaten der *Grünen* und der SPD zunächst geweigert, bei einer Fernsehdebatte auch mit dem Spitzenkandidaten der AfD, Jörg Meuthen, zu diskutieren, so nahmen sie später davon Abstand. Das Ergebnis war in mancher Hinsicht überraschend. Für den Juniorpartner der *Grünen*, die SPD, war es ein Schock: Sie schnitt schlechter ab als die AfD. Und für die CDU kam es einem Schock gleich, dass sie, anders als 2011, nicht die *Grünen* zu überflügeln vermochte.

Bündnis 90/Die Grünen unter Wilfried Kretschmann avancierte erstmals in einem Bundesland zur stärksten Partei. So stellte diese Partei weiterhin den Ministerpräsidenten; zum Juniorpartner avancierte die CDU, nicht mehr die SPD, denn ein grün-rotes Bündnis wäre ohne Mehrheit gewesen. Der auch in den eigenen Reihen umstrittene Versuch des Spitzenkandidaten der CDU, Guido Wolf, eine „Deutschland"-Koalition (Schwarz-Rot-Gelb) zustande zu bringen, war ebenso ohne Aussicht wie eine „Ampel"-Koalition: Im ersten Fall sperrte sich die SPD dagegen, im zweiten die FDP, jeweils zu Recht.

Das Wahlprogramm der Partei *Die Linke* war eher gemäßigt gehalten, vor allem recht allgemein. Es setzte, nicht überraschend, auf soziale Gerechtigkeit, und endete mit den folgenden Sätzen: „Oft sieht es aus, als würde die Gesellschaft und Politik nur im Parlament und im Fernsehen gemacht. Doch soziale und demokratische Verbesserungen werden nur in enger Zusammenarbeit von außerparlamentarischen, sozialen Bewegungen und linken Kräften im Parlament erreicht und gegen Widerstände durchgesetzt. Aus diesen Kämpfen erwächst Selbstvertrauen, Kraft und gesellschaftlicher Druck. DIE Linke und die Linken sind dabei. Unsere Politik des Widerstandes ist demokratisch, bunt, radikal und phantasievoll. Wir knüpfen Verbindungen. Uns ist es wichtig, was wir zusammen verändern. Der Horizont ist offen, wir können ihn gemeinsam gestalten. Gerecht für alle."[5] Gleichwohl scheiterte die Partei mit 2,9 Prozent erneut am Einzug in das hiesige Landesparlament, obwohl ihre Aussichten insofern gut waren, als zwei linke Parteien die Regierung stellten. Sie beklagte vor und nach der Wahl den aus ihrer Sicht ausgebliebenen Politikwechsel.

Die DKP trat weitaus radikaler auf: „eine Partei, die in ihren Grundsätzen einzigartig ist und schon keine Partei mehr im herkömmlichen Sinne ist. Sie ist das organi-

3 Vgl. Oscar W. Gabriel/Bernhard Kornelius, Die baden-württembergische Landtagswahl vom 13. März 2016: Es grünt so grün, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 47 (2016), S. 497-518.
4 Ebd., S. 499.
5 Die Linke, Wahlprogramm Baden-Württemberg. Landtagswahl 2016, Stuttgart 2016, S. 42.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

*Tabelle 1: Landtagswahl Baden-Württemberg (in Prozent)**

Bündnis 90/Die Grünen	30,3	(+6,1)
CDU	27,0	(-12,0)
AfD	15,1	(+15,1)
SPD	12,7	(-10,4)
FDP	8,3	(+3,0)
Die Linke	2,9	(+0,1)
ALFA	1,0	(+1,0)
ÖDP	0,7	(-0,1)
NPD	0,4	(-0,5)
Die Piraten	0,4	(-1,7)
Tierschutzpartei	0,3	(+0,3)
Die PARTEI	0,3	(+0,3)
REP	0,3	(+0,8)
Freie Wähler	0,1	(+0,1)
Menschliche Welt	0,0	(0,0)
Die RECHTE	0,0	(0,0)
Bündnis C	0,0	(0,0)
Tierschutzallianz	0,0	(0,0)
Die Einheit	0,0	(0,0)
BüSo	0,0	(0,0)
DKP	0,0	(0,0)
Arminius-Bund	0,0	(0,0)

* Die Angaben in Klammern beziehen sich auf die Veränderungen gegenüber der letzten Landtagswahl im Jahre 2011 (in Prozentpunkten).

Quelle: Zusammenstellung nach den amtlichen Statistiken.

sierte Interesse der Arbeiterklasse."[6] Ihre Hauptforderungen betrafen vier Gebiete: Frieden und Antimilitarismus; Antifaschismus; Arbeit und soziale Sicherheit; Bildung. Zum Schluss des Programms hieß es: „Eine kommunistische Kandidatur ist ein Signal für diesen zu verstärkenden Protest der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung für die Formierung des Widerstands. In diesen Kämpfen treten wir sowohl für kurz- wie auch für langfristige Verbesserungen und Reformen im Interesse der Werktätigen ein. Die DKP trägt ihren Teil zur Schaffung von Klassenbewusstsein bei, zur Schaffung einer organisierten Gegenmacht. Aus diesen Lernprozessen wird die Erkenntnis erwachsen, dass der revolutionäre Bruch mit dem Kapitalismus not-

6 DKP, Den Klassenkampf wählen! Landtagswahlprogramm BA-WÜ 2016, o. O. o. J., S. 2.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

wendig ist, eine Welt der Arbeit und des Friedens möglich ist."[7] Die Partei trat nur in einem Wahlkreis an und erhielt ganze 144 Stimmen. Dies waren 39 mehr als 2011.

Bei der AfD stand die Flüchtlingsthematik klar im Vordergrund, überhaupt die Sicherheitspolitik, wie aus dem Wahlprogramm hervorgeht. „Die katastrophal verfehlte Euro-Rettungspolitik, die kopflose ‚Energiewende' und die völlig verantwortungslose Asyl- und Flüchtlingspolitik der CDU-geführten Bundesregierung bringen auch für Baden-Württemberg enorme Belastungen mit sich. Die grün-rote Landesregierung hat diesen Fehlentwicklungen weder auf ideeller, noch auf realpolitischer Ebene das Geringste entgegenzusetzen. Im Gegenteil: Durch fehlende oder verfehlte Initiativen im Bundesrat und durch bloße Verwaltung der Missstände vor Ort ist Grün-Rot für die Probleme des Landes wesentlich mitverantwortlich. Die entkernte Merkel-CDU setzt um, was sich grüne und rote Ideologen ausgedacht haben. Scheingefechte in den Parlamenten und in den Wahlkämpfen können über diese fatale Allianz der Altparteien nicht mehr hinwegtäuschen."[8] Die Alternative zur Politik der „Altparteien": „Die AfD beharrt darauf, dass es das Recht und die Aufgabe eines souveränen Staates ist, selbst zu bestimmen, wer seine Grenzen überschreitet und wer sich dauerhaft auf seinem Territorium aufhalten darf. Diesem Recht mit umfassenden Grenzkontrollen und notfalls auch mit Grenzzäunen Geltung zu verschaffen, ist ein elementares Gebot staatspolitischer Vernunft und Verantwortung. Die Regierungsparteien in Berlin und Stuttgart, die die AfD aufgrund dieser Forderungen als ‚ausländerfeindlich' und ‚rechtspopulistisch' diffamieren, haben nicht nur alle Verantwortung für das eigene Volk abgelegt, sie handeln in zynischer Weise als Saboteure unseres Staates und unserer Gesellschaft. Im Gewand der Bürgerlichkeit zerstören sie die bürgerliche Ordnung. Die AfD gibt dem erwachenden Widerstand des Bürgertums gegen seine Abschaffung eine politische Form."[9] Daneben stellte die Partei stark auf mehr direkte Demokratie ebenso ab wie auf ein differenziertes Bildungssystem und eine sichere Energieversorgung. Alle großen Parteien hatten eine Regierungsbeteiligung der AfD ausgeschlossen, gleichwohl wollte diese politische Verantwortung übernehmen. Die Partei, die auf Anhieb sogar zwei Direktmandate erringen konnte, erzielte mit 15,1 Prozent ein als sensationell empfundenes Ergebnis, das wesentlich bundespolitisch bedingt war. Sie gewann bei der CDU- wie bei der SPD-Wählerschaft, vor allem beim Elektorat bisheriger Nichtwähler.

Die NPD trat in 66 der 70 Wahlkreise an. Landespolitische Forderungen spielten bei ihr so gut wie keine Rolle. Die Überschriften im Programm lauteten: Asylflut stoppen – Rückkehr statt Bleiberecht – Sicherheit durch Recht und Ordnung – Familien schützen – Soziale Gerechtigkeit – Jugend braucht Zukunft – Bildung fürs Leben – Die Wirtschaft muss dem Volke dienen – Die raumorientierte Volkswirtschaft – Nachhaltig sparen – Ohne Bauer kein Brot – Naturschutz ist kein Heimatschutz. „Der zwanghafte Appell an die vermeintlich historische Verantwortung der Deut-

7 Ebd., S. 7.
8 AfD-Landesverband Baden-Württemberg, Für unser Land – für unsere Werte. Landtagswahlprogramm 2016 der AfD Baden-Württemberg, Stuttgart 2016, S. 4.
9 Ebd., S. 5.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

schen und der Verweis auf die daraus angeblich resultierende Pflicht zur Aufnahme von Asylforderern verkommen zu einem ‚Marketinginstrument' zur Rechtfertigung der beispiellosen Asylflut. Diese Politik ist die Fortsetzung bereits im Zweiten Weltkrieg ausgearbeiteter Pläne (Hooton-Plan, Kaufman-Plan u. a.), eine politisch verursachte, katastrophale demographische Entwicklung mit Massenzuwanderung einhergehen zu lassen. Die Abschaffung unseres Landes wäre die letzte Konsequenz dieser gegen unser Volk gerichteten Politik."[10] Die NPD erreichte mit 0,4 Prozent der Stimmen nicht einmal die Hälfte des Anteils bei der letzten Wahl.

Die Rechte kandidierte in sechs Wahlkreisen. In ihrem 25-Punkte-Programm (die Anspielung auf die NSDAP ist unübersehbar) heißen die ersten neun Punkte: Asylanteneinwanderung stoppen – Schengen aussetzen, Dublin durchsetzen – Stoppt die Überfremdung Baden-Württembergs – Bewahrung der deutschen Identitiät, kein Verzicht auf deutsche Interessen – Sicherheit, Recht und Ordnung – Kriminalität bekämpfen – Schützt unsere Kinder und Frauen – Die traditionelle Familie fördern – Die Aufgabe Mutter honorieren. Auch wenn das Programm sich stärker als das der NPD auf Baden-Württemberg bezieht, überlagert die „Asylanteneinwanderung" alles: „Das beherrschende Thema das derzeit sämtliche Medien prägt ist ohne Frage die Asylflut die unser Land überschwemmt. Täglich strömen tausende illegale Wirtschaftsflüchtlinge ungestört über unsere Grenzen. Die Bundeskanzlerin selbst war es, die sie alle nach Deutschland eingeladen hat. Offizielle Zahlen sprechen von knapp 800.000 ‚Flüchtlingen' die 2015 in unser Land strömen sollen. Von anderen Stellen hat man bereits die Zahlen von einer Million oder 1,5 Millionen gehört. Die Wahrheit ist: Es kann niemand genau prognostizieren, wie viele illegale Flüchtlinge dieses Jahr und in den kommenden Jahren in unser Land strömen werden. Die zuständigen Behörden haben den Überblick über diese Masse an Menschen schon längst verloren. Alleine vom 05. September bis zum 15. Oktober 2015 registrierten die Behörden 409.000 ‚Flüchtlinge' die in unser Land eingereist sind."[11] Die Partei erreichte mit 718 Stimmen 0,01 Prozent. Insofern war der Dank an die Wähler im 33-seitigen Programm voreilig. „Die Partei DIE RECHTE bedankt sich für Ihr Interesse an unserem Wahlprogramm zur Landtagswahl in Baden-Württemberg 2016. Gemeinsam können wir es schaffen, dass Baden-Württemberg wieder zu einem sicheren, lebenswerten und erfolgreichen Bundesland wird. Mit umfassenden Maßnahmen können wir uns eine Vorreiterrolle in Sachen Kinderfreundlichkeit, Energiepolitik, Arbeitspolitik und Umweltschutz einnehmen."[12]

Zu den wichtigsten Bestimmungsfaktoren der Wahlentscheidung zählte die Zufriedenheit eines beträchtlichen Teiles der Bevölkerung mit der Politik des Glaubwürdigkeit ausstrahlenden grünen Ministerpräsidenten, während die Spitzenkandidaten der CDU und der SPD nicht einmal im eigenen Milieu auf so hohe Werte wie Kretschmann kamen. Die AfD wurde mehrheitlich wegen ihrer Protesthaltung ge-

10 NPD. Unser Baden-Württemberg. Programm „Der Zukunft verpflichtet", o. O. o. J., S. 10.
11 Ebd., S. 7. Diese Zeichensetzung findet sich im Original.
12 DIE RECHTE, Landesverband Baden-Württemberg, o. O. o. J., S. 33 (unverändert übernommen).

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

wählt. Ihre Kompetenzwerte fielen eher niedrig aus, abgesehen von der Flüchtlingsthematik. Und ihr Parteiimage fiel auf einer Skala von +5 bis -5 mit -3,0 noch schlechter aus als das der Partei *Die Linke* (-2,1).[13]

Wie die repräsentative Wahlstatistik belegt[14], schnitt die AfD bei den 35- bis 59-Jährigen sehr gut ab (25-34 Jahre: 17,4 Prozent; 35-45 Jahre: 17,9 Prozent; 45-59 Jahre: 17,3 Prozent), bei den 18- bis 24-Jährigen (12,3 Prozent) und bei den über 60-Jährigen (12,0 Prozent) vergleichsweise schlecht. Der Anteil der Männer (18,7 Prozent) überwiegt klar den der Frauen (11,6 Prozent). Die Partei *Die Linke* hätte nur bei den 18- bis 24-Jährigen (5,9 Prozent) und bei den 25- bis 34-Jährigen (5,2 Prozent) die Fünfprozenthürde überwunden. Den höchsten Wert erreichte sie bei den 18- bis 24-jährigen Männern (6,5 Prozent), den niedrigsten bei den über 60-jährigen Frauen (1,3 Prozent). Der Unterschied zwischen Männern (3,3 Prozent) und Frauen (2,5 Prozent) fiel nicht so stark wie bei der AfD aus.

3. Landtagswahl in Rheinland-Pfalz

Der Ausgang der Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz am 13. März 2016 wurde mit großer Spannung erwartet. Bleibt Malu Dreyer Ministerpräsidentin, oder schafft es Julia Klöckner, wonach es einige Monate vor der Wahl klar aussah? Das Wahlergebnis überraschte.[15] Die SPD gewann 0,5 Prozentpunkte hinzu, die CDU verlor 3,4. Das dominierende Thema in Wahlkampf war die Flüchtlingspolitik. Da die Ministerpräsidentin Malu Dreyer nicht bereit war, an einer Diskussionsrunde unter Beteiligung eines Vertreters der AfD teilzunehmen, sprang für sie der SPD- Faktionsvorsitzende Roger Lewentz ein. Klöckner ging mit ihrem Plan „A2“ leicht auf Distanz zu Angela Merkels Position, weil sie auf diese Weise hoffte, Stimmen potentieller AfD-Wähler zu erhalten. Doch diese Strategie führte nicht zum Erfolg. Angesichts der Zuspitzung auf das Duell Dreyer versus Klöckner schafften die Liberalen und die Grünen nur knapp den Einzug ins Landesparlament, im Gegensatz zur AfD, die mit 12,6 allein mehr Stimmen erhielt als „Grün“ und „Gelb“. Nach der Wahl wurde nicht zuletzt wegen des Konkurrenzverhältnisses zwischen Dreyer und Klöckner kein Bündnis aus SPD und CDU gebildet, sondern eine „Ampel“-Koalition. Die FDP gelangte damit erstmals wieder in eine Landesregierung.

13 Vgl. Gabriel/Kornelius (FN 3), S. 508.

14 Vgl. für die folgenden Angaben Elisabeth Glück, Ergebnisse der Repräsentativen Wahlstatistik der Landtagswahl am 13. März 2016, in: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg, Heft 5/2015, S. 22-26.

15 Vgl. Heiko Gothe, Die rheinland-pfälzische Landtagswahl vom 13. März 2016: Populäre SPD-Ministerpräsidentin führt Rheinland-Pfalz in Ampel-Koalition, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 47 (2016), S. 519-540.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

*Tabelle 2: Landtagswahl Rheinland-Pfalz (in Prozent)**

SPD	36,2	(+0,5)
CDU	31,8	(-3,4)
AfD	12,6	(+12,6)
FDP	6,2	(+2,0)
Bündnis 90/Grüne	5,3	(-10,1)
Die Linke	2,8	(-0,2)
FREIE WÄHLER	2,3	(-0,1)
Die Piraten	0,8	(-0,8)
ALFA	0,6	(+0,6)
NPD	0,5	(-0,6)
ÖDP	0,4	(0,0)
REP	0,2	(-0,6)
DIE EINHEIT	0,2	(+0,1)
III. Weg	0,1	(+0,1)

* Die Angaben in Klammern beziehen sich auf die Veränderungen gegenüber der letzten Landtagswahl im Jahre 2011 (in Prozentpunkten).

Quelle: Zusammenstellung nach den amtlichen Statistiken.

Die Linke rückte in ihrem Wahlprogramm, wie nicht anders zu erwarten, das Thema der sozialen Gerechtigkeit in den Vordergrund, ergänzt durch ökologische und antimilitaristische Postulate. Da die anderen Parteien mit ihr keine Koalition einzugehen wünschten, trat sie die Flucht nach vorne an. „DIE LINKE will einen grundsätzlichen Politikwechsel, wir stehen nicht als Mehrheitsbeschaffer für eine Politik zur Verfügung, die erkennbar nicht den Interessen der Mehrheit der Menschen in unserem Land dient."[16] Die in die Verfassung aufgenommene „Schuldenbremse" gilt als „Ausdruck neoliberaler Menschenverachtung".[17] Die Partei erreichte ihr Wahlziel („6 Prozent plus x") nicht. Erneut scheiterte sie (mit 3,0 Prozent) an der Fünfprozenthürde. Sie war die einzige dezidierte Linkspartei, die sich zur Wahl stellte.

Die AfD unter ihrem Spitzenkandidaten Uwe Junge präsentierte ein Programm ohne radikale Forderungen. „Die Alternative für Deutschland steht für den Erhalt der staatlichen Souveränität, die Förderung der direkten Demokratie, die Bewahrung der Meinungsfreiheit und die Verbindlichkeit des geltenden Rechts. Diese Prinzipien unserer Bürgergesellschaft sind durch Politikversagen und die zunehmende Behinde-

16 DIE LINKE, Sozial muss drin sein. Wahlprogramm für die Landtagswahl Rheinland-Pfalz am 13. März 2016, o. O., o. J., S. 6.
17 Ebd., S. 6.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

rung offener Diskussionsprozesse auf allen Ebenen in ihrer Existenz bedroht."[18] Das Thema „Integration, Einwanderung und Asyl", Punkt vier des Programms, dominierte bei ihr im Wahlkampf. „Einwanderung kann für Deutschland ein Gewinn sein, wenn sie nach deutschen Interessen gesteuert wird und die Einwanderer sich aktiv in unsere Gesellschaft integrieren."[19] Zuwanderung dürfe nicht zur Bildung von Parallelgesellschaften führen, doppelte Staatsbürgerschaft müsse die Ausnahme bleiben. Die AfD erreichte mit 12,6 Prozent ein so kaum für erwartbar gehaltenes Ergebnis.

Anders trat die NPD auf („Wir sind der Impfstoff gegen Asylbetrug!"), wie ihr 10-Punkte-Programm verdeutlicht: Asylflut stoppen und Asylbetrüger unverzüglich konsequent abschieben – US-Kriegsbasen zerschlagen, Angehörige der US-Army oder von US-Geheimdiensten ausweisen – 1.000 € Müttergeld für jede deutsche Mutter – Sicherheit durch Recht und Ordnung – Dreisatz statt drittes Reich – Deutsche Selbstbestimmung statt EU-Diktat aus Brüssel – Ländliche Strukturen schützen, Grundversorgung in allen Teilen unseres Landes – Volkswohnungen statt Mietwucher – Kinder gegen Frühsexualisierung und Genderwahnsinn zu schützen – Regionale Identitäten schützen, TTIP verhindern.[20] Im Vorfeld der Wahl hieß es: „Gehen Sie wählen, mobilisieren Sie auch Ihr Umfeld. Machen Sie allen klar, daß es für Deutschland's Zukunft nur eine Frage gibt. Wer Politik für deutsche Interessen will, muss das Original wählen. Keiner weiß genau, was alles auf uns zu kommt und wie schlimm es werden wird. Daß es grausam kommt, liegt aber auf der Hand. Vielleicht ist diese Wahl die letzte Möglichkeit, eine friedliche Lösung herbeizuführen."[21] Nach der Wahl, bei der die Partei nur 0,5 Prozent erhielt, räumte sie kleinlaut ein, sie sei „organisatorisch nicht optimal aufgestellt"[22] gewesen.

Der III. Weg, unter ihrem Gründer und Bundesvorsitzenden Klaus Armstroff, nationalrevolutionär auftretend, stellte mit ihrem Schwerpunkt in Rheinland-Pfalz den Wahlkampf unter das Leitthema „Asylflut stoppen". Eine ihrer Forderungen lautete: „Zentrale Unterbringung und Erfassung von Asylanten – möglichst fern ab jeglicher Ortschaften".[23] Die Partei versandte an Personen des öffentlichen Lebens einen „Gutschein für die Ausreise aller Überfremdungsbefürworter Richtung Afrika". Sie erhielt trotz eines „intensiven Landtagswahlkampfs"[24] ganze 1944 Stimmen (0,1 Prozent).

Die AfD profitierte (in dieser Reihenfolge) von bisherigen Nichtwählern sowie vom Elektorat der CDU und der SPD. Etwa jeder vierte Arbeiter und Arbeitslose vo-

18 Alternative für Deutschland, Mit Herz und Verstand für unser Land. Wahlprogramm des Landesverbandes Rheinland-Pfalz der Alternative für Deutschland zur Landtagswahl 2016, o. O., o. J., S. 4.
19 Ebd., S. 12.
20 http://www.npd-rlp.org
21 Markus Walter, NPD Rheinland-Pfalz zur Landtagswahl zugelassen, unter: https://www.npd.rlp.org. (unverändert übernommen).
22 Landesverband Rheinland-Pfalz NPD, Erklärung zu den gestrigen Landtagswahlen, unter: http://www.npd.ln-rlp.de
23 https://der-dritte-weg.info
24 Verfassungsschutzbericht Rheinland-Pfalz 2016, Mainz 2017, S. 39.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

tierte für sie. Auch *Die Linke* erreichte hier bessere Werte als bei Angestellten, Beamten, Selbständigen und Rentnern. Konfessionslose wählten überdurchschnittlich AfD und *Die Linke*.[25] Obwohl die Kompetenzwerte beider Parteien gering ausfielen, kam der AfD die Flüchtlingsthematik zugute, während *Die Linke* mit „ihrer" Agenda, der sozialen Gerechtigkeit, nicht zu punkten wusste.

Die Partei Meuthens und Petrys schnitt bei den Männern (16,5 Prozent) deutlich besser ab als bei den Frauen (9,6).[26] Die Extremwerte: 21,0 Prozent der 25- bis 34-jährigen Männer votierten für die Männer (also mehr als jeder fünfte männliche Wähler in diesem Alter), hingegen nur 6,9 Prozent der über 60-jährigen Frauen. Die AfD ist am schlechtesten in der ältesten Wählergruppe (ab 60 Jahre) vertreten (9,4 Prozent), am zweitschwächsten in der jüngsten (18-24 Jahre) mit 12,6 Prozent. Die Unterschiede nach dem Geschlecht sind damit weitaus größer als die nach dem Alter. Für die Partei *Die Linke* liegen angesichts des schwachen Abschneidens keine exakten Daten vor.

4. Landtagswahl in Sachsen-Anhalt

Der Ausgang der Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt am 13. März 2016 wird in die deutsche Wahlgeschichte eingehen. Wie im Bund regierten hier CDU und SPD weithin geräuschlos. Doch: Die beiden populistischen Parteien AfD und Die Linke erreichten mit 40,6 Prozent knapp mehr Stimmen als CDU und SPD (40,4 Prozent).[27] Bei einem Scheitern der *Grünen* (5,2 Prozent) an der Fünfprozenthürde wäre eine negative Mehrheit für die AfD und *Die Linke* zustande gekommen. Um zu einer regierungsfähigen Mehrheit zu gelangen, hätte es wohl Neuwahlen bedurft. So aber kam eine „Kenia"-Koalition zustande (CDU, SPD, *Grüne*), wieder unter Reiner Haseloff, eine Konstellation, mit der vorher nicht zu rechnen war. Die CDU hatte für die Fortsetzung der Großen Koalition geworben (unter ihrer Führung), die SPD für Rot-Rot (unter ihrer Führung), gegebenenfalls für Rot-Rot-Grün, *Bündnis 90/Die Grünen* für eine rot-rot-grüne Koalition, ähnlich wie die Partei *Die Linke*, die allerdings stärker ein rot-rotes Bündnis unter ihrem Spitzenkandidaten Wulf Gallert als neuem Ministerpräsidenten favorisierte. Mit der AfD wollte keine Partei koalieren.

Die Linke hatte in ihrem Programm für inhaltlichen und personellen Wechsel an der Spitze optiert. Das Thema Flüchtlingspolitik ging sie offensiv an. „Flüchtlinge, Migranten und Asylsuchende kämpfen hier um Akzeptanz und Perspektiven. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt steht dabei an ihrer Seite. Als konsequente Friedenspartei nehmen wir auch die Ursachen von Krieg und Vertreibung in den Blick. Wir lehnen

25 Vgl. Gothe (FN 15), S. 529 f.
26 Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (Hrsg.), Statistische Analysen. Landtagswahl 2016: Teil 2: Repräsentative Wahlstatistik, Bad Ems, 2016, S. 22.
27 Vgl. Everhard Holtmann/Kerstin Völkl, Die sachsen-anhaltische Landtagswahl vom 13. März 2016: Eingetrübte Grundstimmung, umgeschichtete Machtverhältnisse, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 47 (2016), S. 541-560

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

*Tabelle 3: Landtagswahl Sachsen-Anhalt (in Prozent)**

CDU	29,8	(-2,8)
AfD	24,3	(+24,3)
Die Linke	16,3	(-7,3)
SPD	10,6	(-10,9)
Bündnis 90/Grüne	5,2	(-2,0)
FDP	4,9	(+1,1)
FREIE WÄHLER	2,2	(-0,7)
NPD	1,9	(-2,7)
Tierschutzpartei	1,5	(-0,1)
Tierschutzallianz	1,0	(+1,0)
ALFA	0,9	(+0,9)
Die PARTEI	0,5	(+0,5)
Magdeburger Gartenpartei	0,4	(+0,4)
Freie Bürger Mitteldeutschland	0,4	(+0,4)
DIE RECHTE	0,2	(+0,2)

* Die Angaben in Klammern beziehen sich auf die Veränderungen gegenüber der letzten Landtagswahl im Jahre 2011 (in Prozentpunkten).

Quelle: Zusammenstellung nach den amtlichen Statistiken.

Krieg als Mittel der Politik ab. Wir brauchen ein Europa der Solidarität und der Menschlichkeit. Die europäische Flüchtlingspolitik muss sich auf den Schutz des Einzelnen und nicht auf die Verkleinerung von Abschottungssystemen konzentrieren.“[28] Wulf Gallert, zum dritten Mal Spitzenkandidat der Partei, strebte das Amt des Ministerpräsidenten an: „Ich kann. Ich will. Ich werde.“[29] Doch nach dem mäßigen Abschneiden seiner Partei bei der Wahl mit 16,3 Prozent (dies entsprach einem Verlust von 7,3 Punkten) gab er das Amt des Fraktionsvorsitzenden auf.

Die AfD dagegen kam auf sage und schreibe 23,4 Prozent – noch niemals zuvor hatte eine neue Partei einen solchen Erfolg erzielt. Damit zog sie mit 25 Mandaten, darunter 15 direkt gewonnen, in das Landesparlament ein. „Die grassierende Angst vor unkontrollierter Zuwanderung aus fremden Kulturkreisen war der Stoff, aus dem die AfD ihren Aufstieg zur rechtspopulistischen Protestpartei schneiderte.“[30] Im Vergleich zu den Programmen der Partei für die Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz fiel das für Sachsen-Anhalt deutlich schärfer aus. André Poggenburg, der Landesvorsitzende der Partei, der von „herrschenden Blockparteien“ sprach, hielt in der Präambel fest: „Wir nehmen es nicht hin, dass für die Ret-

28 DIE LINKE. Sachsen-Anhalt, Ein Land zum Leben. Ein Land zum Bleiben. Programm für die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 13. März 2016, o. O. o. J., S. 4.
29 Wulf Gallert, Ich kann. Ich will. Ich werde, unter: www.wulf-gallert.de (7. März 2016).
30 Holtmann/Völkl (FN 27), S. 546.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

tung von Banken oder für hunderttausende von Wohlstandsflüchtlingen Milliarden und Abermilliarden hart erarbeiteter Steuergelder ausgegeben werden, während Schulgebäude jahrelang auf ihre Sanierung warten, die Schlaglöcher auf unseren Straßen immer größer werden und um jeden Euro für eine nötige Strukturförderung gefeilscht werden muss."[31]

Von den fünf Themenschwerpunkten im Programm (Familienpolitik – Bildung – Zuwanderung, Asyl und Integration – Wirtschafts-, Finanz- und Mittelstandspolitik, Energie- und Verkehrspolitik/Politik für den ländlichen Raum – Verwaltung, Innere Sicherheit, Recht) dominierte auf den Wahlplakaten klar die Flüchtlingspolitik. „Die Einwanderungs-, Asyl- und Integrationspolitik der etablierten Parteien führt geradewegs in eine soziale Katastrophe. Durch den ungebremsten Zustrom von Millionen von Einwanderern, die unsere Sprache nicht sprechen, die aus Kulturen stammen, die uns zutiefst fremd sind, und die zumeist über keine besondere Qualifikation verfügen, werden Parallelgesellschaften zementiert. Integration wird unmöglich. Soziale Spannungen in einem bislang ungekannten Ausmaß kommen auf uns zu. Angesichts dieser Situation brauchen wir dringend eine demokratische Alternative, die sich in erster Linie an den Bedürfnissen unseres eigenen Volkes orientiert."[32] Die weithin ausgegrenzte Partei, deren rechter Flügel in Sachsen-Anhalt (und Thüringen) beheimatet ist, trieb die Konkurrenten mit solchen Aussagen vor sich her.[33]

Die NPD, 2011 mit 4,6 Prozent knapp an der Fünfprozenthürde gescheitert, verfehlte Ihr Wahlziel – sechs Prozent + x – mit 1,9 Prozent der Stimmen klar. An erster Stelle des Wahlprogramms stand: „Einwanderung stoppen!"[34] Die Hauptforderungen: „Asylbewerber, deren Antrag rechtskräftig von deutschen Gerichten abgelehnt wurde, müssen sofort in ihre Heimatländer zurückkehren. [...] Den organisierten Schlepperbanden, die die Einwohner ganzer Dörfer Südosteuropas nach Deutschland schleusen oder zahlreiche Tragödien im Mittelmeer verursachen, ist das Handwerk zu legen. [...] Es sind keine Genehmigungen mehr für Moscheen oder ‚Islamische Zentren' in Sachsen-Anhalt zu erteilen, den Anfängen einer Islamisierung ist konsequent entgegen zu treten."[35] Die Familie gehöre in den Mittelpunkt der Politik, die Heimat sei zu schützen. „Die Deutschen brauchen ein politisches Sprachrohr, das sich offensiv gegen Masseneinwanderung, Ausländerkriminalität, Asylmissbrauch, Euro-Rettung oder Gebührenabzocke zur Wehr setzt."[36] Die Partei sprach sich unter ihrem Spitzenkandidaten Peter Walde dafür aus, mit der Erststimme für den Kandi-

31 André Poggenburg, Präambel, in: AfD-Landesverband Sachsen-Anhalt, Wahlprogramm zur Landtagswahl am 13. März 2016, o. O. o. J., S. 3.
32 Ebd., S. 23.
33 Vgl. etwa Tilman Steffen, Widerstand ist für die AfD wie Werbung, unter: http://www.zeit.de/politik/deutschland (8. März 2016).
34 NPD, Wahlprogramm Sachsen-Anhalt 2016, S. 1.
35 Ebd., S. 1.
36 Ebd., S. 5.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

daten der AfD zu votieren und mit der Zweitstimme NPD zu wählen, ein Ansinnen, das die AfD zurückwies.[37]

Die Splitterpartei *Die Rechte*, weit rechtsaußen angesiedelt, präsentierte in ihrem Wahlprogramm 15 Punkte, wobei die Präambel mit den folgenden Worten beginnt: „Die Partei DIE RECHTE bekennt sich vollinhaltlich und ohne jeden Vorbehalt zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung, wie sie im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland verfasst ist.“[38] Doch im Programm lautet ein Postulat: „gesicherter 3 m hoher Maschendrahtzaun um das Bundesland Sachsen-Anhalt zum Schutz seiner Bürger vor weiteren Invasoren.“[39] Die letzte Forderung: „freundschaftliche, kulturelle, wirtschaftliche und strategische Zusammenarbeit und Schulterschluss mit Russland.“[40] Die rechtsextreme Kraft erhielt 0,2 Prozent.

Nach den Wählerwanderungsbilanzen profitierte die AfD besonders von Nichtwählern, von Wählern kleiner Parteien sowie von Wählern der CDU, der Partei *Die Linke* und der SPD (in dieser Reihenfolge). Wie sonst auch schnitt die Partei bei Arbeitern und Arbeitslosen überdurchschnittlich gut ab. *Die Linke* erreichte bei den Rentnern weit überdurchschnittliche Ergebnisse. Sie konnte, im Gegensatz zur AfD, zudem bei Personen mit einem Hochschulabschluss punkten.[41] Der deutlich schwächeren SPD wurde bei fast allen Werten eine höhere Lösungskompetenz eingeräumt als der AfD.[42] Diese firmiert damit weithin als Protestpartei.

Die AfD, eine Männerpartei (29,6 Prozent), fürwahr keine Frauenpartei (19,1 Prozent), erreichte bei den 45- bis 59-jährigen Männern 33,6 Prozent, bei den ab 70-jährigen Frauen „nur“ 12,5 Prozent. Was das Alter betrifft, so halten sich die Unterschiede in Grenzen: Am besten schnitt die AfD bei den 25- bis 34-Jährigen ab (28,4 Prozent), am schwächsten bei den über 70-Jährigen (16,1 Prozent). Umgekehrt ist es bei der Partei *Die Linke*. Sie erreichte bei den 35- bis 44-Jährigen nur 10,3 Prozent, bei den über 70-Jährigen hingegen 20,8 Prozent. Hingegen weist sie ein nahezu ausgeglichenes geschlechtsspezifisches Stimmverhalten auf (Männer: 17,0 Prozent; Frauen:15,7 Prozent).[43]

37 Vgl. Frank Jansen, NPD unterstützt AfD bei Landtagswahlen, unter: http://www.tagesspiegel.de (7. März 2016); Tilman Steffen, NPD dient sich der AfD an, unter: http://www.zeit.de/politik/deutschland (7. März 2016).
38 Wahlprogramm der Partei DIE RECHTE zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 13. März 2016, o. O. o. J., S. 1.
39 Ebd., S. 7.
40 Ebd., S. 10 f.
41 Vgl. Holtmann/Völkl (FN 27), S. 553.
42 Vgl. ebd., S. 556.
43 Vgl. Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt (Hrsg.), Wahl des 7. Landtags von Sachsen-Anhalt am 13. März 2016. Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik, Halle (Saale) 2016, S. 15-17.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

5. Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern

Die Landtagswahlen am 4. September 2016 in Mecklenburg-Vorpommern wurden nach dem Erfolg der AfD in Sachsen-Anhalt mit besonderer Aufmerksamkeit beobachtet.[44] SPD und CDU, die beide gewisse Distanz zur Flüchtlingspolitik Angela Merkels erkennen ließen, büßten 5,0 bzw. 4,0 Punkte ein. Die AfD erzielte auf Anhieb 20,8 Prozent (sogar drei Direktmandate) und lag damit erstmals vor der CDU. In Vorpommern schnitt sie mit 25,0 Prozent sogar knapp besser als die SPD ab (24,9 Prozent). Die Große Koalition, die arithmetisch allerdings keine ist, wurde unter Erwin Sellering (SPD) fortgesetzt, schon deshalb, weil Rot-Rot nur über eine hauchdünne Mehrheit von einem Mandat verfügt hätte. AfD und *Die Linke* sind die einzigen Oppositionsparteien im Parlament, da die NPD, anders als 2006 und 2011, an der Fünfprozentklausel gescheitert war. Eine „koordinierte Gegenarbeit“[45] von AfD und der Partei *Die Linke* dürfte nicht zu erwarten sein.

Die Linke, zwischen 1998 und 2006 Juniorpartner der SPD im Land, zeigte sich gemäßigt. Ihr Hauptwahlkampfslogan: „Aus Liebe zu M-V“. Aber auf pauschale Kapitalismuskritik, die weit über die Verhältnisse in Mecklenburg-Vorpommern hinausreichte, verzichtete sie nicht. „Es entspricht dem Gesetz des Kapitalismus, dass die Reichen immer reicher und die Armen immer mehr werden. Den von Millionen erarbeiteten Reichtum eignen sich die Reichen und Superreichen an, so dass deren Vermögen schneller wächst als der gesellschaftliche Wohlstand. [...] Ein Blick in die Welt bestärkt uns in dieser Auffassung, denn die Folgen globaler Ausbeutungs- und Machtpolitik sind deutlich sichtbar: Da sind Kriege und Konflikte, Klimawandel und mangelnde Lebensperspektiven in weiten Teilen der Welt, weiter verschärft und geschürt durch Waffenexporte und unfaire Handelspraktiken.“[46] Migration wurde als Bereicherung für Mecklenburg-Vorpommern angesehen. Angesichts des schlechten Abschneidens kandidierte der langjährige Fraktionsvorsitzende Helmut Holter, von 1998 bis 2006 Minister in der rot-roten Landesregierung, nicht mehr für sein Amt.

Die DKP agitierte viel härter, ohne dass dies im Wahlkampf auffiel. Eine Stimme für sie sei ein „Nein zu Sozialabbau, Faschismus und Krieg“. In ihrem Programm forderte sie die Auflösung des Verfassungsschutzes und die „Zerschlagung“ faschistischer Organisationen.[47] Der Partei *Die Linke* wurde vorgehalten, als Regierungspartei ihre Prinzipien verraten zu haben. Mit dieser Programmatik kam die DKP auf 0,2 Prozent der Stimmen.

---

44 Vgl. Martin Koschkar/Christian Nestler, Die mecklenburg-vorpommersche Landtagswahl vom 4. September 2016: Zäsur des regionalen Parteienwettbewerbs und Fortsetzung der Großen Koalition, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 48 (2017), S. 25-39.

45 Ebd., S. 38.

46 DIE LINKE Mecklenburg-Vorpommern, Aus Liebe zu M-V – Programm zur Landtagswahl 2016, o. O. o. J., S. 1.

47 Vgl. Wahlprogramm der DKP, unter: http://www.dkp-mv.de/landtagswahlprogramm-2016/ (9. März 2017).

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

*Tabelle 4: Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern (in Prozent)**

SPD	30,6	(-5,0)
AfD	20,8	(+20,8)
CDU	19,0	(-4,0)
Die Linke	13,2	(-5,2)
Bündnis 90/Grüne	4,8	(-3,9)
FDP	3,0	(+0,2)
NPD	3,0	(-3,0)
Tierschutzpartei	1,2	(+1,2)
Familie	0,8	(-0,7)
Freier Horizont	0,8	(+0,8)
Die PARTEI	0,6	(+0,4)
Freie Wähler	0,6	(-0,5)
Die Piraten	0,5	(-1,4)
Die Achtsamen	0,5	(+0,5)
ALFA	0,3	(+0,3)
DKP	0,2	(+0,2)
Bündnis C	0,1	(+0,1)

* Die Angaben in Klammern beziehen sich auf die Veränderungen gegenüber der letzten Landtagswahl im Jahre 2011 (in Prozentpunkten).

Quelle: Zusammenstellung nach den amtlichen Statistiken.

Im rechten Spektrum stand ebenso eine gemäßigtere und eine radikalere Partei zur Wahl. Die AfD trat unter ihrem Spitzenkandidaten Leif-Erik Holm, einem ehemaligen Rundfunkmoderator, mit ihrem Slogan „Für unser Land und unsere Kinder" betont zurückhaltend auf, bediente geradezu den regionalen Traditionalismus. „Mecklenburg-Vorpommern ist ein schönes Land, es ist unsere Heimat. Wir wollen unsere norddeutsche Identität bewahren. Wir wülln, dat ok in hunnert Johrn noch Platt snackt ward. Wir wollen bodenständig und frei leben. Dafür kämpfen wir an Ihrer Seite."[48] Im Programm wurde u. a. Kostenfreiheit für Kita-Plätze gefordert sowie die Einführung einer einheitlichen Schulkleidung. Unter der Überschrift „Verfolgten helfen, Asylmissbrauch verhindern" hieß es: Die Hilfe für Bürgerkriegsflüchtlinge und politisch Verfolgte solle vor allem vor Ort geschehen; abgelehnte Asylbewerber müssten schnell zurückgeführt werden. Die Bereitschaft zur Integration sei zu fördern, der Islamismus zu bekämpfen. Mit dem Ergebnis von 20,8 Prozent stellt die AfD nun die stärkste Oppositionsfraktion.

48 Wahlprogramm der Alternative für Deutschland Mecklenburg-Vorpommern zur Landtagswahl 2016, Schwerin 2016, S. 2.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Hingegen ist die NPD mit ihrem Spitzenkandidaten Udo Pastörs nicht mehr im Landesparlament vertreten. Dort war sie ausgegrenzt („Schweriner Weg“).[49] In ihrem “Aktionsprogramm für Mecklenburg und Pommern“ mit seinen 28 Punkten stand die Flüchtlingsthematik im Vordergrund: „Im Interesse der Wirtschaft lässt die politisch tonangebende Kaste jährlich Millionen Fremde nach Deutschland einschleusen. Parallelgesellschaften in zahlreichen Städten sind die Regel. Viele Deutsche fühlen sich schon fremd im eigenen Land.“[50] Die Partei fiel ferner durch Antikapitalismus auf. „Um dem Wohl des Volkes dienen zu können und das Recht auf Arbeit für jeden Deutschen zu verwirklichen, muss die Macht über das Kapital zurück gewonnen werden.“[51] Das Programm kritisiert u. a. die „Einheitsfront von der Linken bis zur CDU“ und die „Kriegspolitik der USA“.[52] Nach der Wahl war der Katzenjammer bei der NPD groß. Die Schuld für das schlechte Ergebnis wurde nicht bei sich gesehen, sondern bei der Konkurrenz.

Erneut gab es keine repräsentative Wahlstatistik, die das Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht auflistet. Die Steigerung der Wahlbeteiligung kam stark der AfD zugute. Sie erhielt von den Nichtwählern mehr Zuspruch als von ehemaligen Wählern der SPD, CDU und der Partei *Die Linke*.[53] Diese erreichte bei Personen mit Hochschulabschluss überproportional viele Stimmen, die AfD war stark bei Arbeitern und Arbeitslosen. Beide Parteien schnitten bei den Konfessionslosen gut ab.[54]

6. Abgeordnetenhauswahl in Berlin

Die Wahlen zum Abgeordnetenhaus am 18. September 2016 fanden 14 Tage nach den Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern statt. Der Ausgang wurde daher mit besonderer Spannung erwartet.[55] In einem Aufruf „Konsens gegen rechts“ vom Juli 2016 hieß es: „Wir als demokratische Parteien werden im Wahlkampf gemeinsam rassistischen, rechtsextremen und rechtspopulistischen Positionen die Rote Karte zeigen und uns entschieden gegen sie stellen, wo auch immer sie auftreten. Wir werden rechtsextremen und rechtspopulistischen Parteien von unserer Seite aus kein Podium verschaffen.“ Dieser Aufruf wurde unterzeichnet von der SPD, der CDU, Bündnis 90/Grüne, der Linken, der Piratenpartei und der FDP. Offenkundiges Ziel

49 Vgl. Gudrun Heinrich, Die NPD – eine Bewegungspartei verlässt die parlamentarische Bühne, in: Martin Koschkar/Jan Müller/Christian Nestler (Hrsg.), Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2016. Die Parteien im Wahlkampf und ihre Wähler, Rostock 2016, S. 75-83.
50 NPD-Landesverband von Mecklenburg-Vorpommern, Das Aktionsprogramm für Mecklenburg und Pommern, unter: http://www.npd-mv.de (17. März 2017).
51 Ebd., S. 8.
52 Ebd., S. 10, 16.
53 Vgl. Koschkar/Nestler (FN 44), S. 31.
54 Vgl. ebd., S. 35 f.
55 Vgl. Oskar Niedermayer, Die Berliner Abgeordnetenhauswahl vom 18. September 2016: Zersplitterung des Parteiensystems und halber Machtwechsel, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 48 (2017), S. 40-56.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

war die Kampfansage an die AfD. Der folgende Satz ist der einzige fettgedruckte in der Erklärung: „Eine Partei, deren Spitzenpersonal beispielsweise auf Flüchtlingskinder schießen lassen würde oder die sich zu rassistisch motivierter Stimmungsmache gegen deutsche Fußballnationalspieler hinreißen lässt, bewegt sich nicht auf dem Boden unserer Wertordnung.“[56] Ein halbherziger Versuch von der CDU und der FDP, einen „Konsens gegen Linksextremismus“ zu initiieren, blieb erfolglos. SPD und CDU verloren 6,7 und 5,7 Prozentpunkte. Der Unterschied zwischen der stärksten Partei, der SPD, und der fünftstärksten, der AfD, betrug nur 7,4 Punkte. Für eine Fortsetzung des alten Bündnisses fehlte nicht nur die arithmetische (SPD und CDU schnitten noch nie so schlecht bei einer Wahl zum Abgeordnetenhaus ab wie diesmal), sondern wohl auch die politische Mehrheit. Gebildet wurde, wie im Wahlkampf mehr oder weniger propagiert, eine rot-rot-grüne Koalition, die CDU, die AfD und die FDP mussten in die parlamentarische Opposition. Das Parlament umfasst nun mit Überhang- und Ausgleichsmandaten 160 Abgeordnete. Laut Koalitionsvertrag wollen die Regierungsparteien „entschieden gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus vorgehen; der Linksextremismus wird nicht erwähnt.“[57]

Das über 90 Seiten umfassende Programm der Partei *Die Linke* (Spitzenkandidat: Klaus Lederer), die von 2002 bis 2011 Juniorpartner der SPD in Berlin war, umfasste sieben Punkte: Stärkung des Öffentlichen; sozial-ökologischer Umbau; Stadt der sozialen Gerechtigkeit; Stadt der Vielfalt; soziale Metropole; Bildung, Kultur, Medien und Digitalisierung; Bürgerrechte, Demokratisierung und Strategien gegen Rechts. Das Programm fiel insgesamt gemäßigt aus – trotz der Forderung nach Abschaffung des Verfassungsschutzes. „Wir wollen, dass Berlin Vorbild und Vorreiter für notwendige gesellschaftliche Veränderungen wird. Dafür muss der Stillstand der SPD-CDU-Politik beendet werden.“[58] Nachdem *Die Linke* 2011 für ihre Regierungstätigkeit „abgestraft“ wurde, belohnten die Wähler sie für ihre Oppositionstätigkeit mit einem Plus von 3,9 Punkten. Sie wollte, wie im Wahlkampf angekündigt, nach einem Jahrfünft wieder mitregieren.

Davon konnte bei der DKP (Spitzenkandidat: Dietmar Koschmieder) nicht die Rede sein. „Die DKP fordert die Einführung der 30-Stunden-Woche, aber bei vollem Lohn- und Personalausgleich. Nur so kann die Arbeitslosigkeit gesenkt werden.“[59] Die Kampfansage an „die Banken und Konzerne“[60] war der Fluchtpunkt der Aussagen. Erreichte die DKP 0,2 Prozent, so lag die trotzkistische *Partei für Soziale Gleichheit* (Spitzenkandidat: Ulrich Rippert), die für „Klassenkampf“ und eine „re-

56 Berliner Konsens gegen Rechts. Öffentliche Erklärung der Berliner demokratischen Parteien SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke, Piratenpartei und FDP, unter: htttp://www.br-berlin.de/berliner-konsens/ (7. März 2017).
57 Niedermayer (FN 55), S. 54.
58 Unser Plan für ein soziales und ökologisches Berlin DIE LINKE. Wahlprogramm zur Berliner Abgeordnetenhauswahl am 18. September 2016, Berlin 2016, S. 1.
59 DKP, Kurzprogramm zur Abgeordnetenhauswahl, unter: http://www.dkp-berlin.de (7. März 2017), S. 2.
60 Ebd., S. 4.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

*Tabelle 5: Abgeordnetenhauswahl Berlin (in Prozent)**

SPD	21,6	(-6,7)
CDU	17,6	(-5,7)
Die Linke	15,6	(+3,9)
Bündnis 90/Grüne	15,2	(-2,4)
AfD	14,2	(+14,2)
FDP	6,7	(+4,9)
Die PARTEI	2,0	(+1,1)
Tierschutzpartei	1,9	(+0,4)
Die Piraten	1,7	(-7,2)
Graue Panther	1,1	(+1,1)
NPD	0,6	(-1,6)
Partei für Gesundheitsforschung	0,3	(+0,5)
Bürgerbewegung pro Deutschland	0,4	(-0,8)
ALFA	0,4	(+0,4)
DKP	0,2	(0,0)
Partei für Soziale Gleichheit	0,1	(0,0)
BüSo	0,1	(0,0)
Die Violetten	0,1	(+0,1)
Menschliche Welt	0,1	(+0,1)
Bergpartei	0,0	(0,0)
ÖDP	0,0	(-0,1)

* Die Angaben in Klammern beziehen sich auf die Veränderungen gegenüber der letzten Abgeordnetenwahl im Jahre 2011 (in Prozentpunkten).

Quelle: Zusammenstellung nach den amtlichen Statistiken.

volutionäre, sozialistische Perspektive“ eintritt, mit 2.046 Stimmen (0,1, Prozent) noch darunter.

Die AfD war, wie gezeigt, Outcast im Wahlkampf. Dabei rang sie in der Hauptstadt um ein Erscheinungsbild, das „bürgerliche“ Kreise nicht vor den Kopf stoßen sollte. „Um den politischen Gegnern keine großen Angriffsflächen zu bieten, trat sie im Wahlkampf unter dem Motto ‚Unbequem.Echt.Mutig’ ohne Großveranstaltungen und Politprominenz von außen als eine ‚Art AfD light’ auf und profitierte vor allem von der Flüchtlingsthematik.“[61] Der als gemäßigt geltende Landesvorsitzende Georg Pazderski, ein langjähriger Berufsoffizier, ließ verlauten: „Wir sind eine normale Partei des demokratischen Spektrums, die sich im Unterschied zu den Altparteien

61 Niedermayer (FN 55), S. 46. Das Zitat im Zitat stammt von dem *Spiegel*-Journalisten Florian Gathmann.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

traut, deutlich zu sagen, was die Leute bewegt, was sie besorgt. Der Blick auf die Wirklichkeit braucht bei uns keine Altersfreigabe und mündige Bürger kommen ohne ideologische Bevormundung aus. Dass der Islam eben nicht zu Deutschland gehört – und dass wir in Berlin den Ruf des Muezzins nicht fünfmal am Tag hören wollen –, geht Hand in Hand mit unserer Forderung nach höheren Sicherheitsstandards und einer Beendigung des Asylchaos."[62] Die Kernpunkte heißen: Familie und Kinder – Schule, Hochschule und Forschung – Innere Sicherheit und Justiz – Einwanderung und Integration – Wohnen, Verkehr und Städtebau – Finanzen, Verwaltung und direkte Demokratie – Arbeit und Soziales – Wirtschaft – Energie – Gesundheit – Kultur und Medien – Natur und Umwelt. „Einwanderung und Integration" nahm dabei im Wahlkampf einen zentralen Punkt ein. Die Partei plädiert für eine geregelte Einwanderung nach angelsächsischem Vorbild und gegen eine doppelte Staatsbürgerschaft. „Die gezielte Einwanderung in die Sozialsysteme anderer Mitgliedsstaaten stellt einen unzulässigen Missbrauch der Freizügigkeit dar."[63]

Verlor die islamkritische bis -feindliche Bürgerbewegung *pro Deutschland* (Spitzenkandidat: Manfred Rouhs) 0,8 Punkte und scheiterte somit an der für die Parteienfinanzierung wichtigen Grenze von 1,0 Prozent, so ging es der NPD (Spitzenkandidat: Sebastian Schmidtke) nicht besser. Sie büßte gar 1,5 Punkte ein und blieb mit 0,5 Prozent ebenfalls unter dieser Schwelle. In ihrem aus sechs Punkten bestehenden „Landesaktionsprogramm für ein deutsches Berlin" mit dem Untertitel „Wir sagen, was Sie denken!" heißt es unter der Überschrift „Eine Sintflut überrollt Berlin" gleich am Anfang folgendermaßen: „Berlin wird wie die gesamte Bundesrepublik Deutschland von einer Flutwelle von Fremden überrollt. Wie eine Sintflut kommen massenweise Fremde nach Deutschland. Im Jahr 2015 kamen rund 80.000 dieser Fremden nach Berlin. In der Lügenpresse und von den etablierten Politikern werden die Fremden als Flüchtlinge und Asylbewerber tituliert."[64] Zur Lösung beim „Problem der Fremden" präsentiert die Partei fünf Vorschläge: „1. Grenzen schließen und scharf bewachen! 2. Fremden bei der Heimwanderung behilflich sein! 3. Kein fremdenpolitischer Kollektivismus – statt dessen demokratische Einzelentscheidungen über jeden Fremden! 4. Fremdenquote einführen mit einem Verhältnis von höchstens 2,5% Fremde bezogen auf die ethnischen Deutschen! 5. Fremdenkosten privatisieren – kein deutsches Steuergeld für Fremde!"[65] Die Lösungsvorschläge bei den anderen sechs Punkten sind in ähnlichem Duktus verfasst.

Die AfD profitierte massiv von früheren Nichtwählern. Sie war, wie sonst auch, bei Arbeitern und Arbeitslosen besonders stark. Für die Partei *Die Linke* galt dies ebenso bei den Arbeitslosen. Und die Konfessionslosen sind bei den Wählern dieser beiden Parteien überrepräsentiert, vor allem den Postkommunisten. Für das Elekto-

62 Georg Pazderski, Berlin braucht Blau. Das Wahlprogramm der AfD Berlin, Berlin 2016, S. 4.
63 Ebd., S. 20.
64 NPD, Landesaktionsprogramm für ein deutsches Berlin. Wir sagen, was Sie denken!, Berlin 2016, S. 1.
65 Ebd., S. 3.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

rat der AfD gab vor allem die Bundespolitik den Ausschlag, für das der Partei *Die Linke* eher die Landespolitik.[66]

Im Osten Berlins schnitt *Die Linke* mit 23,3 Prozent am besten ab, die AfD mit 17,0 Prozent am drittbesten. Bei den Männern lag *Die Linke* hier sogar an der Spitze (23,3 Prozent) – und zwar vor der AfD (21,3 Prozent). Anders sah es im Westen der Stadt aus. Die AfD gelangte auf den vierten Platz, *Die Linke* auf den fünften. Wie die repräsentative Wahlstatistik zeigt[67], gab es bei der Partei *Die Linke* zwischen den Geschlechtern keine große Unterschiede (Männer: 16,1 Prozent; Frauen: 15,3 Prozent), anders als bei der AfD (Männer. 18,1 Prozent; Frauen: 10,6 Prozent). Auch bei den Altersgruppen differiert die Wählerschaft der AfD stärker als die der *Linken*. So votierten nur 6,4 Prozent der 18- bis 24-Jährigen für die AfD, wohl aber 17,7 der 45- bis 59-Jährigen. Die Extremwerte für die Partei *Die Linke*: 13,6 Prozent (35 bis 44 Jahre) versus 19,2 Prozent (60 bis 69 Jahre). Wer Männer und Frauen einbezieht, erhält für die AfD folgende Ergebnisse: 22,3 Prozent der 45- bis 59-jährigen Männer wählten sie, aber nur 5,0 Prozent der 18- bis 24-jährigen Frauen. Für *Die Linke* lauten die Werte wie folgt: Gaben ihr 19,7 Prozent der 60- bis 69-jährigen Männer die Stimme, so waren es 13,2 Prozent der 35- bis 44-jährigen Frauen.

7. Fazit und Ausblick

Der Ausgang der drei Wahlen am 13. März 2016 (Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt) und der beiden Wahlen im September (Mecklenburg-Vorpommern, Berlin) bedeutete für das Wahlverhalten eine Zäsur vor allem in zwei Punkten. Erstens: Die als rechtspopulistisch geltende AfD avancierte in Sachsen-Anhalt (24,3 Prozent) und in Mecklenburg-Vorpommern (20,8 Prozent) zur zweitstärksten Kraft, in Baden-Württemberg (15,1 Prozent) und Rheinland-Pfalz (12,6 Prozent) jeweils zur drittstärksten. In Berlin langte es mit 14,2 Prozent zwar nur zum fünften Platz, aber sie lag damit lediglich knapp hinter der CDU, der *Linken* sowie den *Grünen*. Nur in Berlin fiel das Ergebnis für *Die Linke* besser aus als für die AfD, nicht in den beiden neuen Bundesländern Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern. Die AfD schnitt in Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt und Thüringen besser als die SPD ab, in Mecklenburg-Vorpommern besser als die CDU. Zweitens: Die großen Volksparteien CDU und SPD erreichten in Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin keine 50 Prozent der Stimmen. In Sachsen-Anhalt entfielen auf sie sogar weniger Stimmen als auf die beiden populistischen Kräfte AfD und *Die Linke*. Und in Berlin erreichte die SPD als stärkste Kraft nur 21,6 Prozent, mit der CDU zusammen nicht einmal 40 Prozent. Das alles hatte es zuvor ebenso nicht gegeben wie die Etablierung der Grünen zur stärksten Kraft in

66 Vgl. Niedermayer (FN 55), S. 49-51.

67 Vgl. für die folgenden Angaben: Statistik Berlin-Brandenburg, Statistischer Bericht. Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin am 18. September 2016, Berlin 2016, S. 11 f.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

einem Bundesland (Baden-Württemberg). Bernd Luckes Neugründung ALFA (nach einem Namensstreit seit November 2016: *Liberal-Konservative Reformer*) erwies sich als Flop.

Wegen der in den letzten Jahren stark rückläufigen Wahlbeteiligung machten vielfältige Reformüberlegungen die Runde (z. B. „Wahlwochen", „Wahlen im Supermarkt")[68], um diesem Trend Einhalt zu gebieten. Sank die Wahlbeteiligungsquote noch bei sämtlichen Landtagswahlen 2014/15, so stieg sie 2016 überall, und zwar in einer Höhe von 4,1 bis 10,4 Punkten. Wie die Wahlforschung zeigen konnte, profitierte davon überproportional die AfD. Offenbar hatte ein Teil der bisherigen Nichtwähler den Eindruck, eine „echte" Alternative zu den Etablierten sei vorhanden. Die Behauptung, eine höhere Wahlbeteiligung schwäche radikale(re) Kräfte, muss in dieser Pauschalität ebenso wenig stimmen wie das Gegenteil: Eine niedrige Wahlbeteiligung nütze Flügelparteien. Da die AfD nicht nur durch Nichtwähler profitiert, sondern wegen ihres zugleich marktliberalen und sozialpopulistischen Images auch Stimmen ehemaliger Wähler der CDU und der SPD gewinnt, fällt es den Volksparteien schwer, eine geeignete Strategie gegen diese Partei zu finden.[69]

Der Ausgang der fünf, jeweils stark von den Folgen der "Flüchtlingskrise" geprägten Wahlen 2016 in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und in Berlin führte mitunter zu schwierigen Regierungsbildungen. Die SPD hatte in den beiden ostdeutschen Ländern eine Koalition mit der Partei *Die Linke* jeweils nicht ausgeschlossen, wohl aber in den westdeutschen. In Berlin gelangte sie in die Regierung, da hier wie in Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt eine Koalition aus drei Parteien gebildet wurde, zum Teil gebildet werden musste. Von diesem Umstand profitierten besonders die *Grünen*. Obwohl sie bis auf Baden-Württemberg dank ihres Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann überall Stimmen einbüßten, gelangten sie wie die Sozialdemokraten viermal in die Regierung. Selbst die FDP konnte in einem Bundesland (Rheinland-Pfalz) wieder in das Kabinett einrücken, und das in einer „Ampel"-Koalition.

Am Ende des Jahres 2016 und zu Beginn des Bundestagswahljahres, als die Flüchtlingswelle abgeklungen war, stellten sich mit Blick auf die Flügelparteien folgende Fragen: Würde das Hoch für die AfD anhalten? Könnte die Partei *Die Linke* von ihrer Rolle als stärkster Kraft im Bundestag profitieren? Besäße die geächtete NPD nach dem gescheiterten Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht 2017 wirklich mehr Chancen bei den Bürgern? Würde eine ökonomische Krisensituation, träte sie denn ein, Randparteien begünstigen?

68 Vgl. beispielsweise Frank Decker/Anne Küppers, Formen der Stimmabgabe: Höhere Beteiligungsraten durch bequemeres Wählen?, in: Tobias Mörschel (Hrsg.), Wahlen und Demokratie. Reformoptionen des deutschen Wahlrechts, Baden-Baden 2016, S. 141-163.

69 Vgl. Oskar Niedermayer/Jürgen Hofrichter, Die Wählerschaft der AfD: Wer ist sie, woher kommt sie und wie weit rechts steht sie, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 47 (2016), S. 267-284.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Organisationen 2016

Von Uwe Backes

1. Ausgangssituation und Rückblick

Seit 2014 ist das deutsche Parteiensystem durch einen neuen Repolarisierungstrend gekennzeichnet. Dies war keineswegs die Folge von Gewichtsveränderungen am linken als vielmehr am rechten Flügel des politischen Spektrums. Die im Inneren heterogene Partei *Die Linke* hielt sich im langjährigen Vergleich auf bescheidenem Niveau – insbesondere in den westlichen Landesteilen, wo Versuche dauerhafter Etablierung überwiegend gescheitert waren. Die Regierungsübernahme in Thüringen erhöhte allerdings das Koalitionspotential auf Bundesebene, da die Partei trotz problematischer außenpolitischer Orientierungen (pazifistisch, europaskeptisch, amerikakritisch, antizionistisch, russlandfreundlich) von größeren Teilen der gemäßigten Linken als bündnisfähig galt. Die Repolarisierung ging aber wesentlich vom rechten Flügel des Parteiensystems aus, wo Koalitionsoptionen eine weit geringere strategische Rolle spielten. Dies galt insbesondere für die *Alternative für Deutschland* (AfD), die nach einem politischen Tief infolge einer Parteispaltung von der „Flüchtlingskrise" profitierte und Wähler aus nahezu allen politischen Lagern zu mobilisieren vermochte. Dabei näherte sie sich dem Profil der rechtspopulistischen Parteien Frankreichs, der Niederlande und Österreichs an, während sie zugleich Distanz zur vom Parteiverbot bedrohten *Nationaldemokratischen Partei Deutschlands* (NPD) und deren Konkurrenten rechtsaußen wahrte.

Mit Blick auf das Jahr 2016 stellten sich Fragen wie die folgenden: Würde die AfD ihren Etablierungskurs fortsetzen, der NPD und deren rechtsextremistischen Rivalen das Wasser abgraben? War infolgedessen mit dem weiteren Niedergang der organisatorisch und finanziell geschwächten NPD zu rechnen? Würde die *Linke* innerparteilich ihr Konflikte überwinden? Welche Auswirkungen hätte die Entwicklung an den Rändern des Parteiensystems auf militante Gruppierungen? Würde neben den klassischen Rechts-Links-Konfrontationen die Konfliktlinie zwischen Muslimfeinden und Islamisten/Salafisten weiter an Bedeutung gewinnen?

2. Linksextremismus

Den linken Flügel des politischen Spektrums dominierte unverändert die in Teilen in rechtlicher Kontinuität zur früheren DDR-Staatspartei SED stehende, jedoch vielfältig transformierte und nur in einigen Unterorganisationen vom behördlichen Verfassungsschutz beobachtete Partei *Die Linke*. In den starken Parlamentsfraktionen der

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

östlichen Länder überwogen vergleichsweise pragmatisch agierende Politiker. Ministerpräsident Bodo Ramelow (geb. 1956) in Thüringen trat betont staatsmännisch auf und machte das im Koalitionsvertrag gegebene Versprechen wahr, die weitere historische „Aufarbeitung der SED-Diktatur" entschieden zu fördern. Ein entsprechender Sachstandsbericht der Landesregierung vom Februar 2016 stieß folglich auf scharfe Kritik bei traditionsorientierten Parteiverbänden. Auf einem Treffen des *Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden e.V.* und der thüringischen *Kommunistischen Plattform* (KPF) in Erfurt wiesen die Anwesenden „die Übernahme hegemonialer, antikommunistischer Deutungsmuster durch die Linkspartei"[1] entschieden zurück. Der frühere DDR-Historiker Ludwig Elm (geb. 1934) und Ekkehard Lieberam (geb. 1937), ehedem Professor für Staatstheorie und Verfassungsrecht an der Akademie der Wissenschaften der DDR, warfen der Landesregierung „Rechte Geschichtspolitik unter linker Flagge" vor. Sie plädierten für eine Rückkehr zum alten Ansatz der *Partei des Demokratischen Sozialismus* (PDS), die DDR als „Sozialismusversuch" mit „wertvollen Ergebnissen und Erfahrungen" zu würdigen. Wer die DDR als „Unrechtsstaat" abqualifiziere, bediene die „Totalitarismustheorie", verharmlose den Faschismus und beraube die Partei ihres Alleinstellungsmerkmals „einer differenzierten und gerechten Bewertung der DDR aus der Sicht von Antifaschisten, Friedensaktivisten, Sozialisten und Kommunisten."[2]

Im Unterschied zu früheren Jahren mied die Partei im Bundesvorsitz provokantes Auftreten. Mit Katja Kipping (geb. 1978) und Bernd Riexinger (geb. 1955) verfügte sie über ein professionelles Leitungsteam, das die heterogenen Parteiflügel zusammenhielt und nach außen für ein moderates Erscheinungsbild sorgte. Schärfere Töne kamen dagegen aus der Bundestagsfraktion, deren Vorsitz seit Oktober 2015 mit dem Tandem Dietmar Bartsch (geb. 1958)/Sahra Wagenknecht (geb. 1969) besetzt war. Während sich Bartsch um staatsmännisches Auftreten bemühte und Zuspitzungen vermied, setzte die einstige Frontfrau der *Kommunistischen Plattform* (KPD) immer wieder abweichende Akzente. Ihr EU-Skeptizismus und ihre Äußerungen über Grenzen der Aufnahme von Flüchtlingen vor den Landtagswahlen vom Frühjahr 2016 wurden der Tradition eines „Nationalbolschewismus" zugeordnet.[3] Für die Stimmenverluste in Sachsen-Anhalt und den verpassten Einzug in die Landesparlamente von Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg machte der ehemalige Fraktionsvorsitzende Gregor Gysi (geb. 1948) Wagenknecht mitverantwortlich.[4]

1 John Lütten, Sprache der Staatsräson. Thüringen: Podiumsdiskussion über Kurswechsel der Linkspartei bei Bewertung der DDR-Geschichte. Vorstandsmitglieder weichen Debatte aus, in: junge Welt vom 4. April 2016.
2 Ludwig Elm/Ekkehard Lieberam, Mit antikommunistischer Brille. Die Thüringer Landesregierung unter der Führung der Partei Die Linke delegitimiert die DDR und reproduziert herrschende Mythen über den sozialistischen Staat, in: junge welt vom 10. Juni 2016.
3 Vgl. Mechthild Küpper, Gedankenspiele eines Ehepaars, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21. März 2016, S. 4.
4 „Gysi macht Wagenknecht für Wahlverluste mitverantwortlich", in: Dresdener Neueste Nachrichten vom 16. März 2016.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Für Negativschlagzeilen vor den Landtagswahlen sorgte auch der Skandal um die Beschäftigung des früheren RAF-Terroristen Christian Klar (geb. 1952) im Deutschen Bundestag. Während sich der *Linken*-Abgeordnete Diether Dehm (1950), Arbeitgeber Klars, auf den Grundsatz der Resozialisierung berief, wiesen kritische Kommentatoren darauf hin, Klar habe sich nie von seinem früheren mörderischen Treiben distanziert.[5] Die Teilnahme Klars an der Trauerfeier für den ehemaligen DDR-Verteidigungsminister Keßler (im Jahr darauf) deutete der Extremismusforscher Klaus Schroeder als ostentative Geste der Ablehnung des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland.[6]

Die Mitgliederzahl der an Überalterung leidenden Partei sank 2016 erneut leicht – auf rund 58.900 (siehe Tab. 1). Das Bundesamt für Verfassungsschutz beobachtete im Jahr 2016 neben der KPF folgende innerparteiliche Gruppierungen der *Linken* als „offen extremistische" Zusammenschlüsse: die *Sozialistische Linke* (SL), die ein positives DDR-Bild verbreite; die *Arbeitsgemeinschaft Cuba Sí*, die eng mit kubanischen Regimeorganisationen zusammenarbeite; die seit Ende 2012 als formeller innerparteilicher Zusammenschluss verfasste *Antikapitalistische Linke* (AKL), die sich positiv auf Marx und Lenin beziehe und ihre Mitgliederzahl auf über 800 deutlich steigern konnte; die „orthodox" marxistischen Zusammenschlüsse *Marxistisches Forum* und *Geraer/Sozialistischer Dialog* sowie die trotzkistischen Vereinigungen *marx21* und *Sozialistische Alternative Voran* (SAV).[7] Die Mitgliederzahl dieser Zusammenschlüsse wurde insgesamt auf etwa 5.400 veranschlagt, was gegenüber dem Vorjahr eine deutliche Zunahme bedeutete. Dabei dürften Doppelmitgliedschaften zu berücksichtigen sein. Die stärkste der genannten Gruppierungen, die KPF, stagnierte bei etwa 1.200 Aktiven.

Enge Beziehungen unterhielt die KPF weiterhin zur *Deutschen Kommunistischen Partei* (DKP) mit ihren 3000 Mitgliedern Ende 2016.[8] Unter dem amtierenden Parteivorsitzenden Patrick Köbele (geb. 1962) waren der Marxismus-Leninismus und das Konzept der „Diktatur des Proletariats" wieder ins Zentrum der Parteiprogrammatik und -strategie gerückt. Dieser Kurs wurde vom 21. Parteitag der DKP (März 2016) mit Nachdruck bestätigt. Innerparteiliche Kritiker distanzierten sich davon vehement. Köbele begünstige eine „nostalgische Sicht auf den Realsozialismus" und stehe „einer kritischen Aufarbeitung der Fehler" im Wege. Es sei daher auch konsequent, wenn das „Versagen des Realsozialismus" als „Werk der Konterrevolution" mystifiziert werde.[9] Weniger kontrovers war die Würdigung der politischen Hinterlassenschaft Fidel Castro anlässlich seines Todes im November 2016. Kuba stehe

5 Vgl. Marc Felix Serrao, Christian Klar im Herzen des „Schweinesystems", in: Süddeutsche Zeitung vom 21. Februar 2016.
6 Vgl. Julia Haak, Frühere RAF-Terroristen nehmen Abschied von Heinz Keßler, in: Berliner Zeitung vom 8. Juni 2017.
7 Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2016, Berlin 2017, S. 141-147.
8 Vgl. ebd., S. 133.
9 „21. Parteitag der DKP – Der Salto rückwärts", in: www.kommunisten.de (8. Feburar 2016).

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Tabelle 1: SED, SED-PDS, PDS, Linkspartei.PDS, DIE LINKE – Mitgliederentwicklung, 1989-2016

Aug. 1989	2.300.000	Dez. 2003	65.800
Jan. 1990	700.000	Dez. 2004	61.400
Dez. 1990	281.000	Dez. 2005	61.300
Dez. 1991	172.600	Dez. 2006	60.200
Dez. 1992	146.700	Dez. 2007	71.700
Dez. 1993	131.400	Dez. 2008	76.000
Dez. 1994	123.800	Dez. 2009	78.000
Dez. 1995	114.900	Dez. 2010	73.700
Dez. 1996	105.000	Dez. 2011	69.500
Dez. 1997	98.600	Dez. 2012	63.800
Dez. 1998	94.600	Dez. 2013	63.800
Dez. 1999	88.600	Dez. 2014	60.600
Dez. 2000	83.500	Dez. 2015	59.000
Dez. 2001	77.800	Dez. 2016	58.900
Dez. 2002	70.800		

Quelle: Gerundete Parteiangaben; Verfassungsschutzbehörden.

„auch heute noch an der Seite der Unterdrückten in der Welt“ und leiste „überall solidarische Hilfe, wo sie nötig ist – unabhängig von der politischen Ausrichtung.“[10]

Dieses uneingeschränkt positive Urteil teilte die maoistische *Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands* (MLPD) mit ihren rund 1800 Mitgliedern (Ende 2016)[11] nicht. Castro habe Kuba zu einem „Anhängsel des sowjetischen Sozialimperialismus“ verkommen lassen. Die Misere Kubas sei Ergebnis des „Verrats am sozialistischen Weg der nationalen Befreiung“. Nur der Aufbau einer echten „marxistisch-leninistischen Partei“ könne einen neuen „Aufschwung des Kampfs für den echten Sozialismus einleiten“.[12]

Die monolithische Geschlossenheit der MLPD kontrastierte scharf mit dem Sektierertum der in Deutschland aktiven trotzkistischen Zirkel. Ihr ideologischer Dogmatismus ging mit hochgradiger strategischer Flexibilität einher. So engagierten sie sich teils in der *Linken* (*marx21*, SAV), teils eigenständig. Allerdings erklärte die seit 2011 nach dem Vorbild des französischen Nouveau Parti Anticapitaliste (NPA) entstandene *Neue antikapitalistische Organisation* (NaO) im August 2016 ihre Auflösung. Die vor allem in Berlin mit „revolutionären 1. Mai-Demos“ hervorgetretene Vereinigung sei an Menschen gescheitert, die „nicht bereit und in der Lage sind, an

10 „DKP und Linkspartei zum Tode Fidel Castros“, in: junge Welt vom 28. November 2016.
11 Vgl. Bundesministerium des Innern (FN 7), S. 133.
12 „Vom antiimperialistischen Kämpfer zum Vasallen der Sowjetunion“, in: Revolutionäre Fahne News vom 27. November 2016.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Sitzungen teilzunehmen“, und sich daran gewöhnt hätten, „dass rivalisierende Gruppen, Strömungen und Einzelpersonen darum wetteifern, wer denn nun der radikalste und revolutionärste sei, und wer denn nun immer recht habe.“[13]

Tabelle 2: Mitglieder linksextremistischer Organisationen, 2014-2016

	2014	2015	2016
Marxisten-Leninisten und andere revolutionäre Marxisten			
Kern- und Nebenorganisationen	21.100	20.300	21.800
hiervon DKP	3.000	3.000	3.000
MLPD	1.800	1.800	1.800
RH	6.500	7.000	8.000
Gewaltbereite Linksextremisten	7.600*	7.700	8.500

Quelle: Verfassungsschutzberichte 2015 und 2016. – * Ab 2014 „gewaltorientierte“ Linksextremisten mit der Teilmenge der „gewaltbereiten“.

Während das Mitgliederpotential der MLPD und trotzkistischer Gruppierungen in etwa gleich blieb, erhielt die *Rote Hilfe* (RH) erneut Zulauf (Ende 2016: 8.000[14]). Die Vereinigung verstand sich als linke „Solidaritätsorganisation“ zwecks Unterstützung „politisch Verfolgter“ im Kampf gegen das „repressive System“ der Bundesrepublik. Der Bundesvorstand unterstützte 2016 134 Personen mit insgesamt rund 74.000 Euro.[15] Meist handelte es sich um Gesetzesverstöße im Demonstrationsgeschehen. Ein herausragender Fall: „Die Genossin sitzt bereits seit längerer Zeit das gegen sie verhängte Urteil von sechseinhalb Jahren Haft nach § 129 b ab. Immer wieder mussten Verfahren gegen Justiz und Behörden geführt werden, um rechtswidriges Verhalten von Schließer_innen und der Knastleitung gegen sie zu unterbinden. Die Vorenthaltung von Zeitungen, Büchern, willkürliche Besuchsregelungen sowie knastinterne Maßregelungen sind der Alltag. Wehren sich Inhaftierte dagegen, erfolgen Anzeigen wegen Beleidigung oder Bedrohung. So auch im aktuellen Vorgang. Auch hier stellt die Justiz letztlich ein, um erst gar nicht die Schließer_innen und ihre Vorgesetzten in Verlegenheit zu bringen. Die Anwält_innenkosten werden zu 100 Prozent von der Roten Hilfe e. V. übernommen.“[16]

Militante mit RH-Unterstützung zählten auch zum „autonomen“ Spektrum, dem wie in den Vorjahren ein Großteil der polizeilich erfassten Gewalttaten zugerechnet wurde. Selten traten die Täter über einen längeren Zeitraum hinweg unter einem Gruppenlabel in Erscheinung. Meist erfolgten die Anschläge namenlos und ohne

13 Manuel Keller, Die Neue antikapitalistische Organisation (NaO) ist aufgelöst, unter: http:www.islinke.de/nao_bilanz.html (17. August 2016).
14 Vgl. Bundesministerium des Innern (FN 7), S. 137.
15 Vgl. „Geld her!“, in: Rote Hilfe Zeitung 42 (2016), H. 4, S. 4.
16 „Freiheit für alle politischen Gefangenen“, in: Rote Hilfe Zeitung 42 (2016), H. 4, S. 5.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Rechtfertigungsschreiben oder unter wechselnden Phantasiebezeichnungen. Als einer der „Hotspots“ galt wie in den Vorjahren die Bundeshauptstadt Berlin, wo Polizeieinsätze in teilweise illegal bewohnten Räumlichkeiten in der Rigaer Straße 94, ein „Symbol der Szene“, zu schweren Auseinandersetzungen führten. „Autonome“ rächten sich mit einer Vielzahl von Übergriffen: „Seit einer Woche spielen sich jede Nacht die gleichen Szenen ab: Autos werden in Brand gesetzt, Fensterscheiben eingeschmissen, Häuserfassaden beschmiert“[17] – mehr als 100 Straftaten in wenigen Tagen.

Im Rahmen des polizeilichen Erfassungssystems „Politisch motivierte Kriminalität“ (PMK) wurden 2016 im Phänomenbereich „links“ 1201 (2015: 1608) Gewalttaten erfasst, die eine gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtete Intention („linksextremistisch“) erkennen ließen. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr war zum einen die Folge abnehmender Mobilisierung im „Kampf gegen rechts“, da die „Flüchtlingskrise“ an Dramatik verlor und die Zahl konfrontativer Episoden vor Unterkünften Asylsuchender zurückging. Zum anderen gab es im Berichtsjahr keine Großereignisse von internationaler Bedeutung. Von zahlreichen Gewalttaten begleitet waren indes die Feiern zum Tag der Deutschen Einheit. Dresdener Autonome forderten dazu auf, die Veranstaltungen zum „Desaster“ werden zu lassen und zeigten auf einem Werbeplakat für gewaltsame Ausschreitungen ein brennendes Gebäude hinter einer Straßenschlacht mit der Polizei.[18] Überall im Bundesgebiet waren die bei Wahlen erfolgreiche AfD und ihre Repräsentanten Gegenstand zahlloser Übergriffe. Im der *Linken* nahestehenden Organ *Neues Deutschland* kam ein Autor zu Wort, der Gewalt „gegen Nazis“ rechtfertigte. Der Beitrag schloss mit einem Zitat: „Faschismus ist die höchste Form der Gewalt. Da musst du militant antworten können. Das geht sonst gar nicht. Also gewaltfreier Widerstand gegen Faschisten ist – wenn man die Geschichte des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkriegs und so weiter sieht – für mich absurd.“[19]

Auf Körperverletzungen entfiel wie in den Vorjahren ein beträchtlicher Teil der im Jahr 2016 verübten Gewalttaten mit linksextremistischem Hintergrund. In sechs Fällen wurde die Tat als versuchte Tötung gewertet. Die Zahl der Delikte, die Vorbereitungshandlungen erforderten und auf eine höhere Gewaltsystematik hindeuteten (wie Sprengstoffanschläge und Raubüberfälle) stieg an. Auch die Zahl der Brandanschläge nahm zu. So drangen unbekannte Täter im März 2016 auf ein Betriebsgelände in Leipzig ein; sie legten Feuer an acht Lastwagen, darunter fünf Fahrzeuge der Bundeswehr. Auf der Internetplattform *indymedia* hieß es: „Was hier kaputt gemacht wird, kann woanders keine Menschenleben zerstören. […] Deutsches Militär und deutsches Kapital anzugreifen ist praktische Herrschaftskritik, ist praktischer Antifaschismus.“[20]

17 Joseph Hausner, Linksextreme Krawalle nach Polizei-Einsatz, in: Focus vom 1. Juli 2016.
18 Autonomer Zusammenschluss Dresden, Antifa Action! Einheitsfeierlichkeiten zum Desaster machen!, unter: https://linksunten.indymedia.org/de/node/191875 (5. Oktober 2016).
19 Horst Schöppner, Gewalt gegen Nazis wirkt, in: Neues Deutschland vom 24. Mai 2016.
20 Zitiert nach: Bundesministerium des Innern (FN 7), S. 111.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Tabelle 3: Gesetzesverletzungen mit linksextremem Hintergrund, 2014-2016

	2014	2015	2016
Tötungsdelikte	7	8	6
Sprengstoffanschläge	1	4	7
Brandanschläge	62	69	134
Körperverletzungen	633	986	638
Raubüberfälle	15	21	23
Landfriedensbrüche und Widerstandsdelikte	231	472	341
Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Luft-, Schiffs- oder Straßenverkehr	44	46	50
Freiheitsberaubung	1	0	1
Erpressung	1	2	1
Gewalttaten insgesamt	995	1608	1201

Quelle: Verfassungsschutzberichte 2015 und 2016.

Das Gros der registrierten Gewaltdelikte rechneten die Sicherheitsbehörden unverändert Tätern aus der Szene der *Autonomen* zu, deren Anhängerpotential 2016 erneut (auf rund 6.800 Personen) stieg.[21] Gewalt gegen politische Kontrahenten, staatliche Einrichtungen und Vertreter der Sicherheitsbehörden galt als legitimes Mittel des „Widerstandes" gegen ein als repressiv wahrgenommenes politisches System. Dennoch wurde das Agieren der organisatorisch zersplitterten Szene von „postautonomen" linksrevolutionären Gruppen als unbefriedigend angesehen. Anfang Februar 2016 traten sich Vertreter der *Interventionistischen Linken* (IL) und des seit 2006 bestehenden *Ums-Ganze-Bündnisses* an der Universität in Frankfurt am Main, um zu beraten, wie man angesichts der Erfolge von AfD, Pegida und Co. wieder „in die Offensive" kommen könne. Es sei notwendig, eine „positive Utopie" zu entwickeln. Eine Antifa-Gruppe empfahl, sich am Beispiel linksrevolutionärer Kurden zu orientieren, die „im Norden Syriens und im Südosten der Türkei längst" versuchten, „Selbstverwaltung und Frauenemanzipation umzusetzen".[22] Darüber hinaus gelte es, gegen rechte „Brandstifter in Nadelstreifen" vorzugehen.

21 Vgl. Bundesministerium des Innern (FN 7), S. 95.
22 Gitta Düperthal, „Antifa, wir müssen reden", in: junge Welt vom 3. Februar 2016.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

3. Rechtsextremismus

Die NPD, bei Wahlen lange Zeit erfolgreichste Organisation am rechten Rand des politischen Spektrums, verlor im Berichtsjahr weiter an Einfluss. In Mecklenburg-Vorpommern büßte sie ihre letzte Landtagsvertretung ein.[23] Diese Niederlage „bedeutet eine erhebliche strukturelle, personelle, logistische und finanzielle Schwächung für den Landesverband Mecklenburg-Vorpommern, aber auch für die NPD insgesamt."[24] Der im Herbst 2014 neugewählte Parteivorsitzende Frank Franz (geb. 1978) machte bei der Anhörung im Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe Anfang März keine gute Figur. Er zeigte Unsicherheit bei der Kenntnis der NPD-Parteiprogrammatik und ruderte angesichts von Äußerungen wie „Integration ist Völkermord" zurück: „wir sagen nicht, nur weil jemand anders aussieht, muss er die Bundesrepublik verlassen". Die NPD wolle auch Flüchtlingen nicht „jeglichen Anspruch auf Nahrung absprechen".[25]

NPD-Mitglieder traten macherorts im Kontext gewaltsamer Ausschreitungen gegen Flüchtlingsheime in Erscheinung. So nahm die Polizei im brandenburgischen Nauen drei Tatverdächtige unter dem Verdacht der Brandstiftung an einer als Unterkunft für Asylsuchende vorgesehenen Turnhalle fest. Der Landesinnenminister sprach von einer „rechten Stadtguerilla"[26], die konspirativ agiert und systematisch Anschläge geplant habe. Insgesamt gelang es der NPD nicht, aus der „Flüchtlingskrise" Kapital zu schlagen. Die Zahl ihrer Mitglieder ging nach Informationen der Verfassungsschutzbehörden zurück, auf rund 5.000 Ende 2016 (5.200 Ende 2015).

Die Schwäche der NPD kontrastierte mit der Stärke der gemäßigteren und in ihrem Habitus bürgerlicher erscheinenden AfD, die in differenzierterer Form tatsächliche oder vermeintliche Missstände der Migration anprangerte. Sie profitierte von der anhaltend hohen Besorgnis der Bürger im Blick auf die Bewältigung der Folgen der Massenmigration und einer Serie dschihadistischer Anschläge in Deutschland und anderen europäischen Staaten, die dem Thema höchste Aufmerksamkeit garantierten. Politisch suchte die Partei den Schulterschluss zu den erfolgreichen rechtspopulistischen Formationen in europäischen Nachbarländern. Anfang Juni traf sich die Parteivorsitzende Frauke Petry (geb. 1975) mit dem Bundesparteiobmann der Freiheitlichen Partei Österreichs, Heinz Christian Strache (geb. 1969), medienwirksam auf der Zugspitze, um dem Ziel einer engen Kooperation eurokritischer Parteien näher zu kommen.[27] Ein anderes Vorstandsmitglied, Alexander Gauland (geb 1941), provozierte in der Öffentlichkeit mit der Aussage, die Leute fänden

23 Vgl. den Beitrag von Eckhard Jesse, Wahlen 2016, in diesem Band.
24 Bundesministerium des Innern (FN 7), S. 71.
25 Zitiert nach Frank Jansen, Richter stellen Verbotsbefürwortern harte Fragen, in: Der Tagesspiegel vom 3. März 2016.
26 Jens Schneider, „Klima der Angst", in: Süddeutsche Zeitung vom 5./6. März 2016.
27 „Streit in der AfD", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10. Juni 2016.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

den (dunkelhäutigen) Fußballspieler Boateng gut, wollten ihn aber keinesfalls als Nachbarn haben.[28]

Einen Skandal löste das Bekanntwerden verschwörungstheoretischer Schriften des pensionierten Arztes und baden-württembergischen AfD-Abgeordneten Wolfgang Gedeon (geb. 1947) aus. Zwar leugnete der einstige KPD/ML-Maoist den Holocaust nicht, hielt aber die „Protokolle der Weisen von Zion" für authentisch.[29] Der Fall löste auch innerhalb der AfD heftige Turbulenzen aus – vor allem in der Landtagsfraktion in Stuttgart. Fraktionschef Jörg Meuthen (geb. 1961) erzwang den Fraktionsausschluss Gereons nach einer fehlgeschlagenen Abstimmung, indem er mit zwölf weiteren Abgeordneten die Fraktion verließ – und sie alsbald rekonstituierte.[30] Meuthen, der als Repräsentant einer vergleichsweise gemäßigten AfD galt, nahm Anfang Juli am Treffen des rechten Parteiflügels (*Der Flügel*) um den thüringischen Fraktionschef Björn Höcke (geb. 1972) am Kyffhäuser teil. Beobachter sprachen von einer Aufwertung der Kreise um Höcke innerhalb der AfD. Nach der Einstellung des Ausschlussverfahrens gegen Höcke habe dieser nun seine innerparteiliche Machtstellung weiter gefestigt.[31]

Die innerparteilichen Querelen schienen der Partei nicht zu schaden. War die AfD vor allem infolge ihrer Spaltung im Jahr 2015 geschrumpft, steigerte sie ihren Mitgliederbestand von 16.400 Ende 2015 auf 26.400 Ende 2016.[32] Im Vergleich zur NPD war dies eine äußerst komfortable Position. Umso mehr galt das für die kleinen NPD-Konkurrenten am rechten Rand. Die *Pro-Bewegung* mit ihren kommunalen Hochburgen in Nordrhein-Westfalen litt an internen Auseinandersetzungen und beschloss, sich einstweilen auf die kommunale Ebene zu konzentrieren.[33] Ein ehemaliges Pro NRW-Mitglied, Kevin Krieger (geb. 1991), übernahm im November 2016 den Bundesvorsitz der bei Wahlen erfolglosen Partei.[34] Die NS-affinen Kleinparteien *Die Rechte* und *Der Dritte Weg* fungierten als Auffangorganisationen für verbotene oder vom Verbot bedrohte „Kameradschaften"[35] und konnten die Zahl ihrer Mitglieder erneut leicht erhöhen (siehe Tab. 4).

28 Vgl. „Wie sich Gauland zu rechtfertigen versucht", in: Spiegel Online vom 31. Mai 2016.
29 Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Mehr Geschichtsverdrehungen und Verschwörungstheorien des AfD-Landtagsabgeordneten Wolfgang Gedeon, in: Hagalil vom 2. Juni 2016.
30 Vgl. Jan Friedmann, Der Chaos-Tag von Stuttgart, in: Spiegel Online vom 5. Juli 2016.
31 Linda Hinz, Vom Schmuddelkind zum Schattenchef, in: Focus Online vom 10. Juli 2016.
32 Vgl. Oskar Niedermayer, Parteimitglieder in Deutschland – Version 2017, Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 27, Berlin 2016, S. 2.
33 Vgl. Bundesministerium des Innern (FN 7), S. 76 f.
34 Vgl. Ronald Micklich, Kevin Krieger – neu gewählter Bundesvorsitzender der REP mimt Adolf Hitler, in: Bergische Stimme vom 18. Dezember 2016.
35 Vgl. Marc Brandstetter, Parteigründungen als Reaktionen auf staatliche Verbote, in: Uwe Backes/Alexander Gallus/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 28, Baden-Baden 2016, S. 188-206.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Tabelle 4: Mitglieder rechtsextremistischer Organisationen, 2014-2016

	2014	2015	2016
„Subkulturelle“	7.200	8.200	8.500
Neonationalsozialisten	5.600	5.800	5.800
Die Rechte	500	650	700
Der III. Weg	200	300	350
NPD	5.200	5.200	5.000
Pro NRW	950	500	500
Sonstige	2.500	3.200	3.500

Quelle: Verfassungsschutzberichte 2015 und 2016.

Mitglieder der *Rechten* engagierten sich (neben Aktivisten der *Nürnberger Patrioten gegen die Islamisierung des Abendlandes* [NÜGIDA] und Hooligans) auch in der von den Behörden sogenannten *Bamberger Mischszene*. Gegen sechs Mitglieder erhob die Staatsanwaltschaft Bamberg im Juli 2016 Anklage wegen des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung. Den Beschuldigten wurde u.a. ein Brandanschlag auf eine Notunterkunft für Asylsuchende zur Last gelegt.[36]

Im Rahmen des polizeilichen Erfassungssystems „Politisch motivierte Kriminalität“ erfasste die Polizei 2016 im Phänomenbereich „rechts“ 1.600 (2016: 1.408) Gewalttaten, die zugleich als verfassungsfeindlich galten. Der Anteil der „fremdenfeindlichen“ Gewalttaten nahm nochmals zu, während der Prozentsatz der Konfrontationsdelikte „gegen Linke“ etwas zurückging.[37] Die weitaus meisten Delikte (etwa 80 Prozent) entfielen auf Körperverletzungen – mit weitem Abstand gefolgt von ganz überwiegend im Demonstrationsgeschehen verübten Gesetzesverletzungen. Die Zahl der Brandanschläge erhöhte sich. Gewalttaten, die auf ein höheres Organisations- und Planungsniveau schließen lassen (wie Sprengstoffanschläge und Raubüberfälle), blieben quantitativ unbedeutend. Eine in dieser Hinsicht relevante Gruppierung war die *Gruppe Freital*, der u.a. mehrere Sprengstoff-Attentate auf Flüchtlingsunterkünfte im sächsischen Freital und ein alternatives Wohnprojekt in Dresden zur Last gelegt wurden. Im April 2016 nahm die Polizei fünf mutmaßliche Mitglieder fest. Der Generalbundesanwalt warf ihnen vor, „sich spätestens ab Juli 2015 mit weiteren Gleichgesinnten zu der rechtsterroristischen Vereinigung ‚Gruppe Freital‘ zusammengeschlossen zu haben, wobei die Beschuldigten Timo S. und Patrick F. die zentralen Führungspositionen übernommen haben sollen. Den bisherigen Ermittlungen zufolge war es das Ziel der Vereinigung, Sprengstoffanschläge auf Asylbewerberunterkünfte sowie Wohnprojekte von politisch Andersdenkenden zu begehen.“[38]

36 Vgl. Bundesministerium des Innern (FN 7), S. 44; Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2016, München 2017, S. 167 f.
37 Vgl. Bundesministerium des Innern (FN 7), S. 24 f.
38 Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof, Pressemitteilung Nr. 23 vom 19. April 2016.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Tabelle 5: Gesetzesverletzungen mit rechtsextremem Hintergrund, 2014-2016

	2014	2015	2016
Tötungsdelikte	1	8	19
Sprengstoffanschläge	6	18	10
Brandanschläge	21	99	113
Körperverletzungen	871	1.116	1.313
Raubüberfälle	8	23	16
Landfriedensbrüche und Widerstandsdelikte	68	126	97
Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Luft-, Schiffs- oder Straßenverkehr	5	10	13
Freiheitsberaubung	1	0	2
Erpressung	7	7	16
Sexualdelikte	2	1	1
Gewalttaten insgesamt	990	1.408	1.600

Quelle: Verfassungsschutzberichte 2015 und 2016.

Das Bundeskriminalamt erfasste bis zum 27. Dezember 2016 921 (2015: 1031) „Attacken auf Asylunterkünfte", davon 857 mit „rechtsradikalem Hintergrund". 152 (2015: 173) waren Gewalttaten, 66 davon Brandstiftungen.[39]

Im März 2016 hatte der Bundesinnenminister die neonationalsozialistische Gruppierung *Weiße Wölfe Terrorcrew* verboten, eine im Jahr 2008 aus einer Fangruppe der nordrhein-westfälischen Skinheadband *Weiße Wölfe* entstandene Vereinigung. Am Rande von Treffen der Führungsebene war es immer wieder zu „gewalttätigen Übergriffen zum Beispiel auf Menschen mit Migrationshintergrund, (vermeintliche) Angehörige der linksextremistischen Szene und Polizeibeamte"[40] gekommen.

In einer großangelegten Fahndungsaktion ging die Polizei im Januar 2016 gegen die rechtsextremistische Internetplattform *Altermedia Deutschland* vor. Die Beamten durchsuchten Wohnobjekte in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Berlin, Thüringen und im katalanischen Lloret de Mar. Laut Innenministerium waren auf der Plattform „rassistische, ausländerfeindliche, antisemitische, homophobe und islamfeindliche Inhalte" verbreitet worden. Zwei Betreiber, die 47-jährige Jutta V. und der 27-jährige Ralph Thomas K., wurden wegen des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung festgenommen.[41]

39 Vgl. „Mehr als 900 Angriffe auf Flüchtlingsheime", unter: https://www.tagesschau.de/inland/bka-fluechtlingsunterkuenfte-statistik-101.html (28. Dezember 2016).
40 Bundesministerium des Innern (FN 7), S. 43.
41 Vgl. „Macher von ‚Altermedia' verhaftet", unter: http://www.n-tv.de/politik (16. März 2016).

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Große öffentliche Aufmerksamkeit erregte die – schwer auf einen Nenner zu bringende und nur teilweise dem Rechtsextremismus zuordnende – Szene der *Reichsbürger* und *Selbstverwalter*.[42] Dass sie oft zu pauschal als Sammelbecken für harmlose Spinner beurteilt worden waren, zeigten zwei Vorfälle. Im sachsen-anhaltinischen Reuden lieferte sich ein *Reichsbürger* im August 2016 anlässlich einer Zwangsräumung einen Schusswechsel mit der Polizei. Und im Oktober kam ein Beamter in Georgensgmünd (Bayern) ums Leben, als Einsatzkräfte den Versuch unternahmen, bei einem *Reichsbürger* Schusswaffen in Gewahrsam zu nehmen. Der Mann war bewaffnet, trug eine Sicherheitsweste und eröffnete das Feuer.[43]

4. Politisch-religiöser Fundamentalismus

Politisch-religiöse Fundamentalismen aus der christlich geprägten Mehrheitskultur waren im Berichtsjahr ebenso wenig von politischer Relevanz wie Gruppierungen jüdischer, buddhistischer oder hinduistischer Provenienz.[44] Dagegen stellten nach einem Gottesstaat strebende islamische Extremisten unverändert eine ernste Herausforderung für die innere Sicherheit dar. Zwar fiel die entsprechende Personengruppe unter den in Deutschland lebenden Muslimen quantitativ kaum ins Gewicht (weniger als ein Prozent); durch ihre Gewaltneigung und/oder ihre Verbindungen zu einflussreichen Unterstützern im Ausland blieb diese Gruppe aber im Zentrum sicherheitsbehördlicher Aufmerksamkeit.

Erstmals war Deutschland im Berichtsjahr von einer Serie gravierender dschihadistischer Anschläge betroffen. Am Hauptbahnhof Hannover griff eine Minderjährige mit deutscher und marokkanischer Staatsangehörigkeit im Februar einen Polizisten mit einem Messer an und verletzte ihn lebensgefährlich. Im April detonierte ein Sprengsatz in einem Gebetshaus der Sikh-Gemeinde in Essen. Im Juli attackierte ein minderjähriger Asylsuchender andere Reisende in einem Regionalzug bei Würzburg mit einem Beil. Und im Dezember schließlich steuerte ein tunesischer Staatsangehöriger einen LKW in die Menschen auf dem Weihnachtsmarkt am Berliner Breitscheidplatz. Zwölf Personen wurden getötet und mehr als 50 zum Teil schwer verletzt. Alle Täter standen mit dem *Islamischen Staat* (IS) in Verbindung oder handelten nach eigenen Aussagen in seinem Namen.[45] Professionelle Beobachter wiesen auf die militärische Defensive der Miliz in den von ihr eroberten Gebieten hin. Um militärische Schwäche zu kompensieren, gewinne die Strategie des Terrors an Bedeutung. Das Konzept des „Leaderless Dschihad" (Terrorzellen oder Einzelkämpfer mit allenfalls loser Verbindung zum IS) diene dazu, von den Verlusten in Syrien und im Irak abzulenken – und bei den Sympathisanten in Europa den Eindruck zu erwe-

42 Vgl. den Beitrag von Jan Freitag, Michael Hüllen und Yasemin Krüger in diesem Band.
43 Vgl. Bundesministerium des Innern (FN 7), S. 95.
44 Vgl. zum christlichen Fundamentalismus politisch marginaler Gruppierungen Alexander Kühn, Christlicher Extremismus in Deutschland, Leipzig 2017.
45 Vgl. Bundesministerium des Innern (FN 7), S. 173 f.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

cken, die Organisation sei weit weniger geschwächt worden, als es die militärische Lage im Kernland nahelege. Noch in einer seiner letzten öffentlichen Äußerungen vor dem Tod bei einem Luftangriff an der Frontlinie nördlich von Aleppo soll der zeitweilige Chef der IS-Auslandsoperationen, al-Adnani, zu „lone wolf"-Anschlägen aufgefordert haben.[46] Je mehr der IS auf seinem Territorium in Bedrängnis geriet, desto größer würde der Strom der Heimkehrer sein, unter ihnen nicht wenige, die bereit seien, ihren Kampf in Europa fortzuführen. Die Zahl der potentiellen Heimkehrer in europäische Ländern wurde auf 4.000 geschätzt.[47] Die Sicherheitsbehörden warnten vor „Schläferzellen", die sich möglicherweise seit längerem in europäischen Ländern befänden und auf ihre Aktivierung warteten.

Eine besonders hohe Gefährdung ging von den – u.a. vom saudi-arabischen Wahhabismus beeinflussten – Gruppierungen der „Salafisten" aus, die bereits in den Vorjahren lebhaften Zulauf verzeichnet hatten. Die Zahl der Aktiven stieg nochmals auf rund 9.700 Ende 2016 (2015 rund 8.350).[48] Es handelte sich um eine heterogene Gruppe, die teils vorzugsweise durch die Verbreitung von Wort und Schrift für ihre Ziele warb, teils aber auch zum Dschihadismus neigte und entsprechende Radikalisierungsprozesse begünstigte. Immerhin entstammten 96 Prozent der behördlich erfassten Personen, die vom Jahr 2012 an bis zum Juli 2016 nach Syrien und in den Irak ausgereist waren, dem „salafistischen Spektrum".[49] Von denen, über die Informationen zu den Aktivitäten in den Ausreiseländern vorlagen (etwa die Hälfte), schlossen sich 80 Prozent dem IS, sechs Prozent der *Junud al Sham* und acht Prozent der *Jabhat al Nusra* an.[50] Keineswegs handelte es sich um ein ausschließlich durch Migration kurz- oder mittelfristig entstandenes Problem, denn 61 Prozent der Ausgereisten waren in Deutschland geboren, 62 Prozent besaßen die deutsche Staatsangehörigkeit (35 Prozent nur diese). 134 Personen waren bekanntermaßen zum Islam konvertiert.[51]

Von den namhaft gewordenen Ausgereisten befanden sich Ende Juni 2015 35 Prozent wieder in Deutschland; zwölf Prozent waren in Haft. Etwa ein Viertel zeigte sich gegenüber den Sicherheitsbehörden kooperationsbereit.[52] Die von der Personengruppe ausgehende potentielle Gefährdung wurde als äußerst hoch bewertet, auch wenn einige von ihnen desillusioniert zurückgekehrt waren. Im Laufe des Jahres 2016 erfolgten zahlreiche Festnahmen mutmaßlicher Mitglieder dschihadistischer Gruppierungen und des IS. Gegen den im Dezember 2015 verhafteten Islamprediger

46 Rukmini Callimachi, How a Secretive Branch of ISIS built a Global Network of Killers, in: New York Times vom 3. August 2016.
47 Vgl. Fawaz A. Gerges, The Strategic Logic of the Islamic State, in: Project Syndicate vom 9. August 2016.
48 Vgl. Bundesministerium des Innern (FN 7), S. 155.
49 Bundeskriminalamt/Bundesamt für Verfassungsschutz/Hessisches Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus, Analyse der Radikalisierungshintergründe und -verläufe der Personen, die aus islamistischer Motivation aus Deutschland in Richtung Syrien und Irak ausgereist sind (Fortschreibung 2016), o.O. 2016, S. 17.
50 Vgl. ebd., S. 29.
51 Vgl. ebd., S. 15-17.
52 Vgl. ebd., S. 30 f.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Sven Lau (geb. 1980)[53] erhob der Generalbundesanwalt im April 2016 Anklage. Er habe als „eine Anlaufstelle für Kampf- und Ausreisewillige, insbesondere aus der salafistischen Szene im Großraum Düsseldorf" fungiert und ein „Bindeglied zu der in Syrien agierenden" *Jaish al-muhajirin wa-l-ansar* (JAMWA) gebildet. „Dieser Kontakt beruhte auf einer engen persönlichen und religiösen Beziehung zu zwei deutschen Konvertiten. Einer von ihnen war Mustafa C., der sich gegenwärtig vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf wegen Mitgliedschaft in der ausländischen terroristischen Vereinigung JAMWA zu verantworten hat […].Eine weitere Person, die Sven L. im September 2013 an die JAMWA vermittelte, fügte sich wider Erwarten nicht in deren Kampfgruppe ein." Ende September 2013 sei Lau nach Syrien gereist. „Auf Bitten des Gruppenführers" habe er diese Person „aus dem Kampfverband" entfernt. „Bei dieser Gelegenheit überbrachte Sven L. Ismail I. Bargeld in Höhe von 250 Euro. Zudem erhielt er den Auftrag, Nachtsichtgeräte für die JAMWA zu beschaffen. Zurück in Deutschland kaufte Sven L. daraufhin über eine Kontaktperson drei Nachtsichtgeräte im Gesamtwert von 1.440 Euro und verbrachte sie Ende Oktober 2013 entweder selbst oder über eine islamistische Hilfsorganisation in das Basislager der JAMWA nach Syrien."[54]

Anfang Oktober brachten syrische Landsleute den europaweit gesuchten Dschihadisten Jaber Albakr (1994-2016) in Chemnitz in ihre Gewalt und übergaben ihn der Polizei, nachdem diese zuvor bei einem Festnahmeversuch gescheitert war. Albakr war dringend verdächtig, einen „Anschlag mit hochexplosivem Sprengstoff in Deutschland"[55] zu planen. Der Selbstmord Albakrs wenige Tage später in der Justizvollzugsanstalt Leipzig löste öffentliche Kontroversen aus. Eine Untersuchungskommission stellte im Januar 2017 zahlreiche Fehler und Versäumnisse der Ermittlungs- und Strafvollzugsbehörden fest.[56]

Einen Schlag gegen die salafistische Szene in Nordrhein-Westfalen bedeutete die Verhaftung des radikalen Predigers Ahmad Abdulaziz Abdullah A. („Abu Walaa"; geb. 1984) und weiterer Gesinnungsgenossen Anfang November. Der Prediger war bei zahlreichen salafistischen Veranstaltungen als Redner in Erscheinung getreten. „Ziel des von ihm angeführten Netzwerks" sei es gewesen, Personen an den IS zu vermitteln. „Dabei kam den Beschuldigten Hasan C. und Boban S. die Aufgabe zu, Gleichgesinnten und Ausreisewilligen neben der arabischen Sprache auch radikal-islamische Inhalte zu lehren. Der Unterricht diente dazu, die ideologischen und sprachlichen Grundlagen für eine zukünftige Tätigkeit beim ‚IS', insbesondere für die Teilnahme an Kampfhandlungen, zu schaffen. Dem Beschuldigten Ahmad Ab-

53 Zur Person vgl. Nina Wiedl/Carmen Becker, Populäre Prediger im deutschen Salafismus. Hassan Dabbagh, Pierre Vogel, Sven Lau und Ibrahim Abou Nagie, in: Thorsten Gerald Schneiders (Hrsg.), Salafismus in Deutschland. Ursprünge und Gefahren einer islamisch-fundamentalistischen Bewegung, Bielefeld 2014, S. 187-215.

54 Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof, Pressemitteilung Nr. 20 vom 12. April 2016.

55 Stefan Locke/Eckart Lohse, In tödlicher Mission, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11. Oktober 2016, S. 2.

56 „Ermittlungskommission sieht grobe Fehler im Fall al-Bakr", unter: http://www.mdr.de/sachsen/expertenkommision-fall-al-bakr-abschlussbericht-100.html (29. Januar 2017).

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

dulaziz Abdullah A. war es vorbehalten, Ausreisen zu billigen und zu organisieren, wobei er mit der konkreten Umsetzung die Beschuldigten Mahmoud O. und Ahmed F. Y. beauftragte."[57]

Bereits einen Monat zuvor hatte der Bundesinnenminister das Verbot der Vereinigung *Die Wahre Religion* verfügt, die in zahlreichen Städten durch Koranverteilaktionen („Lies!") hervorgetreten war.[58] Als deren Kopf galt der in Köln lebende Prediger Ibrahim Abou-Nagie (geb. 1964). Dem Palästinenser sei es gelungen, so ein journalistischer Beobachter, „mit seinen salafistischen Botschaften vor allem junge Leute mit ausländischen Wurzeln anzusprechen, die sich von der deutschen Mehrheitsgesellschaft ausgeschlossen fühlen und auf der Suche nach Sinn und Orientierung sind."[59]

Insgesamt bildeten Anhänger des internationalen Dschihadismus und sonstiger gewaltorientierter Gruppierungen unter den behördlich erfassten islamischen Extremisten eine kleine, wenn auch wachsende, Minderheit. Allerdings wichen die Verfassungsschutzämter in ihrer Einschätzung des Gesamtpotentials islamischer Extremisten von früher genannten Zahlen ab. Dies war u.a. die Folge einer veränderten Einordnung der in der Türkei verbotenen, in Deutschland legal tätigen Vereinigung *Millî Görüş* (IGMG), die bis 2014 mit ihren mehrere Zehntausend umfassenden Mitgliedern und zahlreichen Moschee- und Kulturvereinen generalisierend als extremistisch eingestuft worden war.[60] Zwar sprachen die Behörden in älteren Berichten von Mäßigungsprozessen innerhalb der Organisation, zweifelten aber an deren ostentativen Bekenntnissen zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung, da die IGMG ihre Verbindungen zur türkischen, in Deutschland durch eine Auslandsvertretung präsenten *Saadet Partei* (SP) und zum ideologischen Erbe des Organisationsgründers Necmettin Erbakan (1926-2011) pflegte. Die Behörden gingen folglich dazu über, nur Teilstrukturen der Vereinigung als „extremistisch" einzuordnen. Im Bericht für das Jahr 2016 schätzte das Bundesamt für Verfassungsschutz die Zahl der „extremistischen Anhänger" wie im Vorjahr auf „bis zu 10.000 Personen". Die extremistische Tendenzen wurden vor allem mit häufigen antisemitischen Äußerungen in der Zeitschrift *Millî Gazete* begründet.[61]

Weniger Dissens bestand im Blick auf legalistische islamistische Vereinigungen, deren Aktivitäten in Deutschland größtenteils auf die Unterstützung ihrer Mutterorganisationen im Ausland gerichtet waren. Dies galt etwa für die 1.040 Anhänger der *Muslimbruderschaft* (MB), die sich um die Vereinigungen *Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V.* (IGD) und *Muslimische Jugend in Deutschland e.V.* (MJD) scharten. Die auf ca. 320 Personen geschätzten Anhänger der „Islamischen Wider-

57 Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof, Pressemitteilung Nr. 55 vom 8. November 2016.
58 Vgl. Bundesministerium des Innern (FN 7), S. 183 f.
59 Reiner Burger, Franchise-System der Salafisten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17. August 2016, S. 3.
60 Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2013, Berlin 2014, S. 248-256.
61 Vgl. Bundesministerium des Innern (FN 7), S. 184-187.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Tabelle 6: Mitglieder islamistischer Organisationen, 2014-2016

	2014	2015	2016
IGMG	?	10.000	10.000
MB	1.000	1.040	1.040
Hizb Allah	950	950	950
Türkische Hizbullah	360	360	400
Hizb ut-Tahrir	300	320	320
HAMAS	300	300	320
Tablighi Jama'at	700	650	650
Nordkaukasische Separatistenbewegung	220	200	?
Salafisten	7.000	8.350	9.700

Quelle: Verfassungsschutzberichte 2015 und 2016.

standsbewegung" *HAMAS* in Deutschland hatten 2013 durch die Entmachtung Mursis in Ägypten und die Parteinahme für Teile der syrischen Opposition ihre wichtigsten Unterstützer eingebüßt und konzentrierten sich auf Hilfen für ihre Mutterorganisation.[62] Gleichsam auf der anderen Seite der Front standen die rund 900 Anhänger der schiitisch-islamistischen *Hizb Allah*, denn die am Iran orientierte schiitisch-fundamentalistische, aggressiv-antiisraelisch agierende Partei im Libanon unterstützte mit ihren bewaffneten Kräften das syrische Militär.[63]

Als *Türkische Hizbullah* beobachteten die Behörden in Deutschland lebende Funktionäre einer in Nordkurdistan teilweise gewaltsam operierenden Organisation überwiegend sunnitischer Kurden, die auf die Errichtung eines islamischen Gottesstaates in der Türkei hinarbeiteten. Die Anhänger, deren Zahl leicht stieg (Ende 2016 rund 400 Personen), sammelten Spenden, verteilten Publikationen und veranstalteten Zusammenkünfte zur Unterstützung ihrer Gesinnungsgenossen in der Heimat.[64]

Das gegen die panislamistische Vereinigung *Hizb ut-Tahrir* (die Zahl der Aktiven lag unverändert bei rund 320 Ende 2016) verhängte Betätigungsverbot in Deutschland bestand fort. Ihre Anhänger agierten konspirativ und halfen ihren Gesinnungsgenossen in den syrischen Rebellengebieten.[65]

Die Zahl der Aktiven der 1926 in Indien entstandenen, den Lehren der islamistischen Deoband-Schule verpflichteten Missionierungsbewegung *Tablighi Jama'at* (TJ) blieb unverändert (Ende 2016 ca. 650). „Die Aktivitäten der TJ in Deutschland werden über informelle Kontakte in einem hierarchisch aufgebauten Netzwerk her-

62 Vgl. Bundesministerium des Innern (FN 7), S. 198.
63 Vgl. ebd., S. 200.
64 Vgl. ebd., S. 201.
65 Vgl. ebd., S. 202.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

ausragender Akteure koordiniert. Dabei liegt der Schwerpunkt auf der Werbung neuer Anhänger, der Missionierung und der Durchführung ideologischer Schulungen.“[66]

5. Vergleich und Ausblick

Fremdenfeindlich motivierte Gewalt vor allem gegen Migrantenunterkünfte blieb auch 2016 im Zentrum medialer Aufmerksamkeit. Zwar ging die Zahl der in Deutschland ankommenden Flüchtlinge deutlich zurück, doch Exzesse des dschihadistischen Terrorismus in Deutschland und die muslimische Identität der Mehrheit der Ankommenden verliehen den Hassparolen militanter Asylgegner in Teilen der Bevölkerung scheinbare Plausibilität. Zugleich lösten sie die wütenden Abwehrreaktionen linksmilitanter „Antifaschisten“ aus, die mit Gewalt gegen ihre Antipoden wie Repräsentanten eines Staates vorgingen, dem sie heimliche Komplizenschaft mit Rechtsextremisten unterstellten. So fand die in der zweiten Jahreshälfte 2015 begonnene Eskalation extremistisch motivierter Gewalt auch noch im Jahr 2016 ihre Fortsetzung.

Diese Prozesse wirkten auf das deutsche Parteiensystem ein. Dies galt weniger für die – vom Verbot bedrohte und ohnehin geschwächte – NPD als für eine nach rechts rückende AfD, deren nationalistischer Flügel auf die Mobilisierung euroskeptischer, chauvinistischer, nativistisch-identitärer und muslimfeindlicher Emotionen setzte und von den „Gida“-Protesten zu profitieren hoffte. Die nach „rechts“ wie „links“ schillernden Inhalte der Protestierenden beschäftigten auch die *Linke*, deren Parteibasis für solche Streitthemen kaum weniger empfänglich war und deren Führung fürchten musste, auf dem Wählermarkt gegenüber der Konkurrenz am rechten Rand zurückzufallen.

Mit Blick auf das Jahr 2017 stellten sich Fragen wie die folgenden: Würde die vom Verbot bedrohte NPD weiter an Bedeutung verlieren und die AfD weiter nach rechts rücken? Könnte die AfD in eine ähnliche Rolle schlüpfen wie die erfolgreichen rechtspopulistischen Parteien in Frankreich, den Niederlanden und Österreich? Würde ihr der Einzug in den Deutschen Bundestag gelingen – und damit ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur politischen Etablierung? Würde die *Linke* dadurch indirekt geschwächt oder vollends auf einen linkspopulistischen Kurs gebracht? Konnte sich das eskalative Potential der „rechten“, „linken“ und dschihadistischen Gewalt in seinen mannigfachen Wechselwirkungen weiter erhöhen? Und schließlich: Würde die militärische Schwächung des IS in Syrien und im Irak für anhaltende Präsenz des internationalen Terrorismus auch in Deutschland sorgen?

66 Vgl. ebd., S. 205.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Dokumentation 2016: Wahrscheinlichkeitsrechnung und wehrhafte Demokratie Das Nicht-Verbot der NPD durch das Bundesverfassungsgericht

Von Alexander Gallus

1. Präsentation

Die höchstrichterliche Feststellung der verfassungswidrigen Ziele und des damit einhergehenden Verhaltens einer Partei und ihrer Anhänger hatte bislang zwei Parteiverbote zur Folge: 1952, als gegen die *Sozialistische Reichspartei*, faktisch eine Nachfolgeorganisation der NSDAP, vom Bundesverfassungsgericht ein Verbot verhängt wurde, und 1956, als sich die KPD dem Richterspruch zu beugen hatte. Zu weiteren Parteiverboten kam es seitdem nicht, obgleich insbesondere der Bundesrat als Vertreter der Länder sich ein solches für die *Nationaldemokratische Partei Deutschlands* gewünscht hätte. Er war nämlich jenes antragsberechtigte Organ, das 2013 ein Verfahren gegen die NPD beim Bundesverfassungsgericht in die Wege geleitet hatte. Zuvor war bereits im Jahr 2003 ein 2001 durch die Bundesregierung, den Bundestag und den Bundesrat angestrengter Prozess gegen die NPD wegen Verfahrensfehlern („V-Mann-Affäre") eingestellt worden, ohne die Frage nach der Verfassungswidrigkeit überhaupt zu beantworten.[1] Am 17. Januar 2017 aber sprach der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts mit sieben Richtern unter dem Vorsitz seines Präsidenten Andreas Voßkuhle ein Urteil in der Sache: Es wies darin den Verbotsantrag in einer einstimmig beschlossenen Entscheidung als unbegründet zurück, obwohl es den verfassungswidrigen Charakter der rechtsextremistischen Partei in vielerlei Hinsicht nahelegte. „Verfassungswidrig, aber nicht verboten!" – so lautete daher die Überschrift eines ersten rechtswissenschaftlichen Kommentars in der *Neuen Juristischen Wochenschrift*.[2]

Anhand der hier dokumentierten Leitsätze zum Urteil lässt sich der Argumentationsweg des Gerichts in gebündelter Form nachvollziehen und erkennen, welche Anforderungen es an das wohl schärfste Instrumentarium der streitbaren Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland stellt. Das grundsätzliche Dilemma, nämlich die „schwierige Gratwanderung zwischen der Scylla des Zuviel an Parteifreiheit und der Charybdis des Zuwenig", bleibt freilich bestehen. Hinzu kommt das Problem des

1 Dazu grundlegend: Lars Flemming, Das NPD-Verbotsverfahren. Vom „Aufstand der Anständigen" zum „Aufstand der Unfähigen", Baden-Baden 2005; siehe auch die Übersicht und Zusammenfassung mit zahlreichen kontroversen Gastbeiträgen von Horst Meier, Verbot der NPD – ein deutsches Staatstheater in zwei Akten. Analysen und Kritik 2001-2014, Berlin 2015.

2 Christoph Gusy, Verfassungswidrig, aber nicht verboten!, in: Neue Juristische Wochenschrift 70 (2017), S. 601-604.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

richtigen Zeitpunkts, an dem die Mittel einer *militant democracy* greifen sollten. Zudem verläuft ein schmaler Grat zwischen einem zu frühen oder zu späten präventiven Handeln.[3] Das Gericht selbst spricht gleich in seinem ersten Leitsatz von einer überaus scharfen, aber gleichzeitig „zweischneidigen Waffe" und merkt in der ausführlichen Urteilsbegründung – den Publizisten und Juristen Horst Meier zitierend – an, wie behutsam und maßvoll das Parteiverbot als „demokratieverkürzende Ausnahmenorm"[4] nur zur Anwendung kommen dürfe. Umso mehr war es darauf bedacht, ein faires Verfahren (zweiter Leitsatz) zu gewährleisten. Damit rekurrierte es indirekt auf die Verfahrenshindernisse angesichts des V-Mann-Einsatzes im früheren Prozess.

Der dritte Leitsatz ist dem Kernbegriff der freiheitlich-demokratischen Grundordnung gewidmet, der bereits in den Verbotsverfahren während der 1950er Jahre einen hohen Rang einnahm. Gegenüber den früheren Prozessen nimmt das Gericht im aktuellen Fall eine Präzisierung vor, um den besonders schutzbedürftigen Kern vom Kern des demokratischen Rechtsstaats näher zu bestimmen.[5] Ganz in den Mittelpunkt rückt es dabei die in Art. 1 Abs. 1 des Grundgesetzes als unantastbar festgeschriebene Menschenwürde. Ergänzt und näher ausgestaltet wird dieses „überwölbende Prinzip"[6] durch das Demokratie- und das Rechtsstaatsprinzip. Insoweit hat das Bundesverfassungsgericht den Begriff der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, gleichwohl in Kontinuität zu den früheren Urteilen stehend, präzisiert. Auf diesem Wege trage es dazu bei, den Vorwurf gegenüber der „fdGO", eine Kampfformel zu sein, weiter zu entkräften: „Es hat verdeutlicht, dass die fdGO nicht den Schutz von Inhalten der Politik, sondern nur der grundlegenden Strukturen bzw. des Rahmens bezweckt, innerhalb derer Politik und die Auseinandersetzung über politische Inhalte überhaupt stattfinden und Entscheidungen getroffen werden können."[7]

In den weiteren drei Leitsätzen erörtert das Gericht, in welcher Art und Weise der Kampf gegen zumindest eines der „Wesenselemente" der freiheitlich-demokratischen Grundordnung gegeben sein müsse, damit es einerseits die Verfassungswidrigkeit feststellen, andererseits die Verbotsanordnung verfügen könne. Programmatik und Ziele einer Partei wie der NPD allein genügten nach Auffassung des Verfassungsgerichts nicht für ein Parteiverbot, da es „kein Gesinnungs- oder Weltanschauungsverbot" sei – so wörtlich im sechsten Leitzsatz. Im siebten Leitsatz halten die Richter sogar fest, dass selbst eine „Wesensverwandtschaft einer Partei" wie der NPD „mit dem Nationalsozialismus" allein noch kein Verbot rechtfertige. Es bedür-

3 Ebd., S. 601.
4 Bundesverfassungsgericht, Urteil vom 17. Januar 2017 - 2 BvB 1/13, unter: http://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2017/01/bs20170117_2bvb000113.html (27. Juli 2017), Rn. 524. Zitiert wird: Horst Meier, Parteiverbote und demokratische Republik. Zur Interpretation und Kritik von Art. 21 Abs. 2 des Grundgesetzes, Baden-Baden 1993, S. 263.
5 Vgl. Gunter Warg, Nur der Kern des demokratischen Rechtsstaats – die Neujustierung der fdGO im NPD-Urteil vom 17. 1. 2017, in: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht, Beilage 2017, S. 42-45.
6 Ebd., S. 43.
7 Ebd., S. 45.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

fe zusätzlich zur ideologischen Ausrichtung und zu damit einhergehenden durchaus planvollen Handlungsmomenten „konkreter Anhaltspunkte von Gewicht, die einen Erfolg des gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland gerichteten Handelns zumindest möglich erscheinen lassen", wie es im sechsten Leitsatz heißt. In der Urteilsbegründung spricht das Gericht von „Potentialität"[8]. Es schreibt damit das neue Verbotskriterium einer „gewissen Eintrittswahrscheinlichkeit" fest.[9] Mit der Einführung eines prognostischen Wägens auf der Basis des parlamentarischen wie außerparlamentarischen Wirkens der Partei und ihrer Anhänger reagiert das höchste deutsche Gericht womöglich auch auf Entwicklungen europäischer Rechtsprechung, die das unmittelbare, akute Gefährdungspotenzial zu einem zentralen Entscheidungskriterium für Parteiverbote erhebt. Auf die Vorgaben des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte nimmt das Bundesverfassungsgericht im achten Leitsatz unmittelbar Bezug.

Im neunten und letzten Leitsatz begründet es, weshalb es die NPD zwar für eine dem Grunde nach klar verfassungswidrige Partei hält, diese aber nicht verbietet. Die Vorstellungen und Verhaltensweisen der Parteianhänger zielen eindeutig auf die Beseitigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, auch arbeite die NPD „planvoll und qualifiziert" darauf hin. „Es fehlt jedoch an konkreten Anhaltspunkten von Gewicht, die es zumindest möglich erscheinen lassen, dass dieses Handeln zum Erfolg führt."

Mit diesem Urteil hat das Bundesverfassungsgericht gut 60 Jahre nach dem Urteil gegenüber der KPD neue Maßstäbe für das Instrument des Parteiverbots in der Bundesrepublik gesetzt. Verschiedene Kommentatoren erkannten darin eine historische Zäsur.[10] Insgesamt fielen die öffentlichen Reaktionen auf das Urteil gemischt aus.[11] In seinem Kommentar für die *Süddeutsche Zeitung* nennt Heribert Prantl das Urteil „bedauerlich falsch". Ein scharfes Verdikt gegenüber der kleinen NPD wäre ein weit darüber hinaus weisendes Signal der Prävention in Zeiten eines anschwellenden Rechtspopulismus gewesen.[12] Torsten Krauel bezeichnet das Urteil in der *Welt* als ein mutiges, aber leichtsinniges, da es ganz auf die nunmehr gefestigte bundesdeutsche Demokratie und den politischen Meinungskampf in einer Zivilgesellschaft vertraue. Er blickt zurück in die Geschichte und erinnert an die zwischenzeitliche Schwäche der NSDAP bei Wahlen, bevor sie mächtig zulegte – um zu fragen: „Ab wann wäre die NSDAP nach Maßgabe des NPD-Urteils denn nun eine Gefahr ge-

8 Bundesverfassungsgericht (FN 4), Rn. 585.
9 So Gusy (FN 2), S. 602.
10 So Matthias Kamann/Thorsten Jungholt, Diese NPD ist eines Verbots unwürdig, in: welt.de vom 17. Januar 2017; schon vor dem Urteil: Frank Jansen, Das Verfahren selbst ist wichtig, in: tagesspiegel.de vom 15. Januar 2017.
11 Eine Zusammenstellung von Pressestimmen findet sich bei Edmund Budrich, Streitbare oder naive Demokratie? War es richtig, die NPD nicht zu verbieten?, in: Gesellschaft – Wirtschaft – Politik 66 (2017), S. 129-135; den sachlichen Gehalt des Urteils fasst besonders gut zusammen: Christian Rath, Kein Potenzial, keine Perspektive, in: taz.de vom 17. Januar 2017.
12 Heribert Prantl, Das NPD-Urteil ist bedauerlich falsch, in: Sueddeutsche.de vom 17. Januar 2017.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

worden? Wann hätte ein Gericht noch einschreiten können [...]?“ Krauel erscheint die „neue Definition einer Verfassungsgefahr“ als zu unscharf, um rechtlich überhaupt je zur Anwendung zu gelangen.[13]

Reinhard Müller erkennt in seinem Kommentar für die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* zwar auch ein gewisses Risiko in dem Urteil, weil es erst verfassungsfeindliche Parteien gewachsener Größe für Verbote vorsieht; aber insgesamt hält er die Regeln für geschärft und begrüßt eine Anpassung an gewandelte Zeitläufte ebenso wie an europäische Rechtsmaßstäbe. Auch wenn das Bundesverfassungsgericht von einem Verbotsspruch absah, so ließ es doch keine Zweifel am rechtsextremistischen, teils sogar neonationalsozialistischen Charakter der NPD. Die Folgerung: „Die Partei trägt nun einen Persilschein und ein Stigma zugleich.“[14] Für Jost Müller-Neuhof vom Berliner *Tagesspiegel* stellt das Urteil sogar einen „Sieg für die Demokratie“ und den Rechtsstaat dar. Das Verfassungsgericht habe die Maßstäbe des Parteiverbots einer dringend notwendigen Modernisierung nach mehr als 60 Jahren unterzogen und so die Rechtssicherheit in diesem Bereich wieder erhöht. Es sei richtig gewesen, Verfassungsfeinde mit dem „Wirkungsgrad von Hampelmännern“ nicht zu verbieten. „Sollte die NPD wieder politische Erfolge erzielen, ohne ihre Linie zu ändern, wird sie ohne Federlesen aufgelöst werden können. Alle Vorarbeiten sind geleistet.“ Überhaupt habe das Bundesverfassungsgericht deutlich gemacht – und dieser Fingerzeig richte sich nicht alleine an die NPD –, „wo Toleranz ein Ende haben muss“.[15]

Wer annimmt, die schärfste Waffe der wehrhaften Demokratie sei nun gänzlich abgestumpft, hat das Urteil nicht richtig gelesen. Der präventive Mechanismus bleibt grundsätzlich erhalten, nur vertrauen die Richter stärker als in den 1950er Jahren auf den öffentlichen Diskurs und auf die Präzision politischer Wahrscheinlichkeitsrechnung in einem erwachsen gewordenen demokratischen Verfassungsstaat.

13 Torsten Krauel, Karlsruhe urteilt mutig – und leichtsinnig, in: welt.de vom 17. Januar 2017.

14 Reinhard Müller, Persilschein und Stigma zugleich, in: faz.net vom 17. Januar 2017. Diese Ambiguität kam auch nochmals ganz am Ende des Urteils (Bundesverfassungsgericht, FN 4, Rn. 1009) in der Ablehnung einer Kostenerstattung gegenüber der NPD zum Ausdruck: „Nach der materiellen Prozesslage war festzustellen, dass das Handeln der Antragsgegnerin planmäßig auf die Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung gerichtet ist und ihm lediglich wegen mangelnder Potentialität die Qualität eines ‚Darauf Ausgehens‘ im Sinne des Art. 21 Abs. 2 Satz 1 GG fehlt. Daher ist eine Auslagenerstattung trotz des im Ergebnis erfolglosen Verbotsantrags nicht angezeigt.“

15 Jost Müller-Neuhof, Die Schlappe für die Politik ist ein Sieg für die Demokratie, in: tagesspiegel.de vom 17. Januar 2017; vgl. nun auch: Eckhard Jesse, Der liberale Rechtsstaat hat gesiegt. Kein Verbot der rechtsextremistischen NPD, in: Politikum 2 (2017), H. 1-2, S. 72-75. Eine gegenteilige Ansicht vertreten Claus Leggewie/Johannes Lichdi/Horst Meier, Das zweite Verbotsverfahren gegen die NPD. Analyse, Prozessreportage, Urteilskritik, Berlin 2017.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

2. Dokumentation

Leitsätze
zum Urteil des Zweiten Senats vom 17. Januar 2017[16]
2 BvB 1/13 -

1. Das Parteiverbot nach Art. 21 Abs. 2 GG stellt die schärfste und überdies zweischneidige Waffe des demokratischen Rechtsstaats gegen seine organisierten Feinde dar. Es soll den Risiken begegnen, die von der Existenz einer Partei mit verfassungsfeindlicher Grundtendenz und ihren typischen verbandsmäßigen Wirkungsmöglichkeiten ausgehen.

2. Das Gebot der Staatsfreiheit politischer Parteien und der Grundsatz des fairen Verfahrens sind für die Durchführung des Verbotsverfahrens unabdingbar.

a) Die Tätigkeit von V-Leuten und Verdeckten Ermittlern auf den Führungsebenen einer Partei während eines gegen diese laufenden Verbotsverfahrens ist mit dem Gebot strikter Staatsfreiheit nicht vereinbar.

b) Gleiches gilt, soweit die Begründung eines Verbotsantrages auf Beweismaterialien gestützt wird, deren Entstehung zumindest teilweise auf das Wirken von V-Leuten oder Verdeckten Ermittlern zurückzuführen ist.

c) Der Grundsatz des fairen Verfahrens gebietet, dass die Beobachtung einer Partei während eines laufenden Verbotsverfahrens durch den Verfassungsschutz nicht dem Ausspähen ihrer Prozessstrategie dient und dass im Rahmen der Beobachtung erlangte Informationen über die Prozessstrategie im Verfahren nicht zulasten der Partei verwendet werden.

d) Ein zur Verfahrenseinstellung führendes Hindernis kommt lediglich als ultima ratio möglicher Rechtsfolgen von Verfassungsverstößen in Betracht. Zur Feststellung des Vorliegens eines unbehebbaren Verfahrenshindernisses bedarf es einer Abwägung zwischen den rechtsstaatlichen Verfahrensanforderungen einerseits und dem Präventionszweck dieses Verfahrens andererseits.

3. Der Begriff der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne von Art. 21 Abs. 2 GG umfasst nur jene zentralen Grundprinzipien, die für den freiheitlichen Verfassungsstaat schlechthin unentbehrlich sind.

a) Ihren Ausgangspunkt findet die freiheitliche demokratische Grundordnung in der Würde des Menschen (Art. 1 Abs. 1 GG). Die Garantie der Menschenwürde umfasst insbesondere die Wahrung personaler Individualität, Identität und Integrität sowie die elementare Rechtsgleichheit.

b) Ferner ist das Demokratieprinzip konstitutiver Bestandteil der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Unverzichtbar für ein demokratisches System sind die Möglichkeit gleichberechtigter Teilnahme aller Bürgerinnen und Bürger am Prozess der politischen Willensbildung und die Rückbindung der Ausübung der Staatsgewalt an das Volk (Art. 20 Abs. 1 und 2 GG).

16 Diese stehen am Beginn des Urteils vom 17. Januar 2017 (FN 4).

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

c) Für den Begriff der freiheitlichen demokratischen Grundordnung sind schließlich die im Rechtsstaatsprinzip wurzelnde Rechtsbindung der öffentlichen Gewalt (Art. 20 Abs. 3 GG) und die Kontrolle dieser Bindung durch unabhängige Gerichte bestimmend. Zugleich erfordert die verfassungsrechtlich garantierte Freiheit des Einzelnen, dass die Anwendung physischer Gewalt den gebundenen und gerichtlicher Kontrolle unterliegenden staatlichen Organen vorbehalten ist.

4. Der Begriff des Beseitigens der freiheitlichen demokratischen Grundordnung bezeichnet die Abschaffung zumindest eines ihrer Wesenselemente oder deren Ersetzung durch eine andere Verfassungsordnung oder ein anderes Regierungssystem. Von einem Beeinträchtigen ist auszugehen, wenn eine Partei nach ihrem politischen Konzept mit hinreichender Intensität eine spürbare Gefährdung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung bewirkt.

5. Dass eine Partei die Beseitigung oder Beeinträchtigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung anstrebt, muss sich aus ihren Zielen oder dem Verhalten ihrer Anhänger ergeben.

a) Die Ziele einer Partei sind der Inbegriff dessen, was eine Partei politisch anstrebt.

b) Anhänger sind alle Personen, die sich für eine Partei einsetzen und sich zu ihr bekennen, auch wenn sie nicht Mitglied der Partei sind.

c) Zuzurechnen ist einer Partei zunächst einmal die Tätigkeit ihrer Organe, besonders der Parteiführung und leitender Funktionäre. Bei Äußerungen oder Handlungen einfacher Mitglieder ist eine Zurechnung nur möglich, wenn diese in einem politischen Kontext stehen und die Partei sie gebilligt oder geduldet hat. Bei Anhängern, die nicht der Partei angehören, ist grundsätzlich eine Beeinflussung oder Billigung ihres Verhaltens durch die Partei notwendige Bedingung für die Zurechenbarkeit. Eine pauschale Zurechnung von Straf- und Gewalttaten ohne konkreten Zurechnungszusammenhang kommt nicht in Betracht. Der Grundsatz der Indemnität schließt eine Zurechnung parlamentarischer Äußerung nicht aus.

6. Eine gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtete Zielsetzung einer Partei reicht für die Anordnung eines Parteiverbots nicht aus. Vielmehr muss die Partei auf die Beeinträchtigung oder Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung „ausgehen".

a) Ein solches „Ausgehen" setzt begrifflich ein aktives Handeln voraus. Das Parteiverbot ist kein Gesinnungs- oder Weltanschauungsverbot. Notwendig ist ein Überschreiten der Schwelle zur Bekämpfung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung durch die Partei.

b) Es muss ein planvolles Vorgehen gegeben sein, das im Sinne einer qualifizierten Vorbereitungshandlung auf die Beeinträchtigung oder Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder auf die Gefährdung des Bestandes der Bundesrepublik Deutschland gerichtet ist.

c) Dass dadurch eine konkrete Gefahr für die durch Art. 21 Abs. 2 GG geschützten Rechtsgüter begründet wird, ist nicht erforderlich. Allerdings bedarf es konkreter Anhaltspunkte von Gewicht, die einen Erfolg des gegen die freiheitliche demokrati-

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

sche Grundordnung oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland gerichteten Handelns zumindest möglich erscheinen lassen.

d) Die Anwendung von Gewalt ist bereits für sich genommen hinreichend gewichtig, um die Annahme der Möglichkeit erfolgreichen Agierens gegen die Schutzgüter des Art. 21 Abs. 2 GG zu rechtfertigen. Gleiches gilt, wenn eine Partei in regional begrenzten Räumen eine „Atmosphäre der Angst“ herbeiführt, die geeignet ist, die freie und gleichberechtigte Beteiligung aller am Prozess der politischen Willensbildung nachhaltig zu beeinträchtigen.

7. Für die Annahme ungeschriebener Tatbestandsmerkmale ist im Rahmen des Art. 21 Abs. 2 GG kein Raum.

a) Die Wesensverwandtschaft einer Partei mit dem Nationalsozialismus rechtfertigt für sich genommen die Anordnung eines Parteiverbots nicht. Allerdings kommt ihr erhebliche indizielle Bedeutung hinsichtlich der Verfolgung verfassungsfeindlicher Ziele zu.

b) Einer gesonderten Anwendung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit bedarf es nicht.

8. Die dargelegten Anforderungen an die Feststellung der Verfassungswidrigkeit einer Partei sind mit den Vorgaben, die der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in seiner Rechtsprechung zu Parteiverboten aus der Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK) abgeleitet hat, vereinbar.

9. Nach diesen Maßstäben ist der Verbotsantrag unbegründet:

a) Die Antragsgegnerin strebt nach ihren Zielen und dem Verhalten ihrer Anhänger die Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung an. Sie zielt auf eine Ersetzung der bestehenden Verfassungsordnung durch einen an der ethnischen „Volksgemeinschaft“ ausgerichteten autoritären „Nationalstaat“. Dieses politische Konzept missachtet die Menschenwürde aller, die der ethnischen Volksgemeinschaft nicht angehören, und ist mit dem grundgesetzlichen Demokratieprinzip unvereinbar.

b) Die Antragsgegnerin arbeitet planvoll und qualifiziert auf die Erreichung ihrer gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichteten Ziele hin.

c) Es fehlt jedoch an konkreten Anhaltspunkten von Gewicht, die es zumindest möglich erscheinen lassen, dass dieses Handeln zum Erfolg führt.

BUNDESVERFASSUNGSGERICHT - 2 BvB 1/13 -

Verkündet am 17. Januar 2017

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Die Partei der Europäischen Linken – Anatomie eines gescheiterten Projekts

Von Jürgen P. Lang

1. Erwartung und Enttäuschung

Der Morgen des 13. Juli 2015 versetzte die extreme Linke Europas in einen Schockzustand. Nach einer langen Verhandlungsnacht mit den Gläubigern des überschuldeten Griechenland „wurde die demokratisch gewählte Regierung von Alexis Tsipras durch die Europäische Union in die Knie gezwungen."[1] Der Ministerpräsident und Chef der extrem linken *Syriza* hatte die Forderungen der Eurogruppe akzeptiert – und damit alle Hoffnungen auf einen griechischen Impuls für einen radikalen Wandel der EU mit einem Schlag zerstört. Gegen Mittag schlug die Fassungslosigkeit in Trotz um, von Erpressung war die Rede. Die Partei *Die Linke* forderte das griechische Parlament auf, die Einigung abzulehnen – in Anbetracht der Umstände nicht mehr als ein Symptom der Hilflosigkeit. Mit einigem zeitlichen Abstand brachen sich nüchterne Analysen Bahn. Sie suchten die Schuld an dem Desaster nicht nur beim vereinten Feindbild Bundesregierung und Europäische Zentralbank, stellten vielmehr die Effizienz der 2004 gegründeten *Partei der Europäischen Linken* (EL) in Frage: „Sichtbar wurde […] die von den europäischen Linksparteien kaum entwickelte Solidarität. […] Es gelang […] nicht, die Linksregierung Syriza zu einem europäischen Projekt zu entwickeln […]. Deshalb wird erstmalig im Evaluierungsbericht der […] an den 5. Parteitag 2016 in Berlin die mangelnde Handlungsfähigkeit und Ausstrahlung der EL mit einer Schärfe formuliert, die auf wachsende Unzufriedenheit innerhalb der EL und ihrer Mitgliedsparteien verweist und auf die Notwendigkeit zur Schaffung handlungsfähiger Strukturen."[2]

Dieser Befund aus der *Rosa-Luxemburg-Stiftung* – sie steht der deutschen *Linken* nahe – ist vernichtend. „Handlungsfähige Strukturen" zu schaffen, das war von vornherein das kardinale Anliegen der EL. Offenkundig ist sie auf ganzer Linie gescheitert. Allzu großer Optimismus bei der Beurteilung des Parteienverbandes herrschte innerhalb der Linken jenseits der Sozialdemokratie ohnehin zu keinem Zeitpunkt vor, egal ob man der EL angehörte oder nicht. Der Zusammenfassung der *Süddeutschen Zeitung*, die Vereinigung sei „ein schwer steuerbares Sammelsurium

1 Oskar Lafontaine/Yanis Varoufakis/Zoe Konstantopoulou/Jean-Luc Mélenchon/Stefano Fassina, Ein Plan B für Europa, Manuskript, 12. September 2015.

2 Cornelia Hildebrandt, Zur parteipolitischen Linken in Europa, in: Mario Candeias/Alex Demirović (Hrsg.), Europe – what's left? Die Europäische Union zwischen Zerfall, Autoritarismus und demokratischer Erneuerung, Münster 2017, S. 229-250, hier: S. 238 f.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

sozialistischer und kommunistischer Parteien Europas“[3], hätte Ende 2016, als der Artikel erschien, wohl jeder aus diesem politischen Spektrum beigepflichtet. Zu dieser Zeit schickte sich Gregor Gysi, Ex-Fraktionschef der *Linken* und erster Versitzender ihrer Vorgängerin *Partei des Demokratischen Sozialismus* (PDS), an, Präsident der EL zu werden. Die Personalie war keineswegs unumstritten. Der Reformer-Flügel der *Linken* zweifelte an der fachlichen, die Radikalen in der Partei obendrein an der ideologischen Eignung des Europa-Freundes Gysi. In der Tat stemmte sich dieser von Beginn an gegen den Trend aus nationalem Partikularismus und fundamentaler EU-Feindschaft, der die ursprünglich weitgehend europafreundliche EL nach dem Tsipras-Schock ergriffen hatte: „Die alten Nationalstaaten werden im Verhältnis zu China und den USA ökonomisch keine Rolle spielen. Nur als EU sind wir Faktor. […] Und ich befürchte, wenn wir wieder zu den Nationalstaaten zurückkehren, entstehen auch wieder die alten Konflikte“.[4]

Man kann Gysis Sorge um den Zerfall der EU – greifbar im „Brexit“ und den rechtsautoritären Entwicklungen in Ungarn und Polen – als Demokrat teilen. Seine Worte richteten sich jedoch auch an die eigenen Reihen. Als langjähriger Fraktionsvorsitzender machte Gysi Erfahrungen mit dem Kreis um Diether Dehm, seit 2010 Schatzmeister der EL. Das Plädoyer Dehms und seiner Mitstreiter für die von Gysi befürchtete Rückkehr zum Nationalstaat[5] ist schon seit Jahren in der *Linken* auf dem Vormarsch – getragen von den radikalen und orthodox-kommunistischen Kräften in der Partei. Der Europaabgeordnete Jürgen Klute sprach von „Nationalchauvinismus“. *Die Linke* folge „ziemlich exakt der ‚modernisierten‘ Argumentation rechter Parteien.“[6] In der Tat deckt sich der Nationalismus von linksaußen mit seinem rechtsextremen Pendant in der Aversion gegen Organisationen, die die Souveränität der Nationen tatsächlich oder vermeintlich beschneiden. Dennoch gibt es kardinale Unterschiede: Die rechtsextreme Variante ist ideologieprägend. Sie bedeutet Ausgrenzung bzw. Abwertung nach außen und völkische Homogenisierung nach innen. Dagegen läuft die linksextreme Variante auf einen sekundären, strategisch motivierten Nationalismus hinaus, den bereits Lenin predigte.[7] Auf den Punkt gebracht: Revolutionen sind auf nationaler Ebene leichter zu bewerkstelligen. Diese Einsicht befeuerte einst die Hoffnung auf eine griechische Initialzündung. Die Spaltung in Pro- und Antieuropäer – diese Antipoden sollen die grundsätzlichen Befürworter und fundamentalen Gegner der EU bezeichnen – begleitete jedenfalls die EL mit all ihren Zwischentönen von Anfang an.

3 Constanze von Bullion, Gregor Gysi will Präsident der Europäischen Linken werden, in: Süddeutsche Zeitung vom 16. Dezember 2016.
4 Gregor Gysi, Wir müssen wieder rebellischer werden, Manuskript, 17. Dezember 2016, S. 5.
5 Vgl. Diether Dehm/Wolfgang Gehrcke/Paul Schäfer, Eine Revolution für das Grundgesetz. Über Nation, Nationalstaat und Europäische Union, in: Neues Deutschland vom 8. Dezember 2007.
6 Jürgen Klute, Wie rechts ist die Linke?, in: Neues Deutschland vom 15. Februar 2014.
7 Vgl. Wladimir I. Lenin, Die Sozialistische Revolution und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, in: Ders., Werke, Bd. 22, Berlin 1960, S. 144-159.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

2. Gründungsmotive

Die Gründung der EL im Mai 2004 in der italienischen Hauptstadt war kein Selbstläufer. Die Euphorie wirkte aufgesetzt angesichts des Provisoriums, das damals entstand und bis heute nicht vollendet wurde. Dabei war es schon bis Rom ein weiter Weg. Mitte 1998 trafen sich erstmals Vertreter kommunistischer und sozialistischer Parteien, um über neue Formen der Zusammenarbeit zu beraten. Sechs Monate später, im Januar des Europawahljahres 1999, verständigten sich 13 Parteien auf europapolitische Grundlinien, auf deren Basis im Juni die Fraktion der *Vereinigten Europäischen Linken / Nordische Grüne Linke* (GUE/NGL) im Europaparlament gegründet wurde. Um die EL auf den Weg zu bringen, vergingen allerdings weitere knapp vier Jahre. Im März 2003 fiel in Griechenland der Startschuss zu Beratungen über Programm und Statut, bevor im Januar 2004 in Berlin das Vorbereitungstreffen zur Parteigründung stattfand.

Der Prozess hätte sich womöglich länger hingezogen, hätten ihn nicht drei Faktoren beschleunigt. *Erstens:* die herannahenden Europawahlen. Besonders die deutsche PDS machte Druck, weil sie sich von einer vereinigten europäischen Linkspartei mehr Schlagkraft versprach.[8] Die PDS war mit Blick auf die mäßigen Aussichten bei den darauffolgenden Bundestagswahlen zum Erfolg verdammt – das Scheitern an der Fünfprozenthürde drohte. Die Überzeugungsarbeit aus dem Berliner Karl-Liebknecht-Haus fruchtete allerdings nur zum Teil: Lediglich die spanische *Izquierda Unida* (IU) und der italienische *Partito della Rifondazione Comunista* (PRC) teilten die Motive der PDS vorbehaltlos. Diese drei Parteien avancierten zu den Motoren der Parteibildung. Dem PRC fiel die Rolle des Gastgebers bei den Gründungsfeierlichkeiten ebenso automatisch zu wie ihrem Chef Fausto Bertinotti das erste Präsidentenamt der EL. Der PRC und der griechische *Synaspismos* galten damals als Erfolgsmodelle, deren „Politikansätze in die europäische Linke ausstrahlen“:[9] Ein ideologisch gefestigter, reformkommunistischer Kern traf auf die relative Offenheit gegenüber anderen linken Kräften. Bei der EL-Gründung hatte der PRC seinen politischen Höhepunkt noch vor sich. Von 2006 bis 2008 war er an einer Mitte-Links-Regierung beteiligt. Danach begann der Niedergang. Bei den Wahlen 2008 scheiterte der PRC an der Vierprozenthürde. Die Partei zerfiel in der Folge in zwei in etwa gleich große Lager: die ehemalige Bertinotti-Mehrheit und die dogmatische Strömung *Essere Comunisti*. Weitere Abspaltungen reduzieren die ohnehin begrenzte ideologische Vielfalt weiter. Bertinotti zog sich aus der Politik zurück. Den EL-Vorsitz hatte er schon 2007 an Lothar Bisky abgegeben, damals Co-Chef der aus PDS und WASG fusionierten Partei *Die Linke*.

8 Vgl. Europas Linke wagen sich an heikle Mission, in: Frankfurter Rundschau vom 9. Januar 2004.

9 Cornelia Hildebrandt, Fragmentierung und Pluralismus von Linksparteien in Europa, in: Birgit Daiber/dies./Anna Striethorst (Hrsg.), Von Revolution bis Koalition. Linke Parteien in Europa, Berlin 2010, S. 9-38, hier: S. 31.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Tabelle 1: Die Präsidenten der EL

Amtszeit	*Name*	*Partei*	*Land*
2004 bis 2007	Fausto Bertinotti	PRC	Italien
2007 bis 2010	Lothar Bisky	Die Linke	Deutschland
2010 bis 2016	Pierre Laurent	PCF	Frankreich
seit 2016	Gregor Gysi	Die Linke	Deutschland

Quelle: european-left.org.

Zweitens: der Vertrag von Lissabon. Die Debatte darüber erwies sich als das stärkste Interaktionsmoment.[10] Die EL machte sich von vornherein mehrheitlich die fundamentalistische Interpretation zu eigen, wie sie unter anderem der radikale Flügel der deutschen *Linken* formulierte: „Der EU-Verfassungsvertrag und der Vertrag von Lissabon waren in den letzten Jahren die zentralen politischen Projekte von Neoliberalen und Militaristen."[11] Diese vorherrschende Ideologisierung der EU ließ in den offiziellen Dokumenten der EL keinen Platz für eine differenziertere Sichtweise. Vergeblich sucht man in ihnen nach Bekenntnissen zum Rechtsstaat und anderen Werten und Prinzipien einer freiheitlichen Demokratie. Dass es auch eine differenziertere Sichtweise gab, zeigte Lothar Bisky, der seine Partei(en) – vergeblich – zu einem europafreundlicheren Kurs mahnte und den Lissabon-Vertrag nicht in Bausch und Bogen verdammt sehen wollte. Die pauschale Ablehnung des Abkommens zieht sich dennoch wie ein roter Faden durch die Programmatik der EL.

Drittens: die Osterweiterung der EU. Im Jahr 2004 traten acht Länder aus dem früheren sowjetischen Machtbereich der Union bei – eine Herausforderung nicht nur für die EU insgesamt, sondern auch für die linkextremen Parteien. Deren Kooperationen waren bislang reine West-Unternehmen, man erhielt „gegenüber den osteuropäischen Parteien eine ablehnende Skepsis aufrecht."[12] Auch hier waren die Erwartungen an die deutsche PDS groß, repräsentierte sie doch die einzige ehemals kommunistische Staatspartei, die ab 1990 in einem westlich orientierten Staat agieren musste, der, anders als die übrigen ehemaligen „Ostblock"-Länder, keinen Transformationsprozess mitmachte. Ihre Erfahrungen konnte die PDS jedoch nicht in einen Erfolg ummünzen. Unter den Ost-Mitgliedern der EL sind heute nur die slowenischen Neugründungen TRS und *Initiative für einen Demokratischen Sozialismus* in ihrem Land relativ erfolgreich. Dasselbe gilt für die PCRM in Moldawien, das aber nicht zur EU gehört. Die rumänische PSR, die tschechische SDS, die weißrussische *Gerechte Welt*, die estnische EÜV und die *Bulgarische Linke* spielen weder in ihren Ländern noch in der EL eine große Rolle. Aus so wichtigen EU-Ländern wie Polen

10 Vgl. Martin Schirdewan, Links – kreuz und quer. Die Beziehungen innerhalb der europäischen Linken, Berlin 2009, S. 48.
11 Koordinierungskreis der Antikapitalistischen Linken, Änderungs- und Ergänzungsvorschläge zum EU-Wahlprogramm der Partei DIE LINKE, Manuskript, 30. November 2008.
12 Schirdewan (FN 10), S. 25.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

und Kroatien sind keine Organisationen Mitglied der EL, die generell gegenüber den ehemaligen Staatsparteien kaum Charme versprühte. Diese Kräfte entwickelten sich entweder rasch in Richtung Sozialdemokratie oder sie verharrten wie die slowakische KSS und die tschechische KSČM im dogmatischen Marxismus-Leninismus. Die beiden Parteien haben in der EL lediglich Beobachterstatus inne. Die in ihrem Land starke KSČM wollte ursprünglich Vollmitglied werden, zog sich aber zurück, nachdem die EL eine antistalinistische Klausel in ihre Gründungsdokumente aufgenommen hatte. Augenscheinlich – darauf wird noch zurückzukommen sein – befindet sich die EL in einer ideologischen Mittellage: Sie scheint weder für Sozialdemokraten, von denen sie sich auch offensiv abgrenzt, noch für dogmatische Kommunisten attraktiv zu sein.

3. Integration und Desintegration

Die EL war nicht der erste Versuch linksextremer europäischer Parteien, einander zu vernetzen – aber der erste, feste Strukturen zu etablieren. Das bereits 1991 auf Initiative der IU gegründete *Forum der Neuen Europäischen Linken* (NELF) ist ein informeller Zusammenschluss von 18 kommunistischen und sozialistischen, ausschließlich westeuropäischen Parteien (mit Ausnahme Estlands). Als Aktivposten gelten die Kräfte aus Spanien, Griechenland, Skandinavien und Deutschland. „Aus dem NELF heraus ergab sich der Drang zur Gründung der Europäischen Linkspartei, die nicht nur dem Gedankenaustausch, sondern auch der Koordinierung linker Politik dienen soll."[13] Doch bei weitem nicht alle NELF-Kräfte zogen mit, was denjenigen Stimmen Recht gab, die mit der EL-Gründung eine Spaltung der europäischen extremen Linken kommen sahen. Mit dieser – allerdings vorgeschobenen – Begründung beendete zum Beispiel die dogmatisch-kommunistische deutsche DKP Anfang 2016 ihren langjährigen Beobachterstatus und ließ die EL hinter sich.[14] Dass nicht das komplette NELF in die EL überging, lag allerdings weniger in ideologischen Differenzen begründet als vielmehr an den unterschiedlichen Haltungen zur EU. So blieben die fundamental antieuropäisch eingestellten skandinavischen Parteien, namentlich die *Linkspartei* in Schweden, ihr Namensvetter in Norwegen und die *Sozialistische Volkspartei* in Dänemark bei der EL außen vor, die ihnen zu proeuropäisch und grundsätzlich EU-bejahend erschien. Dasselbe gilt für die niederländische extreme Linke.[15] Insofern besitzt die EL neben ihrer Ost- auch eine Nord-Schwäche. Eine Ausnahme bildet die dänische *Einheitsliste*, die wiederum nicht im NELF mitmacht. Britische Parteien links der *Labour Party* spielen ohnehin keine Rolle.

13 Ebd., S. 13.
14 Vgl. 21. Parteitag: ELP-Beobachterstatus beendet, Manuskript, 27. Februar 2016.
15 Vgl. PDS sucht Rettung in Europa: Gründung vereinter Linkspartei, in: Die Welt vom 9. Januar 2004.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Die wie das NELF informelle *Europäische Antikapitalistische Linke* (EAL) ist ein seit dem Jahr 2000 bestehender Zusammenschluss orthodox kommunistischer Parteien mit einem stark trotzkistischen Einfluss. Obwohl sie sich 2003 in Athen auf eine gemeinsame Wahlplattform zur Europawahl einigte, „gelang es kaum, politischen Einfluss zu generieren."[16] Im selben Jahr scheiterte ein Versuch, die EAL organisatorisch zu straffen. Der PRC hatte sich wegen der trotzkistischen Ausrichtung der EAL quergestellt und wurde dann zu einem der Initiatoren der EL. Neben dem PRC sind heute nur der portugiesische *Bloco de Esquerda* (BE) und die dänische *Einheitsliste* – beide trotzkistisch beeinflusst – sowie die türkische ÖDP Mitglied sowohl in der EAL als auch in der EL. Nur jedes dritte EL-Vollmitglied ist ausschließlich dort organisiert. Die übrigen verfügen über Doppel- oder Dreifachmitgliedschaften mit EAL und/oder NELF. Auch die Mitgliedschaften in der von Gabriele Zimmer, einst kurzzeitig Vorsitzende der PDS, geführten Fraktion GUE/NGL decken sich nicht mit denen der EL. Zwar sind unter anderem *Die Linke*, die IU, der BE und *Syriza* hier wie dort Vollmitglied. Doch machen die in der GUE/NGL vertretenen, so unterschiedlichen Organisationen *Podemos* (Spanien), KSČM (Tschechien) oder *Linkspartei* (Schweden) nicht oder nicht mit vollen Rechten in der EL mit. Zum Hauptproblem gerieten der im Vergleich zur EL zwar nicht so mitgliederstarken, aber in der politischen Ausrichtung differenzierteren GUE/NGL die nationalen Fragmentierungen. Sie werden „auf europäischer Ebene […] reproduziert und erzeugen ihrerseits Spannungen und Konflikte. Diese erschweren oder blockieren die Herausbildung gemeinsamer Projekte"[17] – ein Befund, den Frank Deppe teilt: „Die ‚Vielstimmigkeit' in der Linksfraktion GUE/NGL im Europäischen Parlament vermittelt ja immer wieder das nüchterne Bild von den unterschiedlichen nationalen Einstellungen gegenüber der EU und zur Veränderung ihrer Politik und ihrer Institutionen."[18]

Diese Blockade in der Fraktion sollte mit der EL eigentlich aufgebrochen werden.[19] Doch die festen Parteistrukturen und -gremien sorgten keineswegs für mehr Effizienz. Von Beginn an begleitete die Sorge vor der neuen *Komintern* die EL – und manifestierte eine Grundhaltung, die zwar als „Offenheit" deklariert wurde, aber auf eine (über-)große Vorsicht vor Bevormundung der Mitglieder hinauslief. Noch vor Gründung der EL sagte Lothar Bisky: „Man möchte unbedingt die Gründung einer Art ‚Internationale' verhindern und ist bemüht allen Tendenzen entgegenzuwirken, die nur ansatzweise an die ‚Internationale' erinnern."[20] Als die EL 2008 eine programmatische Plattform für die anstehenden Europawahlen formulierte, keimte so-

16 Dominic Heilig, Die Linke in Europa. Sozialistische Parteien in der EU, New York 2016, S. 6.
17 Hildebrandt (FN 2), S. 244.
18 Frank Deppe, Die Krise der Europäischen Union – deutsche Hegemonie – europäische Linke, in: Ebd., S. 24.
19 Vgl. Anna Maldini, Das alte Europa wurde übergestülpt, das neue wächst von unten, in: Neues Deutschland vom 10. Mai 2004.
20 Den Niedergang gestoppt. Interview mit Lothar Bisky, in: Freitag vom 26. Dezember 2003.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

fort die Furcht vor Zentralismus. Das hatte zur Folge, dass sich das Papier[21] in Allgemeinheiten verlor, strittige Punkte aussparte und Debatten aus dem Weg ging: „Eine klare Aussage, was an die Stelle des vor einem Jahr in Lissabon unterzeichneten neuen EU-Vertrags […] treten soll, hat die EL bislang nicht gewagt.“[22] Außen vor blieb in den EL-Dokumenten freilich auch der in linksextremen Kreisen verbreitete Militarismus-Vorwurf gegenüber der EU. Das war der IU zu verdanken, die sich für eine Europa-Armee eingesetzt hatte.

Auch strukturell ist der Verband eher auf Desintegration als auf Integration hin ausgerichtet. Der *Parti Communiste Français* (PCF), dessen Chef Pierre Laurent Nachfolger Biskys und Vorgänger Gysis als EL-Präsident war, setzte gleich 2004 aus nationaler Raison die Einstimmigkeit als Entscheidungsprinzip der EL durch – was jedem Mitgliedsstaat ein Vetorecht einräumte. IU, PDS und PRC hatten für das Mehrheitsprinzip votiert, sich aber nicht gegen die Franzosen stellen wollen. Zudem „verfügen bei den EL-Kongressen die […] Delegierten […] über das Mandat der nationalen Parteitage.“ Generell ist „die Rückbindung der Mandatsträger in die nationalen Parteien […] bei […] der EL sehr hoch.“[23] Die EL-Stiftung *Transform* führte im Dezember 2003 eine Umfrage unter den Delegierten des Kongresses in Madrid durch. 69 Prozent der Befragten gaben an, sich ausschließlich oder vorrangig mit der eigenen Nation zu identifizieren – eine rein „europäische“ Identität reklamierten nur drei Prozent für sich.[24] Dies alles hat zur Folge, dass die EL das ist, was sie nie sein wollte: ein reiner Dachverband.

4. Parteienfamilien

Die EL umfasst über 500.000 Genossen, organisiert in ihren einzelnen Parteien. 287 Abgeordnete sitzen in den nationalen Parlamenten (Tabelle 2). Zählt man die KSČM und die zyprische marxistisch-leninistische Regierungspartei AKEL als Beobachter hinzu, sind es sogar 349 Parlamentarier. Davon stellt allein *Syriza* 144. 20 (26) Abgeordnete sitzen im Europaparlament. Man kann die Parteien der EL (ich beschränke mich hier auf die Vollmitglieder) nach verschiedenen Kriterien sinnvoll sortieren: nach Stärke und Einfluss, nach Region und nach ideologischer Ausrichtung. Gemessen am ersten Kriterium zählen allen voran *Syriza*, mit Abstand *Die Linke*, der PCF, das finnische *Linksbündnis*, die *Einheitsliste*, die moldawische PCRM und der BE in Portugal zu den starken Parteien. Nicht oder kaum in den nationalen Parlamenten

21 Vgl. Gemeinsam für den Wechsel in Europa! Plattform der Partei der Europäischen Linken für die Wahlen zum Europäischen Parlament 2009, Manuskript, 29. November 2008.
22 Uwe Sattler, Richtschnur für ein anderes Europa, in: Neues Deutschland vom 28. November 2008.
23 Schirdewan (FN 10), S. 55.
24 Transform/Rosa-Luxemburg-Stiftung/Nicos Poulantzas Institute (Hrsg.), Questionnaire Survey. 4th Congress of the Party of the European Left held in Madrid on 12-15 December 2013, Manuskript o. D., S. 70.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

vertreten sind sie einstigen EL-Aktivposten PRC und IU. Jener spielt in Italien keine Rolle mehr, diese hat sich in Spanien vom GUE/NGL-Mitglied *Podemos* den Rang ablaufen lassen. Insgesamt setzt die extreme Linke große Hoffnungen auf die Parteien der Südländer, ausgenommen Italien. „Kraft und Erneuerung schöpft die Linke in Europa derzeit nur aus dem Süden, aus Griechenland, Spanien, Portugal. […] Syriza und Podemos haben als neue Sammlungsparteien und -bewegungen die Machtfrage gestellt."[25] Mit der bereits erwähnten Ost- und Nordschwäche korrespondiert also eine zumindest imaginierte Südstärke. Während die antieuropäischen Parteien des Nordens weitgehend Distanz zu EL hielten, waren die EL-Parteien in Spanien, Portugal und Griechenland grundsätzlich pro EU eingestellt, nicht zuletzt weil ihre finanzschwachen Länder monetäre Erwartungen an die Union hegten. Allerdings hat der Tsipras-Schock, darauf komme ich noch zurück, neue strategische Überlegungen eingeleitet.

Tabelle 2: Mitglieds-, Beobachter- und Partnerparteien der EL

Land	*Partei*	*EU*	*Status*	*EP*	*NP*
Belgien	PC	Ja	Mitglied	0	0
	VEGA		Beobachter	0	0
	KP		Mitglied bis 2013 (Auflösung)		
Bulgarien	Bulgarische Linke	Ja	Mitglied	0	0
Dänemark	Einheitsliste	Ja	Mitglied	0	14/179
Deutschland	Die Linke	Ja	Mitglied	7/96	64/631
	DKP		Beobachter bis 2016 (Austritt)		
Estland	EÜV	Ja	Mitglied	0	0
Finnland	SKP	Ja	Mitglied	0	0
	Linksbündnis		Mitglied	1/13	12/200
Frankreich	PCF	Ja	Mitglied	1/74	10/577
	Parti de Gauche		Mitglied	1/74	0
	Ensemble!		Partner	0	2/577
	Gauche Unitaire		Mitglied bis 2015 (Auflösung)		
Griechenland	Syriza	Ja	Mitglied	4/21	144/300
	AKOA		Mitglied bis 2013 (Auflösung)		
Großbritannien	Left Unity	Ja	Beobachter	0	0
Italien	PRC	Ja	Mitglied	1/73	0
	Liste Tsipras		Beobachter	1/73	0
	Sinistra Italiana		Beobachter	0	0
	PdCI		Mitglied bis 2014 (Auflösung)		
Luxemburg	Déi Lénk	Ja	Mitglied	0	2/60

25 Heilig (FN 16), S. 35, 37.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Land	*Partei*	*EU*	*Status*	*EP*	*NP*
Moldawien	PCRM	Nein	Mitglied	--	21/101
Nordzypern	BKP	Nein	Beobachter	--	0
	YKB		Beobachter	--	0
Österreich	KPÖ	Ja	Mitglied	0	0
	Der Wandel		Partner	0	0
Polen	MS	Ja	Beobachter bis 2015 (Auflösung)		
Portugal	BE	Ja	Mitglied	1/21	19/230
Rumänien	PSR	Ja	Mitglied	0	0
San Marino	RCS	Nein	Mitglied	--	0
Schweiz	PdA	Nein	Mitglied	--	1/200
Slowakei	KSS	Ja	Beobachter	0	0
Slowenien	TRS	Ja	Mitglied	0	6/90
	IDS		Mitglied	0	
Spanien	IU	Ja	Mitglied	4/54	2/350
Tschechien	SDS	Ja	Mitglied	0	0
	KSČM		Beobachter	3/21	33/200
Türkei	ÖDP	Nein	Mitglied	--	0
Ungarn	Munkáspárt 2006	Ja	Mitglied	0	0
	Linkspartei		Partner	0	0
	Munkáspárt		Mitglied bis 2009 (Austritt)		
Weißrussland	Gerechte Welt	Nein	Mitglied	--	0
Zypern	AKEL	Ja	Beobachter	2/6	19/56

Quelle: european-left.org/Stand: 12. August 2017/EP = Abgeordnete im Europaparlament/NP = Abgeordnete im Nationalparlament.

Die mehr oder minder große Distanz der dogmatisch marxistisch-leninistischen und trotzkistischen Parteien wie DKP, KSČM oder der – gleichwohl in der GEU/NGL vertretenen – portugiesischen PCP verleiht der EL keineswegs ein Siegel der Demokratie. Zwar ließen die heute in der EL beteiligten einst treuen KPdSU-Vasallen, der spanische PCE als Teil der IU, der französische PCF und die österreichische KPÖ, einen solchen Dogmatismus hinter sich. Doch gelang es ihnen erst weit nach 1989 im Zuge jahrelanger, heftiger ideologischer Kämpfe, sich zu reformieren und gegenüber anderen linken Organisationen zu öffnen. Reformistische Ansätze gab es allerdings bereits vor 1989. Unter dem Eindruck des Prager Frühlings setzten sich im Westen sogenannte eurokommunistische Parteien von moskautreuen ab. Erstere wandelten sich von einer Klassen- zur Massenorganisation, lösten sich ideologisch von den Vorstellungen des Marxismus-Leninismus und strebten Wahlerfolge und Koalitionen innerhalb der Demokratien an. Klaus Kellmann analysierte Mitte der

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

1980er Jahre drei solcher Parteien[26], von denen der *Partito Comunista Italiano* (PCI) rückblickend betrachtet das deutlichste Beispiel für einen irreversiblen Wandel hin zur Sozialdemokratie gab – ein Wandel, der bereits vor dem Zusammenbruch des Kommunismus begann. Sieben Parteien, unter anderem der PCF und die KPÖ, verharrten in der überkommenen Ideologie.

Der in der IU einflussreiche PCE ist die einzige kommunistische Partei in der EL, deren – allerdings sehr verhaltene und verzögerte – Erneuerung schon vor 1989 einsetzte. PCF und KPÖ verzeichnen lediglich eine nachholende Reform, die erst in der jüngsten Zeit griff und anders als beim historischen PCI nicht zu nachhaltiger Demokratisierung führte. Dem stark fraktionierten PCF attestieren selbst linke Beobachter nur mäßige Veränderungsbereitschaft.[27] Immerhin spielt „in der Programmatik [des] PCF […] damals wie heute die Konzeption des Klassenkampfes und des Gegensatzes zwischen Arbeiterbewegung und ‚Bourgeoisie' eine große Rolle, jedoch in einer abgeschwächten, weniger revolutionären Rhetorik."[28] Das Paradebeispiel gebremsten und begrenzten Wandels liefert die lange Zeit nach 1989 dogmatische KPÖ. Noch 2004 kämpfte der damalige Vorsitzende Walter Baier gegen „Stalinisten".[29] Dabei sah „Erneuerer" Baier, als seine Partei bereits EL-Mitglied war, den „Reformismus" selbst als gescheitert an – eine „revolutionäre Politik" sei „notwendig".[30] Zehn Jahre später orientiert sich die KPÖ weiterhin an der Arbeiterklasse, sie kommt aber mittlerweile ohne marxistisch-leninistische Rhetorik aus und plädiert für eine „Sammlung linker Kräfte".[31]

Die wichtigste Gruppe in der EL stellen diejenigen Parteien dar, die selbst – durch Fusionen und Wahlverbindungen – ein breiteres, wenn auch auf den Linksextremismus beschränktes ideologisches Spektrum aufweisen. Dies sind die spanische IU, die griechische *Syriza*, die dänische *Einheitsliste*, die deutsche *Linke* und der portugiesische BE. Die IU startete 1989 als loses Wahlbündnis, wurde in den 1990ern eine eigenständige Partei, behielt jedoch den Charakter einer Parteienallianz bei. Interne Spannungen, unter anderem wegen der politischen Ausrichtung, setzten ihr aus diesem Grund zu. Insbesondere der PCE strebte innerhalb der IU verstärkt nach Einfluss. Dabei konterkarierten seine „nach wie vor zentralistischen Strukturen […] die programmatische Öffnung und Hinwendung zum Eurokommunismus."[32] Von 2004 bis 2008 tolerierte die IU die sozialistische Minderheitsregierung unter José Zapatero. 2014 scheiterte ein gemeinsamer Wahlantritt mit *Podemos* unter anderem an der ideologisch engen Ausrichtung der IU. Bei der Parlamentswahl 2015 marschierten beide Parteien getrennt.

26 Vgl. Klaus Kellmann, Pluralistischer Kommunismus? Wandlungstendenzen eurokommunistischer Parteien in Westeuropa und ihre Reaktion auf die Erneuerung in Polen, Stuttgart 1984.
27 Vgl. Schirdewan (FN 10), S. 20.
28 Nino Galetti/Tatjana Saranca, Extremismus in Frankreich, Berlin 2017, S. 13.
29 Vgl. Werner Pirker, Hinein ins System, in: Junge Welt vom 5. Januar 2004.
30 Walter Baier, Politische Plattform der KPÖ, Manuskript, 4. Dezember 2004.
31 Thesen des 36. Parteitags der KPÖ, Manuskript, 18./19. Oktober 2014, S. 10.
32 Heilig (FN 16), S. 19.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Syriza, 2004 zunächst als Parteienbündnis gegründet, 2012 dann als Partei registriert, ist – anders als vielfach angenommen – ursprünglich kein Produkt der Schuldenkrise Griechenlands. Um die Erfolgschancen der radikalen Linken zu verbessern, ergriff die ihrerseits 1992 aus der Taufe gehobene Partei *Synaspismos* unter Alexis Tsipras die Initiative zu einem breiteren Bündnis und suchte Anschluss an altermondialistische Bewegungen. *Synaspismos* war zuvor immer weiter nach links gerückt und hatte in alter marxistisch-leninistischer Diktion „die Zuspitzung der bestehenden Widersprüche im kapitalistischen System“[33] prognostiziert. *Syriza* vereinte schließlich zwölf linksradikale Parteien, zwei trotzkistische und eine maoistische inbegriffen. Lediglich die heute noch stalinistische KKE schlug Tsipras‘ Bündnisangebot aus. Nach dem Schock vom Juli 2015 verließ der äußerst linke *Syriza*-Flügel Partei und Fraktion. Dennoch siegte *Syriza* bei den vorgezogenen Neuwahlen am 20. September desselben Jahres.

Ein ähnliches Panoptikum linksextremistischer Organisationen bilden der portugiesische BE und die dänische *Einheitsliste*. Diese besteht wie die IU seit 1989 als Zusammenschluss „der revolutionären, kommunistischen bzw. neuen Linken in den 70er und 80er Jahren“.[34] Reformen der *Dänischen Kommunistischen Partei* (DKP) schufen die Voraussetzungen für das Bündnis. Die „Öffnung“ reichte zumindest so weit, dass die DKP die *Linkssozialisten* und die bislang verfeindete trotzkistische SAP ins Boot holen konnte. Später stießen weitere linksextremistische Organisationen dazu, unter anderen die maoistische KAP. Die *Einheitsliste* verficht eine ostentativ revolutionäre Programmatik, wohl die radikalste innerhalb der EL. Das hindert sie nicht daran, „ein sehr aktives Mitglied linker Parteienverbände“[35] zu sein. Dass sie die einzige EL-Partei aus den Reihen der scharf antieuropäisch eingestellten, einflussreichen skandinavischen Parteien ist, weist ihr ein gewisses Alleinstellungsmerkmal zu.

Die Linke entstand 2007 aus der Fusion der PDS mit der linken Protestpartei WASG. Der Zusammenschluss beendete die Dominanz der Reformkräfte in der PDS über einen schon zuvor keineswegs völlig machtlosen orthodox-kommunistischen Flügel. Radikallinke Kräfte, die zum Teil aus der WASG kamen, rückten nun in die Führungsgremien, bildeten eine starke Bastion im Bundestag und drückten auch der Programmatik ihren Stempel auf.[36] Doch selbst die Reformer ließen keinen Zweifel daran, dass die von ihnen propagierte „Transformation“ der Gesellschaft zwar innerhalb des demokratischen Verfassungsstaates ansetzt, aber auch über ihn hinausweist. Sie erachteten lediglich das orthodox-kommunistische Warten auf den revolutionären Umschlag für unrealistisch. Das Vokabular der *Linken* – Transformation statt Revolution, Neoliberalismus statt Kapitalismus – benutzt auch die EL. Vieles spricht allerdings dafür, dass deren programmatischer Grundkonsens eher mit den Vorstellungen der Radikalen als mit denen der Reformer kompatibel ist.

33 Julian Marioulas, Die griechische Linke, in: Daiber/Hildebrandt/Striethorst (FN 9), S. 276.
34 Inger V. Johansen, Die Linke und die radikale Linke in Dänemark, in: Ebd., S. 256.
35 Ebd., S. 260.
36 Vgl. Eckhard Jesse/Jürgen P. Lang, Die Linke – eine gescheiterte Partei?, München 2012.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

5. Ideologisches Minimum und Radikalisierung

Innen- und Außensicht sind oft zweierlei. Intern wird die – auch strukturell bedingte – Vielstimmigkeit der EL beklagt. Ein distanzierterer Beobachter mag nur Nuancen linksextremistischer Positionen und Strategien erkennen. Die ideologische Vielfalt der EL hat enge Grenzen. Gleichwohl bereitet es der Europapartei offenkundig Schwierigkeiten, einen stringenten programmatischen Konsens herzustellen. Dem zugleich luftigen wie notorisch wiederholten Allgemeinplatz, man wolle „ein solidarisches, feministisches, demokratisches und kooperatives Europa“[37], werden auch außerhalb der EL die meisten Menschen zustimmen. In den offiziellen Papieren dominieren durchaus tiefschürfende Analysen und Beschreibungen perzipierter Missstände, prospektive Entwürfe sucht man allerdings vergeblich – ungewöhnlich für die Programmatik einer Partei, die viel Wert auf Weltanschauung zu legen scheint. Das Konsensprinzip und die Scheu vor Widerspruch haben zu dieser Zurückhaltung beigetragen.

Dennoch lässt sich ein ideologisches Minimum der EL herausschälen – der Antikapitalismus. Der Kern linksextremistischen Denkens liegt in dem strikten und allumfassenden Gegensatz zwischen Sozialismus und Kapitalismus. Während linke Demokraten mit Kapitalismus ein Wirtschaftssystem anprangern, das nach sozialen Maßstäben reformiert werden müsse, sehen linke Extremisten darin ein Herrschaftssystem, das es zu beseitigen gelte. Auch die EL identifiziert Kapitalismus mit einer freiheitlichen Gesellschaft: „Alle Parteien, die der radikalen Linken zuzurechnen sind, kennzeichnet eine ‚antikapitalistische Identität‘. Dadurch wird ihr Ziel enger gefasst, als es durch einen ‚Anti-Neoliberalismus‘ allein zum Ausdruck kommen würde. Die Europäische Linke […] definiert sich daher selbst als ‚antikapitalistische‘ Partei.“[38] Das bis heute gültige EL-Programm von 2004 verlangt die „Transformation der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaften“[39], die Aktionsplattform von 2010 spricht mit Blick auf den Kapitalismus von einem „Herrschaftsmodell“.[40] Diese Attitüden decken sich mit der Programmatik praktisch aller Mitgliedsländer – und auch der orthodox-kommunistischen Kräfte außerhalb der EL. Diese setzen zwar auf den revolutionären Bruch und lehnen deshalb den Transformationsbegriff ab. Das Ergebnis des Umbruchs, die Ablösung der demokratischen Verfassungsstaaten durch sozialistische Gesellschaften ist jedoch identisch. Die Strategie der „Transformation der gesamten Gesellschaft“[41] entwickelten nach 1989 unter anderem die Reformer der PDS weiter. Rosa Luxemburgs Vorstellung „radikaler Real-

37 Politisches Dokument des EL-Kongresses: Europa neu gründen. Neue progressive Bündnisse schaffen, Manuskript o. D. (2015).
38 Philippe Marlière, Die radikale Linke in Europa: eine Porträtskizze, Manuskript, 6. Dezember 2013.
39 Programm der Partei der Europäischen Linken (EL), Manuskript, 9. Mai 2004.
40 Agenda für ein soziales Europa. Gemeinsame Aktionsplattform für Widerstand und Alternativen in Europa, Manuskript, 5. Dezember 2010.
41 Partei der Europäischen Linken, Alternativen entwickeln, Manuskript, 25. November 2007, S. 4.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

politik“ stand unverkennbar Pate – Reformen innerhalb des demokratischen Systems sollten nicht dazu beitragen, dieses zu verbessern, sondern am Ende eine neue, sozialistische Gesellschaft hervorbringen.[42] Als Mittel zu diesem Zweck fungierte nicht mehr der orthodox-marxistische Kassenkampf, sondern – analog zu Antonio Gramsci – die Erlangung „kultureller Hegemonie“.[43]

Spannt die linksextremistische Form des Antikapitalismus eine ideologische Matrix, sind die Gegensätze zwischen Pro- und Antieuropäern in der EL kaum überbrückbar: „Die Frage, wie man zur EU steht, ist wohl die kontroverseste bei den europäischen radikalen Linken“.[44] Nach dem Tsipras-Schock brach der Streit offen aus – vier Positionen ringen miteinander: Die *moderate* Position möchte die EU und ihre vertraglichen Grundlagen beibehalten, aber nach sozialistischen Vorgaben reformieren. Lothar Bisky und Gregor Gysi stehen dafür. Die *skeptische* Position lehnt den Lissabon- und den EU-Verfassungsvertrag pauschal ab und fordert eine Neuverhandlung, ohne aber die EU an sich in Frage zu stellen. Dies war von vornherein das Motiv der EL-Gründung. Die Linken-Politikerin Judith Dellheim hält diese Position heute noch aufrecht, indem sie argumentiert: „Weil mit der Entwicklung der EU Vergesellschaftungsprozesse schon weit fortgeschritten sind und ein Abbrechen oder Zerfallen der EU […] die Expansion zerstörerischer Gewalt bedeuten würde, müssen die Linken am Erhalt der […] EU interessiert sein. […] Eine nachhaltige Stabilisierung der EU muss [jedoch] deren Konstruktion grundlegend verändern.“[45]

Die *radikale* Position plädiert für die Auflösung der EU und ihre Neugründung. Diese Forderung scheint nach dem Tsipras-Schock in der EL mehrheitsfähig zu sein und impliziert die Vorstellung eines sozialistischen Europa-Staates.[46] Die *souveränistische* Position schließlich fordert die ersatzlose Auflösung der EU in die einzelnen Nationalstaaten und zielt darauf ab, „dass der Bruch mit dem Neoliberalismus bzw. eine sozialistische Transformation auch den Bruch mit der Währungsunion und der EU einschließen muss.“[47] Dies war stets die Haltung der skandinavischen und niederländischen radikalen Linken, die bis auf die *Einheitsliste* der EL fernblieben. Auch der „Plan B für Europa“, den der frühere Chef der Linken, Oskar Lafontaine, Griechenlands Ex-Finanzminister Yanis Varoufakis und Jean-Luc Mélenchon, einst Vorsitzender des französischen *Parti de Gauche*, vorlegten, zielt auf die Zerschlagung der EU: „Wir sind entschlossen, mit diesem Europa zu brechen. Das ist die Grundvoraussetzung dafür, die Zusammenarbeit zwischen unseren Völkern und

42 Vgl. Michael Brie (Hrsg.), Radikale Realpolitik. Plädoyer für eine andere Politik, Berlin 2009.
43 André Brie/Michael Brie, Die Demokratisierung der Demokratie wagen!, in: Crossover (Hrsg.), Zur Politik zurück. Für einen ökologisch-solidarischen New Deal, Münster 1997, S. 123.
44 Johansen (FN 33), S. 263.
45 Judith Dellheim, Zur Kritik der Demokratie und der Linken in der Europäischen Union, in: Candeias/Demirović (FN 2), S. 28-48, hier: S. 46.
46 Vgl. Janis Ehling, Die EU als rechte Internationalisierung, in: Die Freiheitsliebe vom 15. April 2017.
47 Thomas Sablowski, Die Widersprüche der europäischen Integration und die Linke, in: Ebd., S. 151-174, hier: S. 170.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Ländern auf neuer Basis wiederaufzurichten."[48] Der Begriff „Zusammenarbeit" deutet an, dass an Stelle der EU keine neue Union mit festen Strukturen entstehen soll.

Wer die einschlägigen Dokumente der EL Revue passieren lässt, erkennt eine Radikalisierung in der Haltung zur EU bzw. wie Cornelia Hildebrandt „eine stärkere Gewichtung souveränistischer Positionen".[49] Dieser Prozess setzte allerdings bereits anderthalb Jahre vor dem 13. Juli ein, verstärkte sich danach jedoch. Im EL-Programm von 2004 findet sich der Satz: „Wir wollen den Entwurf für ein anderes Europa vorlegen, der EU einen anderen Inhalt geben".[50] Ein gutes Jahr später taucht erstmals die – dann über eine lange Zeit hinweg gebrauchte – Forderung auf, Europa müsse „neu begründet werden."[51] Gemünzt war dies damals noch auf die konstituierenden Verträge der EU. Auch die Beschlüsse von 2007 („Neugründung Europas"[52]), 2008 („die EU muss neu gegründet werden"[53]) und 2010 („demokratische Neubegründung Europas"[54]) waren noch vom Gedanken der europäischen Integration beseelt und kamen nicht über die skeptische Position hinaus. Bei dem Papier von 2007 fällt allerdings die Formulierung auf, man wolle eine „Debatte über den Inhalt des neuen Vertrages mit Beteiligung der Völker"[55] führen. Ende 2013 scheint die souveränistische Position bereits deutlich durch: „In diesem Sinne kämpfen wir für eine Neugründung Europas, das heißt eine Neudefinition seiner Ziele, seiner Politik und seiner Strukturen, ein produktives, soziales und ökologisches Wirtschaftsmodell, das […] auf […] der Souveränität der Völker basiert."[56] Dies implizierte den „Bruch mit den Gründungsverträgen der EU und der EZB".[57] Die Bezugnahme auf Lenins strategischen Nationalismus ist offenkundig, schließlich gehe es um die „Zusammenführung verschiedener Volkskämpfe auf europäischer Ebene."[58]

Nach dem „Brexit", der zwar kritisiert, aber trotzdem als Ausdruck antikapitalistischen Protests gewürdigt wird, und nach dem 13. Juli 2015 plädierte die EL „für einen Sozialvertrag zwischen den souveränen und solidarischen Völkern Europas. Europa muss zu einer Union der Nationen und Völker werden, deren Souveränität respektiert wird".[59] Zwar bleiben diese Aussagen ambivalent und halten denjenigen die Tür einen Spalt offen, die eine ersatzlose Auflösung der EU missbilligen. Der

48 Lafontaine u. a. (FN 1).
49 Hildebrandt (FN 2), S. 243.
50 Programm (FN 39).
51 Athener Erklärung, Manuskript, 29./30. Oktober 2005.
52 Partei der Europäischen Linken, Alternativen entwickeln, Manuskript, 25. November 2007, S. 6.
53 Plattform (FN 21).
54 Agenda (FN 40).
55 Alternativen (FN 52).
56 Politisches Dokument für den Parteitag: Vereinigt Euch für eine linke Alternative in Europa, in: Change Europe! Gemeinsam für eine linke Alternative in Europa, demokratisch, sozial, friedlich, ökologisch! 4. Kongress der Partei der Europäischen Linken in Madrid, Manuskript, 15. Dezember 2013, S. 17.
57 Ebd., S. 22.
58 Ebd., S. 17 f.
59 Politisches Dokument (FN 37).

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

offenkundige Vorrang nationalstaatlicher Souveränität vor transnationalen Strukturen ist jedoch auch mit dieser Einschränkung kompatibel mit extrem rechten Haltungen – wenngleich mit anderen ideologischen Implikationen. Als Mittelweg zwischen der radikalen und der souveränistischen Position kommt neuerdings der Vorschlag ins Spiel, die EU durch ein „Europa der solidarischen Regionen“[60] zu ersetzen. Der Luxemburgische Minister Etienne Schneider von der *Sozialistischen Arbeiterpartei* setzt sich für „ein Bündnis von Linksregierungen in Südeuropa“ ein, „die mit einzelnen Schritten in Richtung Desintegration die dominante autoritär-neoliberale Integrationsweise in Frage stellen“.[61] Angesprochen sind ausgerechnet die Linksaußen-Parteien in Portugal, Spanien und Griechenland, die – mit Ausnahme der orthodoxen Nicht-EL-Parteien PCP und KKE – dezidiert pro EU eingestellt waren, nun aber für „Desintegration“ sorgen sollen.

6. Zusammenfassung

Die Partei der Europäischen Linken ist ein gescheitertes Projekt. Sie wurde ihren eigenen Ansprüchen nicht im Ansatz gerecht, die extreme europäische Linke zu einer schlagkräftigen Phalanx zusammenzuführen, die in der Lage ist, die EU nachhaltig gemäß sozialistischer Vorgaben zu reformieren. Das hat unterschiedliche Gründe. Erstens repräsentierte die EL stets nur einen Teil der anvisierten Klientel. Die Parteien Nord- und Osteuropas blieben ihr weitgehend fern, ebenso die ultraorthodoxen kommunistischen Kräfte. Zweitens bekam die EL die ihr von Anbeginn an inhärenten „nationalistischen“ Zentrifugalkräfte nicht in den Griff, was sowohl strukturelle als auch ideologische Ursachen hatte. Drittens eskalierte der Tsipiras-Schock diese Tendenzen so weit, dass aus einem ursprünglich auf Veränderungen innerhalb der EU drängenden Unternehmen eine Allianz wurde, die die Union selbst – egal unter welchen Vorzeichen – immer mehr in Frage stellte und das Heil in einem eher losen Verbund von Nationalstaaten mit weitgehend unangetasteter Souveränität suchte.

Der 13. Juli 2015 führe der EL vor Augen, dass ein – von einem Land ausgehender – immanenter Umbruch aussichtslos ist. Die EU hatte sich aus dieser Sicht als der stärkere Part erwiesen, was den Ruf nach fundamentalen Lösungen, nämlich der ersatzlosen Zerschlagung der Union, lauter werden ließ. Die EL hat, gemessen an ihren ursprünglichen Intentionen, ausgedient. Aus dem Blickwinkel des extremismustheoretischen Ansatzes ist die EL ohne Abstrich antidemokratisch eingestellt. Das trifft sowohl auf die Mitgliedsparteien zu, deren Reformen nicht auf eine Demokratisierung hinweisen, als auch auf den Kern der Programmatik: Der Antikapitalis-

60 Thomas Händel/Frank Puskarev, Last exit: EU – Sozial oder Zerfall, in: Candeias/Demirović (FN 2), S. 134-150, hier: S. 149.

61 Etienne Schneider, Der Euro – Kern der Krise oder nachhaltiges Problem?, in: Candeias/Demirović (FN 2), S. 128.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

mus der EL – das einzige allseits anerkannte Ideologiefundament – wendet sich kategorisch gegen die freiheitlichen Verfassungsstaaten Europas.

Ein Blick in die Zukunft fällt schwer, zumal die EL stets als Getriebene dastand und zu keinem Zeitpunkt das Ruder in den Griff bekam. Für die Politikwissenschaft sind Vergleiche mit anderen Europaparteien ein Desiderat, vor allem hinsichtlich nationalistischer Tendenzen und Einflussmöglichkeiten im europäischen und einzelstaatlichen Rahmen.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Entwicklung der Ideologie der „Reichsbürger“

Von Jan Freitag, Michael Hüllen und Yasemin Krüger

1. Einleitung

Bereits seit Jahren haben die Sicherheitsbehörden in Brandenburg eine Szene aus „Reichsbürgern und Selbstverwaltern“ im Auge, die zunehmend an Resonanz und Zulauf gewinnt. In der deutschen Presselandschaft macht dieses Phänomen, welches „Reichsbürger“, Angehörige eines Deutschen Reiches und „Selbstverwalter“ umfasst, seit Jahren Schlagzeilen.[1] Für jene Akteure ist nicht die deutsche Bundeskanzlerin die rechtmäßige Regierungschefin Deutschlands, sondern entweder ihr eigener „Exilkanzler“ bzw. ihre eigene „Reichsregierung“, oder aber sie selbst als sogenannte „Selbstverwalter“. Die Akteure lehnen die Existenz der Bundesrepublik Deutschland ab und verneinen die Handlungsfähigkeit bzw. Rechtmäßigkeit deutscher Gerichte und Verwaltungen. Zudem fallen Sie bisweilen durch antisemitische, ausländerfeindliche und revisionistische Äußerungen auf. Ein gewisser Teil dieser Szene ist klar dem Rechtsextremismus zuzuordnen.[2] Andere nutzen lediglich Argumentationsschemata und Ideologiefragmente, um sich selbst zu inszenieren. Spätestens mit dem Auftreten des „Deutschen Polizei Hilfswerks“ (DPHW) – einer selbsternannten Ordnungsmacht der Szene – im Jahr 2012, begann die Szene auch physisch zu agieren und Andersdenkende einzuschüchtern. Diese Gruppe behinderte unter Androhung von Gewalt beispielsweise Gerichtsvollzieher bei ihrer Arbeit oder beraubte sie ihrer Freiheit.[3] Zudem führten einiger Mitglieder Schusswaffen.[4] Massive Drohungen gegen Amtsträger, teilweise mit aberwitzigen Schadensersatzforderungen

1 Vgl. Daniel Müller, Ein Reich aus Hass, in: Die Zeit vom 14. August 2013; Roland Sieber, Eine Leiche, ein Rucksack, eine militante Neonazigruppe?, in: Zeit Online vom 9. Juli 2012; Kerstin Gehrke, Angeklagter schoss sich den Weg frei, in: Der Tagesspiegel vom 24. Juli 2013; Bernhard Honnigfort, Sie nennen sich Reichsbürger, in: Frankfurter Rundschau vom 11. Dezember 2012.

2 Vgl. Jan Freitag, „Reichsbürger“ – Eine Bedrohung für die Demokratie oder lächerliche Verschwörungstheoretiker? Das Beispiel Brandenburgs, in: Uwe Backes/Alexander Gallus/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus und Demokratie, Bd. 26, Baden-Baden 2014, S. 155-172, hier: S. 165.

3 Vgl. zu Konfrontationen von „Reichsbürgern“ mit Gerichtsvollziehern u. a.: O.A., „Reichsbürger“ nötigt Gerichtsvollzieher und wird festgenommen, in: Märkische Allgemeine Zeitung vom 7. Februar 2017, unter: http://www.maz-online.de/Lokales/Oberhavel/Reichsbuerger-noetigt-Gerichtsvollzieher-und-wird-festgenommen, letzter Zugriff 1. August 2017; Alexander Schneider, Gerichtsvollzieher weggejagt, in: Sächsische Zeitung vom 15. März 2017, unter: http://www.sz-online.de/nachrichten/gerichtsvollzieher-weggejagt-3635887.html, letzter Zugriff 1. August 2017.

4 Vgl. Freitag (FN 2), S. 168.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

(Malta-Masche)[5], körperliche Gewalt gegen Vollzugsbeamte und die Bewaffnung einzelner Akteure haben die Lage seit 2013 massiv verschärft. Obwohl die Malta-Masche seit Ende 2016 von dem Inselstaat unterbunden wird, findet sie nichtsdestotrotz nach wie vor Anwendung im Milieu.[6] Höhepunkt der Eskalationsspirale zwischen Amtsträgern der Bundesrepublik und Reichsbürgern war zweifelsohne das Tötungsdelikt an einem Polizeibeamten am 19. Oktober 2016 in Georgensgmünd.[7] Seit November 2016 stufen die Verfassungsschutzämter die heterogene, aus diversen Gruppen und Strömungen bestehende Szene als sogenanntes Beobachtungsobjekt ein und erforschen sie unter anderem mit nachrichtendienstlichen Mitteln.[8] Der Verfassungsschutzverbund aus Bund und Ländern bezeichnet die Akteure als „Reichsbürger und Selbstverwalter" und versucht damit die ideologische Vielfalt der Szene abzubilden.[9] Dem haben sich andere Sicherheitsbehörden wie das BKA angeschlossen.

Die Geschichte der „Reichsbürger und Selbstverwalter" in der Bundesrepublik Deutschland lässt sich bisher in drei Phasen unterteilen, anhand derer Entstehung und Evolution ihrer Ideologien und Organisationsformen nachvollzogen werden können. Im Mittelpunkt dieser Untersuchung steht dabei die Ideologie. Sie fungiert als Indikator des Selbstverständnisses der Akteure, ihrer Einstellung zur Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und ihrer Resonanz in der Bevölkerung.

Die erste Phase beschreibt die Entstehungsgeschichte des Phänomens von der Gründung der Bundesrepublik 1949 über die Ausrufung der ersten „Kommissarischen Reichsregierungen" bis in das Jahr 2004. In diesem Zeitfenster entstanden die meisten Ideologien und Argumentationsmuster, weswegen diese Phase hier kurz als Vorgeschichte des Phänomens skizziert wird. Nach dieser relativ langen Anfangsphase unterliegt das Phänomen einem deutlich schnelleren Wandel. In der Phase zwischen 2004 und 2009 weitete es sich aus; es tauchten immer neue selbsternannte Regierungen auf. Königreiche, Fürstentümer oder Republiken wurden ausgerufen und erhielten Zulauf aus unterschiedlichen Bevölkerungsschichten. Neben dem Rechtsextremismus nahestehenden Personen waren gerade sozial und wirtschaftlich

5 Vgl. zur Malta-Masche u. a.: Saskia Nothofer, Malta-Erpressungsmasche hat keine Aussicht auf Erfolg, in: Zeit Online vom 24. Oktober 2016, unter: http://www.zeit.de/gesellschaft/2016-10/reichsbuerger-justiz-malta-masche, letzter Zugriff 1. August 2017.

6 Vgl. zur Unterbindung der Malta-Masche u. a.: O. A., Inselstaat stoppt "Reichsbürger" – Malta beendet die Malta-Masche, unter: http://www.n-tv.de/politik/Malta-beendet-die-Malta-Masche-article19267581.html, letzter Zugriff 1. August 2017.

7 Vgl. dazu u. a. O. A., „Reichsbürger" verletzt Polizisten lebensgefährlich, in: Zeit Online vom 19. Oktover 2016, unter: http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2016-10/georgensgmuend-razzia-wohnungsdurchsuchung-schuesse-polizisten/seite-2, letzter Zugriff 29. Juni 2017.

8 Vgl. Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2016, Potsdam 2017, S. 91.

9 Vgl. dazu u. a. die Darstellungen des Bundesamtes für Verfassungsschutz, unter: https://www.verfassungsschutz.de/de/aktuelles/zur-sache/zs-2017-003-o-ton-maassen-reichsbuerger-selbstverwalter, letzter Zugriff 29. Juni 2017; O.A., „Reichsbürger" werden bundesweit vom Verfassungsschutz beobachtet, in: Spiegel Online vom 22. November 2017, unter: http://www.spiegel.de/politik/deutschland/reichsbuerger-werden-bundesweit-von-verfassungsschutz-beobachtet-a-1122571.html, letzter Zugriff 29. Juni 2017.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

weniger Begüterte für die Ideologien der „Reichsbürger“ empfänglich. So versprach die Zugehörigkeit zu einem solchen Phantasiestaat eine erhebliche Steuer- und Unkostenerleichterung. Außerdem war die klare Abgrenzung der „Reichsbürger“ zur Bundesrepublik für viele „Aussteiger“ attraktiv. Seit 2009 hat sich das Phänomen in der dritten Phase weiterentwickelt und ausdifferenziert. Neben den Reichsregierungen sind zunehmend sogenannte „Selbstverwalter“ in Erscheinung getreten. Diese bedienen sich der Ideologieelemente und Argumente der „Reichsbürger“[10], ohne dabei den Anspruch einer Regierung oder eines Staates zu erheben. Sie erklären sich kurzer Hand für unabhängig und selbstverwaltet. Diese Phase führte zu einer gewissen Konsolidierung des Phänomens. Ein breiteres Mitglieder- und Anhängerspektrum wurde erschlossen, die Ideologie ausgeweitet und eine Reihe neuer Akzente gesetzt. Dabei unterlagen gerade Ideologie und Organisationsform einem steten Entwicklungsprozess. Die Ergebnisse dieses Prozesses sowie sein Ablauf ermöglichen eine Einordnung der handelnden Akteure und sind ebenso Indikator für ihr politisches Spektrum. Daher kommt dieser Phase eine besondere Bedeutung in der vorliegenden Analyse zu.

In der journalistischen Berichterstattung und der Fachliteratur haben sich die Begriffe „Reichsbürger“, „Reichsbürgerbewegung“, „Reichsideologen“, „Reichsbürgertum“ oder „Reichsdeutsche“[11] etabliert. Sie dienen als Sammelbegriffe für alle Personen und Personenzusammenschlüsse, die sich auf die (Fort-)Existenz des Deutschen Reiches berufen und somit die Rechtmäßigkeit der Bundesrepublik Deutschland als Staat negieren. Gemeinsame Ideologieaspekte werden indes mehrheitlich als Rechtfertigung des Terminus einer zumindest losen „Bewegung“ angeführt.[12] Der Begriff „Bewegung“ ist allerdings in Bezug auf das Reichsbürgerphänomen bisweilen problematisch: zum einen aufgrund des Entstehungskontextes und der Entwicklung der „Reichsbürger“, zum anderen, weil die Bezeichnung suggeriert, „Reichsbürger“ stellten eine Art „soziale Bewegung“[13] dar. Dies ist jedoch aus politik- bzw. sozialwissenschaftlicher Sicht fraglich, wenn die theoretischen Ansätze der Bewegungs- bzw. Protestforschung[14] berücksichtigt werden. Zu heterogen ist das Spektrum der „Reichsbürger und Selbstverwalter“ – zu unterschiedlich sind ihre sozialen Gruppen und Strukturen.

Der Milieubegriff hingegen zielt auf Gruppen ab, in denen objektive und subjektive Faktoren zu bestimmten Lebensstilen verschmelzen. Dabei ist dem Terminus die Grundvorstellung gemein, dass der Mensch von seiner sozialen Umgebung geprägt

10 Vgl. zu den Argumenten und Ansichten der „Reichsbürger“: Freitag (FN 2).
11 Die Bezeichnung bezieht sich sowohl auf die deutschen Bewohner des Deutschen Reiches zwischen 1871 und 1945 als auch auf die Bewohner der ehemaligen deutschen Protektorate.
12 Jan-Gerrit Keil, Zwischen Wahn und Rollenspiel – das Phänomen aus psychologischer Sicht, in: Dirk Wilking (Hrsg.), Reichsbürger. Ein Handbuch, Potsdam 2015, S. 39-90, hier: S. 40.
13 Zum Begriff „soziale Bewegung“ siehe ausführlich: Dieter Rucht, Soziale Bewegungen, in: Dieter Nohlen/Florian Grotz (Hrsg.), Kleines Lexikon der Politik, Bonn 2015, S. 594-597.
14 Zur Bewegungsforschung siehe u. a. Kai-Uwe Hellmann/Rud Koopmans (Hrsg.), Paradigmen der Bewegungsforschung – Entstehung und Entwicklung von neuen sozialen Bewegungen und Rechtsextremismus, Wiesbaden 1998.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

wird.[15] Diese „sozialen Milieus“ sind Gruppen von Gleichgesinnten, „die jeweils ähnliche Werthaltungen, Prinzipien der Lebensgestaltung, Beziehungen zu Mitmenschen und Mentalitäten aufweisen“.[16] Milieus werden im Kern durch „psychologisch tief sitzende“ Dispositionen definiert, in denen diejenigen, die dem gleichen Milieu angehören, ihre Umwelt in ähnlicher Weise interpretieren und gestalten – ein Wir-Gefühl hervorbringen.[17] Das entspricht der aus der Sozialwissenschaft bekannten Unterscheidung von In- und Outgroups. Bezogen auf das „Reichsbürger“-Phänomen lässt sich daraus ableiten, dass die Akteure tief sitzende Unsicherheiten durch eine eigenwillige und rigide Neuordnung der Fremd- und Selbstwahrnehmung zu überwinden versuchen. Es wird unbeirrbar an einer einmal gewählten Deutung der Umwelt festgehalten. Das Milieu konstruiert für sich, auf der Basis nicht hinterfragter Prämissen, ausgefeilte Begründungszusammenhänge und Lebensstile.[18] Es kann also nicht einfach gewechselt werden, da sich Werthaltungen, Grundeinstellungen, Milieubindungen und Überzeugungen nur im Falle massiver Einflüsse verändern.[19] Die Milieu-Bezeichnung für die „Reichsbürger“ ist zudem angebracht, da sich mehrere Milieus nebeneinander befinden und sich senkrecht über Schichtgrenzen hinweg erstrecken können, sodass die Grenzen zwischen ihnen zerfließen.[20] Dies ist gerade in der heterogenen „Reichsbürgerszene“ der Fall. Es haben sich verschiedene „Reichsbürger“-Milieus entwickelt, welche aufgrund bestimmter äußerer Lebensbedingungen und/oder innerer Haltungen gemeinsame Lebensstile herausgebildet haben.[21] „Reichsbürger und Selbstverwalter“ haben viele Gemeinsamkeiten mit populistischen Strömungen. Sie bedienen mit ihren Aktionen und Argumentationen Bereiche, die auch anderen Populisten eigen sind. Aufgrund der Heterogenität der agierenden Personen und Gruppen ist die Bezeichnung „Reichsbürger“-Milieu zutreffend und wird hier verwendet.

2. Vorgeschichte des Phänomens „Reichsbürger“

Mit der *Sozialistischen Reichspartei* (SRP) trat schon in der Anfangsphase der Bundesrepublik Deutschland ein Akteur auf die politische Bühne, der eine Fortführung des Deutschen Reiches forderte und die Bundesrepublik für illegitim hielt. Bereits in den 1960er Jahren versuchten Rechtsextremisten, die bedingungslose Kapitulation

15 Vgl. dazu Stefan Hradil, Sozialstrukturanalyse in einer fortgeschrittenen Gesellschaft. Von Klassen und Schichten zu Lagen und Milieus, Opladen 1987, S. 165.
16 Ders., Soziale Milieus – eine praxisorientierte Forschungsperspektive, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 44-45/2006, S. 3-17, hier: S. 4.
17 Vgl. ebd.
18 Vgl. Rudolf Jaworski, Verschwörungstheorien aus psychologischer und aus historischer Sicht, in: Matthias Pöhlmann (Hrsg.), „Traue Niemanden!“. Verschwörungstheorien, Geheimwissen, Neomythen, EZW-Texte Nr. 177, Berlin 2004, S. 33-51, hier: S. 38.
19 Hradil (FN 16), S. 4.
20 Vgl. ebd.
21 Hradil (FN 15), S. 165.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Deutschlands im Zweiten Weltkrieg zu einem reinen Waffenstillstand umzudeuten, dem zwingend ein Friedensvertrag folgen müsse.[22] Da zwischen Deutschland und seinen ehemaligen Kriegsgegnern bis dato kein Friedensvertrag verhandelt worden war, schlussfolgerten Rechtsextremisten, dass es der Bundesrepublik an Legitimation fehle.[23] Zugleich diente die Forderung nach einem Friedensvertrag dazu, die Grenzen im Nachkriegseuropa jener Zeit in Frage zu stellen. Dies und die daran anknüpfende Forderung einer Revision der europäischen Grenzen zielten jedoch besonders auf die Mobilisierung der eigenen Anhänger. Auf diesem Weg sollte die „Schmach“ der Kapitulation vor den alliierten Kriegsgegnern und dem dahinterstehenden Weltjudentum getilgt werden.

Nicht zuletzt der 2014 verstorbene Rechtsextremist und Holocaust-Leugner Manfred Roeder vertrat die These von einem notwendigen, aber fehlenden Friedensvertrag.[24] Roeder verstand sich selbst als „Reichsbürger“ und vertrat ab 1975 die Auffassung, dass die von Hitler testamentarisch eingesetzte Reichsregierung unter Karl Dönitz nie zurückgetreten sei. Daher bestehe das Deutsche Reich fort.[25] Unter den Reichsfarben Schwarz-Weiß-Rot gründete Roeder zusammen mit anderen rechtsextremistischen Gleichgesinnten die *Freiheitsbewegung Deutsches Reich* (FDR). Diese erklärte sich später zur Vertretung des Deutschen Reiches und Roeder zum „Reichspräsidenten“.[26]

In den 1980er Jahren gab es weitere bekennende „Reichsbürger“, so z.B. den Neonationalsozialisten Thomas Brehl (1957-2010) sowie andere Personen aus dem Aktivistenkreis um Michael Kühnen (1955-1991).[27] Ebenso hatten führende NPD-Mitglieder nachweisbare Berührungspunkte mit dem „Reichsbürger“- Milieu, wie etwa der ehemalige NPD-Vorsitzende in Thüringen, Frank Schwerdt, der gerade in den 1990er Jahren Bedeutung in der nationalsozialistischen Szene in Brandenburg erlangte.[28] Die FDR und Roeder begründeten damit sowohl Symbolik als auch Vorgehensweisen für spätere „Reichsbürger“-Gruppierungen, wie die 1985 unter Wolfgang Ebel[29] gegründete *Kommissarische Reichsregierung*.[30] Diese Gruppe ist eine

22 Vgl. Richard Stöss, Die extreme Rechte in der Bundesrepublik. Entwicklung, Ursachen, Gegenmaßnahmen, Opladen 1989, S. 29-31.
23 Vgl. Michael Hüllen/Heiko Homburg/Yasemin Krüger, „Reichsbürger“ zwischen zielgerichtetem Rechtsextremismus und Staatsverdrossenheit, in: Wilking (FN 12), S. 13-37, hier: S. 21.
24 Vgl. ebd.
25 Vgl. ebd.
26 Vgl. ebd.
27 Vgl. Freitag (FN 2), S. 157.
28 Vgl. Ministerium des Innern des Landes Brandenburg (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2012, Potsdam 2013, S. 95.
29 Ebel wurde in ca. 20 Gerichtsverfahren angeklagt, darunter mehrfach wegen Amtsanmaßung. Später wurde er für prozess- und schuldunfähig erklärt und unter Betreuung gestellt. Er verstarb im Jahr 2014.
30 Die „Kommissarische Reichsregierung“ benannte sich nach der Spaltung der „Exilregierung Deutsches Reich“ unter Norbert Schittke in „Kommissarische Reichsregierung des Staates 2tes Deutsches Reich“ um.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

der ältesten bekannten „Reichsregierungen“ und gilt als Ursprung der heutigen „Reichsbürger“-Szene.

Die ersten größeren Gruppierungen, die in Deutschland für Aufsehen sorgten, waren das *Deutsche Kolleg* (DK) und die *Völkische Reichsbewegung* (VRB).[31] 1994 wurde das DK als Nachfolgeeinrichtung des Berliner Lesekreises der Wochenzeitung *Junge Freiheit* vom Hamburger Rechtsextremisten und ehemaligen Theoretiker des *Sozialistischen Deutschen Studentenbundes* (SDS), Reinhold Oberlercher, gegründet. Das DK ist ein Nachfolger der *Reichsdeutschen Bewegung*. Die VRB, von Horst Mahler[32] als *Reichsbürgerbewegung* (RBB) gegründet, erreichte deutschlandweit Bekanntheit.[33] Ziel Mahlers war es, die RBB zu einer Sammlungsbewegung Gleichgesinnter werden zu lassen, um die Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit des „Deutschen Reiches“ und die Errichtung eines „Vierten Reiches“ zu ermöglichen.[34] Ebenso bezeichneten sich Mahlers Anhänger als „Reichsbürger“ oder „Reichssachwalter“.[35] Mahler und Roeder bezogen sich darüber hinaus direkt auf das „Reichsbürgergesetz“ von 1935, mit dem Ziel, sowohl ihre auf Abstammung beruhende Staatsbürgerschaft zu beweisen als auch eine Abgrenzung gegenüber Juden und anderen Bevölkerungsgruppen (nicht „artverwandten Blutes“) zu vollziehen. Somit hat Mahler den Begriff der „Reichsbürgerbewegung“ als politischen Kampfbegriff eingebracht und maßgeblich geprägt. Damit waren Mahler und Röder die Vorreiter des „Reichsbürger“-Milieus.

Der Großteil nachfolgender Akteure hat bei ihnen kopiert oder zumindest in Teilen an ihre Ideologien adaptiert. Ebel etwa hat seine 21 Thesen[36] eng an die Theorien und Vorstellungen von Roeder angelehnt und nur in Nuancen an seine eigenen Vorlieben angepasst. Alle Akteure von der SRP über die FDR, das DK bis zur VRB haben seit dem Ende des 2. Weltkriegs den Nährboden für das „Reichsbürger“-Phänomen gelegt und die Vorstellung des „Reichsmythos“ weiterentwickelt. Sie haben sich mit ihren Annahmen in der politischen Kultur des Rechtsextremismus etabliert. Trotz ihres gemeinsamen Ursprungs und ideologischer Schnittmengen mit der rechtsextremistischen Szene waren alle diese Gruppen isoliert und konnten sich nur

31 Vgl. Anton Maegerle/Daniel Hörsch, „Der Kampf um die Köpfe“ hat begonnen. Vordenker, Strategen und Wegbereiter rechter Netzwerke, in: Stephan Braun/Daniel Hörsch (Hrsg.), Rechte Netzwerke – eine Gefahr, Wiesbaden 2004, S. 113-122, hier: S. 115-117.

32 Horst Mahler ist ein Rechtsextremist und Holocaustleugner. Er wurde zuletzt im März 2009 vom Landgericht Potsdam wegen Volksverhetzung in mehreren Fällen zu einer Haftstrafe verurteilt. Zunächst einer der Gründer der Roten Armee Fraktion (RAF), distanzierte er sich später vom Linksextremismus und wandte sich dem Rechtsextremismus zu. Siehe dazu u.a Birgit Schulz/Martin Block, Die Anwälte: Ströbele, Mahler, Schily – eine deutsche Geschichte, Köln 2010; Manuel Seitenbecher, Mahler, Maschke & Co. Rechtes Denken in der 68er Bewegung?, Paderborn 2013.

33 Vgl. Ministerium des Innern des Landes Brandenburg (FN 28), S. 94 f.

34 Vgl. ebd.

35 Vgl. dazu Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, BT-Drs 17/11970.

36 Die 21 Thesen von „Reichskanzler“ Ebel sind abrufbar unter: https://sonnenstaatland.wordpress.com/2013/04/05/21-punkte-zur-tatsachlichen-situation-in-deutschland-analyse-aufklarung/, letzter Zugriff 1. August 2017.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

temporär halten.[37] Dies ist in erster Linie auf politisches Unvermögen, interne Streitigkeiten sowie ihr teilweise weltfremdes Verhalten zurückzuführen.[38] Inzwischen haben sie alle erheblich an Bedeutung innerhalb des „Reichsbürger“-Milieus eingebüßt und können keine Mitgliederzuwächse mehr verzeichnen.[39]

3. Die Ideologie der „Reichsbürger“ im Wandel

Die „Reichsbürger“-Ideologie wird nach der Phase von 2004 bis 2009, in der sie vor allem durch Zusammenschlüsse – von den eben dargestellten rechtsextremistischen Parteien und Vereinen bis zu den Kommissarischen Reichsregierungen – vertreten wurde, inzwischen in zunehmendem Maße von einer Vielzahl an Einzelpersonen repräsentiert. Der Grad der Verbreitung der Reichsbürgerideologie durch solche Personen hat eine Schwelle überschritten, die weit über das den einzelnen „Reichsbürger“-Gruppierungen zuzurechnende Personenpotential hinausgeht. Inhaltlich lässt sich erkennen, dass diese Personen in ihren Aktivitäten von einer gemeinsamen Ideologie getragen werden. Die Aktivisten bezeichnen sich selbst in Veröffentlichungen und Schreiben seit geraumer Zeit als Teil einer „Souveränitäts- und Rechtsstaatlichkeitsbewegung“.[40]

Der Verfassungsschutz betrachtet „Reichsbürger und Selbstverwalter“ als eigenständiges Extremismusphänomen (Extremismus „sui generis“), obwohl ein nicht unerheblicher Teil dieses Milieus rechtsextremistisch argumentiert. In der Definition des Verfassungsschutzes handelt es sich bei „Reichsbürgern und Selbstverwaltern“ um „Gruppierungen und Einzelpersonen, die aus unterschiedlichen Motiven die Existenz der Bundesrepublik Deutschland leugnen und deren Rechtssystem ablehnen. Dabei berufen sie sich etwa auf das historische Deutsche Reich, auf verschwörungstheoretische Argumentationsmuster oder auf ein selbst definiertes Naturrecht. Sie bestreiten die Legitimation der demokratisch gewählten Repräsentanten oder definieren sich selbst als außerhalb der Rechtsordnung stehend und sind deshalb häufig bereit, Verstöße gegen die Rechtsordnung zu begehen“.[41]

3.1. Die Kollektiverzählung der „Reichsbürger und Selbstverwalter“

Zentrales Charakteristikum der Ideologie der „Reichsbürger und Selbstverwalter“ in der dritten Phase ist die Dekontextualisierung der Vergangenheit Deutschlands. Dies

37 Vgl. Hüllen/Homburg/Krüger (FN 23), S. 25.
38 Vgl. ebd.
39 Vgl. Freitag (FN 2), S. 158.
40 Vgl. Klaus Maurer, Die „BRD“-GmbH oder zur völkerrechtlichen Situation in Deutschland und den sich daraus ergebenden Chancen für ein neues Deutschland, 3. Aufl., o.O. 2016, S. 4; Daniel Prinz, Wenn das die Deutschen wüssten ... dann hätten wir morgen eine Revolution, Fichtenau 2016, S. 47-50.
41 Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2016, Berlin 2017, S. 92.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

geschieht weitaus stärker als zuvor. Ein markantes Beispiel für diese Phase ist die Ausrufung des sogenannten „Fürstentums Germania“ in der brandenburgischen Gemeinde Plattenburg im Jahr 2009. Unter dem Einfluss bundesweit bekannter „Reichsbürger“ und Verschwörungsideologen wurde das „Fürstentum“ schnell zu einer Plattform ihrer Ideologie.[42] Ein weiteres Beispiel ist die erste Auflage der „‚BRD‘-GmbH“ im Jahr 2012[43], einer ideologischen „Abhandlung“ (so die Selbstbezeichnung) der rechtlichen Situation Deutschlands aus der Sicht der „Reichsbürger“. Das „Deutschland-Projekt. Aufbruch Gold-Rot-Schwarz“ aus dem Jahr 2012 ist ebenfalls in diesem Kontext zu nennen.[44]

Auch wenn es nicht jeder Milieuangehörige realisiert, betreibt das Milieu Geschichtspolitik und will ein Scheinbild der Vergangenheit Deutschlands etablieren.[45] Dieses Scheinbild setzt sich zu großen Teilen aus wirklichkeitsfremden Einbildungen zusammen, die nichts mehr mit der realen Geschichte Deutschlands zu tun haben. In der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus hat sich für diese Form des Umgangs mit der Vergangenheit der Begriff der historisch-fiktionalen Gegenerzählung etabliert.[46] Gideon Botsch bezeichnet die Gegenerzählung als Collage, „montiert mit Spekulationen, Mutmaßungen, widerlegbaren Thesen und teilweise auch mit Phantasien.“[47] Diejenigen, die diese Gegenerzählung bewusst verbreiten, sind an historischen Entwicklungen, Fakten und Überlieferungen nur instrumentell interessiert. Sie verwenden wissentlich Fehl- oder Teilinformationen zur historischen Legitimation ihrer Anliegen.[48] Davon abzugrenzen sind diejenigen, die unbewusst Fehl- oder Teilinformationen zur historischen Legitimation verbreiten und selbst glauben, die Geschichte habe tatsächlich so stattgefunden.[49] Meistens wird die Phantasiegeschichte wie selbstverständlich geglaubt, weil sie im Milieu für innere Stabilität, Festigkeit und Geschlossenheit sorgt.[50] In den nachfolgenden Ausführungen wird deutlich, dass sich das geschichtspolitische Scheinbild von

42 Vgl. Dirk Wilking, Die Anschlussfähigkeit der „Reichsbürger“ im ländlichen Raum aus der Sicht des Mobilen Beratungsteams im Brandenburgischen Institut für Gemeinwesenberatung, in: Ders. (FN 12), S. 175-195, hier: S. 190-193; Mario Feist, Das „Fürstentum Germania“ – Nicht rechts, nicht links, sondern vorne?, in: Dirk Wilking/Michael Kohlstruck (Hrsg.), Einblicke III. Ein Werkstattbuch, Potsdam 2010, S. 109-124.

43 Vgl. Maurer (FN 40).

44 Vgl. hierzu die Darstellung zu Jo Conrad, unter: https://www.psiram.com/de/index.php/Jo_Conrad, letzter Zugriff 5. September 2017.

45 Vgl. exemplarisch für die diversen Veröffentlichungen, die im Milieu eine Rolle spielen: Prinz (FN 40); Andreas Popp, Das Matrix-Syndrom: Die systematische Manipulation der Menschen durch die „Macht“, o.O. 2015; Heiko Schrang, Die Souveränitätslüge, o.O. 2014.

46 Vgl. Gideon Botsch, Die historisch-fiktionale Gegenerzählung des radikalen Nationalismus. Über den rechtsextremen Zugriff auf die deutsche Geschichte, in: Claudia Fröhlich/Horst-Alfred Heinrich/Harald Schmid (Hrsg.), Jahrbuch für Politik und Geschichte, Bd. 2, Stuttgart 2011.

47 Vgl. ebd., S. 27.

48 Vgl. Samuel Salzborn, Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze, Bonn 2015, S. 28.

49 Vgl. ebd.

50 Vgl. Botsch (FN 46), S. 30.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

„Reichsbürgern und Selbstverwaltern“ zu großen Teilen aus Elementen der rechtsextremistischen Weltanschauung zusammensetzt. Dazu gehören autoritäre, antisemitische, fremdenfeindliche (in ihrer ethnischen und rassistischen Spielart) sowie nationalistische Einstellungen.[51]

3.2. Autoritarismus und Antisemitismus

Samuel Salzborn hat am Beispiel der rechtsextremistischen Geschichtspolitik herausgearbeitet, dass sie strukturell autoritär angelegt ist. Die Kollektiverzählung operiert antiindividuell und duldet weder Widerspruch noch individuelle Abweichung.[52] Da aber das Potenzial konkurrierender Interessen und Konflikte nicht einfach negiert werden kann, werden diese „symbolisch und mythisch“ institutionalisiert.[53]

In der neueren Entwicklung der „Reichsbürger“-Ideologie wird vor allem die Erzählung von der mangelnden Souveränität Deutschlands immer wieder variiert und mit antisemitischen Verschwörungsmythen verknüpft. „Reichsbürger“ behaupten, dass Deutschland nicht souverän sei und die Alliierten des Zweiten Weltkrieges das Land immer noch besetzt hielten: „Die ‚BRD‘ ist nach den Kriterien des Völkerrechts kein Staat. Das Grundgesetz ist selbst Besatzungsrecht und damit ist die ‚BRD‘ seit jeher eine Kolonialverwaltung der Besatzungsmächte. [...] Gesetze werden auch massenhaft von den westlichen Besatzungsmächten ganz nach Belieben verfügt oder aufgehoben, die Änderungen werden im ‚Bundesgesetzblatt‘ veröffentlicht, ohne dass zuvor im ‚BUNDESTAG‘ oder im ‚BUNDESRAT‘ hierüber diskutiert und abgestimmt wurde. Die genannten Gremien […] können damit sehr leicht als das erkannt werden, was sie sind: Reine Schwatzbuden mit überbezahlten Statisten – weiter nichts.“[54] Diese Argumentation war Bestandteil der rechtsextremistischen Kampagne zur Wiederherstellung des Deutschen Reiches und gehört damit zur historisch-fiktionalen Gegenerzählung des Rechtsextremismus. Ziel dieser Kampagne war es, die politische Elite der Bundesrepublik Deutschland als Handlanger der Alliierten, insbesondere der Amerikaner, zu denunzieren und politisch zu desavouieren. Politische Anlässe waren damals die Gründung zweier deutscher Staaten – Bundesrepublik Deutschland und DDR – sowie der Verzicht auf die ehemaligen deutschen Ostgebiete.[55]

In der neueren Entwicklung der „Reichsbürger“-Ideologie werden solche geschichtsrevisionistischen Mythen zu einem dualistischen Weltverschwörungsszenarium weiterentwickelt. Dabei knüpft das Milieu an der Verschwörungserzählung vom Judentum an, das eine „Neue Weltordnung“ (New World Order – NWO) anstrebe und daher heimlich die politischen Eliten auf der Welt steuere: „Die vorliegend dargestellten rechtlichen Zusammenhänge sind längst nicht mehr nur ein Wissen einer

51 Vgl. Richard Stöss, Rechtsextremismus im vereinten Deutschland, Bonn 1999, S. 20-24.
52 Vgl. Salzborn (FN 48), S. 28 f.
53 Vgl. ebd., S. 29.
54 Vgl. Maurer (FN 40), S. 8.
55 Vgl. Richard Stöss, Rechtsextremismus im Wandel, Berlin 2005, S. 197.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

kleinen Elite, und schon gar nicht irgendein juristisches Geheimwissen. Im Gegenteil: Jeder der lesen kann, kann alle [...] dargestellten Sachverhalte nachlesen und auf einfachste Art und Weise nachvollziehen. Aus diesem Grunde kann man den Drahtziehern der ‚Neuen Weltordnung' viele Vorwürfe machen, einen jedoch nicht. Nämlich dass sie still und heimlich zu Werke gehen."[56]

In die gleiche Richtung weist die Behauptung von „Reichsbürgern und Selbstverwaltern", Deutschland sei eigentlich eine Firma namens „BRD-GmbH", die ihre Menschen mit Hilfe eines „juristischen Kniffs" versklave: „Da die ‚BRD' eine Firma ist, kann sie in jedem Menschen nur jeweils eine juristische Person sehen. Das bedeutet, dass die Firma „BRD" aus jedem von uns eine juristische Person, also juristisch gesehen eine Ein-Mann-Firma macht. […] Bekanntermaßen haben juristische Personen keinen Anspruch auf die Einhaltung der Menschenrechte, Freiheitsrechte oder Bürgerrechte."[57] Deutschland in polemischer Absicht als ein reines Geschäftsmodell darzustellen, soll assoziieren, die politischen Eliten verrieten die Interessen der Bevölkerung mit Hilfe politischer Winkelzüge.[58] Hier schimmert der Vorwurf der „nationalen Unzuverlässigkeit" durch, den Rechtsextremisten regelmäßig seit den 1950er Jahren gegenüber den demokratischen Parteien und ihren Parteiführungen erheben. Der Vorwurf des „Sklaventums" ist ebenfalls anschlussfähig an die zitierte antisemitische Verschwörungsideologie der „Neuen Weltordnung". Zu dieser „geheimen Weltregierung" zählten „jüdische Banken" der amerikanischen Ostküste und insbesondere die Familie Rothschild.[59] Der Kontrolleur dieser „Neuen Weltordnung" sei die USA.[60]

Andere Argumentationsstränge der „Selbstverwalter und Reichsbürger" greifen diesen Verschwörungsmythos ebenfalls auf, wenn auch nur mittelbar. Verwaltungsmitarbeiter wundern sich oft über Schreiben, die mit „Mann aus der Familie" oder „Frau aus der Familie" unterzeichnet und zusätzlich mit einem „Blutsdaumen" vom Unterzeichnenden und manchmal sogar von weiteren „Zeugen" gestempelt sind. Oftmals bezeichnen sich die Absender als „geistig lebendige natürlich-freie Menschen auf Erden in der Welt im ewigen Schöpferbund, Mensch nach § 1 BGB" und legen ihren Schreiben „Internationale Geburtsurkunden", „Heimatscheine" und „Lebenderklärungen" bei. So sei man z.B. „zu keinem Zeitpunkt auf hoher See verschollen". Verschiedene Gruppierungen, wie der „One People's Public Trust" (OPPT) mit seiner Unterorganisation „Internationaler Justizgerichtshof für Natur-

56 Vgl. Maurer (FN 40), S. 8.
57 Vgl. ebd., S. 64.
58 So der Berliner Historiker Jochen Staadt, zitiert nach Tom Littlewood/Manuel Möglich, Wild Germany – Die ZDF Neo-Reportage: Deutsche Reichsregierung, ZDF Neo vom 26. Juli 2012. Eine systematische Vermutung von Verschwörung und Korruption wird in einigen Theorien sogar als ein Definitionskriterium für den Rechtsextremismus herangezogen. Vgl. z.B. Erwin K. Scheuch/Hans-Dieter Klingemann, Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschaft- und Gesellschaftspolitik 12 (1967), S. 11-29, hier: S. 13 f.
59 Dieser Verschwörungsmythos hat auch Anhänger außerhalb des rechtsextremistischen Lagers.
60 Vgl. Maurer (FN 40), S. 4.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

recht, Völkerrecht und allgemeingültige Rechtsprechung“, der „Staatenbund Deutschland/Verfassungsgebende Versammlung“ oder die „Heimatgemeinde ‚Gemeinde Chiemgau‘“ stellen die Legitimation von Nationalstaaten generell infrage. Stattdessen streben sie eine „natürliche Ordnung“, eine „geistlich sittliche“ Erneuerung nach naturrechtlichen oder „göttlichen“ Ideen an. Hinter Aufrufen aus diesem Spektrum wie „Hol’ Dir Dein Land zurück“[61], „Hol Dir Deine Heimat zurück“[62] oder „Der Weg in die Eigenverantwortung als Souverän“ (Peter Fitzek) steht die verschwörungsideologische Vorstellung, dass die Demokratie in Gänze ein gigantisches Täuschungsmanöver der „Neuen Weltordnung“ sei.[63] Zwischentöne gibt es in diesem dualistischen Weltbild nicht. Es existieren nur Gut und Böse. Das geschichtspolitische Bild, das „Reichsbürger und Selbstverwalter“ vermitteln, ist ähnlich wie im Rechtsextremismus am homogenen Kollektiv orientiert. Gefordert wird die konformistische Unterordnung des Einzelnen. Diverse Verfassungsentwürfe, die im Milieu kursieren, zeugen daher in der Regel von einem autoritären Staatsverständnis, welches von einer Einheit von Regierenden und Regierten ausgeht.[64]

3.3. Ethnisch und rassistisch orientierte Fremdenfeindlichkeit sowie Nationalismus

Eines der als absolut gesetzten Prinzipien im Rechtsextremismus ist die ethnische Homogenität. Die ethnische Separation ist somit Leitmotiv rechtsextremistischer Propaganda.[65] Diese Auffassung machen sich ebenfalls „Reichsbürger und Selbstverwalter“ zu eigen. Ein ethnisch orientiertes fremdenfeindliches Motiv spiegelt sich in der Behauptung von „Reichsbürgern“ wieder, alle Deutschen seien eigentlich staatenlos. Etwa seit dem Jahr 2012 versuchen „Reichsbürger“ überall in Deutschland, in Archiven ihre deutsche Abstammung („Blutslinie“) bis in die Zeiten des

61 Vgl. dazu die Internetpräsenz des Staatenbundes der Königreiche Wendeland, unter: http://galaxiengesundheitsrat.de, letzter Zugriff 5. September 2017.

62 Vgl. die Homepage des Hilfswerks – Netzwerk – Von Mensch zu Mensch für Heimat und Recht. Du bist kein Personal. Hole Dir Deine Heimat zurück, unter: http://dubistkeinpersonal.de/, letzter Zugriff 24. August 2017. Der Titel der Website orientiert sich offensichtlich an dem Song „Komm mit …“ der rechtsextremistischen Band „Gigi und die Braunen Stadtmusikanten“. In dem Songtext heißt es: „So viele Jahre glaubtest Du den Demagogen, Du hingst an ihren Lippen, doch sie haben Dich belogen, und immer wenn’s drauf ankam, ließen sie Dich im Stich. Bis heute hast Du’s mitgemacht, AB MORGEN OHNE DICH! Hey komm mit Uns, hol dir die Heimat zurück! Hey komm mit Uns, Wir zwingen dich zum Glück! Hey komm mit Uns, hol dir mit Uns Deine Heimat zurück!“

63 Diese Vorstellung ist ebenfalls oft antisemitisch konnotiert, erhält aber aus unterschiedlichen politischen Richtungen immer wieder Nahrung. Der heute zu den Verschwörungsideologen auf der Seite der radikalen Rechten zählende Publizist Jürgen Elsässer (COMPACT) gründete 2009 als damals noch zum linken politischen Spektrum zählender Publizist die „Volksinitiative ‚Gegen Finanzdiktatur‘“. Seine Eröffnungsrede war überschrieben mit dem Titel „Gegen die Räuber, die die Welt beherrschen“. Vgl. Jürgen Elsässer, Gegen die Räuber, die die Welt beherrschen, in: ders. (Hrsg.), Gegen Finanzdiktatur. Die Volksinitiative: Grundsätze, Konzepte, Ziele, Berlin 2009, S. 15-38.

64 Vgl. Hüllen/Homburg/Krüger (FN 23), S. 31.

65 Vgl. Salzborn (FN 48), S. 28.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Deutschen Reiches von 1871 bis 1913 nachzuverfolgen. Das Milieu eint die Auffassung, dass alle Änderungen im Reichs- und Staatsangehörigkeitsrecht seit der Abdankung des deutschen Kaisers Wilhelm II und seinem Gang ins niederländische Exil im Jahr 1918 keinen Bestand hätten. Seit diesem Zeitpunkt sei kein deutscher Staat mehr rechtmäßig gegründet worden, und es bestehe seitdem keine gültige Verfassung. Damit seien alle Deutschen seit der Weimarer Republik bewusst staatenlos gehalten worden. Mit dem Nachweis der deutschen Abstammung über den Staatsangehörigkeitsausweis stellen sich „Reichsbürger" in ihrer Vorstellung auf eine andere „staatliche Ebene" und reklamieren für sich diejenigen zu sein, die Friedensvertragsverhandlungen mit den ehemaligen Kriegsgegnern aufnehmen können.[66]

Mit dieser These orientieren sich „Reichsbürger" an der rechtsextremistischen Vorstellung einer organischen Demokratie, die vom Grundsatz der ethnischen Homogenität lebt. „Reichsbürger", wie etwa die des „Bundesstaates Baden" bezeichnen sich daher auch als „indigenes deutsches Volk": „Wir, die indigenen deutschen Völker, sind eigenständige Menschengruppen gemäß § 6 Völkerstrafgesetzbuch (VStGB) und legitimieren uns aus den germanischen Völkern, den indigenen Völkern des Staatenbundes Deutsches Reich, im Verfassungsstand 1871 und im Rechtsstand zwei Tage vor Ausbruch des 1. Weltkrieges (2. Deutsches Reich). Wir sind die Ureinwohner der angestammten (ab 1945 besetzten, später mit dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland verwalteten) Territorien/Gebiete".[67] Auch die Gruppierung „Bundesstaat Deutschland" orientiert sich am Abstammungsprinzip. In den Vorschlägen zu einem künftigen „Verfassungsentwurf" findet sich die Formulierung: „Jeder Mensch, welcher den Nachweis der Abstammung durch Geburt in einem Bundesstaat (Preußen, Bayern, Hessen, Sachsen, Württemberg […] etc.) erbracht hat, ist gleichzeitig auch Staatsangehöriger des Bundesstaat[es] Deutschland."[68]

Radikaler formuliert es die Gruppierung „Die Exilregierung Deutsches Reich". Sie orientiert sich an einem rassenbiologischen Menschenbild und versucht Furcht vor Fremden zu politisieren. Dazu gehört die Propaganda vom Untergang des deutschen Volkes. Die Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland lehnt die „Exilregierung" ab und spricht davon, dass der „Holocaust gegen die deutschen Völker" inzwischen eine neue Qualität erreicht habe.[69] Das deutsche Volk dürfe „nicht weiter bestehen wie bisher. […] Eigenschaften nimmt man einem Volk durch Senkung des

66 Vgl. dazu etwa: Staatenlos in Deutschland – Reiner Oberüber im Gespräch mit Michael Friedrich Vogt, unter: https://www.youtube.com/watch?v=ncoj4D0ilLk, letzter Zugriff 5. September 2017.

67 Vgl. Salzborn (FN 48), S. 25.

68 Vgl. dazu die Internetpräsenz der „Verfassungsgebenden Versammlung", unter: https://www.verfassunggebende-versammlung.com/was-ist-eine-vv/verfassungsentwurf, letzter Zugriff 25. August 2017.

69 Vgl. dazu die Internetpräsenz „friedensvertrag.org", unter: http://friedensvertrag.org/index.php/aktuelles/467-clausnitz-bautzen, letzter Zugriff 25. August 2017.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Bildungsstandes und rassische Mischung und damit genetische Kreuzung.“[70] Flüchtlinge nennt sie „Invasoren“ und Flüchtlingsunterkünfte „Invasorenunterkünfte“.[71] Die rassistische Ideologie des „Reichsbürger“-Milieus wird durch solche Auffassungen deutlich.

Da einige der Protagonisten aus dem „Reichsbürger“-Milieu zugleich eine konstitutionelle Monarchie fordern[72], liegt die Vermutung nahe, dass sie sich am chauvinistischen Reichsnationalismus des Deutschen Kaiserreiches orientieren. Dieser verband den Nationalismus mit der „Rassenfrage“ und dem Antisemitismus.[73]

4. Einordnung der „Reichsbürger“

Das Spektrum der „Reichsbürger“-Szene ist heterogen und umfasst verschiedene Einzelpersonen und Gruppen. Darunter befinden sich neben Querulanten und Aussteigern auch überzeugte Rechtsextremisten.[74] Sie weisen zudem eine große Bandbreite an Denk- und Handlungsweisen auf. Von anarchistischen Ansätzen bis hin zu gewaltbefürwortenden rechtsextremen Weltbildern sind viele Facetten erkennbar. Dieser Umstand macht eine genaue Einordnung und Gefährdungsbewertung schwierig.

Allerdings lässt sich feststellen, dass hinter einer Vielzahl der einschlägigen Aktionen und Aktivitäten tatsächlich Rechtsextremisten, aber eben auch Personen in prekären sozialen Lagen stecken. Diese suchen u.a. auf diesem Wege einen gewissen Halt.[75] Die Grundannahme der „Reichsbürger“, das Deutsche Reich bestehe fort und die Bundesrepublik sei illegitim, ist gemeinhin als Revisionismus zu bezeichnen.[76] Revisionismus, in diesen Fällen häufig gepaart mit Gebietsrevisionismus, ist ein verbindendes Element rechtsextremistischer Gruppierungen seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland.[77] Viele Revisionisten verfolgen mit ihren Argumenten und

70 Vgl. dazu die Internetpräsenz „friedensvertrag.org“, unter: http://friedensvertrag.org/index.php/aktuelles/418-deutsch-den-deutschen-oder-die-geplante-vernichtung-einer-sprache, letzter Zugriff 5. September 2017.

71 Vgl. dazu Holger Knappe und Alexander Schlowak über Bundesstaat, Freistaat & Staatsangehörigkeit, auf der Internetpräsenz „friedensvertrag.org“, unter: https://www.youtube.com/watch?v=jq_4SVyFI3E; http://www.friedensvertrag.org/index.php/aktuelles/443-nachruf-auf-die-deutschen-v%C3%B6lker, letzter Zugriff 25. August 2017.

72 Vgl. dazu die Internetpräsenz „friedensvertrag.org“, unter: http://friedensvertrag.org/index.php/aktuelles/453-im-glanze-vergangener-zeiten, letzter Zugriff 5. September 2017.

73 Vgl. Heinrich Winkler, Der lange Weg nach Westen. Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reiches bis zum Untergang der Weimarer Republik, München 2010, S. 229-232, mit dem Hinweis auf den Zusammenhang zwischen Modernisierung und antijüdischer Propaganda ab 1873.

74 Vgl. Gerald Dietz, „Reichsbürger“ zahlen kein Bußgeld. Rechtsextreme Bewegung bombardiert Verwaltungen mit Drohungen/Warnung vor „Gefährdungspotenzial“, in: Märkische Allgemeine Zeitung vom 12. Januar 2012.

75 Vgl. Ministerium des Innern des Landes Brandenburg (FN 28), S. 91.

76 Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.), Rechtsextremistischer Revisionismus – Ein Thema von heute, Köln 2001.

77 Vgl. Hans-Gerd Jaschke, Politischer Extremismus, Wiesbaden 2006, S. 74 f.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Darstellungen häufig das Ziel, den Nationalsozialismus sowie seine Verbrechen – allen voran den Holocaust – zu relativieren.[78] Häufig verklausuliert ausgedrückt und mit angeblichen Friedensargumenten gespickt, verschwimmt indes der rechtsextremistische Hintergrund und ist häufig nicht auf Anhieb erkennbar. Ein Großteil der Akteure versucht so ein gesellschaftliches Fundament für rechtsextremistisches Gedankengut zu schaffen.[79]

Erste Sprengstofffunde im Frühjahr 2013 in Folge von Drohungen gegen islamische Einrichtungen auf dem Privatgrundstück eines Reichsbürgers zeigten bereits die nicht zu unterschätzende Gefahr der Radikalisierung einzelner Szenemitglieder.[80] Brisant war zudem das *Deutsche Polizei Hilfswerk* (DPHW)[81], eine Gruppe, die sowohl bewaffnet war als auch die Kooperation mit anderen „Reichsbürgern" anstrebte.[82] Die gemäßigteren Gruppen, die hinter der Fassade einer Scheindemokratie ihre nationalistischen, revisionistischen und antisemitischen Weltbilder zu verschleiern versuchen, erhalten weitaus größeren Zulauf an Mitgliedern und Anhängern als offen radikal argumentierende Akteure. Gerade diese stellen aufgrund ihres großen Resonanzbodens und ihrer Bestrebungen, breitere Akzeptanz für rechtsextreme Themen zu generieren, eine Gefährdung dar.[83] Weithin traten zudem Einzelpersonen in Erscheinung, die sich in der Öffentlichkeit als Mitglieder einer erfundenen Gruppe gerieren. Dabei verfechten sie ihre eigene rechtsextreme Ideologie, sind politisch meist isoliert und versuchen, über das Internet Anhänger zu rekrutieren. Aktuell sind sowohl die Reichsregierungen als auch die Kleingruppen bedeutungsschwächer geworden. Sie haben vielfach mit Mitgliederschwund zu kämpfen. Neue Mitglieder können sie kaum noch generieren. Die meisten Anhänger von „Reichsbürgerideologien" verstehen sich aktuell als „Selbstverwalter". Damit erklären Sie sich unabhängig von der Bundesrepublik und ihren Gesetzen. Doch selbst bei ihnen bilden Elemente des Rechtsextremismus einen Teil ihres Argumentationsrahmens und ihrer Weltsicht.[84]

78 Vgl. Ministerium des Innern des Landes Brandenburg (FN 28), S. 97.
79 Vgl. Gideon Botsch in einem Interview mit Deutschlandradio Kultur, in: Axel Flemming/Claudia van Laak: Witzbolde oder Ewiggestrige? Die Brandenburger „Reichsbürger", unter: http://www.deutschlandradiokultur.de/extremismus-witzbolde-oder-ewiggestrige.1001.de.html?dram:article_id=288718, letzter Zugriff: 1. Juli2014.
80 Vgl. Daniel Müller, Ein Reich aus Hass, in: Die Zeit vom 14. August 2013.
81 Das DPHW ist eine der „Reichsbürgerbewegung" zuzurechnende Splittergruppe, die sich selbst als deutsche Polizei versteht. Sie wurde im sächsischen Limbach-Oberfrohna von Volker Schöne, einem ehemaligen Mitglied der Deutschen Polizeigewerkschaft, gegründet. Die Mitglieder tragen polizeiähnliche Uniformen und haben bereits mehrfach versucht, Gerichtsvollzieher an der Ausübung ihrer Tätigkeiten zu hindern. Dazu wenden sie zum Teil auch Gewalt an. Ebenso sind Einschüchterungsversuche Andersdenkender bekannt. Bei Durchsuchungsmaßnahmen in Sachsen und Brandenburg wurden u. a. NS-Devotionalien sichergestellt. Seit der Einleitung eines Ermittlungsverfahrens wegen des Verdachtes der Bildung einer kriminellen Vereinigung hat sich das DPHW deutlich aus der Öffentlichkeit zurückgezogen.
82 Vgl. Hans Nibbrig, „Reichsbürger" drohen Berliner Behörden und Organisationen, in: Berliner Morgenpost vom 30. Juli 2013.
83 Vgl. Freitag (FN 2).
84 Vgl. Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg (FN 8), S. 91.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Anders gebärden sich die wenigen radikalen Gruppen. Sie sind häufig hochgradig ideologisiert und sogar mit nationalsozialistischen Ideologiemerkmalen behaftet. Offen kokettieren sie mit dem Nationalsozialismus und seiner Symbolik; wenngleich sie aufgrund ihrer Radikalität für einen Großteil der Szene eher unattraktiv sind und nur geringe Anhängerschaften aufweisen, geht bei ihnen die Bedrohung klar von ihrer Ideologie und ihren Verbindungen zu rechtsextremen Kameradschaften und anderen Gruppierungen aus. Diese extremen Organisationen standen in regem Kontakt zu dem inzwischen verbotenen *Collegium Humanum* sowie dem *Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten* (VRBHV). Enge Verbindungen sind ebenfalls zu Horst Mahler nachweisbar.[85]

Bedenklich stimmt, dass „Reichsbürger und Selbstverwalter“ verstärkt versuchen, ein in sich mehr oder weniger konsistentes Scheinbild der Geschichte Deutschlands zu vermitteln. Diese historisch-fiktionale Gegenerzählung bildet für viele „Reichsbürger und Selbstverwalter“ Identifikationsmöglichkeiten und könnte dazu führen, in persönlich schwierigen oder prekären Lebenslagen auf antisemitische, fremdenfeindliche Stereotype zurückzugreifen. Zugleich vermittelt das Milieu verstärkt Heilsgewissheiten. Aussagen wie, „Die Zukunft hat begonnen“[86] oder „Wir sind der Zukunft näher als wir denken!“[87] sollen den Anhängern suggerieren, dass die Geschichte und damit im übertragenen Sinne das persönliche Leiden endlich ist. Sie wirken aber auch aggressionsauslösend. Die Akteure verstehen sich zudem als Souveränitäts- und Freiheitsbewegung, woraus sie eine absolute Legitimation ihres Handelns ableiten. Treten ihre Heilserwartungen nicht ein, besteht die Gefahr, dass es in einzelnen Fällen zur Radikalisierung kommt. Die gewalttätigen Attacken auf die Polizei in Reuden (Sachsen-Anhalt) und der Tod eines Polizisten in Georgensgmünd (Bayern) lassen diese Schlüsse zu.

Das Gefühl, „Sklave“ oder „Gefangener“ des Systems zu sein, belegt die Ausweglosigkeit manches Milieuangehörigen. Umso verlockender sind in der Szene kursierende Revolutions- oder Befreiungsaufrufe, die letztendlich dazu führen, dass die repräsentative, pluralistische Demokratie von „Reichsbürgern und Selbstverwaltern“ vollends verworfen wird. Durch die beschriebene Verwendung bzw. Anknüpfung von antisemitischen und fremdenfeindlichen Weltbildern geraten demokratische Grundprinzipien ins Abseits. Die Breite des Milieus und die Verquickung rechtsextremistischer Ideologieelemente mit monarchistischen oder teilweise auch sozialistischen Ideologieelementen erschwert zudem nicht nur die Einordnung des Phänomens, sie verschleiert darüber hinaus häufig den antidemokratischen Kern der Ideologie. Zahlreiche Akteure erkennen so häufig erst zu spät, wes Geistes Kind ihre Vordenker sind. Je stärker sich die Ideologie gefestigt hat, desto schwieriger wird der Ausstieg aus dem Milieu.

85 Vgl. Deutscher Bundestag (FN 35), S. 3.
86 Vgl. die Internetpräsenz der „Verfassungsgebenden Versammlung“ (FN 68).
87 Der mutmaßliche Polizistenattentäter Wolfgang Plan aus Georgensgmünd postete diese Parole des Staatenbundes Österreich im Sozialen Netzwerk Facebook, letzter Zugriff 30. Oktober 2016 (nicht mehr abrufbar).

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Wer für die Demokratie einsteht, muss sich entschieden gegen sämtliche antidemokratischen, verfassungsfeindlichen Bewegungen wenden. Diese existieren in den verschiedenen politischen Denkrichtungen. Die wichtigsten sind Rechtsextremismus, Linksextremismus und Islamismus. Allen gemein ist eine antidemokratische, antikonstitutionelle Zielsetzung. Dabei streben sie danach, unveräußerliche Prinzipien moderner Demokratien und offener Gesellschaften zu beseitigen. Somit ist politischer Extremismus gemeinhin das Gegenstück des demokratischen Verfassungsstaats. Analysen des Phänomens „Reichsbürger und Selbstverwalter" haben gezeigt, dass diese eben nicht nur einem klassischen Extremismusphänomen zuzuordnen sind. Obwohl Teile der Ideologie und zahlreiche Akteure klar dem Rechtsextremismus angehören, ist die Szene in Gänze vielgestaltiger. Alle „Reichsbürger und Selbstverwalter" eint jedoch eine antidemokratische und antikonstitutionelle Grundorientierung. Die Verbindungen, Interdependenzen und Parallelen mit anderen Extremismusphänomenen herauszustellen und die Bedrohung für den demokratischen Verfassungsstaat zu bemessen, ist eine Aufgabe der vergleichenden Extremismusforschung. Sie kann die tatsächlichen oder nur scheinbaren Gegensätze der Ideologiefragmente benennen, mit bereits etablierten Phänomenen vergleichen und eine Standortbestimmung vornehmen.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Salafismus als politische Herausforderung

Von Matthias Garbert

1. Einleitung

Die Rede von Herausforderungen ist im politischen Raum allgegenwärtig. Politische Akteure bestimmen hier ständig Eigenschaften von Phänomenen, die sie als Widerspruch zu ihren eigenen Überzeugungen ansehen und für politisch bearbeitungsbedürftig halten.[1] Dies gilt insbesondere dann, wenn neue Phänomene in den Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit geraten. Ein Beispiel hierfür ist das Phänomen Salafismus: In der medialen Berichterstattung ist immer wieder von ‚dem' Salafismus die Rede, vor allem wenn es um junge Menschen geht, die sich für Ideen religiös begründeter Ungleichheit begeistern.[2] Ebenfalls werden vereitelte und vollendete Gewalttaten mit politischer Motivation[3] sowie die Ausreise hunderter junger Menschen aus Deutschland in den syrischen Bürgerkrieg regelmäßig mit dem Phänomen „des" Salafismus in Beziehung gebracht.[4]

Angesichts dessen sollen im Folgenden einige potenzielle politische Herausforderungen des Phänomens Salafismus diskutiert werden. Die Überlegungen hierzu erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern sollen als Schlaglichter auf einen vielschichtigen Problemkomplex verstanden werden. Ebenfalls muss ausgeklammert bleiben, wie das Phänomen im parteipolitischen Wettbewerb problematisiert wird.[5] Ziel der Analyse ist es demgegenüber einige Aspekte der phänomenbezogenen Forschung in Beziehung zu den Politikfeldern der Gesellschafts- und Sicherheitspolitik zu setzen.

Vor diesem Hintergrund gliedert sich die Analyse in fünf Abschnitte. Zunächst stehen gemeinsame Vorstellungsinhalte des salafistischen Milieus im Mittelpunkt und die Frage, warum dessen ausdifferenzierte Szenen trotz ideologischer Gemeinsamkeiten dennoch strukturell heterogen sind. Dieser Umstand äußert sich in Form diffuser Netzwerke, die durch personelle Überschneidungen, fluide Loyalitätsver-

1 Vgl. John W. Kingdon, Agendas, Alternatives, and Public Policies, 2. Aufl., Boston, MA u. a. 2011, S. 109-110.

2 Vgl. Claudia Dantschke, „Da habe ich etwas gesehen, was mir einen Sinn gibt." – Was macht Salafismus attraktiv und wie kann man diesem entgegenwirken?, in: Behnam Said/Hazim Fouad (Hrsg.), Salafismus. Auf der Suche nach dem wahren Islam, Bonn 2014, S. 474-502, hier: S. 489.

3 Vgl. Jörg Diehl, Generalbundesanwalt klagt drei Hassprediger an, in: SPIEGEL Online vom 19. Juli 2017.

4 Vgl. Rüdiger Lohlker, Die Salafisten. Der Aufstand der Frommen, Saudi-Arabien und der Islam, München 2017, S. 116.

5 Vgl. exemplarisch Matthias Garbert, Salafismus als Herausforderung für das Parlament (im Erscheinen).

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

hältnisse und ambivalente Selbstverortungen der Akteure geprägt sind.[6] Dieses komplexe Beziehungsgeflecht wird auf vier Idealtypen reduziert und in Beziehung zu ausgewählten gesellschafts- und sicherheitspolitischen Herausforderungen gesetzt. Abschließend stehen einige Schlussfolgerungen.

2. Salafismus als heterogenes Modernisierungsphänomen

Wenn in der öffentlichen Debatte von „den" Salafisten oder „dem" Salafismus die Rede ist, werden damit in der Regel diffuse Bedrohungserwartungen verbunden.[7] Viele Wissenschaftler sehen diese phänomenbezogene Essentialisierung kritisch. Sie halten „den" Salafismus für ein konstruiertes Feindbild, in dem komplexe Phänomene vermischt, vereinfacht und verallgemeinert werden[8], was zu Lasten differenzierter und dementsprechend wissensbasierter Präventions- und Repressionsansätze geht.

Die mit dem Salafismusbegriff einhergehende Komplexität zeigt sich bereits in der kontroversen wissenschaftlichen Debatte über damit verbundene Vorstellungsinhalte und ihre Beziehung zu islamischen Traditionslinien.[9] Ungeachtet dessen beginnen Begriffsdiskussionen fast immer mit einem Hinweis auf die *as-salaf aṣ-ṣāliḥ*.[10] Diese „frommen bzw. rechtschaffenen Altvorderen" lebten nach verbreiteter Vorstellung im 6.-9. Jahrhundert nachchristlicher Zeitrechnung und umfassten den Propheten Muhammad, seine Gefährten, deren Schüler sowie die Schüler jener Schüler.[11] In

6 Vgl. exemplarisch Klaus Hummel, Das informelle islamische Milieu: Blackbox der Radikalisierungsforschung, in: Ders./Michail Logvinov (Hrsg.), Gefährliche Nähe. Salafismus und Dschihadismus in Deutschland, Stuttgart 2014, S. 219-259; Marwan Abou Taam/Claudia Dantschke/Michael Kreuz/Aladdin Sarhan, Kontinuierlicher Wandel. Organisation und Anwerbungspraxis der salafistischen Bewegung, unter: https://salafismus.hsfk.de/fileadmin/HSFK/hsfk_publikationen/report_022016.pdf (4. August 2017).

7 Vgl. Claudia Dantschke, „Pop-Jihad". History and Structure of Salafism and Jihadism in Germany, Berlin 2012, S. 3; Ulrich Kraetzer, Salafisten. Bedrohung für Deutschland?, Gütersloh 2014, S. 11-12.

8 Vgl. Behnam Said, Salafismus – Ein deutscher Extremismus, in: Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis 10 (2013), H. 1, S. 19-32, hier: S. 27-29; Klaus Hummel/Michael Logvinov, Gefährliche Nähe zwischen Salafismus und Dschihadismus als sozialer Fakt und sicherheitspolitisches Artefakt, in: Dies. (FN 6), S. 7-30, hier: S. 8-12; Hummel (FN 6), S. 220-222; Kraetzer (FN 7), S. 239-243; Rüdiger Lohlker/Amr El Hadad/Philipp Holtmann/Nico Prucha, Transnationale Aspekte von Salafismus und Dschihadismus, Frankfurt a. M. 2016, unter: http://www.hsfk.de/fileadmin/HSFK/hsfk_publikationen/report_052016.pdf (4. August 2017), S. 1.

9 Vgl. Riem Spielhaus, Salafismus, Jihadismus und Islamismus in Deutschland, in: Uwe Backes/Alexander Gallus/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 27, Baden-Baden 2015, S. 247-269, hier: S. 251.

10 Vgl. Roel Meijer, Introduction, in: Ders. (Hrsg.), Global Salafism. Islam's New Religious Movement, London 2009, S. 1-32, hier: S. 3; Aladdin Sarhan, Gottgewollte Ordnung. Wer sind die Salafisten?, in: Herder Korrespondenz 66 (2012), H. 10, S. 523-526, hier: S. 523 f.; Lohlker (FN 4), S. 7.

11 Vgl. ebd.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

der sunnitischen Tradition des Islam gelten diese ersten drei Generationen von ‚Ur-Muslimen' als moralische Glaubensvorbilder, weil ihre religiöse Praxis als besonders rein und authentisch gilt.[12] Ein allgemeiner Verweis auf die *as-salaf aṣ-ṣāliḥ* ist somit ungeeignet, um salafistische Religiosität von anderen Islamvorstellungen abzugrenzen. Das zeigt sich auch an verschiedenen sunnitischen Reformbewegungen. Diese beriefen sich in den letzten Jahrhunderten allesamt auf die vermeintlich frühe Blütezeit des Islam und verbanden damit Forderungen nach einer religiösen Reinigung.[13] An diese utopische Tradition sunnitischen Reinigungsdenkens wollen auch jene Personen anknüpfen, die hierzulande als Salafisten bezeichnet werden.[14] Im Gegensatz zu anderen Muslimen besitzen sie jedoch einen exklusivistischen, totalitär orientierten Selbstanspruch.[15] Dieser Selbstanspruch geht mit einem modernen Pseudotraditionalismus einher, der keine Schnittmengen mit der Ambiguitätstoleranz traditioneller islamischer Gelehrsamkeit besitzt.[16] Stattdessen lassen sich allenfalls Gemeinsamkeiten mit dem saudi-arabischen Wahhabismus erkennen.[17] Vor diesem Hintergrund lässt sich festhalten: Charakteristisch für Salafisten ist, dass sie die im Koran und der Prophetenüberlieferung enthaltene Ambiguität bewusst ignorieren, selektiv rezipieren, wörtlich interpretieren und als einzig legitime Deutungsmöglichkeit postulieren.[18] Diese geistig-religiöse Grundhaltung unterscheidet salafistische

12 Vgl. Meijer (FN 10), S. 3; Rauf Ceylan/Michael Kiefer, Salafismus. Fundamentalistische Strömungen und Radikalisierungsprävention, Bonn 2013, S. 42, S. 77; Aladdin Sarhan/Ekkehard Rudolph, Salafismus in Deutschland: Ideologie, Aktionsfelder, Gefahrenpotenzial in Zeiten des ‚Islamischen Staates', in: Uwe Backes/Alexander Gallus/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 27, Baden-Baden 2015, S. 172-185, hier: S. 174; Sarhan (FN 10), S. 523 f.

13 Vgl. exemplarisch Hazim Fouad, (Neo-)Salafiyya oder (Neo)-Salafismus? Eine historische Betrachtung zur Beschreibung eines gegenwärtigen Phänomens, in: Interventionen. Zeitschrift für Verantwortungspädagogik 4 (2015), H. 5, S. 4-15.

14 Vgl. Matenia Sirseloudi/Sybille Reinke de Buitrago, Konfrontative Feindbilder und ihre Entstehungsbedingungen. Eine empirische Analyse entlang der Konfliktlinien „links- versus rechtsextremistisch" sowie „muslimfeindlich versus militant salafistisch", Wiesbaden 2016, S. 123; Sarhan (FN 10), S. 524; Abou Taam u. a. (FN 6), S. 1.

15 Vgl. Marwan Abou Taam/Aladdin Sarhan, Salafistischer Extremismus im Fokus deutscher Sicherheitsbehörden, in: Thorsten Gerald Schneiders (Hrsg.), Salafismus in Deutschland. Ursprünge und Gefahren einer islamisch-fundamentalistischen Bewegung, Bielefeld 2014, S. 387-402, hier: S. 396-397; Lohlker (FN 4), S. 12.

16 Vgl. Thomas Bauer, Die Kultur der Ambiguität. Eine andere Geschichte des Islams, Berlin 2011, S. 74, S. 128, S. 191; Thorsten Gerald Schneiders, Einleitung, in: Ders. (Hrsg.), Salafismus in Deutschland. Ursprünge und Gefahren einer islamisch-fundamentalistischen Bewegung, Bielefeld 2014, S. 9-24, hier: S. 14; Fouad (FN 13), S. 14; Abou Taam u. a. (FN 6), S. 1; Spielhaus (FN 9), S. 257.

17 Gleichwohl gibt Lohlker zu bedenken: „die häufige Gleichsetzung von Salafismus als Wahhabismus *plus* Saudi-Arabien ist ein Kurzschluss, der in die Irre führen kann, zumal die Annäherung zwischen Salafismus und Wahhabitentum erst relativ späten Datums ist." Ders. (FN 4), S. 33 (Hervorhebung im Original).

18 Vgl. Quintan Wiktorowicz, Anatomy of the Salafi Movement, in: Studies in Conflict & Terrorism 29 (2006), S. 207-239, hier: S. 207; Meijer (FN 10), S. 4; Bernard Haykel, On the Nature of Salafi Thought and Action, in: Roel Meijer (Hrsg.), Global Salafism. Islam's New Religious Movement, London 2009, S. 33-57, hier: S. 36; Bauer (FN 16), S. 52; Ceylan/Kiefer (FN 12), S. 78 f.; Sarhan/Rudolph (FN 12), S. 174; Abou Taam u. a. (FN 6), S. 2.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Islamvorstellungen von anderen Strömungen des zeitgenössischen Islam[19] und qualifiziert seine Anhänger zugleich als sunnitische Fundamentalisten.[20]

Weiterhin teilen die Anhänger dieser fundamentalistischen „Form der religiösen Orientierung“[21] ein ganz bestimmtes Verständnis der Einheit und Einzigartigkeit Gottes.[22] Dieses spezifische Gottesbild besagt, dass es nur einen Gott gibt, der alleine herrschen darf und allein anbetungswürdig ist.[23] Nur wer diese Annahmen in allen Handlungen seines Lebens zum Ausdruck bringt, gilt nach salafistischem Islamverständnis als „wahrer“ Muslim.[24] Eine „Trennung zwischen religiöser Praxis und politischem Denken und Handeln“[25] wird von salafistischen Akteuren dezidiert abgelehnt.[26] Die Entdifferenzierung unterschiedlicher Lebensbereiche und die „Sakralisierung des Alltagslebens“[27] sind fester Bestandteil salafistischer Islamvorstellungen und finden ihre Rechtfertigung in der Überzeugung, so zur einzig authentischen Version des Islam zurückzukehren. Diese Rückkehr sei notwendig, da der echte und eindeutige Islam im Laufe der Jahrhunderte durch zahlreiche Neuerungen verfälscht worden sei.[28] Da Gott seine Gebote jedoch bereits vollkommen offenbart habe, seien diese Neuerungen unzulässig: An Gottes eindeutigen Geboten dürfe nichts interpretiert, angepasst oder verbessert werden.[29] Werde dies dennoch versucht, führe das nur zu menschlichen Erfindungen wie beispielsweise Volkssouveränität, Religionsfreiheit, Säkularismus oder – allgemeiner formuliert – dem, was das Bundesverfassungsgericht als freiheitliche demokratische Grundordnung bezeichnet hat.[30] Die normativen Vorgaben solcher Politikvorstellungen werden von Salafisten abgelehnt, weil sie in ihren Augen eine nicht akzeptable Konkurrenz zu Gottes universellem

19 Vgl. Sarhan/Rudolph (FN 12), S. 174.
20 Vgl. Lohlker u. a. (FN 8), S. 2.
21 Abou Taam u. a. (FN 6), S. 1.
22 Vgl. Sarhan (FN 10), S. 524.
23 Vgl. Wiktorowicz (FN 18), S. 208 f.; Kraetzer (FN 7), S. 73.
24 Vgl. Sarhan (FN 10), S. 524 f.; Andreas Armborst/Ashraf Attia, Die Politisierung des Salafismus, in: Thorsten Gerald Schneiders (Hrsg.), Salafismus in Deutschland. Ursprünge und Gefahren einer islamisch-fundamentalistischen Bewegung, Bielefeld 2014, S. 217-230, hier: S. 223; Sarhan/Rudolph (FN 12), S. 175.
25 Christoph Günther/Mariella Ourghi/Susanne Schröter/Nina Wiedl, Dschihadistische Rechtfertigungsnarrative und mögliche Gegennarrative, Frankfurt a. M. 2016, unter: http://www.hsfk.de/fileadmin/HSFK/hsfk_publikationen/report_042016.pdf (4. August 2017), S. 3.
26 Vgl. ebd.
27 Olivier Roy, Der islamische Weg nach Westen. Globalisierung, Entwurzelung und Radikalisierung, Bonn 2006, S. 240.
28 Vgl. Kraetzer (FN 7), S. 70-71; Schneiders (FN 16), S. 13.
29 Vgl. Roy (FN 27), S. 239-240; Sarhan (FN 10), S. 524; Nina Wiedl, The Making of a German Salafiyya: The Emergence, Development and Missionary Work of Salafi Movements in Germany, Aarhus 2012, S. 11; Matthias Garbert, Allahs fehlgeleitete Söhne – Untersuchung radikalisierungsfördernder Argumentationsstrukturen auf salafistischen Internetseiten, in: Hummel/Logvinov (FN 6), S. 261-278, hier: S. 274.
30 Vgl. BVerfGE 2, 1, 12 f. Vgl. zur Ablehnung dieser Ordnungsvorstellungen durch salafistische Szenen Garbert (FN 29), S. 269, S. 275, Kraetzer (FN 7), S. 46-61 sowie Nina Wiedl/Carmen Becker, Populäre Prediger im deutschen Salafismus. Hassan Dabbagh, Pierre Vogel, Sven Lau und Ibrahim Abou Nagie, in: Schneiders (FN 15), S. 187-215, hier: S. 191, 195, 206.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Herrschafts- und Anbetungsanspruch bilden.[31] Wenn ein Muslim trotzdem die oben genannten menschlichen Erfindungen akzeptiert, folgt er nach salafistischem Islamverständnis nicht Gott. Vielmehr betreibt er Götzendienst, weil er durch seine Akzeptanz dieser (aus salafistischer Perspektive) unislamischen Ordnungsvorstellungen gegen Gottes Gebote und universalen Herrschaftsanspruch rebelliert. Ein solcher Akt des Ungehorsams gegen den offenbarten (vermeintlichen) Willen Gottes vernichte automatisch den Glauben eines solchen „Götzendieners" und führe zu ewigen Höllenqualen. Hoffnung auf das göttliche Paradies dürfen sich nur jene Gläubigen machen, die die salafistische Heilsbotschaft kennengelernt haben und ihr bedingungslos folgen.[32] Dies bedingt gleichzeitig eine klare performative Abgrenzung von allen unislamischen (sprich: nicht salafistischen) Personen und Strukturen sowie loyales Verhalten und Solidarität gegenüber allen „wahren" (sprich: salafistischen) Gläubigen.[33] Eine Ausnahme des Abgrenzungsgebotes bildet lediglich die Missionierung von Ungläubigen und die „Aufklärung" aller nicht salafistischen Muslime über den „wahren" Islam.[34]

Insgesamt lässt sich vor diesem Hintergrund festhalten, dass die salafistische Glaubenslehre ambiguitätsfeindlich ist, klare Verhaltenserwartungen beinhaltet und eine strukturelle sowie konfliktbehaftete Unvereinbarkeit zwischen „wahrem" Muslim-Sein und dem Leben in einer „ungläubigen" Umwelt behauptet. Hieraus folgt ein nicht aufzulösender normativer Konflikt zwischen der salafistischen Glaubenslehre und der freiheitlich-demokratischen Verfasstheit der bundesrepublikanischen Staats- und Gesellschaftsordnung. Dieser Konflikt kann politische Herausforderungen verursachen, die im Folgenden zu diskutieren sind.

3. Potenzielle Herausforderungen durch unterschiedliche deutsche Salafismen

Wie eingangs festgehalten wurde, ist „der" Salafismus ein diffuses Phänomen. Eine einflussreiche Erklärung für diesen Umstand liefert Quintan Wiktorowicz.[35] Er vertritt die These, dass zwar alle Salafisten einer gemeinsamen Glaubenslehre folgen, diese jedoch im Umgang mit der modernen Welt unterschiedlich interpretieren. Je nach ihrem Verhältnis zu den Bereichen Politik und Gewalt ließen sie sich als puristisch, politisch und dschihadistisch klassifizieren.[36] Die hieraus ableitbare Typologie ist auch hilfreich, um im Folgenden unterschiedliche salafismusbezogene Herausforderungen zu bestimmen. Allerdings entwickelte Wiktorowicz seine Typologie an-

31 Vgl. Sarhan (FN 10), S. 525; Günther u. a. (FN 25), S. 3 f.
32 Vgl. Sarhan (FN 10), S. 524; Garbert (FN 29), S. 268, 275; Sarhan/Rudolph (FN 12), S. 175 f.
33 Vgl. Joas Wagemakers, Framing the "Threat to Islam": Al-Wala' Wa al-Bara' in Salafi Discourse, in: Arabic Studies Quarterly 30 (2008), H. 4, S. 1-22, hier: S. 3 f.; Abou Taam/Sarhan (FN 15), S. 392 f.
34 Vgl. Roy (FN 27), S. 241; Garbert (FN 29), S. 268; Abou Taam u. a. (FN 6), S. 8.
35 Vgl. Sirseloudi/Reinke de Buitrago (FN 14), S. 121; Spielhaus (FN 9), S. 255.
36 Vgl. Wiktorowicz (FN 18), S. 207 f.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

hand der salafistischen Milieus in Jordanien und Saudi-Arabien. Daher lobt zwar auch die neuere Forschung mehrheitlich die analytische Nützlichkeit der Wiktorowiczschen Salafismen-Typologie, weist aber gleichzeitig darauf hin, dass sie nicht unangepasst auf das salafistische Milieu in Deutschland übertragbar sei.[37] Eine derart angepasste Typologie hat beispielsweise Claudia Dantschke vorgelegt.[38] Darin unterteilt sie Salafisten hierzulande in vier idealtypische Strömungen:

Die erste Strömung stellt der (1) puristische Salafismus dar. Seine Anhänger wollen ihre radikalen[39] und fundamentalistischen Glaubensvorstellungen abseits der Mehrheitsgesellschaft im privaten Umfeld leben. Solange ihnen dies staatlicherseits gewährt wird, lehnen sie politische Aktivitäten und Gewalt strikt ab.[40] Ungeachtet dessen streben auch Puristen langfristig nach einer islamistischen[41] Transformation von Politik und Gesellschaft. Diese Transformation sehen sie jedoch als Resultat individueller Frömmigkeit und einer vermeintlichen Perfektionierung ihrer eigenen Glaubenspraxis an.[42] Dementsprechend gehören einige salafistische Puristen auch zu den schärfsten Kritikern ihrer gewaltaffinen bzw. -tätigen Glaubensbrüder.[43] All dies führt beispielsweise Thorsten Gerald Schneiders zu der Einschätzung, dass von puristischen Salafisten „keine direkte Gefahr für die Gesellschaft“[44] ausgehe. Gleichwohl erscheinen die antidemokratischen, pluralitätsfeindlichen und desintegrativen Einstellungen puristischer Salafisten als Herausforderung für eine Gesellschaftsordnung, die auf diametral entgegengesetzten Werten basiert.

Komplexer stellt sich die Lage hinsichtlich des politischen Salafismus dar, den Dantschke in drei Subkategorien unterteilt.[45] Gemeinsam haben deren Protagonisten, dass sie aus der oben skizzierten Glaubenslehre unmittelbare Deutungsmuster und Handlungsimperative in Bezug auf ihre soziale und politische Umwelt ableiten und diese mit offensivem Aktivismus propagieren.[46] Unterschiedlich beurteilen politische Salafisten allerdings die Legitimität politischer Gewalt, um diese Ziele zu erreichen: So lehnt die (2) überwiegende Mehrheit des missionarisch-aktivistischen Salafismus politische Gewalt ab,[47] während eine (3) kleine Minderheit Gewalt ver-

37 Vgl. Sirseloudi/Reinke de Buitrago (FN 14), S. 121.
38 Vgl. Claudia Dantschke, „Lasst Euch nicht radikalisieren!“ Salafismus in Deutschland, in: Schneiders (FN 15), S. 171-186.
39 Vgl. zu den Begriffen „radikal“ und „Radikalisierung“ Anja Dalgaard-Nielsen, Violent Radicalization in Europe: What We Know and What We Do Not Know, in: Studies in Conflict & Terrorism 33 (2010), S. 797-814, hier: S. 798.
40 Vgl. Roy (FN 27), S. 276; Dantschke (FN 7), S. 3; dies. (FN 38), S. 179.
41 Islamismus soll in dieser Studie als eine religiös konnotierte Ideologie verstanden werden, deren Anhänger bestrebt sind „Gesellschaft, Kultur, Staat oder Politik anhand von Werten und Normen [umzugestalten], die [sie] als islamisch ansehen“ (Tilman Seidensticker, Islamismus. Geschichte, Vordenker, Organisationen, 4. Aufl., München 2016, S. 9).
42 Vgl. Ceylan/Kiefer (FN 12), S. 85; Kraetzer (FN 7), S. 85.
43 Vgl. Claudia Dantschke, Ohne Musik geht es nicht. Salafismus und „Nasheeds“ (Anasheed) in Deutschland, in: Journal Exit-Deutschland (2014), H. 3, S. 93-110, hier: S. 95.
44 Schneiders (FN 16), S. 17.
45 Vgl. Dantschke (FN 38), S. 179.
46 Vgl. Schneiders (FN 16), S. 15.
47 Vgl. Wiedl (FN 29), S. 45.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

bal legitimiert. Ein noch kleinerer Teil dieser Minderheit ist schließlich zu aktivem Gewalthandeln bereit und wird von Dantschke als (4) dschihadistisch eingestuft.[48]

Die Herausforderungen des politischen Salafismus stellen sich somit im Bereich jenseits krimineller Aktivitäten überwiegend als gesellschaftspolitisch dar, während sie im gewaltaffinen und dschihadistischen Bereich deutlich sicherheitspolitischer Art sind.

4. Salafismus als gesellschaftspolitische Herausforderung

Unter Gesellschaftspolitik lassen sich knapp jene „Institutionen und Bestrebungen [fassen], die auf die verbindliche Reglung des Gefüges einer Gesellschaft, insb. der Teilhabechancen der Mitglieder und der kollektiven Organisation gerichtet sind."[49] Zentrale Politikfelder, um individuelle Teilhabechancen und gesamtgesellschaftliche Strukturen zu beeinflussen, sind u. a. die Bildungs-, Sozial- und Integrationspolitik. In diesen Politikfeldern wird staatlicherseits versucht, auf Sozialisationsprozesse und Sozialstrukturen einzuwirken – in der Absicht, „die Normen und Institutionen, die den gesellschaftlichen Verkehr staatlich regeln, intakt und miteinander in Einklang zu halten."[50] Das gelingt individuell, aber auch kollektiv, nicht in allen Bereichen gleich gut und erzeugt so Potenziale und Resonanzräume, die salafistische Prediger und Aktivisten mit ihrem Angebot eines „wahren" Islam geschickt zu nutzen wissen.

Dieses Angebot kann wegen seiner sozialen Funktionalität gerade für junge Menschen mit ungefestigtem Selbstbild attraktiv sein, insbesondere dann, wenn sie sich in Krisensituationen befinden und über keinerlei oder nur geringe religiöse Bildung verfügen.[51] Ein Beispiel hierfür sind salafistische Zusammengehörigkeitsangebote. Diese versprechen Orientierungs- und Lösungsansätze, um persönliche Problemlagen, Defizit- und Diskriminierungserfahrungen durch die Eingliederung in eine neue, starke und solidarische Gemeinschaft zu bewältigen.[52] Für die Zugehörigkeit zu dieser Gemeinschaft sind weder die ethnische Herkunft noch der soziale Status relevant, sondern nur das „wahre" (sprich: salafistische) Verständnis des Islam.[53] Das offen zur Schau gestellte Bekenntnis zu diesem „wahren" Islam begründet lebensweltlich ein subjektiv geteiltes Gefühl von Zusammengehörigkeit. Es steht je-

48 Vgl. Dantschke (FN 38), S. 179; dies. (FN 43), S. 94 f.
49 Manfred G. Schmidt, Wörterbuch zur Politik, 3. Aufl., Stuttgart 2010, S. 303.
50 Claus Offe, Berufsbildungsreform. Eine Fallstudie über Reformpolitik, Frankfurt a. M. 1975, S. 163.
51 Vgl. Dantschke (FN 2), S. 480.
52 Vgl. Farhad Khosrokhaver, Radikalisierung, Bonn 2016, S. 180 f.; Götz Nordbruch, Zum Umgang mit Entfremdung, Verunsicherung und Unbehagen – Ansätze der Prävention salafistischer Ansprachen in Unterricht und Schulalltag, in: Ahmet Toprak/Gerrit Weitzel (Hrsg.), Salafismus in Deutschland. Jugendkulturelle Aspekte, pädagogische Perspektiven, Wiesbaden 2017, S. 155-165, hier: S. 157 f.
53 Vgl. Dantschke (FN 2), S. 482 f.; Nordbruch (FN 52), S. 158.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

dem in dem Ausmaß offen, in dem er gewillt ist, sich von anderen, konfligierenden Zugehörigkeiten abzugrenzen und sich einfachen, eindeutigen und autoritären Verhaltensregeln unterzuordnen.[54] Diese Verhaltensregeln befreien Individuen zugleich von der Verantwortung für eigene Entscheidungen, der Unsicherheit kontingenter Lebensentwürfe und der Anstrengung eigenständiger Biographiearbeit. Individuellwidersprüchliche Identitätsentwürfe müssen nicht mehr ausgehalten oder bearbeitet werden. Sie lassen sich durch eine autoritär-kollektive Selbstbeschreibung als „wahrer" Muslim suspendieren.[55]

Gleichzeitig ermöglicht die Politisierung derselben Werte und Regeln eine gezielte Aufwertung des Selbstbildes und die Möglichkeit, Selbstwirksamkeitserfahrungen zu sammeln.[56] Dies verweist darauf, dass die Attraktivität salafistischer Angebote auch aus dem (jugendtypischen) Bedürfnis nach Protest, Provokation und dem Einsatz für eine gerechtere Welt resultiert.[57] Als „Anwälte ohne Mandat" agitieren salafistische „Stigma-Aktivisten"[58] beispielsweise gegen die vermeintlich weltweite Unterdrückung „der" Muslime oder versuchen als „religiöse Avantgarde" nicht-salafistische Muslime und „Ungläubige" durch Missionsarbeit vor dem ewigen Höllenfeuer zu retten.[59]

Die konkrete gesellschaftspolitische Herausforderung dieser Angebote besteht darin, dass sie sich in ihren unterschiedlichen Dimensionen offensiv gegen ein friedliches und freies Zusammenleben in einer weltanschaulich pluralen Gesellschaft richten. Konkrete politische Instrumente, um dieser Herausforderung zu begegnen, bilden u. a. Maßnahmen der Primär-, Sekundär- und Tertiärprävention. Die Zielsetzungen und Herausforderungen unterscheiden sich dabei auf den jeweiligen Präventionsebenen. So erfolgt primäre, d. h. universell ausgerichtete Präventionsarbeit zielgruppenunspezifisch und ist nicht speziell auf das Phänomen Salafismus gerichtet. Stattdessen geht es vielmehr darum, erwünschte Einstellungen zu stabilisieren und (insbesondere junge) Menschen in ihren diesbezüglichen Entwicklungsmöglichkeiten zu fördern.[60] Daher betonen El-Mafaalani u. a., dass primäre Salafismusprävention trotz aller phänomenbezogener Spezifikationen in erster Linie als „Teil einer emanzipatorischen Erziehung im Kontext von kultureller und religiöser Vielfalt"[61] begriffen werden sollte. Allerdings erscheinen hierzu in zentralen „Handlungsfel-

54 Vgl. Abou Taam u. a. (FN 6), S. 12; Nordbruch (FN 52), S. 158.
55 Vgl. Dantschke (FN 2), S. 482; Abou Taam u. a. (FN 6), S. 12.
56 Vgl. Ceylan/Kiefer (FN 12), S. 93; Hummel (FN 6), S. 222; Nordbruch (FN 52), S. 159.
57 Vgl. Nordbruch (FN 52), S. 159 f.
58 Hummel (FN 6), S. 224.
59 Vgl. Ceylan/Kiefer (FN 12), S. 93; Dantschke (FN 2), S. 481-484.
60 Vgl. Ceylan/Kiefer (FN 12), S. 111 f.; Hazim Fouad/André Taubert, Salafismusprävention zwischen Sicherheitsbehörden und zivilgesellschaftlichen Trägern, in: Behnam Said/Hazim Fouad (Hrsg.), Salafismus. Auf der Suche nach dem wahren Islam, Bonn 2014, S. 403-413, hier: S. 404; Aladin El-Mafaalani/Alma Fathi/Ahmad Mansour/Jochen Müller/Götz Nordbruch/Julian Waleciak, Ansätze und Erfahrungen der Präventions- und Deradikalisierungsarbeit, Frankfurt a. M. 2016, unter: http://www.hsfk.de/fileadmin/HSFK/hsfk_publikationen/report_062016.pdf (4. August 2017), S. 3.
61 El-Mafaalani u. a. (FN 60), S. 5.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

dern“, wie beispielsweise in der Schule oder der Jugendarbeit, sowohl qualifizierte Fortbildungsmaßnahmen als auch ausreichend (zeitliche) Freiräume unabdingbar, damit die dort Agierenden erfolgreiche und nachhaltige Primärprävention betreiben können.

Im sekundären, d. h. selektiven Präventionsbereich sind Maßnahmen hingegen auf bestimmte Zielgruppen bezogen. Diese gelten unter bestimmten Kriterien als besonders gefährdet für salafistische Angebote. Neben direkten Präventionsaktivitäten lassen sich auf jener Ebene auch Angehörigenberatung und Multiplikatorenschulungen verorten.[62] Eine zentrale Herausforderung sekundärpräventiven Handelns besteht darin, unerwünschten Entwicklungen zu begegnen, ohne die hiervon Betroffenen zu stigmatisieren[63] und damit unbeabsichtigt salafistische Deutungsangebote zusätzlich zu plausibilisieren. Die für dieses Unterfangen notwendige Präventionskompetenz ist komplex und persönlich fordernd, was Kurt Edler mit Blick auf den schulischen Kontext aus der Ich-Perspektive so beschreibt:

„Vom demokratischen Verfassungsstaat und der aufgeklärten Republik habe ich ein persönliches Konzept, kenne Programm und Strategie des Islamismus, bin rhetorisch trainiert und kann cool bleiben, so dass ich auch in zugespitzten Situationen genug pädagogische Rollendistanz wahren kann, um meine Schüler nicht als politische Gegner zu betrachten oder zu behandeln.“[64]

Schließlich richten sich Maßnahmen im Bereich tertiärer, d. h. indizierter Prävention auf Zielgruppen und Individuen, bei denen die Hinwendung zum salafistischen Milieu bereits feststellbar ist. Diese soll in ihrem Fortschreiten gehindert und idealerweise rückgängig gemacht werden.[65] Erfolgskritisch sind dabei auf allen Präventionsebenen, aber insbesondere im tertiären Bereich, klare Vorstellungen des angestrebten Präventionsziels. Geht es beispielsweise darum, Menschen davon abzuhalten, im In- und Ausland Gewaltstraftaten zu begehen, kann es unter Umständen sinnvoll sein, puristische Salafisten an Präventionsmaßnahmen zu beteiligen, damit sich die Betroffenen von dschihadistischen Ideen distanzieren.[66] Ist das Präventionsziel hingegen ambitionierter und auf die geistig-soziale Lösung aus dem salafistischen Milieu gerichtet, erscheint es deutlich erfolgsversprechender, auf andere Kooperationspartner zurückzugreifen.[67] Aber nicht nur klare Zielvorstellungen sind für erfolgreiche Präventionsstrategien essentiell. Ebenso wichtig sind auch fundierte Kenntnisse über empirische Radikalisierungsprozesse in salafistischen Szenen.[68]

62 Vgl. Ceylan/Kiefer (FN 12), S. 112 f.; Fouad/Taubert (FN 60), S. 404 f.; El-Mafaalani u. a. (FN 60), S. 4.
63 Vgl. Michael Kiefer, Radikalisierungsprävention in Deutschland – ein Problemaufriss, in: Ahmet Toprak/Gerrit Weitzel (Hrsg.), Salafismus in Deutschland. Jugendkulturelle Aspekte, pädagogische Perspektiven, Wiesbaden 2017, S. 121-134, hier: S. 125 f.
64 Kurt Edler, Islamismus als pädagogische Herausforderung, Stuttgart 2015, S. 58.
65 Vgl. Ceylan/Kiefer (FN 12), S. 114; Fouad/Taubert (FN 60), S. 405; El-Mafaalani u. a. (FN 60), S. 4.
66 Vgl. Fouad/Taubert (FN 60), S. 405.
67 Vgl. ebd.
68 Vgl. Kiefer (FN 63), S. 132.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Allerdings urteilten Rauf Ceylan und Michael Kiefer im Jahr 2013 nicht nur in Bezug auf diesen Aspekt, sondern im Kontext der gesamten Salafismusprävention, dass Deutschland „in jedweder Hinsicht ein Entwicklungsland“[69] darstelle. Um dies zu ändern, seien eine klare Zieldefinition sowie die langfristige finanzielle Ausstattung entsprechender Präventionsprojekte unabdingbar. Dasselbe gelte auch für die Einbindung von zivilgesellschaftlichen Akteuren in die Projekte. Zudem müsse erfolgreiche Salafismusprävention wissensbasiert sein, was bislang mangels ausreichend phänomenspezifischer Kenntnisse über Radikalisierungsprozesse nicht möglich sei.[70] Dieses Bild stellt sich für Kiefer im Jahr 2017 positiver dar, was er mit einem ausdrücklichen Lob der finanziell-programmatischen Anstrengungen der öffentlichen Hand verbindet.[71] Grund zur Selbstgefälligkeit bestehe dennoch nicht, da „eine nicht unerhebliche Zahl von Projekten ihre Arbeit in eher provisorischen Settings vollzieht. Es fehlt insbesondere an ausreichend qualifiziertem Personal und ausgewiesenen Methoden.“[72] Auch der wissenschaftliche Kenntnisstand zu salafistisch konnotierten Radikalisierungsprozessen sei bislang noch sehr dürftig.[73]

Angesichts dessen lässt sich zusammenfassend festhalten, dass den gesellschaftspolitischen Herausforderungen des Phänomens Salafismus unter anderem mit Präventionsmaßnahmen auf unterschiedlichen Ebenen begegnet werden kann. Dies geht seinerseits mit zahlreichen Herausforderungen für die handelnden Akteure einher. Bei deren Bearbeitung sind Staat und Zivilgesellschaft auf einem guten Weg, wenngleich noch diverse Optimierungspotenziale genutzt werden können. Allerdings wurde das Phänomen Salafismus in Deutschland nicht nur als gesellschafts-, sondern auch als sicherheitspolitische Herausforderung diskutiert. Dazu sollen nachfolgend einige Überlegungen angestellt werden.

5. Salafismus als sicherheitspolitische Herausforderung

Wer das Phänomen Salafismus unter sicherheitspolitischen Vorzeichen betrachten möchte, ist zunächst gut beraten, sich den Gegenstand dieses Politikfeldes zu vergegenwärtigen. Als relationaler Begriff bezeichnet Sicherheit ein Gefühl der Sorglosigkeit vor existenziellen Schädigungen („*Gefahren*“)[74] und dafür gegebenenfalls verantwortlichen Akteuren („*Bedrohungen*“).[75] Mit Blick auf die öffentliche Sicherheit lässt sich dieses Gefühl als Vertrauen in die staatlich garantierte Rechtsordnung spe-

69 Ceylan/Kiefer (FN 12), S. 115.
70 Vgl. ebd., S. 161-162; Dantschke (FN 2), S. 501 f.
71 Vgl. Kiefer (FN 63), S. 122-124.
72 Ebd., S. 124.
73 Vgl. ebd., S. 132.
74 Herfried Münkler, Strategien der Sicherung: Welten der Sicherheit und Kulturen des Risikos. Theoretische Perspektiven, in: Ders./Matthias Bohlender/Sabine Meurer (Hrsg.), Sicherheit und Risiko. Über den Umgang mit Gefahr im 21. Jahrhundert, Bielefeld 2010, S. 11-34, hier: S. 11 (Hervorhebung im Original).
75 Ebd.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

zifizieren.[76] Staatliche Sicherheitspolitik kann somit als soziales Handeln begriffen werden, „das darauf gerichtet ist, regelungsbedürftige Angelegenheiten der Sicherheit eines Gemeinwesens zu gestalten."[77] Dies führt zur Frage, inwieweit das Phänomen Salafismus die öffentliche Sicherheit möglicherweise bedroht und wie hierauf reagiert werden kann. An prominenter Stelle steht hierbei die Sorge vor Terrorismus, auf die sich die nachfolgenden Überlegungen beschränken.

Mit Blick auf Salafismus und Terrorismus dominiert eine Bedrohungsperspektive,[78] die sich aus dem Verdacht einer diffusen Beziehung zwischen beiden Phänomen speist. Fast schon klassisch darf in diesem Kontext ein Diktum Yassin Musharbashs gelten, der bilanzierte: „Nicht jeder Salafist ist ein Terrorist, aber praktisch jeder islamistisch inspirierte Terrorist würde sich als Salafisten [sic!] bezeichnen."[79] Rhetorisch geschickt verdichtet dieser Satz ein öffentliches Unsicherheitsgefühl, ohne jedoch phänomenbezogene Herausforderungen der Sicherheitspolitik zu adressieren. Geeigneter dazu erscheinen Überlegungen Peter Waldmanns zu terroristischen Handlungskalkülen. Ihm zufolge ist Terrorismus als Form politisch motivierter Gewalt in erster Linie eine Kommunikationsstrategie.[80] Medien der terroristischen Botschaft sind „planmäßig vorbereitete, schockierende Gewaltanschläge aus dem Untergrund gegen eine politische Ordnung".[81] Die Botschaft richtet sich jeweils an zwei Adressatengruppen und soll beide durch die emotionale Wucht der Gewalttat zu unterschiedlichen Reaktionen veranlassen.[82]

Die erste Adressatengruppe umfasst die Anhänger der angegriffenen politischen Ordnung. Die Gewalttat soll ihr Vertrauen in die Macht des Staates untergraben, um die Geltung der staatlich garantierten Rechtsordnung cum grosso modo gewährleisten zu können.[83] Gelingt dies, erleidet die Legitimation der politisch Herrschenden Schaden. Daher ist es für Letztere eine enorme Herausforderung, auf diese Provokation des staatlichen Gewaltmonopols zu reagieren, ohne sich zum unfreiwilligen Erfüllungsgehilfen des terroristischen Gewaltkalküls zu machen.

---

76 Vgl. Abou Taam/Sarhan (FN 15), S. 398; Bernhard Frevel, Sicherheit. Ein (un)stillbares Grundbedürfnis, 2. Aufl., Wiesbaden 2016, S. 7.

77 Schmidt (FN 49), S. 717.

78 Vgl. zur Kritik hieran Hummel/Logvinov (FN 8), S. 8 f.

79 Yassin Musharbash, Gekaperte Moscheen, in: SPIEGEL Online vom 18. Juli 2008. Musharbash hatte diese Setzung in zugespitzter und abgewandelter Form auf eine Aussage des saudi-arabischen Journalisten Abd al-Rahman al-Raschid bezogen: nicht „jeder Muslim ist ein Terrorist, aber seit dem 11. September 2001 […] fast jeder Terrorist ein Muslim" (ebd.). Dieses Diktum wurde in zahlreichen Varianten von deutschen Innenpolitikern aufgegriffen. Musharbash selbst empfand das politische Eigenleben, das seine Zuspitzung erfuhr, offenbar keineswegs als glücklich. So merkte er an anderer Stelle kritisch an, dass „der durch die verkürzte Darstellung suggerierte Zusammenhang zwischen Salafismus und Dschihadismus […] problematisch" (Yassin Musharbash, Salafisten-Phänomen verwirrt Sicherheitsexperten, in: SPIEGEL Online vom 1. Juli 2011) sei.

80 Vgl. Peter Waldmann, Terrorismus. Provokation der Macht, 3. Aufl., Hamburg 2011, S. 17.

81 Ebd., S. 14.

82 Vgl. ebd., S. 41.

83 Vgl. ebd., S. 17.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Letztgenannter Umstand verweist auf die zweite Adressatengruppe der terroristischen Botschaft: Potenzielle Sympathisanten, Unterstützer sowie Bevölkerungsgruppen, als dessen Rächer und/oder Schutzmacht sich Terroristen stilisieren.[84] Mit Blick auf das Phänomen Salafismus besteht angesichts der oben skizzierten Heterogenität des Milieus eine entscheidende politische Herausforderung darin, sich der „*gefährlichen Nähe* zwischen Salafismus und Dschihadismus/Terrorismus“[85] sowie der damit zusammenhängenden Gefahr einer „Co-Radikalisierung“[86] bewusst zu sein. Beide Überlegungen stammen von Klaus Hummel, Michail Logvinov bzw. Daniela Pisoiu und sollen im Folgenden skizziert werden.

So argumentieren Hummel und Logvinov, dass die Annäherung salafistischer Vorstellungswelten und dschihadistischen Gewalthandelns von zwei Seiten aus betrieben wird. Einerseits wird von außen (etwa durch politische, mediale und sicherheitsbehördliche Akteure) die Heterogenität des salafistischen Milieus ignoriert und die Komplexität gewaltsamer Radikalisierungsprozesse in eine diffus-lineare und eben deshalb auch simplizistische Beziehung zu salafistischen Vorstellungswelten gerückt.[87] Gleichzeitig ist zu beobachten, dass Dschihadisten und islamische Populisten diese von außen unterstellte Nähe ihrerseits aktiv anstreben. Hummel und Logvinov führen pointiert aus: „Während es den Dschihad-Salafisten darum geht, von der salafistischen Expansion nutznießend zu profitieren, sind es die Populisten, die als treibende Kraft dieser Ausbreitung zu sehen sind.“[88] Auch Farhad Khosrokhaver plädiert für einen differenzierten Blick auf das Phänomen. So merkt er an, dass salafistische Islamvorstellungen mehrheitlich gewaltsame Radikalisierungsprozesse verhinderten.[89] Allerdings verkompliziere sich die Sachlage, „wenn einige wenige [Individuen] […] zunächst dieser Organisation [sprich: salafistischen Gruppen] beitreten, um sie dann zu verlassen und sich selbst zu radikalisieren oder sich sehr viel gewalttätigeren religiösen Gruppen anzuschließen.“[90]

Angesichts dessen besteht eine zentrale sicherheitspolitische Herausforderung darin, nicht beabsichtigte, negative Rückkoppelungseffekte der (insbesondere staatlichen) Reaktion auf die vermeintliche Kausalität von Radikalisierungsprozessen und dem Phänomen Salafismus zu vermeiden.[91] Für dieses Interaktionsproblem haben Hummel und Pisoiu den Begriff der „Co-Radikalisierung“[92] vorgeschlagen. Wie nutzbringend Hummels und Pisoius Überlegungen für eine wissensbasierte Sicherheitspolitik im Umgang mit dem Phänomen Salafismus sein können, zeigen Beobachtungen Nina Wiedls. Sie bilanziert, dass breit angelegte Repressionsmaßnahmen

84 Vgl. ebd., S. 17 f.
85 Hummel/Logvinov (FN 8), S. 11 (Hervorhebung im Original).
86 Daniela Pisoiu/Klaus Hummel, Das Konzept der „Co-Radikalisierung“ am Beispiel des Salafismus in Deutschland, in: Hummel/Logvinov (FN 8), S. 183-197, hier: S. 183.
87 Vgl. Hummel/Logvinov (FN 8), S. 8-12.
88 Ebd.
89 Vgl. Khosrokhaver (FN 52), S. 177.
90 Ebd.
91 Vgl. Hummel/Pisoiu (FN 86), S. 188 f.
92 Ebd., S. 188.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

und undifferenzierte Berichterstattung über „den“ Salafismus im Jahr 2008 zu Auseinandersetzungen innerhalb des salafistischen Milieus in Deutschland führten. Als Konsequenz daraus entfernten sich der gewaltfeindlich-moderate und der gewaltaffin-radikale Flügel des politischen Salafismus voneinander. Dies hatte jedoch keine Auswirkungen auf die mediale und sicherheitspolitische Behandlung des moderaten Flügels. Wiedl sieht hierin eine Ursache dafür, dass sich der Einfluss des moderaten zu Gunsten des radikaleren Flügels verschob und seit dem Jahr 2010 eine Radikalisierung der gewaltaffinen Strömung zu beobachten ist.[93]

Dem Phänomen Salafismus sollte sicherheitspolitisch differenziert begegnet werden. Erfolgversprechende Kriminalstrategien gegen dschihadistische Gewaltakteure scheinen insbesondere davon abzuhängen, ob sie terroristische Handlungskalküle unterlaufen. Zudem sollten Akteure in Politik, Medien und der (Sicherheits-)Verwaltung in diesem Kontext gleichzeitig sensibel für potenzielle, nicht intendierte Nebenwirkungen ihres Handelns sein.

6. Schlussfolgerungen

Im Mittelpunkt der vorangegangenen Überlegungen stand die Frage, welche potenziellen gesellschafts- und sicherheitspolitischen Herausforderungen mit dem Phänomen Salafismus einhergehen. Nachdem zunächst Kernaspekte salafistischer Glaubensüberzeugungen skizziert wurden, ließ sich unter Rückgriff auf Dantschke sodann eine idealtypische Vierteilung des salafistischen Milieus in Deutschland entwickeln und Beziehungen zu den beiden interessierenden Politikbereichen herstellen. Im Bereich der Gesellschaftspolitik zeigte sich, dass salafistische Angebote eine hohe soziale Funktionalität besitzen und insbesondere jugendtypische Problemlagen adressieren. Um der daraus resultierenden Attraktivität entgegenzuwirken, wurden Ansätze der Primär-, Sekundär- und Tertiärprävention mit ihren jeweils unterschiedlichen Herausforderungen vorgestellt und ein kritisches Schlaglicht auf den aktuellen ‚Status quo‘ geworfen. Mit Blick auf die sicherheitspolitischen Herausforderungen durch das Phänomen Salafismus richtete sich der Fokus auf Überlegungen zur doppelten Kommunikationsfunktion terroristischer Gewalttaten. In diesem Zusammenhang wurde dafür geworben, terroristische Handlungskalküle und Annäherungsstrategien gegenüber dem salafistischen Milieu durch eine differenzierte Kriminalstrategie zu unterlaufen. Dies erschien auch ratsam, um unbeabsichtigte, negative Rückwirkungen auf das salafistische Milieu und einzelne Teilszenen zu minimieren.

93 Vgl. Wiedl (FN 29), S. 52 f. Kritisch äußert sich diesbezüglich Dantschke (FN 7), S. 6, wobei auch sie davon ausgeht, dass die undifferenzierte Haltung staatlicher Stellen beim Umgang mit „dem“ Salafismus gewaltaffine Strömungen im Verhältnis zu gewaltablehnenden Strömungen des politischen Salafismus gestärkt hat (vgl. ebd., S. 8).

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Biographisches Porträt: Gudrun Ensslin

Von Eckhard Jesse

1. Lebenslauf

Gudrun Ensslin erblickte am 15. August 1940 in Bartholomä/Schwäbische Alb als Tochter eines der Bekennenden Kirche nahestehenden Pastors das Licht der Welt. Sie war das vierte von sieben Kindern ihrer Eltern Helmut und Inge, die aus der Wandervogelbewegung stammten. Aufgewachsen im beschaulichen Tuttlingen, ging sie 1958/59 für ein Jahr als „Austauschschülerin" nach Pennsylvania (USA). Ensslin soll als Schülerin die englische Sprache „perfekt beherrscht"[1] haben. Nach dem Abitur, das sie mit guten Noten an einem Mädchengymnasium abschloss (Durchschnittsnote: 2,4), vor allem in den sprachlichen, weniger in den naturwissenschaftlichen Fächern, nahm sie in Tübingen ein Studium der Germanistik mit den Nebenfächern Anglistik und Pädagogik auf. Dieses brach sie ab, wohl aus finanzieller Not, um an der ungeliebten Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd ein Examen als Volksschullehrerin abzulegen. Mit mäßigem Erfolg (Gesamtergebnis: befriedigend; Lehrprobe: ausreichend) bestand sie es 1964, ohne die ihr angebotene Stelle in einer Schule anzunehmen.

Sie schaffte im dritten Anlauf zwar die Aufnahme in die Studienstiftung des deutschen Volkes, aber die Dissertation über den Dichter Hans Henny Jahn, der sie fasziniert hatte, blieb ungeschrieben. Augenscheinlich liegen keine schriftlichen Teile vor. Großzügig gefördert von der Studienstiftung, nahm Ensslin ihr Promotionsvorhaben nicht sonderlich ernst. Selbst ein „richtiger" Doktorvater fehlte ihr. Die Professoren Wilhelm Emrich, Eberhard Lämmert und Hans Wolffheim, bei denen sie vorstellig wurde, hielten sie offenbar nicht für besonders fördernswürdig. Sie ließ wenig Engagement erkennen und verpasste Termine – die Langmut der Stiftung mit ihr ist bewundernswert oder verantwortungslos, je nach Perspektive.[2] Das „Sorgenkind der Stiftung"[3] blieb trotz mangelnden Studieneifers bis Ende 1968 Stipendiatin. Vor allem der Berliner Vertrauensdozent der Stiftung, Ernst Heinitz, hielt schützend die Hand über sie und bat immer wieder um Verständnis für ihre familiäre Situation (schwere Depression zweier Geschwister).

Die Freundschaft mit Bernward Vesper, Sohn eines bekannten NS-Schriftstellers, dem Ensslin im überfüllten Kolloquium von Walter Jens begegnet war, sollte sie prä-

1 Ingeborg Gleichauf, Poesie und Gewalt. Das Leben der Gudrun Ensslin, Stuttgart 2017, S. 57.
2 Dies ist nun alles nachzulesen bei Alexander Gallus (Hrsg.), Meinhof, Mahler, Ensslin. Die Akten der Studienstiftung des deutschen Volkes, Göttingen 2016, S. 32-41, 187-283.
3 Ders., Zur Einführung: Meinhof, Mahler, Ensslin und die Studienstiftung. Die Akten dreier ‚Hochbegabter', in: Ebd., S. 40.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

gen. Gemeinsam mit ihm gründete sie einen Verlag (*studio neue literatur*), dessen Existenz nach nur zwei Bänden endete. Neben einem Gedichtband von Gerardo Diego, einem bedeutenden spanischen Schriftsteller, der Franco im Spanischen Bürgerkrieg unterstützt hatte, entstand eine von Vesper herausgegebene Anthologie „Gegen den Tod".[4] In diesem, Hanns Henny Jahn gewidmeten Sammelwerk gegen die Atombombe kamen Autoren höchst unterschiedlicher Couleur zu Wort.

Gudrun Ensslin zog Anfang 1965 mit ihrem Verlobten Bernward Vesper nach Berlin. Dort unterstützte sie den Bundestagswahlkampf der SPD im „Wahlkontor", wobei sie vor allem Sekretariatsarbeiten verrichtete. Für die *Voltaire Flugschriften*, die Vesper, inzwischen radikalisiert, ab 1966 herausgab, übersetzte sie aus dem Amerikanischen den einen oder anderen Text. Das Jahr 1967 sollte für sie ein Wendejahr werden: weniger wegen ihrer Rolle in einem kurzen Experimentalfilm, in dem sie für einen Moment „oben ohne" zu sehen war, sondern wegen der Geburt ihres Sohnes Felix am 13. Mai 1967 (Patenonkel: Rudi Dutschke) und der turbulenten Ereignisse am 2. Juni (mit den Todesschüssen des Polizisten Karlheinz Kurras auf den Studenten Benno Ohnesorg während einer Anti-Schah-Demonstration). Jillian Becker bringt in ihrer Studie *Hitlers Kinder* ein Zitat, das nach Auskunft Tilman Fichters, eines führenden Kopfes des *Sozialistischen Deutschen Studentenbundes* (SDS), von Gudrun Ensslin stammen soll: „Sie werden uns alle umbringen – ihr wisst doch, mit was für Schweinen wir es zu tun haben – das ist die Generation von Auschwitz, mit der wir es zu tun haben – man kann mit Leuten, die Auschwitz gemacht haben, nicht diskutieren. Die haben Waffen und wir haben keine. Wir müssen uns auch bewaffnen."[5] Für Gerd Koenen bedeutete diese Aussage „die Urszene des deutschen Terrorismus schlechthin"[6], aber er wollte sie nicht Ensslin zuschreiben. Wie auch immer: Bei ihr setzte eine – sich bald beschleunigende – Radikalisierung ein. Der harmlose Beginn: Sie wirkte an einem „Buchstaben-Ballett" mit. Jeder der acht Studenten trug zwei Buchstaben auf seinem weißen T-Shirt: Vorne hieß es „ALBERTZ!", beim Umdrehen war zu lesen: „ABTRETEN".

1967 gab es einen Wendepunkt: Gudrun Ensslin stieß bei den Proben für das „Buchstaben-Ballett" Ende Juli 1967 auf Andreas Baader, einen Tunichtgut und Hallodri.[7] Bereits im August 1967 wurden Rauchbomben in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche gezündet, nicht zuletzt dank der Aktivitäten Baaders und Ensslins. Diese Liaison (ab Februar 1968 waren die beiden ein Paar), die bis zum Schluss hielt, erwies sich als schicksalhaft. Der Sohn eines 1945 ums Leben gekommenen promovierten Historikers wuchs bei seiner Großmutter auf, später bei der Mutter, besuchte mehrere Gymnasien ohne Erfolg und ging keiner geregelten Arbeit nach.

4 Vgl. Bernward Vesper-Triangel (Hrsg.), Gegen den Tod. Stimmen deutscher Schriftsteller gegen die Atombombe, Stuttgart 1964. Unter „Redaktion" firmierte Gudrun Ensslin.
5 Zitiert nach Gerd Koenen, Vesper, Ensslin, Baader. Urszenen des deutschen Terrorismus, Köln 2003, S. 124.
6 Ebd., S. 124.
7 Vgl. Klaus Stern/Jörg Herrmann, Andreas Baader. Das Leben eines Staatsfeindes, München 2007.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Was der geltungsbedürftige Aufschneider war, wollte er nicht sein; was er nicht war, wollte er sein. Der Gefallsüchtige ließ sich viel fotografieren, renommierte mit ausgedachten Geschichten und provozierte Freund wie Feind. Der Womanizer, er lebte in einer Ménage-à-trois, und Autonarr, zudem ein Kleinkrimineller, verstand es, ungeniert zu posieren. Ensslin gefiel dies offenkundig. 1967 prophezeite der Herostrat der Freundin, sein Konterfei werde als *Spiegel*-Cover erscheinen, was mehrfach eintrat.

Durch die Verbindung der beiden, die sich jeweils nicht um das eigene Kind kümmerten (Felix wuchs zunächst bei seinem Vater Bernward, bald jedoch bei Freunden der Familie Ensslin auf), trat eine Politisierung (bei Baader) und eine Kriminalisierung (bei Ensslin) zugleich ein. Dem Frankfurter Kaufhausbrand im April 1968 (gemeinsam verübt mit Thorwald Proll und Horst Söhnlein), der ein Fanal setzen sollte und in der Öffentlichkeit großes Aufsehen erregte[8], folgten die schnelle Verhaftung und die Verurteilung zu drei Jahren Gefängnis. Ensslin, als deren Verteidiger Ernst Heinitz und Otto Schily auftraten, lernte die Prozessberichterstatterin Ulrike Meinhof kennen und schnell schätzen. Die Begründung Ensslins für die Tat: Protest gegen den Vietnamkrieg, Protest gegen den „Konsumrausch".[9] Durch die Revision kamen Ensslin und Baader im Juni 1969 wieder auf freien Fuß. Sie starteten eine „Heimkampagne" und wiegelten Fürsorgezöglinge auf. Als das Urteil im September Rechtskraft erlangt hatte, stellten sich beide nicht der Polizei und gingen zunächst nach Paris, später nach Italien. Ihre Tarnnamen lauteten „Hans" und „Grete". Auf Betreiben Horst Mahlers, der für den Weg in den Untergrund Mitstreiter suchte, im Januar 1970 gemeinsam nach Berlin zurückgekehrt, wurde Baader durch einen Hinweis des V-Mannes Peter Urbach im April festgenommen. Ensslin plante gemeinsam mit Ulrike Meinhof und Horst Mahler die Befreiung ihres Gefährten. Ein Baader zugebilligter Recherchetermin für ein (fingiertes) Buchprojekt im *Deutschen Institut für Soziale Fragen* verhalf Baader zur Flucht, bei welcher der Bibliotheksangestellte Georg Linke durch einen Schuss schwer verletzt wurde. Dies war die Geburtstunde der *Roten Armee Fraktion* (RAF). Mit Baader, Mahler und Meinhof sowie weiteren Desperados ging Ensslin in den Untergrund.

Um erst einmal dem Fahndungsdruck zu entkommen und eine Infrastruktur aufzubauen, verließ die Gruppe wenige Wochen danach Deutschland. Mit Hilfe der Staatssicherheit gelangte sie nach Jordanien in ein militärisches Ausbildungslager. Hier kam es zu Konflikten zwischen Baader/Ensslin auf der einen und Mahler/Meinhof auf der anderen Seite. Im Herbst 1970 wieder zurück in Deutschland überfiel die Gruppe eine Reihe von Banken und verübte Sprengstoffanschläge. In der „Mai-Offensive" von 1972 startete die RAF u. a. gewalttätige Aktionen gegen militärische Einrichtungen der USA und gegen das Hamburger Springer-Verlagsgebäude. Dabei

8 Vgl. Sara Hakemi/Thomas Hecken, Die Warenhausbrandstifter, in: Wolfgang Kraushaar (Hrsg.), Die RAF und der linke Terrorismus, Bd. 1, Hamburg 2006, S. 316-331.

9 Das Schlusswort der vier Angeklagten („Vor einer solchen Justiz verteidigen wir uns nicht!") ist u. a. nachzulesen bei Thorwald Proll/Daniel Dubbe, Wir kamen vom anderen Stern. Über 1968, Andreas Baader und ein Kaufhaus, Hamburg 2003, S. 105-116.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

kamen vier Menschen ums Leben. Schon zuvor gab es Opfer auf Seiten der Polizei wie der Terroristen zu beklagen.

1972 folgte die Festnahme des „harten Kerns“, zunächst die Baaders, Holger Meins‘ und Carl Raspes nach einer Schießerei, später die Ensslins und Meinhofs. Gudrun Ensslin spielte eine entscheidende Rolle beim Aufbau eines „Info-Systems“ untereinander, aber auch nach „draußen“, vor allem über die Verteidiger Kurt Groenewold und Klaus Croissant. Hans-Christian Ströbele nahm anfangs ebenso daran teil.[10] Selbst Otto Schily steht im Verdacht, einen Kassiber Gudrun Ensslins weitergegeben zu haben.[11] Er tauchte später bei Ulrike Meinhof auf, als diese verhaftet wurde, und zwar mit selbstkritischen Hinweisen zu ihrer Festnahme.

In der Haft trat die Gruppe wegen der „menschenunwürdigen Bedingungen“ (sie waren bei einigen anfangs wegen der schallisolierten Zellen in der Tat hart) nacheinander in mehrere kollektive Hungerstreiks, wobei der dritte 1974/75 fast fünf Monate währte. „Gudrun Ensslin saß 1972/73 in Einzelhaft, hatte aber drei Tageszeitungen, wöchentlich Besuch von ihrem Anwalt und kommunizierte über das ‚info’ mit Baader und Meinhof. Dennoch behauptet sie, KZ-ähnlicher Haft ausgesetzt zu sein.“[12] Die unbeugsamen Terroristen setzten ihren Körper als Waffe ein. Zwei Tage, bevor Holger Meins starb, hatte ihm Gudrun Ensslin folgendes Zirkular geschickt: „das ziel, du bestimmst, wann du stirbst, freiheit oder tod“.[13] Dessen Tod führte zum Zusammenlegen der RAF-Häftlinge im siebten Trakt in Stammheim, nahe bei Stuttgart. „Stammheim dürfte das erste Gefängnis auf der ganzen Welt gewesen sein, in dem zumindest in einem Trakt Männer und Frauen zusammengelegt waren: Gudrun Ensslin hatte durchgesetzt, dass ihrem ‚Baby’ die Zelle zugeteilt wurde, die der ihren genau gegenüberlag. Für die Gefangenen wurde der ‚Umschluss’ erfunden und eingeführt, so dass sie sich täglich mehrere Stunden auf dem Flur und in einer leerstehenden Zelle, die auch als Bibliothek genutzt wurde, sehen und sprechen konnten. Hingebungsvoll wird ‚Moby Dick’ studiert, der Kampf gegen den Leviathan theoretisch fortgesetzt.“[14] Und Periodika wie das *Deutsche Waffenjournal*, die *Waffenrevue*, die *Allgemeine Schweizerische Militärzeitschrift*, *Der Sprengmeister – Neuzeitliche Sprengtechnik* gelangten legal ins Gefängnis. Allerdings stellte die Guerilla längst keine Einheit (mehr) dar. So machte Ensslin, an deren Seite Baader stand, Ulrike Meinhof das Leben schwer: „Du machst den Bullen die Tür auf – das Messer im Rücken der RAF bist Du, weil Du nicht lernst.“ Die Gedemütigte übte wahnhafte Selbstkritik – sie sei „sowieso nur ne scheinheilige votze“.[15]

Beim Mammutprozess (21. Mai 1975 bis 28. April 1977) in einem eigens errichteten Sondergebäude in der Nähe der Justizvollzugsanstalt Stammheim „entlarvten“

10 Vgl. Stefan Reinecke, Ströbele. Die Biografie, München/Berlin 2016, S. 194-200.
11 Vgl. Wolfgang Kraushaar, Die blinden Flecken der RAF, Stuttgart 2017, S. 178: „Auf jeden Fall [...] muss der Weg, den die ursprünglich aus der Essener Zelle stammende geheime Botschaft offenbar zurückgelegt hatte, als weitere Belastung des Ensslin-Verteidigers erscheinen.“
12 Susanne Bressan/Martin Jander, Gudrun Ensslin, in: Kraushaar (FN 8), S. 420.
13 Zitiert nach ebd., S. 421.
14 Willi Winkler, Die Geschichte der RAF, Berlin 2007, S. 258.
15 Für die Zitate vgl. ebd., S. 257, 261.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

die Terroristen mit Baader und Ensslin an der Spitze das „Schweinesystem“ mit rüden Beschimpfungen und rechtfertigten das eigene, als hehr betrachtete Anliegen ohne erkennbare Selbstzweifel.[16] Der ungeschickt-unbeholfen operierende Vorsitzende Theodor Prinzing, der den Provokationen von Angeklagten und einigen Anwälten nicht widerstand, musste Monate vor der Urteilsverkündung sein Amt wegen Befangenheit niederlegen. Der herausgeforderte Rechtsstaat hatte eine Reihe von Gesetzesverschärfungen beschlossen: das Verbot der Mehrfachverteidigung oder die Möglichkeit, auch in Abwesenheit der Angeklagten zu verhandeln.[17] Dies war nicht zuletzt eine Reaktion auf das Verhalten der Angeklagten und das mancher Anwälte. Die drei Angeklagten Baader, Ensslin, Raspe erhielten wegen sechs Bombenanschlägen in Tateinheit mit vier Morden und 34 Bombenanschlägen eine lebenslange Freiheitsstrafe.[18]

„Die Stammheimer“ forderten „die Illegalen“ immer wieder zu Aktionen auf. Nach der im Februar 1977 erfolgten Entlassung Brigitte Mohnhaupts, mit Instruktionen von Baader und Ensslin ausgestattet, folgten mörderische Aktionen der zweiten RAF-Generation: der Mord an Generalbundesanwalt Siegfried Buback, die Tötung des Vorstandssprechers der Dresdner Bank Jürgen Ponto nach einem gescheiterten Entführungsversuch, schließlich die Entführung des Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer mit den Morden an seinem Fahrer und seinen Bewachern.

Der Staat ließ sich auf die Forderung, die „politischen Gefangenen“, darunter Gudrun Ensslin und Andreas Baader, freizulassen, nicht ein, auch nicht nach der Kaperung einer Lufthansa-Maschine. Ein bewaffnetes Kommando befreite die Geiseln in Mogadischu (Somalia); im Stammheimer Hochsicherheitsgefängnis folgte der kollektive Selbstmord; am nächsten Tag töteten die Entführer Schleyer. Das Szenario ähnelte einer griechischen Tragödie. Die angeordnete Kontaktsperre im Zuge der Entführung Schleyers, in Stammheim lax gehandhabt, funktionierte nicht recht. Als Jan-Carl Raspe über sein in die Zelle durch Anwälte hineingeschmuggeltes Miniradio von der Befreiung der Geiseln in Mogadischu hörte, benachrichtigte er durch Zuruf die anderen drei Strafgefangenen (Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Irmgard Möller), um den als Mord getarnten kollektiven Freitod auszuführen. Ensslin erhängte sich mit einem Lautsprecherkabel, Baader schoss sich von hinten in den Kopf, einen Mord vortäuschend, Raspe von vorn, ebenfalls in den Kopf. Der Stuttgarter Oberbürgermeister Rommel setzte gegen Proteste in der Bevölkerung eine Beisetzung Ensslins, Baaders und Raspes auf dem Stuttgarter Dornhaldenhof in einem Gemeinschaftsgrab durch.

16 Vgl. den Rückblick des Journalisten, der als einziger jeden der 220 Verhandlungstage vom Anfang bis zum Ende verfolgt hatte: Ulf G. Stuberger, Die Tage von Stammheim. Als Augenzeuge beim RAF-Prozess, München 2007.

17 Eine (über)scharfe Kritik findet sich bei Uwe Wesel, Strafverfahren, Menschenwürde und Rechtsstaatsprinzip. Versuch einer Bilanz der RAF-Prozesse, in: Kraushaar (FN 8), Bd. 2, S. 1048-1059.

18 Bevor das Urteil Rechtskraft erlangen konnte, verübten die drei Angeklagten Selbstmord.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

2. Würdigung

Gudrun Ensslin sei ein „lenkender Geist der RAF“, „sehr kalt, aber mutig“, „fanatisch unfraulich und lustfeindlich“, „fleißig und ordentlich“, eine „unbeugsame psychische Kraft“.[19] So lautet die Charakterisierung „Bommi“ Baumanns aus dem Jahre 1973 für die Staatssicherheit. Ensslin ist in der Tat eine schwer fassbare Person, wie Baumanns Kurzporträt erhellt. Zum einen ist die Zahl authentischer Quellen keine Legion, zum andern hielt sie Außenstehende fern. Für Wissenschaftlicher und Publizisten war die mythenumwobene Ulrike Meinhof ein aufschlussreicheres „Studienobjekt“, das nicht selten Sympathie erregte.[20]

Zwei in jeder Hinsicht höchst unterschiedliche Partner spielten in ihrem Leben eine nachhaltige Rolle: zuerst Bernward Vesper, dann Andreas Baader. Wer ihren Weg in den Untergrund und ihr dortiges Verbleiben begreifbar machen will, muss die personelle Komponente würdigen. Das bedeutet allerdings nicht, Ensslin als völlig abhängig von ihren Partnern zu interpretieren. Für die Beziehung zu Vesper, den sie als Stärkere verlassen hatte, gilt dies ohnehin nicht; und auch gegenüber Baader, den sie anhimmelte, war sie nicht durchweg unkritisch. So überliefert die zeitweilige „Kampfgenossin“ Beate Sturm 1972 folgenden Dialog: Baader, nach einer Kritik von Meinhof: „Ihr Votzen, eure Emanzipation besteht darin, dass ihr eure Männer anschreit.“ Ensslin antwortete ihm: „Baby, das kannst du gar nicht wissen.“ Nach Sturms Auskunft hat Baader danach „wirklich die Schnauze gehalten.“[21]

Die Liaison der Tochter eines Pfarrers, der im Dritten Reich in Opposition zum Nationalsozialismus stand, mit Bernward Vesper, dem Sohn eines NS-Schriftstellers, der den „guten alten Zeiten“ nachtrauerte, mag zunächst verwundern, jedenfalls auf den ersten Blick. Aber es gab auch Parallelen: Beide Elternhäuser lehnten, wenngleich unterschiedlich stark, sowohl die von Konrad Adenauer forcierte Westbindung als auch das kapitalistische Wirtschaftssystem mit seinem schnöden Mammon ab. Nicht zufällig kommen in dem gemeinsam konzipierten Band gegen den „Atomtod“ Schriftsteller von links und rechts zu Wort, aus der DDR und aus der Bundesrepublik Deutschland, nicht nur Bertolt Brecht, sondern auch Hans Baumann, ein NS-Schriftsteller. Und ebenso mag die Verbindung der Doktorandin mit dem Taugenichts verwundern. Wer die beiden im Herbst 1967 erlebt hatte, glaubte nicht an eine allzu lange Zeit des Zusammenseins, so die verbreitete Meinung. Vielleicht faszinierte Ensslin der Aktivismus Baaders, der nicht lange fackelte und unerschrocken voranging, ohne jede bürgerliche Attitüde. Sie fühlte sich zu ihm, der den Starken verkörperte, hingezogen.

Gewiss, bei Ensslin gab es auch eine rechte Phase, als sie in der ersten Hälfte der 1960er Jahre die Vermarktung des NS-lastigen Werkes von Will Vesper, dem Vater ihres späteren Verlobten, betrieb und dabei auch nicht vor Kontakten zu Verlagen

19 Zitiert nach Bressan/Jander (FN 12),S. 398.
20 Nicht nur bei Jutta Ditfurth, Ulrike Meinhof. Die Biografie, Berlin 2007.
21 Zitiert nach Kraushaar (FN 11), S. 156.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

aus dem „nationalen Lager“ zurückgeschreckt hatte[22], wohl auch nicht zuletzt, um ihrem Freund einen Gefallen zu tun. Zwar hat Ensslin entgegen ihrer Behauptung nicht die Auseinandersetzung mit dem NS-Staat gesucht, aber trotzdem ist das folgende Urteil Bressans/Janders zu ihrer Person in diesem Punkt verfehlt: „Mit der Kennzeichnung der Politiken von USA, BRD und Israel als faschistisch wird eine ‚Gleichsetzung' dieser Politiken mit den Verbrechen des Nationalsozialismus vollzogen. Sie zielt darauf, die Singularität des deutschen Judenmords abzustreiten und Haftung und Verantwortung der Kinder und Enkel der Täter für diese Verbrechen abzuweisen. Dieser ‚Schuldabwehrantisemitismus' der RAF war nicht derselbe Antisemitismus, dem die Mehrheit der deutschen Gesellschaft zwischen 1933 und 1945 anhing. Dennoch richtete sich der Hass dieser Fraktion der 68er, die einen existentiellen Bruch mit der Vergangenheit für sich reklamierte, erneut gegen Amerikaner und Juden.“[23] Unabhängig davon, ob es stimmt, dass die Mehrheit der Deutschen zwischen 1933 und 1945 dem Antisemitismus gehuldigt habe: Wer diese Verbindungslinie stark macht, will die zum Marxismus, Kommunismus und Anarchismus lockern. Tatsächlich war der Terrorismus der ersten Generation der RAF durch und durch ein Linksterrorismus. Die folgende These, bezogen auf Horst Mahler, dürfte für Gudrun Ensslin erst recht nicht haltbar sein: „Sein antiamerikanisches Ressentiment, sein strukturell antisemitischer Antizionismus können als durchaus repräsentativ für eine Mehrheit der ehemaligen Protestbewegung der 1960er als auch der radikalen Linken der 1970er Jahre gelten.“[24]

Für ihren Verteidiger im Frankfurter Kaufhausbrandprozess Ernst Heinitz, der sie bereits während Ensslins Zeit als Studienstiftlerin regelmäßig in einem übertriebenen Maße in Schutz genommen hatte, war sie „das bemerkenswerteste Mädchen, das ihm „in den 52 Jahren seiner Verbindung mit Studenten untergekommen“[25] war. Sie galt ihm als Gewissenstäterin. Tatsächlich ging ihr Gewissen immer mehr verloren. Das Charakterporträt der oft als Gesinnungsethikerin apostrophierten Ensslin fällt vielfach besser aus als das ihrer Partner Vesper und Baader. Bressan und Jander sehen bei ihr – vielleicht übertrieben – hingegen ein ungeheures Ausmaß an Kälte. „Dieser Kälte haben sich publizistische und wissenschaftliche Darstellungen bislang kaum gewidmet.“[26]

Ensslin war keine Intellektuelle. Wer dies behauptet oder suggeriert, überschätzt ihre geistigen Fähigkeiten. Die theoretischen Schriften der RAF stammten von Meinhof und Mahler, nicht von ihr. Allerdings musste Meinhof vor der Veröffentlichung Ensslins Plazet einholen. Diese erwies sich für die RAF als unentbehrlich. „In der Illegalität bewegte sich Gudrun Ensslin, nach allem, was bisher bekannt ist, äu-

22 Vgl. Koenen (FN 5), S. 25-38.
23 Bressan/Jander (FN 12), S. 427.
24 So Michael Fischer, Horst Mahler. Biographische Studie zu Antisemitismus, Antiamerikanismus und Versuche deutscher Schuldabwehr, Karlsruhe 2015, S. 366. Differenzierter Manuel Seitenbecher, Mahler, Maschke & Co. Rechtes Denken in der 68er-Bewegung, Paderborn 2013.
25 Zitiert nach Koenen (FN 5), S. 177.
26 Bressan/Jander (FN 12), S. 426.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

ßerst geschickt. Auch später im Gefängnis wird sie als der eigentlich strategische Kopf der Gruppe beschrieben. Sie beherrschte die Regeln des Untergrundkriegs – beinahe – perfekt.“[27] Ensslin „war die eigentliche Logistikerin“, ihre „zentrale Rolle“[28] bei den Kampagnen gegen die „Isolationsfolter“ – sie mutierte zu einem öffentlichkeitswirksamen Erfolg: Eine zweite Generation der RAF wurde dadurch rekrutiert; dies steht wie bei der Errichtung des „Info-Systems“ außer Frage. Und Gudrun Ensslin verlieh ihren Mithäftlingen Decknamen. Diese, Herman Melvilles Buch *Moby Dick* entnommen, sollten die Behörden im Fall einer Entdeckung der Zirkulare verwirren. Baader war Kapitän „Ahab“, Ensslin hieß „Smutje“, bei Melville der Koch. „Man kann Ensslin als den ‚Kopf‘ oder den ‚Motor‘ der RAF einstufen.“[29] Diese Diagnose des Bundeskriminalamtes von 1973 nach der Auswertung der Zellenzirkulare dürfte nicht übertrieben sein.

Vor 40 Jahren erlebte der Terrorismus mit dem „deutschen Herbst“ seinen Höhepunkt. Wie nicht anders zu erwarten, ist eine Reihe von Studien erschienen, darunter zwei Werke der wohl beiden besten Kenner der Materie, nämlich von Wolfgang Kraushaar und Butz Peters.[30] Während Kraushaar von den „blinden Flecken der RAF“ spricht, heißt es bei Peters, neue Quellen kämen nun nicht mehr ans Tagslicht. Die Quellenlage werde niemals besser sein als jetzt. Doch diese Position ist recht kühn. Neue Ermittlungsverfahren mögen ausbleiben, aber woher weiß der Autor, dass nicht doch einer der Terroristen „auspackt“, um sein Gewissen zu erleichtern?[31] Beide Arbeiten verdeutlichen die tonangebende Rolle Ensslins in der RAF mit ihrem großem Einfluss auch auf die zweite Terroristengeneration. Aber ihr Charakter gibt Kraushaar und Peters offenbar keine Rätsel auf. Was bewirkte ihre Radikalisierung? War dafür stärker die politische Situation verantwortlich oder eher eine Reihe von Faktoren im persönlichen Umfeld?

Nicht nur der Islamismusforscher Peter Neumann stellt für die Radikalisierung drei spezifische Motivbündel heraus: (1) die Erfahrung von Unmut, Unzufriedenheit und Konflikt; (2) die Annahme einer extremistischen Ideologie; (3) die Einbindung in Sozial- und Gruppenprozesse.[32] Alles traf zu, wiewohl in unterschiedlicher Gewichtung. Ensslin war vermutlich persönlich frustriert, u. a. wegen ihrer Dissertation, die keine Gestalt annahm. Sie fühlte sich als verzweifelte Existentialistin. Wer eine Gewichtung vorzunehmen gedenkt, sieht das Element der Ideologie vielleicht am geringsten entfaltet. Ensslin war keine Theoretikerin. Ihr Engagement gegen den

27 Ebd., S. 426.
28 Zitate nach ebd., S. 416, 420.
29 Zitiert nach ebd., S. 419.
30 Vgl. Kraushaar (FN 11); Butz Peters, 1977. RAF gegen Bundesrepublik, München 2017.
31 Wenige Monate nach der Veröffentlichung des Buches von Peters wartete der nicht sonderlich glaubwürdige Peter-Jürgen Boock – abermals häppchenweise – mit neuen Enthüllungen auf. Vgl. ders., „Du sollst nicht töten“ [Gespräch mit Michael Sontheimer], in: Der Spiegel vom 26. August 2017, S. 14-27.
32 Vgl. Peter Neumann, Radikalisierung, Deradikalisierung und Extremismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 29-31/2013, S. 7. Siehe für Einzelheiten ders., Die neuen Dschihadisten. IS, Europa und die nächste Welle des Terrorismus, Berlin 2015; ders., Der Terror ist unter uns. Dschihadismus und Radikalisierung in Europa, Berlin 2016.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

„Faschismus“ wirkte aufgesetzt. Am stärksten fiel vielleicht das Element der Einbindung aus: und zwar in die Gruppe; sie konnte den Bruch mit der bürgerlichen Gesellschaft, aus der sie kam, wohl auch deshalb vollziehen, und ihr Kind weggeben, weil sie Baader, der ebenso Desinteresse an seinem gehabt hatte, hinter sich wusste. Das Erklärungsmuster, das Wolfgang Kraushaar für den hohen Frauenanteil in der RAF bietet, steht in einem gewissen Spannungsverhältnis zu den genannten Faktoren: „ihre überwiegend bürgerliche Herkunft, ihr überdurchschnittliches Bildungsniveau, ihre mehrheitlich protestantische Sozialisation und ihre karitative Grundeinstellung.“[33]

Gemeinhin ist von der Baader-Meinhof-Gruppe die Rede, wenn jene terroristischen Aktivitäten in der ersten Hälfte der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts gemeint sind, welche die Bundesrepublik in Angst und Schrecken versetzt haben.[34] Auf Fahndungsplakaten war von der „Baader/Meinhof-Gruppe“ die Rede, nicht jedoch von der Mahler/Ensslin-Gruppe. Ließe sich nicht auch von der Mahler-Ensslin-Gruppe sprechen? Schließlich steht der Intellekt Mahlers nicht hinter dem Meinhofs zurück[35], und Ensslins rigorose Kampfbereitschaft kann mit der Baaders mithalten. Doch: Die Polizei zog Mahler bereits 1970 aus dem Verkehr, und er selbst verließ wenige Jahre danach die RAF bzw. wurde aus ihr verstoßen. Meinhof wiederum spielte nach allem, was wir wissen, im Untergrund keine Rolle als treibende Kraft, eher als Getriebene. Insofern wäre der Name Baader-Ensslin-Gruppe wohl treffender.

Was irritiert, ist mitunter die feministische Perspektive, wenn es etwa mit Blick auf Ensslin und Meinhof heißt: „Beide agieren immer in Beziehung auf einen Mann oder mehrere Männer. Sie reflektieren ihre Rolle als Frau nur sehr wenig. Der Motor für ihr Handeln ist der Mann. Diesen Motor brauchen sie.“ Belege fehlen freilich. Dass Ensslin Meinhof drangsalierte, warum auch immer, ist evident. Gleichwohl heißt es bei Ingeborg Gleichauf euphemistisch: „Die Beziehung der beiden Frauen ist und bleibt bis zum Ende eine schwierige.“[36]

„Die RAF entstand als eine ‚Befreit-Baader‘-Guerilla, und das blieb sie bis zu ihrem faktischen Ende im ‚deutschen Herbst‘ 1977, bevor sie sich vollends in ein Phantom ihrer selbst verwandelte. Und diejenige, die das ursprüngliche Befreiungsunternehmen sofort und mit aller Energie in die Wege leitete, war Gudrun Ensslin, wer sonst.“[37] Wieso sie in den Untergrund ging, in ihm verblieb und dann in aus-

33 Kraushaar (FN 11), S. 170 f.
34 Das Referenzwerk ist noch immer Stefan Aust, Der Baader Meinhof Komplex, Hamburg 1985 (aktualisierte Ausgabe: Hamburg 1998); siehe auch Tobias Wunschik, Baader-Meinhofs Kinder. Die zweite Generation der RAF, Opladen 1997.
35 Vgl. Eckhard Jesse, Radikalisierung: Das Beispiel von Horst Mahler und Ulrike M. Meinhof, in: Ralf Altenhof/Sarah Bunk/Melanie Piepenschneider (Hrsg.), Politischer Extremismus im Vergleich, Berlin 2017, S. 237-262.
36 Gleichauf (FN 1), S. 275.
37 Koenen (FN 5), S. 274. Allerdings hat sich Koenen hier bedient bei: Astrid Proll, Selbstauslöser, in: Dies. (Hrsg.), Hans und Grete. Die RAF 1967-1977, Göttingen 1998, S. 10: „Die RAF war so betrachtet eine BBF, eine Befreit-Baader-Fraktion.“

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

wegloser Situation mit ihrem Freund Andreas Baader Selbstmord beging, wieso Meinhof das Gleiche tat (allerdings schon ein gutes Jahr vorher), wieso Ensslins Verlobter Vesper nicht den Weg in den Terrorismus fand, jedoch auch den Weg in den Freitod wählte, und wieso Horst Mahler zwar Terrorist wurde, aber wenige Jahre nach seiner Haft dem Terrorismus entsagte, Selbsttötung verwarf und Jahrzehnte später für den Rechtsextremismus in seiner härtesten Variante votierte: All das sind kaum schlüssig beantwortbare Fragen. Eine Gemengelage von Gründen kommt dafür in Frage. Bei Ensslin dürfte der gesinnungsethische Moralismus ebenso eine Rolle gespielt haben wie ihr Fanatismus, der das einmal für richtig Erkannte nicht in Frage stellte. Und die Beziehung zu Andreas Baader ist vielleicht der Schlüssel zum Tor erst in den Unter-, dann in den Abgrund. Vielleicht!

3. Literatur

In den bekannten Studien zur RAF von Stefan Aust, Butz Peters und Willi Winkler nimmt Gudrun Ensslin keinen ganz hohen Rang ein, etwa im Vergleich zu dem Macho Andreas Baader oder den Intellektuellen Horst Mahler und Ulrike Meinhof. Sie alle faszinieren Beobachter, sei es im positiven, sei es im negativen Sinne. Ensslins Person kommt zwar zur Geltung, aber ihre Bedeutung für den Zusammenhalt der RAF wird nicht ausführlich gewürdigt. Das liegt vielleicht in der Natur der Sache: Eine Biographie über Andreas Baader muss diesen in den Vordergrund rücken, doch mutet es merkwürdig an, wie seine Freundin in den Hintergrund tritt. Dabei zitieren sie einen ungenannt bleiben wollenden Weggenossen mit den Worten: „ohne Gudrun Ensslin wäre er gar nichts gewesen“.[38] Und auch bei dem Baader-Porträt Karin Wielands heißt es über sie, nicht sonderlich vorteilhaft: „Gudrun Ensslin war der Typus der begabten Sekretärin, sehr aufmerksam, mit einem guten Gedächtnis, sie schrieb alles mit, war loyal bis zur Selbstaufgabe und träumte von der Erfüllung durch eine große Aufgabe.“[39] Das traf so nicht einmal für die Zeit vor dem Einstieg in den Terrorismus zu. Auch spätere Darstellungen der Weggefährten würdigen Ensslin kaum. In dem von Astrid Proll herausgegebenen Fotoband heißt es: „In Kittel und Sandalen erscheint Gudrun wie ein dressiertes Kind in einem Nazi-Heim.“[40]

Bisher gab es keine umfassende Biographie zu Gudrun Ensslin. Dieses Defizit ist nun beseitigt worden – und ist es doch nicht. Ingeborg Gleichaufs stark germanistisch inspirierte Analyse ist im Grunde eher ein gut geschriebener und seriös recherchierter Großessay, mit eher wenigen Zitatbelegen. Die Studie spart mit Urteilen, um „Gudrun Ensslin selbst sprechen zu lassen“.[41] Zuweilen schlägt Empathie in Sympathie um, allerdings keineswegs gegenüber der Gewaltrhetorik oder gar der Gewalt-

38 Zitiert nach Stern/Herrmannn (FN 7), S. 316.
39 Karin Wieland, Andreas Baader, in: Kraushaar (FN 8), S. 338.
40 Proll (FN 37), S. 12.
41 Gleichauf (FN 1), S. 323.

https://doi.org/10.5771/9783645288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

anwendung der Porträtierten. Gleichaufs Stärke: Hineindenken in die Lebenswelt Ensslins, auch in ihr Privatleben. Ihr politisches Handeln kommt etwas zu kurz. Eine telelogische Sichtweise ist ihr nicht eigen. Sie mokiert sich eingangs über den einen oder anderen Autor, der Ensslin, in der Tat eine „Schattengestalt“[42], besserwisserisch einordnet, ohne die Fakten angemessen zur Kenntnis zu nehmen. Gleichauf will jeglicher Spekulation entsagen. Ensslins Leben – dies ist eine (einleuchtende) Kernthese – musste nicht als Terroristin enden. Eine andere, weniger einleuchtende: Ensslin sei eine hochbegabte Germanistin gewesen. Die Autorin zieht Ensslins spärliche schriftliche Erzeugnisse heran, um diese gewagte Behauptung zu untermauern. Sie spielt den Psychoterror zwischen Gudrun Ensslin und Ulrike Meinhof in einem unvertretbaren Maße herunter, vielleicht wegen Ensslins Aggressivität. Am Ende heißt es, ihr Leben werfe weiterhin Fragen auf. Der Buchrücken enthält solche: „Gudrun Ensslin – was bewegte sie, was prägte sie und wie war sie wirklich?“ Darauf kann Gleichauf keine rechte Antwort geben. Sie sieht Ensslin im Vergleich zu Baader und Meinhof als gleichberechtigt in der Gruppe an. Der Verzicht auf psychologisierende Interpretationen verdient Anerkennung. Umso wichtiger wäre es gewesen, die politischen Rahmenbedingungen Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre näher auszuleuchten, etwa die weitverbreitete Ablehnung des Parlamentarismus, ja des demokratischen Verfassungsstaates insgesamt. Ohne diese prägende Phase, die, anders als bei Mahler, zu einer Radikalisierung im Zeitraffer geführt hat, bleibt Ensslins Verhalten letztlich unbegreifbar.

Anders als bei Gleichauf steht in dem ausgezeichneten, distanzierteren Großgemälde von Susanne Bressan und Martin Jander die politische Orientierung Ensslins im Vordergrund.[43] Den Autoren gelingt es, nicht nur den Forschungsstand akkurat aufzuarbeiten, sondern auch neues Material zu verarbeiten. Der Beitrag vermeidet monokausale Interpretationen, etwa mit Blick auf ihre christliche Erziehung. „In Gudrun Ensslins Lebensweg Kontinuitäten aus ihrer protestantischen Sozialisation zu vermuten, lässt jedoch den Schluss nicht zu, dadurch sei ihr Weg in den Terrorismus geebnet oder gar vorgegeben gewesen. Sie hatte viele Alternativen, die sie jedoch ganz bewusst ausschlug. Der existentielle Bruch mit ihrem vorherigen Leben war ihre eigene Entscheidung.“[44] Diese Position ähnelt der Gleichaufs. Eine gewisse Schwäche: die Überbetonung der „nationalen Motive“[45] Ensslins. Die 2008 begonnene Dissertation von Susanne Bressan (Gudrun Ensslin: Die Biographie einer RAF-Terroristin im Kontext des öffentlichen und privaten Umgangs mit dem nationalsozialistischen Erbe), betreut von Werner Bergmann, gefördert durch das Ludwig-Ehrlich-Studienwerk[46], lässt auf sich warten.

42 Ebd., S. 8.
43 Vgl. Bressan/Jander (FN 12), S. 398-429.
44 Ebd., S. 429.
45 Ebd., S. 428.
46 Vgl. http://www.tu-berlin.de/fakultaet–/zentrum_fuer_antisemitisusforschung/menue/ueber–uns/mitarbeiter/doktoranden/ (1. August 2017).

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Alexander Gallus ist es gelungen, die Förderakten der *Studienstiftung des deutschen Volkes* zu Gudrun Ensslin (sowie zu Horst Mahler und Ulrike Meinhof) einzusehen und zu veröffentlichen. Dieser Quellenband, in dem die Akte zu Ensslin den größten Platz einnimmt, füllt eine schmerzlich empfundene Lücke zur „Vorterroristenzeit".[47] Das Bild von Ensslin verdüstert sich noch mehr. Detailliert und facettenreich wird das langwierige Aufnahmeverfahren nachgezeichnet und schließlich dokumentiert. Wer die Unterlagen studiert, kann sich nicht dem überschwänglichen Urteil Gleichaufs von der beeindruckenden Intellektualität der Geförderten anschließen.

Es gibt andere quellengesättigte Werke, die nicht bloß das Bekannte aus zweiter Hand aufarbeiten: den Briefwechsel zwischen Ensslin und Vesper[48], der allerdings oft Banalitäten berührt; die Gefängnisbriefe Ensslins an Bruder und Schwester, verständlicherweise in apologetischer Manier geschrieben.[49] Wenig Aussagekraft, weil sich Realität und Fiktion vermischen, kommt der unter Drogen verfassten Autobiographie von Ensslins Verlobten Bernward Vesper zu, die erst Jahre nach dessen Selbstmord (1971) das Licht der Öffentlichkeit erblickt hat.[50]

Zwei weitere Studien sind quellenorientiert und bieten neue Fakten. Das gilt für die informative Studie von Michael Kapellen über die Tübinger Jahre Ensslins und Vespers, die aus dessen Nachlass schöpft[51], sowie für Gerd Koenens „Urszenen des deutschen Terrorismus", einer „Dreiecksbiographie, die etwas von den tieferen Motiven und verschlungenen Prozessen zu Tage fördert, die dem linken Radikalismus dieses ‚roten Jahrzehnts' in all seinen Erscheinungsformen vorausgingen beziehungsweise zugrunde lagen."[52] Die Inkubationszeit des Terrors nimmt in diesem Werk einen größeren Platz ein als dieser selber. Beide Arbeiten sind ausgesprochen sachkundig geschrieben – und „spannend", um ein Modewort zu gebrauchen, wiewohl Koenen etwas psychologisiert, wenn er bei Ensslin von einer „Verschmelzungsphantasie auf Leben und Tod [spricht], die für sie erotisch und körperlich war."[53]

---

47 Vgl. Gallus (FN 2), insbes. S. 187-283. Siehe auch ders., Ein Anfang, der das Ende nicht erwarten ließ. Die Studienstiftler Meinhof, Mahler, Ensslin, Vesper und die Eliteförderung der frühen Bundesrepublik – eine Aktenlektüre, in: Uwe Backes/Alexander Gallus/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Deutschland, Bd. 24, Baden-Baden 2012, S. 13-29.

48 Vgl. Gudrun Ensslin/Bernward Vesper, „Notstandsgesetze von Deiner Hand". Briefe 1968/1969, hrsg. von Caroline Harmsen, Ulrike Seyer und Johannes Ullmaier. Mit einer Nachbemerkung von Felix Ensslin, Frankfurt a. M. 2009.

49 Vgl. Gudrun Ensslin, „Zieht den Trennungsstrich jede Minute." Briefe an ihre Schwester Christiane und ihren Bruder Gottfried aus dem Gefängnis 1972-1973, Hamburg 2005.

50 Vgl. Bernward Vesper, Die Reise. Romanessay (1977). Ausgabe letzter Hand, 7. Aufl., Reinbek bei Hamburg 2009. Siehe dazu die Sicht seines Freundes Henner Voss, Vor der Reise. Erinnerungen an Bernward Vesper, Hamburg 2005.

51 Vgl. Michael Kapellen, Doppelt leben. Bernward Vesper und Gudrun Ensslin. Die Tübinger Jahre, Tübingen 2005.

52 Koenen (FN 5), S. 41. Koenen ist der Autor des Werkes: Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967-1977, Köln 2001.

53 Ders. (FN 5), S. 337 f.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Was auffällt: Zuweilen wird das Dioskurenpaar, das eine unverbrüchliche Freundschaft bis zum Schluss miteinander verband, zusammen porträtiert, so Uwe Backes[54] und Susanne Kailitz.[55] Einerseits ist das verständlich, weil beide nach außen geschlossen auftraten und die eine Person ohne die andere kaum begreifbar ist, andererseits kommt auf diese Weise die spezifische Sicht auf Ensslin allein zu kurz. Baader war augenscheinlich nicht das Anhängsel von Ensslin, diese nicht seines.

54 Vgl. Uwe Backes, Bleierne Jahre, Baader-Meinhof und danach, Erlangen 1991, S. 129-135.
55 Vgl. Susanne Kailitz, Von den Worten zu den Waffen? Frankfurter Schule, Studentenbewegung, RAF und die Gewaltfrage, Wiesbaden 2007, S. 176-183.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Länderporträt: Uruguay

Von Lisa Marie Kupsch und Nikolaus Werz

1. Darstellung

1.1. Einführung

Extreme Polarisierung gehört in Uruguay der Vergangenheit an. In den international anerkannten Rankings präsentiert sich das kleine Land als Musterknabe auf dem lateinamerikanischen Halbkontinent. Im Gegensatz zu den großen Nachbarn Argentinien und Brasilien bleibt Uruguay bislang von wirtschaftlicher und politischer Stabilität geprägt. Korruption scheint selten zu sein bzw. es tauchen keine Skandale um hohe Staatsbeamte auf, die dem brasilianischen Ausmaß wie im Fall des Petrobras-Konzerns gleichen würden. Bürgerliche und politische Rechte waren schon früh gewährleistet; Uruguay hatte als erstes Land in Lateinamerika die Sklaverei abgeschafft. Bereits 1932 wurde das Frauenwahlrecht eingeführt.

Uruguay entstand im 19. Jahrhundert als Pufferstaat zwischen den rivalisierenden Mächten Brasilien und Argentinien. Die älteste Stadt Uruguays Colonia del Sacramento war oft Streitpunkt der portugiesischen und spanischen Kolonialherren gewesen. Sie wurde 1680 aufgrund ihrer strategisch wichtigen Lage in der Bucht am Rio de la Plata vom Gouverneur von Rio de Janeiro, dem Portugiesen Don Manuel Lobo, gegründet. Heute ist Colonia del Sacramento Verkehrsknotenpunkt auf der Überfahrt zur direkt gegenüberliegenden argentinischen Hauptstadt Buenos Aires und gehört aufgrund von spanischen und portugiesischen Einflüssen im Stadtbild zum UNESCO-Weltkulturerbe. Erst als Uruguay 1828 die Unabhängigkeit von der spanischen Krone erlangte, endeten die territorialen Streitigkeiten der Kolonialmächte. Seit 1865 vollzogen sich die Regierungswechsel fast 100 Jahre ununterbrochen in einem friedlichen, demokratischen Rahmen.

Sowohl die Armutsrate als auch die Arbeitslosenquote sind in den letzten 15 Jahren stark zurückgegangen. Das Bildungswesen ist vom Kindergarten bis zur Universität kostenlos. Seit der Präsidentschaft des ehemaligen Tupamaro José Mujica (2010 bis 2015) ist die Ehe homosexueller Paare möglich. Ebenso wurde das Recht auf Schwangerschaftsabbruch legalisiert, was sonst in Lateinamerika nur in Kuba und Guayana erfolgte. Auch makroökonomisch gehört die streng orthodox ausgerichtete und auf Haushaltsstabilität zielende Wirtschaft zu den solidesten in Südamerika; sie bleibt allerdings abhängig von ausländischen Investoren und Unternehmen. Das wahrscheinlich international am meisten besprochene Gesetz war die Legalisierung von Marihuana, das im Mai 2014 in Kraft trat und Sicherheits- und Gesundheitsaspekte einer alternativen Drogenpolitik in den Vordergrund stellte.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Zur Stabilität des nur 3,5 Millionen Einwohner zählenden Landes hat auch die seit 1919 in der Verfassung verankerte Trennung von Staat und Kirche beigetragen. Die vom Reformpräsidenten José Batlle y Ordóñez (1856 bis 1929) eingeführte Sozialgesetzgebung zu Beginn des 20. Jahrhundert ließ eine moderne Gesellschaft mit einer breiten Mittelschicht entstehen, die unter ethnischen Gesichtspunkten nach wie vor relativ homogen ausfällt: Fast 90 Prozent der Bevölkerung stammen von (süd-)europäischen Einwanderern ab, fünf Prozent sind Afro-Uruguayer und zwei Prozent indigener Abstammung. Die Streitkräfte waren mit Ausnahme der Militärdiktatur von 1973 bis 1985 kein mächtiger Gegenspieler zum demokratischen Staat.

Ein Einschnitt in der uruguayischen Parteiengeschichte war die Gründung des *Frente Amplio* (FA, „Breite Front“) 1971 im Vorfeld der Machtübernahme durch die Streitkräfte. Das Linksbündnis umfasste damals Kommunisten, Sozialisten, Gewerkschaftler sowie reformorientierte Christdemokraten; es konnte sich nach der Militärdiktatur als Wahlalternative zu den traditionellen Parteien, den liberalen „Colorados“ (*Partido Colorado*) und konservativen „Blancos“ (*Partido Nacional*), die sich seit Ende des 19. Jahrhunderts an der Regierung abwechselten, herausbilden.

Die Stabilität bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts geht nicht zuletzt auf die Parteien zurück, denn Uruguay hat eines der ältesten Parteiensysteme der Welt. Die liberale und die konservative Partei entstanden im sogenannten Großen Krieg (Bürgerkrieg) der 1830er Jahre. Den Grundstein für das politische System legte Präsident José Pablo Batlle y Ordóñez, der zwei Amtszeiten von 1903 bis 1907 und 1911 bis 1915 regierte. In seiner zweiten Legislaturperiode etablierte er einen modernen Wohlfahrtstaat mit weitreichender sozialer Gesetzgebung (Krankenversicherung, Acht-Stunden-Tag, Urlaub usw.), weshalb Uruguay bis in die 1950er Jahre als die Schweiz Südamerikas galt. Ebenso wurde mit der Verfassung von 1919 ein kollegiales Regierungssystem nach Vorbild des Schweizer Staatsrates eingeführt, was zur Teilung der Regierungsgewalt zwischen Präsident und Staatsrat (Consejo Nacional de Administración, kurz: Colegiado) führte. Zum einem sollte dadurch der Machtmissbrauch eines starken Präsidenten verhindert werden, zum anderen wollte man mit Hilfe eines komplizierten Systems der Mitbeteiligung (span. Coparticipación) die Opposition in die Regierung einbinden. Der Colegiado setzte sich in den Jahren 1919 bis 1933 zu zwei Dritteln aus der stärksten und zu einem Drittel aus der zweitstärksten Partei zusammen. Durch das System der Mitbeteiligung (meist war davon der unterlegene konservative *Partido Nacional* betroffen) entwickelte sich ein dominantes Zweiparteiensystem, dessen zentrales Merkmal eben diese Coparticipación war. Gleichzeitig führte die Ämtervergabe nach Proporz zur Aufblähung des Staatsapparates und zu massiver Patronage. Das System der Mitbeteiligung wurde in den folgenden Verfassungen von 1934, 1942 und 1952 in unterschiedlicher Ausprägung beibehalten.

Der Wahlsieg des Linksbündnisses FA 2004 und der Amtsantritt von Tabaré Vázquez wurden als historischer Einschnitt in der Landesgeschichte gefeiert, da er die knapp 170 Jahre andauernde Vorherrschaft der Traditionsparteien beendete. Vázquez war bis zu seinem Sieg 1989 bei der Bürgermeisterwahl in Montevideo na-

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

hezu unbekannt. Er wuchs im Arbeiterviertel La Teja in der Hauptstadt auf und machte zuerst Karriere als Onkologe. Als Präsident eines Drittliga-Fußball-Vereins, den er zur Meisterschaft führte, genoss er viele Sympathien. Als Bürgermeister des politischen und wirtschaftlichen Zentrums des Landes und als Präsident des FA von 1994 bis 2004 war er maßgeblich an der Etablierung des linken Bündnisses in der Parteienlandschaft beteiligt. Seiner Person wird es zugeschrieben, eine programmatische Neuausrichtung und Mäßigung radikal-linker Positionen erreicht zu haben, wodurch die Partei für breite Bevölkerungsschichten wählbar wurde. Darin wird einer der Gründe für den Wahlsieg 2004 gesehen.

Vor dem Hintergrund einer stabilen wirtschaftlichen Entwicklung konnte das Linksbündnis bei den Wahlen 2009 und 2014 mit geringen Verlusten die Präsidentschaft sowie die Mehrheit in beiden Parlamentskammern verteidigen. 2009 stieg sogar der ehemalige Guerillero José „Pepe" Mujica, der zu den führenden Kadern der in den 1960/70er Jahren aktiven Untergrundorganisation *Movimiento de Liberación Nacional – Tupamaros* (MLN-T) gehörte, zum Präsidenten auf. Die internationale Presse kürte ihn aufgrund seines bescheidenen Habitus zum „ärmsten" Präsidenten der Welt, der 90 Prozent seines Gehaltes von 12.500 US-Dollar an soziale Projekte spendete. Gerade sein „normaler", nicht-glamouröser Lebensstil, sein VW Käfer, für den ein arabischer Scheich Millionen geboten haben soll, und sein unprätentiöses Auftreten auf dem internationalen Parkett machten ihn zur Pop-Ikone im Ausland. Mit seinem Werdegang und durch seine Person schienen Werte wie Austerität, Authenzität und Bescheidenheit in die Politik einzuziehen.

Seine philosophisch gespickten Interviews auf seiner kleinen Blumenzucht-Farm am Rande Montevideos ließen ihn als Seneca des Südens erscheinen, der wiederholt eine Definition von Armut des römischen Philosophen vortrug: „Pobres son los que precisan mucho" („Nicht wer zu wenig hat, sondern wer mehr begehrt, ist arm"). Sein Gesetz zur Legalisierung von Marihuana veranlasste einzelne deutsche Wissenschaftler sogar zu einer Nominierung für den Friedensnobelpreis.[1] Seine mittlerweile gemäßigten Ansichten und die wirtschaftliche Entwicklung trugen dazu bei, dass der Economist 2013 Uruguay zum Land des Jahres wählte.[2]

1.2. Parteien

Das uruguayische Parteiensystem gilt – wie eingangs erwähnt – als eines der ältesten weltweit. Im Umfeld des Bürgerkrieges (Guerra Grande, 1836 bis 1851) um die Vorherrschaft in der 1828 unabhängig gewordenen República Oriental del Uruguay („Republik östlich des Flusses Uruguay") entstanden die sogenannten traditionellen

1 Vgl. Gerardo Lissardy, ¿Un Nobel de la Paz para José Mujica?, BBC Mundo Brasil vom 28. März 2014, unter: http://www.bbc.com/mundo/noticias/2014/03/140328_mujica_premio_nobel_paz_nominacion_aa (letzter Zugriff: 6. Juli 2017).

2 Vgl. The Economist's country of the year, Earth's got talent, in: The Economist vom 18. Dezember 2013, unter: http://www.economist.com/news/leaders/21591872-resilient-ireland-booming-south-sudan-tumultuous-turkey-our-country-year-earths-got (letzter Zugriff: 6. Juli 2017).

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Parteien, der *Partido Colorado* („Colorados“) und der *Partido Nacional* („Blancos)“. Unter den ersten beiden Präsidenten Uruguays konstituierte sich ein liberalstädtisches Lager um José Fructuoso Rivera (*Partido Colorado*, 1830 bis 1835, 1838 bis 1842) und eine konservativ, ländliche Gruppierung aus Großgrundbesitzern um Manuel Oribe (*Partido Nacional*, 1835 bis 1838). Bis 1971 waren sie die zentralen politischen Akteure, die bei Wahlen gemeinsam meist auf 90 Prozent der Stimmen kamen. Dieses politische Machtmonopol durchbrach der FA erst 1989, als die Partei mit Tabaré Vázquez die Bürgermeisterwahl in Montevideo gewann. Da in der Hauptstadt fast die Hälfte aller Einwohner leben, gilt der Bürgermeister als das zweitwichtigste Amt nach dem des Präsidenten.

Das Wahlsystem hatte entscheidenden Einfluss auf die Struktur des Parteiensystems. Das „doble voto simultáneo“ (Doppelte Stimmgebung, DVS) kombiniert mit starren Listen, die durch das Proporzprinzip („representación proporcional“, RP) gewählt werden, ließ ein spezifisches Parteiensystem entstehen. Die Besonderheit der uruguayischen Parteien liegt in den Fraktionen, die aufgrund ihrer Organisationsautonomie eigentlicher Ort der parteipolitischen Willensbildung und institutionalisierter Bestandsteil des Parteiensystems sind. Aufgrund ihres hohen Organisationsgrades, eigenen Fraktionsvorsitzenden, entsprechenden Statuten und u.a. der Hoheit über die Kandidatenauswahl für den Kongress (Repräsentantenhaus und Senat) haben sie im Gegensatz zu Parteiensystemen anderer Länder (z. B. Japan) formellen Status.[3]

Der *Partido Colorado* entstand 1836. Wie in anderen (latein-)amerikanischen Ländern kommt es häufig vor, dass Familienmitglieder von Ex-Präsidenten ebenfalls eine politische Karriere anstreben. Die interne Vormachtstellung bei den *Colorados* übernahm Jorge Batlle Ibánez (1927 bis 2016), von 2000 bis 2005 Präsident Uruguays, er war der vierte Präsident aus der Batlle-Familie, mit der neoliberalen Gruppierung *Unidad y Reforma* und dem mehr sozialdemokratisch ausgerichteten *Foro Batllista* unter Julio Maria Sanguinetti (geb. 1936), Präsident Uruguays von 1985 bis 1990 und 1995 bis 2000. Aktueller Spitzenkandidat ist Pedro Bordaberry des PC-Sektors *Vamos Uruguay*. Er ist Sohn des von 1972 bis 1976 amtierenden Präsidenten und Diktators Juan María Bordaberry. Als Präsidentschaftskandidat der *Colorados* war er 2014 Drittplatzierter.

Auch der *Partido Nacional* konstituierte sich 1836. Zu den bedeutendsten Fraktionen gehörte der *Herrerismo* (national-konservativ), der nach dem langjährigen Parteiführer Luis Alberto Herrera (1873 bis 1959) benannt wurde. Sein Enkel Luis Alberto Lacalle Herrera wurde 1990 Staatspräsident Uruguays. Bei den letzten Präsidentschaftswahlen 2014 wurde der PN zweitstärkste Kraft.

Der FA formierte sich als „breite Front“ 1971, ein linkes Parteienbündnis aus sozialdemokratischen, kommunistischen, sozialistischen und christdemokratischen

3 Vgl. Juan Andrés Moraes, Why Factions? Candidate Selection and Legislative Politics in Uruguay, in: Peter M. Siavelis/Scott Morgenstern (Hrsg.), Pathways to Power: Political recruitment and candidate selection in Latin America, University Park 2008, S. 164-185.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Kräften sowie Abspaltungen aus den Traditionsparteien. Nach dem Ende der Militärdiktatur und der Redemokratisierung nahm der FA 1989 die legale Nachfolgeorganisation *Movimiento de Participación Popular* („Bewegung für die Beteiligung des Volkes") der Stadtguerilla *Tupamaros* auf, die sich zur stärksten Fraktion des FA entwickelt hat. Gleichzeitig stiegen 1989 der *Partido por el Gobierno del Pueblo* (PGP) und der *Partido Demócrata Cristiano* (PDC) aus, die in den 1980er Jahren nahezu die Hälfte der Wählerschaft gestellt hatten. Die 1921 gegründete *Kommunistische Partei* ging in der Fraktion *Democracia Avanzada* („Fortgeschrittene Demokratie") auf. Mit der Neuformierung des FA als FA-EP (*Encuentro Progresista*) und nach dem Rückzug der einstigen Führungsfigur Líber Seregni (1916 bis 2004) wurde durch seinen Nachfolger Tabaré Vazquez als Parteivorsitzender des FA und seiner Mitgliedschaft in der gemäßigten sozialistischen Partei eine programmatische Neuausrichtung des Linksbündnisses vorgenommen. Der *Nuevo Espacio* (NE), eine 1989 gegründete Allianz aus PGP und PDC und der katholisch-konservativen *Unión Cívica* (gegründet 1912), trat 2002 als reformorientierte Linke dem FA bei. Im Vorfeld der Wahlen von 2004 kandidierte das Linksbündnis unter dem Namen *Encuentro Progresista-Frente Amplio-Nueva Mayoría*. 2009 schlossen sich NE, die *Alianza Progresista* (gegründet 1989) und die *Asamblea Uruguaya* zum *Frente Líber Seregni* zusammen, um die Präsidentschaftskandidatur von Danilo Astori (geb. 1940) zu unterstützten. In den obligatorischen, parteiinternen Vorwahlen (primarias) unterlag er dem Kandidaten des MPP, José Mujica. 2014 konnte erneuert Tabaré Vazquez die absolute Mehrheit erringen. Eine direkte Wiederwahl bleibt in Uruguay weiterhin verfassungsrechtlich untersagt.

Tabelle 1: Wahlergebnisse des FA von 1971-2014 (Angaben gerundet)

Jahr	1971	1984	1989	1994	1999	2004	2009	2014
Stimmen in %	18	21	21	31	40	50	48	48

Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage von: Corte Electoral (Hrsg.), Estadísticas, unter: http://www.corteelectoral.gub.uy/ (17. Juli 2017).

Aus neueren Parteigründungen gingen der *Partido Independiente* (PI) und der *Partido Asamblea Popular* (AP) hervor. Der ehemalige NE-Politiker Pablo Mieres gründete 2002 die Partei und konnte seitdem auch Mandate gewinnen. Der AP entstand 2006 als Abspaltung des FA und präsentiert sich als „alternative Linke" zum mittlerweile gemäßigten FA. Seit 2014 tritt die Partei als Bündnis mit weiteren kleineren linken Parteien als Unidad Popular auf, 2014 konnte sie erstmals einen Sitz im Abgeordnetenhaus erhalten.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Tabelle 2: Verteilung der Abgeordneten des FA nach Sektoren im Kabinett von Mujica (2010-2015)

Sektor	Kabinett	Senat	Abgeordnete
Espacio 609/MPP	4	6	25
Espacio 90/PS	2	2	9
Frente Líber Seregni (AU, NE, AP)	3	5	10
VA	1	1	1
PCU/lista 1001	1	1	1
CAP-L	1	1	2
Liga Federal Frenteamplista			1
Independientes	1		1

Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage von: Presidencia del Uruguay, Gabinete del Presidente José Mujica, Integrantes del Consejo de Ministros, Presidencia, Secretaría de comunicación, Montevideo 2010, unter: http://archivo.presidencia.gub.uy/sci/pages/mujica02.htm (17. Juli 2017); Federico Irazábal, Elecciones 2009. Resultados y fraccionalización interna de los partidos, in: Fundación Konrad Adenauer/ Universidad Católica del Uruguay (Hrsg.), El voto en Uruguay, Montevideo 2010, S. 34 f.

1.3. Extremismus (Tupamaros)

Uruguay gilt als die Schweiz Südamerikas, Costa Rica als die Mittelamerikas. Beiden Staaten ist ihre relative Größe gemeinsam, die geringe Relevanz während der Kolonialzeit, eine vergleichsweise ausgeglichene Einkommensstruktur und eine hohe Bedeutung der Bildung. Uruguay wurde als der am weitesten ausgebaute Sozialstaat Südamerikas bezeichnet.[4]

Wie in allen lateinamerikanischen Ländern hatte die kubanische Revolution von 1959 starken Auswirkungen auf Uruguay. Besonders unter der studierenden Jugend besaßen die in Kuba erfolgreichen Guerilleros, die in Lateinamerika die „Bärtigen" genannt wurden, große Sympathien. Der Aufschwung antiimperialistischer und linksnationalistischer Begeisterung erfolgte also zunächst aufgrund von externen Faktoren, allerdings spielten die Auswirkungen einer lang anhaltenden Wirtschaftskrise eine Rolle. Ernesto Che Guevara hatte 1961 sogar bei seinem Besuch in dem Konferenzort Punta del Este öffentlich von einer Gewaltanwendung in Uruguay aufgrund der im Unterschied zu anderen lateinamerikanischen Gesellschaften vorhandenen demokratischen Möglichkeiten abgeraten. Gleichwohl entfaltete das in Kuba erfolgreiche Modell der Machtübernahme eine erhebliche Anziehungskraft, denn es beinhaltete die Aussicht, dass dies einer kleinen Gruppe von gut organisierten, entschlossenen und erfindungsreichen Guerilleros relativ schnell gelingen könnte. Im Unterschied zu den Konzepten der kommunistischen Parteien gingen die Anhänger

4 Vgl. Nikolaus Werz, Zur Geschichte des „Sozialstaates" in Lateinamerika, in: GWU 67 (2016), H. 7-8, S. 422-440.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

des sog. *Foquismo* davon aus, dass nicht gewartet werden müsse, bis die objektiven Faktoren für eine Revolution herangereift seien. Die gesellschaftliche Situation in Lateinamerika sei so explosiv, dass ein Funke ausreichen könne, um einen Flächenbrand auszulösen. Allerdings ging das Fokuskonzept, wie es von dem argentinischen Revolutionär Guevara und dem Franzosen und Sartre-Schüler Régis Debray entwickelt worden war, von einer ländlichen Guerilla aus.

Die Gründer der *Tupamaros* kamen vor allem aus der *Sozialistischen Partei*. Raúl Sendic (1925 bis 1989) hatte seine Partei sogar 1958 auf einer Tagung der *Sozialistischen Internationale* in Paris vertreten. Er entstammte einer Familie aus dem Provinzbürgertum im Nordwesten Uruguays. Nach dem Studium der Rechtswissenschaften konzentrierte er sich auf den Aufbau einer Gewerkschaft der Zuckerrohrarbeiter, die er zu einem militanten Verband ausbaute. Die UTAA (*Unión de Trabajadores Azucareros de Artigas*) konnte eine Reihe von sozialen Verbesserungen durchsetzen, Sendics Pläne gingen jedoch wesentlich weiter. 1963 versammelte er neun junge Leute zum *Movimiento de Liberación Nacional* („Nationale Befreiungsbewegung"), später traten sie unter dem Namen *Tupamaros* auf.

Der Name der Stadtguerilla geht auf Tupac Amaru II. zurück, der in Peru 1780/81 eine Rebellion gegen die spanische Kolonialherrschaft anführte. Schon im 19. Jahrhundert hatten sich Anhänger der Unabhängigkeitsbewegung auf ihn berufen. Mit diesem Namen wollte sich die Guerilla in die Tradition amerikanischer, antikolonialer und sozialer Kämpfer einreihen.

Im Juli 1963 überfielen die *Tupamaros* das 120 km von Montevideo entfernte Clubgebäude des Schweizer Schützenvereins und erbeuteten 28 Gewehre.[5] Am Heiligen Abend des gleichen Jahres bemächtigte sich ein nach dem Begründer der uruguayischen Unabhängigkeit General José Artigas (1764 bis 1850) benanntes Kommando eines mit Lebensmittel beladenen Lastwagens und verteilte die Fracht unter den Bewohnern eines Armutsviertels. In Flugblättern wurde zur Soldarisierung mit den Revolutionären aufgefordert. Dieses Muster sollten die *Tupamaros* noch mehrfach anwenden; es verschaffte ihnen zunächst Sympathien in Teilen der Bevölkerung.

Mitte der 1960er Jahre erschien das „Reglement" des MLN, in dem sich die Organisation als Vorhut der ausgebeuteten Klassen im Kampf gegen das „Regime" bezeichnete. Die Organisationsstruktur unterschied zwischen „Zellen" von mindestens zwei Mitgliedern, die der Disziplin des Exekutivkomitees unterstanden, sowie sogenannten „peripheren" Zellen, die für unterstützende Aufgaben vorgesehen waren. Zwischen diesen Gruppen sollte eine Trennung bestehen, um so – auch im Falle einer Inhaftierung – einen Gesamtüberblick über die Organisation zu verhindern. Die Aktionen waren meist gut geplant und wurden geschickt durchgeführt. Ein als Polizist verkleideter *Tupamaro* bildete häufig den Ausgangspunkt. Da zahlreiche Mitglieder aus der Mittel- oder sogar aus der Oberschicht kamen, verfügten sie über entsprechende Informationen und Insider-Kenntnisse aus dem Machtapparat. In

5 Vgl. Fritz René Allemann, Macht und Ohnmacht der Guerilla, München 1974, S. 316 f.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

mehreren Aktionen gelang es große Geldbeträge in den Besitz der *Tupamaros* zu überführen, die dann ihrerseits auf die teilweise illegitime Herkunft der Gelder hinwiesen und auf vorangegangene Korruptionsfälle. Dies und die zunächst weitgehend friedlichen Aktionen trugen mit zu einer gewissen Popularität bei. 1969 erließ die Regierung sogar ein Dekret, welches der Presse die Verbreitung aller Informationen über die Tupamaros untersagte, um so Propagandaeffekte auszuschließen.

1970 entführten die *Tupamaros* einen nordamerikanischen Berater der uruguayischen Polizei, Dan Mitrione, dem sie u. a. die Übertragung von Foltermethoden der brasilianischen Sicherheitsdienste, wo er zunächst tätig gewesen war, auf Uruguay vorwarfen. Er und zwei andere entführte Ausländer wanderten in sogenannte Volksgefängnisse, die die *Tupamaros* angelegt hatten. Eine ihrer ersten Maßnahmen bestand nämlich darin, dass sie sich Karten über das Kanalisationssystem von Montevideo beschafften. In der Folgezeit erlangten sie nicht nur einen ausgezeichneten Überblick über den Untergrund der Hauptstadt, sondern führten dort Streifzüge und regelrechte Übungen durch. Neben den sogenannten Volksgefängnissen hatten sie auch zwei relativ gut ausgestattete Krankenstationen eingerichtet.

Für Mitrione forderten die Guerilleros die Freilassung von 150 politischen Gefangenen. Nachdem die Regierung diesen Forderungen nicht nachkam, vollzogen die *Tupamaros* die angekündigte „Hinrichtung"; am 10. August wurde der Leichnam Mitriones aufgefunden. Es blieb die einzige Geisel, die von den Mitgliedern der Stadt-Guerilla umgebracht wurde, denn die Ermordung Mitriones führte zu einem Umdenken bei Teilen der Bevölkerung gegenüber den Guerilleros, die bisher in Robin-Hood-Manier aufgetreten waren. Hinzu kam ein halbjähriger Waffenstillstand mit Blick auf die Präsidenten- und Parlamentswahlen im November 1971, zu der erstmals der FA antrat. Hierbei spielte der südamerikanische Kontext eine gewisse Rolle, denn 1970 hatte die Regierung der Volkseinheit in Chile um den Sozialisten Salvador Allende einen knappen Wahlsieg erzielt, wodurch die Hoffnung aufkam, ein vergleichbarer Erfolg sei auch in Uruguay möglich.

Seit Mitte der 1960er Jahre hatte die Zahl der Guerilleros (auch *Tupas* genannt) kontinuierlich zugenommen. 1965 waren es 50 Personen, die sich aus einer castristischen Vorgängerorganisation, der Zuckerrohrarbeiterbewegung um Sendic und ehemaligen Mitgliedern des PSU rekrutierten.[6] 1969 zählten wohl 200 Mitglieder zum harten Kern der Organisation, die einige spektakuläre Maßnahmen durchführten. Sie raubten in dem Jahr das Casino San Rafael in dem Badeort Punta del Este aus. Im Oktober 1969 besetzten sie sogar vorübergehend die Kleinstadt Pando. Bei der Flucht wurden aber fast 20 *Tupamaros* verhaftet und drei erschossen. In der Folgezeit führten die Stadt-Guerilleros praktisch keine Aktionen mehr außerhalb der Hauptstadt durch.

6 Vgl. Thomas Fischer, Die Tupamaros in Uruguay. Das Modell der Stadtguerilla, in: Wolfgang Kraushaar (Hrsg.), Die RAF und der linke Terrorismus, Bd. 2, Hamburg 2006, S. 736-750, hier: S. 741.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Bei den Wahlen 1971 erreichte der FA mit landesweiten 18,3 Prozent und über 30 Prozent in Montevideo einen Achtungserfolg. Wahlsieger wurde der *Colorado* Juan María Bordaberry, was zur Verschärfung der innenpolitischen Situation mit beitrug. Die Führung der *Tupamaros* kam zu dem Ergebnis, dass durch Wahlen keine realen Veränderungen möglich seien. Die Organisation wurde auf tausend Mitglieder ausgebaut, bald kam es zu einer Verschärfung der Situation (einige sprechen sogar von 2.000 bis 4.200 Mitgliedern im April 1972, die sich bis November des gleichen Jahres im Zuge der harten Repression auf 300 reduzierte).[7] Zum einen war es im September 1971 einer großen Gruppe von Häftlingen zum wiederholten Mal gelungen, aus dem Gefängnis auszubrechen, zum anderen wurden kurze Zeit später drei hohe Militärs, die für die Bekämpfung der *Tupamaros* zuständig waren, von Mitgliedern der Stadt-Guerilleros erschossen. Der neugewählte Präsident setzte ab 1972 massiv das Militär zur Guerilla-Bekämpfung ein; die 12.000 Mitglieder der Streitkräfte waren unterdessen mit Hilfe nordamerikanischer Instrukteure und von neuen Waffen entsprechend aufgerüstet worden. Das Militär begann nun gezielt, Folter anzuwenden, wobei offenbar die in Brasilien erprobten Methoden Anwendung fanden. Hinzu kam, dass ein prominenter Anführer der *Tupamaros*, Héctor Amodio Pérez, unter nach wie vor nicht ganz geklärten Umständen die Fronten wechselte, und als eine Art Berater der Sicherheitskräfte wirkte. Noch zwei weitere *Tupamaros* aus der Führungsebene sollen die Seiten gewechselt haben. In kurzer Zeit konnten die Streitkräfte mit den verschärften Methoden die *Tupamaros* zerschlagen, die Ende 1972 praktisch aufgerieben waren.

Die meisten militärischen Aktivitäten entfalteten die *Tupamaros* zwischen 1968 und 1972. 1968 waren es etwa zehn Prozent, in den Jahren 1969/70 stiegen sie auf 20 Prozent, den Höhepunkt erreichten sie in den beiden folgenden Jahren mit 70 Prozent. Mit Aktionen der „bewaffneten Propaganda" versuchten sie das Konzept eines Gegenstaates zu vermitteln, d.h. neben dem alten Regime hätten die *Tupamaros* Formen befreiter Gebiete geschaffen, die sich allerdings in der Stadt befanden.[8] Zu einer gewissen Hochachtung der *Tupamaros* trug auch bei, dass sie nicht nur spektakuläre und wagemutige Aktionen durchführten, sondern mehrmals etliche Mitglieder aus dem Gefängnis ausbrechen konnten.

Entscheidend war dafür nicht zuletzt der hohe Bildungsgrad ihrer Mitglieder. Wenn Uruguay als die Mittelschichtsgesellschaft in Südamerika gelten kann, so traf das ebenso für die Guerilla-Organisation zu. Fast 25 Prozent der Mitglieder sollen 1972 Frauen gewesen sein, was im damaligen lateinamerikanischen Kontext ein sehr hoher Anteil war. 1972 veröffentlichte die Regierung eine Übersicht der 946 verhafteten MLN-Mitglieder: Demzufolge waren 26,5 Prozent Angestellte, 14,2 Prozent

7 Vgl. José Manuel Azcona, Guerilleros, Terroristas y Revolución (1959-1988). Identidad marxista y violencia política de ETA, Brigadas Rojas, Tupamaros y Montoneros, Cizur Menor 2005, S. 262.

8 Vgl. Julio Bordas Martínez, Tupamaros: Derrota militar, metamorfosis política y victoria electoral, Madrid 2015, S. 68.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Dozenten, 9,4 Prozent Universitätsangehörige, 7,9 Prozent Techniker, aber nur 5,9 Prozent Arbeiter oder Tagelöhner etc.[9]

Die Zerschlagung der *Tupamaros* erfolgte vor dem Beginn der Diktatur, worauf vor allem neuere Arbeiten hinweisen.[10] Dennoch avancierten die *Tupamaros* vorübergehend zum „Modell" der Stadtguerilla, und zwar nicht nur in Südamerika. 1969/70 bestand in der Bundesrepublik Deutschland die linksterroristische Gruppe *Tupamaros-München und West-Berlin*, die Anschläge vor allem gegen jüdische Einrichtungen planten.[11] Die *Roten Brigaden* in Italien übernahmen nicht nur das Wappen von den *Tupamaros*, sondern ebenfalls Teile der Organisationsstruktur. Eine nicht unerhebliche Anziehungskraft auf die internationale Linke entfaltete die uruguayische Stadtguerilla wohl auch aufgrund ihres Pragmatismus und einer Abneigung gegenüber dogmatischen Diskussionen. Hinzu kam, dass die Zahl der getöteten Militärs und der Regierungsmitglieder sowie die der Guerilleros vergleichsweise niedrig ausfiel. Allerdings wurden im Zuge der harten Repression ab 1972 über 20.000 Uruguayer verhaftet und teilweise gefoltert; insgesamt sollten 200 Menschen während der Diktatur verschwunden sein. In Argentinien waren es um die 20.000 Personen. Nach Angaben einzelner Autoren sollen 35 *Tupamaros* getötet worden sein, bei Polizei und Militär 20. Einzelne Autoren wiesen darauf hin, dass die Kommunisten, die gar nicht offiziell in den bewaffneten Kampf übergingen, und kleinere Gruppierungen wie die *Grupos de Acción Unificadora* (GAU) und der *Partido por la Victoria del Pueblo* (PVP) mehr Tote zu beklagen gehabt hätten als die Guerillaorganisation.[12]

Die Robin-Hood-Aktionen und das städtische Umfeld übten eine besondere Anziehungskraft auf europäische Linke aus, die sich dem bewaffneten Kampf verschreiben wollten. Das eher positive Außenbild der Guerilla in Europa mag mit dazu beigetragen haben. Eine Spiegel-Serie über Lateinamerika aus dem Jahre 1970 trug den Titel: „Tupamaros und Guerillas – ‚Da hilft nur noch Gewalt'".

Im Unterschied zu Europa war die Guerilla in Uruguay jedoch sehr viel besser organisiert, was teilweise an der zunächst vorhandenen Schwäche der Sicherheitskräfte lag. Darüber hinaus verfügte sie anfangs über einen gewissen Rückhalt in der Bevölkerung. Ihre Gründungsmitglieder konnten auf eine vergleichsweise lange Geschichte in anderen linken Organisationen zurückblicken. Zu Beginn blieb die Aufnahme neuer Mitglieder streng reglementiert, erst in der Endphase wurden offenbar sehr viele studentische Mitglieder aufgenommen. In dem kleinen Land verfügten die zum Teil hoch gebildeten und glänzend informierten Guerilleros über Wissensvorsprünge. Allemann zitiert in seinem nach wie vor lesenswerten Buch über die latein-

9 Vgl. Alfonso Lessa, La revolución imposible. Los Tupamaros y el fracaso de la vía armada en el Uruguay del siglo XX, Montevideo 2010, S. 331.
10 Vgl. Azcona (FN 7), S. 190, Bordas Martínez (FN 8), S. 210.
11 Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Linksextremismus in Deutschland, Wiesbaden 2014, S. 167 f.
12 Vgl. Bordas Martínez (FN 8), S. 61, 212.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

amerikanische Guerilla das Scherzwort, wonach „der Doktortitel die Bedingung für die Aufnahme in die Reihen der Tupamaros“[13] gewesen sei.

Auch nach dem Ende ihres aktiven Kampfes 1972 hielt das Interesse an Uruguay an. Die Entführungspraxis und die Volksgefängnisse der Tupamaros waren Thema des Films „Der unsichtbare Aufstand“ von Constantin Costa-Gavras aus dem Jahr 1972, der als Klassiker des politisch engagierten Kinos gilt. Einige der wichtigsten uruguayischen Intellektuellen wurden im weiteren Umfeld der Organisation gesehen: Der Schriftsteller Mario Benedetti (1920 bis 2009) gründete mit Mitgliedern der Tupamaros 1971 den *Movimiento de Independientes 26 de Marzo*, der am FA teilnahm. Die gilt ebenso für Eduardo Galeano (1940 bis 2015), einer der wichtigsten linken Essayisten Lateinamerikas; 1971 erschien die spanische Version von „Die offenen Adern Lateinamerikas“, die ihn als literarischen Wortführer des Dependencia-Ansatzes auswies. Wie Benedetti musste er Uruguay Anfang der 1970er Jahre verlassen und lebte lange Zeit im Exil. Ähnliches galt für den Liedermacher und Sänger Daniel Vigletti (geb. 1939), der bei Solidaritätsveranstaltungen mit Benedetti und Galeano im Ausland auftrat.

Zu den Mythen um diese Guerilla gehörte die Annahme, dass es sich um eine vergleichsweise rationale Organisation gehandelt habe. Die umfangreiche und anhaltende Erinnerungsliteratur vermittelt indessen ein etwas anderes Bild. Amadio Pérez lebte lange Zeit unerkannt in Spanien, bis er ein Buch über seinen Ausstieg aus der Organisation schrieb. Er reiste zur Vorstellung des Textes nach Montevideo und hielt sich dort einige Wochen auf. Dann wurde er inhaftiert und wegen ungeklärten Vorfällen im Gefängnis 1972 zu einer Haftstrafe verurteilt. Ehemalige Mitstreiter hatten ihn zuvor bereits als toten Mann bezeichnet. Die im Zusammenhang mit seiner Inhaftierung aufgekommenen Geschichten warfen kein gutes Licht auf die inneren Verhältnisse der *Tupamaros*.

Über einzelne Guerilleros wurden Filme gemacht. Etwa über Henry Engler, ein ehemaliges Führungsmitglied, das später im schwedischen Exil zu einem international bekannten Alzheimer-Forscher heranwuchs. Der Film El Círculo von 2008 schildert seinem Werdegang und seine Vorstellungen.

Im Re-Demokratisierungsprozess Uruguays haben die *Tupamaros* eine eher zurückhaltende Rolle gespielt. Die Beschlüsse dazu wurden im Pacto del Club Naval getroffen, sie führten 1984 zu Wahlen, bei denen Julio M. Sanguinetti die Mehrheit erhielt. Sie waren Teil einer linken Parteienkoalition, hielten sich aber bei den Debatten über die Demokratie eher zurück. Einzelne neuere Studien halten ihnen dies mehr oder weniger direkt vor. Gerade in der Bundesrepublik setzte eine erstaunliche Personalisierung ein, die sich vor allem auf die Person des Präsidenten José Mujica (Decknamen aus der Kampfzeit waren Ulpiano oder Facundo) bezog. Er präsentierte sich nach langer Gefängnishaft als geläuterter und altersweiser Zeitgenosse. Einmal an der Regierung ließ er sich von selbsternannten Revolutionären wie dem gewählten venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez (1954 bis 2013) nur scheinbar ver-

13 Allemann (FN 5), S. 354.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

einnahmen; nach dem Tode von Chávez 2013 und dem Amtsantritt von Nicolás Maduro äußerte Mujica punktuell Kritik an der venezolanischen Regierung. Dies unterstreicht einmal mehr, dass die uruguayische Linke relativ stark von den Verhältnissen im eigenen Land geprägt war und ist.

2. Würdigung

In den Präsidentschaftswahlen von 2014 setzte sich der FA mit Tabaré Vázquez mit 56,6 Prozent der Stimmen gegen Luis Lacalle Pou (PN), Sohn des Ex-Präsidenten Luis Alberto Lacalle (geb. 1941), mit 43,4 Prozent der Stimmen durch. Als neuer Medienliebling galt hingegen Vázquez' Vizepräsident Raúl Fernando Sendic Rodríguez (geb. 1962). In Uruguay wird immer ein Duo aus Präsident und Vizepräsident zur Wahl gestellt. Raúl Sendic ist Sohn seines gleichnamigen Vaters und ehemaligen Tupamaroführers Raúl Sendic.

Als Präsidentschaftskandidat der *Colorados* gewann Pedro Bordaberry die internen Vorwahlen der Liberalen. Als Sohn des ehemaligen Präsidenten Juan María Bordaberry (1972-1976), der ab 1973 den Militärs den Weg in die zivil-militärische Diktatur ebnete, bestritt er seinen Wahlkampf meist nur unter seinem Vornamen „Pedro". Damit waren zum einen der Sohn eines ehemaligen *Tupamaros*, der das Militärregime bekämpfte, und zum anderen der Sohn eines Militärdiktators, der 2010 für Verbrechen gegen die Menschheit zu 30 Jahren Haft verurteilt wurde, prägende Figuren des Wahlkampfes. Dennoch scheint die Aufarbeitung der Militärdiktatur in der öffentlichen Debatte in Uruguay von relativ geringer Bedeutung zu sein. Mit dem Hinfälligkeitsgesetz (Ley de Caducidad de la Pretensión Punitiva del Estado, LdC) wurden 1986 die Strafverfolgungen gegen die Verbrecher der Militärdiktatur gestoppt und umfangreiche Amnestien erlassen. Ein Plebiszit über die Aufhebung des LdC scheiterte 1989. Erst zivilgesellschaftliche Initiativen und Menschenrechtsorganisationen thematisierten und dokumentierten die Verbrechen öffentlich.

Mit dem Regierungswechsel 2004 lagen die Hoffnungen auf der Regierung Vázquez, weil das Linksbündnis Verbindungen zu den Menschenrechtsorganisationen unterhielt und es gerade im FA personelle Überschneidungen mit Opfern der Diktatur gab. Allerdings nutzte Vázquez seine Mehrheit im Parlament nicht, um das LdC zu kippen, obwohl es der Parteitag des FA beschlossen hatte. Auch ein erneutes Plebiszit scheiterte 2009 knapp. Indessen veranlasste Vázquez eine genaue Auslegung des Gesetzes, weshalb u. a. die ehemaligen Diktatoren Juan María Bordaberry (1928 bis 2011) und Gregorio Álvarez (1925 bis 2016) zu langjährigen Haftstrafen verurteilt wurden. Außerdem wurden nach längerer vergangenheitspolitischer Lethargie Initiativen wie die Änderung der Lehrpläne umgesetzt, so dass die Militärdiktatur erstmals Thema in der Sekundarstufe wurde. 2007 wurde das Museo de la Memoria (MUME) gegründet, welches sich mit dem Verbrechen der Militärdiktatur

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

beschäftigt, aber ebenso ausführlich die vorangegangene Phase der Gewalt beleuchtet.[14]

Dennoch fällt die Bilanz der Vergangenheitspolitik im regionalen Vergleich schwach aus. Ein weiterer Versuch während der Präsidentschaft Mujicas das LdC aufzuheben, scheiterte vor dem Obersten Gerichtshof. Im Wahlkampf von 2014 wurde sie nicht zum Thema, es fanden sich keine Vorschläge in den Wahlprogrammen der großen Parteien. Ende 2014 hatten Äußerungen von Eleutorio Fernández Huidobro einen Skandal ausgelöst. Als ehemaliger *Tupamaro* machte er nach der Militärdiktatur Karriere im FA und wurde 2010 und 2015 Verteidigungsminister im Kabinett Mujica und Vázquez. Ihm wurde von der Menschenrechtsorganisation SERPAJ vorgeworfen, er würde Informationen über das Schicksal der Verschwundenen zurückhalten. Seine Stellungnahme löste einen Eklat aus: „Es ist falsch, was diese NGO sagt. […] Wenn Serpaj mir erlauben würde, sie [die Militärs] für einen Monat zu foltern, sicherlich würde ich dann Informationen bekommen."[15] Dass Huidobro zum einen die Menschenrechtsorganisation Serpaj beleidigte und Folter als legitimes Mittel der Informationsbeschaffung ansah, verdeutlichte, dass sowohl die Vergangenheit als auch die ungeklärten Fälle der *Desaparecidos* („Verschwundenen") weiterhin zu Auseinandersetzungen führen können.

Das rückläufige Interesse an vergangenheitspolitischen Themen hat mehrere Gründe. Das gescheiterte Referendum von 2009 zeigte erneut, dass die Straffreiheit der Kriegsverbrecher nicht durchweg auf Ablehnung in der Bevölkerung stößt und zweimal durch ein Plebiszit demokratisch legitimiert wurde. Insbesondere im Landesinneren, wo die konservativen Kräfte über mehr Rückhalt verfügen, fehlte es an Zustimmung für eine Annullierung des LdC. Ebenso vermeidet der FA einen konfrontativen Kurs, was angesichts der knappen Mehrheit (seit 2015) im Parlament wahltaktische Gründe haben kann. Außerdem wurden divergierende Positionen innerhalb des Parteienbündnisses sichtbar. Ehemalige *Tupamaros* unter der Mujica-Regierung verteidigten den bewaffneten Kampf und relativierten die Verbrechen der 1960er Jahre, weswegen einige Gruppen des FA mit den Vertretern der Menschenrechtsorganisationen brachen.[16]

14 Vgl. Museo de la Memoria, Centro Cultural Museo de la Memoria, http://mume.montevideo.gub.uy/museo/centro-cultural-museo-de-la-memoria (letzter Zugriff: 6. Juli 2017). Es liegt relativ weit außerhalb der Hauptstadt und ist in der Villa eines Generals aus dem 19. Jahrhundert untergebracht.

15 Vollständiges Originalzitat: „Es falso lo que dice esa ONG, financiada por las peores fundaciones imperiales. Falso. No tengo información. Si Serpaj me autoriza a torturar por un mes yo capaz que le consigo información." Polémica entre ministro de Defensa y Serpaj por datos sobre desaparecidos, in: El País Uruguay vom 19. Dezember 2014, unter: http://www.elpais.com.uy/informacion/serpaj-autoriza-torturar-informacion-desaparecidos.html (letzter Zugriff: 6. Juli 2017).

16 Vgl. Stefan Peters, Entpolitisierung trotz Straflosigkeit: Vergangenheitspolitik in Uruguay, in: Ders./Hans-Jürgen Burchardt (Hrsg.), Der Staat in globaler Perspektive. Zur Renaissance der Entwicklungsstaaten, Frankfurt a.M. 2012, S. 96-101.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

3. Literatur

Uruguay bleibt in der deutschsprachigen Forschung ein eher selten behandelter Untersuchungsgegenstand, wenngleich das für ungewöhnlich anmutende Wahl- und Parteiensystem einen näheren Blick wert ist. In Studienbüchern wird in knapper Form auf das uruguayische Parteiensystem eingegangen, das sich bereits in den 1830er Jahren konstituierte und damit zu den ältesten der Welt gehört.[17] Durch das Prinzip der doppelten Stimmgebung des komplexen Wahlsystems entstand ein fragmentiertes, aber seit dem 19. Jahrhundert stabiles Parteiensystem. Etwas veraltete, aber hilfreiche Werke, um das fragmentierte Parteiensystem zu verstehen, legten Hans-Jürgen Puhle[18], Dieter Nohlen[19], Detlef Nolte und Klaus Bodemer[20] vor. Auf das Phänomen der Faktionen (span. fracción) geht Claudia Zilla genauer ein.[21]

In das internationale Rampenlicht rückte das kleine Land am Río de la Plata als 2009 José „Pepe" Mujica, ehemaliger Guerillero der Stadtguerilla MLN-T, mit dem Linksbündnis FA zum Präsidenten gewählt wurde. Die *Tupamaros* galten als genuin uruguayische Erfindung, die 1962 als Reaktion auf die staatliche Repression und gesellschaftliche Polarisierung entstanden. Die *Tupamaros* bilden unter den lateinamerikanischen Guerillas insofern eine Ausnahme, als sie trotz ihrer Niederlage in einer mittlerweile etablierten und mehrheitsführenden Partei *Movimiento de Participación Popular* (MPP) aufgingen.[22] Seiner schillernden Person als Ex-Revolutionär, Politiker, Blumenzüchter und Alltagsphilosoph wurden viele Dokumentationen[23], Interviews und Biographien gewidmet.[24] Interviews der Guerilleros aus Uruguay, Argentinien, Chile und Bolivien veröffentlichte 1989 Gaby Weber in ihrem Buch *Die Guerilla zieht Bilanz*.[25]

---

17 Vgl. Christoph Wagner, Das politische System Uruguays, in: Klaus Stüwe/Stefan Rinke (Hrsg.), Die politischen Systeme in Nord- und Lateinamerika. Eine Einführung, Wiesbaden 2008, S. 507-537; Jürgen Hartmann, Die politischen Systeme Lateinamerikas. Ein Überblick, Wiesbaden 2017.

18 Vgl. Hans-Jürgen Puhle, Politik in Uruguay. Einige Bemerkungen zum uruguayischen Parteien- und Verfassungssystem, Hannover 1968.

19 Vgl. Dieter Nohlen, Uruguay, in: Ders. (Hrsg.), Handbuch der Wahldaten Lateinamerikas und der Karibik, Opladen 1993, S. 731–777.

20 Vgl. Klaus Bodemer/Marta Licio/Detlef Nolte (Hrsg.), Uruguay zwischen Tradition und Wandel, Hamburg 1993.

21 Vgl. Claudia Zilla, Die faktionalisierte Struktur des uruguayischen Parteiensystems, in: Patrick Köllner/Matthias Basedau/Gero Erdmann/Joachim Betz u. a. (Hrsg), Innerparteiliche Machtgruppen. Faktionalismus im internationalen Vergleich, Frankfurt a.M. 2006, S. 303-331.

22 Vgl. Bordas Martínez (FN 8).

23 Vgl. u. a. Heidi Specogna, Pepe Mujica: der Präsident, ein Film von Heidi Specogna mit Pepe Mujica und Lucía Topolansky, Piffl Medien, 2015.

24 Vgl. u. a. Sergo Israel, Sergo, Mujica, el floriste presidente, Montevideo 2010; Mauricio Rabuffetti, José Mujica, La revolución tranquila, Mexiko-Stadt 2015; Miguel Ángel Campodónico, Mujica, Montevideo 2015; Andrés Danza, Una oveja negra al poder: Pepe Mujica, la política de la gente, Barcelona 2015.

25 Vgl. Gaby Weber, Die Guerilla zieht Bilanz, Lateinamerikanische Guerilla-Führer sprechen über Fehler, Strategien und Konzeptionen – Gespräche, aufgezeichnet in Argentinien, Bolivien, Chile und Uruguay, Gießen 1989.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Das populärwissenschaftliche Buch *Uruguay, Ein Land in Bewegung* greift neben einem Kapitel zu politischen und sozialen Bewegungen auch die Geschichte und Kultur des Landes auf.[26] Komparistische Untersuchungen wurden vor allem zu vergangenheitspolitischen Themen vorgelegt. Stefan Peters[27] und Veit Straßner[28] untersuchen die Phasen der Redemokratisierung der 1980er Jahren und die Aufarbeitung der Militärdiktaturen der 1970er Jahren in Argentinien, Chile und Uruguay. Auf die enorme Bedeutung der Parteien in den ausgehandelten Übergangsprozessen vom autoritären Regime zu einer Präsidialdemokratie geht Wolfgang Muno ein.[29]

Im Zuge der Redemokratisierung der politischen Systeme Südamerikas wurden in den 1980er Jahren verstärkt Untersuchungen zur Wirkung der institutionellen Eigenschaften der Wahl-, Parteien- und Regierungssysteme vorgelegt, da man sich davon Aussagen über Stabilität und Instabilität der politischen Systeme erhoffte. Neuere, englischsprachige Werke wie das kürzlich erschienene *Challenges of Party-Building in Latin America*[30] untersuchen, unter welchen Umständen Parteien und Parteiensysteme sich konsolidieren oder auseinanderfallen.

26 Vgl. Stefan Thimmel, Uruguay. Ein Land in Bewegung, mithrsg. von der Informationsstelle Lateinamerika Bonn, Berlin 2010.

27 Vgl. Stefan Peters, Entpolitisierung trotz Straflosigkeit: Vergangenheitspolitik in Uruguay, in: Ders./Hans-Jürgen Burchardt/Rainer Öhlschläger (Hrsg.), Geschichte wird gemacht. Vergangenheitspolitik und Erinnerungskulturen in Lateinamerika, Baden-Baden 2015, S. 87-102.

28 Vgl. Veit Straßner, Die offenen Wunden Lateinamerikas. Vergangenheitspolitik im postautoritären Argentinien, Uruguay und Chile, Wiesbaden 2007.

29 Vgl. Wolfgang Muno, Reformpolitik in jungen Demokratien. Vetospieler, Politikblockaden und Reformen in Argentinien, Uruguay und Thailand, Wiesbaden 2005.

30 Vgl. Steven Levitsky/James Loxton/Brandon van Dyck/Jorge Domínguez (Hrsg.), Challenges of Party-Building in Latin America, New York 2016.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Zeitschriftenporträt: Sezession

Von Armin Pfahl-Traughber

1. Darstellung

Der Blick in ein Lexikon verrät: Der Begriff „Sezession" – lateinisch *secessio* – steht für „Abspaltung" oder „Trennung", meist bezogen auf Gebiete eines Staates. *Sezession* lautet auch der Titel einer Zeitschrift, die seit 2003 vom *Institut für Staatspolitik* (IfS) herausgegeben wird. Dabei handelt es sich um eine private Einrichtung, die nicht an eine Universität angeschlossen ist.[1] Die Bezeichnung legt so etwas nahe, insofern ist eine Klarstellung nötig. Es geht um eine Bildungseinrichtung, die als „Denkfabrik" der „Neuen Rechten" gilt.[2] Die Bezeichnung meint eine Intellektuellenströmung. Sie bezieht sich auf das Gedankengut der „Konservativen Revolution" der Weimarer Republik und will mit einer „Kulturrevolution von rechts" grundlegenden politischen Wandel vorantreiben. Dies soll durch einen „Kampf um die Köpfe" durch „Metapolitik" geschehen, also nicht durch Aktivistengruppen, Bewegungen, Organisationen oder Parteien. Deren politischem Engagement wollen Intellektuelle aber geistige Waffen liefern.[3]

Als ein Bestandteil davon ist im publizistischen Feld die *Sezession* anzusehen. Ende 2016 erschien die 75. Ausgabe, worin sich ein Rückblick auf das Wirken findet.[4] In dieser „Chronik" aus der Perspektive eines Selbstverständnisses heißt es für 2002: „Ein Förderer des drei Jahre zuvor gegründeten Institutes für Staatspolitik (IfS) stellt Ende des Jahres einen Betrag zur Verfügung, Ziel: Aufbau einer metapolitischen Theoriezeitschrift".[5] Angaben über den Financier und die Summe wurden nicht gemacht. Der Charakter ist mit „Theoriezeitschrift" treffend umschrieben. Die Ausgaben erscheinen in Broschürenform, haben eine ungewöhnliche Größe von 30 x 18 cm und 64 Seiten. Darin finden sich nach dem Editorial Abhandlungen von vier bis sechs Seiten, worin Portraits einzelner Denker, theoretische Betrachtungen zu Grundsatzfragen wie Kommentare zum Zeitgeschehen enthalten sind. Dem folgen

1 Angaben zur Literatur über das IfS finden sich unten in Abschnitt 3.

2 Dazu gehören noch „Antaios" als Buchverlag und die „Sezession im Netz" als Internet-Blog. Die vorstehende Darstellung und Erörterung bezieht sich aber allein auf die gedruckte Zeitschrift „Sezession".

3 Vgl. zur Definition aus Sicht des Autors: Armin Pfahl-Traughber, Konservative Revolution und Neue Rechte. Rechtsextremistische Intellektuelle gegen den demokratischen Verfassungsstaat, Opladen 1998, S. 153-163.

4 75 x Sezession – eine Chronik, in: Sezession 14 (2016), H. 75, unpaginiert. Die Chronik findet sich im Mittelteil zwischen S. 30 und 31. Sie dient der Darstellung zur Orientierung. Darin enthalten sind auch Angaben zu den Auflagenzahlen und Schwerpunkten.

5 Ebd., S. 1 (unpaginiert).

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

kürzere Beiträge von zwei Seiten sowie ein Rezensionsteil. Es gibt Ausgaben mit einem Schwerpunkt ebenso wie offene Hefte ohne ein solches Thema.

Die erste Ausgabe der zunächst auf vierteljährliches Erscheinen ausgerichteten *Sezession* erschien im April 2003 und war dem Schwerpunkthema „Krieg" gewidmet. Das Editorial, das zunächst von dem Historiker Karlheinz Weißmann als intellektueller Leitfigur[6] geschrieben wurde, enthielt keine näheren Erläuterungen zur Gründung der Zeitschrift. Er betonte darin, dass bei einer Auseinandersetzung mit dem „Ernstfall" der Ernstfall schlechthin, der Krieg, das Thema sein sollte – und demgemäß bildete dies auch den Schwerpunkt.[7] Mit dem Militärhistoriker Martin van Creveld und dem Brigadegeneral a.D. Erich Vad[8] hatte man auch zwei bekannte Autoren zum Thema gewonnen. Weißmann selbst publizierte darin einen grundlegenden Beitrag zum „Krieg": Hier sprach er sich gegen den Pazifismus aufgrund seiner Weltfremdheit aus. Zwar wandte sich Weißmann auch gegen den „absoluten Bellizismus", wies aber auf die „anthropologische Dimension des Krieges"[9] hin. Nach der erwähnten Chronik entschlossen sich danach schon 800 Leser zum Abonnement.

Ein eigenes Heft mit einem Schwerpunktthema zum Selbstverständnis erschien als Nr. 3 im Oktober 2003 zu „Rechts". Karlheinz Weißmann steuerte den Grundsatzbeitrag „Das rechte Prinzip" bei, worin in Abgrenzung und Frontstellung zu „Links" die gemeinte Position umschrieben wurde. Darin heißt es: „Man empfindet Gleichheit als Gleichförmigkeit, als Uniformität und die als ästhetisch störend." Denn: „Für die Rechte ist die Hierarchie schön und mit ihr der liturgische Ausdruck. Es rührt aus dieser Wahrnehmung auch die Sympathie für authentische Volkskulturen einerseits und die Ablehnung des Multikulturalismus andererseits." Und dann bemerkte Weißmann noch: „Die Betonung der Differenz geht einher mit der Neigung zum Konkreten und begründet die Fremdheit der Rechten gegenüber systematischen Weltdeutungen."[10] Derartige entwickelte Ansätze in Form einer politischen

6 Da Karlheinz Weißmann bis 2014 von herausragender Bedeutung in der Redaktion der „Sezession" war, sollen hier einige Ausführungen zu seiner biographisch-politischen Entwicklung gemacht werden: Der 1959 Geborene studierte Geschichte und evangelische Theologie, ist promovierter Historiker und arbeitet als Lehrer für Geschichte an einem Gymnasium. Er gehörte der „Deutschen Gildenschaft" bereits als Student an und wurde später für die konservative Theoriezeitschrift „Criticón" ein Stammautor. Gegenwärtig publiziert Weißmann regelmäßig in der Wochenzeitung „Junge Freiheit", seine Bücher erscheinen in deren Verlag. Weißmann bekannte sich ganz offen dazu, dass er Anhänger der „Jungkonservativen" der „Konservativen Revolution" sei. Vgl. Karlheinz Weißmann, Unsere Zeit kommt (Gespräch mit Götz Kubitschek), Schnellroda 2006, S. 34. Darin wird ihm folgende Frage gestellt: „Sind unter den Fraktionen der Konservativen Revolution die Jungkonservativen der konstruktive Teil? In deren Tradition sehen sie sich doch, nicht wahr?" Darauf antwortete Weißmann: „Ja, das stimmt."

7 Vgl. Karlheinz Weißmann, Editorial, in: Sezession 1 (2003), H. 1, S. 1.

8 Vgl. Moritz Schwartz, Interview: Martin van Creveld, in: Sezession 1 (2003), H. 1, S. 8-13; Erich Vad, Freund oder Feind. Zur Aktualität Carl Schmitts, in: Sezession 1 (2003), H. 1, S 20-25.

9 Karlheinz Weißmann, Krieg – nur eine Erfindung, in: Sezession 1 (2003), H. 1, S. 14-19, hier: S. 16.

10 Ders., Das rechte Prinzip, in: Sezession 1 (2003), H. 1, S. 2-6, hier: S. 3.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Theorie findet man denn auch weder allgemein bei den Autoren der „Sezession“, noch bei dem als Kopf der „Neuen Rechten“ geltenden Weißmann selbst.

In der gleichen Ausgabe erschien von dem Publizisten André F. Lichtschlag ein Plädoyer „Für die libertär-konservative Sezession“[11], das eine Reaktion von Götz Kubitschek auslöste. Da dieser der hauptverantwortliche Herausgeber[12] ist, kommt der darin enthaltenen Selbstzuschreibung ein hoher Stellenwert zu. Er betonte zunächst einige Gemeinsamkeiten, um dann seine grundlegende Skepsis gegenüber dessen Vorstellungen zu verdeutlichen. Dabei bekannte Kubitschek, „volkskonservativ“ zu sein. Die gemeinten Auffassungen, die dann aber nicht genauer erläutert wurden, entstammten der Weimarer Republik. Gemeint ist die „Konservative Revolution“, ohne sie aber ausdrücklich zu nennen. Man habe damals nicht zurück zu einer alten Ordnung gewollt: „Vielmehr nahmen die Volkskonservativen das Volk in seiner Gesamtheit als politische Größe ernst und konzipierten eine Umwälzung der Umwälzung, also eine neue Ordnung [...]. Um eine Umwälzung der Umwälzung muß es auch heute gehen, darin sind sich Lichtschlag und ich einig.“[13]

Nach der Einschätzung in der „Chronik“ erschien in Nr. 12 vom Januar 2006 „Kubitscheks Schlüsseltext der deutschsprachigen Neuen Rechten“.[14] Gemeint ist der Beitrag „Provokation!“ des verantwortlichen Leiters. Er plädierte allgemein für provozierende Aktionen, um öffentliche Aufmerksamkeit zu erregen. Dazu hieß es: „Angesichts des Zustands unseres Lands ist praktisch jedes Mittel legitim, das zu Veränderungen führt. Provokation muß, wenn sie der Auftakt zu Umwälzungen sein will, als Baustein innerhalb einer Strategie ihren Platz haben.“ Es gehe nicht um eine Beteiligung am Diskurs, sondern um eine Umwälzung der Verhältnisse. Wie ein derartiges Agieren genau aussehen und wie es umgesetzt werden würde, blieb indessen unklar. Es fielen lediglich Begriffe wie „Konfrontation“ oder „Zuspitzung“. Kubitschek formulierte allerdings: „Unser Ziel ist nicht die Beteiligung am Diskurs, sondern sein Ende als Konsensform, nicht ein Mitreden, sondern eine andere Sprache, nicht der Stehplatz im Salon, sondern die Beendigung der Party.“[15]

---

11 André F. Lichtschlag, Für die libertär-konservative Sezession, in: Sezession 1 (2003), H. 1, S. 36-40. Lichtschlag ist Herausgeber von „eigentümlich frei“, einem Publikationsorgan, das für einen Laissez-faire-Kapitalismus eintritt.

12 Daher folgen hier biographisch-politische Angaben auch zu Götz Kubitschek: Der 1970 Geborene studierte Germanistik, Geographie und Philosophie und arbeitet seit 2002 als selbständiger Verleger. Auch er gehörte der „Deutschen Gildenschaft“ bereits als Student an und war zwischen 1995 und 1997 Redakteur der Wochenzeitung „Junge Freiheit“. 2000 gründete Kubitschek mit Weißmann das IfS. Nachdem die Pegida-Bewegung aufgekommen war, sprach er 2015 mehrmals als einer der Hauptredner sowohl in Dresden als auch beim Ableger in Leipzig. Auch Kubitschek bekannte sich offen zu den „Jungkonservativen“ der „Konservativen Revolution“. Das von ihm gegründete IfS gilt Kubitschek als „einziger ernsthafter Erbe der Jungkonservativen“: Götz Kubitschek, Wir selbst, das Wesentliche und das Magnetische, in: Sezession 11 (2013), H. 52, S. 8-10, hier: S. 9.

13 Götz Kubitschek, Verfügungsräume – Antwort auch Lichtschlags Angebot, in: Sezession 11 (2013), H. 52, S. 42-45.

14 75 x Sezession – eine Chronik (FN 4), unpaginiert (S. 2).

15 Götz Kubitschek, Provokation!, in: Sezession 4 (2006), H. 12, S. 22-24, hier: S. 23 f.

https://doi.org/10.5771/9783645288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Als Nr. 34 erschien im Februar 2010 ein ganzes Themenheft zum „Faschismus“, womit insbesondere der historische Faschismus in Italien, aber auch faschistische Bewegungen in anderen Ländern gemeint waren. Der deutsche Nationalsozialismus spielte keine Rolle. Auffällig wirkte bereits das Titelbild: Es zeigte das Schildkrötenlogo von *Casa Pound*, einer neuen neofaschistischen Bewegung. Ein Artikel des Journalisten Martin Lichtmesz beschrieb das Phänomen in dessen Selbstverständnis. Besonders betonte der Autor, dass die Bewegung mit ihrer aktiven „Solidarität mit den soziale Unterprivilegierten“ in den „ureigenen Gewässern“ der Linken fische. Geprägt sei sie vom „Vorrang des Aktivismus vor ideologischer Geschlossenheit“.[16] Damit blendete der Beitrag ebenso Kritikwürdiges aus wie die anderen Texte, die nach der faschistischen Außenpolitik, Machtpolitik oder Philosophie fragten. Auch Avantgardekünstler als Sympathisanten wurden thematisiert.[17] Beiträge zur faschistischen Repressionspolitik gab es nicht.

Ein weiteres Heft mit einem Schwerpunktthema zum Selbstverständnis erschien als Nr. 38 im Oktober 2010 („Konservativ“). Da sich die Herausgeber und Stammautoren politisch im konservativen Spektrum verorten, hätte man eine Standortbestimmung in diesem Umfeld erwartet. Doch fehlte ein programmatischer Text zum Thema. Der Publizist Thorsten Hinz beklagte in „Der Bruch von 45“: „Geschichtlich und politisch war es mit dem Versuch, einen Nationalstaat aus eigenem Recht im Herzen Europas zu behaupten, an sein Ende gekommen. Auch in dieser Hinsicht war die Niederlage total.“[18] Ansonsten gab es Betrachtungen zu Fallbeispielen, etwa von dem Publizisten Erik Lehnert über „Die letzten Preußen“, von Karlheinz Weißmann über „Die Gaullisten“, von dem Ideengeschichtler Harald Seubert über „Konservative Christen“ oder von dem Publizisten Rainer Waßner über den „Technokratischen Konservativismus“. Auch eine Kurzdarstellung zu „Rechter Intelligenz“ war vorhanden.[19] Es gab aber keine eigene Ortsbestimmung und Positionierung.

Der geistige Bezugspunkt vieler Stammautoren ist der Staatsrechtler Carl Schmitt. Insofern kann auch nicht verwundern, dass ihm mit der Nr. 42 vom Juni 2011 ein Schwerpunktthema gewidmet war. Karlheinz Weißmann betonte im Editorial dessen Bedeutung und Frontstellung: „Hier geht es [...] um eine Reihe von zentralen Einsichten und um das Bereithalten einer Gegen-Lehre, die geeignet ist, zentrale Annahmen in Frage zu stellen, die bis heute den Lehrplan von Politologie und Volkspädagogik bestimmen.“[20] Kritische Aspekte kamen in dem Heft nicht vor oder

16 Martin Lichtmesz, Casa Pound, in: Sezession 8 (2010), H. 45, S. 22-26, hier: S. 25.

17 Gemeint sind die folgende Artikel: Hugo Hermans, Faschismus an der Macht, in: Sezession 8 (2010), H. 45, S. 8-13; Stefan Scheil, Faschistische Politik – Vollzug einer Ideologie oder Abbild einer Ära?, in: Sezession 8 2010), H. 45, S. 14-17; Erik Lehnert, Gibt es eine faschistische Philosophie?, in: Sezession 8 (2010), H. 45, S. 18-22; Götz Kubitschek, Faschismus und Avantgarde, in: Sezession 8 (2010) H. 45, S. 28-31.

18 Thorsten Hinz, Der Bruch von 45, in: Sezession 8 (2010), H. 45, S. 8-11, hier: S. 8.

19 Vgl. Erik Lehnert, Die letzten Preußen, in: Sezession 8 (2010), H. 45, S. 12-15; Harald Seubert, Konservative Christen, in: Sezession 8 (2010), H. 45, S. 20-23; Rainer Waßner, Technokratischer Konservativismus, in: Sezession 8 (2010), H. 45, S. 24-30; Erik Lehnert/Karlheinz Weißmann, Rechte Intelligenz, in: Sezession 8 (2010), H. 45, S. 36-43.

20 Karlheinz Weißmann, Editorial, in: Sezession 9 (2011), H. 42, S. 1.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

wurden relativiert. Bei Götz Kubitschek hieß es: „Selbst Schmitts Antisemitismus, der zweifelsohne [...] vorhanden war, überstieg das nicht, was damals zum Ton eines Intellektuellen dazugehören konnte.“[21] Und Alain de Benoist, der Kopf der französischen Neuen Rechten, meinte: „Schmitt hält [...] an einer Demokratie des plebiszitären Typus fest, das heißt an einer partizipativen und direkten Demokratie.“[22] Das bedeutete bei ihm indessen ein Bekenntnis zur Diktatur als wahrer Demokratie.[23]

Auch der „Konservativen Revolution“, der Carl Schmitt zugerechnet wird, widmete man in der Nr. 44 vom Oktober 2011 ein Schwerpunktthema. Mit dem Philosophen Steffen Dietzsch, dem Ideengeschichtler Harald Seubert und dem Althistoriker Michael Stahl gelang es, drei relativ bekannte Hochschullehrer als Autoren zu gewinnen. Sie thematisierten die geistesgeschichtlichen Grundlagen der „Konservativen Revolution“, den Grundriss einer anderen Moderne oder Heideggers Revolutionsverständnis.[24] Angeführt wurden diese Beiträge von Kubitscheks Erörterung zur „Strahlkraft der Konservativen Revolution“. Darin erläuterte er die gegenwärtige Bedeutung dieser geistigen Strömung: „Fundamentalopposition ist nicht die Sache politischer Konservativer von heute.“ Dies sah für ihn bei der „Konservativen Revolution“ anders aus, „weil sie in ihren Hauptvertretern radikal und kompromisslos war, so ganz und gar bereit für etwas Neues, einen dritten Weg, einen Umsturz, eine Reconquista, einen revolutionären deutschen Gang in die Moderne.“[25]

Einzelne Artikel behandeln auch die neuen Entwicklungen in der politischen „Rechten“. Ein Beispiel dafür kann in dem Beitrag „Identitär“ des Publizisten Martin Lichtmesz in der Nr. 51 vom Dezember 2012 gesehen werden. Darin berichtete er über die in Frankreich aufgekommene „Identitäre Bewegung“, die sich auch auf die Denker der „Konservativen Revolution“ beruft, aber mehr an Aktionsorientierung denn Theoriearbeit interessiert ist. Der Autor geht nicht über eine affirmative Beschreibung hinaus.[26] In der gleichen Ausgabe findet sich ein beachtenswerter Artikel von Karlheinz Weißmann zu „Islamkritik – Leitideen und Einwände“, worin er gegen ein über den Islam und die Muslime bestehendes Zerrbild argumentiert. Dies geschieht mit folgender Grundposition: „Es ist [...] so, daß nicht sie, sondern die politisch-mediale Klasse, die Helferindustrie des Multikulturalismus, die Moslemflüs-

21 Götz Kubitschek, 1932, 1933, 1936, in: Sezession 9 (2011), H. 42, S. 2-6, hier: S. 3.
22 Vgl. Alain de Benoist, Die Aktualität Carl Schmitts, in: Sezession 9 (2011), H. 42, S. 14-17, hier: S. 16.
23 Vgl. Carl Schmitt, Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus (1923/1926), Berlin 1991, S. 14 und 22 f. Vgl. dazu kritisch: Armin Pfahl-Traughber, Identitäres Demokratieverständnis als Legitimation von Diktatur, in: Mut, Nr. 4/1994, S. 14-21.
24 Vgl. Steffen Dietzsch, Geistesgeschichtliche Wurzeln der Konservativen Revolution, in: Sezession 9 (2011), H. 44, S. 18-23; Michael Stahl, Die andere Moderne: Grundriß einer politischen Alternative, in: Sezession 9 (2011), H. 44, S. 24-29; Harald Seubert, Heideggers Revolution, in: Sezession 9 (2011), H. 44, S. 30-33.
25 Götz Kubitschek, Die Strahlkraft der KR, in: Sezession 9 (2011), H. 44, S. 9-13, hier: S. 9 f.
26 Vgl. Martin Lichtmesz, Identitär, in: Sezession 10 (2012), H. 51, S. 20-23.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

terer, professionellen Beschwichtiger und Appeaser den Ton angeben und alles tun, um die Öffentlichkeit unter das Diktat des ‚Zusammen leben' zu stellen."[27]

Ende 2012 konnte man auf über 50 erschienene Ausgaben zurückblicken, die Abonnentenzahl war 2004 auf 1.000 und dann 2006 auf 1.500 angestiegen, und 2007 hatte die *Sezession* von der vierteljährlichen auf eine zweimonatliche Erscheinungsweise umstellen können.[28] Betrachtet man die einzelnen Artikel der Stammautoren, so lassen sich keine grundlegenden Unterschiede ausmachen. Kubitschek neigte zu einem schärferen, Weißmann zu einem gemäßigteren Ton. Aber von den Kernpositionen her unterschieden sich die beiden bedeutendsten Publizisten der Zeitschrift nicht. Gleichwohl kam es zu einem Konflikt, der auf die Frage nach der richtigen Strategie bezogen war. Dabei standen das „Bewegungs"- und das „Partei"-Modell einander gegenüber. Die erstgenannte Ausrichtung setzte auf eine klare Frontstellung gegen die politischen Gegebenheiten, die in einer „Fundamentalopposition" münden sollte. Die letztgenannte Richtung wollte Möglichkeiten im Parteiensystem ausloten, welche sich durch die „Alternative für Deutschland" (AfD) ergaben.

Ein Auslöser der Debatte war Kubitscheks Artikel „Wir selbst, das Wesentliche und das Magnetische" in der Nr. 52 vom Februar 2013, worin er sich gegen eine Fixierung auf „Minimalziele" aussprach. Dies sei ein „Programm für Leute [...], die ausgesorgt haben, für letztlich doch Zufriedene, für Antriebsschwache". Kubitschek nannte dann drei Beispiele von Personen, die sich für ihre Ideale beruflich oder existentiell aufgeopfert hätten. Dann heißt es: „Alles Große dämmert vor sich hin, und selbst die Erinnerung daran schläft ein. Das Radikale ist der Stachel, der wachhält." Und weiter: „Die Fähigkeit, immer wieder voraussetzungslos über Tun und Lage nachzudenken [...] ist die Grundlage des Widerstands."[29] Der Beitrag löste dann in der nächsten Ausgabe eine Erwiderung des Mitherausgebers Erik Lehnert[30] mit dem Titel „Der schmale Grat" aus. Er bemerkte angesichts der „Aufregung", die Kubitschek beabsichtige: „Im kleinen Kreis der Sekte oder der einzuschwörenden Gemeinschaft mag das seine Wirkung nicht verfehlen. Sonst sieht das aber grundsätzlich anders aus."[31]

Weißmann selbst nahm erst in seinem Beitrag „Geduld! – Lage und Möglichkeit der intellektuellen Rechten" in der Nr. 55 vom August 2013 zu der Kontroverse in der *Sezession* öffentlich Stellung. Er beschrieb zunächst die beiden Auffassungen in abstrakten Formulierungen wie folgt: „Akzeleration, also Beschleunigung der Prozesse in dem Sinn, daß die bisher eingenommene Stellung verschärft und nach radikaleren Lösungswegen gesucht wird" und „Konzeption, das heißt Aufrechterhaltung

27 Karlheinz Weißmann, Islamkritik – Leitideen und Einwände, in: Sezession 10 (2012), H. 51, S. 24-27, hier: S. 27.
28 Vgl. 75 x Sezession – eine Chronik (FN 4), unpaginiert (S. 1 f.).
29 Kubitschek (FN 12), S. 9 f.
30 Der promovierte Philosoph ist seit 2008 Geschäftsführer des IfS. Insofern kam und kommt ihm hohe Bedeutung bei derartigen Debatten zu.
31 Erik Lehnert, Der schmale Grat, in: Sezession 11 (2013), H. 53, S. 40-42, hier: S. 41.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

der Grundpositionen und deren Fortentwicklung bei dauernder Kritik und Korrektur der getroffenen Vorannahmen in der Erwartung, künftig doch zum Zug zu kommen.“ Mit dem erstgenannten Aspekt waren „Bewegungen“ angesprochen, welche aber nur eine Chance in einer Organisation auf dauerhafte Wirkung hätten und noch dazu durch eine natürliche Unreife ihrer Trägergruppen geprägt seien. Als Beispiel für das eigene politische Lager nannte Weißmann die Identitären, welche ideologische Diffusität und strategisches Schwanken kennzeichne.

Demgegenüber könne man in „Abwandlung einer berühmten Formel Max Webers [...] sagen ‚Metapolitik ist das langsame, geduldige Bohren dicker Bretter‘“. Die Erfahrung zeige, dass längerfristig Erfolge nur bei begrifflicher Klarheit und gesicherter Faktenbasis und nicht durch ausgeprägte Symbolpolitik und schlichten Voluntarismus möglich seien. Dafür bedürfe es Geduld und Reflexionen: „‘Erkenne die Lage’ (Schmitt dixit) ist die erste Forderung, die erfüllen muß, wer Einfluß gewinnen will. Und die Lage, die deutsche Lage, spricht jedenfalls dagegen, dass irgendeine schweigende Mehrheit nur auf die Einrede oder Ermutigung der rechten Minderheit wartet, um endlich zu sagen, was sie immer sagen wollte.“ Es bedürfe einer Ansprache der Mitte, die durch eine Partei mobilisiert werden könnte. In der Gesamtschau müsse man auf den günstigen Moment warten: „Daß Geduld eine konservative Tugend ist, liegt auf der Hand, aber man unterschätze nicht ihr Umsturzpotential.“[32] Auch aufgrund dieser Differenzen trat Weißmann 2014 aus der *Sezession*-Redaktion aus.[33]

Angesichts der Flüchtlingsentwicklung und den Folgewirkungen erschien als Nr. 70 im Februar 2016 ein Heft mit dem Schwerpunktthema „Widerstand“, das auf dem Titelbild eine junge Frau mit Maschinenpistole zeigte. Der Jurist Thor von Waldstein präsentierte darin seine „Zehn Thesen zum politischen Widerstandsrecht“, wobei er der Bundesregierung aufgrund ihrer Politik „einen vorsätzlichen Staatsstreich [...] gegen das eigene Volk, einen Putsch von oben“ vorwarf. Die Kanzlerin und ihre Minister sollten zurücktreten, „was ihnen bei der späteren strafrechtlichen Würdigung ihres Tuns [...] gegebenenfalls im Rahmen der Strafzumessung zugute kommen könnte.“[34] Der Staatsrechtler Karl Albrecht Schachtschneider formulierte ähnlich in seiner „Verfassungsbeschwerde gegen die Politik der Masseneinwanderung“: Er wollte weiterhin das Grundrecht auf Widerstand geltend machen, welches auf die „Suspendierung der Amtswalter von ihren Ämtern“, also den Rücktritt der Regierung hinauslaufe. „Gewaltsamer Widerstand soll so erübrigt werden.“[35]

Man findet in den einzelnen Heften aber auch immer wieder Strategievorschläge. Benedikt Kaiser, ein Mitarbeiter des zum IfS-Komplex gehörenden Antaios-Verlags,

32 Karlheinz Weißmann, Geduld! – Lage und Möglichkeit der intellektuellen Rechten, in: Sezession 11 (2013), H. 55, S. 10-13, hier: S. 11-13.

33 Gleiches galt auch für seine IfS-Mitgliedschaft. Damit endete ebenso die enge Kooperation von Institut und „Sezession“ mit der Wochenzeitung „Junge Freiheit“.

34 Thor von Waldstein, Zehn Thesen zum politischen Widerstandsrecht, in: Sezession 14 (2016), H. 70, S. 30-32, hier: S. 31 f.

35 Karl Albrecht Schachtschneider, Verfassungsbeschwerde gegen die Politik der Masseneinwanderung, in: Sezession 14 (2016), H. 70, S. 33-35, hier: S. 35.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

publizierte beispielsweise in Nr. 71 vom April 2016 den Beitrag „Die offenen Flanken des Antiimperialismus“. Darin plädierte er dafür, die gemeinten Auffassungen der politischen Linken aufzugreifen und sie durch die politische Rechte übernehmen zu lassen. Denn in der Gegenwart sei der Imperialismus nicht mehr nationalistisch und rassistisch, sondern menschenrechtlich und ökonomisch. Es gelte daher, „durch eigene Themensetzungen und Profilierungen die Reste des linken antiimperialistischen Lagers überflüssig zu machen.“ Der internationale Finanzkapitalismus zerstöre heute die Lebensgrundlage der Nationen und Völker. Daraus folge: „Weil diese beiden Pole – Kapitalismus und Imperialismus – aber untrennbar sind, weil beide die bewahrenswerte Vielgestaltigkeit der Welt auslöschen, muß die Rechte heute antikapitalistisch und antiimperialistisch sein.“[36]

Die beschriebenen Auffassungen münden konsequenterweise in der grundlegenden Negation. Dafür plädierte der Publizist Frank Lisson in seinem Beitrag „Über die ethische Pflicht zur Fundamentalopposition“ in der Nr. 75 vom Dezember 2016. Eine solche bestehe nach dem Autor immer dann, wenn sich Regierungen politischer Verbrechen schuldig machten. Als Beispiele nannte er die Situation 1939 im NS-Deutschland und 1953 in der DDR, um danach in der Flüchtlingsentwicklung ab 2015 einen ähnlichen Prozess zu sehen: „Heute steht öffentlich nicht einmal zur Diskussion, ob es ‚moralisch anständiger’ sei, Millionen vor allem junger Männer aus sogenannten Krisengebieten der Welt nach Europa zu locken [...] als sich dafür einzusetzen, die indigenen Europäer vor solchen Umwälzungen und Einschnitten zu bewahren“. Die damit einhergehende Entwicklung müsse von Gerichten gestoppt werden. „Wo auch dies nicht mehr der Fall ist, wird fundamentaloppositioneller Widerstand für diejenigen zur Pflicht, die sich vor der Geschichte [...] nicht schuldig machen wollen.“[37]

Ende 2016 hatte nach Angaben der „Chronik“ die Abonnentenzahl 3.000 ausgemacht, nachdem 2015 ein Anstieg auf 2.500 erfolgt sei. Es heißt in der Rückschau außerdem: „Das Jahr 2016 ist auch eines intensiver Medienpräsenz: Über die *Sezession* und ihren Einfluß auf PEGIDA, AfD, Identitäre Bewegung und andere Widerstandsprojekte erscheinen Dutzende fragende und ratlose Artikel.“[38] Diese Angaben sind keineswegs übertrieben. Da er sich auch als Aktivist betätigte, wurde Kubitschek einer größeren Öffentlichkeit bekannt. Es erschien eine Fülle von Medienberichten, wozu Fernsehbeiträge und nicht nur Zeitungsartikel gehörten.[39] Gleichwohl kam es dadurch nicht zu einem stärkeren Auflagenanstieg für die *Sezession*. Dies dürfte sich durch deren Charakter einer Theoriezeitschrift erklären, welcher durch-

36 Benedikt Kaiser, Die offenen Flanken des Antiimperialismus, in: Sezession 14 (2016), H. 71, S. 14-17, hier: S. 17

37 Frank Lisson, Über die ethische Pflicht zur Fundamentalopposition, in: Sezession 14 (2016), H. 75, S. 10-13, hier: S. 11 und 13.

38 75 x Sezession – eine Chronik (FN 4), unpaginiert (S. 4).

39 Vgl. z. B. ZDF-Zoom, Die Neue Rechte. National, patriotisch, gefährlich?, Sendung vom 24. August 2016; Justus Bender/Reinhard Bingener, Geistiges Manna, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16. April 2016, S. 3; Andreas Speit/Felix Krebs, Verdeckte Verbindungen, in: Die Tageszeitung vom 28./29. Januar 2017, S. 35.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

gängig in den erschienenen 75 Heften im gesamten Zeitraum beibehalten wurde. Derartige Druckwerke wollen sich aber ohnehin an eine ausgewählte Elite und nicht an die breite Masse wenden.

2. Würdigung

Das Publikationsorgan formulierte als Selbstverständnis: „*Sezession* ist eine politisch-kulturelle Zeitschrift. Gebildet, widerborstig und konservativ zu sein, ist das Gebot der Stunde. Wer einigermaßen wachen Auges und Geistes in Deutschland lebt, wird nach rechts blicken, wo verantwortungsbewußt gedacht und argumentiert wird.“[40] Die politische Ausrichtung als „konservativ“ und „rechts“ ist viel zu allgemein. Nachdem die Entwicklung der *Sezession* bislang eher beschreibend dargestellt wurde, soll hier eine Einschätzung im Sinne einer Würdigung erfolgen. Dabei dienen folgende Fragen zur Orientierung: Erstens, welche extremismustheoretische Einschätzung kann vorgenommen werden? Zweitens, wie lässt sich das Publikationsorgan ideologietheoretisch verorten? Und drittens, welche beabsichtigte oder mögliche Wirkung kann man vermuten?[41] Die Beantwortung der erstgenannten Frage lässt sich besser nach der Erörterung der darauf folgenden zweiten Frage vornehmen.

Durchgängig ist in den Ausgaben ein Bezug auf die Denker der „Konservativen Revolution“ der Weimarer Republik zu konstatieren. Deren Repräsentanten Ernst Jünger, Carl Schmitt und Oswald Spengler wurden mehrere Schwerpunkthefte gewidmet. Außerdem erschien ein ganzes Heft zur „Konservativen Revolution“.[42] Darüber hinaus finden sich bei Abhandlungen zu anderen Fragen immer wieder Rekurse auf deren Repräsentanten. Dies geschieht in direkter Form, wenn in einem Beitrag mit einem dieser Denker ein Thema verbunden wird, aber auch in indirekter Form, wenn es Bezüge auf deren Positionen oder Problemstellungen gibt. Als ein weiterer Beleg für den Bezug auf die „Konservative Revolution“ kann daher ein Statement wie das folgende von Weißmann gelten: „Wer nicht behaupten will, daß die Krise ein Phantom ist oder eine vorübergehende Formschwäche, der sieht sich gezwungen, nach den tieferen Ursachen zu fragen, und er wird über kurz oder lang zu Einschätzungen kommen, die denen der KR entsprechen.“[43]

40 Programm und Redaktion, in: Sezession, Gesamtregister 2003-2012 (Sonderheft), 11 (2013), S. 61.

41 Die Artikel – insbesondere von Kubitschek – sind gelegentlich affirmativ betrachtet appellativ und pathetisch, kritisch formuliert kitschig und schwülstig gehalten. Es soll hier fortan aber nicht um Stilfragen gehen.

42 Es handelt sich um Heft 22 vom Februar 2008 zu Ernst Jünger, Heft 42 vom Juni 2011 zu Carl Schmitt und Heft 44 vom Oktober 2011 zur Konservativen Revolution. 2005 erschien anlässlich seines 125. Geburtstags ein Sonderheft zu Oswald Spengler.

43 Karlheinz Weißmann, Editorial, in: Sezession 9 (2011), H. 44, S. 1.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Bei all diesen Rezeptionen der Protagonisten der „Konservativen Revolution“, die als Repräsentanten des „antidemokratischen Denkens in der Weimarer Republik“[44] gelten, mangelt es an grundsätzlicher Kritik. Zwar findet man zu Detailfragen mitunter Einwände, aber deren Frontstellung gegen den demokratischen Verfassungsstaat wird nicht problematisiert. Dabei ging es damals nicht um die Ablehnung bedenklicher Entwicklungen in Gesellschaft und Politik der Weimarer Republik. Die „Konservative Revolution“ richtete sich gegen deren Wertefundament. Es gab eine Ablehnung des Rationalismus durch die Negierung der Aufklärung, eine antiliberale Grundhaltung durch die Ablehnung von Individualität und Menschenrechten, ein identitäres Demokratieverständnis durch die Entgegensetzung von „organischer“ und repräsentativer Volksherrschaft, ein antipluralistisches Gesellschaftsbild durch die Negierung der Parteien und eine Bejahung autoritärer Staatskonzeptionen durch die Forderung nach einer cäsaristischen Diktatur.[45]

Damit wies die „Konservative Revolution“ viele Gemeinsamkeiten mit dem Nationalsozialismus auf: Demokratietheoretisch bestanden diese in der fundamentalen Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates, ideologietheoretisch in der Höherwertung ethnischer Zugehörigkeit und politiktheoretisch in der Legitimation einer diktatorischen Herrschaft. Der Hinweis darauf, dass einzelne Angehörige der „Konservativen Revolution“ (z.B. Edgar Julius Jung) selbst Opfer der NS-Repression wurden, spricht nicht gegen die Betonung der Gemeinsamkeiten. Denn bekanntlich ermordeten Nationalsozialisten auch andere Nationalsozialisten (z.B. Gregor Straßer, Ernst Röhm). Indessen lässt sich keine Gleichsetzung vornehmen, gab es doch beachtenswerte ideologische und strategische Unterschiede: Der Antisemitismus und Rassismus war in der „Konservativen Revolution“ geringer ausgeprägt; und man setzte mehr auf die Erfolge eines geistigen Kampfes und nicht wie die NSDAP auf Straßenschlachten oder Wahlkandidaturen.

Ähnlich verhält es sich in der Gegenwart bezogen auf die intellektuelle „Neue Rechte“ und den traditionellen Rechtsextremismus. Auch hier bestehen Gemeinsamkeiten und Unterschiede. Die Grundpositionen und Themen sind weitgehend identisch. Die extremistischen Aussagen formuliert man gleichwohl nicht mit ähnlicher Deutlichkeit wie etwa in der NPD.[46] Dazu ist die Einsicht zu stark entwickelt, wonach die allgemeine politische Lage gegenwärtig nicht so günstig für das gemeinte Potential ist und entsprechende Rücksichten hinsichtlich der beabsichtigen Wirkung genommen werden müssen. Dies geht auch aus einer einschlägigen, oben zitierten Aussage von Weißmann hervor. Ähnliches hatte er schon Jahrzehnte zuvor formuliert: „Die Fähigkeit, in die Offensive zu gehen, muss entwickelt werden und dazu die Fähigkeit, die Situation zu beurteilen: ob hier der offene Angriff oder die politi-

44 Vgl. Kurt Sontheimer, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus 1918-1933, München 1983.

45 Ausführliche Belege für diese Einschätzung der „Konservativen Revolution“ finden sich in: Pfahl-Traughber (FN 3), S. 66-79.

46 Vgl. das Interview mit einem NPD-Organ: Götz Kubitschek, „Respektlosigkeit als politische Waffe verwenden“, in: Deutsche Stimme, Nr. 1 vom Januar 2007, S. 3.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

sche Mimikry gefordert ist.“[47] Offenbar schätzte man 2016 die Lage anders ein, verschärfte sich doch in der *Sezession* der Ton.

Berücksichtigt man die Berufung auf die „Konservative Revolution“ und die strategisch bedingte Mäßigung in der Wortwahl, so kann einer Einschätzung als einem „im Spannungsfeld von Extremismus und Demokratie angesiedelte(m) Periodikum“[48] widersprochen werden. Zwar berufen sich nicht alle Autoren, aber doch die Stammautoren auf eine antidemokratische Strömung der Weimarer Republik. Gegenüber dieser generellen Ausrichtung wird in der *Sezession* keine Kritik erhoben. Darüber hinaus lässt sich die Bewunderung für einzelne faschistische – aber nicht für nationalsozialistische – Intellektuelle konstatieren.[49] Eine Berufung auf konservative Demokraten, sieht man einmal von gelegentlichen instrumentalisierenden Rekursen ab, findet sich demgegenüber nicht. Daher kann auch unter Berücksichtigung der ausführlich zitierten Positionen festgestellt werden: Es handelt sich um ein extremistisches Publikationsorgan. Dass die Intensität geringer als bei der NPD ist, ändert nichts an diesem Sachverhalt.

Wie steht es aber nun um die Antwort auf die dritte Frage nach der beabsichtigten oder möglichen Wirkung? Dazu muss zunächst noch einmal auf den Charakter von *Sezession* als Theorieorgan verwiesen werden. Als ein solches Blatt hebt man sich im intellektuellen Niveau von anderen Publikationsorganen dieses politischen Spektrums ab. Auch die jüngeren Autoren sind ideenhistorische Kenner und gute Stilisten. Durch die Benennung von Literatur an den Seitenrändern wird gar Wissenschaftlichkeit suggeriert. Gleichwohl fällt in der Gesamtschau auf, dass eine eigenständige Legitimation der politischen Position eher selten vorgenommen wird. Meist entwickelt man die Auffassungen im Gegensatz zu Liberalen und Linken, was für „die theoretische Schwäche der intellektuellen Rechten“[50] steht. Diese Einschätzung von Weißmann gilt auch für ihn selbst. In „Das konservative Minimum“, einem 2007 erschienenen Buch mit programmatischem Charakter, heißt es zum Schluss: „Eine neue konservative Position ist gegenwärtig nicht genauer zu bestimmen“.[51]

Gleichwohl sollen Bausteine für eine offenbar noch zu schaffende politische Theorie geliefert werden. Dies ist auch der erklärte Anspruch des IfS und von *Sezession*, sieht man sich doch als Akteure einer „Kulturrevolution“ und einer „Metapolitik“. Gerade die erwähnten Schwerpunkthefte wollen solche Teile liefern. Dabei geht es zunächst einmal nur um eine Änderung des Denkens, nicht unmittelbar auch um eine solche des Handelns. Indessen können derartige Wirkungen durchaus aus-

47 Karlheinz Weißmann, Neo-Konservatismus in der Bundesrepublik. Eine Bestandsaufnahme, in: Criticón 16 (1986), H. 96, S. 176-178, hier: S. 178.

48 So formulierte der Extremismusforscher Eckhard Jesse, Wahlen – Eliten, in: Gereon Flümann (Hrsg.), Umkämpfte Begriffe. Deutungen zwischen Demokratie und Extremismus, Bonn 2017, S. 335-358, hier: S. 347.

49 Ein Beispiel dafür ist der französische Euro-Faschist und Kollaborateur Pierre Drieu la Rochelle. Vgl. z. B. Benedikt Kaiser, „Umstritten“ – Drieu la Rochelle in der Pléiade, in: Sezession 10 (2012), H. 51, S. 40 f.

50 Weißmann (FN 32), S. 12.

51 Ders., Das konservative Minimum, Schnellroda 2007, S. 91.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

gelöst werden. Dafür mag als Beispiel das erwähnte Schwerpunktheft zum „Widerstand“ dienen: Es legte angesichts der Flüchtlingsentwicklung die Option von Widerstandshandlungen nahe. Derartige Ausführungen kann man durchaus als geistige Legitimation von Gewalthandlungen wahrnehmen, was die junge Frau mit der Maschinenpistole auf dem Titelbild nahelegt. Auch wenn Brandstifter an Flüchtlingsheimen sicherlich vorher nicht in der *Sezession* gelesen haben, senkt ein derartiger Diskurs in der Gesamtschau die Hemmschwelle zu solchem Vorgehen.

Als abschließender Beleg für die formulierten Einschätzungen können die Positionen Kubitschek in seinem Buch „Provokation“ – einer Fortschreibung des *Sezession*-Textes – dienen. Er sprach sich dort 2007 gegen eine Diskussion und Erläuterung seiner Thesen aus: „Wir halten nicht viel von langwierigen Begründungen, von Herleitung, von der systematischen Stimmigkeit unseres Handlungsantriebs.“ Die Ablehnung von stringenter Theoriebildung soll aber mit einer Option in eindeutigem Sinne einhergehen: „Nein, diese Mittel sind aufgebraucht, und von der Ernsthaftigkeit unseres Tuns wird Euch kein Wort überzeugen, sondern bloß ein Schlag ins Gesicht.“ Selbst wenn dies nicht als Gewaltforderung, sondern nur als Metapher gemeint gewesen sein sollte, sondert sich eine solche Einstellung aus dem rationalen Diskurs über politische Fragen ab. Deutlich benannte Kubitschek auch die strategische Notwendigkeit, eigene Auffassungen mitunter gemäßigter zu formulieren. Es gehe um den „Drahtseilakt zwischen notwendiger Offenheit und taktischer Maskierung.“[52]

Bilanzierend betrachtet handelt es sich bei *Sezession* um ein Theorieorgan, das sich auf das Gedankengut der „Konservativen Revolution“ stützt und der „Neuen Rechten“ zugerechnet werden kann. Da es sich bei der genannten Intellektuellengruppe um eine antidemokratische Strömung in der Weimarer Republik handelte, macht die Berufung auf sie in der Gegenwart aus dem Publikationsorgan eine rechtsextremistische Zeitschrift. Diese Einschätzung kann auch angesichts des Fehlens einer Nähe zum Nationalsozialismus aufrechterhalten werden. Die Ablehnung einer modernen Demokratie und offenen Gesellschaft erfolgt aus einem extremistischen Konservativismus heraus.[53] Dies macht der genaue Blick auf Diskurse und Grundpositionen deutlich, welche sich aus einer derartigen ideengeschichtlichen Tradition ergeben. Einschlägige Bekenntnisse haben die beiden Hauptautoren der *Sezession* auch offen ausgesprochen. Dass Auffassungen aus den genannten Gründen doppeldeutig oder gemäßigt formuliert werden, ändert grundlegend nichts an diesem Sachverhalt.

Die Relevanz und Wirkung lässt sich demgegenüber nur schwer einschätzen. Eine Auflage von 3.000 spricht nicht für eine breitere Aufmerksamkeit, nicht einmal in der gesellschaftlichen Elite – in der die *Sezession* wohl die eigentliche Zielgruppe

52 Götz Kubitschek, Provokation, Schnellroda 2007, S. 30 und 48.

53 Es gibt ebenso einen demokratischen und extremistischen Konservativismus wie einen demokratischen und extremistischen Sozialismus. Die erstgenannte Differenz wird gelegentlich ignoriert, wenn der Blick auf den Rechtsextremismus durch die Fixierung auf den Nationalsozialismus eingeengt wird.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

sieht. Blickt man bei den Autoren auf die Berufsangaben, die bewusst bei der Darstellung genannt wurden, lässt sich daraus auch keine breite gesellschaftliche Resonanz ableiten. Es gibt nur wenige Gastautoren, die etwa als Hochschullehrer arbeiten. Die meisten jüngeren Mitarbeiter geben „freier Autor" an, was oft auf das Fehlen einer gesicherten beruflichen Position schließen lässt. Auch beim Blick auf die historische „Konservative Revolution" fallen die Unterschiede auf: Damals waren die Protagonisten Redenschreiber eines Reichskanzlers oder Staatsrechtler mit hoher Reputation, heute sind sie Leiter eines Kleinverlages oder Schullehrer. Gleichwohl darf daraus nicht abgeleitet werden, die „Neue Rechte" und *Sezession* seien einflusslos oder unbedeutend. Auch in der „Alternative für Deutschland" (AfD) hat deren Gedankengut Resonanz erzeugt.[54]

3. Literatur

Im Blick auf die Literatur zur *Sezession* kann konstatiert werden: Es gibt sie nicht, zumindest nicht in Gestalt von Aufsätzen und Büchern. Eine ausführlichere politikwissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Zeitschrift fand bislang nicht statt. Lediglich einige Artikel erschienen zu dem Publikationsorgan, worin Beiträge oder Themenschwerpunkte behandelt wurden. Als Beispiel können hier zwei Texte des Verfassers gelten. Darin erfolgte eine Analyse der „Antiimperialismus"-Frage oder des „Widerstand"-Diskurses hinsichtlich der beabsichtigten Strategie und Wirkung.[55] Ansonsten finden sich in einigen Abhandlungen zu extremistischen Positionen gelegentlich Bezüge auf die *Sezession*. Als Beleg dafür kann auf eine Erörterung des Extremismusforschers Eckhard Jesse verwiesen werden, worin es um das Aufgreifen des „Elite"-Verständnisses durch Demokraten und Extremisten im Vergleich ging. Darin wird das Demokratieverständnis der „Neuen Rechten" anhand einiger Texte der Zeitschrift untersucht – allerdings nur knapp auf zweieinhalb Seiten.[56]

Auch über das IfS, das die *Sezession* herausgibt, mangelt es an Literatur: Eine Ausnahme bildet ein längerer Aufsatz mit dem Titel „Das Institut für Staatspolitik und das jungkonservative Hegemonieprojekt", der von dem ehemaligen Lehrer

54 Ein Beispiel dafür ist eine aufsehenerregende Rede des Thüringer Landesvorsitzenden Björn Höcke, die er am 17. Januar 2017 in Dresden zu allgemein- wie vergangenheitspolitischen Fragen hielt. Darin berief sich der AfD-Politiker auf die „Fundamentalopposition"-Forderung von Frank Lisson in Heft 75/2016 der Sezession. Die Höcke-Rede im Wortlaut findet sich mit dem Titel „Gemütszustand eines total besiegten Volkes" (19. Januar 2017), in: www.tagesspiegel.de.

55 Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Wider den demokratischen Verfassungsstaat. Das Thema „Widerstand" im Diskurs der Neuen Rechten – dramatisierende Beschwörung einer angeblichen Gefahr (15. April 2016), in: www.bnr.de; ders., Eigener „Antiimperialismus von rechts". In der Zeitschrift „Sezession" wird eine strategische Ausrichtung an einer Grundposition der politischen Linken gefordert (6. Juni 2016), in: www.bnr.de.

56 Vgl. Jesse (FN 48), S. 347-349.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Helmut Kellershohn für einen Rechtsextremismus-Sammelband verfasst wurde.[57] Der Autor sieht im IfS, aber auch der *Jungen Freiheit* wie der *Sezession* ein Hegemonieprojekt der „Konservativen Revolution". Er ging auf Bildungsarbeit, Führungskräfte und Nachwuchsschulung ein. In einer Aktualisierung des Aufsatzes nahm Kellershohn einige Ergänzungen hinsichtlich des Konfliktes zwischen IfS und *Junger Freiheit* bzw. Kubitschek und Weißmann vor. Bei seinen Ausführungen arbeitete der Autor eng an den Primärmaterialien und erwies sich dabei als ausgezeichneter Kenner der Materie.[58] Dabei ging er auch immer wieder als Quelle auf die *Sezession* ein. Eine extremismustheoretische Einschätzung nahm Kellershohn nicht vor. Er beschränkte sich weitgehend auf eine Darstellung und Deutung der Entwicklung des Instituts.

Eine Fallstudie zu einem ungewöhnlichen Thema legte der Politikwissenschaftler Samuel Salzborn vor. In seinem Buch „Angriff der Antidemokraten" findet sich das Kapitel „Gegen die Aufklärung, für den Irrationalismus: die Neue Rechte und die Religion"[59], worin die Auffassungen in der *Sezession* zu Christentum, Islam und Judentum erörtert werden. Der Autor postuliert: „Die verbindende Grundlage der *Sezession* ist das Christentum, genauer gesagt ein politischer Katholizismus, der sich dadurch auszeichnet, das er [...] kompromisslos ist: kompromisslos in seiner Haltung gegen die Aufklärung, gegen den Liberalismus und gegen die Vernunft."[60] Dass ein „politischer Katholizismus" durchgängig das Publikationsorgan prägt, dürfte eine etwas übertriebene Verallgemeinerung sein. Beachtenswert ist noch die Einschätzung: „Es finden sich nicht viele längere Beiträge in der *Sezession* über das Judentum, diese sind [...] in einer – für die sich intellektuell gebarende deutsche Neue Rechte – erstaunlichen Deutlichkeit und Unmissverständlichkeit antisemitisch."[61] Es folgen dann anschauliche Belege.

Gelegentlich findet man Ausführungen zur *Sezession* in journalistischen Monographien zur „Neuen Rechen". Ein Beispiel dafür ist das Buch „Gefährliche Bürger. Die Neue Rechte greift nach der Mitte", das von den Publizisten Liane Bednarz und Christoph Giesa vorgelegt wurde. Es enthält einzelne Aussagen zur Zeitschrift.[62] Dabei wird aber nur eine Einschätzung zu einer Position exemplarisch belegt oder die *Sezession* als Publikationsorgan dieses politischen Lagers genannt. Eine ausführliche Analyse war in dem genannten Buch auch nicht beabsichtigt. Darüber hinaus handelt es sich eher um eine misslungene Darstellung zur „Neuen Rechten", die

57 Vgl. Helmut Kellershohn, Das Institut für Staatspolitik und das jungkonservative Hegemonieprojekt, in: Stephan Braun/Alexander Geisler/Martin Gerster (Hrsg.), Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten, 2. Auflage, Wiesbaden 2016, S. 439-467.

58 Dahingehend hebt sich Kellershohn positiv von anderen Mitarbeitern des „Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung" (DISS) ab, für das er seit Jahren überaus kompetente Analysen zum Komplex „Neue Rechte" vorgelegt hat.

59 Vgl. Samuel Salzborn, Angriff der Antidemokraten. Die völkische Rebellion der Neuen Rechten, Weinheim 2017, S. 78-100.

60 Ebd., S. 85.

61 Ebd., S. 93.

62 Vgl. Liane Bednarz/Christoph Giesa, Gefährliche Bürger. Die Neue Reche greift nach der Mitte, München 2016, S. 21, 78, 97 f., 101, 104 und 151.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

noch nicht einmal inhaltlich oder strategisch trennscharf definiert wird. Bednarz und Giesa kennen die ausführliche Fachliteratur nicht und ignorieren Diskussion und Forschungsstand zum Thema. Alles wirkt eher fragmentarisch und oberflächlich.[63] Insofern steht auch dieser Band für eine noch fehlende Beschäftigung mit den Diskursen und Positionen der „Neuen Rechten" in der *Sezession* als Theoriezeitschrift.

63 Vgl. als kritische Besprechung zum vorgenannten Buch: Armin Pfahl-Traughber, Gut gemeint, aber nicht gut gelungen. Ein Buch über die „neue Rechte" (7. September 2015), unter: www.endstation-rechts.de.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Literatur

https://doi.org/10.5771/9783645288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

https://doi.org/10.5771/9783645288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Literaturbericht:

Quo vadis Europa? Die Grenzen der EU-Integration und Zukunftsszenarien europäischer Demokratie

Von Peter Ulrich

Tilman Repgen, Europa als Idee, Baden-Baden 2016 (*Nomos*), 116 S.

Dirk Ansorge (Hrsg.), Pluralistische Identität. Beobachtungen zu Herkunft und Zukunft Europas, Darmstadt 2016 (*Wissenschaftliche Buchgesellschaft*), 286 S.

Claus Leggewie, Anti-Europäer. Breivik, Dugin, al-Suri & Co, Berlin 2016 (*Suhrkamp*), 173 S.

Hans-Jürgen Bieling/Martin Große Hüttmann (Hrsg.), Europäische Staatlichkeit. Zwischen Krise und Integration, Wiesbaden 2016 (*Springer VS*), 287 S.

Karin Böttger/Mathias Jopp (Hrsg.), Handbuch zur deutschen Europapolitik, Baden-Baden 2016 (*Nomos*), 599 S.

Tim Krieger/Bernhard Neumärker/Diana Panke (Hrsg.), Europe's Crisis. The Conflict-Theoretical Perspective, Baden-Baden 2016 (*Nomos*), 225 S.

Frank-Walter Steinmeier, Europa ist die Lösung. Churchills Vermächtnis, Wals bei Salzburg 2016 (*Ecowin*), 55 S.

Jürgen Rüttgers, Mehr Demokratie in Europa. Die Wahrheit über Europas Zukunft, Marburg 2016 (*Tectum*), 126 S.

Gunter Runkel, Die Zukunft Europas. Der Untergang Europas, Baden-Baden 2016 (*Nomos*), 148 S.

Gerhard Riehle, Eurokrise. Verzicht auf den Euro als Chance für Europa, Baden-Baden 2016 (*Nomos*), 323 S.

Hans-Werner Sinn, Der schwarze Juni. Brexit, Flüchtlingswelle, Euro-Desaster – Wie die Neugründung Europas gelingt, Freiburg i.Br. 2016 (*Herder*), 382 S

Claus Offe, Europa in der Falle, Berlin 2016 (*Suhrkamp*), 188 S.

Antoine Vauchez, Europa demokratisieren, Hamburg 2016 (*Hamburger Edition*), 135 S.

Dieter Grimm, Europa ja – aber welches? Zur Verfassung der europäischen Demokratie, München 2016 (*C.H.Beck*), 287 S.

Ulrike Guérot, Warum Europa eine Republik werden muss! Eine politische Utopie, Bonn 2016 (*Dietz*), 304 S.

Peter Hilpold/Walter Steinmair/Christoph Perathoner (Hrsg.), Europa der Regionen. Aktuelle Darstellung der Anstrengungen der Regionen, sich als Akteure in der Europäischen Union zu behaupten, Berlin/Heidelberg 2016 (*Springer*), 185 S.

Winfried Böttcher, Nachdenken über Europa. Eine Auswahl aus vierzig Jahren, hrsg. u. eingel. von Jürgen Lauer, Baden-Baden 2016 (*Nomos*), 291 S.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

1. Einleitung

Europa steckt in einer schweren Krise. Schulden-, Finanz- und Eurokrise, Flüchtlingskrise, Populismus und Nationalismus, Euroskeptizismus, Desintegration und Brexit, Postdemokratie und Demokratieerosion bilden gesellschaftliche und nationalstaatliche Konflikt- und Spannungslinien, die zu zunehmender Polarisierung und zur Gefährdung der europäischen Demokratie führen. Die Phrase „Quo vadis Europa?“, mag sie noch so abgedroschen wirken, leitet den folgenden Literaturbericht: Wohin steuert Europa, speziell das politische Projekt der Europäischen Union (EU)? Auch die EU-Kommission erkannte diese Probleme und hat im März 2017 im Rahmen des 60-Jahres-Jubiläums der Römischen Verträge ein *Weißbuch zur Zukunft Europas* veröffentlicht. Das *Weißbuch* skizziert fünf Szenarien, wie die heutige EU in Zukunft aussehen könnte. Neben der Reduktion auf den gemeinsamen Binnenmarkt oder weniger gemeinschaftliche Kompetenzbereiche wird auch ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten den Staats- und Regierungschefs und dem Europäischen Parlament vorgeschlagen. Die Zukunftsszenarien europäischer Integration werden auch in den hier vorgestellten Publikationen diskutiert. Insgesamt teilen die Autoren die Einschätzung, dass die EU-Integration an ihre Grenzen gestoßen ist und Reformen notwendig geworden sind.

Der Literaturbericht steht vor zwei Herausforderungen: Erstens ist ein sinnvoller und strukturierter Aufbau bei einer so großen Anzahl an verschiedenartigen Publikationen nicht leicht umzusetzen. Um diese Heterogenität fruchtbringend in Diskussion zu bringen, ist eine thematische Gruppierung ähnlicher konzeptioneller Ausgangspositionen, der Art der Publikationsform, der Krisenart, auch der Disziplin oder persönliche Hintergrund der Autoren und Herausgeber gewählt worden. Eine zweite Herausforderung liegt im Begriffspaar EU und Europa. Dass Europa nicht die EU ist und umgekehrt, liegt auf der Hand. Bei der Lektüre blieb mitunter unklar, wann genau Europa auf der einen Seite oder die internationale Organisation auf der anderen gemeint ist. Generell geht der Trend dahin, weniger von der EU denn von Europa zu sprechen.

2. Das kulturelle Europa und die Zukunft europäischer Kultur

Im Zuge der zahlreichen Krisen sind Fragen nach der Zukunft Europas unmittelbar mit der nach der kulturellen Identität verbunden. Definitorische Annäherungen an Europa sind vielfältig: Sie basieren auf (geo-)politischen, kulturellen, geografischen, ökonomischen und geschichtlichen Prämissen. Einige sehen in Europa das politische Projekt der Nachkriegszeit, institutionalisiert in den Europäischen Gemeinschaften, die zur Europäischen Union geworden sind, oder aber dem nach dem Zweiten Weltkrieg errichteten Europarat. Europäische Organisationen bestehen mitunter aus Mitgliedern, die nicht zum geografischen Europa zählen. Andere konstruieren Europa

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

aus dem gemeinsamen europäischen Kulturerbe, zurückreichend bis zur Antike. Solch kulturellen Überlegungen werden explizit in drei Publikationen behandelt.

Der Sammelband *Europa als Idee* geht den Fragen nach: „Ist Europa eine Illusion? Nur eine Sehnsucht? Ist es eine Realität?“ (S. 5). Die enthaltenen vier Beiträge wirken auf den ersten Blick etwas willkürlich gewählt. Dass Thomas Dove in seinem Text über die „Idee Europas“ anhand der Schriften von Albrecht Mendelssohn Bartholdy und anderer „gute[r] Europäer in der Nachkriegszeit“ (S. 27) nachdenkt, erklärt sich daraus, dass der Band einige Vorträge aus einer Veranstaltungsreihe an der Albrecht Mendelssohn Bartholdy Graduate School of Law versammelt. Für Duve speist sich die europäische Identität aus historischen Narrativen über ein Europa, das nur aus der historischen Korrespondenz zu erschließen sei. Hier zeigt sich ein differenziertes Bild, das „Europa letztlich zwar kulturell definiert, wobei die kulturellen Gegebenheiten nicht gänzlich flexibel sind, sondern auf eine besondere Weise natürlich sind“ (S. 21). Europa solle nicht geografisch verstanden werden, sondern als ein geopolitisch-funktionales Konstrukt, in dem Deutschland seinen Platz zu suchen hat: „Braucht die Nation damit einen Bezugsrahmen, so ist dieser natürliche Bezugsrahmen für Deutschland Europa: Europa als Raum, der sich durch natürliche Gegebenheiten – das meint der ‚Himmelsstrich‘ geformt, zugleich aber als politische und kulturelle Formation herausgebildet und damit die natürlichen Grenzen überwunden hat“ (S. 22). Die weiteren Beiträger des Sammelbands – etwa der prominente EU-Forscher Armin von Bogdandy – gehen von einer „kollektiven Identität ex negativo“ (S. 35) Europas aus; also der Idee, die europäische Identität aus heterogenen Nationalstaaten durch gemeinsame Abgrenzung zu schaffen (wie etwa die Abschaffung der Todesstrafe). Dieses kollektive Projekt werde daher durch ein Zuviel an gemeinsamem „guten Handeln“ gefährdet. Die beiden weiteren Beiträge beschäftigen sich aus rechts- und sozialphilosophischer Sicht mit den Problemen und Instrumenten des EU-Rechtsstaatlichkeitsaufsichtsverfahrens – das als ein „systemisches Defizit“ (S. 57) bezeichnet wird – und mit dem Prinzip der Subsidiarität, das trotz einiger Mängel eine wichtige Ressource für gemeinsames Regieren in der EU auch in Zukunft darstellt.

Auch der Band *Pluralistische Identität. Beobachtungen zu Herkunft und Zukunft Europas* fragt nach den Wechselwirkungen von Identität und Pluralität in Europa, indem er zeigt, dass die EU ein Gebilde ist, das aus einer Vielzahl von verschiedenen Sprachen, Kulturen, Traditionen und Religionen besteht. Das Leitmotiv der EU – „In Vielfalt geeint“ – habe nach der Flüchtlings- und Schuldenkrise stark an Überzeugungskraft verloren, werden doch entsprechende Probleme zunehmend nationalstaatlich angegangen. Der aufkommende Nationalismus fordert nicht nur die Frage nach der europäischen Identität, sondern auch nach der Pluralität heraus, denn „der Begriff Pluralismus reicht über den Begriff der Vielfalt hinaus. Für den Bereich des Rechts und des Sozialen stellt er fest, dass es in Gesellschaften unterschiedliche Individuen und Gruppen gibt, deren Weltsicht und Interessen aufeinander irreduzibel sind. In einem normativen Verständnis geht Pluralismus davon aus, dass gesellschaftliche Vielfalt ein erstrebenswertes Gut ist, insofern sie Alternativen zur je ei-

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

genen Weltsicht anbietet und zur Diskussion stellt“ (S. 8). Die pluralistische Identität der EU sei eine Wertegemeinschaft, deren gemeinsame beschworene Vergangenheit häufig als christliches Abendland zusammengefasst wird. Dabei war die Vergangenheit in Europa häufig weder friedlich noch vereint: „Zu keiner Zeit war Europa ein sprachlich, kulturell, rechtlich oder auch religiös homogener Raum“ (S. 11). Europa war lange durch seine Unterschiede gekennzeichnet, Narben versehen die Landkarte von langjährigen Konflikten und Kriegen. Ein anderer Kohärenzansatz europäischer Gemeinsamkeiten ist die Herkunft Europas, die durch das „biblische Menschenbild, die griechische Philosophie und das römische Recht bestimmt“ (S. 18) ist. Der Sammelband geht in seinen Beiträgen auf einige identitätsstiftende Begriffe wie das „Lateineuropa“, „Provincializing Europe“ und das „christliche Abendland“ ein und veranschaulicht, wie sie von rechtspopulistischen Strömungen übernommen wurden. Hier ist besonders Christof Mandrys Beitrag zur „Identität Europas im Zeitalter der Migration“ interessant. Der Zustrom der Flüchtlinge führte in Kundgebungen und Protesten zur Wiederaufnahme des schon veraltet anmutenden Begriffs des Abendlands: „Mit einem Mal hat die Abendland-Vokabel wieder Aktualität gewonnen und man begegnet ihr auf Demonstrationen und in publizistischen Äußerungen, die sich skeptisch und ablehnend gegenüber der Aufnahme von Flüchtlingen geben. Dabei steht das Abendland für das Ideal einer geeinten, irgendwie homogenen Gesellschaft und scheint folglich dazu geeignet, alles Fremde zu delegitimieren und abzuwehren“ (S. 264). Indes: Was europäische Kultur ist, lässt sich nur schwer beschreiben, da es keinen holistischen Ansatz gibt, denn „was Europa ausmacht, ist umstritten“ (S. 271). Der Autor unterscheidet drei Typen von europäischen Identitätsnarrativen. Der erste Typ umschreibt die kulturelle Leistungsschau einer einzigartigen und fortschrittlichen Avantgarde: „Christlich-jüdische Spiritualität, griechische Kultur und Geistigkeit und römische Rechtsarchitektur haben einen einzigartigen Nährboden erzeugt, der in der Renaissance und Aufklärung schließlich das moderne individuelle Menschenbild erbracht hat“ (S. 268). Der zweite Typ umschreibt Europas Geschichte als dialektische Leistungsschau und konfrontiert sie mit dem Vorwurf, zweitrangig und reaktiv zu sein. Hier wird das europäische Expansions- und Kolonialismusstreben als Ausdruck eines zu überwindenden Minderwertigkeitsbefindens verstanden. Der dritte Typus bezieht sich auf Kultur als Erinnerung und Verpflichtung. Europa sei ein „dunkler Kontinent“ (S. 270), der Ausgangspunkt für nationalistische und faschistische Ideologien und Auslöser zweier Weltkriege war. Alle drei Typen behandeln Aspekte europäischer Kultur; sie sollten gerade in Zeiten starker Migration im Kopf behalten werden. Denn: „Wie integrationsfähig und wie kulturell attraktiv zeigt sich europäische Identität? Dies wird sich weder definieren noch prognostizieren lassen, sondern muss sich zeigen“ (S. 271).

Abschließend wird in diesem Kapitel ein Buch vorgestellt, das verschiedene fundamentalistische und antidemokratische Ideologien skizziert, die eine Zerstörung des heutigen politisch-kulturellen Europas als Bedingung für die Errichtung einer alternativen politischen Ordnung ansehen. In *Anti-Europäer. Breivik, Dugin, al-Suri & Co.* von Claus Leggewie werden neue Gegner Europas ausgemacht, die in den letz-

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

ten Jahren mit ihren politischen Gegenentwürfen und hasserfüllten Ideologien auf die europäische Bühne getreten sind. Den Norweger Anders Behring Breivik, den Russen Alexander Geljewitsch Dugin und den Syrer Abu Musab al-Suri eint dabei ein „paranoider Stil" (S. 8), der Hass auf den Wertepluralismus und die europäische Demokratie bzw. die westliche Welt. In einer virtuellen Welt machen ihre kruden Ideen an nationalstaatlichen Grenzen nicht halt. Der Essay zeichnet das Leben und die Radikalisierung dieser drei ideologischen Führer nach und skizziert die Grundzüge ihrer Ideologien, wie sie sich meist in Manifesten niedergeschrieben finden. Der Massenmörder Breivik rechtfertigte vor Gericht seine Tat damit, „Norwegen und Europa gegen den vordringenden Islam und gegen den grassierenden Kulturmarxismus verteidigen zu müssen" (S. 21). Sein Konvolut *2083 – eine europäische Unabhängigkeitserklärung* stellt einen 1500-seitigen Text dar, der vor „Wiederholungen und Brüchen" (S. 25) und Wikipedia-Kopien nur so strotzt und wie bei Hitlers *Mein Kampf* auch mit „autobiografische[n] Anekdoten" (S. 25) spielt. Fünf Schwerpunkte hebt Leggewie hervor: „Neben dem unversöhnlichen Antagonismus von Islam und Christentum sind das der Aufruf zu einer Konservativen Revolution, der Affekt gegen politische Korrektheit, die Angst vor der Globalisierung und die unverblümte Verachtung für Frauen und Schwule. Breiviks Welt, die spätestens 2083 […] wieder heil sein soll, ist das auf der patriarchalen Kleinfamilie beruhende, aus christlichen Nationen gebildete Abendland, das sich von Muslimen vollständig gesäubert hat" (S. 27). Der unzählig von Breivik wiederholte Identitätsbegriff mutiere zu einem „Passepartout jeder nur denkbaren kollektiven Befindlichkeit" (S. 31).

Wie der Begriff des „christlichen Abendlandes" wird „Identität" von neurechten Bewegungen, etwa der „Bloc Identitaire" (2013 in Frankreich entstanden), der „Casa Pound" (2003 in Rom gegründet) oder der Identitären Bewegung in Deutschland (IBD) aufgegriffen. Zumindest in der Wertschätzung der Konservativen Revolution wird Dugin Breivik zustimmen. Ist der Norweger ein „einsamer Wolf" gewesen, so hat sich der „Schreibtischtäter" (S. 104) Dugin spätestens seit der Ukraine-Krise nicht nur als wissenschaftliches Sprachrohr der Ideologie von Wladimir Putin, sondern auch als Vordenker der Neuen Rechten etabliert. Er sei der „eloquenteste und am meisten gehörte Verfechter einer neoeurasischen Weltanschauung. Ihre Verfechter wollen Europa aus dem politisch-kulturellen Westen herausbrechen und von dessen Führungsmacht USA ablösen, um es unter Führung der Russischen Föderation mit deren asiatischer Landmasse, eventuell auch mit Territorien in Zentralasien zu einem Gebiet […] namens Eurasien zu vereinen" (S. 64). Als Theoretiker grenzt er sich von dem Terroristen und Mörder Breivik ab, ideologisch stellt er eine unsichtbarere, aber systematischere Bedrohung dar. So ist „der Schulterschluss zwischen russischen und europäischen Rechtspopulisten […] nach 2014 noch enger geworden" (S. 89). Eine dritte in dem Band thematisierte Gefahr für die europäische Demokratie liegt im militanten Islamismus. Spätestens mit dem großen Flüchtlingsandrang 2015 wurde eine emotionale öffentliche Debatte über den Import von anderen Wertvorstellungen und Ideologien nach Europa geführt. Die Angst vor einem islamistisch geprägten Terror-Import beschäftigt die medialen Debatten. Als einer der

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Protagonisten des militanten Islamismus gilt der aus Syrien stammende und für al-Qaida als „Chefideologe“ (S. 103) tätig gewesene Abu Musab al-Suri. Sein „Aufruf zum weltweiten islamischen Widerstand“ von 2004 ist eines der bekanntesten und medial verbreitetsten Manifeste zum Dschihad. Al-Suris „Aufruf zum weltweiten islamischen Widerstand“, von manchen Experten als „Mein Kampf von heute“ (S. 113) bezeichnet, ist genau wie bei Breivik und Dugin antieuropäisch, antiwestlich, antiliberal und konservativ-revolutionär ausgerichtet. Allerdings wird anders als bei diesen beiden Strömungen über die Religion eine Wahrheit ohne Kompromisse postuliert: „Identitäre und Eurasier können mit Angehörigen anderer Zivilisationen auf dem Erdball notfalls zusammenleben. Dschihadisten eigentlich nicht“ (S. 139). Der Dschihadismus ist eine Hauptbedrohung der europäischen Demokratie.

3. Das thematische Europa

In drei Sammelbänden werden wesentliche aktuelle und zukünftige Herausforderungen Europas erörtert: die deutsche Europapolitik, die Eurokrise aus konflikttheoretischer Perspektive und das Konzept einer europäischen Staatlichkeit. Da diese Bände eine Vielzahl von teils sehr unterschiedlichen und in sich geschlossenen Beiträgen vorweisen, wird in der Besprechung nicht auf einzelne Artikel eingegangen, sondern vielmehr die konzeptionelle Ausgestaltung, also der „rote Faden“ oder das Hauptargument, kurz vorgestellt und diskutiert.

Das *Handbuch zur deutschen Europapolitik* zeichnet die verschiedenen Phasen der deutschen Politik in Europa zwischen Pragmatismus und regelmäßiger Anpassung in Zeiten von schwerem Fahrwasser nach. Zugleich offenbart das Buch eine wechselseitige Abhängigkeit von Deutschland und Europa, die sich aneinander reiben und doch wichtig für den globalen Wettbewerb sind. Als Handbuch mit „vertiefender Problemanalyse“ (S. 14) richtet es sich nicht nur an die Forschung, sondern auch an Praktiker, etwa in Lehrerbildung, Verwaltung und Wirtschaft. Die Beiträge erörtern mehrheitlich europäische Integrationstheorien, den Neo-Funktionalismus, die Europäisierung der Verwaltungen oder das „two level game“ im europäischen Mehrebensystem und umfassen neben den Grundlagen und Konzepten auch noch die innenpolitischen Bestimmungsfaktoren und Akteure, ausgewählte EU-interne Politikbereiche und externe EU-Politiken sowie bilaterale Beziehungen in der EU.

Ein weiteres Kompendium, das nach der Beschaffenheit der Europäischen Union fragt, ist die in der Schriftenreihe des Arbeitskreises Europäische Integration e.V. erschienene interdisziplinäre Publikation *Europe's Crisis*. *The Conflict-Theoretical Perspective*. Beleuchtet werden neuere Krisen: die Schulden- und Finanzkrise, die Exit-Strategien verschiedener Mitgliedsstaaten und der Euroskeptizismus. Die Schrift baut auf Beiträgen eines Workshops an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg aus dem Herbst 2014 auf, was erklärt, warum kein einziger Beitrag auf die Flüchtlingskrise eingeht. Der Sammelband analysiert die europäischen Krisen aus wirtschafts-, politik- und rechtswissenschaftlicher Sicht. Dabei liegt der Fokus auf

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

den jeweiligen Ursprüngen, Zusammenhängen und Dynamiken der Konflikte und Konfliktparteien. Ungeachtet der kurzen Erwähnung konflikttheoretischer Überlegungen für die empirischen Analysen fehlt es an einer grundsätzlichen theoretischen Heuristik. Gleichwohl leistet der Ansatz einen Beitrag zur Krisendiagnostik interdisziplinärer Europaforschung.

Der Sammelband *Europäische Staatlichkeit – Zwischen Krise und Integration* stellt aus staatstheoretischer und verfassungspolitischer Perspektive dar, wie sich in Zeiten europäischer Integration die Europäische Gemeinschaft bis zur Europäischen Union verdichtet hat und zugleich nun immer mehr in dieser verstaatlichten Struktur mit den zahlreichen Krisen umgeht. Ausgangspunkt der Überlegungen ist, dass sich die Europäische Gemeinschaft spätestens mit dem Vertrag von Maastricht durch die Aneignung zahlreicher bis dato staatlicher Kernkompetenzen sukzessive zu einer Form europäischer Staatlichkeit entwickelt hat. Der Begriff der Staatlichkeit wird konzeptionell von dem des Staates abgegrenzt, „weil der Begriff der Staatlichkeit in analytischer Hinsicht offener und anpassungsfähiger ist" (S. 15). Die fortentwickelte Integration dieser Staatlichkeit auf politischer, rechtlicher und sozialer Ebene müsse mit den Rechtfertigungslogiken und der demokratischen Legitimation im Gleichschritt gehen, ansonsten entstehe eine Asymmetrie für das demokratische Konstrukt Europas. Es werden dementsprechend nicht nur die Faktoren für die Entwicklung einer europäischen Staatlichkeit in den Beiträgen untersucht, sondern auch die Folgen für die Zukunft der europäischen Demokratie aufgrund dieser Verdichtung der Staatlichkeit benannt. Eine Kernaussage des Bandes: „Die mit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft angestoßene schrittweise Herausbildung einer europäischen Staatlichkeit geht zurück auf das Spannungsverhältnis, das sich […] aus der wachsenden Supranationalisierung und Verflechtung ehemals nationalstaatlicher Kompetenzen auf der einen Seite und der begrenzten, direkten europäischen Legitimation des neu entstandenen supranationalen politischen Systems und seiner Organe, Instrumente und Kompetenzen auf der anderen Seite ergibt" (S. 15). Weitere Fragestellungen sind zum einen, ob sich die europäischen Integrationsschritte nach dem Zweiten Weltkrieg als „(macht-)politisches und intellektuelles Ringen um die Schaffung einer supranationalen, das heißt Europäischen Staatlichkeit verstehen [lassen]" und zum anderen, ob dieses „Ringen sich im Zuge der europäischen Finanzkrise seit 2010 verändert" (S. 14) hat. Zugleich hat der Sammelband ein theoretisch-konzeptionelles Interesse und sucht nach analytischen Heuristiken, um die Entwicklung einer „Europäischen Staatlichkeit" zu begreifen.

4. Europa aus der Sicht deutscher Politiker

Die herausragende Bedeutung des Jahres 2016 für die EU war nicht nur für Wissenschaftler, sondern auch für politische Akteure offensichtlich. Neben dem bereits erwähnten *Weißbuch zur Zukunft Europas* formulierte unter anderem auch Guy Verhofstadt, Leiter der Fraktion der *Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa*

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

(ALDE) im Europäischen Parlament, entsprechende Reformvorschläge, und die polnische Regierung kündigte an, ein derartiges Reformkonzept vorzulegen. Für den politischen Diskurs aus Deutschland sind drei Publikationen zu nennen.

Frank-Walter Steinmeier knüpft in seinem kurzen Beitrag *Europa ist die Lösung* an die berühmte Rede von Winston Churchill von 1946 an. 70 Jahre später sieht Steinmeier Europa „wieder an einer Wegscheide, und manche sagen, es ist erneut an der Zeit für eine große, unerhörte Vision für Europa" (S. 33). Die Krisenbefunde liegen für Steinmeier klar auf der Hand, nämlich die Unvollständigkeit und Unklarheit des europäischen Projekts: „Man kann sie [die Geschichte Europas] aber auch als Geschichte der Umwege lesen. Das liegt zum einen daran, dass es nahezu zwangsläufig keinen direkten Weg zu einem Ziel gibt, das nicht klar benannt wird. Soll aus Europa ein Bundesstaat werden? Ein Staatenbund? Ein Europa der Vaterländer" (S. 23)? Statt sich über die Finalität des Integrationsprozesses zu verständigen, wurden Ad-hoc-Entscheidungen gefällt. Das unabgeschlossene europäische Projekt habe Verwirrung, Verknotung und Verwucherung erzeugt: „Manches ist gewuchert, es ist auch Wildwuchs entstanden, der schwer zurückzuschneiden ist" (S. 24 f.). War Europa in Zeiten des Kalten Kriegs ein „Sehnsuchtsort" (S. 26) für ein besseres Leben, für mehr sozialen Wohlstand, Rechtstaatlichkeit und Demokratie, hätten sich mit den EU-Erweiterungen diese Hoffnungen verändert. Es sei schwierig, Wohlstand für alle zu garantieren und Entscheidungen einstimmig zu fällen. Junge Demokratien kamen hinzu, die andere Einstellungen und Erwartungen gegenüber der EU mitbrachten. Deutschland könne angesichts dieser Situation innerhalb der EU nur eine „Reflective Power" sein. „Reflective" steht dabei „für ein waches Bewusstsein der fortdauernden Eigenheiten der deutschen Rolle" (S. 31). Steinmeier wünscht sich ein Europa, das sich für den Erhalt und Vermittlung seiner Werte einsetzt. Zugleich erkennt er die Zweifel bei großen Teilen der Bevölkerung an, die den Mehrwert von EU und offenen Grenzen nicht erkennen. Er skizziert drei – sicherlich schwierig umzusetzende – Szenarien, wie die Legitimität europäischen Regierens wiedererlangt werden kann: Erstens proklamiert er eine gemeinsame europäische Außenpolitik (vorerst ohne gemeinsame Armee), zweitens fordert er einen Schutz der europäischen Außengrenzen und ein gemeinsames Asylsystem für Europa und drittens müsse Europa sein Wohlstandsversprechen wieder einlösen: „Wir, die Mitglieder einer Währungsunion, sind volkswirtschaftlich so eng miteinander verwoben, dass unser Wohlergehen direkt vom Wohlergehen der anderen abhängig ist. Die Krise des anderen gibt es in Europa nicht mehr" (S. 37).

Auch Jürgen Rüttgers' Plädoyer *Mehr Demokratie in Europa. Die Wahrheit über Europas Zukunft* will in Zeiten von Renationalisierungsprozessen und zahlreicher Krisen die Grundpfeiler im europäischen System verteidigen und Vorschläge für dessen Ausgestaltung anbieten. Der Ausgangspunkt der Überlegung ist, dass der „Untergang Europas nicht auf weiteres statt[findet]" (S. 7). Die Krisen, die Europa und seine Menschen zu schaffen machen, hat Europa nicht verursacht, sondern sie wurden durch externe Faktoren erzeugt. Dabei müsse sich die EU robuster aufstellen. Nach einem kurzen geschichtlichen Überblick fragt Rüttgers, wer in der europä-

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

ischen Mehrebenendemokratie das Volk ist, um zu antworten, dass jeder Staatsangehörige eines Mitgliedsstaates […] zugleich Unionsbürger [ist]“ (S. 41). Neben der im GG genannten „offenen Staatlichkeit“ besteht mit der europäischen Bürgerschaft „eine zweite europäische Staatsbürgerschaft“, „die sich auf die Institutionen und Zuständigkeitsbereiche bezieht“ (S. 44). Nach einer Definition von Staat und Nation wendet sich Rüttgers Zukunftsszenarien Europas zu, indem er drei Grundpositionen in der Debatte nachzeichnet: Die erste Perspektive folgt einer strukturkonservativen Staatslehre, „durch die die Einheit von Volk, Staat und Nation als unveräußerlich postuliert wird. Nur der Nationalstaat sei in der Lage, Demokratie, Rechtsstaat, Menschen- und Bürgerrechte zu garantieren“ (S. 85). Die zweite Möglichkeit sei ein „europäisches Staatsmodell“, das „eine 3-Ebenen-Demokratie in einem europäischen Staat sein [wird], die durch das europäische Volk und die Völker der Mitgliedsländer legitimiert ist“ (S. 86). Dieses vereinte Europa sei ein Mehrvölkerstaat, kein europäischer Nationalstaat. Die dritte Perspektive geht in Zeiten der Digitalisierung und Globalisierung von einem Europa des „Global Governance“ aus, da „die Demokratien den Rahmen des Nationalstaates überschreitet und sich in einem Weltstaat, einer globalen Demokratie oder durch globale Herrschaft […] verwirklicht“ (S. 87 f.) Schließlich bekräftigt er die Notwedigkeit eines europäischen Wegs, um zu warnen: „Wer diesen verlässt und einen nationalstaatlichen Sonderweg anstrebt, egal ob klassisch oder postklassisch, führt Deutschland in eine neue Isolation“ (S. 93).

Auch das Buch des emeritierten Soziologieprofessors und AfD-Politikers Gunter Runkel *Die Zukunft Europas* beschäftigt sich – wie der Titel schon sagt – mit der Zukunft europäischer Demokratie, allerdings sehr pessimistisch, wie der Untertitel *der Untergang Europas* andeutet. Sein Ausgangspunkt ist die Beobachtung, dass der schleichende Untergang Europas in der starken „Moralisierung der Probleme, die gesinnungsethisch begründet werden“ (S. 7), liegt, während Verantwortungsethik in der Realpolitik immer mehr ins Hintertreffen gerate. Diese starke Moralisierung belaste die deutsche und europäische Politik. Ausgehend von den Errungenschaften Europas heißt es angesichts der „Islamisierung des Abendlandes“: „Europa hat seine alte Identität aufgegeben“ (S. 30). Auf den folgenden Seiten geht er auf die Zerstörung der Europäischen Union ein und zeigt anhand der Griechenland-Krise, wie Demokratie und Wirtschaft innerhalb der Europäischen Union zerbrechen. „Die Europäische Union und besonders die Euro-Zone können keinen Erfolg haben, weil die europäischen Staaten mit Ausnahme des hypermoralischen Deutschlands nur ihren eigenen nationalen Vorteil sehen und keine sinnvollen Vereinbarungen akzeptieren, was man am Beispiel der Verteilung der Flüchtlinge in Europa sehen kann“ (S. 54). Nach einer Kritik an Zuwanderung und Gender-Mainstreaming geht er schließlich auf die Demokratie in Europa ein. Er kritisiert, dass das auf Partizipation und Gleichberechtigung ausgelegte moderne Entscheidungssystem hohe Komplexität und Interaktions- und Organisationszwang entstehen lasse, um in einem erstarrten politischen System zu enden. Dieses Einfrieren des politischen Systems führt zu einer Paradoxie und zu einer „größeren Machtkonzentration der herrschenden Klasse und zu einer geringer werdenden faktischen Bedeutung von Partizipation, wenn

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

auch der semantische Anspruch an Teilnahme und Mitwirkung steigt“ (S. 118). Als Ausweg aus dem Dilemma sieht er die „Verschweizerisierung der Europäischen Union“ (S. 143), also die „schrittweise Einführung einer Europäischen Konföderation nach dem Schweizer Vorbild […], mit schweizerischen Elementen der direkten Demokratie und weitgehender Autonomie der Nationalstaaten“ (S. 135). An die Stelle des europäischen Einheitsstaats solle ein Föderalismus „mit weitgehender territorialer Selbstständigkeit, politischer Autonomie und der Einführung von Formen der direkten Demokratie“ (S. 135) treten. Diese Position begründet er damit, dass kleine Politikeinheiten nicht gewillt sind, dauerhaft überstimmt zu werden. Die Forderung nach direkter Demokratie nach Schweizer Vorbild entspricht auch der Linie seiner Partei. Ohne solche Reformen bliebe langfristig nur der „Zusammenbruch Europas“ (S. 148).

5. Das wirtschaftliche Europa und die Zukunft der EU und des Euros

Auch im Bereich der Wirtschaftspolitik bestehen Spannungen und Krisen, etwa zwischen der EU und Deutschland. Das betrifft nicht nur die Debatte um den deutschen Exportüberschuss, sondern auch divergierende Positionen in der Schulden-, Finanz- und Eurokrise zwischen einzelnen Gruppen von Nationalstaaten. Obwohl die Eurokrise in allen drei Beiträgen virulent ist, bleiben die Autoren hierbei nicht stehen und äußern sich auch generalisierend über die Wirtschafts-, Finanz-, Arbeits- und Sozialpolitik in Europa. Angemerkt sei, dass es sich hierbei nicht nur um politik- sondern auch um wirtschaftswissenschaftliche Zugänge handelt.

Die Studie *Eurokrise. Verzicht auf den Euro als Chance für Europa* setzt sich mit den innereuropäischen Politiken und Entscheidungsprozessen in der Eurozone auseinander. Die Empfehlung: Der Verzicht auf den Euro als Chance für den Neuanfang der EU, denn: Anstelle von gemeinschaftlich-solidarischen Maßnahmen der Kohäsion und sozialer und wirtschaftlicher Konvergenz in Zeiten der Eurokrise distanzieren sich die Mitglieder der Eurozone voneinander und gleiten ins Nationale ab. Aufbauend auf der Drei-Säulen-Architektur der Europäischen Währungsunion (Maastricht-Schuldenbremse, Bail-out-Verbot, Europäische Zentralbank) und der fehlerhaften Konstruktion der Währungsunion zeigt Gerhard Riehle die Unzulänglichkeiten des Euro-Projekts auf. Eine zwischenstaatliche Währungsunion setze „einen optimalen Währungsraum“ voraus und kann auch „nur unter dessen Bedingungen funktionieren“ (S. 20). Die Fragen sind: „Waren die Regeln doch nicht ausreichend oder wurden sie nicht vertragskonform um- und durchgesetzt? Müssen die heutige und künftige Generationen mit der Eurokrise und ihren Folgen leben? Oder gibt es auch in der aktuellen Situation Mittel und Wege, den Krisenzustand zu beenden und zu einer für die Bürger der Eurozone und die europäische Idee befriedigenderen Lösung zu finden?“ (S. 23). Vor dem Hintergrund der beschriebenen Architektur des Euros kommt er zu seiner Antwort: „Sie besteht darin, die Währungsunion einvernehmlich aufzulösen; die Teilnehmerstaaten, oder zumindest die eine gewichtige

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Mehrheit, dafür zu gewinnen, einem geordneten Abwicklungsverfahren und anschließend einer auf nationalen Währungen gründenden neuen Währungsstruktur für die Gemeinschaft zuzustimmen“ (S. 295). In der Rettung der europäischen Währungspolitik(en) durch die Auflösung der gemeinsamen Währungsunion sieht er den Erhalt der EU. Sie sei für den Zusammenhalt Europas weit wichtiger als die Aufrechterhaltung der Eurozone.

Einen weiteren Kontext wählt Hans-Werner Sinn in *Der schwarze Juni.* Durch die OMT-Entscheidung des deutschen Verfassungsgerichts vom 21. Juni 2016, die das EZB-Programm zum Aufkauf von Staatsanleihen von Krisenländern für rechtens erklärt, und das Brexit-Votum vom 23. Juni 2016 sei innerhalb von zwei Tagen eine für die Zukunft der EU äußerst gefährliche Gemengelage entstanden, die zusammen mit den wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Folgen der Flüchtlingswelle das europäische Projekt gefährden. Ein „Weiter so“ führe zum Scheitern der EU als einer Institution, die bis heute für freien Verkehr für Waren, Kapital, Dienstleistungen und von Menschen steht und ein Garant für den Wohlstand ihrer Mitgliedsländer ist. Sinn thematisiert die in der EU vorhandenen Unterschiede der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit (zwischen den Nordländern und den Südeuropäern einschließlich Frankreich) sowie die daraus resultierenden Verpflichtungen für Deutschland. Riehles Option einer Auflösung der Eurozone teilt er nicht. Vielmehr formuliert Sinn ein Reformprogramm für die „Gesundung des Euros“ (S. 303), „für die Steuerung der Migration von innen und außen“ (S. 320) und das, „was Europa außerdem braucht“ (S. 336). Die Vorschläge für die Gesundung des Euros sind eine „atmende Währungsunion“ (S. 306) mit Eintritts- und Austrittsoption, eine „Konkursordnung für Staaten“ (S. 310), eine „Geldpolitik der Europäischen Zentralbank mit minimalem Risiko (S. 312), „Tilgung der Target-Verbindlichkeit durch Gold“ (S. 314) und eine Gewichtung der „EZB-Stimmrechte nach der Haftung und Größe der Mitgliedsländer“ (S. 318). Sinn plädiert für diverse Reformvorschläge wie eine Unterscheidung nach „Heimatland- statt Gastlandprinzip für bedürftige EU-Bürger“ (S. 323), eine „Inklusion der Asylanten, aber Asylanträge außerhalb der EU-Grenzen“ (S. 325) in extraterritorialen Zonen zu prüfen, die „Grenzsicherung als EU-Aufgabe“ (S. 327), finanzielle und wirtschaftliche „Hilfen für schwächer entwickelte EU-Nachbarstaaten“ (S. 329), die „Aussetzung des Mindestlohns“ und eine „aktivierende Sozialpolitik“ (S. 331), ein „Punktesystem für hoch qualifizierte Migranten“ (S. 332) und für „Freihandel und freien Kapitalverkehr ohne Arbeitnehmerfreizügigkeit“ (S. 335) für wirtschaftlich starke assoziierte Mitgliedstaaten. Neben den währungs- und migrationspolitischen Reformmaßnahmen nennt er noch drei weitere Reformvorschläge: (1) den Ausbau von europaweiten Netzen im Bereich der IKT, Infrastruktur und Energie, Harmonisierung der Netzwerknormen und eine freie Verfügbarkeit aller staatlichen Fernsehsender für eine Stärkung der europäischen Öffentlichkeit; (2) die Einrichtung eines europäischen Subsidiaritätsgerichtshofs, um „EU-Projekte, EU-Verordnungen und EU-Richtlinien daraufhin zu überprüfen, ob sie dem Subsidiaritätsprinzip des EU-Vertrags entsprechen, nach dem nur solche Aktivitäten auf europäischer Ebene angesiedelt werden, die nachweislich nicht auf

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

untergeordneten Gebietskörperschaften stattfinden können“ (S. 339) und (3) die Schaffung einer gemeinsamen Armee und Sicherheitspolitik unter EU-Kommando. Mit dieser wirtschaftlichen, sozialpolitischen und transnationalen Reformagenda könne eine Neugründung Europas gelingen.

Auch für Claus Offe ist in *Europa in der Falle* die Eurokrise nur Aufhänger einer grundsätzlichen Betrachtung zur europäischen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Anschaulich und systematisch zeigt er, wie die Eurokrise und die dadurch entstandenen Vertrauenskrisen durch die „Gewährung sozialer Ansprüche“ (S. 180) für die europäischen Bürger bewältigt werden können, statt eine bloße Bankenrettungspolitik zu betreiben. Wie Wolfgang Streeck beschreibt er die EU mit dem Stichwort eines „demokratischen Kapitalismus“ (S. 19), lehnt aber dessen „nichtnationalistisches normatives Argument für die Renationalisierung der Wirtschafts- und Geldpolitik in Europa“ (S. 122) ab. Die Währungsunion in einem wirtschaftsheterogenen Raum ohne gemeinsame Schulden- und Finanzpolitik ist der Grund für die europäische Schwäche; diesen Fehler lediglich rückgängig zu machen, würde katastrophale Konsequenzen nach sich ziehen: „Die Einführung des Euro in ein so heterogenes Währungsgebiet und ohne eine politische ‚Einbettung‘ der Währung war ein verhängnisvoller Fehler“ (S. 80). Aber: die „Auflösung der Eurozone und, über kurz oder lang damit verbunden, auch der EU, wäre eine politische und ökonomische Katastrophe“ (S. 74). Insbesondere die gegenwärtige Entwicklung sei angesichts der wachsenden sozialen Ungleichheit in Europa katastrophal. Die Aufgabe europäischer Politik müsse es sein, Instrumente zu kreieren, um diese Differenzen zu minimieren. Es sind damit „politische Eingriffs- und Gestaltungsmöglichkeiten erforderlich, um hartnäckige Ungleichgewichte erträglich zu machen, bzw. schrittweise abzubauen. Solche politischen Kompetenzen, ohne die die Wettbewerbsbedingungen der Defizitländer immer unfairer werden, sind ebenfalls nötig, um das EU-offizielle Ziel der ‚Konvergenz‘ wirksamer zu verfolgen, als dies mit den völlig unzulänglichen Mitteln der Struktur- und Kohäsionsfonds gelingen kann“ (S. 41). Eine gemeinsame Währungsunion ohne einen gemeinsamen politischen Rahmen münde in einer Spirale von sozialen, politischen, wirtschaftlichen, rechtlichen und sozioökonomischen Differenzen und Konflikten. Konkrete Vorschläge sind ein Schuldenschnitt für Griechenland zur Steigerung der Handlungsfähigkeit, eine vergemeinschaftete Arbeitslosenversicherung und Sozialhilfe sowie eine Jobgarantie für Jugendliche. Diese Maßnahmen würden nicht nur den makroökonomischen und sozialen Frieden erhöhen, sondern „wären dann diesmal nicht der Rettung von Banken und Staaten gewidmet, sondern der von Arbeitnehmern, Arbeitslosen, Jugendlichen, Rentnern und anderen Bürgern, die […] in erster Linie die Leidtragenden dieser Krise waren und sind“ (S. 180).

6. Reform der EU: Realisten

Obwohl alle der hier behandelten Bücher nach Reformen der EU implizit fragen, soll im Anschluss Literatur vorgestellt werden, die sich explizit mit Forderungen

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

nach Veränderung beschäftigen und die sich im Sinne der älteren Theorie der Internationalen Beziehungen nach realistischen und idealistischen Konzepten unterscheiden lassen. Als realistische Perspektive sollen Reformbeiträge bezeichnet werden, die die Relevanz der Nationalstaaten, und sekundär der Europäischen Union, akzeptieren und unter Umständen noch weiter stärken möchten, während die Idealisten für eine grundlegende Veränderung in Richtung einer postnationalen Konstellation vertreten.

Antoine Vauchez sieht in *Europa demokratisieren* den Reformprozess der EU primär in der Neugestaltung der Diskurse und Narrative über die Union, ihre Institutionen und Arbeitsweise selber als über die eigentliche Reformation des politischen Systems. Er „vertritt die These, dass ein Teil unseres Unvermögens, Europa eine Richtung zu geben, aus unserer Unfähigkeit herrührt, Europa zu begreifen, wie es ist“ (S. 45). Das Demokratiedefizit der EU sei hausgemacht, indem „wir“ ein nationales Demokratieverständnis auf das europäische System zu übertragen versuchen und so unerfüllbare Erwartungen befeuern, an deren Ende nur die eigene Enttäuschung stehen könne. Europäische Politik werde primär von unabhängigen und auf den ersten Blick demokratisch nicht legitimierten Institutionen wie der Europäischen Kommission, dem Europäischen Gerichtshof und der Europäischen Zentralbank regiert und dominiert. Statt hieran Kritik zu üben, legitimiert er dieses „Europa zwischen Unabhängigkeit und Expertentum“ (S. 49) als historisch gewachsen durch eine funktional-wirtschaftliche Konzeption der Gründungsväter. Das vielgescholtene „Monster Brüssel“ (Hans Magnus Enzensberger) sei schlicht die „Politik des Expertentums“ (S. 76) in den Institutionen bzw. den vor- und nachgelagerten Gremien und Lobby-Gruppen. Vor diesem Hintergrund ist nach dem demokratischen Potenzial der EU zu fragen. Europa und seine Expertengremien, die die Politik machen, müssen erst verstanden werden. Des Weiteren müssen Konzepte entworfen werden, die Arbeitsweise und Interessen der unabhängigen Institutionen der EZB, EuGH und der Kommission einordnen, strukturieren, lesen und weiterkommunizieren können. Speziell geht es dabei um „die vollständige Souveränität in der Auslegung ihres Mandats; der Anspruch auf wissenschaftliche Objektivität in ihren Diagnosen und Urteilen und ein gewisses Verständnis von Unabhängigkeit als Abgrenzung von den vorhandenen politischen und sozialen Interessen“ (S. 110 f.). Eine Demokratisierungsstrategie muss diese Punkte durchbrechen: „Kurzum, es gilt die Kultur der Intransparenz und Geheimhaltung aufzubrechen, von der die ‚Unabhängigen‘ zu lange geprägt wurden. Weniger, um zu jenen ‚offenen und transparenten Technokratien‘ zu gelangen, die den Theorien des neuen Regierens vorschweben, als vielmehr, um die von der technischen nicht zu trennenden politischen Dimension der von diesen Institutionen getroffenen Entscheidungen zu erkennen“ (S. 118).

Dieter Grimm dürfte dieser These nur begrenzt zustimmen. In *Europa ja – aber welches?* sieht er gerade in der Verselbstständigung der exekutiven und judikativen Organe von den nationalen Demokratieprozessen die Hauptursache für das Legitimationsdefizit der Union: „Wenn das Legitimationsdefizit der EU darin besteht, dass sich ihre exekutiven und judikativen Instanzen vom Willen der sie tragenden Mit-

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

gliedsstaaten stark verselbstständigt haben und Entscheidungen von hohem politischen Gewicht in einem unpolitischen Modus fällen, dann muss dafür Sorge getragen werden, dass die Verselbstständigung begrenzt wird und politische Entscheidungen in einem politischen Modus getroffen werden“ (S. 26 f.). So notwendig die europäische Integration auch sei, sie nimmt einen falschen Verlauf. Grimm plädiert nicht für weniger Europa, sondern für „ein besseres Europa“ (S. 7). „Besser“ meint nicht „mehr“, denn „es muss Grenzen für den unstillbaren Kompetenzhunger der EU geben“ (S. 23). Die Forderung nach einer Demokratisierung der EU durch eine Stärkung des Europäischen Parlaments sieht er angesichts von Ressourcenmangel kritisch, zumal weder eine holistische europäische Öffentlichkeit existiere, sondern viele heterogene nationale Öffentlichkeiten, noch eine regelmäßige Kommunikation und Austausch zwischen europäischen Politikern und der europäischen Bevölkerung. Immerhin sei das Europäische Parlament „Gegengewicht gegen die nationalen Egoismen im Rat und die technokratischen Tendenzen in der Kommission“ (S. 26). Drei Reformen mahnt Grimm an: erstens die „Europäisierung der Europawahlen und der politischen Parteien“ (S. 44), um die europäische Legitimation bei der europäischen Bevölkerung zu erhöhen, zweitens „klarere Grenzen der Vergemeinschaftung“ (S. 44), die Kompetenzverteilung nach Sachmaterien begrenzt, drittens die „Repolitisierung derjenigen Entscheidungen […], die beträchtliche politische Implikationen haben“, und eine „Rückführung der konstitutionalisierten Verträge auf das verfassungsfunktional notwendige Maß“ (S. 45). Dies betrifft vor allem die von ihm kritisierte herausgehobene Stellung des EuGH. Die Entscheidung der Zukunft der EU soll laut Grimm wieder mehr in die Hände der Mitgliedsstaaten und ihrer Verwaltungsgerichte gelegt werden. Nur dort kann – zusammen mit dem Rat, der Kommission und dem Parlament – in repolitisierten und demokratisch legitimierten, weil in der nationalen Öffentlichkeit stattfindenden Entscheidungsprozessen über die Zukunft der europäischen strukturellen Ausgestaltung diskutiert werden.

7. Reform der EU II: Idealisten

Neben realistischen, an den bestehenden Institutionen ausgerichteten Reformvorstellungen treten alle Jahre grundsätzliche, mitunter utopische Veränderungsideen der EU in Erscheinung. Hierbei ist es vor allem das Modell eines Europas der Regionen, auf das in den Diskussionen regelmäßig zurückgegriffen wird, wenn es darum geht, das Demokratiedefizit der Europäischen Union nicht nur zu optimieren, sondern das europapolitische Projekt auch neu zu gestalten.

Eines der wohl radikalsten, vielleicht visionärsten Buchprojekte des letzten Jahres, das die Frage der Zukunft europäischer Demokratie normativ angeht, ist die Studie Ulrike Guérots. Die Politikwissenschaftlerin votiert bewusst für ein utopisches Verständnis von Europa. Sie greift die politischen Trends der Gegenwart auf: „Regionalismus, bürgerliche Emanzipation, Nachhaltigkeit, Postkapitalismus, Postwachstumsgesellschaft, Allmende, genossenschaftliches Denken, Dezentralisierung,

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Gendergleichstellung“ (S. 22). Die Europäische Republik der Städte und Regionen soll „dezentral, regional, nach-national, parlamentarisch, demokratisch, nachhaltig und sozial“ (S. 14) sein. Hierbei verabschiedet sie sich nicht nur „vom Nationalstaat als einziger politischer Form für die Demokratie“ (S. 82), sondern auch von der EU in ihrer jetzigen Form, um für eine Europäische Republik Platz zu machen: „Wir müssen die EU und die Nationalstaaten beide ziehen lassen. Die EU – nicht Europa! Die Nationalstaaten – nicht unsere Identität“ (ebd.). Nur weil das Europäische Parlament noch nicht und die nationalen Parlamente nicht mehr ausreichend zuständig für eine wirklich europäische Politik seien, könne die Kommission, befeuert durch den Europäischen Rat, die Geschicke Europas bestimmen. Auch sie – zweifellos mit anderer Intention – stimmt Grimms Kritik an der Verselbstständigung der Judikative und Exekutive zu. Als Element der „Postdemokratie“ (Colin Crouch) fräst sich die EU „in die nationalen parlamentarischen Strukturen“ und schafft Probleme, deren Lösung dann im „nationalen Container gesucht“ (S. 38) werden. Der wachsende, gegen die EU gerichtete Populismus ist nicht allein hausgemacht, vielmehr produziere die EU den europäischen Populismus, indem sie die dort formulierten Probleme ignoriert oder kleinredet. Insbesondere die Abwesenheit des Politischen und das „Versagen europäischer Sozialdemokratie“ (S. 51) führe zu dieser Entwicklung, denn in dieser Lücke bewegen sich die Populisten, indem sie sich Begriffe wie Bürgerschaft, Souveränität und Republik aneignen – eine Entwicklung, die zum Ende des europäischen Projekts führen kann. Guérot plädiert für eine Utopie, den Nationalstaat und die EU für eine Europäische Republik aufgebaut aus Regionen und Städten zu verabschieden, und schildert in einem politikphilosophischen Exkurs das Republik-Verständnis nach französischem Vorbild, in dem die Gleichheit souveräner Bürger in den Mittelpunkt rückt. Von hier aus entwirft sie die politische, territoriale und wirtschaftliche Neuordnung Europas, die in einer postnationalen Demokratie mündet, in der dann die politische und soziale Gleichheit, die liberale und staatsbürgerschaftliche Freiheit sowie die soziale Grundsicherung miteinander verschmolzen werden. Ihre Idee zu einer europäischen Republik, in der nicht mehr dem Staat, sondern den Regionen eine Schlüsselfunktion zukommt, sieht sie institutionell verklammert „durch ein Europäisches Abgeordnetenhaus, das alle citoyens européens über gleiche Listen der Provinzen als gleiche Bürger wählen, und einen Europäischen Senat, bestehend aus zwei Senatoren pro Provinz oder Metropolregion“ (S. 150). Auch wenn die wirtschaftliche, territoriale und politische Neuausrichtung von Guérot sehr detailliert beschrieben wird, so bleiben Zweifel, die vor allem das politische Mandat und Umsetzungsbereitschaft, -fähigkeit und -impulse betreffen. Von den Nationalstaaten werden sie sicher nicht ausgehen. Wer ist das „Wir“, die diese europäische Republik wollen? Es ist das gutsituierte Bildungsbürgertum, das bereits jetzt von den Vorzügen der EU profitiert. Diese mangelnde soziale Basis ihres Plädoyers macht den Text zur Utopie, die allerdings einen starken Impuls für eine alternative, innovative und zukunftsgerichtete europäische Demokratie liefert.

Auch der Sammelband *Europa der Regionen* widmet sich dem gleichnamigen Thema, wenngleich zum Teil mehr aus empirischer Perspektive. Es ist spannend zu

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

erfahren, wie die Regionen in Europa als Gegenkonzept zu einem erstarkten Nationalstaat werden können. Die empirischen Analysen der Beitragenden zeichnen allerdings ein nüchternes Bild. Trotz Einrichtung des Subsidiaritätsprinzips und des Ausschusses der Regionen spielt die subnationale Ebene im europäischen Mehrebenensystem keine gewichtige Rolle, ja werde letztlich „weitgehend ignoriert." (S. 1). Josef Isensee unterstreicht diesen Befund, indem er dem Ausschuss der Regionen nicht nur aus demokratischer Perspektive ein vernichtendes Urteil ausstellt, sondern ihn schlicht als „folkloristische Schaubühne" (S. 22) bezeichnet. Obwohl er die Hoffnung hegt, der „Ausschuss könne den Einstieg für die Etablierung einer dritten am Gesetzgebungsverfahren beteiligten Kammer schaffen" (S. 20). Dem stehe jedoch die Heterogenität der Zusammensetzung dieser Institution mit den repräsentierten regionalen, lokalen und kommunalen Verwaltungseinheiten entgegen, die ihn überladen und seine Handlungsfähigkeit begrenzen.

Die rechtlichen Unzulänglichkeiten für regionale Selbstbestimmung in den EU-Verträgen prangert auch Robert Menasse an, der 2013 mit Guérot das Manifest zur Gründung einer Europäischen Republik verfasst hat. Auch hier vertritt er die These von der Überwindung des Nationalstaats. Das soziale, kulturelle und politische Leben vollziehe sich in der Heimat, in der europäischen Region und nicht im Nationalstaat. Der Nationalstaat, der seit Jahrhunderten für Zerstörung und Leid gesorgt habe, wird zum Übel der Menschheitsgeschichte. „Die Nationalstaaten werden untergehen. Je früher wir uns mit diesem Sachverhalt vertraut machen, desto besser für unsere demokratische und selbstbestimmte Zukunft" (S. 37). Eine demokratische Neugestaltung Europas finde in einer nachnationalen europäischen Zukunft statt, in der die Regionen und die Bürger ins Zentrum rücken: ohne das „Gegröle nationalistischer und völkischer Parolen" (S. 34). Diese postnationale Ausgestaltung kann nur demokratisch erfolgen, weshalb die europäischen Institutionen eine stärkere demokratische Legitimation erfahren und in einer europäischen Republik münden sollen. Interessant ist, dass Menasse hier keine konkreten Institutionen beim Namen nennt, auch wenn er wohl das Europäische Parlament und die Kommission adressiert, möchte er sich kaum in die Reihe der Befürworter einer bloß institutionellen Perspektive, die die Parlamentisierung vorantreiben will, einreihen. Wie Guérot ist für ihn die europäische Republik als politisches Erbe der Aufklärung sein wegweisendes Ziel, anders als sie ist er aber durchaus bereit, über konkrete institutionelle Reformen in der EU nachzudenken, selbst wenn diese recht vage bleiben. Weniger skeptisch als Isensee ist der Beitrag von Werner Weidenfeld: Er veranschaulicht, dass das Europa der Regionen immer wieder eine Renaissance erfährt. Zugleich seien sowohl das politische System der EU als auch die zahlreichen gegenwärtigen Konflikte so unüberschaubar, dass die Bürger nach Komplexitätsreduktion lechzen und für einfache Antworten zugänglicher sind: „In fast jedem Mitgliedsstaat gibt es Fluchtbewegungen aus der Komplexität der Lage in die einfache Formel des populistischen Extremismus" (S. 41). Weidenfeld fordert eine neue, nachhaltige und strategische Vision für ein „smartes Europa" (S. 45). Drei Fragen müsse sich Europa stellen: Wer führt die EU und wer übernimmt die politische Verantwortung? Wie lassen sich Ent-

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

scheidungsfindungen transparenter machen? Wie lässt sich die Legitimation europäischen Regierens erhöhen, damit sich die Bürger nicht weiter vom „Monster Europa“ (S. 47) aus Brüssel entfernen?

Auch der emeritierte Professor Winfried Böttcher fragte in der von Jürgen Lauer herausgegebenen Aufsatzsammlung *Nachdenken über Europa* in über 40 Jahren seiner Forschungstätigkeit immerwährend nach der Zukunft Europas. Die Themen in den etwa 20 Beiträgen können unter den Prioritäten postnationale Vergemeinschaftung und Europafähigkeit durch politische Bildung, Europa im globalen Kontext und Demokratisierung durch Regionalisierung zusammengefasst werden. In einem bereits 1998 erschienenen Aufsatz nennt Böttcher fünf ideengeschichtliche Merkmale einer transnationalen europäischen Identität: „Würde und Freiheit des Individuums – Rechtsstaatlichkeit – soziale Verantwortung – das Recht auf Selbstverwaltung – die Suche nach der Wahrheit“ (S. 156). Da europäische Politik von der Bevölkerung legitimiert sein müsse, kritisiert er schon damals den Trend, dass Regionen zunehmend „zu bloßen Verwaltungseinheiten reduziert werden“ und hält dem entgegen: „Die Politik von unten hat umso größere Chancen, möglichst effektiv umgesetzt zu werden, je breiter die politischen Gestaltungsspielräume tatsächlich auf der regionalen Ebene implementiert werden und von ihnen auch umfassend Gebrauch gemacht wird“ (S. 158). In Anlehnung an die operationellen Programme der EU-Strukturfonds kritisiert er zudem die Europäisierung und Gleichmacherei durch die One-Size-Fits-All-Logik der Regionalförderung. Aktive Teilnahme europäischer Bürger sei nur möglich, wenn Gestaltungsspielraum und Platz zum Atmen für kreative Lösungen möglich sind. Die Idee der regionalen Demokratie trägt auch neuere Schriften, etwa einen überarbeiteten Vortrag aus dem Jahre 2013 zur Griechenlandkrise, in dem er die „bis auf weiteres andauernde Krise der europäischen Entsolidarisierung“ (S. 251) und den Aufstieg der Populisten aufgrund von „nationalistische[r] Paranoia“ – verursacht durch ein „unheilvolles, explosives Gemisch aus rechtspopulistischen Sprüchen und einer zunehmenden Europaskepsis“ (S. 252) moniert. Neben einer Demaskierung von rechtsextremen Ideologien und Parteien plädiert er für ein stärkeres Werben für das europäische Projekt insbesondere unter gegenüber Jugendlichen. Es müsse deutlich gemacht werden, dass der Nationalstaat „seine wichtige historische Funktion erfüllt [hat]. So war er sicherlich ein Fortschritt, um den Feudalismus zu überwinden“ (S. 254). Dieser Appell nach „mehr Europa, weniger Nationalstaat und mehr Demokratie“ (S. 255) mag an politische Sonntagsreden der 1980er und 1990er Jahre erinnern. Mehr Demokratie in Europa scheint nicht länger auf der Tagesordnung zu stehen: Wo die Kommission noch vor einigen Jahren in den Weißbüchern noch fragte, wie man die EU demokratisieren kann, heißt es heute nichtssagend: „Zukunft Europas“. Jedoch ist Böttchers Vorschlag immer noch instruktiv. Er zeigt, dass im Zuge von Globalisierungsprozessen der Nationalstaat zwangsläufig an Handlungsoptionen verliert, die nur durch eine Europäisierung aufgefangen werden können. Die Zukunft Europas soll in einem Dreiebenenmodell einer Europäischen Republik organisiert werden. Auch hier finden wir wie bei Guérot und Menasse den Begriff der Europäischen Republik wieder. Gerade weil der Begriff der Republik

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

nicht so tiefgreifend politikphilosophisch hergeleitet wird wie bei Guérot, kann Böttcher ein wesentlich konkreteres Modell präsentieren: „Ich stelle mir ein Dreiebenenmodell vor – anders, als es heute verstanden wird – mit einer anderen Europäischen Union als Global Player und mit den Regionen als dem Hort der Demokratie, dazwischen die Nationalstaaten als Schiedsrichter, vorläufig wenigstens“ (S. 262). Mit diesem neuen Konstrukt, so hofft er, kann nicht nur das Legitimationsdefizit europäischen Regierens, die Bürgerferne, das intergouvernementale Verhandlungssystem und die marktrationale Brüsseler Bürokratie reduziert werden. Dass Böttcher gegenüber einer Reformbarkeit der EU skeptisch bleibt, veranschaulicht, weshalb er ähnlich wie Guérot für eine Neuausgestaltung eines „Europa der Vereinigten Regionen“ (S. 262) plädiert: „Da wir nicht davon ausgehen, dass die heutige Europäische Union mit ihren Defiziten transformierbar ist, brauchen wir uns nicht weiter mit den Widerständen des alten Systems zu befassen“ (S. 262). Das Europa der Vereinigten Regionen solle aus einem Völkerhaus und einem Regionenhaus bestehen, die die legislativen Organe darstellen. Beide Häuser werden direkt von der Bevölkerung in der Region gewählt. Die jeweiligen Regionen sollen nach dem Vorbild der Schweizer Kantone in all den Bereichen der „low politics“ zuständig sein. Böttcher dehnt diesen Bereich auch auf die Justiz und Polizei aus. Seine Identität erfährt das Europa der Vereinten Regionen durch den aktiven Bürger, der gleichermaßen an seine Region gebunden ist. Politiktheoretisch erinnert Böttcher an kommunitaristisch-normative Demokratietheorien wie etwa an die „Strong Democracy“ von Benjamin Barber. Auch bei Böttcher finden sich diese Grundzüge. Neben dem in der Gemeinschaft lebenden Individuum sieht er auch das Prinzip – anders als Guérot – der Subsidiarität und demnach die regionale Ebene als bestimmungsgebend an: „Auf zwei Säulen ruht die Demokratie in einer Region: individuell auf der Identifikation des Individuums und institutionell auf der Subsidiarität“ (S. 265). Mit der Mischung aus Regionalismus, Föderalismus und regionaler Demokratie ist Europa in einer globalisierten Welt gewappnet.

8. Fazit

Überschaut man die einzelnen Beiträge, so zeichnet sich die aktuelle Literatur durch eine gewisse Ernüchterung aus: „Mehr Europa“ war einmal, es geht eher darum, es besser zu machen. Die Vorschläge, Europa bürgernäher, demokratischer, funktions- und handlungsfähiger, effizienter, innovativer, gemeinschaftlicher und solidarischer zu gestalten, bleiben aber so verschieden, wie die Disziplinen und persönlichen Hintergründe der jeweiligen Autoren. Mit drei Strukturbegriffen lassen sich die vorgestellten Publikationen bewerten:

(1) Demokratiebegriff: In vielen Publikationen bleibt er ebenso inflationär wie theoretisch unreflektiert. Zumindest findet sich keine Einheitlichkeit: In den Zukunftsszenarien der europäischen Demokratie finden sich unterschiedlichste

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Elemente aus normativen, direkten und repräsentativen Demokratietheorien wieder. In anderen Beiträgen fehlt der demokratietheoretische Unterbau völlig. Doch: Wer über die europäische Demokratie nachdenken will, sollte zuerst über Demokratie nachdenken.

(2) Krisenbegriff: Auch dieser bleibt meist schemenhaft. Fast möchte man sagen, dass es so viele Krisen wie Autoren gibt. Aus den unterschiedlichen Krisensymptomen entstehen je disparate Handlungsempfehlungen, wie die Europäische Union reformiert werden kann. Radikalere Beiträge fordern die Aufgabe der EU oder der Eurozone, während moderatere Autoren immer noch ein vorhandenes Reformpotenzial der EU sehen. Einige Beiträge fordern die Renationalisierung europäischer Kernbereiche oder der Gesetzgebung, andere proklamieren die Errichtung einer postnationalen europäischen Republik im Namen eines Europas der Regionen, um das europäische Projekt wieder näher an den Bürger heranzuführen.

(3) Identitätsbegriff: Auch hinter dem ebenfalls gern verwendeten Terminus müssen Fragezeichen stehen bleiben. Es findet sich weder Einhelligkeit darüber, was eine europäische Identität sein soll, noch wie sie gefördert werden kann, ohne auszugrenzen, noch wird eine Definition angeboten, die ihn nicht den Populisten überlässt. Vielmehr wirkt der Identitätsbegriff wie etwas, das kollektive Befindlichkeiten unreflektiert zusammenfassen soll.

Einige der hier vorgestellten Vorschläge sind auch in dem *Weißbuch zur Zukunft Europas* der Europäischen Kommission erwähnt. Den Ball hat die Kommission mit dem *Weißbuch* nun den Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten zurückgespielt. Es liegt in deren Händen zu entscheiden, wie sie mit den Vorschlägen der EU weiter verfahren.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Sammelrezension:

Die Neue Rechte – nationalistische Eigenbrötler und extreme Stichwortgeber des Rechtspopulismus

Von Hans-Gerd Jaschke

Daniel Friberg, Die Rückkehr der echten Rechten. Handbuch für die wahre Opposition, Berlin 2016 (*Europa Terra Nostra*), 100 S.

Renaud Camus, Revolte gegen den Großen Austausch. Schnellroda 2016 (*Antaios*), 222 S.

Götz Kubitschek, Die Spurbreite des schmalen Grats 2000-2016, Schnellroda 2016 (*Antaios*), 288 S.

Thorsten Hinz, Das verlorene Land. Aufsätze zur deutschen Geschichtspolitik, 4. Aufl., Berlin 2016 (*Junge Freiheit*), 260 S.

Karlheinz Weißmann, Rubikon. Deutschland vor der Entscheidung, Berlin 2016 (*Junge Freiheit*), 265 S.

Karlheinz Weißmann, GegenAufklärung Bd. 2. Gedankensplitter, Notate, Sentenzen, Berlin 2016 (*Junge Freiheit*), 248 S.

Josef Schüßlburner, „Verfassungsschutz". Der Extremismus der politischen Mitte, Schnellroda 2016 (*Institut für Staatspolitik*), 61 S.

Im Zentrum der aktuellen politischen und wissenschaftlichen Debatten über Rechtsextremismus stehen Themen wie die anhaltende Gewalt gegen Flüchtlinge auf der einen Seite, Erfolge von rechtspopulistischen Parteien und Bewegungen auf der anderen. Dies hat gute Gründe, denn die Phänomene zwischen diesen beiden Endpunkten scheinen sich zu verfestigen und zur dauerhaften Herausforderung zu werden. Dabei handelt es sich längst um gesamteuropäische Angriffe auf die Grundlagen westlicher Demokratien. In der sozialwissenschaftlichen Diskussion dominieren Fragen nach der sozialen Basis des Protestes von rechtsaußen, veränderten Strukturen der Agitation und Kommunikation im digitalen Zeitalter und nicht zuletzt kritische Analysen von staatlichen Aktionen und Reaktionen zwischen Repression und Prävention. Fragenkataloge zu diesen Themen beziehen sich häufig auf das Aufgreifen und Weiterentwickeln älterer Forschungen über Rechtsextremismus. Vernachlässigt werden derzeit eher grundsätzliche Fragen nach Veränderungen der geistigen Grundlagen und Hintergründe solcher Phänomene, die noch vor konkreten Programmen und Forderungen liegen. Weiterhin wenig differenziert sind Begriffe, mit denen solchen Aspekten näherzukommen wäre: Was bedeuten Konservatismus, Nationalismus und Rechtspopulismus heute? Sollte mit dem Begriff einer Neuen Rechten weitergearbeitet werden, noch umfassender: Was kennzeichnet „rechtes" Denken heute? Haben wir es mit einer Zunahme von rechten Verschwörungstheorien zu tun? Oder

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

ändern sich bloß die Erscheinungsformen der Rechten, während die Kernelemente, wie etwa die Annahme unlösbarer Bindungen an die Ethnie, unverändert bleiben?

Im Folgenden werden einige Neuerscheinungen vorgestellt, die dem „rechten" Spektrum im weiteren Sinne zugeordnet werden müssen. An diesen Beispielen sollen die oben gestellten Fragen ansatzweise näher konkretisiert werden. Die hier besprochenen Publikationen bewegen sich in der geistigen Grauzone zwischen der Wochenzeitung *Junge Freiheit*, der Neuen Rechten und der Identitären Bewegung. Es muss vor allem gefragt werden: Bestimmen weiterhin Kritik und Ablehnung des aufklärerischen Denkens, Ethnopluralismus und Nationalismus diese Diskurse? Gibt es Schwerpunktverlagerungen oder gar neuartige Entwicklungen? Darüber hinaus ist zu fragen: Worin besteht die Funktion dieses politischen Spektrums heute? Handelt es sich um eine verschwindend kleine Szene völkisch-nationalistischer Eigenbrötler oder entwickeln sich hier beachtenswerte Stichwortgeber der *Alternative für Deutschland* (AfD)?

Noch vor den recht erfolgreichen gegenwärtigen europaweiten rechtspopulistischen Parteien und Protestbewegungen hatte die von der französischen Nouvelle Droite in den 1970er Jahren ausgehende Neue Rechte einen europaweiten Geltungsanspruch erhoben. Auf ihren Fahnen stand die Forderung, die Werte der Französischen Revolution – Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit –, die angeblich in einen zügellosen Liberalismus gemündet sind, zu bekämpfen zugunsten vorrevolutionärer europäischer Werte, allen voran die ethnische und kulturelle Identität der europäischen Völker. Strategisch sollte in Anlehnung an Antonio Gramsci der metapolitische Kulturkampf entfesselt werden: das Deuten und Besetzen von Begriffen, die dann in die politische Arena getragen werden sollten. Mit diesem Programm hatte die Neue Rechte in Frankreich durchaus Erfolge, in Deutschland blieben ähnliche Versuche mehr oder weniger bedeutungslos. Zu Beginn der 2000er Jahre hat sich das Spektrum der Neuen Rechten umorganisiert: Das Medium Internet wurde verstärkt genutzt, neue Verlags- und Institutsgründungen wie etwa das im Jahr 2000 ins Leben gerufene Institut für Staatspolitik samt angeschlossenem Verlag, Publikationsreihe und Zeitschrift sollten die Kräfte bündeln und vorantreiben. Eine jüngere Generation von Aktivisten begann, die ältere abzulösen. Dieter Stein, Chefredakteur der *Jungen Freiheit*, der Historiker Karlheinz Weißmann und der Verleger Götz Kubitschek waren daran maßgeblich beteiligt.

Das Manifest von Daniel Friberg über *Die Rückkehr der echten Rechten* greift diese Traditionen auf, bewegt sich aber in einem stärker europäisch orientierten Rahmen. Friberg, ein 1978 in Schweden geborener Geschäftsmann, spielt im internationalen und grenzüberschreitenden Rechtsextremismus eine mobilisierende Rolle, vor allem auf dem Gebiet rechtsextremer Medien: Er ist unter anderem Mitbegründer von *Arktos Media*, einem führenden britischen Verlag rechter und rechtsextremer Literatur und ist verantwortlich für die Anfang 2017 gegründete website www.righton.net. Weite Teile des Manifests über die *Rückkehr der echten Rechten* greifen Begriffe auf, die von der französischen Neuen Rechten propagiert wurden: „Metapolitik" in Anlehnung an Antonio Gramsci als Strategie des intellektuellen Kampfes und

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Vorbereitung des politischen oder auch „Ethnopluralismus“ als notwendige Verschiedenheit der Völker und Barriere für multiethnische Perspektiven. Im Unterschied zur Neuen Rechten fehlen bei Friberg jedoch antikapitalistische Kritiken. Die Linke wird, mehr noch, ganz in der Tradition der alten, antikommunistischen Rechten, als ein Hauptfeind gesehen, deren Vormarsch, begünstigt durch eine nicht mehr zeitgemäße alte Rechte, nun kulturkämpferisch und politisch überwunden werden müsse. Im Gegensatz zum europäischen Rechtspopulismus propagiert Friberg ein geeintes, unabhängiges Europa mit einer gemeinsamen Außenpolitik und einem gemeinsamen Militär. „Trotz der Notwendigkeit politischer Integration sollten lokale, regionale und nationale Identitäten innerhalb der Grenzen Europas anerkannt, unterstützt, mit Rechten versehen und weiter ausgebildet werden“ (S. 25). Neben solch moderaten Tönen bedient der Autor die altbekannte Klaviatur der rassistischen Aggression: „Fremde Horden“, heißt es an anderer Stelle, „besiedeln unsere Heimatländer mit ausdrücklicher Unterstützung der Eliten, und die Völker unseres Kontinents tun nichts, um dem entgegenzutreten“ (S. 15).

Ein abschließender Teil des Manifests besteht aus Aufforderungen an die Leser. Friberg offeriert dabei die Perspektive einer in Schweden und darüber hinaus angeblich von den – die Medien beherrschenden – Linken verfolgten Gruppe der „echten Rechten“. Er empfiehlt kämpferischen Widerstand gegen diese „Mainstream-Journalisten“ und gegen antifaschistische Gruppen. Am Ende des Manifests findet sich ein alphabetisch geordnetes „metapolitisches Wörterbuch“, das Beiträge enthält von A wie „Antiliberalismus“ bis Z wie „Zivilgesellschaft“. Wofür und in welcher Tradition steht dieses Manifest? Es ist ein Sammelsurium aus Begriffen und Positionen der französischen Neuen Rechten der 1970er Jahre, angereichert mit klaren Feindbildern wie der/den Linke(n) und den „Mainstream-Medien“. Kämpferisches Pathos soll offensichtlich dazu beitragen, die „Rechte“ in Europa zu mobilisieren und die Gräben zwischen den verschiedenen Lagern der extremen Rechten zu überwinden.

Mit Friberg ist die Grundmelodie angestimmt, die von den hier zu besprechenden Autoren weitergespielt wird. Es geht immer wieder um Elitenkritik, Identität, völkischen Nationalismus, Medienschelte und neuen Aufbruch. Ausgesprochen kämpferisch gibt sich der französische Autor Renaud Camus in seiner *Revolte gegen den Großen Austausch*. Gemeint ist nicht weniger als der – angebliche – „Austausch“ der alteingesessenen französischen und europäischen Bevölkerung durch afrikanische Zuwanderer. Er führe zur „Auflösung der Völker“ (S. 44). Es handele sich um einen laufenden Prozess und „um ethnische und kulturelle Substitution, als demographische Überschwemmung, als Gegen-Kolonisation, als Eroberung Europas durch Afrika, eine spiegelbildliche Kopie der einstigen Eroberung Afrikas durch Europäer“ (S. 161). In immer neuen drastischen Bildern, bezogen etwa auf Kriminalität, kulturelle Praktiken und Sozialleistungen, beschwört Camus apokalyptische Szenarien von der Auflösung der europäischen „Völker“. Europa stehe die Eroberung bevor, „insbesondere in Gestalt seines sichtbarsten und aggressivsten Herausforderers, des Islams“ (S. 175). Camus geht es nicht um eine angemessene historisch-politische Beweisführung, die vor dem Hintergrund jahrhundertelanger und andauernder

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Migrationen und Mischkulturen auch keinerlei Aussicht auf Erfolg hätte. Ihm geht es vielmehr um Horrorgemälde und Mobilisierung der Rechten, obgleich er sich vom Front National distanziert wegen dessen ablehnender Haltung zur Europäischen Union. Seine von apokalyptischen Untertönen durchzogene Darstellung liefert Munition für sämtliche Spielarten des modernen völkisch-nationalistischen und rassistischen Denkens.

Bemerkenswert an diesem Band ist das Nachwort von Martin Sellner, Mitbegründer und Leiter der Identitären Bewegung Österreichs, der mit der AfD-Jugend zusammenarbeitet. Ihm geht es um die „metapolitische" Besetzung von Begriffen, und da findet er den von Camus geprägten Begriff des „Großen Austauschs" wie geschaffen für die Neue Rechte. Er versammle Demografie, Sprache und Kultur und die Frage nach der ethnokulturellen Identität, „die entscheidende Frage des 21. Jahrhundert" (S. 195). Sellners Appelle richten sich nicht gegen die Zuwanderer als Personen, sondern an die Macher des Austauschs, denn „der Große Austausch ist das Problem, nie der einzelne Ausländer, der einzelne Moslem" (S. 208). Die Drahtzieher sind in den Augen von Sellner die „Lügenpresse", internationale Konzerne, migrationsfreundliche Parteien sowie Intellektuelle und Kulturproduzenten. Es sei die Aufgabe der Identitären, das „patriotische Lager" zu einen und „den Begriff des Großen Austausches und die dahinterstehenden Erkenntnisse im patriotischen Lager zu ‚hegemonialisieren'" (S. 213). Der notwendige Aufstand gegen den „großen Austausch" müsse sich gegen die Desinformationen der etablierten Medien richten, gegen die von ihnen stets befeuerte „Moralkeule" (S. 217) und den „neulinken Schuldkult" (S. 201).

Camus' Buch über den „großen Austausch" erscheint nicht zufällig im Schnellrodaer Verlag *Antaios* des Verlegers Götz Kubitschek. Es passt in Kubitscheks Strategie der Propagierung zeitgemäßer neurechter Positionen in einem gesellschaftlichen Umfeld, in dem sich Konflikte um Zuwanderung, Kultur und Identät zuspitzen. In seinem Buch über *Die Spurbreite des schmalen Grats* findet sich eine Aufgabenbeschreibung für die Neue Rechte in einem einzigen Satz: „Das Konservative, das Rechte, das Reaktionäre, das Unzeitgemäße, das Widerständige, das Immergültige muß gestärkt werden – in der AfD genauso wie gesamtgesellschaftlich" (S. 119). Der von Camus geprägte Begriff des „großen Austauschs" wird von Kubitschek affirmativ verwendet und als empirische Tatsache vorausgesetzt: „Soll der Große Austausch unseres Volkes gefördert, hingenommen, moderiert, verzögert oder verhindert werden?" (S. 138). Es geht demnach nur noch um angemessene Reaktionsweisen, nicht mehr, wie es an anderer Stelle voller Zynismus heißt, um „das Verschieben von Menschenmassen durch halbe Kontinente" (S. 9).

Kubitschek bewegt sich in verschiedenen Lagern und Strömungen der Rechten – er gibt eine rechtsintellektuelle Zeitschrift heraus (*Sezession*), gilt als Freund des AfD-Rechtsaußen Björn Höcke, als „Vordenker" der Neuen Rechten und der Identitären Bewegung und hielt eine Rede zum 2. Jahrestag von PEGIDA am 16. Oktober 2016 in Dresden. Laut Klappentext ist er, innerdeutscher Migrant von Oberschwa-

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

ben nach Sachsen-Anhalt, „gottfroh, den Westen auch geistig hinter sich gelassen zu haben“.

Kubitscheks Buch *Die Spurbreite des schmalen Grats* versammelt 33 Aufsätze, die zwischen 2000 und 2016 in der von ihm herausgegebenen neurechten Zeitschrift *Sezession* erschienen sind. Die Überschriften der sieben Abschnitte lauten etwa „Eingang“, „Töne“, „Provokation“ und „Wir selbst“. Der Stil des Buchs ist gewollt literarisch, essayistisch, polemisch, zynisch, er erinnert an den kulturpessimistischen Schreibstil neurechter Heroen von Ernst Jünger bis Armin Mohler. Dem Leser bleibt jedoch verborgen, ob es sich um wirklich authentisches Denken handelt oder um bloße Attitüde. Ein großes Raunen großer Wahrheiten in großer Pose ist über 284 Seiten hinweg allgegenwärtig: „Geburtenschwund, Überfremdung und Bildungsverfall haben unser Land todkrank gemacht“ (S. 46). „Todkrank, wie unsere Nation ist, wäre es schon viel, wenn wir eine Krise wahrnähmen“ (S. 64). So geht es immer weiter, eingeschlossen geschichtspolitische Erkenntnisse über den Widerstand im Nationalsozialismus der folgenden Art: Als „dümmliche Eindimensionalität“ erscheint dem Autor „die gegenwärtige Lehre jedoch, nach der jeder Bub und jedes Mädchen damals hätten ein Hans und eine Sophie Scholl sein müssen“ (S. 176). Kubitscheks Alternative: „Man konnte sich 1933 also irren oder die Lage verkennen oder aber an einer Revolution teilhaben wollen, die sich in rasantem Tempo anschickte, eine neue Ordnung herzustellen und den Staat neu zu bauen“ (S. 175).

Was steckt hinter dem geschichtspolitischen Zynismus der Neuen Rechten? 47 Artikel und Aufsätze, die Thorsten Hinz in der *Jungen Freiheit* publiziert hat, sind in seinem wieder aufgelegten Sammelband *Das verlorene Land* versammelt. Schon das 2016 verfasste Vorwort zur vierten Auflage bedient mit aggressiver Rhetorik die Stimmungslage der neuen, aber auch der alten Rechten: Der Autor beklagt „das fatale Bewußtsein einer metaphysischen, untilgbaren Schuld“ (S. 14), die „Sakralisierung des Holocaust“ und die „Holocaust-Religion“ (S. 15). An die Adresse der „Bußprediger“ gerichtet erinnert Hinz an die „simple Wahrheit, […] dass die Deutschen keineswegs die Alleinschuldigen der Weltgeschichte und alle anderen ihre Engel sind“ (S. 44). Das Holocaust-Mahnmal in Berlin nennt er den „totalen Zusammenbruch des bisherigen Geschichtsbewußtseins“ und eine „vollständige moralische Kapitulation“ (S. 15). Eingerahmt ist dieser Relativierungsversuch deutscher Schuld und Verantwortung in plakative Redensarten von einer „Völkerwanderung aus der Dritten Welt“ (S. 14) oder einem Satz wie diesem: „Deutschland ist für die einströmenden Heerscharen der Hauptmagnet“ (S. 14). Hier regiert der rechtsextreme Indikativ, Differenzierung und Reflexion sind nicht gefragt.

Man mag eigentlich nicht mehr weiterlesen angesichts eines derartig dogmatischen neu- und zugleich altrechten Geschichtsrevisionismus, der seit den Tagen der *National- und Soldatenzeitung* in den 1950er Jahren bekannt ist und jahrzehntelang dort wöchentlich nachzulesen war. Doch Hinz ist nicht Autor der *National-Zeitung*, sondern der *Jungen Freiheit*, die sich als rechts und konservativ, aber nicht rechtsextremistisch versteht. Es scheint so, als gehe die geschichtspolitische Perspektive der Neuen Rechten in die Richtung der alten: Verharmlosung von Schuld, gegenseitige

https://doi.org/10.5771/9783645288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Aufrechnung, Relativierung, Leugnung – all dies war und ist von der dogmatischen Strömung des organisierten Rechtsextremismus seit langem bekannt. Hier wird es verpackt in Ironie und Zynismus, Hohn und Spott.

Karlheinz Weißmann gehört zu jenen Autoren, die regelmäßig das neurechte Geschichtsbild in vielen Publikationen gepredigt haben. Jetzt hat er eine Zeitdiagnose vorgelegt, die auf der Grundlage entsprechender Begrifflichkeiten wesentliche gegenwärtige Entwicklungen einschätzt. Das Buch *Rubikon* ist, man mag es glauben oder nicht, „denjenigen gewidmet, die daran festgehalten haben, daß Deutschland gerettet werden soll“ (S. 10). Im Vorwort geht es um die „tonangebenden Kreise“ (S. 7), um das „Versagen der politischen Klasse“ (S. 9) und einen „Typus unter den Verantwortlichen“, „der nichts anderes gelernt hat, als Probleme auszusitzen, endlos zu palavern und allfällige Kompromisse zu schließen“ (S. 9). Diese Form der Eliten-Kritik im Indikativ mit Ausrufezeichen durchzieht das ganze Buch. Sie bedient das Ressentiment „wir da unten“ gegen „die da oben“, das von den rechtspopulistischen Bewegungen unserer Tage sattsam bekannt ist. So verwundert es auch nicht, dass Weißmann sein Buch bei einer Veranstaltung des Dresdener Kreisverbandes der AfD im August 2016 öffentlich vorgestellt hat. Inhaltlich wäre zu Weißmanns Eliten-Kritik etwa auf Max Webers Überlegungen zur Herrschaft der Bürokratie oder auch seine berühmte Studie über *Politik als Beruf* von 1919 hinzuweisen, um platten neurechten Parolen von der Entscheidungsunfähigkeit von Politikern den Wind aus den Segeln zu nehmen.

In weiteren Kapiteln geht es wie gehabt um „Völkerwanderung“, „Gegenkolonisierung“ (S. 85) und „die fatalen Folgen der Masseneinwanderung“ (S. 85), um „Staatsversagen“ (S. 171 ff.) und „Identität“ (S. 201 ff.). Kritiken am Liberalismus und am Multikulturalismus verstärken den Eindruck, dass es in diesem zeitdiagnostischen Rundumschlag um nichts Anderes geht als darum, anhand neuerer politischer und gesellschaftlicher Entwicklungen die Gültigkeit der altbekannten neurechten Begrifflichkeiten zu unterstreichen, so auch in dem Weißmann-Band *GegenAufklärung*. Er enthält kurze, oft nur mehrzeilige *Gedankensplitter, Notate, Sentenzen*, die ursprünglich als Kolumne in der *Jungen Freiheit* erschienen sind. Zwei Beispiele: „Opposition setzt zumindest eine Position voraus“ (S. 209). Und: „Der Konservative kann meinen, daß die Einrichtungen der Vergangenheit bessere waren, aber nicht, daß die Menschen bessere waren“ (S. 101).

Es lohnt ein Blick in die Einleitung dieses Aphorismen-Bandes, denn sie informiert einmal mehr über Freund und Feind im Lager des Konservatismus und der Neuen Rechten. Weißmann geht es um „die notwendige Kritik an einer Weltanschauung und ihren Folgen, die für wesentliche Fehlentwicklungen der Gegenwart verantwortlich ist“ (S. 7). Gemeint sind hier Jürgen Habermas und die Frankfurter Schule, deren Festhalten an der Aufklärung und an der Westbindung. Weißmann nennt Habermas einen zentralen „Denkmeister der Linken, das heißt der Tonangebenden in allen Bereichen der Meinungsbildung, ganz gleich ob es sich um Schule oder Universität, Kirche oder Medien handelt“ (S. 8). Doch für Weißmann gibt es Hoffnung: die Rechtspopulisten in ganz Europa, die Krise der EU und der Brexit –

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

all das sind für ihn Zeichen einer Zeitenwende, die mit den Folgewirkungen des verfehlten Denkens der Frankfurter Schule Schluss machen wird. Hier muss man sich nun in der Tat fragen, ob bei Weißmann Realitätsblindheit oder Verschwörungstheorien die Oberhand gewonnen haben. Die Indienstnahme der Frankfurter Schule durch Konservative und Rechtsradikale als Urheber gesellschaftlicher und politischer Fehlentwicklungen hat eine lange Geschichte. Weißmanns Kritik erinnert in Inhalt und Duktus an jene des Stuttgarter Sozialphilosophen Günter Rohrmoser, die dieser schon 1970 vorgelegt hatte.[1]

In der vom Institut für Staatspolitik herausgegebenen „wissenschaftlichen Reihe" erschienen unter anderem Titel mit folgenden Überschriften: *Ansturm auf Europa. Ist das Grundrecht auf Asyl noch zeitgemäß? – Ist der Islam unser Feind? – Der Weg in den Mainstream. Wie linke Journalisten den Ton angeben*. Solche Titel könnte man sich gut vorstellen in konservativen Verlagen oder Akademien. Das von Kubitschek geleitete Institut nahm nicht zufällig ab Beginn der 2000er Jahre einen Aufschwung, als der etablierte Konservatismus in Deutschland mehr und mehr hinter die Sozialdemokratisierung der CDU unter Kanzlerin Angela Merkel zurückzutreten begann. Die „wissenschaftliche Reihe" sucht die Brücke zum Konservatismus, versucht ihn aber mit rechtsradikalen und rechtsextremistischen Positionen zu versöhnen. Nun ist in diesen Schriften eine Polemik gegen den Verfassungsschutz erschienen, die Verschwörungstheorien mit biografischen Erfahrungen des Autors verknüpft. Josef Schüßlburner war, wie er selbst bemerkt, Regierungsdirektor, gegen den aufgrund rechtsextremistischer Betätigung disziplinarrechtliche Maßnahmen auf der Grundlage von Beobachtungen durch den Verfassungsschutz ergriffen wurden. Für ihn ist der Verfassungsschutz eine „Bürgerbeobachtungsbehörde" und „staatliches Propagandainstrument" (S. 5). Die „Staatssicherheitsbehörde" (S. 8) als „Regierungspropaganda" (S. 18) münde in die „staatliche Bekämpfung politischer Anschauungen" (S. 20).

Bemerkenswert an diesem Pamphlet ist nicht die Schrift selber, sondern ihre Aufnahme in die „wissenschaftliche Reihe" des Instituts für Staatspolitik. Nicht nur belegt dieser Vorgang einmal mehr, dass die Reihe mit Wissenschaft nichts zu tun hat, sondern die rhetorische Aggressivität, mit der im Umfeld des Instituts für Staatspolitik gegen staatliche Einrichtungen – hier der Verfassungsschutz – vorgegangen wird. Auf diese Weise werden rechtskonservative Themen und Fragestellungen umgewandelt in rechtsextreme Deutungsmuster, wie sie seit Jahren und Jahrzehnten von den dogmatischen alten Rechtsextremisten bekannt sind.

Greifen wir abschließend unsere Ausgangsfrage wieder auf: Was gibt es Neues im geistigen Spektrum zwischen der *Jungen Freiheit*, einer Neuen Rechten und der Identitären Bewegung? Die vorherrschenden Deutungsmuster einer geschichtspolitischen Relativierung des Holocausts, der Ablehnung von Zuwanderung und das Bekenntnis zu „Ethnopluralismus" und auch Nationalismus bestimmen weiterhin das

1 Vgl. Günter Rohrmoser, Das Elend der kritischen Theorie. Theodor W. Adorno, Herbert Marcuse, Jürgen Habermas, Freiburg i.Br. 1970.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Denkgebäude in diesem politischen Milieu. Grundlegend Neues lässt sich nicht entdecken, doch die Tonart scheint sich zu verändern: Ein mal kämpferischer (Friberg, Camus), mal zynischer (Kubitschek, Hinz) Duktus ist festzustellen, verschwörungstheoretische Annahmen über die Feindbilder der politischen Linken, der Eliten, der Medien- und Meinungsmacher des Mainstreams würzen diesen insgesamt gesehen aggressiver gewordenen Stil.

Es lohnt sich, nicht nur Inhalte und Tonarten näher zu bestimmen, sondern auch nach den Funktionen der neurechten Literaturproduktion zu fragen. Mit dem Aufstieg der AfD, dem Dresdener PEGIDA-Phänomen und nennenswerten gesellschaftlichen Vorbehalten gegenüber Zuwanderung haben sich die Wirkungsmöglichkeiten der Neuen Rechten verändert: Es gibt nicht nur zahlreiche inhaltliche Überschneidungen mit der AfD und mit PEGIDA, sondern auch Kooperationsmöglichkeiten und dadurch politisch relevante Abnehmer einer neurechten „Metapolitik". Kubitscheks Auftritt bei PEGIDA, Höckes Vortrag beim Schnellrodaer Institut für Staatspolitik oder auch Weißmanns Buchpräsentation bei der AfD sind Hinweise auf Eingriffsmöglichkeiten im rechten und rechtsextremen Bereich politischer Öffentlichkeit die es für die Neue Rechte der 1980er und 1990er Jahre kaum gegeben hat. Dadurch wird sie heute zum Stichwortgeber des rechten Flügels der AfD und damit auch in deutsche Parlamente und Wahlkämpfe hineingetragen. Relativierende NS-Geschichtsdeutungen, Ablehnung von „Lügenpresse" und „Altparteien", Elitenkritik und völkischer Nationalismus – das sind die gemeinsamen Spielfelder von Rechtsextremismus und rechtem AfD-Flügel.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

»Kontrovers besprochen«:

Die gute Regierung

Pierre Rosanvallon, Die gute Regierung, Hamburg 2016 (*Hamburger Edition*), 376 S.

Von Peter Graf Kielmansegg (1)

Ein Buch, das den Titel *Die gute Regierung* trägt, tritt mit hohem Anspruch an. Pierre Rosanvallon, Professor für neuere und neueste politische Geschichte am Collège de France, hat ihn gewählt, um den Schlusspunkt hinter eine Serie von sieben der Demokratie gewidmeten Monographien zu setzen, die vor allem von der Geschichte Frankreichs seit der Großen Revolution inspiriert sind. Drei von ihnen liegen inzwischen in deutscher Sprache vor. Das Hamburger Institut für Sozialforschung nimmt sich Rosanvallons an. Keine Frage, dass er mit diesem Oeuvre zu den produktivsten Demokratieforschern der letzten beiden Jahrzehnte zählt.

Die Botschaft des Buchs lässt sich in wenigen Sätzen zusammenfassen: Die Schlüsselinstitution modernen Regierens ist nicht mehr die Legislative, sondern die Exekutive. Sie muss, wenn Demokratie bleiben soll, was sich Demokratie nennt, demokratisiert werden. Dazu bedarf es nichts weniger als einer zweiten demokratischen Revolution. Es bedarf, über das allgemeine Wahlrecht hinaus, neuer Einrichtungen und Praktiken, durch die die Bürger beständig auf die Exekutive einwirken können. Rosanvallon nennt das die Fortentwicklung der „Genehmigungsdemokratie" (gemeint ist eine Demokratie, in der die Regierten sich im Wesentlichen darauf beschränken, im Akt der Wahl den Regierenden Vollmachten zu erteilen) zur „Betätigungsdemokratie" (gemeint ist eine Demokratie, in der die Regierten in beständiger Interaktion mit den Regierenden ihre Souveränität aktiv behaupten). Diesem Argumentationsgang entspricht die Gliederung des Buchs. Die ersten beiden Abschnitte beschreiben den Aufstieg und die heutige Dominanz der exekutiven Gewalt. Die Abschnitte III und IV versuchen, ein Bild der „Betätigungsdemokratie" zu entwerfen.

Die Hauptthese des ersten Teils ist, dass die Dominanz der Exekutive in der Präsidialdemokratie ihre angemessene institutionelle Gestalt gefunden habe. Insofern stelle diese eine notwendige Form der Weiterentwicklung der Demokratie dar – aber nur in ihrer französischen, nicht in der älteren amerikanischen Ausprägung. Dass der präsidialen Demokratie französischen Typs eine Art von evolutionärer Legitimität zukommt, ändert freilich nichts daran, dass sie als bloße „Genehmigungsdemokratie" durch die zweite demokratische Revolution in eine „Betätigungsdemokratie" verwandelt werden muss.

Wie das geschehen kann, führt Rosanvallon im zweiten Teil aus. Er formuliert drei Prinzipien, die das Verhältnis zwischen Regierenden und Regierten bestimmen

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

sollen, dazu zwei Eigenschaften, die die „guten Regierenden“ auszeichnen. Der deutsche Text spricht, was die drei Prinzipien angeht, von „Lesbarkeit“, „Verantwortung“ und „Reaktivität“. Und nennt die beiden Eigenschaften „Wahrsprechen“ und „Integrität“. Mit dieser etwas hölzernen Begrifflichkeit, die wohl nicht nur der Übersetzung zuzurechnen ist, tut sich der Leser nicht ganz leicht.

Das Postulat, die Regierenden sollten integer sein und in einer Weise zu den Regierten sprechen, die diese als Partner eines Dialogs ernst nimmt, ist noch ohne große Mühe nachzuvollziehen, mag die – sehr einsichtige – Trivialität, um die es hier geht, auch umständlich expliziert werden. Mit den drei Prinzipien hat man größere Schwierigkeiten. Das Stichwort Lesbarkeit meint wohl, dass Politik durchschaubar und verstehbar sein müsse. Unter dem Stichwort Verantwortung wird gefordert, dass bürgerschaftliche Initiativen aller Art sich als permanentes „Tribunal der öffentlichen Meinung“ konstituieren sollten, „um die Macht unter Anklage zu stellen“, weil die traditionellen Verantwortungsmechanismen nicht mehr griffen. Zur Reaktivität schließlich – Responsivität wäre der besser eingeführte, naheliegendere Begriff – erfährt man, dass es um den Aufbau einer interaktiven Demokratie gehe, die die Regierenden zwinge, den Erwartungen der Bürger besser zu entsprechen; besser als es Wahlen, Petitionen, Demonstrationen und was es sonst an herkömmlichen Instrumentarien geben mag, vermöchten.

Die letzten Bemerkungen deuten bereits an: Die zukunftszugewandten Überlegungen über die Betätigungsdemokratie überzeugen deutlich weniger als die Abschnitte, die es mit der Vergangenheit zu tun haben. Das Buch hat seine Stärken in den historischen Partien, den institutionengeschichtlichen wie den geistesgeschichtlichen. Da brilliert Rosanvallon als ein profunder Kenner und scharfsinniger Analytiker insbesondere der französischen Demokratiegeschichte, aber auch vieler Pfade des politischen Denkens der Neuzeit. Man muss ihm auch da nicht in allem folgen. Ob die Präsidialverfassung der Fünften französischen Republik wirklich das Zukunftsmodell ist und das übrige Europa mit der dominierenden parlamentarischen Regierungsweise nur noch ein „Museum der im 19. Jahrhundert entstandenen liberal-demokratischen Institutionen“, darüber kann man streiten. Aber solche Rückfragen stellen die hohe Qualität von Rosanvallons in die Gegenwart hineingeführten demokratiegeschichtlichen Analysen nicht infrage.

Anders ist es um das bestellt, was man wohl Rosanvallons „Visionen“ nennen darf. Sie werden vor dem Hintergrund eines überaus düsteren Bildes des gegenwärtigen Zustandes der Demokratie entfaltet. Gewiss, da kommen viele spezifisch französische Malaisen zur Sprache – wie denn überhaupt, nicht überraschend, das ganze Buch sehr auf Frankreich fixiert ist. Aber auch wenn man das berücksichtigt, drängt sich der Eindruck auf: Rosanvallons kritisches Urteil über die Befindlichkeit der Demokratie ist in erstaunlichem Maße von Klischees bestimmt. Wo kann denn in Demokratien, die den Namen verdienen, davon die Rede sein, dass die politischen Eliten tun und lassen, was sie wollen? Gewiss ist die Selbstbezüglichkeit der politischen Klasse ein Problem. Aber sie geht Hand in Hand mit einer geradezu nervösen Sensibilität für Meinungsumfragen, für die Schwankungen der öffentlichen Mei-

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

nung, für den Druck der „Straße“. Wer gewählt werden will, kann es sich nicht leisten, taub zu sein. Wie viele Reformen sind nicht gerade in Frankreich an demonstrativen Bekundungen des „Volkszorns“ gescheitert! Gibt es nicht ein Demokratieproblem auch der Art, dass sich die Regierenden zu sehr von demoskopischen Daten, neuerdings von Internetstürmen abhängig machen? Die schlichte Behauptung, die Regierenden seien taub für die Wünsche des Volkes, verfehlt die Komplexität demokratischer Wirklichkeit weit.

Kann, so wäre weiter zu fragen, über die Gemeinwohlorientierung der Regierenden in einer Demokratie geurteilt werden, ohne über die Gemeinwohlorientierung der Wähler zu reden? Werden die Handlungsspielräume der Regierenden in der Demokratie nicht letztlich von der Einstellung der Wählermehrheiten bestimmt? Rosanvallons harsches Urteil über die Regierenden hält sich mit dieser Frage nicht auf.

Die zweite demokratische Revolution soll das Volk, auf das die Regierenden nicht hören, wieder zum „Souverän“ machen. Was das genau heißt, wird dem Leser nicht wirklich klar. Was Rosanvallon zur Charakterisierung einer neuartigen Beziehung zwischen Regierenden und Regierten sagt – Lesbarkeit, Verantwortung, Reaktivität, um die drei zentralen Stichworte in Erinnerung zu rufen –, bleibt auf der abstrakten Ebene bei allem offensichtlichen Engagement des Autors eigentümlich wolkig und unbestimmt. Auf der konkreten Ebene kann es den Anspruch, dass es um eine demokratische Revolution gehe, nicht einlösen.

Beschrieben, zumindest andeutungsweise, werden in den einschlägigen Passagen Institutionen und Organisationen, die um die traditionellen Verfassungsorgane der Demokratie ein dichtes Netz ständiger Überwachung legen sollen. Manches erinnert an Vorschläge, die unter der Überschrift „deliberative Demokratie“ (ein Stichwort, das merkwürdigerweise nicht fällt) gemacht worden sind. Aber in erster Linie geht es um Kontrolle. Selbst wenn diese Vision deutlichere Konturen hätte: Die Frage, was von der zweiten demokratischen Revolution zu halten sei, ist damit noch nicht beantwortet. Wie alle, für die Demokratie ein noch längst nicht eingelöstes Zukunftsversprechen ist, setzt auch Rosanvallon letztlich auf einen anderen Menschen; einen Menschen, für den das politische Engagement zur alltäglichen Selbstverständlichkeit geworden ist. Aber Politik ist für die meisten Menschen nicht die Mitte des Lebens. Und sie wird es auch nicht werden. Rosanvallon sagt selbst an einer Stelle, die Menschen wollten nicht selbst regieren, sondern gut regiert werden. Politisches Engagement ist, von Wahlen und gelegentlichen Volksabstimmungen abgesehen, eine Sache von Minderheiten mit sehr unterschiedlichen Motivationen. Die Institutionen der repräsentativen Demokratie haben genau die Aufgabe, diese Asymmetrien aufzufangen und in einen Prozess einzubinden, der an ein Votum der Bürgergesamtheit rückgebunden ist.

Im Übrigen drängt sich, ob nun Minderheiten oder Mehrheiten in Rosanvallons Netz von bürgerschaftlichen Überwachungs- und Kontrolleinrichtungen tätig werden, die Frage auf: Kann unter diesen Bedingungen überhaupt noch regiert werden? Es ist die Frage nach der richtigen Balance zwischen der Handlungsfähigkeit der politischen Institutionen und den Interventionsrechten der Bürger. Das „gute Regieren“

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

hat etwas mit dieser Balance zu tun. Und noch einen Schritt weitergedacht: Das „gute Regieren“, il buon governo – Ambrogio Lorenzettis berühmtes Fresko aus dem Palazzo pubblico in Siena führt es dem Betrachter vor Augen – ist an seinen Früchten zu erkennen. Für die Gegenwart heißt das: Gutes Regieren hat sich letztlich an den Schicksalsaufgaben, vor die das 21. Jahrhundert die Politik stellt, zu beweisen. Ob die Demokratie ihnen gewachsen ist, muss sich erst noch zeigen. Sie wird es vermutlich nicht sein, wenn sie sich ausschließlich über Beteiligungsrechte der Bürger definiert, so fundamental diese für ein demokratisches Gemeinwesen auch sein mögen. Aber das ist nicht Rosanvallons Sicht auf sein Thema.

Von Jens Reich (2)

Es geht in diesem Buch des französischen Zeithistorikers Pierre Rosanvallon um die Krise der modernen Demokratie, analysiert aus dem Blickwinkel des sich wandelnden Verhältnisses von Legislative und Exekutive im modernen Frankreich seit der Ersten Republik von 1792. Die Hauptthese ist, dass eine von Krisen unterbrochene Machtverschiebung von der ursprünglich dominierenden Legislative zu einer immer stärker werdenden Exekutive stattgefunden hat, die in die heutige Form der Präsidialdemokratie mündete, wie sie sich in der Verfassung der Fünften Republik von 1958 verkörpert. Das französische Staatssystem ist seither gekennzeichnet durch getrennte allgemeine Wahlen zur Bestimmung der Legislative (Parlament und Senat) und der Bestimmung der ausübenden Gewalt (in der Person des Präsidenten, der seinerseits den Premierminister als weiteren, kleineren, „Kopf“ der Exekutive ernennt).

Für Rosanvallon ist Frankreich der Paradefall einer allgemeinen Entwicklung der Demokratien „westlichen“ Typs, zu denen neuerdings auch einige der Nachfolgeländer der UdSSR und des Ostblocks gekommen sind. Auch hier sei die allgemeine Tendenz zur „Präsidialisierung“ der exekutiven Gewalt und ihrer Dominanz gegenüber der Legislative festzustellen. Einzelheiten der Präparation dieser Hypothese unter den im Einzelnen überall verschiedenen Bedingungen berücksichtigt er nicht. Lediglich die Weimarer Republik, als Versuchsexperiment einer präsidialen Demokratie, wird in einem Kapitel behandelt. Neben französischen und angelsächsischen Theoretikern geht Rosanvallon auch auf die Staatstheorien von Max Weber und Carl Schmitt ein.

Insgesamt hält Rosanvallon die zunehmende Dominanz der Exekutive in einer modernen Demokratie für unvermeidlich, weil die hochkomplexe moderne Gesellschaft nicht mehr durch allgemeine Regelsetzung und nachfolgende Auftragserteilung an die für die Details zuständige „vollziehende“ Gewalt zusammenzuhalten ist. Die Exekutive wird zur „regierenden“ Gewalt. Emblematisch dafür ist, dass in der Regel die Gesetzentwürfe und andere Beschlussvorlagen nicht mehr „aus der Mitte“

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

des Parlaments kommen, sondern aus der Regierung, die ihrerseits von der detaillierten Ausführung durch die Bürokratie abhängt.

Rosanvallon sieht die gravierenden Probleme sehr deutlich, die mit dieser Emanzipation der Exekutive von der Legislative einhergehen. Sie bestehen unter anderem darin, dass das Wahlvolk mit zunehmender Tendenz nicht mehr politische Interessen und Programme wählt, sondern Personen und ihr mehr oder weniger ausgeprägtes Charisma. Das Wahlvolk wird politikverdrossen, sieht seine Interessen nicht mehr hinreichend repräsentiert, wenn es alle vier oder fünf Jahre seine Stimme abgibt, als Mandat des Inhalts „mach Du jetzt mal!“ Die Parteien, die die Legislative besiedeln, werden verachtet und doch immer wieder gewählt. Zudem verlässt eine zunehmende Fraktion der Wählerschaft überhaupt den ganzen „Zirkus“ und geht nicht mehr wählen.

Es ist offensichtlich, dass diese Gestaltungsmacht der Exekutive bei gleichzeitig abnehmender demokratischer Legitimation Versuchungen mit sich bringt, ohne anstrengende Rückkopplung zum Souverän und sogar zum Parlament die notwendigen exekutiven Entscheidungen einfach durchzusetzen: entweder als Machtdelegation an eine Verwaltungs-Technokratie oder mittels exekutiven Ausnahmezustands. Die zweite Handlungsoption wird erleichtert, wenn man mit einem Staatsnotstand argumentieren kann. Zum Dauerzustand wurde dies in der letzten Phase der Weimarer Republik, als alles regierende Handeln nur noch über exekutive Notverordnungen ablief. Heutzutage kann der permanente Notstand durch terroristische Bedrohung entsprechende Ausnahmeregelungen legitimieren.

An diesem Argumentationspunkt bringt der Autor unter der Kapitelüberschrift „Unumgänglich und problematisch“ eine Zusammenstellung der demokratischen Gründe für die Präsidialisierung (direkte Wahl einer Person, die eine starke Exekutivgewalt bekommt). Er nennt zuerst die Befriedigung des Zuordnungsbedürfnisses – dass der Bürger wissen kann, wo die Verantwortung für das politische Handeln liegt, im zustimmenden wie im ablehnenden Sinne. Die Politik bekommt ein Gesicht und findet nicht nur in kungelnden Regierungsausschüssen statt. Die Präsidialisierung entspricht zudem einem Verlangen nach Verstehbarkeit, „Lesbarkeit“, der politischen Entscheidungen. Im Kontrast dazu droht mit der weitgehenden Personalisierung der exekutiven Gewalt auch eine Tendenz zu Illiberalismus und sogar Populismus. Für Rosanvallon lassen sich diese Tendenzen jedoch einhegen, indem man wirksame politische Kontroll- und Interpellationsbefugnisse institutionalisiert.

Für den ausländischen Leser entsteht bei diesen Darlegungen ständig die Frage, wann der Autor nur über Frankreich und sein Präsidialsystem spricht und wann über alle Demokratien. In den meisten traditionellen westeuropäischen Demokratien gibt es den dominierenden Präsidenten mit hoher Exekutivgewalt gar nicht, sondern Staatsoberhäupter mit beschränkter politischer Gewalt oder konstitutionell eingehegte Monarchen. Also kann es die Vorteile wie die Nachteile einer direkten Wahl von Personen in die Exekutive gar nicht geben. Jedoch ist die allgemeine Legitimationskrise der Demokratie, die mit der zunehmenden Machtposition von Exekutive und Bürokratie einhergeht, in diesen Ländern ebenso vorhanden.

https://doi.org/10.5771/9783645288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Leider verzichtet das Buch auf eine Diskussion des präsidialen Staatssystems der USA. Das hat sich zwar dort nicht in langer Entwicklung wie in Frankreich herausgebildet, aber es gibt gleichwohl eine lange Auseinandersetzung um die Ausweitung oder Einhegung der Exekutivrechte. Die Krise des Präsidialsystems als Krise der Demokratie ist heute in beiden Ländern offensichtlich. Allerdings wurde das Buch von Rosanvallon vor den Wahlen von Trump und Macron geschrieben. Seine historische Darstellung der französischen Entwicklung ist facettenreich und interessant. Das eigentliche Anliegen, nämlich die Stärkung einer interaktiven „Aneignungs- und Vertrauensdemokratie" mit einer Bürgerbeteiligung neben den ausgefahrenen repräsentativ-demokratischen Gleisen, wirkt angesichts der krisenhaften tatsächlichen Entwicklungen realitätsfern. Der Rezensent, der einst an einer gewaltfreien Revolution durch Einmischung der Staatsbürger in die eigenen Angelegenheiten teilnahm, ist heute pessimistisch, was eine Reform der Demokratie oder ihre Ergänzung durch direkte Bürgeraktivität angeht.

Von Ellen Thümmler (3)

Pierre Rosanvallons These ist unmissverständlich: „[D]emokratisch regiert werden wir nicht" (S. 9). Er will einem Gefühl von Ernüchterung und Ratlosigkeit Ausdruck verleihen, verfasst aber gleichermaßen einen wissenschaftlichen Handlungsauftrag. Mit jener Diagnose umgreift der französische Historiker eine „Tendenz zur Präsidialisierung der Demokratie" (S. 10), in welcher die Regierung die zentrale Rolle im politischen Gefüge der westeuropäischen Demokratie einnimmt. Dies zeige sich auf mehrgeteilte Weise: Das Regierungshandeln werde zum Maßstab politischer Diskussionen, es stifte (nationale) Identitäten, und in seiner Stabilität oder Durchsetzungsstärke manifestieren sich politische Zukunftshoffnungen. Gerade durch Regierungschefs und Staatsoberhäupter erhalte Politik ein Gesicht. Gleichwohl verberge sich dahinter eine Entpolitisierung, Interesselosigkeit oder passive Distanz. Das Vertrauen in die Experten in Justiz und Verwaltung steige in dem Maße, wie es für Parteien und Politiker abnehme; für Rosanvallon bestätigt sich darin die Enttäuschung, am politischen Prozess nicht teilzuhaben, allein im Auf und Ab der Legislaturperioden als Wähler umworben zu sein. Zur Präsidialisierung gehöre darüber hinaus ein wachsender Personenkult um einzelne Politiker, welche beanspruchen, den Staat zu verkörpern. Mitunter müssen sie nur noch per Handzeichen bestätigt werden, folglich lasse sich eher eine Inszenierung von demokratischen Wahlen beobachten, die ein oligarchisches Muster verdecken.

Knapp umrissen: Rosanvallon wähnt das Verhältnis von Regierenden und Regierten in einem Ungleichgewicht. Die in den letzten Jahren vielfach erforschte Krise der Repräsentation sei weniger eine der Parlamente, sondern der Regierungen. So vernimmt er den Ruf nach mehr direkter Demokratie im Sinne von Volksabstimmun-

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

gen, wie er landauf, landab zu hören ist, als hintergründigen Appell, eigentlich gut regiert werden zu wollen – von Politikern, die kompetent und am Gemeinwohl orientiert agieren. Mithin ist Rosanvallon an den Absetzungsbewegungen interessiert, er verfolgt diese mit eher funktionalem Auge. Es geht um die Gestalt der Beziehung, um ihre Wahrnehmung und Berufung, kaum um tatsächliche politische Inhalte. Dabei behält er seine bekannte Handschrift bei, eine demokratische Bürgergesellschaft als reziproke Interaktion von Regierenden und Regierten zu charakterisieren.

Untersucht Rosanvallon Form und Gestalt der Verständigung, tritt eine persönliche Beziehung hinzu, auf der Eigenschaften einer guten Regierung und ihrer Vertreter verhandelt werden. Seine Analysen sind stark an Frankreich orientiert, verweisen auch auf die Weimarer Republik und die Staaten West- oder Mittelosteuropas, lassen aber die amerikanische Demokratie oder internationale Eindrücke weitgehend unbeachtet. Die Diagnosen sind keineswegs neu: Colin Crouch hatte sie seiner Charakteristik der *Postdemokratie* beigefügt, Alain Badiou nahm sie in seine Suche nach einer emanzipatorischen Demokratie auf. Jener verwies auf den „demos", das demokratische Volk, um die Demokratie aus der Idee der Volkssouveränität heraus zu erneuern. Rosanvallon setzt zunächst an anderer Stelle an: Zum analytischen Schlüssel im ersten Teil des Buches erklärt er das fragile Gefüge aus Exekutive, Legislative und Judikative, welches in dem Maß durcheinandergeraten sei, wie die Regierten an Einfluss und Kontrolle auf die Repräsentanten verloren. Daraus resultiert der Wert seiner ideenhistorischen Spurensuche, deren Gewährsmänner diesen Verlust forderten oder beklagten. Dies öffnet seine Skizze hin zu verfahrens- und systemorientierten Debatten um die repräsentative Ordnung innerhalb der Politikwissenschaft, ohne sich von einem demokratiegeschichtlichen Ansatz zu lösen. Rosanvallon gibt sich nicht mit einer erneuerten Zivilgesellschaft oder dem Ruf nach mehr politischer Partizipation zufrieden. Er geht tiefer, und darin liegt die Stärke des Buches für einen Leser, der bereit ist, ihm auf diesem Weg zu folgen.

Entsprach die legislative Gewalt als „Herrschaft des Gesetzes" noch der demokratischen Idee nach der Französischen Revolution, die Rosanvallon erneut zu seinem Ausgangspunkt erklärt, verschwand sie in den darauffolgenden Säkula hinter der Regierung. Rosanvallon erinnert an Max Webers Skizzen zum „monarchischen Gefühl" unter Otto von Bismarck, dem ein „machtloses" Parlament gegenüberstand. Dabei sind Webers Gedanken zum politischen Führertum ausgewählte Stichworte für eine umfängliche Ursachenforschung. Sie werden u. a. mit Carl Schmitt und der Fähigkeit zur Entscheidung im Ausnahmezustand erweitert. Rosanvallon durchschreitet profund ein breites Feld an Autoren und Stichworten, ohne zu ermüden. Seine Wegmarken halten die Ratio des Regierens eindrücklich fest, nicht zuletzt schließt er mit einer strukturellen Asymmetrie zwischen Regierenden und Regierten, gleichwohl können die daraus gewonnenen Extrakte nicht vollständig überzeugen.

Rosanvallon resümiert, zu den zentralen Werten einer guten Regierung gehören die Transparenz ihres Handelns und die Möglichkeit, sie zu kontrollieren. Er versteht dies aktiv: nicht mehr nur das Auf und Ab der Legislaturen zu autorisieren, sondern zu einer „Betätigungsdemokratie" (S. 342) zu gelangen, welche diese Werte

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

lebt. Zuvor gelte es, sich die Verfahren und Mechanismen der Kontrolle, aber auch die in ihnen transportierten Werte von Redlichkeit und Transparenz, Gemeinwohl und Effizienz anzueignen. Dabei begründet er fünf Prinzipien eines gleichgewichtigen Gefüges: Lesbarkeit, Verantwortlichkeit und Reaktivität für den Prozess, Integrität und Wahrsprechen für die Regierenden selbst. Wirken diese Begriffe zunächst sperrig, versteht er darunter eine „Repräsentation neuen Typs" (S. 268), die bei allen unauflösbaren Spannungen innerhalb demokratischer Ordnungen zu einer neuen Verantwortlichkeit und Rechenschaft gelangen will. Sie lassen sich mit Offenheit, Verständlichkeit, Empathie und Responsivität erläutern.

Im Mittelpunkt steht ein intrinsisches Motiv aller Bürger, an politischen Prozessen und Abstimmungen teilzuhaben. Indem er den demokratischen Souverän stärken will, versucht er, einem nachlassenden Vertrauen entgegenzuwirken. Erinnern einzelne Stichworte an ein selbstverständliches gesellschaftliches Miteinander, dessen Begründung nicht vieler Worte bedarf, errichtet Rosanvallon Stelen der Aneignung und Betätigung. Nachdem er konstatieren muss, die eigentlichen Ursachen der Abwendungsbewegung nicht beseitigen zu können, erneuert er sein flammendes Plädoyer, sie wahrzunehmen.

Dies mündet in praktische Vorschläge: Rosanvallon fordert, öffentliche Kommissionen zu politischen Themen, einen Rat für einen demokratischen Prozess und „zivile Wachsamkeitsorganisationen" (S. 343) einzurichten, die an einer Charta des demokratischen Handelns fortschreiben. Während andere Analysten die zentrale Rolle von Parteien als demokratische Mittler bestätigen, die reformiert und mit einem neuen ethischen Kodex ausgestattet werden müssen, auf eine Stärke der Demokratie durch ihre Eliten oder das föderale System setzen, lässt Rosanvallon diese gegenüber zivilgesellschaftlichen Formaten zurücktreten, um gleichwohl am ethischen Moment festzuhalten. Ihm entgehen dabei die unterschiedlichen Interessen und Leidenschaften, wie sie schon Weber kennzeichnete. Auch scheint keineswegs vereinbart, dass alle Beteiligten ihr Handeln und Entscheiden am Gemeinwohl sowie an Vertrauen und Transparenz ausrichten. Es könnte eingewandt werden, dass Rosanvallon die Interaktion zwischen Regierenden und Regierten einseitig auf ein Ungleichgewicht der einen Seite reduziert, ohne deren Motive oder Gründe in Relation zu setzen. Fraglich bleibt, ob sich die Schwachstellen im funktionalen Gefüge mit weiteren Institutionen und fortwährenden Appellen, an ihnen mitzuwirken, beseitigen lassen, zumal sie die politische Handlungsfähigkeit einer Regierung nicht beachten. Der Vorwurf, Politiker spiegelten sich selbst, ohne das Votum der Bürger einzuholen, die nun aktive Formate erproben, vernachlässigt weitere manipulative Kräfte, wie sie sich nicht zuletzt an Meinungsumfragen zeigen.

Dennoch gleichen Rosanvallons Leitsätze von Verantwortung und Responsivität, über die Offenlegung politischer Prozesse, einer persönlichen Integrität bis hin zu dem von Michel Foucault entlehnten Wahrsprechen solchen demokratietheoretischen Rezepten, die einen langwierigen Heilungsprozess intendieren, gerade weil er die Krankheitsbilder zuvor detailreich dargelegt hat.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Rezensionsessay:

Manifestationen der Demokratie? Von Sprechakten zu Körperakten

Von Astrid Séville

Judith Butler, Anmerkungen zu einer performativen Theorie der Versammlung, Berlin 2016 (*Suhrkamp*), 312 S.

Als im November 2016 zum zweiten Mal in der Münchener Innenstadt Flüchtlinge in einen Hungerstreik traten und sich gegen die Räumung ihres Protestcamps wehrten, indem sie auf Bäume kletterten, war die Ratlosigkeit auf allen Seiten groß. Zu bizarr und doch unerträglich wirkte das Geschehen, als Polizisten und Politiker versuchten, „Flüchtlinge aus den Bäumen zu holen".[1] Die Flüchtlinge instrumentalisierten ihren eigenen Körper als Protestwerkzeug; sie sahen keinen anderen Weg der öffentlichkeitswirksamen, politischen Artikulation als sich selbst zu versehren. Solche autodestruktiven Formen politischen Aufbegehrens haben eine lange Geschichte, und Hungerstreik ist wohl eine der anschaulichsten Varianten von Protest mittels und durch den Körper.

Die Philosophin Judith Butler nimmt sich in ihrem Buch unter anderem der Protestform des Hungerstreiks an – sie erkennt in diesem die „praktizierte Verweigerung eines Körpers, der nicht in der Öffentlichkeit erscheinen kann" (S. 221). Und mit diesem Beispiel sind wir bereits mitten in ihrem Theorieversuch. Butler will die Körperlichkeit politischen Handelns in den Blick nehmen und die Perspektive auf die physische Materialität jener Artikulationen von Volkssouveränität in Versammlungen, Protestkundgebungen oder Demonstrationen erweitern. Es sei eben „von Belang, dass die durch Demonstrationen inszenierten politischen Bedeutungen nicht nur durch den – geschriebenen oder gesprochenen – Diskurs aufgeführt werden, sondern dass sich dort Körper versammeln. Verkörperte Handlungen unterschiedlicher Art tun etwas auf eine Weise kund, die genau genommen weder diskursiv noch vordiskursiv ist" (S. 15). Versammlungen komme somit per se eine „Bedeutung" (ebd.) zu, denn Körperlichkeit erzeuge bereits Performativität. Akteure machten „ein [...] Recht zu erscheinen geltend" und artikulierten eine „leibliche Forderung" (S. 19).

Die Abgrenzung zur Diskurstheorie macht es plausibel, dass am Beginn von Judith Butlers Essay- und Vortragssammlung eine Auseinandersetzung mit der Diskurs- und Hegemonietheorie von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe steht. Butler

1 Polizei holt am Sendlinger Tor Flüchtlings-Unterstützer von den Bäumen, in: Süddeutsche Zeitung vom 5. November 2016.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

schließt hierbei an das Theorem der „konstitutiven Exklusion“ (S. 11) an, das inzwischen fest zum sozialwissenschaftlichen Theoriekanon gehört: Das Ringen um Einschluss und Ausschluss, um Zugehörigkeit zum Volk kennzeichnet demokratische Diskurse. Die Imagination und die vor allem von Laclau hervorgehobene Sehnsucht nach einer unerfüllbaren Einheit und Fülle als „Volk“, als „Staatskörper“ (ebd.), greift Butler auf, um das „Verhältnis […] zwischen den Anerkennbaren und den Nichtanerkennbaren“ (S. 12) zu thematisieren.

Wieder einmal geht es zunächst um „Grenzziehungen“, um Diskurse und Politik und um deren performative Dimension. So weit, so zeitgenössisch und vertraut. Doch bei Butler werden Sprechakte nun mit Körperakten komplementiert. Im Unterschied zu anderen poststrukturalistischen Autoren, deren zuweilen komplexe Theoriesprache sie zwar teilt, aber gut lesbar bleibt, argumentiert Butler, dass bereits die physische Anwesenheit von Bürgern in einer Versammlung die Potenz bzw. die Kraft politischer Sinnstiftung und Artikulation besitze. Der geneigte Leser ist zunächst unschlüssig und fragt sich, ob Butler hier womöglich einen ganz zentralen, weil banalen Umstand betont und aus einer Prämisse kollektiven Handelns bereits eine Theorie zu stricken vermag. Handelt es sich bei der politisch-performativen Dimension von Körpern um dasjenige politische Element, das ob seiner Selbstverständlichkeit zu oft unter den demokratietheoretischen Radar fällt? In der deutschen Politikwissenschaft bilden die Ansätze Philip Manows und Paula Diehls zur körperlichen Dimension von Politik und Repräsentation rühmliche Ausnahmen, die Butler allerdings nicht zur Kenntnis nimmt.[2]

Folgt man dem Argument Butlers, stellt sich die Frage, welche politische Aussagekraft, welche politisierbare Forderung durch das körperliche Zusammensein von (protestierenden) Bürgerinnen und Bürgern entstehen kann. Das Beispiel einer sichtbaren Devianz und Divergenz verfängt; Flüchtlinge, die ins Auffanglager in der Provinz oder ins suburbane Gewerbegebiet verbannt wurden, Trans-Menschen oder andere marginalisierte bzw. ausgeschlossene Minderheiten erkämpfen sich durch ihre körperliche Präsenz im öffentlichen Raum Sichtbarkeit und damit eine Vorbedingung ihrer politischen Anhörung. Aber auch die „Nachricht“ ihrer sichtbar gewordenen Körper braucht einen Adressaten.

Butler zufolge war es wichtig, dass die Protestierenden auf dem Tahrir-Platz in Kairo Nächte verbracht und miteinander gekocht hätten. Dieses gemeinsame Sein wirkt als politische Sozialisierung des Subjekts im versammelten Kollektiv. Doch um politische Kraft zu entfalten, bedarf es, so mein Argument, einer Diskursivierung der körperlichen Anwesenheit und Sichtbarkeit. Die diskursive Sinneinschreibung macht eine Versammlung zu einem politischen Moment und verleiht ihr eine Aussage, die kommunikativ sowie politisch anschlussfähig ist und als politische Forde-

2 Vgl. Philip Manow, Im Schatten des Königs. Die politische Anatomie demokratischer Repräsentation, Frankfurt a.M. 2008; Paula Diehl/Gertrud Koch (Hrsg.), Inszenierung von Politik – Der Körper als Medium, München 2007.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

rung durch Entscheidungen bearbeitbar wird. Körperlichkeit, um es überspitzt zu sagen, garantiert noch keinen öffentlichen Vernunftgebrauch, noch keine Politik.

Die Stärke von Butlers Argumentation liegt dennoch in dem Hinweis, dass selbst emanzipatorische Öffentlichkeitsbegriffe oftmals die – zumindest potenzielle – physische Anwesenheitsmöglichkeit von Bürgern schlichtweg voraussetzen. So wie Jürgen Habermas' Theorie kommunikativen Handelns bekanntlich von der Fähigkeit, sich verständlich artikulieren zu können, ausgeht, setzen demokratietheoretische, ja auch radikaldemokratische oder liberale Ansätze die Verfügbarkeit und Mobilisierbarkeit des menschlichen Körpers voraus. Butler greift mit dieser Blickverschiebung Erkenntnisse der Disability Studies und Körpergeschichte auf; sie ermöglicht es uns, exogene Behinderungen von öffentlicher Sichtbarkeit zu problematisieren und stellt uns die kritische Nachfrage: Wer kann und darf eigentlich wo sein, welche Zugangsrechte und -restriktionen gibt es? Mit diesem auch aus Butlers früheren Werken geschulten Blick können wir hinterfragen, wie wahrnehmbare und wahrgenommene Subjekte entstehen und wie Subjekte sich selbst als politisch bzw. der Gemeinschaft verhaftet erkennen, denn nicht zufällig insistiert Butler auf der immanenten „Relationalität" (S. 34) eines jeden Menschen.

Das „neoliberale Zeitalter" wirkt als unscharfer, aber stets präsenter Hintergrund für ihre theorie- und begriffspolitischen Ambitionen. Der gemeinsame Ausgangspunkt von Versammlungen sei nämlich das Erleben von Prekarität, d.h. von „Unsicherheit und Hoffnungslosigkeit" (S. 24) angesichts ubiquitärer Marktrationalität, Flexibilisierung des Arbeitsmarkts etc. Versammlungen gehe es um eine Kritik und um ein Aufzeigen anderer Optionen als die neoliberaler Prekarisierung. Nur folgerichtig erhält bei Butler der Begriff der Verantwortung eine zentrale Rolle, denn diesen gelte es dem neoliberalen Aktivierungsdiskurs zu entreißen und für ein emanzipatorisches Projekt neu zu besetzen.

Ist die Umdeutung von Verantwortung und das Verstehen menschlicher Relationalität das begriffspolitische und diskursstrategische Profil ihrer Theorie, hätte Butler ihr Argument mit Ernesto Laclaus Konzept des „leeren Signifikanten" weiter schärfen können. Butler zufolge könne „Prekarität" als ein solcher Signifikant fungieren, also verschiedene Projekte, Forderungen vereinen. Aber wie kann sichergestellt werden, dass die heute tatsächlich auf die Straße gehenden „Prekären", „Abgehängten" und „Modernisierungsverlierer" miteinander, und eben nicht gegeneinander, Allianzen schmieden? Wie können wir jene heterogenen Gruppen für Demokratie und Parlamentarismus begeistern, wenn doch die verführerisch trivialisierenden Kampagnen rechtspopulistischer Parteien gerade die „Prekären" adressieren und mobilisieren? Die letzten Jahre zeugen eher von Konkurrenzkämpfen in der Abstiegsgeselllschaft[3] statt von antihegemonialen Solidarisierungserfolgen. Bisweilen klingt es daher wie eine romantische Wunschvorstellung radikaldemokratisch ge-

3 Oliver Nachtwey, Die Abstiegsgesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne, Berlin 2016.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

wendeter Sozialdemokraten, dass sich Versammlungen doch bitte politisch sichtbar gegen Prekarität solidarisieren sollen.

Es entpuppt sich als Butlers Anliegen, Bündnisse zwischen pluralen Akteuren zu denken, die nicht einer Interessengruppe angehören. Lose Allianzen sollen nicht auf präexistenter Gemeinschaftlichkeit, auf Identifizierung basieren, denn diese Vorstellung bleibt letztlich einem kommunitaristischen Politikideal verhaftet, demzufolge man politisch mit denen gemeinsame Sache macht, die einem ohnehin schon ähnlich sind. So reproduzieren Allianzen bestehende Interessengruppen. Butler hingegen sucht im Augenblick der körperlichen Versammlung eine Art epiphanisches Entstehungsmoment gemeinschaftlichen Handelns. Ein „Versammeln" ohne gemeinsame Identität wird durch die Verbindung von Körpern zur politischen Botschaft. Wo Laclau und Mouffe die Stiftung von nicht-identitären „Äquivalenzketten" fordern, die Differenzen produktiv anerkennen, aber einer gemeinsamen politischen Forderung unterordnen, fordert Butler eine „Politik der Allianz" (S. 96) und eine „Ethik der Kohabitation" (S. 96).

Im Rückgriff auf Hannah Arendt begreift Judith Butler gemeinsames Handeln als machtvoll. Da wir uns unsere Mitmenschen nicht aussuchen können, sind wir diesen bestenfalls in einer Kultur der Freiheit verbunden. Bei Versammlungen, im Zusammensein und in der Interaktion mit anderen, erkenne man, dass das eigene prekäre Schicksal, das eigene Empfinden sozial eingebettet ist und unsere Probleme nicht nur individuell sind. Noch einmal überspitzt: Intersubjektivität wird dank (Inter-)Physis möglich. Nun ist die mitunter selbst politisch angefeindete Judith Butler alles andere als eine naive und euphorische Verfechterin der Stimme der Straße. Versammlungen heißen nicht nur Occupy Wall Street. Skandierten Donald Trumps Anhänger etwa bei dessen Wahlkampfveranstaltungen „Lock her up", „Lock her up!" und forderten sie so die Inhaftierung der Gegenkandidatin Hillary Clinton, fragt sich der Leser mit Butler zu Recht, ob Versammlungen per se Manifestationen der Demokratie sind. Zwar erkennt Butler in Versammlungen „aufkeimende und vorläufige Formen der Volkssouveränität" (S. 25) und zeugt damit von der schon wieder verflogenen Aufbruchsstimmung, die die Proteste auf dem Tahrir-Platz in Kairo, im Gezi-Park in Istanbul und an anderen Orten erzeugt hatten. Doch auch Butler konzediert, dass Körper auf der Straße einen Lynchmob formen oder prügelnden Polizisten gehören können. Somit seien Versammlungen eo ipso erst einmal „weder gut noch schlecht" (S. 164).

Es ist lobenswert, dass die Autorin selbst ihre Zweifel und ihre Freude über Demonstrationen, über Machtpolitik durchs „Volk" reflektiert und mit dem Leser teilt. Angesichts PEGIDA und Co. bleibt dann als bekannte, aber dünne Erkenntnis stehen: „Die Berufung auf das Volk wird im Moment seines Erscheinens anfechtbar – und muss es auch werden" (S. 223). Für eine „Theorie der Versammlung", die im generalisierenden Singular operiert, hätte man sich größere Theoriearbeit erhofft. Gerne hätte man etwa gewusst, wie die Autorin Arendts Verständnis von Macht und die Frage sozialer Einbettung mit dem Problem sozialer Stiftung von Zugehörigkeit

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

durch „konstitutive Exklusion“ vereinbart und dennoch die Pluralität von Versammlungen in den Griff bekommt.

Auch die Rolle des virtuellen Raums bleibt blass. Sicherlich steckt hinter der tippenden Hand ein Körper, den Staatsmächte inhaftieren mögen. Aber können virtuelle Protestformen die performative Kraft eines Protests auf der Straße, da wo es brodelt, riecht und stinkt (frei nach Sigmar Gabriel), entfalten? Es beschleicht einen zuweilen das Gefühl, Butler weiche jenen drängenden Fragen des 21. Jahrhunderts aus, die aus den eingeübten Denkwegen demokratietheoretischer Reflexion herausfallen. Inwiefern erschwert etwa die stadtplanerische und architektonische Gestaltung des öffentlichen Raums die von ihr skizzierten Momente? Haben sich Innenstädte zu Shopping-Zonen gewandelt, Kaffeehäuser als Orte (semi-)öffentlicher Diskussionskultur ausgedient, fragt sich, welche Plätze sich besonders für politische Versammlungen eignen. Warum hungern Flüchtlinge in München an einem Stadttor, statt sich wie rechte Demonstranten vor der Feldherrnhalle zu treffen? Der Ort von sich versammelnden Körpern macht einen politisch wahrnehmbaren Unterschied.

Butlers Buch bietet lohnende „Anmerkungen zu einer Theorie“, wie es im vielsagenden Untertitel heißt. Ihre unvollendete Theoriearbeit dokumentiert, dass politiktheoretische Ambitionen auch aus zeitdiagnostischer Verve gedeihen dürfen und sollten – denn ihr Nachdenken dokumentiert jene politische Aufbruchsstimmung zu Beginn des Jahrzehnts. Wirkten etwa die Arabellion, die Proteste in Istanbul und die Occupy-Demonstrationen zunächst als Erweckungserlebnisse demokratischer „demoi“, scheint der einstige Optimismus verflogen. Heute geht es mehr denn je um demokratische Bestandssicherung.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

»Wieder gelesen«:

Verboten und verbrannt

Von Sebastian Schäfer

Rudolf Olden, Hitler. Der Eroberer, hrsg. von Werner Berthold, Frankfurt a.M. 1984 (*S. Fischer*), 364 S.

Der Aufstieg des Nationalsozialismus und seines „Führers" bleibt auch nach dem Untergang des Dritten Reiches vor mehr als 70 Jahren ein lebendiges Thema der historischen Forschung. Doch das große Narrativ scheint zu Ende erzählt, jeder Winkel des historischen Raums vom Staub der Jahrzehnte befreit. Dem ist jedoch keineswegs so, wie unlängst Stefan Aust mit seinem Buch *Hitlers erster Feind. Der Kampf des Konrad Heiden* belegte.[1] Die Erzählung des politischen Journalisten und Reporters aus den Tagen der Weimarer Republik wirft ein markantes Licht auf ein gesellschaftliches Milieu, das wach und aufmerksam in ihrer täglichen Arbeit als liberale Berichterstatter sowie überzeugte Demokraten und Republikaner die politische Entwicklung im Nachkriegsdeutschland festhielten. Aus erster Hand sahen sie, wie sich die Bewegung Hitlers formte und zur herrschenden Macht aufschwang. Im späteren Exil zogen sie publizistisch Bilanz. Ihre Aufzeichnungen dem Dunkel des Vergessens zu entreißen, bleibt ein lohnendes Projekt, das in diesem Beitrag durch die Figur Rudolf Olden (1885-1940) erweitert werden soll.

Auch er gehörte zu den bedeutendsten Stimmen der Weimarer Republik und ihres politisch linksliberalen Journalismus. Als Leitartikler für das *Berliner Tageblatt* schrieb er ab 1926 flammende Kommentare für Demokratie und Menschenrechte, für Freiheit und Gerechtigkeit. Ein vereintes Europa mit Deutschland und Frankreich an der Spitze war seine Zukunftsvision für einen pazifizierten Kontinent. Als Rechtsanwalt vertrat er 1931 Carl von Ossietzky, den Herausgeber der *Weltbühne*. Bereits zwei Jahre zuvor machte er erstmals mit einer Biographie über Gustav Stresemann als Schriftsteller auf sich aufmerksam. Der Deutschen Liga für Menschenrechte diente er ab den späten 1920er Jahren als Vorstandsmitglied. Kurt Tucholsky sagte in den unruhigen Tagen des Januars 1933, er zähle ihn zu den 200 Leuten, auf die es nun in Berlin ankäme. Nach dem Reichstagsbrand gelang ihm schließlich die Flucht aus Deutschland, in das er nicht mehr zurückkehren sollte.[2]

1 Vgl. Stefan Aust, Konrad Heiden, Er sah alles kommen, unter: http://www.zeit.de/2016/40/konrad-heiden-adolf-hitler-aufstieg-tagebuecher (11. April 2017).

2 Zur Biographie Oldens: Sylvia Asmus/Brita Eckert, Journalist gegen Hitler. Anwalt der Republik, Frankfurt a.M. 2010, S. 10-80.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Hitler. Der Eroberer erschien zunächst anonym im Mai 1933 im Prager Exil als Broschüre des neugegründeten *Malik*-Verlages unter Wieland Herzfelde mit dem Untertitel *Die Entlarvung einer Legende*. Im Amsterdamer Exil-Verlag *Querido* folgte schließlich 1935 eine erweiterte Fassung, die ausführlich die Hintergründe für den beispiellosen Aufstieg Hitlers darlegte. Unter dem Titel *Hitler the Pawn* publizierte der Londoner *Gollancz*-Verlag nur ein Jahr später eine englische Übersetzung, *Covici* in New York eine weitere (die nur *Hitler* hieß). Die Recherchen fanden Unterstützung durch seinen Halbbruder, den Historiker Peter Olden. Gleichzeitig half von Wien aus, auf Empfehlung des Schriftstellers Richard A. Bermann, der Journalist Norbert Bauer. In Deutschland selbst war die Veröffentlichung des Buches verboten – dieses diente den Nationalsozialisten als Begründung für seine Ausbürgerung 1936.

Oldens Lebensschilderungen des „Eroberers" beginnen mit dessen Kindheit in Oberösterreich am Ausgang des 19. Jahrhunderts und der Sehnsucht des Jünglings nach preußischer Strenge und Ordnung. Anders als für Olden, der nach dem Ende des Ersten Weltkrieges bis 1926 in Wien sesshaft war und den auch bereits vor 1914 eine enge innere und geistige Verbundenheit mit dieser Stadt prägte, war sie für Hitler nicht der Sehnsuchtsort geworden. Sein berufliches Scheitern an der Kunstakademie habe er, so Olden, als Erniedrigung wahrgenommen. Er „schiebt sein Scheitern auf die Politik" (S. 29), allen voran auf die Sozialdemokratie, die von Juden geführt werde. Zusammenfassend zeichnete Olden das Bild eines „Deklassierten" (S. 30). Durch den persönlichen Zusammenstoß mit der sozialdemokratischen Arbeiterschicht im „roten Wien" verschärfte sich sein Hass gegen die Arbeiter. Er blieb erfüllt von den bürgerlichen Idealen seines Herkunftsmilieus. Bedeutsam sei zugleich seine weitere politische Erweckung durch den Roman *Der Tunnel* von Bernhard Kellermann gewesen. Fortan hatte er sein politisierendes Vorbild gefunden. Sein politischer Trieb sei erwacht. Gegenstand seiner Auseinandersetzung war der Antisemitismus. Hierin bestand die ideologische Schnittmenge zu den österreichischen Deutschnationalen. Der Krieg habe daran wenig geändert. „Hitlers manisch-depressives Wesen dauerte im Feld an" (S. 55). Sein Politisieren gegen Marxisten und Juden brach auch in den Schützengräben der Front immer wieder aus. Ihnen gebührte in seiner Weltanschauung 1918 die Schuld für die Niederlage.

Für die Entwicklung des Politikers Hitler spielte vor allem Bayern und seine Hauptstadt München eine besondere Rolle. Nach Kriegsende wurde er dort ein Produkt der Reichswehr. In den politischen Kursen, die aus Vorträgen und Diskussionen bestanden, habe nun seine Geburtsstunde als Politiker geschlagen. In diesem Kontext müsse auf eine weitere Begegnung eingegangen werden, die die Agitation der Partei und Hitler selbst auf Jahre hinaus enorm beeinflussen sollte, nämlich der Kontakt zum Schriftsteller Gottfried Feder. Dieser zielte in seinen Veröffentlichungen auf die Vereinbarung von Sozialismus mit Nationalismus und Judenhass, wovon Hitler nachhaltig beeindruckt gewesen sei und weiter programmatisch angeregt war. „Gierig griff er danach" (S. 69). Schon darin zeige sich sein Machtbewusstsein, populäre Strömungen aufzugreifen. Es komme ihm nur auf die Bausteine der Macht

https://doi.org/10.5771/9783645288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

an. Dahinter trete dann deren konkreter Inhalt zurück. Als Demagoge sei er tatsächlich ein Künstler. Als Triebmensch zeigte sich sein Sinn für die Propaganda. An sie glaube er, „wie der Heide an den Fetisch" (S. 85). Hitler revolutionierte in der Beobachtung Oldens die Form der politischen Auseinandersetzung. Ihm ginge es ausschließlich um Faszination und nicht um Überzeugung oder Überredung. Als Element der Propaganda erhob er gleichsam die Gewalt zum Stilmittel. „Daß Gewalt nicht zuletzt, sondern von vornherein entscheidet, das ist die Grundlehre" (S. 81 f.). Der Redner Hitler ziele so auf die „Bestialität" (S. 84) seiner Zuhörer. Hinzu komme sein Charisma, welches seine Wirkung weiter steigere und den Aufstieg der ‚Bewegung' zu höheren Sphären erst möglich machte. Für Olden war es diese Strategie, die Hitler, zumindest bis 1923, erstmals salonfähig werden ließ. Das Scheitern jedoch habe keine Auswirkung auf die politischen Zielsetzungen. Mit aller Gewalt ging es weiter um die Erringung der Macht, wenngleich mit einer gewandelten Taktik und Strategie.

Die Festungshaft habe inhaltlich zu nichts Neuem innerhalb der nationalsozialistischen Idee beigetragen, auch wenn *Mein Kampf* dies zu suggerieren schien. Das Programm blieb „Haß, Verwerfung, Verdammung, Terror" (S. 141). Von einer Weltanschauung könne nicht die Rede sein. Das Bekenntnis, „das er weitergibt, ist lange vorher zusammengetragen" (S. 142). Hitler habe keinen weiteren substanziellen Beitrag zur Ideologiebildung im nationalistischen Lager geleistet. Seine Leistung liege in der Herstellung der Massentauglichkeit jener zuvor bereits entwickelten Ideen. Ihm ginge es ausschließlich um seinen brutalen Herrschaftswillen, dem „Wunsch nach dem Sieg der Starken und der Vernichtung der Schwachen" (S. 149). Für die Zukunft Deutschlands hieß dies: „Diktatur, Aufrüstung, Krieg, Rassenauslese" (S. 152). In den kommenden Jahren sollte sich seine Prophezeiung bis an die Tore von Auschwitz auf zivilisationsbrechende Weise realisieren. Hitler sei somit die personifizierte „Kriegserklärung an unsere geistige und sittliche Existenz" (S. 161).

Erst 1928 begann der unaufhaltsame Aufstieg, finanziert durch rheinische Schwerindustrielle und ostelbische Großagrarier, flankiert durch das Bündnis mit den Deutschnationalen um Alfred Hugenberg und dem Stahlhelm. Über sie gelangte Hitler an „die Geldquellen, die er früher nur gierig umschlich" (S. 196), was ihm die Vermarktung seiner Person erheblich erleichterte und seinen Aufstieg unter den Bedingungen der Weltwirtschaftskrise in Verbindung mit dem Young-Plan massiv beschleunigte. Nun „drängt er sich zwischen die Mächtigen und ihren Anhang, wie ein Agent sich zwischen zwei Kaufleute drängt, die ein Geschäft miteinander abschließen wollen. Er ist nichts anderes, als der Agent der Macht" (S. 200 f.). Wie erfolgversprechend diese jetzige Herangehensweise war, offenbarte für Olden spätestens die Reichstagswahl vom 14. September 1930. Einzig die Unterstützung der Reichswehr fehlte ihm. Um sie rang er folglich. Da die preußische Armee ihrem eigenen Wesen nach unpolitisch sei, bedurfte es des Agenten umso dringender.

Für Olden war bereits an diesem Punkt „der Traum der deutschen Demokratie ausgeträumt" (S. 233). Die Erneuerung des Militarismus breche sich wieder Bahn. Die große Täuschung lag darin zu glauben, jene Diktatur ohne Hitler in verantwort-

https://doi.org/10.5771/9783645288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

licher Position aufrichten zu können. Doch die wirtschaftliche Krise machte den Nationalsozialismus zum Profiteur. Die Politik Brünings habe bewusst das Ansehen der Demokratie vernichtet und weitere Anhänger Hitlers erzeugt. Längst sei die NSDAP ein Staat im Staate, die ihren Machtanspruch auf die Kanzlerschaft Hitlers spätestens mit dem Ausgang der Juli-Wahl 1932 aussichtsreich gefestigt sah. Rückblickend erschien seine Herrschaft somit nahezu zwangsläufig, sein Weg in die Macht alternativlos. Gegen diese Interpretation der Ereignisse setzte sich Olden zur Wehr. Das Geschehene am 30. Januar 1933 war keine Notwendigkeit. „Hitler ist kein Eroberer, er war es nie. Er bietet sich den Starken an, die Schwachen zu vernichten, – das ist seine Mission“ (S. 251). Mit dem Ausgang der Reichstagswahl am 6. November 1932 sah Olden den Niedergang für unaufhaltsam an. Hitlers Monopol auf die Stimmen der Nationalisten sei gebrochen. Ursächlich seien die starken sozialen Gegensätze innerhalb ihrer Anhängerschaft, die Widersprüchlichkeiten in der Führung und die fehlende Programmatik und Tradition. Ihr Zerfall sei zwangsläufig. „Was wird man an Krach, an Enthüllung, an Verleumdungen erleben“ (S. 257)! Vor allem der Nachfolger Brünings im Amt des Reichskanzlers, Franz von Papen, „wollte die Diktatur nicht mit den Nationalsozialisten teilen“ (S. 258). Unter seinem Einfluss versiegte der Geldstrom, doch nur vorläufig. Im Konflikt mit Schleicher und nach der Entlassung von Papens nahte nun die finanzielle Rettung. Nun konnte der Agent wieder seiner Arbeit nachgehen, bis er selbst zum Erschrecken der Demokraten am Fenster der Reichskanzlei triumphierte, innerlich „zitternd, nervös, sich krampfhaft zur Ruhe zwingend“ (S. 268). Die Macht, die er seiner Partei zuvor stets versprochen hatte, besaß er jedoch noch nicht. Erst unter dem Eindruck des in Flammen stehenden Reichstages erlebte Deutschland fortan die Periode „organisierten Terrors der Staatsgewalt“ (S. 278).

Ausgehend davon, schildern die letzten drei Kapitel den Kontext zwischen März 1933 und Anfang 1935 bereits aus der Sicht des Geflüchteten, der die Historie inzwischen als „Antithese“ empfand: „Potsdam – Weimar, Wachtparade – Dichterfürsten, ist ausgelaugt und abgegriffen, zu Tode gehetzt, zum Spott geworden“ (S. 294). Immer noch falle es schwer, genau zu benennen, wer Hitler eigentlich ist. Markant bleibe der Antihumanismus. Im Zusammenhang mit dem Boykott jüdischer Geschäfte am 1. April 1933 trete die Entwürdigung bereits deutlich sichtbar hervor. Diese werde nicht folgenlos sein, das künftige Unrecht trete mit ihr zutage. Nicht zuletzt im Ausbruch eines neuen Krieges werde dies manifest. „Seit Hitler zum Kanzler berufen wurde, kann auch der blindeste Phantast nicht mehr vom gesicherten Frieden träumen“ (S. 305).

Eine breite Rezeption erfuhren abschließend die Ereignisse um die vermeintliche Revolte der SA und Ernst Röhm im Sommer 1934 (vgl. S. 308-320). In der Rücksichtslosigkeit, mit der Hitler gegen seine innerparteilichen Gegenspieler vorging, offenbare sich ein „endgültiger Bruch mit der Zivilisation“ (S. 320). Das Werk Oldens wurde zu einer zeithistorischen Chronik. Er fungierte als Kommunikator, der beispielsweise den beginnenden Prozess der Aufrüstung gezielt beschrieb. Dennoch habe die Armee ihr politisches Eigenleben, wenn auch unter neuen Bedingungen,

https://doi.org/10.5771/9783645288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

fortgesetzt. Hitler habe sie nicht nationalsozialistisch machen können. Gerade dies habe endgültig dazu beigetragen, seine Macht zu festigen. Zu seiner Kanzlerschaft kam es nur, weil der preußische Militarismus in Gestalt der Reichswehr darauf zielte. „Würde die Wehrmacht eines Tages Hitler und seine Zunft nicht mehr ertragen wollen, so wäre er schnell beseitigt“ (S. 350). Doch Anlass, darauf zu hoffen, hatte Olden nicht. Die politische Zukunft schien für ihn festgelegt. Liberalismus und Sozialismus hätten versagt. „Heute ist Deutschland im Zustand der Barbarei. Die Diktatur kennt kein Gesetz“ (S. 353). Rechtlosigkeit und eine Philosophie der Gewalt gingen vom Individuum Hitler auf das Kollektiv über. Die Nation starre vor Waffen, während Geist und Gewissen „verdorren und veröden. So wird das Reich zum Abbild Dessen, was immer das Wesen seines Führers war“ (S. 361 f.). Damit war die Biografie auch eine Abrechnung mit der als mangelhaft empfundenen Rechtskultur Preußens, die die Weimarer Republik geprägt hatte und ihre brutale Fortsetzung unter dem Hakenkreuz fand.[3] Der Niedergang des Rechts führe zu einer Verdrehung der Rechtsbegriffe. Auf diesen Charakter der nationalsozialistischen Herrschaft werde künftig Mord als Staatswohl legitimiert.

Seit 1935 in Oxford lebend und lehrend, brachten ihm und seinem Werk zunächst andere deutschstämmige Immigranten große Bewunderung entgegen.[4] Einen geschäftlichen Erfolg vermochte es jedoch nicht zu erzielen, was nicht zuletzt daran gelegen haben mag, dass der eingangs erwähnte Konrad Heiden etwa zur gleichen Zeit eine Hitler-Biographie veröffentlichte. „Es war eine große Leistung der deutschen Emigration, daß sie zwei gewichtige Werke über den ‚Führer‘ vorlegen konnte; der kleine den Exilautoren zur Verfügung stehende Markt aber konnte nicht beiden genug Aufnahmefähigkeit bieten.“[5] Oldens Arbeit verschwand rasch im Schatten Heidens. Im Urteil bestand Einigkeit: Die Reichswehr sei diejenige politische Kraft, die es erst ermöglicht habe, dass Hitler in die Nähe der staatlichen Macht gelangen konnte, um die Verfassung von Weimar zu zerstören. Die unheilvolle Allianz zwischen Militär und Nationalsozialismus war in der Anschauung beider ein Akt der Illegalität. Sie einte anfänglich der gemeinsame republikanische Feind. Während Heiden jedoch von zwei gleichberechtigten Kräften ausging, verblieb Oldens Hitler zunächst in seiner Rolle als Vermittler. Erst 1938 sollte Olden diese Ansicht revidieren, als die Wehrmacht ohne Widerstand den Oberbefehl Hitlers akzeptierte.[6] Aus dem Agenten ist der Feldherr geworden. In seinem Werk hatte er jedoch allein die Anfänge berücksichtigen können, was aber nicht nur eine Aussage über den Gegenstand zulässt, sondern auch über den Humanisten Olden selbst. Die Biografie ist da-

3 Vgl. Ingo Müller, Rudolf Olden (1885-1940). Journalist und Anwalt der Republik, in: Thomas Blanke (Hrsg.), Streitbare Juristen. Eine andere Tradition, Baden-Baden 1988, S. 180-192, hier: S. 190 f.

4 Heinrich Mann an Rudolf Olden am 10. Januar 1936: „Gern hätte ich ihnen gesagt, wie glänzend und noch mehr als das: wie voll von Wissen und Anschauung ihr Buch ist.“ Zitiert nach dem Vorwort von Werner Berthold, S. V.

5 Berthold (FN 4), S. V.

6 Vgl. Rudolf Olden, Wiedergeburt durch die Armee?, in: Das Neue Tage-Buch vom 18. November 1939, S. 1088-1094.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

her mehr politisch-historische Darstellung und Versuch eines psychologischen Porträts[7], keine umfassende Analyse des Nationalsozialismus, die dem Leben Hitlers oder seiner Ideologie allseitig nachzugehen gedenkt, deren Eigenständigkeit ihr Olden ohnehin absprach. Sie ist geschrieben als „Beitrag zur Aufklärung über die Ursachen der eigenen Niederlage“[8], der Niederlage der Demokratie und einem schleichenden Verlust an rechtlich moralischer Bindung des Individuums.

7 Vgl. Bernd Ulrich, Rudolf Olden, „Einer der letzten honorigen Freisinnigen Deutschlands“, unter: http://www.deutschlandfunk.de/rudolf-olden-einer-der-letzten-honorigen-freisinnigen.871.de.html?dram:article_id=331417 (11. April 2017).

8 Berthold (FN 4), S. IX.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Literatur aus der „Szene“:

Die Ausrottung der Deutschen

Von Jürgen P. Lang

Eduard Huber, Von Morgenthau zu Merkel. Der gerade Weg in den Untergang, Tübingen 2016 (*Hohenrain*), 159 S.

Das Buch ist Produkt geistiger Einfalt, historischen Unwissens und gescheiterter Propaganda. Es vertritt die These, die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung im Jahr 2015 stehe in der Tradition US-amerikanischer Pläne der 1940er Jahre, Deutschland existenziell zu beeinträchtigen: „Frau Merkel [nahm] den Syrienkrieg als günstige Gelegenheit wahr, Deutschland mit Orientalen zu überschwemmen, um die deutsche Frage ein- für allemal zu lösen“ (S. 67). Beweisen kann der Autor diese Kausalität allerdings nicht. Mit der entlarvenden Frage, „Wer kennt schon [Merkels] Motive?“ (ebd.), streckt er bereits nach nicht einmal der Hälfte des dünnen Bandes die Waffen. Da schlagen andere Veröffentlichungen des Genres brutaler zu und phantasieren, um Lücken in den Beweisketten zu überbrücken, von der großen Konspiration geheimer, vom Finanzkapital gesteuerter Mächte hinter der US-Politik. Huber fasst dagegen Verschwörungstheorien nur vorsichtig und etwas altbacken an. Er kann deshalb nicht einmal eine immanente Scheinlogik etablieren. *Compact*-Leser dürften angesichts vieler Konjunktive an kardinalen Stellen von dem Buch enttäuscht sein.

In den ersten Kapiteln hantiert der Autor mit antiamerikanischen Versatzstücken, die nicht so recht zusammenpassen wollen. Als Beweis für seine Auffassung, die USA seien auf die Schwächung des deutschen Volkes aus gewesen, schert er so unterschiedliche Texte wie *Germany Must Perish!* von Theodore N. Kaufman, *What To Do With Germany* von Louis Nizer und *Germany Is Our Problem* von Henry Morgenthau über einen Kamm. Der 1941 erschienene Text des Einzelgängers und Exzentrikers Kaufman setzte tatsächlich das monströse Ziel, „preventing the people of Germany from ever again reproducing their kind.“[1] Doch hätten die Nationalsozialisten ihn nicht propagandistisch zu einem jüdischen Komplott aufgebauscht, der Kaufman-Plan wäre wohl gänzlich unbeachtet geblieben. In den USA selbst fand er so gut wie keine Resonanz, eine Rezension urteilte scharf negativ.[2] Das für die US-Armee verfasste, abwägende Papier des Juristen Louis Nizer[3] erörtert die Frage der

1 Theodore N. Kaufman, Germany Must Perish!, Newark 1941, S. 31.
2 Vgl. Wolfgang Benz, Judenvernichtung aus Notwehr? Die Legenden um Theodore N. Kaufman, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 29 (1981), H. 4, S. 615-630.
3 Louis Nizer, What To Do With Germany, Chicago/New York 1944.

https://doi.org/10.5771/9783645288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Bestrafung der NS-Kriegsverbrecher, was Huber zur „kollektive[n] Bestrafung der Deutschen“ (S. 23) umdeutet. Der ebenfalls 1944 entworfene Plan des US-Finanzministers Henry Morgenthau sah die völlige Auflösung der deutschen Industrie nach dem Zweiten Weltkrieg vor, stieß jedoch nach anfänglicher Unterstützung durch Präsident Roosevelt innerhalb der Regierung auf Ablehnung. Außenminister Hull nannte ihn einen „Plan blinder Rache“.[4] Solche Differenzierungen sind freilich nicht Hubers Sache. Schlimmer noch: Wer die Wahrheit zum Popanz amerikanischen Vernichtungswillens umbauen will, kommt offensichtlich ganz ohne Quellen aus.

Der reine Zweitverwerter Huber stützt sich auf dubiose Literatur, wobei die den Vertriebenenverbänden nahestehenden Autoren Alfred M. de Zayas und Heinz Nawratil aus extremismustheoretischer Sicht die harmloseren sind.[5] Daneben baut die erste Hälfte des eklektischen Buches auf Geschichtsrevisionisten wie David P. Calleo, Alfred Schickel, Hellmut Diwald und Georg Franz-Willing sowie den Holocaust-Leugner Arthur R. Butz.[6] Sie alle hatten bereits in den 1970er und 1980er Jahren ihren publizistischen Höhepunkt. Die illustre, aber keineswegs taufrische Auswahl legt die Vermutung nahe, dass es sich bei dem Verfasser um den 1968 in München promovierten, ehemaligen Gymnasiallehrer Eduard Huber handelt, der laut *Tageszeitung* in Crailsheim suspendiert wurde, nachdem er – angeblich – seine Schüler revisionistische Aufsätze hatte schreiben lassen.[7] Der rechtsextreme Hohenrain-Verlag wollte gegenüber dem Rezensenten keine Angaben zum Autor des hier verhandelten Buches machen.

Die immanente Spannung geschichtsrevisionistischer Argumentation, grundsätzlich von einer Überlegenheit der Deutschen auszugehen und gleichzeitig deren Opferrolle zu betonen, treibt Huber auf die Spitze. Bei ihm sind „die“ Deutschen „gelehrig“ (S. 158), „verwirrt, offenbar seelisch krank“ (S. 87) und waren schon Jahrhunderte vor Weltkriegen und „Umerziehung“ ein „biederes und gutgläubiges Volk. Dass so etwas Schreckliches [wie der Holocaust] in ihrem Land geschehen konnte, brachte sie völlig aus der Fassung. Von da an wussten sie nicht mehr, was sie von sich selbst denken sollten“ (S. 41). Die unfreiwillige Komik dieser Sätze bringt eine besondere Note in ansonsten altbekannte Argumentationen, etwa, „dass man den Deutschen in jahrzehntelanger Umerziehung das Bewusstsein ausgetrieben hat, ein

4 Zitiert nach Harry G. Gelber, Der Morgenthau-Plan, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 13 (1965), H. 4, S. 372-402, hier: S. 372.

5 Vgl. Alfred M. de Zayas, Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle. Deutscher Ermittlungen über alliierte Völkerrechtsverletzungen im Zweiten Weltkrieg, München 1985; Heinz Nawratil, Die deutschen Nachkriegsverluste unter Vertriebenen, Gefangenen und Verschleppten, München/Berlin 1986.

6 Huber zieht folgende Werke heran: David P. Calleo, Legende und Wirklichkeit der deutschen Gefahr, Bonn 1980; Alfred Schickel, Aus den Archiven. Ende der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt 1981 bis 1991, München/Berlin 1993; Hellmut Diwald, Deutschland einig Vaterland. Geschichte unserer Gegenwart, Frankfurt a.M./Berlin 1991; Georg Franz-Willing, Weltherrschaft durch Umerziehung?, Rosenheim 1994; Arthur R. Butz, The Twentieth Century Hoax, Richmond 1977.

7 Vgl. Basil Wegener, Revisionismus als Klassenaufsatz, in: Die Tageszeitung vom 10. Februar 1997.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

bedeutendes und für Europa wichtiges Volk zu sein“ (S. 141). Deren historische Retrospektive reiche nicht hinter 1933 zurück; das Extrem der NS-Zeit – sie erscheint mal als Teil des „Deutschen“, mal als etwas Fremdes – schlage ins andere Extrem eines zerstörerischen Gutmenschentums um: „Nachdem die Nationalsozialisten die Volksgemeinschaft propagiert haben, soll es nun überhaupt kein Volk mehr geben“ (S. 106). Selbst wenn es so wäre: Die Schulstunde über große deutsche Dichter, Denker und Wissenschaftler vor 1933, die Huber im Kapitel „Unsere Vergangenheit“ (S. 73) erteilt, offenbar um das Nationalbewusstsein zu stärken, mutet lächerlich an: Welchem einigermaßen gebildeten Deutschen ist Goethe kein Begriff? Huber operiert neben dem Antiamerikanismus mit dem zweiten irrealen Feindbild einer gutgläubigen, geschichtsvergessenen, ferngesteuerten und leicht manipulierbaren Bevölkerungsmehrheit.

Bundeskanzlerin Merkel, man ahnt es, gehört zu den umerzogenen Unwissenden. Huber beschreibt die DDR-Vita von „Kohls Mädchen“ (S. 59), gestützt auf das Buch *Das erste Leben der Angela M.*[8]*,* als systemnah und fragt, wie es möglich sei, dass „Merkel, die bis zur Wende 1989/90 vom Sozialismus Marke DDR fest überzeugt war, von heute auf morgen zur Demokratin werden konnte“ (S. 61). Die Antwort folgt auf dem Fuß. Merkel habe „nicht die mindeste Absicht“ gehabt, „der Macht fernzubleiben. Ganz im Gegenteil“ (S. 62). Derart zur Opportunistin gestempelt, fungiert Merkel in einer abstrusen Logik als ahnungslose Vollstreckerin des Vorhabens, „die Deutschen als Volk auszulöschen“ (S. 118): „Was in dieser Frau vorgeht, bleibt rätselhaft. Vermutlich weiß sie gar nicht, dass sie dabei ist, jene Pläne zu verwirklichen, die in hasserfüllten amerikanischen Gehirnen in den frühen vierziger Jahren ausgebrütet worden sind“ (ebd.). An dieser Stelle verlieren sich Hubers Kausalitäten im Ungefähren. Wer vermutet, dass eine unwissende Kanzlerin nun in einem nächsten Schritt als Marionette geheimer Mächte jenseits des Atlantiks auftritt, täuscht sich.

Allerdings baut Huber zahlreiche ideologische Versatzstücke zusammen, die aus dem Arsenal der aktuellen Neuen Rechten stammen könnten, insbesondere der radikalen Variante in Gestalt der Identitären Bewegung (IB) oder der Zeitschrift *Sezession*. Wie die IB warnt er vor „Islamisierung“, sorgt sich angesichts der „Völkerwanderung aus dem Orient“ um die „Identität“ des „deutschen Volkes“ und fürchtet, dass „die Deutschen eines nicht zu fernen Tages zur Minderheit im eigenen Land“ (S. 86) werden. Die an sich wünschenswerte Assimilierung der Zuwanderer werde von „Anhänger[n] der multikulturellen Utopie“ bekämpft, Integration sei „nahezu unmöglich, […] wenn sich große Gruppen aus einem fremden Kulturkreis in ihrer neuen Umgebung abschotten“ (S. 102). Das betreffe vor allem Muslime, die „mit einem Gefühl der Überlegenheit nach Europa [kommen]. Von alters her gewohnt, auf Christen herabzuschauen, werden sie sich kaum bereitfinden, sich auf deren Niveau zu begeben“ (S. 103). Diese Argumentation erinnert an die Kampfschrift *Der große Austausch* des französischen Schriftstellers Renaud Camus, deren Titel die IB

8 Ralf Georg Reuth/Günther Lachmann, Das erste Leben der Angela M., München/Zürich 2013.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

zum Claim erkor. „Ganze Völker", schreibt Camus, „können sich […] nicht ohne weiteres mit anderen Völkern, Zivilisationen und anderen Formen des Lebens und Denkens vermischen; sie können diese Vermischung nicht einmal wollen, es sei denn, sie wollen tatsächlich ihre Identität aufgeben."[9] Auch bei Huber kommt der ethnische Faktor zum Tragen, beklagt er doch, „dass die Deutschen viel zu wenige Kinder in die Welt setzen" (S. 89). „Aber das scheint dem aussterbenden Homo germanicus […] gleichgültig zu sein […]. Also geh doch zugrunde, Deutschland, du hast es nicht besser verdient" (S. 90)! Etwas niederschwelliger als Camus, der ein vorherrschendes „antirassistische[s] Dogma"[10] anprangert, kritisiert Huber, die „Antidiskriminierung" werde „für die absolut Nicht-Integrierten zu einem Schutzschild" (S. 108).

Von der Hyperideologisierung des Gegners, die die Neue Rechte derzeit mit Carl Schmitt im Rücken betreibt, ist Huber weit entfernt. Vieles wirkt wie ein schwacher Abklatsch einer auf Abgrenzung bedachten, kulturrassistischen Ideologie. Fast zufällig kommt der für diese rechtsextremistische Denkströmung kardinale Begriff des „Eigenen" (S. 112) daher. Und man vermutet mit etwas Phantasie Arnold Gehlens Werk *Moral und Hypermoral*[11] – mit dessen Hilfe die Neue Rechte humanitäre Grundsätze als zersetzende Ideologie des Establishments verteufelt – dahinter, wenn Huber vom deutschen „Leuchtturm der Humanität" (S. 134) spricht. Diese Anklänge legen den Schluss nahe, dass Huber zwar in irgendeiner Weise mit neurechtem Gedankengut konfrontiert war, die einschlägigen Schriften aber nicht gelesen hat und deshalb auch nicht reflektiert.

Als Belege sind in der zweiten Hälfte des redundanten Buches hauptsächlich Artikel aus der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* aufgeführt. Dies bewahrt Hubers Schlüsse in wenigen Passagen vor ideologischen Überzeichnungen, etwa wenn er reale Probleme der Zuwanderung thematisiert. Die neurechten Diskurse jedoch gehen trotz aller Ähnlichkeiten an Huber vorbei, ohne tiefere Spuren zu hinterlassen. Daran mag auch politische Naivität und Unwissenheit des Autors Schuld tragen, die an zahlreichen Stellen zum Ausdruck kommen – zwei Beispiele: Ohne weitere Erklärung ist gleichbedeutend von „Volk" und von „Nation" die Rede. Und der Begriff „Demokratie" wird hin und wieder im liberalen Verständnis verwandt, ein Tabu für neurechte Autoren. Manche Schlussfolgerungen sind schlichtweg Unsinn. Hitler sei „kein Rechtsradikaler" (S. 84) gewesen, schreibt Huber, habe er doch den italienischen Faschismus abgelehnt. Die Ideologen der Neuen Rechten würden dem massiv widersprechen. Ihnen gilt die Mussolini-Bewegung gerade als Vorbild, weil sie linke, sozialistische Elemente in sich aufnahm. Vielleicht ist das Buch schlicht der gescheiterte Versuch des Hohenrain-Verlags, sein deutschtümelndes Portfolio mit Pro-

9 Renaud Camus, Der Große Austausch oder: Die Auflösung der Völker, in: Ders.: Revolte gegen den großen Austausch, Schnellroda 2016, S. 46 f.
10 Ebd., S. 102.
11 Arnold Gehlen, Moral und Hypermoral. Eine pluralistische Ethik, 7. Aufl., Frankfurt a.M./Bonn 2016.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

dukten zu modernisieren, die man beim derzeit in rechtsextremen Kreisen wesentlich populäreren Konkurrenten *Antaios* findet.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Hauptbesprechungen:

Wieviel Zäsur gab es 1945 ff.?

Von Helmuth Kiesel

Christian Adam, Der Traum vom Jahre Null. Autoren, Bestseller, Leser: Die Neuordnung der Bücherwelt in Ost und West nach 1945, Berlin 2016 (*Galiani*), 440 S.

Dass es nach dem Ende des Dritten Reichs und des Zweiten Weltkriegs, anders als die damals aufkommenden Wunschformeln lauteten, kein „Jahr Null", keine „Tabula rasa" und keinen „Kahlschlag" gab, ist seit längerem keine Neuigkeit mehr. Insofern rennt Christian Adam mit seinem Buch offene Türen ein. Freilich, wenn man, Adams Buch lesend, den Raum inspiziert, der mit ihm nicht nur erneut geöffnet, sondern auch gründlich ausgeleuchtet wird, staunt man doch über die vielgestaltige Intensität, mit der die Vergangenheit in der Zeit nach 1945 präsent ist. In der Welt der Bücher herrschte eine frappierende „Trägheit" (S. 19), und dies, obwohl sich die Siegermächte in allen Zonen Mühe gaben, das Bücherangebot durch allerlei literaturpolitische Maßnahmen neu zu gestalten. Adam beschreibt dies umsichtig und zugleich prägnant in einem grundlegenden Kapitel als „Neuordnung der Bücherwelt", die im Osten dauerhaft der politischen Lenkung unterstellt, im Westen bald dem freien Markt überlassen wurde. Darauf folgen zehn Kapitel, die wichtigen Aspekten der Bücherwelt gelten, ihren Schwerpunkt in den 1950er und 1960er Jahren haben, aber immer wieder auch die späteren Jahre bis hin zu Günter Grass' verspäteter Bekenntnisschrift *Beim Häuten der Zwiebel* (2006) ins Auge fassen.

Dieser Durchgang durch die Nachkriegsgeschichte der deutschen Literatur wird zur Chronique scandaleuse des Literaturbetriebs, und zwar des östlichen wie des westlichen. Auf beiden Seiten dauert, wenn auch auf unterschiedliche Weise, die Vergangenheit fort: „Pointiert lässt sich sagen, dass – beim Blick auf beide deutsche Staaten – der Westen das personelle Erbe des Dritten Reichs annahm, der Osten das strukturelle" (S. 358). Für den Westen wie den Osten galt in den Jahren der Neuordnung: „Wer bereits in den Jahren davor Erfahrungen mit der Regelungswut der NS-Literaturpolitiker gemacht hatte, ganz gleich ob Verleger oder Autor, war in der Nachkriegszeit zunächst in Gesamtdeutschland auf ‚makabre Weise' [Hans Altenhein] im Vorteil" (S. 43). Und so wundert man sich dann auch nicht, wenn in den folgenden Kapiteln eine Vielzahl von Verlegern und Autoren, Literaturmanagern und Kritikern auftauchen, die eine Karriere im Dritten Reich gemacht oder zumindest begonnen hatten und nun eine zweite und womöglich größere Chance sahen. Neben der zunächst konstatierten „Trägheit" im Austausch des Personals herrschte im „Buchsektor" eben auch „Goldgräberstimmung" (S. 49), die im Westen wie im

https://doi.org/10.5771/9783645288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Osten durch den „pädagogischen Impetus“ (S. 52) der Siegermächte befeuert wurde. Der Verleger Kurt Desch, um ein Beispiel zu geben, der im November 1945 eine der ersten Verlagslizenzen im Westen erhielt, hatte seine Erfahrungen während der NS-Zeit im „arisierten“ Zinnen-Verlag gesammelt und war Mitglied der NSDAP gewesen. Er wurde zu einem der erfolgreichsten Verleger der frühen Nachkriegszeit und konnte seine Bücher bis zur Währungsreform fast restlos verkaufen. Für ihn wie für andere – etwa den ebenfalls ausführlich porträtierten Joseph Caspar Witsch – gilt, dass hinsichtlich der „Produktions- und Vertriebstechniken“ sowie der „Rhetorik des maßgeblichen Verlagspersonals“ die „immer wieder beschworene Stunde Null auch beim besten Willen nicht auszumachen“ ist: „So wenig Zäsur war nie“ (S. 71). Nicht nur die Personal- und Titellisten, sondern auch die Absatzzahlen scheinen dies zu bestätigen: Von den 100 im Nachkriegsdeutschland (1945-1961) meistverkauften Büchern waren 24 Prozent Longseller aus der Zeit vor 1933 und stammten 13 Prozent von NS-belasteten Autoren sowie 18 Prozent von Autoren der „Inneren Emigration“, aber nur sieben Prozent von vertriebenen oder verbotenen Autoren und weitere sieben Prozent von neuen Nachkriegsautoren (S. 310).

Freilich stellt sich die Frage, ob diese 100 Titel tatsächlich repräsentativ für das geistige Klima und für die literarische Entwicklung waren. Es erschienen damals die ersten Bücher von Friedrich Dürrenmatt (1947), Arno Schmidt (1949), Siegfried Lenz (1951), Paul Celan (1952), Ingeborg Bachmann (1953), Martin Walser (1955), Hans Magnus Enzensberger (1957) und anderen, die für Neuansätze stehen und Aufsehen erregten; Ingeborg Bachmann war im August 1954 sogar auf dem Titelblatt des *Spiegel* zu sehen. Von diesen wird allerdings nur Bachmann beiläufig einmal erwähnt. Vielleicht war doch etwas mehr Zäsur, als Adams Daten und Fallgeschichten es zeigen.

Die Binnenkapitel von Adams Buch stellen eine Art Geschichte der deutschen Literatur in Ost und West (einschließlich der Austauschprozesse) dar, allerdings mit Konzentration auf Bücher, Lebensläufe, Verlagsverhältnisse und Rezeptionsvorgänge, die unter dem Aspekt Kontinuität versus Neueinsatz von Interesse sind. Titel wie Anna Seghers’ *Das siebte Kreuz*, Theodor Pliviers *Stalingrad*, Eugen Kogons *SS-Staat*, Anne Franks *Tagebuch*, Hans Scholz’ *Am grünen Strand der Spree*, Harry Thürks *Die Stunde der toten Augen*, Ernst von Salomons *Der Fragebogen*, Josef Martin Bauers *Soweit die Füße tragen* und andere mehr werden danach befragt und beurteilt, was sie hinsichtlich der deutschen Verbrechen, der deutschen Schuld und der deutschen Verantwortung bedeuteten und leisteten. Einbezogen werden auch Bestseller wie Annemarie Selinkos *Desirée*, Margaret Mitchells *Vom Winde verweht*, C. W. Cerams *Götter, Gräber und Gelehrte*, Karl Aloys Schenzingers *Anilin*, Dieter Nolls *Die Dame Perlon* und dergleichen mehr: Titel, die man nicht erwartet, die aber doch auch zur Herstellung der sozusagen wohltemperierten Nachkriegsmentalität beitrugen.

Die Darstellung ist informativ und zugleich lebendig; der Gestus verspricht Entlarvung; der Ton ist auf Empörung gestimmt, sogar da, wo eigentlich kein Anlass besteht. Über Dinah Nelkens heiteren Briefroman *Ich an Dich*, der von 1939

https://doi.org/10.5771/9783645288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

bis 1945 etwa 200.000 Mal verkauft wurde und 1950 wieder ein Bestseller war, heißt es: „Sogar die Auflagenzählung wurde einfach fortgeführt. Für das genannte Jahr [1950] wird das 251. bis 270. Tausend ausgewiesen“ (S. 298). Ja wie auch nicht? Hätte der Verlag 1945 mit einer neuen Zählung beginnen sollen? Und wenn er es getan hätte: Wie hätte Adam dies kommentiert?! Diese Kleinigkeit ist symptomatisch für das Problem der Interpretation und Gewichtung der Fakten.

Adams Buch ist eine wichtige Ergänzung zu den bisherigen Geschichten der deutschen Nachkriegsliteratur, gerade weil es den Blick vorzugsweise auf Bücher richtet, die als Bestseller von großer Bedeutung waren, aber teils dann doch in Vergessenheit gerieten (so etwa Hans Scholz’ *Am grünen Strand der Spree*) oder in Literaturgeschichten aus Mangel an literarischer Dignität kaum behandelt werden. Dennoch sei angemerkt, dass die Frage nach Kontinuitäten auch anderswo zu stellen wäre, etwa im Fall von Bertolt Brechts *Aufbaulied der F.D.J.* (1948), in dessen Text („Denn das Haus ist hin, doch nicht die Wanzen | Junker, Unternehmer, Potentat | Schaufeln her, Mensch, schaufeln wir den ganzen Klumpatsch heiter jetzt aus unserm Staat“) noch jenes Vokabular fortdauert, das man nach 1945 in das *Wörterbuch des Unmenschen* verbannen wollte.

Und einen weiteren kritischen Hinweis auf ein schwer lösbares Problem möchte ich hinzufügen. In einem eigenen kleinen Kapitel widmet sich Adam der von dem Ehepaar Elisabeth und Herbert A. Frenzel herausgegebenen Literaturchronik *Daten deutscher Dichtung*, die, immer wieder überarbeitet, von 1953 bis 2007 nicht weniger als 35 Auflagen erreichte, als schätzenswertes Handbuch galt und in zahllosen öffentlichen und privaten Bibliotheken zu finden ist. Mit der Wertschätzung der *Daten deutscher Dichtung* ging es zu Ende, nachdem Tom Wolf am 19. November 2005 in der *tageszeitung* und Volker Weidermann am 11. Mai 2009 in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* darauf hingewiesen hatten, dass Herbert A. Frenzel NSDAP-Mitglied war, dass er und seine Frau für verschiedene NS-Stellen mit antisemitisch ausgerichteten Studien und Publikationen tätig waren, und dass zumal Elisabeth Frenzel 1938 in Berlin von Julius Petersen aufgrund einer Dissertation promoviert worden war, die 1940 unter dem Titel *Judengestalten auf der deutschen Bühne. Ein notwendiger Querschnitt durch 700 Jahre Rollengeschichte* im Druck erschien und – wie ein 1943 erschienenes NS-Schulungsheft mit dem Titel *Der Jude im Theater* – einen antisemitischen Charakter aufweist. Hinzu kam ein Vorwurf, der für Adams Untersuchung interessant war und deswegen ausführlich referiert wird: „Durch sie [die *Daten deutscher Dichtung*] blieben Teile deutscher Literatur – Weidermann nennt unter anderem Oskar Maria Graf, Irmgard Keun, Kurt Tucholsky oder Klaus Mann – dauerhaft ausgeblendet. Das Wirken der Frenzels und Konsorten verlängerte das Verbot der Nazis über 1945 hinweg, da eine einstmals linientreue Autorin die Literaturgeschichte schrieb und nach ihrem eigenen Gusto zurichtete“ (S. 320).

Hier sind mehrere Einwendungen zu machen: (1.) Jede Literaturgeschichte wird bis zu einem gewissen Grad nach dem „eigenen Gusto“ des Verfassers geschrieben; das gilt auch für Adams Buch. (2.) Die Wirkung der *Daten deutscher Dichtung* soll-

https://doi.org/10.5771/9783645288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

te nicht überschätzt werden. Sie haben weder den Ruhm von Kolbenheyer und Weinheber verlängern noch den Aufstieg Kafkas und Brechts verhindern können. Der Kanon der Nachkriegsmoderne kam auf ganz andere Weise zustande. (3.) Dass sich in der Auswahl der in *Daten deutscher Dichtung* mit eigenen Artikeln behandelten Autoren und Werke „das Verbot der Nazis" fortsetze, ist für mich nicht zu erkennen. Für die Jahre 1922 bis 1956 nennen die *Daten* 171 Titel (weitere folgen in einem nächsten Kapitel). Von den 171 Titeln entfallen auf Autoren, die von den Nationalsozialisten unterdrückt, ausgegrenzt und verboten wurden, ungefähr die Hälfte, nämlich zehn auf Bertolt Brecht, sechs auf Thomas Mann, jeweils fünf auf Franz Werfel und Gertrud von le Fort, jeweils vier auf Werner Bergengruen, Hermann Broch, Franz Kafka und Anna Seghers, jeweils drei auf Alfred Döblin, Hermann Hesse und Reinhold Schneider, jeweils zwei auf Johannes R. Becher, Willi Bredel, Erich Kästner, Else Lasker-Schüler, Heinrich Mann, Erich Maria Remarque, Joseph Roth, Friedrich Wolf, Carl Zuckmayer und Stefan Zweig, jeweils einer auf Leonhard Frank, Ernst Glaeser, Ödön von Horváth, Jochen Klepper, Gertrud Kolmar, Theodor Plivier, Ludwig Renn, René Schickele, Arnold Zweig und andere mehr. Von Autoren, die NSDAP-Mitglieder waren oder den Nationalsozialisten nahestanden, werden vorzugsweise mit Titelnennung bedacht: Richard Billinger (drei), Hans Grimm (einer), Erwin Guido Kolbenheyer (zwei), Ina Seidel (drei), Josef Weinheber (drei). Namen wie Werner Beumelburg und Franz Schauwecker werden nicht erwähnt. Von Ernst Jünger werden drei Titel angeführt, von Gottfried Benn zwei. Man kann also nicht sagen, dass die von den Nationalsozialisten unterdrückte Literatur oder die Werke von Exilanten oder jüdischen Autoren nicht angemessen berücksichtigt wären. Dass Kurt Tucholsky nur in Überblicksartikeln erwähnt, aber nicht mit einem einzelnen Werk aufgeführt wird, lässt sich plausibilisieren; obwohl er von 1918 bis 1933 etwa 600 Gedichte publizierte, gibt es von ihm – anders als etwa von Erich Kästner – keinen repräsentativen Gedichtband. Dass Irmgard Keun nicht berücksichtigt wird, ist wegen Keuns Bedeutung für die um 1930 aufblühende und von den Nationalsozialisten unterdrückte Literatur der „Neuen Frau" ein gravierendes Manko. Dass Oskar Maria Graf und Klaus Mann nur erwähnt werden, aber nicht mit dem einen oder anderen Titel präsent sind, ist bedauerlich, doch angesichts der für jede Literaturgeschichte unabweisbaren Notwendigkeit einer Auswahl zu entschuldigen.

Ob die Herausnahme der *Daten deutscher Dichtung* aus dem Verlagsprogramm die richtige Reaktion auf die Kritik war, ist zu bezweifeln, zumal weder die Kritik an der Repräsentativität der Titellisten noch an den Kurzdarstellungen zutreffend ist. Der Antisemitismus gehört leider zur deutschen Geschichte. Man kann sich diese immer wieder von neuem bestürzende und belastende historische Komponente aber nicht vom Hals schaffen, indem man versteckt, was auf ihrer Basis entstanden ist oder entstanden sein mag. Im Fall der *Daten deutscher Dichtung* ist dies unklar. Anders als bei Elisabeth Frenzels Dissertation, die sich ausdrücklich zu Hans Friedrich Karl Günthers Rassenlehre bekennt und sowohl die Judendarstellung auf der Bühne als auch die Bühnenstücke jüdischer Autoren in diesem Sinn interpretiert, ist bei den *Daten deutscher Dichtung* eine antisemitische Grundierung oder Ausrichtung nicht

https://doi.org/10.5771/9783645288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

erkennbar. Das muss man nicht unbedingt auf Opportunismus zurückführen; es gab auch Lernfähigkeit und Gesinnungswandel. Adams Darstellung wird diesem intrikaten Fall, der geeignet gewesen wäre, die mit ihm verbundene allgemeinere Problematik zu erörtern, nicht gerecht.

https://doi.org/10.5771/9783645288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Hü und hott

Von Wilfried von Bredow

Jakob Augstein/Nikolaus Blome, Links oder rechts? Antworten auf die Fragen der Deutschen, München 2016 (*Penguin*), 254 S.

Wer, was bei der Lektüre von Krimis besser unterbleibt, bei der von politischen Fach- und Sachbüchern sich aber häufig als ganz nützlich, weil zeitsparend erweist, wer also das Buch von Jakob Augstein und Nikolaus Blome von hinten aufschlägt, wird von einem ausführlichen, siebeneinhalb Seiten umfassenden Namens- und Sachregister überrascht. Wer immer das erstellt hat – chapeau! Dieses Register ist sozusagen, um es mit einem schiefen Bild auszudrücken, das krönende Fundament für den Anspruch der beiden Autoren, tatsächlich eine Art politisches Sachbuch zusammengebracht zu haben. Zwar wird dieser Anspruch von ihnen zunächst heruntergespielt. Aber weniger aus Bescheidenheit (ein Fremdwort für beide), eher aus der Erkenntnis heraus, dass das im Fernsehen (immerhin nicht bei RTL, sondern bei Phoenix) einigermaßen nischen-erfolgreiche Talk-Geschäftsmodell „Augstein versus Blome" eigentlich für ein Buch nicht taugt. Dass es dann doch eines wurde, diese Idee „kam nicht von uns", heißt es im ersten Satz der Einleitung (S. 11), und etwas weiter dann ganz einsichtsvoll: „Fernsehen kann man nicht drucken" (S. 13). „Die Idee" dieses Buches ist dennoch ziemlich fernseh-nah – Augstein und Blome quatschen frohgemut und pointenversessen über alles, was ihrer Meinung nach die Deutschen politisch auf dem Herzen haben.

Augstein (50), der Sohn des Alten vom *Spiegel*, gibt seit 2008 die Wochenzeitung *Der Freitag* heraus. Die journalistische Karriere von Blome (54) ist eng mit der *Bild* verbunden, er arbeitete aber auch zwei Jahre als stellvertretender Chefredakteur beim *Spiegel*. Solch hauptstädtischer und hamburgischer Premium-Journalismus kommt nicht ohne eine gehörige Portion Eitelkeit aus. Also „quatschen", das nehmen wir lieber zurück. Die beiden streiten und begockeln sich dabei zuweilen ganz kräftig. Amüsant mit Abstrichen, aber es gibt Schlimmeres.

Das Gliederungskonzept des Buchs ist einfach und sinnfällig: Die Autoren nehmen sich bestimmte Themenfelder vor, die sie kapitelweise anordnen. Das sind, in dieser Reihenfolge, die Kapitel „Macht", „Geld", „Moral", „Heimat", „Wir" und „Die", wobei es bei den zwei letzten und deutlich schwächeren um die kollektive Identität und die Frage geht, wie die Deutschen mit den anderen, den Fremden, umgehen sollen. Jedes Themenfeld ist wiederum in verschiedene Fragenkomplexe untergliedert. Das Kapitel „Macht" umfasst etwa die folgenden Fragen: Ist Angela Merkel eine gute Kanzlerin? Dürfen die Deutschen Europa führen? Braucht Deutschland eine linke Regierung? Was macht die AfD mit uns? Bei jeder einzelnen

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

dieser Fragen kommt es zu einem Wechselgespräch von mehreren Seiten. Außerdem sind zwischendurch kleine Sonderdialoge zu einzelnen Fragen eingestreut. Hier stehen sich dann Mini-Essays der beiden Autoren gegenüber. Im „Macht"-Kapitel sind das Antworten auf die Fragen: Ist die SPD zu retten? Und: Wann wird Streik asozial?

Der Pfiff der Sache sowohl in der Fernsehsendung als auch im Buch soll darin bestehen, dass in diesen Wechselgesprächen Augstein mehr oder weniger überzeugende „linke" und Blome entsprechend „rechte" Argumente ins Feld führt. Die werden dann gegeneinander in Stellung gebracht, ohne dass beide Autoren sich dabei über Gebühr echauffieren und ihr Gespräch in gegenseitiges Beschimpfen übergeht. Letztgenanntes ist schon mal erfreulich. Vorherrschend ist ein Ton aggressiv-respektvoller, wenn auch gelegentlich von beiden Seiten gerne etwas herablassend formulierter Ironie. Der wird bereits in den beiden Vorsprüchen angeschlagen, für die im Anschluss an das Inhaltsverzeichnis jeweils eine ganze Seite zur Verfügung steht, was ihnen Bedeutung verleihen soll. Da schreibt Jakob Augstein: „Ich brauche nur noch ein bisschen Zeit, dann mache ich aus Blome einen echten Herzenslinken. Das wird ein Coming-out" (S. 7)! Und wenig später meint Nikolaus Blome: „Man muss das Ganze als Erziehungsprojekt verstehen. Am Ende kann auch ein linker Träumer wie Augstein in die politische Realität ausgewildert werden. Es wird aber noch dauern, fürchte ich" (S. 9). Man muss sich nicht gerade ausschütten vor Lachen über diese Sprüche der beiden. Doch mögen sie einen Nutzwert haben zur gegenseitigen Stabilisierung ihrer politischen Distanz.

Das Geplänkel in den einzelnen Themenfeldern changiert zwischen munter und anregend bis langweilig und platt. Manchmal wird der Text durch einzelne Geistesblitze erhellt, leider viel zu selten. Die Meinungsgegensätze der beiden reproduzieren manchmal die gängigen Links-Rechts-Klischees, aber oft auch nicht. Bei der Frage, ob Angela Merkel eine gute Kanzlerin sei, gibt Blome folgende Antworten: Sie habe Deutschland sicher durch die Finanzkrise, die Verwerfungen mit Russland und die Flüchtlingskrise geführt und damit „Deutschland gerettet" (S. 19). Sie habe sich nicht davor gefürchtet, gegen eine Umfragemehrheit Entscheidungen zu treffen – vom Afghanistan-Einsatz, der Euro-Rettung, der Putinkritik bis zur Flüchtlingspolitik. Ihr Satz „Wir schaffen das" sei genial. Außerdem habe sie Deutschland zur Führungsmacht Europas gemacht. Nun, von rechts hört man etwas ganz anderes über Angela Merkel! Blomes Bemerkungen repräsentieren eher die politische Mitte, vielleicht mit Ausnahme seiner „Führungsmacht"-Vorstellung. Augstein hält dagegen: Merkel habe Deutschland beschädigt. Sie werde einen politischen Scherbenhaufen hinterlassen. Als Ostdeutsche habe sie kein Verständnis für moderne Formen von Unfreiheit. Sie regiere um des Regierens willen. Auf dem Höhepunkt der europäischen Krise hätte sie die Währungsunion vervollständigen müssen. So richtig links kann man das nun wirklich nicht nennen. Stattdessen würfelt er ziemlich rechte Betrachtungsweisen mit leicht utopischen Vorstellungen zusammen. Rechts und links, ohnehin etwas unklare politische Kategorien, hier passt das überhaupt nicht. Unwillkürlich wird man an das Jandl-Gedicht „Lichtung" erinnert: lechts und rinks

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

kann man nicht velwechsern – werch ein Illtum. Letztlich streiten die beiden nur über die Frage, ob Frau Merkel eine gute Kanzlerin ist oder nicht. Da steht dann ein relativ simples Ja gegen ein übersimples Nein.

Was an der ersten der Fragen im Buch durchdekliniert wurde, lässt sich ähnlich bei den meisten anderen demonstrieren: Die beiden Autoren halten eine verbal aufgepeppte Meinungsdistanz zueinander, wobei es weniger auf das Gewicht der Argumente, als vordringlich auf die Aufrechterhaltung dieser Distanz ankommt. Wenn sie, auch das passiert schon einmal, gerade nicht aufpassen und in ihren Meinungen zu diesem und jenem, etwa zur etwas wunderlich formulierten Frage „Ist die Ehe was für Schwule?“ weitgehend übereinstimmen, gibt es für den Leser einen Spannungsabfall.

Nehmen wir ein anderes Beispiel – die beiden Mini-Essays zur Frage: Darf man Frauen schlechter bezahlen als Männer? Für Blome ist die (sozialdemokratisch inspirierte) Politik der Großen Koalition, die statistisch ermittelte Differenz bei der Entlohnung von Frauen und Männern einzuebnen, nichts als „Symbolpolitik der übelsten Sorte“ (S. 82). Das kann man als rechte Position ansehen. Augstein hingegen wertet es als ein überdeutliches Zeichen für die Unterbewertung weiblicher Leistungen in unserer Gesellschaft, dass ein männlicher Bundesligaprofi im Durchschnitt ein Vielfaches von dem verdient, was eine Frauenfußballerin am Monatsende auf ihr Konto überwiesen bekommt! Zwar führen beide Autoren auch verständigere Gründe für ihre Pro- und Contra-Haltung zur Forderung nach Überwindung des „gender pay gap“ an, aber keiner davon übersteigt in irgendeiner Weise den so häufig in den letzten Jahren rituell wiederholten Diskurs in Regierung und Öffentlichkeit.

Immerhin – vielleicht liegt das Verdienst des Buchs ja gar nicht so sehr in den Argumenten von A und B, sondern darin, dass es vorführt, wie man hübsch miteinander streiten kann, ohne die Lust an der Auseinandersetzung zu verlieren oder in borniertes Geblöke abzugleiten. Liest man heute die Kommentarspalten von Lesern zu Artikeln in Zeitungen und Magazinen, wird einem ja ganz schwindelig vor soviel selbstgerechter Ignoranz, die da im Schutz der Username-Anonymität giftig aufsprießt. Augstein versus Blome, das ist demgegenüber ein geradezu hochzivilisatorisches Unternehmen, ein zumindest, was die sprachlichen Umgangsformen betrifft, angenehmer, zuweilen heiterer Versuch politischer Bildung.

Er wäre erfolgreicher verlaufen, wenn die beiden Autoren, die ihre Texte nicht einfach nur dahingeplappert, sondern sie mit einiger Sorgfalt nachredigiert haben, sich dabei nicht darauf beschränkt hätten, ihre politischen Plattitüden mit rhetorischem Glitzerstaub glamouröser zu machen und ihnen manchmal auch eine Zitaten-Perücke aufzusetzen (u. a. Jean Améry, Walter Benjamin, Maxim Gorki, Jean Baptiste Henri Lacordaire, Niklas Luhmann, Chantal Mouffe, um nur ein paar zu nennen – man findet sie alle, bis auf den Apostel Paulus, im Register). Hier geht es weniger um links oder rechts, sondern eigentlich nur um Hü oder Hott. Ein wenig mehr Widerstand gegen den so weit verbreiteten und ebenso fatalen wie überaus beliebten Hang zur Reduktion von politischer Komplexität, das wär’s gewesen.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

„... alles kotzte und ich aus Solidarität auch“

Von Carina Schatten

Klaus von Beyme, Bruchstücke der Erinnerung eines Sozialwissenschaftlers, Wiesbaden 2016 (*Springer VS*), 242 S.

Wer sich gerne den Autobiografien berühmter Menschen widmet und in hochtrabende Erzählungen verstricken lässt, wird enttäuscht. Klaus von Beyme meidet die profane Zeremonie der Selbstbeweihräucherung. Seine Niederschrift *Bruchstücke der Erinnerung eines Sozialwissenschaftlers* ist vielmehr Fortführung seines Publikationseifers als Resümee einer wissenschaftlichen Karriere.

Die literarische Darstellung der Lebensgeschichte eines der wohl bekanntesten Gesichter der deutschen Politikwissenschaft resultiert im Wesentlichen aus drei Attributen von Beymes: der Leidenschaft zum Welttourismus, der Hingabe zur Wissenschaft und schließlich seiner Liebe zum Schreiben. In 19 Kapiteln sinniert der Kosmopolit vornehmlich über seine Kindheit, zahlreiche Reisegeschichten und seinen wissenschaftlichen Lebensweg. Die Frage der Sinnhaftigkeit des eigenen Daseins ist dabei immer wieder präsent, ohne offensichtlich präsentiert zu werden.

So ergeht er sich zunächst in der Beschreibung seiner Kindheitsjahre, die geprägt sind durch geschichtsträchtige Ereignisse wie das Erleben des Nationalsozialismus während des Krieges, die Vertreibung aus der schlesischen Heimat und die Entbehrungen der Folgezeit. Seine Schilderungen sind dabei weder erschöpfend noch larmoyant, doch nicht minder ergreifend. Die Präsentation seiner Person tritt indes immer wieder in den Hintergrund, während historische Ereignisse oder Weggefährten beschrieben werden. Einen vermeintlichen Mangel selbstherrlicher Bekundungen der eigenen Existenz gleicht Klaus von Beyme mit aufregenden Erzählungen seiner unzähligen Reisen aus. Insbesondere seine „Trampgeschichten“ sind oftmals erheiternd. Fortwährend erstaunt von Beyme den Leser mit den Geografiekenntnissen des „Seppels in der Lederhose“ (S. 47). In stilistisch ungewöhnlicher Mixtur untermauert er seine Illustration wechselnd mit anmutender Lyrik, konstruierten Wortverflechtungen oder schlicht unprätentiösen Aussagen wie „alles kotzte und ich aus Solidarität auch“ (S. 53). Wenngleich von Beyme sich ausnahmsweise doch der Beschreibung seiner selbst widmet, muss der Leser feststellen, dass er hierbei Ausführungen des Großvaters, Kurt von Rümker, zu dessen eigener Charakteristik wiedergibt.

Das Werk lebt von dem Charme einer wahrhaft spitzbübischen Persönlichkeit, die sich ungeachtet ihres nachdenklichen Gemüts unbekümmert und waghalsig in unbekannte Gefilde begibt, als junger wissbegieriger Leser die Korrespondenz mit Literaturgrößen wie Hermann Hesse sucht, als bekennender Heide den Papst in eine Kon-

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

versation verwickelt oder sich abgeklärt der Entwendung seines Eigentums durch die Mafia stellt. Der Leser wird Zeuge der Notwendigkeit von Gelassenheit, Einfallsreichtum und Witz und fragt sich, wie von Beyme so manche Situation in fernen Breiten wohl unbeschadet überstehen konnte.

Die Darstellung seines wissenschaftlichen Lebens geht einher mit der Erwähnung der renommiertesten nationalen wie internationalen Vertreter der Politikwissenschaft. Der sozialwissenschaftlich vorbelastete Leser könnte sich in ein Grundlagenseminar der ersten Semester zurückversetzt fühlen, würde Klaus von Beyme es nicht verstehen, die lange Liste namentlicher Aufführungen immer wieder mit intimen Eindrücken zu versehen. So gewährt er einen Einblick hinter den Vorhang wissenschaftlicher Bühnen und ermöglicht eine kurze private Begegnung mit verschiedenen Protagonisten des Faches, die dem gewöhnlichen Studenten ansonsten nur über ihre Veröffentlichungen zugänglich sind. Überdies erlangt der Leser Kenntnis von Begegnungen mit herausragenden Persönlichkeiten aus den verschiedensten Bereichen – Politik, Kultur und Wissenschaft – sowie seiner Chance, als Politiker der Sozialdemokraten selbst zu einer solchen zu werden. Die „Sabotage" der eigenen Bundestagskandidatur für den Wahlkreis Reutlingen-Tübingen entspricht von Beymes Art der Rebellion gegen das bezeichnend inkonstante Gebaren vieler Politiker. Konträr zu den Social-Media-affinen und medial dauerpräsenten Persönlichkeiten der Öffentlichkeit, die Narzissmus zur Gepflogenheit kultiviert zu haben scheinen, steht von Beyme, der den vermeintlichen Widerspruch zwischen Bescheidenheit und Selbstdarstellung in seinen Erinnerungen überbrückt.

Entsprechend manifestiert sich die Eigenart des Werkes vor allem in seiner Glaubwürdigkeit. Dabei vermeidet von Beyme die zur Auflagensteigerung allzu häufig verwendete Illustration seelischer Regung. Vielmehr steht die nüchterne und bisweilen kurze Schilderung emotionaler Momente exemplarisch für die Eigenart der Publikation. Ohnehin sind seine Ausführungen oft unkonventionell: freimütig, eher knapp als ausschweifend, immer schmucklos, mitunter ergötzlich, aber niemals trivial. Da ist es kaum verwunderlich, dass sein Werk ebenso ungewöhnlich überraschend endet wie es begonnen hat. Ein letztes Mal frappiert er den Leser mit seinen unumwunden geschilderten Wünschen des eigenen Ablebens und seinen Gedanken zum Freitod.

So ist die Autobiografie ähnlich der Person Klaus von Beymes: unaufdringlich aufdringlich. Sie imponiert auf zurückhaltende und gleichzeitig einnehmende Art. Der Leser wird zu keiner Schachfigur degradiert, deren seelische Regung wohlkalkuliert in das Konzept des Werkes eingeflossen ist, sondern als Zuhörer vieler Anekdoten aus dem Leben eines Kosmopoliten begrüßt. Die *Bruchstücke der Erinnerung* des architektur- und kunstliebhabenden Sozialwissenschaftlers von Beyme sind keine gewohnt anmutende Darstellung der eigenen Zurschaustellung. Sie sind wohl eher zu einem Appell für Gelassenheit und Humor, ausgeprägte Geographiekenntnisse, für mehr Verständnis im Miteinander, vor allem aber für die Wertschätzung von Familie und Herkunft geworden und damit keineswegs nur für Sozialwissenschaftler von Interesse.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Wenn der Held gegen seinen Autor zeugt

Von Martin Sabrow

Wolf Biermann, Warte nicht auf bessre Zeiten! Die Autobiographie, Berlin 2016 (*Ullstein*), 576 S.

Der Poet und Bänkelsänger Wolf Biermann, der mit seinen spöttischen Liedern und seiner Weißgerbergitarre der SED-Diktatur so gefährlich wurde, dass sie ihn zu ihrem eigenen Schaden aus dem Land warf, ist seit fünf Jahrzehnten eine öffentliche Institution. Dies sichert seiner Autobiografie einerseits die Aufmerksamkeit des Publikums und wirft andererseits die Frage auf, was ihr Autor ihm noch an Neuem bieten kann.

Sensationelle Enthüllungen enthält das über 500 Seiten starke Selbstporträt jedenfalls nicht, und die biografischen Züge, die es zeichnet, sind vertraut. Sie präsentieren einen mutigen Querkopf und furchtlosen Kritiker der Verhältnisse in der DDR, der bis zu seiner Ausbürgerung 1976 gewandt auf dem schmalen Grat zwischen Anpassung und Widerstand balancierte. Lust am Widerspruch, unverstellte Ich-Bezogenheit und fröhlicher Hedonismus bewahrten ihn davor, der ostdeutschen Staatsmacht zu erliegen, die den ungebärdigen Barden erst punktuell zu disziplinieren und dann immer massiver mit Auftrittsverbot und lückenloser Überwachung mundtot zu machen versuchte. Der Tag im November 1976, als die Staatsführung ihm nach seinem berühmten Köln-Konzert zu ihrer eigenen Schande mit der Ausbürgerung dasselbe Schicksal bereitete, das nach der nationalsozialistischen Machtübernahme Dichterfürsten wie Thomas Mann zu erleiden hatten, markiert auch die Zäsur von Biermanns Ich-Erzählung. Was sie zusammenhält, ist das Spiel mit der Sprache, die seine Eitelkeit und Selbstironie verbindende Narration von der ersten bis zur letzten Seite durchzieht; was sie in zwei ungleiche Teile trennt, ergibt sich aus dem Unterschied der Lebenslagen östlich und westlich der Berliner Mauer. Seine Kindheit zwischen Hamburg und Ost-Berlin, seinen suchenden Weg zum Künstler, seine allmähliche Verwandlung vom kritischen Parteigänger zum verfemten Staatsfeind schildert Biermann mit viel Witz und unbekannten Facetten. Der Bericht über die Zeit nach Biermanns Ausbürgerung hingegen arbeitet sich von Jean-Paul Sartre bis Karel Schwarzenberg und Arno Lustiger an prägenden Begegnungen ab, ohne ein klares biografisches Narrativ in den neuen Verhältnissen erkennen zu lassen – der exilierte Liedermacher lebte auch in Westdeutschland mit dem Gesicht nach Osten.

Folgerichtig eilt seine Lebensgeschichte rasch über die Jahre nach der Ausbürgerung hinweg, um desto länger beim Umbruch von 1989/90 zu verweilen. Aber an ihm nahm der Ich-Erzähler, dessen Verjagung aus der selbstgewählten Heimat DDR die Stärke des Staates demonstrieren und in Wahrheit zum Menetekel seiner Erosion

https://doi.org/10.5771/9783645288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

werden sollte, doch nur als Randfigur teil. So präsentiert sich der zweite Teil seiner Lebensgeschichte teils als biografisch getönte Nacherzählung allgemein bekannter und in Episodenform aneinandergereihter Ereignisse, teils als polemische Auseinandersetzung mit Weggefährten und Widersachern. Mit Verve nimmt Biermann sich den als „Moralblechtrommler" verspotteten „grässlichen Grass" vor, der die Wiedervereinigung als „Widervereinigung" abgelehnt habe; auch Walter Jens kommt nicht ungeschoren davon und Marcel Reich-Ranicki schon gar nicht. Beklemmend holzschnittartig fertigt der Autor daneben ostdeutsche Gefährten von einst ab, die sich wie Stefan Heym nach dem Fall der Mauer „mit unseren Unterdrückern ins Bett" gelegt und für die PDS in den Bundestag eingezogen seien. Aber nirgendwo stärker präsentiert der Lebensrückblick des Achtzigjährigen sich als moralische Abrechnung eines Unversöhnten als in der Erinnerung an die vielen, die im inoffiziellen Dienst für das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) von Vertrauten zu Verrätern wurden. Mit „Kreaturen" und „Canaillen", „Schweinehunden" und „Menschenfressern" wie Sascha Anderson kennt Biermanns Rückblick kein Erbarmen und in dem „schmutzigen Schnee von vorgestern" nur eine klare Sicht – nämlich die eigene, von Zweifeln unbeirrte: „Die DDR war die Diktatur einer Parteielite über die Partei und das Volk, ein Unrechtsstaat. Diese fundamentale Wahrheit sollte nicht durch allzu viel Verständnis für einzelne menschliche Schicksale verklärt werden." Für den, der differenzierter zu urteilen liebt, hat Biermann nur die Verachtung übrig, die ihm in trauriger Tradition schon seit Émile Zolas Zeiten zuteilwurde: „Waren Opfer auch Täter? Waren die Täter auch Opfer? Das ist das ewige Elend des Intellektuellen: Sie können verklären durch Erklärung – grobianisch: aus jeder Scheiße Frikadellen machen."

Dass die Lektüre einer so rechthaberisch und engstirnig im Töpfchen-Kröpfchen-Modus dargebotenen Vita dennoch lohnt, hat gewiss mit der Fabulierkunst des Autobiografen zu tun, der sich selbst als „leichtsinnig und leider auch leichtsinnlich" charakterisiert. Entscheidender aber ist, dass Biermanns Lebenserzählung von eben der Vielschichtigkeit zeugt, die seine selbst gefällten Urteile nicht einzuräumen bereit sind. Deren teleologische Einsträngigkeit bricht sich ein um das andere Mal an der Ehrlichkeit, mit der ihr Autor den markanten Wendungen seines vorwärts gelebten und rückwärts begriffenen Lebens Raum gibt und etwa bekennt, dass er als Jungkommunist und noch in Hamburg der Werbung durch die Staatssicherheit beinahe erlegen wäre und sein „plietscher Verstand [...] immer ausgereicht [hätte], jede Niedertracht der Staatssicherheit zu rechtfertigen". Biermann erwähnt das „unerhörte Privileg", das ihm 1964 mit der Genehmigung einer Tournee im Westen widerfuhr und das er lohnte, indem er bei seinen Konzerten für den DDR-Sozialismus warb und noch für den Mauerbau Verständnis heischte. Der ehrliche Autor verschweigt nicht den anbiedernden Brief, den er nach dem berüchtigten „Kahlschlag-Plenum" vom Dezember 1965 und der damit eingeläuteten Re-Stalinisierung der Kulturpolitik an Ulbricht schrieb. Er verdrängt ebenso wenig, dem obersten Machthaber versichert zu haben, dass er sich auch jetzt „nicht dazu hinreißen lassen [werde], trotz ernster Meinungsverschiedenheiten zu Fragen des sozialistischen Aufbaus wesentliche gemeinsame Positionen preiszugeben". Und er erinnert seine Leser selbst daran,

https://doi.org/10.5771/9783645288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

dass er bei seinem berühmten und folgenreichen Kölner Konzert 1976 nicht nur den Juni-Aufstand von 1953 als janusköpfige Mischung von Faschistenputsch und Arbeiterrevolution hingestellt habe, sondern sich an diesem Abend immer noch zwischen radikaler SED-Kritik und „bolschewistischer Nibelungentreue" zerrissen fühlte.

Den Fall der Mauer, aus der seine Lieder erste Steine herausgebrochen hatten, erlebte Biermann, der nach seiner Ausbürgerung nur zur Beerdigung Robert Havemanns 1982 noch einmal in die DDR hineingelassen worden war, 13 Jahre später in Hamburg notgedrungen als bloßer Zaungast vor dem Fernsehapparat, und dass seine Stimme in den Wochen des revolutionären Umbruchs überhaupt erklang, verdankte sich weniger seiner Initiative, sondern vielmehr der des Neuen Forums, das ihn für den 1. Dezember 1989 zu einem Konzert nach Leipzig einlud. Warum diese Zurückhaltung? Biermann verschweigt nicht, dass er im Zusammenbruch der DDR den „Phantomschmerz des Verlustes alter Glaubensgewissheit" spürte. Angestrengt versucht der Autor, seinem Helden rückblickend aus der Kalamität zu helfen, wenn er die unter kritischen DDR-Intellektuellen verbreitete Hoffnung auf einen verbesserlichen Sozialismus als „Rückfall in meine Kinderkrankheit Kommunismus" hinstellt und sich mit rückblickendem Kopfschütteln für „doch eigentlich geheilt von der Hybris einer höllischen Paradies-Utopie" erklärt. Aber er bleibt dennoch vor sich selbst ehrlich genug, seine damalige Auflehnung gegen die bloße Abwahl der DDR und das Drängen zur deutschen Einheit nicht zu übergehen. „Aber wohl die meisten in der schöngeistigen Elite der DDR hatten einen Affekt gegen die Einheit", deutet Biermann seinen damaligen Abstand zum Drängen der Massen immerhin behutsam an, der ihn noch 1992 im *Spiegel* um „die gestorbenen Hoffnungen auf eine wirklich sozialistische Revolution" hatte trauern lassen und 2016 immerhin zu dem widerwilligen Eingeständnis bringt: „Das dumme Volk war klüger als wir."

Dabei folgt Biermanns Autobiografie den Baugesetzen ihrer Gattung, die lebensgeschichtliche Brüche in einer charakterlichen Ich-Kontinuität aufzuheben verlangen, um ihren Helden vor dem Verdacht menschlicher Unzulänglichkeit und moralischen Opportunismus in Schutz zu nehmen. Wie vor ihm Arthur Koestler, Wolfgang Leonhard oder Ralph Giordano sucht Biermann in seiner Umkehrbiografie, die Häutung vom kritischen Kommunisten zum streitbaren Ex-Kommunisten narrativ zu bewältigen, indem er den Volten seines Lebens nicht ausweicht, sondern ihnen eine identitätsstiftende Konstante unterlegt, die Kontinuität auch und gerade dort sichert, wo die Wandlungserzählung von Befangenheit, Irrtum und Läuterung zu sprechen hat. Rückblickend findet er Beständigkeit zum einen in klassischer Weise in der alles überwölbenden Aufgabe, sich von einer falschen Parteinahme freizumachen: „Mir kommt es so vor, als ob auch bei starken Menschen die Kraft für einen existenziellen Bruch nur einmal im Leben reicht. Ich verbrauchte meine Kräfte nicht für den Streit mit den falschen Genossen, sondern für den Bruch mit der Illusion des Kommunismus." Der teleologische Konstruktionscharakter dieser Sinngebung ist offensichtlich, aber er wird dadurch entlastet, dass Wolf Biermanns Ich-Erzählung noch eine zweite lebensgeschichtliche Konstante sucht. Sie findet sie in der Figur des in

https://doi.org/10.5771/9783645288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Auschwitz umgebrachten Vaters, dessen früher Tod dem Autobiografen zum Vermächtnis wird: „Der Kummer um den Kommunisten, den Arbeiter, den Juden Biermann ist meine Schicksalsmacht, mein guter Geist, mein böser.“ Die Erinnerung an den Vater, den der Sohn kaum kennenlernen durfte, durchzieht Wolf Biermanns ansonsten so stark ichbezogene Biografie vom ersten bis zum letzten Kapitel und macht sie zu einem Porträt des menschlichen Widerstands gegen diktatorische Herrschaft im 20. Jahrhundert überhaupt.

https://doi.org/10.5771/9783645288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Die Erfindung des Terrorismus

Von Gisela Diewald-Kerkmann

Carola Dietze, Die Erfindung des Terrorismus in Europa, Russland und den USA 1858-1866, Hamburg 2016 (*Hamburger Edition)*, 750 S.

Wer den Titel dieses Buches betrachtet, stellt sich fast zwangsläufig die Frage, ob sich angesichts der Komplexität des Themas tatsächlich von der „Erfindung" respektive von „Erfindern" des Terrorismus sprechen lässt. Kann der Begriff „Erfindung", in der Regel definiert als innovative Idee, als etwas Erfundenes, als kreative und schöpferische Leistung – meistens auf technische Problemlösungen bezogen – überhaupt auf das Phänomen des Terrorismus angewendet werden? Sind Entstehungsprozesse terroristischer Taktiken nicht in erster Linie dynamische sowie äußerst komplexe Abläufe, bestimmt durch ein Konglomerat unterschiedlicher Faktoren, reichend von historischen Kontexten, gesellschaftlichen Machtverhältnissen und Konflikten, politischen Konstellationen über ideologische Auseinandersetzungen sowie soziale Bewegungen bis zur Relevanz von Medien und Öffentlichkeit? Ist nicht eher Rudolf Walthers Argumentation zuzustimmen, dass Terrorismus weder wie eine Naturkatastrophe über die Menschen komme noch von Dynamitwerfern und Bombenlegern erfunden worden sei?[1] Aber vielleicht ist der Titel des Buchs lediglich den Bedürfnissen des Verlags geschuldet, der nach einer „griffigen" Überschrift gesucht hat, um ein breites – nicht akademisches – Publikum zu erreichen?

Vor diesem Hintergrund muss auch Carola Dietzes zentrale These kritisch geprüft werden, wonach der Terrorismus von zwei Personen erfunden wurde: „Felice Orsini, der 1858 in Paris ein Attentat auf Napoleon III. verübte, sowie John Brown, der im Jahre 1859 einen Überfall auf das Arsenal der US-Armee in Harpers Ferry, Virginia, beging" (S. 18). Diese „Erfinder" hätten wiederum drei Nachahmer gehabt, nämlich „Oskar Wilhelm Becker mit seinem gescheiterten Attentat auf den preußischen König Wilhelm I. im Jahr 1861, John Wilkes Booth, der 1865 den amerikanischen Präsidenten Abraham Lincoln erschoss, sowie Dmitrij Vladimirovic Karakozov, der 1866 einen Anschlag auf Zar Aleksandr II. versuchte" (S. 19).

Ausgehend von diesen fünf Gewalttätern und ihren Gewaltakten verfolgt die Arbeit das Ziel, eine Verortung des Terrorismus im 19. Jahrhundert in der westlichen Moderne vorzunehmen, wobei sich der Fokus auf den Zeitraum von 1858 bis 1866 sowie auf die geografischen Räume Europa, USA und Russland richtet. In Anlehnung an den Terrorismusforscher Peter Waldmann versteht die Verfasserin Terrorismus primär als Kommunikationsstrategie und unterstreicht die Bedeutung der Medi-

1 Rudolf Walther, Terror und Terrorismus, in: Wolfgang Kraushaar (Hrsg.), Die RAF und der linke Terrorismus, Hamburg 2006, Bd. 1, S. 64-77, hier: S. 65.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

en. Für die Untersuchung wurden drei Quellengattungen herangezogen: Selbstzeugnisse der Terroristen, Quellen aus staatlicher Überlieferung und mediale Bestände zu den Gewalttaten.

Löst man sich von den eher problematischen Begriffen „Erfindung“ und „Erfinder“ und setzt sich mit der Struktur der Arbeit auseinander, erscheint deren Stringenz fast schon überraschend. Das gilt insbesondere für das Kapitel „Bausteine zu einer Theorie des Terrorismus“, in dem wichtige Elemente zum Grundverständnis analysiert werden. Terrorismus dient – ausgehend vom theoretischen Bezugsrahmen des Soziologen Rainer Paris – eben nicht nur der Ausübung von Macht, sondern muss auch als ein Spezialfall der Provokation klassifiziert werden. Zweifellos sind solche Aspekte nicht zu vernachlässigen, denn Provokationen stellen einen „absichtlich herbeigeführten überraschenden Normbruch [dar], der den anderen in einen offenen Konflikt hineinziehen und zu einer Reaktion veranlassen soll, die ihn, zumal in den Augen Dritter, moralisch diskreditiert und entlarvt“.[2] In diesem Kontext darf das starke Machtgefälle, überhaupt das asymmetrische Verhältnis zwischen terroristischen Gruppen und Staat/Machtträgern nicht ausgeklammert werden. Weiter ist ergänzend anzuführen, dass es sich – so Bruce Hoffman – beim Terrorismus um einen politischen Begriff handelt. Diese „Schlüsseleigenschaft des Terrorismus [ist] die absolute Voraussetzung zum Verständnis seiner Ziele, Motive und Absichten und ganz wesentlich zu seiner Unterscheidung von anderen Arten von Gewalttätigkeit.“[3] Zweitens ist die Bedeutung der Ideologien herauszustellen, die in einem starken Maße die konkreten Ausprägungen terroristischer Taten bestimmen. Treffend formuliert Dietze, dass Ideologie als eine Art Prisma fungiere, durch das Terroristen ihre Welt interpretieren und das ihnen die Motive, politischen Ziele und auch die als legitim erachteten Waffen und Angriffsziele vorgebe. Hierbei sind drittens, wie in der Terrorismusforschung seit längerer Zeit betont wird, unterschiedliche politische Ausprägungen zu berücksichtigen, der sozialrevolutionäre, ethnisch-nationalistische, rechtsradikale und religiöse Terrorismus. Inwieweit die Annahme von Dietze zutrifft, dass es für die Bestimmung eines Gewaltaktes als Terrorismus belanglos sei, ob eine Einzelperson, eine Gruppe oder ein Netzwerk hinter einem Anschlag stehe, ist kritisch zu prüfen. Gerade die in den letzten Jahren verstärkt thematisierte Bedeutung radikaler Milieus für terroristische Handlungen gerät hierdurch aus dem Blick.

Viertens wird häufig die Tatsache ausgeblendet, wie sehr Terrorismus einer rationalen Logik folgt. Es sei irreführend, formuliert Carola Dietze richtig, terroristische Akteure als irrationale Fanatiker oder deren Verhalten als psycho-pathologisch darzustellen. Vielmehr ist Terrorismus in der Regel das Resultat eines langen Lernprozesses, oft verknüpft mit der Erfahrung, dass andere Strategien und Methoden sich als unwirksam erwiesen. Wie wichtig darüber hinaus, fünftens, revolutionäre Situationen für die Entstehung neuer Formen von politischen und kollektiven Aktionen, überhaupt für starke Politisierungsprozesse sind, ist unbestritten. Nicht zuletzt sozia-

2 Rainer Paris, Stachel und Speer. Machtstudien, Frankfurt a.M. 1998, S. 58.
3 Bruce Hoffman, Terrorismus. Der unerklärte Krieg, Frankfurt a.M. 2002, S. 15.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

le Bewegungen und radikale Milieus bilden einen wichtigen Erfahrungsraum für politische Radikalisierungsprozesse. Die Verfasserin verweist auf die Bedeutung der Französischen Revolution für den Entstehungsprozess des Terrorismus, wobei diese „weniger in der Vorbildwirkung des jakobinischen Terrors [lag] als vielmehr in ihren politischen Idealen – den Forderungen nach persönlicher, politischer sowie nationaler Freiheit und Gleichheit – deren Umsetzung und Verbreitung die Revolutionäre anstrebten“ (S. 646). Sechstens darf prinzipiell nicht unterschätzt werden, dass die Wirkungen terroristischer Taten und politische Erfolge der Taktik sich vor allem in den Reaktionen auf terroristische Aktionen widerspiegeln. Die Überreaktionen der Gegenseite gewinnen eine entscheidende Rolle, da sie den eigenen Normbruch rechtfertigen. Wie sehr in dieser Situation die Medien in einem hohen Maße die Wirkung und Wahrnehmung terroristischer Anschläge bestimmen, muss nicht eigens erwähnt werden.

Nach der Erläuterung der theoretischen und historischen Voraussetzungen im ersten Kapitel geht es im zweiten Kapitel um die erste Fallstudie, um Felice Orsinis Attentat auf Napoleon III., sowie im dritten Kapitel um die Berichterstattung über Orsinis Attentat in den USA. Ausführlich werden die Biografie des italienischen Revolutionärs, seine Rolle in der politischen Bewegung, sein Weg ins Exil und sein politisch-symbolisches Scheitern beschrieben. Allerdings räumt Dietze ein, es könne nicht sicher rekonstruiert werden, wann und wie genau Orsini den Entschluss gefasst habe, ein Attentat auf Napoleon III. zu verüben. Genauso ausführlich – partiell zu detailliert – werden im vierten Teil der Arbeit das Leben des amerikanischen Revolutionärs John Brown, seine Lektionen aus dem Bürgerkrieg von Kansas, die Entstehung seines Plans und der Überfall auf Harpers Ferry, seine Exekution am 2. Dezember 1859 und nicht zuletzt der Märtyrerkult um ihn behandelt. Aber ob und inwieweit Browns terroristische Aktion wirklich durch Orsinis Attentat beeinflusst wurde – so eine zentrale Annahme von Dietze –, bleibt letztlich unbeantwortet. „Dass Brown die Nachrichten über das Attentat in Paris zur Kenntnis nahm, kann nicht zweifelsfrei nachgewiesen werden. Denn bislang konnte keine Quelle gefunden werden (etwa Äußerungen John Browns in seinem Notizbuch oder in Briefen), die eine solche Kenntnisnahme definitiv belegen würde“ (S. 290).

Während das fünfte Kapitel die Berichterstattung zum Überfall auf Harpers Ferry in Europa behandelt, geht es im darauffolgenden Abschnitt um die drei Nachahmer, wobei die Attentate des Studenten Becker auf den preußischen König und späteren Kaiser Wilhelm I. am 14. Juli 1861, des Schauspielers Booth auf Lincoln am 14. April 1865 und des Studenten Karakozov auf Aleksandr II. am 4. April 1866 in der Geschichtswissenschaft als äußerst unterschiedliche politische Morde betrachtet werden. Zweifellos hat der „mangelnde symbolisch-politische Erfolg der Attentate Beckers, Booths und Karakozovs […] dazu beigetragen, dass diese Taten bisher in der Regel nicht als intendierte, aber gescheiterte terroristische Gewaltakte erkannt, sondern zum Genre des ‚klassischen‘ politischen Mordes gezählt wurden“ (S. 489). Gerade an dieser Stelle wäre eine stärkere Abgrenzung zwischen dem politischen Mord, der bereits seit der Antike überliefert ist, und dem terroristischen Attentat

https://doi.org/10.5771/9783645288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

sinnvoll gewesen. Offen bleibt auch, ob es für die These gute Argumente gibt, „die Terrorismusgeschichte 1819 in den deutschen Ländern beginnen zu lassen und Karl Ludwig Sand als Erfinder dieser Taktik zu betrachten“ (S. 651). Gemeint ist der Anschlag des Theologiestudenten und Burschenschaftlers Sand auf den Theaterschriftsteller August von Kotzebue, wobei nach Paul Stänner diese These zwar fein in die Theorie passe, „so dass man denken könnte, der Terrorismus wäre in Deutschland erfunden worden – nur leider wurde die Tat nicht international wahrgenommen. Und schon fällt dieses schöne Beispiel aus dem Theorieansatz“.[4] Insgesamt ist der Kritik Stänners zuzustimmen, dass die Theoriebildung in der Studie von Dietze ihre Schwächen hat. Damit wird deutlich, wie wichtig und notwendig eine Theoriebildung ist, überhaupt eine systematische Analyse theoretischer Prämissen des Terrorismus.

4 Paul Stänner, Geschichte des Terrorismus – Terror als Taktik des politischen Handelns, Deutschlandfunk vom 9. Januar 2017, unter: http://www.deutschlandfunk.de/geschichte-des-terrorismus-terror-als-taktik-des.1310.de.html (3. Februar 2017).

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Rechtspopulismus in Deutschland

Von Helge F. Jani

Hajo Funke, Von Wutbürgern und Brandstiftern. AfD – Pegida – Gewaltnetze, Berlin 2016 (*Verlag für Berlin-Brandenburg*), 184 S.

Anfang 2015 kam es im sachsen-anhaltischen Tröglitz zu Demonstrationen gegen ein geplantes Wohnheim für Asylbewerber. Nachdem die Gegner dem Bürgermeister mehrfach mit Mord drohten, trat dieser am 5. März 2015 zurück. Wenige Tage später setzten rechtsextreme Gewalttäter das Gebäude für die geplante Unterkunft in Brand. In Clausnitz im Osterzgebirge griffen am 18. Februar 2016 Demonstranten einen ankommenden Reisebus mit Flüchtlingen an, die sich aus Angst vor dem wütenden Mob nicht aus dem Bus trauten. Parolen wie „Wir sind das Volk" und „Ausländer raus" ertönten. Nur unter dem Schutz der Bundespolizei konnten die Flüchtlinge den Bus erst nach knapp zwei Stunden verlassen.

Diese beiden Szenen stehen exemplarisch für ein Stimmungsbild und für politische Protestformen, zu deren Repertoire neben vereinfachenden Parolen offene Gewalt gehört. Mittlerweile ist ein Milieu entstanden, das sich aus unterschiedlichen Quellen speist: Dieses reicht von den parteiförmig organisierten Populisten der *Alternative für Deutschland* (AfD) über die *Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes* (PEGIDA) bis hin zu rechtspopulistisch und rechtsradikal motivierten Entwicklungen, die im Windschatten von PEGIDA und AfD stehen „sowie den sie umgebenden Gewaltsaum" (S. 9). Hajo Funke schildert Ausprägungen dieser politischen Handlungsformen und verdichtet sie zu einem Gesamtbild, das die Bedrohung der liberalen Demokratie der Bundesrepublik nahelegt. Entstanden ist keine streng politikwissenschaftlich angelegte Studie, sondern „eine skizzenhafte Zwischenbilanz" (S. 10), die Eindrücke, Schlaglichter und Lagebilder zusammenträgt. Neben der Auswertung von Reden und Texten von AfD und PEGIDA stützt Funke seine Befunde auf Expertengespräche und Beobachtungen bei Veranstaltungen und Demonstrationen. Das Buch ist in zwei wesentliche Teile gegliedert, die sich mit der PEGIDA-Bewegung und mit der AfD befassen. Strategievorschläge, wie der politischen Gefahr von rechtsaußen zu begegnen ist, runden den Band ab.

In vielen Ländern Europas befinden sich populistische Parteien und Bewegungen im Aufwind. Häufig haben sie die Rolle eines Stimmungsbarometers für diffus grassierendes Unbehagen in der Bevölkerung eingenommen. Diese Kräfte spielen virtuos mit den Gefühlslagen der Menschen: Frustration, Benachteiligung und Sorgen vor sozialem Abstieg werden politisch orchestriert – Funke spricht mehrfach von der „Entfesselung von Vorurteilen und Ressentiments" (S. 20) – und zu einem Bedrohungsszenario aufgeschäumt, bei dem Sündenböcke als willkommene Projektions-

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

fläche dienen können. Als nicht beabsichtigter Katalysator dieser Entwicklung kommt das Diktum der Alternativlosigkeit hinzu, das der Demokratie, die Kontroverse und Deliberation als Lebensform begreift, zumindest auf der rhetorischen Ebene die Geschäftsgrundlage streitig macht. Funke rollt einen breiten Krisenteppich aus, der von der Krim-Krise bis zum Brexit und von der Flüchtlingsbewegung bis zum Anstieg prekär Beschäftigter reicht. Angesichts der Gleichzeitigkeit teils intrikater und sich teils gegenseitig verstärkender Probleme „bringen sich radikale Rechte in Position und greifen die Hegemonie demokratischer, liberaler und vor allem sozialer Ideale an“ (S. 20).

Titel und Untertitel zählen unterschiedliche Akteure auf, deren politische Handlungsformen teilweise als unkonventionell zu bezeichnen sind, teilweise zu offener Gewalt aufrufen: Wutbürger, Brandstifter, AfD, PEGIDA, Gewaltnetze. Diese Zusammenschau suggeriert, dass die Grenzen zwischen populistischer Parteipolitik und gewalttätigen Aktionen zusehends verschwimmen. Der Wutbürger pflegt eine borniert-verschlossene Abwehrhaltung gegen Wandel, der seinen Lebensradius bedroht, „und er mag nicht Weltbürger sein“.[1] Im Januar 2016 griff die AfD-Vorsitzende Frauke Petry zu einer „verbalen Brandfackel“ (S. 80) und vertrat die Ansicht, im Rahmen der Grenzsicherung notfalls auch auf Flüchtlinge zu schießen. Funke zieht hier eine direkte Verbindungslinie von unzufriedenen Bürgern, die gegen Infrastrukturprojekte demonstrieren, zu einer rechtspopulistischen Partei, die zu offener Gewalt gegen Flüchtlinge aufruft sowie zu Bürgern, die Flüchtlingsunterkünfte in Brand setzen oder offen mit Aufrufen zu Gewalt gegen Minderheiten sympathisieren. Gerade für die Analyse wäre eine trennscharfe Unterscheidung notwendig: Handelt es sich um vereinfachende Parolen, die einem Schwarz-Weiß-Schema folgen oder ist bereits eine Schwelle überschritten, bei der Gewalt gegen politische Gegner nicht mehr weit entfernt ist? Entscheidend ist die Frage, wann und unter welchen Umständen ressentimentgeladene Parolen in gewaltsamen Protest umkippen. Nur entlang dieser analytischen Unterscheidung lässt sich differenziert nach Ursachen fragen. Erst dann ist es möglich, konkrete Gegenstrategien in der politischen Auseinandersetzung zu entwickeln.

Die PEGIDA-Bewegung nahm ihren Ausgangspunkt im Oktober 2014 zunächst in Dresden und bildete danach lokale Ableger in weiteren Städten. Funke stützt sein Kapitel über PEGIDA auf Kontakte zu Experten aus dem Bereich der politischen Bildungsarbeit sowie auf teilnehmende Beobachtungen an PEGIDA-Demonstrationen in Dresden, Zwickau, Grimma und anderen sächsischen Städten. Im Zuzug von Flüchtlingen und Asylbewerbern sehen die Wortführer von PEGIDA eine manifeste Bedrohung ihrer Lebensgewohnheiten sowie des christlichen Abendlandes insgesamt. „Flüchtlinge werden als vermeintlich einheitliche, homogene und undifferenzierbare Gruppe zum Sündenbock für alle Ressentiments“ (S. 51). Die numerischen Fakten stehen hingegen in scharfem Kontrast zu der Vorstellung von drohender Überfremdung: Während im Dezember 2014 der Anteil ausländischer Bürger an der

1 Dirk Kurbjuweit, Der Wutbürger, in: Der Spiegel vom 11. Oktober 2010.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Gesamtbevölkerung im Bundesdurchschnitt bei 9,3 Prozent lag, betrug dieser Wert für Sachsen lediglich 2,9 Prozent. In Mecklenburg-Vorpommern hat sich der PEGIDA-Ableger MVgida gegründet, dessen Aktivitäten im Dunstkreis der rechtsextremen NPD stehen. Eine „Mischszene aus Hooligans, kriminellen Rockern, Drogenhändlern und gewaltbereiten Neonazis" bereitet den Raum „für mögliche flüchtlingsfeindliche Eskalationen" (S. 63). Dort wie in Sachsen fehlt die Autorität einer aktiven Zivilgesellschaft, die auf dem gefestigten Boden einer demokratischen Streitkultur steht, die in der Lage wäre, rechtsradikalen Umtrieben wirkungsvoll Einhalt zu gebieten.

Ursprünglich als Professorenpartei mit eurokritischem Impetus gegründet, hat sich die AfD nach mehrfachen Metamorphosen gewandelt und ist „eine rechtsradikale Partei geworden" (S. 73). Es handelt sich um eine extrem heterogene Partei, deren Uneinheitlichkeit sich in Flügeln und Parteiströmungen ebenso spiegelt wie in einer Vielzahl programmatischer Vorstöße. Neben eher gemäßigten Kräften wie Marc Jongen oder Jörg Meuthen gibt es „Aufstiegsopportunisten und Trittbrettfahrer" (S. 119), die sich frustriert von anderen Parteien abwenden sowie parteipolitisch heimatlose Unterstützer aus dem deutsch-nationalen und dem nationalkonservativen Milieu. Für Funke gilt Björn Höcke „als der Radikalisierungsmotor in Bezug auf die Umwandlung der AfD in eine rechtsradikale Partei der völkisch-rassistischen deutschnationalen ‚Wiedergeburt'" (S. 76). Ihm gelingt es, „mit seinen völkisch-nationalistischen Thesen den Resonanzraum fremdenfeindlicher Einstellungen nachhaltig zum Schwingen zu bringen" (S. 93). Die AfD bewegt sich zwischen moderaten Positionen und radikalen Vorstößen, indem sie tief verwurzelte und lang gehegte Frustrationen anspricht. Das entsprechende Medienecho wird präzise einkalkuliert: „Sie verhält sich wie ein Chamäleon: einerseits besorgt, andererseits immer bereit, Ressentiments zu bedienen und zu entfesseln" (S. 145).

Abschließend formuliert Funke einige Handlungsempfehlungen, wie zukünftig rechtsradikalen Kräften und populistischen Bewegungen entgegengetreten werden kann. Den Schlüssel sieht er im „Prozess der liberalen Integration" (S. 158). Der Integration von Ausländern und Flüchtlingen in die kulturellen Praktiken des Alltagslebens und in den Arbeitsmarkt kommt die Rolle einer „Querschnittsaufgabe" (S. 159) zu. Beide Seiten müssen bereitwillig daran mitwirken: Zugezogene genauso wie die angestammte Bevölkerung. Nötig ist ferner ein kritisches Überdenken der bisherigen Spar- und Sanierungspolitik, die als Rezept für ökonomisch schwache Staaten in Europa dekretiert worden ist. Es kommt darauf an, das Verhältnis von Demokratie und Kapitalismus neu auszubalancieren; mithin ein „neuer Gesellschaftsvertrag jenseits von Austerität und den beflissenen Reaktionen auf Finanzmärkte" (S. 173).

Gerade der letzte Abschnitt verdeutlicht, dass Hajo Funke mit seinem Buch auch einen Warnruf ausstößt. Ebenso wichtig wie das Aufdecken radikaler Entwicklungen und ideologischer Verirrungen ist die kontinuierliche Anleitung zu demokratischer Partizipation. Darin liegt die effektive Imprägnierung gegen die zum Teil sehr kruden Weltbilder von Populisten und Extremisten. Am Ende seiner Amtszeit hat Bun-

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

despräsident Joachim Gauck eindringlich dafür geworben, die gesellschaftlichen Bindungskräfte zu stärken und so die Attraktivität der repräsentativen Demokratie zu erhöhen: „Demokratie ist nicht einfach nur, Demokratie wird. Sie lebt, und sie ist lernfähig.“[2] Und dieses demokratische System, fähig zur ständigen Selbstkorrektur, bildet die Gegenwelt zu populistisch vorgetragenen Idealwelten mit scheinbar einfachen Ursache-Wirkungs-Zusammenhängen. Insofern formuliert Funke mit seiner Bestandsaufnahme über populistische Bewegungen auch den Auftrag an die Mehrheitsgesellschaft, Populisten mit den Mitteln demokratischer Gegengifte zu entzaubern.

2 Joachim Gauck, Rede zum Ende der Amtszeit zu der Frage „Wie soll es aussehen, unser Land?“ aus der Antrittsrede vom 23. März 2012 vom 18. Januar 2017.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Die Evolution des Islamischen Staates

Von Christoph Günther

Fawaz A. Gerges, ISIS – A History, Princeton/Oxford 2016 (*Princeton University Press*), 368 S.

Seitdem der Islamische Staat (IS) durch die Eroberung Mosuls im Juni 2014 fast schon schlagartig eine Bühne betrat, auf der ihm die Aufmerksamkeit einer staunenden, weitgehend ratlosen globalen Öffentlichkeit zuteil wurde, sind diverse Studien zum Thema auf dem internationalen Büchermarkt erschienen. Einen laufenden Konflikt und seine Akteure zu analysieren ist ein schwieriges Unterfangen, da jede Beurteilung droht, von den Zeitläuften überholt oder für ungültig erklärt zu werden.

Fawaz Gerges konzentriert sich deshalb vor allem auf die großen Konfliktlinien, die den Irak und Syrien prägen, und verwendet nur wenig Raum auf die Konfliktdynamiken und Interessen äußerer Akteure, die auf diesem Spielfeld direkt oder indirekt aktiv sind. Gerges hat mit *ISIS – A History* ein Werk über die Evolution des IS vorgelegt, das die Entwicklung der Bewegung und die Biografien einzelner Schlüsselpersonen unter Einbeziehung des sozio-politischen Kontextes veranschaulicht. Der Autor beginnt jedoch seine in acht Kapitel gegliederte Betrachtung nicht mit der Entstehung des IS, sondern setzt sich zunächst mit der Ideologie der von ihm als „social movement" begriffenen Bewegung auseinander. Bei aller ethisch-moralischen Distanz zu seinem Gegenstand geht es dem Autor darum, den Leser verstehen zu lassen, wie der IS die Welt in den Gedanken seiner Anhänger zu strukturieren versucht und damit ihr Handeln beeinflussen möchte. Sicherlich lässt sich darüber debattieren, ob die Welt nach Darstellung des IS „frozen in time and space" (S. 26) ist und ob es sich um den Versuch einer Imitierung der islamischen Frühzeit handelt. Man könnte dagegen einwenden, dass die Führung des IS die Bewegung vielmehr als jüngsten Teil in einer kontinuierlichen Kette von Reformbewegungen im sunnitischen Islam präsentiert. Diese Kontinuität impliziert einen intensiven gedanklichen Rückgriff auf eine idealisierte Vergangenheit. Der IS entwirft jedoch auch spezifische Vorstellungen der Gegenwart und Zukunft, die keineswegs allein von millenaristischen Leitgedanken geprägt sind und die über die enge Verknüpfung von religiösen Heilsversprechen und politischer Macht ein möglichst breites Publikum ansprechen sollen. Zusätzlich wäre darüber nachzudenken, ob die Verbrechen des IS gegen die Menschlichkeit einzig einem religiös begründeten Purifizierungsstreben geschuldet sind oder ob sie vielmehr als Mittel zur Erlangung und Erhaltung von Macht dienen. Über diese Detailfragen hinaus ist die Wichtigkeit des von Gerges verfolgten hermeneutischen Ansatzes zu betonen, da nur durch ein genaues Studium der Primärquellen die Einzigartigkeit, die der IS sich selbst zuschreibt – und die ihm von

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

seinen Gegnern vermittelt wird – relativiert somit das Handeln der Bewegung als grosso modo rationales Handeln begreifbar wird.

In Kapitel zwei fokussiert Gerges die Entwicklung von einer kleinen Gruppe innerhalb des sunnitischen Widerstands gegen die US-geführte Besatzung des Irak über den Anschluss an al-Qaida bis zur Ausrufung des Islamischen Staates Irak. Er konzentriert sich vor allem auf die Biografie des Jordaniers Abu Musab al-Zarqawi, der bis zu seiner Tötung 2006 die Vorläufer des IS leitete. Dessen Wandlung vom Kleinkriminellen zum ‚Posterboy' einer neuen Generation der dschihadistischen Internationale beleuchtet er sehr intensiv. Gerges konzentriert sich insbesondere auf die starke anti-schiitische Agenda Zarqawis, die ihm Kritik aus den eigenen Reihen einbrachte, durch das Anheizen eines Konfliktes zwischen Schiiten und Sunniten seiner Gruppierung jedoch den Boden für ihre mittelfristige Etablierung im Irak bereitete. Diese ist Gegenstand von Kapitel drei, in dem Gerges ein weitgehendes Versagen der irakischen Regierung bei der Einbindung aller Bevölkerungsteile in die sozio-politische Neuordnung des Landes konstatiert. Zugleich hatte die Führung des IS ihre Lehren aus der Vergangenheit gezogen – sie versuchte stärker über Kooptierung und Allianzbildung als über Zwang und Unterdrückung ihre Machtposition zu stabilisieren und zu erweitern. Diese Allianzen werden im fünften Kapitel des Buches näher besprochen. Zunächst befasst sich der Autor jedoch mit der zum Teil nebulösen Biografie des ‚Kalifen' Abu Bakr al-Baghdadi. Diese wird bei Gerges keineswegs gänzlich von Unklarheiten bereinigt, sondern als Indiz für eine ‚Mystifizierungsstrategie' einer Bewegung begriffen, die die Persönlichkeit ihres Anführers als außeralltäglich und charismatisch zu überhöhen sucht. Gerges widmet Baghdadis Biografie lediglich 14 Seiten. Hier zeigt sich eine der großen Stärken des Buchs: Wo keine Informationen vorliegen, spekuliert Gerges nicht. Der Autor bemerkt im Vorwort, dass er seine Darstellung nicht auf Berichte aus dem Inneren des IS stützt, er enthält sich entsprechend einer Auseinandersetzung mit der Rolle des ‚Kalifen' für die Binnendynamiken des IS. Viel deutlicher wird der Autor im fünften Kapitel: Insbesondere die gemeinsame Inhaftierung von ehemaligen Mitgliedern der irakischen Baath-Partei und militanten Dschihadisten in den Gefangenenlagern der US-Armee im Irak habe einen Gutteil zur Bildung von personellen Netzwerken beigetragen, die die Basis für die Führungsstruktur des IS darstellten und seine ideologische wie strategische Ausrichtung bestimmten. Die Entwicklung zu einer Bewegung, die sich seit 2006 offensichtlich von al-Qaida emanzipierte und seit 2010 eine – wie Fawaz Gerges es nennt – „Iraq first"-Stoßrichtung (S. 148) verfolgte, zeigt die zunehmende Bedeutung ehemaliger hochrangiger Angehöriger des irakischen Sicherheitsapparates zumindest für die militärische Schlagkraft des IS. Gerges optiert mit Blick auf die Beziehung zwischen Dschihadisten und Baathisten innerhalb des IS und zur Beantwortung der Frage „Wer konvertierte wen?" für eine komplexe Analyse, die die individuellen Erfahrungen von Krieg, existenzieller Unsicherheit und weitreichenden Deprivationen mit Opportunitätsstrukturen sowie der gestiegenen Bedeutung kollektiver Identitäten und religiöser Weltdeutungsansätze korreliert. Er wendet sich damit

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

gegen die weit verbreitete These, ehemalige Baathisten hätten sich des IS bemächtigt, um ihre weltlichen Machtinteressen durchzusetzen.

Das sechste Kapitel widmet der Autor dem Einfluss des syrischen Aufstands auf das Erstarken des IS. Er geht auf dessen Konkurrenz mit anderen militanten Islamistengruppen ein, insbesondere der al-Nusra-Front, deren Anführer ursprünglich als Emissäre des IS nach Syrien gesandt worden waren. Wichtiger jedoch sind Fawaz Gerges die gegenseitige Beeinflussung der Konflikte in Syrien und dem Irak, die geschickte Bildung von Allianzen sowie die sozialen, politischen und ökonomischen Bedingungen, die eine erfolgreiche Resonanz der Angebote des IS bei Bevölkerungsschichten in beiden Ländern versprachen, die die Bewegung als populäre Basis gewinnen wollte. Auf diese Überlegungen zu potenzieller Resonanz für die Angebote des IS aufbauend, erweitert Kapitel sieben den Blick über den Irak und Syrien hinaus auf die gesamte arabisch-islamische Welt, insbesondere auf den Versuch al-Qaidas und des IS, sich die Verdienste lokaler zivilgesellschaftlicher Akteure im Rahmen des ‚Arabischen Frühlings' diskursiv anzueignen. Der Autor folgert richtig, dass das Auseinanderbrechen staatlicher Strukturen in vielen Ländern der Region kaum zu politischen und sozialen Reformen führte. Gleichzeitig erleichterte diese Entwicklung jedoch den Zustrom ausländischer Kämpfer insbesondere zum IS, der das Gegenteil vieler von den jungen Demonstranten in Ägypten, Tunesien und anderswo vertretener Werte repräsentiert – „the barrel of the gun matters more than the will of the people" (S. 216). Kapitel acht zeigt sehr detailliert die Auseinandersetzungen zwischen dem IS und seinen Vorläufern auf der einen und al-Qaida und verschiedenen Dschihadi-Ideologen auf der anderen Seite. Hier schildert Fawaz Gerges strukturelle Veränderungen, denn im Diskurs um Hegemonie innerhalb der ‚dschihadistischen Internationale' geraten theologische Argumente und islamische Gelehrsamkeit zusehends gegenüber Verweisen auf militärische Stärke und die Durchsetzung sozialen Wandels in den Hintergrund.

Fawaz Gerges' Studie ragt aus der Fülle an Studien zum IS in verschiedener Hinsicht heraus. Das Buch macht sich nicht zur Aufgabe, einen laufenden Konflikt zu analysieren, sondern konzentriert sich vor allem auf die organisatorische Evolution des Islamischen Staates und seiner Vorläufer. Zudem nimmt das Buch die Rahmenbedingungen in den Blick, die den Aufstieg der Bewegung mit ermöglichten. Gerges zeichnet ein umfangreiches Bild der Konfliktdynamiken und Machtkämpfe innerhalb der ‚dschihadistischen Internationale' und zwischen einzelnen Gruppen des dschihadistischen Spektrums im Irak und in Syrien. Er hat in Zusammenarbeit mit einem Rechercheteam ein Buch vorgelegt, das wie nur wenige Bücher zum Thema – auch für ein allgemeines Publikum – sehr gut lesbar und hervorragend empirisch belegt ist. Zu Recht weist der Autor darauf hin, dass die salafistisch-dschihadistische Ideologie des IS nicht militärisch zu bekämpfen ist und auch nach dessen Niederlage anderen politischen Akteuren dienen wird, um Anhänger zu gewinnen und aus einem polarisierenden Weltbild Kapital zu schlagen. Dies wird auch in Zukunft der Fall sein, solange die Inklusion breiter Bevölkerungsschichten in die Gestaltung von Politik und Gesellschaft ein Lippenbekenntnis seitens staatlicher Akteure in der ara-

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

bisch-islamischen Welt bleibt und insbesondere junge Menschen kaum effektiv am politischen Prozess partizipieren können.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Die Akte Rosenburg?

Von Mathias Schmoeckel

Manfred Görtemaker/Christoph Safferling, Die Akte Rosenburg. Das Bundesministerium der Justiz und die NS-Zeit, München 2016 (*C.H.Beck*), 588 S.

Der Band geht auf einen Auftrag des Bundesministeriums der Justiz (BMJ) zurück. Der Historiker Manfred Görtemaker und der Strafrechtler Christoph Safferling sollten die Belastung des BMJ sowohl in personeller Hinsicht mit ehemaligen Nationalsozialisten als auch in thematischer Hinsicht mit Ideen des Nationalsozialismus ermitteln. Die Rechtshistoriker Eva Schumann, Jan Thiessen sowie der Staatsrechtler Martin Will wurden in das Projekt eingebunden. Das schon während seiner Laufzeit kontroverse Projekt präsentiert mit diesem Band seine gesammelten Ergebnisse, ohne die Anteile der einzelnen Autoren klar erkennen zu lassen.

Das Verdikt über das BMJ steht mit der Einleitung bereits fest. Angesichts der bekannten Probleme in der Ausführung des „G 131“, also bei der Wiedereinstellung von Beamten belastete mit unbelasteten Mitarbeitern auszugleichen, ist a limine klar, dass das Ministerium in personeller Hinsicht durch mehr Kontinuität belastet war, als ihm lieb sein konnte. Bei der *Akte Rosenburg* scheint es sich also um eine – endlich aufzuarbeitende – Strafakte zu handeln. Kriterien für eine inhaltliche Belastung bleiben leider ungenannt. Stattdessen werden sowohl bis als auch nach 1945 behandelte Themen untersucht. Das ist für die Autoren dann meist ein ausreichender Beweis dafür, dass Vorstellungen des Dritten Reichs fortlebten. Aber warum sollte die Geschichte des BMJ keine Erfolgsgeschichte sein? Völlig ausgeblendet bleiben jene Themen, anhand derer sich die unbestreitbare Leistung des Justizministeriums bei dem Aufbau eines demokratischen Rechtsstaats erkennen lässt. Wenn der Aufbau der Demokratie in Deutschland gelang, dann lag dies in technischer Hinsicht am Aufbau des Rechtsstaats. Selbstverständlich war das Bundesverfassungsgericht als „Hüter der Verfassung“ allenfalls zu punktuellen Klärungen fähig, während die stringente Formulierung der Gesetze durch die Exekutive bestimmt und geleistet wurde.

Nach einer Einleitung mit Fragestellung und Abgrenzungen zu früheren Forschungen beginnt die Studie mit der Rechtsentwicklung ab 1945. Wie arbeiteten die Alliierten und die Zonen das nationalsozialistische Unrecht auf? Im Mittelpunkt stehen die Nürnberger Prozesse, deren Rezeption in der Bundesrepublik und der DDR sowie die Verfahren der Entnazifizierung, namentlich der berühmte Fragebogen. Gezeigt wird, wie die Verfolgung von NS-Gewalttaten durch Exekutive und Judikative vorangetrieben wurde. Dabei irritiert eine auffällige Nonchalance gegenüber dem Gewaltentrennungsprinzip, weil die Präsentation des Geschäftsbereichs des BM „für Justiz“ mit Darstellungen der Bundesgerichte vermengt ist, so als ob Bundesverfas-

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

sungsgericht und Bundesgerichtshof in den Geschäftsbereich dieses Ministeriums fielen und nicht – allein – die Bundesanwaltschaft.

Beim Aufbau des BMJ werden die beamtenrechtlichen Mittel des Aufbaus nicht erörtert. Die Spiegel-Referenten im Kanzleramt, also die Verbindungen zum Kanzler, spielen nur ausnahmsweise eine Rolle. Die Autoren machen deutlich, was sie bei der Einstellung erwartet hätten, nämlich eine unabhängige Kommission zur Klärung über die NS-Verstrickungen der potenziellen Mitarbeiter. Völlig unverständlich erscheint ihnen dagegen das Vorgehen der maßgeblichen Personen, hier vor allem des Ministers Thomas Dehler und seines Staatssekretärs Werner Strauß. Deren Lebensläufe und fehlende Belastungen in ideologischer Hinsicht werden dargestellt. Ihr Motiv, nur nach fachlicher Qualität einzustellen und dabei Belastete bewusst anzuwerben, um die Gesellschaft wieder zu einen, können die Autoren nicht nachvollziehen. Statt hier etwa über falsche Standessolidarität der Protagonisten zu spekulieren, hätte man mögliche Alternativen erwägen sollen. Wäre es überhaupt möglich gewesen, eine unabhängige Kommission ausreichend zu besetzen und monatelang wirken zu lassen? Nach 1945 war eben nicht wie nach 1990 ein Austausch des Personals möglich. Andere Regimewechsel wie Südafrika nach der Apartheid zeigen, dass man auch mit durchaus weniger Ambitionen an die Sache hätte herangehen können. Der Wunsch nach einer strafrechtlichen Aufarbeitung ist durchaus nicht selbstverständlich. Vielleicht war ein völliger Ausschluss aller Belasteten nicht nur tatsächlich einfach unmöglich, sondern umgekehrt die Einbeziehung der Belasteten ein Mittel, um alle Teile der Gesellschaft am Aufbau der Demokratie zu beteiligen.

Dem Werk zufolge war es jedoch nicht die unmögliche Umsetzung des G 131, sondern die „restaurative" Tendenz der Juristen, die zur Anstellung von ehemaligen Nationalsozialisten führte. Diese hätten dabei weniger juristisch als aufgrund ihrer biografischen Prämissen argumentiert. Daraus ergab sich in dieser Sicht die allmähliche „Renazifizierung" (S. 138) des Ministeriums. „Der Geist der Rosenburg" und alle Hinweise auf ein konzentriertes Arbeiten mit vielen Möglichkeiten der internen Diskussion und der Produktivität des Amts erscheinen den Autoren damit von vornherein belastet. Sowohl das Gemeinschaftsgefühl als auch die Hinweise auf die Qualität der Leistung sind ohne weiteres verdächtig. Der kolportierte – und wohl auch nicht unberechtigte – Stolz der Mitarbeiter auf das Erreichte gerät zum Beweis einer falschen Einstellung.

Man findet wichtige Passagen in diesen Kapiteln: neben biografischen Angaben zu den Protagonisten genauere Statistiken über die personelle Belastung des Ministeriums oder Ausführungen zu diversen Sachfragen (etwa zum Amnestiegesetz von 1954 oder zu Fragen der Verjährung von NS-Verbrechen). Dabei erscheint die Bundesrepublik als Getriebene, durch die Politik der Alliierten, aber auch der DDR und deren „Braunbücher". Es ist heute in bestimmten Kreisen modern, die alte DDR als das vorbildliche Deutschland zu verstehen. Nach der ideologischen Säuberung durch die Kommunisten war der Anteil der ehemaligen Nationalsozialisten dort viel geringer. Sollte man aus diesem Beispiel nicht vielmehr entnehmen, dass gerade nicht die ideologische Säuberung, sondern der Versuch der Zusammenarbeit der ehemaligen

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Gegner als der überzeugendere und demokratischere Weg erscheinen sollte? Gerade die einstige Konzentration auf fachliche Präzision erscheint in dieser Hinsicht als Tugend, die von den Autoren nicht wahrgenommen wird und zunehmend auch in der Praxis bedroht erscheint.

Manches wird dabei verzeichnet – aus der Sekundärliteratur etwa die sonst nicht weiter belegte Behauptung entnommen, dass die Stelle, die sich für die Deutschen im Ausland einsetzen sollte, „in aller Stille" begründet und gleichsam geheim gehalten wurde. Umso anstößiger erscheint damit diese „Zentrale Rechtsschutzstelle", deren Aufgabe letztlich nur eine Selbstverständlichkeit darstellt. Für solche Vorwürfe hätte man sich mit dem Organigramm des Ministeriums und dessen Publizität auseinandersetzen müssen. Ärgerlich ist dagegen, wenn Kriegsgefangene – die es offensichtlich nur in Russland gegeben hat – mit Kriegsverbrechern in einen Topf geworfen werden. Die Autoren brauchen sich nicht zu wundern, wenn sie durch solche Fehler bei manchen Lesern Unmut erzeugen. Einen Beweis für die Annahme, die für den Schutz von Kriegsverbrechern geschaffene Stelle habe sich zum Schutz für Kriegsverbrecher gewandelt, bleiben die Autoren freilich schuldig.

Auch im Falle des Bundesverfassungsgerichts heben sie auf personelle Belastungen ab. Diese Vorgehensweise lässt Zweifel an der Seriosität der Untersuchung aufkommen. So konzentriert sich die Darstellung des ersten Verfassungsgerichtspräsidenten Hermann Höpker-Aschoff allein auf seine ihn belastende Tätigkeit nach 1943. Unerwähnt bleibt dagegen, dass er als Finanzminister Weimars sich nach 1933 zurückzog, gegen das Dritte Reich in seinen Publikationen Position ergriff und 1943 nur dienstverpflichtet wurde. Nur das belastende Material zu erwähnen, grenzt an eine bewusste Irreführung. Natürlich wird auch Ernst Friesenhahn nicht erwähnt, wohl weil er nicht dabei half, die Belastung des Bundesverfassungsgerichts zu illustrieren.

Ein zweiter Teil beschäftigt sich mit den vom BMJ behandelten Sachfragen. Dabei fahnden die Autoren nach dem Erbe des Nationalsozialismus. Allerdings sind die Mittel, die zu deren Bestimmung eingesetzt werden, zu einfach gestrickt: Wurde ein Gesetz in der Zeit des Nationalsozialismus gemacht, gilt es als nationalsozialistisch. Das kann man wegen der Rassenideologie für das Erbgesundheitsrecht annehmen, obwohl die Grundlagen älter sind und die Praxis auch in anderen Ländern existierte. Das Gnadenrecht von 1935 dagegen, das die Ausübung der Gnade dem „Führer und Reichskanzler" übertrug, war für die Autoren selbst dann noch „nationalsozialistisch", als das Gnadenrecht dem Bundespräsidenten übertragen wurde. Sie übersehen, dass diese Materie Jahrtausende älter und ein Vorrecht der Herrscher der Antike war und von der Kirche im Ablasswesen besonders dogmatisiert wurde. In der Frühen Neuzeit war es ein charakteristisches Vorrecht der Monarchen. Natürlich konnte man 1935 damit das Führerprinzip illustrieren, doch abgesehen davon ist an diesem Gesetz nichts „nationalsozialistisch". Ohnehin setzten sich die Autoren überhaupt nicht erst mit diesem problematischen Begriff oder dessen Kriterien auseinander und übergehen eine Fülle von Diskussionen der letzten Jahrzehnte.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Was entspricht dann an den Sachfragen aus dem Staats- und Strafrecht dem Geist des Dritten Reichs? Spricht die verunglückte Strafrechtsreform automatisch dafür, dass der alte Geist noch herrschte und eben nicht durchgesetzt werden konnte? Erst mit der Liberalisierung z. B. des Sexualstrafrechts wurde das Strafrecht entnazifiziert? Wer sich näher mit Sachfragen der Nachkriegszeit auseinandergesetzt hat, weiß um viele konservative Einstellungen, die man auch außerhalb Deutschlands in dieser Zeit findet. Es ist pauschal und unkritisch, alles zum Nationalsozialismus zu erklären, was man nicht weiter ertragen kann oder will. Jedenfalls geht dies nicht – wie hier – ohne eine entsprechende Auseinandersetzung. Das gilt auch für das Wehrstrafrecht. Natürlich erschrickt man heute vor den Urteilen des Wehrrichters Erich Schwinge. Erst im Vergleich mit den Alliierten würde sich hier erschließen, was dem Krieg und was der Ideologie geschuldet war. In diesem Stile suggerieren die Autoren, dass man dem alten Gedankengut angehören musste, um sich (während des Kalten Krieges!) mit dem Problem der Justiz im Kriegszustand beschäftigen zu können.

Kern der inhaltlichen Belastungen und Kontinuitäten ist dabei die Frage der Verjährung. Der allgemeinen Darstellung, mit der Neuregelung des Ordnungswidrigkeitengesetzes sei die Verjährung gleichsam als Unfall herbeigeführt worden, muss widersprochen werden. Dem zuständigen Referenten Eduard Dreher eine Absicht zu unterstellen, weil dieser ohnehin alles wusste, ist kein Beweis, sondern eine Mutmaßung; hier wird der Historiker zum Romancier. Die übrigen Aktionen des BMJ sprechen eher gegen eine solche Absicht. Gegenüber dem Bundesgerichtshof jedenfalls unternahm es viel, um dessen Annahme der Verjährung zu verhindern. Umso deutlicher wird, dass jedenfalls dieser sich bewusst gegen eine Fülle alternativer Deutungsansätze für die Verjährung entschied.

Eine unvoreingenommene Untersuchung zur Geschichte des BMJ, die Verdienste und historische Belastung gegenüberstellt und gewichtet, ist erst noch zu schreiben. Hier überwiegt der Charakter einer Auftragsarbeit, die pflichtgemäß „braun gemalt“ hat und daraus ein Geschäftsmodell generiert. Einen der maßgeblichen Akteure bei der Gestaltung des deutschen Rechtsstaats derart zu „renazifizieren“, ist dabei durchaus erstaunlich. Es ist unprofessionell, alles auf die Besserwisserei einer unkritischen, späteren Generation hinauslaufen zu lassen. Insgesamt vermisst man den Anschluss an die vielen differenzierenden Diskussionen der jüngeren Rechtsgeschichte zu den Charakteristika des nationalsozialistischen Rechts, von denen die Einstellungen der 1950er Jahre und später hätten abgegrenzt werden müssen. Wer eine Rechtsgeschichte des BMJ will, sollte damit wohl auch Rechtshistoriker beauftragen.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Raul Hilbergs Meilensteine der Holocaust-Forschung

Von Bernd Jürgen Wendt

Raul Hilberg, Anatomie des Holocaust. Essays und Erinnerungen, hrsg. von Walter H. Pehle und René Schlott, aus dem Engl. von Petra Post und Andrea von Struve, Frankfurt a.M. 2016 (*S. Fischer)*, 336 S.

Raul Hilberg, geboren 1926 in Wien, 1938 als Jude mit seiner Familie zur Emigration in die Vereinigten Staaten gezwungen und dort 2007 gestorben, legte bereits mit seiner von ihm mehrfach aktualisierten Dissertation *The Destruction of the European Jews* von 1961 einen bis heute bedeutenden Meilenstein zur Holocaust-Forschung vor. Sie erschien, unterstützt von Walter Pehle, Lektor für Zeitgeschichte, nach Ablehnungen durch die Verlage Droemer Knaur, Rowohlt und Beck in deutscher Übersetzung in drei Bänden bei S. Fischer als Taschenbuch unter dem Titel *Die Vernichtung der europäischen Juden* und wurde dadurch auch einer breiten interessierten Öffentlichkeit in Deutschland zugänglich. René Schlott arbeitet als Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam an einer Biografie über Raul Hilberg. Als eine Ehrung post mortem zum 90. Geburtstag Hilbergs legen die beiden Herausgeber dreizehn zentrale, aber wenig bekannte Texte von 1965 bis 2007 jetzt zum ersten Mal auf Deutsch vor.

Sie sind in drei Blöcke gegliedert: Forschungen, Kontroversen, Erinnerungen. Die Manuskripte bieten die Chance, zum einen die Erkenntnisinteressen und Ergebnisse eines ungewöhnlich ertragreichen, anregenden und selbstkritischen Forscherlebens gleichsam aus erster Hand zu verfolgen und zum anderen viele neue Perspektiven und Aspekte des Holocaust und ihre exakte wissenschaftliche Aufarbeitung in der von Hilberg etablierten Trias von „Tätern, Opfern und Zuschauern“ kennenzulernen. Auch der Mensch Hilberg wird in seiner konkreten Forschungspraxis in den Archiven nähergebracht. Um die Breite des Forschungsansatzes von Hilberg zu dokumentieren, seien im Folgenden aus der Sammlung zentrale Themenfelder zum Holocaust vorgestellt.

Im Mai 1979 entbrannte auf einer internationalen Konferenz des Deutschen Historischen Instituts London über „Herrschaftsstruktur und Gesellschaft des Dritten Reiches“ ein lang anhaltender theoretischer Grundsatzstreit, der auch in der Analyse der „Anatomie des Holocaust“ im ersten Beitrag des vorliegenden Sammelbandes aus dem Jahr 1980 zum Ausdruck kommt. Dieser Aufsatz ist eine Hommage an den verehrten Doktorvater Hilbergs, Franz L. Neumann, Autor von *Behemoth. The Structure and Practice of National Socialism*, einem Standardwerk über die nationalsozialistische Diktatur.

Kontrovers standen sich 1979 zwei Forschungsrichtungen gegenüber: die „Intentionalisten“ um Klaus Hildebrand, Eberhard Jäckel und andere, nach denen die Aus-

https://doi.org/10.5771/9783645288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

löschung des Judentums von Anfang an in Hitlers Denken und Planen angelegt war und die stringente Umsetzung des millionenfachen Mordes im „Führerstaat“ primär seine Handschrift trug; dort die „Revisionisten“, die „Funktionalisten“ oder besser „Strukturfunktionalisten“ um Hans Mommsen, Martin Broszat und andere. Sie sehen weitgehend von der Person Hitlers ab und leiten den Vernichtungsprozess aus der Gesellschafts- und Herrschaftsstruktur des Dritten Reichs mit ihrer Tendenz zu einer kumulativen rassebiologischen Radikalisierung ab. Der Völkermord erscheint hier als eine Art mörderisches, bürokratisches und arbeitsteilig organisiertes Räderwerk, bis zuletzt eher in Gang gehalten durch kleine, mittlere und große Räder, das heißt durch die Aktivitäten von Millionen von Tätern, als durch Weisungen des Diktators.

Hilberg bemüht sich um eine Vermittlung beider Positionen. Er analysiert einerseits die Motive und die abgestufte persönliche Verantwortung der Täter bis hinauf zu Hitler als dem „leitenden Architekten“ des Völkermordes, bettet diese aber andererseits ein in die bürokratische Funktionsweise, die mörderischen Mechanismen und in die Herrschaftsstrukturen des Dritten Reichs. „Und plötzlich verstand ich, dass die Vernichtung der Juden ein Prozess war […]. Ein Schritt folgte auf den anderen, und jeder basierte auf dem vorangegangenen. Die Vernichtung der Juden erfolgte nach einer inhärenten Logik, unabhängig von dem Weitblick oder den Plänen der Täter. Man hätte den Prozess jederzeit und an jedem Ort abbrechen können, aber in seinem Fortschreiten – oder seiner ‚Eskalation‘ – konnte man einzelne Schritte nicht auslassen. Die Täter mussten sich an den genauen Ablauf halten. Sie mussten nach und nach die Beziehungen und Verbindungen der jüdischen Gemeinden zur übrigen Bevölkerung durchtrennen, und zwar in allen Regionen des von Deutschen beherrschten Europa“ (S. 23).

Breiten Raum nimmt die Untersuchung „Über die Motive der Deutschen für die Vernichtung der Juden“ aus dem Jahr 1965 ein, eine Frage, die uns bis heute nicht loslässt. „Die einen versuchen, den Holocaust mit dem Wesen der Opfer zu erklären, die anderen mit dem der Täter. Wir wollen beide Ansätze näher betrachten“ (S. 36). Die „Provokationsthese“ erscheint, wie Hilberg zu Recht betont, „fragwürdig“, ist sie doch eine Wurzel des Antisemitismus, keineswegs aber ausreichend für die ideologische Erklärung eines Massenmords. Nach dieser These wurden die späteren jüdischen Opfer nach der Judenemanzipation im 19. Jahrhundert als erfolgreiche Konkurrenten mit wichtigen Positionen in Wirtschaft und Kultur zu einer „Provokation“ für die Täter und sind infolgedessen an ihrer Ausgrenzung und Verfolgung selbst schuld. Doch das Judentum „stellte weder eine Bedrohung für ein expandierendes Deutschland dar noch stand es den Plänen der Nationalsozialisten im Wege“ (S. 43).

Hilberg wechselt dann als Pionier der Täterforschung in einer gelungenen Verbindung von akteurszentriertem und strukturgeschichtlichem Ansatz von der Sicht auf die Opfer zu der auf die Täter und ihre „Tatmotive“: Um zu begreifen, warum es gerade deutsche Täter waren, grenzt er diesen Kreis nicht nur auf die unmittelbar am Vernichtungsprozess Beteiligten ein, sondern bezieht in einer umfassend angelegten sozialen Strukturgeschichte mit abgestufter Verantwortung auch weite Teile der

https://doi.org/10.5771/9783645288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

deutschen Gesellschaft im Dritten Reich mit jeweils unterschiedlichen Tatmotiven in seine Betrachtung ein. Nach Hilberg gab es kein organisiertes Element der deutschen Gesellschaft, das nicht in irgendeiner Weise in den Vernichtungsprozess eingebunden war und erfolgreich in korrekter „Pflichterfüllung" der „Volksgenossen" funktionierte. Dieser begann nach Hilbergs Phasenmodell jedoch nicht erst in den Gasöfen von Auschwitz, sondern in mehreren unverzichtbaren Vorstufen ab 1933 mit Millionen von beteiligten Tätern: Definition „jüdischer Abstammung", Entlassungen und Entrechtungen, Enteignungen „jüdischen Besitzes", Deportation nach dem Osten, Ghettoisierung, Ausbeutung von Arbeitskraft, Aushungerung, Ermordung.

„Tatmotive" subsumiert der Autor unter folgende Begriffe: Eigennutz, Massen-Eruption, Fehlfunktion, Fixierung. „Eigennutz" der Täter bezieht sich besonders auf „drei Persönlichkeitstypen […], die ihre ganz eigenen Ziele verfolgten: Opportunisten, Profiteure und Sadisten" (S. 45)! Daraus leitet der Autor die Frage ab, „inwieweit der Charakter der Deutschen die Judenvernichtung ermöglichte oder begünstigte" (S. 49). Der Massenmord an den Juden wurde nach Hilberg „von der organisierten Gesamtgesellschaft geplant und umgesetzt […]. Alle diese Aktionen entstammten letztlich einer weitverbreiteten allumfassenden Bereitwilligkeit" (S. 49). Bereitwillig waren nach Hilberg Behörden ebenso wie Dienststellen, die verschiedenen Gesellschaftsschichten ebenso wie die Berufsstände. Von einer antijüdischen „Massen-Eruption" zu sprechen, dürfte jedoch weit übertrieben sein, konzentrierte die deutsche Öffentlichkeit im Kriege ihre Aufmerksamkeit doch viel stärker auf das eigene Überleben als auf das Schicksal der jüdischen Mitbürger.

Die entscheidende Frage nach dem spezifisch judenfeindlichen „Charakter der Deutschen" stellt den Verfasser jedoch vor ein schwieriges Problem. Er nähert sich diesem Problem von zwei Seiten her: von einer „Fehlfunktion", d. h. von der Judenvernichtung als „Folge eines Defekts der deutschen Gesellschaft, der sie völlig aus dem Gleis geraten ließ", auf der einen und einer „fatalen Fixierung" auf einen „bestimmten Aspekt der deutschen Geschichte oder des deutschen Denkens, der die Nation in eine extreme, unumkehrbare Richtung trieb" (S. 50), auf der anderen Seite. So sehr Hilberg darin zuzustimmen ist, dass antisemitische Propaganda und Indoktrination mit der Vermittlung eines negativen Zerrbildes vom Judentum, die im Übrigen nicht auf Deutschland beschränkt waren, nicht zwangsläufig zum Massenmord führten, sondern den Tätern eher als Rechtfertigung dienten, so problematisch, unscharf und wenig überzeugend ist sein Versuch, die „Endlösung" psychologisierend aus spezifischen negativen Zügen und „Fehlfunktionen" des deutschen Nationalcharakters zu erklären. So sollen Titel und Ränge, Pflichten und Befehle, Überkorrektheit und Pedanterie sowie „paranoid-zwanghafte Verhaltensmuster" (S. 58) der Deutschen im Vernichtungsprozess deutlich zutage getreten sein.

Den Täter leiteten nach Hilberg drei Fixierungen: „der Wille, ‚Geschichte' zu machen, die Verherrlichung des ‚Blutes' und die Bereitschaft, schier Übermenschliches zu leisten und selbst schwierigste ‚Prüfungen' zu meistern" (S. 62). Der Massenmörder vermittelt dem Autor als zentrale Impulse „das Bild eines Deutschen, der einem Phantom hinterherjagt, angetrieben durch Enttäuschung und Frustration. Eine ge-

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

sichtslose Technokratie bot ihm ein Vehikel zur Verwirklichung seiner Vision […]. Propaganda verschaffte ihm Rechfertigungen für sein Handeln. Ehrgeiz spornte ihn an. Und zu seinen Füßen wand sich das hilflose Opfer und wartete auf den Todesstoß“ (S. 64 f.).

Dem Vorbild seines Doktorvaters Franz Neumann folgend, nach dem die gesellschaftliche Vernichtungsmaschinerie, einer inneren Logik folgend, aus vier unabhängigen hierarchischen Organisationen – den Ministerien, den Streitkräften, den Parteigliederungen und der Industrie – bestand, fügt Hilberg im Kapitel „Die Bürokratie der Vernichtung“ zwei weitere zentrale Apparate hinzu, die er im Einzelnen erforscht hat: „die Unverzichtbarkeit der Reichsbahn“ (S. 74 ff.) mit der Bereitstellung von Transportkapazitäten in die Ghettos und in die Vernichtungslager und die „Unverzichtbarkeit der Ordnungspolizei“ (S. 78 ff.). Dies ist Gegenstand von Christopher Brownings Standardwerk *Ganz normale Männer. Das Reserve-Polizeibataillon 101 und die ‚Endlösung‘ in Polen*.

Die jüdischen Ghettos und insbesondere das Wirken der „Judenräte“ in ihnen sind ein weiterer, in dem Band dokumentierter Forschungsschwerpunkt Hilbergs. Die Kapitel sieben und acht gehören zu den eindrucksvollsten der Sammlung. Der Autor stützt sich auf Isaiah Trunks Buch *Judenrat. The Jewish Councils in Eastern Europe under Nazi Occupation* (1972), ein bahnbrechendes Buch über die Bedingungen jüdischen Lebens in den osteuropäischen Ghettos. Danach war das Ghetto ein Übergangsstadium zwischen der Freiheit der Juden in der Vorkriegszeit und ihrer Vernichtung während des Krieges“ (S. 160), ein dem deutschen Willen unterworfener Stadtstaat, eine politische und sozioökonomische Einheit mit Verwaltungsaufgaben und ein jüdischer Ort mit im Judentum verwurzelten Traditionen. Es vermittelte „ein trügerisches Bild von Normalität und Sicherheit“ (S. 169), das den eingesperrten Juden in einem Akt der Selbsttäuschung noch relativ lange nach der deutschen Okkupation Normalität und Kontinuität zur Vorkriegszeit, ja sogar die Hoffnung auf Entkommen und Befreiung vorgaukelte, als die Deutschen bereits die Deportationen in die Vernichtungslager vorbereiteten.

Die für die Ghettos verantwortlichen „Judenräte“ befanden sich in einer unaufhebbaren tragischen Zwangslage mit relativ geringem Handlungsspielraum: Als „ein unverzichtbarer Bestandteil der deutschen Vernichtungsmaschinerie“ und als „kollaborierende Werkzeuge“ (S. 169) der deutschen Behörden konnten sie einerseits deren Anweisungen nur befolgen, wenn sie den Juden schadeten, andererseits den Juden etwa in der Bewahrung ihres jüdischen Erbes nur helfen, wenn sie den Befehlen der Deutschen zuwiderhandelten. Sie rekrutierten die jüdischen Arbeitskräfte und selektierten schließlich Alte und Kranke, Frauen und Kinder und nicht mehr Arbeitsfähige für den Abtransport in die Vernichtungslager. Die bald mit dem Hungertod bedrohten Ghettobewohner konnten sich auf Dauer nicht selbst versorgen, da ihnen Handel mit der Außenwelt untersagt war. Mehrfach diskutiert der Verfasser, warum es mit Ausnahme des Warschauer Ghettoaufstandes 1943 nicht zu mehr Widerstandshandlungen kam und angesichts der rigiden deutschen Zwangsmaßnahmen wohl auch nicht kommen konnte.

https://doi.org/10.5771/9783645288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Sehr persönlich gehaltene und berührende Texte der „Erinnerung“ beschließen den Sammelband. Hier vermittelt Hilberg interessante Einblicke in die Werkstatt und den Alltag des Forschers und in die Genesis seines Standardwerks. Er verknüpft sein jüdisches Emigrantenschicksal und seinen akademischen Werdegang mit der internationalen „Beschäftigung mit dem Holocaust“ und der „Entwicklung der Holocaust-Forschung“. Lebhaft berichtet Hilberg von seiner Teilnahme an der Reise einer Ende 1978 von dem US-Präsidenten Carter gegründeten „President’s Commission on the Holocaust“ im Jahre 1979 unter Leitung von Eli Wiesel, einem Auschwitz-Überlebenden, nach Polen (Auschwitz, Treblinka, Warschau), in die Sowjetunion (Kiew, Barbij Jar, Moskau) und anschließend nach Kopenhagen sowie Jerusalem. Ziel der Kommission und ihrer „Holocaust-Mission“ war es, unter offizieller amerikanischer Schirmherrschaft so etwas wie ein Konzept für eine international angemessene Form des Gedenkens an die jüdische Tragödie zu erarbeiten. Die Erinnerung an diese Mission hat den Autor bis zu seinem Tode ebenso wenig verlassen wie die Fragen: „Lässt sich an diesen Orten das Vergangene überhaupt noch erfahrbar machen? Und was gab es dort für uns zu tun?“ (S. 215). Wenngleich dieser Sammelband für den fachkundigen Leser kaum neue Informationen liefert, so lassen sich durch die Lektüre doch Meilensteine der Holocaust-Forschung seit 1945 intensiv nachverfolgen. Raul Hilberg war einer ihrer wesentlichen Wegbereiter.

https://doi.org/10.5771/9783645288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Revolution in Amerika

Von Georg Schild

Michael Hochgeschwender, Die Amerikanische Revolution. Geburt einer Nation, 1763-1815, München 2016 (*C.H.Beck*), 512 S.

Mit dem New Yorker Immobilienmakler Donald J. Trump ist 2016 eine Person zum Präsidenten der USA gewählt worden, die nicht die Mehrzahl der abgegebenen Stimmen (popular votes) auf sich vereint hat. Verfassungsrechtlich ist das nicht zu beanstanden. Den amerikanischen Verfassungsvätern war es Ende des 18. Jahrhunderts bewusst darauf angekommen, die Rolle der Einzelstaaten bei der Präsidentschaftswahl zu betonen. Da es große und kleine Bundesstaaten gibt und zudem das Mehrheitswahlrecht gilt, kann es dazu kommen, dass ein Kandidat mit einem deutlichen Vorsprung der Stimmen dennoch nicht die Wahl gewinnt. Aus heutiger Sicht muss eine Verfassung, die eine solche Wahlregelung beinhaltet (und die sich nicht gegen die Sklaverei ausgesprochen und Frauen als zweitrangige Rechtssubjekte behandelt hat) kritisch betrachtet werden. Auch der Münchner Amerikahistoriker Michael Hochgeschwender kommt in seiner Untersuchung zur amerikanischen Revolution zu einem abgewogen-kritischen Urteil: Die Verfassung war „in ihrer Epoche ein Glanzstück", jedoch „kein überhistorisches Meisterwerk" (S. 372). Sie gab dem Staatswesen, das in den zwei Jahrzehnten zuvor in einer Revolution geboren worden war, einen Rahmen, der sich außer in den Jahren des Bürgerkriegs als stabil und einheitsstiftend erwies.

Den Ursprung dieser Revolution sieht der Verfasser in der Zeit nach dem Ende des Siebenjährigen Krieges. England hatte sich in diesem langen und kostspieligen Konflikt gegen den Rivalen Frankreich durchgesetzt und dessen nordamerikanische Kolonien übernommen. Gleichzeitig begann ein Prozess der allmählichen Entfremdung der „Amerikaner" vom britischen Mutterland, das Steuern und Zölle erhob, um die Kosten des Krieges abzutragen. Hochgeschwender zeichnet diese Vorgänge der 1760er und 1770er Jahre minutiös nach. Er beschreibt die Vielzahl englischer Steuergesetze und die jeweilige Reaktion in den Kolonien. Ab 1775 beschleunigten sich die Ereignisse; im April kam es in den Orten Lexington und Concord, einige Kilometer westlich von Boston gelegen, zu einem ersten mehr oder weniger zufälligen Schusswechsel zwischen amerikanischen Kolonisten und englischen Truppen. Neuengland befand sich im offenen Aufruhr. Die englischen Einheiten hätten diesen Aufstand vermutlich problemlos unterdrücken können, wenn sich nicht auch andere Kolonien der Rebellion angeschlossen hätten. Für Hochgeschwender steht jedoch außer Frage, dass Massachusetts unterstützt werden würde. Führende Politiker Virginias wie George Washington und Thomas Jefferson seien zu diesem Zeitpunkt eben-

https://doi.org/10.5771/9783645288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

falls zu der Überzeugung gelangt, dass auch ihre Freiheit durch die britische Regierung und die Gesetze des Parlaments bedroht würden.

Im Unterschied zu einer traditionellen amerikanischen Art der Darstellung, die dem englischen König zumeist sinistere Absichten unterstellt oder ihn gar als unzurechnungsfähig erscheinen lässt, bemüht sich Hochgeschwender um ein abgewogenes Urteil auch über englische Maßnahmen und kritisiert an einigen Stellen vermeintliche amerikanische Überreaktionen auf englische Sanktionen. Eine solche Überreaktion war nach der Verabschiedung des „Quebec Acts" zu verzeichnen. Aus britischer Sicht handelte es sich dabei um ein weitsichtiges Gesetz, das die Integration der französischen und katholischen Bevölkerung Kanadas ins englische Kolonialsystem ermöglichen sollte, indem ihnen der Gebrauch der französischen Sprache und Religionsfreiheit zugesichert wurden. Viele englische Kolonisten reagierten darauf jedoch „hasserfüllt" und alle Bodenspekulanten „tobten" (S. 162 f.). Sie vermuteten, dass auf amerikanischem Boden eine „gleichberechtigte, reguläre, französische und katholische Hierarchie" geschaffen werden sollte.

Während sich die Amerikaner zunächst nur dagegen wehrten, Steuern zahlen zu müssen, die sie nicht selbst beschlossen hatten („no taxation without representation"), radikalisierten sich ihre Forderungen im Jahr 1776. Im Januar legte Thomas Paine einen Essay unter dem Titel *Common Sense* vor, der innerhalb weniger Tage 100.000 Mal verkauft wurde, der als „Katalysator für den Bruch mit dem Mutterland" (S. 191) anzusehen ist und der der Revolution eine neue antimonarchische Stoßrichtung gab. Ein halbes Jahr später erklärte der Kontinentalkongress, in dem Repräsentanten von dreizehn britischen Kolonien vertreten waren, ihre Unabhängigkeit vom Mutterland. Sie gingen sogar noch einen Schritt weiter und veröffentlichten eine Unabhängigkeitserklärung, mit der sie diesen Schritt vor der Weltöffentlichkeit zu rechtfertigen suchten. Hochgeschwender behandelt dieses für das Selbstverständnis der Vereinigten Staaten zentrale Dokument auf nur wenigen Seiten überraschend beiläufig. Die Argumente der Unabhängigkeitserklärung nennt er „recht konventionell." Die „berühmte Passage, in der es um die unveräußerlichen Rechte aller Menschen ging, war im Kern von John Locke abgeschrieben worden und repräsentierte den Stand naturrechtlicher Debatten in der angloschottischen Aufklärung" (S. 203). Hochgeschwender wendet sich stattdessen der militärischen Auseinandersetzung der Amerikaner mit England zu, die weitere fünf Jahre andauerte. Nach der Schlacht von Yorktown im Oktober 1781 erschienen die Kosten des Krieges für London nicht länger tragbar. Nach zwei Jahren Verhandlungen wurde 1783 in Paris ein Vertrag unterzeichnet, der den „Vereinigten Staaten von Amerika" – diesen Namen hatten sie sich in der Zwischenzeit selbst gegeben – die Souveränität gewährte. Ein riesiges Territorium zwischen Atlantik und Mississippi gehörte nun den USA und musste politisch organisiert werden.

Diesem zweiten Teil der Revolution, dem Aufbau eigener neuer politischer Strukturen und der Bestimmung des Verhältnisses der dreizehn neuen Staaten zueinander, widmet Hochgeschwender wesentlich weniger Raum als der Auseinandersetzung mit England. Der Verfassungskonvent von 1787 wird auf wenigen Seiten behandelt,

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

die Verfassung selbst nur knapp dargestellt. Besonders der Verzicht auf eine eingehende Analyse der Debatte zwischen „Federalists“ und „Anti-Federalists“ überrascht, weil hier bereits Zeitgenossen über das Vermächtnis ihrer Revolution stritten. Für welche Art Staatlichkeit stand die Revolution? Wie sollte Freiheit gesichert werden? Nicht wenige Historiker glauben, dass die Anti-Federalists, die an vorderster Front gegen England gekämpft hatten und nun die Verfassung kritisierten, die wahren Revolutionäre gewesen seien, weil sie große staatliche Strukturen zu Gunsten kleinerer Einheiten ablehnten.

Hochgeschwenders Hauptaugenmerk liegt nicht im Bereich der Politikgeschichte, sondern in der Kulturgeschichte. Hier eröffnet sein Buch neue Perspektiven, indem er sich intensiv mit alltäglichen Dingen wie dem Lagerleben im Unabhängigkeitskrieg, dem Kämpfen und Sterben der Menschen und Erkrankungen wie Pocken und Malaria befasst, die die Soldaten befielen. Ebenso verdienstvoll ist es, dass er auch diejenigen betrachtet, die gegen die Revolution waren. Dazu zählen weiße Amerikaner, die der Krone treu bleiben wollten (Loyalisten), aber auch Sklaven, die sich in der Erwartung ihrer Freilassung nach einem Sieg der Engländer den „Rotröcken“ angeschlossen hatten. Lord Dunmore, der Gouverneur von Virginia, hatte ihnen im November 1775 für diesen Fall die Freiheit zugesagt. Im Vertrag von Paris war jedoch 1783 vereinbart worden, dass diese Sklaven an ihre amerikanischen „Eigentümer“ ausgeliefert werden mussten. Hochgeschwender beschreibt, wie britische Offiziere in New York dies zu hintertreiben versuchten. General George Washington, der Oberkommandierende der amerikanischen Truppen und spätere erste Präsident der USA, „tobte“ deswegen und forderte noch Jahre später die Auslieferung der Sklaven oder wenigstens eine finanzielle Kompensation.

Michael Hochgeschwender hat ein hervorragend recherchiertes und außerordentlich lesbares Buch über die Amerikanische Revolution vorgelegt. Politiker wie George Washington und Thomas Jefferson erfahren eine abgewogen-kritische Würdigung. Der Position Englands wird im Konflikt um die Unabhängigkeit der Kolonien angemessene Aufmerksamkeit geschenkt. Im Untertitel seines Buches spricht der Verfasser von der Geburt einer „Nation“ zwischen 1763 und 1815. In seinem Schlusskapitel schreibt er hingegen, dass die revolutionäre Gründergeneration den Erben ein „unfertiges Staatswesen“ hinterlassen habe. Die zweite Aussage scheint eher zuzutreffen. Es war den Zeitgenossen Ende des 18. Jahrhunderts keineswegs klar, in welche Richtung sich Amerika entwickeln würde. Sollte es ein proto-industrieller Staat werden (wie Alexander Hamilton vorschlug), ein landwirtschaftlich geprägtes Land bleiben (wie Thomas Jefferson hoffte) oder sollte es überhaupt nicht zu einem Nationalstaat entwickeln (wie John Calhoun forderte)? Das heutige Amerika ist nicht nur eine Fortschreibung der USA der Revolutionszeit, sondern ein Staat, der an seinen Aufgaben gewachsen ist, der sich seit der Revolution territorial enorm ausgedehnt hat, der einen Bürgerkrieg geführt und im 20. Jahrhundert erfolgreich gegen die großen totalitären Versuchungen von Faschismus und Kommunismus gekämpft hat. In all diesen Krisen haben sich die Verfassung und ihre politischen Organe als widerstandsfähig erwiesen. Es gibt keinen Grund, daran zu zweifeln, dass

https://doi.org/10.5771/9783645288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

dies nicht auch in Zukunft so sein wird, wenngleich eine moderate Anpassung der Verfassung an Vorstellungen des 21. Jahrhunderts wünschenswert wäre.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Vom Verlust der Kontrolle

Von Frank Asbrock

Ernst-Dieter Lantermann, Die radikalisierte Gesellschaft. Von der Logik des Fanatismus, München 2016 (*Blessing*), 221 S.

Wir leben in Unsicherheit. Um uns herum, so sehen wir tagtäglich in den Medien, geschehen schreckliche Dinge. Terror, Gewalt, Verrohung der Jugend. Flüchtlingsströme, Finanz- und Abgasskandale. Wer kann Antworten bieten und Sicherheit? Wem kann man noch vertrauen? Die klassischen Medien, so ist gelegentlich zu hören, berichten nicht objektiv, (verschiedene) Wahrheiten gibt es nur in den sozialen Medien. Wenn es keine starken Persönlichkeiten mehr gibt, die sich als Vorbilder eignen und die Antworten und Orientierung bieten, was können wir dann tun?

In seinem Buch *Die radikalisierte Gesellschaft* befasst sich Ernst-Dieter Lantermann mit diesen Fragen und ihren Folgen. Er beschäftigt sich mit dem Umgang mit Unsicherheit in einer komplexen Umwelt, mit den Kompensations- und Regulationsmechanismen, die Menschen nutzen, um ihre Unsicherheit zu reduzieren. Radikalisierung und Fanatismus sind dabei extreme Auswüchse dieses Umgangs mit Unsicherheit, die dazu dienen, den Individuen Gewissheit und Kontrolle zu verschaffen und ihr Selbstwertgefühl zu erhöhen.

Die Analysen des Sozialpsychologen Lantermann sind gut nachvollziehbar und dürften doch für viele überraschend sein. Er konzentriert sich nicht auf spezifische Ursachen einzelner Ausprägungen von Radikalisierung, wie z. B. religiösen Fanatismus oder Fremdenfeindlichkeit, sondern führt zunächst in den allgemeinen Prozess der Bedrohungswahrnehmung und Unsicherheitsreduktion ein. In den ersten drei Kapiteln stellt er die theoretische Grundlage seiner Analyse anhand von Beispielen aus eigenen empirischen Untersuchungen dar. Unter dem Einfluss von Bedrohungswahrnehmung streben Menschen danach, Kontrolle zu gewinnen, Unsicherheit zu reduzieren und Gewissheit zu erlangen und ihren Selbstwert zu erhalten oder zu erhöhen. Lantermann stellt anschaulich die Grundlagen dieser Prozesse dar. Ein wesentlicher Aspekt der Analyse: Der Selbstwert eines Menschen entspringt aus einem persönlichen und einem sozialen Selbst. Wer wir sind, beruht auf unseren individuellen Merkmalen und Interessen, aber auch auf unseren Gruppenzugehörigkeiten und der Identifikation mit diesen Gruppen, sei es der Fußballverein, die Nation oder die Nachbarschaft. Wir sind in Gruppen eingebunden, um Unterstützung zu erfahren oder Ziele zu erreichen, aber auch, um soziale Nähe zu erleben und eine Identität zu finden. Wird diese soziale Identität bedroht, wird der Selbstwert bedroht und neigen wir dazu, diesen zu schützen. Hier handeln nicht alle Menschen gleich, sondern zeigen je nach ideologischem Weltbild oder Ressourcen unterschiedliche Reaktionen,

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

um die Unsicherheit zu reduzieren. Und so lässt sich verstehen, warum der Autor für seine Analyse derart unterschiedliche Radikalisierungsphänomene wie Fremdenfeindlichkeit, Wertenostalgie, das Leben in Gated Communities, Körperoptimierung und Veganismus herausgegriffen hat. Lantermann nimmt diese – wie er zugibt, subjektive – Auswahl vor, und das ist sehr positiv anzumerken, um die Bandbreite der auf Bedrohungs- und Unsicherheitsreduktion basierenden Radikalisierungen zu skizzieren. Es ist, so zeigt sich, möglich, mit individuellem oder mit gruppenbezogenem Verhalten zu reagieren. Radikalisierung kann in eine rechte wie linke politische Richtung gehen. Es geht in allen Beispielen um die „radikale Rückeroberung eines positiven Selbstwertgefühls" (S. 57).

Lantermann stellt in den ersten drei Kapiteln sehr anschaulich dar, dass die (sozial-)psychologische Forschung viele Hinweise darauf gibt, dass Radikalisierung ein Ausdruck der Unsicherheitsreduktion sein kann. Weitere aktuelle Forschungsansätze, die in dem Buch fehlen, bestätigen dies. So können beispielsweise Fritsche und Kollegen[1] zeigen, dass die Wiederherstellung von Kontrolle auf gruppenbasierter Ebene (z.B. durch Fremdenfeindlichkeit, ebenso durch die starke Identifikation mit einer relevanten Gruppe) eine Reaktion auf persönliches Bedrohungserleben sein kann. Neben dem Selbstwerterhalt scheint also die Wahrnehmung, Kontrolle ausüben zu können, ein wichtiger Faktor im Umgang mit Bedrohung zu sein. Radikalisierung gibt eben diese Kontrolle, indem Individuen kompromisslos handeln. Wie Lantermann in seinen Beispielen belegt, kann diese Kontrolle individuell und auf Gruppenebene hergestellt werden.

Die Beispiele für selbstwertdienliche Unsicherheitsreduktion werden in den Kapiteln vier bis acht ausgebreitet. Lantermann nutzt dazu die Beschreibung verschiedener Typen und ihrer Wege zur Selbstwertregulation und Reduktion von Unsicherheit. So anschaulich die Darstellungen anhand von Typen auch sind – sie beinhalten die Gefahr, dispositionale Ursachen für die Radikalisierung zu sehen. Lantermann geht zwar immer wieder auf die sozialen Umstände und psychologischen Prozesse ein, welche die verschiedenen Typen ausmachen, aber gerade bei einem Publikum, das nicht mit der Denkweise der wissenschaftlichen Psychologie vertraut ist, kann die Darstellung anhand von Typen den Schluss nahelegen, dass es zwar diese radikalen Auswüchse gibt, diese aber mit dem „Normalen" oder „Gemäßigten" nichts zu tun haben. Dabei zeigen gerade die von Lantermann angeführten Studien von Zick und Kollegen[2] oder die Arbeiten von Decker und Kollegen[3] zu Fremdenfeindlichkeit (Kapitel vier), wie schnell sich Feindseligkeit in der gesellschaftlichen Mitte entwickeln kann. Diese nicht klaren Grenzen zwischen Ablehnung von Fremden und radikalem Fremdenhass geraten durch eine Typenbildung in den Hintergrund. Dadurch

1 Immo Fritsche u. a., The power of we: Evidence for group-based control, in: Journal of Experimental Social Psychology 49 (2013), S. 19-32.
2 Z. B. Andreas Zick/Beate Küpper/Anna Klein, Fragile Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland, Bonn 2016.
3 Z. B. Oliver Decker/Johannes Kiess/Elmar Brähler (Hrsg.), Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland, Gießen 2016.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

wird es für die Leser des Buches einfacher, sich von den Radikalisierten abzugrenzen. „Radikal – das sind andere, nicht ich. Nicht Leute, wie ich.“ So kann diese Typenbildung des Autors ironischerweise auch zum Selbstwerterhalt der Leserinnen und Leser beitragen.

Anscheinend leisten Unsicherheit und die Suche nach Orientierung autoritären Prozessen Vorschub[4]: Menschen, die sich bedroht fühlen, suchen nach starker Führung und klaren, einfachen Antworten. Fremdenfeinde um PEGIDA und ähnliche Bewegungen herum sind hier zu nennen. Andere Typen unterscheiden sich von diesen durch die zur Verfügung stehenden Mittel. Diejenigen, die sich in Gated Communities (Kapitel sechs) zurückziehen können und damit eine extreme Form der Segregation betreiben, unterscheiden sich von den Fremdenfeinden nicht nur in den Ansichten (wobei Überschneidungen nicht ausgeschlossen sind), sondern vor allem auch in den Möglichkeiten. Die Reichen können es sich leisten, ein Leben unter sich zu führen. Sie brauchen keinen Kontakt zu anderen über die erwünschten Dienstleistungen hinaus. Wertenostalgiker hingegen (Kapitel fünf) können sich nicht vor der – vermeintlichen – Bedrohung schützen, außer über die Orientierung an dem, was früher „gut“ oder sogar „besser“ war, und eine stark kritische Haltung gegenüber dem Neuen. Bei Wertenostalgikern spielt noch eine gewisse Bürgerlichkeit mit hinein. So kann die Abneigung gegenüber moderner Technik auch ein Ausdruck von Status sein; man hat es nicht nötig, sich mit moderner Technik auseinanderzusetzen.

Die Optimierung des eigenen Körpers (Kapitel sieben) unterscheidet sich von den anderen Kompensationsstrategien, weil sie individuell ist. Fremdenfeinde, Personen in Gated Communities und Wertenostalgiker reagieren auf Bedrohung mit kollektiven Handlungen. Personen, die auf Bedrohung mit der Fokussierung auf die eigene Körperlichkeit reagieren, wählen eine individuelle Kompensationsstrategie. Durch das Ausüben von Kontrolle über den eigenen Körper werden die Motive der Kontrolle und der Selbstwertsteigerung befriedigt. Dieser Kontrast verdeutlicht die vielfältigen Kompensationsstrategien für die Wahrnehmung von Bedrohung. Der letzte Typus, den Lantermann beschreibt, sind Veganer (Kapitel acht). Er sieht bei dieser Gruppe eine Fokussierung auf die Ernährung und die damit zusammenhängende Lebensweise als Kompensation für Bedrohung und Unsicherheit.

Die Vielfalt und Anschaulichkeit der möglichen Reaktionen auf Bedrohung und Unsicherheit macht das Buch so wertvoll und auch – trotz des Themas – unterhaltsam. Es gelingt Lantermann, sozialpsychologische Theorien für Nicht-Fachleute aufzubereiten. Und er zeigt, dass auch allgemeine Prozesse ursächlich sind für Radikalisierung und Fanatismus. Hier sieht er einen Ansatzpunkt für den Umgang mit gesellschaftlicher Unsicherheit: die produktive Aneignung des Ungewissen (Kapitel zehn). Wir müssen lernen, mit Ungewissheit umzugehen. Menschen mussten dies schon immer, und vielleicht wird es uns heute deutlicher denn je bewusst, dass wir

4 Vgl. Robert Altemeyer, Right-wing authoritarianism, Manitoba 1981; Stanley Feldman, Enforcing social conformity: A theory of authoritarianism, in: Political Psychology 24 (2003), S. 41-74.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

nicht über alles die Kontrolle haben und dass wir nicht alles wissen können. Mündigkeit bedeutet eben, Ungewissheit auszuhalten.

Allerdings vergisst der Autor einen Aspekt: Radikalisierung kann auch eine produktive Kraft sein. Sie richtet sich gegen das „Normale“. Und dieses Normale ist nicht immer erstrebenswert. Gesellschaftliche Veränderungen beginnen mit Radikalen, bevor sie eine große Bewegung werden, und Minderheiten, die Einfluss nehmen, zeichnen sich dadurch aus, dass sie gegen Widerstände auf ihren Ansichten beharren und so andere überzeugen.[5] Wir dürfen bei dem Umgang mit Radikalität und Fanatismus nicht vergessen, dass auch das – vermeintlich – Normale problematisch sein kann.

5 Vgl. Serge Moscovici, Toward a theory of conversion behavior, in: Advances in experimental social psychology 13 (1980), S. 209-239.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Der helle Schatten des Dunklen

Von Isabelle-Christine Panreck

Stine Marg u. a., NoPegida. Die helle Seite der Zivilgesellschaft? Bielefeld 2016 (*transcript*), 168 S.

Der vorsokratische Philosoph Heraklit von Ephesos sah den Antrieb der Welt im Widerstreit ihrer Gegensätze: Ohne Krieg gebe es keinen Frieden, ohne das Übel kein Gut, ohne die Nacht keinen Tag, ohne das Dunkel keine Helligkeit. Kurz: Kreation und Negation gehen Hand in Hand. Mit dem Dualismus benennt Heraklit ein zentrales Konstitutionsmerkmal von Gesellschaften, das bis in unsere Gegenwart ragt. Auch die moralische Unterscheidung zwischen Gut und Böse ist uns – selbst im demokratischen Streit – nicht fern. Als bestes Beispiel dient der Aufruhr um die Demonstrationen von und gegen *Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes* (PEGIDA); auf der einen Seite die „Spaziergänger" rund um Lutz Bachmann, die überwiegend öffentliche Empörung hervorrufen. Auf der anderen Seite die Gegendemonstranten, die unter dem Schlagwort NO PEGIDA für ein „buntes" Deutschland protestieren. Die Rollen sind schnell verteilt: Die Bewegung PEGIDA gilt als undemokratisch, die Gegenbewegung NO PEGIDA als demokratisch. Das Göttinger Institut für Demokratieforschung um Franz Walter greift den Widerstreit beider Pole in zwei Büchern auf: nach *PEGIDA. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft?* nun *NoPegida. Die helle Seite der Zivilgesellschaft?*. Die Titel suggerieren den Dualismus zwischen NO PEGIDA und PEGIDA, zwischen Gut und Böse. Beim Lesen des Untertitels verfängt der Blick jedoch am Fragezeichen.

Die Autoren erheben den Anspruch, Stereotype aufzubrechen. Methodisch geht die Studie anhand einer nicht-repräsentativen Online-Befragung von NO PEGIDA-Aktivisten im Januar 2015 wie einer qualitativen Analyse von eigens organisierten Gruppendiskussionen unter NO PEGIDA-Anhängern vor. Dient die Online-Befragung lediglich vereinzelt als Kontrastfolie, ziehen die Autoren ihre Erkenntnisse überwiegend aus den Diskussionen der Fokusgruppen. Diese setzen sich nach ihrer Herkunft zusammen. So rücken die NO PEGIDA-Proteste in Dresden, Karlsruhe, Frankfurt und Leipzig in den Mittelpunkt der Untersuchung. Die Auswahl der Orte erfolgt mit Blick auf ihre geographische Lage im Osten und Westen Deutschlands. Wenngleich den Spezifika der Städte ein eigenes Kapitel gewidmet ist, leiten die kulturellen und historischen Erfahrungen die Analysen im Anschluss kaum. Auch bleibt der Aufriss der städtischen Besonderheiten insbesondere im Fall Dresden grob – die DDR-Geschichte fehlt. Besser gelingt die Darstellung des historischen Kontextes in den Fällen von Leipzig und Frankfurt, da die Unterkapitel die Wurzeln der NO PEGIDA-Bewegung konkret offenlegen. Die sich anschließende Frage, wie die Vor-

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

gängerbewegungen und die Verquickung von zivilgesellschaftlichen Aktivisten und staatlichen Akteuren den NO PEGIDA-Protest in der jeweiligen Stadt beeinflussen, wird leider nur gestreift.

Die Erkenntnisse aus den Gesprächsgruppen präsentieren die Autoren in fünf Kapiteln. Die Reihenfolge fällt wenig systematisch aus: Kapitel drei, sechs und sieben fragen nach dem Verhältnis von NO PEGIDA zu externen Akteuren (Polizei, Politik und Medien). Die Wahrung der wissenschaftlichen Distanz zum Untersuchungsobjekt gelingt an dieser Stelle nicht immer. Insbesondere das Kapitel zur Polizei zeigt Schlagseite zugunsten der Demonstranten – die Gesprächsteilnehmer, die keine negativen Erfahrungen mit den Ordnungshütern gesammelt haben, seien wohl am falschen Ort gewesen (S. 59).

Kapitel vier und fünf heben auf das Selbstverständnis und den Wertehorizont der Bewegung ab. Die Einleitung des vierten Kapitels lockt den Leser – es verspricht, die kollektive Identität der NO PEGIDA-Bewegung aufzuspüren (S. 63). Das Ergebnis ist jedoch ohne analytische Tiefe: Über den Prostest konstruiere sich die kollektive Identität der Aktivisten (S. 67). Die Frage, wie innerhalb der Bewegung Identität entsteht, bleibt offen.

Erkenntnisreich sind die Resultate zum Wertekanon der NO PEGIDA-Aktivisten. Wie die Gruppendiskussionen erhellen, vertreten die Aktivisten das Ideal des partizipatorischen Bürgers, der Demokratie nicht nur konsumiert, sondern auch an ihrer stetigen Bewahrung teilhat. Demokratisches Engagement gilt als erste Bürgerpflicht (S. 81). Demgegenüber beschreiben die Aktivisten die PEGIDA-Anhänger überwiegend als „dumme Mitläufer“ (S. 92). Sie protestierten für die falsche Seite, schuld an PEGIDA sei nicht ein gesellschaftlicher Missstand, sondern individuelles Versagen (S. 89).

Eine Wertung, die das Demokratieverständnis der Studienteilnehmer mit einem theoretischen Demokratiemodell kontrastiert, lehnen die Autoren vehement ab. Es gehe nicht darum, „die Demokratie normativ als die beste Herrschaftsform zu glorifizieren“ (S. 111). Die Studie präsentiert ihre Ergebnisse, ohne die soziostrukturelle Vielfalt zu berücksichtigen: Inwiefern beeinflussten die politische Einstellung, das Alter oder das Geschlecht das Ideal des partizipatorischen Bürgers? Weisen die Autoren zu Beginn der Studie auf die Heterogenität der NO PEGIDA-Proteste hin (von links bis linksextrem, S. 64), scheren sie die Aktivisten anschließend über einen Kamm.

Lassen die inhaltlichen Kapitel einen theoretischen Rahmen missen, entschädigt die Schlussbetrachtung, indem sie die einzelnen Fäden zusammenführt, ausführlich nach Ursachen fragt und die Ergebnisse mit der politischen Theorie von Friedrich Nietzsche bis Rainer Forst kontrastiert. Sie zeugt von Belesenheit. Die theoriegesättigte Analyse provoziert jedoch zwangsläufig Widersprüche zu den vorausgegangenen Kapiteln: Lehnen diese eine Bewertung der NO PEGIDA-Aktivisten an einem demokratietheoretischen Ideal ab (S. 111), so ziehen die Autoren gegen Ende den Schluss, NO PEGIDA sei ein Förderer der Demokratie (S. 144 f.). Zumindest implizit liegt der Studie also ein demokratisches Ideal zugrunde.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Das letzte Unterkapitel schlägt den Bogen zum Anfang: Ist NO PEGIDA die helle Seite der Zivilgesellschaft? Das Urteil könnte glanzvoller nicht sein. Der Protest blicke auf eine „äußerst positive Bilanz“ (S. 144) zurück. Die Bewegung praktiziere „das Ideal des Miteinander-ins-Gespräch-Kommens“ (S. 145). Fallen die ersten fünf Unterkapitel durch ihr differenziertes Urteil auf, wirkt die abschließende Bewertung leicht glattgebügelt. Die Konklusion wischt das Fragezeichen aus dem Untertitel kurzerhand weg und setzt einen Punkt: PEGIDA hat mit NO PEGIDA aus dem Dunklen das Helle hervorgebracht. Heraklit ist aktuell.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Auf der Falltür der Demokratie

Von Marcel Lewandowsky

Jan-Werner Müller, Was ist Populismus? Ein Essay, Berlin 2016 (*Suhrkamp*), 159 S.

Wachsende Unzufriedenheit mit den Institutionen der repräsentativen Demokratie, gärende autoritäre und identitäre Einstellungsmerkmale; „Fake News", „Postfaktizismus", elektoral erfolgreiche Bewegungen, Anti-Parteien und „Wutbürger" allerorten: es scheint, als lebten wir in einem populistischen Jahrzehnt. Es ist nicht verwunderlich, dass Politologen und Historiker das Phänomen (neu) für sich entdecken. Galt Populismus in der Forschung lange Zeit als theoretisch und konzeptionell schwer zu fassen (und wurde häufig zugunsten anderer Begriffe vermieden), so hat sich der Begriff inzwischen international, aber nicht zuletzt auch im deutschsprachigen Raum etabliert, um Akteure wie Donald Trump, den französischen *Front National*, die niederländische *Partij voor de Vrijheid* (PVV) oder auch die *Alternative für Deutschland* (AfD) zu beschreiben.

Mit seinem Essay hat Jan-Werner Müller eine konzise Auseinandersetzung mit diesem aktuellen politischen Phänomen vorgelegt. Das Angebot des Buches besteht darin, gewissermaßen einen Schritt zurück hinter die tagespolitischen Debatten zu treten und das Problem grundsätzlich zu verhandeln. Der Anspruch Müllers ist kein geringerer als der, danach zu fragen, „was Populismus eigentlich ist […] und worin das so dringende ‚Problem' des Populismus eigentlich besteht" (S. 11). Indem er den Populismus, vom Begriff ausgehend, in nahezu seiner ganzen Breite behandelt, bietet das Buch eine knappe, aber zugleich komprimierte Übersicht über das Thema. In diesem Zusammenhang mahnt der Autor zu einer „kritische[n] Theorie des Populismus, und diese wiederum ist nicht ohne eine demokratietheoretische Rückversicherung zu haben". Denn, so Müller, „wer über Populismus redet, kann von Demokratie und Liberalismus nicht schweigen" (S. 13). Er kommt zu dem Schluss, dass „Populismustheorie notwendigerweise Demokratietheorie" (S. 14) sei. Es sind Gedanken, denen man zustimmen kann, enthalten sie doch – wenngleich normativ gewendet – in weiten Teilen die Quintessenz theoretischer und empirischer Populismusforschung.

Hierin liegt zugleich aber auch ein Problem des Buches. Viele der Fragen, die sich der Autor stellt – insbesondere jene, die das Wesen des Populismus adressieren – sind keineswegs neu. Zwar erhebt ein Essay nicht zwingend den Anspruch frischer Erkenntnisse. Nur führt das zum Teil doch zu irritierenden Passagen. Das ist etwa dann der Fall, wenn Müller die Minimaldefinition, nach der Populismus ein homogenes Volk gegen das politische Establishment zu mobilisieren sucht, als „meine These" (S. 42) ausweist. In diesem Zusammenhang beschreibt Müller den Populis-

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

mus zwar korrekt als „ganz bestimmte Politikverstellung“, nach welcher „einem moralisch reinen, homogenen Volk stets unmoralische, korrupte und parasitäre Eliten gegenüberstehen“ (ebd.). Nur hat beispielsweise Cas Mudde dies 2004 in englischer Sprache in seinem viel beachteten Aufsatz *The Populist Zeitgeist*[1] dargelegt. Auch Frank Decker hat ebendiesen Kern des Populismus schon in seiner 2000[2] erschienenen und 2004[3] neu aufgelegten Monographie beschrieben. Ebenso entspricht das Verhältnis von Populismus und Demokratie in weiten Teilen dem, was Decker an anderer Stelle formuliert hat;[4] ähnliches gilt für Müllers Ausführungen zum Populismus als modernes Phänomen.[5] So ist denn auch sein Urteil, dass der Populismus „zumindest der Tendenz nach nicht antidemokratisch sei“ (S. 19) durchaus richtig, aber eben nicht sonderlich originell, sondern wurde differenzierter bereits von anderen Autoren behandelt.[6]

Dies heißt, die originären Gedanken des Autors wären keineswegs reizvoll. Beachtenswert ist etwa Müllers Zurückweisung der Überlegung, das populistische Demokratieverständnis sei mit Jean-Jacques Rousseaus volonté générale vergleichbar. Er argumentiert, dass Rousseaus Konzept die Verhandlung zwischen den Bürgern beinhalte, der Populist sich aber auf einen „wahren Volkswillen“ berufe, der apriorisch vorhanden sei, den nur er selbst kennt und den nur er zu vertreten legitimiert sei. Aus theoretischer Sicht ist die Zurückweisung dieses „Vulgärrousseauismus“ – der zur Beschreibung des Populismus gern herangezogen wird – deshalb interessant, weil Müller einen dezidierten Anti-Pluralismus als Wesensmerkmal des Populismus herauspräpariert. Auf dieser gedanklichen Grundlage entfaltet das Buch seine Stärken dort, wo es auf die Konsequenzen von Populismus in der Regierungspraxis verweist. Müller tut dies, wenn er sich in Kapitel zwei mit *Fidesz* in Ungarn und der *Prawo i Sprawiedliwość* (PiS) in Polen auseinandersetzt. Hier kann er zeigen, dass Populisten durch die Regierungsbeteiligung nicht zwangsläufig entzaubert werden, sondern, sofern sie über genügend Macht innerhalb einer Koalition verfügen (d. h. die größere Regierungspartei stellen) die administrative und konstitutionelle Gestalt des Staates verändern. Dabei wird deutlich, dass Populismus jenseits aller akademischen Auseinandersetzungen über das Wesen des Begriffs tatsächlich nicht nur ein Stilmittel ist. Er beinhaltet ein spezifisches Demokratieverständnis; folglich muss es Konsequenzen haben, wenn Populisten Staatsämter besetzen. Müllers Arbeit wirkt an diesen Stellen geradezu prophetisch mit Blick auf die Trump-Administration in den USA. Überlegen könnte man jedoch, ob die illiberalen Reformen in den genannten Ländern tatsächlich ursächlich auf den Populismus zurückzuführen sind. Denn das hieße, dass populistische Regierungen linker Prägung ähnliche verfassungs- und

1 Cas Mudde, The Populist Zeitgeist, in: Government and Opposition 39 (2004), S. 541-563.
2 Frank Decker, Parteien unter Druck, Opladen 2000, S. 28.
3 Ders., Der neue Rechtspopulismus, Opladen 2004.
4 Decker (FN 2), S. 271 ff.
5 Decker (FN 2), S. 248 ff., 296.
6 Vgl. bspw. Yves Mény/Yves Surel, The Constitutive Ambiguity of Populism, in: Dies. (Hrsg.), Democracies and the Populist Challenge, Basingstoke 2002, S. 1-21.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

medienpolitische Maßnahmen treffen würden. Das allerdings scheint schwer vorstellbar, und es ist, wenn man etwa den Fall Griechenland betrachtet, auch empirisch nicht unbedingt der Fall. So plausibel also Müllers Argument mit Blick auf Kongruenz zwischen Demokratieverständnis und Praxis des Populismus ist, so fraglich ist, ob es nicht (auch) andere, im Essay weniger stark ausgeleuchtete ideologische Aspekte sind, die die illiberalen Demokratiereformen in Ungarn und Polen bedingen.

Mit Blick auf die – für den Erfolg des Populismus wesentliche – demokratische Repräsentationskrise schreibt Müller, die westeuropäische Nachkriegsordnung sei geradezu darauf angelegt gewesen, dass „das Volk […] eigentlich außen vor" (S. 106) bleiben solle. Er attestiert den Nachkriegseliten eine immense Skepsis gegenüber der Volkssouveränität und verweist auf die konstitutionellen Schranken. Hier könnte gefragt werden, ob der Autor dort nicht selbst dem populistischen Vorwurf aufsitzt, dass die repräsentative Demokratie die Souveränität des Volkes beschneide. Ganz so, als gebe es doch eine vollständig auf „Volksherrschaft" beruhende Demokratie nicht nur im Sinne eines Dahl'schen Ideals[7], sondern auch empirisch, und als seien rechtsstaatliche Schranken dem Misstrauen der Eliten geschuldet (was sie zum Teil sind) und nicht eben zugleich Begrenzung und Garant für das Bestehen moderner Demokratien. Die als Randnotiz vermerkte Rolle der Verfassungsgerichte, deren Aufgabe der Autor „in erster Linie" darin sieht, „Minderheiten vor tyrannischen Mehrheiten zu schützen" (S. 105), bildet dabei ein problematisches Detail. Deren Beschreibung unterschlägt, dass etwa das deutsche Bundesverfassungsgericht sich seine herausragende Stellung erst hat erstreiten müssen – ihm war seitens des Parlamentarischen Rates ursprünglich nur ein „weiches" Prüfrecht in Verfassungsfragen und eine beigeordnete Rolle neben dem Bundesgerichtshof zugedacht worden.[8]

Im abschließenden Teil des Essays setzt sich Müller mit der Frage auseinander, wie dem Populismus begegnet werden kann. Hier überzeugt seine lakonische Analyse, nach der sowohl der populistischen als auch der – etwa im Falle der Eurorettung – technokratischen Gestaltung von Politik die Logik der Alternativlosigkeit innewohne: bei den Populisten, weil sie den Anspruch erheben, den alleinigen Volkswillen zu vertreten; bei der Technokratie, weil sie Output-Offenheit der Demokratie mit der Behauptung aushebelt, dass es in bestimmten (meist ökonomischen) Fragen nur eine richtige Lösung gebe. Auch seine Schlussfolgerung, dass „eine Antwort auf Populisten nur in der Auseinandersetzung und nicht in automatischem Ausschluss bestehen kann" (S. 97), erscheint angesichts der erratischen Gegenstrategien der etablierten Parteien (in Europa wie in den USA) richtig. So greift Müller in diesem Zusammenhang zu Recht die Tendenz der demokratischen Eliten an, Populisten vom öffentlichen Diskurs auszuschließen; trägt dies doch dazu bei, dass jene sich erfolgreich als Underdog stilisieren können, die von „denen da oben" ausgegrenzt werden.

7 Vgl. Robert Dahl, Polyarchy. Participation and Opposition, New Haven/London 1971.
8 Siehe die Zusammenfassung bei Marcus Höreth, Verfassungsgerichtsbarkeit in der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 2014, S. 29 ff.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Gleichwohl wären konkretere Überlegungen zum politischen und zivilgesellschaftlichen Umgang mit dem Populismus gerade im letzten Teil des Buches wünschenswert gewesen. Stattdessen verliert sich Müller in – richtigen und nachdenkenswerten – Überlegungen zur inhärenten Kontingenz der Demokratie. Das Paradox, nach welchem der Demos bestimmt, wer der Demos sei, wird oft beschrieben, jedoch letztlich nicht aufgelöst. Auch die Frage, was nun getan werden kann, adressiert Müller mehrfach; eine konkrete Antwort bleibt jedoch auch er schuldig. Das beginnt damit, dass nicht durchweg klar ist, an wen sich seine Appelle überhaupt richten: an die politischen Eliten? An die Zivilgesellschaft? An alle „Nicht-Populisten“? Es wäre im Sinne praktischer Konsequenzen hilfreich gewesen, zwischen unterschiedlichen Arenen der Auseinandersetzung zu unterscheiden. So dürfte es einen Unterschied machen, ob man sich der populistischen Parteien in den Parlamenten bzw. an der Regierung annimmt oder in Gestalt ihrer Sympathisanten (und auch unter jenen gibt es erhebliche Divergenzen).

Insgesamt also muss man den Essay als informierte Zusammenfassung des Forschungsstandes verstehen, der die Auseinandersetzung mit dem Populismus einer breiten Leserschaft zugänglich macht. Dass Müller hierbei den Leser mit Blick auf Sprache und Struktur des Textes in die Entwicklung seiner Gedanken einbezieht, macht das Buch zu einem Essay im besten Sinne.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Elemente einer Gegenerzählung

Von Hubertus Buchstein

Franz Neumann/Herbert Marcuse/Otto Kirchheimer, Im Kampf gegen Nazideutschland. Die Berichte der Frankfurter Schule für den amerikanischen Geheimdienst 1943-1949, hrsg. von Raffaele Laudani, Frankfurt a.M./New York 2016 (*Campus*), 812 S.

Von 1943 bis 1949 arbeiteten Otto Kirchheimer, Franz L. Neumann und Herbert Marcuse in Washington zusammen in der Forschungs- und Analyseabteilung des Office of Strategic Services (OSS) und des State Department. Nach ihrer Flucht aus Deutschland waren sie zuvor mehrere Jahre als Mitarbeiter an dem von Max Horkheimer geleiteten Institute of Social Research in New York beschäftigt. Doch die Arbeitsgemeinschaft des Instituts löste sich allmählich auf. Während Horkheimer an die amerikanische Westküste zog und zusammen mit Theodor W. Adorno die *Dialektik der Aufklärung* schrieb, fanden Neumann, Marcuse und Kirchheimer eine berufliche Tätigkeit bei der amerikanischen Geheimdienstbehörde im Kampf gegen NS-Deutschland.

Die meisten der damals innerhalb des OSS kursierenden Secret Reports waren anonymisiert. Sie wurden zwar 1975 öffentlich zugänglich gemacht; wer von den insgesamt 2.000 Mitarbeiter der Forschungsabteilung des OSS tatsächlich die Autorenschaft hatte, blieb aber in aller Regel unbekannt. Dem Herausgeber Raffaele Laudani ist es gelungen, mittels mühsamer Archivrecherchen viele Puzzleteile aus der behördeninternen Kommunikation und aus Gesprächsprotokollen zusammenzulegen und auf diese Weise eine ganze Reihe an Schriftstücken und Memoranden zu identifizieren, die mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit von Kirchheimer, Neumann oder Marcuse verfasst worden sind. Allerdings sind Laudani bei seinen Autorenangaben verschiedene kleine Fehler und Ungenauigkeiten unterlaufen: Zwar waren die drei Autoren tatsächlich an allen abgedruckten Texten beteiligt, Laudani unterschlägt aber mehrere Mitverfasser, deren Namen er in anderen behördeninternen Protokollen hätte auffinden können. Die opulente Ausstattung des Buches täuscht somit über den immer noch provisorischen Forschungsstand zum Beitrag der Frankfurter Schule am „War Effort" hinweg.

In dem Buch finden sich 31 Secret Reports abgedruckt, 22 davon erstmals publiziert. Laudani hat jeden der Texte mit einem Hinweis versehen: mit Hinweisen zum Fundort, zur geheimdienstlichen Klassifizierung und zu Dokumenten, die auf die Autorenschaft schließen lassen. Ursprünglich sind sie in englischer Sprache verfasst; man kann in der amerikanischen Ausgabe des Buches (2011) das „teutonische Englisch" der Originale nachlesen. Christine Pries, der Übersetzerin der deutschen Ausgabe des Buches, ist es auf eine geradezu kongeniale Weise gelungen, das für viele der damaligen Emigranten typische „broken English" in eine deutschsprachige

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Fassung zu übertragen, die bei den sprachlichen Glättungen keine Übertreibungen vornimmt. Ihre Übersetzung macht die Lektüre der insgesamt mehr als 800 Seiten trotz einiger trockener und sehr spezieller Thematiken zu einem angenehmen Erlebnis. Mit großem sprachlichen Feingefühl hat sie zudem diejenigen Zitate aus NS-Dokumenten ins Deutsche rückübersetzt, deren Originalwortlaut nicht aufzufinden war.

Die ausgewählten Geheimberichte beginnen im Mai 1943 mit Feindanalysen des nationalsozialistischen Deutschlands und enden im August 1949 mit einem Text von Marcuse über das weltpolitische Gefahrenpotenzial des sowjetischen Kommunismus. Dazwischen liegen Memoranden zur innen- und außenpolitischen Situation des Dritten Reiches, konzeptionelle Überlegungen zum Neuaufbau eines demokratischen Deutschlands sowie konkrete Vorbereitungen der Nürnberger Prozesse. Diese Texte heute zu lesen, kommt einer Zeitreise gleich.

Beeindruckend ist, wie genau der amerikanische Geheimdienst über interne Vorgänge des NS-Regimes unterrichtet war und wie häufig Kirchheimer, Neumann und Marcuse in ihren auf den gesammelten Informationen basierenden Einschätzungen und ihren daraus folgenden Politikempfehlungen richtig lagen. Nicht Weniges davon ist erst Jahrzehnte später von der zeitgeschichtlichen Forschung als neue Erkenntnis präsentiert worden. Detailliert werden in den Texten Veränderungen in der Sozialstruktur Deutschlands skizziert, die wirtschaftliche Situation des Reiches analysiert, personelle Veränderungen in der Führung des Reiches registriert, die Rolle der militärischen Führung und wirtschaftlicher Branchen erläutert, neue Entwicklungen im Rechtssystem herausgearbeitet, die brutale Unterdrückung der Opposition beschrieben oder die Auswirkungen der Luftangriffe auf die deutsche Bevölkerung untersucht (verbunden mit der Empfehlung, die Flächenbombardements der Städte zu beenden, da diese der NS-Propaganda in die Hände arbeite und den deutschen Zusammenhalt an der Heimatfront stärke). Schon früh beschrieben die Autoren die auf die vollständige Vernichtung der Juden in Europa zielende Politik des Regimes. Die Judenverfolgung, so heißt es in einem Memorandum vom Mai 1943, wird auf Anordnung der Nationalsozialisten „von immer breiteren Schichten des deutschen Volkes betrieben“ (S. 73). Die physische Vernichtung der Juden „macht die Wehrmacht, die Beamtenschaft und die breiten Massen zu Mittätern und an diesen Verbrechen Mitschuldigen, weshalb es ihnen unmöglich ist, das Naziboot zu verlassen“ (ebd.). Auf diese Weise gelinge es der Führung, immer größere Teile der Deutschen in eine „Kollektivschuld zu verstricken“ (ebd.).

Die Texte sind in einem sachlichen Ton geschrieben und vermeiden peinlichst auch nur den geringsten Eindruck von subjektiven politischen Parteinahmen oder einer gesellschaftstheoretisch fundierten Einrahmung. Dennoch fügen sich die abgedruckten Analysen nahezu konsistent in die theoretische Perspektive ein, aus der heraus die drei Autoren in vorherigen Arbeiten den Zusammenbruch der Weimarer Republik und die Etablierung des Faschismus in Deutschland analysiert hatten. Die in der amerikanischen Öffentlichkeit damals vielfach vertretene These eines „deutschen Sonderwegs“ weisen die Autoren zurück. Demgegenüber betonen sie die Mo-

https://doi.org/10.5771/9783645288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

dernität des Nationalsozialismus. Sie beschreiben das nationalsozialistische Deutschland als eine totalitäre Form des Monopolkapitalismus, als eine Polykratie, in der sich miteinander konkurrierende Machteliten die Herrschaft teilen. Der Antisemitismus wird mit Hilfe der „Speerspitzen-Theorie" (Neumann, S. 70) erklärt, wonach die Vernichtung der Juden im Rahmen der antisemitischen Ideologie und Praxis „das Mittel zur Erlangung eines weitreichenderen Ziels ist, nämlich der Zerstörung freier Institutionen, Überzeugungen und Gruppierungen" (ebd.). Neumann hatte diese Erklärung bereits 1942 in seinem Buch *Behemoth* vertreten; sein damaliger Institutskollege Leo Löwenthal empörte sich heftig dagegen, weil damit die speziell gegen die Juden gerichteten Intentionen übersehen würden.

Mehr als die Hälfte der abgedruckten Texte stammt aus der Zeit nach der Beendigung des Kriegs in Europa. Allein sieben befassen sich mit Fragen der Entnazifizierung und der Politik der amerikanischen Militärregierung, fünf weitere Texte wurden für die Vorbereitung der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse angefertigt. Konkrete Überlegungen zum Umgang mit deutschen Kriegsverbrechern nach einem Sieg der Alliierten finden sich in den OSS-Akten bereits 1943. Akribisch wurden Listen mit anzuklagenden Personen zusammengestellt und ebenso genau die Grundsätze einer Prozessstrategie vorbereitet. Dabei stand als Frage im Zentrum, wie sich auf den unterschiedlichen juristischen Ebenen das Argument von Angeklagten aushebeln ließ, dass die von ihnen betriebenen Morde während des NS-Regimes erlaubt gewesen seien und man für die Taten von Untergebenen nicht zur Verantwortung gezogen werden dürfe. In Analogie zur NS-„Führerschaftstheorie" entwickelten Neumann und Kirchheimer ein Begründungsmuster für die strafrechtliche Verantwortungszuschreibung, das im Nürnberger Prozess später auch zum Zuge kommen sollte.

Überhaupt erörtern mehrere Texte die generelle Frage nach der individuellen Verantwortung für Verbrechen während des NS-Regimes. Die von allen drei Autoren vertretene Maxime lautete: Als einzig erlaubte Entschuldigung an der Beteiligung von Verbrechen könne der Nachweis gelten, dass eine beschuldigte Person alles in ihrer Macht stehende getan hat, um eine solche Tat zu verhindern. Für Kirchheimer bedeutete dies in der Konsequenz, darauf zu verzichten, im System des nationalsozialistischen Deutschlands eine herausgehobene Position zu übernehmen – ein Bewertungsmaßstab, den Hannah Arendt später unter Rekurs auf Kirchheimer in ihrem Buch *Eichmann in Jerusalem* ausführlicher begründete.

Einen besonderen Akzent legten die Exilanten auf eine von den amerikanischen Militärbehörden zu betreibende konsequente und zügige Entnazifizierung. Die heute oft zu hörende Behauptung, es habe für den Neuaufbau der öffentlichen Verwaltung und des Justizapparats nach 1945 keine anderen Möglichkeiten gegeben, als vollumfänglich auf das während des NS-Regimes tätige Personal zurückzugreifen, wird durch Dokumente dieses Buches widerlegt. Denn es finden sich darin zum einen Vorschläge zu einer grundlegenden Verwaltungsreform und Verwaltungsdemokratisierung wie für einen radikalen Umbau der zentralen Wohlfahrtsverwaltung. Zum anderen empfehlen die Autoren, im öffentlichen Dienst vor allem solche Beamte in die Führungspositionen der Verwaltungen und der Polizei zu bringen, die während

https://doi.org/10.5771/9783645288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

des NS-Regimes entlassen oder zurückgestuft wurden. Auch wenn deren Zahl vermutlich nicht ausreichen würde, so versprach sich Kirchheimer davon eine wichtige psychologische Wirkung: „Sie würde der Bevölkerung vor Augen führen, dass die Macht der Nazis über den öffentlichen Dienst endgültig gebrochen ist“ (S. 403). Kirchheimer plädierte außerdem dafür, wo immer es nur möglich sei, „neue Beamte in den Oppositionsgruppen zu rekrutieren, selbst wenn ihnen für die betreffenden Posten die notwendige Ausbildung fehlt“ (ebd.). Die breite politische und soziale Erfahrung dieser Personen würde seines Erachtens ihren formalen Ausbildungsmangel mehr als ausgleichen, und sie würden in ihrer neuen Tätigkeit schnell dazulernen. Neumann richtete in seinem Memorandum die gleiche Empfehlung an die amerikanische Militärregierung in Deutschland: „Ein Verwaltungsapparat ist mit einem Minimum an ausgebildeten Beamten, die ergänzt werden um eine weit größere Anzahl von Laien, welche aus den Reihen der demokratischen Kräfte stammen, durchaus funktionsfähig. Eine solche Personalpolitik ist außerdem notwendig, um den Korpsgeist der deutschen Beamtenschaft zu brechen“ (S. 551).

Kirchheimer sprach sich des Weiteren für die Suspendierung aller 12.000 bis 13.000 Richter und Staatsanwälte im Dienst und deren anschließende politische Überprüfung aus; für den Überprüfungszeitraum müsse die gerichtliche Tätigkeit vorläufig ruhen, was Kirchheimer angesichts der Tatsache, dass im Dritten Reich die meisten Funktionen der Gerichte in Bezug auf zivile Fälle 1943 ausgesetzt waren, für eine unter diesen besonderen Umständen vertretbare Maßnahme hielt. Auch vergaß er nicht hinzuzufügen, dass entlassenen NS-Juristen kein Pensionsanspruch zugestanden werden dürfe. Weitere Empfehlungen betrafen die Zerschlagung der großen Wirtschaftsunternehmen und die Beteiligung der Betriebsangehörigen an den Unternehmen. Zudem plädierten die Autoren für die Verstaatlichung von Schlüsselindustrien und eine europaweite Kartellkontrolle.

Während ihrer Arbeit in der amerikanischen Behörde erlebten Kirchheimer, Neumann und Marcuse, wie sich die amerikanische Besatzungspolitik im Zuge des aufkommenden Kalten Krieges immer weiter von ihren Vorschlägen entfernte. Von der Wirkungslosigkeit ihrer Arbeit enttäuscht, verließen sie einer nach dem anderen Washington wieder und übernahmen Professuren an amerikanischen Universitäten. Ihre Enttäuschung wurde noch größer, als nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland statt einer umfassenden Entnazifizierung eine regelrechte „Re-Nazifizierung“ (Neumann) des Personals betrieben wurde.

Die in diesem Buch versammelten Texte dokumentieren eine kaum bekannte, „andere, politisch aktive Seite der Frankfurter Schule“ (S. 9), wie Axel Honneth in seinem Vorwort zu Recht herausstreicht. Die Analysen und Empfehlungen für den Neuaufbau der Demokratie in Deutschland lesen sich aus der heutigen Perspektive zugleich als Elemente einer Gegenerzählung zu dem selbstgerechten Erfolgsnarrativ der Bundesrepublik in puncto Vergangenheitsbewältigung, wie es sich mittlerweile durchgesetzt hat.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Bausteine der Radikalisierung

Von Riem Spielhaus

Peter R. Neumann, Der Terror ist unter uns. Dschihadismus und Radikalisierung in Europa, Berlin 2016 (*Ullstein*), 297 S.

Die Frage danach, warum sich junge Menschen reihenweise mörderischen Gruppierungen anschließen, in Kriegsgebiete des Nahen Ostens ziehen oder sich und andere in europäischen Großstädten mit Terroranschlägen ums Leben bringen, beschäftigt heute die Wissenschaft ebenso wie Politik und Medien. Der Politikwissenschaftler Peter R. Neumann, der eine Professur für Sicherheitsstudien am King's College in London bekleidet, führt seine langjährigen Forschungen vom Nordirlandkonflikt bis zum Islamischen Staat in dem im populärwissenschaftlichen Ton geschriebenen *Der Terror ist unter uns* zusammen. In zwei Teilen gelingt es ihm dabei, vielfältige Ansätze der Extremismusforschung aufzugreifen, neue Trends zu beschreiben und verbleibende Fragen aufzuwerfen.

Der erste Teil ist den fünf Bausteinen von Radikalisierungsverläufen gewidmet: Frustration, Drang, Ideen, Leute, Gewalt. So gelingt es Neumann, die Komplexität der Prozesse, die zu Radikalität führen können, konsekutiv abzuarbeiten. Die Hauptaussage ist dabei, dass Radikalisierungen kompliziert sind und viele Ursachen in bestimmter Weise zusammenspielen müssen, um zu ihr zu führen. Die eine Formel oder den einen typischen Verlauf gibt es nicht, betont Peter Neumann immer wieder. In Europa erfolge Radikalisierung derzeit offensichtlich unter anderen Vorzeichen als in Bürgerkriegsgebieten. Radikalisierungsverläufe variierten je nach Ort, Ideologie, Zeitpunkt und Situation, ja selbst in derselben Bewegung, zum selben Zeitpunkt und selben Ort könnten sich individuelle Prozesse stark voneinander unterscheiden, wie Neumann erklärt. Das stelle denn auch eine große Herausforderung für die Entwicklung von Prognosen und Gegenstrategien dar, denn „wie sich ein bestimmter Radikalisierungsverlauf zusammensetzt, erklärt keine Formel, sondern nur die genaue Analyse einer Person und ihrer Umstände" (S. 136).

Der zweite Teil legt seinen Schwerpunkt auf die neuen Trends und damit auch auf einige Besonderheiten des Dschihadismus. Er ist in die sechs Kapitel Religion, Internet, einsame Wölfe, Frauen, Gangster, Antworten unterteilt. Die Funktion von Religion sieht Neumann dabei als nahezu identisch mit der anderer „Protestideologien", indem sie Drang und Frust artikuliere und sie in religiöse und/oder politische Projekte lenke. Die immer wieder geäußerte Frage, „warum der Islam gewalttätiger als andere Religionen sei", formuliert er um in: „Warum ist er das jetzt?" Neumann beantwortet sie mit dem Verweis auf die Geschichte und Politik islamisch geprägter Weltgegenden. Für Menschen muslimischer Herkunft in Europa, die zwar hier geboren,

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

aufgewachsen und zur Schule gegangen sind, aber als Ausländer beschimpft und diskriminiert werden, haben Zukunftslosigkeit und Frustration andere Ursachen als in mehrheitlich muslimischen Regionen, können allerdings ähnliche Auswirkungen haben. Eine Interpretation des Islams, die sich nicht nur als Gegenentwurf zum gelebten Islam der Eltern, sondern auch zu europäischen Gesellschaften inszeniert, stellt für einige von ihnen eine willkommene Protestmöglichkeit dar, in dem sie eine bewusste Provokation für ihr persönliches Umfeld und ein neues Zuhause für Gestrandete und Orientierungslose mit und ohne muslimischen Hintergrund anbietet. Eine weitere Besonderheit gegenwärtiger Radikalisierung bildet das Internet, das Extremisten die Möglichkeit bietet, ihre Botschaften unzensiert und ungefiltert zu verbreiten. Mit dem Entstehen sozialer Onlinenetzwerke konnten auch Personen erreicht werden, die gar nicht nach extremistischen Inhalten suchten. Der Islamische Staat nutzt das Internet auf zahlreichen Kanälen. So kontrollierte er zeitweilig mehrere zehntausend Twitterkonten. In diesem Zusammenhang referiert Peter Neumann Fachdiskussionen um die Fragen nach der Beziehung zwischen Online-Extremismus, Offline-Gewalttaten und Blitzradikalisierungen. Sein besonderes Interesse gilt allerdings dem Zusammenhang von Kriminalität und Terrorismus. So erfasste Neumanns Team Biografien von knapp 80 Syrienkämpfern mit Kriminalitätshintergrund mehr als 30 Merkmale – er charakterisiert sie als Zielgruppe gegenwärtiger Rekrutierung. Anders als al-Qaida ziele der IS gerade nicht darauf, intellektuelle Debatten zu gewinnen, sondern verwendet eine einfache, visuelle und häufig brutale Propaganda. Nicht theologische oder intellektuelle Rechtfertigungen, sondern aktivistische Mobilisierung stehen dabei im Vordergrund. Gezielt werden „Leute mit der schlechtesten Vergangenheit“ gesucht, um „die beste Zukunft“ zu gestalten (S. 226). Gesetze zu brechen gehörte zu ihrer Routine, deshalb sei ihre Radikalisierung einfacher als die unbescholtener Bürger. Die Terrorisierung europäischer Gesellschaften bereitet überdies den Nährboden für Frustration und Entfremdung. Ergebnis ist eine Polarisierung, mit der die Unterstützung für Populisten und rechtsextremistische Gewalttäter, die nicht zwischen Muslimen und Dschihadisten unterscheiden, nach und nach wächst.

Der Terror ist unter uns ermöglicht einen guten Einstieg in wissenschaftliche Theorien und Thesen sowie zahlreiche Radikalisierungsgeschichten. Der Autor widersteht einseitigen Fokussierungen auf den Islam und vergleicht Radikalisierungsverläufe der Gegenwart mit vorangegangenen. So arbeitet er Unterschiede und Ähnlichkeiten zwischen den Wegen von Kämpfern im IS und des NSU mit denen in nordirischen Milizen oder der Rote Armee Fraktion heraus, ohne diese Phänomene gleichzusetzen. Neumann führt die Radikalisierungsbausteine jeweils unter Verweis auf Theorien aus unterschiedlichen Disziplinen von Politik-, Sozial- und Religionswissenschaft bis zur Psychologie ein und referiert immer wieder Biografien exemplarischer Extremisten, anhand derer er einzelne Bausteine wie die Suche nach Sinn und Bedeutung erläutert. Mit der Sinnsuche erklärt Neumann beispielsweise den überproportionalen Anteil von Konvertiten unter den Auslandskämpfern, die unter den Muslimen in Westeuropa nur etwa zwei Prozent, unter den Auslandskämpfern

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

aber etwa 20 Prozent ausmachen. Als Beispiel dient der Kleinkriminelle Nils D., der als Jugendlicher wegen Einbruchs, Diebstahls und Körperverletzung mehrmals verurteilt wurde und 2014 beim Geheimdienst des IS anheuerte. Mit Verweis auf die Psychologen Arie Kruglanski und Edward Orehek erklärt Neumann seinen Weg zum Terroristen als Bewältigung von Sinnkrisen. Wichtige Facette des Strebens nach Bedeutung sei außerdem die Aussicht auf Ruhm. Die frühere Existenz so manches Kleinkriminellen hielt praktisch keine Möglichkeit für Anerkennung bereit. Nach der Vorstellung weiterer Facetten der Sinnsuche und weiterer Radikalisierungsgeschichten kommt der Autor allerdings – wie in jedem Kapitel – zu dem Schluss, dass der hier vorgestellte Baustein zwar wichtige Voraussetzung sei, aber nicht für sich genommen die Entwicklung der Jugendlichen erklären könne. Drang allein erkläre nicht, warum ein frustrierter, mit existenziellen Fragen kämpfender Mann beim IS lande und nicht bei einer lokalen Gang. Sinnsuche könne darüber hinaus so viele Züge annehmen, dass sie als Terrorismus-Indikator praktisch unbrauchbar sei. Dabei liege die Schwierigkeit der Früherkennung prinzipiell darin, dass keiner der Bausteine der Radikalisierung so außergewöhnlich ist wie ihr Ergebnis.

Radikalisierung lässt sich laut Neumann nicht vorhersehen, dennoch hält er es für möglich und außerdem sinnvoll, Typisierungen und Muster ihrer Verläufe zu erstellen, um Antworten darauf zu generieren. Bei der Prävention – von Neumann antiextremistischer Brandschutz genannt – reiche es demzufolge nicht, sich auf den Ausbau der Sicherheitsbehörden zu verlassen. Es gelte, Brandherde möglichst früh zu identifizieren und dafür zu sorgen, ihre Anfälligkeit für Brände zu reduzieren. Zielgruppe von Prävention seien damit nicht die bereits Radikalisierten, sondern für Extremisten ansprechbare junge Menschen. Ziel müsse sein, ihnen zuzuhören, ihre Probleme ernst zu nehmen, ihnen Angebote zu machen und sie an sich zu binden, bevor Extremisten die Gelegenheit dazu bekommen. Ein umfassender Präventionsansatz würde sich daher mit extremistischen Ideen und Ideologien ebenso befassen wie mit den Ursachen für Frust, Unmut, Drang und Gewalt, so die Grundlage für positive soziale Bindungen schaffen und damit gegen Ausgrenzungen vorgehen. Notwendig sei auch ein zweiteiliges Vorgehen, das zwischen Deradikalisierung bei Mitläufern und jungen Extremisten auf der einen und Prävention mit einer weitaus breiteren Zielgruppe auf der anderen Seite unterscheidet. Am wichtigsten sei jedoch die Ursachenbekämpfung, die der Autor als gesamtgesellschaftliche Aufgabe formuliert.

Neumanns Monografie liefert keine neuen, und schon gar keine einfachen Antworten auf die aktuellen Entwicklungen. Vielmehr bietet er einen guten wissenschaftlichen Einstieg in die Thematik. Das Buch sei Entscheidungsträgern in Politik und Verwaltung, ebenso Journalisten und Studierenden empfohlen. Für eine akademische Befassung wünschte sich die Leserin allerdings mehr Systematik, gerade auch im Hinblick auf die vorgestellten Erklärungsmodelle für Radikalisierung.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Warum Sachsen?

Von Tom Thieme

Gert Pickel/Oliver Decker (Hrsg.), Extremismus in Sachsen. Eine kritische Bestandsaufnahme, Leipzig 2016 (*Edition Leipzig*), 160 S.

Beim Reizthema Extremismus hat der Ruf des einstigen ostdeutschen Vorzeigelandes Sachsen in den vergangenen anderthalb Jahrzehnten massiv Schaden genommen. Galt der Freistaat in den 1990er Jahren wegen seiner Vorreiterrolle während des Systemwechsels 1989/90 und seiner traditionellen ökonomischen Stärke als demokratischer Musterschüler, reißt seit dem Ende des Übergangsjahrzehnts die Serie an extremistischen Aufwallungen nicht ab: Die größten Wahlerfolge der rechtsextremen NPD (neben Mecklenburg-Vorpommern), der jährliche Missbrauch des Gedenkens an die alliierten Luftangriffe auf Dresden 1945 durch Neonationalsozialisten am 13. Februar und die daraus resultierende Konfrontationsgewalt mit militanten Linksextremisten, Sachsen als Sozialisations-, Operations- und Rückzugsraum des sogenannten NSU, überproportional viele Angriffe auf Asylheime und Migranten sowie die seit 2015 anhaltenden Proteste der überwiegend hierzulande verankerten „abendländischen Patrioten" samt militant linker Gegenproteste zeigen deutlich: Sachsen hat ein Extremismusproblem. Die wissenschaftliche Beschäftigung mit bislang eher spärlich behandelten Themen wie den Ursachen und Entwicklungen von Gewalttaten, mit Ausländerfeindlichkeit und extremistischen Einstellungen in Sachsen ist daher ausdrücklich zu begrüßen.

Der von den Leipziger Sozialwissenschaftlern Gert Pickel und Oliver Decker editierte Sammelband *Extremismus in Sachsen* stellt in diesem Sinne einen Auftakt und ersten Überblick dar. Das Anliegen der Herausgeber, „verschiedene Perspektiven auf das Phänomen für den Leser nachvollziehbar zu machen" (S. 7), ist im doppelten Sinne als gelungen zu würdigen. Zum einen wird eine breite Palette an Themen zu extremistischen Einstellungen, Verhaltensweisen und Phänomenbereichen in Sachsen mit verschiedenen methodischen Zugängen behandelt: zur Politischen Kultur (Gert Pickel), zu politisch motivierter Gewalt (Uwe Backes) und zu urbaner Gewalt (Alexander Yendell/Oliver Decker), zum demokratischen oder rechtsextremistischen Charakter von PEGIDA (Hans Vorländer/Maik Herold/Steven Schäller) und zur Verbreitung von Islamfeindlichkeit im Freistaat (Alexander Yendell). Zum anderen – und das gilt gerade für die bisweilen unerbittlich geführte Kontroverse um den Extremismusbegriff – ist der Blick auf das Autorenkollektiv überaus erfreulich. Normativ fundierte Wissenschaftler (die zugleich empirisch arbeiten) kommen ebenso zu Wort wie Empiriker (die vor allem bei Analysen zum Rechtsextremismus scharf normativ argumentieren). Dass die Positionen von Anhängern und Gegnern der Ex-

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

tremismustheorie häufig ohnehin viel näher beieinanderliegen, als es die Schärfe der wissenschaftlichen Auseinandersetzung vermuten lässt, zeigt folgendes Zitat von Oliver Decker in seinem Beitrag zum ebenso umkämpften Mitte-Begriff: „[Er] kann auf einer horizontalen Ebene betrachtet werden, als Mittelpunkt einer Achse der politischen Einstellung zwischen links und rechts. Oder als vertikale Achse zwischen Reich und Arm“ (S. 53). Wer könnte an dieser Aussage zweifeln? Eine leider alles andere als selbstverständliche Selbstverständlichkeit: Miteinander, nicht übereinander sollte diskutiert werden. In diesem Sinne ist das Erscheinen des Bandes ein Erfolg für sich.

Ein weiterer Gewinn: Entgegen der öffentlichen und zunehmend auch wissenschaftlichen Praxis widerstehen die Herausgeber der Versuchung, zur Einbeziehung von Phänomenen in einer Grauzone zwischen Demokratie und Extremismus (PEGIDA, AfD) anstelle von Extremismus von Populismus zu sprechen. Ein solches Verständnis von Populismus als „dünne“ Ideologie bzw. als Extremismus-Light-Variante ist in mehrerlei Hinsicht (politisch) problematisch und analytisch wenig ertragreich. Es öffnet Instrumentalisierung und Diffamierung Tür und Tor, es löst das Problem der Grenzziehung nicht auf, wo Populismus anfängt und Nichtpopulismus aufhört, sondern verschiebt es nur in Richtung politischer Mitte; vor allem aber subsummiert es Bestrebungen, die sich in ihrem Verhältnis zur Demokratie elementar unterscheiden, und mogelt sich so um die Gretchenfrage „Extremismus oder nicht?“ herum. Pickel und Decker halten dem folgende plausible Abgrenzung entgegen: „Zwar fallen populistische Äußerungen nicht selten mit extremistischen Haltungen überein, dies müssen sie aber nicht zwangsläufig. So werden populistische Äußerungen nicht nur von Extremisten zur Mobilisierung der Massen eingesetzt, sondern sie gehören auch zum Alltagsgeschäft des Wahlkampfes etablierter politischer Parteien. [...] Wenn die Äußerungen dann gegen bestehendes Recht verstoßen, und erst recht wenn ein entsprechendes Handeln einhergeht, wird es zu Rechtsextremismus“ (S. 11).

Zugleich ist – wie der Abschluss des Zitates verrät – nicht alles Gold, was glänzt. Das betrifft zuvörderst den Titel und die Ausrichtung des Bandes, denn überwiegend geht es nicht um Extremismus im Allgemeinen, sondern um Rechtsextremismus im Besonderen. Von 14 Beiträgen sind gerade einmal drei vergleichend angelegt: die beiden angeführten Analysen zur Gewalt sowie der Beitrag von Anton Sterbling zu den Herausforderungen der sächsischen Polizei. Die Einleitung und das Fazit der Herausgeber nehmen zwar verschiedene Extremismusformen in den Blick, gleichwohl mit einem deutlichen Übergewicht der Ausführungen zum Rechtsextremismus. Die übrigen Analysen verwenden entweder den Extremismusbegriff im Titel, behandeln aber überwiegend seine rechten Ausprägungen, oder sie widmen sich von vornherein nur rechtsextremistischen Phänomenen. Gleiches gilt für zwei ergänzende Texte zu Innenansichten aus der Szene und den Mühen des Ausstieges aus diesen. Genuine Studien zum Linksextremismus fehlen; der islamistische Fundamentalismus taucht selbst in den vergleichenden Untersuchungen allenfalls exemplarisch auf. Die Kritik soll keinesfalls als eine inhaltliche an der Qualität und Relevanz der

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

auf den Rechtsextremismus fokussierten und zumeist fundierten Beiträge missverstanden werden. Nur suggeriert der Buchtitel offenkundig etwas Anderes.

Zu den Ergebnissen des Bandes, die sich gleichermaßen als Bestätigung und Differenzierung der vermuteten speziellen sächsischen Problemlage erweisen: Der Freistaat gehört im bundesweiten Vergleich zur Spitzengruppe bei den als extremistisch eingestuften Gewalttaten, mit Blick auf das Personenpotenzial rechts- und linksextremer Szenegänger, bei der Anzahl und Größe von rechtsextremen Demonstrationen und den entsprechenden Gegenprotesten sowie mit Blick auf die Ausprägungen bestimmter Einstellungen wie Ausländerfeindlichkeit, Ethnozentrismus und Sozialdarwinismus. Zugleich handelt es sich nicht ausschließlich um sächsische Spezifika, denn der Freistaat unterscheide sich vielfach nicht von anderen Bundesländern, insbesondere nicht von den ostdeutschen Nachbarländern, so die Bilanz der Herausgeber (S. 140). Beispielsweise lag Sachsen 2014 im Bereich rechtsextremistischer Gewalttaten mit 43 pro 100.000 Einwohner zwar vor Thüringen (29) und Brandenburg (36), indes hinter Sachsen-Anhalt (47) und Mecklenburg-Vorpommern (64), wie Uwe Backes aufzeigt (S. 31). Gleichwohl sieht dies wegen der besonders in Sachsen ausgeprägten islamfeindlichen Mobilisierung samt der daraus resultierenden Konfrontationsgewalt mit Linksextremisten seit 2015 anders aus. Auch bei Einstellungen zur Ausländerfeindlichkeit liegt Sachsen zwar geringfügig über dem Bundesdurchschnitt, jedoch hinter den anderen östlichen Bundesländern und auch mit deutlichem Abstand hinter Bayern (vgl. Oliver Decker, S. 50).

Ähnlich differenziert fällt folglich das Urteil mit Blick auf die Ursachen einer – vermeintlich – spezifisch sächsischen Problemlage aus. Die Folgen der sozialistischen Vergangenheit und die Schwierigkeiten ihrer Bewältigung, eine generelle und besonders im Osten ausgeprägte Politikverdrossenheit sowie eine massive Angst vor dem Islam stellen ost- bzw. gesamtdeutsche Erklärungsfaktoren dar. Als typisch sächsische Gründe werden dagegen die Ausbildung einer starken regionalen Identität, das Dasein spezieller Szenekulturen vor und nach 1989/90 und langfristige Muster der politischen Kultur genannt (S. 140-142). Diese Befunde bestätigen einerseits plausibel, dass monokausale Erklärungsansätze die Frage „Warum Sachsen?“ nicht hinreichend beantworten können. Andererseits wären tiefergehende Ergebnisse – z. B. regionale Unterschiede (Dresden-Leipzig oder Stadt-Land) oder der Versuch einer Gewichtung der Ursachenbündel aufschlussreich gewesen. Zusammenfassend ist der Sammelband zum Extremismus in Sachsen überaus verdienstvoll, er kann jedoch in Breite und Tiefe allenfalls als ein erster Problemaufriss für die Befassung mit dem komplexen Thema angesehen werden.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Werdegang eines Berufsrevolutionärs

Von Werner Müller

Martin Sabrow, Erich Honecker. Das Leben davor. 1912-1945, München 2016 (*C.H.Beck*), 623 S.

Im Jahre 1980 hatte Erich Honecker, der letzte Berufsrevolutionär an der Spitze der SED, für einen britischen Verlag ein autobiografisches Werk vorgelegt – für einen amtierenden Chef einer regierenden kommunistischen Partei ein Novum. 1991 hatte Peter Przybylski, zuvor Sprecher der Generalstaatsanwaltschaft der DDR, einen Band zu den Honecker betreffenden Papieren aus Erich Mielkes berühmt-berüchtigtem „roten Koffer" mit dem Untertitel *Die Akte Honecker* vorgelegt. Das erste Buch gab die offizielle Sicht auf eine kommunistische Führer-Biografie wieder: geradlinig, problemfrei und stets auf das sozialistische Ziel ausgerichtet, zudem weitgehend „entpersönlicht" – der Funktionär tritt hinter seiner „Klasse" zurück. Das zweite Buch, juristisch ein Ärgernis, da es Dokumente aus strafrechtlichen Ermittlungsakten preisgab, war für den Historiker hingegen zu dieser Zeit ein Glücksfall.

Vor diesem doppelten Hintergrund ist Martin Sabrows umfang- und quellenreiche Studie zu den Jugend- und Entwicklungsjahren Honeckers bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges zu sehen. Vorab sei bemerkt, dass damit vermutlich alle wichtigen Fragen zu Honeckers frühen Jahren erschöpfend behandelt und alle offenen Fragen breit und solide beantwortet sind. Immerhin: Probleme und Brüche gab es in Honeckers Biografie weit mehr, als in der „Enthüllungs-Dokumentation" von Przybylski anklingen. Einleitend widmet Sabrow der Familiengeschichte Honeckers breiten Raum. Bei aller Heimatverbundenheit Honeckers, die sich nicht zuletzt bei seinem Staatsbesuch 1987 niederschlug, hätte hier manches gekürzt werden können. Ob die Auswanderung der Vorfahren aus der Schweiz in das Saarland im 18. Jahrhundert und die Verästelungen der Familie im Interesse des Themas derart ausführlich behandelt werden mussten, steht dahin. Wichtig hingegen ist der Prozess der politischen Sozialisation des jungen Honeckers, zunächst durch den Vater geprägt, dann durch ein linksproletarisches, internationalistisches Milieu, dominiert von der USPD. Es zeigte pragmatische Solidarität statt revolutionär-rhetorisches Pathos.

Ihn prägte auch weniger die Schule als die kommunistische Kindergruppe, der er seit der Fusion von USPD und KPD angehörte. Eine bleibende Erinnerung für ihn war die an den Bergarbeiterstreik von 1923. Nach der Schulzeit zeigte sich ein erster Bruch: Honecker ging für rund zwei Jahre zu einem Großbauern nach Hinterpommern, angesichts der katastrophalen Lehrstellen-Lage im Saargebiet eine nachvollziehbare Entscheidung. Mit seiner Rückkehr in das Saarland 1928 stellten sich die Weichen zum Lebensweg als Berufsrevolutionär: der Eintritt in den Kommunisti-

https://doi.org/10.5771/9783645288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

schen Jugendverband Deutschlands (KJVD), die Beendigung einer ungeliebten Dachdeckerlehre ohne Abschluss und die zunehmende Funktionärstätigkeit für den KJVD. Das gipfelte in einem einjährigen Schulungslehrgang in Moskau. Damit hatte er den Weg zurück in eine „bürgerliche" Existenz endgültig abgeschnitten. Ernst Thälmann und Stalin, die er bei Großkundgebungen gesehen hatte, wurden seine Leitbilder, in der illegalen Arbeit in Deutschland und vor der Saarabstimmung im persönlichen Kontakt auch Herbert Wehner.

Honeckers eher pragmatischer Kurs als Politischer Leiter des KJVD im Saarland konnte zwar manche „ultralinke" Spitze von KPD und Komintern abbiegen und bei den anderen politischen Jugendorganisationen um eine Einheitsfront werben, aber im Kern blieb er selbstverständlich auf Parteikurs. Erst als in Deutschland ein Großteil des kommunistischen Untergrunds zerschlagen war, setzte sich 1934 ein moderaterer Kurs durch. Honecker war also nicht, wie er selbst in seiner Retrospektive angab, ein Motor der „Einheitsfront"-Politik. Zuvor, in dieser für den kommunistischen Widerstand desaströsen Phase, war Honecker zum Wiederaufbau des KJVD nach Mannheim und dann ins Ruhrgebiet geschickt worden. Sabrow schildert die bescheidenen Möglichkeiten, die sich nach den verheerenden Schlägen der Gestapo boten. Erfolgsmeldungen sahen anders aus. Aber Honecker nahm diese Arbeit, geschützt durch seinen Saar-Pass, ohne Widerstreben auf; Misserfolge schreckten ihn nicht.

Zu einer besonderen Bewährungsprobe wurde die Vorbereitung der Saarabstimmung im Januar 1935. Honecker hatte den Schwenk der Parteilinie 1934 ohne Zögern mitgemacht, als die KPD von der Parole „Für eine rote Saar in einem Sowjetdeutschland" abrückte und nun für die Beibehaltung des Status quo wirkte. Sein Einsatz im Abstimmungskampf kostete ihn 1934 die Teilnahme an einer KJVD-Konferenz in Moskau und womöglich einen beachtlichen Karrieresprung. Dasselbe Schicksal erlitt der Emigrant in Paris 1935, als der Beschluss zum Einsatz im Ruhrgebiet seine Teilnahme am VII. Weltkongress der Komintern und der folgenden KPD-Spitzentagung in Moskau verhinderte. Die unerwartet deutliche Niederlage bei der Saarabstimmung verursachte eine Fluchtwelle von Funktionären nach Frankreich, was Honecker zu verhindern suchte. Honecker organisierte dann einen Bombenanschlag, bei dem es glücklicherweise nicht zu Personenschäden kam. Ob das im Auftrag der illegalen KPD und ihres Residenten Herbert Wehner passierte, kann Sabrow nicht klären.

Im März 1935 musste Honecker ins Exil gehen; für den inzwischen recht bewährten und erfahrenen Funktionär ging es zur Auslandsleitung der KPD nach Paris. Es wurden Monate des Wartens und der Enttäuschung; Honecker war dort geradezu kaltgestellt. Sabrow vermutet mit gutem Grund, dass dies der Nähe zu Wehner geschuldet war, der in diesen Monaten heftigsten Richtungsstreits in der KPD-Führung nach Moskau beordert worden war. Immerhin geriet Honecker an die Spitze der Liste der „uneingeschränkt einsetzbaren" Funktionäre im Reich; die Moskauer Emigration, die entweder Karrieresprung oder „Säuberungs-Opfer" hätte bedeuten können, blieb ihm erspart.

https://doi.org/10.5771/9783645288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Im August 1935 gelangte er dann über Prag nach Berlin, verbunden mit dem Ziel, den KJVD wiederaufzubauen. Dennoch bleibt offen, ob er den amtierenden Leiter Bruno Baum unterstützen oder ersetzen sollte. Weiterhin war seine inhaltliche Rolle unklar: Er hatte die „neue Linie" nach dem VII. Weltkongress der Komintern durchzusetzen – deren Inhalte er nur rudimentär, aus Aufrufen und Publikationen, kannte. Viel Zeit blieb ihm nicht, denn die Gestapo verhaftete ihn zusammen mit einigen weiteren Genossen Anfang Dezember 1935. Erneut kann Sabrow eine bislang ungeklärte Frage lösen: Honeckers Verhaftung erfolgte nicht durch Verrat oder mangelnde Konspiration, sondern wegen einer durch Panik ausgelösten Unvorsichtigkeit. Als er von Gestapo-Leuten verhaftet werden sollte, entzog er sich durch Flucht in einem Taxi und nannte als Fahrtziel die Straße, in der er wohnte. Die Gestapo ermittelte den Taxi-Fahrer und kannte dann zumindest die Straße, wo Honecker ein geheimes Quartier besaß.

Das Untersuchungsverfahren zog sich lange hin, erst 1937 gelangte es zum Abschluss. Diplomatische Demarchen (wegen einer tschechisch-rumänischen Kurierin) und die zusätzliche Anklage wegen Honeckers Tätigkeit im Ruhrgebiet hatten das verursacht. Wie Sabrow darlegt, hatte Honecker seine Mitangeklagten nicht belastet, das Urteil fiel mit zehn Jahren Zuchthaus recht hoch aus. Er verbüßte die Haft im Zuchthaus Brandenburg, damals eine recht moderne Anlage. Mit seinem mitverurteilten Genossen Bruno Baum pflegte er kaum Kontakt, auch nach 1945 nicht. Honecker war ein unauffälliger Häftling.

Drei weitgehend ungelöste Fragen aus dem Jahre 1945 kann Sabrow plausibel erhellen. Die erste ist die Flucht Honeckers aus einem Frauengefängnis in Berlin, wo er zu Lösch- und Reparaturarbeiten von Bombenschäden eingesetzt war. Der Autor zeigt, wie lebensgefährlich die Flucht und der Aufenthalt im März 1945 in Berlin gewesen sind, ferner, wie hoffnungslos ein Überleben im Inferno der letzten Kriegswochen war. Gleichwohl erscheint Honeckers Entschluss, in das Zuchthaus Brandenburg zurückzukehren, als ebenso riskant wie alternativlos, nachdem sich sein Mit-Ausbrecher Erich Hanke von ihm getrennt hatte und Honecker keine „Anlaufstelle" mehr besaß. Die Rückkehr in das zwischen den Fronten liegende Brandenburg gelang unter großer Gefahr; ein Staatsanwalt, der Honecker wohlgesinnt war, vertuschte den Ausbruch.

Die zweite Frage, die Eheschließung Honeckers mit der Gefängnis-Aufseherin Charlotte Schanuel, die aber bereits 1947 verstarb, rechnet Sabrow dem Gefängnis-Milieu zu. Schanuel, bei der er am Ende seiner Odyssee von Brandenburg über Oranienburg nach Berlin Aufnahme gefunden hatte, gehörte nicht zu seinen KPD- oder KJVD-Kontakten.

Die dritte Frage, wie der entlassene Häftling Honecker mit der zurückgekehrten Partei-Elite, der „Gruppe Ulbricht", in Kontakt kam, entschied der Zufall. Honecker traf bei einem Besuch in der Politischen Hauptverwaltung der Roten Armee zufällig Richard Gyptner, den er aus dem KJVD kannte. Dieser war als Mitglied der „Gruppe Ulbricht" nach Berlin zurückgekehrt.

https://doi.org/10.5771/9783645288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Damit begannen, so Sabrow, die Zeiten der Personal-Fragebögen. Ein letzter Schlussabsatz setzt sich mit der Eigenart kommunistischer Biografien auseinander, nicht zuletzt mit den Erinnerungen Honeckers selbst. Insgesamt ist Martin Sabrow ein Buch geglückt, das im Falle Honeckers so gut wie keine Fragen für die Zeit bis 1945 mehr offen lässt.

https://doi.org/10.5771/9783645288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Verfassungsschutzbericht 2015

Von Berend Koll

Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2015, Berlin 2015 (*Bezugsadresse: www.verfassungsschutz.de*), 317 S.

Das Bestehen einer Verfassungsschutzbehörde ist in der Bundesrepublik keine Selbstverständlichkeit[1], ihre Arbeit ebenso wie die Einrichtung des Verfassungsschutzes waren auch 2015 Gegenstand anhaltender Kritik.[2] Gleichzeitig nahmen die vom Verfassungsschutz zu beobachtenden Bedrohungen, insbesondere der islamistisch und neonationalsozialistisch motivierte Terrorismus in der öffentlichen Debatte, nicht zuletzt angeheizt durch die „Flüchtlingskrise", erheblichen Raum ein. Hinsichtlich der Organisation des Verfassungsschutzes mündeten die im Zusammenhang der rechtsterroristischen Vereinigung „NSU" aufgedeckten Verfehlungen und Versäumnisse in einer Neubewertung der rechtsterroristischen Gefährdung und in einer Gesetzesreform, mit der u. a. die Zusammenarbeit der Inlandsgeheimdienste und der Einsatz von V-Leuten deutlicheren Regeln unterworfen werden sollte; Budget und Mitarbeiterzahl der Dienste stiegen im Berichtszeitraum leicht. Im Hauptteil des Berichtes werden Ergebnisse der Beobachtung geordnet nach den einzelnen Beobachtungsobjekten beschrieben, deren gemeinsame grobe Klammer jenseits der Spionageabwehr der Begriff des Extremismus ist.[3] Der Verfassungsschutzbericht verbindet die Darstellung von (allerdings überwiegend auf das Berichtsjahr bezogenen, wenn auch zum Teil fortgeschriebenen) Daten aus dem gesamten Bundesgebiet mit daraus gewonnenen Wertungen und zielt insgesamt auf die Vermittlung eines leitenden Gesamtüberblicks. Die dem jeweiligen Beobachtungsfeld zugeordneten Personenzahlen werden tabellarisch dargestellt, ebenso Daten über die Struktur von „wichtigen Beobachtungsobjekten". Ergänzend finden sich exemplarisch unter den Begriff des Extremismus subsummierte in- und ausländische Phänomene mit ihren Auswirkungen auf die Sicherheitslage in Deutschland beschrieben sowie die Vereinigungsverbote dargestellt.

Gliedernde Beobachtungsschwerpunkte des Verfassungsschutzes waren auch im Jahr 2015 die Themenfelder Rechtsextremismus, Linksextremismus, Islamismus,

1 Zum Begriff der streitbaren Demokratie BVerfGE 5, 85, 139.

2 Zur Auseinandersetzung um die Notwendigkeit eines Verfassungsschutzes vgl. die Beiträge von Claus Leggewie/Horst Meier einerseits, Uwe Backes andererseits, in: Hans-Jürgen Lange/Jens Lanfer, Verfassungsschutz. Reformperspektiven zwischen administrativer Effektivität und demokratischer Transparenz, Wiesbaden 2016, S. 7-20, 21-39.

3 Zum Begriff Carmen Everts, Politischer Extremismus. Theorie und Analyse am Beispiel der Parteien REP und PDS, Berlin 2000, S. 35; zur Kritik etwa Martin Kutscha, Welche Verfassung schützt der Verfassungsschutz?, in: Lange/Lanfer (FN 2), S. 41-54, hier: S. 44 f.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Ausländerextremismus und Spionage sowie (in geringerem Umfang) die Scientology-Organisation. Mit Ausnahme des Ausländerextremismus beobachtete der Verfassungsschutz einen starken Anstieg von Straftaten gegenüber dem Vorjahr. Dieser steht auch im Zusammenhang mit Auseinandersetzungen, die sich an der wirkmächtigen Anti-Asyl-Agitation entzündeten.[4] Die Konsolidierung des organisierten Rechtsextremismus[5] auf niedrigem Niveau tritt in der Darstellung gegenüber diesem, mit zunehmender Anschlussfähigkeit des Rechtsextremismus einhergehenden Mobilisierungskomplex zurück. Im Bereich des Linksextremismus wird eine gegenläufige Entwicklung von leicht sinkendem „extremistischen" und steigendem „gewaltorientiertem" Personenkreis beobachtet. Wesentliche Kristallisationspunkte der Gewalt bildeten insofern reichweitenstarke Großveranstaltungen (Blockupy). Im Bereich des Islamismus wird als Inlandsphänomen der Salafismus herausgehoben referiert, während im internationalen Kontext der „Islamische Staat" eine wesentliche Rolle spielt, dessen mediale Selbstdarstellung mit ihren Auswirkungen auf die Reisebewegungen von Gefährdern beschrieben wird. Mit Blick auf Anschläge im europäischen Ausland wird für Deutschland eine „erhöhte Gefährdung" (S. 166) konstatiert. Mit der Kategorie des (inlandsrelevanten) Ausländerextremismus wurden unterschiedliche Strömungen zusammengefasst, deren Betätigungsfeld sich im Berichtszeitraum nicht primär auf Deutschland richtete.

Einen Katalog der zu Beobachtenden gibt das Gesetz dem Verfassungsschutz nicht vor, der sich in seiner Arbeit der Kritik mangelnder Bestimmtheit ausgesetzt sieht.[6] Nicht nur der Extremismusbegriff, auch Kategorien wie die mit dem Bericht 2014 eingeführte „Gewaltorientierung", Attribute wie „provokative Ausrichtung" (S. 74) und Prognosemaßstäbe wie „nicht vollständig auszuschließen" (S. 104) verdeutlichen die Problematik einer trennscharfen Abgrenzung der Aufgabe des Dienstes im weiten Vorfeld von konkreten Rechtsgutgefährdungen. Die begriffliche Unschärfe liegt dabei in der Natur der Sache, weil der Bericht zwar auch strafbare Handlungen in den Blick nimmt, im vorgelagerten Bereich aber ebenso abstrakt bloß anstößige Verhaltensweisen (etwa Propagandaaussagen) erfassen soll. Die begrenzte Quantifizierbarkeit der Phänomene[7] erschwert jedoch die weitere selbständige Auswertung und Vergleichbarkeit der dargestellten Ergebnisse. Die Einrichtung von Ver-

4 Die PEGIDA-Bewegung war dagegen erneut nicht insgesamt Gegenstand der Beobachtungen. Vgl. Robert Philippsberg, Verfassungsschutzbericht 2014, in: Uwe Backes/Alexander Gallus/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 28, Baden-Baden 2016, S. 393-396, hier: S. 394.

5 Zum inzwischen gescheiterten Verbotsverfahren: BverfG. Urt. vom 17. Januar 2017, 2 BvB 1/13, S. 73 ff., 79.

6 Ob der Fokus auf den Begriff des Extremismus die Herausforderungen für die plurale Gesellschaft umfassend abdeckt, kann bezweifelt werden, vgl. Oliver Decker/Johannes Kiess/Elmar Brähler, Die stabilisierte Mitte. Rechtsextreme Einstellung in Deutschland, Leipzig 2014, S. 7 ff.

7 So die Begrifflichkeit der erhöhten (terroristischen) Gefährdung, der Deutschland ausgesetzt sei (S. 166). Vgl. Eckhard Jesse, Ist die Beobachtung der Partei DIE LINKE durch den Verfassungschutz rechtens?, in: Lange/Lanfer (FN 2), S. 55-74, hier: S. 64: „Die unterschiedliche Beobachtungspraxis ist ein Politikum." Siehe (bezogen auf die Partei Die Linke) auch Philippsberg (FN 4), S. 395 f.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

fassungsschutzbehörden ist in Art. 87 Abs. 1 GG verfassungsrechtlich verankert und im Bundesverfassungsschutzgesetz einfachrechtlich ausgestaltet. Dort (in § 16) findet sich auch die rechtliche Grundlage des Verfassungsschutzberichtes. Entsprechend dieser Ausgestaltung beschränkt sich die Aufgabe des Verfassungsschutzes nicht auf die bloße Sammlung von Informationen; er ist vielmehr selbst ein Instrument zur Abwehr verfassungsfeindlicher Bestrebungen.

Informationshandeln der Exekutive muss in der streitbaren Demokratie gegenüber verfassungsfeindlichen Bestrebungen zulässig sein[8], auch der Bericht liegt in seiner Selbstermächtigung der Bürger zur Verteidigung des liberalen Rechtsstaates grundsätzlich auf Linie mit der Verfassungsordnung. Dies gilt gerade im sensiblen Bereich des Verfassungsschutzes, der – selbst wenn er weiterhin nicht über Exekutivbefugnisse verfügt[9] – doch nicht im rechtsfreien Raum[10] handelt und effektiver Kontrolle bedarf.[11] Umso problematischer ist die praktische Einschränkung der (parlamentarischen) Kontrolle und des Individualrechtsschutzes[12], die auf das Öffentlichwerden der Tätigkeit angewiesen sind.[13] Insofern bietet die Öffentlichkeitsarbeit des Verfassungsschutzes zunächst eine Chance, die jedoch der Bericht nicht einlöst. Seine Darstellungen lassen ein Problembewusstsein kaum erkennen. Die bloßen Überblicke und die Beschränkung auf allenfalls bedingt prüfbare Ergebnisse erlauben keine Rückschlüsse auf konkretes Handeln des Dienstes.[14]

Der Schwerpunkt des Verfassungsschutzberichtes liegt dann auch nicht auf der Hergabe einer Datengrundlage zur Bewertung der Aufgabenerfüllung des Dienstes, sondern seine Funktion ist selbst ein stigmatisierendes Mittel zur Aufgabenwahrnehmung, mit der die Öffentlichkeit hinsichtlich verfassungsfeindlicher Gruppierungen sensibilisiert werden soll.[15] Aus dieser Perspektive wird mit der Berichterstattung nicht etwa die Geheimheit der Arbeit abgemildert, sondern die Eingriffsqualität der berichteten Maßnahmen nochmals aktualisiert.[16] Die Gefahr, dass die staatliche Teilnahme an der öffentlichen Meinungsbildung die ebenso zulässige wie notwendige Kritik auch an der Verfassungsordnung diskreditiert, bedingt besondere Vorsicht.[17]

8 Zur Zulässigkeit staatlicher Warnungen in anderem Kontext BVerfGE 105, 279, 301; BVerfGE 105, 252, 268 f.
9 Zum Trennungsgebot Nils Bergemann, in: Hans Lisken/Erhard Denninger, Handbuch des Polizeirechts – Gefahrenabwehr – Strafverfolgung – Rechtsschutz, 5. Aufl., München 2012, Kap. H, Rn. 5.
10 Christoph Gusy, Grundrechte und Verfassungsschutz, Wiesbaden 2011, S. 124 ff., 129.
11 So auch Bergemann (FN 9), H 137. Zum Informationsdefizit der Kontrollgremien Gusy (FN 10), S. 134.
12 Vgl. nur Udo Kauß, Verfassungsschutz in flagranti erwischt!, in: Till Müller-Heidelberg u. a. (Hrsg.), Grundrechte-Report 2016, Frankfurt a.M. 2016, S. 165-168, hier: S. 165.
13 Gusy (FN 10), S. 130, 134.
14 Insofern stellt er auch keine kategoriale Abweichung von der internationalen Geheimdienstpraxis dar; anders: Uwe Backes, „Sonderweg“ Verfassungsschutz? Kritik der Fundamentalkritik an der behördlichen Säule „streitbarer Demokratie“, in: Lange/Lanfer (FN 2), S. 21-39, hier: S. 28.
15 Vgl. BVerfGE 113, 63, 80.
16 BVerfGE 113, 63, 76 ff.
17 BVerfGE 113, 63, 82 f.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Daraus folgt, dass für die Berichterstattung über klar zu kennzeichnende Verdachte tatsächliche Anhaltspunkte vorliegen müssen.[18] Der Verfassungsschutz muss sich einer Beobachtung und erst recht einer Öffentlichmachung dort enthalten, wo bloße Kritik an herrschenden Zuständen geübt wird. Dies gilt umso mehr, je deutlicher die Tatsachenberichterstattung gegenüber wertenden Elementen zurücktritt. Auch wenn der Bericht diesen Anforderungen weitgehend entspricht, ist Zurückhaltung geboten, weil der Verfassungsschutz besonderes Vertrauen in Anspruch nimmt und der Staat kein Akteur des öffentlichen Meinungskampfes wie jeder andere ist.[19]

Der Verfassungsschutzbericht unterscheidet das Bundesamt für Verfassungsschutz von Geheimpolizeien, er ist aber als ein in seiner Zielrichtung auf Lenkung, nicht auf Kontrolle der eigenen Tätigkeit gerichtetes Institut kein Instrument einer insgesamt atypischen offenen Geheimdienstordnung. Insofern bleibt der Verfassungsschutzbericht ein legitimes Instrument der politischen Bildung und ein Beitrag im für die Verteidigung des Rechtsstaates erforderlichen öffentlichen Diskurs, welche jedoch die kritische Prüfung der Tätigkeit der Geheimdienste nicht erübrigen.

18 BVerfGE 113, 63, 81.
19 Vgl. BVerfGE 105, 252, 272 f.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

(Kein) Handbuch Rechtsextremismus

Von Kai Arzheimer

Fabian Virchow/Martin Langebach/Alexander Häusler (Hrsg.), Handbuch Rechtsextremismus, Wiesbaden 2016 (*Springer VS*), 597 S.

Seit mehr als acht Jahrzehnten ist die Rechtsextremismusforschung ein aktives – und bedauerlicherweise höchst präsentes – Forschungsfeld. Ein aktuelles Handbuch, das den gesicherten Stand der Forschung dokumentiert, fehlt aber bisher, da entsprechende Publikationen zuletzt um die Jahrtausendwende herum vorgelegt wurden. Nun sind Fabian Virchow und Alexander Häusler vom Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus an der Hochschule Düsseldorf gemeinsam mit dem Soziologen Martin Langebach, vor allem als Spezialist für rechte Jugendkulturen bekannt, angetreten, um dies zu ändern. Gemeinsam mit 17 weiteren Autoren behandeln die Herausgeber in ebensovielen Kapiteln Themen wie „Rechtsextreme und menschenfeindliche Einstellungen", „Organisationsformen des Rechtsextremismus", „Rechtsextremismus und Jugend" oder „Die ‚Neue Rechte' in der Bundesrepublik Deutschland".

Jedes einzelne der Kapitel wurde von Kennern der jeweiligen Materie verfasst. Aus wissenschaftssoziologischer Perspektive auffällig ist dabei der vergleichsweise niedrige Anteil von Politikwissenschaftlern. Obwohl der moderne Extremismusbegriff in der Politischen Soziologie und in der Politikwissenschaft entwickelt wurde, sind nur fünf von zwanzig der am Handbuch Beteiligten dieser Disziplin zuzurechnen. Überraschend stark vertreten sind hingegen Historiker, Pädagogen und Praktiker. Dies ist der klaren Ausrichtung des Handbuchs an den rechten Lebenswelten einerseits und der historischen Entwicklung in der Bundesrepublik andererseits geschuldet.

So wird etwa in dem fast 40 Druckseiten umfassenden Kapitel zur „Geschichte der extremen Rechten in der Bundesrepublik Deutschland", von Gideon Botsch verfasst, sehr detailliert die Entwicklung rechtsextremer Parteien und anderer Organisationen seit Gründung der Bundesrepublik nachgezeichnet. Eine ausgezeichnete Ergänzung dazu ist das Kapitel von Hans-Gerd Jaschke, der die „Strategien der extremen Rechten in Deutschland nach 1945" untersucht und dabei die historische Perspektive mit einer stärker auf Systematisierung abstellenden Betrachtungsweise verbindet. Der von Bianca Klose und Sven Richwin verfasste Beitrag zu den „Organisationsformen des Rechtsextremismus" lässt sich als Komplement zu den beiden genannten Kapiteln verstehen.

Spätestens bei der Lektüre des zwischengeschalteten Kapitels zu „Aktionsformen und Handlungsangeboten der extremen Rechten" (Heiko Klare und Michael Sturm)

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

stellt sich aber die Frage nach möglichen Doppelungen zwischen den Beiträgen. Dies gilt auch für den Beitrag von Alexander Häusler, der auf fast 50 Seiten die „Themen der Rechten“ behandelt. Ihm gelingt ein ausgezeichneter Überblick über eben diese Themen und deren Konjunktur. Wenn Häusler zeigt, wie sich die Popularität dieser Themen über die Zeit gewandelt hat und welche Subgruppen dabei von Bedeutung waren, sind Überschneidungen mit den vorangegangenen und den nachfolgenden Kapiteln unvermeidlich. Christoph Kopkes Beitrag zur extremen Rechten als Wahlkampfakteur ist ebenfalls in hohem Maße informativ, betrachtet jedoch vieles, was bereits vorher zu Akteuren, Organisationen, Themen und Strategien gesagt wurde, noch einmal durch eine etwas speziellere Brille. Auch Stefan Weiß’ Kapitel zu „Bedeutung und Wandel von ‚Kultur‘ für die extreme Rechte“ greift einerseits einzelne Aspekte von Häuslers Beitrag wieder auf und verweist andererseits auf das letzte Kapitel des Bandes, in dem Martin Langebach und Jan Raabe „Die ‚Neue Rechte‘ in der Bundesrepublik Deutschland“ behandeln.

Ähnliches gilt mutatis mutandis für eine zweite Gruppe von Kapiteln. In einem sehr dichten Beitrag greift Jan Schedler die in den 1990er Jahren viel diskutierte Frage auf, ob die extreme Rechte in der Bundesrepublik als soziale Bewegung betrachtet werden könne. Zu diesem Zweck geht er zunächst auf einige theoretische Hauptstränge der Forschung zu sozialen Bewegungen ein, um dann zentrale Konzepte auf die extreme Rechte in Deutschland anzuwenden. Andere Beiträge befassen sich ebenfalls mit lebensweltlichen Aspekten des Rechtsextremismus, ohne aber den von Schedler präsentierten Begriffsapparat für ihr jeweiliges Spezialthema nutzbar zu machen oder zumindest dessen Nutzen zu diskutieren. So befasst sich Martin Langebach mit dem sehr breiten Thema „Rechtsextremismus und Jugend“, er stellt hier u. a. Studien zu rechtsextremen Einstellungen von Jugendlichen, zu den (verbleibenden) rechtsextremen Jugendorganisationen sowie zur (jugendspezifischen) Verbreitung rechtsextremer Inhalte im Internet vor. Bezüge zu den Konzepten der Bewegungsforschung kommen allenfalls am Rande vor. Ähnliches gilt für den Aufsatz von Felix Wiedemann. Dieser informiert in vergleichsweise knapper, systematischer Form über „Das Verhältnis der extremen Rechten zur Religion“ – der Beitrag enthält zwei kurze Unterabschnitte zu den Themen „neue religiöse Bewegungen“ und „politische Religion“. Auch hier wären zumindest Querverweise zu Schedlers Kapitel angebracht gewesen.

Andere Kapitel stehen weitgehend für sich. Tim Spier gelingt es, in seinem Kapitel zur „Wahl von Rechtsaußenparteien in Deutschland“ den aktuellen Stand zur Forschung zu diesem Thema in knapper und dabei sehr lesbarer Form zusammenzufassen. Ähnlich informativ ist das umfangreiche Kapitel von Renate Bitzan zum Thema „Geschlechterkonstruktionen und Geschlechterverhältnisse in der extremen Rechten“, das nicht nur das Thema selbst abhandelt, sondern auch die Geschichte seiner Erforschung kritisch reflektiert.

Von besonderem Interesse schließlich ist der Beitrag von Karin Priester, der nach dem Verhältnis von Rechtspopulismus, Rechtsradikalismus und Rechtsextremismus fragt und damit auf einen wichtigen Umstand hinweist: Rechtsextremismus hat als

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Forschungsgegenstand nichts von seiner Aktualität verloren. Politisch bedeutsamer sind heute in vielen Ländern aber Bewegungen, Parteien und Ideen, die sich nicht eindeutig dem Rechtsextremismus zuordnen lassen, aber dennoch als hochproblematisch gelten müssen. Zugleich ist Priester die einzige Autorin, die in ihrem Kapitel über Deutschland hinausgeht, indem sie eine europäische Typologie von Rechtspopulismen zu entwickeln sucht.

Insgesamt betrachtet hinterlässt der Band einen zwiespältigen Eindruck. Die einzelnen Beiträge sind systematisch angelegt, klar geschrieben, aktuell und hochinformativ. Trotzdem werden sie in der Summe dem Anspruch, ein Handbuch des Rechtsextremismus vorzulegen, nicht gerecht. Dafür sind sie zum einen zu stark auf Deutschland ausgerichtet. Ergebnisse der internationalen Rechtsextremismusforschung tauchen, wenn überhaupt, nur am Rande auf. Zum anderen fehlt dem Buch eine klare Struktur, die für sich beanspruchen könnte, tatsächlich das gesamte Forschungsfeld in systematischer Weise zu parzellieren. Dies zeigt sich schon rein formal in der fehlenden Untergliederung des Inhaltsverzeichnisses in größere Abschnitte und ist noch deutlicher in der Einleitung zu erkennen, die in knapper Form die einzelnen Kapitel zusammenfasst, ohne deutlich zu machen, warum gerade diese Themen in genau jener Reihenfolge behandelt werden. Den Herausgebern fehlt schlicht ein klares Konzept – so erklären sich Überschneidungen und fehlende Querbezüge. Im Ergebnis ist ein durchaus lesenswertes Buch entstanden, das sich aber kaum von anderen Sammelbänden abhebt.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Die Scharnierfunktion des Rechtspopulismus

Von Steven Schäller

Andreas Zick/Beate Küpper/Daniela Krause, Gespaltene Mitte – feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016, Berlin 2016 (*J.H.W. Dietz Nachfolger*), 238 S.

Dem Thema „Rechtspopulismus" werden in jüngerer Zeit verstärkt Arbeiten gewidmet. Akzente können hierbei gleichermaßen die vergleichende Politikwissenschaft, die politische Theorie oder, wie im Fall des vorliegenden Bandes, die politisch-soziologische Kulturforschung setzen. Häufig geht es dabei um definitorische Fragen, um Fragen der Ein- und Abgrenzung des Phänomens „Rechtspopulismus", der mit seinen jüngsten Aufwallungen in großen Teilen als neu wahrgenommen wird. Für die politische Kultur der Bundesrepublik kann dies jedoch mit Blick auf die Republikaner und die Schill-Partei nur in eingeschränktem Maße gelten.

Dennoch erscheinen einige Aspekte als so noch nicht dagewesen, darunter der massive Erfolg auf der Straße durch die sogenannten Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes (PEGIDA) und in den Parlamenten (*Alternative für Deutschland* [AfD]). Zur Erklärung kommen deswegen auch neue und vielfältige Ansätze dazu: dass der neue Rechtspopulismus als ein paneuropäisches Projekt verstanden werden muss[1] und hinter diesen Erfolgen eine tiefgreifende politisch-kulturelle Gegenrevolution steht, die nicht zuletzt auch als konservativ-autoritärer Frontalangriff auf die Generation der 1968er gelesen werden kann.[2] Bemerkenswert scheint vor allem zu sein, dass mit der „Neuen Rechten" ein Akteurskreis auf sich aufmerksam macht, der mit einem völkischen Ideologieset, einer Abwendung von nationalsozialistischen Traditionsbeständen der „Alten Rechten" sowie elaborierten Konzepten zur politischen Deutungskultur – Stichwort: Metapolitik – bei einem konservativen politischen Publikum einige Erfolge zu feiern weiß. Rechtspopulistische Akteure bedienen zudem erfolgreich die Inszenierungs- und Verwertungsmechanismen der Massenmedien und befördern eine politische Polarisierung zugunsten der Mobilisierung eigener Anhänger.

Im Kontext dieser Entwicklungen richtet die „Mitte-Studie" der Friedrich-Ebert-Stiftung ihr Augenmerk insbesondere auf rechtspopulistische Unterstützermilieus in der Bundesrepublik. Dazu werden Daten aus der Erhebung des Jahres 2016 in sechs Kapiteln ausgewertet und unter spezifischen Fragestellungen beleuchtet, etwa allgemein zu Entwicklungen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, zu den Ein-

1 Maik Fielitz/Laura Lotte Laloire, Trouble on the far right, Bielefeld 2016.
2 Volker Weiß, Die autoritäre Revolte. Die neue Rechte und der Untergang des Abendlandes, Stuttgart 2017.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

stellungen der Bevölkerung zu Flüchtlingen, zur Verbreitung rechtsextremer und rechtspopulistischer Einstellungen oder zu Entwicklungen rechtsextremer und menschenfeindlicher Haltungen unter AfD-Sympathisanten. Gerahmt wird der Band zu Beginn durch eine Einleitung sowie einen Beitrag über die methodischen Grundlagen und am Ende durch einen Beitrag zur Frage nach den Lehren der Studie für die politische Bildung.

Ein Teil dieser Beiträge verschreibt sich dem Ziel, langfristige Trends bei Einstellungen zu Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus abzubilden. Damit schließt er an vorhergehende „Mitte-Studien" an. Eine grundlegende Kritik an den Messinstrumenten zur Erhebung rechtsextremer Einstellungen ist bereits von Eckhard Jesse formuliert worden. Diese Kritik ist auch auf das in diesem Band vorgestellte und analog aufgebaute Messinstrument zum Rechtspopulismus übertragbar, das von den Autoren bereits an anderer Stelle eingeführt wurde.[3] Ob diese Kritik tragfähig ist, sei dahingestellt. Sie kann hier zumindest als bekannt vorausgesetzt werden. Ein anderer Teil dieser Beiträge fokussiert auf das Phänomen der grassierenden rechtspopulistischen Aufwallungen in der Bundesrepublik. Hier wird insbesondere die Frage nach den Grenzen und Übergängen zwischen rechtsextremen und rechtspopulistischen einerseits sowie zwischen rechtspopulistischen und liberaldemokratischen Einstellungen andererseits thematisiert. Dass diese Einstellungen nicht unbedingt auf einem Kontinuum von rechtsextrem über rechtspopulistisch bis zu liberal-demokratisch angeordnet sein müssen, haben Jesse und Isabelle-Christine Panreck in kritischer Absicht argumentiert.[4] Jedenfalls gelingt es dem Autorenteam Zick/Krause/Küpper im Beitrag zu den rechtspopulistischen und rechtsextremen Einstellungen sowie dem Autorenteam Küpper/Häusler/Zick im Beitrag über die Verbreitung neurechter Einstellungen in der Bevölkerung die These vom Rechtspopulismus als Scharnierfunktion auf eine überzeugende empirische Grundlage zu stellen. Danach finden rechtsextreme Einstellungen durch weithin geteilte rechtspopulistische Topoi schleichenden Eingang in die bürgerlichen Milieus in der sogenannten Mitte der Gesellschaft.

Einige Kritikpunkte sind der Vertiefung würdig. Erstens und mit Blick auf die erhobenen Daten im Bereich rechtsextremer Einstellungen zeigt sich auch in dieser „Mitte-Studie" ein problematisches Phänomen, das bereits den Autoren des „Thüringen-Monitor" Anlass zu einer intensiveren Auseinandersetzung geboten hat. So scheinen mit dem Messinstrument zum Rechtsextremismus zwei distinkte Einstellungsmuster beobachtet zu werden. Heinrich Best u. a. haben daraus geschlussfolgert, dass sich rechtsextreme Einstellungen in das Einstellungsmuster einer neo-nationalsozialistischen Ideologie mit starken Ausprägungen in den Dimensionen des Antisemitismus, der Verherrlichung des Nationalsozialismus und der Befürwortung

3 Andreas Zick/Beate Küpper, Wut, Verachtung, Abwertung. Rechtspopulismus in Deutschland, Berlin 2015. Siehe dazu auch Steven Schäller, Begriffe und Befunde: Populismus in der politikwissenschaftlichen Forschung, in: Zeitschrift für Politische Theorie 7 (2016), H. 2, S. 219-236.

4 Vgl. Eckhard Jesse/Isabelle-Christine Panreck, Populismus und Extremismus. Terminologische Abgrenzung – das Beispiel der AfD, in: Zeitschrift für Politik 64 (2017), S. 59-76.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

einer rechtsgerichteten Diktatur einerseits und in einen Ethnozentrismus mit starken Ausprägungen in den Dimensionen des Nationalismus und der Fremdenfeindlichkeit andererseits unterscheiden lassen.[5] Obwohl die Autoren des Bandes ähnliche Beobachtungen in ihren Daten anstellen können und dies auch plausibel als analytische Abgrenzung zwischen rechtsextremen und rechtspopulistisch-neurechten Einstellungen deuten, gibt es keinerlei Bezugnahmen auf die Ergebnisse der Jenaer Kollegen. Das mutet einigermaßen seltsam an, zumal die Autoren des Bandes an anderen Stellen den Forschungsstand durchaus zu rezipieren wissen.

Zweitens hat sich mit der „Mitte-Studie" 2014 ein Wechsel der Studienleitung vollzogen. Von 2002 bis 2012 haben Oliver Decker und Kollegen die „Leipziger Mitte-Studien" durchgeführt – davon zwischen 2006 bis 2012 in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung. Seit 2014 kann man nun von zwei Studien – einmal aus Leipzig und einmal aus Bielefeld – sprechen, die beide um das renommierte Prädikat der „Mitte-Studie" ringen. Die Friedrich-Ebert-Stiftung unterstützt seit 2014 die Bielefelder Kollegen, und mit diesem Transfer der „Mitte-Studien" sind auch einige Änderungen im Studiendesign verbunden, die gerade für Langzeituntersuchungen nicht unbedeutend sind. Die Bielefelder haben sich dazu entschieden, künftig nicht mehr, wie bei den „Mitte-Studien" von 2002-2012 gehandhabt, auf Face-to-Face-Interviews zu setzen und stattdessen im Computer Assisted Telephone Interview-Verfahren (CATI) zu befragen. Vermutlich soll so die Anschlussfähigkeit für die in Bielefeld zwischen 2002-2012 veranstaltete Studienreihe zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit hergestellt werden. Dies aber hat Einschränkungen für die Interpretation der Daten im Zeitverlauf zur Folge, über die im Band auch begründet Rechenschaft abgelegt wird (S. 23-31). Die Frage sollte erlaubt sein, warum beansprucht wird, die „Mitte-Studien" fortzuführen, wenn zugleich methodisch ein Bruch in den Datenreihen in Kauf zu nehmen ist.

Der Band überzeugt durch gründliche Analysen und vielfältige Einsichten in die Einstellungshaushalte menschenfeindlicher, rechtsextremer und rechtspopulistischer Milieus. Er bietet zugleich Anlass zu vorsichtigem Optimismus, denn obwohl die Daten eine Polarisierung und Verschärfung in den Einstellungen belegen, zeigen sie auch, dass sich das rechtspopulistische und rechtsextreme Potential seit 2014 nicht erweitert hat – ganz im Gegensatz zur öffentliche Wahrnehmung zu dieser Problematik. Sowohl der letzte Beitrag zu den Perspektiven der politischen Bildung angesichts der Ergebnisse als auch ein angehängtes Glossar zu den statistischen Grundbegriffen belegen die Absicht der Autoren, über die Wissenschaft hinaus zu wirken. Dies dürfte im Sinne der Friedrich-Ebert-Stiftung sein: Sie erhofft sich mithilfe dieser Ergebnisse hierzulande Debatten über problematische Aspekte im Selbstverständnis von Teilen der Bevölkerung anzustoßen.

5 Vgl. Heinrich Best/Katja Salomo, Güte und Reichweite der Messung des Rechtsextremismus im Thüringen-Monitor 2000-2014, Jena 2014.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Kurzbesprechungen

Sophie Alcántara u. a., Demokratietheorie und Partizipationspraxis. Analyse und Anwendungspotentiale deliberativer Verfahren, Wiesbaden 2016 (*Springer VS*), 215 S.
Jörg Tremmel/Markus Rutsche (Hrsg.), Politische Beteiligung junger Menschen. Grundlagen – Perspektiven – Fallstudien, Wiesbaden 2016 (*Springer VS*), 498 S.
L. Uwe Heil, Gesättigte Demokratie. Ein marketingorientierter Alternativbegriff zur Politikverdrossenheit, Wiesbaden 2016 (*Springer VS*), 399 S.

Krisen und Chancen der Demokratie(forschung) bilden die Thematik der drei Bände. Das Umweltbundesamt hatte das Forschungsprojekt DELIKAT in Auftrag gegeben, auf dessen Grundlage der Bericht von Alcántara u. a. erschienen ist und der mit konkreten Handlungsempfehlungen für professionelle Politiker aufwarten kann. Neoliberale, funktionalistische, deliberative und emanzipatorische Demokratiekonzepte werden samt ihren ideengeschichtlichen Herleitungen kompakt verglichen und die Möglichkeiten ihres Einsatzes erörtert. Die Autoren lassen zwar gelegentlich Präferenzen erkennen („Demokratisierung der Demokratie", S. 129), befürworten jedoch eine pragmatische Herangehensweise, indem sie – je nach Phase der politischen Entscheidungsfindung – Varianten jedes der genannten Modelle zur Umsetzung empfehlen. In einem abschließenden Dokumentationsteil trans- und interdisziplinärer Fachdialoge verdichten sich die vorangegangenen Überlegungen in fünf möglichen Szenarien, die sich jeweils nach Bedeutung der Akteure (Politiker, Bürger, Verwaltung) und Erreichung normativer Schwerpunkte unterscheiden und eine brauchbare Handreichung für Politik und Verwaltung sein könnten.

Der Band um Jörg Tremmel und Markus Rutsche zur politischen Beteiligung jüngerer Menschen vereint Aufsätze aus der Studentenschaft der Universität Tübingen und von Experten aus Wissenschaft und Praxis. Die einführenden Beiträge weisen hin auf den aktuellen Stand und die Entwicklung von Jugendbeteiligungsformaten seit den 1970er Jahren, deren demokratietheoretische Begründung sowie bekannte Probleme in der Praxis. Der zweite Teil thematisiert das Wahlrecht bzw. -alter, Quoten, Möglichkeiten und Grenzen der Onlinepartizipation, wobei bedenkenswerte Einwände gegen aktuelle Praktiken und Normen vorgebracht wie auch die Notwendigkeit digitalen Kompetenzerwerbs zur individuellen Meinungsbildung betont werden. Der letzte Abschnitt beleuchtet auf verschiedenen Ebenen schon praktizierte Formen der Jugendbeteiligung in Baden-Württemberg. So könnten Jugendgemeinderäte durch die Bereitstellung der notwendigen Ressourcen und faires Entgegenkommen Erwachsener „identitätsstiftend[en]" Wert entfalten und zur „Stärkung eines demokratischen Charakters beitragen" (Müller/Unkauf, S. 336). Ähnliches gilt für Mitbestimmung in Schule und Universität, die demnach wichtige Instrumente zum Erlernen des Umgangs mit Macht und Verantwortung seien. Der Band plädiert

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

für den umsichtigen Ausbau jugendpartizipatorischer Elemente und macht deutlich, dass digitale wie analoge Beteiligung ohne „klassische“ politische Bildung kaum sinnvoll praktizierbar sind.

In einem Mangel an Rückkopplung zwischen Regierung und Regierten vermutete man lange eine Ursache für das etwa seit den späten 1980er Jahren erörterte Phänomen der „Politikverdrossenheit“. Konsequent baut der Professor für Marketing und Marktforschung, L. Uwe Heil, in seiner Dissertationsschrift Brücken zwischen Begriffen und Axiomen der Wirtschafts- bzw. Politikwissenschaft, um einen weniger stark konnotierten Terminus zu etablieren. Indem er bestehende Verwendungen und Spielarten des Begriffs der Politikverdrossenheit (Parteien-, Politiker-, Demokratieverdrossenheit etc.) untersucht, auch bereits existierende Handlungsempfehlungen aus der Fachwelt sowie die Übertragbarkeit des Easton’schen Unterstützungsmodells innerhalb kybernetischer Systeme bespricht, entwickelt Heil den Begriff der „gesättigten Demokratie“ (S. 215-354). Seine Analogie der Verhältnisse von Produzent/Konsument bzw. Politiker/Wähler zeigt sich intellektuell als durchaus attraktiv, was jedoch implizit die Annahme einer Trennung derer, die politische Güter „produzieren“, von denen voraussetzt, die diese nach dem Rational-Choice-Prinzip erwerben.
Lars Tschirschwitz

Immacolata Amodeo u. a. (Hrsg.), Migration, Demokratie, Menschenrechte, Stuttgart 2016 (*Franz Steiner*), 86 S.
Christian Jakob, Die Bleibenden, Berlin 2016 (*Ch. Links*), 255 S.
George Kaufmann, Eine Welt voller Flüchtlinge, Hamburg 2016 (*tredition GmbH*), 288 S.

Obgleich die Flüchtlingszuwanderung der vergangenen Jahre mediale Dauerpräsenz erzielte, sind noch kaum umfassendere Aufarbeitungen publiziert worden. Die drei Bände, auf die jüngere Flüchtlingszuwanderung Bezug nehmend, stoßen hier in eine Lücke und tragen auf unterschiedliche Art zur Einordnung der Ereignisse bei.

Der schmale Band *Migration, Demokratie, Menschenrechte* fasst die Beiträge einer gleichnamigen deutsch-italienischen Gesprächsreihe zusammen, in Form von Aufsätzen, Essays und Interviews in deutscher oder italienischer Sprache. Der Band bietet einen multiperspektivischen Zugriff auf die mit Migration verbundenen Themen wie Integration, interkulturelle Verständigung oder die Entwicklung des Staatsbürgerschaftsbegriffs. Er folgt dem komparatistischen Konzept der deutsch-italienischen Gesprächsreihe und verdeutlicht damit dem Leser die Komplexität der Thematik, welche simplifizierende Schlussfolgerungen nicht zulässt.

Die Bleibenden ordnet die heutige Auseinandersetzung mit Flucht und Integration in den zeitgeschichtlichen Kontext ein, indem ein Bogen zu den Flüchtlingsbewegungen der frühen 1990er Jahre geschlagen wird, deren Protagonisten vielfach trotz unsicherer Aufenthaltstitel Bleibende sind und damit einen Platz in der deutschen Gesellschaft beanspruchen. Der Band besteht aus drei Teilen: Im ersten Abschnitt werden anhand von individuellen und sehr erhellenden Flüchtlingsporträts die unterschiedlichen Lebensrealitäten, Rahmenbedingungen sowie die Entwicklung der

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Selbstorganisationsformen unter den Geflüchteten reflektiert. Der Autor zeigt auf, dass sich die Flüchtlingsorganisationen dezidiert als soziale Bewegungen begriffen und übergeordnete emanzipatorische und politische Ziele verfolgten, während in den heutigen Organisationsformen die humanitäre Perspektive aus der Sicht der Helfenden dominiert. Dieser erste Teil ist unter anderem so wertvoll, weil er den Geflüchteten eine Stimme gibt und die eigene Perspektive auf die Fluchtgründe, das Asylverfahren und die widersprüchlichen Lebensrealitäten in Deutschland wiedergibt. Diesen dichten Beschreibungen folgt im zweiten Teil eine chronologische Aufarbeitung der jüngeren Entwicklungen seit 2012. Die detaillierte Nachzeichnung einzelner, aufeinander Bezug nehmender Ereignisse und die daraus resultierenden öffentlichen und politischen Reaktionen verdeutlichen die Dynamik der Fluchtmigration, der Fluchtdiskurse und ihre vielfältigen Verschränkungen mit Themen wie soziale Gerechtigkeit, Sicherheit und Identität. Der dritte Teil des Bandes widmet sich schließlich den Akteuren im Feld von Flucht und Flüchtlingsaufnahme aus einer kritischen Perspektive und kommt zu vorläufigen Schlussfolgerungen. Ein Glossar und eine Chronik der Asylgesetzgebung im Anhang verstärken den Eindruck, eine sehr eindrückliche, informative und ausgewogene Aufarbeitung des Themas in Händen zu halten.

Der dritte Band, *Eine Welt voller Flüchtlinge,* dessen Autor „seit mehr als drei Jahrzehnten das Wesen des Kapitalismus untersucht“ (S. 288), bettet die Flüchtlingsthematik in eine umfassende Kapitalismuskritik ein, die im Duktus sehr aufdringlich daherkommt und nicht die Ausgewogenheit und Seriosität der anderen zwei Bände erreicht. Stattdessen polemisiert der Autor in markigen Worten und drängt dem Leser seine eindimensionale Perspektive zum „Ausgrenzungsimperialismus“ (S. 25) oder den „heuchlerisch demokratisch-kapitalistischen Medien“ (S. 31) auf. Dennoch regt auch dieser Band zum kritischen Denken an.

Birgit Glorius

Andreas H. Apelt/Hanns Schneider (Hrsg.), Alte Länder – Neue Länder. Gemeinsame Perspektiven und Herausforderungen, Halle (Saale) 2016 (*Mitteldeutscher Verlag*), 230 S.
Franz Müntefering (Hrsg.), Der Aufbau Ost im mittelosteuropäischen Vergleich. Eine Bilanz nach 25 Jahren, Halle (Saale) 2016 (*Mitteldeutscher Verlag*), 223 S.

Dass Vergleiche durchaus etwas erhellen können, belegen die beiden Broschüren, die sich anlässlich des 25. Jahrestages des Epochenwechsels von 1989/90 mit dem Entwicklungsstand der ehemals kommunistisch regierten Länder in Ost- und Mitteleuropa inklusive der ehemaligen DDR beschäftigen. Beiden Bänden gemeinsam ist das hierfür gewählte Verfahren, die Protokollierung von einer Reihe von Podiumsdiskussionen, die hierzu 2014 und 2015 von der Deutschen Gesellschaft e.V. durchgeführt wurden. Dabei widmet sich Müntefering dem europäischen Vergleich, während Apelt und Schneider die deutsche Binnensicht beleuchten, den Stand des Aufbaus im Osten Deutschlands an den westdeutschen Standards messen. Jede der absolut klassisch gestalteten Podiumsdiskussionen – Einleitungsvortrag und moderiertes

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Expertengespräch – widmet sich dabei klar umrissenen Themen. Bei Müntefering sind das Systemtransformation, Vergangenheitsaufarbeitung, Aufbau der Zivilgesellschaft und wirtschaftlicher Wiederaufbau. Apelt und Schneider betrachten zusätzlich den demographischen Wandel, die Jugend in Ost und West, die Unterschiede in der Arbeitswelt, die ostdeutschen Medien, und Probleme des Länderfinanzausgleichs.

Die Lektüre beider Bände ist etwas trocken und setzt ein spezifisches Interesse voraus. Nicht jeder der Vortragenden trifft sein Thema, und manch eine Debatte hätte so auch vor 15 Jahren geführt werden können. Mithin ist es fast beängstigend, dass die Podiumsdiskussion zum Thema des wirtschaftlichen Wiederaufbaus Ostdeutschlands noch immer an einer viel zu starken Staatsorientierung krankt. Es scheint, dass es den ostdeutschen Ländern an politischer Phantasie für das Beschreiten neuer Wege mangelt. Dass wirtschaftliches Niveau etwas mit Lebensqualität zu tun hat, und zwar der Beschäftigten wie vor allem der Unternehmer, scheint ihnen nicht bewusst zu sein. Erhellend ist übrigens auch der Vorwurf an die Adresse Ostdeutschlands von einem Hamburger Spitzenbeamten, der die Frage stellt, warum denn einige der ostdeutschen Länder die gewaltigen Unterstützungsleistungen für den Wiederaufbau ihrer Wirtschaft lieber in ausgeglichene Haushalte gesteckt haben als damit Investitionen anzukurbeln. Die Stagnation des wirtschaftlichen Aufholprozesses gibt ihm Recht.

Bei den von Franz Müntefering vorgestellten Podiumsdiskussionen fällt zweierlei auf: Die gewählte Strategie zur Einführung der Marktwirtschaft, also die ökonomische Umgestaltung der ursprünglichen Staats- und Planwirtschaft, sei im Wesentlichen richtig gewesen, wenn die Staaten und Gesellschaften in der Lage waren, die notwendigen gesetzlichen Rahmenbedingungen zu schaffen und zu stabilisieren, auch gegen den Protest der Bevölkerung. Das scheint umso leichter gewesen zu sein, je stärker die Westanbindung durch NATO und EU aus nachvollziehbaren Gründen gelockt hat, die also für die Stabilisierung der Demokratie eine wichtige Rolle gespielt hat und weiterhin spielt.

Zudem fehlt es aber an einer gemeinsamen europäischen Erzählung, die unsere ost- und mitteleuropäischen Nachbarn stärker einbezieht. Dafür reicht die Gründungsgeschichte der EU, die deutsch-französische Aussöhnung, nicht aus. In der Tat hat es Kriege in allen Teilen Europas, nicht nur zwischen den „Erbfeinden" Deutschland und Frankreich gegeben, zu deren Überwindung der Interessensausgleich innerhalb der EU unverzichtbar ist. Und damit kommt auch die Langfristperspektive der EU in den Blick, die Aufnahme eines irgendwann einmal demokratisierten und sich westlichen Werten anschließenden Russlands, das der Schlusspunkt der EU-Osterweiterung sein wird.

Stephan Hilsberg

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Timothy Garton Ash, Redefreiheit. Prinzipien für eine vernetzte Welt, München 2016 (*Hanser*), 688 S.

Der britische Historiker Timothy Garton Ash, der unlängst in Aachen mit dem Karlspreis geehrt wurde, ist kein Internet-Guru oder gar -Nerd. Gerade das verleiht seinem Versuch, die Notwendigkeiten und Möglichkeiten der Meinungs- und Pressefreiheit unter den veränderten Bedingungen der vernetzten Welt neu zu durchdenken, großes Gewicht. Das Gerät, das uns den Zugang zu dieser Welt verschafft, nennt er ironisierend das „Kästchen". Das Internet, das die traditionellen Einheiten Raum und Zeit „zersetze", sei der größte Fortschritt in der menschlichen Kommunikation seit Gutenberg. Seine Universalität werde „nur noch durch politische, rechtliche, kulturelle und wirtschaftliche Faktoren, aber nicht mehr durch technische Faktoren ernsthaft begrenzt" (S. 30).

Die grundlegende Ambivalenz des Internets mit Blick auf die Redefreiheit bringt Garton Ash gleich zu Beginn auf den Punkt: „Es macht es leichter, etwas an die Öffentlichkeit zu bringen, und es erschwert es, etwas für sich zu behalten" (S. 36). Die erste Eigenschaft birgt ein befreiendes, die letzte ein repressives Potenzial. Für die Machtbeziehungen innerhalb der vernetzten Welt verwendet der Autor ein anschauliches Bild. Die Auseinandersetzung um die Redefreiheit wird von den „Hunden" (das sind die Staaten), den „Katzen" (das sind die großen Internet- und Medienkonzerne) und den „Mäusen" (das sind wir alle) geführt. Weil die Mäuse ihre neuen Kommunikationsmöglichkeiten für das Gute wie für das Böse einsetzen können, liegt für Garton Ash bei ihnen die Hauptverantwortung für die Ausübung und Bewahrung der Redefreiheit, nicht bei den Staaten und Konzernen.

Die Fragen und Probleme, die die neuen Formen der „unbeaufsichtigten" Rede aufwerfen, sind uns allen geläufig: Wie können *whistleblower* geschützt und sollten *leaker* bestraft werden? Wie können wir der verbreiteten Hassrede im Internet entgegentreten? Welche rechtlichen Beschränkungen der Verbreitung von Pornographie sind sinnvoll? Wie ist der Schutz geistigen Eigentums gegen das Prinzip des offenen Zugangs zu wissenschaftlichen Quellen und Erkenntnissen abzuwägen? Verdienen religiöse Überzeugungen und Gefühle eine besondere Art von Respekt? Wie kann man sich vor Rufmord schützen und gegen das Geschäftsmodell der Überwachung, das die Internetfirmen verfolgen, die Privatsphäre verteidigen? Gibt es ein Recht auf „Vergessenwerden"? Wie lässt es sich gewährleisten? Welche Art von Transparenz brauchen wir mit Blick auf die Entscheidung durch Algorithmen (z.B. bei Suchmaschinen)?

Alle diese (und noch viele weitere daran anknüpfende) Fragen werden in dem Buch gründlich erörtert. Bei der Hin- und Herwendung der Argumente verbleibt der Autor dabei nicht im Theoretisch-Abstrakten. Die Probleme werden vielmehr anhand von Fällen plastisch gemacht und zugleich mit Handlungsempfehlungen versehen. Praktische Lösungen sind Garton Ash wichtiger als doktrinärer Purismus. Jedes der zehn Kapitel ist mit einer Maxime der Redefreiheit überschrieben, von der der Autor glaubt, dass sie in einer liberalen Demokratie konsensfähig sein müsste. „We-

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

der drohen wir mit Gewalt, noch akzeptieren wir gewaltsame Einschüchterung“ heißt es z. B. in Kapitel 2, und „Wir respektieren alle Gläubigen, aber nicht unbedingt alle Glaubensinhalte“ in Kapitel 6.

Das Buch ist aus einer experimentellen Webseite hervorgegangen, die der Autor zusammen mit seinem Team an der Universität Oxford entwickelt hat (freespeechdebate.com). Der Geschichtswissenschaftler bestätigt darin auf eindrucksvolle Weise seinen Status als global wirkender öffentlicher Intellektueller, dem es gelingt, eine dringend notwendige Debatte anzustoßen und zu führen. Seiner These, dass „wir die Redefreiheit so wenig wie möglich durch Gesetze oder durch Maßnahmen von Regierungen oder Privatkonzernen einschränken und stattdessen gemeinsame Normen und Praktiken für den optimalen Gebrauch dieser essenziellen Freiheit entwickeln sollten“ (S. 125), kann man im Grundsatz zustimmen. Diese Schrift stellt vor allem eine Ermutigung dar; sie zeigt, wie das wohl elementarste Prinzip der Demokratie unter dramatisch veränderten Umständen gelebt und verteidigt werden kann.
Frank Decker

Anna Becker, Mythos Stalin. Stalinismus und staatliche Geschichtspolitik im postsowjetischen Russland der Ära Putin, Berlin 2016 (*be.bra*), 152 S.

In der früheren Sowjetunion war die Vergangenheit unvorhersehbar. In Putins Russland ist das prinzipiell nicht anders – aber mit zwei Unterschieden: Das Bekenntnis der Bevölkerung zum vorgesehenen Geschichtsbild wird nicht unmittelbar erzwungen, sondern durch Einsatz aller verfügbaren materiellen Mittel herbeigeführt, und die wechselnden Leitlinien haben stets das Ziel, einen „patriotischen“ Stolz auf eine großartige, menschheitsrettende Geschichte zu schaffen, der das Land angesichts vielfacher Divergenzen und Entbehrungen zusammenhalten soll. Dabei kommt dem Sieg im Zweiten Weltkrieg und der Bewertung Stalins entscheidende Bedeutung zu. Die ebenso massenhaften wie ungeheueren Verbrechen vor allem auch am eigenen Volk, die seine Herrschaft kennzeichneten, lassen sich zwar nicht mehr in Abrede stellen, werden aber als unwichtig, unvermeidlich oder unerlässlich wegen höherer Ziele bezeichnet – vor allem zur Niederringung des nationalsozialistischen Todfeindes oder auf dem Weg von der Schwäche zur Großmacht. Diese Darlegung hat weithin Erfolg, wie sich zeigt, wenn sich sogar in Familien, die seinerzeit dem Massenterror zum Opfer fielen, die Ansicht durchsetzt, das Land habe der „starken Hand“ Stalins bedurft, und brauche einen kraftvollen Führer auch weiterhin, weil sich Russland nur so vor Schwäche und Schmach bewahren lasse.

Eine der Wendungen im Detail war eine deutlich reserviertere Haltung gegenüber Stalin in den Jahren 2009 bis 2012, als Putin um ein freundlicheres Verhältnis zum Westen, besonders zu Polen, bemüht war. Es bleibt offen, wie stark sich das inzwischen geändert hat, denn die Arbeit am Buch wurde 2014 abgeschlossen, als die antiwestliche Tendenz noch im Zunehmen begriffen war. Generell sucht das Regime als Lenker der historischen Wahrnehmung nicht selbst in Erscheinung zu treten, son-

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

dern agiert mittels Einschaltung vorgeblich unabhängiger Kräfte und Organisationen, deren Wirksamkeit auf der ihnen von der Staatsgewalt verfügbar gemachten Ressourcen- und Publikationsübermacht und den Restriktionen für alle anderen Informationsträger beruht. Als optimales Medium zur Verbreitung der offiziell gewünschten Standpunkte hat sich das Internet bewährt, dessen meist kostenlose Benutzung einen starken Anreiz bietet und so wie die amtlich approbierten Schullehrbücher den Zugang zur Jugend eröffnet. Angesichts dieser Feststellungen sollte nicht übersehen werden, dass es daneben eine kleine Schar von Historikern gibt, die sich nicht ohne Erfolg um eine unabhängige Forschung bemühen, ihre Ergebnisse aber nur in winzigen Auflagen bekannt machen können.

Unter Vorschaltung der einschlägigen Entwicklungen in der Sowjetunion nach Stalin stellt Anna Becker die Geschichtspolitik unter Putin sehr präzise und differenziert auf der Basis wenig bekannter und beachteter russischer Originalquellen dar, die in Fußnoten nachgewiesen und in einem umfangreichen Quellen- und Literaturverzeichnis aufgeführt sind. Die zurückhaltende sachliche Art der Auseinandersetzung mit dem Thema macht das Buch zur großen wissenschaftlichen Leistung, der auch gute Lesbarkeit für Laien bescheinigt werden kann. Wer sich mit der Vorstellungswelt befasst, die für Putin und seine Leute maßgebend ist, wird um die Lektüre dieses Werkes nicht herumkommen. Hoffentlich folgen ähnliche Forschungen, die unter anderem Aufschluss über die Entwicklungen seit 2014 geben.
Gerhard Wettig

Arthur Benz/Jessica Detemple/Dominic Heinz, Varianten und Dynamiken der Politikverflechtung im deutschen Bundesstaat, Baden-Baden 2016 (*Nomos*), 334 S.

Der Band präsentiert die Ergebnisse eines Forschungsprojekts, das es sich zur Aufgabe machte, die „Theorie der Politikverflechtung“ neu zu beleuchten. Es sollen nicht die von Fritz W. Scharpf, Bernd Reissert und Fritz Schnabel im Zusammenhang mit der Formulierung dieser Theorie Ende der 1970er Jahre vorgebrachten Argumente überprüft werden. Im Vordergrund steht die „Dynamik“ der Veränderung (leider auch mit dem nichtssagenden Resümee, dass es „Konstanz und Wandel“ gibt). Ausgangspunkt der Argumentation sind die Forschungsarbeiten von Fritz W. Scharpf, die Arthur Benz erheblich und gewinnbringend um die Ergebnisse der Policy- und Governance-Forschung erweitert. Seine Haltung zur Politikverflechtung ist eindeutig: „Die bestehende Politikverflechtung im deutschen Bundesstaat weist sicher Schwächen auf, die zu kritisieren sind. Sie erfüllt aber die ihr zugeschriebenen Aufgaben durchaus zufriedenstellend“ (S. 306). Dies lässt nur immanente Kritik zu. Ignoriert werden die demokratietheoretischen Argumente, die gegen Politikverflechtung sprechen, wie Intransparenz, mangelnde Bürgernähe, aber auch Effizienzargumente, wie mangelnde Innovationskraft des Föderalismus. Ignoriert wird zudem die politisch-kulturelle Dimension als Voraussetzung und Prägekraft föderaler Kooperationsbeziehungen.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Nach der Einleitung in die „Theorie der Politikverflechtung“, die eine Reihe relevanter Zugänge zu Politikfeldern nennt und allen zu empfehlen ist, die sich mit diesem Ansatz vertraut machen wollen, folgen drei Fallstudien zur Entwicklung der Gemeinschaftsaufgaben nach Artikel 91 a Grundgesetz von Jessica Temple (also „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ und „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“) sowie zwei Beiträge von Dominic Heinz zur horizontalen Politikverflechtung in der Schulpolitik und zur Politikverflechtung in der Haushaltspolitik. Die Beiträge sind sehr lesenswert und beschreiben ausführlich diese Themenbereiche und ihre Entwicklung, einschließlich der europäischen Dimension. Die Fallauswahl wird überzeugend mit Unterschieden bei folgenden Indikatoren begründet: Verflechtungsform; Auswirkungen der Föderalismusreformen; Internationalisierung/Europäisierung; Parteipolitik und Verbandseinfluss. Was verwundert, ist die geringe Rolle, welche die in der Einleitung genannten Begrifflichkeiten und Zugänge bei der Politikfeldanalyse spielen.

Im Schlusskapitel geht es darum, die Resultate der drei Analysen zu vergleichen und zu bewerten. Arthur Benz erklärt zunächst, weshalb die Politikverflechtung heute ein anderes Gesicht hat als zu Zeiten der ersten Arbeiten von Fritz W. Scharpf. Er weist auf die deutsche Einheit und die veränderte Parteienlandschaft hin, betont aber auch das Eigengewicht und die innere Dynamik der Politikfelder. Das Ergebnis der Politikverflechtung in der Geschichte der Bundesrepublik ist „ein schleichender Wandel des kooperativen Föderalismus“ (S. 305), „indem die Ziele des regionalen Ausgleichs zurückgesetzt werden zugunsten einer auf Leistungsvergleiche gestützten Koordinierung. In der Sache wird dadurch die Steuerungsfähigkeit erhöht, und zwar bei gleichzeitiger Erweiterung der Autonomie der Landespolitik.“ (S. 308) So lautet das optimistische Fazit, wobei sich die Frage nach der Länderautonomie in Zeiten der Schuldenbremse und bei verstärkter Politikverflechtung aber wohl grundsätzlicher stellt.

Roland Sturm

Immanuel Benz, Wie wehrhaft ist die europäische Demokratie? Eine Untersuchung der EU-internen Handlungsfähigkeit bei Verstößen gegen demokratische Prinzipien am Beispiel Ungarns, Marburg 2016 (*Tectum*), 132 S.

Hans-Jürgen Lange/Jens Lanfer (Hrsg.), Verfassungsschutz. Reformperspektiven zwischen administrativer Effektivität und demokratischer Transparenz, Wiesbaden 2016 (*Springer VS*), 199 S.

Christian Wöhst, Hüter der Demokratie. Die angewandte Demokratietheorie des Bundesverfassungsgerichts, Wiesbaden 2016 (*Springer VS*), 264 S.

Immanuel Benz fragt nach der Wehrhaftigkeit der EU, und danach, wie sie sich gegenüber Mitgliedstaaten, die gegen „demokratische Prinzipien“ verstoßen, wehren kann. Der Fokus liegt auf den Ereignissen in Ungarn zwischen 2010 und 2013. Benz überträgt den für die EU-Außenpolitik entwickelten Actorness-Ansatz auf die Frage der „internen“ Handlungsfähigkeit der EU. Kriterien sind Authority, Cohesion und

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Opportunity. Authority und Cohesion beschreiben die rechtlichen Handlungsmöglichkeiten und den Grad eines einheitlichen Auftretens, Opportunity knüpft an die Gegebenheiten im Mitgliedstaat an. Im Falle Ungarns stellt Benz eine nur geringe Cohesion fest, weil sich die Mitgliedstaaten nicht auf ein gemeinsames Vorgehen hätten einigen können. Insgesamt seien die Handlungsmöglichkeiten der EU gegen Demokratieverletzungen in Ungarn begrenzt.

In dem Band von Lange und Lanfer zum Verfassungsschutz halten Claus Leggewie und Horst Meier die Konzepte „wehrhafte Demokratie" und „Verfassungsschutz" für überholt, weil „die deutsche Demokratie [...] mit Antidemokraten leben und gelassen umgehen, das heißt ihnen bis zur Gewaltgrenze die vollen Bürgerrechte zugestehen" könne (S. 18). Uwe Backes wendet sich gegen die Fundamentalkritik der wehrhaften Demokratie; diese müsse im Kern erhalten bleiben, um den erreichten „Stand der Demokratiekonsolidierung nicht leichtfertig aufs Spiel" zu setzen (S. 35). Martin Kutscha beschreibt die Legitimationskrise des Verfassungsschutzes und stellt Reformansätze vor. Eckhard Jesse befasst sich mit der Beobachtung der Partei *Die Linke* durch den Verfassungsschutz. Er betont die „Äquidistanz" der wehrhaften Demokratie „gegenüber allen antidemokratischen Richtungen" (S. 70) und möchte den Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel auf Einzelfälle beschränken. Christoph Gusy untersucht die Legitimation des Verfassungsschutzes aus rechtswissenschaftlicher Sicht, insbesondere das Problem der Kontrolle. Armin Pfahl-Traughber hebt den Verfassungsschutz als „Frühwarnsystem" (S. 108 f.) hervor und befürwortet eine Steigerung der Analysekompetenz der Behörden. Lanfer und Lange halten deren Leistung und Transparenz für verbesserungsfähig und sprechen sich für die Einführung eines operativen und strategischen Risikocontrollings aus. Thomas Grumke beschreibt Aufgaben, Struktur, Personal und Führungskonzept der Behörden – er betont die Bedeutung von Personalgewinnung und -entwicklung. Astrid Böttticher widmet sich der Gewinnung und Analyse öffentlich zugänglicher Daten, der Bedeutung von Netzwerken für den Verfassungsschutz und der informationstechnischen Kooperation von Sicherheitsbehörden.

Christian Wöhst untersucht in seiner Dissertation die „demokratietheoretische Argumentationsweise" des BVerfG in drei Etappen: „Stabilisierungsphase" 1951-1969, „Pluralisierungsphase" 1971-1989 und „Internationalisierung" seit 1990. Die Aufgabe der Verfassungsgerichte sieht er vor allem darin, „die normativen Elemente der Verfassung [...] an die faktischen Geltungsbedingungen der sozialen Wirklichkeiten beständig zu aktualisieren" (S. 31). Er differenziert für seine Untersuchung faktische, normative und fiktionale Analyseebenen; „fiktional" meint begriffliche Hilfskonstruktionen, „mit denen das Gericht sein konkretes Handeln, seine Entscheidungen, plausibilisiert" (S. 39 f.). Die eigentliche Rechtsprechungsanalyse schlägt einen weiten Bogen; die Ausführungen zeigen instruktiv Funktionen und Wirkungen verschiedener Judikate auf. Wöhst verdeutlicht, dass Verfassungsgerichte zwar „demokratische Reflexionsinstanzen" seien, dies aber nicht zu einer „Delegitimierung der her-

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

kömmlichen Arenen demokratischer Entscheidungsfindung“ (S. 240) – Öffentlichkeit, Parlamente und Parteien – führen dürfe.
Markus Thiel

Manfred Blänkner/Axel Bernd Kunze (Hrsg.), Rote Fahnen, bunte Bänder. Korporierte Sozialdemokraten von Lassalle bis heute, Bonn 2016 (*J.H.W. Dietz Nach*), 320 S.

Die Welt der Burschenschaften, Korporationen und Studentenverbindungen und die Welt der Sozialdemokratie scheinen für den oberflächlichen politischen Beobachter zunächst einmal nicht zusammen zu passen. Beides scheint sich in völlig unterschiedlichen Sphären abzuspielen. Gerne wird vergessen, dass das Verbindungswesen auf der politischen Linken im Zuge der nationalliberalen Bewegungen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstanden ist, wie übrigens auch der Nationalismus, der sich erst im Kaiserreich vom linken zum rechten Lager des politischen Spektrums bewegte. Heute stellt sich das Verbindungswesen in der Bundesrepublik in politischer Hinsicht ausgesprochen heterogen dar: Es reicht von dezidiert rechtsradikalen Zirkeln bis hin zu gänzlich unpolitischen jungen Männern, die schlicht ihre Studienzeit gemeinsam unter einem Dach verbringen, das mit dem Verbindungswesen verbundene „Networking“ schätzen und davon profitieren. Dezidiert sozialdemokratisch Korporierte in Vergangenheit und Gegenwart unter die Lupe zu nehmen, stellte bis zum Erscheinen des Bandes ein Forschungsdesiderat dar. Auch den wenigsten Kennern sozialdemokratischer Geschichte wird bekannt bzw. bewusst gewesen sein, dass bedeutende Vertreter wie Ferdinand Lassalle, Wilhelm Liebknecht, Karl Barth oder Detlev Carsten Rohwedder Mitglieder studentischer Korporationen waren.

Herausgegeben wird der Band von Vertretern des Lassalle-Kreises, der sich 2006 als Zusammenschluss von Personen gründete, die sowohl SPD-Mitglieder als auch Verbindungsmitglieder sind. Über diesen Kreis erfährt man Hintergründe und Zusammenhänge in den letzten drei Beiträgen. Neben dieser Rubrik zerfällt das Buch in zwei große Teile. Nach einer geschichtswissenschaftlichen Verortung umfasst das erste Drittel biografische Porträts verstorbener Sozialdemokraten bzw. Vordenker der sozialen Bewegung. Die Beiträge folgen keinem einheitlichen Aufbau und entfalten so ein buntes Kaleidoskop verschiedener prominenter sozialdemokratisch Korporierter. Stellenweise hätte man sich die Texte etwas ausführlicher gewünscht; ein Gesamtbild ergibt sich daraus nicht, es bleibt allenfalls sehr fragmentarisch. Das letzte Drittel des Bandes versammelt Gedanken heutiger sozialdemokratisch Korporierter, die zumeist auf der Schilderung individueller Erlebnisse beruhen und unter denen insbesondere der von einer Anonyma verfasste Beitrag zu Damenverbindungen hervorsticht. Er ist mit dem editorischen Hinweis versehen, dass die Verbindung der Dame ihr die anonyme Veröffentlichung des Beitrags nahegelegt habe, da aufgrund der darin geäußerten Kritik an Männerverbünden Repressalien (sic!) von diesen zu befürchten seien. Schade, dass dies noch im Jahr 2016 der Fall sein muss, zumal die Gedanken der Anonyma sich ebenso interessant wie authentisch lesen.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Leider haben sich kleinere editorische Schnitzer beim Abdruck eingeschlichen. So stimmt die Übertitelung des Beitrags von Peter Brandt mit „Ursprünge“ im Inhaltsverzeichnis nicht mit der Betitelung im Text, hier „Umbrüche“, überein. Auch bei der Autorenangabe in der Kopfzeile jeder ungeraden Seite wurde nicht einheitlich das „von“ vor dem Autorennamen angegeben. Diese Flüchtigkeitsfehler vermögen den Wert des Bandes insgesamt allerdings nicht zu schmälern. Bereits die Idee zu diesem Publikationsprojekt ist zu loben, da sie die Geschichte eines nicht unwichtigen Teils studentischen und akademischen Lebens in der deutschen Geschichte ausleuchtet und damit die Forschung bereichert. Der Band liefert allerdings nicht mehr als einen ersten orientierenden Aufschlag zu diesem Thema – eine tiefer gehende systematische Analyse, die nach verbindenden Deutungslinien und Brüchen der vorgestellten Lebensläufe fragt und diese vor dem historischen Kontext einordnet, wäre ein faszinierendes Unterfangen für eine umfassendere Studie.
Manuel Becker

Harald Bluhm/Skadi Krause (Hrsg.), Alexis de Tocqueville. Analytiker der Demokratie, Paderborn 2016 (*Wilhelm Fink*), 341 S.

Der Blick in die mediatisierte Aufbereitung der Gegenwart machen die Überraschung offenbar, mit der wir Europäer auf das Wahlergebnis in den USA schauen und uns fragen, wie und warum es so gekommen ist. In ihr findet sich ein Nachhall jener Erfahrung von Differenz, Überraschung und Faszination, die sich in Alexis de Tocquevilles Text *Über die Demokratie in Amerika* ausspricht.

Harald Bluhm und Skadi Krause möchten ihrem Band „für den deutschsprachigen Raum den Anschluss an die internationale Tocquevilleforschung“ (S. 21) herstellen. Dabei geht es ihnen primär um den „Analytiker der Demokratie“ (S. 22). Dass damit die politische Wissenschaft selbst, das Charakteristische und Neue im Fokus steht, ist keine Überraschung.

Bluhm und Krause machen acht „Akzente“ aus, die die jüngeren Forschungen zu Tocqueville kennzeichnen. Diese haben mit dem Einbau Tocquevilles in zeitgenössische Kontexte zu tun, seien das Reiseberichte aus Amerika oder der Umkreis ökonomischer und politischer Schriften. Schließlich lasse sich die Etablierung „einer globalisierten Rezeptionsforschung“ (S. 21) beobachten, in der die Bedeutung Tocquevilles für die Demokratisierung weltweit ver- und behandelt werde.

Nach dieser Eröffnung erwartet man, dass die acht Bewegungen ansatzweise erörtert werden. Das aber ist nicht der Fall. Die Leitfrage nach dem politischen Denker der Demokratie schiebt sich dazwischen und blockiert diesen Weg. So soll die Auseinandersetzung mit Tocquevilles paradoxen, und empirisch orientiertem Verständnis von Demokratie in „drei Blöcke“ gegliedert werden, den Block zu „methodischen Fragen der neuen Wissenschaft“ , Themenfeldern, wie „Religion, Gefängnis, Literatur“, und den der „Aktualisierungen“ Tocqueville’scher Analysen (S. 23 f.).

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Das ist verwirrend. Denn man fragt sich, wie sich die acht Akzente der internationalen Tocqueville-Forschung zu den drei Blöcken der kritischen Analyse der Demokratie verhalten. Darüber sagt die Einführung von Bluhm und Krause nichts und hat mich ratlos zurückgelassen.

Hervorragend sind die Beiträge von Juri Auderset, Hubertus Buchstein und Siri Hummel. Auderset stellt Tocqueville in Beziehung zu Francis Lieber. Die beiden Freunde verhandeln in ihren Schriften, so Auderset, auf je eigene Art das Verhältnis von Demokratie und Republik und gewinnen in ihrer wechselseitigen Bezugnahme ihr Profil. Buchstein und Hummel erschließen das System der Differenzen zwischen Tocqueville und Mill im Blick auf die Demokratie. Oliver Hidalgos Beitrag zum Analysepotenzial Tocquevilles im Zeitalter post-demokratischer Zugänge macht schließlich deutlich, welche Ressource der Amerika-Reisende des 19. Jahrhunderts bereithält, um die Multi-Dimensionalität politischer Gegenwart des 21. Jahrhunderts zu beschreiben. Dem Band gelingt es, die Vielschichtigkeit Tocqueville'schen politischen Denkens vorzuführen. Was überrascht, ist die starke Orientierung auf angloamerikanische Diskurse. Die zentrale Auseinandersetzung läuft gegen US-amerikanische Lesarten Tocquevilles, vor allem das von Jon Elster formulierte Diktum, das die „hugely incoherent structure" und eine „constant ambiguity, vagueness of language, tendency to speculative flights and fancy" beklagt. Das ist ein anglo-amerikanisches Gespenst. Eine Lektüre von Claude Lefort etwa hätte zeigen können, dass diese Art literarischen Schreibens von Tocqueville bewusst eingesetzt wird, um die gesellschaftlichen Ströme in ihren paradoxen Effekten zu beschreiben. Die Vorstellung, es gäbe hinter dem „wilden" Text einen wahren Kern, zu dem man gelangt, nachdem Unschärfen beseitigt seien, erscheint als unangemessene Konzeption, die in einer Hinterwelt sucht, was es nicht gibt.

Der französische Zugang einer rhetorischen Lektüre Tocquevilles, in der die Kongruenz von Inhalt und Form betont wird, hätte dazu beigetragen, Gespenster zu bannen und die empirische Fülle in Tocquevilles Schreiben besser aufscheinen zu lassen. Gleichwohl vermittelt der Band einen guten, wenngleich nicht reibungsfrei organisierten Einblick in Tocquevilles Analytik der Demokratie.

Alexander Thumfart

Daniel Brühlmeier/Philippe Mastronardi (Hrsg.), Demokratie in der Krise. Analysen, Prozesse und Perspektiven, Zürich 2016 (*Chronos*), 474 S.

Pascal König, Die Vermittlung von Reformen in Zeiten der Krise. Eine empirische Untersuchung der Regierungskommunikation in vier ausgewählten Ländern, Baden-Baden 2016 (*Nomos*), 578 S.

Finanzkrise, Flüchtlingskrise und Politikkrise – diese und ähnliche Begriffe gehören inzwischen zum festen Repertoire der Medienberichterstattung und privater Gespräche. Die Krise scheint – in welcher Form auch immer – allgegenwärtig zu sein. Über die „zentrale[n] Fragen zur ‚Krise unserer Demokratie'" (S. 9) führte die Stiftung Lucerna eine Umfrage in der Schweiz und „im Sinne eines demokratischen Diskur-

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

ses“ (ebd.) fünf Veranstaltungen durch, deren Ergebnisse der lesenswerte Sammelband von Daniel Brühlmeier und Philippe Mastronardi präsentiert.

Das international zusammengesetzte Team aus Journalisten und Wissenschaftlern verschiedener Disziplinen beschreibt unter anderem die aktuelle Situation der Demokratie (vor allem in der Schweiz) sowie das Verhältnis zwischen Demokratie und Kapitalismus. Wolfgang Streeck befürchtet beispielsweise, „dass die Demokratie, so wie wir sie in den westlichen Ländern kennen, in Gefahr steht, durch eine autoritär-technokratische Marktdiktatur abgelöst zu werden“ (S. 67). Wolfgang Merkel bezeichnet die Parteien als „eine der Krisenzonen der parlamentarischen Demokratie im 21. Jahrhundert“ (S. 99). Und Marc Chesney kritisiert mit Blick auf die Finanzmärkte „eine pyromanische Feuerwehrstrategie auf Kosten der Realwirtschaft“ (S. 134).

Andere Autoren des Sammelbandes stellen detaillierte Konzepte für politische und gesellschaftliche Reformen vor. So plädieren Christian Felber für eine „Gemeinwohlökonomie“ (S. 219), Alex Demirovic für eine „Wirtschaftsdemokratie“ (S. 337), Friederike Habermann für eine „WirtschaftsBASISdemokratie“ (S. 357) und Jeannette Behringer für „[f]reiwilliges Engagement von Unternehmen“ (S. 371) in Form einer „Corporate Citizenship“ (ebd.). Am Ende des Buches stellt Mitherausgeber Mastronardi sein „Konzept einer demokratischen Kultur“ (S. 470) mit „eine[r] dreifache[n] Verantwortung“ (ebd.) von Bürgergesellschaft, Wirtschaft und Staat vor.

Einen anderen, aber für die Politik- und die Kommunikationswissenschaft ebenso aufschlussreichen Aspekt von Politik in der Krise fokussiert Pascal König in seiner fundierten Studie über „die Ausgestaltung der Kommunikation unpopulärer Reformen durch Policy-Akteure“ (S. 20). Der Genese der Publikation als Dissertation sind der 90-seitige Forschungsstand sowie die detaillierten Ausführungen über die theoretische Verortung und die konzeptionelle bzw. methodische Vorgehensweise geschuldet. Erst nach 300 Seiten hat sich der Leser zur Fallanalyse vorgearbeitet.

Die vier Länder, deren Regierungskommunikation in Krisenzeiten anhand von 498 „Schlüsseltexte[n] wie Parlamentsreden oder solche[n] aus Pressekonferenzen“ (S. 285) untersucht wird, wurden so ausgewählt, dass sie verschiedene Konstellationen abdecken: Es „stehen sich die spanische und die britische Regierung mit einer hohen Machtkonzentration und mehrheitsdemokratischem Charakter auf der einen Seite und die irische und italienische Regierung mit einer vergleichsweise höheren Machtdispersion und stärker konsensdemokratischem Charakter gegenüber“ (S. 271).

Mit Blick auf die Kontextfaktoren gehört zu den zentralen Befunden Königs, dass vor allem „der politische Wettbewerb und, wenngleich mit Einschränkungen, die wohlfahrtsstaatliche Kultur“ (S. 495) die Ausgestaltung der Regierungskommunikation determinierten. Darüber hinaus wirke sich das jeweilige Politikfeld aus; insbesondere in den Renten- und Gesundheitssystemen komme es zu „eine[r] stärkere[n] Betonung von konsensual-inklusiven Elementen“ (S. 494). Außerdem konstatiert

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

König, „dass die Bedeutung des Motives der Blame Avoidance in der Literatur überschätzt wird“ (S. 493).
Hendrik Träger

Jan Philipp Burgard/Bodo Hombach (Hrsg.), Amerika stellt die Weichen. Die Supermacht im Umbruch, Köln 2016 (*Helmut Lingen*), 255 S.

Das Buch gliedert sich in drei Teile und beschäftigt sich mit der politischen Ausrichtung der USA ein Jahr vor der Wahl des 45. Präsidenten der Vereinigten Staaten. Der erste Teil zeigt auf, was die USA und Deutschland verbindet. Dabei geht es nicht nur darum, wie die USA und Deutschland in der Vergangenheit partnerschaftlich zusammengearbeitet haben (etwa in der Ukraine-Krise), sondern auch wie tief verankert die deutsche Kultur in den USA selbst heute noch ist. Unter anderem beschreibt der seinerzeitige Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier, was die deutsch-amerikanische Partnerschaft in den vergangenen Jahren geprägt hat. Dazu zählt er die Verhandlungen über das Freihandelsabkommen TTIP, ebenso das belastete Vertrauen seit dem Abhörskandal durch die NSA. Mögliche Wege, wie dieses Vertrauen wiederhergestellt werden kann, kommt im Interview mit dem ehemaligen US-Botschafter John B. Emerson zur Sprache.

Elmar Brok, Mitglied des Europäischen Parlaments und ehemaliger Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten, der ehemalige US-Botschafter in Deutschland John Kornblum und CNN-Korrespondent Frederik Pleitgen bewerten im zweiten Teil die Positionierung der „Supermacht“ Amerika in der Welt, insbesondere die Beziehung zwischen den USA und Europa. Der Vorsitzende der Atlantik-Brücke Friedrich Merz betont, wie wichtig die Handelsbeziehung zu Amerika ist und dass TTIP der einzige Weg für Europa sei, global mitzuwirken. Die Außen- und Sicherheitspolitik der USA wird kritisch kommentiert: „Wir müssen weit enger mit unseren europäischen Freunden und der NATO zusammenarbeiten“ (S. 94), meint Ryan Crocker, ehemaliger US-Botschafter im Irak und Afghanistan.

Wen die Parteien ins Rennen schicken, wie die Kampagnen der Kandidaten aussehen, warum die Amerikaner eine Abneigung gegen die Clintons haben und wie Trump die Wähler begeistert, stehen im letzten Teil im Vordergrund. Um den Kampf um das Weiße Haus zu beschreiben, vergleicht Burgard die auf Skandalen und Negativschlagzeilen basierende Wahlkampfkultur mit der US-Fernsehserie *House of Cards*, in deren Mittelpunkt ein egozentrischer, machtbesessener Politiker aus Washington steht. Diese „negativen“ Kampagnenstrategien erklärt *Zeit*-Herausgeber Josef Joffe mit dem „American exceptionalism“ (S. 141). Wie soziale Netzwerke und neue Methoden der Datenerhebung den Kandidaten helfen, gezielt Wechselwähler anzusprechen, ist ebenfalls hoch aktuell.

Die Herausgeber Burgard und Hombach konnten hochkarätige Experten und Politiker als Autoren und Interviewpartner gewinnen. Es gelingt ihnen, einen breiten Bogen von der deutsch-amerikanischen Partnerschaft über die Außenpolitik der USA

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

bis hin zu den Kampagnen und Kandidaten im Wahlkampf zu spannen. Trotzdem waren ihre Prognosen sowie die ihrer Interviewpartner und Experten zum Ausgang der Wahl nicht zutreffend. Insgesamt ist das Buch eine gute Grundlage, um die USA und ihre Politik zu begreifen. Lesenswert ist es auch wegen der Vergleiche zwischen den politischen Entscheidungen in Deutschland und den USA. Die Rückschlüsse auf den Bundestagswahlkampf 2017 verleihen dem Buch zudem eine hohe Aktualität. Da sich jedoch deutsche Gesetze, etwa zur Datenspeicherung und -nutzung, erheblich von den amerikanischen unterscheiden, ist es unwahrscheinlich, dass die (Online-)Kampagnentrends der amerikanischen Kandidaten im Herbst bei der Bundestagswahl wiederzufinden sind.
Susanne Thelen

Andreas W. Daum/Hartmut Lehmann/James J. Sheehan (Hrsg.), The Second Generation. Émigrés from Nazi Germany as Historians, New York 2016 (*Berghahn*), 473 S.
Bettina Bannasch/Helga Schreckenberger/Alan E. Steinweis (Hrsg), Exilforschung. Ein internationales Jahrbuch 34. Exil und Shoah, München 2016 (*Edition Text + Kritik*), 407 S.
Karin Orth, Die NS-Vertreibung der jüdischen Gelehrten. Die Politik der Deutschen Forschungsgemeinschaft und Reaktionen der Betroffenen, Göttingen 2016 (*Wallstein*), 480 S.

Die wissenschaftliche Erfassung der Vertreibung von oftmals jüdischen Gelehrten begann in den englisch- und deutschsprachigen Sozial- und Geisteswissenschaften schon frühzeitig. Beiträge von Franz Neumann, Gerald Stourzh oder Peter Gay aus den 1960er Jahren fanden anfänglich jedoch keine nachhaltige Resonanz. Auch Beiträge, die für ein breiteres Publikum gedacht waren, wie z.B. die Sendereihe *Auszug des Geistes* von Radio Bremen, änderten daran nichts. Erst in den 1980er Jahren fand diese Forschung ein breiteres Interesse, nicht zuletzt durch Claude Lanzmanns Dokumentarfilm *Shoah*, der viele Emigrationswissenschaftler dazu bewog, ihre Erfahrungen niederzuschreiben. Die Beiträge von Andreas Daum, Hartmut Lehmann und James Sheehan, Karin Orth sowie Bettina Bannasch, Helga Schreckenberger und Alan Steinweis schließen weitere Lücken in unserem Verständnis über Emigration und Exil deutscher Wissenschaftler im 20. Jahrhundert.

Herausragend ist der erstgenannte Band. Daum, Lehmann und Sheehan bewerkstelligen die erste systematische Auseinandersetzung zu Leben und Werk der zweiten Generation von Emigrationswissenschaftlern. Diese zweite Generation umfasst Wissenschaftler wie Peter Gay, Raul Hilberg und Henry Kissinger, die spätestens als Teenager Mitteleuropa verlassen mussten und ihre akademische Ausbildung zur Gänze in den USA erhalten haben. Eine ganze Reihe dieser Emigrationswissenschaftler kommt auch in diesem Band zu Wort und liefert ein beeindruckendes Zeugnis ihres Wirkens. Einer von ihnen, Walter Laqueur, umschreibt sein Leben als „wanderer between several worlds“ (S. 59); eine Charakterisierung, die auch bei Hanna Holborn Gray und Peter Loewenberg anklingt. Diese Selbstbeschreibung ist überraschend, da sie sich nur unwesentlich von Beschreibungen der ersten Generati-

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

on, wie wir sie z.B. bei John Herz finden, unterscheidet und zeigt, wie sehr die Erfahrung der Emigration ein Leben bestimmen kann.

Bettina Bannasch, Helga Schreckenberger und Alan E. Steinweis untersuchen den Einfluss der Shoah-Erfahrung auf deutsche Exilwissenschaftler und -literaten. In den Beiträgen wird deutlich, dass Letztgenannte selbst anfänglich Zurückhaltung gegenüber der Shoah-Erfahrung übten. Dennoch, das zeigt die neuere Forschung in den englischsprachigen Internationalen Beziehungen, wirkte die Shoah grundlegend auf das Wirken vieler Exilwissenschaftler, wie die Beiträge von Douglas Morris und Philipp Lenhard zu Ernst Fraenkel, Franz Neumann und Friedrich Pollock herausarbeiten. Es war jedoch gerade die zweite Generation, und hier besteht die Verbindung zu dem Band von Daum, Lehmann und Sheehan, die sich hierbei hervortat, nicht zuletzt, weil diese Generation einen größeren zeitlichen Abstand zur Shoah hatte. René Schlotts Beitrag zu Raul Hilberg verdeutlicht dies. Einen wichtigen Beitrag zur Exil- und Emigrationsforschung leistet auch Karin Orth. Ihr Buch *Die NS-Vertreibung der jüdischen Gelehrten* offeriert einen ersten systematischen Einblick in die Politik der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) in der Mitte des 20. Jahrhunderts. Durch eine Vielzahl biographischer Skizzen nähert sie sich kritisch der Rolle der DFG während und kurz nach der Zeit des Nationalsozialismus. Gerade im letzten Abschnitt ihres Buches präzisiert Orth, wie schwer sich die DFG anfänglich mit der Aufarbeitung der eigenen Rolle tat. Umso mehr ist es ihr Verdienst, diese Rolle aufgearbeitet und die damit verbundenen Schicksale in Erinnerung gerufen zu haben.
Felix Rösch

Marten Düring u. a. (Hrsg.), Handbuch Historische Netzwerkforschung. Grundlagen und Anwendungen, Münster 2016 (*Lit*), 211 S.
Jürgen Elvert (Hrsg.), Geschichte jenseits der Universität. Netzwerke und Organisationen in der frühen Bundesrepublik, Stuttgart 2016 (*Franz Steiner*), 276 S.

Quellenkritik setzt Urteilskraft voraus; sozialwissenschaftliche Netzwerkanalyse vertraut stärker auf Zahlen. Beide Methodenzugänge zusammen bilden die historische Netzwerkforschung, ein relativ junger Forschungszweig, der interdisziplinäre Vorzüge und zuordnungsbedingte Nachteile aufweist. Die Autoren, überwiegend auf Mittelbau-Ebene angesiedelt bzw. im Museums- oder Archivdienst tätig, geben der Geschichtswissenschaft den Vorrang, Sozialbeziehungen im Rückblick angemessen betrachten zu können. Fragestellungen aus anderen Fächern, etwa der Politikwissenschaft oder der Soziologie, bleiben außen vor. Anspruch des klar gegliederten Bandes ist es, auf kleinem Raum die Grundlagen (Erstellung einer Datenbank, Analysekategorien, Überblick über Netzwerkmethoden) und Anwendungsmöglichkeiten wie Heuristik, Arbeiten mit widersprüchlichen Quellen und Arten der Visualisierung darzulegen. Der Band, in der Reihe des Kulturwissenschaftlichen Instituts Essen offenbar ohne größere Förderung publiziert, nutzt „gendersensible“ Sprache, was bei Auskünften zur Formierung dieser Forschungsmethode in Großbritannien und den USA, zum Problem der Quantifizierung und der Visualisierung in der Geschichts-

https://doi.org/10.5771/9783645288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

wissenschaft sowie zum Nutzen des „cultural turns“ und einer erneuerten Wirtschaftsgeschichte für die weitere Etablierung des Gebiets umständlich wirkt. Zu empfehlen ist der Beitrag, wie man Netzwerke aus Quellen rekonstriert. Ob die „Netzwerkdichte“ in Nach-Komma-Stellen ersichtlich zu machen ist, wie es ein für Quantitatives schwärmender Text versucht, bleibt fraglich. Droysen und „visuelle Wissenschaftskulturen“ haben in dem Nachschlagewerk kaum Berührungsängste – das wirkt erfrischend.

Eine praktische Netzwerkuntersuchung bietet ein Band der Ranke-Gesellschaft zu Einrichtungen der Geschichtsforschung außerhalb von Universitäten. Parallel zur lebendigen Ausgestaltung der jungen Demokratie gab es offenkundig einen enormen Eifer, an vielen Stellen historische Analyse zu betreiben. Das ist nach den NS-Verbrechen nicht überraschend. Der hochkarätige Autorenkreis (selbst ein Netzwerk?) befasst sich mit Netzwerken in der Zeitgeschichte, insbesondere mit Köpfen und Ereignissen im Umfeld des Instituts für Zeitgeschichte, das indes zur akademischen Forschung gehört, ehe die Zunft in den Blick gerät: Ihr Verband war mit Gerhard Ritter und Hans Rothfels ein vom Katheder her, nicht von außerhalb geprägtes Netz. Stärker in den gesellschaftlichen Bereich gehört die – in Person Konrad Repgens und Rudolf Morseys universitär grundierte – Kommission für Zeitgeschichte. Die Historische Zeitschrift, die Ranke-Gesellschaft, das Göttinger Max-Planck-Institut für Geschichte und die Fritz-Thyssen-Stiftung „lebten“ zuvörderst für die Wissenschaft. Im Wirken des Deutschen Historischen Instituts kann man zumindest Kooperationen mit Institutionen außerhalb der Universität erkennen, ebenso in der Braunschweiger Schulbucharbeit. Während die Beiträge zur Geschichtsdidaktik, zu Historikern in der Bayerischen Akademie der Wissenschaften und zur Person Theodor Schieders nur indirekt nach „außen“ weisen, trifft Axel Schildts Text zur „Forschungsstelle für die Geschichte Hamburgs“ (eingerichtet vom Senat) ins „Schwarze“: Mit dem politisch versierten und verlegerisch erfahrenen Heinrich Heffter, der fast alle historischen Artikel in der 15. Auflage des „Großen Brockhaus“ (1928 ff.) verfasst hatte, konnte die Aufarbeitung der NS-Geschichte der Hansestadt ebenso rasch wie lasch beginnen. Heftiger Streit mit der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes und andere Querelen sorgten für eine Arbeitspause zwischen 1956 und 1960, als antisemitische Vorfälle zu schnellem Handeln führten: Seither hat die Stelle in der stolzen Weltstadt dunkle Zeiten zur Mahnung der Nachgeborenen ins helle Licht gerückt. Solcher Studien größere Zahl hätte sich der Rezensent in diesem Band gewünscht. Bis dahin bleibt der Eindruck, Geschichtsprofessoren hätten, ihr eigenes Terrain abschirmend, überall hineinzureden.

Sebastian Liebold

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Richard J. Evans, Das Dritte Reich. Geschichte und Erinnerung im 21. Jahrhundert, Darmstadt 2016 (*Philipp von Zabern*), 470 S.

Richard Evans erwarb sich großes Renommee mit seiner dreibändigen Geschichte des „Dritten Reiches". Weniger bekannt sind seine kleineren Aufsätze und Rezensionen, in denen er sich mit Neuerscheinungen zum Nationalsozialismus auseinandersetzt. Jetzt hat er seine kürzeren Texte aus den vergangenen eineinhalb Jahrzehnten in einem Buch vereint, das somit einer Bestandsaufnahme der jüngeren Diskussion über den Nationalsozialismus gleichkommt.

Die Texte zeigen, dass sich die Beschäftigung mit dem „Dritten Reich" mehrfach gewandelt hat. War es lange üblich, den Nationalsozialismus nur aus der deutschen Geschichte seit dem 19. Jahrhundert abzuleiten und das Ende des Ersten Weltkrieges als unmittelbaren Entstehungshintergrund der NSDAP zu verstehen, werden mit den Globalisierungsprozessen in Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft seit dem ausgehenden 20. Jahrhundert auch die Vorgeschichte des „Dritten Reiches" und dessen imperiale Bestrebungen zunehmend in einen internationalen Zusammenhang gestellt. Selbst der Holocaust, so Evans, werde nicht mehr als einmaliges historisches Ereignis begriffen, sondern als Völkermord, der Ähnlichkeiten mit Entwicklungen in anderen Ländern und zu anderen Zeiten aufweise: eine Sichtweise, die seiner Meinung nach große interpretatorische Probleme aufwirft und der er deshalb mehrere Kapitel widmet.

Für ähnlich problematisch hält Evans die Studien zur innergesellschaftlichen Entwicklung, die vom Nationalsozialismus als einem Regime sprechen, das sich „auf Billigung und Zustimmung in breiten Schichten der Bevölkerung" verlassen konnte. Dabei komme der repressive Aspekt der NS-Diktatur zu kurz. Die Interpretation, dass die deutsche Bevölkerung das NS-Regime stützte, dürfe nicht die Rolle von Gewalt und Propaganda verkennen.

Den wichtigsten Wandel in der Betrachtung des Nationalsozialismus sieht Evans indessen in der zunehmenden „Verflechtung" von Geschichte und Erinnerung, da es schwerfalle, sich mit den Ereignissen der Zeit vor 1945 zu beschäftigen, ohne zugleich die Erinnerungskultur nach dem Zweiten Weltkrieg einzubeziehen. Evans erkennt darin ein doppeltes Problem: Einerseits sei die Erinnerung an das eigene Verhalten im Nationalsozialismus – auch von Unternehmen – nach dem Zweiten Weltkrieg häufig verdrängt worden, um sich von Schuld freizusprechen. Andererseits gebe es inzwischen aber die Überzeichnung persönlicher Verantwortung bis hin zu „plumper und pauschaler Verurteilung". Evans appelliert daher an das Berufsethos des Historikers, sich vor undifferenzierten Urteilen zu hüten und eine abgewogene Sichtweise anzustreben, die in angemessener zeitlicher Distanz zu den Ereignissen möglich sein sollte.

Bemerkenswert sind die letzten Kapitel des Buches, in denen Evans deutlich macht, dass die NS-Zeit noch Jahre nach dem Untergang des „Dritten Reiches" fortwirkte. So wurden die „ethnischen Säuberungen", die vor 1945 die Deutschen vor allem in den von ihnen besetzten Gebieten organisierten, nach Kriegsende erneut

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

millionenfach praktiziert. Doch diesmal, so Evans, waren Deutsche die Opfer und nicht die Täter. Auch der Raub von Kunstwerken und Kulturgütern war mit dem Ende des Nationalsozialismus nicht beendet, denn der Streit um die Rückgabe gestohlener Werke dauert bis heute an. Außerdem, so Evans, wäre eine Verkürzung der Betrachtung dieses Themas auf das „Dritte Reich" wenig hilfreich, weil Kunstraub, Plünderung und Zerstörung von Kulturgütern „ein Problem von globalen Ausmaßen" darstelle und bei nahezu jeder Kriegführung auftrete, so dass es gelte, „die Lektionen des Zweiten Weltkrieges zu lernen und im Vorgriff auf künftige Kämpfe wirksame Regelungen einzuführen".

Ein zusammenfassendes Resümee ist aufgrund der Heterogenität der Beiträge kaum möglich. Doch wer sich auf deren Lektüre einlässt, wird feststellen, wie vielschichtig die Diskussion über den Nationalsozialismus inzwischen geworden ist.
Manfred Görtemaker

Mónica Ferrín/Hanspeter Kriesi (Hrsg.), How Europeans View and Evaluate Democracy, Oxford 2016 (*Oxford University Press*), 410 S.
Sophia Schubert/Alexander Weiß (Hrsg.), „Demokratie" jenseits des Westens. Theorien, Diskurse, Einstellungen, Baden-Baden 2016 (*Nomos*), 634 S.

Gäbe es so etwas wie eine einheitliche Vorstellung von Demokratie, könnte ein Großteil der Politischen Theorie wohl dichtmachen. Die empirisch-analytische Politikwissenschaft muss sich mehr und mehr mit dem Gedanken – auch jenseits der normativen Grundlagen, auf denen sie ruht – anfreunden, dass sie es mit unterschiedlichen Demokratiemodellen zu tun hat; und zwar solchen, die nicht dem akademischen Elfenbeinturm entspringen, sondern der Vorstellungswelt von „Otto Normalverbraucher" wie den politischen Amtsstuben. Dieser Heterogenität nehmen sich – unter anderem – zwei Bände des letzten Jahres an.

How Europeans View and Evaluate Democracy – trotz der ausschließlich europäischen Perspektive mit einem heterogeneren Autorenteam besetzt als der zweite Band – wirft drei Fragen auf: 1) Was meinen Europäer, wie Demokratie auszusehen hat (= normativer Maßstab, „views")? 2) Wie bewerten sie die demokratische Realität in ihrem Land (= Bewertungen, „evaluations")? 3) Klafft zwischen Anspruch und Realität eine Lücke (= legitimacy)? Das European Social Survey (ESS) (6. Runde, erhoben im Herbst 2012) liefert Antworten. Demnach stellen Rechtsstaatlichkeit, freie und faire Wahlen, plebiszitäre Elemente sowie Armutsschutz den Kern gesellschaftlicher Demokratievorstellungen in Europa dar. Was die Bewertungen der Demokratie im Lande angeht, handelt es sich um einen guten Indikator für die objektive Demokratiequalität. Je demokratischer das Land, umso besser wird die Demokratie bewertet. Die Nationalstaaten schneiden im Lichte der drei Demokratietypen bei den Menschen unterschiedlich ab – mit leichtem Nordwest-Südost-Gefälle. Die Studie – obwohl ein Sammelband – kommt keineswegs heterogen daher, liest sich aufgrund der methodischen Komplexität zwar nicht flüssig, aber die Kapitel bauen aufeinander auf. Die ESS-Items, die nach den Demokratiekonzeptionen fragen, sind in-

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

des problematisch. Ist jedem Interviewpartner klar, dass die Aufforderung: „Please tell me how important you think it is for a democracy in general … ?“ auf normative (Wünsche), statt auf kognitive (Annahmen) Vorstellungen zielt? Warum es für die Legitimitätsmessung einer eigenständigen Formel bedurfte, erschließt sich nicht: Bewertungen sind bereits das Ergebnis der Gegenüberstellung von normativem Maßstab und Realitätswahrnehmung.

Einen breiteren Rahmen eröffnet das Sonderheft der *Politischen Vierteljahresschrift*, fragt es doch in über 20 Beiträgen nicht nur nach Einstellungen, sondern präsentiert auch Theorien und Diskurse. Der Theorieteil kommt weniger mit nicht-westlichen Demokratietheorien daher, sondern mit verschiedenen kleineren Ansätzen und Anstößen, die alle im Bereich der nicht-westlichen Demokratietheorie liegen. Entsprechend fragmentarisch und heterogen wirkt dieser Teil. Die Diskurse tragen wiederum empirische Demokratiemodelle aus den unterschiedlichsten Weltregionen zusammen, u. a. aus Botswana. Der dritte Teil schließlich knüpft an den Band von Ferrín und Kriesi an, er beleuchtet weltweit changierende Demokratiekonzeptionen. Im zweiten Teil, geografisch strukturiert (Islamische Welt – Lateinamerika, Asien), werden alle drei beteiligten Teildisziplinen (Demokratietheorie, Vergleichende Demokratieforschung, Area Studies) in einen überzeugenden Dialog integriert. Was bleibt? Endlich – beide Bände zeigen es – hat die Idee in der Demokratieforschung ausgedient, alle dächten an das Gleiche, wenn sie „Demokratie“ hören. Wer wissen will, wer woran denkt, dem seien beide Sammelbände empfohlen.
Tom Mannewitz

Hugo García u. a. (Hrsg.), Rethinking Antifascism. History, Memory and Politics, 1922 to the Present, New York/Oxford 2016 (*Berghahn*), 350 S.
David D. Roberts, Fascist Interactions: Proposals for a New Approach to Fascism and Its Era, 1919-1945, New York/Oxford 2016 (*Berghahn*), 319 S.

Die geschichtswissenschaftliche Forschung zum Binom Faschismus-Antifaschismus erfreut sich in der jüngsten Vergangenheit einer regelrechten Renaissance. Gegenüber der einstigen Verengung auf nationale Aspekte und die damit verbundenen Untersuchungsansätze hat sich die neueste Fachliteratur in verstärktem Maße internationalen und transnationalen Interpretationsmustern zugewandt, so auch die beiden Bücher. Der von Hugo García, Mercedes Yusta, Xavier Tabet und Cristina Clímaco herausgegebene Sammelband über den europäischen Antifaschismus ist in zwei Teile gegliedert. Der erste beleuchtet Theorie, Praxis und Stellenwert antifaschistischer Strömungen in der Entstehungsphase des europäischen Faschismus und bis 1945; der zweite befasst sich mit deren Erbe und politisch-kulturellen Deutungen in der Nachkriegszeit. Das ist in analytischem Sinne insgesamt nachvollziehbar, stellte der Zweite Weltkrieg aus selbsterklärenden Gründen doch die Hauptzäsur in der Geschichte des hiesigen Untersuchungsgegenstandes dar.

Übereinstimmend weisen die Beiträge darauf hin, dass es besonders sinnvoll und wünschenswert sei, die traditionelle Gleichung Antifaschismus = Kommunismus zu

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

dekonstruieren, indem man der mannigfaltigen Natur antifaschistischer Bestrebungen Rechnung trage. Hierauf aufbauend plädieren die Autoren für die Verwendung des Terminus im Plural, d.h. „Antifaschismen“, um dessen multipolare – republikanische, wie im Falle Spaniens, sozialliberale oder sozialdemokratische, insbesondere in Frankreich – Entstehungsgeschichte besser und gerechter erfassen zu können. Wurden die erwähnten „Antifaschismen“ nach 1945 in Westeuropa – mit der Ausnahme Spaniens und Portugals – in das republikanische Narrativ der nach dem Krieg entstehenden parlamentarischen Demokratien integriert, so diente ihre Aneignung durch die real sozialistischen Staatsparteien im „Ostblock“ der sukzessiven und ad hoc geförderten Diskreditierung nationaler Minderheiten. Diesen wurde angekreidet, mit dem nationalsozialistischen Deutschland zumindest teilweise kollaboriert zu haben, was einen offenen Diskurs über antifaschistische Widerstandsformen erschwerte. Die Vorbildfunktion des faschistischen Italiens für die „mediterranen“ rechtsextremen Regimes und Organisationen wird ausführlich nachgezeichnet, nicht aber ohne formelle Redundanzen und inhaltliche Lücken. So erfährt der Leser beispielsweise über die Rolle des Korporatismus viel zu wenig. Ebenso unterbelichtet bleiben faschistische Erscheinungen außerhalb Europas.

Beide Lücken werden durch David D. Roberts’ Band überzeugend geschlossen. Der Autor fragt zunächst nach der heuristischen Tragfähigkeit des Terminus „Faschismus“, indem er disparate „faschistische“, „proto-faschistische“ Phänomene und potentielle Antagonisten – darunter auch die Kirchen oder linksgerichtete Parteien und Verbände – sowohl aus Europa als auch aus Südamerika und Asien kritisch beleuchtet und einander gegenüberstellt. Die Suche nach einem faschistischen „Minimum“ wird somit mit dem Hinweis verknüpft, dass die einschlägige Forschung Interaktionen, Wahrnehmungs- und gegenseitige Beeinflussungsdimensionen zwischen relevanten Akteuren und Ideen künftig dezidierter in den Vordergrund rücken soll. Die oft undifferenzierte Verwendung von Begriffen wie „supranational“, „multinational“ und „transnational“ möge das Fachpublikum zwar etwas irritieren, die Monographie nimmt dennoch hiervon keinen Schaden.

Alles in Allem liegen zwei Bücher vor, die das Forschungsfeld sinnvoll erweitern und auf der Basis von Archivalien neue Erkenntnisse erschließen.
Francesco Di Palma

Alexander Häusler (Hrsg.), Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung, Wiesbaden 2016 (*Springer VS*), 251 S.

Im deutschen Parteiensystem konnten sich Flügelformationen rechts von der Union – anders als in europäischen Nachbarstaaten wie Frankreich und Österreich – lange Zeit nicht etablieren. Die 2013 vor dem Hintergrund der EU-Finanzkrise ins Leben gerufene *Alternative für Deutschland* (AfD) beschäftigt seither viele professionelle Beobachter, weil ihre spektakulären Stimmengewinne bei Wahlen und der erstmalige Einzug einer Rechtsaußenpartei in den Deutschen Bundestag (September 2017)

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

seit vielen Jahrzehnten die politische Polarisierung merklich erhöht und die Erwartung geweckt haben, der erneute Etablierungsversuch könne – anders als in den Fällen der NPD Ende der 1960er Jahre und der REP in den Jahren 1989 ff. – diesmal gelingen und das politische Klima in Deutschland längerfristig verändern.

Der von dem Düsseldorfer Rechtsextremismusforscher Alexander Häusler herausgegebene Band geht auf eine vom Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus der Hochschule Düsseldorf (FORENA) im Februar 2015 ausgerichtete Tagung zurück. Die in ihm versammelten Beiträge vermitteln daher in erster Linie ein Bild der Partei unter ihrem Gründer, dem Hamburger Ökonomen Bernd Lucke. Der Bonner Politikwissenschaftler Frank Decker ordnet die Partei systematisch in das Parteiensystem ein und sieht sie programmatisch durch die Verbindung liberaler Wirtschafts- und konservativ-autoritärer Gesellschaftspolitik gekennzeichnet. Um die Besonderheit des AfD-„Rechtspopulismus" zu charakterisieren, führt der Sozialwissenschaftler David Bebnowski den Typus des „Wettbewerbspopulismus" ein. Ihm habe Lucke die Tür geöffnet. Als Verteidigung „zahlender" deutscher Bürger gegen die (als überzogen geltenden) Ansprüche ausländischer „Nehmer" beschreibt Marcel Lewandowsky (Helmut-Schmidt-Universität Hamburg) die AfD-Europapolitik. Dieter Plehwe (WZB) zeigt Gemeinsamkeiten und Unterschiede im euroskeptischen Lager auf und weist insbesondere auf das Spannungsverhältnis zwischen rechtsliberalen und rechtsreligiösen Kräften hin.

Eigenständige Abschnitte des Bandes behandeln die Familien- und Geschlechterpolitik der Partei (Jasmin Siri, Andreas Kemper, Ulli Jentsch), zeigen Gemeinsamkeiten zur Bewegung gegen die angebliche „Islamisierung des Abendlandes" auf (Felix Korsch, Naime Cakir, Jonas Fedders) und beleuchten rechtsintellektuelle Einflüsse auf die AfD. Der Duisburger Rechtsextremismusexperte Helmut Kellershohn erkennt einen „Riss" im „jungkonservativen" Lager und zitiert die Kritik des Chefredakteurs der *Jungen Freiheit*, Dieter Stein, der vor dem Kurs des Thüringer Landesvorsitzenden Björn Höcke gewarnt habe: In seinem Umkreis formierten sich „Rechte", „die keinen Ruf zu verlieren haben und denen es gleichgültig ist, ob sich die AfD durch einen Rechtsruck und die Aufgabe des liberalen Flügels an den Rand des diskutablen politischen Spektrums manövriert" (S. 197). Wie die Soziologin Anna-Lena Herkenhoff in ihrem Beitrag zeigt, tendierte der „rechte Nachwuchs" der Partei schon 2014/2015 eher zu Höcke als zu Lucke. Allerdings sind bei der Parteijugend wie für die Gesamtpartei Differenzen zwischen den Landesverbänden zu berücksichtigen. Die Besonderheiten der brandenburgischen AfD zeigen Christoph Kopke und Alexander Lorenz (beide Universität Potsdam) in ihrem Beitrag auf. Der Herausgeber des lesenswerten Bandes bilanziert abschließend die Parteientwicklung in den Jahren 2013 bis 2015 und skizziert die möglichen Folgen des Parteiaustritts Luckes und der Spaltung für die Erfolgschancen des Etablierungsversuchs.

Uwe Backes

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Rudolf Hrbek/Martin Große Hüttmann (Hrsg.), Föderalismus – das Problem oder die Lösung?, Baden-Baden 2016 (*Nomos*), 189 S.
Eva Marlene Hausteiner (Hrsg.), Föderalismen – Modelle jenseits des Staates, Baden-Baden 2016 (*Nomos*), 287 S.

Der Föderalismus ist seit jeher charakterisiert durch eine ausgesprochene Pluralität in der Theorie wie auf der Erscheinungsebene. Der erkenntnisorientierte Zugriff muss daher sowohl die verschiedenen föderalismustheoretischen Ansätze reflektieren als auch die eigentümliche Heterogenität der historischen wie aktuellen institutionellen Ausprägungen und Prozesse. In diesem Zusammenhang ist ebenso zu erörtern, inwieweit die Semantik des Begriffs an die Staatsstruktur in den doppelten Bezugsebenen von Bund und Ländern, insbesondere an die (deutsche) Bundesstaatlichkeit, gekoppelt ist oder sich auf weitere Entwicklungen von Autonomieformen, präföderalen Strukturen, supranationalen Gebilden, transformativen mehrdimensionalen Regimen erstreckt. Interessante Anregungen in diesem doppelten Bezugsfeld liefern zwei Sammelbände.

Der von Rudolf Hrbek und Martin Große Hüttmann herausgegebene Band geht auf Vorträge anlässlich des 20-jährigen Bestehens des Europäischen Zentrums für Föderalismusforschung zurück. Zum einen wird hier die bundesstaatliche Entwicklung in Deutschland aufgegriffen, die auch nach der letzten Föderalismusreform zwischen mehr Selbständigkeit für die Länder und mehr Zentralstaat (Bundesebene) changiert, wie jüngst wieder ersichtlich in den Bereichen Migration, Hochschulen und digitale Transformation. Kenntnisreich werden dabei Reformdiskussionen in den Bereichen Bildung (Schmid/Klenk/Förster), Finanzverfassung (Seiler) und Energiewende (Münch) aufgegriffen. Zum anderen werden der europäische Integrationsprozess (Hrbek), föderale Prozesse in europäischen Ländern – Schweiz (Waldmann), Südtirol (Woelk), Südosteuropa (Förster) –, Autonomie- und Sezessionstendenzen in Schottland, Katalonien und Flandern (Sturm) thematisiert. Untersuchungen zu Venezuela und, besonders aufschlussreich, zu China als „föderaler Einheitsstaat“ (Schubert) komplettieren den Band. Analysen zu historischen und aktuellen föderalen Arrangements in divergenten Architekturen mit und jenseits von Staatlichkeit finden sich in phänomen- wie begriffsgeschichtlicher Explikation in dem von Eva Marlene Hausteiner herausgegebenen Sammelband. Die Analyse historischer Föderalismus-Transformationen ist dabei verknüpft mit begrifflich-theoretischen Interpretationen, die sich differenzieren lassen in die horizontale, vertikale und demokratische Dimension (Benz) oder verflochten sind mit zeitgeistigen Deutungsweisen (Scheller). Aufschlussreich für die Variabilität des Föderalen einschließlich hybrider Erscheinungsformen sind dabei historisch inspirierte Untersuchungen zu den USA (Jörke), Frankreich (Auderset), Schweiz (Haas), Deutschland (Münkler) und übergreifend im kommunalen Bezug (Krause). Heuristisch interessante Begriffs-Überlegungen (Oeter, Hueglin, Niesen) zum transnationalen Föderalismus, insbesondere der EU, erweitern das traditionelle Verständnis durch den Einbezug alternativer und

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

weiterführender Deutungen und zeigen damit die fruchtbare Spannbreite föderaler Interpretationsräume auf.

Über die begriffsexegetischen, strukturellen und funktionalen Argumentationen historischer, politischer und rechtlicher Natur hinaus wäre auch der stärkere Rekurs auf die Wertebene explizit einbeziehende Ansätze produktiv gewesen. Unabhängig davon findet der Leser in beiden Publikationen vielfältige Erkenntnisse und weiterführende Anregungen im breiten Feld des hoheitlichen wie nichthoheitlichen Föderalismus. Nicht nur die historische wie gegenwärtige Vielfalt der föderalen Entwicklungen mit und jenseits von Staatlichkeit ist hier insgesamt ertragreich dargestellt, sondern auch die variantenreiche Reflexion darauf. Beide Bände zeigen auf je eigene Weise die Lebendigkeit des aktuellen Föderalismus-Diskurses.
Ines Härtel

Karsten Jedlitschka/Philipp Springer (Hrsg.), Das Gedächtnis der Staatssicherheit. Die Kartei- und Archivabteilung des MfS, Göttingen 2016 (*Vandenhoeck & Ruprecht*), 489 S.

Unter dem Credo „Genossen, wie müssen alles wissen!“, das Erich Mielke seinen Mitarbeitern zur Aufgabe machte, sammelten die Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR (MfS) Unmengen an Informationen. Die Bearbeitung und Archivierung dieser Aktenberge war Aufgabe der Kartei- und Archivabteilung XII, die als „Herzstück im Gesamtsystem des MfS“ (S. 8) fungierte und wie ein Herz den Informationsfluss an die anderen Abteilungen gewährleistete. Ein Blick auf die Zahlen verdeutlicht die enorme Arbeitsleistung dieser Abteilung: Heute belaufen sich die Aktenbestände der Stasiunterlagenbehörde auf 111 laufende Regalkilometer, wovon allein 51 Kilometer Schriftgut von der Archivabteilung XII stammen. Hinzu kommen rund 41 Millionen Karteikarten.

Der Sammelband befasst sich mit eben jener Kartei- und Archivabteilung XII. Dem Ansatz von Stefan Kühl folgend, das MfS sowie die Abt. XII als „ganz normale Organisation“ (S. 21) zu betrachten, widmen sich die Beiträge des Bandes einer institutionenhistorischen und archivgeschichtlichen Perspektive. Sie setzen verschiedene Schwerpunkte, um ein Licht auf den Arbeitsalltag der Abteilung zu werfen und aus dieser Perspektive Einblicke in das Herrschaftssystem der DDR zu ermöglichen.

Philipp Springer untersucht in einem sehr umfangreichen Beitrag Struktur, Entwicklung und Bedeutung der Abt. XII von deren Entstehung bis zum Zerfall des SED-Regimes. Er beleuchtet, wie die Abteilung in den Gründungstagen skeptisch, als der operativen Arbeit abträglich betrachtet wurde, wie sie sich selbst eine effiziente Arbeitsstruktur abrang, um die operative Arbeit am Feind zu unterstützen. Und im Laufe der Jahrzehnte zunehmend zum Herzstück der gesamten Staatssicherheit etablierte Akten zu besonderen, gesamtstaatlichen Vorgängen wurden in der „Geheimen Ablage“ archiviert, der sich Karsten Jedlitschka widmet. Jedoch, so stellt er fest, waren die Inhalte jener Ablage nicht zwangsläufig geheim, sondern für das MfS sowie das SED-Regime moralisch diskreditierend und daher unter besonderem Ver-

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

schluss bewahrt worden. Weitere Beiträge des Bandes widmen sich der Struktur des Informationssystems der Abt. XII (Roland Lucht), der Lebenswelt Hauptamtlicher Mitarbeiter der Archivabteilung (Philipp Springer), Biografieforschung zu den leitenden Persönlichkeiten der Abt. XII, Oberst Reinhold Knoppe (Philipp Springer) sowie Oberst Roland Leipold (Ralf Blum/Philipp Springer), der Besonderheit des zentralen Archivgebäudes als „Speicher einer Diktatur" (S. 335; Karsten Jedlitschka) sowie den Bunkeranlagen der Abt. XII (Stephan Wolf), schließlich der Bedeutung von Auslandseinsätzen und internationalen Tätigkeiten der Abt. XII (Philipp Springer).

Ein Verdienst des Bandes ist die Zusammentragung von insgesamt 114 Kurzbiografien zu leitenden Mitarbeitern der Abt. XII. Die akribische Aktenarbeit Springers lässt Einblicke in die Karrieren, soziale Herkunft und politische Aktivitäten der Mitarbeiter zu. Weiterhin bietet der Band Strukturschemata und Organigramme der Abt. XII zu verschiedenen Zeitpunkten in deren Geschichte. Die Aufgliederung der einzelnen Struktureinheiten und Referate, deren hierarchische Darstellung sowie Nennung der namentlichen Besetzung und eine Übersicht der Mitarbeiterzahlen verdeutlichen die organische Entwicklung der Abteilung. Mit diesen Darstellungen sowie den Erkenntnissen der Beiträge liefert der Band einen detaillierten Einblick in die Organisationsstruktur und historische Entwicklung der Abt. XII im Speziellen sowie des MfS im Allgemeinen. Er eröffnet einen Blickwinkel auf den Apparat abseits der Perspektive des bloßen Repressionsinstruments.
Joseph Walthelm

Ian Kershaw, Höllensturz. Europa 1914 bis 1949, München 2016 (*DVA*), 764 S.

Dieses Buch des britischen, durch seine Bücher über den Nationalsozialismus weltberühmt gewordenen Historikers wurde allüberall besprochen, und zwar durchweg positiv, ganz zu Recht. Der erste Band über das europäische 20. Jahrhundert schließt nicht mit dem Kriegsende 1945, sondern mit 1949, zum einen deshalb, weil sich in diesen vier Jahren Gewalttätigkeiten fortsetzen, zum andern, weil sich in dieser Zeit das geteilte Europa herauszubilden begann. Dass Deutschland im Zentrum steht, darf aus zwei Gründen nicht verwundern: Es ist Kershaws Spezialgebiet, und das Land mitten in Europa hatte starken Anteil am verhängnisvollen Geschehen. Vier Ursachen, deren Verschränkung vielleicht noch stärker herauszuarbeiten gewesen wäre, trugen dazu bei: die Ausbreitung eines ethnischen Nationalismus; territoriale Revisionsansprüche nach den Pariser Vorortverträgen 1919/20; die bolschewistische Revolution in Russland; die (wirtschaftliche) Krise im Kapitalismus.

Der Titel und die Kapitel machen die Katastrophen des 20. Jahrhunderts deutlich: Europas Epoche der Selbstzerstörung; Am Abgrund; Die große Katastrophe; Turbulenter Friede; Tanz auf dem Vulkan; Düstere Wolken am Horizont; Gefahrenzone; Der Hölle entgegen; Hölle auf Erden; Lautlose Übergänge in dunklen Jahrzehnten; Aufstieg aus der Asche. Nur ein Kapitel, die „lautlosen Übergänge in dunklen Jahr-

https://doi.org/10.5771/9783645288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

zehnten“, ist nicht chronologisch, sondern strukturgeschichtlich angelegt. Der Leser erhält Kenntnis von (gewaltvollen und gewaltlosen) Bevölkerungsverschiebungen, den wirtschaftlichen Krisen, der nachlassenden Kraft der christlichen Kirchen, der stark durch die USA geprägten Unterhaltungsindustrie sowie zur keineswegs nur positiven Rolle von Intellektuellen. Bei vielen von ihnen schwand die Akzeptanz der liberalen Demokratie, zollten sie doch den Verheißungen totalitärer Mächte Tribut. Eine Mehrheit orientierte sich nach links(außen), eine Minderheit nach rechts(außen). „Was die beiden typischen Reaktionen, so verschieden sie waren, gemeinsam hatten, war das Gefühl, die alte Gesellschaft müsse abgeschafft werden und durch eine neue ersetzt werden, die auf utopischen Idealen gesellschaftlicher Erneuerung aufzubauen sei“ (S. 605). Kershaw erwähnt die Illusionen über die Sowjetunion und die hohe Anziehungskraft des Antifaschismus, an dem viele trotz besseren Wissens festhielten. Die Anfälligkeit mancher Intellektueller für Faschismus und Nationalsozialismus, etwa in Italien, wo diese an die Macht gelangten, kommt ebenfalls zur Sprache. Leider geht Kershaw nicht auf „Frontenwechsler“ ein. Was erfreulich ist: Der Autor würdigt auch liberale Intellektuelle, die sich von extremistischem Denken freihielten, etwa den britischen Wirtschaftswissenschaftler John Maynard Keynes oder den französischen Philosophen Raymond Aron. Wer diese Passagen gelesen hat, bedauert das Fehlen eines Bandes über die europäischen Intellektuellen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, besonders in der Phase des Hitler-Stalin-Paktes zwischen 1939 und 1941.

Lebendigkeit erreicht das Buch durch sprachliche Ausgefeiltheit sowie nicht zuletzt durch die Einbeziehung zeitgenössischer Erfahrungen. So ist beispielsweise die Rede von dem Wehrmachtsoffizier Wilm Hosenfeld, NSDAP-Mitglied und SA-Mann, der aufgrund seines katholischen Glaubens Juden das Leben rettete, u. a. dem Pianisten Wladyslaw Szpilman, der in seiner durch Roman Polanski verfilmten Autobiografie davon zu berichten wusste.

Kershaws Position ist die eines Liberalen, der nach allen Seiten Kritik übt und dabei auch Schwächen der Verfassungsstaaten benennt. Die gewisse Vernachlässigung Ost(mittel)europas ist ein kleines Defizit. Ein Vergleich mit den großen Werken François Furets, Eric Hobsbawms, Ernst Noltes und Heinrich August Winklers wäre reizvoll.

Eckhard Jesse

Farhad Khosrokhavar, Radikalisierung, Hamburg 2016 (*CEP Europäische Verlagsanstalt*), 223 S.

Mit seinem gut lesbaren und kurzen Band möchte der Pariser Soziologe Farhad Khosrokhavar einen Beitrag zum Verständnis eines Prozesses liefern, der mittlerweile recht gut erforscht ist und (nicht nur) die westliche Welt in Atem hält: die Radikalisierung einiger weniger, jedoch mit ihren Taten überaus wirkmächtiger, junger und nicht mehr ganz so junger Menschen. Wenngleich der größte Teil des nun ins Deut-

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

sche übersetzten Textes bereits im Jahr 2014 – vor dem französischen annus horribilis 2015 – verfasst wurde und auch andere extremistische Radikalisierungsprozesse Beachtung finden, liegt der Fokus auf der Radikalisierung im Namen einer extremistischen Auslegung des Islam. Für Khosrokhavar ist Radikalisierung ein „Prozess, der dazu führt, dass ein Individuum oder eine Gruppe zu einer Form der Gewaltausübung greift, die unmittelbar an eine sozial, politisch oder religiös motivierte Ideologie geknüpft ist, von der die herrschende politische, soziale oder kulturelle Ordnung abgelehnt wird“ (S. 29). Dieses Vorgehen ist legitim, weist jedoch aus der Perspektive normativer Extremismusforschung Besonderheiten auf: Zum einen gelten Personen, die sich einer so umrissenen Ideologie verschreiben und dabei Gewalt ablehnen, nicht als radikalisiert. Das Kriterium für Radikalisierung ist bei Khosrokhavar die Gewalt. Zum anderen bedeutet Radikalisierung bei ihm keineswegs „extremistisch werden“, zumindest nicht, wenn Extremismus als Gegensatz zur Demokratie verstanden wird. Der Gegensatz bezieht sich allein auf die herrschende Ordnung. Außerdem verzichtet er auf die Diskussion alternativer Begrifflichkeiten. Dies ist bedauerlich, wird doch bisweilen nicht ganz zu Unrecht angeregt, zumindest bei jungen Leuten eher von Hinwendungsprozessen zu sprechen, da bei diesen eine ideologische Durchdringung oftmals nicht erfolgt und zahlreiche Ausflüge in extremistische Gedanken- und Handlungswelten eher kurzzeitig und wenig folgenreich bleiben.

Radikalisierung ist laut Khosrokhavar Folge der Empfindung, ein gedemütigtes und viktimisiertes Individuum zu sein, das einer vermeintlich verfolgten Gruppe angehöre. Durch die Radikalisierung werden diese Stigmata vermeintlich überwunden und die Radikalisierten haben die Chance, durch öffentlichkeitswirksame Gewalthandlungen zu „negativen Stars“ (S. 51) zu werden. Nicht jede Ungerechtigkeitserfahrung führe zu einer Radikalisierung, aber jede Radikalisierung beinhalte eine empfundene Ungerechtigkeit. Als weiterer Faktor komme hinzu, dass jede Radikalisierung mit einer persönlichen Anomie einhergehe. So erklärt sich auch, dass wir es zwar hauptsächlich, jedoch nicht ausschließlich mit Personen aus prekären sozialen Schichten zu tun haben. Anomien unterschiedlicher Provenienz betreffen ebenso sehr den von einer Krise ereilten Naturwissenschaftler mit geregeltem Einkommen. Ein Dilemma offenbart schließlich die Feststellung, dass nichtgewalttätige Fundamentalisten (z. B. puristische Salafisten, die den Dschihad ablehnen) ein „Bollwerk“ (S. 177) gegen Radikalisierung darstellten und eine Stigmatisierung dieser Gruppen kontraproduktiv sei. Das mag unter dem Strich trotz oftmals beobachteter fließender Übergänge zwischen den Strömungen stimmen. In einer Demokratie darf eine kritische Auseinandersetzung mit extremistischen Ideologien (eine solche ist auch der puristische Salafismus) jedoch nicht einfach ausbleiben, auch wenn sie letztlich stigmatisierend ausfallen kann. Die Lektüre entlässt den Leser unter dem Eindruck einer differenzierten Analyse, die die Verantwortung für Radikalisierungsprozesse nicht einseitig bei gesellschaftlichem Rassismus oder einem Kampf der Kulturen verortet, sondern in einem komplexen Zusammenspiel zahlreicher Faktoren. Der finale Ap-

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

pell Khosrokhavars, jedem Mitglied der Gesellschaft das „Bürger sein“ (S. 217) zu ermöglichen, muss Ausgangspunkt jeglicher Radikalisierungsprävention sein.
Gereon Flümann

Peter Graf Kielmansegg, Repräsentation und Partizipation. Überlegungen zur Zukunft der repräsentativen Demokratie, Stuttgart 2016 (*Franz Steiner*), 53 S.
Frank Decker, Der Irrweg der Volksgesetzgebung. Eine Streitschrift, Bonn 2016 (*Dietz*), 183 S.

„Der repräsentativ verfassten Demokratie liegt […] die normative Leitidee zu Grunde, alle Befugnis, für das Ganze verbindlich zu entscheiden solle in Ämtern verfasst werden, die demokratisch zu legitimieren […] und zu kontrollieren sind. Die Abstimmungsdemokratie gibt dieses Prinzip auf“ (S. 40), argumentiert Peter Graf Kielmansegg. Seit vielen Jahrzehnten beschäftigt er sich mit den Prinzipien des Verfassungsstaates, die in Spannung zueinander stehen. Der schmale Band widmet sich dem Verhältnis von Repräsentation und Partizipation. Klar gegliedert und in verständlicher Sprache führt er zur Erkenntnis, dass beide Prinzipien aufeinander angewiesen seien. Dennoch stehen sie zunehmend in spannungsreicher Komplementarität: Amtsträger pendeln zwischen der Verantwortung gegenüber dem Wähler und dem Gemeinwohl; zu sehr werde verkannt, dass der Akt der Wahl das „Legitimationsprimat vor allen Interventionen größerer und kleinerer Bürgergruppen“ (S. 15) habe und zu groß sei der Erwartungsüberhang, den die Demokratie mit ihrem Grundversprechen der Teilhabe erwecke. Bedenkenswert ist die These, die Wähler engten selbst den Spielraum der Politiker ein, da die Konvergenz ihrer Erwartungen einen (mitunter zu schmalen) Rahmen vorgebe, in dem Parteien sich mit programmatischen Alternativen aussichtsreich profilieren können. Im vielzitierten Vertrauensschwund und der Protestpartizipation zeige sich, wie ohnmächtig die Politik in der globalisierten Welt sei, wie Massenmedien dilemmatisch zwischen Wächter- und Informationsfunktion stehen und wie selbstbezüglich sich die politische Klasse geriere.

Kielmanseggs Dreh- und Angelpunkt ist die normative Leitidee der Verbindung von Amts- und Demokratieprinzip. Ein „Mehr“ an Partizipation – direkte, innerparteiliche oder deliberative Demokratie – stelle diese Grundstruktur infrage und könne daher keine adäquate Antwort auf die Krisensymptome der repräsentativen Demokratie liefern. Er appelliert – ein wenig hilflos – einmal mehr an den Bürger, der die „höchst komplexe Ordnung“ (S. 48) schon im Kern verstehen und sich auf sie einlassen müsse, damit das System funktioniere.

Ein Votum gegen die direkte Demokratie lässt sich auch beim ersten Blick auf Frank Deckers Schrift vermuten, die qua Untertitel zum Streit aufruft. Doch wer so liest, tappt in die Denkfalle und bestätigt die Notwendigkeit des Bandes: „Direkte Demokratie ‚reimt sich‘ in Deutschland auf Volksgesetzgebung.“ (S. 14) Sie sei nur eine mögliche Ausgestaltungsform und – so Deckers Kernthese – am wenigsten für eine Installation auf Bundesebene geeignet, da sie als von unten ausgelöstes Verfah-

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

ren mit der gewaltenfusionierenden Funktionslogik der parlamentarischen Demokratie kollidiere. Nichtsdestotrotz klebten ihre überwiegend linken Verfechter hartnäckig an ihr und Decker lässt sich zur Frage hinreißen, ob sie ihre „wohlfeile" (S. 16) Forderung auch erhöben, wenn sie den Nachweis zur Sinnhaftigkeit nicht hinter der ablehnenden Haltung der Gegner verstecken könnten.

Die Stärke der Arbeit ist ihre Mischung aus systemtheoretischen und normativen Argumenten, gepaart mit einer vergleichenden Herangehensweise. Das Fazit: Einzig obligatorische Referenden zu Kernbestandteilen der Verfassung oder Zustimmungsreferenden ließen sich reibungsloser auf Bundesebene integrieren. Diese müssten tatsächlich politische Wirkung entfalten können und an den gleichen Maßstäben wie repräsentative Verfahren gemessen werden. „Ein demokratischer Mehrwert der direkten Demokratie ist [jedoch] unterm Strich weder normativ noch empirisch begründbar" (S. 51). In der Praxis – hier trifft sich die Kritik beider Autoren – besteht bei direktdemokratischen Elementen die Gefahr, übertriebene Erwartungen zu wecken und letztlich zum Instrument für kampagnestarke Minderheiten zu verkommen.
Sandra Wirth

Heike Kleffner/Anna Spangenberg (Hrsg.), Generation Hoyerswerda. Das Netzwerk militanter Neonazis in Brandenburg, Berlin/Brandenburg 2016 (*be.bra*), 301 S.
Sybille Steinbacher (Hrsg.), Rechte Gewalt in Deutschland. Zum Umgang mit dem Rechtsextremismus in Gesellschaft, Politik und Justiz, Göttingen 2016 (*Wallstein*), 251 S.
Adrienne Krappidel, Verhalten rechtsextremer und demokratischer Kommunalpolitiker. Selbstwahrnehmung und Fremdwahrnehmung von Wählergemeinschaften und Parteien, Wiesbaden 2016 (*Springer VS*), 271 S.

In den 1990er Jahren verbreiteten rechtsextreme Gewalttäter Angst und Schrecken – besonders in den neuen Bundesländern. Brandanschläge, Überfälle, Einschüchterungen und sogar Morde gehörten in dieser Zeit nicht selten zum Alltag. Vorbild der Straftäter ist die sächsische Stadt Hoyerswerda. 1991 mussten hier nach schweren Krawallen sämtliche Asylbewerber evakuiert werden. Seit 2014 verzeichnen die deutschen Sicherheitsbehörden wieder eine steigende Zahl von Brandanschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte, zunehmende Hetze gegen Flüchtlinge und Demonstrationen von Rechtsextremisten und Rechtspopulisten. Rechtsextreme Netzwerke und militante Neonationalsozialisten sind demnach weithin aktuell. Diesen Themenfeldern widmet sich der Sammelband *Generation Hoyerswerda* – er versucht dabei einen Brückenschlag von 1990 bis heute. Die Autoren lenken den Blick auf die Szenen in Brandenburg. Die dort betrachteten Entwicklungen des Rechtsextremismus dienen exemplarisch für die Darstellung bundesweiter Tendenzen. Dazu werden ihre Ursprünge ermittelt, Netzwerke aufgezeigt und Verbindungen zum Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) beschrieben. 19 Autoren untersuchen in vier Kapiteln Geschichte, Strukturen und Dynamiken des militanten Neonationalsozialismus sowie ihre Verbindungen und Parallelen zu aktuellen rassistischen und rechtspopulistischen Protestbewegungen in Brandenburg. Ebenfalls setzt sich der Sammelband mit dem

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Umgang der Behörden mit Rechtsextremismus und -terrorismus auseinander – er gibt einen Ausblick über mögliche weitere Entwicklungen. Insgesamt liefert der Sammelband trotz teilweise eher oberflächlicher Beiträge einen guten Überblick über die Entwicklung des Rechtsextremismus nach 1990. Abschließend weist er auf etwaige Gefahren einer weiteren Entfaltung hin.

Ferner ist der Sammelband des Dachauer Symposiums zur Zeitgeschichte *Rechte Gewalt in Deutschland*, herausgegeben von Sybille Steinbacher, eine Reaktion auf die erneute Zunahme rechtsextremer Gewalttaten im Zuge der aktuellen Flüchtlingskrise; gleichzeitig aber ebenso der Versuch des Nachweises, dass das Ausmaß rechter Gewalt in Deutschland lange unterschätzt worden sei. So untersucht das Werk neben den nationalen und internationalen Netzwerken des Rechtsextremismus und der Gefahr, die von rechter Gewalt in Deutschland ausgeht, auch die Erkenntnisgewinne der Untersuchungsausschüsse über das Verhalten von Sicherheits- und Nachrichtendienstkräften im Zusammenhang mit dem NSU-Terror. Das Werk ist in drei Teile gegliedert, wobei der erste Teil noch ungelöste Fragen zum NSU-Komplex diskutiert. Der zweite und dritte Abschnitt erweitern den Themenkomplex um Elemente rechtsextremer Einstellungen in der gesellschaftlichen Mitte, die Radikalisierung von Einzeltätern und nicht zuletzt die Rolle der Medien. Die Beiträge liefern insgesamt einen guten Überblick, obgleich sie nur eine geringe thematische Tiefe aufweisen können. Zudem sind die meisten Thesen der Autoren bereits bekannt – sie fanden in früheren Publikationen schon Anklang. Besonders hervorzuheben ist die Dokumentation der Podiumsdiskussion aller Autoren während des Symposiums. Hierdurch werden dem Leser die Zusammenhänge und Interdependenzen der einzelnen Beiträge ersichtlich.

Einen neuen Forschungsbereich erschließt Adrienne Krappidel in ihrer Dissertationsschrift *Verhalten rechtsextremer und demokratischer Kommunalpolitiker*. Sie untersucht, wie rechtsextreme Wählergemeinschaften in deutschen Kommunalparlamenten politisch agieren und welche Reaktionen die demokratischen Fraktionen darauf zeigen. Dazu führte Krappidel unter anderem Interviews mit rechtsextremen und demokratischen Kommunalpolitikern, die sie qualitativ-inhaltsanalytisch auswertete. Sie verknüpft ihre politikwissenschaftliche Forschung mit einem empirischen Teil. Auf diesem Weg kann sie eine Nähe rechtsextremer Wählergemeinschaften zu rechtsextremen Parteien nachweisen und die Bedeutung des Tarnbegriffes „Wählergemeinschaft“ für die Erfolge dieser Akteure herausstellen.
Jan Freitag

Pavel Kolar, Der Poststalinismus. Ideologie und Utopie einer Epoche, Köln 2016 (*Böhlau*), 370 S.

Als Nikita Chruschtschow im Februar 1956 zu den Delegierten des XX. Parteitages über die Verbrechen Stalins sprach, schien es den Zuhörern, als sei etwas Unerhörtes geschehen. Der „Vater der Völker“ wurde vom Sockel gestoßen, die Unfehlbarkeit

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

der Partei offen in Frage gestellt. In der historischen Literatur ist die Entstalinisierung als Ereignis verstanden worden, das auf Späteres verweist: auf das Ende, das dem Anfang folgte. Pavel Kolar aber versteht die Phase der Entstalinisierung nicht als „Warteraum" für den Prager Frühling oder das Ende der Diktaturen nach 1989, sondern als eine eigenständige Periode, in der Menschen lebten, die gar nicht wussten, wohin die Politik des Tauwetters führen würde. Denn auch nach 1956 waren Menschen noch begeisterungsfähig, bereit, einer Idee zu dienen, die diskreditiert worden war und nunmehr rehabilitiert wurde. Chruschtschows Hinwendung zum „authentischen", scheinbar wirklichen Sozialismus war auch eine Wiederbelebung der Geschichte. Es kam darauf an, die Zukunft aus der „richtigen" Vergangenheit zu gewinnen. Das konnte nur gelingen, wenn Kommunisten über die Vergangenheit und um den richtigen Weg zum Sozialismus stritten. Wir wissen nichts darüber, wie Kommunisten jenseits der Parteiführung über die ideale Gesellschaft, über die Partei und ihre Geschichte dachten. Ihre Interpretation des Geschehens aber war konstitutiv für die Stabilität der spätsozialistischen Regime. Kolar untersucht diesen Zusammenhang am Beispiel Polens, der DDR und der Tschechoslowakei.

Als Stalin starb, gab es keine Wahrheitsinstanz und keine Legitimationsquelle der Herrschaft mehr. An seine Stelle trat nunmehr die Interpretationsarbeit der Kommunisten, die sich darüber verständigen mussten, was als wahr und richtig zu gelten hatte. Chruschtschows Geheimrede öffnete die Büchse der Pandora. Denn wenn die Partei Fehler machen konnte, wenn der Stalinismus die falsche Wahrheit gewesen war, dann kam es nun darauf an, in der Geschichte die eigentlichen „Fakten" zu finden. Die Entstalinisierung öffnete den Raum für Unregelmäßigkeit und Zufall in der Geschichte. Wer in ihr bestehen wollte, musste sich auf „Tatsachen" und Dokumente berufen können. Zwar konnte nun keine geschlossene Erzählung mehr vorgetragen werden, aber die gemeinsame Arbeit an der Geschichte einer „prozessualen Utopie" war immerhin ein Gemeinschaftserlebnis, das dem Sozialismus einen neuen Sinn gab. Der neue, wirkliche Sozialismus war ein Sozialismus, der auf Terror und Gewalt verzichtete und die Zukunft als Kampf um etwas, nicht als Kampf gegen etwas definierte. Der innere Feind verschwand aus dem Diskurs. Feinde waren nicht länger Dämonen, die getötet werden mussten, sondern Verwirrte, die durch gutes Zureden auf den richtigen Weg gebracht werden konnten. Gleiches galt für die Nation, die dem Sozialismus überhaupt erst Stabilität verlieh und deshalb in die neue Geschichte von der Zukunft integriert werden musste. Vor allem war die Epoche der Entstalinisierung eine Epoche der Uneindeutigkeit, die eine lineare Zeitvorstellung nicht mehr kannte. Chruschtschows Utopie war rückwärts gewandt: er wollte zu einem scheinbar idealen Zustand zurückkehren, und er ließ offen, auf welchem Weg sich diese Rückkehr vollziehen konnte. Diese Offenheit und Unentschiedenheit ermöglichte es den Kommunisten überhaupt erst, selbst an sich und ihren Idealen zu arbeiten.

Pavel Kolars kluges, gut geschriebenes Buch zeigt uns die Epoche des Tauwetters als eine Zeit des Aufbruchs. Zehn Jahre später war sie vorüber. Aber davon hatten die Zeitgenossen kein Wissen. Für sie war die Entstalinisierung eine Befreiung aus

https://doi.org/10.5771/9783645288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

finsterer Vergangenheit und ein Versuch, der Diktatur einen neuen Sinn zu geben. Darin liegt zugleich der Grund für die erstaunliche Langlebigkeit und Stabilität der kommunistischen Diktaturen in Ostmitteleuropa.
Jörg Baberowski

Horst Kopp, Der Desinformant. Erinnerungen eines DDR-Geheimdienstlers, Berlin 2016 (*Das Neue Berlin*), 256 S.
Andreas Förster, Eidgenossen contra Genossen. Wie der Schweizer Nachrichtendienst DDR-Händler und Stasi-Agenten überwachte, Berlin 2016 (*Ch. Links*), 224 S.
Christian Domnitz (unter Mitarbeit von **Monika Tantzscher**), Kooperation und Kontrolle. Die Arbeit der Stasi-Operativgruppen im sozialistischen Ausland, Göttingen 2016 (*Vandenhoeck & Ruprecht*), 259 S.

Es geht bei diesen drei Publikationen wesentlich um das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) und dessen Wirken im „Operationsgebiet" – in der Bundesrepublik Deutschland, in der Schweiz und in Osteuropa. Major a. D. Horst Kopp (Jg. 1933), der sich im Buchtitel als „Desinformant" ausweisen lässt, diente innerhalb des MfS bei der Hauptverwaltung A und deren Abteilung X, die sich mit „Aktiven Maßnahmen" – umgangssprachlich „Desinformation" – befasste. Dort war er immerhin von 1960 an bis zu seiner Entlassung 1985 tätig, ein historisches Zeitfenster, in das das Misstrauensvotum gegen Bundeskanzler Willy Brandt am 27. April 1972 ebenso fällt wie die Mutmaßung über den Journalisten Günter Wallraff (im Buch konsequent als Walraff ausgewiesen). In beide operative Vorgänge war Kopp involviert. Er schildert, wie das Mitglied des Deutschen Bundestages, der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Leo Wagner, durch einen inoffiziellen Mitarbeiter Kopps namens Günter Fleissmann (alias IM „Dürer"), einen Journalisten, mit 50.000 DM bestochen wurde, damit er seine Stimme statt dem CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Rainer Barzel dem amtierenden Bundeskanzler geben sollte. Mehr noch hält Kopp den Abgeordneten Wagner als seinen Mitarbeiter, der 1970 als IM „Löwe" angeworben worden sein soll – wenn auch unter der Legende eines amerikanisch-europäischen Konsortiums. Nur: Die Darstellung des Autors steht im Widerspruch zu von ihm selbst gezeichneten MfS-Unterlagen; sie überzeugt nicht.

Der Journalist Andreas Förster (Jg. 1958) untersucht bislang unzugängliche Archivalien der Schweizer Bundesanwaltschaft und des Nachrichtendienstes. Offenkundig hatte der Schweizer Nachrichtendienst die Aktivitäten des MfS unter den Eidgenossen engmaschig begleitet, wobei – erwartungsgemäß – die Kooperation mit Partnerdiensten, wie etwa dem Bundesnachrichtendienst, gepflegt wurde. Die Sorge, vom Osten aus „unterwandert" zu werden, findet Förster nicht bestätigt; vielmehr registriert er einen „Überwachungswahn". Wie auch immer: Das Sachbuch belegt das Erfordernis, bei der Beschreibung nachrichtendienstlicher Vorgänge stets Archivalien unterschiedlicher Dienste beizuziehen, um nicht durch eine nationale Beschränkung die Vielfältigkeit der Prozesse internationaler Vorgänge zu übersehen.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Der Historiker Christian Domnitz (1975-2015) untersuchte – unter Mitarbeit der Slawistin Monika Tantzscher (Jg. 1942) – das Wirken des MfS mittels Operativgruppen in einigen Ländern Osteuropas und der Sowjetunion. Immerhin waren die Bruderländer auch begehrte Reiseziele von DDR-Bürgern, mithin Ausgangsbasis für „Republikfluchten". Letztgenanntes galt es zu verhindern. Die Autoren nehmen dabei die Überwachung von Studenten, Touristen und der DDR-Auslandsvertretungen in der Sowjetunion, Bulgarien, Ungarn, der ČSSR und Polen unter die Lupe. Beim polnischen Nachbarstaat kamen die beargwöhnten innenpolitischen Entwicklungen hinzu. Die länder- und linienspezifisch strukturierte Untersuchung resümiert schließlich die „Unfähigkeit der Geheimpolizeien", die auflebenden gesellschaftlichen Proteste „einzudämmen". Domnitz, der zuletzt am Deutschen Historischen Institut in Warschau forschte, verstarb überraschend, erlebte das Erscheinen dieser grundlegenden Untersuchung nicht mehr.
Helmut Müller-Enbergs

Karl-Rudolf Korte (Hrsg.), Politik in unsicheren Zeiten. Kriege, Krisen und neue Antagonismen, Baden-Baden 2016 (*Nomos*), 302 S.
Gerhard Unterthurner/Andreas Hetzel (Hrsg.), Postdemokratie und die Verleugnung des Politischen, Baden-Baden 2016 (*Nomos*), 210 S.
Ursula Männle (Hrsg.), Bedrohte Demokratie. Aktionisten, Autokraten, Aggressoren – Welche Antworten haben die Demokraten?, Berlin 2016 (*Duncker & Humblot*), 91 S.

Den Band über „die unsicheren Zeiten" eröffnet Eckhard Jesse mit der These, dass die deutsche Politikwissenschaft in einer „Identitätskrise" stecke und „in der Öffentlichkeit so gut wie nicht mehr präsent" sei. Es bleibt nicht bei dem Befund. Jesse liefert auch den zeitlosen Maßstab seines Urteils: „Die Politikwissenschaft hat die Politik zu beschreiben, zu analysieren und ihr eine Orientierung zu geben" (S. 27, 35, 43). Der Schluss, dass sie dieser Aufgabe nicht mehr nachkommt, wird nahegelegt. So steigt die Erwartung an die vorliegenden Bände. Müssen die Beiträge nicht wie die Probe aufs Exempel dieser These gelesen werden?

Die Krise lauert überall. Sie wird als gegeben vorausgesetzt, aber nie erklärt oder hergeleitet. Hätte die Satire in der Politikwissenschaft einen Platz, würde man Bodo Hombach unterstellen, sich lustig machen zu wollen über die Inflation der wirklichen und behaupteten Krisen. Auf 15 Seiten präsentiert er Ereignisse aller Art – „Fundstücke aus dem Zettelkasten" – und zwingt sie in einem „Rundumschwenk" zusammen. Unterhaltung darf sein. Aber wenn die einzige Erkenntnis ist, dass der Begriff „Krise" nicht „Abgrund", sondern „Umbruch" meint (S. 101, 116), wird Jesses Messlatte nicht erreicht. Kein Text, so willkürlich die Beispiele gewählt sind, erfüllt die Anforderungen. Ursula Weidenfeld findet, dass „nur in der Krise" das Land vorankomme und für Bundeskanzlerin Merkel die Krise „die Mutter des politischen Fortschritts ist" (S. 117 f.). Ihr realitätsnaher Ansatz in allen Ehren, aber ohne dass geklärt wird, was allein im Fall der Energiewende der Fortschritt – und was der Rückschritt – ist, kann eine solche positive Wertung der Krise nicht einmal überprüft

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

werden. Die Gedanken, die Till van Treeck über „das neue Thema Ungleichheit“ (S. 131) anstellt, provozieren den gleichen Einwand. Die Anklage stützt sich auf viele Daten, die aber stammen von Thomas Piketty und sind der These angepasst. Urteilskraft ist wünschenswert, sollte aber erst nach Abwägung aller Fakten ausgeübt werden.

Der Band zur Postdemokratie dreht sich um das gleichnamige Werk von Colin Crouch und ist ebenso schlüssig wie einseitig. Es wird jener Neoliberalismus gegeißelt, der die Krise der Demokratie, gleichbedeutend mit der Postdemokratie, heraufbeschworen hat. Die Herrschaft des Volkes, so die durchgängige These, fällt der Herrschaft des Marktes und dem Treiben des homo oeconomicus zum Opfer. Die Autoren aber verstehen sich nicht nur als Kapitalismuskritiker, sondern auch als Gegenwartsdiagnostiker, die ihr Instrumentarium in der Kulturtheorie finden. Auf der anderen Seite des Spektrums ist der Band über die „bedrohte Demokratie“ angesiedelt. Die Herausgeberin, Mitglied der CSU, hat Politik nicht nur beobachtet, sondern selbst gemacht. Die Autoren entstammen dem konservativen Lager und blicken selten über den Tellerrand der Tagespolitik hinaus. Die Beiträge zur Innenpolitik sind kurz und konkret, aber eben auch flach und zeitgebunden. Die Außenpolitik wird vom Reißbrett aus betrachtet: als hätte der Westen den arabischen Frühling retten können.

Die Redensart von der Welt, die aus den Fugen ist, erklärt nichts. Sie wirkt wie eine Flucht vor der Anstrengung des Begriffs – woher und warum? – und suggeriert, dass früher alles besser war. Ressentiments haben in der Politikwissenschaft nichts zu suchen.

Brigitte Seebacher

Carsten Koschmieder, Partizipation in der Piratenpartei. Die Schattenseiten einer sonnigen Utopie, Opladen 2016 (*Barbara Budrich*), 188 S.
Erik Schlegel, Quo vadis Piratenpartei. Analyse der politischen Wettbewerbsfaktoren zur (Nicht-)Etablierung im Parteiensystem, Baden-Baden 2016 (*Nomos*), 459 S.

Die beiden Werke setzen sich mit der *Piratenpartei* auseinander. Der Beitrag von Carsten Koschmieder thematisiert die internen Partizipationsmöglichkeiten und ihre praktische Nutzung. Die Dissertation von Erik Schlegel fragt nach dem Grad der Etablierung im bundesdeutschen Parteiensystem.

Im Werk *Partizipation in der Piratenpartei* werden verschiedene Mittel zur Teilhabe von einfachen Mitgliedern der Piraten erörtert. Schwerpunkte sind insbesondere die unterschiedlichen digitalen Beteiligungsmöglichkeiten der Partei, die im bundesdeutschen Diskurs erstmals Beachtung fanden. Diskutiert wird zuerst der Stand der Forschung zu innerparteilicher Partizipation sowie zu den Faktoren einer ungleichen Nutzung der Beteiligungsmöglichkeiten innerhalb des Mitgliederpools. Zur Analyse verwendet Carsten Koschmieder eine Reihe an Informationen, gesammelt durch Interviews mit ausgewählten Abgeordneten der *Piraten*-Fraktionen, Umfragen der Mitglieder und Parteidokumenten. Die daraus resultierenden Erkenntnisse die-

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

nen zur umfassenden Evaluation der durch die *Piratenpartei* neu eingeführten Partizipationsmittel und ihrer Nutzung. Das Werk bietet ein Resümee über den individuellen Beitrag der Partei zu den Möglichkeiten der politischen Partizipation. Allerdings vertieft sich die Arbeit stellenweise in nicht zielführende Aspekte der Entwicklungsgeschichte der Partei. Erik Schlegel widmet sich in seinem Buch der Etablierung von Parteien und den *Piraten* im Besonderen. Für diesen Zweck wird ein Entwicklungsstufenkonzept vorgestellt, welches die Wahlteilnahme, parlamentarische Repräsentation sowie Übernahme von Regierungsämtern als zentrale, aufeinander aufbauende Elemente einer erfolgreichen Etablierung identifiziert. Die Untersuchung stützt sich auf die Betrachtung der Faktoren von Angebot und Nachfrage. Als einordnende Rahmenbedingung ist eine Auseinandersetzung mit dem gesellschaftlichen und rechtlichen Status quo des politischen Wettbewerbs vorangestellt. Die darauf aufbauende Analyse der Bedarfselemente konzentriert sich auf die Untersuchung des bundesdeutschen Wählermarktes sowie den Vergleich zur inhaltlichen und personellen Aufstellung der *Piraten*. Dies stellt den Ausgang dar für die Betrachtung der zentralen Elemente der parteilichen Organisation und Mitgliederstruktur auf der Angebotsseite. Hierbei zeigt sich die fehlende dauerhafte Wettbewerbsfähigkeit vor allem in der ressourcenintensiven Interaktion zwischen den Mitgliedern und der parlamentarischen Vertretung, aber auch in den widersprüchlichen Ansprüchen der *Piraten*. Externe Veränderungen, wie die Anpassungsreaktionen der etablierten Parteien, verstärkten diese Problematik. Die für die Analyse der medialen Berichterstattung erforderlichen Informationen entstammen einer Inhaltsanalyse von Presseartikeln, erschienen zwischen dem 26. August und 5. Oktober 2013. Die Einsichten in das Innenleben der *Piratenpartei* wurden durch eine Mitgliederbefragung ermittelt. Zusammengefasst bietet die Dissertation eine gelungene Analyse der bestimmenden Elemente des Aufstiegs und Niedergangs der *Piraten*. Die weitreichende, tiefgreifende und stringente Auseinandersetzung erlaubt dem Autor ein fundiertes Urteil zum derzeitigen Status der *Piraten* im deutschen Parteiensystem.
Kay Grunenberg

Stephan Lessenich, Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis, Berlin 2016 (*Hanser Berlin*), 224 S.
Oliver Nachtwey, Die Abstiegsgesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne, Berlin 2016 (*Suhrkamp*), 264 S.

Endlich wird die Systemfrage wieder gestellt. Stefan Lessenich, bis vor kurzem Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, hat ein glänzend geschriebenes Buch publiziert, das weit über das Fach hinaus gelesen wird. Es könnte das theoriemüde, in kleinteiligem Empirismus verdämmernde Fach befeuern, sich seiner gesellschaftskritischen Geschichte zu erinnern, die über weite Strecken an weltverändernder Praxis und einem progressiven Reformismus orientiert war. Um angesichts der absehbaren ökonomischen, politischen, sozialen und ökologischen Katastrophen des 21. Jahrhunderts die „Waffen der Kritik“ (Karl Marx) zu schärfen, muss man nur Im-

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

manuel Kant und Marx in konsequenter Anwendung des kategorischen Imperativs zusammenführen.

Spätestens seit 1989 leben wir in einem kapitalistischen Weltsystem. Es funktioniert nach der von Marx entdeckten Logik der Externalisierung der Kosten eines Wirtschaftssystems, das den technischen Fortschritt in eine ständig wachsende, „ungeheure Warenansammlung" (Marx) verwandelt. Sie lässt alles, was bis dahin produziert wurde, als ebenso lächerlich erscheinen wie den Zeitgenossen des technischen Fortschritts die mythischen Heroentaten der antiken Welt. Die Produktivität des Systems ist mit einer nicht minder ungeheuren Destruktivität verschwistert, die es gegen sich und seine Umwelt richtet. Die gewaltigen Kosten, die dabei entstehen, kann das System nicht selbst tragen. Das Kapital muss die Kosten seiner erweiterten Reproduktion der gesamten Gesellschaft aufbürden, die ihm mit tausenden von Bail-outs immer wieder auf die Beine hilft. Schon früh wurde der „Übelstand" des globalen Südens zur kausalen Bedingung des „Wohlstands" im globalen Nordwesten (S. 43). „Ohne Armutskapitalismus kein Wohlstandskapitalismus" (S. 192). Das liegt aber nicht nur an der finanzgetriebenen Weltwirtschaft, sondern auch an der ebenso unvollständig wie einseitig globalisierten Staatsgewalt. Globalisiert wurde nur die vorgeblich rein technische Seite der Politik, nicht aber die im demokratischen Prozess bestimmte Politik. Durch die Externalisierung der Demokratie verlieren die entpolitisierten Institutionen die politische Macht, etwas anders durchzusetzen als marktkonforme Politik, die weder demokratisch noch im Selbsterhaltungsinteresse des politischen Systems ist.

Die schlechter weggekommenen Bewohner des Nordens sind nicht nur besser weggekommen als die besser weggekommenen des Südens (sieht man einmal von der winzigen Zahl der Superreichen ab, die es fast überall gibt), sondern sie schulden auch ihren noch so bescheidenen Wohlstand dem Übelstand des Südens (Lessenich, S. 55). Trotzdem hat sich ihre Lage in den letzten 40 Jahren dramatisch verschlechtert, wie Oliver Nachtwey in seiner brillanten Studie zur *regressiven Moderne* zeigt. Während nur die oberen zehn Prozent der Wohlstandsgesellschaften in dieser Zeit erhebliche Zuwächse an Einkommen und Vermögen verzeichnen konnten, haben alle übrigen sozialen Schichten z.T. massive Einbußen hinnehmen müssen. Dazu kommen Austeritätspolitik, fortschreitendende Privatisierung des Bildungs- und Rentensystems, regressive Arbeitsmarktreformen, schwindende Gewerkschaftsmacht und die Vernichtung akademischer Arbeitsplätze durch artifizielle Intelligenz, welche zwei Drittel der Bevölkerung in eine lebenslang prekäre Existenz versetzen, aus der sie für sich und ihre Kinder immer weniger Hoffnung auf Besserung schöpfen können. Die Wiederkehr massiver sozialer Ungleichheit macht, wie Nachtwey zeigt, die großen Errungenschaften der Emanzipation der Frauen, Farbigen und Homosexuellen von Jahrhunderte, wenn nicht Jahrtausende alter Ungleichbehandlung und Unterdrückung wieder zunichte. Wiederum sind die einen ohne Schuld besser weggekommen und die andern ohne Schuld schlechter weggekommen. Aber die Ge-

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

rechtigkeit bleibt trotzdem auf der Strecke, denn keiner, so Rawls, hat ein *Recht*, besser weggekommen zu sein.
Hauke Brunkhorst

Peter Lintl/Christian Thuselt/Christian Wolff (Hrsg.), Religiöse Bewegungen als politische Akteure im Nahen Osten, Baden-Baden 2016 (*Nomos*), 376 S.
Wilfried Buchta, Die Strenggläubigen. Fundamentalismus und die Zukunft der islamischen Welt, Berlin 2016 (*Hanser Berlin*), 240 S.

Der politische Islam sowie die aktuellen Konflikte im Nahen Osten haben mit den islamistischen Terroranschlägen Europa und Deutschland erreicht. Während in der Politik und in den Medien oftmals mit heißem Kopf und wenig Faktenkenntnis über „den Islam" (den es so gar nicht gibt) diskutiert wird, bemühen sich die Autoren der vorliegenden Werke um einen nüchternen sowie analytischen Blick auf Religion und Politik im Nahen Osten.

Das akademische Lehrbuch der Herausgeber Peter Lintl, Christian Thuselt und Christian Wolff bietet eine facettenreiche Zusammenstellung verschiedener Beiträge zu religiös motivierten Akteuren im Nahen Osten. Einen gelungenen Einstieg bietet Christoph Schumanns konzise Abhandlung, die grundsätzlich das Verhältnis der islamischen Welt zu demokratischen Staatsmodellen darstellt und weniger aktuell, d.h. zeitgebunden ist, als sein Titel vermuten lässt. Die ihm folgenden Texte befassen sich mit der Muslimbruderschaft in Ägypten, militant-islamistischen Dschihadismus-Konzepten, dem Islamischen Staat, der Hizbullah, der Forces Libanaise sowie mit der Amal Bewegung im Libanon, der israelischen Bewegung Gush Emunim, der israelischen Ultraorthodoxie und schließlich der Türkei.

Eine bedauerliche Schwäche sind die redaktionellen sowie sprachlichen Unzulänglichkeiten bei manchem Autor. Die wissenschaftliche sowie sprachliche Qualität der Kapitel unterscheiden sich daher deutlich. Ein Leser mag sich wundern, um welche Fragestellung es sich bei dem Text des Mitherausgebers Wolff handelt, der seinen Beitrag ausschließlich mit dem Titel „Zurück auf Los?!" überschreibt. Auch der kenntnisreiche Text von Christoph Günther über den Islamischen Staat entspricht nicht der Überschrift „Ein Staat der Emigration und des Ǧihād: Das Staatsmodell des ‚Islamischen Staates'". Von Emigration und Ǧihād ist in dem Beitrag nicht weiter die Rede, Syrien wird überhaupt nicht behandelt, der Schwerpunkt liegt auf dem Irak. Trotz dieser beispielhaft genannten Defizite bietet das Werk einen guten, vertiefenden Einblick zu den jeweiligen Gruppierungen.

Mit dem Buch des Publizisten Wilfried Buchta hält der Leser einen profunden sowie sprachlich überzeugenden Essay in der Hand. Buchta verbindet sein tiefes Grundlagenwissen als promovierter Islamwissenschaftler mit den Erfahrungen eines versierten Praktikers, der u. a. im Irak von 2005 bis 2011 als politischer Analytiker für die UNO in Bagdad gearbeitet hat. Differenziert erläutert er die zunehmende Frontstellung zwischen den Hegemonialmächten schiitischer Iran und sunnitisches Saudi-Arabien. Nach dem Scheitern des säkularen arabischen Nationalismus sowie

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

des von außen importierten westlichen Demokratie-Modells entstand im Nahen Osten ein machtpolitisches Vakuum, das nun zunehmend fundamentalistische Strömungen innerhalb des Islms politisch füllen. Die Aussichten in diesem innerislamischen Machtkampf sind düster, Reformbewegungen werden marginalisiert und gewaltsam unterdrückt. Die Region ist durch Kriege und Konflikte moralisch zerrüttet, was einen idealen Nährboden für Fundamentalismus bietet; zumal, wenn er wie der sunnitische Wahabismus von finanzstarken Staaten wie Saudi-Arabien gezielt sogar bis nach Europa exportiert wird.

Wie auch immer man die Motivation der einzelnen Akteure im Nahen Osten einschätzen möchte, eines wird mit beiden Werken deutlich: Das wechselhafte Verhältnis von Politik und Religion sowie ihre reziproke Vereinnahmung sind ein entscheidender Faktor bei der Beurteilung der Konflikte im Nahen Osten und ihrer Auswirkungen auf den Westen. Der Mensch sucht eben stets, seinem Handeln einen tieferen Sinn zu verleihen, auch in der Politik – und wenn es nur dem eigenen Machtmissbrauch dient.

Evelyn Bokler-Völkel

Rüdiger Lohlker, Theologie der Gewalt. Das Beispiel IS, Stuttgart 2016 (*UTB*), 206 S.
Hassan Abu Hanieh/Mohammad Abu Rumman, IS und Al-Qaida. Die Krise der Sunniten und die Rivalität im globalen Dschihad, Bonn 2016 (*J.H.W. Dietz Nachf.*), 240 S.
Abdel Bari Atwan, Das digitale Kalifat. Die geheime Macht des Islamischen Staates, München 2016 (*C.H.Beck*), 299 S.

Publikationen über den „Islamischen Staat" (IS) im Hinblick auf seine Entwicklung und seine Verhaltensweisen werden inzwischen vielfach angeboten. Eher selten finden sich Bücher, die zugleich auch dessen ideologische, religiös-politische Grundlagen thematisieren und insofern die Verbindung zwischen Theorie und Praxis des Dschihad herstellen. Die Kenntnis der Weltanschauung dschihadistischer Organisationen und Gruppierungen ist allerdings unverzichtbar zum Verständnis aktueller Gewaltaktionen und Konflikte sowie letztlich der Bekämpfung dieser die Religion pervertierende Strömung. Rüdiger Lohlker zeigt in seinem Buch *Theologie der Gewalt* unter einer zunächst ungewöhnlich anmutenden Gliederung die Grundlagen und daraus abgeleitete Einzelaspekte des islamistischen Denkens der Dschihadisten des IS auf. Besonders zielführend zur Entlarvung dieses politischen Missbrauchs einer Religion ist, dass Lohlker zu seinen Analysen die schriftlichen und audiovisuellen, vor allem im Internet verbreiteten Propagandamaterialien des IS heranzieht. Das Buch gibt eine detaillierte Darstellung des religiösen Denkens und ihrer Bezüge auf den Glauben. Lohlker stellt kenntnisreich heraus, dass dschihadistische Gruppierungen inzwischen eine eigene Ideologie unter Missbrauch des Islams ausgearbeitet haben, mit der sie beanspruchen, den „wahren Islam" abzubilden und alle Andersdenkenden zu bekämpfen. Die Einzelaspekte wie „Feindbilder", „Frauen im IS", „Recht" und „Kalifat" geben einen sehr guten Einblick in die Denkstrukturen des IS

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

und dessen missbräuchliche Transformation von Teilen einer (friedlichen) Weltreligion in eine theokratische Gewaltideologie mittels einer Art „Steinbruch-Exegese".

Mit Blick auf die Grundlagen der Dschihad-Ideologie zeigen Hassan Abu Hanieh und Mohammad Abu Rumman in ihrem Buch *IS und Al-Qaida* auf, wie sich Organisationen trotz eines gemeinsamen ideologischen Fundamentes durch „weltliche", strategische und persönliche Rivalitäten auseinanderentwickeln und schließlich bekämpfen können. Die Autoren beschreiben die Wurzeln des Islamischen Staates als „Al-Qaida im Irak", die Metamorphose zur Organisation IS und den Disput mit der „Hindukusch-Al-Qaida" über die Unterwanderung Syriens im Zuge des „Arabischen Frühlings", die schließlich zur Abspaltung der „Al-Nusra-Front" und zur Lossagung des IS aus dem Verbund der „Al-Qaida-Cluster" führte. Der geo- und machtstrategische Grunddissens wird anhand der Schilderung der Genese der Al-Nusra-Front gut eingefangen. Es handelt sich um ein empfehlenswertes Buch für Leser, die ergründen wollen, wie es in der ideologischen und organisatorischen Entwicklung des Dschihad im Zweistromland zum heutigen Sachstand gekommen ist.

Der Islamische Staat in Syrien und im Irak beruht auf zwei Pfeilern: auf seinem Territorium und auf einer digitalen Infrastruktur, mit der er hocheffizient organisiert wird. Während erstgenanntes durch die militärischen Bekämpfungsstrategien immer weiter abnimmt, ist letztgenanntes noch intakt und zeigt, wie erfolgreich eine Gewaltideologie mit digitalen Hilfsmitteln funktionsfähig gemacht werden kann. Diesen Aspekt des IS beleuchtet Abdel Bari Atwan in seinem Buch *Das digitale Kalifat*. Ausgangspunkte sind auch hier die Darstellungen der (ideologischen) Wurzeln und Motive, von Aufbau und Modus operandi sowie der Absichten des IS. Sehr gut gelungen ist die Schilderung der Symbiose einer mittelalterlich anmutenden Gewaltideologie des Dschihad mit moderner Informations- und Kommunikationstechnologie, denn neben der territorialen Herrschaft hat der IS insbesondere sein „digitales Kalifat" in der virtuellen Welt ausgeweitet. Jede „Provinz" des IS hat eine eigene Medienabteilung und engagierte Reporterteams, wodurch ein einheitlicher „Nachrichtendienst" entstanden ist. Neue soziale Medien und Apps bieten den „Internetdschihadisten" neben eigenen Nachrichtenkanälen zudem weitere Möglichkeiten, um zu kommunizieren, Kämpfer anzuwerben und Propaganda zu verbreiten. Auch die Verwaltung des IS läuft im Wesentlichen digital ab. Das Buch fängt alle diese Aspekte kenntnis- und detailreich ein.

Kai Hirschmann

Reinhard Loske, Politik der Zukunftsfähigkeit. Konturen einer Nachhaltigkeitswende, Frankfurt a.M. 2016 (*S. Fischer*), 303 S.

Der Wittener Klima- und Transformationsforscher bringt sich immer wieder mit einem Leitspruch in öffentliche Debatten ein: „Wenn das Klima eine Bank wäre, wäre es längst gerettet!" Die sozialpolitische Botschaft dahinter: Extremes Wetter, knappes Wasser und knirschender Wüstensand in bisherigen Oasen schaffen mehr

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

und mehr Klimaflüchtlinge; ohne ein Umsteuern in Umweltfragen können die etablierten Demokratien diesem Umstand nicht Herr werden. Der im Buch geforderte Wertewandel ist an zwei Ebenen gerichtet: an das politische System, dessen Entscheidungen dem Prinzip der Nachhaltigkeit folgen sollen, und an jeden Menschen, der weniger konsumieren soll (die Rolle von Einzelunternehmen tritt bei ihm zugunsten des Ordnungsrahmens zurück). Ja, es geht dem früheren Bundestagsabgeordneten und Bausenator der Hansestadt Bremen um Ethik! Schon sind wir beim Kern demokratischer Theorie: Darf man Leuten vorschreiben, einen privaten Pool nicht zu genießen? Obgleich das Geld dazu rechtschaffen erarbeitet und die Wasserrechnung bezahlt wurde? Spart nicht ein öffentliches Schwimmbad pro Nase viel Wasser? Noch ehe Loske fragt, wie tief die Politik in den Lebensstil eingreifen darf, antwortet er: Freiheit braucht „Selbstbindung aus Einsicht und freiem Willen" (S. 201). Bildung könne dies erleichtern wie finanzielle Anreize, Vorbildrollen wie gesetzliche Schranken. Kommen wir zurück zum Bankenvergleich: Regulierungsbereitschaft ist erkennbar geworden, als die Finanzkrise ein „Bewusstsein für die Notwendigkeit" (S. 36) neuer Gesetze in Politik und Gesellschaft schuf. So verhielt es sich auch mit dem „Atom-Ausstieg". Folglich sind die Klimaveränderungen noch nicht gravierend genug, um die – von Experten immer wieder rational begründete – Wende einzuleiten. Bereits der Begriffserfinder der Nachhaltigkeit, Sachsens Oberberghauptmann Hans Carl von Carlowitz, monierte 1713 die Kurzsichtigkeit der Menschen: In jedem Schacht braucht man Holz, doch erst nach 80 Jahren werden aus Eichen gute Bretter.

Allein das Gemeinwohl, unter dem die wenigsten gegenwärtig auch das Erdenwohl subsumieren, erlaubt derzeit Eingriffe in die Privatsphäre. Der „blaue Planet" wird nur bewohnbar bleiben, wenn die harte Begrenzung der Freiheit durch die Idee erfolgt, nur soviel zu verbrauchen, dass die nächste Generation keine kleinere Ressourcenbasis besitzt als wir. Loske fordert – innerhalb der liberalen Demokratie – die Stärkung bestimmter Ordnungsprinzipien, um diese Idee zum allgemeinen Maß zu machen: Effizienz, Substitution, Suffizienz, Subsistenz, Kooperation. Ähnlich wie Harald Welzer rät er dazu, sich beim Fernsprechgerätekauf zu fragen, ob man wirklich ein Neues braucht, sich für regionale statt via Fernhandel hergebrachte Produkte zu entscheiden und das Reparieren zu erwägen – vor allem aber, bei allen Überlegungen Pluralität zuzulassen. Loskes Skepsis gegen Protagonisten der „commons" (S. 123) und gegen jede Art der Öko-Diktatur machen sein Buch zu einem wichtigen Beitrag für jene, die Demokratien für lernfähig halten. Bei allen Vorschlägen (etwa dem Einrichten eines Nachhaltigkeitsministeriums) wahrt der erfahrene Praktiker Abstand zum Schwärmertum; seine partizipationskritische Aussage, wonach „nicht alle immer citoyens" (S. 246) seien und eine Delegation von Sachthemen an Parlamente wieder als Bürgerrecht erkannt werden müsse, zeugt von realistischer Weltsicht. Dem Volkswirtschaftler könnte man lediglich ankreiden, seine Konzepte nicht stärker in bisherige Versuche einzuordnen, die soziale Marktwirtschaft „zukunftsfähig" zu machen. Zu Kernanliegen etwa von Wilhelm Röpke und Alexander Rüstow gehörte es, für die kleine Produktionsform, heimatliche Nähe, ge-

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

gen Konzernbildung und überbordenden Welthandel zu votieren. Es kann nicht schaden, sich einmal vor Augen zu führen, welchen Weg eine kleine Schachtel Kirschen aus Argentinien über Rotterdam bis in eine Kaufhalle in der deutschen Provinz mitten im Winter zurücklegt, ehe sie auf unserem Tisch landet.
Sebastian Liebold

Torben Lütjen, Partei der Extreme: Die Republikaner. Über die Implosion des amerikanischen Konservativismus, Bielefeld 2016 (*transcript*), 148 S.
Christian Lammert/Markus B. Siewert/Boris Vormann (Hrsg.), Handbuch Politik USA, Wiesbaden 2016 (*Springer VS*), 715 S.

Die letzten anderthalb Seiten braucht man – leider! – nicht mehr zu lesen. Denn nach seiner Prognose, dass Donald Trump bei den Präsidentschaftswahlen im November 2016 keine Chance hat, sinniert Torben Lütjen über die Frage, was aus der Republikanischen Partei dann werde. Das ist einerseits schade, weil man sonst an diesem Buch jede Seite genießen kann, und andererseits von Verlag und Autor ziemlich ungeschickt, nicht noch einen Monat gewartet zu haben. Denn mich würde sehr interessieren, wie Lütjen die Kurve weiterfährt, in der er den ideologisch ungebundenen Trump am Steuer der ideologisch so festgezurrten Republikanischen Partei sieht. Das Gaspedal der Ressentiments tritt er durch – aber was dann?

Wie die Republikanische Partei wurde, was sie ist, berichtet er in einem herrlich geschriebenen, beschwingt die Meilensteine überspringenden Essay. Dabei lässt er die großen Präsidenten der *Grand Old Party* (GOP), die vor dem Zweiten Weltkrieg amtierten und ihre Schatten bis heute werfen, außen vor. Ihm geht es nicht um die Geschichtspolitik, sondern um die facettenreiche ideologische Entwicklung, die sich aus der Opposition seit Roosevelts New Deal entfaltete. Die weltanschauliche Fokussierung unter dem Brennglas zeichnet nach, wie sich die ideologische Substanz der GOP immer tiefer, dafür aber immer beklemmender in die amerikanische Gesellschaft eingenistet hat. Man könnte darüber streiten, ob er dem (manchmal unterschwelligen) Rassismus nicht ein wenig mehr Platz hätte einräumen können. Schwerwiegender scheint mir der Hinweis, dass man parallel eine Geschichte der Wahlkampfstrategien lesen müsste, um das ganze Bild zu erhalten. Denn so stringent die ideologische Entwicklung hier nachgezeichnet wird, so relevant waren andere Fragen: nach den zu gewinnenden Wählersegmenten und deren Organisationsgrad zu Wahlzeiten.

Doch liegt der Vorteil dieses Essays gerade darin, sich zu konzentrieren und auf knappem Raum Dekaden der Entwicklung zu durchschreiten. Das macht Lütjen ganz ausgezeichnet, und wer immer sich auf diese Reise einlässt, wird die Lust nach mehr verspüren. Was will man mehr von einem Buch erwarten, das hoffentlich über die Fachkreise hinaus gelesen wird. Damit wird man gut gerüstet, um Lütjens zentrale These an der Wirklichkeit in den USA zu beobachten: ob die Konservativen die Kontrolle über ihre eigene Erzählung verloren haben.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Eine ganz andere Art von Lektüre hält der von Christian Lammert, Markus B. Siewert und Boris Vormann herausgegebene Band bereit, der sich zur Aufgabe gestellt hat, das Handlungsfeld Politik in den USA zu vermessen. Das ist ein großer Anspruch, und die Herausgeber haben eine Vielzahl von Experten gewinnen können, ihnen dabei zu helfen. Herausgekommen ist ein umfassendes Werk, das für eine Vielzahl von spezifischen Fragen einen ausgezeichneten ersten Aufschlag für die Recherche anbietet. Denn die Autoren graben hierbei keinen Faktenfriedhof durch, sondern bieten zu großen Teilen systematische Analyseansätze an. Schon vom Umfang, aber auch von der Zielgruppe, ist dies keine leichte Lektüre, sondern ein dickes Studienbuch, das sich in fünf große Abschnitte untergliedert. Im ersten Abschnitt werden wichtige Grundlagen der rechtlichen und gesellschaftlichen Verfassung der USA dargestellt; im zweiten wird die vertikale und horizontale Gewaltenteilung beschrieben; im dritten kommt die Gesellschaft zu Wort: Lobbygruppen, Medien (leider fehlt die öffentliche Meinung); im vierten stellen die Autoren einzelne Politikfelder dar (hier fehlen leider die Handelspolitik und die Währungspolitik); und zum guten Schluss werden Krisendimensionen diskutiert, vom – angeblichen – Abstieg der USA bis zur gesellschaftlichen Polarisierung. Damit gibt der Band einen vergnüglichen Überblick über die Politik in den USA.
Thomas Jäger

Ulrich Mählert (Hrsg.), Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2016. Konspiration und Kommunismus, hrsg. im Auftrag der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Berlin 2016 (*Metropol*), 278 S.
Stefan Karner, Im Kalten Krieg der Spionage. Margarethe Ottillinger in sowjetischer Haft 1948-1955, Innsbruck 2016 (*StudienVerlag*), 244 S.

Wladimir Iljitsch Lenins Kommunisten begannen den politischen Kampf in Illegalität und Verfolgung und bedienten sich daher konspirativer Methoden. Diese behielten sie auch bei, als sie offen auftreten konnten und die Macht in Russland eroberten. Das wurde bestimmend für alle Parteien, die ihnen folgten: Neben der normalen Funktionärsorganisation bildeten sie Organe im Untergrund, die das eigene Personal zu kontrollieren, Informationen zu gewinnen und sich offensiv wie defensiv mit subversiven Aktivitäten zu befassen hatten. Besonders ausgeprägt war die Doppelstruktur der kommunistischen Parteien, wenn diese ihre Diktatur landesweit durchgesetzt hatten. Das NS-Regime stützte sich auf ähnliche Strukturen. Im demokratischen System waren Geheimdienste ursprünglich nicht vorgesehen, doch als sich der Westen im Kalten Krieg von der UdSSR und ihren Parteigängern bedroht sah, konnte man auf sie nicht mehr verzichten, gab ihnen aber – anders als im sowjetischen Lager – keine polizeilichen oder gar judikativen Befugnisse.

Der dem Thema *Konspiration und Kommunismus* gewidmete Band des *Jahrbuchs für Historische Kommunismusforschung* präsentiert eine Reihe von biographischen Fallstudien, die mit der geheimdienstlichen Tätigkeit verbundene Probleme beleuchten. Die kommunistischen Agenten sahen sich in der Stalin-Zeit oft dem –

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

frei erfundenen, aber fatalen – Verdikt der „parteifeindlichen Haltung“ ausgesetzt, so der KPD-Funktionär Wilhelm Hein (Andreas Herbst) und der vorgebliche sowjetische Bucharinist Sergej Bessonow (Matthias Bürgel). Bodo Hechelhammer weist nach, dass der östliche Top-Spion im *Bundesnachrichtendienst*, Heinz Felfe, keineswegs der Idealist war, als der er sich selbst dargestellt hat. Dieser war zunächst als SS-Obersturmführer in den besetzten Niederlanden tätig gewesen, übte von 1947 bis 1950 als – nach eigenen Angaben – überzeugter Antikommunist eine nachrichtendienstliche Tätigkeit für die Briten aus und bot sich erst danach, als er von diesen keine Aufträge mehr erhielt und größere finanzielle Bedürfnisse als Einkünfte hatte, seinen neuen Auftraggebern an.

Im Untergrund ist wechselseitiges Vertrauen der Akteure besonders wichtig. Stalin sah sich durch den – bei ihm stets wachen – Argwohn dazu veranlasst, die polnische KP insgesamt aufzulösen (Eryk Krasucki). In zwei Fällen schaltete das NS-Regime den kommunistischen Widerstand dadurch aus, dass dieser auf Machenschaften der Gestapo hereinfiel (Udo Grashoff, Hans Schafranek). Anklagen wegen vorgeblicher feindlicher Verschwörung dienten dem ungarischen Parteichef Matyás Rákosi zur Beseitigung innerparteilicher Rivalen (Ute Caumans). Von der Übermittlung östlicher Geheimnisse an Außenstehende ist nur in einem Beitrag die Rede: Der finnische Kommunist und Patriot Veiko Hauhia informierte Präsident Urho Kekkonen regelmäßig über die sowjetische Politik und trug so wesentlich dazu bei, dass diesem die Gratwanderung zwischen der Aufrechterhaltung der Demokratie im Innern und der Notwendigkeit des Einvernehmens mit Moskau gelang. Die hier erstmals vorgelegte Untersuchung wirft ein neues Licht auf die Geschichte Finnlands im Kalten Krieg (Kimmom Rentola). Thematistiert wird auch die Überwachung der österreichischen KP durch amerikanische und britische Geheimdienste (Dieter Bacher).

Das Buch über Margarethe Ottillinger stellt den – in Österreich einmaligen – Fall dar, dass die sowjetische Besatzungsmacht eine enge Mitarbeiterin eines Ministers in seinem Beisein unter falscher Beschuldigung festnahm, mit deren wirtschaftlichen Ausbeutungsinteressen sie in Konflikt geraten war.

Gerhard Wettig

Paul Mason, Postkapitalismus. Grundrisse einer kommenden Ökonomie, Berlin 2016 (*Suhrkamp*), 429 S.

Thomas Biebricher (Hrsg.), Der Staat des Neoliberalismus, Baden-Baden 2016 (*Nomos*), 285 S.

Der britische Journalist Paul Mason hat ein umfangreiches, zugängliches und im besten Sinne politisches Werk vorgelegt, das um die zentrale These kreist, wonach „der Kapitalismus ein komplexes, anpassungsfähiges System [sei], das jedoch an die Grenzen seiner Anpassungsfähigkeit gestoßen ist“ (S. 14). Diese These impliziert ihrerseits die Frage nach dem „Danach“. Masons Antwort lautet: Postkapitalismus. Unter Postkapitalismus versteht er eine „Nicht-Marktwirtschaft“ (S. 169), die, von

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

unten aus digitaler Informationstechnologie, unbegrenzten Informationsgütern und kollaborativer Allmendeproduktion hervorgehen wird.

Kapitalismus steht vor dem Verfall: Das Bemühen, das kapitalistische System aufrecht zu erhalten, habe sich schon zu Beginn der 1970er Jahre als grotesk erwiesen. Eine langfristige Analyse kapitalistischer Konjunkturen anhand der Kondratjew-Zyklen lässt Mason zu dem Schluss kommen, dass der um 1990 zu Ende gegangene vierte Zyklus der letzte kapitalistische Zyklus gewesen ist.

Information als Schlüsseltechnologie des aktuellen, fünften Entwicklungszyklus münde nicht in einen neuartigen Kapitalismus, „sie löst ihn auf" (S. 158) und „führt uns in ein postkapitalistisches Wirtschaftssystem" (ebd.), weil Informationen unbegrenzt verfügbar sind.

Unter Verweis auf Richard Stallman, den Vater der Open-Source-Bewegung und Verfasser des GNU-Manifests von 1985, gelingt es Mason eindrucksvoll zu plausibilisieren, dass gesellschaftliche Bedürfnisbefriedigung ohne den vermeintlich notwendigen Rückgriff auf Marktmechanismen gelingen kann. Die modulare, netzwerkartige Kooperation auf dem Weg zu dieser Gesellschaft verlange vor allem eins: Engagement. Das aber lohne sich, denn Teilwelten des Postkapitalismus – Wikipedia, Android – funktionieren schon heute.

Der von Thomas Biebricher herausgegebene Sammelband geht der Frage nach, wie sich Neoliberalismus und Staat zueinander verhalten. Im Grunde, so Biebricher, sei der Staat die „neoliberale Dauerbaustelle" (S. 14) schlechthin. Insofern er neoliberale Politiken ermögliche, sei das Stereotyp des neoliberalen Minimalstaates ergänzungsbedürftig, in theoretischer wie in praktischer Hinsicht. Loïk Wacquant unternimmt in seinem Beitrag eine Analyse des neoliberalen Staates. Dessen Innovationsleistung bestehe darin, dass er kollektiv verbindlich jene Leitbilder setze, die seinen „Bürgern so weit wie möglich marktkonformes Verhalten aufnötigen" (S. 183). Dies geschieht durch zentrale Schlüsselinstitutionen wie Polizei, Gerichte und Gefängnisse. Wacquant ist hier ganz nah bei Foucault, wenn er fordert, dass eine künftige Analyse des Neoliberalismus diese Institutionen in den Blick nehmen muss, um die von ihnen ausgehenden Subjektivierungsprozesse angemessen zu verstehen.

Jamie Peck geht in seinem Aufsatz mit Blick auf neoliberale Regierungspraxis dem Phänomen nach, warum in den Vereinigten Staaten auf kommunaler Ebene derzeit eine rigide Austeritätspolitik durchgesetzt wird. Das Propagieren eines möglichst schlanken Staates auf kommunaler Ebene sei deswegen so attraktiv, weil es ermögliche, kommunale Risiken, wie etwa langfristig defizitäre Haushalte, auf die Bürger abzuwälzen. Nachhaltigere, alternative Modelle kommunaler Regierung seien zwar denkbar, in ihrer Durchsetzung wegen des ungebrochen hegemonialen Narrativs neoliberaler Austerität aber vorerst politisch nicht umsetzbar

Was also ist der neoliberale Staat? Ein Gefüge, bestehend aus Institutionen und Narrativen, das neoliberale Subjektivierung langfristig zu stabilisieren vermag. Beide Bände, so der Gesamteindruck, operieren wesentlich mit Makroanalysen und – insbesondere bei Mason – mit langfristigen historischen Entwicklungszyklen. Das ist plausibel und jeweils gut umgesetzt, lässt aber die Wirkungsebene neoliberaler

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Gouvernementalität, etwa was die konkrete Wirkungsweise neoliberaler Narrative anbelangt, weitgehend außen vor: das Subjekt.
Matthias Lemke

Katrin Meyer, Macht und Gewalt im Widerstreit. Politisches Denken nach Hannah Arendt, Basel 2016 (*Schwabe*), 201 S.
Kerstin Putz (Hrsg.), Schreib doch mal *hard facts* über Dich. Briefe 1939-1975. Texte und Dokumente, München 2016 (*C.H.Beck*), 286 S.

Katrin Meyer hat in dem auf ihrer Habilitationsschrift basierenden Buch eine Interpretation von Hannah Arendts Machtbegriff vorgelegt, die dessen Relevanz für aktuelle Probleme politischer Theorie erschließen will. Das Buch folgt einer dreiteiligen Gliederung. Zunächst beleuchtet Meyer Arendts Machtbegriff in seinen handlungstheoretischen Implikationen bis hin zu seiner Verbindung mit dem Gedanken eines kollektiv wahrzunehmenden Vermögens menschlicher Initiativkraft.

Der zweite Teil erweitert die Darstellung insofern, als dieser Machtbegriff nun im Zusammenhang mit zentralen Fragen politischer Theorie diskutiert und dabei auf Grenzen von Arendts idealtypischer Machtkonzeption hingewiesen wird. Auch der dritte Teil führt dem Leser die Grenzen eines gewalt- und herrschaftsfreien Machtbegriffs vor Augen und zeigt unter Rückgriff auf Michel Foucault, wie „sich Macht und Gewalt gesellschaftlich und politisch in einen Zirkel verstricken“ (S. 146). Dieser sowohl interessanteste als auch eigenständigste Teil bricht mit der Vorstellung einer absoluten Disjunktion von Macht und Gewalt zugunsten einer differenzierteren Betrachtungsweise, nach der verschiedene Übergangs- und Überlappungserscheinungen zwischen beiden verdeutlicht werden. Dass die Differenz von Macht und Gewalt vor allem eine analytische Trennung darstellt, in der gleichwohl auch die Basis für einen normativen Begriff des Politischen zu finden ist, wird hier präzise ausbuchstabiert und für aktuelle Diskurse erschlossen.

Kritisch kann am Ende allenfalls angemerkt werden, dass das in diesem Zusammenhang aufscheinende Potenzial der Untersuchung recht stark auf ihre Bedeutung für feministische Diskurse hin akzentuiert wird. Daneben scheint die auf frühere Schriften beschränkte Textauswahl in einer gewissen Spannung zu stehen zu dem in der Einleitung formulierten Anspruch, die Unterscheidung von Macht und Gewalt als ein Arendts Werk insgesamt durchziehendes Strukturmerkmal ausweisen zu wollen, welches zudem einen „kontinuierlichen und unabschließbaren Prozess der Selbstkritik und Reflexion“ (S. 20) ermöglicht. Arendts Spätwerk und besonders ihre Auseinandersetzung mit der Urteilskraft als dem für Reflexion und Kritik zentralen Vermögen werden so möglicherweise unterschätzt.

Insgesamt liegt eine fundierte Untersuchung vor, die Arendts Machtbegriff perspektivenreich in aktuellen Diskussionen kontextualisiert, sich aufgrund ihrer Klarheit jedoch ebenso als Einführung in die Auseinandersetzung mit Macht als einem philosophischen Problemkreis eignet.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Der von Kerstin Putz herausgegebene Band ist in zweierlei Hinsicht eine erstaunliche Publikation: Zum einen muss es verwundern, dass der Briefwechsel zwischen Arendt und Anders bisher nicht in der gleichen Weise vorliegt, wie dies bei so vielen ihrer Korrespondenzen der Fall ist. Zum anderen geht das Konzept über eine bloße Briefwechseledition weit hinaus: Neben der eigentlichen Briefkorrespondenz und einigen weitgehend bekannten Bilddokumenten der beiden versammelt der Band eine Reihe weiterer Texte – wie Briefe von Anders an Feuchtwanger und verschiedene, zum Teil noch vor der Trennung der beiden verfasste Texte und Gedichte zu Rilke, Mannheim oder Benjamin, welche die erhaltenen Briefe sinnvoll ergänzen. Immer wieder werden Antisemitismus und Flucht als geteilter Erfahrungshintergrund eigenen Schreibens greifbar: „Aber nicht nur ihnen, den/Mördern wächst die Kraft unserer/ermordeten Freunde zu. Sondern auch uns, den/zufällig noch Überdauernden“ (S. 179). Auch Briefe von Arendts Mutter und ihrem zweiten Ehemann Heinrich Blücher an Anders führen die Lebensumstände der Beteiligten sehr plastisch vor Augen. Putz’ Band stellt damit insgesamt ein Zeitdokument von besonderer Eindrücklichkeit dar.

René Torkler

Reiner Möckelmann, Franz von Papen. Hitlers ewiger Vasall, Darmstadt 2016 (*Philipp von Zabern*), 480 S.
Volker Koop, Alfred Rosenberg. Der Wegbereiter des Holocaust, Köln 2016 (*Böhlau*), 346 S.

Biographische Zugänge bilden in der NS-Forschung ein breit gefächertes Genre von (auto)biographischen bis zu kollektivbiographischen Darstellungen. Während einzelne Studien wie Ian Kershaws „Hitler“ Paradigmen prägten und der Täterforschung Impulse lieferten, ist deren Thesenbildung zuweilen von aktuellen Konzepten durchzogen.

Auch Reiner Möckelmanns Biographie Franz von Papens und Volker Koops knappe Studie zu Alfred Rosenberg zentrieren neben „Persönlichkeit und Überzeugungswelt, […] politische[r] Sozialisation und […] weltanschauliche[r] Motivation“ deren Relevanz für das Funktionieren des Nationalsozialismus. So verschieden Karriere und Positionierung des katholischen Monarchisten und des „Hüter[s] der NS-Weltanschauung“ (S. 11) waren, findet sich auf dem Cover beider Bände Hitler als Referenz, was auf den vermeintlichen Geltungsdrang der Personen wie die Perspektivierung Hitlers als Verteilinstanz von Kompetenzen rekurriert.

Möckelmann fokussiert in seinem Narrativ *Hitlers ewiger Versall* den Kontrast der Memoiren Papens mit unterschiedlichster Korrespondenz, um Engagement für den NS jenseits der Selbstinszenierung aufzuzeigen. Durch diese Gegenüberstellung gelingt es ihm, einzelne Etappen in eine spannungsreiche Erzählung zu integrieren. Wenngleich er die Frage des Mitmachens an jenen Punkten aufwirft, an denen die Ereignisse einen Rückzug nahelegen – wie nach den Morden an Vertrauten –, verbindet der Autor eine Fortsetzung der Tätigkeit mit „persönlicher Eitelkeit, Wirk-

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

lichkeitsblindheit, und […] illusionärer Selbstüberschätzung“ (S. 391). Übernahm Papen von 1933 bis 1939 Posten, in denen er sich als Stabilisator, Mobilisierer von Klerus und Konservativen und schließlich Wegbereiter territorialer Erweiterung erwies, liegt der Fokus auf Papens Botschaftertätigkeit und konzentriert sich auf zwei Aspekte: Bestrebungen, die Türkei an die Achse zu binden; den Unwillen sich, trotz offenkundigen Einflussverlusts, einem anderen als Hitler zu unterstellen.

Während Möckelmann ältere Biographien durch 2008 publiziertes Material Angelo Roncallis ergänzte, griff Koop auf die 2015 erschienene Edition der Tagebücher Rosenbergs als Kontrastfolie zurück. Seine ebenfalls quellengesättigte Betrachtung sticht hierbei durch die Hauptthese – Rosenberg als Wegbereiter des Holocaust – hervor. Koop beschränkt sich allerdings nicht auf Redner- und Publikationstätigkeit, sondern versucht hieraus eine mobilisierende Wirkung abzuleiten, die empirisch kaum nachweisbar ist. Ein Großteil der Studie zentriert die diversen Positionen Rosenbergs in Partei- und Staatsstrukturen und deren Ausgestaltung, wobei er häufig in Konflikte geriet. Diese verortet der Autor in polykratischen Tendenzen des Regimes sowie im „Wesenszug“ (u. a. S. 38) Rosenbergs, weshalb er Kooperationen lediglich benennt.

Wenngleich beide Autoren den Figuren eine Integrationsfunktion für den Nationalsozialismus zuschreiben, wird deren Laufbahn zunehmend als Abstieg erzählt, welcher nicht selten mit Selbstinszenierungen kollidierte. Möckelmann wie Koop beschreiben diese Spannungen durch die These einer pathologischen Verarbeitung narzisstischer Kränkungen. So berechtigt ein ergänzender Rekurs auf psychologische Konzepte als Deutungsangebot sein mag, bleibt deren empirische Validierung jedoch in diesen Bänden zumeist prekär.

Aline Munkewitz

Rudolf Morsey, Fritz Gerlich. Ein früher Gegner Hitlers und des Nationalsozialismus, Paderborn 2016 (*Ferdinand Schöningh*), 346 S.

Die Geschichte des politischen Katholizismus sowie des katholischen Widerstandskampfes gehören zu Morseys Spezialgebieten. Die umfassende, präzise, mit zahlreichen Anmerkungen ergänzte Biografie stellt in 16 Kapiteln den kurvigen Lebens- und Schaffensweg Fritz Gerlichs vor, dessen furchtloser Kampf gegen Hitler lange Zeit vergessen war. Gerlich hatte früh vor den totalitären Zielen der NSDAP gewarnt. Der Autor stützt sich vornehmlich auf Briefe aus Gerlichs Nachlass, auf behördliche Akten aus dessen Schutzhaftzeit sowie auf Berichte von Weggefährten.

1883 in Stettin geboren und calvinistisch erzogen, verschlug es Gerlich zum Studium der Geschichte nach München, wo er nach der Ausbildung zum Archivar 1911 eine Stelle am Geheimen Staatsarchiv antrat. Der Vielschreiber publizierte rege nebenher. Gesundheitliche Gründe bewahrten ihn 1914 vor dem Kriegsdienst. Er beantragte 1917 eine Beurlaubung und widmete sich der Gewinnung von Ersatzfetten aus Waldabfällen – der Ausflug in die Forstwirtschaft endete jedoch erfolglos.

https://doi.org/10.5771/9783645288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Die Novemberrevolution ließ den einst begeisterten Anhänger der *Deutschen Vaterlandspartei* auf die Seite der Linksliberalen (DDP) umschwenken. Rastlos vertrat er in mehreren Verbänden die Interessen der bayerischen Staatsbeamten gegen die Räterepublik. Leidenschaftlich bekämpfte er die „Roten" in öffentlichen Reden. Statt 1919 in das Archiv zurückzukehren, nutzte er eine weitere Beurlaubung, um seine politischen Ambitionen dem *Heimatdienst Bayern für Ordnung, Recht und Aufbau* zur Verfügung zu stellen. Gern wäre er 1920 für die DDP in den Bayerischen Landtag und in den Reichstag einzogen; daraus wurde nichts. Der Herausgeber der *Münchner Neuesten Nachrichten*, dem das Buch des bissigen Antibolschewisten *Der Kommunismus als Lehre vom Tausendjährigen Reich* imponierte, gewann Gerlich als Chefredakteur. Die Zusammenarbeit mit dem selbstbewussten, eigensinnigen Charakter wuchs für Mitarbeiter und Verlagsdirektoren zur Herausforderung. Der Hitler-Ludendorff-Putsch geriet zum Schlüsselerlebnis für den Publizisten. Sein journalistisches Urteil über Hitler fiel angesichts des Verrats und Wortbruchs schneidend aus. Gustav von Kahr hingegen, der aus dem Putsch „ausgestiegen" war, „pries er als Retter des Vaterlandes" (S. 120). Daneben übte Gerlich harsch Kritik am Parlamentarismus und an den Sozialdemokraten; zeitgleich entwickelte er Verständnis für die revisionistische Politik Stresemanns.

Den zunehmenden Querelen bei den *Münchner Neuesten Nachrichten* – auch über Gerlichs Abkehr vom antirepublikanischen Kurs der Verlagsleitung – folgte 1928 der Abschied. Sein „Erweckungserlebnis" mit dem „Wunder" Therese Neumann in Konnersreuth (1927), in dessen Folge er zum Katholizismus konvertierte, führte zu einem Gesinnungs- und Lebenswandel. Die Glaubwürdigkeit der Mystikerin verteidigte er stets beharrlich.

Den Auftakt seines journalistischen Feldzugs gegen den Nationalsozialismus setzte er im Jahr 1931 mit der Wochenzeitschrift *Illustrierte Sonntagszeitung* (ab 1932 *Der gerade Weg*). Er führte unentwegt heftige Attacken gegen die Republikfeinde. Zunächst traf es die „Regierung Schleicher/Papen", die dem „Hitlerbolschewismus" diene (S. 219). Beharrlich und herausfordernd stellte er NS-Parteifunktionäre und Hitler an den Pranger. Spätestens ab Juli 1931, nach dem Artikel „Hitler und Wilhelm II.", galt Gerlich als Todfeind. Obwohl er sich der Bedrohung bewusst war, kehrte er 1933 aus Innsbruck zurück, wohin er nach Hitlers Amtsantritt als Reichskanzler ausgewichen war. Ein Fehler: Bereits am 9. März 1933 wurde er verhaftet und am 30. Juni 1934 in Dachau ermordet. Wer mehr über diesen tapferen und anständigen Sonderling, seine Stationen und Schwenks erfahren möchte, dem sei diese ebenso bewegende wie detailreiche Lektüre empfohlen.

Dorit Seichter

https://doi.org/10.5771/9783645288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Oskar Negt, Keine Demokratie ohne Sozialismus. Über den Zusammenhang von Politik, Geschichte und Moral, Göttingen 2016 (*Steidl*), 483 S.
Oskar Negt, Überlebensglück. Eine autobiographische Spurensuche, Göttingen 2016 (*Steidl*), 319 S.

Als fünfter Band der Werkausgabe versammelt *Keine Demokratie ohne Sozialismus* Aufsätze und Reden der 1960er und 1970er Jahre und gehört in jedes einigermaßen gut bestückte Literaturportfolio mit Schwerpunkten zu den bundesrepublikanischen Studentenprotesten und der damit verbundenen Rolle der Kritischen Theorie. Der unprätentiöse Stil, den Oskar Negt bei aller Entschiedenheit für die emanzipatorische Sache hier walten lässt, sucht in der Literatur dieser Jahre vergeblich seinesgleichen. Dies wird besonders in der Nachbetrachtung deutlich.

Thematisch wird viel von dem angegangen, was linkes Denken damals bewegte: darunter eine Parade des Linksfaschismus-Vorwurfs von Jürgen Habermas, die Würdigung Rosa Luxemburgs im Sinne der Kritischen Theorie sowie ein Plädoyer für Ernst Bloch und die Forderung nach einem Ende der Unterernährung der Phantasie im kommunistischen Lager. Darüber hinaus ist Negts Untersuchung der Bewusstseinszustände der gesellschaftlichen Eliten hervorzuheben. Mit seiner Analyse zur politpsychologischen Disposition von Unternehmern und Offizieren gelang ihm 1967 ein Kabinettstückchen: Es liefert trotz seiner Anachronismen auch heute noch genügend Einsichten, die die reflexhafte Empörung über rechte Zirkel in der Bundeswehr und über die Möglichkeit des Wandels einer zuvorderst wirtschaftsliberalen zu einer rechtspopulistischen *Alternative für Deutschland* (AfD) in einem naiven Licht erscheinen lassen.

Die Crux seiner Thesen und Analysen liegt hingegen darin, dass Negt wenig Berührungsängste zeigt, eine Klasse der Arbeiter und ihre Organisationen erneut aufs Schachbrett gesellschaftlicher Auseinandersetzung zu führen. Er reinthronisiert – angebliche – Antagonismen des Kapitalismus, die sich schon vordem als stumpf erwiesen hatten. Von einem Spross der Kritischen Theorie hätte man in den 1970er Jahren eine Aufklärung darüber erwarten dürfen, dass es die intelligiblen Konsequenzen der kapitalistischen Wertform sind, die Arbeiter und Unternehmer gemeinsam im perspektivlosen Joch dieser kapitalistischen Gesellschaft hält, und nicht der Klassenantagonismus, in dem „die Arbeiter" zudem auch nicht Antagonisten, sondern die andere, im Marx'schen Jargon die „variable" Seite der kapitalistischen Wertform-Medaille sind.

In *Überlebensglück* geht Negt seiner frühen Sozialisation nach, die maßgeblich durch Fluchtumstände gekennzeichnet ist. Neben dem anekdotischen Wert sind es einige Exkurse – z.B. die Rolle Dänemarks im Krieg –, die diesen Teil des Buches zum besseren machen. Der andere Teil besteht in ideengeschichtlichen Ausflügen zu Ikonen wie Johann Wolfgang von Goethe, Georg W. F. Hegel und insbesondere Imamnuel Kant; sie bleiben aber weitestgehend seicht. Gegen Ende des Buches offenbart sich zunehmend der Anstoß zu jener Spurensuche: die aktuelle Flüchtlingskrise und der Rechtsruck der politischen Landschaft im Zentrum Europas.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

So recht wollen sich die ideengeschichtlichen Ausflüge nicht mit den autobiographischen Teilen zu einer gelungenen Synthese vereinen. Sie bleiben sich merkwürdig fremd. Auch vermögen die herbeigerufenen deutschen Geistesgrößen nichts gegen das trübe Geistesklima der nach rechts wandernden Mitte auszurichten; von einer rassistisch-chauvinistischen Ur-Rechten ganz zu schweigen. Überhaupt drängt sich die Frage auf, ob sich deutsche Fluchtgeschichten aus der Ära des Zweiten Weltkrieges als Ausgangsfläche für Betrachtungen zur aktuellen Flüchtlingskrise eignen. Sind die Krisen und Kriege heute nicht mehr denn je Ausdruck einer allgemeinen Krise des globalen wertverwertendenden Systems? Sind nicht die erstarkenden faschistischen Auswüchse, egal ob im Islamismus, im Evangelikalismus amerikanischer Prägung oder im Nationalismus, der gerade die europäische Idee zu sprengen droht, Symptome einer nicht mehr integrationsfähigen Gesellschaftskultur, deren Integrativkraft einzig an die ökonomische Verwertungsfähigkeit gekoppelt ist? Mit moralischen Mahnungen wird man dagegen nicht ankommen. Aber diese Einsichten liegen in den Fundamenten der Kritik der politischen Ökonomie bereit und nicht in dem erhobenen Zeigefinger deutscher Idealisten. Bei Negt, so scheint es, hat das Faible für letztere, die ihn schon immer begleiteten, im nun autobiographiewürdigen Alter die Oberhand gewonnen.
Kai Doberitzsch

Jan Palmowski, Die Erfindung der sozialistischen Nation. Heimat und Politik im DDR-Alltag, Berlin 2016 (*Ch. Links*), 368 S.

„Den meisten Ostdeutschen wurde die DDR nie zu ‚ihrer' Nation" (S. 28), schreibt Jan Palmowski. Diese Erkenntnis ist keineswegs neu. Dennoch sucht der Historiker wie viele Wissenschaftler vor ihm eine Antwort auf die Frage, wie das scheinbar stabile Gemeinwesen der DDR so plötzlich in sich zusammenfallen konnte. Auf diese Leitfrage folgen in den Kapiteln zahlreiche Unterfragen, die mehr Verwirrung stiften als Klarheit schaffen. Seine erstmals 2014 und nun auf Deutsch publizierte Studie möchte der Autor zudem als einen „Beitrag zur seit einiger Zeit geführten Debatte über die Beziehungen zwischen Heimat und Nation in Deutschland" (S. 10) verstanden wissen. „Die politische Bedeutung von ‚Heimat' ist gerade darin zu sehen – in ihrer vermeintlichen Banalität und leicht zu unterschätzenden Allgegenwärtigkeit" (S. 14).

Unter der Überschrift „Sozialismus, Heimat und Identitätskonstruktion" analysiert er im ersten Teil, „wie und warum die SED in den ersten beiden Jahrzehnten nach Gründung der DDR versuchte, eine ‚nationale' Identität mittels ‚Heimat' zu konstruieren" (S. 26). Im zweiten Teil erläutert der Wissenschaftler, wie sich die Bürger unter der Maske des regelkonformen Verhaltens vom Regime distanzierten. Ungeklärt bleibt jedoch, warum Palmowski offenbar glaubt, diese Entwicklung hätte sich ausschließlich in der Ära Honecker vollzogen. Anhand von zwei Mikrostudien in „zwei sehr verschiedenen Dörfern" in den damaligen Bezirken Erfurt und Schwe-

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

rin meint der Autor im dritten Teil, belegen zu können, „wie lokale Kräftefelder durch die staatlichen Strukturen, die sozialistische Ideologie und den Staatssicherheitsdienst sowie durch lokale Beziehungsnetze und individuelle Lebensumstände geprägt wurden“ (S. 27). Dieser Exkurs in die lokale Gemeinschaft eignet sich jedoch nur bedingt zur Beweisführung.

In seinem stark deskriptiven Werk beruft sich Palmowski auf zahlreiche Quellen u. a. „des Kulturbundes, der SED und relevanter Ministerien“ (S. 25). Doch überrascht es, dass er keine Akten des Ministeriums für Kultur anführt. Nebulös bleibt zudem seine methodische Vorgehensweise: Kapitelüberschriften wie „Spur der Steine“, „Umweltzerstörung“ oder „Sozialdrama und Verschleierung der Herrschaft“ sind mit Blick auf den Untersuchungsgegenstand und die Problemstellung wenig aussagekräftig. Überdies stellt Palmowski oftmals die Ergebnisse seiner Analyse einzelnen Kapiteln ohne Belege voran, was die Nachvollziehbarkeit seiner Argumentation erschwert und den Lesefluss negativ beeinträchtigt – ein Beispiel: Einleitend zum zweiten Kapitel „Kultureller Neuanfang und deutsche Teilung (1945-1958)“ schreibt er: „Dieses Kapitel untersucht zunächst das Wachstum der Alltagskultur in der Sowjetischen Besatzungszone. Da Funktionäre vor Ort verzweifelt um kulturelle Aktivitäten bemüht waren, wurden Heimatpraktiken von der SED seit 1949 mehr oder weniger gebilligt. Funktionäre ermunterten sogar zu Äußerungen und Darbietungen lokaler Kultur“ (S. 34).

Nicht weniger Fragen werfen seine Schlussfolgerungen auf. Palmowski stützt sich z.B. in Kapitel 2, das auf 40 Seiten 13 Jahre DDR-Geschichte beschreibt, auf eine überschaubare Zahl von Quellen mit stark regionalen Bezügen zur „Heimatpolitik“. Anschließend argumentiert er in der knapp dreiseitigen „Zusammenfassung“ u. a., Heimat als solche sei zwar in der Gründungsphase der DDR für die SED „kein zentrales *ideologisches* Anliegen“ gewesen, „entwickelte sich aber zu einem bestimmenden *nationalen* Anliegen. […] Die Staatspartei zielte darauf ab, eine nationale Identität und Gemeinschaft zu konstruieren, die vom Begriff her auch den ‚Westen‘, die BRD, einschloss“ (S. 74). Seine Schlüsse von den kulturellen Praktiken auf Kreisebene auf die ideologischen Vorstellungen „der“ SED-Führung im Allgemeinen vermögen den Leser nicht zu überzeugen. Palmowskis Untersuchung reiht sich somit in die Riege jener Werke zur DDR-Forschung ein, welche die Bibliotheken füllen, ohne jedoch zur wiederholten Lektüre einzuladen.
Madeleine Petschke

Kiran Klaus Patel, The New Deal. A global history, Princeton 2016 (*Princeton University Press*), 435 S.

Der New Deal markiert eine Zäsur in der US-amerikanischen Sozial-, Wirtschafts- und Politikgeschichte des frühen 20. Jahrhunderts. Dass er, obschon emblematisch für die amerikanische Geschichte der Zwischenkriegszeit, keineswegs aus dieser allein verstanden werden kann, zeigt Kiran Klaus Patel in seiner Studie. Patel wählt

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

dabei einen dezidiert globalgeschichtlichen Zugang zu seinem Gegenstand, der die über lange Zeit vorherrschende Perspektive auf den New Deal als einer „genuinely national story“ (S. 1) und als Ausdruck isolationistischer Politik überwinden will. Der nationale Bezugsrahmen, so Patel, reiche nicht aus, um diese bedeutungsschweren Jahre zwischen „Großer Depression“ und Zweitem Weltkrieg hinreichend zu verstehen. Die „Große Depression“ stelle in der modernen Geschichte ein globales Ereignis ersten Ranges dar, und der New Deal müsse folglich in diesem Kontext gesehen werden. Von den weltweit höchst divergierenden Reaktionen auf die Doppelkrise von Kapitalismus und Demokratie sei der New Deal eine gewesen, wenngleich eine besonders prononcierte und wirkmächtige.

Patel untergliedert seine mehr als 400 Seiten umfassende Studie in fünf Kapitel. Nachdem die „Große Depression“ einleitend als weltweites Ereignis vorgestellt wird, widmet sich das zweite Kapitel den Maßnahmen der Roosevelt-Administration und stellt diese in einen globalen Kontext. Hier wird deutlich, dass der New Deal als eine nationale Spielart von Maßnahmen aufgefasst werden muss, die in geringerer oder größerer Abwandlung auch in anderen Ländern zur Anwendung kamen, wie beispielsweise der Auf- oder Ausbau des Sozialstaates. Das dritte Kapitel wendet den Blick schließlich auf die globalen Implikationen, die der New Deal zur Folge hatte, wie Patel u. a. am Beispiel der Auswirkungen der „Silver Purchase Acts“ (1934) auf China nachzeichnet. Ebenso erscheint die diplomatische Anerkennung der Sowjetunion durch die USA weniger durch außenpolitische als durch nationale wirtschaftliche Überlegungen geleitet. Das vierte Kapitel analysiert die Maßnahmenpakete des sogenannten Second New Deal im Kontext der globalen Entwicklungen seit 1935. So bestimmte der Aufstieg der totalitären Regime in Europa auch die sozialpolitische Agenda der Entscheidungsträger in Washington, die von der Annahme ausgingen, dass der Fortbestand der Demokratie in den USA untrennbar mit der Lösung der wirtschaftlichen Krise verknüpft sei. Das fünfte und letzte Kapitel analysiert die mittel- und längerfristigen Wirkungen des New Deal über 1945 hinaus. Patel interpretiert den New Deal dabei als das institutionelle Fundament für den Aufstieg der USA zum globalen Hegemon in der Nachkriegszeit. Nach diesem letzten Kapitel der Untersuchung wäre ein die Teilergebnisse zusammenfassendes Schlusskapitel wünschenswert gewesen. Auch wird dem Leser die Zugänglichkeit der Studie durch die eher feuilletonistisch gehaltenen, nur bedingt aussagekräftigen Kapitel- und Zwischenüberschriften unnötig erschwert. Hier wäre ein präziserer Inhaltsbezug durch Rückgriff auf die analytisch jeweils leitenden Begriffe zielführender gewesen. Diese Kritikpunkte bleiben gleichwohl Petitessen angesichts einer durchweg überzeugenden, streckenweise hochinteressanten und flüssig geschriebenen Studie, die durch eine solide Quellengrundlage und eine geradezu überbordende Rezeption der Forschungsliteratur beeindruckt (Anmerkungsapparat und Literaturverzeichnis machen mehr als 100 Seiten aus!). Patel wird seinem im Untertitel der Studie geäußerten Anspruch gerecht, eine „global history“ vorzulegen. Er führt damit zugleich auf eindrückliche Weise vor Augen, wie produktiv und erhellend der globalgeschichtliche Ansatz für die geschichtswissenschaftliche Forschung sein kann.

https://doi.org/10.5771/9783645288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Robert Radu

Madeleine Petschke, Literatur in den Farben der Deutschen Demokratischen Republik. Die Kulturpolitik unter Ulbricht und Honecker im Vergleich, Baden-Baden 2016 (*Nomos*), 843 S.
Paul Kaiser, Boheme in der DDR. Kunst und Gegenkultur im Staatssozialismus, Dresden 2016 (*DIK*), 471 S.

Als Gegenstand der empirischen Politikwissenschaft fristen Kunst und Kultur ein Schattendasein. Für die Legitimität politischer Systeme sind gemeinhin andere Felder der Staatstätigkeit bedeutsamer. Analysen von Kulturpolitik versprechen daher allenfalls bereichsspezifische Einblicke, aber keine breiteren Erkenntnisse über politische und gesellschaftliche Transformationsprozesse. Wie steht es aber mit der DDR, die sich als „Kulturland" begriff und den Künsten eine Schlüsselfunktion bei der Herausbildung einer „sozialistischen Persönlichkeit" zuwies? Wie wurde dort Kulturpolitik gemacht? Und welche Rolle spielten die Künste für die Stabilität bzw. Erosion des sozialistischen Regimes? Zu diesen Fragen liefern zwei voluminöse Studien neuartige Einsichten.

Die Chemnitzer Dissertation von Madeleine Petschke vergleicht die Kulturpolitik unter Walter Ulbricht und Erich Honecker, wobei der Bereich der belletristischen Literatur im Mittelpunkt steht. Unter Rückgriff auf die Policy-Forschung entwirft die Autorin einen differenzierten Analyserahmen, mit dem sie die Entwicklung der kulturpolitischen Akteurskonstellationen, Konzepte und Steuerungsinstrumente rekonstruiert. Die materialreiche Untersuchung zeigt, dass die wesentlichen kulturpolitischen Weichenstellungen in der Ära Ulbricht erfolgten. Unter Honecker fanden dann keine größeren organisatorischen und konzeptionellen Veränderungen mehr statt. Petschkes Fokus liegt auf der Binnenperspektive des Partei- und Staatsapparats. Über die Reichweite und Konsequenzen der kulturpolitischen Maßnahmen erfährt man eher wenig.

Hier setzt die Studie von Paul Kaiser an, die auf seiner Berliner Dissertation von 2007 basiert und um die Ergebnisse seiner zwischenzeitlichen Forschungs- und Ausstellungstätigkeiten erweitert wurde. Im Zentrum steht hier der Begriff „Boheme" – als (Selbst-)Bezeichnung der gegenkulturellen Szene der DDR durchaus gebräuchlich, aus geschichtswissenschaftlicher Sicht keineswegs unproblematisch. Kaiser macht ihn jedoch analytisch fruchtbar, indem er mit ihm das wechselseitige Verhältnis von Offizial- und Gegenkultur im SED-Staat erfasst. Aus offizieller Sicht kam der Kunst in der DDR eine zentrale Erziehungs- und Integrationsfunktion zu. Daher wurde ein umfangreiches Patronage- und Privilegiensystem für „Volkskunstschaffende" etabliert, während man alle „abweichenden" Kunstformen zu verdrängen suchte. Gleichwohl bildeten sich seit den 1970er Jahren alternative Strömungen heraus, die bei aller Formenvielfalt programmatische und soziale Gemeinsamkeiten aufwiesen und zugleich der offiziellen Kunstdoktrin des Sozialistischen Realismus als „Negativfolie der eigenen Existenz" (S. 426) verhaftet blieben. So schuf die gegenkulturelle Szene die „lebensweltliche Grundlage", auf der „sich dann in der spä-

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

ten DDR politische Initiativen, Gruppen und Programme auszudifferenzieren vermochten“ (S. 418). Allerdings kam es zu keiner „Verkopplung von gegenkulturellen und politischen Oppositionsträgern“ (S. 419), was nicht nur auf die Effizienz der Sicherheitsbehörden zurückzuführen ist, sondern auch im Selbstverständnis der Boheme gründet. Kaiser arbeitet diese komplexen Wechselbeziehungen theoretisch konzis heraus, wobei er auf ein breites Spektrum sozial- und kulturwissenschaftlicher Analysen zurückgreift. Zugleich gelingt ihm eine ungewöhnlich plastische Darstellung, indem er diverse Fallstudien zu Rockbands, Künstlergruppen und „Grenzgängern“ einbaut und seine Ausführungen reich bebildert. Dieses Buch ist weit mehr als eine überarbeitete Qualifikationsschrift – ein opus magnum der DDR-Sozial- und Kulturgeschichte, das intellektuell fasziniert und ästhetisches Vergnügen bereitet.
Florian Grotz

Michael Quante/David P. Schweikard (Hrsg.), Marx-Handbuch. Leben – Werk – Wirkung, Stuttgart 2016 (*J. B. Metzler*), 443 S.

Der Band versteht sich als ein Handbuch zu Karl Marx und nicht zum Werk von Marx und Friedrich Engels. Es begreift das Marx’sche Werk als ein „primär philosophisches Programm“, so dass sich das Denken von Marx nur vor dem Hintergrund der philosophischen Tradition, insbesondere des klassischen deutschen Idealismus, erfassen lasse. Mit „Blick auf die philosophische Dimension“ stellen die Herausgeber „bedeutende Unterschiede“ (S.V.) zwischen Karl Marx und Friedrich Engels fest und rechtfertigen damit ihre Konzentration auf Marx.

Das Handbuch, das im Autorenverzeichnis nicht weniger als 33 Mitarbeiter aufführt, ist in vier Kapitel gegliedert. Nach einem kurzen Abriss des Marx’schen Lebens (Kapitel I) werden in drei Abschnitten seine philosophischen, ökonomischen und politischen Schriften einzeln vorgestellt, referiert und in ihrer Bedeutung gewürdigt (Kapitel II). Dabei bemühen sich die Autoren nicht nur darum, den Anlass der jeweiligen Schrift, gegebenenfalls ihre Editionsgeschichte, ihre Verortung in der zeitgenössischen Publizistik und Wissenschaft sowie ihre Kernaussagen darzustellen. Die Beiträger versuchen ebenso, die Entwicklung des Marx’schen Denkens nachzuzeichnen. Darüber hinaus wird auf alternative Lesarten verwiesen; es kommen Kritiker zu Wort, und es werden Argumentationsdefizite und Irrtümer des Autors analysiert. Kapitel III greift die Abschnittsunterteilung des zweiten Kapitels auf, um „Grundbegriffe und Konzeptionen“ darzustellen. Diese Zweiteilung des Zugriffs auf das Marx’sche Werk erweist sich als überaus sinnvoll. Der Leser gewinnt auf diese Weise die Möglichkeit, sich dem Denken von Marx aus der Perspektive der zentralen Begriffe und Theorieansätze zu nähern. Kapitel IV ist schließlich der Rezeption des Marx’schen Werkes gewidmet. In vier Abschnitten werden grundsätzliche Sichtweisen der Marx-Interpretation erörtert; es werden philosophische Schulen und einzelne Denker vorgestellt, die sich auf Marx berufen, sich mit ihm kritisch auseinandersetzen oder selbst als Teil einer marxistischen Strömung zu gelten ha-

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

ben; es wird die „Ausstrahlung“ der Marx’schen Lehre auf andere Wissenschaftsdisziplinen untersucht, und eine Reihe von „Realisierungsversuchen“, namentlich die von Lenin und Mao Zedong.

Ihrem eigenen Verständnis nach waren die Herausgeber bemüht, die Pluralität der Marx-Perspektiven abzubilden und „vernünftige Dissense“ hinsichtlich unterschiedlicher Interpretationen sichtbar werden zu lassen. Inwieweit dies gelungen ist, kann angesichts der längst unübersehbar gewordenen Literatur zu Marx offen bleiben. Darstellung und kritische Würdigung des Marx’schen Denkens fallen zu großen Teilen wohlwollend aus. Kritik wird vornehmlich in Form der Benennung von Defiziten oder von „problematischen Aspekten“ seines Gesellschafts-, Geschichts- und Politikverständnisses geübt. Es findet sich allerdings auch die Bemerkung, dass die Marx’sche Ethik „eschatologische Züge“ trage und sein Wille, Ungerechtigkeit vollständig zu überwinden, dem „Konzept der (diesseitigen) Erlösung“ nahekommt (S. 170). Der Umstand, dass kommunistische Revolutionäre unter Berufung auf seine Theorie – mit Mitteln brutaler Gewalt durchgesetzte – gesellschaftliche Groß-Experimente rechtfertigten, findet zwar Erwähnung, wird aber nicht in Beziehung gesetzt zu Marxens Erwartung und Forderung einer revolutionären Aufhebung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft. Wladimir I. Lenin, Leo Trotzki und vor allem Josef Stalin hätten die „Haltung der Selbstkritik“ (S. 131), die Marx bei der Ausübung des Revolutionsgeschäfts anempfahl, missachtet, heißt es lapidar.

Die Herausgeber hoffen auf einen „Dialog“, der durch ihr Handbuch eröffnet werden möge. Diese Hoffnung kann man ohne Weiteres teilen: Eine Auseinandersetzung mit dem kommunistischen Denken ist nach wie vor geboten.
Lothar Fritze

Matthias Quent, Rassismus, Radikalisierung, Rechtsterrorismus. Wie der NSU entstand und was er über die Gesellschaft verrät, Weinheim 2016 (*Beltz Juventa*), 374 S.
Wolfgang Frindte u. a. (Hrsg.), Rechtsextremismus und „Nationalsozialistischer Untergrund“. Interdisziplinäre Debatten, Befunde und Bilanzen, Wiesbaden 2016 (*Springer VS*), 509 S.

Die Anschläge und Morde des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) haben große öffentliche Aufmerksamkeit erregt. Gleichwohl dauerte es fünf Jahre, bis eine erste sozialwissenschaftliche Monographie zum Thema vorgelegt wurde. Sie stammt von Matthias Quent, der in seiner Studie die Entwicklung der drei NSU-Angehörigen und deren Umfeld als Radikalisierungsprozess untersucht. Zunächst geht es darin um den Forschungsstand zum Thema und den Kontext von Gesellschaft und Rechtsterrorismus. Dabei fällt auf, dass Quent Verweis auf Verweis, Zitat auf Zitat aneinanderreiht. Demnach „klebt“ der Autor allzu stark an der Sekundärliteratur. Erst nach gut der Hälfte des Textes geht es zum eigentlichen Thema: Ausführlich schildert Quent die Entstehung, Gruppenkultur und „Rationalität“ des NSU. Dabei nimmt er immer wieder die allgemeine Entwicklung des Rechtsextremismus in Ostdeutschland in den Blick.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

In der Gesamtschau fällt das Urteil ambivalent aus: Während der erste Teil zwar eine informative Darstellung zu verschiedenen Aspekten der Forschung enthält, blitzt hier nur selten die eigene analytisch-wissenschaftliche Leistung auf. Darüber hinaus finden sich mitunter Einseitigkeiten und Fehldeutungen, insbesondere zur Extremismustheorie, die lediglich mit einem Buchtitel überhaupt im Literaturverzeichnis Platz findet. Die Darstellung und Untersuchung des NSU-Komplexes im engeren Sinne ist gelungener. Quent geht nicht nur ausführlich auf die Artikel von Uwe Mundlos ein, er zeichnet auch detailliert den Radikalisierungsprozess des NSU-Trios und ihres Umfeldes nach und entwickelt dabei eine einleuchtende Typologie. Auch wenn bei vielen Detailfragen immer noch Wissenslücken bestehen, gelingt es dem Autor, den Kontext von Gesellschaft, Radikalisierung und Rechtsterrorismus zu reflektieren. Er liefert zudem viele Anregungen für die Forschung.

Der von Wolfgang Frindte u.a herausgegebene Sammelband nennt zwar auch den NSU im Titel. Es handelt sich aber um eine Ansammlung von 21 Aufsätzen zu den unterschiedlichsten Aspekten des Rechtsextremismus, die vom Forschungsstand über Detailanalysen bis zu Präventionsmaßnahmen reichen. Bilanzierend lässt sich sagen, was man über viele Sammelwerke sagen kann: je dicker der Band, desto fragmentarischer der Inhalt. Die Herausgeber haben sich durch Kapitelbildung bemüht, zumindest ansatzweise eine Struktur herzustellen. Dabei gibt es auch in der Form und nicht nur im Inhalt große Unterschiede. Es werden mitunter sehr allgemein gehaltene Auffassungen oder schon mehrfach gedruckte Erkenntnisse präsentiert. Manche Autoren liefern Ergebnisse eigener Studien. Besondere Beachtung verdienen die Abhandlungen mit neuen Einschätzungen zum Komplex NSU und Verfassungsschutz.

Armin Pfahl-Traughber

Karl-Siegbert Rehberg/Franziska Kunz/Tino Schlinzig (Hrsg.), PEGIDA. Rechtspopulismus zwischen Fremdenangst und „Wende"-Enttäuschung? Analysen im Überblick, Bielefeld 2016 (*transcript*), 384 S.

In Krisenzeiten schlägt die Stunde der Populisten. Sie liefern den Stoff, um ihre Verachtung für die Eliten an das „Volk" zu bringen und diesem das zu versprechen, was es zu wünschen habe.

Die Erforschung von PEGIDA ist ein Bandwagon, auf den viele Sozialwissenschaftler aufgesprungen sind. Die wissenschaftlichen Deutungen von PEGIDA sind indes nicht nur vielfältig, sondern auch kontrovers. Dies – quasi handgerecht in einem Band zu präsentieren – macht den Reiz der versammelten Beiträge aus. Sie gehen auf ein Public Sociology Forum der Deutschen Gesellschaft für Soziologie zurück, das am 30. November 2015 in Dresden stattfand.

Einig scheinen sich die Autoren vor allem im Blick auf die Soziodemografie der Personen zu sein, die sich seit Oktober 2014 unter dem Label PEGIDA in Dresden versammeln: mittleren Alters, überwiegend männlich, aus der Mittelschicht und

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

nicht nur aus Dresden. Bei den Erklärungen über die Motive und Ziele der PEGIDA-Anhänger scheiden sich allerdings die wissenschaftlichen Geister.

Karl-Siegbert Rehberg meint einleitend: „Keiner der für eine Interpretation des zeitweisen PEGIDA-Erfolges erörterten Faktoren kann allein eine hinreichende kausale Erklärung liefern" (S. 25). Das mag auch eine Empfehlung sein, die nachfolgenden Beiträge kritisch zu lesen. Dass dies vonnöten ist, sei an einigen Beispielen illustriert: Joachim Fischer möchte mit zeitgeschichtlichem Blick auf die „Avantgarde-Funktion der Stadt [Dresden] für gesamtgesellschaftliche Debatten seit 1989" aufmerksam machen. Werner J. Patzelt bezweifelt, dass es sich bei PEGIDA um eine soziale Bewegung handele – die Mehrheit der PEGIDA-Demonstranten seien normale Bürger. Stefan Scharf und Clemens Pleul finden hingegen auf der Facebook-Fanpage von PEGIDA eben jene rechtspopulistischen Muster wieder, wie man sie von AfD-Auftritten zu kennen meint. Auch Hans Vorländer sieht in PEGIDA eine „rechtspopulistische Empörungsbewegung, die fremdenfeindliche und islamkritische Ressentiments mobilisiert" (S. 99), ebenso Piotr Kocyba und Dieter Rucht, der die Ähnlichkeiten zwischen PEGIDA und anderen rechtspopulistischen bzw. rechtsradikalen Gruppierungen hervorhebt. Dass die Medien in der Inszenierung von PEGIDA eine besondere Rolle spielen, wird von Lutz M. Hagen, Tino Heim und Olaf und Grit Jandura diskutiert. Für die nicht immer ausgewogene Berichterstattung über PEGIDA finden die Autoren schlüssige Argumente.

Die eingangs genannte Krisenproblematik, die Rolle des (europäischen) Rechtspopulismus und damit verbundenen Potenziale einer national-sozialen Gefahr behandeln Klaus Dörre, Jost Halfmann und Harmut Rosa. Dass die Demokratie durch den Rechtspopulismus und eben auch durch PEGIDA bedroht wird, ist eine Seite; dass Staat und Volksparteien in der Krisenbewältigung nicht sonderlich gut dastehen, eine andere. In den Beiträgen von Oliver Nachtwey, Frank Richter, Britta Schellenberg, Michael Bittner und Heinz Bude ist dies nachzulesen. Hans-Joachim Maaz thematisiert in bekannt einseitiger und psychologisierender Weise die „heftige und irrationale Ablehnung und eine spezifische Stigmatisierung als rechtsextrem" (S. 364), der die PEGIDA-Anhänger ausgesetzt seien. Der letzte Beitrag stammt von Ingo Schulze. Es handelt sich um die Wiedergabe eines Dialogs zwischen dem Autor und einem ebenso ignoranten wie unwissenden PEGIDA-Sympathisanten. Sicher, wissenschaftliche Kämpfe um Definition und Deutung von PEGIDA etc. werden die Angriffe auf die Demokratie kaum aufhalten. Dennoch sind sie unverzichtbar.
Wolfgang Frindte

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Hans Jakob Roth, Geschlecht und Macht. Ein Beitrag zur Geschlechterdiskussion, Baden-Baden 2016 (*Nomos*), 167 S.
Madeline Doneit/Bettina Lösch/Margit Rodrian-Pfennig (Hrsg.), Geschlecht ist politisch. Geschlechterreflexive Perspektiven in der politischen Bildung, Opladen 2016 (*Verlag Barbara Budrich*), 252 S.

Der Schweizer Historiker und Ökonom Hans Jakob Roth tritt mit dem Anspruch an, durch „ein klares theoretisches Verständnis" (S. 11) der Geschlechterdifferenz einen wesentlichen und innovativen Beitrag zur „Geschlechterdiskussion" zu leisten. Der Autor wählt die Methode des Vergleichs und konzentriert sich darauf, eine von ihm als „männlich" bezeichnete Kultur von einer komplementären „weiblichen" Kultur zu unterscheiden. Roth ist der Überzeugung, dass so die nötigen theoretischen Grundlagen für ein strategisches Konzept zur Gleichstellung der Geschlechter gelegt würden, welches der feministischen Bewegung von je her gänzlich gefehlt habe. Es ginge vor allem darum, die jeweiligen Stärken und Schwächen der beiden Geschlechter kennen und schätzen zu lernen.

Zudem wendet sich Roth explizit gegen eine Unterscheidung von „Sex" und „Gender", wobei er zur Begründung seiner Position vor allem sein „erstes, bewusstes sexuelles Erlebnis" (S. 23) anführt, das er „erst viel später wirklich verstanden habe" (ebd.). Seine Klassenlehrerin hatte ihn als siebenjährigen Schüler nach einem Konflikt zu einem klärenden Gespräch beiseite genommen. Roth beschreibt die Situation folgendermaßen: „Ich weiss noch gut, wie mir in dem Kämmerlein auf der einen Seite mulmig war, weil der Streit nun auskam und ich Auskunft darüber geben musste. Aber gleichzeitig hatte ich ein so angenehmes Gefühl, mit meiner jungen und hübschen Lehrerin allein sein zu können, sie für mich zu haben. Ich weiss noch genau, wie fasziniert ich von ihrem leichten Damenbart über den Lippen war" (ebd.).

Der Autor ist der Ansicht, dass sich an diesem Beispiel die Evidenz der engen Verwobenheit von biologischem Geschlecht, sozialem Geschlecht und sexuellem Begehren erweise. Hier wird – wie auch an weiteren Stellen – deutlich, dass es seiner Argumentation an Überzeugungskraft mangelt und zudem der wissenschaftliche Charakter seines Textes fragwürdig ist. Insgesamt bleibt Hans Jakob Roth mit seinen Thesen weit zurück hinter der Erkenntnistiefe und argumentativen Stärke von anderen, ebenfalls mit dem Geschlechterverhältnis befassten Theoretikerinnen, wie etwa Iris Marion Young, Cornelia Klinger oder auch Judith Butler. Vielmehr liest sich sein Buch wie eine Reproduktion altbekannter Thesen zu einer essentialistisch verstandenen Geschlechterdifferenz.

Ganz anders verhält es sich mit dem von Madeline Doneit, Bettina Lösch, Margit Rodrian-Pfennig herausgegeben Sammelband, der sich mit „geschlechterreflexiven Perspektiven in der politischen Bildung" auseinandersetzt. Das Konzept des Bandes überzeugt insbesondere durch eine theoretisch fundierte, kritisch-reflexive Perspektive auf (queer-feministische) politische Bildungspraxis. So fragen etwa Urmila Goel und Alice Stein nach der Angemessenheit von „Bildungsangebote[n], die aus-

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

schließlich Geschlecht, bzw. Heteronormativität in den Fokus setzen“ (S. 107) und greifen damit intersektionale Perspektiven auf, mit Hilfe derer die Verflechtung verschiedener Machtverhältnisse analysiert werden kann. Nora Ellerbrock hingegen zeigt in ihrem Beitrag auf, inwiefern „dekonstruktivistische Erkenntnisse in der aktuellen Praxis von LGBT* [Lesbian, Gay, Bisexual und Transgender] Aufklärungsarbeit berücksichtigt werden“ (S. 203) und skizziert eine heteronormativitätskritische Bildungsarbeit.

Erst im März dieses Jahres hat sich die Deutsche Vereinigung für Politikwissenschaft in einer Stellungnahme für eine Stärkung der politischen Bildungsarbeit eingesetzt. Vor dem Hintergrund des Sammelbandes ist dieses Plädoyer um die Forderung nach einer geschlechterreflexiven Ausrichtung der politischen Bildung zu ergänzen.

Anne Cress

Jasmina Rupp (Hrsg.), Der (Alb)traum vom Kalifat. Ursachen und Wirkung von Radikalisierung im politischen Islam, Wien 2016 (*Böhlau*), 374 S.
Marc Lynch, Die neuen Kriege in der arabischen Welt. Wie aus Aufständen Anarchie wurde, Hamburg 2016 (*edition Körber-Stiftung*), 443 S.

Angesichts der andauernden Konflikte in und zwischen islamisch geprägten Ländern und der Ausstrahlung dieser Spannungen auf den Rest der Welt sind Erklärungsansätze für die Entwicklungen in dieser Weltregion von höchster Relevanz. Beide Neuerscheinungen nehmen hierzu verschiedene – jedoch komplementäre – Perspektiven ein.

Der von der Arabistin und Politikwissenschaftlerin Jasmina Rupp herausgegebene Sammelband *Der (Alb)traum vom Kalifat* fokussiert die politischen Dynamiken in ausgewählten islamischen Ländern, die zur Etablierung von radikalen oder gemäßigteren Vertretern des politischen Islam führten, und stellt Ansätze der Deradikalisierung vor. Der Band besticht durch die Bandbreite der Länderstudien und die Tiefe der Untersuchungen. Auch die Deradikalisierungsprogramme – in Österreich, auf der EU-Ebene und in islamischen Ländern – bieten instruktive Einblicke. Der Zusammenhang zwischen gesellschaftlichen und politischen Prozessen in islamischen Ländern auf der einen und der angestrebten Deradikalisierung von Personen auf der anderen Seite bleibt jedoch unbestimmt. Eine vergleichende Analyse von Radikalisierungsfaktoren hätte die Beiträge noch besser verbinden können. Die dem Band vorangestellte Zusammenfassung, „dass radikal-islamistische Bewegungen als Antwort auf wirtschaftliche Notlagen, soziale Ungleichheit und Korruption der regierenden Eliten entstanden sind“ (S. 14), fällt recht allgemein aus und blendet zudem geo- und regionalpolitische Zusammenhänge aus. Die Stärke dieses Buches besteht somit in den höchst informativen Fallstudien, während zusammenführende Generalisierungen dem Leser (oder Folgeuntersuchungen) überlassen bleiben.

Die Monographie *Die neuen Kriege in der arabischen Welt* des Nahostexperten Marc Lynch verdeutlicht hingegen sehr anschaulich die regional- und machtpoliti-

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

schen Dimensionen der mit dem Arabischen Frühling verbundenen Umwälzungen und die sich daraus ergebenden Zwickmühlen der US-amerikanischen Diplomatie. Das Buch ist an ein breiteres Publikum ohne größere Vorkenntnisse adressiert. Dennoch weist es einen über die Darstellung hinausgehenden analytischen Mehrwert auf. Die verschiedenen Konfliktebenen werden differenziert – der Regionalkonflikt zwischen Saudi-Arabien und dem Iran, die Konkurrenz um die Führung unter den sunnitischen Ländern, die Gegensätze zwischen gemäßigteren, den Muslimbrüdern nahestehenden „Islamisten" auf der einen und salafistisch-wahabitischen bis zu dschihadistischen Gruppen auf der anderen Seite sowie die gesellschaftliche Opposition gegen autokratische Regierungen. Wo diese Ebenen zusammenhängen (etwa in Fällen des Sponsorings innerstaatlicher Fraktionen durch externe Akteure), werden sie verbunden. Das „große Bild", das Lynch entwirft, bietet keinen Anlass zu Optimismus. Der Arabische Frühling werde wiederkehren, jedoch unter schlechteren Vorzeichen. Während zunächst keineswegs Dschihadisten, sondern die Muslimbrüder und andere gemäßigtere Vertreter des politischen Islam profitierten, hätte das Scheitern ihrer Einbindung und ihr neuerlicher Ausschluss den gewaltfreien, demokratischen Weg für viele ihrer Sympathisanten diskreditiert. Gleichzeitig wurde ein dramatischer Einflussverlust der USA sichtbar. Offizielle Verbündete – allen voran Saudi-Arabien und Israel – hintertrieben die amerikanische Außenpolitik. Die Demokratisierung arabischer Länder unter Einbindung moderater „Islamisten" muss somit – mit der Ausnahme Tunesiens und Jordaniens – als auf lange Sicht gescheitert gelten. Auch für die Annäherung an den Iran fehlt es in der Region an Unterstützung. Eine neuerliche Welle des Protests träfe somit auf verhärtete Fronten und fehlende mäßigende Kräfte.

Sebastian Lange

Utz Schliesky u. a., Demokratie im digitalen Zeitalter. Das Grundgesetz im digitalen Zeitalter, Baden-Baden 2016 (*Nomos*), 138 S.
Folke Scheffel, Netzpolitik als Policy Subsystem? Internetregulierung in Deutschland 2006-2011, Baden-Baden 2016 (*Nomos*), 255 S.

Viele alltägliche Bereiche unseres Lebens sind bereits vom digitalen Zeitalter durchdrungen. Strukturelle Anpassungen in Politik und staatlicher Verwaltung folgen aufgrund besonderer Anforderungen erst deutlich verzögert, um die Funktion unseres Gemeinwesens aufrechtzuerhalten. Obwohl sich beide Bände diesem Sujet widmen, könnten sowohl Perspektiven als auch Grundannahmen nicht unterschiedlicher sein.

Der Band *Demokratie im digitalen Zeitalter* – gemeint ist dabei die Demokratie im Sinne des Grundgesetzes – liefert einen genuin verwaltungswissenschaftlichen Beitrag zur Debatte, welcher sich im lesenswerten Leitaufsatz von Utz Schliesky manifestiert. Er untersucht die rechtlichen Anforderungen, welche das Grundgesetz und das Bundesverfassungsgericht in seiner Rechtsprechung an eine Digitalisierung demokratischer Prozesse stellen. Dezidiert rechtliche Argumentationsmuster umgehen in erfrischender Weise ein tendenziöses Urteil zum digitalen Zeitalter. Lediglich

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

seltene Verquickungen soziologischer mit rechtswissenschaftlichen Argumenten erscheinen nicht immer nachvollziehbar.

In das Zentrum seiner Argumentation stellt Utz Schliesky das Prinzip der Legitimation und dessen verfassungsgerichtliche Interpretation. Sowohl das Legitimationssubjekt – bisher geltend, jedoch nicht unumstößlich: das (deutsche) Staatsvolk – als auch die Legitimität durch Verfahren stellen Hindernisse bei der Umsetzung digitaler Prozesse in der bundesdeutschen Demokratie dar. „Wenn verfassungsmäßige Legalität demokratische Legitimität bedeutet, so können zahlreiche digitale Wirkungszusammenhänge dem Gebot demokratischer Legitimation schon allein deshalb nicht genügen, weil das Grundgesetz die digitale Welt überhaupt nicht kennt" (S. 34). Einzelne Aspekte der Demokratisierung werden im zweiten Teil des Bandes anhand ausgewählter Fallbeispiele untersucht. Sönke E. Schulz, Florian Kuhlmann und Friedrich Gottberg entschieden sich für Wahlen, für Abgeordnete sowie das Parlament als Ort demokratischer Willensbildung als wesentliche Kriterien. Eine Begründung dieser Selektion, insbesondere ihrer Auswahl der Fälle, hätte den argumentativen Wert dieser Kapitel maßgeblich erhöht. Letztlich stehe einer Erprobung neuer demokratischer Verfahren im digitalen Zeitalter nichts entgegen. Der Maßstab bleibe jedoch stets die Gemeinwohlorientierung, an der sich auch bisherige Verfahren (erfolgreich) messen lassen müssen.

Folke Scheffel nutzt für seine Disseration *Netzpolitik als Policy-Subsystem* einen nicht minder formalen Analyserahmen. Mit Hilfe des „Advocacy Coalition Framework" untersucht er beispielhaft drei Wegmarken der Internetregulierung in Deutschland zwischen 2005 und 2011 im Stil einer klassischen Politikfeldanalyse: Vorratsdatenspeicherung von Verkehrsdaten, Netzsperren und Netzneutralität. Anhand der Bildung von Belief Systems und Advocacy Coalitions zeigt er die Entwicklung dieses neuen Politikfeldes auf. Die Untersuchung besticht durch eine verständliche und sachgerechte Struktur, einen klaren methodischen Rahmen und eine große Datensammlung zur weiteren Forschung. Nicht immer steht dabei das Ausmaß des Erkenntnisgewinns in einem angemessenen Verhältnis zum Umfang des gewählten methodischen Vorgehens. Überdies wäre eine umfassendere Einordnung der Ergebnisse wünschenswert gewesen.

Robert Steudtner

Jan Schröder, Rechtswissenschaft in Diktaturen. Die juristische Methodenlehre im NS-Staat und in der DDR, München 2016 (*C.H.Beck*), 146 S.

Der quantitativ schmale, inhaltlich aber sehr gehaltvolle Band ist als Beitrag zur vergleichenden Diktaturforschung zugleich Fortsetzung von Schröders *Recht als Wissenschaft*. Deutlicher als dort fragt der zuletzt in Tübingen lehrende Rechtshistoriker nach dem politischen Einfluss auf die juristische Methodenlehre in den beiden Diktaturen anhand von drei theoretischen Problemkreisen: der Rechtsquellenlehre, der Theorie der Gesetzesinterpretation und dem wissenschaftlichen Selbstverständnis.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Diese nüchterne Strukturierung des Stoffes ist als Versachlichung zu begrüßen. Sie löst die Analyse wissenschaftlicher Transformationsprozesse von der Skandalisierung einzelner Lebenswege.

Im ersten Abschnitt zum Nationalsozialismus knüpft Schröder an die seit den Pionierstudien von Ernst Fraenkel und Franz L. Neumann bekannte These von der Widersprüchlichkeit der nationalsozialistischen Rechtslehre an. Weil als Rechtsquelle mal der autoritäre Führer, mal das Volk bzw. die Rasse angesehen werde, lässt sich eine Antinomie von autoritärem und völkischem Prinzip konstatieren, wobei das bloß konservativ-autoritäre Moment zugunsten des Völkischen aufgelöst wird. Dieses Bild bestätigt sich nicht nur im Kapitel zur Gesetzesinterpretation, wo die subjektive Auslegung dem objektiven, weltanschaulichen Prinzip Platz machen musste, sondern auch im rechtswissenschaftlichen Selbstverständnis, dessen völkische Orientierung stilbildend für die folgenreiche Begriffsneubildung (etwa beim Täterbegriff) wurde. Schröder bestätigt den von den Klassikern der Diktaturforschung gewonnenen Befund der Radikalisierung, auch wenn seine Darstellung den Schwerpunkt weniger auf die historische Dynamik denn auf die Systematik der rechtstheoretischen „Debatte“ legt. Dass die DDR-Justiz ebenfalls von der Antinomie eines eher autoritären und weltanschaulichen Prinzips geprägt ist, überrascht kaum. Als Weltanschauungsdiktatur war das Recht niemals nur Wille des Staates, sondern stets das, was der Marxismus-Leninismus und die SED als zweckmäßig für sich erachteten. Folglich orientierten sich sozialistische Rechtswissenschaftler in ihrer Auslegung weniger am „Formalismus“ des bürgerlichen Zeitalters als an der sozialistischen Gesetzlichkeit, so wie sich die Rechtswissenschaft insgesamt den weltanschaulichen Prinzipien unterwarf. „In ihren Wesenszügen stimmt also die Rechtstheorie des sozialistischen Staates mit der des nationalsozialistischen überein“ (S. 113). Für die von Schröder implizit vertretene Übertragung von Fraenkels Doppelstaatsthese haben sich viele ausgesprochen (Falco Werkentin, Gesine Schwan oder Michael Stolleis). Jedoch bleibt fraglich, ob sich Radikalisierungsprozesse gleichermaßen behaupten lassen oder ob sich nicht nach dem Ende des stalinistischen Terrors die ritualisierte Ideologisierung im Normenstaat verfestigte, ja verknöcherte. Diesen Schluss legt auch Schröder nahe, wenn er ausführt, dass in der DDR zunehmend die rechtswissenschaftliche Systembildung nicht mehr nur ausschließlich ideologisch erfolgte, sondern „das gesetzliche System für maßgebend [erachtet wurde]; hier kapituliert also die sozialistische Rechtswissenschaft und fügt sich wieder dem autoritären Prinzip“ (S. 118). Kontroverser dürfte eine andere Annahme Schröders sein: Indem er die Ideologisierung der Rechtswissenschaften primär als Ergebnis der Diktaturen begreift, erscheinen die im Kaiserreich und der Weimarer Republik vertretenen rechtswissenschaftlichen Positionen als „weltanschaulich neutrale Standpunkt[e] der ‚bürgerlichen‘ Lehre“ (S. 42), die „kein autoritäres und kein ideologisches Prinzip“ (S. 119) kannten. Das mag als Ideal einer demokratischen Rechtwissenschaft zutreffen, als historische Beschreibung lassen sich Zweifel anmelden.

Frank Schale

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Jörg Später, Siegfried Kracauer. Eine Biographie, Berlin 2016 (*Suhrkamp*), 734 S.

Die Biographie beginnt vielversprechend. Mit einer Analyse zweier Porträtfotos Siegfried Kracauers führt Jörg Später den Leser direkt in dessen große Schaffensperioden, die Weimarer Republik der 1920er Jahre und das New York der 1950er Jahre, und stellt uns geschickt einen der vielseitigsten Denker des 20. Jahrhunderts vor. Kracauer war Architekt, Philosoph, Romancier, Geschichtstheoretiker, Kulturwissenschafler, Soziologe, Filmtheoretiker und -kritiker. Geboren wurde er 1898 in Frankfurt. Der berufliche Durchbruch gelang ihm als Feuilletonchef der *Frankfurter Zeitung* in Berlin, aus dem er als linker, jüdischer Demokrat sofort nach dem Reichstagsbrand nach Paris flüchtete. Von dort emigrierte er über Vichy-Frankreich und Franco-Spanien kurz vor dem Schließen der Fluchtroute nach New York, wo er einen zweiten beruflichen Frühling als Stipendiensammler und Verfasser verschiedenster wissenschaftlicher Studien erlebte. Kracauer hat gleich mehrere Wissenschaften durch seine Ideen und Bücher maßgeblich geprägt.

Über diesen Mann eine Biographie zu schreiben verlangt ein tiefes Verständnis für mehrere Disziplinen und Epochen. Dieser Herausforderung ist Jörg Später vollauf gerecht geworden, und zugleich wird sie ihm zum Verhängnis. Chronologisch schildert er zunächst die Kindheit und Familienherkunft des Autors – er nutzt dazu auch dessen autobiographischen Roman, den er an vielen Stellen unkommentiert einbindet. So erklärt sich uns Kracauer selbst durch seine eigenen Worte. Der Ansatz ist innovativ, aber methodisch gewagt und hätte eine kritische Auseinandersetzung im Detail verlangt.

Jörg Später erzählt das Leben des oft einsamen Individualisten Kracauers auch mit Hilfe vieler beruflicher Weggefährten und Freunde, unter denen Theodor Wiesengrund Adorno, Ernst Bloch und Walter Benjamin die wichtigsten waren. Detailliert analysiert er, wie sich die vier in ihren Schriften aufeinander bezogen, miteinander stritten, sich als Netzwerk in ihrem beruflichen Fortkommen stützten oder während der Flucht vor den Nationalsozialisten und im Exil das Überleben sicherten. Er referiert kenntnisreich die Debatten über Kracauers zahllose Werke und lässt damit den Intellektuellen anschaulich werden. Späters Buch beeindruckt durch profunde Sachkenntnis und tiefgehende Textanalysen.

Sein methodischer Ansatz aber, „das Leben und das Werk Kracauers im Zeichen der Existenzbewältigung“ (S. 16) zu erzählen, erscheint beliebig. Für eine zeitgemäße Geschichtsschreibung über das quellengesättigte 20. Jahrhundert ist eine Biographie über Siegfried Kracauer genauso begründungsbedürftig wie eine über seinen Friseur, beide müssen ihre Existenz bewältigen. Jörg Später hingegen erzählt bewusst die Leben großer Männer und verteidigt dies mit der naiven Behauptung, seine Biographie sei „keinem Ansatz verpflichtet (aber vielen Perspektiven)“ (S. 18). Dabei spielen Frauen durchaus eine prominente Rolle in Späters Buch, allen voran Kracauers Ehefrau Lilli Ehrenreich. Auch widmet er ein Kapitel dem Überlebenskampf von Kracauers Mutter und Tante im NS-Staat. Aber die Frauen dienen oft nur

https://doi.org/10.5771/9783645288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

dazu, den Protagonisten zu illustrieren, während die männlichen Weggefährten zu eigenständigen Gestalten aufgebaut werden.

Diese Biographie liefert das lange vermisste Standardwerk zu einem vielseitigen Grenzgänger zwischen Wissenschaft und Journalismus. Wer gezielt etwas über Kracauers Leben und Werk erfahren will, wird an diesem kundigen Buch seine Freude haben. Dem nach Unterhaltung suchenden populärwissenschaftlichen Lesenden verlangt diese Biographie viel ab: ob der Vielzahl der Disziplinen, die Kracauer betrat und in die es einzutauchen gilt. Es bietet auch einen Blick auf viele deutsche Intellektuelle und ihre Netzwerke. Als wissenschaftliche Biographie enttäuscht ihr methodisch unreflektierter Ansatz.

Daniel Münzner

Isabell Trommer, Rechtfertigung und Entlastung. Albert Speer in der Bundesrepublik, Frankfurt a.M. 2016 (*Campus*), 335 S.

Zur Geschichte der Bundesrepublik gehört ihr Umgang mit ihrem nationalsozialistischen Erbe. Eine zentrale Rolle in dieser Debatte spielte lange Zeit Albert Speer. Im Unterschied zu vielen anderen „NS-Größen" stammte Speer aus großbürgerlich-akademischem Milieu. Bereits in Auftreten und Habitus unterschied er sich deutlich von anderen NS-Führern, darunter „beutegierige" Kleinbürger und „Prolet-Arier" in hoher Zahl. Hitler, der „verhinderte Künstler", schien fasziniert vom stattlichen und gutaussehenden Architekten (und seinen Bauplänen). Nach seinem rasanten Aufstieg zum Rüstungsminister galt Speer im Dritten Reich zeitweise als zweiter Mann.

In Nürnberg präsentierte er sich als bußfertiger Ehrenmann und zog seinen Kopf aus der Schlinge. Anders als andere Angeklagte verurteilte er das NS-Regime als verbrecherisch und übernahm eine grundsätzliche Verantwortung für die NS-Massenmorde, von denen er eine abstrakte Ahnung, aber keine konkrete Kenntnis gehabt haben will. Zur Überraschung vieler Beobachter berichtete er sogar von seinem – angeblichen – Plan, Hitler mit Giftgas zu töten. Im Kontrast dazu flog er noch im April 1945 ins schwer umkämpfte Berlin, um sich vom Diktator zu verabschieden. 1946 als ein Hauptkriegsverbrecher zu 20 Jahren Haft verurteilt, blieb er auf den Tag genau bis 1966 inhaftiert. Zu seiner Entlassung schickte Willy Brandt, damals Regierender Bürgermeister von Berlin, Speers Ehefrau einen Blumenstrauß. Nach seiner Entlassung publizierte Speer seine auflagenstarken Erinnerungen und Tagebücher. Darin präsentiert er sich reumütig als – angeblich – unideologisch-unpolitischen Technokraten und Experten, der – wie viele Deutsche – der Verführungskraft Hitlers erlegen sei.

Isabell Trommers Buch konzentriert sich auf Wahrnehmung und Rezeption des langjährigen Hitler-Vertrauten in der Bundesrepublik. Hierbei stützt sich die Autorin primär auf die wissenschaftliche und publizistische Resonanz seiner Bücher und Interviews. Wie Trommer detailliert darlegt, artikulierten zunächst nur wenige Politikwissenschaftler, Historiker und Journalisten nennenswerte Zweifel an wesentlichen

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Einlassungen des Topzeitzeugen. Vielmehr übernehmen zahlreiche Autoren, darunter Joachim Fest, eher kritikarm viele Behauptungen Speers.

In der frühen Bundesrepublik fungierte er für Millionen ehemalige Mitläufer als willkommener Entlastungszeuge und Identifikationsfigur – nach der Devise: Wenn selbst Speer vom Holocaust nichts wusste, wie konnten Normalbürger dann davon etwas erfahren haben? Geschickt nutzte und förderte Speer verbreitete Tendenzen, Schuld und Verantwortung zu verdrängen und zu verleugnen. Durch seine Auftritte erlangte er in der frühen Bundesrepublik beachtliches Ansehen. Obwohl die Erforschung der NS-Diktatur frühzeitig begann: Erst später, als bundesdeutsche Zeithistoriker und Politikwissenschaftler das Dritte Reich und die singulären NS-Massenverbrechen intensiver untersuchten, wuchsen Zweifel auch an Speers Selbstdarstellungsmustern – dazu leistete Matthias Schmidts Buch *Speers wahre Rolle im Dritten Reich* einen wichtigen Beitrag. Immer mehr verdichten sich Indizien und Belege für Speers Mitwirkung am Ausbau des Konzentrationslagers Auschwitz, an der mörderischen Ausbeutung von Zwangsarbeitern und an der Vertreibung von Berliner Juden. Einen Höhepunkt erreichte die Debatte über Speer, als ein Brief des Vielschreibers aus dem Jahr 1971 an Hélène Jeanty Raven, Witwe eines belgischen Widerständlers, auftauchte. Darin bekannte Speer: „Es besteht kein Zweifel. Ich war zugegen, als Himmler am 6. Oktober 1943 [in Posen] ankündigte, dass alle Juden umgebracht werden würden."

Am Beispiel Speers liefert Trommers Buch zum einen interessante Einsichten in Geschichte und politische Kultur der Bundesrepublik im Wandel der Zeit; zum anderen schafft es eine gute Grundlage für fortgesetzte Forschungen über Speers reale Rolle im Dritten Reich.

Harald Bergsdorf

Hans Vorländer/Maik Herold/Steven Schäller, PEGIDA – Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung, Wiesbaden 2016 (*Springer VS*), 165 S.
Werner J. Patzelt/Joachim Klose, PEGIDA – Warnsignale aus Dresden, Dresden 2016 (*Thelem*), 669 S.

Hans Vorländer, Maik Herold und Steven Schäller bieten mit ihrem kompakten Werk *PEGIDA – Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung* eine solide Einführung in das Thema PEGIDA. Überblicksartig befassen sich die Autoren zunächst mit Geschichte und Entwicklung der Bewegung, es folgen Reaktionen. Einen Schwerpunkt legen sie auf die empirischen Ergebnisse der Dresdner (Hans Vorländer und Werner Patzelt), Berliner (Dieter Rucht) und Göttinger (Franz Walter) Studien. Beschreibungen der Gruppierung als islamfeindlich, extremistisch etc. werden in aller Kürze – passend zum Gesamtumfang des Werkes – mit den Befragungsdaten verglichen und visualisiert. Die oft sehr ausgedehnten Fußnoten enthalten viele Details, erscheinen für einen Überblicksband aber etwas zu umfangreich. Das Buch enthält außerdem einige Fotos, die teils von den selbst in Dres-

https://doi.org/10.5771/9783645288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

den lebenden Autoren angefertigt wurden. Insgesamt ist dies eine gelungene (wissenschaftliche) Einstiegslektüre zum Thema.

Ausführlicher und sehr viel detailreicher widmen sich Patzelt und Joachim Klose den „Patriotischen Europäern". Kapitel 2 setzt sich ausführlich mit der Programmatik PEGIDAs auseinander und kommentiert Inhalt wie Reaktionen der PEGIDA-Positionspapiere und -Verlautbarungen. Neben den üblichen Themen zu Entstehung und Zulauf (Kapitel 1) wird verstärkt auf den Umgang mit PEGIDA eingegangen. Es finden sich längere Zitate aus Medienbeiträgen zum Thema, die sehr detailliert interpretiert und erklärt, ebenso bewertet werden. Das Buch ist auch eine umfangreiche (retrospektive) Kritik an der Auseinandersetzung mit PEGIDA. Dabei scheint es von Zeit zu Zeit so, als habe es von vornherein „den" richtigen Umgang mit PEGDIA gegeben. In Kapitel 4 widmet sich Patzelt der Empirie. Dabei werden neben den bereits erwähnten Befragungsdaten vielfältige Textquellen herangezogen und ausgewertet. Nochmals ausgebaut wird diese Herangehensweise im mit „Pegidianer im O-Ton" betitelten sechsten Kapitel. Analysiert wird nicht etwa die Facebook-Seite PEGIDAs, sondern ein Schlagabtausch zwischen Gegnern und Befürwortern auf einer Fanseite des Autors. Die ausführlichen Zitate geben einen sehr guten und unverfälschten Einblick in die Gedankenwelt und Argumentationsstruktur von Befürwortern und Gegnern. Erwähnenswert ist weiterhin Kapitel 5 von Clemens Pleul und Stefan Scharf, das Straßen-PEGIDA mit Facebook-PEGIDA vergleicht und die Bewegung als Netzphänomen analysiert. Hierbei treten innovative Ansätze zur Analyse von Facebook-Seiten hervor. So werden anhand der Profilangaben die geografische Verteilung der Pegidianer visualisiert, aber auch Netzwerkstrukturen zwischen PEGIDA und anderen Seiten bzw. Akteuren sichtbar gemacht. Ebenso werden externe Daten (von Google Trends und Pegida-mag-dich) eingebunden und ausgewertet. Obgleich diese Analysen – ebenso wie die Befragungen – kein repräsentatives Abbild liefern können, lassen sie PEGIDA greifbarer und heterogener werden. Der Anhang dokumentiert die Veröffentlichungen PEGIDAs ausführlich. Weiterhin finden sich das Material der Befragung und die Einordnung zentraler Begriffe. Die Tiefe und Intensität, mit denen sich die Autoren mit dem Phänomen PEGIDA befassen, finden sich in keiner anderen Publikation. Vor allem erfährt PEGIDA eine Deutung in einem großen Gesamtkontext, der im Deutschen Kaiserreich seinen Anfang nimmt und über die Geschichte der sächsischen NPD bis zum Bau der Dresdner Feldschlösschen-Brücke reicht. Teils mischen sich in die kritischen Töne zum Umgang mit PEGIDA aber auch subjektiv-normative Ansichten.

Nico Dietrich

Adam Zamoyski, Phantome des Terrors. Die Angst vor der Revolution und die Unterdrückung der Freiheit 1789-1848, München 2016 (*C.H.Beck*), 618 S.

Es ging ein Gespenst um im nachrevolutionären Europa des 19. Jahrhunderts, das Gespenst der Revolution. Das ist das Thema von Adam Zamoyski, der sich – an-

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

schließend an seine Studien zum Untergang Napoleons und zur Neuordnung Europas auf dem Wiener Kongress – nun mit der Revolutionsfurcht und der Revolutionsprophylaxe zwischen der Französischen Revolution von 1789 und der Revolution von 1848 beschäftigt.

Bereits der Titel der materialreichen und anschaulich geschriebenen Darstellung verdeutlicht die These: Es sind die Ängste der Herrschenden vor einer neuerlichen Revolution, die auf die verschiedenen Kräfte der Opposition projiziert werden. Eine „gedachte" Bedrohung oder Ansteckungsgefahr also, die mit der Wirklichkeit der Oppositions- und Revolutionsbewegung der Jahrzehnte nach dem Wiener Kongress wenig zu tun hat. Doch allein diese Angst reichte aus, überall Verschwörungen zu vermuten und zu verfolgen. Ein Spitzelsystem über die Grenzen hinweg wurde errichtet und die Institution der politischen Polizei eingerichtet oder ausgebaut. Dabei konnte man auf das politische Überwachungssystem und teilweise auch auf das Personal zurückgreifen, das in der jakobinischen Phase der Französischen Revolution entwickelt und von Napoleon vervollkommnet worden war. Dass die Spitzel sich ständig bemüßigt fühlten, ihre Beobachtungen besonders drastisch und phantasievoll zusammenzustellen und mit dem Ziel zu kommunizieren, ihren Erfolg durch die Entdeckung möglichst vieler Verschwörer und „Gefährder" zu belegen, versteht sich fast von selbst und gehört zum Wesen von Geheimpolizeien und Agenten, vor allem wenn es sich dabei zusätzlich noch um Doppelagenten handelte, die zwei Herren verpflichtet waren (worauf der Verfasser bedauerlicherweise allerdings kaum eingeht).

Dass der Quellenwert ihrer Aufzeichnungen begrenzt ist, vor allem wenn man daraus etwas über die Größenordnung und die Netzwerke der Oppositionsgruppen bzw. über ihre politischen Ziele und Strategien erfahren will, ist einsichtig. Das ist auch nicht das eigentliche Erkenntnisziel der Studie. Ihm geht es mehr um kollektive Ängste, um Gerüchte und „fake-news" und um ihre politische Instrumentalisierung. Ob die Regierungen tatsächlich an die zahlreichen Verschwörungsgerüchte, etwa an die Existenz eines geheimen „comité directeur", das die Revolution vorbereitet, glauben, lässt sich nicht mit Sicherheit sagen; allerdings findet der Autor Belege dafür, dass Angehörige der Machtapparate auf ihre eigenen Erfindungen hereingefallen sind. Was die Spitzel-Berichte verdeutlichen, ist die Existenz eines permanenten Gefühls der Bedrohung und sozialen Ängste, die seit der Französischen Revolution das Alte Europa aus den verschiedensten Gründen heimgesucht hat. Die zahlreichen Kongresse der europäischen Mächte, zu denen nach fast jedem „Demagogen"-Auftritt der besonders wachsame und misstrauische österreichische Staatskanzler Metternich, die eigentliche Hauptfigur des Buches, immer wieder einlud, sollten darum dazu dienen, ein politisches System durch Methoden zu befestigen, die den Staat, den man schützen wollte, schließlich selbst gefährdeten. Die Angst vor der Revolution, die man durch Beschweigen und /oder durch Repression zu bekämpfen versuchte, schwächte am Ende die Ordnung, die man aufrechterhalten wollte.

Die Untersuchung stützt sich auf fleißig recherchierte Archivbestände und gedruckte Quellen und fügt die zahlreichen Berichte, Anekdoten und amourösen Ge-

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

schichten zusammen, die sich dort finden und die noch niemand so ausgiebig zusammengestellt hat. Das macht das Buch lesenswert und durch seine biographischen Skizzen auch anschaulich und spannend; aber was die liberalen und demokratischen Bewegungen, von denen immer wieder pauschal berichtet wurde, wirklich ausmachte, wie sie zum Projekt einer Revolution standen, welche sozialen Träger sie besaßen, das hat die Agenten Metternichs nur bedingt interessiert, denn sie waren in ihren Augen alles Revolutionäre. Darum hat auch die Erklärungskraft ihrer Berichte für eine systematische und vergleichende historische Darstellung ihre Grenzen. Der Leser, der wissen möchten, wie es zu der Revolution von 1830 kam, wieso die Spannungen und Risse in dem von Metternich geschmiedeten Block der monarchischen Staaten gegen die Revolution immer größer wurden, wie sich die Verwaltungen, die Parlamente und die Justiz gegenüber diesen Veränderungen verhalten haben, der erfährt davon wenig; und er wird auch nicht mit Forschungsthesen konfrontiert, die diesen Tanz auf dem Vulkan, auch in seiner Selbstgefährdung, erklären könnten. Stattdessen brach die Revolution, über die die Spitzel so häufig und drastisch berichtet haben, plötzlich herein.

Hans-Ulrich Thamer

https://doi.org/10.5771/9783645288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Kommentierte Bibliographie

Abu Zeid, Amr, Islam und Orient im Bild der Presse. Zur Suggestivkraft multimodaler Berichterstattung, Marburg 2016 (*Tectum*), 260 S. – Die Berner Dissertation analysiert mit den Methoden der Bildsemiotik und -rhetorik – insbesondere unter Auswertung der Schweizer *Weltwoche* und des deutschen *Spiegel* –, welche größtenteils emotional aufgeladenen Bilder von Islam und Orient sich darin finden lassen. Es ist eine fein ziselierte Analyse, die uns lehrt, nicht immer unseren Augen zu trauen.

Andolfatto, Dominique u. a., Le Front national et les ouvriers. Longue histoire ou basculement?, Paris 2016 (*Éditions Fondation Jean Jaurès*), 32 S. – Ausgewiesene Autoren diskutieren die Frage, warum so viele Arbeiter inzwischen den Front National unterstützen.

Andresen, Knud/Bart van der Steen (Hrsg.), A European Youth Revolt. European Perspectives on Youth Protest and Social Movements in the 1980 s, Basingstoke/NewYork 2016 (*Palgrave Macmillan*), 277 S. – Siebzehn exemplarische Studien (von Schweden bis Griechenland) nähern sich den Jugendprotesten der Jahre 1980/1981 als einem gesamteuropäischen Phänomen. Das analytische Programm, von einer Revolte im Sinne einer länderübergreifenden sozialen Bewegung zu sprechen, überzeugt, gerade wenn sich – wie beim Punk – subkulturelle und politische Ausdrucksformen mischen. Gleichwohl bleibt das transnationale Moment verschwommen. Für die Bundesrepublik Deutschland erweitern Mentalitäten, Ideen und sprachliche Muster der Akteure die zeithistorischen Forschungen, ohne sich allein auf ihre Militanz und Gewalt zu konzentrieren.

Anter, Andreas, Max Weber und die Staatsrechtslehre, Tübingen 2016 (*Mohr Siebeck*), 240 S. – Der Band umfasst bereits veröffentlichte, stark überarbeitete und neue Beiträge – letztere zu Carl Schmitt als einem Opponenten Max Webers und zur Entschlüsselung der EU-Bürokratie mit Weber'schen Begriffen. Andreas Anter untermauert hier erneut seinen Anspruch, die politiktheoretischen Staatsdiskurse nicht den Juristen zu überlassen und ruft gleichermaßen den Politikwissenschaftlern zu: „Bringing the State back in."

Apelt, Andreas H./Maria Hufenreuter (Hrsg.), Antisemitismus in der DDR und die Folgen, Halle (Saale) 2016 (*Mitteldeutscher Verlag*), 235 S. – Der Sammelband dokumentiert die Beiträge und Podiumsdiskussionen einer 2015 gemeinsam von der Deutschen Gesellschaft e.V. und der Deutsch-Israelischen Gesellschaft e.V. veranstalteten Tagung. Im Mittelpunkt steht die Diskrepanz eines von der SED verordneten Antisemitismus und den Vorurteilen gegenüber Juden in Ideologie, Partei und Gesellschaft.

Atkinson, Anthony B. u. a. (Hrsg.), Nationalstaat und Europäische Union – eine Bestandsaufnahme. Liber Amicorum für Joachim Jens Hesse, Baden-Baden 2016 (*Nomos*), 396 S. – Die Festschrift für den Politik- und Verwaltungswissenschaftler behandelt vier Komplexe, über die der Jubilar, Jahrgang 1942, intensiv geforscht hat. (1) Nationalstaat und Europäische Union: historische Zugänge; (2) Entwicklungsschritte, Krisenerscheinungen und deren Folgen; (3) Einrichtungen, Akteure, Politiken; (4) Handlungsoptionen. Hervorzuheben ist der Beitrag von Peter Graf Kielmansegg zum „uneindeutigen Schlüsselbegriff" der „Politischen Union".

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Badiou, Alain, Philosophie des wahren Glücks, Wien 2016 (*Passagen*), 104 S. – Alain Badiou ist der Denker immanenter Ausnahmen. Auf vier Bereiche ist der Kanon reduziert, in dem das Außergewöhnliche seine lokalen Eruptionsstätten hat: Liebe, Kunst, Wissenschaft und Politik. Alle Prozesse gehorchen derselben Logik: Kraft der subjektiv entschiedenen Existenz eines Ereignisses betritt ein neuer Körper das Licht der Welt, dessen Getreue ihre Endlichkeit abstreifen und die Situation mit einem Heer unbekannter Elemente überfluten. Diese souveränen Momente suspendierter Regeln sind die des Glücks, dem Badiou nun eigens nachspürt. Der Band bietet einen Einstieg in Badious Philosophie, deren Scheu, an ihr zu arbeiten, dem Maß der Verweigerung entspricht, etwas Lebendiges zu erfahren.

Badiou, Alain, Wider den globalen Kapitalismus. Für ein neues Denken in der Politik nach den Morden von Paris, Berlin 2016 (*Ullstein*), 64 S. – Ausgehend von der Struktur der gegenwärtigen Welt, die vom Triumph des neoliberalen Kapitalismus gänzlich durchdrungen sei, der die Handlungsspielräume von Staaten in seinem Interesse beschneidet und gigantische globale Ungleichheiten erzeuge, klassifiziert Alain Badiou drei „Subjektivitätstypen", die dieser Struktur inhärieren, deren krimineller Typ der „nihilistische" von Attentätern ist. Als Alternative zur Reaktion westlicher Staaten, die für diesen desaströsen Zustand der Welt Mitverantwortung trage, schlägt Badiou eine andere politische Denkweise vor, die sich der kapitalistischen Struktur der Welt entziehe: ein transnationales und transidentitäres Denken, das ungewöhnliche Allianzen zwischen heterogenen sozialen Schichten eingehe und sich den Anrufungen des Staates, wählen zu gehen, entzieht, um im Lokalen Möglichkeiten entdecken und praktizieren zu können, die der Staat für unmöglich erklärt.

Bailey, Christian, Between Yesterday and Tomorrow. German Visions of Europe, 1926-1950, New York/Oxford 2016 (*Berghahn Books*), 259 S. – Der Autor schreibt sich nicht weniger als eine Intellectual History der europäischen Integration im 20. Jahrhundert auf die Fahnen. Indem er sich in verloren geglaubte Europa-Bilder und -Konzeptionen vertieft, listet er nicht nur Außenseiter der intellektuellen und politischen Debatten auf, sondern problematisiert auch die bisherige Historisierung des europäischen Projekts. Fängt er mit den frühen Jahrgängen der Zeitschrift „Merkur" den Gedanken eines europäischen Abendlandes ein, erweitert er mit dem Internationalen Sozialistischen Kampfbund wie der Gruppe Das demokratische Deutschland die zivilgesellschaftlichen Perspektiven. Europa lässt sich desgleichen als „dritter Weg" zwischen den Blöcken lesen.

Bajohr, Frank u. a. (Hrsg.), Mehr als eine Erzählung. Zeitgeschichtliche Perspektiven auf die Bundesrepublik, Göttingen 2016 (*Wallstein*), 406 S. – Anlässlich des 65. Ehrentages von Axel Schildt, dem Zeithistoriker und Direktor der Hamburger Forschungsstelle für Zeitgeschichte, versammelt die Festgabe vielfältige Eindrücke seiner Forschungsgegenstände. Daraus entsteht ein „Kaleidoskop an Reflexionen über Erzählungen der bundesrepublikanischen Geschichte" (S. 11). Listete Schildt fünf Perspektiven auf, jene Zeitgeschichte der Bundesrepublik zu erzählen, arbeiten die Beiträger an einzelnen Proben oder nehmen andere Entwicklungsstränge der Zunft unter die Lupe. Naturgemäß sind die einzelnen Teile unterschiedlich gewichtet, gleichwohl hält der Leser exemplarische Studien bis zur Gegenwart in den Händen.

Baltier, Antoine, Comment devient-on électeur du Front national?, Paris 2016 (*Le cherche midi*), 367 S. – Der Journalist nähert sich den Wählern des Front National anders als die meisten Wahlforscher: Er führt mit Wählern ausführliche Interviews. Die Ergebnisse sind nicht repräsentativ, erhellen aber facettenreich die Motive der 28 Befragten, die der Autor zudem biographisch einordnet.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Barth, Boris, Europa nach dem Großen Krieg. Die Krise der Demokratie in der Zwischenkriegszeit 1918-1938, Frankfurt a.M./New York 2016 (*Campus*), 361 S. – Seit seiner Studie über die Geschichte von „Dolchstoßlegenden" hat sich der Konstanzer Historiker Boris Barth einen Namen als Kenner der Zwischenkriegszeit gemacht. Nun legt er zu ihr eine Gesamtdarstellung in systematisch-vergleichender Absicht vor. Er bearbeitet u. a. die Themenfelder der paramilitärischen Nachkriegsgewalt, politischer Ethnisierungen und Vertreibungen, des unzulänglichen wirtschaftlichen Wiederaufbaus und des Kampfs um die richtige Staatsform, insbesondere um Demokratie und Parlamentarismus. Entstanden ist eine kenntnisreiche Problemgeschichte, die strukturell überzeugt, durch Originalzitate und stärkere Berücksichtigung handelnder Personen aber lebendiger hätte gestaltet werden können. So treten in Barths Zwischenkriegsdrama weder Friedrich Ebert und Philipp Scheidemann noch Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ein einziges Mal auf.

Bauernfeind, Wolfgang, Menschenraub im Kalten Krieg. Täter, Opfer, Hintergründe, Halle (Saale) 2016 (*Mitteldeutscher Verlag*), 248 S. – Bauernfeind zeichnet anhand von Einzelschicksalen die in den 1940er und 1950er Jahren gängige Praxis des Menschenraubs nach. Besonders in der DDR war dieser ein beliebtes Mittel, um hochrangige Flüchtige, aber auch normale Bürger zurück auf sozialistischen Boden zu bringen – und der jeweiligen Strafe zuzuführen. Eine gut recherchierte Lektüre.

Bavaj, Riccardo, Der Nationalsozialismus. Entstehung, Aufstieg und Herrschaft, Berlin 2016 (*be.bra*), 204 S. – Die knappe Überblicksdarstellung des Nationalsozialismus bietet für historisch interessierte Leser eine prägnante Zusammenfassung der zentralen Entwicklungen, dem Fachpublikum indes keinerlei Neuigkeitswert.

Behre, Silja, Bewegte Erinnerung. Deutungskämpfe um „1968" in deutsch-französischer Perspektive, Tübingen 2016 (*Mohr Siebeck*), 421 S. – Schon bevor die Proteste abklungen waren und die Barrikaden abgebaut wurden, begann der Kampf um die Erinnerung an „1968". Die Dissertation historisiert diese als kollektive Prozesse in einem Szenenwechsel zwischen Frankreich und Deutschland, um den Kampf um die politische Deutung nachzuzeichnen. In der erinnernden Erzählung liegt selbst eine Strategie, die nochmals um die Bedeutung der Proteste ringt. In diesem Sinne verknüpft die Autorin ihr Plädoyer für eine analytische Erinnerungsforschung klug mit einem Korpus der Entwicklung sozialer Bewegungen. Der politische Streit treibt die Lebensgeschichten voran.

Behrens, Christoph (Hrsg.), Diversity Concepts – Diversity Politics, Hamburg 2016 (*Dr. Kovač*), 173 S. – Zwölf Beiträge fassen die Ergebnisse eines deutsch-indonesischen Symposiums an der Universität Kiel vom Frühjahr 2015 zusammen. Sie umkreisen Fragen von Identität und Diversität sowie soziale Exklusions- und Inklusionsmechanismen in modernen demokratischen Gesellschaften. Dabei werden aktuelle Debatten um Erziehung und Bildung, Sexualität und Geschlechterdiskurse ebenso aufgegriffen wie religiöse oder politische Prägungen in beiden Ländern. Die Autoren argumentieren meist situativ-praktisch, mitunter fehlt eine Einbettung in den breiteren Forschungsdiskurs.

Bensaid, Daniel, Ein ungeduldiges Leben. Politische Autobiografie, Hamburg 2016 (*Laika*), 440 S. – Der 2010 verstorbene Marxist Daniel Bensaid schildert sehr persönlich seine bewegte Jugend, seinen Weg von der Studentenrevolte der 1960er Jahre hin zu einem der bedeutendsten Sprachrohre der französischen Linken. Freilich handelt es sich nicht um ein Buch, das die Vergangenheit nostalgisch verklärt und die Zukunft in düsteren Farben malt. Er beschreibt zugleich die antikapitalistischen wie antifaschistischen Bewegungen nach der weltpolitischen Wende von 1989/1990.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Bera, Matt, Lobbying Hitler. Industrial Associations between Democracy and Dictatorship, New York/Oxford 2016 (*Berghahn Books*), 250 S. – Nach den herausragenden Studien zur Industriellen-, Unternehmens- und Wirtschaftsgeschichte des Dritten Reiches, wie sie über die Jahre hinweg Hans Mommsen, Adam Tooze und Henry Ashby Turner vorgelegt haben, liefert nun Matt Bera eine klug strukturierte und empirisch gut belegte Studie zum Verhältnis von Industrie und Politik im Nationalsozialismus. Gleichsam als Sonden dienen ihm die Biografien Karl Langes und Jakob Reicherts. Mit Hilfe ihrer Lebenswege kann der Autor auch die Zäsur von 1933 rückwärts überschreiten und die Übergänge zwischen Demokratie und Diktatur genauer taxieren. Bera arbeitet mit Gegensatzpaaren, die sich schon in den Kapitelüberschriften widerspiegeln („Opposition and Adaptation"; „Confidence and Complicity"; „Conflict and Coordination"; „Impotence"; „Indispensability") und zwischen denen sich ein breites Spektrum zum Zusammenspiel von Ökonomie und Ideologie auftut.

Berg, Sebastian, Intellectual Radicalism after 1989. Crisis and Re-orientation in the British and the American Left, Bielefeld 2016 (*transcript*), 344 S. – Die Chemnitzer Habilitationsschrift beschreibt am Beispiel von jeweils zwei amerikanischen (*Dissent* und *Monthly Review*) und britischen Journals (*New Left Review* und *Socialist Register*) die Jahre 1989/91 als tiefe Krisenerfahrung Linksintellektueller und deren Furcht vor einer neoliberalen Verschärfung des Kapitalismus. Obwohl sich die Mehrheit weiterhin als Sozialisten versteht, blieben nur wenige ihrer marxistischen Orientierung treu und nahmen ihre wachsende Marginalisierung hin; die Mehrheit suchte ihren Standpunkt zu verteidigen und fand vor allem in der linken Globalisierungskritik ihren Adressaten. Eine kleine Gruppe gab indes ihre Position auf und wurde zu „War-on-Terror Intellectuals" (Inderjeet Parmar). Angemerkt sei, dass andere Zeitschriften ein etwas tristeres Bild nahegelegt hätten – man denke hier nur an *Telos*.

Biene, Janusz u. a. (Hrsg.), Salafismus und Dschihadismus in Deutschland. Ursachen, Dynamiken, Handlungsempfehlungen, Frankfurt a.M./New York 2016 (*Campus*), 301 S. – Der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderte Sammelband trägt den aktuellen Kenntnisstand zu Salafismus und Dschihadismus in Deutschland zusammen und kann als State of the Art der deutschen Radikalisierungs- und Terrorismusforschung gelten. Am Projekt beteiligten sich namhafte Wissenschaftler und Praktiker mit und ohne Erfahrungen auf dem Forschungsgebiet.

Biskamp, Floris, Orientalismus und demokratische Öffentlichkeit. Antimuslimischer Rassismus aus Sicht postkolonialer und neuerer kritischer Theorie, Bielefeld 2016 (*transcript*), 441 S. – Vergegenwärtigt man sich die (medialen) Sprechweisen über Islam, Islamismus, Muslime und Orient während der zurückliegenden Jahre in Deutschland, so wird man rasch feststellen, wie unterschiedlich – in jedem Fall aber mehr oder weniger negativ/positiv konnotiert – diese Begriffe Verwendung finden. Floris Biskamp greift dies in seiner theoretisch ambitionierten („postcolonial"), zugleich aber empirisch belegten Gießener Dissertation auf und zeigt, welche (Ab-)Wege der Diskurs über kulturelle Differenz in einer demokratischen Gesellschaft beschreiten kann.

Blumenstiel, Jan Eric, Wie sich Wähler beim Entscheiden unterscheiden. Wählerheterogenität bei den Bundestagswahlen 1998 bis 2009, Baden-Baden 2016 (*Nomos*), 293 S. – Die Dissertation des Mannheimer Politikwissenschaftlers leistet einen wertvollen Beitrag zur Wahlforschung, indem sie sich gegen eine unreflektierte Annahme homogener Entscheidungskriterien des Wählers stellt und Heterogenitätshypothesen in bisherige Modelle zu implementieren versucht. Die Priorität der Studie liegt dabei auf der Analyse der Gewichtung von Entscheidungskriterien, die Wähler bei der Auswahl einer Partei anlegen.

Bohley, Peter, Identität. Wie sie entsteht und warum der Mensch sie braucht, Marburg 2016 (*Tectum*), 130 S. – Peter Bohley beschreibt die Identität als wichtige Bedingung der „Lebenshilfe" und „Orientierung" für das menschliche Dasein. Der Autor nimmt die historische Entwicklung der kollektiven Identität in der Schweiz und Deutschland in den Blick und plädiert für die Herausbildung einer neuzeitlichen nationalen Identität in Abgrenzung zum Nationalismus.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Böning, Renate, „Ich wundere mich nur, dass wir alle mitgemacht haben". Erinnerungen an mein Leben in der DDR, hrsg. von Ursula Blömer, Opladen 2016 (*Barbara Budrich*), 165 S. – Renate Böning, Jahrgang 1935, promoviert in einem „Orchideenfach", schildert in dem Interviewband ihr nicht immer einfaches Leben in der DDR – mit Exkursen in die Zeit des Nationalsozialismus und in die Zeit nach der deutschen Einheit.

Botha, Henk u. a. (Hrsg.), Das Ende des repräsentativen Staates? Demokratie am Scheideweg – Eine Deutsch-Südafrikanische Perspektive, Baden-Baden 2016 (*Nomos*), 409 S. – Der Tagungsband erörtert Fragen nach der Zukunft der Demokratie in beiden Staaten. Drei Komplexe stehen im Vordergrund: Diagnose, Reformmöglichkeiten, Weiterentwicklung. Den Autoren des heterogenen Sammelwerkes geht es darum, die Legitimation der Demokratie zu stärken.

Bräuninger, Werner, Kühnen. Portrait einer deutschen Karriere – die Biographie, Bad Schussenried 2016 (*Gerhard Hess*), 718 S. – Michael Kühnen war in den 1970er und 1980er Jahren wohl der führende Kopf innerhalb der neonationalsozialistischen Szene. Diese Mammutbiographie erschließt viel neues Material, ungeachtet aller problematischen Interpretationen.

Bragança, Manuel/Peter Tame (Hrsg.), The Long Aftermath. Cultural Legacies of Europe at War, 1936-2016, New York/Oxford 2016 (*Berghahn Books*), 388 S. – In der renommierten Reihe „Studies in Contemporary European History" erscheint dieser Band, der sich – über 80 Jahre erstreckend – dem ausgedehnten Erbe des Zweiten Weltkriegs widmet. In 21 Kapiteln – nach Länderstudien gegliedert: zu Spanien, dem Vereinigten Königreich, Frankreich, Deutschland, Italien, Polen und der Sowjetunion/Russland – und einer ebenso breiten wie kenntnisreichen Einleitung gelingt es, das Thema auszuleuchten und zugleich vielfältiges Material für weitere, vergleichend-angelegte Arbeiten bereitzustellen. Richard Overys Vorwort und Jay Winters Nachwort würzen das Kompendium mit der richtigen Prise essayistischen Salzes.

Braune, Andreas, Das Andere der Freiheit. Zwang und Heteronomie in der politischen Theorie der Moderne, Baden-Baden 2016 (*Nomos*), 551 S. – Die Dissertation besticht durch eine umfassende Analyse des Zwangsbegriffs als Antagonist der Freiheit in verschiedensten Formen. Braune verabschiedet sich vom reinen liberalen Verständnis zugunsten einer heteronomen Betrachtungsweise, in der strukturelle Zwänge und Entfremdung Beachtung finden. Darüber hinaus beinhaltet die Arbeit die Erweiterung des liberalen Modells hinsichtlich nicht-handlungsbasierter Zwangsverhältnisse.

Bredow, Wilfried von, Die Geschichte der Bundeswehr, Berlin 2016 (*Palm*), 160 S. – Wie kaum ein zweiter Politikwissenschaftler versteht es der Autor, Themen der Außen- und Sicherheitspolitik anschaulich zu machen – hier wörtlich verstanden: Reich bebildert präsentiert der auf Ausgleich bedachte Band die Bundeswehr seit der Himmeroder Denkschrift (1950) und der Aufstellung (1955). Die Debatte um die Wehrverfassung und die „Innere Führung" kommt ebenso zu ihrem Recht wie die – schon immer als knapp angesehene – Ausrüstung, die Einsatzrealität seit den Balkankriegen und die Folgen der „ausgesetzten" Wehrpflicht.

Brodocz, André/Gary S. Schaal (Hrsg.), Politische Theorien der Gegenwart III. Eine Einführung, Opladen 2016 (*Barbara Budrich*), 486 S. – Der Anlass, den beiden Bänden eine Erweiterung beizufügen, belegen die Herausgeber mit einer Zäsur innerhalb der politischen Theorie: dem Rückzug der Soziologie und der gesellschaftlichen Theorien folgten Impulse aus der Philosophie und aus empirischen Forschungen. Zugleich nehmen sie eine Pluralisierung der politischen Theorien wahr, welche das Forschungsfeld zunehmend unübersichtlich erscheinen lassen. Die gliedernden Stichworte umgrenzen Problemfelder: Pluralismus, Feminismus, Rechtfertigung, Hegemonie oder Postdemokratie werden anhand ausgewählter Autoren umrissen. Den Beiträgern gelingt in bewährter Weise ein Überblick zu Werk, Kritik und intellektuellem Kontext.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Bruch, Rüdiger vom u. a. (Hrsg.), Studentenkulturen: Jahrbuch für Universitätsgeschichte, Bd. 17 (2014), Stuttgart 2016 (*Franz Steiner*), 278 S. – Gut Ding will Weile haben. Das belegt die 2014er Ausgabe des *Jahrbuchs für Universitätsgeschichte*, das mit zwei Jahren Verspätung erschienen ist, dafür aber mit vielen lesenswerten Beiträgen aufwarten kann. Neben zwei französischsprachigen Aufsätzen zur französischen Universitätsgeschichte als Beleg für die transnationale Modernität des Unterfangens und zwei kontroversen Beiträgen zur Frauen- und Geschlechtergeschichte an westdeutschen Universitäten nach „1968" widmet sich dieser Jahrgang dem Themenschwerpunkt „Studentenkulturen".

Buchstein, Hubertus/Siegfried Frech/Kerstin Pohl (Hrsg.), Beutelsbacher Konsens und politische Kultur. Siegfried Schiele und die politische Bildung, Schwalbach a.Ts. 2016 (*Wochenschau*), 223 S. – Einerseits um Konsens, andererseits um innovative Ideen bei der politischen Bildung ist Siegfried Schiele, einer der wichtigsten Mittler der Bildungsarbeit in Deutschland, stets bemüht: Der Erfolg zeigt sich etwa in der Verankerung des von ihm maßgeblich konzipierten „Beutelsbacher Konsenses" (1976) in allen Bildungspapieren der Bundesrepublik. In dem Interviewband werden auch Verdienste beim Aufbau der Landeszentrale für politische Bildung in Sachsen deutlich.

Bude, Heinz, Das Gefühl der Welt. Über die Macht der Stimmungen, München 2016 (*Carl Hanser*), 140 S. – Das Gerede von der Stimmungsdemokratie greift Raum. Ganz von der Hand zu weisen ist dies angesichts der Umschwünge im Meinungsbild der Bevölkerung der letzten Monate und Jahre keineswegs. Insofern enthält das Buch von Bude durchaus einige Anhaltspunkte, um die Erkenntnis dieser Phänomene zu vertiefen. Gleichwohl ist das Eindampfen der Gesellschaft auf die Dichotomie zwischen Antikapitalisten, deren permanente Aufregung dem TINA-Prinzip gilt, und den Fatalisten, die jeglicher Irrationalität noch einen Sinn abgewinnen können, recht schlicht.

Bude, Heinz/Philipp Staab (Hrsg.), Kapitalismus und neue Ungleichheit. Die neuen Verwerfungen, Frankfurt a.M./New York 2016 (*Campus*), 370 S. – Sowohl die Ungleichheit der Einkommen als auch die des Vermögens ist das Thema der nächsten Jahrzehnte, wie die beiden Herausgeber betonen. Die Verbindung zwischen der Entwicklung von Ungleichheit und ihren strukturellen Bedingungen im Kapitalismus ist das Kernanliegen des Sammelbandes. Er vereinigt u. a. Texte zur Veränderung von Wertschöpfungsketten der Gegenwart über soziale Ungleichheit in globaler Dimension bis hin zur Zukunft der Kapitalismuskritik.

Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2015, Wien 2016 (*Bezugsadresse: http://www.bmi.gv.at*), 80 S. – Der Bericht behandelt gewaltorientierte Vereinigungen und Bestrebungen in den Bereichen „Rechtsextremismus", „Linksextremismus", „Islamistischer Extremismus und Terrorismus" für das Berichtsjahr 2015. Ergänzende Fachbeiträge sind u. a. der Hasskriminalität, der Xenophobie, den Folgen der „Flüchtlingskrise" und der in diesem Zusammenhang besonders wichtigen Lage in der MENA-Region gewidmet.

Bundeskriminalamt u. a., Analyse der Radikalisierungshintergründe und -verläufe der Personen, die aus islamistischer Motivation aus Deutschland in Richtung Syrien und Irak ausgereist sind (Fortschreibung 2016), o.O., 2016 (*Bezugsadresse: www.innenministerkonferenz.de*), 61 S. – Die Studie schreibt den Bericht des Vorjahres fort und präsentiert die Ergebnisse einer systematischen statistischen Auswertung der sicherheitsbehördlichen Informationen zu den 784 Personen, die bis Ende Juni 2016 nach Syrien und in den Irak ausreisten.

Buszewski, Sinthiou u. a. (Hrsg.), Freihandel vs. Demokratie. Grundsätze transnationaler Legitimation: Partizipation, Reversibilität, Transparenz, Baden-Baden 2016 (*Nomos*), 256 S. – Der Tagungsband behandelt zentrale Fragestellungen des Freihandelsdiskurses, mit besonderem Fokus auf Partizipation, Legitimation sowie den historischen und theoretischen Grundlagen. Insgesamt wird ein kompakter und verständlicher Einstieg in den Themenbereich geboten.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Calan, Maël de, La vérité sur le programme du Front national, préface d'Alain Juppé, Paris 2016 (*Plon*), 257 S. – Die kritische Auseinandersetzung mit dem Wahlprogramm des Front National im Vorfeld der französischen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2017 stammt aus der Feder eines Beraters von Alain Juppé, von François Fillon ausgebooteter Präsidentschaftsanwärter der Republikaner, der selbst ein Vorwort beigesteuert hat.

Camus, Jean-Yves u. a., Ultras, Extrêmes. Les radicalités de gauche à droite, Paris 2016 (*Éditions Fondation Jean Jaurès*), 34 S. – Experten diskutieren die Formen und Motivationen radikalen politischen Engagements – von der extremen Rechten über religiöse Fundamentalisten bis zur extremen Linken.

Chapoutot, Johann, Das Gesetz des Blutes. Von der NS-Weltanschauung zum Vernichtungskrieg, Darmstadt 2016 (*Philipp von Zabern*), 475 S. – Die bereits 2014 in Frankreich veröffentlichte Studie analysiert eindrucksvoll den Weg und Übergang von der Formulierung der nationalsozialistischen Rassenideologie bis zur Umsetzung im Zweiten Weltkrieg und dem Holocaust.

Chesnot, Christian/Georges Malbrunot, Nos très chers émirs. Sont-ils vraiment nos amis?, Neuilly-sur-Seine 2016 (*Éditions Michel Lafon*), 299 S. – Die Journalisten begeben sich auf die Spur der finanziellen Unterstützungsleistungen, die aus Katar und Saudi-Arabien nach Frankreich und zum IS in Syrien und im Irak geflossen zu sein scheinen.

Croissant, Aurel, Die politischen Systeme Südostasiens. Eine Einführung, Wiesbaden 2016 (*Springer VS*), 626 S. – Der Autor behandelt in elf einheitlich gegliederten Darstellungen die Geschichte, Verfassungsentwicklung und -prinzipien, Regierungssysteme, Parteien und Wahlen, Rechtssysteme, Staat und Verwaltung, zivil-militärischen Beziehungen, Politischen Kulturen, Medien und Zivilgesellschaften der südostasiatischen Staaten. Eingerahmt werden die Länderporträts von einem historisch einleitenden und einem vergleichend ausblickenden Kapitel.

DAMALS (Hrsg.), 1917 – Revolutionäres Russland, Darmstadt 2016 (*Theiss*), 128 S. – Der mit reichlich Bildmaterial versehene Band über das russische Revolutionsgeschehen von 1917, der Beiträge namhafter deutscher Historiker wie Manfred Hildermeier, Helmut Altrichter, Jörg Baberowski, Dietmar Neutatz u. a. versammelt, gibt allenfalls einen Überblick über das Jahr 1917. Als Einführungswerk für historisch interessierte Leser ist er zu empfehlen.

Decker, Oliver u. a. (Hrsg.), Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland. Die Leipziger »Mitte«-Studie 2016, Gießen 2016 (*Psychosozial-Verlag*), 249. S. – Erneut entzündete sich Kritik an der aktuellen Auskopplung der Langzeituntersuchung zum antidemokratischen Potenzial der gesellschaftlichen Mitte: Sie reicht vom „Alarmismus", der vor einem zunehmenden Hass auf Asylsuchende, Muslime oder Sinti und Roma bei schwindender Feindlichkeit gegenüber Ausländern allgemein warnt, dem diffusen Begriff der „Mitte" und seiner Grenzen, über die Methode der standardisierten Fragebögen hin zu den gesellschaftlichen Tendenzen, welche die Forscher wahrnehmen. Dass sich antidemokratische Parolen im öffentlichen Raum festgesetzt haben und insgesamt eine Polarisierung zwischen demokratischen und autoritären Milieus festzuhalten bleibt, ist dabei weitgehend Konsens.

Defrance, Corine/Ulrich Pfeil (Hrsg.), Verständigung und Versöhnung nach dem „Zivilisationsbruch"? Deutschland in Europa nach 1945, Brüssel u. a. 2016 (*P.I.E. Peter Lang*), 853 S. – Die Autoren meinen Zivilisationsbruch ohne Anführungszeichen: Nach den NS-Verbrechen (und der französischen Kollaboration) gab es zunächst zaghafte Verständigungsversuche, während die Politik Deutschland noch „kleinhalten" wollte. In rasanter Dynamik gab es auf vielen Ebenen, besonders prominent bei Jugendaustausch und Partnerstädten, Gesten und Taten der Versöhnung. Diese „Arbeit" ist inzwischen so institutionalisiert, dass sie „normal" zu werden droht. Gelungen: Schulbücher zeigen – anders als nach 1918 – beidseits des Rheins nicht mehr die Gegner-, sondern die Partnerrolle.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Delwit, Pascal, Les gauches radicales en Europe. XIXe-XXIe siècles, Brüssel 2016 (*Éditions de l'Université de Bruxelles*), 652 S. – Der Brüsseler Politikwissenschaftler zeichnet die Geschichte der parteipolitisch organisierten Linken Europas jenseits der Sozialdemokratie von den Anfängen im 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart nach. Den roten Faden bilden die Bedingungen von Erfolg und Niederlage beim Ringen um Wählerstimmen.

Demesmay, Claire/Christine Pütz/Hans Stark (Hrsg.), Frankreich und Deutschland – Bilder, Stereotype, Spiegelungen. Wahrnehmung des Nachbarn in Zeiten der Krise, Baden-Baden 2016 (*Nomos*), 244 S. – Trotz langjähriger Freundschaftsbekundungen gibt es Asymmetrien in den Beziehungen über den Rhein hinweg, die sich in die Forschung hinein fortsetzen: Während ein Text über französische Blicke nach Deutschland das Wort „Kritik" im Titel tragen darf, ist beim umgekehrten Blick nur von „Frankreich in der politischen Debatte" (in Deutschland) die Rede. Da die Rolle von Bildern etwa für Wahlentscheidungen als wichtig eingestuft wird, findet der Betrachter Beiträge zu Pressefotos, Berlin und Paris, Angela Merkel und anderen Frauen, zu langlebigen Stereotypen wie zu alltäglichen Begeisterungsmöglichkeiten bei gegenseitigen Besuchen.

Detjen, Joachim, Politische Erziehung als Wissenschaftsaufgabe. Das Verhältnis der Gründergeneration der deutschen Politikwissenschaft zur politischen Bildung, Baden-Baden 2016 (*Nomos*), 568 S. – Die um Stabilisierung der bundesrepublikanischen Demokratie bemühten Politikwissenschaftler „der ersten Stunde" kümmerten sich stärker um Wissensvermittlung als heutige Fachvertreter, und zwar, wie der Autor hervorhebt, unabhängig von ideologischen Lagern. So unterschiedliche Köpfe wie Ernst Fraenkel, Eugen Kogon oder Dolf Sternberger versuchten, viele mit Mechanismen des „neuen" Systems vertraut zu machen. Während u. a. Eric Voegelin skeptisch blieb, engagierte sich etwa Arnold Bergstraesser mit ganzer Kraft für Bildungseinrichtungen und Inhalte.

Deutschland Archiv 2015, Bonn 2016 (*Bundeszentrale für politische Bildung*), 222 S. – Der Sammelband enthält Beiträge aus dem gleichnamigen Online-Portal zu den Schwerpunkten DDR, 25 Jahre friedliche Revolution und deutsche Einheit sowie Kontroversen zum Thema: War Franz Josef Strauß (West-)Agent? Die These, es habe sich um eine Desinformationskampagne des KGB und des MfS gehandelt, ist plausibel.

Deutz-Schroeder, Monika/Klaus Schroeder, Linksextreme Einstellungen und Feindbilder. Befragungen, Statistiken und Analysen, Frankfurt a.M. 2016 (*Peter Lang*), 411 S. – Die beiden Berliner Politikwissenschaftler knüpfen mit ihrer Studie an die eigene empirische Arbeit über „Gegen Staat und Kapital – für die Revolution!" an, wobei sie auch auf die Rezeption des Vorgängerbandes eingehen. Dieses Forschungsfeld ist in der Tat vernachlässigt. Im Vordergrund stehen Feindbilder. Eine Kernthese: Die Gefahr durch linksextremistische Einstellungen und linksextremistische Gewalttaten wird unterschätzt.

Diehl, Paula/Felix Steilen (Hrsg.), Politische Repräsentationen und das Symbolische. Historische, politische und soziologische Perspektiven, Wiesbaden 2016 (*Springer VS*), 268 S. – Flankierend zur Habilitation gibt die Leiterin (und ein Mitglied) der Berliner Nachwuchsgruppe zu Transformationen von Symbolen den Band heraus, der Repräsentation als notwendig an das Symbolische gekoppelt betrachtet. „Wer ein Regime stürzen will, verbrennt Fahnen. Wer eine Partei gründet, braucht Symbole" (Einband). Wie sich so kollektive Verständnisse von Ordnung bilden, ergründen – teils mit Blick auf Frankreich – u. a. Gerhard Göhler, Herfried Münkler und Barbara Stollberg-Rilinger.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Distelhorst, Lars (Hrsg.), Staat, Politik, Ethik. Zum Staatsverständnis Judith Butlers, Baden-Baden 2016 (*Nomos*), 211 S. – Die acht Beiträger konzentrieren sich auf das politische und staatstheoretische Werk der amerikanischen Philosophin und Philologin Judith Butler, welches mitunter ein Schattendasein gegenüber ihrem feminismus- und queertheoretischen Werk fristet. Handelt es sich um kein festes Theoriegebäude, sondern eher um einen „Steinbruch" (S. 10), gilt es, nach Anknüpfungen und Rezeptionen zu forschen. Dabei lassen sich drei Schlagworte extrahieren: Gouvernementalität (Michel Foucault), Ethik und politisches Handeln (Emmanuel Levinas/ Hannah Arendt) und Hegemonie (in Anlehnung an Ernesto Laclau und Chantal Mouffe). Der kurze Band schließt die Lücke in der deutschsprachigen Forschung zu Butler nicht, liefert aber philosophische Bausteine, welche politische, am Begriff der Macht orientierte Lektüren bei Butler verstärken.

Do Mar Castro Varela, Maria/Paul Mecheril (Hrsg.), Die Dämonisierung der Anderen. Rassismuskritik der Gegenwart, Bielefeld 2016 (*transcript*), 204 S. – Die Herausgeber und Autoren des Bandes vertreten die zentrale These, dass als Folge von Flucht und Migration Gewalt und Alltagsrassismus europaweit salonfähig seien. Was hinsichtlich der zunehmenden Akzeptanz rechtsextremer Einstellungen in Teilen plausibel sein mag, kann hinsichtlich der weithin verbreiteten Ablehnung von Gewalt als Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele so nicht nachvollzogen werden.

Donhauser, Gerhard, Wer hat Recht? Eine Einführung in die Rechtsphilosophie, Wien 2016 (*new academic press*), 197 S. – Wer einen schnellen und einfachen Zugang sucht, wird hier kaum fündig. Wer allerdings die knappe Vertiefung anhand thematischer Stichworte der Rechtsphilosophie nicht scheut, dem sei der kurze Band empfohlen. Der Begriff des Rechts und seine Geltung, das Verhältnis von politischer Macht und Staat zum Recht oder die Idee der Gerechtigkeit strukturieren den kursorischen, an Autoren und Positionen orientierten Überblick.

Dose, Nicolai u. a., Die Partei im regionalen Fokus. Mitgliederschwund, Alterungsprozesse und Mitgliederpartizipation bei der SPD. Ergebnisse zweier empirischer Studien, Baden-Baden 2016 (*Nomos*), 240 S. – Grundlage der Studie sind zwei empirische Umfragen unter SPD-Mitgliedern zu den drei im Untertitel genannten Problemkreisen. Die Analysen folgen einer klaren Struktur, sind detailreich und gut belegt. Die am Ende formulierten Handlungsempfehlungen erscheinen folgerichtig, wurden aber so oder ähnlich bereits vielfach formuliert.

Dreier, Horst (Hrsg.), Staatsrecht in Demokratie und Diktatur. Studien zur Weimarer Republik und zum Nationalsozialismus, Tübingen 2016 (*Mohr Siebeck*), 449 S. – Die im Band versammelten, bereits veröffentlichen Aufsätze des in Würzburg lehrenden Rechtswissenschaftlers und Rechtsphilosophen zur Weimarer Republik und Nationalsozialismus lesen sich in dieser Dichte als ein Plädoyer, sich scheinbar abgeschlossene historische Gegenstände immer wieder anzueignen und gängige (Vor-)Urteile zu revidieren. Diesem Ansinnen wäre vielleicht noch mehr geholfen, wenn die Perspektive auf die Bundesrepublik ausgedehnt worden wäre. So ließe sich nicht nur die Aktualität rechtshistorischer Diskurse vergegenwärtigen, auch Horst Dreiers eigener, in zahlreichen Debatten prominenter Standpunkt würde noch plastischer hervortreten.

Dreyer, Michael/Andreas Braune (Hrsg.), Weimar als Herausforderung. Die Weimarer Republik und die Demokratie im 21. Jahrhundert, Stuttgart 2016 (*Franz Steiner*), 310 S. – Die verschriftlichten Vorträge der Berliner Tagung des Weimarer Republik e.V. von 2015 lassen sich als programmatischer Aufriss der an der Universität Jena installierten „Forschungsstelle Weimar" lesen, die Geschichte der Weimarer Republik aus Sicht der jüngeren deutschen Zeitgeschichte bis hin zur Gegenwart demokratietheoretisch zu erfassen. Obwohl der Band stark ideengeschichtlich orientiert ist, richtet sich die Mehrheit der Aufsätze auf die Frage von Vergleichsaspekten und Lernprozessen aus bundesdeutscher Perspektive.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Egner, Björn/Hubert Heinelt, Kreistagsmitglieder und Landräte. Problemsichten – Einstellungen – Rollenverständnis, Baden-Baden 2016 (*Nomos*), 183 S. – Der Band widmet sich der veränderten Macht- und Kompetenzverschiebung auf der Kreistags- und Landratsebene. Fragen nach soziodemografischer Zusammensetzung, Bedeutung und Einfluss von Parteipolitik, Wahrnehmung von Amt und Institution sowie Formen der Interessenvertretung bilden das Erkenntnisinteresse der Untersuchung.

Eisfeld, Rainer (Hrsg.), Mitgemacht. Theodor Eschenburgs Beteiligung an „Arisierungen" im Nationalsozialismus, Wiesbaden 2016 (*Springer VS*), 449 S. – Der Band versammelt zentrale Positionen der in der Politik- und Geschichtswissenschaft geführten Debatte und gibt in Form eines Abdrucks von faksimilierten Kopien Auskunft über inkriminierende Handlungen Theodor Eschenburgs im Nationalsozialismus. Dass er selbst vom Initiator der Debatte herausgegeben und umfangreich eingeleitet wird, veranschaulicht, wie tief noch immer die Gräben sind. Daher ist es kaum verwunderlich, dass das Interessante an den Streitgesprächen, was sie angesichts des beachtlichen Eigensinns vieler Protagonisten in der Kontroverse über deutsche Politikwissenschaftler am Anfang des 21. Jahrhunderts aussagen, kaum zur Sprache kommt.

Erbentraut, Philipp, Theorie und Soziologie der politischen Parteien im deutschen Vormärz 1815-1848, Tübingen 2016 (*Mohr Siebeck*), 391 S. – Der Autor widerlegt eindrucksvoll die in der Forschung immer noch anzutreffende Legende von einem bei den Vormärzliberalen in Deutschland generell verbreiteten Antiparteienaffekt.

Espahangizi, Kijan u. a. (Hrsg.), Rassismus in der postmigrantischen Gesellschaft (= movements. Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung, Jg. 2, Heft 1/2016), Bielefeld 2016 (*transcript*), 250 S. – Diese Ausgabe der halbjährlich erscheinenden Zeitschrift ist dem Rassismus in der postmigrantischen Gesellschaft gewidmet. Die Autoren des Bandes, welcher einen Beitrag zur politischen Debatte über Rassismus in Deutschland liefern möchte, nähern sich dem Phänomen aus interdisziplinären Perspektiven. Thematisiert werden u.a. rassistische Praktiken im Bildungskontext sowie das Verhältnis von Recht und Rassismus sowie die gewalttätige Form von Rassismus, wie sie im NSU-Terrorismus gipfelte. Nicht zuletzt erfolgt eine selbstkritische Reflexion von rassistischen Mustern innerhalb der Wissenschaft selbst.

Europol (Hrsg.), TE-SAT 2016. EU Terrorism Situation and Trend Report, Den Haag 2016 (*Bezugsadresse: http://www.europol.europa.eu*), 59 S. – Auf der Grundlage nationaler Polizeidaten und Informationen vermittelt der Europol-Bericht einen Überblick zur Bedrohungslage im Berichtsjahr. Gegenstand des Berichts sind folgende Bereiche: religiously inspired terrorism, ethno-nationalist and separatist terrorism, left-wing and anarchist terrorism, right-wing terrorism, single-issue terrorism.

Fabian, Sina, Boom in der Krise. Konsum, Tourismus, Autofahren in Westdeutschland und Großbritannien 1970-1990, Göttingen 2016 (*Wallstein*), 494 S. – Diese ländervergleichende Studie – Deutschland und Großbritannien – stellt eine der bislang gründlichsten kulturgeschichtlichen Studien zu den „sehr langen" 1970er Jahren dar. Mittels des konzentrierten Blicks auf „Konsum", „Tourismus", „Autofahren" und unter Berücksichtigung zahlreicher auch ungedruckter (qualitativer wie quantitativer) Quellen bewahrt uns die Autorin vor einfachen zeitdiagnostischen Formeln, die das Signum dieser Epoche allzu wohlfeil einzufangen versuchen. Am Ende war doch alles komplizierter. Gut für die Zeithistoriker, die sich so weiter an der Problemgeschichte unserer Gegenwart abarbeiten dürfen.

Falter, Jürgen W., 10 Millionen ganz normale Parteigenossen. Neue Forschungsergebnisse zu den Mitgliedern der NSDAP 1925-1945, Mainz 2016 (*Akademie der Wissenschaften und der Literatur*), 32 S. – Mit dem Vortrag vom 6. November 2015 festigt der Meister der historischen Sozialforschung seine Thesen, variiert und ergänzt: Die Jahre mit den meisten Neumitgliedern verzeichnete die NSDAP 1933 (teils rückwirkend datiert), 1937 und 1940. Es gab erstaunlich viele Austritte und belegte (interne) Parteikritik. Junge Männer sind die größte soziale Gruppe: ein Warnzeichen, denn dieses tatendurstige und orientierungsschwache Gesellschaftssegment verhalf in der Geschichte immer wieder Anführern zum (temporären) Sieg.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Fehr, Helmut, Vergeltende Gerechtigkeit – Populismus und Vergangenheitspolitik nach 1989, Opladen 2016 (*Barbara Budrich*), 174 S. – Die Aufarbeitung der Geschichte, in dem Fall die der DDR, Polens, Tschechiens, der Slowakei und Ungarns, gleicht oft einem Elitenprojekt, weil bedeutsame Köpfe sich am besten Gehör verschaffen können. Der in Budapest lehrende Regionalforscher macht im Populismus, der durch historische Überhöhung an Legitimität gewinnt, vor allem antiliberales Gedankengut aus. Eine pathologische Eigenschaft „vergeltender Gerechtigkeit" ist die marginale Bedeutung von Bürgerbewegungen.

Felz, **Sebastian**, Recht zwischen Wissenschaft und Politik. Die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät der Universität Münster 1902 bis 1952, Münster 2016 (*Aschendorff*), 538 S. – Die von Hans-Ulrich Thamer und Reiner Schulze betreute Dissertation fragt im Anschluss an Mitchell G. Ash nach Politik und Wissenschaft als sich wechselseitig befruchtende Ressourcen. Sebastian Felz kommt zu einem beklemmenden Bild: Nicht im „Geist der Wahrheit", sondern im „Dienst der Macht" standen viele Münsteraner Jura-Professuren. Bereits im Kaiserreich dienten sie der Legitimation von Kolonialpolitik und Kriegszielen, während sie von ihrer antidemokratischen Ablehnung der Weimarer Republik keinen Hehl machten.

Feustel, Robert u. a. (Hrsg.), Wörterbuch der besorgten Bürger, Mainz 2016 (*Ventil*), 151 S. – Die Autoren wenden sich in 150 Begriffen (u. a. „Ehre", „Gutmensch", „Männlichkeit", „Nazis", „Scharia", „Volkstod" und „Zigeunerschnitzel") gegen „rechts", aber wer den Text über „Extremismus" liest, weiß schnell, dass „links" nicht besser ist.

Fielitz, Maik/Laura Lotte Laloire (Hrsg.), Trouble on the Far Right. Contemporary Right-Wing Strategies and Practices in Europe, Bielefeld 2016 (*transcript*), 208 S. – Der Sammelband vereint 23 überwiegend knappe Beiträge zu verschiedenen Phänomenbereichen des europäischen Rechtsextremismus, z.B. zu Parteien, Demonstrationen und Terrorismus. Der Erkenntnisgewinn ist wegen der inhaltlichen Heterogenität, der fehlenden regionalen Eingrenzung und ohne eine vergleichende Perspektive indes gering.

Fischer-Defoy, Christine (Hrsg.), Willi Engels. Kellner, Koch, Kommunist. Erinnerungen, Berlin 2016 (*Lukas*), 294 S. – Die autobiographische Darstellung des KPD-Veterans, Kämpfers im Spanischen Bürgerkrieg und antifaschistischen Widerstandskämpfers beruht auf Notizen, Briefen und Fotos und überrascht durch manch kritische Einlassungen des späteren DDR-Obersts. Der Band wird durch eine 70-seitige biographische Skizze der Herausgeberin ergänzt.

Florath, Bernd (Hrsg.), Annäherungen an Robert Havemann. Biographische Studien und Dokumente, Göttingen 2016 (*Vandenhoeck & Ruprecht*), 668 S. – 19 Beiträge beleuchten das politische Leben von einem der bekanntesten DDR-Dissidenten, systematisch gegliedert in biographische Studien, Aufsätze von Zeitgenossen und Freunden, Arbeiten zum philosophischen und naturwissenschaftlichen Schaffen Havemanns sowie Analysen zu seiner Bedeutung und Rolle in der DDR-Opposition.

Flügel-Martinsen, Oliver, Befragungen des Politischen. Subjektkonstitution – Gesellschaftsordnung – Radikale Demokratie, Wiesbaden 2016 (*Springer VS*), 275 S. – Selbstbewusst, mittels „kritischer Befragungen des Politischen", also: durch Kritik an zeitgenössischer politischer Theorie (vor allem an Judith Butler, Jacques Derrida, Michel Foucault, Claude Lefort und Jacques Rancière) entwirft der Autor eine „skeptische" Theorie, die sich „Irrwegen" (Individualismus und Begründungspflicht) zu entziehen sucht. Während ständiges Fragen zur demokratischen Praxis gehört, scheint übertriebene Subjektivierung und die Betonung von „Subversion" nicht als fraglos-sinnvolle Ordnungsbildung. Selbst Rancière hält an der „polizeilichen Ordnung" (S. 190) fest, die Gleichheitsideen nicht grundsätzlich entgegenstehe.

Föllmer, Moritz, „Ein Leben wie im Traum." Kultur im Dritten Reich, München 2016 (*C.H.Beck*), 288 S. – Band sieben der von Norbert Frei herausgegebenen Reihe über die Deutschen im Nationalsozialismus arbeitet eindrucksvoll heraus, welche Rolle die Kultur zur Legitimation und Herrschaftssicherung im NS-Staat einnahm. Auch die „Normalität", mit der Kulturschaffende im Angesicht des Zweiten Weltkrieges und vor dem Hintergrund des sich abzeichnenden Untergangs ihre Arbeit weiterbetrieben, wird ausführlich dargestellt.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Forschungsgruppe Ideologien und Politiken der Ungleichheit (Hrsg.), Rechtsextremismus, Bd. 2: Prävention und politische Bildung, Wien 2016 (*Mandelbaum*), 270 S. – Das Büchlein fällt durch Heterogenität auf. Es geht u. a. um die Geschichte der politischen Bildung in Österreich, um politische Bildung und Vergeschlechtlichung, um „Bücher gegen Nazis". Hingegen ist politische Homogenität offenkundig. Im Vorwort heißt es: „Der Faschismus in seinen gegenwärtigen Erscheinungen muss begrifflich präzise gefasst werden. Der Kampf um die Durchsetzung des Faschismus-Begriffs und seiner Derivate ist dort, wo er angebracht ist, bereits Teil des Kampfes gegen das politische Ungeheuer."

Frie, Ewald/Ute Planert (Hrsg.), Revolution, Krieg und die Geburt von Staat und Nation. Staatsbildung in Europa und den Amerikas 1770–1930, Tübingen 2016 (*Mohr Siebeck*), 286 S. – Die für die Entstehung der west- und mitteleuropäischen Moderne zum allgemeinen Erklärungsmuster erhobene Trias von Revolution, Krieg und Nationsbildung aus globalgeschichtlicher und aus kulturwissenschaftlicher Perspektive gesellschaftsvergleichend zu überprüfen, ist Leitlinie dieses äußerst anregenden Sammelbandes. Er beschreibt die internationale Vielfalt nationaler Identitätskonstruktionen und die Varianten bzw. Entwicklungsschübe im historischen Prozess der Nationalisierung.

Friedmann, Alexander/Rainer Hudemann (Hrsg.), Diskriminiert – vernichtet – vergessen. Behinderte in der Sowjetunion, unter nationalsozialistischer Besatzung und im Ostblock 1917-1991, Stuttgart 2016 (*Franz Steiner*), 563 S. – Der Sammelband präsentiert die Ergebnisse eines weißrussisch-deutschen Forschungsprojektes der Gerda Henkel Stiftung zu Kranken- und Behindertenmorden in Weißrussland 1941-1944. Wurden behinderte und psychisch kranke Menschen seit Gründung der Sowjetunion massiv benachteiligt, folgte die Euthanasie während der deutschen Besatzungszeit. Nach 1945 blieb eine umfassende Aufarbeitung der Verbrechen aus.

Fuchs, Peter, Islamismus. Qualitativ-explorative Untersuchung von Erfahrungswissen und Berufstheorien in deutschen Sicherheitsbehörden zur Genese salafistischer Radikalisierungsprozesses, Frankfurt a.M. 2016 (*Verlag für Polizeiwissenschaft*), S. 224 – Ziel des Autors ist es, den Stand des „sicherheitsbehördlichen Sachbearbeiterwissens" über Salafismus in Deutschland zu ermitteln. Im Mittelpunkt steht die Frage, welche Rolle der salafistischen Ideologie und individuellen Motiven bei der Radikalisierung zukommt. Für seine mit dem Preis der Kriminalistik ausgezeichnete Masterarbeit hat Fuchs Mitarbeiter der Polizei- und Verfassungsschutzbehörden befragt. Auf Grundlage der explorativen Experten-Interviews ermittelt der Autor den behördlichen Wissensstand und die Berufstheorien aus sechs Perspektiven salafistischer Radikalisierung: Szene, Gruppe, Person, Wandel/Trends, Radikalisierung und Ausstieg.

Fulbrook, Mary, Erfahrung, Erinnerung, Geschichtsschreibung. Neue Perspektiven auf die deutschen Diktaturen, Göttingen 2016 (*Wallstein*), 238 S. – Diese Aufsätze und Vortragstexte Mary Fulbrooks bieten Einblicke in das quantitativ wie qualitativ eindrucksvolle Werk der englischen Historikerin zur deutschen Geschichte. Die teils deutsch-, teils englischsprachigen Texte enthalten konzeptionell-theoretische Überlegungen ebenso wie konkrete empirische Anwendungsfälle aus der NS-Diktatur wie dem DDR-System. Besonders lesenswert ist das Gespräch über das Zusammenwirken von Menschen und Strukturen in der Zeitgeschichte, das Carmen Hause und Franka Maubach mit Mary Fulbrook während ihres Forschungsaufenthalts am „Jena Center – Geschichte des 20. Jahrhunderts" geführt haben.

Gajek, Eva Maria/Christoph Lorke (Hrsg.), Soziale Ungleichheit im Visier. Wahrnehmung und Deutung von Armut und Reichtum seit 1945, Frankfurt a.M. 2016 (*Campus*), 334 S. – Während Armut bereits reichhaltig untersucht wurde, rückt dieser Sammelband den Reichtum in den Mittelpunkt. Die Analyse erfolgt interdisziplinär, mit Schwerpunkt auf einer medialen Rezeption der Phänomene und öffentlichen Leitbilder in der Bundesrepublik, den sozialistischen Staaten des Ostblockes und den USA.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

General Intelligence and Security Service (Hrsg.), Annual Report 2015, Den Haag 2016 (*Bezugsadresse: https://www.aivd.nl*), 39 S. – Der englischsprachige Jahresbericht des niederländischen Inlandsnachrichtendienstes informiert kursorisch u. a. über diverse Formen des gewaltgeneigten Extremismus. Einen Schwerpunkt bildet der Dschihadismus.

Gerber, Jan, Ein Prozess in Prag. Das Volk gegen Rudolf Slánský und Genossen, Göttingen 2016 (*Vandenhoeck & Ruprecht*), 296 S. – Das Buch dokumentiert den Slánský-Prozess Ende des Jahres 1952. Es war einer der letzten stalinistischen Schauprozesse, bei dem der frühere KPČ-Vorsitzende gemeinsam mit zehn Mitangeklagten zum Tode verurteilt und wenige Tage später gehenkt wurde. Der Autor zeigt auf, dass sowohl antisemitische Motive als auch innerparteiliche Rivalitäten bei dem Prozess eine Rolle spielten.

Gerland, Kirsten, Politische Jugend im Umbruch von 1988/89. Generationelle Dynamik in der DDR und der Volksrepublik Polen, Göttingen 2016 (*Wallstein*), 432 S. – Die Autorin untersucht das Selbstverständnis, die Rolle und die Ziele der unter Zwanzigjährigen am Ende der kommunistischen Herrschaftssysteme. Obgleich die quellengesättigte Studie vielerlei Einblicke in den Alltag und zu den Befindlichkeiten der Jugendlichen bietet, leidet der Erkenntnisgewinn unter der wenig systematisch-vergleichenden Darstellung beider Staaten.

Gesang, Bernward, Wirtschaftsethik und Menschenrechte, Tübingen 2016 (*Mohr Siebeck*), 190 S. – Dieses Buch widmet sich einer wirtschaftsethischen Herangehensweise an moderne Verteilungsfragen und Nachhaltigkeitsdiskurse. Zentrales Anliegen ist die Kritik des ökonomischen Mainstreams – mit dem Ziel, bisherige ökonomische Grund- und Modellannahmen zu überwinden: darunter der Homo Oeconomicus, die Pareto-Optimalität und das Wachstumsparadigma. Neben einer Rückbesinnung auf den Utilitarismus befürwortet Bernward Gesang zur Prävention des Klimawandels die Einführung von handelbaren CO^2-Kontingenten.

Ghosh, Peter, Max Weber in context. Essays in the history of German ideas c. 1870–1930, Wiesbaden 2016 (*Harrassowitz*), 411 S. – Wie bereits der Titel nahelegt, handelt es sich bei den hier versammelten Aufsätzen des am St. Anne's College forschenden Ideenhistorikers nicht allein um Arbeiten zu Max Weber, sondern um das ihn umgebende intellektuelle Milieu. Ghosh diskutiert Webers Beziehung zu Fachvertretern (Lujo Brentano, Karl Marx, Georg Jellinek oder Werner Sombart) sowie dessen Auseinandersetzung mit zeitgenössischen Schriftstellern sowie existenz- und lebensphilosophischen Modephilosophen (Oswald Spengler, Ludwig Klages etc.), die gleichermaßen an einzelne seiner Befunde anknüpfen konnten, um ihn schließlich in den 1920er Jahren beerben zu wollen.

Gieseke, Jens/Andrea Bahr, Die Staatssicherheit und die Grünen. Zwischen SED-Weltpolitik und Ost-West-Kontakten, Berlin 2016 (*Ch. Links*), 335 S. – Jens Gieseke und Andrea Bahr widmen sich in ihrer Studie dem Verhältnis und den Verflechtungen der jungen Grünen im Westen sowie der Staatssicherheit auf den verschiedenen Ebenen aktiver Einflussnahme, Rekrutierung und Informantentätigkeit, Auswertung und Politikberatung. Objektiv und ohne große Enthüllungen zeigen sie das ambivalente Verhältnis und dessen Implikationen für die Politik in Ost wie West auf.

Gießelmann, Bente u. a. (Hrsg.), Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe, Schwalbach/Ts. 2016 (*Wochenschau*), 364 S. – Das Sammelwerk will rechtsextreme Kampfbegriffe kritisieren, ist aber mitunter selber nicht frei von einer Kampfschrift. Es handelt sich um ein Kooperationsprojekt zwischen den Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung sowie dem Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus an der Hochschule Düsseldorf.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Götter, Christian, Die Macht der Wirkungsannahmen. Medienarbeit des britischen und deutschen Militärs in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, Berlin 2016 (*De Gruyter*), 363 S. – Diese in der renommierten Schriftenreihe des Deutschen Historischen Instituts London veröffentlichte Braunschweiger Doktorarbeit verbindet medien- und kommunikationswissenschaftliche Expertise mit historischem Quellenstudium. Lobenswert ist auch der vergleichend-transnationale Ansatz, der Ähnlichkeiten (neben Unterschieden) zwischen dem vergleichsweise liberalen Großbritannien und dem autoritären Kaiserreich herausarbeitet. In Anlehnung und Weiterführung von wichtigen Studien Frank Böschs und Dominik Gepperts zeigt der Autor, wie sehr im 20. Jahrhundert Militär und Medien interagierten, Materialkriege von Pressekriegen flankiert worden sind, ohne diese „Beziehungsgeschichte" auf das Propaganda-Paradigma zu reduzieren.

Goll, Sebastian u. a. (Hrsg.), Minorities under Attack. Othering and Right-Wing Extremism in Southeast European Societies, Wiesbaden 2016 (*Harrassowitz*), 298 S. – Der Sammelband umfasst 14 Aufsätze zu Minderheitendiskriminierung und Rechtsextremismus auf dem Balkan. Einerseits zeichnet die Darstellung durch den Einbezug unterschiedlicher Aspekte von ethnischer und sexueller Ausgrenzung wie durch Analysen zu rechtsextremistischen Bestrebungen in einzelnen Ländern ein facettenreiches Bild, andererseits leidet darunter die Systematik und Verallgemeinerbarkeit der Ergebnisse.

Gombin, Joël, Le Front National, Paris 2016 (*Eyrolles*), 156 S. – Der in Paris und Aix-en-Provence lehrende Wahlforscher verknüpft Wahl- mit Organisationsgeschichte und zeichnet die Entwicklung der Partei von ihren Anfängen bis in die jüngste Zeit nach.

Gosewinkel, Dieter, Schutz und Freiheit? Staatsbürgerschaft in Europa im 20. und 21. Jahrhundert, Berlin 2016 (*Suhrkamp*), 772 S. – Im Zuge der Flüchtlingsbewegung der Jahre 2015 und 2016 und der anhaltend hohen Zahl an Asylbewerbern stellt sich die Frage der Staatsbürgerschaft erneut in aller Schärfe. Sie entscheidet über Freiheit und Sicherheit jedes Einzelnen. Dieter Gosewinkel vollführt einen Husarenritt durch die letzten 100 Jahre der Geschichte dieses stets umkämpften Begriffs.

Grabow, Karsten, Die „identitäre Bewegung" in Deutschland, Berlin 2016 (*Bezugsadresse: Konrad-Adenauer-Stiftung, Hauptabteilung Politik und Beratung*), 7 S. – Auf sehr knappem Raum werden die Geschichte der „Identitären" nachgezeichnet, deren wichtigste Akteure porträtiert, Organisation und Einflusstätigkeit beleuchtet.

Grant, Adam, Nonkonformisten. Warum Originalität die Welt bewegt, München 2016 (*Droemer Knaur*), 383 S. – Adam Grant, Jahrgang 1982, ist ein Jungstar der Organisationspsychologie und hat mit seinem Buch *Geben und Nehmen* bereits einen internationalen Spitzentitel vorgelegt. In populärer Weise, gleichwohl fundiert, sucht er dem Phänomen des Nonkonformismus näher zu kommen. Er analysiert es weniger in politischer oder historisch-politikwissenschaftlicher Hinsicht, sondern vor allem aus dem Blickwinkel wirtschaftlicher, wissenschaftlicher und kultureller Kreativität. Insofern bleibt die Frage danach, wann nonkonformes Denken und Handeln an demokratisch-verfassungsstaatliche Ränder stößt oder diese sogar gleichsam extremistisch überschreitet, ausgespart. Gerade Unternehmen, die erfolgreich sein wollen, legt er – zum Teil im Stile von Ratgeberliteratur – die Lektüre seines Lobs für Querdenker nahe, um Innovation und Erfolg zu vergrößern.

Grumke, Thomas/Rudolf von Hüllen, Der Verfassungsschutz. Grundlagen, Gegenwart, Perspektiven? Opladen 2016 (*Barbara Budrich*), 248 S. – Die Autoren, ehemals beim Verfassungsschutz tätig, sind Kenner der Materie. Sie verteidigen die Notwendigkeit des Verfassungsschutzes, ohne deswegen den Ämtern unkritisch gegenüberzustehen. Zahlreiche Fehlentwicklungen kommen zur Sprache. Die Kritik an der starken Repräsentanz der Juristen ist berechtigt.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Hadamitzky, Sebastian, Demokratische Qualität in Deutschland. Ein input-orientiertes Modell zur Beseitigung normativer Defizite, Baden-Baden 2016 (*Nomos*), 572 S. – Sebastian Hadamitzky untersucht in seiner Dissertation die bundesdeutsche Demokratie vor dem Hintergrund einer auf Responsivität und Deliberation ausgerichteten Repräsentationstheorie. Aus dieser normativen Perspektive entfaltet er skizzenhaft Reformvorschläge zur Beseitigung krisenhafter Symptome. Eine aktuelle wie relevante Synthese normativer und empirischer Demokratieforschung.

Hall, Simon, 1956. Welt im Aufstand, Stuttgart 2016 (*Klett-Cotta*), 479 S. – Simon Hall zeichnet die revolutionären Umbrüche der 1950er Jahre nach, die in den Ereignissen des Jahres 1956 kumulierten – ein ebenso historisches Jahr wie 1789, 1848 oder 1968. Die Bürgerrechtsbewegung in den USA, die Entstalinisierung unter Nikita Chruschtschow und deren Folgen für den Ostblock, die aufkommende rebellische Rock'n'Roll-Jugendkultur: Zwischen diesen und weiteren historischen Narrativen wechselnd – ein kleines Manko für die Übersichtlichkeit des Buches – erzählt Hall die Ereignisse jenes ereignisreichen Jahres anschaulich nach.

Hamer, Eberhard (Hrsg.), Visionen 2050. Wohin steuern wir? Trends und Prognosen für Deutschland und Europa, Rottenburg 2016 (*Kopp*), 288 S. – Der Sammelband vereinigt Analysen von über 30 Autoren, die in einem von der Deutschen Mittelstandsstiftung unterstützten Projekt zu Trends und Prognosen für Deutschland und Europa verdichtet wurden. In Bezug auf die Bereiche Ressourcenentwicklung und Technologie zeichnen die Autoren ein positives Bild, wohingegen sie in der globalen Bevölkerungsentwicklung, dem Weltfinanzsystem, dem Bildungssystem, der Wirtschaftsentwicklung und der fortschreitenden Integration innerhalb der Europäischen Union ein Problem ausmachen.

Haus, Michael/Sybille De La Rosa (Hrsg.), Politische Theorie und Gesellschaftstheorie. Zwischen Erneuerung und Ernüchterung, Baden-Baden 2016 (*Nomos*), 418 S. – Das Spannungsgefüge des Titels entsteht zwischen Politikwissenschaft, Philosophie und Soziologie. Dort werden ihre übergreifenden Gegenstände, geteilte Diagnosen und eine gemeinsame Sprache ausgehandelt. Es geht um den Zugang zur Wirklichkeit. Der Untertitel gibt das Programm vor: Warnt eine Selbstbeschreibung der Gesellschaft vor theoretischen Höhenflügen, reicht es gleichwohl nicht aus, allein das Bestehende zu konstatieren. Anlässlich einer Heidelberger Tagung 2013 wird offenbar, dass die Schnittmenge in der Suche nach analytischen „Konzepten der Funktionsweisen von Gesellschaft und Politik" (S. 11) liegt. Sie zu befestigen ist der Leitgedanke aller Beiträge.

Hegewisch, Niels, Verwaltung und Gewaltenteilung im Vormärz. Ein ideengeschichtlicher Beitrag zu einer aktuellen politikwissenschaftlichen Problematik, Baden-Baden 2016 (*Nomos*), 357 S. – Als erste ideengeschichtliche Arbeit in der Reihe „Staatslehre und politische Verwaltung" erscheint der Schutz der Verwaltung im Vormärz ebenso zentral wie der Schutz vor der Verwaltung. Mehr Eigenverantwortung bedeutete sofort Bürokratisierung, Ineffizienz und Missbrauch. Ob der Leser die zahlreichen Vergleiche mit aktuellen Problemen (großer) Verwaltungen gutheißt, ist weniger wichtig als die zeitlose Frage nach der Nähe und Distanz von Politik und Verwaltung, auf die Hegewisch einige überraschende Antworten mittels seines konstitutionell verfassten Gegenstandes bietet.

Heinelt, Hubert, Governance und politisches Entscheiden. Zur intersubjektiven Erschließung der Grundlagen politischer Entscheidungen, Baden-Baden 2016 (*Nomos*), 179 S. – Wissen ist Macht? Eben jene Frage und den Zusammenhang zwischen Wissen, jedweder Form politischer Entscheidungen und der Ausübung von Macht, soll das Buch des Darmstädter Politikwissenschaftlers aufklären. In den Fokus rücken insbesondere die Bedeutung von Wissen in politischen Prozessen und die Konzeption wissensbasierter Machtformen. Heinelt betont, explizit keinen Beitrag zur Entscheidungs- und Handlungstheorie, sondern zur Wissenspolitologie leisten zu wollen.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Henin, Nicolas, La France russe. Enquête sur les réseaux Poutine, Paris 2016 (*Fayard*), 321 S. – Die politischen Einflusskanäle des Putin-Regimes in Russland schließen die extreme Rechte und Linke ein, wie der französische Investigativjournalist anhand zahlreicher Beispiele erhellt. Allerdings entsteht ein etwas einseitiges Bild, da gemeinsame Interessen und Sichtweise im Zentrum stehen, Divergenzen hingegen zu kurz kommen.

Hild, Alexandra, Die Staatsschuldenkrise in der Europäischen Währungsunion. Instrumente der Krisenprävention und des Krisenmanagements, Baden-Baden 2016 (*Nomos*), 274 S. – Die Bayreuther Dissertation behandelt die Instrumente und Maßnahmen zur Bewältigung der Staatsschuldenkrise bis 2013. Neben der reinen Analyse bietet Hild alternative Ansätze zur Umstrukturierung der bestehenden Mechanismen, jedoch ohne dabei kritisch auf die fiskalpolitischen Komponenten einzugehen.

Hilpold, Peter, Autonomie und Selbstbestimmung in Europa und im internationalen Vergleich, Wien 2016 (*Facultas Verlags- und Buchhandels AG*), 392 S. – Der Sammelband untersucht aus völkerrechtlicher Perspektive anhand europäischer und internationaler Fallbeispiele die nationalstaatliche Territorialorganisation und regionale Selbstbestimmung verankert im nationalstaatlichen Recht. Dabei fokussieren sich die Autoren auf den Spagat, den vor allen Dingen europäische Staaten wagen müssen, um Minderheitenschutz durch regionales Selbstbestimmungsrecht zu gewähren, ohne Sezessionismus entspringen zu lassen.

Hockerts, Hans Günter/Günther Schulz (Hrsg.), Der „Rheinische Kapitalismus" in der Ära Adenauer, Paderborn 2016 (*Ferdinand Schöningh*), 211 S. – Angesichts vielfacher Kritik an aktuellen Ausprägungen des Kapitalismus schaut der Band, zugleich zur Historisierung der frühen Bundesrepublik beitragend, auf die Anfänge der demokratischen Wirtschaftsform, die aus den Ideen des – zugunsten wohlfahrtsstaatlicher Elemente erweiterten – Ordoliberalismus entstand. Die Texte betonen Konsens, feste Institutionen, die Ausgleich schufen, blenden Schattenseiten (etwa Kontinuität von Firmen bzw. ganzen Branchen seit der NS-Zeit) nicht aus und helfen zu beantworten, wo in den 1950er Jahren Traditionen (der Streit um die „Bankenmacht" begann Ende der 1960er Jahre) und wo Neuerungen überwogen, etwa im Versicherungswesen.

Höffe, Otfried, Geschichte des politischen Denkens. Zwölf Porträts und acht Miniaturen, München 2016 (*C.H.Beck*), 176 S. – Eine philosophische Prämisse nimmt der Autor ernst: dass Handlungen in der Geschichte nicht irgendwie zustande kommen, sondern zu einem Gutteil von politischen Ideen, von mehr oder minder konkreten Entwürfen abhängen. Oft schimmert Immanuel Kants Freiheitsbegriff durch, immer die Frage, welche moralischen Folgen bestimmte Entscheidungen haben. Im großen Kanon von 2500 Jahren gelingen Otfried Höffe erfrischende Blicke: etwa auf den antiken Kosmopolitismus, die Hellenisierung des (politischen) Islam und Gemeinsamkeiten der europäischen Aufklärung. Der Ausblick auf eine „Weltrechtsordnung" ist ein knappes, optimistisches Postulat.

Höreth, Marcus, Die komplexe Republik. Staatsorganisation in Deutschland, Stuttgart u. a. 2016 (*Kohlhammer*), 170 S. – Der Autor, Politikwissenschaftler an der Universität Kaiserslautern, analysiert die Staatsstrukturprinzipien des Grundgesetzes (Republik, Demokratie, Rechtsstaat, Bundesstaat, Sozialstaat) und das Spannungsverhältnis zwischen diesen. Für Höreth ist Republik mehr als Nicht-Monarchie.

Hofstetter, **Yvonne**, Das Ende der Demokratie. Wie die künstliche Intelligenz die Politik übernimmt und uns entmündigt, München 2016 (*C. Bertelsmann*), 509 S. – Die Digitalisierung schreitet unaufhaltsam voran. Gepriesen als unaufhaltsamer Fortschritt, in deren Rauschen – wie in jeder Fortschrittseuphorie – die unterschwelligen Gefahren zugleich verschwimmen, positioniert sich Hofstetter jenseits dieser Dichotomie und stellt die richtige Frage für die Demokratie des 21. Jahrhunderts: Ist der Algorithmus der bessere, weil rationalere Politiker? Freilich nicht, und das untermauert sie mit einem Hoffnung machenden Gedanken, wie die digitale Zukunft menschlich zu gestalten ist.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Hübinger, Gangolf, Engagierte Beobachter der Moderne. Von Max Weber bis Ralf Dahrendorf, Göttingen 2016 (*Wallstein*), 277 S. – Der Band versammelt durchweg lesenswerte Aufsätze der zurückliegenden Jahre aus der Feder eines der führenden deutschsprachigen „Intellectual Historians". Wer Tiefgründiges und Gedankenreiches über die Ideen- und Wissenschaftsgeschichte rund um die lange Jahrhundertwende „1900", über die Gedankenwelten und Zeitdiagnosen eines Max Weber oder Ernst Troeltsch oder über Position und Wirkung von führenden Intellektuellen – namentlich Ralf Dahrendorf, Jürgen Habermas und Fritz Stern – rund um die Jahrtausendwende erfahren will, der wird in diesem Buch fündig.

Human Rights Watch (Hrsg.), World Report 2016, New York 2016 (*Bezugsadresse: http://www.hrw.org*), 659 S. – Der Bericht informiert über Menschenrechtsverletzungen weltweit (Berichtsjahr 2015).

Internationale Marx-Engels-Stiftung (Hrsg.), Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Artikel, Entwürfe, Februar bis Oktober 1848, Bd. 1: Text, Bd. 2: Apparat, beide bearbeitet von Jürgen Herres und François Melis, Berlin/Boston 2016 (*De Gruyter*), XVII + 1774 S. – „Das Jahr 1848 wird gut", heißt es zu Beginn des ersten Dokuments Friedrich Engels' vom Ende Februar 1848. Denn kaum sei die „sizilianische Revolution mit ihrem langen Schweif von Konstitutionen" an ihr Ende gelangt, „so erlebt Paris eine siegreiche Insurrektion" (S. 3). Damit ist prägnant das Thema der zwei voluminösen Bände genannt, nämlich die revolutionären Umbrüche in Europa während des Epochenjahrs 1848, betrachtet und kommentiert durch die Zeitgenossen sowie ideologisch weiterverarbeitet durch die Theoretiker Marx und Engels.

Jellinek, Georg, Allgemeine Staatslehre und Politik. Vorlesungsmitschrift von Max Ernst Mayer aus dem Sommersemester 1896, hrsg. von Sascha Ziemann und Andreas Funke, Tübingen 2016 (*Mohr Siebeck*), 104 S. – Die Mitschriften des Strafrechtswissenschaftlers und Rechtsphilosophen dokumentieren Georg Jellineks staatstheoretische Überlegungen zwischen *Gesetz und Verordnung* (1887) und *Allgemeine Staatslehre* (1900). Abgesehen von den Experten zur Geschichte der Staatslehre könnten die knapp 80 Seiten auch denjenigen interessieren, der die Lektüre des Standardwerks scheut.

Jones, Mark, Founding Weimar. Violence and the German Revolution of 1918-1919, Cambridge 2016 (*Cambridge University Press*), 380 S. – Dies ist die erste weit ausgreifende und zugleich originelle Monografie über die deutsche Revolution 1918/19 seit vielen Jahren. In seiner Dissertation widmet sich Mark Jones vorrangig den Gewaltmomenten in den Umbruchsmonaten zwischen November 1918 und dem Frühsommer 1919. Er spannt ein beängstigendes Gewaltpanorama auf, das wesentlich auch von der neuen Regierung zu verantworten gewesen sei und sich öffentlich-medialer Unterstützung erfreuen durfte. Wegen der Geburt der Weimarer Republik aus der (Regierungs-)Gewalt heraus zieht der Autor eine direkte Linie von 1918 nach 1933. Über diese Neuauflage der Sonderwegsthese dürfte ebenso wie über seine Interpretation der Revolution insgesamt gestritten werden.

Jung, Dae Sung, Der Kampf gegen das Presse-Imperium. Die Anti-Springer-Kampagne der 68er-Bewegung, Bielefeld 2016 (*transcript*), 372 S. – Die in Bielefeld eingereichte Dissertation untersucht die Anti-Springer-Kampagne im Spannungsfeld von Kampf um mediale Meinungsvielfalt und sich radikalisierender Studentenbewegung. Für den Springer-Verlag bedeuteten die Kampagnen, in der sich neben politischen auch finanzielle und persönliche Motive (der Konkurrenz) kreuzten, ein Ende seiner journalistischen Expansion. So habe die antiliberale Protestbewegung zur Liberalisierung der bundesrepublikanischen Presselandschaft beigetragen.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Jungcurt, Uta, Alldeutscher Extremismus in der Weimarer Republik. Denken und Handeln einer einflussreichen bürgerlichen Minderheit, Berlin/Boston 2016 (*De Gruyter Oldenbourg*), 395 S. – Bildungsbürgertum schützt vor radikalem Nationalismus nicht. Das belegt Uta Jungcurt in ihrer Mannheimer Dissertation auf der Grundlage eines breiten Quellen- und Literaturstudiums. Die Autorin führt uns anhand des Verbands und führender Vertreter der alldeutschen Bewegung vor Augen, wie sich die Brückenbildung aus der Mitte der Gesellschaft hin zu völkischen und nationalsozialistischen Kreisen vollzog. Einzig der – schon prominent im Titel angeführte – Extremismus-Begriff bleibt eher schemenhaft.

Junge, Matthias (Hrsg.), Metaphern soziologischer Zeitdiagnosen, Wiesbaden 2016 (*Springer VS*), 234 S. – Vor einigen Jahren frotzelte mit Jürgen Kaube ein Herausgeber der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* über einen regelrechten Jahrmarkt von Zeitdiagnosen, der allerlei Buntes, aber wenig Fundiertes bereithalte. Dem lässt sich indes die widerläufige These entgegenstellen, dass wir uns in Zeiten der abnehmenden wissenschaftlich grundierten Zeitdiagnostik befinden. Wo sehen wir heute einen Ernst Troeltsch oder Max Weber redivivus, wo einen scharfzüngigen Wilhelm Hennis oder einen liberal-irisierenden Ralf Dahrendorf? Da ist es gut, dass Geistes- und Sozialwissenschaften den Gegenstand selbst wenigstens für die Forschung entdecken. Der Rostocker Soziologe Matthias Junge leistet mit seinem Band einen wertvollen Beitrag dazu. Darin versammelt er Aufsätze zur grundsätzlichen Ausprägung der Zeitdiagnostik, die Wege zur weiteren Erforschung aufzeigen, ebenso wie kenntnisreiche Einzelstudien zur Metaphorik konkreter Zeitdiagnostik von den „Neuen Vätern" bis zur „Netzwerkgesellschaft".

Kajewski, Marie-Christine/Jürgen Manemann (Hrsg.), Politische Theologie und Politische Philosophie, Baden-Baden 2016 (*Nomos*), 207 S. – Die Beiträger umkreisen die (christliche) Religion als kritisches Moment einer westlich-liberalen Gesellschaft, die neben ethischen Korrektiven auch im Politischen Impulse geben kann. Abseits dieser These und der Notiz, vielgestaltige Dimensionen des Feldes auszuloten, bleiben die thematische Klammer und die weiterführende Analyse weitgehend blass. Dem Band fehlt eine Fragestellung, welche die teils schon an anderer Stelle veröffentlichen Aufsätze aufgreifen und neu herausfordern könnte.

Karlauf, Thomas, Helmut Schmidt. Die späten Jahre, München 2016 (*Siedler*), 540 S. – 33 Jahre lang hat Helmut Schmidt das politische Geschäft aktiv betrieben und eben so lange hat er es betrachtet. Kolumnen wurden geschrieben, Konferenzen bereichert und geldwerte Vorträge gehalten. Einfluss auf das Geschehen hat er nicht mehr nehmen wollen oder können. Gelegentliche Giftpfeile in Richtung seiner eigenen Partei, der SPD, scheinen die einzige Abwechslung in diesen ereignisarmen späten Jahren zu sein. Thomas Karlauf, der einstige Ghostwriter, hat einen minutiösen Bericht vorgelegt, ohne neues Licht auf die Persönlichkeit Schmidts zu werfen.

Karner, Stefan/Gerhard Botz/Helmut Konrad (Hrsg.), Epochenbrüche im 20. Jahrhundert. Beiträge, Wien u. a. 2016 (*Böhlau*), 277 S. – Durchaus erwartungsgemäß stehen die Epochenumbrüche von 1917-1919, 1945 und 1989-1991 im Zentrum dieser Sammelschrift. Sie beleuchtet so gebündelt wesentliche Einzelaspekte, ohne einem festen heuristischen Konzept von Epochenumbruch zu folgen. Im ersten Teil findet sich eine Erörterung von 1918 als „globale Zäsur" ebenso wie eine Betrachtung des Ersten Weltkriegs als mediengeschichtlicher Einschnitt oder zur Entwicklung Bulgariens in jener Umbruchszeit. Dieses bunte Potpourri der Themenmischung setzt sich für die anderen beiden Zeitschwellen fort. Der „rote Faden" ist zwar schwer erkennbar, die Einzelstudien sind aber insgesamt gewinnbringend.

Katzer, Valentin, „L'Algérie, c'est la France." Die französische Nordafrikapolitik zwischen Anspruch und Realität (1946-1962), Stuttgart 2016 (*Franz Steiner*), 432 S. – 1954 begann die blutige Loslösung Algeriens von Frankreich, die einerseits einen Blick auf die Struktur des Kolonialregimes einer „alten" Demokratie, andererseits eine Analyse der konkreten Umstände (Ideologie, Ökonomie, internationale Verflechtungen) erlaubt. Die Dissertation erhellt (gescheiterte) Entwicklungspläne und mit Brutalität umgesetzte Industrialisierungsversuche, die auch zu Beginn der V. Republik nicht aufhörten. Etwas kurz kommt die verquere Wirtschaftslogik Charles de Gaulles, dessen Protektionismus nicht nur in Nordafrika viel Schaden anrichtete.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Kempf, Udo, Das politische System Frankeichs, 5. Aufl., Wiesbaden 2016 (*Springer VS*), 416 S. – Aller Reden von Freundschaft zum Trotz herrscht in Deutschland ein Mangel an präzisen Werken zur Demokratie des Nachbarlands. Frankreich präsentiert der Autor in klassischer Form der Landeskunde. Nach treffenden Notizen zur politischen Kultur werden die politischen Institutionen vorgestellt, Parteien und Wahlen behandelt, Verbände, Medien und Regionen als Akteure untersucht, ehe kurze Blicke auf die Wirtschaft, die Gesellschaft (die Sprengkraft der „banlieues" wird nicht in Gänze deutlich) und europäische Verbindungen den Band beschließen. Etwas kurz kommt, warum die „alte" Demokratie mit ständigem Verfassungswandel sozial so instabil ist.

Kessler, Johannes, Theorie und Empirie der Globalisierung. Grundlagen eines konsistenten Globalisierungsmodells, Wiesbaden 2016 (*Springer VS*), 338 S. – Johannes Kessler entwickelt in seiner Dissertation ein Globalisierungsmodell, das Fragen zum theoretischen Konzept der Globalisierung, ihrer Messung, ihrer räumlichen und zeitlichen Entwicklung sowie ihrer theoretischen und empirischen Erklärung miteinander verknüpft. Dass dies trotz zahlreicher wissenschaftlicher Publikationen zum Phänomen der Globalisierung notwendig scheint, erklärt Kessler mit Verweis auf die fehlende begriffliche Präzision und die weiterhin bestehenden Unsicherheiten im Hinblick auf die Auswirkungen der Globalisierung, die von der Forschungsliteratur aufgrund ihrer widersprüchlichen Ergebnisse nicht ausgeräumt werden konnten. Das Globalisierungsmodell vermag als Grundlage für weitere interdisziplinär angelegte Forschungen zu dienen.

Kill, Susanne u. a., Die Reichsbahn und der Strafvollzug in der DDR. Häftlingszwangsarbeit und Gefangentransport in der SED-Diktatur, Essen 2016 (*Klartext*), 214 S. – Die von der Deutschen Bahn AG in Auftrag gegebene Studie dokumentiert Umfang, Bedingungen und Gründe für die Zwangsarbeit von Häftlingen bei der Deutschen Reichsbahn in 40 Jahren DDR-Geschichte sowie zum Häftlingstransport, ergänzt um fünf Zeitzeugenberichte aus dem Arbeitsalltag im Strecken- und Gleisbau.

Killguss, Hans-Peter/Martin Langebach (Hrsg.), „Opa war in Ordnung!" Erinnerungspolitik der extremen Rechten, Köln 2016 (*Selbstverlag der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus*), 244 S. – Der Materialband geht auf eine am 7. Mai 2015 durchgeführte gemeinsame Tagung des NS-Dokumentationszentrums Köln mit der Bundeszentrale für politische Bildung zurück, die sich mit der Identitätsbildung und den erinnerungspolitischen Strategien im Rechtsextremismus auseinandersetzte.

Klausa, Ekkehard (Hrsg.), Klemens von Klemperer. Der einsame Zeuge. Von der existentiellen Dimension des Widerstands gegen den Nationalsozialismus, Berlin 2016 (*Lukas*), 389 S. – Der Band vereint anlässlich des hundertsten Geburtstages des Historikers Klemens von Klemperer 21 seiner zentralen Aufsätze und Vorträge zur Widerstandsdiskussion, ergänzt um einen Einleitungsbeitrag und eine biographische Zusammenfassung des Herausgebers sowie eine Auswahlbiographie.

Knappertsbusch, Felix, Antiamerikanismus in Deutschland. Über die Funktion von Amerikabildern in nationalistischer und ethnozentrischer Rhetorik, Bielefeld 2016 (*transcript*), 422 S. – Die in Marburg eingereichte soziologische Dissertation interpretiert – sprachanalytisch geschult – Antiamerikanismus als rhetorische Funktion einer sozialen und politischen Praxis, ergeht sich also nicht in der bewährten Gegenüberstellung von Mythos und Realität der amerikanischen Gesellschaft, sondern veranschaulicht die Vielgestaltigkeit der politischen Implikationen des Antiamerikanismus. Obwohl die antiamerikanischen Motive durchaus unterschiedlich, wenn nicht gar widersprüchlich sind, kann der Autor dennoch zeigen, dass sie letztlich zur (nationalen) Identitätsbildung dienen.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Konitzer, Werner u. a. (Hrsg.), „Arbeit", „Volk", „Gemeinschaft". Ethik und Ethiken im Nationalsozialismus, Frankfurt a.M./New York 2016 (*Campus*), 284 S. – Das Jahrbuch 2016 zur Geschichte und Wirkung des Holocaust, verantwortet durch das Frankfurter Fritz Bauer Institut, versammelt 14 lesenswerte Beiträge zur – bislang vergleichsweise wenig erörterten – Frage nach einer „nationalsozialistischen Normativität". Dieser Band liefert empirisch fundierte Ansätze zur Erklärung moralischer Selbstverständigungsdiskurse und ethischer Überzeugungen, die zwischen authentischer, inszenierter und erzwungener Legitimation und Systemakzeptanz oszillieren. Als Untersuchungsgegenstände finden sich u. a. Einzelpersonen (etwa Alfred Baeumler und Nicolai Hartmann), Wissensfelder (etwa Philosophie und Rechtswissenschaft) und exemplarische Einzelthemen (etwa Geschlechterverhältnis und Jugendspielfilm). Wertvoll für den Überblick sind die einführenden und die abschließenden Betrachtungen Johann Chapoutots und Werner Konitzers.

Koschorke, Albrecht, Adolf Hitlers „Mein Kampf". Zur Poetik des Nationalsozialismus, Berlin 2016 (*Matthes & Seitz*), 93 S. – Wer sich nicht durch die mehrtausendseitige wissenschaftliche Edition von *Mein Kampf* kämpfen will, die jüngst das Münchner Institut für Zeitgeschichte vorgelegt hat, dem sei dieser lange Essay Albrecht Koschorkes empfohlen. So sehr der literaturwissenschaftliche Zugang manchen Zeithistoriker befremden dürfte, eröffnet er doch einen originellen Blick auf dieses schicksalsträchtige Buch. Koschorke betrachtet es als fiktionales Machwerk, dessen zum Teil wirkungsvolle Erzählstrategien er freizulegen sucht.

Kreide, Regina, Die verdrängte Demokratie. Essays zur Politischen Theorie, Baden-Baden 2016 (*Nomos*), 284 S. – Die Professorin für Politische Theorie erweitert das Forschungsfeld der Postdemokratie um einen wertvollen Beitrag. Empfohlen werden in den acht Aufsätzen u. a. die Etablierung der Menschenrechte als relevantes Instrument der Internationalen Beziehungen und die Einbettung eines globalen Gerechtigkeitsdenkens in die politische Praxis.

Krimm, Konrad (Hrsg.), Der Wunschlose. Prinz Max von Baden und seine Welt, Stuttgart 2016 (*Kohlhammer*), 232 S. – Dies ist der lesenswerte Begleitband zu einer entsprechenden Ausstellung des baden-württembergischen Landesarchivs. Das vielfältig illustrierte Konvolut widmet sich neben der Biografie seines Protagonisten den Zeitumständen vor und im Ersten Weltkrieg, bevor ein umfangreicher letzter Teil der Übergangsperiode zwischen „zwei Welten", zwischen „Kanzlerzeit und Republik" gewidmet ist. Die Publikation profitiert vom reichhaltigen Text- und Bildmaterial, das im Landesarchiv in Karlsruhe gelagert ist. Als Autor fehlt Lothar Machtan, der vor wenigen Jahren die maßgebliche Biografie Max von Badens vorgelegt hat.

Kritische Justiz (Hrsg.), Streitbare JuristInnen. Eine andere Tradition, Baden-Baden 2016 (*Nomos*), 678 S. – Die Fortsetzung zu dem 1988 erschienenen Band *Streitbare Juristen* schließt Lücken, die dieser bei seiner Traditionsstiftung für eine „Erinnerung an die Gerechtigkeit" hinterlassen hatte – deren markanteste (im Titel sichtbar geworden) die weitgehende Ausblendung von Juristinnen war. Der Blick richtet sich zudem stärker auf die bundesdeutsche Justiz, deren Demokratisierung und Emanzipation sich die Vorgestellten verschrieben hatten. Zudem finden sich vier Interviews, von denen das mit Heinrich Hannover, Hans-Christian Ströbele und Rupert von Plottwitz geführte Gespräch zu den RAF-Prozessen hier am interessantesten ist. Leider ist der Band kaum strukturiert, so dass das Narrativ einer unangepassten und folglich unterdrückten Tradition für eine humanere Rechtsordnung kaum erkennbar wird, zumal die Herausgeber mit Blick auf Franz Kafka und Kurt Tucholsky selbst einräumen, dass dieses Leitbild mitunter dann doch etwas undifferenziert erscheinen kann.

Kronenberg, Volker (Hrsg.), Schwarz-Grün. Erfahrungen und Perspektiven, Wiesbaden 2016 (*Springer VS*), 160 S. – Der Sammelband umfasst elf Aufsätze über Erfahrungen und Perspektiven der politischen Zusammenarbeit von Union und den Grünen. Zwar werden die Chancen eines Regierungsbündnisses unter verschiedenen koalitionsstrategischen Aspekten analysiert, allerdings fehlen Untersuchungen zur inhaltlich-programmatischen Passfähigkeit, z.B. auf so kontrahären Feldern wie der Umwelt-, Zuwanderungs- und der Sicherheitspolitik.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Krumeich, Gerd/Antoine Prost, Verdun 1916. Die Schlacht und ihr Mythos aus deutsch-französischer Sicht, Essen 2016 (*Klartext*), 272 S. – „Verdun" ist einer der großen Erinnerungsorte des 20. Jahrhunderts. Das gilt insbesondere für Frankreich, aber auch für Deutschland. Der Name Verdun steht symbolisch für ebenso brutale wie exzessive Gewalt während des Ersten Weltkriegs im Jahr 1916. Über die Jahrzehnte hinweg strahlte von ihm ebenso helleres Licht aus und wird mit ihm der Prozess deutsch-französischer Verständigung verbunden. An diesem Erinnerungsort lässt sich gleichsam ablesen, wie aus „Erbfeindschaft" eine tiefe europäische Freundschaft werden konnte. Dieser Band informiert in drei Teilen umfassend über die „Entscheidungen", das „Kriegserlebnis" und den „Mythos". Die Originalausgabe dieses deutsch-französischen Kooperationsprojekts ist im Jahr zuvor bereits auf Französisch erschienen.

Kühling, Gerd, Erinnerung an nationalsozialistische Verbrechen in Berlin. Verfolgte des Dritten Reiches und geschichtspolitisches Engagement im Kalten Krieg 1945-1979, Berlin 2016 (*Metropol*), 581 S. – Dass das Erinnern an die Verbrechen der NS-Zeit für Jahrzehnte aus der Öffentlichkeit gedrängt wurde, ist Gegenstand der Studie von Gerd Kühling. Er untersucht die Erinnerungspolitik in den unmittelbaren Nachkriegsjahren und zeichnet den Weg von der Kollektivamnestie zur Opferidentifikation nach.

Kuschel, Franziska, Schwarzhörer, Schwarzseher und heimliche Leser. Die DDR und die Westmedien, Göttingen 2016 (*Wallstein*), 329 S. – Die lesenswerte, gleichwohl etwas unsystematische Dissertation untersucht einerseits den Wandel der SED-Diktatur im Umgang mit den westdeutschen Medien (Rundfunk, Fernsehen, Print), anderseits die allgegenwärtige Nutzung westdeutscher Medienangebote in der DDR-Gesellschaft.

Kutscher, **Hauke-Hendrik**, Politisierung oder Verrechtlichung? Der Streit um die Verfassungsgerichtsbarkeit in Deutschland (1921–1958), Frankfurt a.M./New York 2016 (*Campus*), 266 S. – Die an der Universität Bielefeld angenommene und von Christoph Gusy betreute Dissertation zur Debatte um die Verfassungsgerichtsbarkeit wird vor dem Spannungsverhältnis von Politisierung der Justiz und Judizialisierung der Politik beleuchtet – eine Opposition, die weit in die Geschichte des Verfassungsrechts und der politischen Ideengeschichte zurückverweist. Der Autor zeigt, dass der Vorwurf der Politisierung zwar insofern zutrifft, als gerade das Bundesverfassungsgericht in den frühen Jahren zu hochgradig politischen Sachfragen urteilen musste. Weil es sich aber nicht politisch vereinnahmen ließ, half es nicht nur bei der Überwindung eines pejorativen Politikverständnisses mit, sondern konnte sich selbst institutionell begründen.

Lahann, Birgit, Peter Weiss. Der heimatlose Weltbürger, Bonn 2016 (*J.H.W. Dietz*), 336 S. – Die Biographie richtet sich weniger an ein akademisches denn ein feuilletonistisches Publikum, indem sie den äußeren und inneren Lebensweg des Künstlers in Form einer historischen Reportage nachzeichnet und dem Protagonisten mit viel Empathie folgt. Über sein politisches Denken erfährt man indes nichts, was nicht ohnehin bekannt ist.

Lehnert, Esther/Heike Radvan, Rechtsextreme Frauen – Analysen und Handlungsempfehlungen für Soziale Arbeit und Pädagogik, Opladen u. a. 2016 (*Barbara Budrich*), 138 S. – Die Autorinnen fragen nach der Wahrnehmung und dem pädagogisch richtigen Umgang mit rechtsextremen Frauen in Beruf, Ausbildung, Ehrenamt und Alltag. Sie bleiben – vor allem wegen einer fehlenden analytischen Konzeption der Darstellung – jedoch überzeugende Antworten schuldig.

Leiskau, Katja u. a. (Hrsg.), Deutsche illustrierte Presse. Journalismus und visuelle Kultur in der Weimarer Republik, Baden-Baden 2016 (*Nomos*), 469 S. – Der Sammelband ist dem 2013 verstorbenen Fotohistoriker Diethart Krebs gewidmet. Die einzelnen Beiträge stecken zwar Grenzen „zwischen Sichtbarem und Sagbarem" ab, stellen aber nicht die textuelle, sondern die visuelle Dimension in den Mittelpunkt der Betrachtung. Für alle, die sich für illustrierte Magazine, Bilderdienste, populäre Fotografie und verlegerische Konzepte ist diesem Bereich interessieren, dürfte das Kompendium von großem Wert sein.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Lembcke, Oliver W./Claudia Ritzi/Gary S. Schaal (Hrsg.), Zeitgenössische Demokratietheorie. Band 2: Empirische Demokratietheorien, Wiesbaden 2016 (*Springer VS*), 492 S. – Nach den normativen Demokratietheorien, die 2012 herausgegeben wurden, liegen nun siebzehn Beiträge zu empirischen Konzepten der Demokratie vor. In diesem Lichte untersuchen sie Fragen der politischen Willensbildung und Repräsentation, der Steuerung, der Rationalität und der Qualität demokratischer Prozesse. Wer einen knappen Überblick zu ausgewiesenen Problemfeldern sucht, wird in diesem eher kommentierend angelegten Überblicksband fündig.

Lepsius, M. Rainer, Max Weber und seine Kreise. Essays, Tübingen 2016 (*Mohr Siebeck*), 324 S. – Mario Rainer Lepsius (1928-2014) veröffentlichte nicht nur zahlreiche Artikel zu Leben und Werk von Max Weber, ihm ist vor allem die Edition der Weber-Gesamtausgabe mitzuverdanken. Eine entsprechende Monographie konnte er nicht mehr verfassen. Die für die Weberforschung wichtigen – veröffentlichten und unveröffentlichten – Beiträge werben zu Recht für eine Lektüre dieses Begründers der modernen Sozialwissenschaften, dessen theoretische Komplexität noch heute ein Fundus sein kann, insbesondere dann, wenn man ihn eben nicht als bloßen Klassiker wahrnimmt.

Limbach, Jutta, „Wahre Hyänen". Pauline Staegemann und ihr Kampf um die politische Macht der Frauen, Bonn 2016 (*J.H.W. Dietz Nachf.*), 120 S. – Aus der Feder der ersten Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts, Jutta Limbach, liest sich die knappe biografische Skizze ihrer Urgroßmutter als Teil eines unmermüdlichen Kampfes um Frauenrechte bis ins 21. Jahrhundert hinein, der noch nicht abgeschlossen ist. Pauline Staegemann (1838-1090) war 1873 Mitbegründerin des Berliner Arbeiter- und Mädchenvereins und setzte sich auch nach dessen Verbot für Dienstmädchen und Fabrikarbeiterinnen nicht nur in der Hauptstadt ein. So entstand ein persönliches und dokumentarisches Buch, das die Rolle einzelner Frauen in Erinnerung ruft, obwohl ihm ein Bezug zur wissenschaftlichen Erforschung der deutschen Arbeiterbewegung weitgehend fehlt.

Lindenberger, Thomas/Martin Sabrow (Hrsg.), German Zeitgeschichte. Konturen eines Forschungsfeldes, Göttingen 2016 (*Wallstein*), 312 S. – Kamen Festschriften zuletzt in Verruf, allein „aufgewärmte" Aufsätze wiederzugeben, betonen jene, die daran festhalten wollen, ihren Wert als Standortbestimmungen der Zunft. In einem solchen Sinne sind auch die 16 Beiträge zur Zeitgeschichte zu lesen, die dem Historiker Konrad H. Jarausch zum 75. Ehrentag gewidmet wurden. Die deutsche Zeitgeschichte ist dabei ein doppeltes Untersuchungsfeld: als Gegenstand und als international verzweigtes Forschernetzwerk. Die Autoren betreiben mehrheitlich „Selbsterforschung" (Jürgen Kocka): zu Entwicklungspfaden, Erzählungen und Renaissancen der Zeitgeschichte.

Lüdicke, Lars, Hitlers Weltanschauung. Von „Mein Kampf" bis zum „Nero-Befehl", Paderborn 2016 (*Schöningh*), 199 S. – Auf knappem Raum widmet sich Lars Lüdicke der schon lange von der Hitler-Forschung bearbeiteten Frage nach Zusammenhängen zwischen Hitlers Weltanschauung und Hitlers Herrschaft – so die Titel zweier „klassischer" Studien Eberhard Jäckels. Lüdicke hält die Fixierung einzig auf *Mein Kampf* für problematisch, schätzt das Zusammenwirken von Ideologie und Realität aber insgesamt als hoch ein. Als Einstieg in die Problematik ist der Band geeignet, sein Neuigkeitswert ist dagegen gering.

Mählert, Ulrich (Hrsg.), Die DDR als Chance. Neue Perspektiven auf ein altes Thema, Berlin 2016 (*Metropol*), 220 S. – Der von der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur initiierte Band soll zur Diskussion und Neubewertung des Forschungsfeldes DDR einladen. Angesichts der 18 überwiegend wenig kontroversen Beiträge und den von fast allen Autoren gleichlautend vorgetragenen wie bekannten Forderungen nach mehr Transdisziplinarität und Internationalität bleibt die Aufsatzsammlung hinter den ambitionierten Ansprüchen zurück.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Masala, Carlo, Welt-Unordnung. Die globalen Krisen und das Versagen des Westens, München 2016 (*C.H.Beck*), 176 S. – Der mit allen militärischen Bündnissen und ihren Problemen bewanderte Autor schreibt, der Westen habe „Chaos geschaffen" – eine grundsätzlich zu hinterfragende These. Was eine realistische Außenpolitik als Antwort auf diese desillusionierte Diagnose vermag, schildert Carlo Masala knapp: Ad-hoc-Koalitionen, weniger Interventionen (aus Schwäche), Anerkennen nicht-westlicher Politikentwürfe. Doch warum flüchten Menschen aus zerfallenden Staaten in den Westen? „Hybride Herausforderungen" (S. 122) sind kein hinreichendes Indiz für eine Kapitulation der liberalen Demokratien, auch wenn ein „Versagen" bei vielen (halbherzigen) Einmischungen vorliegt.

Maubach, Franka/Christina Morina (Hrsg.), Das 20. Jahrhundert erzählen. Zeiterfahrung und Zeiterforschung im geteilten Deutschland, Göttingen 2016 (*Wallstein*), 508 S. – Es gerät allzu rasch in Vergessenheit, wie sehr Zeitgeschichte auch Streitgeschichte im Spannungsfeld der bipolaren Weltordnung des Kalten Krieges war. Das geteilte Deutschland war in besonderer Weise davon betroffen und hatte zugleich die schwer belastete Nationalgeschichte aufzuarbeiten. Anhand von Einzelthemen zeigen die Autoren des Bandes auf, wie „Zeiterfahrung und Zeiterforschung" zusammengingen, mal harmonierten, mal sich konfrontativ begegneten. Zeitlich beginnen die Beiträge bei der unterschiedlichen Interpretation des Ersten Weltkriegs im geteilten Deutschland und enden mit Historiker-Begegnungen nach der Wendezeit 1989/90. Insgesamt ein lesenswertes Stück zur Historiografiegeschichte im geteilten und doch vielfältig aufeinander bezogenen Deutschland in Ost und West.

Mayer, Tilman (Hrsg.), In der Mitte Europas. Deutschlandforschung aus nationaler und internationaler Perspektive, Berlin 2016 (*Duncker & Humblot*), 188 S. – Das Tagungsresümee von 2014 und 2015 liefert weithin bekannte Positionen des jeweiligen Autors, etwa von Manfred Görtemaker zur „Berliner" Republik". Aus dem Band ragt der Beitrag von Ludger Kühnhardt heraus, der in der „Atlantischen Zivilisation" nicht nur eine Strategie der Zeit vor 1989 sieht, sondern auch ein unvollendetes Projekt, dessen Basis vorbehaltloser Grundrechte vielerorts nicht mehr selbstverständlich erscheint.

Melber, Takuma, Pearl Harbor. Japans Angriff und der Kriegseintritt der USA, München 2016 (*C.H.Beck*), 223 S. – Vorwiegend aus der Perspektive der japanischen Aggressoren zeichnet der Militärhistoriker Vorgeschichte, Verlauf und Folgen des Angriffs auf den amerikanischen Flottenstützpunkt nach – er widerlegt überzeugend noch immer kursierende Verschwörungstheorien.

Metger, Julia, Studio Moskau. Westdeutsche Korrespondenten im Kalten Krieg, Paderborn 2016 (*Ferdinand Schöningh*), 288 S. – Die an der FU Berlin entstandene Dissertation beleuchtet das Spannungsfeld westdeutscher Medienberichterstattung aus der Sowjetunion vor dem Hintergrund von journalistischer Distanz bzw. Abgrenzung und investigativ notwendiger Nähe bzw. Einbeziehung. Leider bleibt unklar, warum mit Blick auf die neuen Freiheiten und den Wandel der Berichterstattung in den 1980er Jahren das letzte Jahrzehnt nicht in die Untersuchung einbezogen wurde.

Ministerstvo Unitra České Republiky (Hrsg.), Report on Extremism on the Territory of the Czech Republic in 2015, Prag 2016 (*Bezugsadresse: http://www.mvcr.cz*), 54 S. – Der Bericht vermittelt den Kenntnisstand der tschechischen Sicherheitsbehörden zum Rechts- und Linksextremismus in seinen regionalen Schwerpunkten, informiert über repressive Demokratieschutzmaßnahmen und die Spezifik politisch motivierter Gewalt im Berichtsjahr 2015. Ein gesonderter Abschnitt ist anti-islamischen Aktivitäten militanter Gruppierungen gewidmet.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Möller, Kolja/Jasmin Siri (Hrsg.), Systemtheorie und Gesellschaftskritik. Perspektiven der Kritischen Systemtheorie, Bielefeld 2016 (*transcript*), 248 S. – Kritische Systemtheorie ist der Versuch, Systemtheorie und Kritische Theorie als soziologische Großtheorien wenn nicht gleich zu versöhnen, so doch ins Gespräch zu bringen. Gemeinsam ist den Beiträgern, dass sie im Werk Niklas Luhmanns ein kritisches Moment der Gesellschaftsanalyse erkennen und es in diese Richtung weiter ausbauen wollen, während unter Kritischer Theorie weniger im strengen Sinne die verschiedenen Generationen der Frankfurter Schule verstanden werden, sondern all jene Ansätze gemeint sind, die sich das Label „emanzipativ" gaben.

Möllers, Martin H. W./Robert Chr. van Ooyen (Hrsg.), Polizeireform – gewollt, gescheitert?, Frankfurt a.M. 2016 (*Verlag für Polizeiwissenschaft*), 113 S. – Zentraler Reformgedanke der Werthebach-Komission vom Dezember 2010 war es, Informationsaustausch auf besserem Niveau durch Kooperation zu erreichen (Zusammenlegung Bundeskriminalamt und Bundespolizei, Verfolgung schwerwiegender Kriminalität nicht mehr durch den Zoll, sondern durch die Bundespolizei). Länder, Polizeigewerkschaft und Medien standen dem ablehnend gegenüber. Die Kabinettsrochade vom März 2012 brachte Hans-Peter Friedrich ins Amt, der die Ideen nach 13 Tagen „beerdigte". Aus der NSU-Affäre heraus soll eine – bislang halbherzig umgesetzte – „Kulturrevolution" bei der Polizei und beim Verfassungsschutz helfen, politisch motivierte Straftäter besser zu erkennen.

Mörschel, Tobias (Hrsg.), Wahlen und Demokratie. Reformoptionen des deutschen Wahlrechts, Baden-Baden 2016 (*Nomos*), 270 S. – Plädiert der belgische Historiker David Van Reybrouck dafür, statt Wahlen das Losverfahren einzuführen, werden in diesem Band hingegen Wahlen nicht abgelehnt, sondern Reformoptionen, insbesondere des deutschen Wahlrechts, vorgestellt, aber auch grundsätzlich nach den Funktionen von Wahlen in Demokratien gefragt. Unter besonderer Berücksichtigung steht die Frage, inwieweit sich die Wahlbeteiligung durch Wahlreformen erhöhen lässt.

Morlok, Martin u. a. (Hrsg.), Etablierungschancen neuer Parteien, Baden-Baden 2016 (*Nomos*), 186 S. – Der im Rahmen eines Symposiums entstandene Band betrachtet die Determinanten der Herausbildung und Etablierung neuer Parteien in Deutschland und Europa – darunter die rechtlichen Gegebenheiten, der Parteienwettbewerb und die Fluktuation der Parteimitglieder. Durch die interdisziplinäre Herangehensweise offerieren die Beiträge einen lohnenden Einstieg in das Forschungsfeld.

Müller, Alfred, Mit Marx in eine bessere Gesellschaft. Über die Nutzlosigkeit von Geldreformen im kranken Kapitalismus, Marburg 2016 (*Tectum*), 237 S. – Von der These ausgehend, dass der krankende Kapitalismus mit den ökonomischen Ideen Karl Marx' transformiert werden kann, zeigt Alfred Müller mit dem Vergleich der Geldtheorien von John Maynard Keynes und Silvio Gesell die – vermeintliche – Überlegenheit der marxschen Theorie. Ob diese allein eine Gesellschaftstranformation herbeiführen können, bleibt fraglich.

Mulack, Christa, Gewalt im Namen Gottes. Ursachen und Hintergrüne im biblischen Monotheismus, Marburg 2016 (*Tectum*), 382 S. – Für die Autorin hängt Gewalt stark mit dem Monotheismus sowie mit dem Patriarchat zusammen. Unter dieser Form des Feminismus leidet die Substanz der Studie, die für mythisches Denken plädiert.

Müller, Ernst/Falko Schmieder, Begriffsgeschichte und historische Semantik. Ein kritisches Kompendium, Berlin 2016 (*Suhrkamp*), 1027 S. – In den Kanon jener modernen Klassiker, die zu zitieren in geistes- und sozialwissenschaftlichen Arbeiten nie falsch sein kann, zählen nicht nur ein Max Weber, Niklas Luhmann oder Pierre Bourdieu, sondern auch Begriffshistoriker: mit Reinhart Koselleck an der Spitze. Er ist der Doyen der deutschen (oder zweiten Bielefelder) Schule der Begriffsgeschichte. Häufig bleibt es beim Etikettieren oder bei der Wiedergabe einzelner markanter Schlagworte, die Koselleck zu formen ein Meister war. Wer Interesse an einer tiefgreifenden Introspektion der Begriffsgeschichte hat und wer ihre weit über Koselleck hinausgreifenden Grenzen und Koordinaten näher kennenlernen will, der wird an Müllers und Schmieders Mammutwerk nicht vorbeikommen.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Münkler, Herfried/Grit Straßenberger, Politische Theorie und Ideengeschichte. Eine Einführung, München 2016 (*C.H.Beck*), 426 S. – Politische Ideengeschichte mithilfe des „challenge-and-response"-Ansatzes als Feld politischer Deutungskämpfe und gegenseitiger Rezeptionen wahrzunehmen, ist die These beider Autoren. Sie schließen an Münklers Verständnis von Ideengeschichte an, als Archiv und Laboratorium für die Politikwissenschaft zu gelten. Mit dieser Überschrift erläutern sie ideenhistorische Klassiker, strukturiert durch eine begriffsorientierte Gliederung. Die einzelnen Kapitel gleichen exemplarischen Studien: zu zentralen Begriffen und Deutungsangeboten politischen Denkens. Auch sie atmen das Plädoyer, politische Theorie und Ideengeschichte anhand theoretischer Problemfelder und intellektueller Diagnosen zu verstehen.

Munsonius, Hendrik, Öffentliche Religion im säkularen Staat, Tübingen 2016 (*Mohr Siebeck*), 161 S. – Der Autor setzt sich mit dem Spannungsverhältnis von Selbstverständnis und Einflussmöglichkeiten der evangelischen Kirche und den religionsrechtlichen Rahmenbedingen ihres Handelns in Deutschland auseinander.

Neubauer, Gerald, Das Recht des Staates auf zivilen Ungehorsam. Mit Menschenrechten begründete Rechtsbrüche in der internationalen Politik, Baden-Baden 2016 (*Nomos*), 314 S. – Indem er das Konzept des zivilen Ungehorsams auf die internationale Ebene hebt, untersucht Gerald Neubauer, ob der staatliche Protest gegen internationales Recht als ziviler Ungehorsam gedeutet und der Emanzipation dienlich sein kann – anhand der Beispiele Argentinien, Brasilien und Bolivien.

Nida-Rümelin, Julian, Humanistische Reflexionen, Berlin 2016 (*Suhrkamp*), 479 S. – In dieser Aufsatzsammlung will der Autor Antworten geben auf die Herausforderungen der westlichen Welt (Fanatismus, Fundamentalismus, Kommerzialisierung – das Wort Extremismus vermeidet er). Für ihn müssen die Reaktionen politisch sein, dabei humanistisch. Dabei geht er von einer brachliegenden Wahrheit aus („veritas filia temporis", S. 15), die nur von vernünftigen Leuten erkannt werden muss. Das ist ein Wunsch aller Theoretiker. Dabei sind seine konstruktiven Ideen durchweg einleuchtend: Bildung ist wichtig, eine Humanisierung der Sprache nicht minder. Aufmerksamkeit darf sein differenzierter Abriss zu Karl Marx beanspruchen: Er sei ethischer Humanist, aber politischer Anti-Humanist.

North, David, Die Frankfurter Schule, die Postmoderne und die Politik der Pseudolinken. Eine marxistische Kritik, Essen 2016 (*Mehring*), 383 S. – Der Anspruch des trotzkistischen Herausgebers ist es, durch ausgewählte Texte Einblick in den klassischen Marxismus zu bieten, ihn zu verteidigen und von zeitgenössischen ideologischen Strömungen, die der Autor als „pseudolinks" bezeichnet, abzugrenzen. Gleichzeitig stellen die Beiträge eine Replik auf zwei ehemalige Mitglieder der US-amerikanischen Workers League dar, die sich nach ihrem Austritt gegen die theoretischen Grundlagen, Perspektiven und die Praxis der *Socialist Equality Party* und des Internationalen Komitees der Vierten Internationale gewandt hatten und vom Autor als „kleinbürgerliche[n] Pseudolinke[n]" (S. 10) betitelt werden.

Ottmann, Henning/Pavo Barišić (Hrsg.), Demokratie und Öffentlichkeit. Geschichte – Wandel – Bedeutung, Baden-Baden 2016 (*Nomos*), 156 S. – Dass die Öffentlichkeit eine Voraussetzung der Demokratie ist, ist unstrittig. Welchen Wandel sie in der Geschichte erfuhr und welche Bedeutung ihr heute zukommt, diskutierten Wissenschaftler auf einem internationalen Symposium 2014 in Kroatien, deren Beiträge in diesem Band versammelt sind.

Palonen, Kari, From Oratory to Debate. Parliamentarisation of Deliberative Rhetoric in Westminster, Baden-Baden 2017 (*Nomos*), 262 S. – In Anlehnung an den 2014 veröffentlichten Band *Parliamentary Procedure. The Formation of Westminster Procedure as a Parliamentary Ideal Type* untersucht der finnische Politikwissenschaftler Kari Palonen Konzepte und Selbstverständnisse parlamentarischer Praktiken am Beispiel Westminsters. Das britische Unterhaus, so lautet seine These, gleiche einem Idealtypus des Parlamentarismus, dessen historischer Wandel in seiner politischen Rhetorik abbildbar sei. Ging es zuvor um die geschäftliche Ordnung, stehen nun Kommentare und Sammlungen als deliberative Foren im Mittelpunkt – auf der Suche nach einer Charakteristik parlamentarischer Verfahren.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Papier, Hans-Jürgen/Ursula Münch/Gero Kellermann (Hrsg.), Freiheit und Sicherheit. Verfassungspolitik, Grundrechtsschutz, Sicherheitsgesetze, Baden-Baden 2016 (*Nomos*), 338 S. – Für die Theoriedebatte sind die Beiträge recht „praktisch" gehalten, für die Praxis recht „theoretisch": Der Band stellt Mechanismen moderner Sicherheitsgesetze vor und fragt nach Schutzmöglichkeiten für die Privatsphäre. Tutzinger Akademiedebatten dienen der Selbstverständigung: So folgt auf die Nennung von Gefährdungen (Datenschutz, dekliniert u. a. im Bereich Mobilität) zwar ein Aufriss zu Schadensarten und -intensitäten, aber nur vage Reaktionen: neue Regulierung, Überwindung von Kompetenzgrenzen (das Wort „Trennungsgebot" kommt nicht vor).

Philipp, Michael (Hrsg.), Debatten um die Souveränität. Jean Bodins Staatsverständnis und seine Rezeption seit dem 17. Jahrhundert, Baden-Baden 2016 (*Nomos*), 196 S. – Der Band ist mehr als eine bloße Re-Lektüre der wichtigsten Schriften Jean Bodins, denn die Autoren weisen die Vorstellung, der Klassiker sei lediglich ein vormoderner Fürsprecher des Absolutismus, als unterkomplex zurück, um nach dessen Aktualität zu fragen. Sie finden sie in seinem Konzept der „droit Gouvernment" als Vorbild einer good governance (Horst Denzer), in seinen Ausführungen zu internationalen Kooperationen (Gregor Kirchhof), seinen steuerpolitischen Ideen (Michael Schaper und Michael Philipp) sowie Ansätzen zum Föderalismus (Yvonne Pfannenschmid, z.T. Christoph Besold). Dass der modernen Aneignung Bodins Grenzen gesetzt sind, veranschaulichen Norbert Campagna und Rüdiger Voigt, wenn sie dessen Rechtsstaatsverständnis und seine spiritualistischen Vorstellungen thematisieren.

Pieger, Bruno/Bertram Schefold (Hrsg.), „Kreis aus Kreisen". Der George-Kreis im Kontext deutscher und europäischer Gemeinschaftsbildung, Hildesheim 2016 (*Georg Olms*), 663 S. – Die Verschiedenartigkeit der Kreise um Stefan George – nach zwei teils hagiographisch anmutenden – Tagungen betonend, stellt sich der Band selbst in die „Kreistradition" (S. 19). Mit je unterschiedlichem Zugriff stehen die Rolle des (denkenden) Bürgers, der Platonismus und das „geistige Europa" im Zentrum. Köpfe mit gewisser Anhänglichkeit wie Arnold Bergstraesser, Ernst Jünger oder Karl Wolfskehl kommen ebenso vor wie der spätgeborene Nachlasserbe Max Kommerells, Helmut Strebel. Heftige Demokratiekritik bei George verdeutlicht Wolfgang Graf Vitzthum an Führerfigur und Elitismus.

Pirjevec, Jože, TITO. Die Biografie, München 2016 (*Antje Kunstmann*), 719 S. – Der Autor schildert das Leben und Wirken von Josip Broz, so der bürgerliche Name Titos, von der Geburt (1892) bis zum Tod (1980). Die Empathie des Verfassers, der jahrelang über sein Sujet geforscht hat, geht zuweilen in Sympathie für den Porträtierten über. Tito baute wie so viele Herrscher vor und nach ihm keinen Nachfolger auf.

Polyakova, Alina u. a., The Kremlin's Trojan Horses. Russian Influence in France, Germany, and the United Kingdom, hrsg. vom Dinu Patriciu Eurasia Center/Atlantic Council, Washington D.C. 2016 (*Bezugsadresse: www.AtlanticCouncil.org*), 31 S. – Als trojanische Pferde des Kremls gelten den Autoren all jene Kräfte in den untersuchten Ländern, welche die völkerrechtswidrige Annektierung der Krim durch Russland unterstützen bzw. mit Sympathie betrachten. Das Spektrum der „pro-russischen" Akteure wird sehr weit ausgelegt. Es reicht von der gemäßigten Linken bis zur AfD und Elsässers *Compact*-Magazin.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Popper, Karl/Hans-Joachim Niemann (Hrsg.), Gesammelte Werke in deutscher Sprache: Band 14: Freiheit und intellektuelle Verantwortung. Politische Vorträge und Aufsätze aus sechs Jahrzehnten, Tübingen 2016 (*Mohr Siebeck*), 467 S. – Der Band *Freiheit und intellektuelle Verantwortung* umfasst vorwiegend politische Schriften, die Popper nach Veröffentlichung von *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde* verfasste. Aus ihnen wird Poppers Fingerfertigkeit ersichtlich, seine politischen Überzeugungen mit seiner Wissenschaftstheorie zu verbinden. Die argumentativen Schlussketten sind kurz und prägnant, niemals aber trivial oder unkontrovers. Die Zusammenstellung umfasst einen Großteil jener Beiträge, die Popper den Vorwurf einbrachten, ein Erzkonservativer zu sein. In mehreren Aufsätzen findet sich sein Diktum, „daß wir im Westen in der besten Welt leben, die es je gegeben hat" (S. 271). Eine große Sünde der Medien bestünde darin, diese Wahrheit zu unterdrücken. Alle Aufsätze waren auch bisher schon leicht zugänglich, manche wurden für diese Ausgabe neu übersetzt.

Potts, Charlotte, Protest im Land der unbegrenzten Möglichkeiten. Tea Party und Occupy im Vergleich, Baden-Baden 2016 (*Nomos*), 429 S. – Charlotte Potts legt mit ihrer Untersuchung zu Tea Party und Occupy in den USA Grundlagenforschung zu beiden Protestbewegungen vor. Anhand von zahlreichen Interviews mit Beteiligten und Beobachtungen vor Ort zeichnet sie die Ursachen der Bewegungen, deren Identität, Ideologie, Organisation wie Struktur nach. Im Vergleich zeigt sie auf, dass diese beiden verschiedenen Bewegungen doch so manche Ziele einen.

Priemel, **Kim Christian**, The Betrayal. The Nuremberg Trials and German Divergence, Oxford 2016 (*Oxford University Press*), 481 S. – Die an der Humboldt-Universität eingereichte Habilitationsschrift beeindruckt nicht nur durch das zusammengetragene Material, sondern auch durch ihre theoretische Perspektive, zahlreiche im Vorfeld und parallel zu den Prozessen verfasste Planungsberichte und politischen Analysen in den Blick zu nehmen. Priemel schreibt eine erstklassische Intellectual History, weil er politische, administrative und juristische Entscheidungen vor einem Geflecht aus Interessen und Ideen sichtbar werden lässt.

Prokob, Emmanuel Stéphane (Hrsg.), Louis Dumont: Die Deutsche Ideologie. Frankreich-Deutschland: hin und zurück, Baden-Baden 2016 (*Nomos*), 158 S. – Die 2006 erfolgte Übersetzung dieses auf kulturelle Unterschiede, ja Rivalitäten schauenden Bandes des Anthropologen von 1991 macht klar, was die beiden Staaten am Rhein trennt: die „deutsche Ideologie" vieler Denker (Goethe, Wilhelm von Humboldt, Thomas Mann in den „Betrachtungen"). Die deutsche Art der Bildung erscheint so als nationale Strategie. Durchzieht die deutsche Geistesgeschichte wirklich eine stabile Gegnerschaft zur französischen Aufklärung? Und ist die als Gegenpart dargestellte „französische Ideologie" wirklich so viel universalistischer? Der Band besticht – gerade durch die umstrittene These – und ruft mit vollem Recht zur Wachsamkeit gegenüber antiwestlichen Strömungen auf.

Rapp, Sebastian, Direkte Demokratie in der Schweiz. Ein Vergleich zu der Rechtslage in Deutschland, Baden-Baden 2016 (*Nomos*), 625 S. – Die Dissertationsschrift stellt sich der Frage, inwieweit die direkte Demokratie der Schweiz als Vorbild für Deutschland gelten kann. Schwerpunkt ist die Darstellung des rechtlichen Rahmens direktdemokratischer Instrumente in beiden Ländern. Hervorzuheben ist die Analyse eines möglichen Ausbaus direkter Demokratie in Deutschland aus verfassungsrechtlicher Perspektive sowie die detailreiche Analyse von 24 Abstimmungsvorlagen in der Schweiz zwischen 2013 und 2015. Die im Fazit gezogenen Schlüsse verbleiben allerdings an der Oberfläche: So wird beispielsweise die Frage nach der grundsätzlichen Übertragbarkeit direktdemokratischer Elemente in wenigen Absätzen abgehandelt.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Reininghaus, Wilfried, Die Revolution 1918/19 in Westfalen und Lippe als Forschungsproblem. Quellen und offene Fragen. Mit einer Dokumentation zu den Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräten, Münster 2016 (*Aschendorff*), 392 S. – Auf den knapp 400 Seiten bekommt der Leser Einiges geboten: einen systematisch entwickelten Stand zur Revolutionsforschung im regionalen und lokalen Bereich, eine intensive, empirisch genau abgesicherte Darstellung des Revolutionsgeschehens im Westfälischen, die neben neuen Perspektiven offene Fragen benennt, schließlich eine kommentierte Übersicht zu allen relevanten Quellenbeständen, die sich von staatlichem und militärischem Archivgut hin zu Prozessakten und Unterlagen der Arbeiter- und Soldatenräte bis zu Sammlungen von Fotografien und Sachobjekten erstrecken. Ein umfassendes, strukturiertes Literaturverzeichnis, verschiedene hilfreiche Übersichten, ein Personen- und Ortsregister runden den gelungenen Band ab.

Reybrouck, David Van, Gegen Wahlen. Warum Abstimmen nicht demokratisch ist, Göttingen 2016 (*Wallstein*), 198 S. – Gelten freie und faire Wahlen als Indikator für Demokratien, so widerspricht der belgische Historiker David van Reybrouck dieser Ansicht. Anhand der Historie versucht er darzulegen, dass Wahlen nie als demokratisches Instrument gedacht waren. Stattdessen plädiert er mit seinem Therapievorschlag für die Ergänzung durch ein Losverfahren, um die Volksvertretung zu rekrutieren. Ein origineller, wenngleich kontroverser Vorschlag, der einige Diskussionen aufwerfen dürfte.

Richter, Emanuel, Demokratischer Symbolismus. Eine Theorie der Demokratie, Berlin 2016 (*Suhrkamp*), 279 S. – Der Signifikant „Demokratie" zirkuliert gegenwärtig inflationär. Analog zur Funktion das variablen mana wird „Demokratie" und „demokratisch" mit nahezu jedem politischen Inhalt gefüllt. „Demokratie" ist somit zu einem flottierenden oder leeren Signifikanten geworden, dessen struktureller Bedeutungswert zu einem Nullwert tendiert. Genau diese Schwierigkeit macht Emanuel Richter zum Ausgangspunkt seiner Überlegungen, den Sinngehalt von „Demokratie" zu bestimmen, den er im „demokratischen Symbolismus" ausmacht, d.h. in dem unbewussten Funktionsverständnis der Demokratie, eine „gleichrangige Präsenz" in der politischen Interaktion zu garantieren. Richter leistet mit seinem originellen und stringent strukturierten Buch einen produktiven Beitrag zur Demokratietheorie, der seinem Anspruch nach einen Beurteilungsmaßstab gegenwärtiger „Erscheinungsformen der Demokratie" aufstellt.

Roth, Philip H. (Hrsg.), Macht. Aktuelle Perspektiven aus Philosophie und Sozialwissenschaften, Frankfurt a.M./New York 2016 (*Campus*), 317 S. – Wenn, wie im Band vorausgesetzt, Macht „in allen sozialen Situationen wirksam" ist, muss zuerst gefragt werden: Berücksichtigt das interdisziplinäre Herangehen Vorbedingungen, die sich u. a. aus historischen Pfaden und Hierarchien ergeben? Wann aus Machtrivalitäten Gewalt entsteht, untersucht Katrin Meyer. Dass Macht stets aufgrund von Entscheidungslegitimität stabil wird, bleibt im Band durch den Blick auf Hannah Arendt einseitig beleuchtet. Innovativ sind die Fragen nach Anerkennung (minderheitlicher) Interessen und nach ökonomischen Bedingungen von Macht.

Saage, Richard, Der erste Präsident. Karl Renner – eine politische Biografie, Wien 2016 (*Paul Zsolnay*), 415 S. – Der deutsche Ideenhistoriker Richard Saage präsentiert eine ebenso umfassende wie gut lesbare Biografie einer Gründungsfigur des österreichischen Staates. Die Studie ruht auf einem gründlichen Studium – auch archivalischer – Quellen, ist zugleich aber urteilsstark und weicht Kontroversen nicht aus. Die Biografie Karl Renners dient Saage gleichsam als Sonde, um so eine besonders zäsur- und wendungsreiche Epoche der deutsch-österreichischen Geschichte auszuleuchten.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Sabrow, Martin/Peter Ulrich Weiß (Hrsg.), Das 20. Jahrhundert vermessen. Signaturen eines vergangenen Zeitalters, Göttingen 2016 (*Wallstein*), 333 S. – Es ist begrüßenswert, wenn in einer Zeit, da sich auch die Geschichtswissenschaft immer weiter spezialisiert und vergleichsweise kleinteilige Forschungen präsentiert, solche Werke zu finden sind, die konzeptionellen Anspruch mit Überblick verbinden. In diese Richtung zielt dieses Kompendium, das Beiträge einer Ringvorlesung an der Berliner Humboldt-Universität versammelt und unter je spezifischen Blickwinkeln eine Gesamtvermessung des 20. Jahrhunderts leisten will. Dies erfolgt über Themen wie Gewalt, Holocaust, Grenzen, Furcht und Faszination, Migration, Rationalität und Emotionalität, Begriffe wie „Moderne" und „Krise", über Fragen der Medienentwicklung, der Jugendkultur, der Konsumgesellschaft, des Sozialstaats und der Menschenrechte. Wer nach der einen, entscheidenden Signatur der Epoche sucht, wird enttäuscht und eventuell verwirrt nach der Lektüre eines Bandes zurückbleiben, der multiple Narrative im Angebot hat.

Sälter, Gerhard u. a., Die vergessenen Toten. Todesopfer des DDR-Grenzregimes in Berlin von der Teilung bis zum Mauerbau (1948–1961), Berlin 2016 (*Christoph Links*), 310 S. – Während Darstellungen zum Mauerbau, zu ihrer Existenz und ihrem Abriss Legion sind, blieb die Vorgeschichte der europäischen Teilung unter dem Brennglas Berlin bislang kaum beachtet. Die Zusammenfassung von 39 Einzelbiographien der Getöteten und die Schilderung der Umstände ihres Todes bilden daher eine zentrale Quelle zur Geschichte von Mauer und Flucht.

Schäller, Steven, Föderalismus und Souveränität im Bundesstaat. Ideengeschichtliche Grundlagen und die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, Wiesbaden 2016 (*Springer VS*), 365 S. – Das Bundesverfassungsgericht ist ein entscheidender Akteur im politischen und institutionellen Kräftespiel der Bundesrepublik. Anhand dessen Interpretation von Bundesstaatlichkeit und Föderalismus analysiert Steven Schäller das Bundesverfassungsgericht als jene zentrale bundestaatliche Institution.

Schaub, Hans-Peter, Landsgemeinde oder Urne – was ist demokratischer? Urnen- und Versammlungsdemokratie in der Schweiz, Baden-Baden 2016 (*Nomos*), 553 S. – Diese Dissertation untersucht die demokratische Qualität in acht Schweizer Kantonen, speziell unter der Fragestellung, ob die Demokratiequalität in Versammlungs- oder Urnendemokratien größer ist. Das Versammlungssystem stärkt die direktdemokratische Mitwirkung der Bürger, das Urnensystem die Machtteilung zwischen den Staatsgewalten.

Schildt, Axel (Hrsg.), Von draußen. Ausländische intellektuelle Einflüsse in der Bundesrepublik bis 1990, Göttingen 2016 (*Wallstein*), 308 S. – Wenn der Tagungsband nach Ideenimporten als Teil einer transnationalen Intellectual History am Beispiel der frühen Bundesrepublik fragt, knüpft er an die Forschungen zur Remigration sowie die europäischen und transatlantischen Diskurse in der Weimarer Republik an. Jedoch steht weniger die zumindest häufig implizit verhandelte Frage nach der Demokratiefähigkeit der Deutschen im Mittelpunkt; die jeweiligen Rezeptionen erscheinen stattdessen als Seismographen einer transnationalen westlichen Kultur einerseits und deren Übertragung auf die deutschen Verhältnisse andererseits. Dass es sich hier um „bloße" Fallstudien handelt, ermöglicht allgemeine Forschungsthesen – etwa der Verwestlichung, Amerikanisierung oder Internationalisierung – zu differenzieren und zu relativieren.

Schiller, Hans-Ernst (Hrsg.), Staat und Politik bei Ernst Bloch, Baden Baden 2016 (*Nomos*), 214 S. – Das politische Denken Ernst Blochs wird mittels einer Dreiteilung in Grundbegriffe des Politischen, seine publizistischen Eingriffe und die sich daraus ergebenden Perspektiven vorgestellt. Eine lohnenswerte Lektüre, um sich mit politischen Utopien auseinanderzusetzen.

Schmetterer, Christoph, Kaiser Franz Joseph I., Wien u. a. 2016 (*Böhlau*), 229 S. – Der Kaiser von Österreich mit dem markanten Backenbart regierte 68 Jahre (1848-1916). Die eher knapp gehaltene Biographie des Wiener Rechtshistorikers zum 100. Todestag ist nicht chronologisch angelegt. Die Zeitumstände fließen immer wieder in die Charakterisierung des Kaisers ein.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Schöler, Uli, Herausforderungen an die Sozialdemokratie, Essen 2016 (*Klartext*), 440 S. – Der Autor ist durch seine Erfahrung in der Bundestagverwaltung und seine Mitarbeit in sozialdemokratischen Gremien zur programmatischen Entwicklung der Sozialdemokratie ausgewiesen und versammelt bereits veröffentlichte Texte aus den vergangenen 30 Jahren. Naturgemäß mangelt es dem Band an Systematik, aber er entfaltet ein facettenreiches Panorama sozialdemokratischer Programmarbeit, das zum Schmökern einlädt.

Schultz, Helga, Januskopf. Neoliberalismus und Neue Linke, Berlin 2016 (*Berliner Wissenschaftsverlag*), 51 S. – Sozialismus und Liberalismus bestimmten von der Aufklärung an die Politik. Durch den Zusammenbruch des Kommunismus 1989 stehe der Liberalismus ohne Konkurrenz da. Mittlerweile gäbe es weithin einen Konsens zwischen dem (Neo-)Liberalismus und der (Neuen) Linken. Die dünne Schrift ist nicht frei von Vereinfachungen.

Schumpeter, Joseph A. u. a. (Hrsg.), Schriften zur Ökonomie und Soziologie, Berlin 2016 (*Suhrkamp*) 435 S. – Angesichts des erschreckenden Realitätsverlustes der Wirtschaftswissenschaft, die ihre falsifizierten Modelle und Theorien kraft formaler Autorität des Labels „Wissenschaft" im Rahmen einer globalen Finanzökonomie rentabel vermarktet hat, um als angediente Legitimationsinstanz deren reale Irrationalismen ideologisch vor bedeutsamer Kritik abzuschirmen und in Gang zu halten, lohnt ein Rückgang zu den Klassikern der Kapitalismusanalyse und ihres interdisziplinären Ansatzes. Der Band enthält wichtige Aufsätze Schumpeters, in denen dessen zentrale Thesen einem breiten Publikum präsentiert werden.

Schwinn, Thomas/Gert Albert (Hrsg.), Alte Begriffe – Neue Probleme. Max Webers Soziologie im Lichte aktueller Problemstellungen, Tübingen 2016 (*Mohr Siebeck*), 465 S. – Neben Beiträgen zur Biographik fragt der Tagungsband primär nach der Aktualität von zentralen Formeln und Konzepten der Weber'schen Soziologie. Im Zentrum stehen religions-, herrschafts-, wirtschafts-, kultursoziologische und geschichtswissenschaftliche Themen, die entweder auf neues empirisches Material angewendet oder mit aktuellen Theorien konfrontiert werden. Für den politikwissenschaftlichen Leser sind vor allem die Beiträge von Andreas Anter und Ute Mager zur EU sehr lesenswert.

Sedmak, Clemens, Mensch bleiben in der Politik. Zwischen Bühne und Besonnenheit, Wien u. a. 2016 (*Böhlau*), 177 S. – Politik wird von fehlbaren Menschen für Menschen gemacht. Von dieser Prämisse ausgehend sucht Clemens Sedmak anhand von Interviews mit Politikerinnen und Politikern eine praxisnahe Ethik des politischen Alltags zu erschließen.

Seils, Ernst-Albert, Hugo Haase. Ein jüdischer Sozialdemokrat im deutschen Kaiserreich. Sein Kampf für Frieden und Gerechtigkeit, Frankfurt a.M. 2016 (*Peter Lang Edition*), 833 S. – Dies ist eine fleißige, materialreiche und umfassende Studie zu einem führenden Akteur der deutschen Sozialdemokratie, an deren Richtungskämpfen er wesentlich beteiligt war. In der Novemberrevolution war er für die USPD einer der sechs Volksbeauftragten. Der Autor setzt viel daran, Hugo Haase als großen vergessenen Außenseiter ein höheres Maß an Aufmerksamkeit als bislang zuteilwerden zu lassen. Darüber geht bisweilen der kritisch-analytische Blick des Historikers gegenüber seinem Protagonisten verloren. Wer sich künftig mit Haase beschäftigt, wird aber in Seils' Fundgrube greifen müssen.

Seliger, Hubert, Politische Anwälte? Die Verteidiger der Nürnberger Prozesse, Baden-Baden 2016 (*Nomos*), 621 S. – Die äußerst lesenswerte, in Augsburg eingereichte Dissertation fragt nach dem politischen Standort der Verteidiger in den Nürnberger Prozessen und beschreibt ein Kaleidoskop politischer Einstellungen zwischen einem mehrheitlichen Vernunftrepublikanismus und einem kleineren radikalen Milieu nationalsozialistischer Einstellungen, die im Rechtsextremismus der Bundesrepublik eine beachtliche Rolle spielten. Entgegen diesem quantitativen Verhältnis – für viele waren es schlicht finanzielle Gründe, die zur Übernahme eines Pflichtmandats bei der Vertretung von Kriegsverbrechern führte – waren die politischen Anwälte in der Nachkriegsgeschichte stärker präsent, weshalb ihnen Seliger auch mehr Raum gibt. Die Darlegung von Kontinuitäten ist richtig und plausibel; zu fragen wäre aber auch, wie im Nationalsozialismus sozialisierte und ausgebildete Juristen zu Vernunftrepublikanern werden konnten.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Sintomer, Yves, Das demokratische Experiment. Geschichte des Losverfahrens in der Politik von Athen bis heute, Wiesbaden 2016 (*Springer VS*), 290 S. – Yves Sintomer zeichnet im Schatten der gegenwärtigen Repräsentationskrise die Rolle des Losverfahrens in der Geschichte nach und reflektiert auf dieser Grundlage seine heutige demokratisierende Bedeutung.

Sloterdijk, Peter, Was geschah im 20. Jahrhundert?, Berlin 2016 (*Suhrkamp*), 348 S. – Peter Sloterdijks Vortrags- und Essaysammlung aus den vergangenen zehn Jahren kreist um die zentralen Aspekte und Konsequenzen des Globalisierungsprozesses. In seinem eindrucksvollen Essay über die „synchronisierte Welt" bestimmt er die globalen Migrationsströme in Richtung Europa als Fall eines letzten Privilegs: Die Europäer sind nicht mehr länger allein die aktiven Entdecker und Globalisierer; von nun an sind wir die von Anderen passiv Globalisierten und Entdeckten („Zeitalter der Gegenerreichbarkeit"), durch einen von uns selbst in Gang gebrachten Prozess, der die nationalstaatlichen „Häute" durchlässig werden lasse und den „Nationalmenschen", nicht frei von immunologischen Reaktionen, in einen „Postnationalmenschen" transformiere. Indem Sloterdijk die globalen Migrationsströme durch eine Perspektivumkehr des Odysseus-Mythos begreift, verdeutlicht er, dass die Europäer nun mit ihrem eigenen Entdeckungsprozess und seinen Konsequenzen konfrontiert sind, den es zu überdenken gilt.

Spieß, Christian, Zwischen Gewalt und Menschenrecht. Religion im Spannungsfeld der Moderne, Paderborn 2016 (*Ferdinand Schöningh*), 203 S. – Als katholischer Gelehrter versucht der Autor eine Bilanz des Verhältnisses von Religion und „der" Moderne. Religionsgruppen treten heute einerseits als Verteidiger von Menschenrechten auf, andererseits beanspruchen religiöse Gruppen für sich, „die" Demokratie aggressiv abzulehnen und sogar mit Gewalt zu bekämpfen. Die anspruchsvolle Frage, wie Religionen sich (als Vertreter der ersten Position) „modernisiert" haben, beleuchtet er anhand der Mühen um Reformen im Katholizismus der 1960er Jahre (2. Konzil). Normativer Abschluss: Damit Religionen demokratisch agieren, soll die Gesellschaft die Gruppen umfänglich respektieren. Aber liegt die Bringschuld (z.B. beim Eheverständnis) nicht eher auf Kirchenseite?

Spohr, Kristina, Helmut Schmidt. Der Weltkanzler, Darmstadt 2016 (*Theiss*), 384 S. – Obwohl die Anzahl der Biographien des über Jahre beliebtesten deutschen Politikers Legion ist, bietet die zunächst bei *Oxford University Press* auf Englisch erschienene Darstellung durch die internationale Perspektive einen originellen wie originären Zugang und schafft dadurch einen überraschend hohen Neuigkeitswert.

Thiel, Thorsten/Christian Volk, Die Aktualität des Republikanismus, Baden-Baden 2016 (*Nomos*), 369 S. – Seit einigen Jahren wird verstärkt die Frage nach dem Verständnis von „Republikanismus" erörtert. Dieser schillernde Begriff ist höchst interpretationsfähig. Emanuel Richter versucht ihn recht kühn gar für „radikaldemokratische" Positionen zu okkupieren.

Thiele, Alexander, Verlustdemokratie. Die drei Verlustebenen der Demokratie, Tübingen 2016 (*Mohr Siebeck*), 302 S. – Die vom Autor vorgenommene Analyse des Demokratieverlustes in Deutschland wirkt oberflächlich und unterliegt subjektiven Einschätzungen. Wer in diesem Buch eine wissenschaftliche Diskussion über Demokratietheorien sucht, wird enttäuscht.

Tröger, Johannes, Kulturkritik und Utopie. Das Denken rechter katholischer Intellektueller in Deutschland und Großbritannien 1918–1939, Paderborn 2016 (*Ferdinand Schöningh*), 232 S. – In besonders heftiger Weise geriet nicht nur die Politik, sondern auch die Lebenswelt nach dem Ersten Weltkrieg durcheinander: Sonst hätte es nicht so stark antimoderne Gesellschaftsideen gegeben. Mit dieser Überzeugung vergleicht die von Klaus Hildebrand und Dominik Geppert betreute Dissertation Ansichten u. a. von G. K. Chesterton auf englischer und Othmar Spann auf deutscher Seite. Vereint in der Ablehnung von Kapitalismus und Liberalismus sahen die Autoren die Zukunft unterschiedlich, vor allem aufgrund je anderer Mittelalter-Rezeptionen. Ein abendländischer Ständestaat war für die meisten akzeptabel.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Trommer, Isabell, Rechtfertigung und Entlastung. Albert Speer in der Bundesrepublik, Frankfurt a.M. 2016 (*Campus*), 367 S. – Isabell Trommer untersucht in ihrer hervorragenden Studie den öffentlichen Umgang und die Deutung des Nationalsozialismus in der Bundesrepublik exemplarisch anhand der Rezensionen zu den von Albert Speer nach seiner Haftentlassung 1969 veröffentlichten Büchern. Die von Speer in seinen Erinnerungen präsentierten Rechtfertigungen und Erklärungen seiner persönlichen Funktion im Regime stellen argumentative und übernommene Muster bereit, sich von persönlicher Schuld zu entlasten – Muster, die sich in den Rezensionen seiner erfolgreich verlegten Bücher widerspiegeln. Maßgeblichen Einfluss auf das Bild und die entlastenden Deutungsformen des Nationalsozialismus hatte – wie Trommer nachweist – neben Wolf Jobst Siedler vor allem Speers Lektor, der Historiker Joachim Fest.

Tüffers, Bettina, Die 10. Volkskammer der DDR. Ein Parlament im Umbruch – Selbstwahrnehmung, Selbstparlamentarisierung, Selbstauflösung, Düsseldorf 2016 (*Droste*), 379 S. – Die zehnte Volkskammer der DDR war die erste frei gewählte, und sie existierte nur ein halbes Jahr. Die Autorin, die einen gut geschriebenen Text vorgelegt hat, analysiert die parlamentarische Praxis nur recht knapp. Das Thema ist damit noch nicht ausgereizt. Sechs Abgeordnete dieser Volkskammer gelangten in das Ministerpräsidentenamt: Gerd Gies, Alfred Gomulka, Reinhard Höppner, Michael Platzeck, Harald Ringstorff und Stanislaw Tillich. Joachim Gauck avancierte gar zum Bundespräsidenten.

U.S. Department of State/Office of the Coordinator for Counterterrorism (Hrsg.), Country Reports on Terrorism 2015, Washington D.C. 2016 (*Bezugsadresse: http://www.state.gov*), 407 S. – Der Bericht bilanziert die Aktivitäten terroristischer Gruppen auf allen Kontinenten und beleuchtet knapp deren Organisation, Ideologie und Strategie.

Venables, Tony, Piecing together Europe's citizenship. Searching for Cinderella, Baden-Baden 2016 (*Nomos*), 193 S. – Auf der Suche nach einer holistischen Begriffsheuristik des Konzepts „Citizenship" („Bürgerschaft") führt der Autor durch die europäische Rechtspraxis. Europäische Bürgerschaft wird nicht nur entlang historischer, rechtlicher und alltäglicher Praxis beleuchtet, sondern es werden auch partiell normative Gedanken skizziert. So wird beispielsweise angedeutet, dass und unter welchen Bedingungen europäische Bürgerschaft populärer und effektiver gestaltet werden kann. Diese Puzzlestücke werden zu einem Gesamtbild geformt. Im Annex ist ein Leitfaden definiert, wie bürgerschaftliche Rechte, Einbeziehung und Vertrauen in Europa gefördert werden können.

Vietta, Silvio, Die Weltgesellschaft. Wie die abendländische Rationalität die Welt erobert und verändert hat, Baden-Baden 2016 (*Nomos*), 240 S. – Silvio Vietta versucht sich an nichts weniger als einer auf Rationalität ergründeten Gesellschaftstheorie. Der Autor konstatiert eine sich aus der abendländischen Geschichte ergebenen Weltgesellschaft, die auf Rationalität und der Globalisierung beruhe. Erst die abendländische Rationalität im militärischen, technologischen und ökonomischen Bereich habe die Erkundung und Eroberung der Welt ermöglicht.

Ville, Ferdi de/Gabriel Siles-Brügge, TTIP. Wie das Handelsabkommen den Welthandel verändert und die Politik entmachtet, Bielefeld 2016 (*transcript*), 183 S. – Die Autoren analysieren das Für und Wider des Transatlantischen Freihandelsabkommens in Hinblick auf die Hauptnarrative Wachstum und Beschäftigung (Kapitel 1), das Setzen globaler Standards (Kapitel 2) sowie Bürokratieabbau (Kapitel 3). Dabei kommen sie u. a. zur Schlussfolgerung, dass die von ökonomischen Interessengruppen intendierte Entpolitisierung der Handels- und Regulierungspolitik durch TTIP aufgrund des zivilgesellschaftlichen Protestes ausgeblieben sei und eben jener Widerstand sogar zu einer (Re-)Politisierung dieser Politikfelder geführt habe. Die Autoren skizzieren abschließend alternative Vorschläge zur Gestaltung eines Freihandelsabkommens und entwickeln – leider recht vage – drei Szenarien für den Ausgang der TTIP-Verhandlungen.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Villaume, Poul u. a. (Hrsg.), The ‚Long 1970s'. Human Rights, East-West Détente and Transnational Relations, London/New York 2016 (*Routledge Taylor & Francis Group*), 313 S. – Dieser Sammelband ist das Resultat der Abschlusskonferenz des an der Kopenhagener Universität durchgeführten Forschungsprojektes zu den „langen" 1970er Jahren. Die Beiträge geben neue Einblicke in aktuelle Forschungserkenntnisse über die Ost-West-Entspannungen und die transnationale Ausweitung der Menschenrechte.

Vogt, Matthias Theodor/Erik Fritzsche/Christoph Meißelbach, Ankommen in der deutschen Lebenswelt. Migranten-Enkulturation und regionale Resilienz in der Einen Welt, Berlin 2016 (*Berliner Wissenschafts-Verlag*), 524 S. – Ein umfangreicher Band, der auf vorbildliche Weise Theorie und Empirie verbindet. Selten genug findet der Leser angesichts der Wanderungsbewegungen in der Welt Lösungsangebote, die die vermeintliche „Hochkultur" einbeziehen. Dass nicht alle dort „abgeholt" werden wollen, wo sie bislang stehen, beweisen die Görlitzer Momentaufnahmen von Siegfried Deinege und Anton Sterbling. Wertevermittlung etwa durch Kunst und Theater ist ein praktikables Angebot an die Politik, das schon oft als „Brückenbauer" fungiert hat – nicht zuletzt als Gemeinschaftsereignis.

Voigt, Rüdiger (Hrsg.), Staatsdenken. Zum Stand der Staatstheorie heute, Baden-Baden 2016 (*Nomos*), 534 S. – Zur Sprache kommen antikes Staatsdenken, klassisches Staatsdenken, modernes Staatsdenken, Staatsrechtsdenken, konservatives Staatsdenken, revolutionäres Staatsdenken, anarchistisches Staatsdenken, utopisches Staatsdenken, radikales Staatsdenken, liberales Staatsdenken, reaktionäres Staatsdenken, religiöses Staatsdenken, feministisches Staatsdenken, postmodernes Staatsdenken, Staatsdenken in anderen Kulturen, der Staat der Zukunft. Hier liegt eine beachtliche Leistung des Herausgebers vor, auch wenn mancher Beitrag idealisiert. Das gilt etwa für den Text von Michael Brie über Rosa Luxemburg.

Wahnich, Sophie, Freiheit oder Tod. Über Terror und Terrorismus, Berlin 2016 (*Matthes & Seitz*), 223 S. – Sophie Wahnichs Analyse über die Rolle des jakobinischen Terrors während der Französischen Revolution wendet sich vor allem gegen die Logik, die revolutionäre Geburt der Demokratie, der Gleichheit und Freiheit, der Menschenrechte, die Beseitigung der Sklaverei sowie das Recht auf Bildung aus Gewalt und Terror zu leugnen. Indem – so Wahnichs These – die Gewalt und der Terror (der vom islamistischen Terror zu unterscheiden ist) der Revolution als das abzulehnende Andere von einer idealisierten Demokratie getrennt werden, wird die Französische Revolution mit dem Totalitarismus des 20. Jahrhunderts vermischt.

Waldschmidt, Antje, „Arabischer Frühling" – (K)eine Chance für Demokratie in der arabischen Welt? Eine Fallanalyse zu Tunesien und Syrien, Norderstedt 2016 (*Books on Demand*), 100 S. – Die als Master-Arbeit entstandene Fallstudie versteht sich als Teil der Transitions- bzw. Demokratisierungsforschung, deren einschlägiger theoretischer Vorarbeiten sie sich zur Erstellung eines Analyserahmens bedient. Auf dieser Grundlage zeichnet die Autorin die politische Entwicklung Tunesiens und Syriens im Zeitraum von dem Beginn der Protestbewegungen des „Arabischen Frühlings" bis Ende 2014 nach. Ein engerer Themenzuschnitt hätte angesichts des recht geringen Gesamtumfangs und der sehr feingliedrigen Konzeption der Arbeit eine tiefere Analyse ermöglicht.

Weinke, Annette, Gewalt, Geschichte, Gerechtigkeit. Transnationale Debatten über deutsche Staatsverbrechen im 20. Jahrhundert, Göttingen 2016 (*Wallstein*), 372 S. – Die Jenaer Habilitationsschrift präsentiert ein Grundlagenwerk zum Verhältnis von staatlich betriebener und sanktionierter Gewalt-Geschichte, juristischer Aufarbeitung und moralisch geerdeter Politik. Der Autorin gelingt es insbesondere, wirkungsgeschichtliche Zusammenhänge zwischen politischer, rechtlicher und wissenschaftlicher Ebene herauszustellen. Ihre Beispiele stammen aus der deutschen Zeitgeschichte, beginnen mit Völkerrechtsverstößen im Ersten Weltkrieg, bevor NS-Verbrechen und DDR-Unrecht in den Blick geraten. Ungeachtet der Fixierung auf Deutschland zeigt Annette Weinke die Auswirkungen auf einen darüber hinaus reichenden, transnational verkoppelten Menschenrechtsdiskurs auf.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Wieviorka, Michel, Le séisme. Marine Le Pen présidente, Paris 2016 (*Robert Laffont*), 232 S. – Der Gewalt- und Extremismusforscher veröffentlicht mit diesem Buch keine eigene Analyse, sondern stellt sich in den Dienst der Verbreitung eines Horror-Romans (aus der Feder des amerikanischen Frankreich-Korrespondenten Michael W. Squirrel) über die fiktive Wahl Marine Le Pens zur französischen Präsidentin und deren katastrophale Folgen.

Willke, Helmut, Dezentrierte Demokratie. Prolegomena zur Revision politischer Steuerung, Berlin 2016 (*Suhrkamp*), 207 S. – Helmut Willkes Ziele sind hochgesteckt: Mit dem Modell einer dezentrierten Demokratie, welche die Fähigkeit zur Selbststeuerung wiederentdeckt hat, scheint eine zweite Aufklärung, nun über die Gesellschaft als soziales Ganzes möglich. Seine Anleihen bei Niklas Luhmann, Robert Dahl, Jürgen Habermas oder Pierre Rosanvallon ermöglichen es ihm, an fünf demokratischen Prinzipien festzuhalten – Legitimität, Partizipation, Transparenz, Herrschaft der Gesetze, Effektivität –, und parallel ihre Herausforderungen im Rahmen einer globalen Welt- und Wissensgesellschaft zu benennen. Es reiche nicht aus, allein auf politische Partizipation zu setzen, vielmehr müssten die kognitive Kompetenz der Bürger wie die Steuerungsfähigkeit demokratischer Institutionen gestärkt werden.

Wodak, Ruth, Politik mit der Angst. Zur Wirkung rechtspopulistischer Diskurse, Wien/Hamburg 2016 (*Edition Konturen*), 254 S. – Für Wodak ist der negativ konnotierte (Rechts-)Populismus zu Recht beides: eine Ideologie und ein Stil. Die österreichische Autorin, die Sprachwissenschaften im britischen Lancaster lehrt, analysiert die als rechtspopulistisch interpretierte Politik der Identitäten, der Ausgrenzung, des Nationalismus, des Patriarchats und der Leugnung des Holocaust. Dieser linguistische Ansatz hat Stärken wie Schwächen. Auf der einen Seite kommen Stereotype rechtspopulistischer Rhetorik (z.B. Verschwörungstheorien, manichäistische Denkmuster, Panikmache) gut zum Ausdruck. Auf der anderen Seite fehlt es etwas an politikwissenschaftlicher Systematik. Der Leser erfährt wenig über die Politik populistischer Kräfte, sei es in der Opposition, sei es in der Regierung. Die Rolle des Antisemitismus überschätzt Wodak.

Ziai, Aram (Hrsg.), Postkoloniale Politikwissenschaft. Theoretische und empirische Zugänge, Bielefeld 2016 (*transcript*), 408 S. – Der Sammelband eröffnet mit vielseitigen Essays einen reichhaltigen Einstieg in die postkolonialen Studien, die, trotz Relevanz aufgrund der Dekolonisierung des letzten Jahrhunderts, noch immer als in der Forschung unterrepräsentiert gelten. Die Beiträge stellen sich gegen eine eurozentrische Perspektive und bieten einen Überblick über Fragen aller Teilgebiete der Politikwissenschaft.

Ziekow, Jan u. a., Gesetzliche Regelungen zur Terrorismusbekämpfung in Deutschland auf dem Prüfstand. Ergebnisse der Evaluation nach Artikel 9 des Gesetzes zur Änderung des Bundesverfassungsschutzgesetzes, Baden-Baden 2016 (*Nomos*), 163 S. – Die systematische Evaluierung und Kontrolle von Maßnahmen der Terrorismusbekämpfung, die Grundrechte tangieren, ist ein normatives Gebot, an dem sich demokratische Verfassungsstaaten messen lassen sollen. Der Band präsentiert die Evaluationserkenntnisse und ist mit Blick auf Diskussionen rund um „Sicherheit versus Freiheit"-Prämissen eine durchaus gewinnbringende Lektüre. Nur ist die Veröffentlichung leider ziemlich abkürzungs- sowie paragrafenlastig und sehr leserunfreundlich.

Zwarg, Robert, Die Kritische Theorie in Amerika. Das Nachleben einer Tradition, Göttingen 2016 (*Vandenhoeck & Ruprecht*), 464 S. – Gestützt auf ein breites Quellenfundament widmet sich Robert Zwarg in seiner Leipziger Dissertation einem wichtigen transatlantischen Kapitel der Intellektuellen- und Rezeptionsgeschichte gleichermaßen. Akteure sind einzelne Personen und Denker, alte „Weimarer" Traditionen und neue Konstellationen, theoretische „Klassiker" und neue Zeitschriften. Dieses Werk fügt sich in ein u. a. von Alfons Söllner und Tim B. Müller intensiv bearbeitetes Forschungsfeld ein und doch manche neue Erkenntnis hinzu.

U. B./A. G./E. J./P. K./M. T.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Zeitschriftenauslese

Corsten, Michael, Gegenkulturen und die Krise des Wir-Sinns. Worin sich „PEGIDA“ und die „68er“ überschneiden, in: INDES 5 (2016), H. 3, S. 62-69. – Der gegenwärtige Rechtspopulismus stellt sich erstens als eine Gegenkultur zur vorherrschenden Mehrheitskultur dar (etwa in der Art einer als anachronistisch geltenden kulturellen Konformität). Er hat zweitens eine Reihe von Eigenschaften mit früheren Gegenkulturen gemein (etwa im Fundamentalismus): der 68er-Bewegung und der „Alternativbewegung“ der 1980er Jahre. Drittens stellt der Charakter des „Wir-Sinns“ einen entscheidenden Unterschied zu früheren Gegenkulturen dar (etwa mit der exkludierenden Form des „Wir-Sinns“). „Die Orientierung der Mehrheitskultur auf Integration, Inklusion und die Expansion von Spielräumen resultiert in einer Selbstauflösung durch Entgrenzung – jedenfalls aus Sicht der rechtspopulistischen Gegenkultur“ (S. 69).

Jesse, Eckhard, Von der Unmöglichkeit des „dritten Weges“. Teile der politisch alternativen Kräfte in der DDR wollten weder eine SED-Diktatur noch eine Demokratie nach westdeutschem Vorbild, in: Horch und Guck 25 (2016), H. 1-2, S. 34-39. – Ein diffuser „dritter Weg“ überwog bei den politisch alternativen Kräften in der DDR der 1970er und 1980er Jahre, die bei aller Heterogenität stark von den 68ern im Westen geprägt waren. Sie strebten überwiegend eine Reform des Sozialismus an, bewirkten aber dessen Untergang durch eine Revolution. Scharfe Kritik an jenen, die in der Diktatur nicht ausreichend die Prinzipien der Freiheit und der Einheit hochhielten, greift aus einer Reihe von Gründen allerdings zu kurz. Die Gruppen wussten, was sie nicht wollten, jedoch nicht, was sie wollten. Nach der friedlichen Revolution und der deutschen Einheit löste sich ein Großteil der Bürgerrechtler von dezidiert linken Parolen. Allerdings fällt es vielen schwer, diesen Wandel einzugestehen. Ähnliche lebensgeschichtliche Erfahrungen führen zu großer Solidarität untereinander.

Kocka, Jürgen, Kapitalismus und Demokratie. Der historische Befund, in: Archiv für Sozialgeschichte 56 (2016), S. 39-50. – Jürgen Kocka stellt die Frage nach der Kompatibilität von Kapitalismus und Demokratie. Nach umfassenden Begriffsdefinitionen beginnt die Analyse bei der sich im 19. Jahrhundert herausbildenden modernen Form des Kapitalismus. Bereits in dessen Anfängen äußere sich ein ambivalentes Verhältnis. Einerseits hätte eine Reihe von Kapitalisten zwar einige der zentralen Merkmale einer liberalen Demokratie (wie Gewaltenteilung oder Rechtsstaatlichkeit) befürwortet, andererseits eine große Zahl unter ihnen gegen das allgemeine Wahlrecht opponiert. Der organisierte Kapitalismus des dritten Viertels des 20. Jahrhunderts überzeugt für Kocka hingegen durch eine weitgehende Vereinbarkeit mit der Demokratie (nicht zuletzt angesichts der Etablierung wohlfahrtsstaatlicher Elemente in Westeuropa, mit der Folge einer Abnahme der Einkommens- und Vermögensungleichheit). Diese Tendenz sei seit den 1970er Jahren durch die Globalisierung und Deregulierungsbestrebungen allerdings im Zurückweichen begriffen, wenngleich grundlegende Elemente der Wohlfahrtsstaaten bis heute bestünden. Im Fazit wiederholt Kocka zunächst die Spannungsverhältnisse: gleiche Staatsbürgerrechte gegenüber einer Ungleichverteilung von Eigentumsrechten, Mehrheitsentscheidungen gegenüber einem auf Gewinn orientierten Tauschverhältnis und Allgemeinwohl gegenüber egoistischen Bestrebungen. Zentral seien indes die Ausmaße der wirtschaftlichen Ungleichheit, die für moderne demokratische Gesellschaften nicht akzeptabel erschienen und zu einer Aushebelung demokratischer Verfahren führen können. Kocka kommt zu dem Ergebnis, Kapitalismus und Demokratie könnten nicht von vornherein als vereinbar oder ausgeschlossen gelten, vielmehr sei die jeweilige politische Ausgestaltung entscheidend.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Müller, Jan-Werner, Populismus. Symptom einer Krise der politischen Repräsentation?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 65 (2016), B 40-42, S. 24-29. – „Es ist für die bundesrepublikanische Demokratie nicht schon an sich bedenklich, wenn es rechts einer weit nach links gerückten CDU noch eine Partei gibt. Kritik an der Eurorettungspolitik, Forderungen nach teilweiser Rücknahme der europäischen Integration oder auch nach weniger Einwanderung – man muss solche Positionen nicht mögen, aber sie könnten Teil einer normalen demokratischen Auseinandersetzung sein. Mit anderen Worten: Die AfD in ihrer ursprünglichen, vor allem eurokritischen Version war keine Gefahr und konnte sogar als Gewinn für die repräsentative Demokratie verstanden werden […]. Die AfD in ihrem heutigen Zustand ist größtenteils eine andere Sache. Wer meint, alle anderen Parteien seien illegitim und man lebe in einer Diktatur, nur weil man selbst als Repräsentant des vermeintlich wahren Volkes nicht an der Macht ist; wer von einem geheimen Projekt zum Austausch der deutschen Bevölkerung raunt und mit Slogans wie ‚Widerstand' und ‚Revolution' zündelt, der ist ein Populist" (S. 29).

Niedermayer, Oskar/Jürgen Hofrichter, Die Wählerschaft der AfD: Was ist sie, woher kommt sie und wie weit rechts steht sie?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 47 (2016), H. 2, S. 267-284. – Die 2013 ins Leben gerufene Alternative für Deutschland (AfD) vertrat ursprünglich auf der sozioökonomischen Konfliktlinie marktliberale Positionen, auf der gesellschaftspolitischen hingegen national-konservative. Nach dem Ausscheiden des Flügels um Bernd Lucke und Hans-Olaf Henkel im Juli 2015 wurde die Thematisierung des Flüchtlingsproblems der Markenkern der Partei. Das führte zu einem deutlichen Anstieg des Stimmenanteils bei Landtagswahlen im Osten wie im Westen. Etwa zehn Prozent der Bevölkerung weisen rechtsextremistische Einstellungspotenziale auf. Beim Elektorat der AfD sind dies 28 Prozent. Nicht nur die Union verliert Stimmen an die AfD, sondern auch eine Reihe anderer Parteien. Dies erklärt sich maßgeblich durch ein Protestwahlverhalten. Die Konkurrenz sollte die AfD weder ignorieren noch ausgrenzen, sondern bekämpfen, sei es durch Argumente, sei es durch Übernahme bestimmter Positionen. Wie die Umfragewerte belegen, ist „der Stein der Weisen im Umgang mit dieser Partei und ihren Wählern noch nicht gefunden" (S. 284).

Pfahl-Traughber, Armin, Die AfD und der Antisemitismus. Eine Analyse zu Positionen, Skandalen und Verhaltensweisen, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 25 (2016), S. 271-297. – Armin Pfahl-Traughber untersucht, „welche Ausdrucksformen von Antisemitismus sich in der AfD finden lassen und wie die Partei mit einschlägigen Skandalen umgeht" (S. 271). Nach einer Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Formen des Antisemitismus stellt er die in der AfD regelmäßig ostentativ herausgestrichene pro-jüdische Position dar, die eng mit ihrer „Frontstellung gegenüber den Muslimen" (S. 275) zusammenhänge. Die nachfolgende Analyse erfolgt exemplarisch anhand verschiedener Einzelfälle: Peter Ziemann, Jan-Ulrich Weiß, Gunnar Baumgart, Wolfgang Gedeon und Martin Hohmann. Im Parteiprogramm spiele der Antisemitismus keine direkte Rolle, gleichwohl vermutet Pfahl-Traughber eine „instrumentelle Einstellung" (S. 291) insoweit, als durch den Verweis auf die jüdisch-christlichen Wurzeln eine Frontstellung gegen den Islam errichtet werden soll. Die instrumentelle Einstellung komme auch im innerparteilichen Machtkampf zum Ausdruck, wie nicht zuletzt der Fall Gedeon gezeigt habe. Die Beispiele rechtfertigten es indes nicht, die AfD als antisemitische Partei per se zu bezeichnen. Vielmehr gehöre sie zu jenen Parteien, die Antisemitismus aus strategischen Gründen ablehnen, ihn aber latent in ihren Reihen dulden.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Schieder, Wolfgang, Hitlers „Mein Kampf“. Eine Edition – aber für wen?, in: Neue Politische Literatur 61 (2016), H. 2, S. 187-197. – Wolfgang Schieder unterzieht die von Christian Hartmann u. a. (Institut für Zeitgeschichte München-Berlin) editierte Ausgabe von Hitlers „Mein Kampf“ einer kritischen Lektüre. Die Konzeption, mit der Edition sowohl fachkundige Experten als auch die breite Öffentlichkeit anzusprechen, empfindet Schieder als nur bedingt überzeugend. Eine klare Fehlentscheidung hätten die Herausgeber mit der Präsentationsform getroffen: Weil sich die Herausgeber bei der Einrichtung von Hitlers Text am Original orientierten, werde statt größtmöglicher Distanz zum Werk eine „gewisse Authentizität“ (S. 190) hergestellt. Die inhaltliche Bewertung fällt gemischt aus. Positiv hebt Schieder solche Kommentare hervor, in denen Personen, Sachzusammenhänge und Begriffe erklärt werden, ebenso Kommentare, die sachliche Fehler und Falschbehauptungen Hitlers enthüllen. Weniger überzeugen konnte ihn dagegen die Kategorie von Kommentaren, in denen die Herausgeber versuchen, die ideengeschichtlichen Wurzeln von „Mein Kampf“ offenzulegen. In methodischer Hinsicht moniert Schieder, dass die Herausgeber den konventionellen ideengeschichtlichen Weg gegangen sind und Ansätze einer Intellectual History oder neuere rezeptionsgeschichtliche Methoden unberücksichtigt gelassen hätten.

Zehnpfennig, Barbara, Die Bedeutung des Kampfes in Hitlers Denken, in: Totalitarismus und Demokratie, 13 (2016), H.1, S. 85-106. – Hitlers Werk „Mein Kampf“ macht die hohe Bedeutung des Kampfes in seinem politischen Denken offensichtlich. Der Kampf sichere den Bestand und den Fortschritt der Menschheit. Ideologien wie der Marxismus, die auf die Beendigung des Kampfes zielten, verursachten Verfall und Untergang. Hitlers eigener Kampf war gegen den Marxismus und dessen vermutete jüdische Urheber gerichtet. Dieser erforderte die Formierung einer kämpfenden Volksgemeinschaft – die Grundidee für Hitlers Programm der „Gleichschaltung“ und der inneren Homogenisierung der deutschen Nation.

U. B./A. G./E. J.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Verzeichnis der besprochenen Bücher

Abu Hanieh, Hassan/Abu Rumman, Mohammad, IS und Al-Qaida – 395
Abu Zeid, Amr, Islam und Orient im Bild der Presse – 426
Adam, Christian, Der Traum vom Jahre Null – 284
Alcántara, Sophia u. a., Demokratietheorie und Partizipationspraxis – 358
Amodeo, Immacolata u. a. (Hrsg.), Migration, Demokratie, Menschenrechte – 359
Andolfatto, Dominique u. a., Le Front national et les ouvriers – 426
Andresen, Knut/Bart van der Steen (Hrsg.), A European Youth Revolt – 426
Ansorge, Dirk (Hrsg.), Pluralistische Identität – 233
Anter, Andreas, Max Weber und die Staatsrechtslehre – 426
Apelt, Andreas H./Maria Hufenreuther, Antisemitismus in der DDR und die Folgen – 426
Apelt, Andreas H./Hanns Schneider (Hrsg.), Alte Länder – neue Länder – 360
Atkinson, Anthony B. u. a. (Hrsg.), Nationalstaat und Europäische Union – 426
Atwan, Abdel Bari, Das digitale Kalifat – 395
Augstein, Jakob/Nikolaus Blome, Links oder rechts? – 289
Badiou, Alain, Philosophie des wahren Glücks – 427
Badiou, Alain, Wider den globalen Kapitalismus – 427
Bailey, Christian, Between Yesterday and Tomorrow – 427
Bajohr, Frank u. a. (Hrsg.), Mehr als eine Erzählung – 427
Baltier, Antoine, Comment devient-on électeur du Front national? – 427
Bannasch, Bettina/Helga Schreckenberger/Alan E. Steinweis (Hrsg.), Exilforschung – 372
Barth, Boris, Europa nach dem Großen Krieg – 428
Bauernfeind, Wolfgang, Menschenraub im Kalten Krieg – 428
Bavaj, Riccardo, Der Nationalsozialismus – 428
Becker, Anna, Mythos Stalin – 363
Behre, Silja, Bewegte Erinnerungen – 428
Behrens, Christoph (Hrsg.), Diversity Concepts – Diversity Politics – 428
Bensaid, Daniel, Ein ungeduldiges Leben – 428
Benz, Arthur/Jessica Detemple/Dominic Heinz, Varianten und Dynamiken der Politikverflechtung im deutschen Bundesstaat – 364
Benz, Immanuel, Wie wehrhaft ist die europäische Demokratie – 365
Bera, Matt, Lobbying Hitler – 429
Berg, Sebastian, Intellectual Radicalism after 1989 – 429
Beyme, Klaus von, Bruchstücke der Erinnerung eines Sozialwissenschaftlers – 292
Biebricher, Thomas (Hrsg.), Der Staat des Neoliberalismus – 400
Bieling, Hans-Jürgen/Martin Große Hüttemann (Hrsg.), Europäische Staatlichkeit – 233
Biene, Janusz u. a., Salafismus und Dschihadismus in Deutschland – 429
Biskamp, Floris, Orientalismus und demokratische Öffentlichkeit – 429
Bluhm, Harald/Skadi Krause (Hrsg.), Alexis de Tocqueville – 368

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Blumenstiel, Jan Eric, Wie sich Wähler beim Entscheiden unterscheiden – 429
Bohley, Peter, Identität – 429
Böning, Renate, „Ich wundere mich nur, dass wir alle mitgemacht haben“ – 430
Botha, Henk u. a., Das Ende des repräsentativen Staates? – 430
Böttcher, Winfried, Nachdenken über Europa – 233
Böttger, Katrin u. a., Handbuch zur deutschen Europapolitik – 233
Bragança, Manuel/Peter Tame, The Long Aftermath – 430
Braune, Andreas, Das Andere der Freiheit – 430
Bräuninger, Werner, Kühnen – 430
Bredow, Wilfried von, Die Geschichte der Bundeswehr – 430
Brodocz, André/Gary S. Schaal, Politische Theorien der Gegenwart III – 430
Bruch, Rüdiger vom/Martin Kintzinger, Jahrbuch für Universitätsgeschichte – 431
Brühlmeier, Daniel/Philippe Mastronardi (Hrsg.), Demokratie in der Krise – 369
Buchstein, Hubertus u. a. (Hrsg.), Beutelsbacher Konsens und politische Kultur – 431
Buchta, Wilfried, Die Strenggläubigen – 394
Bude, Heinz, Das Gefühl der Welt – 431
Bude, Heinz/Philipp Staab (Hrsg.), Kapitalismus und Ungleichheit – 431
Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2015 – 431
Bundeskriminalamt u. a. (Hrsg.), Analyse der Radikalisierungshintergründe und -verläufe der Personen, die aus islamistischer Motivation aus Deutschland in Richtung Syrien und Irak ausgereist sind (Fortschreibung 2016) – 431
Buszewski, Sinthiou u. a. (Hrsg.), Freihandel vs. Demokratie – 431
Butler, Judith, Anmerkungen zu einer performativen Theorie der Versammlung – 268
Burgard, Jan Phlipp/Bodo Hombach (Hrsg.), Amerika stellt die Weichen – 371
Calan, Maël de, La vérité sur le programme du Front national – 432
Camus, Jean-Yves u. a., Ultras, Extrêmes – 432
Camus, Renaud, Revolte gegen den großen Austausch – 252
Chapoutot, Johann, Das Gesetz des Blutes – 432
Chesnot, Christian/Georges Malbrunot, Nos très chers émirs – 432
Croissant, Aurel, Die politischen Systeme Südostasiens – 432
DAMALS (Hrsg.), 1917 – Revolutionäres Russland – 432
Daum, Andreas W./Hartmut Lehmann/James J. Sheehan, The Second Generation – 372
Decker, Frank, Der Irrweg der Volksgesetzgebung – 385
Decker, Oliver/Johannes Kiess/Elmar Brähler (Hrsg.), Die enthemmte Mitte – 432
Defrance, Corine/Ulrich Pfeil (Hrsg.), Verständigung und Versöhnung nach dem „Zivilisationsbruch“? – 432
Delwit, Pascal, Les gauches radicales en Europe – 433
Demesmay, Claire u. a. (Hrsg.), Frankreich und Deutschland – 433
Detjen, Joachim, Politische Erziehung als Wissenschaftsaufgabe – 433
Deutz-Schroeder, Monika/Klaus Schroeder, Linksextreme Einstellungen und Feindbilder – 433
Diehl, Paula/Felix Steilen (Hrsg.), Politische Repräsentation und das Symbolische – 433
Dietze, Carola, Die Erfindung des Terrorismus in Europa, Russland und den USA 1858-1866 – 298

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Distelhorst, Lars (Hrsg.), Staat, Politik, Ethik – 434
Do Mar Castro Varela, María/Paul Mecheril (Hrsg.), Die Dämonisierung der Anderen – 434
Domnitz, Christian, Kooperation und Kontrolle – 389
Doneit, Madeline/Bettina Lösch/Margit Rodrian-Pfennig (Hrsg.), Geschlecht ist politisch – 415
Donhauser, Gerhard, Wer hat Recht? – 434
Dose, Nicolai u. a., Die Partei im regionalen Fokus – 434
Dreier, Horst, Staatsrecht in Demokratie und Diktatur – 434
Dreyer, Michael/Andreas Braune (Hrsg.), Weimar als Herausforderung – 434
Egner, Björn/Hubert Heinelt, Kreistagsmitglieder und Landräte – 435
Egner, Marten u. a. (Hrsg.), Handbuch Historische Netzwerkforschung – 373
Eisfeld, Rainer (Hrsg.), Mitgemacht – 435
Elvert, Jürgen (Hrsg.), Geschichte jenseits der Universität – 373
Erbentraut, Philipp, Theorie und Soziologie der politischen Parteien im deutschen Vormärz 1815-1848 – 435
Espahangizi, Kijan u. a. (Hrsg.), Rassismus in der postmigrantischen Gesellschaft – 435
Europol (Hrsg.), TE – SAT 2016 – 435
Evans, Richard J., Das Dritte Reich – 375
Fabian, Sina, Boom in der Krise – 435
Falter, Jürgen W., 10 Millionen ganz normale Parteigenossen – 435
Fehr, Helmut, Vergeltende Gerechtigkeit – 436
Felz, Sebastian, Recht zwischen Wissenschaft und Politik – 436
Ferrin, Monica/Hanspeter Kriesi, How Europeans View and Evaluate Democracy – 376
Feustel, Robert u. a., Wörterbuch der besorgten Bürger – 436
Fielitz, Maik/Laura Lotte Laloire, Trouble on the far right – 436
Fischer-Defoy, Christine, Willi Engels – 436
Florath, Bernd (Hrsg.), Annäherungen an Robert Havemann – 436
Flügel-Martinsen, Oliver, Befragungen des Politischen – 436
Föllmer, Moritz, Ein Leben wie im Traum – 436
Forschungsgruppe Ideologien und Politiken der Ungleicheit (Hrsg.), Rechtsextremismus – 437
Förster, Andreas, Eidgenossen contra Genossen – 389
Frie, Ewald/Ute Planert (Hrsg.), Revolution, Krieg und die Geburt von Staat und Nation – 437
Friedmann, Alexander/Rainer Hudemann, Diskriminiert – vernichtet – vergessen – 437
Frindte, Wolfgang u. a. (Hrsg.), Rechtsextremismus und „Nationalsozialistischer Untergrund“ – 412
Fuchs, Peter, Islamismus – 437
Fulbrook, Mary, Erfahrungen, Erinnerung, Geschichtsschreibung – 437
Funke, Hajo, Von Wutbürgern und Brandstiftern – 302
Friberg, Daniel, Die Rückkehr der echten Rechten – 252
Gajek, Eva-Maria/Christoph Lorke (Hrsg.), Soziale Ungleichheit im Visier – 437
Garcia, Hugo u. a., (Hrsg.), Rethinking Antifascism – 377
Garton Ash, Timothy, Redefreiheit – 362
General Intelligence and Security Service (Hrsg.), Annual Report 2015 – 438
Gerber, Jan, Ein Prozess in Prag – 438

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Gerges, Fawaz A., ISIS – 306
Gerland, Kirsten, Politische Jugend im Umbruch von 1988/89 – 438
Gesang, Bernward, Wirtschaftsethik und Menschenrechte – 438
Ghosh, Peter, Max Weber in Context – 438
Gieseke, Jens/Andrea Bahr, Die Staatssicherheit und die Grünen – 438
Gießelmann, Bente u. a. (Hrsg.), Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe – 438
Götter, Christian, Die Macht der Wirkungsannahmen – 439
Goll, Sebastian u. a., Minorities under Attack – 439
Gombin, Joël, Le Front National – 439
Görtemaker, Manfred/Christoph Safferling, Die Akte Rosenburg – 310
Gosewinkel, Dieter, Schutz und Freiheit – 439
Grabow, Karsten, Die „identitäre Bewegung“ in Deutschland – 439
Grant, Adam, Nonkonformisten – 439
Grimm, Dieter, Europa ja – aber welches? – 233
Grumke, Thomas/Rudolf van Hüllen, Der Verfassungsschutz – 439
Guérot, Ulrike, Warum Europa eine Republik werden muss! – 233
Hadamitzky, Sebastian, Demokratische Qualität in Deutschland – 440
Hall, Simon, 1956 Welt im Aufstand – 440
Hamer, Eberhard (Hrsg.), Visionen 2050 – 440
Haus, Michael/Sybille De La Rosa (Hrsg.), Politische Theorie und Gesellschaftstheorie – 440
Häusler, Alexander, Die Alternative für Deutschland – 378
Hausteiner, Eva Marlene (Hrsg.), Föderalismen – 380
Hegewisch, Niels, Verwaltung und Gewaltenteilung im Vormärz – 440
Heil, L. Uwe, Gesättigte Demokratie – 358
Heinelt, Hubert, Governance und politisches Entscheiden – 440
Henin, Nicolas, La France russe – 441
Hilberg, Raul, Anatomie des Holocaust – 314
Hild, Alexandra, Die Staatsschuldenkrise in der Europäischen Währungsunion – 441
Hilpold, Peter (Hrsg.), Autonomie und Selbstbestimmung in Europa und im internationalen Vergleich – 441
Hilpold, Peter/Walter Steinmair/Christoph Perathoner (Hrsg.), Europa der Regionen – 233
Hinz, Thorsten, Das verlorene Land – 252
Hochgeschwender, Michael, Die Amerikanische Revolution – 319
Hockerts, Hans Günter/Günter Schulz (Hrsg.), Der „Rheinische Kapitalismus“ in der Ära Adenauer – 441
Höffe, Otfried, Geschichte des politischen Denkens – 441
Höreth, Marcus, Die komplexe Republik – 441
Hofstetter, Yvonne, Das Ende der Demokratie – 441
Hrbek, Rudolf/Martin Große Hüttmann (Hrsg.), Föderalismus – 380
Huber, Eduard, Von Morgenthau zu Merkel – 279
Hübinger, Gangolf, Engagierte Beobachter der Moderne – 442
Human Rights Watch (Hrsg.), World Report 2016 – 442
Internationale Marx-Engels-Stiftung (Hrsg.), Karl Marx/Friedrich Engels – 442

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Jakob, Christian, Die Bleibenden – 359
Jedlitschka, Karsten/Philipp Springer, Das Gedächtnis der Staatssicherheit – 381
Jellinek, Georg, Allgemeine Staatslehre und Politik – 442
Jones, Mark, Founding Weimar – 442
Jung, Dae Sung, Der Kampf gegen das Presse-Imperium – 442
Jungcurt, Uta, Alldeutscher Extremismus in der Weimarer Republik – 443
Junge, Matthias (Hrsg.), Metaphern soziologischer Zeitdiagnosen – 443
Kajewski, Marie-Christine/Jürgen Manemann (Hrsg.), Politische Theologie und Politische Philosophie – 443
Kaiser, Paul, Boheme in der DDR – 410
Karlauf, Thomas, Helmut Schmidt – 443
Karner, Stefan, Im Kalten Krieg der Spionage – 399
Karner, Stefan/Gerhard Botz/Helmut Konrad (Hrsg.), Epochenbrüche im 20. Jahrhundert – 443
Katzer, Valentin, L'Algérie, c'est la France – 443
Kaufmann, George, Eine Welt voller Flüchtlinge – 359
Kempf, Udo, Das politische System Frankreichs – 444
Kershaw, Ian, Höllensturz – 382
Kessler, Johannes, Theorie und Empirie der Globalisierung – 444
Khosrokhavar, Farhad, Radikalisierung – 383
Kielmansegg, Peter Graf, Repräsentation und Partizipation – 385
Kill, Susanne u. a., Die Reichsbahn und der Strafvollzug in der DDR – 444
Killguss, Hans-Peter/Martin Langebach, Opa war in Ordnung – 444
Klausa, Ekkehard, Klemens von Klemperer – 444
Kleffner, Heike/Anna Spangenberg (Hrsg.), Generation Hoyerswerda – 386
Knappertsbusch, Felix, Antiamerikanismus in Deutschland – 444
Kolar, Pavel, Der Poststalinismus – 387
König, Pascal, Die Vermittlung von Reformen in Zeiten der Krise – 369
Konitzer, Werner u. a. (Hrsg.), „Arbeit", „Volk", „Gemeinschaft" – 445
Koop, Volker, Alfred Rosenberg – 403
Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.), Politik in unsicheren Zeiten – 390
Koschmieder, Carsten, Partizipation in der Piratenpartei – 391
Koschorke, Albrecht, Adolf Hitlers „Mein Kampf" – 445
Krappidel, Adrienne, Verhalten rechtsextremer und demokratischer Kommunalpolitiker – 386
Kreide, Regina, Die verdrängte Demokratie – 445
Krieger, Tim/Bernhard Neumärker/Diana Panke (Hrsg.), Europe's Crisis – 233
Krimm, Konrad (Hrsg.), Der Wunschlose – 445
Kritische Justiz (Hrsg.), Streitbare Juristinnen – 445
Kronenberg, Volker (Hrsg.), Schwarz-Grün – 445
Krumeich, Gerd/Antoine Prost, Verdun 1916 – 446
Kubitschek, Götz, Die Spurbreite des schmalen Grats – 252
Kühling, Gerd, Erinnerungen an nationalsozialistische Verbrechen in Berlin – 446
Kuschel, Franziska, Schwarzhörer, Schwarzseher und heimliche Leser – 446
Kutscher, Hauke-Hendrik, Politisierung oder Verrechtlichung? – 446

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Lahann, Birgit, Peter Weiss – 446
Lammert, Christian/Markus B. Siewert/Boris Vormann (Hrsg.), Handbuch Politik USA – 398
Lange, Hans-Jürgen/Jens Lanfer (Hrsg.), Verfassungsschutz – 365
Lantermann, Ernst-Dieter, Die radikalisierte Gesellschaft – 323
Leggewie, Claus, Anti-Europäer – 233
Lehnert, Esther/Heike Radvan, Rechtsextreme Frauen – 446
Leiskau, Katja u. a. (Hrsg.), Deutsche illustrierte Presse – 446
Lembcke, Oliver W./Claudia Ritzi/Gary S. Schaal (Hrsg.), Zeitgenössische Demokratietheorie – 447
Lepsius, M. Rainer, Max Weber und seine Kreise – 447
Lessenich, Stephan, Neben uns die Sintflut – 392
Limbach, Jutta, „Wahre Hyänen" – 447
Lindenberger, Thomas/Martin Sabrow (Hrsg.), German Zeitgeschichte – 447
Lintl, Peter/Christian Thuselt/Christian Wolff (Hrsg.), Religiöse Bewegungen als politische Akteure im Nahen Osten – 394
Lohlker, Rüdiger, Theologie der Gewalt – 395
Loske, Reinhard, Politik der Zukunftsfähigkeit – 396
Lüdicke, Lars, Hitlers Weltanschauung – 447
Lütjen, Torben, Partei der Extreme – 398
Lynch, Marc, Die neuen Kriege in der arabischen Welt – 416
Mählert, Ulrich (Hrsg.), Die DDR als Chance – 447
Mählert, Ulrich u.a. (Hrsg.), Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2016 – 399
Männle, Ursula (Hrsg.), Bedrohte Demokratie – 390
Marg, Stine u. a., NoPegida – 327
Masala, Carlo, Welt-Unordnung – 448
Mason, Paul, Postkapitalismus – 400
Maubach, Franka/Christina Morina (Hrsg.), Das 20. Jahrhundert erzählen – 448
Mayer, Tilman (Hrsg.), In der Mitte Europas – 448
Melber, Takuma, Pearl Harbor – 448
Metger, Julia, Studio Moskau – 448
Meyer, Katrin, Macht und Gewalt im Widerstreit – 402
Ministerstvo Unitra České Republiky (Hrsg.), Report on Extremism on the Territory of the Czech Republic in 2015 – 448
Möckelmann, Reiner, Franz von Papen – 403
Möller, Kolja/Jasmin Siri (Hrsg.), Systemtheorie und Gesellschaftskritik – 449
Möllers, Martin H. W./Robert Chr. van Ooyen, Polizeireform – 449
Mörschel, Tobias (Hrsg.), Wahlen und Demokratie – 449
Morlok, Martin u. a. (Hrsg.), Etablierungschancen neuer Parteien – 449
Morsey, Rudolf, Fritz Gerlich – 404
Müller, Alfred, Mit Marx in eine bessere Gesellschaft – 449
Müller, Ernst/Ernst Schmieder, Begriffsgeschichte und historische Semantik – 449
Müller, Jan-Werner, Was ist Populismus? – 330
Mulack, Christa, Gewalt im Namen Gottes – 449

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Münkler, Herfried/Grit Straßenberger, Politische Theorie und Ideengeschichte – 450
Munsonius, Hendrik, Öffentliche Religion im säkularen Staat – 450
Müntefering, Franz (Hrsg.), Der Aufbau Ost im mittelosteuropäischen Vergleich – 360
Nachtwey, Oliver, Die Abstiegsgesellschaft – 392
Negt, Oskar, Keine Demokratie ohne Sozialismus – 405
Negt, Oskar, Überlebensglück – 405
Neubauer, Gerald, Das Recht des Staates auf zivilen Ungehorsam – 450
Neumann, Franz/Herbert Marcuse/Otto Kirchheimer, Im Kampf gegen Nazideutschland – 334
Neumann, Peter R., Der Terror ist unter uns – 338
Nida-Rümelin, Julian, Humanistische Reflexionen – 450
North, David, Die Frankfurter Schule, die Postmoderne und die Politik der Pseudolinken – 450
Offe, Claus, Europa in der Falle – 233
Orth, Karin, Die NS-Vertreibung der jüdischen Gelehrten – 372
Ottmann, Henning/Pavo Barisic (Hrsg.), Demokratie und Öffentlichkeit – 450
Palmowski, Jan, Die Erfindung der sozialistischen Nation – 407
Palonen, Kari, From Oratory to Debate – 450
Papier, Hans-Jürgen u. a., Freiheit und Sicherheit – 451
Patel, Kiran Klaus, The New Deal – 408
Patzelt, Werner J./Joachim Klose (Hrsg.), PEGIDA – 422
Petschke, Madeleine, Literatur in den Farben der Deutschen Demokratischen Republik – 410
Philipp, Michael (Hrsg.), Debatten um die Souveränität – 451
Pickel, Gert/Oliver Decker (Hrsg.), Extremismus in Sachsen – 341
Pieger, Bruno/Bertram Schefold (Hrsg.), Kreis aus Kreisen – 451
Pirjevec, Joze, TITO – 451
Polyakova, Alina u. a., The Kremlin's Trojan Horses – 451
Popper, Karl R., Freiheit und intellektuelle Verantwortung – 452
Potts, Charlotte, Proteste im Land der unbegrenzten Möglichkeiten – 452
Priemel, Kim Christian, The Betrayal – 452
Prokob, Emmanuel Stéphane (Hrsg.), Louis Dumont – 452
Putz, Kerstin (Hrsg.), Schreib doch mal hard facts über Dich – 402
Quante, Michael/David P. Schweikard (Hrsg.), Marx-Handbuch – 411
Quent, Matthias, Rassismus, Radikalisierung, Rechtsterrorismus – 412
Rapp, Sebastian, Direkte Demokratie in der Schweiz – 452
Rehberg, Karl-Siegbert u. a. (Hrsg.), PEGIDA – 413
Reininghaus, Wilfried, Die Revolution 1918/19 in Westfalen und Lippe als Forschungsproblem – 453
Repgen, Tilmann, Europa als Idee – 233
Reybrouck, David Van, Gegen Wahlen – 453
Richter, Emanuel, Demokratischer Symbolismus – 453
Riehle, Gerhard, Eurokrise – 233
Roberts, David D., Fascist Interactions – 377
Rosanvallon, Pierre, Die gute Regierung – 260
Roth, Hans Jakob, Geschlecht und Macht – 415

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Roth, Phillip H., Macht – 453
Rüttgers, Jürgen, Mehr Demokratie in Europa – 233
Runkel, Gunter, Die Zukunft Europas – 233
Rupp, Jasmina (Hrsg.), Der (Alb)traum vom Kalifat – 416
Saage, Richard, Der Erste Präsident – 453
Sabrow, Martin, Erich Honecker – 344
Sabrow, Martin/Peter Ulrich Weiß (Hrsg.), Das 20. Jahrhundert vermessen – 454
Sälter, Gerhard u. a., Die Vergessenen Toten – 454
Schäller, Steven, Föderalismus und Souveränität im Bundesstaat – 454
Schaub, Hans-Peter, Landsgemeinde oder Urne – was ist demokratischer? – 454
Scheffel, Folke, Netzpolitik als Policy Subsystem – 417
Schildt, Axel (Hrsg.), Von draußen – 454
Schiller, Hans-Ernst (Hrsg.), Staat und Politik bei Ernst Bloch – 454
Schlegel, Erik, Quo vadis Piratenpartei – 391
Schliesky, Utz u. a., Demokratie im digitalen Zeitalter – 417
Schmetterer, Christoph, Kaiser Franz Joseph I. – 454
Schöler, Ulli, Herausforderungen an die Sozialdemokratie – 455
Schröder, Jan, Rechtswissenschaft in Diktaturen – 418
Schubert, Sophia/Alexander Weiß (Hrsg.), „Demokratie“ jenseits des Westens – 376
Schüßlburner, Josef, „Verfassungsschutz“ – 252
Schultz, Helga, Januskopf – 455
Schumpeter, Joseph A., Schriften zur Ökonomie und Soziologie – 455
Schwinn, Thomas/Gert Albert (Hrsg.), Alte Begriffe – Neue Probleme – 455
Sedmak, Clemens, Mensch bleiben in der Politik – 455
Seils, Ernst-Albert, Hugo Haase – 455
Seliger, Hubert, Politische Anwälte? – 455
Sinn, Hans-Werner, Der Schwarze Juni – 233
Sintomer, Yves, Das demokratische Experiment – 456
Sloterdijk, Peter, Was geschah im 20. Jahrhundert? – 456
Später, Jörg, Siegfried Kracauer – 420
Spieß, Christian, Zwischen Gewalt und Menschenrecht – 456
Spohr, Kristina, Helmut Schmidt – 456
Steinbacher, Sybille, Rechte Gewalt in Deutschland – 386
Steinmeier, Frank-Walter, Europa ist die Lösung – 233
Thiel, Thorsten/Christian Volk (Hrsg.), Die Aktualität des Republikanismus – 456
Thiele, Alexander, Verlustdemokratie – 456
Tremmel, Jörg/Markus Rutsche (Hrsg.), Politische Beteiligung junger Menschen – 358
Tröger, Johannes, Kulturkritik und Utopie – 456
Trommer, Isabell, Rechtfertigung und Entlastung – 457
Tüffers, Bettina, Die 10. Volkskammer der DDR – 457
Underthurner, Gerhard/Andreas Hetzel (Hrsg.), Postdemokratie und die Verleugnung des Politischen – 390

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

U.S. Department of State/Office of the Coordinator for Counterterrorism (Hrsg.), Country Reports on Terrorism 2015 – 457
Vauchez, Antoine, Europa demokratisieren – 233
Venables, Tony, Piecing together Europe's Citizenship – 457
Vietta, Silvio, Die Weltgesellschaft – 457
Villaume, Poul u. a., The „Long 1970s" – 458
Ville, Ferdi de/Gabriel Siles-Brügge, TTIP – 457
Virchow, Fabian/Martin Langebach/Alexander Häusler (Hrsg.), Handbuch Rechtsextremismus – 352
Vogt, Matthias u. a., Ankommen in der deutschen Lebenswelt – 458
Voigt, Rüdiger, Staatsdenken – 458
Vorländer, Hans/Maik Herold/Steven Schäller, PEGIDA – 422
Wahnich, Sophie, Freiheit oder Tod – 458
Waldschmidt, Antje, „Arabischer Frühling" – 458
Weinke, Annette, Gewalt, Geschichte, Gerechtigkeit – 458
Weißmann, Karlheinz, GegenAufklärung – 252
Weißmann, Karlheinz, Rubikon – 252
Wieviorka, Michel, Le séisme – 459
Willke, Helmut, Dezentrierte Demokratie – 459
Wodak, Ruth, Politik mit der Angst – 459
Wöhst, Christian, Hüter der Demokratie – 365
Zamoyski, Adam, Phantome des Terrors – 423
Ziai, Aram, Postkoloniale Politikwissenschaft – 459
Zick, Andreas/Beate Küppers/Anna Klein, Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände – 355
Ziekow, Jan u. a., Gesetzliche Regelungen zur Terrorismusbekämpfung in Deutschland auf dem Prüfstand – 459
Zwarg, Robert, Die Kritische Theorie in Amerika – 459

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Mitteilungen und Hinweise

Violence Prevention Network

Violence Prevention Network ist ein Verbund erfahrener Fachkräfte, die seit Jahren mit Erfolg in der Extremismusprävention und der Deradikalisierung extremistisch motivierter Gewalttäterinnen und Gewalttäter tätig sind. Das Team arbeitet seit 2001 im Bereich der Verringerung von ideologisch motivierten schweren und schwersten Gewalttaten von Jugendlichen. Durch seine Arbeit mit rechtsextremistisch und islamistisch gefährdeten Jugendlichen und jungen Erwachsenen hat sich das Team über Jahre eine bundesweit anerkannte Expertise im Bereich der Arbeit mit ideologisch und religiös motivierten Straftätern erworben. Neben der Teilnahme an internationalen Vergleichsstudien stellt die kontinuierliche Evaluation der Arbeit durch unabhängige, externe Institutionen einen unerlässlichen Bestandteil der Qualitätssicherung dar. Die Innen- und Justizministerien und -behörden vieler Bundesländer sowie mehrere Bundesministerien arbeiten seit Jahren mit Violence Prevention Network zusammen und schätzen die hohe fachliche Kompetenz und das gute Renommee des Trägers.

Mit der Methode der Verantwortungspädagogik® hat Violence Prevention Network einen demütigungsfreien Weg der Ansprache von Menschen gefunden, die sich antidemokratischen Strukturen angeschlossen haben, und ermöglicht ihnen so die Rückkehr in das demokratische Gemeinwesen. Die Grundannahme der Verantwortungspädagogik® und des Anti-Gewalt- und Kompetenztrainings AKT® ist es, Menschen jene Kompetenzen zu vermitteln, die eine Distanzierung von menschenverachtenden Ideologien ermöglichen. Dies geschieht in einer für die Person wertschätzenden Atmosphäre und bezüglich der Ideologie hinterfragenden Methode. Das AKT® besteht aus flexiblen Modulen der Biographiearbeit, der politischen Bildung und der Anti-Gewaltarbeit, die Violence Prevention Network schon in der Vergangenheit immer wieder für unterschiedliche Zielgruppen (rechtsextrem, linksextrem und islamistisch gefährdete Straftäter) und unterschiedliche Settings (Gruppentraining, Einzeltraining, Training in der Haft, Training vor der Haft, Training in hetero- und homogenen Gruppenzusammenhängen etc.) übertragen hat. Der Ansatz von Violence Prevention Network basiert auf drei Stufen:

Prävention: In der Präventionsarbeit geht es darum, mit Menschen, die gefährdet sein könnten, sich zu radikalisieren, schon frühzeitig in Workshops Themen zu bearbeiten, die in ideologisierten Gefühls-, Denk- und Sprechwelten zentrale Bedeutung haben. Die zweite Säule der Prävention ist die Fortbildung von Multiplikatoren (Lehrpersonal, Fachpersonal der Kinder- und Jugendhilfe, Polizei etc.) im Umgang mit Extremismus in Schule und Beruf.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Intervention: Das Programm „Deradikalisierung im Strafvollzug“ richtet sich gezielt an extremistisch motivierte Gewalttäter im Strafvollzug. Mit einem mehrmonatigen Deradikalisierungstraining in Haft und einem anschließenden Stabilisierungscoaching nach der Entlassung von bis zu einem Jahr werden die Teilnehmer dazu befähigt, sich wieder in das demokratische Gemeinwesen zu integrieren.

Deradikalisierung/Ausstiegsbegleitung: Die Arbeit setzt dann an, wenn der Grad der Radikalisierung sehr weit fortgeschritten ist und die Gefahr besteht, dass junge Menschen sich und andere gefährden, z.B. durch eine Ausreise in Kriegsgebiete bzw. die anschließende Rückkehr. Violence Prevention Network verfügt aufgrund seiner von Beginn an auf diesen Themenbereich ausgerichteten Spezialisierung über jahrelange Erfahrungen im Umgang mit radikalisierten Menschen und versteht es, Mitglieder dieser Szenen anzusprechen, mit ihnen ins Gespräch zu kommen, sie zu Veränderungen zu motivieren, Distanzierungsprozesse auszulösen und Ausstiegsprozesse zu begleiten. Neben der direkten Arbeit mit den Radikalisierten werden gezielt auch deren Angehörige in die Deradikalisierungsarbeit einbezogen.

Kontakt: Violence Prevention Network e.V., Alt-Moabit 73, 10555 Berlin, Telefon: (030) 917 05 464, Fax: (030) 398 35 284, E-Mail: post@violence-prevention-network.de, www.violence-preventionnetwork.de.; Bezug *Interventionen. Zeitschrift für Verantwortungspädagogik* über interventionen@violence-prevention-network.de.

Gedenkstätte Berliner Mauer

Die Gedenkstätte Berliner Mauer ist der letzte und einzige Ort in Berlin, an dem die Tiefenstaffelung der ehemaligen Grenzanlagen erhalten ist. Mit knapp einer Million Besucherinnen und Besucher aus aller Welt pro Jahr ist sie einer der meistbesuchten Orte der Hauptstadt. Bis zum Jahr 1989 verlief die Berliner Mauer entlang der Bernauer Straße. Sie teilte die Stadtteile Wedding und Mitte. Die zugemauerten Fassaden auf der Ost-Berliner Straßenseite bildeten die Grenzlinie, der davorliegende Gehweg gehörte bereits zu West-Berlin. Das Grenzregime riss Freunde und Nachbarschaften auseinander, ganze Familien wagten den Sprung aus dem Fenster in die Freiheit.

Zwischen 1961 und 1989 wurde der Grenzstreifen zu einer tief gestaffelten Anlage ausgebaut, Soldaten bewachten die Sperranlagen und sollten Flüchtende mit Schusswaffengebrauch an der Flucht hindern. Mindestens 139 Menschen wurden getötet oder kamen im Zusammenhang mit dem DDR-Grenzregime in Berlin ums Leben.

Nach dem Mauerfall am 9. November 1989 konnte es für die Bevölkerung der Stadt Berlin kaum schnell genug gehen: Das sichtbarste Symbol der deutschen Teilung sollte schnellstmöglich verschwinden. Bürgerlichem Engagement ist es zu verdanken, dass an der Bernauer Straße 220 Meter der originalen Mauer stehen blieben und im August 1998 die Gedenkstätte Berliner Mauer eingeweiht werden konnte.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Auf 1,4 Kilometern erstreckt sich heute die Außenausstellung im ehemaligen Grenzstreifen. Sie fokussiert die historischen Ereignisse in der Bernauer Straße. Im Zentrum des Gedenkstättenareals steht das Nationale Denkmal für die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft. Jährlich finden hier die zentralen Gedenkfeiern zu Mauerbau und Mauerfall am 13. August und 9. November statt. Das Fenster des Gedenkens mit Namen und Fotos der Todesopfer an der Berliner Mauer gibt dem individuellen Gedenken Raum. In der Kapelle der Versöhnung, die an der Stelle der 1985 gesprengten Versöhnungskirche errichtet wurde, wird der Topdesopfer gedacht.

Ergänzend zu den erhaltenen Spuren zeichnen Stäbe aus rostendem Stahl den Verlauf der Vorderlandmauer nach und markieren abgerissene Grenzhäuser und Fluchttunnel. Hörstationen und Infotafeln auf dem Gedenkstättenareal berichten von Menschen, die durch die Mauer Freunde, Familie oder sogar ihr Leben verloren. Anhand von QR-Codes können die Besucher über eine Webseite eine von drei Touren zur individuellen Erkundung des Areals wählen.

Im Dokumentationszentrum mit Aussichtsturm erläutert die Dauerausstellung „1961 | 1989. Die Berliner Mauer“ die historischen Hintergründe zur Berliner Mauer, der Teilung und des Kalten Krieges. Auf zwei Etagen und 420 Quadratmeter Ausstellungsfläche stellt sie die Konsequenzen der Teilung der Stadt für die Menschen in den Mittelpunkt und fragt, wie es zum Mauerbau kam, wieso die Mauer 28 Jahre lang existierte und warum sie fiel.

Die Gedenkstätte Berliner Mauer bietet regelmäßig Veranstaltungen wie Lesungen, Diskussionen, Konzerte und Sonderausstellungen an, darüber hinaus Seminare, kostenlose Führungen, Projekttage und Zeitzeugengespräche. Allein im Jahr 2016 gab es 3.060 Führungen, davon 2.260 für Jugendliche und Kinder. Erste Anlaufstelle ist das Besucherzentrum; hier werden Filme zur Teilung und temporäre Ausstellungen präsentiert.

Die Gedenkstätte Berliner Mauer ist Teil der Stiftung Berliner Mauer, die 2008 gegründet wurde. Zur Stiftung gehört seit 2009 auch die Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde. 1953 eröffnet, diente das Notaufnahmelager knapp vier Jahrzehnte lang als Anlaufstelle für Flüchtlinge und Übersiedler aus der DDR. 1,35 Millionen Menschen passierten dieses schmale „Tor zur Freiheit“. Als zentraler Erinnerungsort der Migration in Berlin dokumentiert die Erinnerungsstätte seit 2005 mit einer Dauerausstellung auf rund 450 Quadratmetern die Geschichte der deutschdeutschen Fluchtbewegung. Über 900 Exponate – zahlreiche Originaldokumente, Fotografien, Gegenstände aus Marienfelde und von Flüchtlingen bieten Einblicke in dieses Kapitel der jüngeren deutschen Zeitgeschichte.

In Marienfelde finden ebenfalls Vorträge, Zeitzeugengespräche, Filmpräsentationen, Lesungen und spezielle Führungen und Bildungsangebote für Schulklassen und Lehrer statt. Darüber hinaus besitzt die Erinnerungsstätte ein Archiv mit Geschichten und Erinnerungen von DDR-Flüchtlingen und Übersiedlern.

Kontakt: Stiftung Berliner Mauer, Bernauer Straße 111, 13355 Berlin, Telefon: 030 / 467 98 66 62, E-Mail: info@stiftung-berliner-mauer.de

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Personenverzeichnis

Abdel-Samad, Hamed 61
Abdulaziz, Abdullah A. Ahmad 132
Abendroth, Wolfgang 77
Abou Taam, Marwan 59, 176-179, 182, 185
Abou-Nagie, Ibrahim 132 f.
Abu Hanieh, Hassan 395
Abu Rumman, Mohammad 395
Abu Zeid, Amr 426
Achcar, Gilbert 78
Adam, Christian 284-288
Adam, Konrad 99
Adamovich, Ludwig 15
Adenauer, Konrad 22, 28, 75, 77 f., 193, 206, 439, 441
Adorno, Theodor W. 258, 334, 420
Ahr, Nadine 36
al-Adnani, Abu Mohammad 131
al-Baghdadi, Abu Bakr 307
al-Rahman al-Raschid, Abd 185
al-Sain, Johanna 54
al-Suri, Abu Musab 236-238
al-Zarqawi, Abu Musab 307
Albakr, Jaber 132
Albert, Gert 455
Albrecht, Karl 222
Alcántara, Sophie 358
Aleksander II. 298, 300
Alemann, Ulrich von 29
Alexander, Robert J. 69
Ali, Tariq 79
Allemann, Fritz René 207
Alles, Wolfgang 69, 75
Altemeyer, Robert 325
Altenhein, Hans 284
Altenhof, Ralf 196
Altrichter, Helmut 432
Álvarez, Gregorio 212
Améry, Jean 291
Amodeo, Immacolata 359
Amodio Pérez, Hector 209
Anders, Günther 402
Anderson, Perry 79
Anderson, Sascha 295
Andolfatto, Dominique 426
Andresen, Knud 426
Ansorge, Dirk 233
Anter, Andreas 426
Apelt, Andreas H. 360, 361, 426
Arendt, Hannah 271, 336, 402, 434, 453
Armborst, Andreas 178
Armstroff, Klaus 106
Aron, Raymond 383
Art, David 25
Artigas, José 206
Arzheimer, Kai 352
Asbrock, Frank 323
Ash, Mitchell G. 436
Asmus, Sylvia 273
Atkinson, Anthony B. 426
Attia, Ashraf 178
Atwan, Abdel Bari 395
Auderset, Juri 369, 380
Augstein, Jakob 289-291
Aust, Stefan 197, 273
Avineri, Shlomo 15
Azcona, José Manuel 209

Baader, Andreas 189-198, 200
Baberowski, Jörg 389, 432
Bacher, Dieter 400
Bachmann, Ingeborg 285
Bachmann, Lutz 327
Backes, Uwe 7 f., 13, 22 f., 25 f., 30, 99, 119, 127, 159, 176 f., 199 f., 341, 348-350, 366, 379
Baden, Max von 445
Badiou, Alain 266, 427
Baeumler, Alfred 445
Bahne, Siegfried 73
Bahr, Andrea 438
Baier, Walter 152
Bailey, Christian 427
Bajohr, Frank 427
Balter, Sebastian 29
Baltier, Antoine 427

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Bannasch, Bettina 372 f.
Barber, Benjamin 250
Barišić, Pavo 450
Barth, Boris 428
Barth, Karl 367
Bartsch, Dietmar 69, 120
Barzel, Rainer 389
Basedau, Matthias 214
Bathke, Peter 33
Battle Ibánez, Jorge 204
Battle y Ordóñez, José 202
Bauer, Fritz 445
Bauer, Josef Martin 285
Bauer, Norbert 274
Bauer, Thomas 177
Bauernfeind, Wolfgang 428
Baum, Bruno 456
Baumann, Hans 193
Baumann, Michael 193
Baumgart, Gunnar 461
Bavaj, Riccardo 428
Bebnowski, David 379
Becher, Johannes R. 287
Beck, Kurt 24
Becker, Anna 363 f.
Becker, Carmen 132, 178
Becker, Jillian 189
Becker, Manuel 368
Becker, Oskar Wilhelm 298, 300
Becker, Sven 38 f.
Bednarz, Liane 229 f.
Behr, Harry Harun 51
Behre, Silja 428
Behrens, Christoph 428
Behringer, Jeannette 370
Bender, Justus 223
Benedetti, Mario 211
Benjamin, Walter 291, 402, 420
Benn, Gottfried 287
Benoist, Alain de 40, 220
Bensaïd, Daniel 69, 74, 76, 79, 93, 428
Benz, Arthur 364, 365, 380
Benz, Immanuel 365
Benz, Wolfgang 279
Bera, Matt 429
Berens, Peter 75
Berg, Sebastian 429
Bergengruen, Werner 287
Bergmann, Werner 198
Bergsdorf, Harald 422
Bergstraesser, Arnold 433, 451
Berlusconi, Silvio 35
Bermann, Richard A. 274
Berthold, Werner 273, 277 f.
Bertinotti, Fausto 145 f.
Besier, Gerhard 16
Besold, Christoph 451
Bessonow, Sergej 399
Best, Heinrich 356, 357
Betz, Joachim 214
Beumelburg, Werner 287
Beyme, Klaus von 7, 27, 30, 287, 292 f.
Biebricher, Thomas 400 f.
Bieling, Hans-Jürgen 233
Biene, Janusz 429
Biermann, Wolf 82, 294-297
Billinger, Richard 287
Bingener, Reinhard 223
Biskamp, Floris 429
Bisky, Lothar 145-149, 155
Bismarck, Otto von 266
Bittner, Michael 414
Bitzan, Renate 353
Blackburn, Robin 79
Blair, Anthony 37
Blanke, Thomas 277
Blänkner, Manfred 367
Bloch, Ernst 420
Blocher, Christoph 36
Block, Martin 164
Blome, Nikolaus 289-291
Blömer, Ursula 430
Bluhm, Harald 368 f.
Blum, Ralf 382
Blumenstiel, Jan Eric 429
Bochinger, Christoph 51
Bodemer, Klaus 214
Bodin, Jean 451
Boepple, Willy 75
Bohlender, Matthias 184
Bohley, Peter 429
Böhnhardt, Uwe 23
Bokler-Völkel, Evelyn 395
Bommes, Michael 46
Böning, Renate 430
Boock, Peter-Jürgen 195
Booth, John Wilkes 298, 300
Bordaberry, Juan María 204, 208, 212

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Bordas Martínez, Julio 209 f., 214
Borstel, Dirk 20
Bösch, Frank 439
Botha, Henk 430
Botsch, Gideon 166, 172, 352
Böttcher, Winfried 233, 249 f.
Böttger, Karin 233
Botz, Gerhard 443
Bourdieu, Pierre 449
Bourne, Angela 23-25
Bracher, Karl Dietrich 15
Bragança, Manuel 430
Brähler, Elmar 324, 349
Brandstetter, Marc 127
Brandt, Peter 8, 69, 79-82, 368
Brandt, Willy 389, 421
Braun, Stephan 41
Braune, Andreas 430, 434
Bräuninger, Werner 430
Brecht, Bertolt 193, 286 f.
Bredel, Willi 287
Bredow, Wilfried von 289, 430
Brehl, Thomas 163
Breivik, Anders Behring 236-238
Bremer, Jörg 40
Brentano, Lujo 438
Bressan, Susanne 191, 193 f., 198
Brettfeld, Katrin 49, 52 f.
Brettschneider, Frank 39, 62
Brie, André 155
Brie, Michael 155, 458
Brieger, Stefan 16
Broch, Hermann 287
Brodocz, André 430
Brok, Elmar 371
Broszat, Martin 315
Broué, Pierre 70
Brown, John 298, 300
Browning, Christopher 317
Bruch, Rüdiger vom 431
Brühlmeier, Daniel 369 f.
Bruinsma, Fred 15
Brüning, Heinrich 276
Brunkhorst, Hauke 394
Brunner, Otto 16
Buback, Siegfried 192
Buchholz, Christine 88
Buchstein, Hubertus 334, 369, 431
Buchta, Wilfried 394
Bude, Heinz 414, 431
Budrich, Edmund 138
Bullion, Constanze von 144
Bunk, Sarah 196
Burchardt, Hans-Jürgen 213, 215
Burgard, Jan Philipp 371
Bürgel, Matthias 399
Burger, Reiner 133
Buszewski, Sinthiou 431
Butler, Judith 268-272, 415, 434, 436
Butterwegge, Christoph 21
Butz, Arthur R. 280
Buzan, Barry 25

Cakir, Naime 379
Calan, Maël de 432
Calhoun, John 321
Calleo, David P. 280
Callimachi, Rukmini 131
Campagna, Norbert 451
Campodónico, Miguel Ángel 214
Camus, Jean-Yves 33, 432
Camus, Renaud 252, 254 f., 259, 281 f.
Candeias, Mario 143, 155, 157
Canu, Isabelle 17
Capoccia, Giovanni 16
Carlowitz, Hans Carl von 397
Carstensen, Peter Harry 24
Carter, James Earl 318
Castro, Fidel 121, 122
Caumans, Ute 400
Celan, Paul 285
Ceram, C. W. 285
Ceylan, Rauf 59, 177, 180, 182-184
Chapoutot, Johann 432, 445
Chávez, Hugo 211 f.
Chesney, Marc 370
Chesnot, Christian 432
Chesterton, Gilbert Keith 456
Chruschtschow, Nikita 387 f., 440
Churchill, Winston 240
Cliff, Tony 81
Clímaco, Cristina 377
Clinton, Hillary 271, 371
Clinton, William 371
Conrad, Jo 166
Conze, Werner 16
Cook, David 65

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Corsten, Michael 460
Costa-Gavras, Constantin 211
Courtois, Stéphane 25
Cress, Anne 416
Creveld, Martin van 217
Crocker, Ryan 371
Croissant, Aurel 432
Croissant, Klaus 191
Crouch, Colin 35, 247, 266, 391

Dabbagh, Hassan 132, 178
Dahl, Robert 332, 459
Dahrendorf, Ralf 442 f.
Daiber, Birgit 145
Dalgaard-Nielsen, Anja 180
Dantschke, Claudia 59, 175 f., 180-183, 187
Danza, Andrés 214
Daum, Andreas W. 372 f.
De La Rosa, Sybille 440
Debray, Regis 207
Decker, Frank 118, 331, 363, 379, 385 f.
Decker, Oliver 324, 341 f., 349, 432
Defrance, Corine 432
Dehler, Thomas 311
Dehm, Dieter 121, 144
Deinege, Siegfried 458
Dellheim, Judith 155
Delwit, Pascal 433
Demesmay, Claire 433
Demirović, Alex 143, 155, 157, 370
Denninger, Erhard 350
Denzer, Horst 451
Deppe, Frank 148
Derrida, Jacques 436
Desch, Kurt 285
Detel, Hanne 38
Detemple, Jessica 364
Detjen, Joachim 433
Deutscher, Isaac 70 f.
Deutz-Schroeder, Monika 433
Di Palma, Francesco 378
Diego, Gerardo 189
Diehl, Jörg 175
Diehl, Paula 269, 433
Dietrich, Nico 423
Dietz, Gerald 171
Dietze, Carola 298-301
Dietzsch, Steffen 220
Diewald-Kerkmann, Gisela 298
Distelhorst, Lars 434
Ditfurth, Jutta 193
Diwald, Hellmut 280
Do Mar Castro Varela, Maria 434
Doberitzsch, Kai 407
Döblin, Alfred 287
Domínguez, Jorge 215
Domnitz, Christian 389
Doneit, Madeline 415
Donhauser, Gerhard 434
Dönitz, Karl 163
Dörre, Klaus 414
Dose, Nicolai 434
Dove, Thomas 235
Downs, William M. 16, 22
Drabkin, Jakov 71
Dreher, Eduard 313
Dreier, Horst 434
Dreyer, Malu 104
Dreyer, Michael 434
Drieu la Rochelle, Pierre 226
Droysen, Johann Gustav Bernhard 374
Dubbe, Daniel 190
Dugin, Alexander Gljewitsch 236-238
Düperthal, Gitta 125
Düring, Marten 373
Dürrenmatt, Friedrich 285
Dutschke, Rudi 78, 189
Dyck, Brandon van 215

Easton, David 359
Ebel, Wolfgang 163 f.
Ebert, Friedrich 355, 357, 428
Eckert, Brita 273
Edler, Kurt 183
Egner, Björn 435
Ehling, Janis 155
Ehrenreich, Lilli 420
Ehrlich, Ludwig 198
Eisfeld, Rainer 435
El Hadad, Amr 176
El-Mafaalani, Aladin 182 f.
Ellerbrock, Nora 416
Elm, Ludwig 120
Elsässer, Jürgen 169, 451
Elster, Jon 369
Elvert, Jürgen 373

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Emek, Seyda 21
Emerson, John B.
Emrich, Wilhelm 188
Engels, Friedrich 411, 442
Engels, Willi 436
Engert, Steffi 84
Engler, Henry 211
Ensslin, Christiane 199
Ensslin, Felix 189 f.
Ensslin, Gottfried 199
Ensslin, Gudrun 9, 188-200
Ensslin, Helmut 188
Ensslin, Inge 188
Enzensberger, Hans Magnus 244, 285
Erbentraut, Philipp 435
Erdmann, Gero 214
Esche, Falk 14
Eschenburg, Theodor 435
Espahangizi, Kijan 435
Evans, Richard J. 375 f.
Everts, Carmen 348

Fabian, Sina 435
Fahti, Alma 182
Falter, Jürgen W. 435
Fassina, Stefano 143
Fedders, Jonas 379
Feder, Gottfried 274
Fehr, Helmut 436
Feist, Mario 166
Feldman, Stanley 325
Felfe, Heinz 400
Felz, Sebastian 436
Fernández Huidobro, Eleutorio 213
Ferrín, Mónica 376 f.
Fest, Joachim 457
Feuchtwanger, Lion 402
Feustel, Robert 436
Fichter, Tilman 189
Fielitz, Maik 355, 436
Fillon, François 432
Fischer-Defoy, Christine 436
Fischer, Andrea 83
Fischer, Joachim 414
Fischer, Michael 194
Fischer, Thomas 208
Fitzek, Peter 169
Fleissmann, Günter 389
Flemming, Axel 172
Flemming, Lars 18, 136
Florath, Bernd 436
Flügel-Martinsen, Oliver 436
Flümann, Gereon 15, 226, 385
Föllmer, Moritz 436
Foroutan, Naika 52 f., 59
Forst, Rainer 328
Förster, Andreas 389
Förster, Christian 380
Förster, Horst 380
Fouad, Hazim 59, 175, 177, 182 f.
Foucault, Michel 267, 401 f., 434, 436
Fraenkel, Ernst 14, 373, 419, 433
Franco, Francisco 189
Frank, Anne 285
Frank, Leonhard 287
Frank, Peter 70
Franz-Willing, Georg 280
Franz, Frank 7, 126
Frech, Siegfried 431
Freeden, Michael 28
Freitag, Jan 7, 130, 159, 163, 165, 172, 387
Frenzel, Elisabeth 286 f.
Frenzel, Herbert A. 286 f.
Frevel, Bernhard 185
Friberg, Daniel 252-254, 259
Frie, Ewald 437
Friedmann, Alexander 437
Friedmann, Jan 127
Friesenhahn, Ernst 312
Frindte, Wolfgang 412-414
Fritsche, Immo 324
Fritze, Lothar 412
Fritzsche, Erik 458
Fröhlich, Claudia 166
Fructuoso, José 204
Fuchs, Peter 437
Fulbrook, Mary 437
Funke, Andreas 442
Funke, Hajo 302-305
Furet, François 383

Gabriel, Oscar W. 100, 104
Gabriel, Sigmar 272
Gajek, Eva Maria 437
Galeano, Eduardo 211
Galetti, Nino 152

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Gallert, Wulf 107 f.
Gallus, Alexander 7, 13, 22, 99, 127, 136, 159, 176 f., 188, 199, 349, 459, 462
Gandhi, Mahatma 30
Garbert, Matthias 8, 175, 178 f.
García, Hugo 377
Garton Ash, Timothy 362
Gathmann, Florian 115
Gauck, Joachim 305, 457
Gauland, Alexander 127
Gaulle, Charles de 443
Gay, Peter 372
Geden, Oliver 36
Gedeon, Wolfgang 127, 461
Gehlen, Arnold 282
Gehrcke, Wolfgang 144
Gehrke, Kerstin 159
Geisler, Alexander 41
Gelber, Harry G. 280
Gellrich, Günther 69, 79
George, Stefan 451
Geppert, Dominik 439, 456
Gerber, Jan 438
Gerges, Fawaz A. 131, 306-308
Gerlach, Erich 77
Gerlach, Holger 23
Gerlach, Julia 45, 61
Gerland, Kirsten 438
Gerlich, Fritz 404 f.
Gerster, Martin 41
Gesang, Bernward 438
Gesell, Silvio 449
Ghosh, Peter 438
Gies, Gerd 457
Giesa, Christoph 229 f.
Gieseke, Jens 438
Gießelmann, Bente 438
Giordano, Ralph 296
Glaeser, Ernst 287
Gleichauf, Ingeborg 188, 196-198
Gleiss, Theo 90
Glorius, Birgit 360
Glück, Elisabeth 104
Goebbels, Josef 14
Goel, Urmila 415
Goertz, Stefan 43
Goethe, Johann Wolfgang von 281, 406, 452
Göhler, Gerhard 433
Gohlke, Nicole 88
Goll, Sebastian 439
Gombin, Joël 439
Gomulka, Alfred 457
Gorbatschow, Michail 84
Gorki, Maxim 291
Görtemaker, Manfred 310, 376, 448
Gosewinkel, Dieter 439
Gothe, Heiko 104, 107
Gottberg, Friedrich 418
Götter, Christian 439
Grabow, Karsten 439
Graf, Oskar Maria 286 f.
Gramsci, Antonio 253
Grant, Adam 439
Grashoff, Udo 400
Grass, Günter 284, 295
Grillo, Giuseppe 40
Grimm, Dieter 233, 245 f.
Grimm, Hans 287
Große Hüttmann, Martin 233, 380
Grotz, Florian 161, 411
Grube, Frank 14
Grumke, Thomas 23, 366, 439
Grunenberg, Kay 392
Guérot, Ulrike 233, 246-250
Guevara, Ernesto („Che“) 206 f.
Günther, Christoph 178 f., 306, 394
Günther, Hans Friedrich Karl 287
Gusy, Christoph 21, 136, 138, 350, 446
Gyptner, Richard 346
Gysi, Gregor 120, 144, 146, 149, 155

Haak, Julia 121
Haas, Elisabeth 380
Haas, Walter 76
Haase, Hugo 455
Habermann, Friederike 370
Habermas, Jürgen 257, 270, 406, 442, 459
Hadamitzky, Sebastian 440
Hagen, Lutz M. 414
Haider, Jörg 37
Hakemi, Sara 190
Halfmann, Jost 414
Hall, Simon 440
Halm, Dirk 51 f.
Hamilton, Alexander 321
Hammer, Eberhard 440
Händel, Thomas 157

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Hank, Rainer 38
Hanke, Erich 346
Harmsen, Caroline 199
Härtel, Ines 381
Hartleb, Florian 29, 33
Hartmann, Christian 462
Hartmann, Jürgen 214
Hartmann, Nicolai 445
Haseloff, Reiner 107
Hauhia, Veiko 400
Haus, Michael 440
Hause, Carmen 437
Häusler, Alexander 352 f., 356, 378 f.
Hausner, Joseph 124
Hausteiner, Eva Marlene 380
Havemann, Robert 296
Haykel, Bernard 177
Hechelhammer, Bodo 399
Hecken, Thomas 190
Hedeler, Wladislaw 74
Heffter, Heinrich 374
Hegel, Georg Wilhelm Friedrich 406
Hegewisch, Niels 440
Heidegger, Martin 220
Heiden, Konrad 273, 277
Heil, L. Uwe 358 f.
Heilig, Dominic 148, 150
Heim, Tino 414
Hein, Wilhelm 399
Heinelt, Hubert 435, 440
Heinitz, Ernst 188, 190, 194
Heinrich, Gudrun 113
Heinrich, Horst-Alfred 166
Heinz, Dominic 364, 365
Hellmann, Kai-Uwe 161
Hemme, Jan 38
Henin, Nicolas 441
Henkel, Gerda 437
Hennis, Wilhelm 443
Heraklit 327
Herbst, Andreas 399
Herkenhoff, Anna-Lena 379
Hermans, Hugo 219
Herold, Maik 341, 422
Herrera, Luis Alberto 204
Herres, Jürgen 442
Herrmann, Jörg 189, 197
Hervieu-Léger, Danièle 54
Herz, John 373
Herzfelde, Wieland 274
Hesse, Hermann 287, 292
Hesse, Joachim Jens 426
Hetzel, Andreas 390
Heym, Stefan 295
Hidalgo, Oliver 369
Hilberg, Raul 314-318, 372 f.
Hild, Alexandra 441
Hildebrand, Klaus 314, 456
Hildebrandt, Cornelia 143, 145, 156
Hildermeier, Manfred 432
Hilpold, Peter 233, 441
Hilsberg, Stephan 361
Himmler, Heinrich 422
Hinz, Linda 127
Hinz, Thorsten 219, 252, 256, 259
Hippe, Oskar 76
Hirschmann, Kai 396
Hitler, Adolf 9, 14, 74, 273-278, 282, 403-405, 421, 429, 445, 447, 462
Hobsbawm, Eric 383
Hochgeschwender, Michael 319-321
Höcke, Björn 127, 228, 255, 259, 304, 379
Hockerts, Hans Günter 441
Hofer, Norbert 36
Höffe, Otfried 441
Hoffman, Bruce 299
Hofrichter, Jürgen 118, 461
Hofstetter, Yvonne 441
Hohmann, Martin 461
Höhner, Paul 21
Holborn Gray, Hanna 372
Holm, Leif-Erik 112
Holmes jr., Oliver Wendell 21
Holter, Helmut 111
Holtmann, Everhard 107, 110
Holtmann, Philipp 176
Hombach, Bodo 371, 390
Homburg, Heiko 163, 165, 169
Honecker, Erich 344-347, 407, 410
Honneth, Axel 337
Honnigfort, Bernhard 159
Hooton, Earnest 103
Höpker-Aschoff, Hermann 312
Höppner, Reinhard 457
Höreth, Marcus 332, 441
Horkheimer, Max 334
Hörsch, Daniel 164
Horváth, Ödön von 287

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Hosenfeld, Wilm 383
Hradil, Stefan 162
Hrbek, Rudolf 380
Huber, Eduard 279-282
Hübinger, Gangolf 442
Hudemann, Rainer 437
Hueglin, Thomas O. 380
Hufenreuter, Maria 426
Hugenberg, Alfred 275
Hull, Cordell 280
Hüllen, Michael 7, 130, 159, 163, 165, 169
Hüllen, Rudolf van 23, 439
Humboldt, Wilhelm von 452
Hummel, Klaus 176, 178, 182, 185 f.
Hummel, Siri 369
Hundeide, Karsten 63
Husain, Ed 64
Hussein, Saddam 91

Ipsen, Jörn 21
Isensee, Josef 248
Israel, Sergo 214

Jäckel, Eberhard 314, 447
Jäger, Thomas 399
Jahnn, Hans Henny 188 f.
Jakob, Christian 359
Jander, Martin 191, 193 f., 198
Jandl, Ernst 290
Jandura, Grit 414
Jani, Helge F. 302
Jansen, Frank 110, 126, 138
Jarausch, Konrad H. 447
Jaschke, Hans-Gerd 7, 171, 252, 352
Jaworski, Rudolf 162
Jedlitschka, Karsten 381 f.
Jefferson, Thomas 319, 321
Jellinek, Georg 438, 442
Jens, Walter 188, 295
Jentsch, Ulli 379
Jesse, Eckhard 8 f., 18, 22, 26, 99, 126 f., 139, 153, 159, 176 f., 188, 196, 199, 226, 228, 349, 356, 383, 390, 460
Joerges, Christian 25
Johansen, Inger V. 153, 155
Jokisch, Benjamin 59
Jones, Mark 442
Jongen, Marc 304
Jopp, Mathias 233
Joppke, Christian 33
Jörke, Dirk 380
Jung, Dae Sung 442
Jung, Edgar Julius 225
Jungclas, Georg 75, 80
Jungcurt, Uta 443
Junge, Matthias 443
Junge, Uwe 105, 224, 256, 287, 451
Jungholt, Thorsten 138
Jünke, Christoph 84
Juppé, Alain 432
Jürgensen, Sven 21

Kaczynski, Jarosław 36
Kafka, Franz 287, 445
Kahr, Gustav von 405
Kailitz, Steffen 19, 28, 200
Kaiser, Benedikt 222 f., 226
Kaiser, Paul 410 f.
Kajewski, Marie-Christine 443
Kamann, Matthias 138
Kant, Immanuel 393, 406
Kapellen, Michael 199
Kapke, André 23
Karakozov, Dmitrij Vladimirovic 298, 300
Karlauf, Thomas 443
Karner, Stefan 399, 443
Kästner, Erich 287
Katzer, Valentin 443
Kaube, Jürgen 443
Kaufman, Theodore Newman 103, 279
Kaufmann, George 359
Keil, Jan-Gerrit 161
Kekkonen, Urho 400
Keller, Manuel 123
Kellermann, Bernhard 274
Kellermann, Gero 451
Kellershohn, Helmut 229, 379
Kellmann, Klaus 151
Kellner, Manuel 69, 74, 76, 84, 86, 90, 92 f.
Kemper, Andreas 379
Kempf, Udo 444
Kershaw, Ian 382 f., 403
Kessler, Johannes 444
Keun, Immanuel 286
Keun, Irmgard 286 f.
Keynes, John Maynard 383, 449

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Khosrokhavar, Farhad 63, 181, 186, 383 f.
Kiefer, Michael 177, 180, 182-184
Kielmansegg, Peter Graf 9, 260, 385
Kiesel, Helmuth 284
Kiess, Johannes 324, 349
Kill, Susanne 444
Killguss, Hans-Peter 444
Kingdon, John Wells 175
Kipping, Katja 120
Kirchheimer, Otto 334-337
Kirchhof, Gregor 451
Kissinger, Henry 372
Klages, Ludwig 438
Klamt, Martin 15
Klar, Christian 121
Klare, Heiko 352
Klausa, Ekkehard 444
Kleffner, Heike 386
Klein, Anna 324
Klemperer, Klemens von 444
Klenk, Johannes 380
Klepper, Jochen 287
Klimó, Árpád von 34
Klingemann, Hans Dieter 34, 168
Klinger, Cornelia 415
Klöckner, Julia 104
Klose, Bianca 352
Klose, Joachim 422 f.
Klute, Jürgen 144
Knappe, Holger 171
Knappertsbusch, Felix 444
Knipping-Sorokin, Roman 59
Knoblauch, Hubert 54
Knoppe, Reinhold 382
Koch, Gertraud 59, 269
Kocka, Jürgen 447, 460
Kocyba, Piotr 414
Koenen, Gerd 189, 194, 196, 199
Koestler, Arthur 296
Kogon, Eugen 285, 433
Kohl, Helmut 39, 281
Kohlstruck, Michael 166
Kolar, Pavel 387 f.
Kolbenheyer, Erwin Guido 287
Koll, Berend 348
Köllner, Patrick 214
Kolmar, Gertrud 287
Kommerell, Max 451
König, Pascal 369, 370
Konitzer, Werner 445
Konrad, Helmut 443
Konstantopoulou, Zoe 143
Koop, Volker 403 f.
Koopmans, Rud 161
Kopke, Christoph 353, 379
Kopp, Horst 389
Köppel, Peter 40
Kornblum, John 371
Kornelius, Bernhard 100, 104
Korsch, Felix 379
Korte, Karl-Rudolf 390
Koschkar, Martin 111, 113
Koschmieder, Carsten 391
Koschorke, Albrecht 445
Koselleck, Reinhart 16, 449
Kotzebue, August von 301
Kracauer, Siegfried 420
Kraetzer, Ulrich 176, 178, 180
Krappidel, Adrienne 386 f.
Krasucki, Eryk 400
Krauel, Torsten 138 f.
Krause, Daniela 355 f.
Krause, Skadi Siiri 380 f.
Kraushaar, Wolfgang 190-193, 195-197, 208, 298
Krauß, Udo 350
Krebs, Diethart 446
Krebs, Felix 223
Krech, Volkhard 54
Kreide, Regina 445
Kretschmann, Winfried 100, 118
Kreuz, Michael 176
Krieger, Kevin 127
Krieger, Tim 233
Kriesi, Hanspeter 376 f.
Krimm, Konrad 445
Kritidis, Gregor 75-77
Kronenberg, Volker 445
Krüger, Yasemin 7, 130, 159, 163, 165, 169
Kruglanski, Arie 340
Krumeich, Gerd 446
Kubitschek, Götz 218, 221, 225, 227, 252 f., 255 f., 258 f.
Kühling, Gerd 446
Kuhlmann, Florian 418
Kühn, Alexander 130
Kühnen, Michael 163, 430
Kühnhardt, Ludger 448

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Kulemann, Peter 76
Kunz, Franziska 413
Kunze, Axel Bernd 367
Küpper, Beate 324, 355 f.
Küpper, Mechthild 120
Küppers, Anne 118
Kupsch, Lisa Marie 9, 201
Kurbjuweit, Dirk 303
Kurras, Karlheinz 189
Kurz, Constanze 38
Kuschel, Franziska 446
Kutscher, Hauke-Hendrik 446

Laak, Claudia van 172
Lacalle Herrera, Luis Alberto 204, 212
Lachmann, Günther 46, 281
Laclau, Ernesto 268, 270 f., 434
Lacordaire, Jean Baptiste Henri 291
Ladurner, Ulrich 41
Lafontaine, Oskar 143, 155 f.
Lahann, Birgit 446
Laloire, Laura Lotte 355, 436
Lambert, Pierre 81
Lammert, Christian 398
Lämmert, Eberhard 188
Lanfer, Jens 23, 348, 349 f., 365
Lang, Jürgen P. 8, 23, 143, 153, 279
Lange, Hans-Jürgen 348-350, 365
Lange, Karl 429
Lange, Sebastian 417
Langebach, Martin 352 f., 444
Lantermann, Ernst-Dieter 323-325
Laqueur, Walter 372
Lasker-Schüler, Else 287
Lassalle, Ferdinand 367
Lau, Sven 132
Laudani, Raffaele 334
Laurent, Pierre 146, 149
Le Fort, Gertrud von 287
Le Pen, Jean-Marie 35
Le Pen, Marine 33, 36, 40, 459
Lederer, Klaus 114
Lefort, Claude 369, 436
Leggewie, Claus 13, 15, 17, 24, 77, 139, 233, 236 f., 348
Lehmann, Hartmut 372, 373
Lehmbruch, Gerhard 34
Lehnert, Erik 219, 221
Lehnert, Esther 446
Leiken, Robert 62
Leipold, Roland 382
Leiskau, Katja 446
Lembcke, Oliver W. 447
Lemke, Matthias 402
Lenhard, Philipp 373
Lenin, Wladimir Iljitsch 70-72, 121, 144, 156, 399, 412
Liebknecht, Karl 145
Lenz, Siegfried 285
Leonhard, Wolfgang 296
Lepsius, M. Rainer 447
Lessa, Alfonso 210
Lessenich, Stephan 392 f.
Leutheusser-Schnarrenberger, Sabine 24
Levinas, Emmanuel 434
Levitsky, Steven 214
Lewandowsky, Marcel 330, 379
Lewentz, Roger 104
Lichdi, Johannes 13, 139
Lichtmesz, Martin 219 f.
Lichtschlag, André F. 218
Licio, Marta 214
Lieber, Francis 369
Lieberam, Ekkehard 120
Liebknecht, Karl 367, 428
Liebold, Sebastian 374, 398
Limbach, Jutta 447
Lincoln, Abraham 298, 300
Lindenberger, Thomas 447
Linke, Georg 190
Lintl, Peter 394
Lisken, Hans 350
Lissardy, Gerardo 203
Lisson, Frank 223
Littlewood, Tom 168
Lobo, Don Manuel 201
Locke, John 320
Locke, Stefan 41, 132
Loewenstein, Karl 17
Loewenberg, Peter 372
Logvinov, Michael 176, 178, 185 f.
Lohlker, Rüdiger 175-178, 395
Lohse, Eckart 132
Lorenz, Alexander 379
Lorenzetti, Ambrogio 263
Lorke, Christoph 437
Lösch, Bettina 415

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Loske, Reinhard 396
Löwenthal, Leo 336
Löwy, Michael 71
Loxton, James 215
Lübbe-Wolf, Gertrude 13, 19
Lucht, Roland 382
Lucke, Bernd 99, 379
Ludendorff, Erich 405
Lüdicke, Lars 447
Luhmann, Niklas 291, 449, 459
Lustiger, Arno 294
Lütjen, Torben 398
Lütten, John 120
Luxemburg, Rosa 143, 149, 154, 406, 428, 458
Lynch, Marc 416 f.

Maaz, Hans-Joachim 414
Machtan, Lothar 445
Macron, Emmanuel 265
Maduro, Nicolás 212
Maegerle, Anton 164
Mahler, Horst 164, 173, 188, 190, 194, 196 f., 199
Mählert, Ulrich 74, 399, 447
Mahlmann, Matthias 25
Maier, Jens 41
Malbrunot, Georges 432
Maldini, Anna 148
Mandel, Ernest 73, 77-79, 82
Mandry, Christof 236
Mandt, Hella 16
Manemann, Jürgen 443
Mann, Heinrich 277, 287
Mann, Klaus 286 f.
Mann, Thomas 287, 294, 452
Mannewitz, Tom 377
Mannheim, Karl 402
Männle, Ursula 390
Manow, Philip 269
Mansour, Ahmad 47, 182
Mao Zedong 412
Marcuse, Herbert 258, 334 f., 337
Mareš, Miroslav 20
Marg, Stine 327
Marioulas, Julian 153
Marlière, Philippe 154
Marx, Karl 88 f., 121, 392 f., 411 f., 438, 442, 449 f.
Masala, Carlo 448
Maschke, Günter 164, 194
Mason, Paul 400 f.
Mastronardi, Philippe 369, 370
Maubach, Franka 437, 448
Maurer, Klaus 165-168
Mayer, Max Ernst 442
Mayer, Tilman 448
Mecheril, Paul 434
Meier, Horst 13, 15, 17, 136 f., 139, 348, 366
Meijer, Roel 176 f.
Meinhof, Ulrike 9, 188, 190 f., 193 f., 196-199
Meins, Holger 191
Meißelbach, Christoph 458
Melber, Takuma 448
Mélenchon, Jean-Luc 143, 155
Melis, François 442
Melville, Herman 195
Menasse, Robert 248 f.
Mendelssohn Bartholdy, Albrecht 235
Mény, Yves 331
Merkel, Angela 102, 104, 111, 258, 279, 281, 289-291, 390, 433
Merkel, Wolfgang 34, 39, 370
Metger, Julia 448
Metternich, Klemens Wenzel Lothar von 424 f.
Meurer, Sabine 184
Meuthen, Jörg 99 f., 107, 127, 304
Meyer, Katrin 402, 453
Micklich, Ronald 127
Mielke, Erich 344, 381
Mieres, Pablo 205
Mill, John Stuart 369
Miller, Russell A. 15
Minkenberg, Michael 17
Mitchell, Margaret 285
Mletzko, Matthias 23
Möckelmann, Reiner 403 f.
Möglich, Manuel 168
Mohler, Armin 256
Mohnhaupt, Brigitte 192
Möller, Irmgard 192
Möller, Kolja 449
Möllers, Christoph 30
Möllers, Martin H. W. 16, 18, 449
Mommsen, Hans 315, 429
Moneta, Jakob 75, 80, 82, 89
Monti, Mario 39
Moraes, Juan Andrés 204

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Moreno, Nahuel 85
Morgenstern, Scott 204
Morgenthau, Henry 279 f.
Morina, Christina 448
Morlok, Martin 15, 26, 449
Morris, Douglas 373
Mörschel, Tobias 118, 449
Morsey, Rudolf 374, 404
Moscovici, Serge 326
Mouffe, Chantal 268, 271, 291, 434
Mrazek, Joachim 39
Mudde, Cas 27, 32-34, 37, 331
Mujica, José 201, 203, 205 f., 211-214
Mulack, Christa 449
Müller, Alfred 449
Müller, Daniel 159, 172
Müller, Ernst 449
Müller, Herbert Landolin 53
Müller, Ingo 277
Müller, Jan 113
Müller, Jan-Werner 26, 330-333, 461
Müller, Jochen 182
Müller, Reinhard 139
Müller, Sebastian 358
Müller, Tim B. 459
Müller, Werner 25, 344
Müller-Enbergs, Helmut 390
Müller-Heidelberg, Tim 350
Müller-Neuhof, Jost 139
Münch, Ursula 380, 451
Mundlos, Uwe 23, 413
Munkewitz, Aline 404
Münkler, Herfried 184, 380, 433, 450
Muno, Wolfgang 215
Munsonius, Hendrik 450
Müntefering, Franz 360, 361
Münzner, Daniel 421
Murawiec, Laurent 57, 65
Murray, John (4. Earl of Dunmore) 321
Musharbash, Yassin 185
Mussolini, Benito 282

Nachtwey, Oliver 270, 392 f., 414
Nagie, Ibrahim Abou 178
Napoleon I. 424
Napoleon III. 298, 300
Naumann, Peter 195
Nawratil, Heinz 280
Negt, Oskar 405-407
Nelken, David 15, 285
Nesser, Petter 56
Nestler, Christian 111, 113
Neubauer, Gerald 450
Neumann, Franz L. 314, 317, 334-337, 372 f., 419
Neumann, Peter R. 43, 61, 338-340
Neumärker, Bernhard 233
Neutatz, Dietmar 432
Nibbrig, Hans 172
Nida-Rümelin, Julian 450
Niedermayer, Oskar 27, 113-115, 117 f.,127, 461
Niehuis, Edith 30
Niemann, Hans-Joachim 452
Niesen, Peter 15, 25, 380
Nietzsche, Friedrich 328
Nitzsche, Frank 69, 79-81, 83, 86 f., 92
Nizer, Louis 279
Nohlen, Dieter 161, 214
Noll, Dieter 285
Nolte, Detlef 214
Nolte, Ernst 383
Nordbruch, Götz 181 f.
North, David 450
Nothofer, Saskia 160

Oberlercher, Reinhold 164
Oertzen, Peter von 77
Oeter, Stefan 380
Offe, Claus 181, 233, 244
Ogris, Günter 34 f.
Öhlschläger, Rainer 215
Ohnesorg, Benno 189
Olden, Peter 274
Olden, Rudolf 9, 273-278
Oltmer, Jochen 45
Ooyen, Robert Christian van 16-18, 449
Orbán, Viktor 33
Orehek, Edward 340
Orsini, Felice 298, 300
Orth, Karin 372 f.
Ossietzky, Carl von 273
Ottillinger, Margarethe 399
Ottmann, Henning 450
Ourghi, Mariella 178

Paine, Thomas 320

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Palmowski, Jan 407 f.
Palonen, Kari 450
Panke, Diana 233
Panreck, Isabelle-Christine 327, 356
Papen, Franz von 276, 403-405
Papier, Hans-Jürgen 451
Paris, Rainer 299
Parmar, Inderjeet 429
Pastörs, Udo 113
Patel, Kiran Klaus 408 f.
Patriciu, Dinu 451
Patzelt, Werner J. 414, 422 f.
Paulus von Tarsus 291
Pavan, Sara 62, 64
Pazderski, Georg 115 f.
Peck, Jamie 401
Pehle, Walter H. 314
Perathoner, Christoph 233
Pérez, Amadio 211
Perón, Juan 35
Peters, Butz 195, 197
Peters, Stefan 213, 215
Petersen, Julius 286
Petry, Frauke 36, 40 f., 99, 107, 303
Petschke, Madeleine 410
Pfahl-Traughber, Armin 8, 28, 127, 210, 216, 225, 228, 230, 366, 413, 461
Pfannenschmid, Yvonne 451
Pfeil, Ulrich 432
Pham, Khue 38
Philipp, Michael 451
Philippsberg, Robert 349
Pickel, Gert 341, 342
Pieger, Bruno 451
Piepenschneider, Melanie 196
Pirjevec, Jože 451
Pirker, Theo 77
Pirker, Werner 152
Pisoiu, Daniela 186
Plan, Wolfgang 173
Planert, Ute 437
Platzeck, Michael, 457
Plehwe, Dieter 379
Pleitgen, Frederik 371
Pleul, Clemens 414, 423
Plivier, Theodor 285, 287
Plottwitz, Rupert von 445
Poggenburg, André 107, 109
Pohl, Kerstin 431
Pöhlmann, Matthias 162
Polanski, Roman 383
Pollock, Friedrich 373
Polyakova, Alina 451
Ponto, Jürgen 192
Popp, Andreas 166
Popper, Karl 452
Pörksen, Bernhard 38
Posadas, Juan 81
Post, Petra 314
Potts, Charlotte 452
Poulantzas, Nikos 149
Prantl, Heribert 138
Pretzell, Marcus 36
Preuß, Ulrich K. 25
Priemel, Kim Christian 452
Pries, Christine 334
Priester, Karin 353
Prinz, Daniel 165 f.
Prinzing, Theodor 192
Probst, Maximilian 30
Prokob, Emmanuel Stéphane 452
Proll, Astrid 196 f.
Proll, Thorwald 190 f.
Prost, Antoine 446
Prucha, Nico 176
Przybylski, Peter 344
Puhle, Hans-Jürgen 214
Puskarev, Frank 157
Putin, Wladimir 91, 290, 363 f.
Pütz, Christine 433
Putz, Kerstin 402 f.

Quante, Michael 411
Quent, Matthias 412 f.
Quiroga Rivière, Martha Lucia 85

Raabe, Jan 353
Rabufetti, Mauricio 214
Radu, Robert 409
Radvan, Heike 446
Ragan, Fred D. 21
Raithel, Jürgen 49
Rákosi, Matyás 400
Ramelow, Bodo 120
Rancière, Jacques 436
Ranke, Leopold von 374
Ranstorp, Magnus 56

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Rapp, Sebastian 452
Raspe, Jan-Carl 191 f.
Rath, Christian 138
Rathkolb, Oliver 34 f.
Raven, Hélène Jeanty 422
Rawls, John 393
Redler, Lucy 89, 94
Rehberg, Karl-Siegbert 413 f.
Reich, Jens 9, 263
Reich-Ranicki, Marcel 295
Reichert, Jakob 429
Reinecke, Stefan 191
Reininghaus, Wilfried 453
Reinke de Buitrago, Sybille 177, 179
Reissert, Bernd 364
Remarque, Erich Maria 287
Renn, Ludwig 287
Renner, Karl 453
Rentola, Kimmom 400
Repgen, Konrad 374
Repgen, Tilman 233
Reuth, Ralf Georg 281
Reybrouck, David Van 449, 453
Richter, Emanuel 453
Richter, Frank 414
Richwin, Sven 352
Riehle, Gerhard 233, 242 f.
Riexinger, Bernd 120
Rilke, Rainer Maria 402
Ringstorff, Harald 457
Rinke, Stefan 214
Rippert, Ulrich 114
Ritter, Gerhard 374
Ritzi, Claudia 447
Ritzmann, Alexander 57
Roald, Anne Sofie 55
Roberts, David D. 377 f.
Rodrian-Pfennig, Margit 415
Roeder, Manfred 163
Rohe, Matthias 46
Röhm, Ernst 225, 276
Rohrmoser, Günter 258
Rohwedder, Detlev Carsten 367
Roncalli, Angelo 404
Roosevelt, Franklin D. 280
Röpke, Wilhelm 397
Rosa, Hartmut 414
Rosanvallon, Pierre 9, 260-267, 459
Rösch, Felix 373
Rosenbach, Marcel 38
Rosenberg, Alfred 403 f.
Rosenfeld, Michel 13
Roth, Hans Jakob 415
Roth, Joseph 287
Roth, Philip H. 453
Rothfels, Hans 374
Rouhs, Manfred 116
Rousseau, Jean-Jacques 331
Roy, Olivier 55, 59-61, 178-180
Rucht, Dieter 161, 414, 422
Rudolph, Ekkehard 177 f.
Rümker, Kurt von 292
Runkel, Gunter 233, 241
Rupp, Jasmina 416
Rüstow, Alexander 397
Rutsche, Markus 358
Rüttgers, Jürgen 233, 240 f.
Rydgren, Jens 22

Saage, Richard 453
Sablowski, Thomas 155
Sabrow, Martin 294, 344 f., 347, 447, 454
Safferling, Christoph 310
Sageman, Marc 56 f., 60, 64
Said, Behnam T. 58 f., 175
Sajó, András 13
Salomo, Katja 357
Salomon, Ernst von 285
Sälter, Gerhard 454
Salvatore, Gaston 78
Salzborn, Samuel 166 f., 169 f., 229
Sand, Karl Ludwig 301
Sanguinetti, Julio Maria 204, 211
Saranca, Tatjana 152
Sarhan, Aladdin 176-179, 185
Sartre, Jean-Paul 294
Sattler, Uwe 149
Sauer, Martina 15, 50-52
Schaal, Gary S. 430, 447
Schachtschneider, Karl Albrecht 222
Schäfer, Paul 144
Schäfer, Sebastian 9, 273
Schafranek, Hans 400
Schale, Frank 419
Schäller, Steven 341, 355 f., 422, 454
Schanuel, Charlotte 346
Schaper, Michael 451

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Scharf, Stefan 414, 423
Scharpf, Fritz W. 364 f.
Schatten, Carina 292
Schaub, Hans-Peter 454
Schäuble, Wolfgang 24
Schauwecker, Franz 287
Schedler, Jan 353
Scheffel, Folke 417 f.
Schefold, Bertram 451
Scheidemann, Philipp 428
Scheifele, Hans 95
Schellenberg, Britta 414
Scheller, Henrik 380
Schenzinger, Karl Aloys 285
Scherb, Armin 26
Scheuch, Erwin Kurt 34, 168
Schickel, Alfred 280
Schickele, René 287
Schieder, Theodor 374
Schieder, Wolfgang 462
Schiele, Siegfried 431
Schiffauer, Werner 46
Schild, Georg 319
Schildt, Axel 374, 427, 454
Schill, Ronald 29, 355
Schiller, Hans-Ernst 454
Schily, Otto 164, 190 f.
Schirdewan, Martin 146, 149, 152
Schirrmacher, Christine 8, 43
Schlegel, Erik 391 f.
Schleicher, Kurt von 276, 405
Schleyer, Hanns Martin 9, 192
Schlink, Bernhard 13
Schliesky, Utz 417 f.
Schlinzig, Tino 413
Schlott, René 314, 374
Schlowak, Alexander 171
Schmetterer, Christoph 454
Schmid, Harald 166
Schmid, Josef 380
Schmidt, Arno 285
Schmidt, Helmut 443, 456
Schmidt, Manfred Gustav 181, 185
Schmidt, Matthias 422
Schmieder, Falko 449
Schmitt, Carl 217, 219 f., 224, 263, 266, 282, 426
Schmitz-Bender, Thomas 78
Schmoeckel, Mathias 310
Schnabel, Fritz 364
Schneider, Etienne 157
Schneider, Hanns 360 f.
Schneider, Jens 126
Schneider, Reinhold 287
Schneiders, Thorsten Gerald 132, 177 f., 180
Schnittke, Norbert 163
Schöler, Uli 455
Scholl, Hans 256
Scholl, Sophie 256
Scholz, Hans 285 f.
Schönhuber, Franz 37
Schöpper, Horst 124
Schrang, Heiko 166
Schreckenberger, Helga 372, 373
Schreiner, Klaus 16
Schröder, Gerhard 37, 86
Schröder, Jan 418 f.
Schroeder, Klaus 121, 433
Schröter, Susanne 178
Schrupp, Ernst 54
Schubert, Gunter 380
Schubert, Sophia 376
Schüle, Annegret 73
Schultz, Helga 455
Schultze, Carsten 23
Schulz, Birgit 164
Schulz, Gerhard 15
Schulz, Günther 441
Schulz, Martin 40
Schulz, Sönke E. 418
Schulze, Christoph 41
Schulze, Reiner 436
Schumann, Eva 310
Schumpeter, Joseph A. 455
Schüßlburner, Josef 252, 258
Schuster, Josef 13
Schwan, Gesine 419
Schwartz, Moritz 217
Schwarzenberg, Karel 294
Schweikard, David P. 411
Schwerdt, Frank 163
Schwinge, Erich 313
Schwinn, Thomas 455
Sedmak, Clemens 455
Seebacher, Brigitte 391
Seehofer, Horst 25
Segall, Rudolf 75, 80
Seghers, Anna 285, 287

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Seichter, Dorit 405
Seidel, Ina 287
Seiler, Christian 380
Seils, Ernst-Albert 455
Seitenbecher, Manuel 194
Seliger, Hubert 455
Selinko, Annemarie 285
Sellering, Erwin 111
Sellner, Martin 255
Semler, Christian 78
Şen, Faruk 51 f.
Sendic, Raúl 207, 212
Seneca 203
Seregni, Líber 205
Serrano, Marc Felix 121
Service, Robert 70
Seubert, Harald 219 f.
Séville, Astrid 9, 268
Seyer, Ulrike 199
Sheehan, James J. 372 f.
Siavelis, Peter M. 204
Sieber, Roland 159
Siedler, Wolf Jobst 457
Siewert, Markus B. 398
Siles-Brügge, Gabriel 457
Sinn, Hans-Werner 233, 243
Sintomer, Yves 456
Siri, Jasmin 379, 449
Sirseloudi, Matenia 177, 179
Slánský, Rudolf 438
Sloterdijk, Peter 456
Söhnlein, Horst 190
Söllner, Alfons 459
Sombart, Werner 438
Sontheimer, Kurt 225
Sontheimer, Michael 195
Spangenberg, Anna 386
Spann, Othmar 456
Später, Jörg 420
Späth, Lothar 37
Specogna, Heidi 214
Speer, Albert 421 f., 457
Speit, Andreas 223
Spengler, Oswald 224, 438
Spielhaus, Riem 176, 179, 338
Spier, Tim 353
Spieß, Christian 456
Spindler, Susanne 33
Spohr, Kristina 456
Springer, Philipp 381 f.
Spuler-Stegemann, Ursula 53
Squirrel, Michael W. 459
Staab, Philipp 431
Staadt, Jochen 168
Staegemann, Pauline 447
Stahl, Michael 220
Stalin, Josef 71, 74 f., 84, 338, 363, 412, 345
Stallman, Richard 401
Stammer, Otto 127
Stanicic, Sascha 89
Stänner, Paul 301
Stark, Hans 433
Steffen, Tilmann 109 f.
Stehen, Bart van der 426
Steilen, Felix 433
Stein, Alice 415
Stein, Dieter 253, 379
Steinbacher, Sybille 386 f.
Steinke, Rudolf 69, 79-82
Steinmair, Walter 233
Steinmeier, Frank-Walter 233, 240, 371
Steinweis, Alan E. 372 f.
Sterbling, Anton 342, 458
Stern, Fritz 442
Stern, Klaus 189, 197
Sternberger, Dolf 433
Steudtner, Robert 418
Stoiber, Edmund 37
Stollberg-Rilinger, Barbara 433
Stolleis, Michael 419
Stöss, Richard 27, 69, 163, 167
Stourzh, Gerald 372
Stoye, Jan 23
Strache, Heinz Christian 126
Straßenberger, Grit 450
Straßer, Gregor 225
Straßner, Veit 215
Strauß, Franz Josef 82, 433
Strauß, Werner 311
Strebel, Helmut 451
Streeck, Wolfgang 244, 370
Stresemann, Gustav 273
Striethorst, Anna 145
Ströbele, Hans-Christian 164, 191, 445
Struve, Andrea von 314
Stuberger, Ulf Günter 192
Stumpf, Teresa 59
Sturm, Beate 193

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Sturm, Michael 352
Sturm, Roland 365, 380
Stüwe, Klaus 214
Surel, Yves 331
Svoboda, Wilhelm 95
Szpilman, Wladyslaw 383

Tabet, Xavier 377
Taggart, Paul 35
Tame, Peter 430
Tantzscher, Monika 389
Taubert, André 182 f.
Thälmann, Ernst 345
Thamer, Hans-Ulrich 425, 436
Thelen, Susanne 372
Thiel, Markus 15, 367
Thiel, Thorsten 456
Thiele, Alexander 456
Thieme, Tom 341
Thiessen, Jan 310
Thimmel, Stefan 215
Thumfart, Alexander 369
Thümmler, Ellen 9, 265
Thürks, Harry 285
Thuselt, Christian 394
Thyssen, Fritz 374
Tillich, Stanislaw 25, 457
Tito, Josip Broz 451
Tocqueville, Alexis de 368 f.
Tooze, Adam 429
Topolansky, Lucía 214
Toprak, Ahmet 181, 183
Torkler, René 403
Tosstorff, Reiner 74
Träger, Hendrik 371
Treeck, Till van 391
Tremmel, Jörg 358
Troeltsch, Ernst 442 f.
Tröger, Johannes 456
Trommer, Isabell 421, 457
Trotzki, Leo 69-74, 81, 85, 91, 412
Trudeau, Justin 29
Trump, Donald 265, 271, 319, 330 f., 398
Trunk, Isaiah 317
Tschirschwitz, Lars 359
Tsipras, Alexis 143 f., 150, 155, 157
Tucholsky, Kurt 273, 286 f., 445
Tüffers, Bettina 457
Túpac Amaru II. 207
Turner, Henry Ashby 429
Tyulkina, Svetlana 26

Ulbricht, Walter 295, 410
Ullmaier, Johannes 199
Ulrich, Bernd 278
Ulrich, Peter 9, 233
Unkauf, Urs 358
Unterthurner, Gerhard 390
Urbach, Peter 190
Uslucan, HacıHali 51

Vad, Erich 217
Varoufakis, Yanis 143, 155
Vauchez, Antoine 233, 245
Vázquez, Tabaré 202, 204 f., 212 f.
Venables, Tony 457
Vesper, Bernward 189 f., 193 f., 197, 199
Vesper, Will 193
Vietta, Silvio 457
Vigletti, Daniel 211
Villaume, Poul 458
Ville, Ferdi de 457
Virchow, Fabian 352
Vitzthum, Wolfgang Graf 451
Voegelin, Eric 433
Vogel, Pierre 132, 178
Vogt, Matthias Theodor 458
Voigt, Michael Friedrich 170
Voigt, Rüdiger 451, 458
Volk, Christian 456
Völkl, Kerstin 107, 110
Vorländer, Hans 341, 414, 422
Vormann, Boris 398
Voss, Henner 199
Voßkuhle, Andreas 136

Wacquant, Loïk 401
Waever, Ole 25
Wagemakers, Joas 179
Wagenknecht, Sahra 120
Wagner, Christoph 214
Wagner, Leo 389
Wahnich, Sophie 458
Walaa, Abu 132
Walde, Peter 109

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Waldman, Bernhard 380
Waldmann, Paul 298
Waldmann, Peter 185, 298
Waldschmidt, Antje 458
Waldstein, Thor von 222
Waleciak, Julian 182
Wallraff, Günter 389
Walser, Martin 285
Walter, Franz 327, 422
Walter, Markus 106
Walthelm, Joseph 382
Walther, Rudolf 298
Warg, Gunter 137
Washington, George 319, 321
Waßner, Rainer 219
Weber, Gaby 214
Weber, Hermann 74
Weber, Max 27, 35, 222, 257, 263, 266 f., 426, 438, 442 f., 447, 449, 455
Weckenbrock, Christoph 23
Wegener, Basil 280
Wehner, Herbert 345
Weidenfeld, Ursula 390
Weidenfeld, Werner 248
Weidermann, Volker 286
Weinheber, Josef 287
Weinke, Annette 458
Weiß, Alexander 376
Weiß, Jan-Ulrich 461
Weiss, Peter 446
Weiß, Peter Ulrich 454
Weiß, Stefan 353
Weiß, Volker 355
Weißmann, Karlheinz 217-222, 224, 226, 252 f., 257-259
Weitzel, Gerrit 181, 183
Wendt, Bernd Jürgen 314
Werfel, Franz 287
Werkentin, Falco 419
Werz, Nikolaus 9, 206
Wettig, Gerhard 364, 400
Wetzels, Peter 49, 52 f., 62
Wiedemann, Felix 353
Wiedl, Nina 132, 178, 180, 187
Wieland, Karin 197
Wienbracke, Mike 13
Wiesel, Eli 318
Wieviorka, Michel 459
Wiktorowicz, Quintan 177-179
Wilde, Jaap de 25
Wilders, Geert 33, 36 f., 40
Wilhelm I. 298, 300
Wilhelm II. 170, 405
Wilking, Dirk 166
Will, Martin 310
Willke, Helmut 459
Winkler, Heinrich August 171, 383
Winkler, Willi 191, 197
Wirth, Sandra 386
Wischnewski, Hans-Jürgen 77
Witsch, Joseph Caspar 285
Wodak, Ruth 459
Woelk, Jens 380
Wohlleben, Ralf 23
Wohlrab-Sahr, Monika 54, 56
Wöhst, Christian 365, 366
Wolf, Friedrich 287
Wolf, Guido 100
Wolf, Harald 89
Wolf, Stephan 382
Wolf, Tom 286
Wolf, Udo 89
Wolf, Winfried 84, 89
Wolff, Christian 394
Wolffheim, Hans 188
Wolfskehl, Karl 451
Wunschik, Tobias 196

Yendell, Alexander 341
Young, Iris Marion 415
Yusta, Mercedes 377

Zamoyski, Adam 423
Zapatero, José 152
Zayas, Alfred M. de 280
Zebiri, Kate 54, 55
Zeev, Sternhell 15
Zehetmair, Hans 51
Zehnpfennig, Barbara 462
Zhirinovskij, Vladimir 35
Ziai, Aram 459
Zick, Andreas 324, 355, 356
Ziekow, Jan 459
Ziemann, Peter 461
Ziemann, Sascha 442
Zilla, Claudia 214
Zimmer, Gabriele 148

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Ziolkowski, Britt 57
Zola, Émile 295
Zschäpe, Beate 23
Zuckmayer, Carl 287
Zwarg, Robert 459
Zweig, Arnold 287
Zweig, Stefan 287

https://doi.org/10.5771/9783645288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Autorenverzeichnis

Dr. Kai Arzheimer, Prof., Johannes-Gutenberg-Universität Mainz, Institut für Politikwissenschaft, Georg Forster-Gebäude, Jakob-Welder-Weg 12, 55099 Mainz.

Dr. Frank Asbrock, Jun.-Prof., Technische Universität Chemnitz, Fakultät für Human- und Sozialwissenschaften, Institut für Psychologie, Juniorprofessur Sozialpsychologie, Wilhelm-Raabe-Straße 43, 09120 Chemnitz.

Dr. Jörg Baberowski, Prof., Humboldt-Universität zu Berlin, Philosophische Fakultät, Institut für Geschichtswissenschaften, Geschichte Osteuropas, Unter den Linden 6, 10099 Berlin.

Dr. Uwe Backes, Prof., Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V. an der Technischen Universität Dresden, 01062 Dresden.

Dr. Manuel Becker, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie, Lennéstraße 25, 53113 Bonn.

Dr. Harald Bergsdorf, Politikwissenschaftler, Walramstraße 9, 53919 Weilerswist.

Dr. Dr. h. c. mult. Klaus von Beyme, Prof. em., Ruprechts-Karls-Universität Heidelberg, Institut für Politikwissenschaft, Bergheimer Str. 58, 69115 Heidelberg.

Dr. Evelyn Bokler-Völkel, Deutsche Gesellschaft e.V., Bildungswerk Nordrhein-Westfalen, Freiligrathring 1, 40878 Ratingen.

Dr. Peter Brandt, Prof., FernUniversität in Hagen, Dimitris-Tsatsos-Institut für Europäische Verfassungswissenschaften, 58084 Hagen.

Dr. Dr. h.c. Wilfried von Bredow (ret.), Prof., Philipps-Universität Marburg, Altes Schulhaus Göttingen, 35094 Lahntal.

Dr. Hauke Brunkhorst, Prof., Europa-Universität Flensburg, Institut für Gesellschaftswissenschaften und Theologie, Seminar für Soziologie, Auf dem Campus 1 a, 24943 Flensburg.

Dr. Hubertus Buchstein, Prof., Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald, Institut für Politik- und Kommunikationswissenschaft, Politische Theorie und Ideengeschichte, Baderstraße 6/7, 17489 Greifswald.

Anne Cress, M.A., Wissenschaftliche Referentin Sozialwesen, Duale Hochschule Baden-Württemberg, Center for Advanced Studies, Bildungscampus 13, 74076 Heilbronn.

Nico Dietrich, M.A., Friedrich-Schiller-Universität Jena, Institut für Kommunikationswissenschaft, Abteilung Kommunikationspsychologie, Ernst-Abbe-Platz 8, 07743 Jena.

Dr. Gisela Diewald-Kerkmann, Prof., Universität Bielefeld, Fakultät für Geschichtswissenschaft, Philosophie und Theologie, Universitätsstraße 25, 33615 Bielefeld.

Dr. Francesco Di Palma, Postdoc-Projektmitarbeiter, Friedrich-Meinecke-Institut, Freie Universität Berlin, Koserstraße 20, 14195 Berlin.

Kai Doberitzsch, M.A., Technische Universität Chemnitz, Institut für Politikwissenschaft, 09107 Chemnitz.

Dr. Gereon Flümann, Bundeszentrale für politische Bildung, Adenauerallee 86, 53113 Bonn.

Jan Freitag, M.A., Ministerium des Innern und für Kommunales Brandenburg, Henning-von-Tresckow-Straße 9-13, 14467 Potsdam.

Dr. Wolfgang Frindte, Prof., Friedrich-Schiller-Universität Jena, Institut für Kommunikationswissenschaft, Abteilung Kommunikationspsychologie, Ernst-Abbe-Platz 8, 07743 Jena.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Dr. Lothar Fritze, Prof., Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V. an der Technischen Universität Dresden, 01062 Dresden.

Dr. Alexander Gallus, Prof., Technische Universität Chemnitz, Politikwissenschaft, 09107 Chemnitz.

Matthias Garbert, M.A., Deutsche Hochschule der Polizei, Zum Roten Berge 18-24, 48165 Münster.

Dr. Birgit Glorius, Jun.-Prof., Humangeographie Ostmitteleuropas, Technische Universität Chemnitz, Institut für Europäische Studien, 09107 Chemnitz.

Dr. Manfred Görtemaker, Prof., Universität Potsdam, Historisches Institut, Professur für Geschichte des 19./20. Jahrhunderts, Campus Am Neuen Palais, Haus 11, 14469 Potsdam.

Dr. Christoph Günther, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Max-Planck-Institut für ethnologische Forschung, Advokatenweg 36, 06114 Halle (Saale).

Kai Grunenberg, M.A., Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Technische Universität Chemnitz, Institut für Politikwissenschaft, 09107 Chemnitz.

Dr. Florian Grotz, Prof., Helmut Schmidt Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg, Institut für Politikwissenschaft, Vergleichende Regierungslehre, Holstenhofweg 85, 22043 Hamburg.

Dr. Ines Härtel, Prof., Richterin am Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg, Öffentliches Recht, Verwaltungs-, Europa-, Umwelt-, Agrar- und Ernährungswirtschaftsrecht, Europa-Universität Viadrina, Große Scharrnstraße 59, 15230 Frankfurt (Oder).

Stephan Hilsberg, MdB a. D., Albrechtstraße 14 E, 10117 Berlin.

Dr. Kai Hirschmann, stv. Direktor des „Institut für Terrorismusforschung und Sicherheitspolitik“ (IFTUS) in Essen, Hochschullehrer für Politische Wissenschaft an der Universität Bonn, Pappelweg 10, 53340 Meckenheim.

Michael Hüllen, Dipl. Pol., Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg, Henning-von-Tresckow-Straße 9-13, 14467 Potsdam.

Dr. Thomas Jäger, Prof., Universität zu Köln, Internationale Politik und Außenpolitik, Gottfried-Keller-Straße 6, 50931 Köln.

Dr. Helge F. Jani, Publizist, Krochmannstraße 8, 22299 Hamburg.

Dr. Hans-Gerd Jaschke, Prof., Hochschule für Wirtschaft und Recht, FB 05 – Polizei und Sicherheitsmanagement, Fachgebiet Politikwissenschaft, Alt-Friedrichsfelde 60, 10315 Berlin.

Dr. Eckhard Jesse, Prof. em., Technische Universität Chemnitz, Institut für Politikwissenschaft, 09107 Chemnitz.

Dr. Peter Graf Kielmansegg, Prof. em., Universität Mannheim, Politikwissenschaft, Kastanienweg 9, 69514 Laudenbach.

Dr. Helmuth Kiesel, Prof., Universität Heidelberg, Germanistisches Seminar, Neuere deutsche Literatur, Hauptstraße 207-209, 69117 Heidelberg.

Dr. Matthias Kluge, freier Dozent, Leipziger Straße 156, 08451 Crimmitschau.

Dr. Berend Koll, Universität Leipzig, Öffentliches Recht, Staats- und Verfassungslehre, Burgstraße 21, 04109 Leipzig.

Yasemin Krüger, M.A.,14542 Werder (Havel).

Lisa Marie Kupsch, M.A., Meister-Eckehart-Str. 8, 99084 Erfurt.

Dr. Jürgen P. Lang, Bayerischer Rundfunk, Floriansmühlstraße 60, 80939 München.

Dr. Sebastian Lange, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Humboldt-Universität zu Berlin, Kultur, Sozial- und Bildungswissenschaftliche Fakultät, Institut für Sozialwissenschaften, Lehrbereich Theorie der Politik, Unter den Linden 6, 10099 Berlin.

Dr. Matthias Lemke, PD, Deutsches Historisches Institut 8, Rue du Parc Royal, F-75003 Paris.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Dr. Marcel Lewandowsky, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Helmut Schmidt Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg, Institut für Politikwissenschaft, Holstenhofweg 85, 22043 Hamburg.

Dr. Sebastian Liebold, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Technische Universität Chemnitz, Institut für Politikwissenschaft, 09107 Chemnitz.

Dr. Dr. Michail Logvinov, Auf dem Acker 12, 56424 Bannberscheid.

Dr. Tom Mannewitz, Jun.-Prof., Technische Universität Chemnitz, Institut für Politikwissenschaft, 09107 Chemnitz.

Dr. Helmut Müller-Enbergs, Prof., University of Southern Denmark, Department of History, Campusvej 55, DK-5230 Odense M.

Aline Munkewitz, Zentrum für Zeithistorische Forschung, Am Neuen Markt 1, 14467 Potsdam.

Dr. Daniel Münzner, Tagore-Gymnasium, Sella-Hasse-Straße 25, 12687 Berlin.

Dr. Isabelle-Christine Panreck, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Institut für Politikwissenschaft, Scharnhorststraße 100, 48151 Münster.

Dr. Madeleine Petschke, Deutsche Gesellschaft e.V., Mosse Palais, Voßstraße 22, 10117 Berlin.

Dr. Armin Pfahl-Traughber, Prof., Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, Willy-Brandt-Straße 1, 50321 Brühl.

Dr. Robert Radu, Doctoral Education Advisor, Stabsabteilung für Forschung und Innovation der Universität Stavanger, Universitetet i Stavanger (Forsknings- og innovasjonsavdelingen), Postboks 8600 Forus, 4036 Stavanger (Norwegen).

Dr. Jens Reich, Prof., Max-Delbrück-Centrum für Molekulare Medizin (MDC) Berlin-Buch, Robert-Rössle-Straße 10, 13125 Berlin.

Dr. Felix Rösch, Senior Lecturer, International Relations, School of Humanities, Faculty of Arts and Humanities, George Eliot Building, Coventry University, Priory Street, Coventry CV1 5FB, United Kingdom.

Dr. Martin Sabrow, Prof., Humboldt-Universität zu Berlin, Philosophische Fakultät, Institut für Geschichtswissenschaften, Neueste und Zeitgeschichte, Unter den Linden 6, 10099 Berlin.

Dr. Frank Schale, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Technische Universität Chemnitz, Institut für Politikwissenschaft, 09107 Chemnitz.

Carina Schatten, M.A., Doktorandin, Am Seemooser Horn 20, 88045 Friedrichshafen.

Sebastian Schäfer, M.A., Technische Universität Chemnitz, Institut für Politikwissenschaft, 09107 Chemnitz.

Dr. Steven Schäller, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, TU Dresden, Politische Theorie und Ideengeschichte, Institut für Politikwissenschaft, 01062 Dresden.

Dr. Georg Schild, Prof., Eberhard-Karls-Universität Tübingen, Philosophische Fakultät, Seminar für Zeitgeschichte, Fachbereich Geschichtswissenschaft, Wilhelmstr. 36, 720174 Tübingen.

Dr. Christine Schirrmacher, Prof., Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Institut für Orient- und Asienwissenschaften, Abt. Islamwissenschaft, Brühler Straße 7, 53119 Bonn.

Dr. Mathias Schmoeckel, Prof., Universität Bonn, Fachbereich Rechtswissenschaft, Institut für Deutsche und Rheinische Rechtsgeschichte, Adenauerallee 24-42, 53113 Bonn.

Dr. Brigitte Seebacher, Prof., Publizistin, Himburg 9, 56459 Rothenbach.

Dorit Seichter, Käthe-Kollwitz-Gymnasium, Lasallestraße 1, 08058 Zwickau.

Dr. Astrid Séville, Akademische Rätin, Ludwig-Maximilian-Universität München, Geschwister Scholl Institut für Politikwissenschaft, Politische Theorie, Oettingenstr. 67, 80538 München.

Dr. Riem Spielhaus, Prof., Georg-August-Universität Göttingen, Seminar für Arabistik/Islamwissenschaft, 37073 Göttingen.

Robert Steudtner, M.A., Technische Universität Chemnitz, Institut für Politikwissenschaft, 09107 Chemnitz.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Dr. Roland Sturm, Prof., Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Institut für Politische Wissenschaft, Kochstraße 4, 91054 Erlangen.

Dr. Hans-Ulrich Thamer, Prof. em., Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Historisches Seminar, Neuere und Neueste Geschichte II, Domplatz 20-22, 48143 Münster.

Susanne Thelen, M.A., Doktorandin, Alte Dauner Straße 32, 54552 Darscheid.

Dr. Dr. Markus Thiel, Prof., Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Abteilung Köln, Studienort Deutzer Feld, Erna-Scheffler-Straße 4, 51103 Köln.

Dr. Tom Thieme, Prof., Hochschule der Sächsischen Polizei, Friedensstraße 120, 02929 Rothenburg/O. L.

Dr. Ellen Thümmler, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Technische Universität Chemnitz, Institut für Politikwissenschaft, 09107 Chemnitz.

Dr. Alexander Thumfart, Prof., Staatswissenschaftliche Fakultät, Institut für Politische Theorie, Universität Erfurt, Nordhäuser Straße 63, 99089 Erfurt.

Dr. René Torkler, Prof., Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt, Didaktik der Ethik, Ostenstraße 26, 85072 Eichstätt.

Dr. Hendrik Träger, Akademischer Mitarbeiter (Lehrkraft für besondere Aufgaben), Universität Leipzig, Institut für Politikwissenschaft, Beethovenstraße 15, 04107 Leipzig.

Dr. Lars Tschirschwitz, DemokratieLaden Anklam, Burgstraße 9, 17389 Anklam.

Peter Ulrich, M.A., Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder), Europäische und Internationale Politik, Große Scharrnstraße 59, 15230 Frankfurt (Oder).

Joseph Walthelm, B.A., Technische Universität Chemnitz, Institut für Politikwissenschaft, 09107 Chemnitz.

Dr. Bernd Jürgen Wendt, Prof. em., Universität Hamburg, Arbeitsbereich Deutsche Geschichte, Von-Melle-Park 6, 20146 Hamburg.

Dr. Nikolaus Werz, Prof., Universität Rostock, Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften, 18051 Rostock.

Dr. Gerhard Wettig, Wissenschaftlicher Direktor a. D., Vor Selms 92, 54472 Kommen.

Sandra Wirth, M.A., Doktorandin, Louisenstr. 33, 01099 Dresden.

https://doi.org/10.5771/9783845288642 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 18.01.2026, 11:18:31. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.